

CLASSIFICATION SECRET

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CPYRGHT

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 24 June 1949

SUBJECT Numerous Propaganda Publications

NO. OF PAGES

25X1A

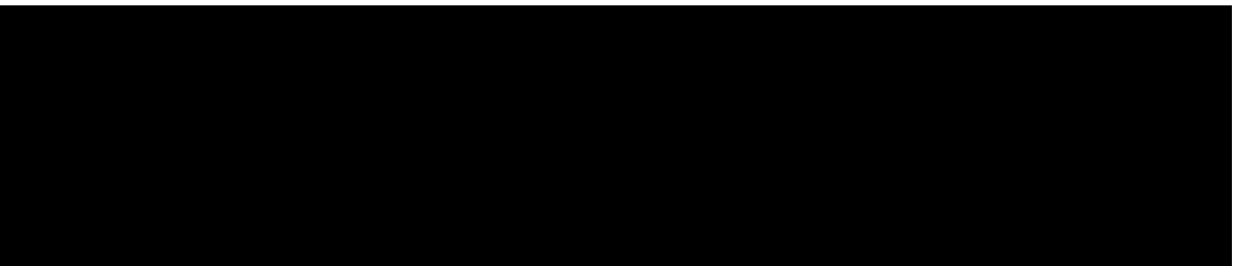
PLACE
ACQUIRED [REDACTED]

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

DATE
ACQUIRED

25X1C

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.



SOURCE

The following propaganda publications from the Russian Zone of Germany are sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

EE/USSR
JUN 11 11 07 AM '49

CLASSIFICATION SECRET

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION								
ARMY	AIR	ORE	X								

JUN 29 1 40 PM '49

W/E

BEST COPY
Available
THROUGHOUT
FOLDER

6/24/98

25X1C

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

DIE CLIQUE TITOS - IM LAGER DES IMPERIALISMUS GELANDET

Die Kluft zwischen Tito und den imperialistischen Kreisen ist so groß, dass Tito nicht mehr als ein Marionettenführer angesehen werden kann. Er ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes.

Die imperialistische Welt hat Tito als einen Mann gesehen, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes.

SELBSTENTLÄRUNG DER DEUTSCHEN QUERSCHNITTE

Die imperialistische Welt hat Tito als einen Mann gesehen, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes. Tito ist ein Mann, der die Interessen der imperialistischen Welt zu vertreten hat, und nicht die Interessen des jugoslawischen Volkes.

Verschärfung des Klassenkampfes in Frankreich

Die Arbeiterbewegung in Frankreich ist in einer Phase der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

der Westküste

Die Arbeiterbewegung in Frankreich ist in einer Phase der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Wachsende Unzufriedenheit

Die Arbeiterbewegung in Frankreich ist in einer Phase der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Arbeiterklasse

Die Arbeiterbewegung in Frankreich ist in einer Phase der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

KANTONALWAHLEN IN FRANKREICH

Die Kantonwahlen in Frankreich sind ein Ereignis von großer Bedeutung. Sie sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Kantonwahlen sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

der Kampf für die Befreiung

Die Kantonwahlen in Frankreich sind ein Ereignis von großer Bedeutung. Sie sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Kantonwahlen sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Arbeiterklasse

Die Kantonwahlen in Frankreich sind ein Ereignis von großer Bedeutung. Sie sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Kantonwahlen sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Arbeiterklasse

Die Kantonwahlen in Frankreich sind ein Ereignis von großer Bedeutung. Sie sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Kantonwahlen sind eine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch

Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

der Kampf für die Befreiung

Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Arbeiterklasse

Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

Die Arbeiterklasse

Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt. Die Ostrauer Gebietsorganisation der KPTsch ist eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat, und nicht die Interessen der imperialistischen Welt.

WILLE *sind* WEG

FUNKTIONÄRORGAN DER SED • LANDESVERBAND GROSS-BERLIN

1949 / Nr. 4 — APRILHEFT

PREIS 25 PFENNIG



M. Thorez: Die Arbeiter

Frankreichs und die Freunde des

Friedens werden alles tun, um einen

Krieg gegen die Sowjetunion nicht

zu schwächen, sondern unmöglich zu machen

Forster: KP der USA begrüßt

Thorez' Erklärung

Zusammenhang mit der

demokratischen Kräfte gegen

amerikanische Kriegstreiber

Togliatti: Auch Italiens Arbeiter

in einer Friedensfront mit

der Sowjetunion

*Für Frieden-
für die Sowjet Union*

POLITBURO DER SED GEGEN DIE KRIEGSHETZER

Das Gesicht den Betrieben zu

K. H. Hoffmann

Die 1. Parteikonferenz hat die entscheidende Bedeutung der Lösung:

„Das Gesicht der Partei den Betrieben zu“ unterstrichen und die Betriebsarbeit in den Mittelpunkt der Parteiarbeit gestellt.

Die Parteikonferenz hat mit aller Klarheit die Grundlinie der Politik unserer gesamten Partei festgelegt. Diese Grundlinie ist auch gültig für ganz Berlin und in den drei Hauptaufgaben, die Genosse Pieck in seinem Schlußwort noch einmal formulierte, klar und eindeutig festgelegt. Die Durchsetzung der Grundlinie allerdings, die Formen und Methoden des Kampfes müssen den konkreten Bedingungen der einzelnen Sektoren angepaßt sein. Die Schwierigkeit unseres politischen Kampfes in Berlin besteht also in der Notwendigkeit, zwei verschiedene Kampfesformen und Taktiken, bei absolutem Festhalten an der Grundlinie, herauszuarbeiten und in der täglichen Arbeit zu verwirklichen. Besonders gilt dies für die Entfaltung der Arbeit der Partei in den Betrieben.

Im Ostsektor von Berlin ergeben sich durch den Akt der demokratischen Selbsthilfe vom 30. November 1948 Voraussetzungen, die den Bedingungen in der sowjetisch besetzten Zone ähnlich sind. Es gilt die durch den 30. November geschaffenen Voraussetzungen einer antifaschistischen, demokratischen Ordnung in Berlin zu festigen, zu entwickeln und auf ganz Berlin auszudehnen. Im Vordergrund steht für unsere Partei die Notwendigkeit, die führende Rolle der Partei im Kampf um die Durchführung des Berliner Wirtschaftsplanes zu verwirklichen. Unsere Partei in Berlin — im Ostsektor — muß lernen, die wirtschaftlichen Aufgaben zu meistern und Kader zu entwickeln, die an der Spitze der Lösung dieser Wirtschaftsaufgaben stehen.

Die Hauptvoraussetzung für die Erfüllung des Berliner Wirtschaftsplanes ist die Steigerung der Produktion bei gleichzeitiger Senkung der Selbstkosten. Die Lösung dieser Aufgaben ist aber nur möglich, wenn es unserer Partei und den demokratischen Organisationen gelingt, eine breite Masseninitiative der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz zu entfalten.

Mehr Aufmerksamkeit den Aktivisten

Schon die flüchtige Betrachtung der Arbeit unserer Partei in den Betrieben zeigt, daß wir in der Durchführung dieser Hauptaufgaben unserer Betriebsarbeit noch nicht alle Schwächen und Mängel überwunden haben.

In noch nicht allen Betrieben des volkseigenen Sektors von Berlin ist eine breite Aktivistenbewegung entfaltet und von der organisierenden Kraft unserer Partei getragen. Noch gibt es selbst in unserer Partei große Unklarheiten über die Rolle der Aktivistenbewegung und über die Frage, wer als Aktivist der Produktion zu bezeichnen ist. Es wird notwendig sein, daß die Genossen unserer Parteiorganisationen im Betrieb mit aller Gründlichkeit die Rede des Genossen Ulbricht auf der

1. Parteikonferenz studieren, wo diese Fragen beantwortet werden.

Zur Frage: Wer ist Aktivist? sagt Genosse Ulbricht:

„Das Charakteristische der Hennecke-Bewegung und überhaupt für jeden, der sich den Namen eines Hennecke-Aktivisten verdienen will, ist die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch größere Sorgfalt in der Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten arbeiten vorbildlich in bezug auf Sparsamkeit mit Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Hennecke-Aktivisten, das sind Menschen, die lernen, die studieren, um sich unermüdlich die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.“

Aus diesen Ausführungen ergibt sich für unsere Betriebsgruppen die Aufgabe, alles zu tun, um die fortschrittlichsten Arbeiter unserer Betriebe technisch zu qualifizieren und zu erziehen im Geiste einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Arbeitsmoral.

Leistungslohn und Normen

Es hat sich gezeigt, daß die Entfaltung der Aktivisten-Bewegung nur dort möglich ist, wo der Leistungslohn auf technisch begründeter Normierung eingeführt ist. Die wissenschaftliche Herausarbeitung einer, den technischen Möglichkeiten entsprechenden Norm kann und darf aber nicht unabhängig von der Mitarbeit der breiten Arbeitermasse geschehen. Es ist Zeit, daß wir in den volkseigenen Betrieben des sowjetischen Sektors von der Popularisierung der Produktionsberatung zur tatsächlichen, periodischen Durchführung solcher Beratungen in den einzelnen Werkstätten übergehen. Nur durch die engste Zusammenarbeit der technischen Intelligenz, der Meister und Vorarbeiter mit den Arbeitern ist die Lösung all der wirtschaftlichen Aufgaben möglich.

Nur wenige Betriebsgruppen haben sich ernsthaft bemüht, dieses enge Verhältnis zwischen technischer Intelligenz und Arbeitern herzustellen. Unsere Genossen in den Betrieben haben noch nicht verstanden, praktische Maßnahmen zur Herstellung eines solchen Verhältnisses durchzuführen. Nur wenige Beispiele sind vorhanden, wo fortschrittliche Techniker und Ingenieure in gemeinsamen Beratungen mit den Arbeitern ihre reichen Erfahrungen mit denen der Arbeiter verbinden, um die Aufgaben des Betriebes zu erfüllen. So sehen wir die Anfänge einer solchen Arbeit im K.W.O.-Glühlampenwerk und im Bekleidungskombinat „Fortschritt“.

BGL und Betriebsräte

Große Unklarheiten bestehen noch in der Frage der Durchführung der Bitterfelder Beschlüsse. Die Wahl der BGL-Leitungen und die Abschaffung der Betriebsräte werden selbst von unseren Genossen nicht immer richtig eingeschätzt. In vielen Betriebsgruppen ist die Meinung anzutreffen, als ob die neue BGL an Stelle des Betriebsrates und mit den Aufgaben des Betriebsrates treten wird. Dabei ist klar, daß die BGL ganz andere, neue Aufgaben

hat, die die Betriebsräte nicht haben konnten, da sie in erster Linie eine Vertreterkörperschaft der Belegschaft gegenüber dem Unternehmer und der Betriebsleitung darstellten. Die BGL in den volkseigenen Betrieben, in den Betrieben, in denen es keine privaten Unternehmer und Ausbeuter mehr gibt, sind die Vertreter einer Arbeiterschaft, die immer mehr zu bewußten Erbauern einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung werden. Aus dieser neuen Stellung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß und gegenüber den Produktionsmitteln ergeben sich neue Aufgaben in der Lösung der Produktionsaufgaben und der Leitung und Führung der Produktion für die Vertreterkörperschaften der Arbeiterklasse.

Ohne Zweifel hat sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Konzentrierung aller unserer Kräfte auf die Betriebsarbeit bei allen Parteieinheiten durchgesetzt. Die Durchführung der Betriebsgruppentage zeigt, daß unsere Partei große Schritte vorwärts in der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben auch in Berlin getan hat. Es ist jetzt notwendig, daß wir die durch die 1. Parteikonferenz gestellten Aufgaben mit verstärkter Kraft in Angriff nehmen, die ideologischen Schwächen unserer Betriebsgruppen und die praktischen Unzulänglichkeiten ihrer Arbeit überwinden, um tatsächlich die Partei im Betrieb zum führenden Faktor zu entwickeln.

Die Lage in den Westsektoren

Anders stehen die konkreten Aufgaben in den Westsektoren. Dank der Politik der westlichen Besatzungsmächte, die von den Neumanns, Reuter und Swolinzky unterstützt wird, haben die Konzernherren und Großunternehmer ihre Positionen erhalten und wieder festigen können. Unter diesen Bedingungen kann keine Rede sein von der Entwicklung einer Aktivistenbewegung, der Einführung des Leistungslohnes und der Meisterung der Produktionsaufgaben durch die Arbeiterklasse.

Mehr noch, das durch die Kriegshetzer und Spalter durchgeführte Währungsverbrechen hat die akute Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruches heraufbeschworen. Neben dem provokatorischen Versuch, durch die Einführung der Westmark als alleiniges Zahlungsmittel die Spaltung Berlins zu vertiefen, wird durch das Währungsverbrechen der UGO und der Westbehörden die nackte Existenz der Berliner Bevölkerung in Frage gestellt.

Welche Aufgaben stehen in Westberlin?

Um die großen Aufgaben, die sich für unsere Partei jetzt ergeben, lösen zu können, um die Kampffront aller fortschrittlichen und an der Einheit und dem wirtschaftlichen Aufbau Berlins interessierten Massen schließen zu können, müssen wir unsere Betriebsgruppenarbeit verbessern. Man muß Schluß machen mit der Selbstgefälligkeit dort, wo wir noch starke Positionen haben. Man muß Schluß machen mit dem Zurückweichen vor den demagogischen und provokatorischen Angriffen der UGO. Es gilt jetzt zu

einer konkreten Aufgabenstellung — angepaßt den Bedingungen in den einzelnen Betrieben — zu kommen und den Kampf um die Neuwahl solcher Betriebsräte zu führen, die die Garantie geben, für die Interessen der Berliner Bevölkerung einzutreten. Dieser Kampf wird nur möglich sein, wenn unsere Kreisleitungen und Betriebsgruppen für jeden Betrieb konkrete Kampfprogramme aufstellen, in denen den Massen gezeigt wird, wie der Kampf für die Verbesserung ihrer Lage, die Sicherung ihres Arbeitsplatzes und die wirtschaftliche Sicherung der Existenz Berlins zu führen ist.

Ohne Zweifel müssen dabei eine Reihe Schwierigkeiten überwunden werden. Durch die Betriebsstillegungen und Produktionseinschränkungen sind viele unserer Betriebsgruppen zahlen- und einflußmäßig zurückgegangen. Die Sorge um den Arbeitsplatz hindert viele Arbeiter, einen energischen Kampf zu führen, weil sie noch glauben, daß ihr Zurückweichen eine Sicherung ihrer Arbeitsstelle bedeutet. Unsere Betriebsgruppen haben bisher nicht verstanden, den Massen zu zeigen, daß die Sicherung des Arbeitsplatzes nur durch den konsequenten Kampf gegen Spalter und Kriegshetzer gegeben wird.

Die Betriebsgruppen der Partei stehen in Westberlin vor folgenden Hauptaufgaben:

1. Die Entfaltung einer ideologischen Kampagne in den Betrieben Berlins zur Entlarvung des Währungsverbrechens als einer Waffe der Kriegshetzer und der Spalter Berlins und Deutschlands.
2. Die Sammlung aller an einem wirtschaftlichen Aufstieg Berlins interessierten Schichten und vor allem der Arbeiterklasse für den Kampf um eine einheitliche Wirtschaft in Berlin, der Sicherung des Arbeitsplatzes, der Erhaltung und Steigerung des Realeinkommens.
3. Die Aufspaltung der Werktätigen war immer ein Mittel der herrschenden Klasse zur Schwächung der Kraft der Werktätigen. Deshalb gilt es, alles zu tun, um die Einheitlichkeit des Handelns der Werktätigen zu sichern.
„Wie der Lohn, so die Miete — wie der Lohn, so die Steuern und alle übrigen Verpflichtungen“ muß zur Kampfflosung aller Werktätigen werden.
4. Die Kampfkraft unserer Partei in den Betrieben Westberlins wird wachsen, wenn es uns gelingt, die noch vorhandenen ideologischen Schwächen in unseren Betriebsgruppen zu überwinden. Nur in wenigen Betriebsgruppen des Berliner Westens werden regelmäßig Bildungsabende durchgeführt. Die Leitungen der Parteieinheiten und besonders der Betriebsgruppen müssen alle Aufmerksamkeit der Frage der Durchführung regelmäßiger Bildungsabende widmen.

Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands, und niemals werden die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte in Berlin und Deutschland sich mit der Spaltung Berlins abfinden.

Die unermüdliche Arbeit unserer Partei wird in ganz Berlin in den Betrieben das Bollwerk des Kampfes um eine antifaschistische, demokratische Ordnung in einer einheitlichen Hauptstadt schaffen.

Die zweite große Provokation

Heinz Brandt

Zur Einführung der Westmark in Westberlin

Nach dem ersten großen Provokationsakt der Einführung der B-Mark ist nun der Berliner Konflikt durch die neuen Westwährungsverordnungen der Westalliierten vom 20. März (Westmark im Westen Berlins als alleiniges Zahlungsmittel) in sein zweites und verschärftes Stadium getreten. Für alle Einheiten der Partei ergibt sich die Notwendigkeit, allen Berliner Werktätigen aufzuzeigen, wer die Urheber und Verantwortlichen dieses erneuten Anschlages auf das Leben Berlins sind, welche katastrophalen Folgen sich daraus ergeben, aber gleichzeitig auch den Ausweg aus dem Chaos zu zeigen und den Kampf für die Normalisierung des Lebens zu organisieren.

Die UGO-Führer und die Matadoren der Westverwaltung und der Westberliner Parteien, die Scharnowski, Reuter, Neumann, Landsberg und Gestapo-Schwennicke haben durch ihre systematische Hetzkampagne für die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel den imperialistischen Westmächten erst die Begründung für den jetzigen Schritt geliefert. Gegenüber den demagogischen und durchsichtigen Manövern des Spaltermagistrats, sich jetzt vor der Verantwortung zu drücken, müssen wir mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Westmächte sich in ihrem Erlaß auf den einstimmigen Beschluß der Taberna-Stadtverordnetenversammlung stützen, der bereits am 4. November 1948 von den Spaltern und Verderbern Berlins gefaßt wurde. Wir müssen also verhindern, daß die Werktätigen durch das Spiel verwirrt und abgelenkt werden, das jetzt anhebt und in dem Westalliierte und deutsche Westpolitiker sich den „Ball der Verantwortung“ gegenseitig zuschieben. Der Spaltermagistrat trägt die Verantwortung für alle die Folgen, auf die wir von vornherein aufmerksam gemacht haben, denn er hat dieses Währungsverbrechen gemeinsam mit den Westalliierten gewollt, geplant und durchgeführt.

Welches sind die Absichten, welches sind die Ziele der Urheber?

Sie ergeben sich aus dem Charakter dieser zweiten „Währungsreform“, die sich deutlich als eine politische Provokation erweist, die mit kriminellen Gaunermethoden durchgeführt wird. Alle Maßnahmen zielen auf Chaos und Konflikt hin.

Offensichtlich bedeutet die Einführung der Westmark nicht nur die Verschärfung und Vollendung

der Spaltung Berlins und Deutschlands, sie ist darüber hinaus ein unmittelbarer Bestandteil der „Frühjahrs-Kriegsoffensive“ des internationalen Monopolkapitals im Rahmen des Atlantikpaktes. Berlin und der verstärkte Luftbrückenrummel soll als vorgeschobener Unruheherd den Kriegsmechanismus des Atlantikpaktes in Gang setzen helfen. Der amerikanische Außenminister Acheson hat das offen und brutal ausgesprochen.

Die Provokationspolitik „Berlin ist einen Krieg wert“, um von hier aus die Welt an allen Ecken und Enden anzuzünden, ist damit in verbrecherischer Weise zugespitzt worden.

Deshalb ist unser Kampf für die Einheit der Währung und Versorgung Berlins ein unmittelbarer Bestandteil des Weltkampfes um den Weltfrieden, ist unser Kampf für die demokratische Einheit Berlins und die Beseitigung des Berliner Konfliktes von großer Tragweite im Ringen um die Einheit Deutschlands, den Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen. Wir führen ihn somit in engster Verbindung mit der nationalen Selbsthilfebewegung des Volkskongresses und der internationalen Friedensaktion für den Weltfriedenskongreß.

Verteidigt den Reallohn!

Die täglichen Ereignisse liefern uns die drastischen Beispiele für unsere Argumentation. Die Genossen sollen sich dabei auf folgende Hauptpunkte konzentrieren:

1. Das Währungsverbrechen vom 20. März schädigt alle Berliner Werktätigen, insbesondere die im Westen Berlins. Es nützt nur der Handvoll Drahtzieher und Interessenten des Chaos und der Gaunerei. Der gemeinsame Abwehrkampf aller Geschädigten soll durch die Kolonialmethoden des „teile und herrsche“ unterbunden werden. Durch die Aufspaltung in vier Schichten will man die Menschen gegeneinander ausspielen und insbesondere im Betrieb die Kampfeinheit der Belegschaft zerstören. Gerade darum müssen wir die gemeinsamen Interessen und Kampfforderungen in den Vordergrund stellen und allen Schichten nachweisen, wie und auf welche Weise sie betroffen und geschädigt sind. Die „Hundertprozentigen“ müssen jetzt auch



100 % ihrer Lebenshaltungskosten in Westmark bezahlen.

Für alle Belegschaftsmitglieder der Westbetriebe ergibt sich die unmittelbare Notwendigkeit, den Kampf für die Verteidigung ihres Reallohnes aufzunehmen, der jetzt von vier Seiten bedroht ist: durch Lohnsenkung, durch Preissteigerung, durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, durch die neue Miet- und Steuerregelung.

Gleichzeitig gilt es, den Kampf der Belegschaften mit dem der Handwerker, Kleinunternehmer, Kaufleute und Intellektuellen zu verbinden, die ebenfalls schwer geschädigt wurden. Ihre gemeinsame Kampflosung ist:

Unsere gemeinsame Kampflosung:

Aufhebung der verbrecherischen Währungsverordnungen und einheitliche Währung und Versorgung ganz Berlins. (Bei den Betriebsrätewahlen der Westsektoren stellen wir diese Frage in den Mittelpunkt.)

2. Wir müssen anschaulich die beispiellose Gemeinheit aufzeigen, mit der besonders gegen die Menschen vorgegangen wird, die der Vernunft Raum gaben und als aktive Demokraten die Existenz ihrer Familien und die Einheit Berlins durch ihre Eintragung im Ostsektor verteidigten. Die terroristischen Verbrechermethoden im amerikanischen Gangsterstil zeigen die ganze Verlogenheit und Demagogie ihrer Lösungen von „Freiheit der Persönlichkeit“, „Freiheit von Not und Furcht“, „der Freiheit eine Gasse“ und der „Menschenrechte“. Die „Ächtung“ und Sonderbestrafung der „Zehnprozentigen“ ist nur mit der nazistischen „Sternträger“-Praxis vergleichbar. Unsere Kampflosung ist hier: Miet- und Gebührenerzahlung erfolgt zum gleichen Prozentsatz wie der Lohn oder die Umtauschquote.
3. An Hand von Preisgegenüberstellungen können wir ständig nachweisen, daß die Mark der Deutschen Notenbank auf Grund des demokratischen Aufbaus im Zuge des Zweijahrplanes fest und wertbeständig ist und ihre Kaufkraft im Gegensatz zur Westmark steigt. Dagegen führt die Westmark zum Ruin der Westberliner Wirtschaft, zur Kapitalflucht nach Westdeutschland, zur Kaufkraftabwanderung nach der Ostzone und dem Ostsektor. Die Rohstoff-, Rentabilitäts- und Produktionskrise der Westberliner

Wirtschaft unter den Bedingungen der viel zu schmalen Luftbrückenbasis bedingt die sinkende Kaufkraft der Westmark, deren Umlauf inflatorisch ausgeweitet wird. Die Westberliner Industrie wird mit jedem Tag weniger konkurrenzfähig gegenüber den Westzonen sowie der Ostzone.

4. In den privaten und den Westmagistrats-Wechselstuben wird den Menschen die Mark der Deutschen Notenbank zu einem Schwindel-Zwangskurs abgenommen. Durch die niedrige Kopfquote, die Senkung des Reallohnes und die erpresserische Prozent-Auszahlung werden die Werktätigen wirtschaftlich gezwungen, sich dem Wechselstubenwucher zu unterwerfen. Hinzu kommt die gaunerische Panik-Mache im Stil des „schwarzen Freitag“. Wir werden deshalb diese besonders schäbige und verderbliche Rolle der „amtlichen“ und privaten Wechselstuben-Wucherer anprangern, die ihren Opfern das Fell über die Ohren ziehen und sich auf Kosten der Werktätigen schamlos bereichern. Die Empörung der ausgeplünderten Menschen muß direkt gegen diese Betrüger gelenkt werden.
5. Die Westberliner Terrormaßnahmen gegen die aktivsten FDGB-Kollegen und Betriebsräte, der Versuch, die Arbeit der SED im Westen Berlins zu unterbinden (Exmission der Kreissekretariate, Verhaftungen usw.), sollen die Massen im Westen Berlins in dem Augenblick führerlos machen, wo der Abwehrkampf gegen das Währungsverbrechen zur Existenzfrage für sie geworden ist. Deshalb ist es notwendig, den Werktätigen im Westen Berlins aufzuzeigen, daß der Terror gegen die aktivsten Vorkämpfer für die Einheit der Währung und Versorgung Berlins sich unmittelbar gegen das Lebensinteresse aller Werktätigen richtet.

Das ist unser Ausweg

Genosse Friedrich Ebert hat am 30. November das Programm des Berliner Magistrats klargelegt, das den einzigen Weg zur Normalisierung des Lebens in ganz Berlin weist. Unser Kampf für die Aufhebung der verbrecherischen Währungsverordnungen ist der Kampf für die Ausdehnung der antifaschistisch - demokratischen Ordnung auf ganz Berlin. Der Berliner Wirtschaftsplan, der im engsten Zusammenwirken mit dem Zweijahrplan der Ostzone verwirklicht wird, zeigt der Hauptstadt Deutschlands den Ausweg aus dem Chaos, das durch die beiden Währungsmanöver im Westen Berlins entstanden ist.

Foto: ADN



Wo steht Berlin?

Walter Sack

Seit dem 30. November 1948 haben wir, zumindest in einem Teil Berlins, die Möglichkeit, den Tempoverlust, den wir gegenüber der Entwicklung der Zone erlitten haben, einzuholen.

„Jetzt kommt es darauf an“, sagte der Genosse Walter Ulbricht in seinem Schlußwort auf der Parteikonferenz, „daß nicht nur unsere Genossen, sondern alle fortschrittlichen Kräfte in Berlin lernen, die Wirtschaft in Berlin zu leiten . . .“

Mit der Durchführung des Gesetzes zur Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch den demokratischen Magistrat ist uns die große Aufgabe zugefallen, in den nach verschiedenen Industriegruppen gegliederten Vereinigungen volkseigener Betriebe Berlins nicht nur die Produktion zu steigern und die Rentabilität der Betriebe sicherzustellen, sondern

1. zu beweisen, „das die Politik des demokratischen Magistrats die einzige Politik ist, die den Interessen der gesamten Berliner Bevölkerung entspricht“ (Walter Ulbricht).
2. zu beweisen, daß die Werktätigen absolut in der Lage sind, die Wirtschaft zu führen und es ohne die Konzernherren besser geht, und
3. die entstandene Lücke, welche sich ausdrückt durch die rascher vor sich gegangene Veränderung der ökonomischen Verhältnisse gegenüber der Veränderung im Bewußtsein der Menschen in den volkseigenen Betrieben, das sich ausdrückt in ihrer Einstellung zu den Problemen der Arbeit, möglichst schnell zu schließen.

Die Bewußtseinsänderung

Im Dezember 1948 fand bekanntlich ein Wettbewerb zwischen den Stahlwerken der Ostzone statt. In diesem Wettbewerb siegte die Max-Hütte Unterwellenborn. Hier hat die Parteiorganisation es verstanden, die ganze Aufmerksamkeit nicht nur des Kreises Saalfeld, zu welchem Unterwellenborn gehört, auf die Frage der Erreichung des gestellten Solls zu lenken, sondern ganz Thüringens. In allen Orten konnte man Plakate und Schriften lesen: „Tempo, Max, Tempo“, oder „Max schafft's“.

Im Betrieb selbst wurde durch die in allen Abteilungen durchgeführten Produktionsberatungen, an welchen nicht wie früher die Direktoren und Betriebsleiter des Flick-Betriebes, sondern alle Arbeiter teilnahmen, nach anfänglich nur geringem Interesse nach und nach das Eis gebrochen und die Fehler und Schwächen in der Organisation und Produktion rücksichtslos aufgezeigt und die Konsequenzen daraus gezogen. Es wurde buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet und in der Weihnachtswoche sogar 72 Stunden von jedem einzelnen geleistet. Nur durch die Entfaltung der Masseninitiative, durch gute Propagandalosungen und nicht zuletzt den Einsatz der technischen Intelligenz gelang es im Monat Januar, zum erstenmal das Soll zu erreichen.

Anläßlich der Uebergabe eines Waggon von vorzeitig erfüllten Elektroschaltern (EAW-Treptow) und Kohlenstoffstampfmasse (von Siemens-Plania) führte die Betriebsgruppe eine Versammlung in der entsprechenden Abteilung der Max-Hütte durch. Mit aufrichtiger Dankbarkeit und sichtbarer Freude bedankten sich die Kumpels und Vorarbeiter für die von ihnen so notwendig gebrauchten Güter. Es erschien uns so, als ob sie sich für ein ihnen persönlich gemachtes Geschenk bedankten.

Das zu erreichen, bedurfte es:

1. einer gründlichen Überprüfung und Analyse der Arbeit der Betriebsgruppe,
2. der Einsicht der Betriebsgruppe, daß sich die führende Rolle der Partei in der Produktion beweist,
3. auch der kleinsten Einheit der Betriebsgruppe konkrete Aufgaben zu stellen,
4. des Einsatzes einer Reihe von Parteiaktivisten aus ganz Thüringen, die die ideologische Arbeit der Gruppe unterstützen.

Hier kann man ohne Zweifel bereits von einer Bewußtseinsänderung sprechen. Natürlich nicht bei allen Angehörigen des Betriebes, aber doch bei einem großen Teil. Das war nur möglich dadurch, daß es uns gelungen ist, seit 1945 eine Reihe von qualifizierten Funktionären zu schulen, welche die wirklichen Träger dieser Dinge sind.

Haben wir solche Beispiele in Berlin? Heute haben wir eine Reihe guter Leistungen von Aktivisten. Wenn aber, wie das z. B. bei Siemens-Plania der Fall ist, Aktivisten zum Teil nicht einmal Mitglieder des FDGB sind, wie überhaupt der Anteil der Genossen an der Aktivistenbewegung im Betrieb nur 10 vH ausmacht, kann man auf keinen Fall von Bewußtseinsänderung sprechen. Hier hat die Betriebsgruppe noch einige Aufgaben zu erfüllen. Die Genossen sehen die führende Rolle in der Partei in der Personalpolitik, die ohne Zweifel wichtig ist. Wenn aber auf dem Betriebsgruppentag kaum ein Genosse zu den Fragen der Produktion spricht, ist das ein schlechtes Zeichen.

Zur Bewußtseinsänderung wird auch kaum der Zustand beitragen, daß, wie das im Betrieb „Fortschritt“ der Fall ist, ein so kompliziertes Lohnsystem besteht, daß außer den Lohnbuchhaltern im Betrieb kein

Foto: Müller



Mensch sagen kann, wie der ausgezahlte Lohn zustande kommt. Hier müssen sich doch die Frauen am Band betrogen vorkommen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß unsere Genossinnen in Diskussionen zurückweichen.

Dagegen haben die Produktionsberatungen in der EAW-Treptow, die nach der Arbeitszeit stattfinden und an denen sich 80—90 vH der Kollegen der entsprechenden Abteilung beteiligen, u. a. dazu geführt, daß 1. laufend Verbesserungsvorschläge eingereicht werden, die sämtlich prämiert werden, auch wenn sie teilweise nicht verwandt werden können. Oder daß z. B. ein Tisch in der Meßgerätefabrik beschlossen hat, die Norm von 1944 zu erreichen. Oder aber auch, daß die Kopfleistung vom 1. März 1948 bis zum 1. März 1949 von 775 DM auf 991 DM, d. h. um 28 vH stieg. Diese Leistungen wären nicht möglich, ohne daß die Betriebsgruppenleitung sich ständig konkret mit der Frage der Produktion beschäftigt.

Zu diesen hier aufgezeigten subjektiven Schwächen und Fehlern kommen natürlich noch eine Reihe objektiver Schwierigkeiten, die sich aus der besonderen Lage Berlins ergeben.

Eine falsche Einstellung

Mit den oben angeführten Beispielen soll gesagt werden, daß wir eine Bewußtseinsänderung unserer Menschen in den volkseigenen (und ihnen gleichzustellenden) Betrieben nur durch eine neue Einstellung zur Produktion erreichen können. Noch sehen allzu viele in unserer Leistungsentlohnung das alte „Akkordist-Mord-System“. Noch glaubt ein großer Teil der Kollegen, die zwischen- und innerbetrieblichen Wettbewerbe seien ein „raffiniertes Antreibersystem“. Andererseits glauben Genossen, daß man auch in Konzernbetrieben eine Steigerung der Produktivität erreichen müßte, sozusagen als Vorbereitung für die Übernahme der Betriebe durch uns. Deshalb muß klar gesagt werden: in den volkseigenen Betrieben (und ihnen gleichzustellenden) tun wir alles, um die Produktivität der Arbeit zu steigern. Denn die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist das wichtigste zur Sicherung und Erweiterung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Wir haben jedoch kein Interesse daran, in den privatkapitalistischen Betrieben die Profite der Unternehmer zu erhöhen. Hier kommt es darauf an, das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen zu sichern und auszubauen.

In den volkseigenen Betrieben reicht das Mitbestimmungsrecht nicht aus. Hier tragen die Werktätigen gleichzeitig die Verantwortung. Deshalb handelt es sich hier um ein Mitwirkungsrecht.

Die technische Intelligenz

Außer einigen platonischen Liebeserklärungen zur notwendigen Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz haben wir bisher nur wenig positive Beispiele. An einer anderen Stelle dieser Nummer berichtet EAW-Treptow über einen guten Ansatz, den wir allen Betrieben empfehlen können.

Wir wissen, daß zwar ein nicht unbedeutender Prozentsatz gerade dieser Schichten nazistisch infiltriert war. Jedoch müssen wir nun endlich darangehen, diese Menschen nach ihren Leistungen für unseren demokratischen Aufbau zu beurteilen. Die Entnazifizierung ist abgeschlossen und wir werden wachsam genug sein, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten aus unseren Be-

trieben fernzuhalten. Jedoch müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die Techniker und Ingenieure für uns zu gewinnen und diesen Menschen, die oftmals geradezu naiv unserer Anschauung gegenüberstehen, in der Produktion zu beweisen, daß sie gerade durch uns alle Möglichkeiten für die Erfüllung ihrer Arbeit haben, die sich ja mit unseren Aufgaben deckt.

Wie erreichen wir eine Änderung?

Wir sind davon ausgegangen, daß wir so schnell wie möglich den Anschluß an die Entwicklung der Zone erreichen müssen. Dazu ist notwendig, daß sich die Partei an die Spitze der Erfüllung dieser Aufgabe stellt. Die Partei aber, das sind wir, jeder einzelne von uns.

Wir haben in den nächsten Monaten in den Betrieben die Aufgabe, neue Arbeitsnormen aufzustellen. Zur Ermittlung der Arbeitsnormen müssen Arbeitsstudien und die Erfahrungen der Aktivisten ausgewertet werden. Um die Grundlage hierzu zu schaffen, muß das Parteiaktiv im Betrieb dafür Sorge tragen, daß die Einzelleistungen der Aktivisten zu einer breiten Masseninitiative entfaltet werden, d. h. die Genossen im Betrieb beweisen an ihrem Arbeitsplatz, daß man die alten Normen über den Haufen rennen kann. Dabei wird es sicherlich in den Betrieben zu Diskussionen unter den Kollegen kommen, ja sogar Anfeindungen gegen unsere Genossen. Hier greift das Parteiaktiv ein, um gemeinsam mit der BGL in Abteilungs-, Band- oder Schichtversammlungen über die Methoden bei der Entwicklung von Arbeitsstudien und Arbeitsmethoden mit den Kollegen zu diskutieren. Bei der Festsetzung der neuen Norm muß der Lohnausschuß mit jedem einzelnen Kollegen die Norm durchsprechen und beschließen. Dabei muß die Geltungsdauer der Norm für eine bestimmte Zeit (vorschlagsweise für 1949) festgesetzt werden, und eine Änderung darf nur erfolgen, wenn infolge technischer oder organisatorischer Verbesserungen des Arbeitsprozesses die alte Norm überholt ist. Bei Übererfüllung festgelegter Arbeitsnormen darf die Verdienststeigerung nicht begrenzt werden, denn die Menschen müssen auch einen direkten Anteil an ihrer Mehrleistung haben.

Der inner- und zwischenbetriebliche Wettbewerb, die Entwicklung und Förderung des betrieblichen Vorschlagwesens, die Arbeit der Planungsausschüsse und vor allem Produktionsberatungen, in denen Betriebsleitung und Planungsausschuß Bericht erstatten und alle Kollegen der entsprechenden Abteilung teilnehmen, wird dazu beitragen, die Menschen an ihrer Arbeit zu interessieren und ihnen beweisen, daß es ihre Interessen sind, um die es hier geht.

Das alles reicht jedoch nicht aus

Voraussetzung ist, daß in unseren Reihen Klarheit herrscht. Deshalb ist die Arbeit der Parteischulen, aber insbesondere die Arbeit der Betriebsparteischulen von so unerhörter Bedeutung. Sind alle unsere Genossen wirklich ideologisch gefestigt, werden sie ihre Aufgaben leichter erfüllen.

Doch nicht allein die Betriebsgruppen, sondern auch die Stadtteil- und Kreisvorstände müssen ihre Betriebe kennen und helfen, die dort stehenden Probleme zu lösen. Zu einer Bewußtseinsänderung werden wir nur kommen und den Anschluß an die Zone nur dann schnell erreichen, wenn jede Parteieinheit ihre Aufgaben erfüllt. Daß wir auf dem Wege dazu sind, beweisen eine Reihe von Erfolgen, über die wir ein andermal sprechen werden.

AUS DEM LEBEN DER PARTEI

Personalabteilung oder personalpolitische Abteilung?

In der März-Ausgabe des Funktionärorgans „Wille und Weg“ werden in den Artikeln der Genossin Groppe und des Genossen Lehmann der Personalabteilung bestimmte Aufgaben gestellt. Es handelt sich einmal darum, Frauen in alle Funktionen zu bringen und das andere Mal Arbeiterstudenten zu finden. Grundsätzlich wäre zu bemerken, daß diese Aufgaben nur im Zusammenwirken aller Org.-Einheiten der Partei gelöst werden können. Doch darum geht es hier nicht.

Täglich werden an die personalpolitische Abteilung Anforderungen gestellt, die ähnlich sind. So wird eben eine Stenotypistin verlangt, dann wieder ein Betriebsleiter, ein Schlosser, ein Chauffeur usw. So geht das gewohnheitsgemäß seit Bestehen der PPA. Die Feststellung der Resolution des Landesvorstandes, daß die PPA ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllt, sondern zu einer Art politischen Arbeitsvermittlung wird, hat damit ihre Berechtigung. Auch die Formulierung der beiden oben erwähnten Genossen zeigen dieses deutlich. Die nicht erfüllte Durchführung dieser verschiedenen Aufgaben kann dann dazu führen, daß die PPA als schwacher Punkt bezeichnet wird.

Ist es wirklich so? Ist die PPA wirklich nicht in der Lage, ihre Aufgabe durchzuführen? Oder sind andere Gründe vorhanden, die es zum Teil verhindern, daß die eigentlichen Aufgaben nicht voll erfüllt werden können?

Hier muß man, um eine Lösung zu finden, die Überschrift dieses Artikels betrachten. PPA oder PA ist nicht nur eine Zusammensetzung von Worten, sondern verbirgt in sich bestimmte Auffassungen. So versteht man unter Personalabteilung allgemein die Stelle im Betrieb, Verwaltung usw., die Einstellungen vornimmt, dafür sorgt, daß alle personellen Angelegenheiten der Angestellten erledigt werden. Anders ist es mit der Bezeichnung PPA. Hier wird klar gesagt, die Aufgabe liegt in politischer Richtung. Ist also nicht eine Angelegenheit, die sich zeitlich beschränken läßt, sondern wie jede andere politische Aufgabe Zeit zur Entwicklung benötigt, und das wird von unseren Genossen Funktionären noch nicht begriffen. Die PPA kann also nicht der Punkt in der Partei sein, der dann da ist, ohne Unterschied fachliche und politische Kräfte zu vermitteln. Es wird z. B. keinem Genossen einfallen, von der Abteilung Werbung zu verlangen, daß sie ihre gesamten Plakate selbst anklebt, oder daß die Org.-Abteilung auf sich gestellt, den Betriebsgruppentag allein durchführt. So darf und kann diese Aufgabe nicht gedacht sein. Nur wenn alle Kräfte der Partei an der Durchführung aller Aufgaben beteiligt sind, die entsprechende Abteilung nur leitend und zusammenfassend wirkt, kann ein Erfolg erzielt werden. So ist es auch in der Personalpolitik.

Unter den innerparteilichen Aufgaben, die die erste Konferenz der Partei stellte, gibt es die der Kaderpolitik. Es heißt dort:

„Die systematische, zielbewußte Auswahl und Förderung der Parteikräfte ist zu verstärken. Insbesondere müssen neue Kräfte aus der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten rasch auf führende Funktionen befördert werden, um die fortschrittliche Entwicklung zu sichern. Die marxistisch-leninistische Partei verlangt aber gleichzeitig von ihren führenden Funktionären in Staat, Wirtschaft und kulturellem Leben, daß sie die größte Aufmerksamkeit auf ihre fachliche Ausbildung lenken und zäh daran arbeiten, in ihrer Berufsarbeit führend zu werden und durch ihr Beispiel das Ansehen der Partei zu heben.“

Das bedeutet: Nicht nur die Partei im Gesamt ist verpflichtet, die Kaderfrage durchzuführen, sondern jeder Funktionär ist verpflichtet, sich weiter zu bilden, zu entwickeln.

„Denn eine richtige politische Linie ist zwar das erste und wichtigste, um aber eine richtige politische Linie in die Tat umzusetzen, braucht man Kader, braucht man Menschen, die diese Linie verstehen, die es verstehen, sie in die Praxis umzusetzen.“ (Stalin)

Diese Worte für die Personalpolitik angewandt bedeuten, daß jeder Funktionär, gleich wo er seine Aufgabe durchführt, mit verantwortlich ist für die Entwicklung und Verbreiterung der Kader. Ein Beispiel soll dieses beweisen:

Die Org.-Abteilung hat dadurch, daß sie mit ihren Funktionären ständig zusammenarbeitet, einen Überblick über die Fähigkeiten derselben. Sie kann beurteilen, ob und wie diese Funktionäre in der Lage sind, die richtige politische Linie zu verstehen und in die Praxis umzusetzen. So muß es in allen Ressorts aussehen. Wie ist es aber wirklich? Kennen die leitenden Funktionäre ihre Mitarbeiter?

Eine Prüfung würde kaum ein gutes Ergebnis erzielen. So konnte vor kurzem beobachtet werden, daß ein Referent der Abteilung Parteischulung des Landesverbandes einen Kreissekretär für Werbung und Schulung noch nicht kannte und das trotz mehrmonatiger Tätigkeit.

Genosse Stalin hat 1937 diesen Zustand wie folgt gekennzeichnet:

„...manche unserer führenden Parteifunktionäre krankten daran, daß sie den Menschen, den Parteimitgliedern, den Mitarbeitern gegenüber an Aufmerksamkeit fehlen lassen. Mehr noch, sie studieren die Parteimitglieder nicht, wissen nicht, welche Art Leute es sind und wie sie sich entwickeln, kennen die Mitarbeiter überhaupt nicht...“

Dieser Zustand muß also behoben werden. Jeder Funktionär, der für eine verantwortliche Arbeit tätig ist, muß seine Mitarbeiter kennen, muß wissen, ob und wie sie die gestellten Aufgaben durchführen.

Aus all dem Gesagten geht klar hervor, daß die Kaderfrage eine Gesamtaufgabe der Partei ist. Jeder Funktionär ist verpflichtet, neue Menschen zu finden und sie zu entwickeln. Die zusammenfassende und leitende Funktion in der Partei hat in dieser Frage die PPA. Dadurch ist eine systematische Arbeit in der Entwicklung der Kader möglich und gleichzeitig ein geschicktes und elastisches Manövrieren. Nur dadurch kann die Personalpolitik zur operativen Arbeit übergehen. Die Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgaben müßte allerdings wie jede politische Frage ideologisch in der gesamten Partei behandelt werden. So wäre es angebracht, wenn die Kaderfrage in der gesamten Partei behandelt werden. So wäre es angebracht, wenn die Kaderfrage in der gesamten Partei behandelt werden.

frage behandelt wird, ja sogar ein Bildungsabend in der gesamten Partei ein bestimmtes Maß an Klarheit in dieser Frage erzielen könnte. Um in der Richtung schon einiges zu tun, sei noch einmal die Definition des Genossen Stalin über Kaderauslese angeführt:

1. „Die Kader schätzen als den goldenen Fond der Partei und des Staates, sie hochhalten, sie achten.“
2. „Die Kader kennen, die Vorzüge und die Mängel jedes Kaderarbeiters sorgfältig studieren und wissen, auf welchem Posten sich die Fähigkeiten des Mitarbeiters entfalten können.“
3. „Fürsorgliche Kader heranbilden, jedem sich entwickelnden Mitarbeiter helfen, sich emporzuarbeiten, keinen Zeitaufwand scheuen, um sich mit solchen Mitarbeitern geduldig abzugeben und ihre Entwicklung zu beschleunigen.“
4. „Rechtzeitig neue junge Kader fördern, ohne sie an der alten Stelle einrostet, ohne sie versauern zu lassen.“
5. „Die Mitarbeiter so auf die Arbeitsplätze verteilen, daß sich jeder am richtigen Platz fühle, daß jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmaß dessen leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist, daß die gesamte Richtung der Arbeit zur Verteilung der Kader voll auf den Anforderungen der politischen Linie entsprechen, zu deren Durchführung diese Verteilung vorgenommen wird.“

Wir denken, mit unseren Zeilen dazu beigetragen zu haben, die Frage der Kader zu klären. Wenn das der Fall ist, dann wird der Begriff PPA klar sein und kein Ressort der Partei auf den Gedanken kommen, Aufgaben der Gesamtpartei auf dieses Ressort abzuwälzen.

Bruno Gräbert

Ein Wort an unsere Genossinnen!

Eine Voraussetzung der Durchführung des Beschlusses der 1. Parteikonferenz Frauen in Partei, Verwaltung und Wirtschaft mit höheren Funktionen zu betrauen, ist die berufliche und politische Qualifikation der Frauen und unserer Genossinnen.

Das Aufrücken auf höhere Positionen am 8. März hat nicht nur gezeigt, daß wir im Ostsektor eine fortschrittliche Verwaltung und Parteiführung haben, die erst an die Probleme der Verwirklichung der Gleichberechtigung herantreten, sondern daß in den Nachkriegsjahren seit dem Zusammenbruch eine Reihe Frauen und Genossinnen herangewachsen und imstande sind, gute Arbeit auf verantwortlichen Positionen zu leisten.

Die Entwicklung verläuft auf diesem Gebiet positiv. Sie verläuft aber nicht schnell genug. Die Zeit fordert von uns ein schnelles Tempo in der Erziehung und Schaffung neuer Menschen für unsere großen Aufgaben.

Noch immer sind, besonders in der Partei, Frauen in höheren Funktionen in der starken Minderzahl. Noch immer sind zu wenig junge Genossinnen in wichtigen politischen Funktionen. Wenn man auch berücksichtigen muß, daß unsere Frauen durch Familie und Kinder stark gebunden sind, bleibt doch immer noch eine zu geringe Initiative zur Schulung und Qualifizierung, eine falsche Bescheidenheit und Zurückhaltung und mangelnde Erkenntnis von der Notwendigkeit einer schnellen beruflichen und politischen Ausbildung.

Das müssen unsere Frauen und Genossinnen überwinden. Es werden heute den Frauen und Männern gleiche Möglichkeiten der Entwicklung geboten. Die Frauen müssen Schritt halten.

Frauen in höheren Positionen zu betrauen, nicht nur weil Frauen dort stehen sollen, sondern weil Frauen

mit Können und Qualität durch ihre Leistungen die Gleichberechtigung dort in der Tat verwirklichen.

Genossinnen! Lernt und schult Euch und beweist, daß ihr imstande seid, auf allen Gebieten zu arbeiten und etwas zuleisten.

Roberta Gropper

~~PARTEI~~ Dokumente

Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Bericht des Politbüros am 9. März 1949

1. Der Bericht des Genossen Walter Ulbricht über die Tätigkeit des Politbüros seit der 1. Parteikonferenz wird bestätigt.

2. Der Parteivorstand stellt fest, daß die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz in der gesamten Mitgliedschaft großen Widerhall gefunden haben. Die Durcharbeitung der Dokumente der 1. Parteikonferenz hat die ideologische und organisatorische Festigung der Partei weiter gefördert und in einer Reihe grundlegender Fragen unserer Politik die Klarheit der Parteimitglieder erhöht. Die auf der 1. Parteikonferenz festgelegte Generallinie der Partei, die im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden und um die Festigung der antifaschistisch - demokratischen Ordnung in der Ostzone besteht, ist der großen Mehrheit unserer Funktionäre und Mitglieder verständlich geworden. Die Beschlüsse der Parteikonferenz haben die Arbeit der Partei zur Mobilisierung der Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone für den wirtschaftlichen Aufbau, für die Organisation des Wettbewerbes zur Steigerung der Produktion usw. stark befruchtet. Die von der Parteikonferenz beschlossenen Maßnahmen zur Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus wurden von der Mitgliedschaft begrüßt und haben zur weiteren Festigung der inneren Einheit und zur Aktivierung der Partei geführt.

3. Gleichzeitig lenkt der Parteivorstand die Aufmerksamkeit der Leitungen der Parteiorganisationen auf eine Reihe von Mängeln, die in der Berichterstattung neben diesen zweifellosen Erfolgen zutage treten:

a) Es ist nicht in genügendem Maße gelungen, die auf der Parteikonferenz behandelten Probleme zu einer einheitlichen Grundlinie zu vereinigen und den Kampf um Einheit Deutschlands und gerechten Frieden mit der Festigung der demokratischen Ordnung in der Ostzone und der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus zu verbinden. Infolgedessen sind besonders die Probleme der Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei ungenügend behandelt worden. Eine ernste Erscheinung in der Partei ist die Sorglosigkeit in ideologischen Fragen.

b) Die konkrete praktische Durchführung der Beschlüsse wurde nicht genügend in den Mittelpunkt gestellt. Die wirtschaftlichen Fragen wurden einseitig behandelt ohne Zusammenhang mit der großen politischen Aufgabe der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

c) Bei der Behandlung der Blockpolitik wurde nicht genügend Aufmerksamkeit darauf verwandt, wie sie in den Kreisen und Orten praktisch durchzuführen ist. Die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Unterstützung ihres Kampfes gegen die reaktionären Elemente und ihrer fortschrittlichen Entwicklung wurde noch nicht genügend erkannt.

Der Parteivorstand weist auf die Gefahr des Opportunismus als opportunistische Ideologie

frage behandelt wird, ja sogar ein Bildungsabend in der gesamten Partei ein bestimmtes Maß an Klarheit in dieser Frage erzielen könnte. Um in der Richtung schon einiges zu tun, sei noch einmal die Definition des Genossen Stalin über Kaderauslese angeführt:

1. „Die Kader schätzen als den goldenen Fond der Partei und des Staates, sie hochhalten, sie achten.“
2. „Die Kader kennen, die Vorzüge und die Mängel jedes Kaderarbeiters sorgfältig studieren und wissen, auf welchem Posten sich die Fähigkeiten des Mitarbeiters entfalten können.“
3. „Fürsorgliche Kader heranbilden, jedem sich entwickelnden Mitarbeiter helfen, sich emporzuarbeiten, keinen Zeitaufwand scheuen, um sich mit solchen Mitarbeitern geduldig abzugeben und ihre Entwicklung zu beschleunigen.“
4. „Rechtzeitig neue junge Kader fördern, ohne sie an der alten Stelle einrostet, ohne sie versauern zu lassen.“
5. „Die Mitarbeiter so auf die Arbeitsplätze verteilen, daß sich jeder am richtigen Platz fühle, daß jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmögliche leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist, daß die gesamte Richtung der Arbeit zur Verteilung der Kader voll auf den Anforderungen der politischen Linie entspreche, zu deren Durchführung diese Verteilung vorgenommen wird.“

Wir denken, mit unseren Zeilen dazu beigetragen zu haben, die Frage der Kader zu klären. Wenn das der Fall ist, dann wird der Begriff PPA klar sein und kein Ressort der Partei auf den Gedanken kommen, Aufgaben der Gesamtpartei auf dieses Ressort abzuwälzen.

Bruno Gräbert

Ein Wort an unsere Genossinnen!

Eine Voraussetzung der Durchführung des Beschlusses der 1. Parteikonferenz Frauen in Partei, Verwaltung und Wirtschaft mit höheren Funktionen zu betrauen, ist die berufliche und politische Qualifikation der Frauen und unserer Genossinnen.

Das Aufdrücken auf höhere Positionen am 8. März hat nicht nur gezeigt, daß wir im Ostsektor eine fortschrittliche Verwaltung und Parteiführung haben, die ernst an die Probleme der Verwirklichung der Gleichberechtigung herantreten, sondern daß in den Nachkriegsjahren seit dem Zusammenbruch eine Reihe Frauen und Genossinnen herangewachsen und imstande sind, gute Arbeit auf verantwortlichen Positionen zu leisten.

Die Entwicklung verläuft auf diesem Gebiet positiv. Sie verläuft aber nicht schnell genug. Die Zeit fordert von uns ein schnelles Tempo in der Erziehung und Schaffung neuer Menschen für unsere großen Aufgaben.

Noch immer sind, besonders in der Partei, Frauen in höheren Funktionen in der starken Minderzahl. Noch immer sind zu wenig junge Genossinnen in wichtigen politischen Funktionen. Wenn man auch berücksichtigt, daß unsere Frauen durch Familie und Kinder stark gebunden sind, bleibt doch immer noch eine zu geringe Initiative zur Schulung und Qualifizierung, eine falsche Bescheidenheit und Zurückhaltung und mangelnde Erkenntnis von der Notwendigkeit einer schnellen beruflichen und politischen Ausbildung.

Das müssen unsere Frauen und Genossinnen überwinden. Es werden heute den Frauen und Männern gleiche Möglichkeiten der Entwicklung geboten. Die Frauen müssen Schritt halten.

Frauen in höheren Positionen also nicht nur darum, weil Frauen dort stehen sollen, sondern weil Frauen

mit Können und Qualität durch ihre Leistungen die Gleichberechtigung dort in der Tat verwirklichen.

Genossinnen! Lernt und schult Euch und beweist, daß ihr imstande seid, auf allen Gebieten zu arbeiten und etwas zu leisten.

Roberta Gropper

~~PARTEI~~-Dokumente

Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Bericht des Politbüros am 9. März 1949

1. Der Bericht des Genossen Walter Ulbricht über die Tätigkeit des Politbüros seit der 1. Parteikonferenz wird bestätigt.

2. Der Parteivorstand stellt fest, daß die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz in der gesamten Mitgliedschaft großen Widerhall gefunden haben. Die Durcharbeitung der Dokumente der 1. Parteikonferenz hat die ideologische und organisatorische Festigung der Partei weiter gefördert und in einer Reihe grundlegender Fragen unserer Politik die Klarheit der Parteimitglieder erhöht. Die auf der 1. Parteikonferenz festgelegte Generallinie der Partei, die im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden und um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone besteht, ist der großen Mehrheit unserer Funktionäre und Mitglieder verständlich geworden. Die Beschlüsse der Parteikonferenz haben die Arbeit der Partei zur Mobilisierung der Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone für den wirtschaftlichen Aufbau, für die Organisation des Wettbewerbes zur Steigerung der Produktion usw. stark befruchtet. Die von der Parteikonferenz beschlossenen Maßnahmen zur Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus wurden von der Mitgliedschaft begrüßt und haben zur weiteren Festigung der inneren Einheit und zur Aktivierung der Partei geführt.

3. Gleichzeitig lenkt der Parteivorstand die Aufmerksamkeit der Leitungen der Parteiorganisationen auf eine Reihe von Mängeln, die in der Berichterstattung neben diesen zweifellosen Erfolgen zutage treten:

- a) Es ist nicht in genügendem Maße gelungen, die auf der Parteikonferenz behandelten Probleme zu einer einheitlichen Grundlinie zu vereinigen und den Kampf um Einheit Deutschlands und gerechten Frieden mit der Festigung der demokratischen Ordnung in der Ostzone und der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus zu verbinden. Infolgedessen sind besonders die Probleme der Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei ungenügend behandelt worden. Eine ernste Erscheinung in der Partei ist die Sorglosigkeit in ideologischen Fragen.
- b) Die konkrete praktische Durchführung der Beschlüsse wurde nicht genügend in den Mittelpunkt gestellt. Die wirtschaftlichen Fragen wurden einseitig behandelt ohne Zusammenhang mit der großen politischen Aufgabe der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.
- c) Bei der Behandlung der Blockpolitik wurde nicht genügend Aufmerksamkeit darauf verwandt, wie sie in den Kreisen und Orten praktisch durchzuführen ist. Die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Unterstützung ihres Kampfes gegen die reaktionären Elemente und ihrer fortschrittlichen Entwicklung wurde noch nicht genügend erkannt.
- d) Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus als opportunistische Ideologie

- in der Arbeiterbewegung wurde ungenügend geführt, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Agenturen (Schumacher-Gruppen usw.) wurde nicht in genügendem Maße entwickelt. Die Mitgliedschaft wurde ferner unzureichend darüber aufgeklärt, daß die Trotzlisten, KPO-Leute usw. heute nicht politische Strömungen in der Arbeiterbewegung vertreten, sondern bezahlte Agenten der imperialistischen Geheimdienste sind. Es trat verschiedentlich eine Sorglosigkeit gegenüber trotzkistischen Elementen zutage, die einen Mangel an Klassenwachsamkeit zeigt.
- e) Die Aufgabe der Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Intellektuellen wurde noch nicht genügend erkannt. Auch innerhalb der Partei zeigten sich noch gewisse feindliche Stimmungen gegen die Intellektuellen, die ein ernsthaftes Hindernis in der Erfüllung der Wirtschafts-

- schaftspläne und der demokratischen Erneuerung unseres kulturellen Lebens darstellen.
- f) Auch die Arbeit innerhalb der demokratischen Massenorganisationen, der die 1. Parteikonferenz große Aufmerksamkeit gewidmet hat, kam in der Berichterstattung nicht im erforderlichen Maße zur Geltung.
- g) Die Frage der Entwicklung und Schulung neuer Kräfte wurde ungenügend mit der Durchführung der Beschlüsse der Parteikonferenz verbunden.
4. Indem der Parteivorstand diese Mängel in der Durchführung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz festgestellt, wendet er sich an die gesamte Parteimitgliedschaft mit der Aufforderung, diese Schwächen rasch zu überwinden und unter Anstrengung aller Kräfte an der Verwirklichung der von der Parteikonferenz gefaßten Beschlüsse zu arbeiten.

Kritische Betrachtung zur Propagandisten-Konferenz

Das negative Ergebnis der am 27. Februar stattgefundenen Propagandisten-Konferenz, veranlaßt mich, zu einer kritischen Stellungnahme. Vor allem deswegen, weil eine große Zahl der Teilnehmer dieser Konferenz den Sinn und Zweck einer solchen Tagung noch nicht erfaßt hatten. Ich erspare es mir, auf die Fehler und Schwächen hinzuweisen, nehme diese lediglich zum Anlaß, einige Vorschläge zur Durchführung einer fruchtbaren Arbeit zu machen.

Der Inhalt einer derartigen Konferenz kann doch nur von zwei Gesichtspunkten bestimmt werden:

- Erarbeitung und Klärung theoretischer Probleme der aktuellen Politik, um eine feste, ideologische Grundlage für die weitere politische Tätigkeit zu schaffen.
- Organisierung der propagandistischen Arbeit.

Daraus ergibt sich aber zwangsläufig, daß der Kreis der eingeladenen Genossen nur sehr beschränkt sein kann. Nur solche Genossen, die wirklich als Propagandisten gelten können, unabhängig davon, welche Funktion sie ausüben, kommen in Frage. Es ist die Aufgabe der Abteilung Parteischulung, diese Genossen zu bestimmen, wobei zu berücksichtigen ist, daß leider nicht jeder Kreissekretär für Parteischulung auch ein Propagandist ist. Dagegen wird es manchen Betriebsgruppenleiter geben, der seine Tätigkeit als Propagandist schon unter Beweis gestellt hat.

Wenn eine Arbeitstagung Erfolg haben soll, muß sie gründlich vorbereitet sein, nicht nur von der Versammlungsleitung, sondern auch von jedem einzelnen Teilnehmer.

Dazu ist aber notwendig, daß

- die Einladungen so rechtzeitig erfolgen, damit genügend Zeit zur Vorbereitung vorhanden ist,
- auf der Einladung angegeben ist, mit welchen Fragen sich die Konferenz beschäftigen wird.

Es genügt nicht, wenn lediglich das Thema des Referats bekanntgegeben wird, sondern es müssen auch die besonderen in dem jeweiligen Thema zu behandelnden Probleme aufgeführt sein, evtl. mit

Angabe der Literatur, die vorher durchzuarbeiten wäre.

Ist die Konferenz so vorbereitet, verspricht sie auf jeden Fall mehr Aussicht auf Erfolg, als wenn die Genossen unvorbereitet sind und dadurch nicht zu einer grundsätzlichen Stellungnahme kommen können.

Zur Durchführung der Konferenz bin ich der Meinung, daß wir auf solchen Arbeitstagungen von gewissen formellen Traditionen der Versammlungsleitung abkommen müssen. Was hat es für einen Zweck, wenn zehn Diskussionsredner zu 20 oder 30 Punkten Stellung nehmen, wobei erst der 11. Sprecher wieder eine Frage aufgreift, die ganz im Anfang gestellt wurde?

Mein Vorschlag wäre der, daß bei den schriftlich abzugebenden Wortmeldungen gleichzeitig angegeben sein muß, zu welchem Punkt der Genosse sprechen will. Durch entsprechende Worterteilung kann die Diskussion dann so gelenkt werden, daß eine neue Frage erst diskutiert wird, wenn die vorhergehende abgeschlossen ist. Will ein Genosse zu mehreren Punkten sprechen, so muß er mehrere Male zu Worte kommen. Die Versammlungsleitung muß in der Hand eines Genossen liegen, der in der Lage ist, durch sein Eingreifen ein Abgleiten der Diskussion zu verhindern. Dadurch kann eine willkürliche Beschnidung der Redezeit aller Genossen vermieden werden. Es ist einfach nicht immer möglich, eine grundsätzliche Frage in fünf Minuten zu entwickeln, ohne daß Klarheit und Überzeugungskraft darunter leidet. Sehr wichtig ist eine Beschlußfassung zu bestimmten Fragen nach abgeschlossener Diskussion. Diese Beschlüsse werden dann dem Landesvorstand als Vorschläge der Konferenz unterbreitet.

Abschließend möchte ich zum Ausdruck bringen, daß es weniger Wert hat, alle im Referat auftauchenden Fragen mehr oder weniger oberflächlich zu behandeln, als einige gründlich zu diskutieren, um wenigstens hier völlige Klarheit zu erreichen. Nur auf diesem Wege können wir eine Steigerung der Qualität unserer Arbeit als Propagandisten erreichen.

Walter Schellenberg

DIE PARTEI

diskutiert

Einige Unklarheiten über Fragen des Klassenkampfes

Der Artikel von Karl Mewis (Wille und Weg 1948/12) zeigt, wie wenig die Arbeiterschaft auf die Dinge, die sich um ihr eigenes Schicksal abspielen, reagiert. Anders wäre es nicht möglich, daß in den Betrieben des westlichen Sektors von Berlin eine solche Stimmung gegenüber der demokratischen Neugestaltung der Wirtschaft in der Ostzone und dem Ostsektor Berlins entstanden wäre.

Noch immer sieht ein großer Teil der Arbeiterschaft in den Fragen ihres persönlichen Wohlergehens die Lösung des deutschen Schicksals, ohne dabei einen Blick in die Zukunft zu tun und sich mit der Frage der Abhängigkeit oder Unabhängigkeit ihres Schicksals zu beschäftigen. Sie ziehen es vor, daß der Staat Schulden macht, anstatt daß sie selbst mit ihren eigenen Händen und Ideen dazu beitragen, die Wirtschaft aufzubauen. Ein Beispiel dafür ist die immer wiederkehrende Gegenüberstellung des Marshall-Plans mit dem Zweijahrplan. Die Leute faseln immer von den gefüllten Läden in den Westsektoren und vergessen dabei die Abhängigkeitsstellung, in die sie durch die amerikanischen Lieferungen geraten. Auf der anderen Seite verhöhnen sie die beispiellosen Bemühungen in der Ostzone.

Nehmen wir als Beispiel einen Betrieb im Westsektor. Seine Struktur ist etwa folgende: von den 1300 dort Beschäftigten sind 45% Angestellte, davon 30% in gehobenen Stellungen. In diesem Betrieb befand sich früher die Verwaltung eines Konzerns, und die alten Kräfte haben mit den Jahren dort wieder festen Fuß gefaßt. Wohl hat ein Teil von ihnen in den ersten Monaten beim Aufbau mit zugepackt, aber bald kam die Produktion wieder in Gang und der Aufbau ging in die Hände von Fremdarbeitern über.

Jetzt wurde der erste Fehler erkennbar: diese Kräfte sonderten sich bald von der Allgemeinheit ab und wurden wieder zu den alten Maschinen der Unternehmer. Sie lehnen es heute genau so wie früher ab, mit der Arbeiterklasse, welche nach der Kontrolle der Produktionsmittel strebt, zusammen zu gehen. Durch die Propaganda, die sie unter dem Schutz der westlichen Alliierten betreiben, erreichen sie sogar eine Zersetzung der Arbeiter. Die Politik der Direktion in diesem Betrieb lief immer darauf hinaus, eine gewisse Betriebsgebundenheit der Arbeiter und Angestellten zu schaffen. Deshalb war es auch 1945 äußerst schwierig, dort reinen Tisch zu machen. So brachte die erste Betriebsratswahl z. B. einen Vorsitzenden mit überwiegendem bürgerlichen Einschlag. Es kostete einen langen und schweren Kampf, bis die Funktion des Betriebsratsvorsitzenden an einen Arbeiter übergang.

Die Arbeit in diesem Betrieb, dessen Belegschaft in der besten Zeit nur zu 55% gewerkschaftlich organisiert war, ist äußerst schwer, obwohl einer SED-Betriebsgruppe mit 28 Genossen die SPD nur 15 Mann entgegenstellen kann. Die Frage des Klassenkampfes steht hier besonders scharf. Obwohl der Betriebsrat sich aus 7 FDGB-Mitgliedern (darunter der Betriebsratsvorsitzende Mitglied unserer Partei) und 4 UGO-Anhängern zusammensetzt, wird in dem Betrieb die Politik von der UGO diktiert. So stimmten für die Beteiligung an der Kriegshetzer-Demonstration am Brandenburger Tor 10 Betriebsräte dafür und nur einer gegen. Bei der Abstimmung über die Beteiligung an

der Demonstration des 30. November zur Unterstützung des demokratischen Magistrats ergab sich dasselbe Kräfteverhältnis im umgekehrten Maßstab. Ein Betriebsrat stimmte für die Beteiligung an der Demonstration und 10 dagegen.

Die UGO hat bei all ihren Handlungen, die auf eine Unterstützung der Unternehmer hinauslaufen, die gesamte Belegschaft hinter sich, und die wenigen Genossen, die vorhanden sind, verstehen es nicht, ein Gegengewicht herzustellen. Bei ihnen ist selbst noch viel Schlacke zu beseitigen, sie haben noch zuviel Hemmungen, um im Betrieb aufzuräumen, und dies alles, trotzdem in der letzten Zeit die Betriebsgruppe wöchentlich tagt und sie beim Betriebsratsvorsitzenden Unterstützung finden. Auch die Bildung der Betriebsgewerkschaftsleitung und der FDGB-Betriebsgruppe hat noch keine spürbaren Veränderungen hervorgebracht.

Dieses Beispiel beweist, daß die Frage des Klassenkampfes hier von unseren Genossen noch nicht mit der nötigen Schärfe gestellt worden ist. Unter den jetzigen Verhältnissen muß erst versucht werden, den Teil der gewerkschaftlich und politisch organisierten Kollegen auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, um dann einheitlich ausgerichtet in die Belegschaft einzudringen. Das Beispiel dieses Betriebes zeigt, wie nötig es ist, den Klassenkampf in verschärfter Form zu führen. Wir müssen unsere Klasse erst einmal so kampffähig machen, daß wir die Masse überzeugen und sie gewinnen, und dann dürfte es uns nicht schwerfallen, den Klassenfeind zu schlagen.

Lorenz

Wo sind die Unklarheiten?

Mit großem Interesse habe ich den Artikel des Gen. Lorenz, der betitelt ist:

„Einige Unklarheiten über Fragen des Klassenkampfes“
gelesen.

Am Ende des Artikels ist man genau so klug wie zuvor. Es wird sehr viel das Wort „Klassenkampf“ in Anwendung gebracht, ohne nur konkret zu sagen, worin der Klassenkampf der Belegschaft bzw. unserer Partei-Gruppe gegen die klassenfeindlichen Bestrebungen in diesem Betrieb besteht. Zum Schluß des Artikels heißt es: „Zwar müssen wir unsere Klasse erst einmal so kampffähig machen, damit wir die Massen überzeugen, um sie zu gewinnen, und dann sollte es nicht schwerfallen, den Klassenfeind zu schlagen“.

Was versteht eigentlich der Gen. Lorenz unter „Klasse“ und „Masse“? Hätte es nicht vielmehr heißen müssen: „Wir müssen unsere Betriebsgruppe ideologisch so stark ausrichten, daß sie imstande ist, den Arbeitern und Angestellten unseres Betriebes konkrete Aufgaben für die Durchsetzung ihrer Ziele zu stellen.“

Wie ist dies aber möglich, wenn selbst bekannte Genossen in einem Betrieb eine nicht klare Haltung einnehmen?

Warum verschweigt der Gen. Lorenz in seinem Artikel, daß es sich um die Zustände im Schering-Konzern handelt?

Der Gen. Lorenz spricht von Fehlern zwischen 1945—1948 bis jetzt. Welche Fehler meint der Genosse? Er müßte sie doch aufzeigen, um die sich für den Betrieb Schering ergebende Nutzenanwendung daraus zu ziehen. Ich erinnere den Gen. Lorenz an unsere Diskussion im Frühjahr 1948 über die Enteignung des Schering-Konzerns. Er wandte sich dagegen, dieses Problem in aller Eindeutigkeit vor der gesamten Schering-Belegschaft aufzurollen. Seine Argumente: „Wir sind allein nicht imstande, die Betriebe weiterzuführen; die Wissenschaftler und Chemiker arbeiten nur unter der Konzernleitung mit; Enteignung und Sozialisierung später, aber jetzt noch nicht.“

Gen. Lorenz, wie kann man von der Belegschaft eine klare Haltung verlangen, wenn Du als Exponent der Partei die Fragen nicht klar und scharf aufrollst, denn die Frage, ob volkseigener Betrieb oder Konzern ist eine Frage des Klassenkampfes.

Mit Jammern über die Schwierigkeiten im Betrieb, mit Pessimismus und Unglauben wird nichts erreicht. Gen. Lorenz hat kein Vertrauen zur führenden Kraft unserer Partei, kein Vertrauen zu unserer Wirtschaftspolitik. Er hätte aufzeigen müssen, mit welcher Energie die Belegschaft in dem Teil des Schering-Betriebes, der dem Einfluß der Konzernherren entzogen wurde, für die Verbesserung und Steigerung der Produktion kämpft. Er hätte aufzeigen müssen, wie die Arbeiter an die Erfüllung des Zweijahrplans herangehen, zum Wohle und zur Erhaltung der Volksgesundheit. Er hätte den Arbeitern, Angestellten und Wissenschaftlern des Schering-Konzerns durch konkrete Beispiele beweisen müssen, wie das Mitbestimmungsrecht der Belegschaft in den Betrieben des Ostens gesichert ist. Welche Aufstiegsmöglichkeiten für alle hier arbeitenden Belegschaftsmitglieder vorhanden sind, aber dazu gehört der unerschütterliche Glaube an unsere Sache.

Zum Schluß muß dem Gen. Lorenz gesagt werden: Wir müssen alle Fragen, die im heutigen politischen und wirtschaftlichen Leben stehen, mit den Arbeitern, Angestellten und Wissenschaftlern diskutieren. Es darf nicht so sein, daß wir den Klassengegner als den Stärkeren betrachten, sondern die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft und wir müssen verstehen, durch eine klare Haltung in allen Fragen die Intelligenz in den Bann dieser entscheidenden Kraft zu ziehen. Die Aufgabe eines Genossen, auch im westlichen Betrieb, wäre doch wohl, innerhalb eines Betriebes konkrete Aufgaben zu stellen und zu zeigen, wie der Klassengegner arbeitet. Mit Pessimismus und Kompromißbereitschaft werden die Fragen unseres Kampfes nicht gelöst.

Gerhard Jurr

Klassenkampf auf dem Kulturgebiet

Ein Ausdruck des verschärften Klassenkampfes ist auch die Gründung der sogenannten „Freien Universität“ in Dahlem, welche den Zweck hat, die Spaltung in Berlin zu vertiefen. Außerdem soll dort der wissenschaftlich getarnte Versuch unternommen werden, den Marxismus zu widerlegen. In unserem Kampf um die kulturelle Einheit Berlins ist die „Freie Universität“ also ein Element der Zersetzung und muß deshalb entschieden bekämpft werden.

Dort sammeln sich alle Gegner einer fortschrittlichen Hochschulreform und alle Feinde des Arbeiter- und Bauernstudiums. Daß Studenten der „Freien Universität“ schon wieder im „Tagesspiegel“ diskutieren können, ob man nicht schlagende Verbindungen zulassen soll, zeigt, daß man dort schon wieder anfangen will, den alten Bierklamauk einer albern überlebten sogenannten Burschenherrlichkeit aus der

Mottenkiste hervorzuholen. So glauben die dort studierenden Sprößlinge „besserer Kreise“ unter sich bleiben zu können.

Es ist zwar ein gutes Zeichen, daß die Bedeutung des Arbeiter- und Bauernstudiums schon etwas mehr als bisher in der Berliner Organisation erkannt wird. So gab es besonders im März bei der Behandlung des Themas:

„Zweijahrplan und Kulturaufgaben“

in vielen Gruppen Diskussionen, in denen sich zeigte, daß die Genossen die Wichtigkeit dieser Frage erkannt haben. Wie weit aber die vom Klassengegner verbreitete Unklarheit teilweise sogar bis in die Reihen unserer Partei gedrungen ist, zeigte sich bei der Überschätzung der Rolle der „Freien Universität“. In der Gruppe 5 des Stadtbezirks Adlershof wurde z. B. die Meinung vertreten, die Gründung der „Freien Universität“ habe die Berliner Humboldt-Universität um zehn Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Deswegen ist es nötig, hier einige genaue Zahlen zu bringen. Von den 210 Professoren und Dozenten der Humboldt-Universität sind insgesamt nur sieben zur Westgründung gegangen. Das sind 3%! Die Abwanderung der Studenten ist ebenso gering. Ich glaube nicht, daß diese drei Prozent durch ihr Fortgehen die Humboldt-Universität in ihrer Entwicklung zurückgeworfen haben. Im Gegenteil. Diese drei Prozent waren der reaktionärste Flügel, sowohl bei den Professoren als auch bei den Studenten, und sie haben nicht durch ihr Fortgehen, sondern eher dadurch, daß sie solange an der Humboldt-Universität blieben, die Entwicklung gehemmt.

Wissenschaftlich und fachlich ist die West-Universität nicht ernst zu nehmen, und es ist an der Zeit, daß klare unmißverständliche Erklärungen darüber erfolgen, daß ein Studium an dieser Anstalt, die sich irreführenderweise den Namen „Universität“ zugelegt hat, weder in Berlin noch in der Zone anerkannt wird.

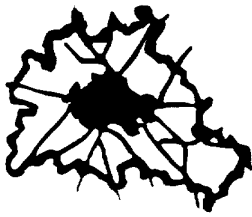
Demgegenüber werden wir für die vermehrte Zulassung von jungen Arbeitern und Bauern an die Humboldt-Universität werben, um dort eine demokratische Intelligenz heranzubilden, die aus der Arbeiterklasse kommt, ihr verbunden bleibt und mit ihr zusammen das gewaltige Aufbauprogramm unserer neuen demokratischen Ordnung durchführt.

Max Lehmann

ES LOHNT SICH!

Gewiß, die Werktätigen haben keine Erfahrung im Verwalten, aber das schreckt uns nicht. Dem siegreichen Proletariat hat sich ein Land eröffnet, das jetzt zum Eigentum des Volkes geworden ist, und es wird imstande sein, eine neue Produktion und Konsumtion nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen. Früher war das gesamte menschliche Denken, sein ganzer Genius nur darauf gerichtet, den einen alle Güter der Technik und Kultur zu geben und den anderen das Notwendigste vorzuenthalten — Bildung und Entwicklung. Jetzt dagegen werden alle Wunder der Technik, alle Errungenschaften der Kultur zum Gemeingut des Volkes werden, und von jetzt an wird das menschliche Denken, der menschliche Genius nicht mehr auf Mittel der Gewalt, auf Mittel der Ausbeutung gerichtet sein. Das wissen wir. Und lohnt es etwa nicht, für diese gewaltige geschichtliche Aufgabe zu arbeiten, lohnt es nicht, alle Kräfte dafür einzusetzen? Die Werktätigen werden dieses gewaltige geschichtliche Werk vollbringen; denn in ihnen schlummern die großen Kräfte der Revolution, der Wiedergeburt und Erneuerung.

(Lenin auf dem III. Allrussischen Rätekongreß 23.—31. [10.—18.] Januar 1918)



Aus den Kreisen

Die organisatorische Vorbereitung des 1. Mai

Die Zuspitzung der politischen Lage in Deutschland, der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, die Weltfriedenskonferenz am 20. April, die Lage in Berlin in Verbindung mit den jüngsten politischen Ereignissen, geben dem 1. Mai sein besonderes Gepräge. Somit muß diese Maidemonstration zu einer gewaltigen Willenskundgebung für den Frieden, für die Einheit Berlins, für die Einheit Deutschlands und für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse werden.

Der 1. Mai muß den Beweis erbringen, daß unsere Parteiorganisation in Verbindung mit den Hunderttausenden gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Berlins in der Lage ist, die gesamte werktätige Bevölkerung auf den 1. Mai einzustellen.

Die Beschlüsse unserer 1. Parteikonferenz, der Kampf um die nationale Selbsthilfe gegen den nationalen Notstand, die Zusammenführung des deutschen Volkes gegen seine Versklavung und für einen gerechten Frieden, die Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Kräften der Welt, die Unterstützung aller Bestrebungen der deutschen Volkskongreßbewegung, die Bemühungen um die Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund sind die politischen Fragen, die mit dem 1. Mai verknüpft sind. Daher ist es notwendig, daß diese politischen Fragen im Vordergrund unserer Arbeit stehen.

Was ist zu tun?

Der Träger der Maidemonstration ist der FDGB. Getreu der alten Tradition wird die Kundgebung auch in diesem Jahre im Lustgarten durchgeführt. Die Aufmarschplätze sind bekannt, der Aufmarschplan wird frühzeitig durch die Tagespresse veröffentlicht. In allen Kreisen wurden durch die Initiative der Bezirksausschüsse des FDGB bezirkliche Maikomitees gebildet. Durch die Zusammenarbeit mit den Funktionären der Partei und den Massenorganisationen wurde überall ein bezirklicher Arbeitsplan festgelegt. Dieser Plan ist die Grundlage für die politische Vorbereitung in den Betrieben und Wohngebieten.

Unsere Kreisvorstände müssen sich aufmerksam mit der Vorbereitung des 1. Mai beschäftigen. Durch ständige Überprüfung der Arbeiten des Maikomitees, durch frühzeitiges Erkennen vorhandener Schwächen, durch Verknüpfung der Vorarbeiten mit den Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen, durch Aufgabenstellung gegenüber den einzelnen Stadtbezirken wird eine wirkungsvolle Vorbereitung gesichert.

Die Stadtbezirke legen in ihrem Arbeitsbereich fest, wie die Betriebs- und Wohngruppen auf den 1. Mai eingestellt werden. Alle Betriebs- und Wohngruppen-Versammlungen, die Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen, die zu den Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen durchgeführt werden, alle öffentlichen Versammlungen in den vier Sektoren Berlins, auch die Versammlungen zur Konkretisierung der Aufgaben der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden müssen zur ideologischen Vorbereitung des 1. Mai ausgenutzt werden. Durch unsere Presse und Handzettel

durch das Malen von Losungen auf den Straßen und an den Häuserruinen, durch wirksame Transparente ist die Bevölkerung auf den 1. Mai vorzubereiten. Diese Massendemonstration muß die Mai-Demonstrationen vergangener Jahre noch weit übertreffen. Da der Aufmarsch am 1. Mai strahlenförmig nach dem Lustgarten erfolgt, und der Vorbeimarsch an der Rednertribüne in fließender Form vor sich geht, werden keine Stockungen bei der Demonstration eintreten.

Am Nachmittag und Abend des 1. Mai sollen in den Wohngebieten und Betrieben Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Vorbereitung derselben dürfen nicht dem Zufall überlassen werden sondern hier müssen sich unsere Betriebsgruppen in Verbindung mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen einschalten, ein kulturelles Programm aufstellen und durch kurze Ansprachen die politische Bedeutung dieses Tages darlegen. Das gleiche trifft für die Wohngebiete zu. Trotz der Tatsache, daß nicht viele große Säle vorhanden sind, sind viele vorhandene Räumlichkeiten für die Durchführung von Veranstaltungen größerer und kleinerer Art auszunutzen. Die Mitglieder der Massenorganisationen sind besonders heranzuziehen, um einen engeren Kontakt mit den Parteieinheiten zu ermöglichen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, daß solche Veranstaltungen geeignet sind, breite Kreise der werktätigen Bevölkerung heranzuziehen und auch solche, die durch die Maidemonstration selbst nicht erfaßt wurden.

Das Propaganda-Material für den 1. Mai (Plakate, Flugzettel, Mainelken usw.) wird frühzeitig herauskommen und in Zusammenarbeit mit den bezirklichen Maikomitees ist der restlose Umsatz dieser Materialien zu organisieren.

Die große Bedeutung des 1. Mai ist allen bewußt. Daher ist die gründliche politische und organisatorische Vorbereitung erforderlich. Die Arbeit der bezirklichen Maikomitees ist daher wirksam durch alle Parteimitglieder zu unterstützen. So wird der 1. Mai zu einem machtvollen Bekenntnis

für ein einheitliches Deutschland,
für ein einheitliches demokratisches
Berlin,

gegen alle Kriegsverbrecher und Kriegshetzer,

für einen dauerhaften Frieden,
für die engste Freundschaft mit den
Völkern der sozialistischen Sowjetunion,
den Volksdemokratien und
allen friedliebenden Völkern der
Welt.

Hans Kiefert

Tiergarten



Foto: Pöllot

Wir arbeiten für den Frieden

Die erste Parteikonferenz hat mit aller Klarheit die Aufgabe gestellt: Organisation einer breiten, demokratischen, alle Bevölkerungsschichten umfassende Bewegung der nationalen Selbsthilfe.

Eine solche Aufgabenstellung ist zwar nicht neu, doch haben gerade in Berlin viele die Illusion gehabt, daß eines Tages ein Wunder geschehe und die Berliner Frage sei gelöst.

Darum war es notwendig, als Auswertung der Parteikonferenz alle derartigen Illusionen zu vernichten.

Das konnte am besten dadurch geschehen, daß man nicht in der Theorie stehen blieb (das soll nicht heißen, daß sie unwichtig sei, im Gegenteil), sondern gleich eine praktische Aufgabe damit verband.

Um den Boden in der breiten Masse zu lockern, erschien Mitte Februar ein Sonder-„Vorwärts“, der sich im wesentlichen mit dem Demokratischen Block und Anfang März einer, der sich mit der Frage der nationalen Selbsthilfe befaßte.

Der Ausgangspunkt war, daß durch die Maßnahmen, die gegen unsere gesamte Presse seitens des Bezirksamtes ergriffen wurden, praktisch diese beiden Fragen für die Öffentlichkeit etwas völlig Neues sind. In den Gruppen wurde eingehend zu den Fragen Stellung genommen mit dem Ziel, in allen Stadtbezirken öffentliche Versammlungen durchzuführen, auf denen Mitglieder des Volksrates oder des Berliner Ausschusses sprechen sollen.

Aber das ist nur eine Methode. Wir werden in einer Anzahl Betrieben wie die AEG-Turbine, Reichsbahn usw. versuchen, einen Betriebsausschuß wählen zu lassen.

Daneben halten wir es für notwendig, daß die einzelnen IGs in ihren Mitgliederversammlungen Stellung zur Bewegung der nationalen Selbsthilfe nehmen und Delegierte bzw. Mitglieder zum Volksausschuß wählen.

Eine ähnliche Möglichkeit sehen wir beim DFB, der in allen Gruppen dazu Stellung nimmt.

Auf diese Weise werden wir versuchen, an alle fortschrittlich denkenden Kreise heranzukommen.

Es ist klar, daß die Aufgabe dieser Volksausschüsse nicht darin bestehen kann, abstrakt die Frage der Einheit Deutschlands zu behandeln, sondern daß in den Mittelpunkt Probleme gestellt werden müssen, die den Menschen unmittelbar interessieren. Dazu gehört sowohl die Frage des Kampfes gegen die Politik der UGO und damit Erhaltung des Arbeitsplatzes wie auch Schutz der Bevölkerung vor dem Währungsbetrug. Schon an diesen beiden Beispielen erkennt man, wie

vielgestaltig die Aufgaben eines Volksausschusses auch, oder besser gesagt, gerade bei uns in Westberlin sind.

Es kommt vor allem darauf an, daß klargemacht wird, daß die Einheit Berlins in dem Tempo wieder hergestellt wird, in dem es uns gelingt, die breite Masse von der volksfeindlichen Politik der Westmächte und ihrer deutschen Parteien zu überzeugen. Denn das ist die entscheidende Frage, dem Westberliner zu erklären, daß er in diesem Winter nicht deswegen ohne Kohle, Licht, Kartoffeln und anderen Dingen sich hat durchschlagen müssen, um einen Freiheitskampf zu führen. Im Gegenteil, er hat praktisch seinem Vaterland einen sehr schlechten Dienst erwiesen, indem er willfährig die ihm aufgezwungene Politik duldete, zum Teil sogar aktiv unterstützte; denn in diesem Winter wurde der Chauvinismus in die Höhe gepeitscht und zu einer wüsten Hetze gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und zwangsläufig gegen unsere Partei und alle anderen fortschrittlichen Kräfte geführt. Das bedeutet aber Steigerung der Kriegsgefahr und damit die Heraufbeschwörung einer nicht wieder gut zu machenden Katastrophe für das gesamte deutsche Volk.

Und darum muß für jeden fortschrittlich denkenden Menschen klar sein, daß der Kampf gegen die Politik und die Führung der im Westen bestehenden SPD, CDU und FDP nicht nur ein Kampf gegen die Reaktion, sondern ein Kampf gegen die Feinde der deutschen Nation überhaupt ist.

Und noch ein Wort zum Schluß!

Aus Anlaß der Tagung des Volksrates gab es über die Frage der Beflaggung mit schwarz-rot-goldenen Fahnen in der Partei eine Diskussion, die besonders von den ehemaligen kommunistischen Genossen ausging. Mir scheint, daß diese Frage das Kriterium dafür ist, ob der Sinn der ersten Parteikonferenz wirklich verstanden wurde oder nicht. Nur, wenn wir mit ehrlichem Herzen und aus der tiefen Erkenntnis heraus, daß die Einheit Deutschlands die wichtigste Frage der Partei ist, an unsere Arbeit gehen, werden wir auch alle sektiererischen Tendenzen, die hier und da noch vorhanden sind, überwinden. Entweder — die Beschlüsse der ersten Parteikonferenz sind richtig, dann steht die Partei an der Spitze der Einigungsbewegung in Deutschland, die durch den Volksrat erklärt hat, daß die Fahne des deutschen Volkes die Fahne „schwarz-rot-gold“ ist — oder aber man hält die nationale Selbsthilfe-Bewegung für ein Manöver, d. h. man macht eine Politik mit Augenzwinkern.

Jeder, der in dieser Frage unklar ist, sollte sich noch einmal mit dem Referat des Genossen Wilhelm Pieck beschäftigen.

Hans Rentmeister

Wedding

Warum Organisationsstatistik?

In der Februar-Nummer „Wille und Weg“ teilte die Genossin Frieda Mertens aus dem Kreis Wedding mit, daß in der Berichterstattung noch große Mängel vorhanden sind. Seit Monaten wird durch die Abteilung Organisation des L. V. darauf eingewirkt, die Berichte über die Mitgliederstatistik genauestens mit den Stadtbezirken abzustimmen, damit laufend eine klare Übersicht vorhanden ist.

Schon bei der Berichterstattung durch die Kreisvorstände treten große Mängel zutage. Die einzelnen Rubriken sind nicht richtig ausgefüllt, die addierten Zahlen stimmen mit der Endsumme nicht überein, und auch über die Zusammensetzung der Parteimitglied-

schaft werden oft widersprechende Meldungen gemacht. Eine regelmäßige Berichterstattung ist unbedingt notwendig. Dazu gehört allerdings, daß von der Zehnergruppe aufwärts Wert darauf gelegt wird, daß die Organisationskarteien laufend in Ordnung sind. Schon der Zehnergruppenführer muß Veränderungen regelmäßig seinem Gruppenvorstand mitteilen, damit dieser die Meldung über den Stadtbezirksvorstand an den Kreis weitergeben kann. Alle Parteimitglieder müssen in dem Besitz einer Karteikarte sein. Diejenigen Mitglieder, die in einer Betriebsgruppe erfaßt sind, werden auf einer roten Karte in der Wohngruppe geführt. Von allen anderen Parteimitgliedern muß eine gelbe Karteikarte vorhanden sein. Die Kartei in den Grundeinheiten ist von Zeit zu Zeit von den Zehnergruppenführern zu überprüfen. Alle Veränderungen sind auf der Karteikarte zu vermerken und an die übergeordneten Parteieinheiten weiterzugeben. (Wohn- oder Arbeitsplatzwechsel usw.) Nur eine absolut stimmende Kartei, schon angefangen beim Zehnergruppenführer, ermöglicht eine genaue Berichterstattung und damit eine einwandfreie Statistik.

Wenn nach diesem Grundsatz verfahren wird, finden die Vorschläge der Genossin Mertens entsprechende Berücksichtigung, und die Parteileitungen haben dadurch die Möglichkeit, jederzeit eine genaue Information über die Zusammensetzung der Mitgliedschaft zu erhalten.

Abt. Organisation

Friedrichshain

Unsere Erfahrung mit der Jugend und den Betrieben

Auf Initiative unserer Partei ist der Volksausschuß für Einheit und gerechten Frieden im Bezirk Friedrichshain wieder aktiv in Erscheinung getreten. Eine Vortragsreihe über die Verfassung des Deutschen Volksrats an den Fach- und Berufsschulen und in den Großbetrieben wirkte sich besonders günstig auf unsere werktätige Jugend aus. Wenn die Freie Deutsche Jugend unseres Kreises in den Monaten Februar und März 1949 216 neue Mitglieder in ihre Reihen aufnehmen konnte, so ist dieser Erfolg nicht zuletzt auf die breite Aufklärungsarbeit der Volksausschüsse über die Kriegsziele der westlichen Großmächte und ihrer im Interesse der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion liegenden Politik der Spaltung Deutschlands zurückzuführen. Die Bereitschaft der werktätigen Jugend, an der Seite aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte zu helfen, den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu führen, ist im Wachsen begriffen. Die Jugend beginnt zu erkennen, daß die Absicht der anglo-amerikanischen Imperialisten, sie für einen dritten Weltkrieg, der sich gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder richten soll, zu mißbrauchen und ihre auf dieses Ziel gerichtete Politik der Spaltung Deutschlands, den nationalen Notstand herbeigeführt hat und nur durch nationale Selbsthilfe zu überwinden ist.

Ein weiterer Beweis für das wachsende Verständnis der Werktätigen unserer volkseigenen Betriebe, durch Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplans die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen und damit die Basis für einen erfolgreichen Kampf um die Herstellung der Einheit Deutschlands zu schaffen, ist die Übernahme von Patenschaften für Dörfer in der Zone und die Organisation von Kolonnen zur Reparatur landwirtschaftlicher Geräte und Traktoren. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß die Erfüllung des Zweijahrplans mit dem Kampf

um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens untrennbar verbunden ist.

Bei ernsthafter politischer und organisatorischer Arbeit der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden ist der überwiegende Teil der Bevölkerung für den Kampf um Einheit und Frieden zu gewinnen. Das zeigte sich bei den überfüllten Kundgebungen, die vom Volksausschuß gut vorbereitet, anlässlich der 6. Vollversammlung in den Großbetrieben Berliner Glühlampenwerk, Pintsch, und RAW durchgeführt wurden. Die Frauen, Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure dieser Betriebe be-

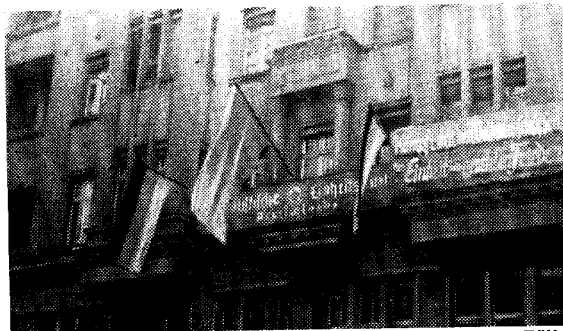


Foto: Pöllot

grüßten in Resolutionen die 1. Beschlüsse des Deutschen Volksrates, entsandten ihre Delegierten, die am 19. März an der Volksratssitzung teilnahmen, und wählten zum Abschluß der Kundgebung einstimmig die Betriebsausschüsse für Einheit und gerechten Frieden.

Der Anfang der Entwicklung einer breiten nationalen Selbsthilfe gegen die Kriegshetze der Westmächte und ihrer deutschen Handlanger, für den Frieden und die Erhaltung der Einheit Deutschlands ist also gemacht. Daß aber noch keine Klarheit darüber besteht, welche Kräfte uns in diesem Kampf unterstützen und gegen wen wir kämpfen müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen, beweist die Kundgebung am 18. März im Reichsbahnausbesserungswerk Warschauer Straße. In dieser stark besuchten Kundgebung verliest der Versammlungsleiter eine Resolution nach dem Referat des Volksratsmitglieds Hermann Gerick, in der die Erhaltung der Einheit Deutschlands, ein Friedensvertrag und der Abzug der Besatzungstruppen gefordert werden. Ein Versammlungsteilnehmer beantragt unter dem Beifall der Versammlung, in den Text der Resolution „Wir fordern den Abzug aller Besatzungsmächte“ einzufügen. Nach unseren Erfahrungen im RAW wollte ein Teil der Belegschaft mit ihrem Beifall für diesen Zusatzantrag zur Resolution ihre antisowjetische Haltung bekunden. Daß nach der Herstellung der Einheit Deutschlands alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen, bedarf keiner besonderen Begründung. Es gilt nur, der Belegschaft des RAW und allen Werktätigen unseres Bezirks klarzumachen, daß die Sowjetunion und damit auch die sowjetische Besatzungsmacht unseren Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens unterstützt und bereit ist, nach Abschluß eines Friedensvertrages ihre Besatzungszone zu verlassen, während die Westmächte gerade darum gegen die Sowjetunion zum Kriege hetzen, den Zustand der Besetzung Deutschlands verewigen wollen und Westdeutschland und die Westsektoren Berlins in den Dienst ihrer Kriegsvorbereitungen stellen. Darum wird es die wichtigste Aufgabe der Partei sein, die Ausschüsse für Einheit und gerechten Frieden in den Betrieben und Stadtbezirken anzuleiten, die Rolle der westlichen Besatzungsmächte und ihre volksfeindlichen Ziele aufzuzeigen, wozu uns die Vertiefung der Spaltung Berlins durch die Einfüh-

rung der West-Mark neue Argumente gibt, und gleichzeitig die Werktätigen davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion und die sowjetische Besatzungsmacht unsere Verbündeten im Kampf für ein einheitliches antifaschistisch-demokratisches Deutschland sind.

Die Grundlagen der weiteren Arbeit der Volksausschüsse sind die Reden und Beschlüsse der 6. Vollversammlung des Deutschen Volksrates vom 18. und 19. März. In allen Betrieben und Stadtbezirken werden diese Be-

schlüsse zur Diskussion gestellt. Damit werden wir, wie es die Entschliebung der 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei uns zur Aufgabe stellt, zur allseitigen Stärkung und Förderung der großen Volkskongreß-Bewegung für Einheit und gerechten Frieden beitragen, den Einfluß und die Autorität des Deutschen Volksrats stärken und zu unserem Teil dazu beitragen, den Kampf um die Einheit Deutschlands und den Frieden zu gewinnen. Gerhard Darnelius

Spandau

Sind die Schwierigkeiten bei der Bildung der Volksausschüsse überwindbar?

In unserem Kreise gibt es bei der Bildung des Kreisvolksausschusses für demokratische Einheit und gerechten Frieden und der Betriebs- und Stadtbezirks-Volksausschüsse Schwierigkeiten. Wiewohl nämlich schon seit einer Reihe von Monaten Ansätze zur Schaffung des Kreisvolksausschusses vorhanden sind, kommt man mit der Lösung dieser Aufgabe nicht recht vom Fleck.

Woran kann das liegen? Etwa an dem Nichtvorhandensein der objektiven Bedingungen?

Untersuchen wir die Situation von diesem Gesichtspunkt aus, so haben wir folgendes: Seit der Einführung der Spaltermark hat sich die wirtschaftliche Lage im Bezirk nachweisbar außerordentlich zugespitzt. Es gibt in Spandau heute wenigstens 11 000 bis 12 000 Erwerbslose und Kurzarbeiter. Das ist relativ viel, wenn man beachtet, wie durch den Gatower Flugplatz ein erheblicher Teil anderweitig beschäftigungslos Gewordener aufgesogen wurde und die Siemens-Betriebe immerhin bisher nicht nennenswert an Beschäftigungszahl verloren haben. Auch die Lage im sogenannten sowjetischen Interessengebiet ist einigermaßen stabil. Dafür haben wir aber einen sehr starken Rückgang der Beschäftigtenzahl in den sonstigen Groß- und Mittelbetrieben, die, wie die Deutschen Industrie-Werke, Orenstein & Koppel, Auto-Union, Bayrische Motorenwerke und andere, vor dem Sturz des Hitler-Faschismus Tausenden von Menschen Arbeit und Brot gaben. Hierfür einige Zahlen, und zwar die Anzahl der Arbeitskräfte vor Einführung der B-Mark verglichen mit dem heutigen Stand:

	Beschäftigte
Deutsche Industrie-Werke	1 200 jetzt 130
Bayrische Motorenwerke	400 „ 80
Daimler-Benz	380 „ 80
Herkules	150 „ 8
Eltra	130 „ 40
Elektron	90 „ 40

Sehr übel sieht es auch im Bau- und im Bauneben-gewerbe aus. Entweder arbeiten die Facharbeiter im Osten von Berlin oder auf dem Flugplatz und bei der Entrümmerung; das letztere bedeutet für sie einen Lohnabbau von 1,40 M auf 1,08 M. In fast allen Betrieben zeigt sich, daß die Rohstoffe zu Ende gehen.

Das neuerliche Währungsverbrechen des Spalter-Magistrats und der bevorstehende Übergang von der Arbeits-Ausfall- zur Arbeitslosen-Unterstützung werden sich dahingehend auswirken, daß von der „Luftbrücken-Krise“ nunmehr in stärksten Maße auch das kleine Unternehmertum, das Handwerk und der kleine Handel erfaßt werden. Was bisher mit Formulierungen wie Betriebseinschränkung und teilweise vorübergehende Stilllegung kaschiert wurde, wird offen werden. Eine Kette von Zusammenbrüchen und Konkursen steht bevor. Wie immer unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise werden da-

bei die Großen die Kleinen verschlingen und die Arbeiter massenweise auf das Pflaster geworfen. — Daß diese Lage sich auf der Spaltung Deutschlands und der Spaltung Berlins gründet, also keine rein ökonomische, sondern zugleich eine nationale Frage ist, nicht nur ein Stück Klassenkampf, sondern ganz offensichtlich ein Stück des nationalen Notstandes darstellt, braucht nicht noch besonders bewiesen zu werden.

Übrigens trifft dies auch in zunehmendem Maße auf den Siemens-Konzern zu. Die sozialdemokratischen UGO-Führer Jäckel und Olshausen vom Gesamt-Betriebsrat Siemens brachten das vor der Belegschaft des Werner-Werkes R vor kurzem deutlich zum Ausdruck; Jäckel, indem er für die „Zukunft“ nicht rosig sah, Olshausen, indem er zugab, daß der Umsatz der Siemens-Produkte in hohem Grade rückläufig sei, große Geldknappheit herrsche und eben nur noch die Löhne einigermaßen ordnungsgemäß gezahlt werden können. Dabei muß man bedenken, daß aus Prestige-gründen die Siemens-Betriebe von der britischen Besatzungsmacht geflissentlich gestützt werden.

Objektiv sind alle Voraussetzungen für die Bildung von Volksausschüssen in Betrieben und Wohnblöcken als organisierten Trägern der nationalen Selbsthilfe aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kommuna lpolitisch gegeben. Der Argwohn, daß die blindlings spalterwütigen Instanzen der SPD auch in Spandau der Dinge nicht mehr Herr sind, ist durch das Vierklassen-Währungsverbrechen sichtlich bestätigt worden. Mit Ausnahme des Terrors gegen SED, FDGB, demokratische Presse und Zeitungsfrauen funkt nichts mehr richtig. „Luftbrückensorgen“, die Nervosität des schlechten Gewissens und innere Auseinandersetzungen einer Koalition, die nur durch die gemeinsame Angst vor den Folgen zusammengehalten wird, beherrschen die sonstigen Verwaltungsmaßnahmen. Diese Sorte Politik lebt von der Hoffnung auf fremde Bajonette. Anders ausgedrückt, sie ist nicht nur klassenfeindlich, sondern antinational.

Auch der dritte objektive Faktor ist vorhanden. Unter 130 000 Erwachsenen — die Großverdiener und unmittelbaren Nutznießer sind bereits abgerechnet — herrscht allgemeine Unzufriedenheit. Es wird immer schwerer, sie in die Hetze gegen die Sowjetunion und die Kräfte des Fortschritts abzulenken. Man ist bereits gezwungen, wie beispielsweise der oben-erwähnte Olshausen, eine gewisse Kritik an der Politik des Westens, hin und wieder sogar der westlichen Besatzungsmächte, zu üben. Das sozialdemokratische „Spandauer Volksblatt“, im Volksmund Spandauer Völkischer Beobachter genannt, ist der dokumentarische Beleg dafür. Er kritisiert und hetzt manchmal beinahe in demselben Satze. Es wird ihm ungeachtet dessen immer schwerer, die absolute Richtigkeit unserer Thesen demokratische Einheit Deutschlands, gerechter Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungsmächte zu

widerlegen. Mit den „Russen“ und der „SED“ läßt sich die landesverräterische Haltung seiner antinationalen Schmierfinken nicht mehr rechtfertigen.

Alle objektiven Faktoren bejahen also die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Organisation von Volksausschüssen auch in Spandau. Aber auf der Seite des subjektiven Faktors, d. h. des Willens zum Durchbruch durch die bereits ins Wanken geratene antinationale Front, sind große Schwächen zu verzeichnen. Diese Schwächen liegen im wesentlichen bei uns. Wir sind zu sehr geneigt, der Spontantität, der Selbsttätigkeit der weiteren Entwicklung, zu vertrauen. Wir warten zu sehr ab, daß aus den Kreisen etwa der fortschrittlichen bürgerlichen Demokratie die Kräfte heranwachsen, die uns befähigen würden, auf ganz breiter Front die Volksaus-schubsbewegung in Spandau zu entwickeln. Insbesondere warten wir darauf, daß die vorhandenen sozialdemokratischen Oppositionellen ihre Parteidisziplin durchbrechen und zu uns stoßen. Kurzum wir verkennen zu sehr in der Frage der Entwicklung der nationalen Selbsthilfe die Bedeutung der führenden Rolle unserer Partei. Wir verstehen unter „Führen“ fast nur „Leiten“; Führen bedeutet aber zugleich schöpferisch wirken.

Die wirkliche Sachlage ist nämlich folgende: In der eigenen Organisation und in den befreundeten konsequent demokratischen Organisationen ist im Zuge der Arbeit des Deutschen Volksrats und der Durcharbeit der Beschlüsse unserer ersten Parteikonferenz in immerhin ausreichendem Maße eine richtige Einschätzung der Volkskongreßbewegung und damit auch der Bedeutung der Volksausschüsse erreicht worden.

Die Vertiefung wird hier nicht mehr bloß durch Schulung, sondern zugleich durch Organisation und operatives Handeln herbeigeführt werden müssen. Ferner: Nachdem in großen Teilen Berlins, dabei auch in den westlichen Sektoren, Volksausschüsse gebildet und zum Teil öffentlich bereits wirksam in Erscheinung getreten sind, ist damit der Boden auch für den Kreis Spandau vorbereitet worden. Es ist also keineswegs mehr notwendig, zu warten, bis man aus den Reihen der anderen fortschrittlichen demokratischen politischen Organisationen an uns herantritt, bzw. bis Anhänger dieser Organisationen auch in unserem Kreise in genügendem Maße ausfindig gemacht worden sind, sondern es kommt vielmehr jetzt darauf an, gestützt auf die eigene und die befreundeten demokratischen Organisationen, sofort an die Bildung des Kreis-Volksausschusses, der Betriebs-Volksausschüsse und der Stadtbezirks-Volksausschüsse heranzugehen. Man darf auch keineswegs bei der puren Organisation stehenbleiben, sondern muß sich unmittelbar mit der Werbung für den Gedanken der nationalen Selbsthilfe befassen und in breiter Form an die Öffentlichkeit herantreten. Das Ergebnis einer solchen forcierten Tätigkeit wird bestehen in der Heranziehung aller der Kräfte, die bereit sind, für den Kampf um die Erhaltung der Einheit der Nation sich auch in unserem Kreise bewußt und unmittelbar einzusetzen. Auf diese Kräfte nämlich dürfen nicht wir warten, weil sie, das notwendige Ergebnis der objektiven Reife der Situation, auch in Spandau auf uns warten.

Die Losung muß also sein: Mehr Bewußtsein des Handelns, mehr Initiative, und der Durchbruch durch die antinationale Front ist uns gewiß.

Rudolf Voigt

Köpenick

Betriebsversammlungen kritisch betrachtet

„Der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands, für eine gesamtdeutsche Regierung, für einen gerechten Friedensvertrag und für den Abzug aller Besatzungstruppen ist, — wie Genosse Wilhelm Pieck in seiner Rede auf der 1. Parteikonferenz erklärte — in ein neues Stadium getreten.“ Genosse Pieck sprach davon, daß in dieser Situation höchster nationaler Bedrohung es die heilige Pflicht aller ehrlichen deutschen Männer, Frauen und Jugendlichen ist, mit ganzer Kraft für die Verteidigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes einzutreten.

Wie haben wir nun diese uns gestellten Aufgaben verwirklicht? Ohne Zweifel ist festzustellen, daß nach der Parteikonferenz eine Belebung der Gesamtorganisation zur Mobilisierung der Werktätigen für die uns gestellten Ziele zu verzeichnen ist, entsprechend der politischen Lage und insbesondere der Lage in Berlin müßte sich dies jedoch in breiterem Umfang vollziehen.

Die Berichterstattung über die 1. Parteikonferenz und besonders das Referat des Genossen Pieck gab uns die Möglichkeit, wirklich die breitesten Massen für die nationale Selbsthilfe zu mobilisieren. Wir haben diese Möglichkeit nicht voll erschöpft. Im Bezirk Köpenick fanden zwar öffentliche Berichterstattungen in einer Reihe entscheidender Groß- und Mittelbetriebe wie KWO, Transformatorenwerk, NAG, OSW, Admos, Wehrmann usw. statt. Nicht überall wurde bei der Vorbereitung dieser Versammlungen die entsprechend der politischen Bedeutung notwendige Sorgfalt und Aufmerksamkeit verwandt.

Schematisch wurde einfach zu einer Versammlung aufgerufen und nicht auf die Besonderheit hingewiesen, daß die SED von ihrer Parteikonferenz berichtet, die sich vom ersten bis zum letzten Wort einzig und allein damit beschäftigte, dem deutschen Volke den Ausweg aus seiner nationalen Not aufzuzeigen. So wurde beispielsweise im Oberspreewerk die Versammlung auf den 10. März festgelegt, ohne daß dabei berücksichtigt wurde, daß am 7. März eine Versammlung zu den BGL-Wahlen, am 8. März die Feierstunde der Frauen stattfanden. Drei Veranstaltungen innerhalb von vier Tagen ist ohne Zweifel eine Überlastung und der Besuch der öffentlichen Berichterstattung am 10. März dementsprechend schlecht.

Gut vorbereitet war die Versammlung bei NAG Oberschöneweide. Hier hatten es unsere Genossen verstanden in Diskussionen in den Abteilungen vor den Arbeitern und Technikern die Frage des bewußten Kampfes um den Frieden und die Einheit Deutschlands aufzuzeigen. Sie diskutierten eingehend, daß sich heute jeder Deutsche entscheiden muß, ob er für oder gegen die Einheit unserer Heimat, ob er für oder gegen den Frieden ist. In diese Vorbereitungsdiskussion schaltete sich auch der Betriebsausschuß für Einheit und gerechten Frieden ein, der ebenfalls aufrief, diese Versammlung zu besuchen, um sich anzuhören, was die SED zu dem Kampf um den Frieden, um die nationale Selbsthilfe zu sagen hat. Der Betriebsausschuß setzt sich bei NAG entscheidend aus fortschrittlichen, parteilosen Männern und Frauen zusammen. Die Versammlung war ein voller Erfolg. Obwohl sie nach

„Der Kampf um den Friedensvertrag ist der Hauptkampf, in den das deutsche Volk alle seine Kräfte werfen muß. Erst ein gerechter Friede sichert ihm seine nationale Existenz. Die SED hat sich an die Spitze der großen Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden gestellt. Sie erblickt in diesem Kampf ihre erste und dringendste Pflicht gegenüber unserem ganzen Volke.“

WILHELM PIECK

Betriebsschluß um 17 Uhr stattfand, hatten sich 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen eingefunden.

Die Berichterstattung muß verstärkt fortgesetzt werden und mit allen uns bewegenden Tagesfragen auf engste verbunden werden.

Weit größere Aufmerksamkeit ist der Bildung von arbeitsfähigen Betriebsausschüssen für Einheit und gerechten Frieden zu widmen. Diese Ausschüsse müssen sich konkrete Aufgaben stellen, bei politischen Ereignissen rasch reagieren, die Tagungen des Volksrates und die dort gefaßten Beschlüsse unter den Werktätigen popularisieren und schon heute mit den Vorbereitungen zum 3. Volkskongreß beginnen. Im Bezirk Köpenick gibt es in rund 30 Betrieben solche Ausschüsse, die teilweise eine gute Arbeit leisten. So fand anlässlich der Tagung des Volksrates eine gut besuchte Kundgebung auf dem Spindler-Gelände statt. Doch ist die Zahl von 30 Betriebsausschüssen in Anbetracht dessen, daß Köpenick ein Industriebezirk ist, viel zu gering, und muß raschestens überwunden werden.

Die Aktivität im Kampfe um den Frieden, um die Einheit unserer Heimat muß verstärkt werden, alle Schichten der Bevölkerung müssen mit einbezogen werden. Im Kampf gegen die Währungsverbrecher, im Kampf gegen die Spalter müssen wir neue Formen und Methoden entwickeln, um auch den letzten Berliner hierfür zu gewinnen.

Lena Fischer

Das Gesicht der Partei nach außen

Im Oktober 1948 wurde in „Wille und Weg“ aus dem Kreis Neukölln ein Artikel unter der Überschrift „Muß das so sein?“ veröffentlicht. In diesem Artikel wird die Frage angeschnitten, ob unsere Werbetafeln in allen Stadtbezirken ein so jämmerliches Aussehen haben müssen. Wie wirkt es propagandistisch für unsere Partei, wenn wir zwar oft tadellose Werbetafeln aufgestellt haben, die schön die Worte „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ tragen, doch anstatt zugkräftige Parolen für unseren Kampf um die Einheit Deutschlands, für die Erfüllung des Zweijahrplanes, für die Aktivistenbewegung, gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets zu zeigen, meistens in allen möglichen Tanzplakaten, Zetteln und sonstigen privaten Anpreisungen, teilweise sogar mit Überresten von Plakaten beklebt sind. Anstatt daß diese Tafeln für uns werben, wird eine gegenteilige Wirkung erzielt. Das ist ein unmöglicher Zustand. Im Zuge der organisatorischen und ideologischen Festigung unserer Partei müssen wir auch das Auftreten unserer Partei nach außen stärker überwachen.

Aus diesem Grunde hat der Stadtbezirk Köpenick-Nord die Stadtbezirke des Kreises zu einem Wettbewerb herausgefordert. Dieser Wettbewerb läuft unter dem Motto „Das Gesicht der Partei nach außen“ und soll vom 1. Mai bis zum 31. Juli durchgeführt werden. Für diesen Wettbewerb, der auf der Voraussetzung beruht, daß in jeder Wohngruppe ein aktiver Werbeobmann gewählt werden muß, wurden folgende Aufgaben gestellt:

1. Die beste Ausgestaltung der Veranstaltung zum 1. Mai;
2. Monatliche Zusammenfassung der Werbeobleute;
3. Laufende Berichterstattung der Werbeobleute;
4. Ausgestaltung der Gruppenabende und Partei-Veranstaltungen;
5. Neu-Aufstellung von Werbetafeln. Jede Gruppe mindestens eine Werbetafel;
6. Zustand der Werbetafeln;
7. Propagandistische Wirkung der Werbetafeln;
8. Neue Methoden der Werbung und Propaganda;
9. Allgemeine Plakatwerbung, Durchführung, Anordnung, Aussehen usw.;
10. Propagierung des Zweijahrplanes und der Aktivistenbewegung durch Transparente und Schriftparolen;
11. Werbung der Geschäftsleute zum Aushängen unserer Werbeplakate.

Weiter schlägt unser Stadtbezirk vor, daß die Betriebe des Kreises sich dem Wettbewerb anschließen und unter sich eigene Wettbewerbe abschließen. Unser Stadtbezirk selbst hat im Wettbewerb die Bearbeitung des Bahnhofs Köpenick übernommen.

Wir sind nunmehr an die Arbeit herangegangen. Die Kreisleitung hat sich bereit erklärt, den Wettbewerb organisatorisch zu unterstützen, und hat zum Ansporn für den Sieger eine Wanderfahne und einige Bücher gestiftet.

Wir sind der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn auch andere Stadtbezirke und Kreise derartige Wettbewerbe durchführen, um auch auf diesem Gebiet voranzukommen.

Walter Rosenkranz

Lichtenberg

Referentenvorbesprechung so oder so!

Nachfolgende Zuschrift des Genossen H. Gögge aus Lichtenberg über die Durchführung der Referentenvorbesprechungen stellen wir hiermit zur Diskussion.

Alle Referentenvorbesprechungen wurden bisher nach einem Schema durchgeführt. 1½–2 Stunden Referat, anschließend Diskussion. Dann gingen die mehr oder weniger gut fundierten Genossen in die Wohn- und Betriebsgruppen. Dort wurde dann meistens dasselbe, das sie sich in der Referentenvorbesprechung notierten, nach vorheriger kurzer Durcharbeitung (oder nicht) den Mitgliedern vorgetragen. Diese Methode hatte nicht den erwarteten Erfolg. Sie kann auch niemals Erfolg haben, denn folgendes spricht dagegen:

- a) Eine große Anzahl der Mitglieder unserer Partei hat die Grundlagen des Marxismus - Leninismus noch nicht begriffen.
- b) Lange Referate ermüden.
- c) Wir erleben, daß ein Teil der Mitglieder entweder durch körperliche Ermüdung oder zu stark geheizte Räume einschläft.
- d) Daß die Genossinnen sich mehr auf die Handarbeiten konzentrieren als auf das Thema.
- e) Das Nichtselbstansprechen brachte eine Inaktivität mit sich, und ein Teil der Genossen blieb den Bildungsabenden fern.

Diese Methode wurde von der Anwendung der seminaristischen Form abgelöst. Und das war notwendig. Aber diese Form soll nicht nur in den Bildungsabenden angewandt werden, sondern muß schon bei der Referentenvorbesprechung beginnen. (Es soll aber auch Ge-

nossen geben, die eine seminaristische Form ablehnen, weil sie sich gern reden hören.)

Und hier ein Beispiel. Thema: Lenin und der Leninismus.

1. Der Referent spricht in der Referentenvorbesprechung höchstens 20 bis 30 Minuten zum grundlegenden Thema.
2. Der Genosse hat eine Liste der anwesenden Referenten, die in die Gruppen gehen sollen. Jeder Referent wird nacheinander aufgerufen, um eine vorher schriftlich niedergelegte Frage zu beantworten.

Bei der Fragestellung wird dann festgestellt, wo die Unklarheiten liegen. So oder ähnlich können die Referentenvorbesprechungen durchgeführt werden. Damit wird dann erreicht, daß die Genossen ohne ideologische Unklarheiten in die Gruppen gehen und von alten Genossen besser verstanden werden.

Einige Genossen werden vielleicht einwenden, diese Methode sei zu einfach und stelle lediglich nichts weiter als eine Prüfung der Referenten dar.

Genossen, haben wir nicht als Referenten selbst erleben müssen, daß die wenigen unter a bis e angeführten Gründe stichhaltig sind? Und können wir nicht noch die Gründe erweitern?

Außerdem bin ich der Meinung, daß es immer am Referenten liegt, ob der Bildungsabend interessant ist oder nicht. Und eine Prüfung der Referenten kann niemals schaden und erscheint auch notwendig.

Auch die Form, daß jeder Genosse einen kurzen Abschnitt vorliest und der Referent die eventuellen Unklarheiten in der Aussprache beseitigt, ist zu diskutieren.

Wenn wir versuchen, die ideologische Klarheit bei den Mitgliedern zu erzielen, müssen wir sie selbstverständlich bei den Referenten voraussetzen. Oder seid ihr anderer Meinung? H. Gögge

Pankow

Muß das sein?

In unserer letzten Nummer konnten wir von der guten Arbeit der Wohnbezirksgruppe Grabbeallee in Niederschönhausen anläßlich eines Werbesonntags berichten.

Wir müssen wieder auf diese Gruppe zurückkommen, um diesmal leider ein weniger gutes Beispiel aufzuzeigen. Vor etwa 1½ Jahren brachte die Gruppe an einem günstigen Ort, nahe einer Straßenbahnhalle, die hier wiedergegebene Anschlagtafel an. In der ersten

„Indem wir die antifaschistisch - demokratische Ordnung in der Ostzone allseitig festigen, stärken wir die Basis im Kampf um ein einheitliches demokratisches Deutschland und um einen gerechten Frieden.“

WILHELM PIECK

Zeit waren daran auch Ankündigungen, Mitteilungen und anderes mehr, angebracht, die bei der Bevölkerung reges Interesse erweckten. Nach einigen Monaten ließ das Interesse, zwar nicht der Bevölkerung, aber der Funktionäre nach, und seither sieht sie so aus, wie es unser Bild zeigt. Monat um Monat hängt die Anschlagtafel unausgenutzt da. Dem Umstand, daß sie aus Metall und nicht aus Holz ist, hat die Anschlagtafel zu verdanken, daß sie bisher nicht verheizt wurde.

Wir hatten schon einmal an dieser Stelle geschrieben, daß Anschlagbretter, Werbesäulen und ähnliche Sachen das Gesicht unserer Partei darstellen. Es ist schade, daß die Gruppe Grabbeallee, die über eine Reihe guter und hochqualifizierter Funktionäre verfügt, dies noch nicht begriffen hat. Wir hoffen jedoch, in einer unserer nächsten Nummern berichten zu können, daß die Gruppe ihre anfänglich gute Initiative weiter ausbaut und daß sie den Parteilos das Gesicht der Partei zeigt, so wie es wirklich ist. Wille und Weg

Reinickendorf

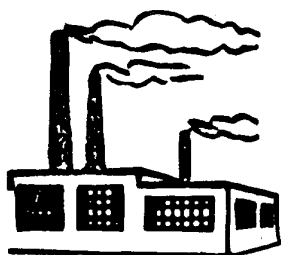
Wettbewerb bringt Erfolge

In unserer letzten Nummer veröffentlichten wir die Wettbewerbsbedingungen des Stadtbezirks Tegel Süd sowie der ersten Ergebnisse der von den Gruppen unternommenen Anstrengungen. In diesem Monat erreicht uns ein neuer Brief des Stadtbezirks, in dem über das endgültige Ergebnis des Leistungswettbewerbes für den Monat Februar berichtet wird. Wenn auch das festgesetzte Soll nur von drei Gruppen erreicht werden konnte, so kann doch als Gesamtergebnis festgestellt werden, daß, mit Ausnahme von zwei Wohnbezirksgruppen, alle übrigen große Anstrengungen unternommen haben, um voranzukommen.

Als besonders erfreulich muß die Tatsache verzeichnet werden, daß der erste Platz von einer Gruppe eingenommen wird, die noch vor zwei Monaten nicht einmal in der Lage war, einen vernünftigen Gruppenabend durchzuführen, geschweige denn über einen Funktionärstab verfügte. Einige Gruppen konnten Neuaufnahmen tätigen sowie Frauen für den DFB werben. Besonders erfreulich für uns ist die Tatsache, daß der Stadtbezirk eine Steigerung des Absatzes unserer Zeitschrift Wille und Weg verzeichnen kann. An Stelle von früher zehn Exemplaren werden jetzt 100 Exemplare umgesetzt.

Der Weg, den der Stadtbezirk Tegel Süd eingeschlagen hat, zeigt auch anderen Einheiten unserer Partei, wie sie an ihre Arbeit herangehen sollen. Wir hoffen, daß andere Stadtbezirke in Reinickendorf und anderen Kreisen ähnliche Leistungswettbewerbe organisieren und vielleicht sogar den Stadtbezirk Tegel Süd herausfordern werden. Wir stellen deshalb die Frage: Wer ist der Nächste?





In den Betrieben

Cläre Muth

Die Aufgaben der BGL im volkseigenen Betrieb

Die Bitterfelder Beschlüsse des FDGB besagen, daß...

die Verwirklichung der Rechte und Pflichten, die aus dem Kontrollratgesetz Nr. 22 hervorgehen, den BGL übertragen werden sollen...

hat auch in den volkseigenen Betrieben des Ostsektors Widerhall gefunden und wohl in allen Betrieben eine lebhafte Diskussion ausgelöst. Es handelt sich bei diesem Beschluß um die Weiterentwicklung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Strukturwandel in unserer Wirtschaft, die Überführung der sequestrierten Betriebe in die Hände des Volkes, der Aufbau einer antifaschistisch - demokratischen Ordnung setzt die breiteste Mitarbeit der Bevölkerung und vor allem die größtmögliche Teilnahme der gesamten Belegschaft in den volkseigenen Betrieben voraus.

Ich möchte sagen, daß gerade erst die Entfaltung der Masseninitiative und die breiteste Mitarbeit der Belegschaft die Erfüllung oder sogar die vorfristige Erfüllung unserer Produktionspläne ermöglichen.

Um diese Masseninitiative entfalten zu können, ist eine ständige Verbindung mit der Belegschaft und Beeinflussung derselben notwendig, und es kommt darauf an, wie wir es verstehen, die Kolleginnen und Kollegen anzusprechen und sie für unsere Wirtschaftspläne zu interessieren. Nur durch unermüdete und intensive Aufklärungsarbeit und Schaffung von starken, arbeitsfähigen Gewerkschaftsleitungen mit einem breitesten Vertrauensleutkörper und guten Kommissionen wird es uns möglich sein, breiteste Kreise für unsere Wirtschaftspläne zu gewinnen. Nur die Betriebsgewerkschaftsgruppe, die über die breiteste Massenbasis im Betrieb verfügt, kann daher in der Lage sein, diese Arbeit durchzuführen.

Unsere Betriebsgruppen der Partei müssen Anleitung für diese Arbeit geben und der Motor im Betrieb sein.

Die Aufgaben, die in der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung den Betriebsgewerkschaftsgruppen zufallen, sind sehr groß.

Hier einige Beispiele.

In unseren Werken Fortschritt haben wir in allen Betrieben BGL und Vertrauensleute wie die verschiedensten Kommissionen, so daß wir heute einen Funktörkörper von annähernd 300 Kolleginnen und Kollegen haben. Die Lohn- und Tarifkommissionen sowie die Planausschüsse sind paritätisch mit der Geschäftsleitung zusammengesetzt.

In den Plankommissionen werden alle Fragen der Produktion beraten und in diesem Zusammenhang auch Überlegungen getroffen, wie wir durch eine bessere Arbeitsorganisation, Verbesserungsvorschläge, Vermeidung des Leerlaufes eine Produktionssteigerung erzielen.

Wenn wir diese Beratungen nicht mit allen Kollegen durchführen, werden wir nicht mit unserer Arbeit zum Ziele kommen.

Im Rahmen des Zweijahrplanes erhalten nur die volkseigenen Betriebe die Produktionsauflagen und Planziffern. Die volkseigenen Betriebe müssen den Wettlauf mit der Privatindustrie aufnehmen. Sie kann nur als Sieger hervorgehen, wenn die Selbstkosten des Betriebes gesenkt werden bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion. Auch dieses Ziel kann nicht ohne die Betriebsgewerkschaftsgruppe und ohne Entfaltung der Masseninitiative erreicht werden. Aus diesem Grunde muß die BGL die Aktivistenbewegung entfalten und einen Arbeitsenthusiasmus entwickeln.

Ohne ständige Arbeit unter der Masse ist das nicht möglich. Das Mitbestimmungsrecht der BGL geht weit über den Rahmen des Betriebes hinaus. Als Teil der Gesamt-Gewerkschaftsbewegung leistet sie ihre Mitarbeit auch in den anderen Organen des demokratischen Aufbaus.

Hier ein Beispiel. Die Bekleidungswerke „Fortschritt“ erhielten durch den Magistrat, Abteilung Wirtschaft, das gesamte Konfektionierungsprogramm von Berlin, d. h. die gesamte Produktionsaufgabe. Der Betrieb „Fortschritt“ wird nicht die gesamte Auflage in eigenen Werken herstellen können und muß Aufträge an Zwischenmeister ausgeben. Diese Firmen werden jetzt leichter durch die Gewerkschaft zu kontrollieren sein und den Arbeitern dieser Betriebe das gewerkschaftliche Recht sichern.

Es hat die Praxis gezeigt, daß diesen großen Aufgaben im Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft die Betriebsräte nicht gewachsen waren und daß das Bestehen zweier nebeneinander existierender Organe nicht fördernd, sondern hemmend für die Arbeit sind.

Aus diesem Grunde stellten die Betriebsräte den Antrag, daß in unseren Werken keine Neuwahl der Betriebsräte vorgenommen werden soll, sondern alle Aufgaben, Rechte und Pflichten den BGL übertragen werden, da sich der Charakter und Inhalt unserer heutigen Aufgabe geändert haben.

Können wir zufrieden sein?

Im Rahmen der gesamtpolitischen und wirtschaftlichen Linie waren die BGL-Wahlen in unserer Firma von besonderer Bedeutung. Neben einer nicht groß in Erscheinung tretenden BGL bestand bis Mitte Februar ein Betriebsrat, der sich aus 6 Genossen und 5 Parteiloosen zusammensetzte.

Der dominierende Teil im Betriebsrat waren die sogenannten Parteilosen mit zum Teil westlicher Orientierung. Daß die Arbeit in Anbetracht dieses Einflusses auf die Kollegen nicht günstig verlief und die politische Ausrichtung im Betrieb auf vollkommen schiefer Ebene lag, war einleuchtend.

Eine rege Vorarbeit unserer SED-Betriebgruppe setzte ein, und es wurde eine Kandidatenliste aufgestellt, die

die Gewähr gab, eine BGL zu bilden, die auf dem Boden der Neuordnung steht. Die politisch und gewerkschaftlich stärksten Kollegen wurden in die BGL gewählt.

Das Ergebnis ist, daß wir jetzt eine BGL haben, die im Verfolg der Grundsätze und Richtlinien des FDGB alle Kräfte einsetzt für die Gewerkschaftseinheit und die Durchführung aller Aufgaben im Rahmen des Zweijährplanes. Der Betrieb Schering als volkswirtschaftlicher Schwerpunktbetrieb muß auch in gewerkschaftlicher und politischer Richtung führend werden.

Von den 2) Mitgliedern der BGL gehören 18 der SED an. Diese Aufstellung entsprach nicht den Wünschen der Betriebsgruppe. Es sollten zur Mitarbeit am Gewerkschaftsleben weiteste Kreise der Kollegen herangezogen werden. Dementsprechend waren auch die fortschrittlich eingestellten Kollegen mit aufgestellt. Leider sind bis auf einige Kollegen alle anderen zurückgetreten. Trotz eingehender Bearbeitung der Gruppe war der Einfluß der Westorientierten so stark, daß diese Kollegen von einer Verantwortung und Verpflichtung zurücktraten.

Um so stärker ist der Wille der jetzt Gewählten. Einige konkrete Aufgaben zeigen, daß der Plan vorhanden ist, diese zu realisieren.

Der Frauentag am 8. März 1949 wurde gut durchgeführt und die Schaffung einer Kulturstätte, in der sich die Gesamtbelegschaft zusammenfinden kann, ist das gesteckte Ziel bis zum 1. Mai 1949.

Ein Kindergarten, Sport- und Spielplätze für die Jugendgruppe sind die weiteren Aufgaben. Ein starkes Bewußtsein der BGL wird und muß diese Aufgaben lösen.

Betriebsgruppe Schering, Adlershof

Durch Aussprache zur Klärung

Am 8. Januar 1949 fand auf Wunsch unserer Ingenieure und Kaufleute ein Diskussionsabend über den Artikel des Genossen Prothmann, der in „Wille und Weg“ erschien und vom „Vorwärts“ abgedruckt war, statt. Der Artikel wurde deshalb stark kritisiert, weil er lediglich die Fehler und Mängel im Betrieb aufzeigte, ohne die positiven Seiten zu erwähnen.

Als Erfolg dieser erstmaligen Zusammenkunft können wir die Tatsache verbuchen, daß zum ersten Male eine Meinungsverschiedenheit oder besser gesagt Unklarheit in freier Aussprache diskutiert und von den Versammelten der Wunsch geäußert wurde, des öfteren Vorträge über die marxistische Weltanschauung zu hören.

Wir hatten daraufhin sofort mit der Organisation einer laufenden Vortragsreihe begonnen. Die ersten beiden Vorträge über die

kapitalistische Wirtschaftsordnung und sozialistische Wirtschaftsordnung

mit einem anschließenden Diskussionsabend wurden von dem Gen. Bürgermeister Dolling, Prenzlauer Berg, gehalten. Gen. Dolling arbeitete mit authentischem, statistischem Material. Die Anwesenden waren sichtlich beeindruckt und wurden zum Nachdenken über Dinge, die außerhalb ihres Berufes lagen, angeregt. Der anschließende Diskussionsabend über diese beiden Themen ergab einige neue Fragen. Der vierte Vortragsabend dieser Art über die Mehrwertstheorie, in seminaristischer Form durch den Gen. Erich Kahle gehalten, zeigte wiederum, daß die technische Intelligenz unseres Betriebes aufgeschlossen und mit großem Interesse versucht, unseren Gedankengängen zu folgen. Für den nächsten Vortragsabend wurde von ihnen angeregt, die Frage der Demokratie und der persönlichen Freiheit zu behandeln.

Von den schriftlich Eingeladenen sind im Durchschnitt jeweils 85 % erschienen. Es hat sich in der Praxis erwiesen, daß es nicht angebracht ist, öfter als einmal im Monat eine solche Zusammenkunft durchzuführen und diese nicht länger als 1½ Stunden auszuweiten. Das einführende Referat soll und muß kurz und konkret die Probleme aufreißen, darf im Höchsfalle 20 Minuten dauern, damit ein großer Zeitraum für die freie Diskussion oder für die Fortführung des Referats in seminaristischer Form bleibt.

Werner Dünow, EAW Treptow

Was haben wir jetzt bei der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik zu tun?

Im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit steht nach wie vor die Gewinnung auch der letzten Belegschaftsmitglieder für die Durchführung des betrieblichen Zweijährplanes.

Bisher hatten wir uns darauf beschränkt, den Plan als Gesamtplan im Betriebe zu propagieren. Daraus konnten sich die einzelnen Abteilungen und der einzelne Kollege am Arbeitsplatz noch keine klare Vorstellung von den sich ergebenden Aufgaben machen. Als Gruppenleitung haben wir jetzt einen Plan ausgearbeitet, in welchem für jede Abteilung das Soll in bestimmten Einheiten dekadentmäßig ersichtlich ist. Weiterhin werden von den vorherrschenden drei Lohngruppen der Abteilung die besten Kollegen herausgestellt.

Dieses Problem besprachen wir dann in der Gruppenversammlung. Dort tauchte unter anderem die Frage auf, daß auf diese Weise ein ehemaliger Nazi als Aktivist ausgezeichnet werden könnte und daß das nach Meinung einiger Genossen nicht richtig wäre. Nach eingehender Diskussion kamen wir zur einzig richtigen Klärung, die besagt, daß politische Vergangenheit nichts an dem vorbildlichen Arbeiter ändert. Ein anderer Einwand war der, daß wir durch die Herausstellung der besten Kollegen eine Konkurrenz unter den Mitarbeitern auslösen. Das seien doch kapitalistische Methoden. Hier sind wir einmütig zu der Auffassung gelangt, daß ein Wettbewerb unter den Kollegen ja den demokratischen Aufbau wesentlich beschleunigt und nichts mit der kapitalistischen Ausbeutung gemein hat.

Was werden wir bei der Durchführung dieser Maßnahmen erreichen? Die Kollegen werden persönlich angesprochen. Sie erkennen, daß es auf die fristgemäße Erledigung der Arbeit eines jeden einzelnen ankommt. Das hebt das Selbstbewußtsein und erzieht zum Nachdenken. Alles andere ergibt sich von selbst.

Viele Kollegen und auch manche Genossen sehen in den Kalkulatoren noch die Menschen, welche gegen sie eingestellt sind. In unseren Gruppensitzungen haben wir oft dieses Problem auf der Tagesordnung. Es ist ein langsamer Prozeß der ideologischen Umerziehung auch bei unseren Genossen. Im April werden wir von der Volkshochschule einen Kursus über Betriebswirtschaftslehre, Kalkulation usw. durchführen, um den Kollegen den Einblick in das betriebliche Geschehen zu vermitteln. Es ist Pflicht der Kollegen von den Lohnkommissionen, sich daran zu beteiligen.

Wenn man in der Bahn oder auf der Straße so die Stimmung hört, ist man geneigt anzunehmen, daß die parteilosen Kollegen unseren Ruf nach Leistungssteigerung, Sonderschichten usw. nicht folgen würden. So ist es bei uns im allgemeinen nicht. Die meisten Kollegen arbeiten gern und wenn es sein muß, auch länger als 48 Stunden in der Woche. Allerdings ist ihre Mehrleistung nicht so sehr auf die politische Erkenntnis unserer Arbeit begründet, sondern aus der gesunden Berufsehre heraus entstanden.

Daraus haben sich für uns wichtige Aufgaben ergeben, die wir wie folgt meistern wollen. Es ist selbstverständlich, daß wir über alle Fragen mit den Kollegen am Arbeitsplatz diskutieren und sie mit mehr oder weniger Erfolg überzeugen. Laut Gruppenbeschluß führen wir seit kurzer Zeit monatlich eine Betriebsversammlung durch, um dem indifferenten Teil unserer Belegschaft die Richtigkeit unserer Politik näher zu bringen. Dazu fordern wir gute Referenten von der Partei, dem Haus der Kultur, der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, dem Volksrat usw. an.

Das bringt uns ein gutes Stück vorwärts und der Kreis der Kollegen, welcher die Ziele unserer Partei als die eigenen anerkennt, wird stetig größer.

Ein alter Spruch lautet: „Sozialist sein, heißt Vorbild sein!“

Sind wir als Gesamtpartei immer vorbildlich? Ja. Es sind verhältnismäßig wenig Genossen, die aus der Reihe tanzen. Haben diese Genossen selbst Schuld daran oder liegt es nicht vielmehr an manchmal mangelnder Organisation unseres Funktionärkörpers? Wir haben unseren Funktionärstab in der Gruppe erweitert und es ergibt sich heute, daß die Bindung der schwachen Genossen zur Partei besser geworden ist.

Eine Kommission von drei Genossen befaßt sich in kameradschaftlicher Weise mit den Mitgliedern, welche nur selten unsere Gruppen- bzw. Schulungsabende besuchen. Die Tätigkeit dieser drei Genossen zeitigt gute Ergebnisse. Die angesprochenen Mitglieder erkennen durch diese Aussprache die Wichtigkeit der Besuche unserer Parteiveranstaltungen und bekommen dadurch das nötige Rüstzeug, um in der Diskussion mit andersdenkenden Menschen den Standpunkt der Partei zu vertreten. Zur weiteren Bereicherung des politischen Wissens dient der Beschluß unserer Betriebsgruppe, obligatorisch außer den turnusmäßigen Veranstaltungen das Studium der Geschichte der KPdSU (B) zu betreiben.

Alle diese Maßnahmen bringen uns Schritt für Schritt weiter und wir werden das Ziel, die Partei des neuen Typus zu schaffen, bald erreichen.

Der Leser dieser Zeilen wird den Eindruck haben, daß wir nur die positiven und guten Seiten sehen wollen und das Negative in unserer Arbeit nicht erkennen. So ist es bei uns nicht. Es ist keineswegs alles in Ordnung und vorbildlich, aber durch unsere Maßnahmen ist eine ständige Verbesserung in allem zu erkennen, so daß eine optimistische Beurteilung unserer Tätigkeit durchaus berechtigt ist.

Fritz Schönfeld

Berliner Frauen aus den Ost- und Westbetrieben verständlich

Der Internationale Frauentag war von verschiedenen Seiten her gesehen ein Erfolg. Nicht nur, daß wir Gelegenheit nahmen, in einigen hundert Betriebsversammlungen zur Idee des Internationalen Frauentages Stellung zu nehmen und die Frauen für den Kampf um den Frieden aufriefen. Der 8. März war der Beginn einer Verbindung und Verständigung der Arbeiterinnen, die im Ostsektor arbeiten, mit ihren Kolleginnen in den Westsektoren.

Die Frauen in den volkseigenen Betrieben „Glühlampenwerk“ und „Fortschritt“ und bei Siemens-Plania waren sich bewußt, daß ihre Kolleginnen in den Westsektoren keine Gelegenheit hatten, den Internationalen Frauentag feierlich zu begehen. Sie hatten das Bedürfnis, die Frauen von Siemens, Osram und anderen Betrieben einzuladen, an den feierlichen Veranstaltungen

im Ostsektor teilzunehmen. Sie wollten ihnen auch gleichzeitig die Möglichkeit geben, sich über die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen zu informieren und waren überzeugt, daß die Hetze gegen die Betriebe im Ostsektor in ein Nichts zusammenbricht.

Eine ganze Reihe von Betrieben aus Westberlin hat der Einladung Folge geleistet. Aus den Siemens-Werken nahmen 20 Kolleginnen an der Feier von Siemens-Plania teil, das Glühlampenwerk, die AT und andere Werke erhielten ebenfalls Besuch.

Auch 12 Frauen aus dem Osrambetrieb Seestraße waren bereit, in das Glühlampenwerk zu kommen. Noch einmal gelang es aber den UGO-Betriebsräten, unter Drohungen die Frauen davon zurückzuhalten. Wer nicht pariert, der fliegt, das ist der Grundsatz, der heute in den Westbetrieben herrscht.

Nicht nur, daß die Kolleginnen aus den Westsektoren sehr aufmerksam den Veranstaltungen folgten, sie nahmen teil an der Kameradschaftlichkeit, an den Auszeichnungen und Ehrungen der Frauen und ihrer Leistungen. Der Kontrast war zu groß, als daß ihnen nicht der Unterschied zwischen ihren Betrieben aufgefallen wäre. Einige Kolleginnen wünschten die volkseigenen Betriebe zu besichtigen.

Der gewonnene Eindruck war der Gegenstand von Diskussionen in den Betrieben und Berichten in Versammlungen. Die Kolleginnen von Siemens Salzufer, wo die UGO den Akkordlohn der Frauen um 50 % kürzte, wurden bei den Diskussionen doch sehr nachdenklich.

Der UGO und ihren Auftraggebern ist es selbstverständlich nicht angenehm, von dem Geist der Betriebe aus dem sowjetischen Sektor etwas zu verspüren. Sie werden alles tun, um das in der Zukunft zu verhindern.

Werden sich die Kolleginnen davon abhalten lassen, sich gegenseitig zu verständigen? Schon viel zu lange redet man in Berlin verschiedene Sprachen.

Die gemachte Bekanntschaft muß weiter gepflegt werden. Wäre es nicht nützlich, sich mal an einem geselligen Abend auszusprechen über Löhne und Leistungen in beiden Betrieben? Ist die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eine gerechte Forderung der Frauen? Wem nützt der Fleiß der Arbeiter, hier und dort?

Kann nicht die Betriebsgruppe des Demokratischen Frauenbundes die Kolleginnen ihrer Schwesterbetriebe einladen zu einem netten Frühlings- oder Maienfest? Oder wie wäre es, einmal zusammen dem Haus der Kultur oder dem Haus der Kinder in Lichtenberg einen Besuch abzustatten?

Die Sektorengrenzen in Berlin sind keine Grenzen der Verständigung. Denn alle Frauen eint der Wunsch und Wille einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Der Weg in die bessere Zukunft beginnt mit der gegenseitigen Verständigung.

Wir werden uns durchsetzen

Bei diesem in der Februar-Nummer unserer Zeitschrift erschienenen Artikel ist ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen, da auf dem Manuskript irrtümlicherweise der Genosse K. Piehler als Verfasser bezeichnet war. Der Verfasser dieses Artikels ist in Wirklichkeit der zweite Vorsitzende der Betriebsgruppe der BW Pankow, der Genosse **Gustav Steinicke**.

Jan Koplowitz

Kulturarbeit im Betrieb

Diese Parole wurde der Anfang einer großen notwendigen Kampagne, zu der Kulturschaffende, Künstler, Schriftsteller, Lehrer und Vertreter der technischen Intelligenz aufgerufen wurden. Monatlang beherrschte sie die Spalten des Feuilletons unserer Zeitungen.

Nun, ich bin ein Schriftsteller, bin mir der Notwendigkeit dieser Arbeit von Anbeginn bewußt gewesen und habe nicht erst auf die Parole gewartet, um in den Betrieben der Zone und Berlins zu arbeiten. Und gerade deshalb, aus meinen Erfahrungen, muß ich etwas Wasser in den Wein gießen. Die Voraussetzungen einer erfolgreichen Kulturarbeit in den Betrieben ist das Verständnis und die tätige Mitwirkung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Leider ist Kultur immer noch das 5. Ressort oder besser das 5. Rad am Wagen. Die Kulturarbeit in der Fabrik kann zwar vom Kulturschaffenden, von der Kulturkommission, von Schriftstellern geführt und angeregt werden, aber sie bedarf neben der Hilfe und der tätigen Anteilnahme der Kontrolle der Betriebsgruppen, der BGL's und Werksleitungen in den VEB's. Weil die Erfahrungen der Zone auch für Berlin maßgeblich sind, sogar in verstärktem Maße, denn hier ist der Einfluß der westlich lizenzierten Kriegshetze und der geistigen Sabotagearbeit noch viel stärker als dort, möchte ich aus meinen Erfahrungen folgende Forderungen aufstellen:

1. Strenge Auswahl der Kulturschaffenden, die in die Betriebe gehen. Prüfung ihrer ideologischen Festigkeit und künstlerischen Qualifikation.

Hier wurde bisher beinahe mehr Schaden angerichtet, als Nutzen gebracht.

2. Wenn die Arbeiter auch im Betrieb nicht zur Kultur kommen, dann muß die Kulturarbeit zu ihnen kommen.

Eine ausgezeichnet vorbereitete Vorlesungsveranstaltung Jan Petersons im Kultursaal der Maxhütte, der tausend Personen faßt und die an allen Kontrolluhren angekündigt wurde, brachte 30 Besucher, bei einer Belegschaft von 6500. Aufführungen seichter Operetten und anderer KdF-Rummel überfüllen den Saal. Aber als wir am nächsten Tag in den Arbeitspausen der Kumpels zu ihnen gingen, die freiwilligen Arbeits-einsätze in den Kantinen besuchten, lasen und sprachen wir erfolgreich, mit breitem Echo vor Hunderten. Die Arbeiter haben nun einmal, eine Erbschaft des tausend-jährigen Reiches, ein Mißtrauen gegen große Säle,

gegen Bombast und viel Fahmentuch. Vor allem, wenn sie indifferent oder abgestumpft sind. Welche Lehren hat Kuba in der Maxhütte aus diesen Erfahrungen gezogen:

- a) Kleine Kulturaktive, mit einer Klampfe oder Ziehharmonika und einem guten Buch, aufgeteilt auf alle Abteilungen des Betriebes. Betreut von der Bibliothek (positive Lesebeeinflussung), der Spielgruppe, der Abteilung Propaganda und Werbung. Verschiedenartige, sehr kurze, prägnante Programme, koordiniert.
- b) Die Kumpels wurden in ihren weit vom Arbeitsplatz gelegenen Dörfern besucht und Hüttenveranstaltungen in Dorfgasthäusern in überfüllten Sälen abgehalten.
- c) Lesungen von Schriftstellern, Kunstaussstellungen, kleine literarische Zirkel im kleinen Kreis. Hüten wir uns vor große Hallen und große Veranstaltungen, bevor die Arbeiter nicht von selbst hingehen. Feiern während der Arbeitszeit sind kein Maßstab.

Wenn das Interesse der Arbeiter für die kulturellen Güter unserer Zeit und unser rechtmäßiges kulturelles Erbe erst einmal durch Kleinarbeit erweckt worden ist, dann werden sie auch in die großen Hallen zu den großen Veranstaltungen strömen. Voraussetzung ist, daß unsere Parteifunktionäre sich endlich einhämmern, daß Kultur kein Ressort, sondern eines der wichtigsten Mittel zur Erfassung und Schulung der Werktätigen ist, eines der wichtigsten Mittel, auch der Werbung für den Sozialismus und für unsere Partei.

Meine kurzen Erfahrungen bei Bergmann-Borsig, Berlin, die ich von nun an durch ständige Mitarbeit ausbauen werde, bestätigen das Erlebnis aus der Zone. Hier ist die Jugend ein äußerst positiver Faktor. Sie macht zwar Fehler, aber die älteren Genossen sollten ihr helfen, statt sie für ein schlechtes Laienspiel auf die Finger zu klopfen. Die Wandzeitung bei Bergmann-Borsig ist gut, sollte nur des öfteren erneuert werden, doch sie gibt Hoffnung. Denn eine gute Wandzeitung ist der Spiegel des Betriebes. Der Zustand, die Erfolge und die Mißerfolge der Kulturarbeit in den Betrieben der Zone und der neuen VEB Berlins und auch bei Bergmann-Borsig sind auch ein Spiegel, der Spiegel der ideologischen Stärke unserer Partei.

Wir bitten um Antwort

Eine Kommission der Betriebsgruppe des Bezirksamts Lichtenberg führte im Monat Februar eine Wertung aller Wandzeitungen in den einzelnen Abteilungen durch. Dieser Beschluß der zentralen Betriebsgruppenleitung ist begrüßenswert und sollte verwirklicht werden. Er hatte eine sichtbare Aktivität der Redaktionskommissionen und der Belegschaft zur Folge.

Auch die Abteilung für Volksbildung hat eine besondere Aktivität entwickelt. Mit Unterstützung der Betriebsgruppe des Glühlampenwerkes in Charlottenburg wurde eine moderne Röhrenbeleuchtung angebracht. Die Wandzeitung hat einen Platz, an dem Hunderte von Lesern vorbeikommen, gegenüber der Buchausleihe der Volksbücherei. Die fähigsten Genossen waren und sind bemüht, die Wandzeitung so aktuell und interessant wie möglich zu gestalten. Und wer Gelegenheit hat, die Wandzeitung zu betrachten, der



Foto: Pöllot

Ein nachahmenswertes Beispiel der Betriebsgruppe Bergmann-Borsig

muß feststellen, daß die künstlerische Ausgestaltung jeden Vorübergehenden zum Lesen zwingt. (Nebenbei sei bemerkt, daß die Wandzeitung jede Woche erneuert wird).

Und nun hört bitte das Urteil der „Jury“:

Erstens setzen wir bei der Abteilung für Volksbildung sowieso eine besondere inhaltliche und künstlerische Leistung voraus (!).

Außerdem kann eine Wandzeitung nicht als SED-Zeitung gewertet werden, weil der Name SED nirgends zu finden ist!!!

Wir waren sprachlos. Wir fühlen uns nicht gekränkt, weil wir nicht die beste Note erhalten haben. Nach unserer Meinung hat die Prüfungskommission aber hier eine vollkommen falsche Wertung vorgenommen.

Zur Begründung ist folgendes zu sagen: unsere Wandzeitung ist der Spiegel des Betriebes, und wir betrachten es als vollkommen richtig, daß unsere Wandzeitung nicht mit dem SED-Abzeichen gekennzeichnet ist. Jeder Genosse und jeder Kollege kann hier seine Meinung zum Ausdruck bringen. Die Gedanken sind vollkommen überflüssig. Dafür bürgt die



Zusammensetzung der Redaktionskommission. Der politische Inhalt der Wandzeitung ist das beste „SED-Abzeichen“.

Die Märznummer „Wille und Weg“ mit dem Kommentar zur Wandzeitung bei Siemens gab uns zu den vorstehenden Ausführungen Anlaß, und wir erwarten eine Stellungnahme der Redaktion.

Betriebsgruppe des Bezirksamtes Lichtenberg
Abteilung für Volksbildung

Anmerkung der Redaktion: Wir werden in der nächsten Nummer zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Wie eine Betriebsgruppe ihre Personalpolitik macht

Wenn man die Unterlagen unserer Betriebsgruppe, der Elektro-Apparate-Werke (AEG Treptow), durchsieht, stellt man fest, daß in fast allen früheren Sitzungen die Lösung von Personalfragen einen so breiten Rahmen eingenommen hat, daß ganz offensichtlich für die Durcharbeit der politischen Aufgaben wenig Zeit übrigblieb. Diese Tatsache ist auf den Umstand zurückzuführen, daß es niemand verstand, die Genossen anzuleiten, Personalpolitik zu betreiben. Die personal-politische Kommission kannte ihre Aufgabe nicht und trat fast nur bei der Schlichtung von Streitfällen oder Ausschlußanträgen in Erscheinung. System- und planlos wurde jeder einzelne Fall von Neubesetzung einer Funktion in der Gruppe oder im Betrieb, ohne Vorarbeit der personal-politischen Kommission oftmals in mehreren Sitzungen des Gruppenvorstandes und der Gruppe behandelt. Diese Methode ist nicht nur zeitraubend, sondern ist der günstigste Boden für Eifersüchteleien und Cliquenbildung.

Seit Anfang dieses Jahres bemühen wir uns nun, zu lernen, eine wirkliche Personal-Politik zu betreiben. In mehreren Aussprachen haben sich die Genossen der PPA ihre Aufgabe gestellt und die Möglichkeit der besten Methoden für ihre Arbeit selbst herausgearbeitet.

1. Als ständige Arbeitsunterlage wurde mit der Anlage einer personal-politischen Kartei begonnen. Nach und nach wird in Zusammenarbeit mit den Untergruppenleitern, Schulungsleitern sowie den verantwortlichen Funktionären des Betriebes eine Charakteristik der Schüler der Parteischulen sowie

unserer Genossen, die Funktionen in Partei, Gewerkschaft oder im Betrieb haben, angelegt. In dieser alphabetisch geordneten Kartei wird die politische Entwicklung — ob positiv — laufend eingetragen.

2. Wenn sich jetzt der Vorstand oder die Gruppe mit Personalfragen zu befassen haben, wird von der personal-politischen Kommission über die betreffenden Genossen oder Belegschaftsmitglieder (z. B. im Falle von Aufnahmeanträgen usw.) konkretes Material über politische und fachliche Qualität vorgelegt. Das Resultat ist: die Behandlung von Personalfragen wird nur noch kurze Zeit in Anspruch nehmen. Persönliche Interessen fallen weg.
3. In einer besonders dafür angesetzten Sitzung des Gruppenvorstandes, die sich mit dem Thema „Personalpolitik im Betrieb“ befaßt, habe ich den Genossen an Hand einwandfreier Unterlagen klargemacht, daß die richtige Verteilung im Betrieb für unsere politische Arbeit, die die Zielsetzung hat, die führende Rolle der Partei zu verwirklichen, von entscheidender Bedeutung ist.

Die Zusammenballung von Kräften, z. B. in der Sozialabteilung, und der Zustand, daß in anderen wichtigen Abteilungen, wie z. B. Einkauf und Versand, überhaupt keine Genossen verankert sind, muß als untragbar bezeichnet werden. Die personal-politische Kommission setzte sich mit unseren Funktionären in Verbindung und faßte sofort einen Beschluß, die Möglichkeit der Neuverteilung unserer Kräfte zu beginnen. Die personal-politische Kommission überprüft systematisch alle Abteilungen des Betriebes in dieser Rich-

tung. Sie versucht dahin zu wirken, daß Umbesetzung und Neueinstellung von Genossen planmäßig nach politischen und fachlichen Gesichtspunkten erfolgen. Die persönlichen Interessen werden dabei den Gesamtinteressen untergeordnet.

Da bei einigen Genossen das Parteibewußtsein von eigenen Interessen bestimmt wird, sind in solchen Fällen ernste Rücksprachen oder sogar energisches Durchgreifen notwendig.

Wir wollen nicht behaupten, daß das Dargelegte der letzte Schluß der Weisheit ist oder daß alles von jedem restlos durchgeführt und verwirklicht wird. Aber wir sind der Meinung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, eine wirkliche Personalpolitik im Betrieb zu entwickeln.

Erich Kahle

Neue Formen des innerbetrieblichen Wettbewerbes

Auf diese Frage gibt die „Einheit“, die vorzüglich redigierte Betriebszeitung des Hydrierwerkes Zeitz, Auskunft durch Abdruck eines solchen Wettbewerbes im Wortlaut, wodurch die Leser zur Nachahmung angeregt werden sollen.

Ich, der Schlosser Otto Fallenbeck, trete zwecks Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsmoral in einen innerbetrieblichen Arbeitswettbewerb zu folgenden Bedingungen ein:

1. Keinen Bummeltag zu haben und meine Arbeitsstelle nicht vorzeitig zu verlassen.
2. Meine Norm zu 120 % zu erfüllen.
3. Meinen Material- und Rohstoffverbrauch um 20 % zu senken.
4. Meinen Arbeitsplatz in einem einwandfreien Zustand zu halten.
5. Alle Unfallschutzbestimmungen zu beachten, durch Wachsamkeit Unfälle zu verhüten, die anderen Kollegen auf leichtsinniges Handeln aufmerksam zu machen.
6. Meine Werkzeuge immer instand zu halten, damit ich bei der anfallenden Arbeit sofort 100prozentig einsatzfähig bin.
7. Alle meine Arbeiten zu überprüfen, um Vorteile zur Verbesserung in der Arbeitsweise herbeizuführen.
8. Bei Betriebsstörungen und Arbeiten zur Überwindung der Engpässe betrieblicher Art mich freiwillig zur Verfügung zu stellen.
9. Mein Fachwissen durch Schulung zu erweitern.
10. Meinen Arbeitskollegen gegenüber werde ich immer ein vorbildliches Benehmen an den Tag legen.

Zu diesem Wettbewerb rufe ich den Schlosser Willy Huth auf.

Tröglitz bei Zeitz, den 21. Dezember 1948.

Auf diesen Aufruf antwortete noch am selben Tage der Schlosser Horst Seidel mit dem Versprechen, die Norm zu 125 % zu erfüllen und seinen Material- und Rohstoffverbrauch um 10 % zu senken. Er fordert seinerseits den Schlosser Paul Kahnt auf, der sich mit 120 bzw. 10 % in den Wettbewerb einschaltet. Seidel sowie Kahnt erweiterten ferner ihre Aufgaben durch das Versprechen, in kurzer Zeit die Betriebspartei-schule und die Gewerkschaftsschule zu besuchen.

Eine allen Belegschaftsmitgliedern verständliche Popularisierung der praktischen Durchführung des innerbetrieblichen Wettbewerbes ist eine der wichtigsten Aufgaben der SED-Betriebsgruppe.

Der vorstehende Artikel ist dem Funktionärorgan des LV Sachsen-Anhalt, „Unser Kurs“, entnommen. Die Arbeiter der Ostzone weisen uns den Weg, den wir beschreiten müssen. Wir tragen unsere Betriebsgruppen: Welcher Betrieb folgt dem hier aufgezeigten Beispiel?

„Wille und Weg“

Zum Thema „Arbeiterkorrespondenz“

Die Funktion der Arbeiterkorrespondenten ist von derartiger Bedeutung, daß über ihre Aufgaben Klarheit herrschen muß; sowohl bei den Korrespondenten selbst als auch bei den Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse.

Durch die gegenwärtige Lage in Berlin ergeben sich zwei große Aufgaben:

1. Der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Berlins.
2. Der demokratische Neuaufbau der Wirtschaft Berlins im Rahmen des großen Planes der sowjetischen Zone.

Die letztere Aufgabe hat eine doppelte Bedeutung insofern, als jeder Schritt vorwärts auf dem Wege zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes die Verbesserung der Lebenslage der gesamten Bevölkerung bedeutet und damit den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Berlins unterstützt.

Welche Rolle spielen nun die Arbeiterkorrespondenten bei der Durchführung dieser Aufgaben?

Zur Erreichung unserer Kampfziele ist die Gewinnung breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung notwendig. Es ist klar, daß die Stimme der Werktätigen selbst hierbei eine größere Wirkung erzielt als der beste Leitartikel des Redakteurs, die aufregendste Meldung einer Nachrichtenagentur oder die wortgetreue Wiedergabe einer glänzenden Rede. Den Vorrang unter den vielseitigen Beitragsthemen haben die Herausstellung vorbildlicher Leistungen der Werktätigen bei der Erfüllung des Zweijahrplans und das Aufzeigen von Hemmnissen und positive Vorschläge zu ihrer Beseitigung.

Die Schlußfolgerung aus dem bisher Gesagten kann nur sein: mehr Raum in unseren Zeitungen für die Beiträge der Arbeiterkorrespondenten! Es ist schwer verständlich, daß auf den vier und mehr großen Seiten des „N.D.“ weniger Platz für die Arbeiterkorrespondenz verwendet wird als in der kleinformigen „Tribüne“. Eine oberflächliche Statistik für einen Zeitraum von 5 Wochen ergab, daß im „N.D.“ rund $\frac{1}{80}$ der Zeilen der Arbeiterkorrespondenz gewidmet wurde. Es muß möglich sein, täglich etwa $\frac{1}{4}$ Seite des „N.D.“ für Arbeiterkorrespondenz zur Verfügung zu haben.

Hierbei ergibt sich zwangsläufig die Frage: Lläuft überhaupt genügend brauchbares Material ein, um eine solche Forderung zu erfüllen? Diese Frage verneinen darf nicht etwa heißen, sich damit abzufinden. In diesem Fall ist es notwendig, umgehend den Gedanken der Arbeiterkorrespondenz auf breiter Basis in die Betriebe und in die Bevölkerung zu tragen. Instruktoren der Partei, der Gewerkschaften und der Zeitungsredaktionen sollten in die Groß- und Mittelbetriebe gehen und praktische Anleitungen geben. Eine Broschüre mit brauchbaren und schon veröffentlichten Beiträgen von Arbeiterkorrespondenten würde richtunggebend wirken. Auf den Bahnhöfen, in allen öffentlichen Verwaltungsstellen, in den Konsumgeschäften usw. müssen gute graphische Darstellungen die gesamte Bevölkerung ansprechen.

Eine solche Korrespondentenbewegung auf breiter Grundlage bedeutet viel Mehrarbeit für die Redaktionen.

W. Kutz

VON DER THEORIE ZUR PRAXIS

Was gab mir das Studium der Geschichte der KPdSU (B)

Beim Studium dieses wichtigen Lehrbuches nicht nur für den russischen Menschen, sondern für die Werktätigen in der ganzen Welt, die den Kampf für Frieden und Freiheit führen, stellte ich fest, daß es keinen Zweck hat, nur zu lesen und anzustreichen. Es muß durchgearbeitet werden. Am besten in Kursen mit nicht allzuviel Teilnehmern, wobei geschichtliche Etappen behandelt und von geschulten Genossen auf zusätzliche Literatur hierzu Fingerzeige gegeben werden. Die Geschichte der KPDsU ist nicht nur die konzentrierte Wiedergabe eines wichtigen Abschnittes Arbeitergeschichte oder eine Darstellung der russischen Revolution von 1905 und 1917. Alle Grundfragen der Strategie und Taktik, des Kampfes und Sieges des Sozialismus über den Kapitalismus werden in gedrängter Form behandelt. Wichtig und vor allem besser verstanden habe ich ganze Abschnitte durch gleichzeitiges Nachlesen bei den Klassikern der Arbeiterbewegung. Z. B. wurden die Abschnitte über die Revolution 1905 erst wirklich lebendige Geschichte für mich, als ich in dem betr. Band der Lenin-Ausgaben kurze Artikel und Reden von Lenin aus dieser Zeit las. Auch das Lesen von Biographien, die solche Zeitabschnitte behandeln, hat mir zum Verständnis der Dinge geholfen, z. B. Lenins klare, den Sieg der Revolution von 1917 entscheidende Haltung bereits auf dem 2. Parteitag im Jahre 1903.

Das angeführte Zitat von Lenin aus der Broschüre „Was tun?“ hat auf mich besonderen Eindruck gemacht, wenn er fordert, daß man, „ehe man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, sich zunächst entscheiden und bestimmt voneinander abgrenzen“ muß. Ich habe es so verstanden, daß man sich auf eine konsequente und den Interessen der Werktätigen dienende Politik verständigen und festlegen muß, wenn man den Fortschritt und die Zukunft des Volkes gestalten will.

Auf den kollektiven Charakter der revolutionären Arbeit der KPDsU, ihr Netz von Vertrauensleuten und Mitarbeitern draußen im Lande und vor allem in den Betrieben, ihre feste Parteidiszi-

Zum Selbststudium des 3. Kapitels des „Kurzen Lehrganges“

Dieses Kapitel zählt nicht nur der Seitenzahl nach, sondern auch nach der Fülle der darin aufgeworfenen und beantworteten Probleme zu einem der reichhaltigsten Kapitel des „Kurzen Lehrganges“, obgleich es nur einen Zeitraum von vier Jahren (1904—1907) umfaßt.

Aber was waren das für Jahre! Es war das die Periode des Russisch-Japanischen Krieges und der ersten bürgerlichen Revolution in Rußland, eine Periode, von der Stalin sagte:

„In knapp drei Jahren der Revolution (1905—1907) machte die Arbeiterklasse und die Bauernschaft eine so erfahrungsreiche Schule der politischen Erziehung durch, wie sie sie in dreißig Jahren gewöhnlicher friedlicher Entwicklung nicht hätte erhalten können.“ (Kurzer Lehrgang, S. 113.)

Aber diese erste bürgerliche Revolution in Rußland war nicht nur von Bedeutung für die kämpfenden Werktätigen Rußlands. Sie hatte darüber hinaus eine gewaltige internationale Bedeutung für das Proletariat aller Länder. War sie doch die erste bürgerliche Revolution im Zeitalter des Imperialismus, d. h. in einer Epoche, in der der Kapitalismus gegenüber dem Jahre 1848 große strukturelle Veränderungen durchgemacht hatte und infolgedessen auch im Verhältnis der Klassenbeziehungen und der Klassenkräfte große Änderungen vor sich gegangen waren. Diese Veränderungen erforderten vom Proletariat eine neue Antwort auf die Fragen seiner Strategie und Taktik in der bürgerlichen Revolution; diese Veränderungen erforderten eine Partei des Proletariats, die in der Lage war, diese neue Antwort zu geben, den Marxismus durch eine neue Theorie der Revolution zu bereichern und die Massen, gewappnet mit dieser neuen Theorie, in den Kampf zu führen.

In der Revolution von 1905 hat das russische Proletariat und seine Partei diese ihm von der Geschichte gestellten Aufgaben gelöst.

Die russische Revolution von 1905 offenbarte, daß das russische Proletariat die revolutionärste Vorhut der Arbeiterklasse der ganzen Welt geworden war.

Im Jahre 1902, also zu einer Zeit, wo er noch nicht zum Renegaten geworden war, hatte Kautsky festgestellt:

„Das revolutionäre Zentrum verschiebt sich vom Westen nach Osten . . . Rußland, das so viel revolutionäre Initiative aus dem Westen geschöpft hat, ist jetzt vielleicht selbst imstande, für diesen zu einem Quell der revolutionären Energie zu werden.“

(Zitiert bei Lenin: Radikalismus . . . , S. 6.)

Die Revolution von 1905 war die geschichtliche Bestätigung für diese Einschätzung. Aber jetzt gehörte Kautsky schon zu denen, die verhinderten, daß die deutsche Arbeiterklasse neue revolutionäre Energie aus diesem Quell schöpfte.

Seine Bedeutung erhält das 3. Kapitel also vor allem dadurch, daß es uns erstens die neue Theorie der Revolution, die Leninsche Theorie der Revolution im Zeitalter des Imperialismus vermittelt, und zweitens dadurch, daß es uns zum Bewußtsein bringt, daß die Rolle der russischen Arbeiterklasse als der revolutionären Vorhut des Weltproletariats nicht erst mit dem Oktobersieg 1917 beginnt, sondern daß es sich diesen ehrenvollen Platz schon im Jahre 1905, also vor fast einem halben Jahrhundert, erkämpft und seitdem behauptet hat.

Vom Krieg zur Revolution

Im Januar 1904 begann der Russisch-Japanische Krieg durch den Überfall Japans auf die russische Festung Port Arthur.

Dieser Krieg war die Folge der imperialistischen Eroberungsgelüste, sowohl Japans als auch des zaristischen Rußlands, die sich beide China als Beute ausersehen hatten und sich dabei in die Haare gerieten. Für das zaristische Rußland war mit diesem Krieg noch der Nebenzweck verbunden, der anwachsenden revolutionären Bewegung Herr zu werden, die sich vor allem in Streiks von immer größerem Ausmaß und in einer wachsenden Zahl von Bauernunruhen äußerte.

Dieser Krieg bewies, daß auch in Rußland der Kapitalismus bereits in sein imperialistisches Stadium eingetreten war. (Es gibt noch immer Genossen, die der Meinung sind, daß man 1917 noch nicht einmal von Kapitalismus in Rußland sprechen konnte!)

Der Krieg brachte dem Zarismus aber nicht die erhoffte Rettung vor der Revolution, sondern beschleunigte noch ihr Kommen.

Ähnlich wie der Krim-Krieg 1854 offenbarte jetzt der Russisch-Japanische Krieg die ungeheure Rückständigkeit Rußlands als Folge der andauernden Herrschaft der parasitären, korrupten, in Fäulnis verkommenen Gutsbesitzerklasse mit dem Zaren an der Spitze.

So führte der Krieg zur Verschärfung der Unzufriedenheit der Arbeiter- und Bauernmassen; statt den vorhandenen Zündstoff wegzuräumen, sammelte er als Folge der Niederlagen des Zarismus neuen an.

„Im zaristischen Rußland wurde das kapitalistische Joch durch das Joch des Zarismus noch schwerer. Die Arbeiter litten nicht nur unter der kapitalistischen Ausbeutung, unter dem Zuchthausregime der Arbeit, sondern auch unter der Rechtlosigkeit des gesamten Volkes. Deshalb strebten die klassenbewußten Arbeiter danach, in der revolutionären Bewegung aller demokratischen Elemente in Stadt und Land gegen den Zarismus die Führung zu übernehmen. Die Bauernschaft erstickte vor Landlosigkeit, litt schwer unter den zahlreichen Überresten der Leibeigenschaft, sie befand sich in der Schuld knechtschaft der Gutsbesitzer und Kulaken, Die Völker, die das zaristische Rußland bewohnten, stöhnten unter dem Doppeljoch ihrer eigenen und der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1900—1903 hatte die Leiden der werktätigen Massen gesteigert, der Krieg verschärfte sie noch mehr. Die Niederlagen im Kriege steigerten in den Massen den Haß gegen den Zarismus.“

(Kurzer Lehrgang S. 67)

Die Streikbewegung der Arbeiter nahm an Wucht und Stärke weiter zu. Selbst die vom Zarismus geschaffenen sog. „Arbeitervereine“, die eine ganz ähnliche Aufgabe hatten wie die heute vom „Dollar-Zarismus“ aufgezogene UGO, nämlich die Arbeiter unter dem Einfluß der herrschenden Klasse zu halten und vom revolutionären Kampf fernzuhalten —, diese „Arbeitervereine“ zeigten sich ihrer Aufgabe absolut nicht mehr gewachsen. Ihre Versammlungen wurden im Gegenteil von den Bolschewiki geschickt dazu ausgenutzt, die bolschewistischen Losungen unter den Arbeitern zu verbreiten.

Die Schüsse in die friedliche Demonstration vom 9. Januar 1905 gaben das Signal des revolutionären Sturmes.

„An diesem Tage wurde der Glaube der Arbeiter an den Zaren zertrümmert.“

(Kurzer Lehrgang S. 70.)

Neue Kampfformen

Von Monat zu Monat wuchs die Streikbewegung an. Meist als Streiks um wirtschaftliche Forderungen begonnen, wuchsen sie hinüber zu Streiks um politische Forderungen, zu politischen Massenstreiks.

Das war eine neue Form des Kampfes der Arbeiterklasse, die hier vom russischen Proletariat zum ersten Male entwickelt wurde. Ihre Bedeutung zeigte sich sofort darin, daß diese politischen Massenstreiks zu bewaffneten Zusammenstößen mit den zaristischen Truppen führten und damit den Arbeitern die Notwendigkeit klar machten, der bewaffneten Gewalt der Staatsmacht bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

Der politische Massenstreik war und ist der beste Lehrmeister, um die Arbeiterklasse an den Kampf um die Macht heranzuführen. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg ist es den rechten sozialdemokratischen Führern noch gelungen, die Arbeiterklasse ihrer Länder daran zu hindern, sich diese Erfahrung des russischen Proletariats zunutze zu machen.

In Deutschland erklärten sie den politischen Generalstreik für „Generalunsinn“. Heute aber zeigt uns vor allem das Proletariat Frankreichs und Italiens, daß es erkannt hat, welche scharfe Waffe ihm das russische Proletariat mit dem politischen Massenstreik in der Revolution von 1905 geschmiedet hat. Es wird darauf ankommen, auch in den Proletariaten Westdeutschlands und Westberlins diese Erkenntnis wachzurufen.

Die schöpferische revolutionäre Initiative des russischen Proletariats entwickelte aber nicht nur den politischen Massenstreik als neue Kampfform. In der Revolution von 1905 ging es zum ersten Male zur Schaffung von Sowjets, von Arbeiterräten über, die zunächst als Streikleitungen entstanden, aber im Verlauf des Kampfes in vielen Orten zu den von den Arbeitern geschaffenen Machtorganen im Kampf gegen den zaristischen Machtapparat wurden. Die Sowjets des Jahres 1905 waren das Vorbild der Sowjetmacht, die im Oktober 1917 errichtet wurde. Die Sowjetmacht — das ist die klassische Form, in der das Proletariat seine Diktatur errichtet.

Der Massenkampf der Arbeiter in den Städten brachte die Bauernmassen auf dem Lande in Bewegung. Sie gingen dazu über, die Herrnsitze anzustecken, den gutsherrlichen Boden aufzuteilen. Vom revolutionären Geiste wurden auch die Bauern im Soldatenrock angesteckt. Es kam zu Meutereien in Heer und Marine, deren bedeutendste die Meuterei auf dem Panzerkreuzer Potemkin war. Über die Bedeutung dieses Aufstandes, der mit einer Niederlage endete, sagte Stalin:

„Dieser Aufstand bewirkte es, daß der Gedanke eines Anschlusses der Armee und Flotte an die Arbeiterklasse, an das Volk, den Massen der Arbeiter und Bauern, besonders den Massen der Soldaten und Matrosen selber verständlicher und vertrauter wurde.“

(S. 73)

Alte Unterdrückungsmethoden

Welchen Ausweg suchte der bedrohte Zarismus aus dieser Situation?

„Die zaristische Regierung fuhr fort, die Arbeiter und Bauern mit wilder Grausamkeit zu unterdrücken. Sie mußte jedoch einsehen, daß man mit Gewaltmaßnahmen allein der Revolution unmöglich Herr werden kann. Deshalb nahm sie außer zu Gewaltmaßnahmen zur Politik des Lavierens ihre Zuflucht. Einerseits hetzte sie mit Hilfe ihrer Provokateure die Völker Rußlands gegeneinander, organisierte Judenprogrome und armenisch-tata-

plin, mit der sie die Errichtung ihrer revolutionären Ziele sicherten und die Achtung der arbeitenden Massen gewannen, möchte ich besonders hinweisen. Aus diesen Beispielen können wir viel lernen.

Die Ausführungen über Etappen der beiden Revolutionen vom Februar und Oktober (nach unserer Zeitrechnung November) 1917 haben mich besonders interessiert. Nicht nur die bekannten Thesen Lenins bei seiner Ankunft in Petrograd, sondern auch seine Erklärung, daß die bolschewistische Partei bereit sei, die Macht zu übernehmen — in einer Situation, als alle anderen Parteien nur Ausweglosigkeit sahen — regt zum Nachdenken darüber an, woher dieses Kraftbewußtsein und diese Stärke kamen. Die Kampferfahrungen einer klassenbewußten Arbeiterschaft in zwei Revolutionen, eine richtige Bündnispolitik, besonders mit den armen Bauern, und eine feste und klare Führung sicherten den Sieg. Auch die Erkenntnis über die furchtbar schwere Lage des jungen Sowjetstaates während der Interventionskämpfe hat mir später zum Verständnis mancher Erscheinungen des letzten Krieges und der drei Nachkriegsjahre verholfen.

Der Kampf der Imperialisten gegen den Sowjetstaat ist nicht nur aus der Tagespresse zu verstehen, man muß seine wirtschaftlichen und politischen Hintergründe kennen. Das Studium der Geschichte der KPdSU vermittelt sie uns. Nur wenn man die dauernden Störungsversuche der Imperialisten und trotzdem das ständige Erstarken der Sowjetmacht, das Anwachsen der friedlichen Kräfte in der Welt kennt und in der geschichtlichen Literatur verfolgt, kann man die feste innerliche Überzeugung gewinnen, daß der Sieg auf Seiten der fortschrittlichen Kräfte ist und sein muß.

Für meine praktische Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet ist mir besonders der Schluß des Werkes zur Richtschnur geworden. Oft habe ich schon die Worte des Gen. Stalin zitiert:

„Man kann es als Regel betrachten, daß die Bolschewiki unbesiegbar bleiben, solange sie die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes bewahren. Und umgekehrt, die Bolschewiki brauchen sich nur von den Massen loszulösen, die Verbindung mit ihnen zu verlieren, sich mit bürokratischem Rost zu bedecken, um jegliche Kraft einzubüßen und sich in ein Nichts zu verwandeln.“

Das Beispiel von Antäus, dem Heros der griechischen Sage, muß

unser Beispiel sein, ganz gleich wo wir arbeiten. Antäus war nur stark, wenn er mit seiner Mutter Erde verbunden war. Nur wenn wir mit der Mutter Erde, dem Volk, den Massen verbunden unsere Aufgaben und unsere Arbeit betrachten, werden wir richtig arbeiten und haben die Aussicht, unbesiegt zu bleiben.

Jenny Matern,
Hauptabteilungsleiterin der DWK,
Arbeit und Sozialfürsorge

*

Erste Besprechung der Zirkelleiter über die Geschichte der KPdSU (B)

Am 18. März 1949 fand die erste Zusammenkunft der Zirkelleiter von Groß-Berlin statt, die vom Genossen Karl Mewis eingeleitet wurde.

Anschließend an diese Einführung berichteten einzelne Genossen von ihrer bereits geleisteten Tätigkeit als Zirkelleiter. Nachstehend zwei Berichte, die zwei in der Methode sehr unterschiedliche Zirkel betreffen.

1. Bericht der Genossin Sonja Nathan vom volkseigenen Bekleidungswerk „Fortschritt“.

Der Zirkel besteht aus 41 Genossinnen, die zu 90 vH im Besitz des kurzen Lehrgangs sind. Sie kommen jeden Montag zusammen, haben bis jetzt 5 Abende durchgeführt und beginnen nun mit dem zweiten Kapitel. Die Durchführung erfolgt in der Art, daß eine Genossin vorliest und sofort alle strittigen Fragen und Fremdwörter des gelesenen Abschnitts geklärt werden. Das Gelesene wird dann als Hausaufgabe gestellt und eine Genossin beauftragt, bei der nächsten Zusammenkunft ein Kurzreferat darüber zu halten. Außerdem mußte sich jede Genossin ein Buch anlegen, in dem sie das Gelernte mit ihren eigenen Worten niederlegte.

2. Bericht eines Genossen des Hauptsozialamtes:

In unserem Zirkel sind nur Funktionäre (Referenten, Abteilungsleiter usw.) zusammengefaßt. Es wird z. Z. das dritte Kapitel durchgearbeitet. Die Artikel werden abschnittsweise unterteilt und jeder Genosse muß einmal über einen Abschnitt ein Kurzreferat halten.

Aus den Berichten der Genossen ging hervor, daß eine Reihe von Fragen bei der Durcharbeitung der Kapitel 1—3 unklar geblieben sind. Diese Fragen wurden vom Genossen Mewis beantwortet.

rische Massaker. Andererseits versprach sie, eine „Vertretungskörperschaft“ in Gestalt eines Semski Sobor oder einer Reichsduma einzuberufen, und beauftragte den Minister Bulygin, den Entwurf für eine solche Duma auszuarbeiten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß diese Duma keine gesetzgebenden Rechte erhalte. Alle diese Maßnahmen wurden ergriffen, um die Kräfte der Revolution zu spalten und die gemäßigten Volksschichten von der Revolution loszureißen.“
(Kurzer Lehrgang, S. 74)

Ist es nicht genau die gleiche Politik, die die deutsche Bourgeoisie zu ihrer Rettung 1918 von Ebert und Scheidemann durchführen ließ? Ist es nicht die gleiche Politik, die heute von den Imperialisten in allen Ländern und vor allem auch wieder in Westdeutschland probiert wird?

Man unterdrückt brutal alles, was einem gefährlich werden könnte. Man hetzt die Deutschen gegeneinander, die Bayern gegen die Norddeutschen, die Städter gegen die Bauern, die Altansässigen gegen die Umsiedler, Sozialdemokraten gegen Kommunisten, und alle gegen die Deutschen in der Ostzone.

Man verspricht — wenn die Deutschen hübsch artig sind und „Männchen machen“ — reichliche Hilfe durch den Marshall-Plan und gibt dann ebensoviel, wie der Zar „seinem“ Volke gab.

„Der Zar in seinem Schrecken
erließ ein Manifest,
den Toten gab er Freiheit,
den Lebenden — Arrest!“

(Spottlied der russischen Arbeiter auf das Zarenmanifest 1905)

Wirklich, es ist erstaunlich, wie phantasielos die herrschende Klasse im Erfinden neuer „Regierungsmethoden“ ist. Ueber „Zuckerbrot und Peitsche“ und „Teile und herrsche“ ist sie im Grunde noch nicht hinausgekommen. Freilich, sie kann auch gar nicht darüber hinauskommen, sie müßte denn freiwillig zu herrschen aufhören. Aber sie brauchte auch — bisher und in Deutschland wenigstens — gar nicht mehr Phantasie aufzuwenden, denn noch größer als ihre Armut an Phantasie ist vorläufig noch der Reichtum an Vertrauensseligkeit, Kurzsichtigkeit und Verblendung auf Seiten der beherrschten Masse.

Lenins neue Theorie der Revolution

Die Revolution zwang alle Klassen und Parteien, sich über ihre Stellung zu den Grundfragen der Revolution klarzuwerden.

Die wichtigsten Fragen, auf die die russischen Sozialdemokraten eine Antwort geben mußten, waren:

Welchen Charakter hat die Revolution?

Wer soll der Führer (Hegemon) in der Revolution sein?

Mit wem soll sich das Proletariat verbünden?

Welche Kampfmittel soll das Proletariat anwenden?

Für welchen Ausgang der Revolution muß das Proletariat kämpfen?

Auf jede dieser Fragen — außer der ersten — gaben Bolschewiki und Menschewiki genau entgegengesetzte Antworten.

Die Bolschewiki legten ihre taktische Linie auf dem III. Parteitag in London, im April 1905, fest, die später von Lenin in seinem Buche „Zwei Taktiken . . .“ ausführlich begründet wurde.

Die Menschewiki hatten sich geweigert, an diesem Parteitag teilzunehmen und hielten zu gleicher Zeit eine Parteikonferenz in Genf ab, wo sie ihre taktischen Leitsätze entwickelten.

Auf die Frage nach dem Charakter der Revolution antworteten beide, Bolschewiki und Menschewiki:

Die Revolution ist eine bürgerliche.

Daraus folgerten die Menschewiki, daß deshalb auch die liberale Bourgeoisie Führer (Hegemon) der Revolution sein müsse.

Nein, sagten die Bolschewiki, die liberale Bewegung ist nicht am konsequenten Sieg der Revolution interessiert, denn die Zeit, in der die Bourgeoisie revolutionär war, ist längst vorbei, sie wird deshalb ein Kompromiß mit dem Zaren anstreben.

Das Proletariat ist aber am Sturz des Zarismus interessiert, daran, daß die bürgerlich-demokratische Umwälzung konsequent zu Ende geführt wird. Deshalb muß das Proletariat der Führer (Hegemon) in der Revolution sein.

Um die demokratische Umwälzung zu Ende zu führen, um den Zarismus stürzen zu können, muß sich das Proletariat mit der Bauernschaft verbünden,

„Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt.“

(Lenin, Zwei Taktiken, S. 52)

„Ohne sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden.“

(Lenin, Zwei Taktiken, S. 89/90)

Nein, erwiderten die Menschewiki, die Bauernschaft ist keine revolutionäre Kraft. Statt sich mit ihr zu verbünden, soll sich die Arbeiterklasse an die liberale Bourgeoisie anschließen. Nur dadurch werde die Revolution den rechten Schwung erhalten.

Wenn man mit manchen unserer Genossen über die Bauern diskutiert, dann könnte man fast meinen, einen Menschewiken des Jahres 1905 vor sich zu haben. Sie sehen in der Bauernschaft keine Kraft, die aktiv an der Erringung der Einheit Deutschlands, an der Vollendung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in ganz Deutschland mitwirken kann. Für sie ist der Bauer nur ein Ausbeuter der Not der Städter. Ein Genosse meinte in der Diskussion: „Mein Verstand sagt mir, daß Du recht hast. Aber leiden kann ich die Bauern trotzdem nicht.“ Angenommen, dieser Genosse sollte auf einer MAS für die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft wirken. Würde er dazu in der Lage sein? Nein, weil er noch nicht erkannt hat, wo die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern liegen, auf denen allein eine reale Bündnispolitik aufgebaut sein kann.

Er macht Bündnispolitik „aus Parteidisziplin“, aber ohne innere Überzeugung. Und der Bauer steht ihm genau so mißtrauisch gegenüber. „Der redet so viel von Bündnis, und früher hat er sich gar nicht um mich gekümmert. Wer weiß, welche Teufelei dahinter steckt!“ So rächen sich unsere Versäumnisse auf beiden Seiten. Daß in der Bauernschaft, auch in Deutschland, revolutionäre Energien stecken, das wollen viele Genossen noch nicht wahr haben.

In der Frage der Kampfmittel waren die Menschewiki der Ansicht, daß die Arbeiter alles unterlassen müßten, was die liberale Bourgeoisie vom Kampfe abschrecken könnte, da dadurch der Schwung der Revolution abgeschwächt würde.

Die Bolschewiki dagegen sagten, daß nur der bewaffnete Aufstand als Höhepunkt des revolutionären Kampfes die Revolution zum Siege führen kann. Es ist aber notwendig, die Massen Schritt für Schritt an den Aufstand heranzuführen, sie von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes zu überzeugen. Das erfordert, daß den Massen solche Losungen gegeben werden, die ihnen verständlich sind, für die sie bereit sind zu kämpfen. Richtige Losungen können nur das Ergebnis einer gründlichen, marxistisch-leninistischen Analyse der Lage sein. Sie müssen weit mehr als nur zündende Parolen sein. Sie müssen den Massen sagen, was sie jetzt unmittelbar tun können und müssen. Den Bolschewiki gelang es, durch richtige Losungen, wie:

„Anwendung des politischen Massenstreiks“,

„Revolutionäre Verwirklichung des 8-Stundentages“,

„Bildung von revolutionären Bauernkomitees zur Durchführung der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes“ usw.

die Massen zum bewaffneten Aufstand zu führen.

Zur Frage, welches Ziel die Revolution sich stellen müßte, sagten die Menschewiki: „Möglich, daß ein Sieg der Revolution eine provisorische Regierung zum Ergebnis hat; an dieser Regierung hat sich dann aber die Arbeiterklasse nicht zu beteiligen; denn da es sich um eine bürgerliche Revolution handelt, muß auch die aus ihr entstehende Regierung eine bürgerliche sein.“

Eine ganz andere Stellung zu einer möglichen provisorischen Regierung nahmen die Bolschewiki ein.

Die Thesen Lenins über diese Frage, über den Charakter einer im Ergebnis der Volksrevolution gegen den Zarismus geborenen provisorischen Regierung und ihrer Aufgaben sind heute mindestens ebenso aktuell wie vor 44 Jahren.

Folgendes schrieb Lenin damals über den Charakter einer solchen, als Ergebnis der siegreichen Revolution entstandenen Macht:

„Ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus ist die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ...

Doch wird das selbstverständlich keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein. Sie wird nicht imstande sein (ohne eine ganze Reihe Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung), die Grundlagen des Kapitalismus anzutreten ... (Kurzer Lehrgang, S. 86/87)

Und in einem Artikel „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung“ schildert Lenin die Aufgaben der Arbeiterklasse nach vollendeter demokratischer Revolution:

„Von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben.“ (Kurzer Lehrgang, S. 90)

Mit diesen hier kurz skizzierten Fragen sind noch lange nicht alle Probleme berührt, die im 3. Kapitel behandelt werden. Wir finden hier noch eine ausführliche Behandlung der Frage:

Unter welchen Bedingungen darf und muß sich die proletarische Partei am bürgerlichen Parlament beteiligen und wann muß sie es boykottieren?

Wir finden hier wichtige Hinweise zur Frage der Nationalisierung des Grund und Bodens, zur Frage des unterschiedlichen Verhältnisses gegenüber den verschiedenen Fraktionen und Parteien des Bürgertums, zur Frage der „Neutralität“ der Gewerkschaften, zur Frage des geordneten Rückzuges, wenn es die Situation erfordert. Aber es ist unmöglich im Rahmen dieses Artikels den ganzen Reichtum an Problemen auch nur flüchtig zu behandeln. Die behandelten Fragen genügen vollauf, zu zeigen, daß wir keine richtige Politik machen können, ohne uns den Reichtum an Erfahrung der KPdSU zu eigen zu machen, ohne uns an der meisterhaften Beherrschung des Marxismus-Leninismus durch die Bolschewiki zu schulen. Kurt Goßweiler

Zur Methode der Durcharbeitung des kurzen Lehrgangs

Um für die Zukunft zu einer einheitlichen Behandlung der Themen in den Zirkeln zu kommen, wurde folgende Methode empfohlen: Bei diesem oder jenem Zweifel wird die Arbeitsmethode entsprechend dem Niveau verschieden sein. In der Grundlinie aber ist es wünschenswert, sich an diese Methode der Durcharbeitung zu halten.

1. Am ersten Abend wird eine Einführung in das zu lesende Kapitel gegeben und die wichtigsten Punkte hervorgehoben.

2. Am zweiten Abend wird das in der Zwischenzeit von den Teilnehmern des Zirkels gelesene Kapitel seminaristisch durchgesprochen.

Die Verteilung von Kurzreferaten an einzelne Genossen, sowie eine Niederschrift nach der seminaristischen Durcharbeitung hat sich dort, wo es bereits gehandhabt wurde, als gut erwiesen. Es ist aber darauf zu achten, daß die Genossen auch wirklich das niederschreiben, was in ihrem Gedächtnis haften geblieben ist und nicht aus einem falschen Arbeitseifer heraus mehr oder weniger große Teile des kurzen Lehrgangs einfach abschreiben. Die Durchsicht dieser Niederschrift wird dem Zirkelleiter eine wesentliche Hilfe für seine Arbeit sein.

Aufgabenstellung der Abteilung Parteischulung im Landesverband

1. Aufbau von 35 Zirkeln:

20 Zirkel (für jeden Kreis einen).

Der Kreis der Teilnehmer wird von der Abteilung Parteischulung in Verbindung mit den Kreisleitungen festgelegt.

15 zentrale Zirkel.

Der Kreis der Teilnehmer wird ebenfalls festgelegt.

2. Zusammenfassung der Zirkelleiter.

Aufgaben für die Kreise

Organisierung von Zirkeln entsprechend den vorhandenen Kräften unter Berücksichtigung der Betriebsgruppen.

Kontrolle aller im Kreis existierender Zirkel.

Es kommt nicht darauf an, möglichst viel Zirkel, sondern wirklich gute Zirkel zu haben.

Die Geschichte der KPdSU (B) wird uns ein Helfer in unserer Arbeit sein. Das bedeutet aber, daß wir sie studieren müssen. Es kommt also nicht darauf an, den kurzen Lehrgang möglichst schnell, sondern möglichst gründlich durchzuarbeiten.

WAS WOLLT IHR WISSEN ?

Sind die Bauern eine Klasse?

Diese Frage ist in verschiedenen Gruppen der Partei gestellt worden. Die Rede des Genossen Stalin anlässlich der Aussprache über die Verfassung der UdSSR besagt, daß in der SU neben der Arbeiterklasse auch eine Bauernklasse sei. Einige Genossen entnehmen daraus, daß wir für unsere Verhältnisse von einer einheitlichen Bauernklasse sprechen können. Diese Genossen haben offenbar nicht genügend berücksichtigt, daß Genosse Stalin ausdrücklich feststellt, man könne die Arbeiterklasse wie die Bauernklasse der sozialistischen Sowjetunion absolut nicht vergleichen mit der Arbeiterklasse bzw. der Bauernschaft unter kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen.

Über die Veränderungen, die in der Bauernschaft vor sich gegangen sind, heißt es im 12. Kapitel der Geschichte der KPdSU (B):

„Nicht weniger tiefe Veränderungen sind auch in der Lage der Bauernschaft der Sowjetunion vor sich gegangen. In alter Zeit hatten sich in zersplitterten, vereinzelter Wirtschaften — kleinen und mittleren — mehr als 20 Millionen Bauernfamilien abgerackert, jede für sich auf ihrem Stückchen Boden. Sie hatten eine rückständige Technik angewandt und waren von Gutsbesitzern, Kulaken, Käuflenten, Spekulanten, Wucherern usw. ausgebeutet worden. Jetzt hat sich in der Sowjetunion eine vollständig neue Bauernschaft herausgebildet: es gibt keine Gutsbesitzer und Kulaken, keine Käuflenten und Wucherer mehr, die die Bauernschaft ausbeuten könnten. Die übergroße Mehrheit der Bauernwirtschaften ist in die Kollektivwirtschaften eingetreten, die nicht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhen, sondern auf dem auf der Grundlage kollektiver Arbeit erwachsenen kollektiven Eigentum. Dies ist ein neuer, ein von jeglicher Ausbeutung befreiter Typus der Bauernschaft. Eine solche Bauernschaft hat die Geschichte der Menschheit ebenfalls noch nicht gekannt.“

Und es heißt dort bereits einige Zeilen weiter:

„Auf diese Weise verwischen sich die Klassenscheidungen unter den Werktätigen der Sowjetunion, verschwindet die alte Klassenabgeschlossenheit. Die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen Arbeitern, Bauern und der Intelligenz fallen weg und verwischen sich. Es ist die Grundlage der moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft geschaffen worden.“

Bei uns existieren völlig andere Klassenverhältnisse. Zwischen den beiden Grundklassen Bourgeoisie und Proletariat gibt es noch die Mittelschichten in der Stadt und auf dem Dorf ist eine große Differenzierung vorhanden. In der sowjetisch besetzten Zone wurden die Junker enteignet und der Boden den landarmen Bauern übergeben. Damit konnte aber die Differenzierung im Dorfe nicht beseitigt werden. Es existiert der Großbauer, der fremde Arbeitskräfte ausbeutet, der Maschinen und Traktoren besitzt, und neben ihm lebt im Dorf der werktätige Bauer, der zwar einige, aber oft wenige Produktionsmittel besitzt, der aber nur existieren kann, weil seine ganze Familie mitarbeitet.

Hierzu rechnet auch die breite Schicht der Mittelbauern, die immerhin soviel Land besitzen, um nicht nur ihre Familien und die Wirtschaft zu erhalten, sondern die auch einen gewissen Überschuß erzielen, der sich in günstigen Jahren in Kapital verwandeln kann. Mittelbauern sind auch die Landwirte, die sehr oft fremde Arbeitskräfte in Anspruch nehmen müssen, aber noch nicht voll existieren können, ohne selbst mitzuarbeiten.

Vom landlosen Proletarier zum Kapitalisten des Dorfes, dem Großbauer, gibt es eine regelrechte Stufenleiter und die Tatsache, daß sich all diese Menschen mit der Landwirtschaft beschäftigen, macht aus ihnen noch lange keine einheitliche Klasse. Welches sind die Merkmale einer Klasse?

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.“

Wie wir gesehen haben, ist die Stellung der Bauern zu den Produktionsmitteln unterschiedlich, ja sogar zwiespältig. Der werktätige Bauer z. B. ist zwar Besitzer von Produktionsmitteln, aber niemand kann leugnen, daß er zugleich ein Werktätiger ist und von den Reichen des Dorfes übervorteilt wird. Er gerät auch unter den heutigen Verhältnissen in einen Gegensatz zu dem Großbauer. Aus all diesen Gründen kann man nicht von einer einheitlichen Bauernklasse sprechen. Die große Masse der Bauern und die werktätigen Bauern sind die Bundesgenossen der Arbeiter, sie sind die Werktätigen auf dem Lande.

Ernst Grimm



EIN VERLAG DES FORTSCHRITTS

Im Sinne der kulturellen Aufgaben unserer Zeit erweist es sich als notwendig, auf einen Verlag hinzuweisen, der sich dieser Aufgabenstellung bewußt ist und der in der Reihe der fortschrittlichen Verlagsanstalten einen hervorragenden Platz einnimmt. Der Aufbau-Verlag, der seinem Namen alle Ehre macht, besteht nun ungefähr zwei Jahre, also eine relativ kurze Zeit. Betrachten wir jedoch die Gesamtproduktion dieses Verlages, so wird uns seine Bedeutung im kulturellen Leben unseres Neuaufbaues klar und es ergibt sich die Notwendigkeit, einer umfassenderen Würdigung seiner Aufgaben und seiner neuen Zielsetzung als sie uns hier möglich ist. Nehmen wir also einige Werke aus der Fülle der Neuerscheinungen heraus und betrachten sie in bezug auf das, was sie uns für unsere geistige Entwicklung zu geben haben.

Da ist als erstes Ludwig Renn „Krieg, Nachkrieg“, Preis Halbbogen 10,50 DM, broschiert 7,80 DM.

Nur wenige Werke über den ersten Weltkrieg, die Ende der zwanziger Jahre den Büchermarkt überschwemmten, haben tatsächlich standgehalten und den Zugang zur Weltliteratur gefunden.

Zu diesen wenigen gehört Ludwig Renns „Krieg“ und der etwas später erschienene „Nachkrieg“.

Diese beiden Werke sind nun in einem Band vom Aufbau-Verlag neu heraus-

gegeben worden. Wir begrüßen die Herausgabe dieses Buches aus verschiedenen Gründen. In einer realistischen Tatsachenschilderung, frei von jeder Wortpose als einem besonders Ludwig Renn eigenem Kunstmittel, erleben wir den Krieg 1914—18 von dem ersten Siegesrausch über den zermürbenden Stellungskrieg bis zu dem endlichen Zusammenbruch. Immer wieder ist es uns möglich, hier gültige Parallelen zu ziehen zu dem gleichen gerade dem Deutschen zueigenen Wahnsinn, dem

wir auch im zweiten Weltkrieg begegnen und der uns noch bis in die heutige Zeit anhaftet und neue Gefahren heraufzubeschwören möglich macht.

Ludwig Renns konsequenter Einsatz für eine neue sozialistische Gesellschaft ist der Ausdruck der persönlichen Erkenntnis eines Mannes für den Ausweg aus der Misere des deutschen Menschengeschehens unserer Zeit. Sein Buch, das uns noch einmal das Geschehen und Erlebnis des ersten Weltkrieges mit all seinen Schrecken wachruft, verhilft uns besonders im „Nachkrieg“ zur Einnahme eines neuen, absolut gültigen Standpunktes. Ludwig Renn, der unter der Weimarer Republik der Schutzpolizei angehörte, erkannte sehr bald deren Schwäche gegen die bürgerliche Reaktion und ihren Verrat an der Arbeiterklasse. Seine Weigerung, im Kapp-Putsch auf die Arbeiter schießen zu lassen, führt zu seiner Entlassung. Nach 7 Jahren gehetzten und entwurzelten Lebens findet er zum Sozialismus. 1933 verhaftet, wurde er wegen seiner Lehrtätigkeit an der Marxistischen Arbeiterschule verurteilt. Nach Emigration und Teilnahme als Generalstabsoffizier am Spanischen Bürgerkrieg gegen Franco gewährte ihm Mexiko ein gastliches Exil. Der jetzt 58jährige lebt heute als Professor der Kulturgeschichte in Dresden.

Wir freuen uns, sein neuaufgelegtes Buch jedem denkenden Deutschen empfehlen zu können, als einen Wegweiser durch unsere Zeit und einen Ausweg aus der uns heute immer noch bedrohenden imperialistischen Kriegsgefahr.

Das zweite Buch in der Reihe ist Alfred Kantorowicz' „Spanisches Tagebuch“.

Dieses „Spanische Tagebuch“ ist nicht nur ein Bericht über die Kämpfe in Spanien, nein, es ist mehr! Es ist ein Stück Zeitgeschichte und deshalb kein Zufall, daß wir hier jenen Männern begegnen, deren Namen mit der gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte eng verbunden sind. Neben vielen anderen begegnen wir Lion Leuchtewanger, den unvergeßlichen Egon Erwin Kisch, Hans Marchwitza, Gerhard Eisler, Franz Dahlem, Heinrich Rau, Ludwig Renn, Bodo Uhse, Willi Bredel, Erich Weinert, Ilya Ehrenburg, Pietro Nenni und den chilenischen Dichter Pablo Neruda. Männer von 21 Nationen und jeder mit einem aufschlußreichen, erschütternden und bisweilen atemberaubenden Lebensschicksal. Das „Spanische Tagebuch“ von Alfred Kantorowicz, dessen Manuskript von seinem Freund, Lion Feuchtwanger, auf eine wundersame Weise aus dem Zusammenbruch in Frankreich gerettet wurde, wird nun zum erstenmal in Deutschland vorgelegt. Ein nachdenk-

liches und farbenreiches Buch zugleich. Eine Fülle von Begegnungen, Menschen trefflich und eindringlich porträtiert. Daneben die vielen Schicksale der namenlosen Kämpfer, deren Leben, Kampf und Leiden unsere deutsche Not widerspiegelt. Auf besinnliche und abwechslungsreiche Weise unterrichtet uns dieses „Spanische Tagebuch“ über einen Abschnitt der neueren europäischen Geschichte, die wir bisher zu meist nur im Zerrbild kennengelernt hatten. Ein durchaus zeitnahes Buch, unsere Zeit hinaus zu zeugen und zu das Anspruchs darauf erheben darf, über wirken.

Als nächstes Buch haben wir Oskar Maria Graf's „Unruhe um einen Friedfertigen“.

Um den Quellen der allgegenwärtigen Unruhe nachzuspüren, entrollt Graf vor uns das Panorama eines halben Jahrhunderts. In dem Auf und Ab der Ereignisse erleben wir im Zyklus der Jahreszeiten von Saat und Ernte, Revolution und Konterrevolution, Inflation und Depression, Wahlen, Festlichkeiten und Begräbnisse, Menschen aller Klassen, Schichten und Berufe. Vor uns treten auf die Bühne dieses Lebens Bürgermeister und Krämer, Jesuiten, Volksredner, Spekulanten, Rechtsanwälte, Juwelenhändler, Schlichter, kleine und wohlhabende Bauern, Kriegsgefangene und Rotarmisten. In ihrer Mitte und immer darauf bedacht

von ihnen allen ungeschoren zu bleiben, lebt der friedfertige Schuster Julius Kraus, der es sich zum Gesetz gemacht hat, mit jedermann gut auszukommen. Dieser Friedfertige will Ruhe um jeden Preis. Er will dieses in einer scheinbar zeitlosen bäuerischen Welt, abseits von den Schauplätzen des modernen Lebens in einem oberbayerischen Gebirgsdorf. Gelingt es ihm? Nein, es gelingt ihm nicht! Ein stärkeres Gesetz bleibt Sieger. Dieser Friedfertige wird, und das ist durchaus nicht zufällig, Held und Opfer eines Schicksals, das ihn trifft wie Millionen seinesgleichen. Die Erschütterungen und Kämpfe des Jahrhunderts dringen mit ihren Auswirkungen auch in das Leben dieses Friedfertigen ein und unterhöhlen es, zerstören es. Niemand kann alleine leben. Jeder lebt in der Gesellschaft und die Kämpfe der Gesellschaft sind sein Kampf. Keine noch so überlegene Klugheit oder streng religiöse Abgrenzung schützt vor der Auseinandersetzung, vor die uns die Entwicklung stellt.

Lesen wir dieses Buch. Lesen wir es deshalb, weil in jedem von uns noch irgendwo ein Wesensstück dieses Friedfertigen ist. Lesen wir dieses Buch, um diesen Friedfertigen in uns zu begraben, und in uns die Voraussetzung für das so notwendige Bekenntnis zur gesetzmäßigen Entwicklung zu schaffen.

Wir bedauern es, weitere ausführliche Besprechungen in dieser Nummer nicht bringen zu können, möchten aber dennoch nicht verfehlen, noch ganz besonders auf eine der schönsten Novellen von Jean Brullier, der sich den Namen einer französischen Provinz Vercors zulegte, hinzuweisen. Es ist dieses die Novelle „Das Schweigen des Meeres“. Vercors, der in der Geschichte der „Edition de Minuit“*) eine große Rolle spielte, hat sich die Verteidigung des Geistes gegen Gestapo und Besatzungsmacht mit dem Recht des Menschen, richtig zu denken, in hervorragender Weise eingesetzt. Die Geschichte dieses Buches ist die Geschichte der geistigen Widerstandsbewegung Frankreich.

Weiter wollen wir kurz erwähnen Herbert Iherings „Die zwanziger Jahre“. Wer die Probleme des deutschen Theaters der zwanziger Jahre kennenlernen will und wem es am Herzen liegt, sich mit den diesbezüglichen Gefahren der vierziger und fünfziger Jahre zu beschäftigen, der wird sich hier von einem der besten Kenner des deutschen Theaterlebens beraten lassen können.

Unbedingt aufmerksam zu machen ist noch auf Friedrich Wolfs „Zwei an der Grenze“ und Herbert Eulenburgs „Der Zusammensturz“. Wir hoffen, in einer unserer nächsten Nummern eine umfassendere Würdigung der Arbeit des Aufbau-Verlages bringen zu können. Heute können wir nur noch einmal darauf hinweisen, sich in allen Fragen des guten Buches hinsichtlich des Geleisteten vertrauensvoll an diesen fortschrittlichen Verlag zu wenden.

*) In diesem damals geheimen Verlag während der deutschen Besetzung.

*

Soeben erschien im Verlag Volk und Welt ein neuer Gedichtband des bekannten französischen Dichters Paul Eluard unter dem Titel „Politische Gedichte“, übersetzt von Stephan Hermlin. Die im vergangenen Jahr herausgekommene zweisprachige Ausgabe der „Gedichte“ ist inzwischen vergriffen.

Bekanntlich wurde Paul Eluard das Einreisevisum für die Weltfriedenskonferenz in New York verweigert.



Lumpacivagabundus

Gedanken zur Neuaufführung
im Theater am Schiffbauerdamm

Als ich von der Aufführung des „Lumpacivagabundus“ zu meiner Wohnung in den Sektor der Finsternis zurückfuhr, überlegte ich, weshalb ich trotz guter äußerer Leistungen unbefriedigt war. Fritz Wisten — der „Herr Direktor“ selbst — hatte das heitere Spiel so flott, so beschwingt in Szene gesetzt, daß es eine Lust war, das Spiel anzuschauen. Es sprudelte vor Lebensfreude und herzerfrischendem Humor. An guten Regieeinfällen mangelte es gleichfalls nicht. Die mitwirkenden „Madames“, „Mademoiselles“ und „Herren“ spielten offensichtlich mit unwürdiger Freude.

War meine Unzufriedenheit sachlich unbegründet? Eigenartig nur, daß ich dieses unbefriedigende Gefühl nicht erst seit dieser Aufführung habe. Wenn aber irgendwelche Mängel vorhanden sein sollten, dann würden sie bestimmt unsere Fachkritiker erkennen und beanstanden. Im „Vorwärts“ lese ich von Fritz Erpenbeck: „... glücklicherweise verfiel Wisten nicht auf die Kateridee, diese Lokalposse aus dem vorigen Jahrhundert zu „aktualisieren“, wodurch dann ihre relative Nichtaktualität offenkundig und die Aufführung zu einem politischen Mißgriff geworden wäre.“ Er schließt dann: „Der Schlußbeifall und die Hervorrufe nahmen kein Ende. Das Theater am Schiffbauerdamm hat, wenn nicht alles täuscht, sein Erfolgsstück.“

Also keine Mängel? Ob das „N.D.“ anderer Auffassung ist? ... Mit all ihrem bunten Beiwerk, ihren unbedenklichen Ausflügen in die Parodie, ihrem ostentativ nicht ernst genommenen Happy-End hat die Aufführung die befreiende Wirkung eines Films von Chaplin, der als sozialer Humorist

Nestroy nächst verwandt ist und aus den gleichen Quellen schöpft und dem Wistens Regie bewußt oder unbewußt in ihrer besinnlichen Auslassenheit folgt ...“, schreibt Max Schroeder dort.

Auch die andern Zeitungen bringen nichts Grundsätzliches. Für sie ist wichtig, ob die Aufführung nestroyecht ist oder nicht.

Da kommen mir noch einmal die Worte von der „relativen Nichtaktualität“ in den Sinn.

Wir stehen heute im planvollen Aufbau unserer Wirtschaft. Aus eigener Kraft bauen wir uns unsere Wirtschaft, unser Leben neu aus den Trümmern unserer nationalen Katastrophe. Und in dieser Zeit zeigt man auf der Bühne den Weg zu Wohlstand und Lebensglück durch Losgewinn. Es kommt heute nicht nur darauf an, uns zu befreiendem Lachen zu bringen. Das Spiel auf der Bühne soll uns für den gegenwärtig noch harten, z.T. sehr harten Lebenskampf innerlich stärken und Kraftimpulse für den nächsten Arbeitstag vermitteln. Dieses Kraftgefühl hat mir das heiterlustige Possenspiel nicht gegeben. Diesen Mangel aber muß ich für alle unsere Bühnen feststellen. Die erfolgreiche und Bühnenwirksame „Mutter Courage“ macht hier keine Ausnahme. Hier ist der Krieg das „Schicksal“, das alles bedingt und das keinen Widerstand duldet. Allein die stumme Kathrin handelt aus eigener Initiative in der menschlich ergreifenden Szene, wo sie die Stadt Halle wachtrummelt und diese mutige Tat mit dem Tode bezahlt.

Auch unsere Bühnen müssen uns helfen, die fehlenden Energien zu wecken, das Vertrauen in die eigene Kraft zu stärken. Und deshalb bin ich der Auffassung, der schöne äußere Rahmen der „Lumpacivagabundus“-Aufführung ist eines besseren Inhaltes würdig, der den Mitaufbauenden am Zweijahrplan mit der Heiterkeit und Freude auch die innere Befriedigung und die Kraft für die Weiterarbeit gibt. Das bedeutet durchaus nicht eine grundsätzliche Ablehnung guter alter Bühnenstücke, sondern nur die selbstverständliche Berücksichtigung zeitbedingter Erfordernisse. —n.

Hans Jendretzky DEMOKRATISCHE ORDNUNG IN BERLIN!

Zur Einschätzung des 30. November 1948

Der 30. November 1948 war ein Wendepunkt in der jüngsten Entwicklung der Stadt Berlin. An diesem Tage wurde der unfähige Spaltermagistrat, nachdem er seinen Amtssitz verlassen hatte, abgesetzt und ein neuer arbeitsfähiger Magistrat unter der Führung des Oberbürgermeisters, Gen. Friedrich Ebert, gewählt.

Worin besteht der historische u. d. politische Sinn der Ereignisse des 30. November?

Nach der Befreiung Berlins durch die Sowjetarmee war die deutsche Hauptstadt ohne jede Verwaltung. Auf Befehl des ersten Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, wurde ein neuer Magistrat aus antifaschistisch-demokratischen Kräften gebildet, der vier grundlegende Aufgaben zu erfüllen hatte:

1. Den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Berlin,
2. die Sicherung der Stellung Berlins als Hauptstadt Deutschlands,
3. Instandsetzung der durch die Bombardierungen der anglo-amerikanischen Luftwaffe zerstörten Wohnstätten und
4. Sicherung des Lebens der Berliner Bevölkerung.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wurde unter aktiver Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht tatkräftig in Angriff genommen, wobei das Abkommen von Jalta und später die Beschlüsse von Potsdam als Grundlage dienten.

In der ersten Phase des Aufbaus genoss der demokratische Magistrat die Unterstützung fast der ganzen Berliner Bevölkerung, die unter seiner Führung Hervorragendes leistete, um in Berlin Ordnung zu schaffen.

Mit dem Einzug westallierter Besatzungstruppen änderte sich das Bild. Mit ihnen kamen Elemente nach Berlin, die begannen, die antifaschistische Einheit zu stören und den demokratischen Aufbau zu sabotieren, denen sich die in Berlin verbliebenen reaktionären Elemente anschlossen. Es bildete sich ein anti-demokratischer Block heraus, in dem Nutznießer des Naziregimes wie Swolinsky und Gestapoagenten wie Schwennicke eine führende Rolle zu spielen vermochten.

Durch den Einfluß der westlichen Besatzungsmächte kamen die Terrorwahlen vom 20. Oktober 1946 zustande, die ausschließlich im Zeichen einer chauvinistischen Hetze gegen die führende demokratische Kraft, die SED, standen. Dennoch wäre eine fortschrittliche demokratische, den Interessen der Berliner Bevölkerung dienende Politik möglich gewesen, wenn die SPD-Führer sich zu einer solchen Politik bereitgefunden hätten, war doch eine eindeutige Mehrheit der SPD und SED vorhanden. In einzelnen Fällen, wie der Enteignung der Konzerne, mußten sie mit der SED zusammengehen. Eine wirklich demokratische Politik verhinderten sie aber durch ihre Koalitionspolitik mit den rechten Elementen in der Berliner LDP und CDU. Dennoch war eine Zusammenarbeit möglich, solange die westlichen Besatzungsmächte das Potsdamer Abkommen wenigstens formell respektierten und der Alliierte Kontrollrat in Berlin tätig war.

Dies änderte sich grundlegend, als die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan verkündet wurden und General Clay in Deutschland den kalten Krieg erklärte. Nun nahm der unter sozialdemokratischer Führung stehende Magistrat immer offener Kurs auf die Spaltung der deutschen Hauptstadt und die Störung der demokratischen Ordnung.

Die Konzerne wurden nicht enteignet, aber die Unternehmerorganisationen in den Westsektoren zugelassen. Die demokratischen Organisationen wurden immer mehr unterdrückt, reaktionäre und faschistische Elemente gewannen Oberwasser. Nach und nach wurden alle Organe der Berliner Verwaltung gespalten und damit gelähmt.

Das größte Verbrechen beging der Spaltermagistrat an der Berliner Bevölkerung, indem er neben der Ostwährung die Clay-Mark in Berlin einführte und damit die Hauptstadt Deutschlands von ihrem natürlichen Hinterland, der Ostzone, abschnitt.

Das Angebot des Marshalls Sokolowskij, die Bevölkerung der Westsektoren mit zu versorgen, lehnte der Spaltermagistrat ab, weil er den Luftbrückenrummel für seine sowjetfeindliche Kriegshetze brauchte. Immer klarer trat in Erscheinung, daß dieser Magistrat sich nicht um das Wohl der Berliner Bevölkerung sorgte, sondern danach strebte, die Westsektoren Berlins zu einem Brückenkopf der Kriegsbestreben des anglo-amerikanischen Imperialismus auszubauen.

Der Berliner Bevölkerung wird dabei zugemutet, alle Lasten und Entbehrungen wie eine kriegführende Stadt zu tragen.

Diese Politik entwickelte sich immer mehr zu einer furchtbaren Bedrohung des Friedens und des materiellen Lebens der Berliner Bevölkerung. Im Herbst 1948 wurden immer breitere Kreise der Berliner Bevölkerung von Unruhe über diese Katastrophpolitik des Spaltermagistrats erfaßt. Sie sahen klar, daß dieser Magistrat die Verfassung mit Füßen trat, die Beschlüsse des Stadtparlaments nicht durchführte, die Berliner Verwaltung arbeitsunfähig machte und bereit war, die Berliner Bevölkerung im bevorstehenden Winter den Unbilden der Kälte und den Qualen des Hungers preiszugeben. Trotz der Versprechungen auf ausreichende Brennstoffversorgung gab und gibt es keine Kohlen. Strom und Gas sind auf ein Minimum gedrosselt. Die Abholzung der Baumbepflanzungen in den Straßen und der Plätze in den Westsektoren und der grünen Lunge Berlins, des Grunewalds, die Lieferung gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel, die ständig steigende Ziffer der Arbeitslosen und der damit verbundene Kampf um den Arbeitsplatz sind das besondere Kennzeichen der Lage in den Westsektoren Berlins. Aus dieser Lage wurden die Ereignisse des 30. November 1948 geboren.

Aus banger Sorge um ihre Stadt schritten darum die Berliner Werktätigen unter Führung des antifaschistisch-demokratischen Blocks zur Selbsthilfe. In einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde festgestellt, daß der Spaltermagistrat die Verfassung wiederholt verletzt hat, die ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt und die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung mißachtete.

Darum beschloß die gesetzmäßige Stadtverordnetenversammlung in einer außerordentlichen Sitzung, den alten arbeitsunfähigen Magistrat abzusetzen und einen provisorischen, demokratischen Magistrat mit Friedrich Ebert an der Spitze zu bilden.

Der Artikel 4 in dem Entwurf des Deutschen Volksrates zu einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik sagt zu den Grundlagen der Staatsgewalt, daß jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand hat gegen in Widerspruch zu den Beschlüssen der Volksvertretung durchgeführten Maßnahmen. Jeder Bürger ist verpflichtet, im Sinne der Verfassung zu handeln und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen. In diesem Sinne war der 30. November 1948 ein verfassungsrechtlicher Akt.

Durch diesen Akt der nationalen und wirtschaftlichen Selbsthilfe wurde die Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit der Hauptstadt Deutschlands und die Voraussetzung für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in ganz Berlin geschaffen.

Die Feststellung, daß der 30. November ein revolutionärer Akt war, ohne gleichzeitige Erklärung über den Inhalt, ist also falsch. Die vom Gen. Wilhelm Pieck in seinem Referat auf der 1. Parteikonferenz gegebene Einschätzung der Berliner Ereignisse trifft den Kern der Entwicklung bis zum 30. November 1948 und gibt die Einschätzung wieder, von der aus auch wir in unserer Berliner Arbeit die Anwendung der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz bei der Durchführung der Aufgaben der Berliner Parteiorganisation vornehmen.

Er sagte in seinem Referat unter anderem:

„Mit ihrer Spalterpolitik haben sie (die sozialdemokratischen Führer) die ganze Verwaltung der Hauptstadt Berlin in einem solchen Maße lahmgelegt, daß die werktätige Bevölkerung sich gezwungen sah, zur Selbsthilfe zu greifen, den Spaltermagistrat abzusetzen und unter der Leitung unseres Gen. Friedrich Ebert einen neuen, arbeitsfähigen Magistrat zu bilden, der die Interessen der Berliner Bevölkerung wahrnimmt und bereits beachtliche Erfolge aufzuweisen hat.“

Mit dieser Einschätzung des 30. November wird noch einmal unterstrichen, daß die Ereignisse am 30. November ein Akt des Verfassungsschutzes und der Selbsthilfe waren, durch die die verfassungsmäßige Ordnung in Berlin wiederhergestellt wurde.

Der demokratische Magistrat von Groß-Berlin unter der Führung des Gen. Ebert sieht seine Aufgabe darin, auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse die demokratische Ordnung in Berlin zu festigen, die Rolle Berlins als Hauptstadt Deutschlands zu sichern und die materielle Lage der Berliner Bevölkerung zu verbessern. Dafür hat der 30. November den Weg frei gemacht.

DEUTSCHER VOLKSRAT

**Demokratischer
Neuaufbau
der deutschen Wirtschaft**

INFORMATIONSDIENST 1. Jahrgang • Nummer **8**

Preis: 60 Pf.

25X1A

Heinrich Rau vor dem Deutschen Volksrat am 24. Oktober 1948 in Berlin

Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission

Mein Bericht wird sich auf die Darlegung der Grundlinien unserer Wirtschaftspolitik und der wichtigsten Maßnahmen zur Realisierung dieser Wirtschaftspolitik beschränken. Ein Hauptmerkmal der Wirtschaftspolitik unserer Zone besteht darin, daß sie ausgerichtet ist auf die Entwicklung und Festigung wahrhafter Demokratie, des sozialen Fortschritts, des Friedens und der Einheit

Deutschlands, auf die Erringung und Erhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Volkes. Allein unter diesen Gesichtspunkten sprechen wir vom Aufbau aus eigener Kraft und von der Durchführung eines deutschen Wirtschaftsplanes, der uns eine Perspektive des Aufstiegs der Wirtschaft und des Lebensstandards unseres Volkes gibt.

Grundlage der Wirtschaftspolitik: Potsdamer Beschlüsse oder Marshall-Plan?

Diese Linie unserer Arbeit steht auch im Einklang mit jenen Grundsätzen, die von den alliierten Mächten in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt wurden und deren Realisierung eine Voraussetzung für die Gesundung des deutschen Volkes und für seine Eingliederung in die Familie der Völker bildet. Leider müssen wir feststellen, daß die Westmächte die Potsdamer Beschlüsse niemals geachtet und ihre Versprechen gegenüber dem deutschen Volke nicht eingelöst, sondern eine entgegengesetzte Politik, nämlich eine Politik der Spaltung Deutschlands, der Versklavung des deutschen Volkes und der Faschisierung in den von ihnen besetzten Zonen Westdeutschlands durchgeführt haben und durchführen. Sie haben dabei die Unterstützung der westdeutschen großkapitalistischen Kreise und der Führer der westdeutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien gefunden und haben sich im Frankfurter Wirtschaftsrat ein willfähriges Werkzeug für die Durchführung ihrer diktatorischen Politik geschaffen.

Diese Politik geht nicht aus von den Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der Völker überhaupt, sondern ist diktiert von den Interessen zahlenmäßig kleiner, aber wirtschaftlich und politisch mächtiger Kreise, dem westlichen und vor allem dem amerikanischen Monopolkapital. Die Interessenpolitik des Monopolkapitals hat ihren Niederschlag im Marshall-Plan gefunden, der ein Plan zur Eindämmung oder zumindest zur Abschwächung der sich entwickelnden Wirtschaftskrise in den USA ist.

Seine Durchführung bedeutet deshalb für die dem Marshall-Plan unterworfenen Gebiete unseres Vaterlandes den Abzug von Rohstoffen, die Übernahme der deutschen Rohstoff- und Grundstoffindustrien in die Hände des westlichen und vor allem des amerikanischen Monopolkapitals und andererseits die Eindämmung der deutschen Fertigwarenindustrie und insbesondere der für den Export aus Deutschland wichtigen Industrien, die auf dem Weltmarkt eine Konkurrenz der amerikanischen und englischen Exportindustrie bedeuten würden. Ja, selbst die Fertigwarenproduktion für den innerdeutschen Markt wird teilweise gedrosselt, um ausländischen Exportindustrien den Absatzmarkt innerhalb Deutschlands zu sichern.

Als ein charakteristisches Beispiel dafür will ich nur auf die Herstellung von Nylon- oder Perlonstrümpfen verweisen. Es handelt sich um ein Produkt, das aus Benzin bzw. Kohle gewonnen wird. Westdeutschland hat eine breite Kohlenbasis; die chemische Industrie ist so entwickelt, daß keinerlei technische Schwierigkeiten bestehen würden, die Grundstoffe zu gewinnen und Perlonstrümpfe in Westdeutschland in großen Mengen zur Deckung des gesamten inneren Bedarfs und auch darüber hinaus für den Export herzustellen. Aber die Produktion dieser Strümpfe wird

nicht genehmigt. Wie eine westdeutsche Zeitung, „Die Rheinpfalz“, berichtet, werden zwar gegenwärtig in einem großen Betrieb die Vorbereitungen zur Herstellung solcher Strümpfe getroffen, aber in einem Betrieb, der bereits vollständig in den Händen des amerikanischen Kapitals ist. Die westdeutsche Zeitung beschränkt sich darüber, daß deutschen Firmen keine Erlaubnis zur Produktion der Strümpfe gegeben wird, verschweigt aber, daß es sich hier um eine Auswirkung der auch von ihr unterstützten Politik des Marshall-Planes handelt, daß darin ja der Sinn des Marshall-Planes einen klaren und eindeutigen Ausdruck findet.

Unter den Bedingungen des Marshall-Planes muß die Wirtschaft in Westdeutschland in die Sackgasse einer schweren Krise geraten. Am 30. Mai 1948 zählte man allein in der englischen Zone 213 647 Arbeitslose, deren Zahl nach der Ankurbelung durch die westdeutsche Währungsreform auf 396 369 bis 9. September dieses Jahres anstieg. Ähnlich ist der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in der amerikanischen Zone.

Der Marshall-Plan dient ferner der Vorbereitung des Krieges der monopolkapitalistischen Mächte gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder, die sich ihrer Ausplünderung entzogen haben, besonders gegen die Sowjetunion. Mit Hilfe des Marshall-Planes soll ein fester Block von Staaten unter Führung des amerikanischen Monopolkapitals gegen die fortschrittlichen Demokratien geschaffen werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Tatsache zu sehen, daß die Demontage der Kriegsindustrie in Westdeutschland nicht durchgeführt wird.

Es ist klar, daß bei der Verfolgung solcher Ziele das amerikanische Monopolkapital nur insoweit an einer Einheit Deutschlands interessiert sein kann, als die einzelnen Gebiete und die Bevölkerung dieser Gebiete sich diesem Ziele unterwerfen lassen. Soweit die Vertreter und Verfechter des Marshall-Planes also davon sprechen, daß auch sie für die Einheit Deutschlands seien, verstehen sie darunter, daß ganz Deutschland ihrer Ausplünderung und Unterjochung preisgegeben werden, daß ganz Deutschland als Basis der Kriegsvorbereitung gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder, besonders gegen die Sowjetunion, dienen soll. Unter solchen Bedingungen sind sie auch bereit, Kredite zu geben, die sich für sie wirtschaftlich und politisch gut verzinsen, die aber das deutsche Volk in Fesseln schlagen, zu Kolonialsklaven herabwürdigen, zu Söldnern und Kanonenfutter für die Monopolherren machen.

Da wir nicht bereit sind, einen solchen Weg zu gehen, haben die Monopolherren die Politik der Spaltung Deutschlands durchgeführt und haben durch eine separate Währungsreform und durch Sperrung der Zonengrenzen die einheitlich gewachsene deutsche Wirtschaft in zwei Teile zerlegt, zum Schaden der deutschen Wirtschaft in Ost und West.

Im Sinne dieser Spaltungspolitik benützen sie ihre Position in Berlin, unterstützt von einer willfährigen Magistratsmehrheit, als vorgeschobenen Stützpunkt, um den wirtschaftlichen kalten Krieg gegen unsere Zone zu führen, den wirtschaftlichen Aufbau zu stören, um gleichzeitig aber auch die sehr leistungsfähige Exportindustrie Berlins zu zerschlagen und damit einen Konkurrenten weniger auf dem Weltmarkt zu haben.

So wird gegenüber Berlin in grausamer Weise seitens der Westmächte fortgesetzt, was ihre Bombengeschwader in den letzten Monaten des Krieges vollzogen, als sie ohne militärischen Sinn und ohne militärische Notwendigkeit die Produktionsstätten und Wohnhäuser willkürlich zerstörten, vor allem in jenen Städten und Industriezentren, die nach den bereits vorher in Jalta gefaßten Beschlüssen zur sowjetischen Besatzungszone gehören sollten. Dieses Werk der Zerstörung soll gegenwärtig mit anderen Mitteln, auf kaltem Wege, fortgesetzt werden, bis die Herren Monopolisten ihre Kriegsvorbereitungen so weit vorgetrieben haben, daß wieder Bomben das Zerstörungswerk fortführen können. Es gibt leider politische Bankerotteure und Hasardeure, die dies kaum mehr erwarten können und schreiben: „Berlin ist einen Krieg wert!“ Ob die Anhänger dieser Politiker eine Vernichtung durch Atombomben begrüßen werden, nur weil ein amerikanischer Absender firmiert, erscheint mir allerdings zweifelhaft und allseitiger Überlegung wert.

Die Gegensätze, die sich auf den Konferenzen in London, Moskau und Paris unter den Alliierten in der Deutschlandfrage zeigten, in den Beratungen des Kontrollrates hervortraten und sich im „Kampf um Berlin“

widerspiegeln, drehen sich um die Frage: Soll die von den Alliierten gemeinsam beschlossene Politik, die im Potsdamer Abkommen ihren Niederschlag fand, ehrlich durchgeführt werden, oder soll Deutschland als Basis kolonialer Ausbeutung und als Stützpunkt für die Aggressionspolitik des amerikanischen Monopolkapitals im Sinne des Marshall-Planes behandelt werden? Zwischen diesen beiden Möglichkeiten muß auch das deutsche Volk wählen, um in die Gestaltung seiner Lebensgrundlagen einzugreifen. Wenn es ehrlich um die Interessen seines Volkes geht, dem dürfte dabei die Wahl nicht schwer fallen.

Ich weise besonders auch deshalb auf diese Zusammenhänge hin, weil auch in unserer Zone gelegentlich Stimmungen und Vorschläge aus Wirtschaftskreisen auftauchen, die eine Abkehr von unserer Wirtschaftspolitik und im wesentlichen eine Befürwortung der Politik des Marshall-Planes bedeuten. Um so erfreulicher ist es für mich, feststellen zu können, daß sämtliche Parteien und Organisationen unserer Zone der im Zweijahrplan festgelegten Wirtschaftspolitik zustimmen, wie auch der Deutsche Volksrat sich positiv für den Zweijahrplan eingesetzt hat, den die Deutsche Wirtschaftskommission als die Grundlage für ihre Arbeit angenommen hat. Damit ist ein für allemal klargestellt — und die Stellungnahme der Begleitschaften der Betriebe unterstreicht dies —, daß in unserer Zone die eingangs erwähnten Grundsätze unserer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik festgehalten und einheitlich durchgeführt werden.

Demokratische Reformen und Wirtschaftsstruktur

Als die Deutsche Wirtschaftskommission auf Grund des Befehls Nr. 32 im Frühjahr dieses Jahres geschaffen wurde, waren unter Führung des demokratischen Blockes für diese fortschrittliche Wirtschaftspolitik bereits die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen und die Prinzipien dieser Wirtschaftspolitik erprobt. Die Voraussetzungen bestanden vor allem in der Durchführung der demokratischen Bodenreform, die der militaristischen Kaste der Großgrundbesitzer die wirtschaftliche und politische Grundlage entzogen und der demokratischen Entwicklung im Dorf auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen gebietet hat. Hunderttausende Neubäuerliche Besitzungen wurden geschaffen. Wenn zu den bäuerlichen Betrieben von 5–50 ha im Jahre 1939 51 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Bodenfläche gehörten, so besitzen diese bäuerlichen Betriebe heute 71,2 Prozent des gesamten Bodens der Zone. Der Zuwachs entfällt fast ausschließlich auf die Betriebe zwischen 5 und 15 ha. Privater Grundbesitz von über 100 ha besteht in unserer Zone nicht mehr. Die großbäuerlichen Betriebe von 50 bis 100 ha umfassen 1 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe mit einem Anteil von 8,1 Prozent an der landwirtschaftlichen Bodenfläche.

Eine weitere Voraussetzung war die Sequestrierung und spätere Enteignung der Kriege- und Naziverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in die Hände des Volkes. Insgesamt gingen 9300 gewerbliche Betriebe der Kriege- und Naziverbrecher in Volkseigentum über. Um die eingetretene Veränderung zu veranschaulichen, darf ich auf folgendes hinweisen: 4 Prozent der Betriebe, die großen Unternehmen, erzeugten vor dem Kriege 50 Prozent der gesamten industriellen Produktion Deutschlands. Das waren die Betriebe der großen Konzerne, wie Flick, Siemens, Mannesmann, Henkel usw. Sie beherrschten auch in dieser oder jener Weise die gesamte übrige Wirtschaft, besonders auch mit Hilfe ihrer Großbanken.

Sie waren die wirklichen Herren Deutschlands, deren Profit- und Machtpolitik, deren imperia-

listisches Streben nach Weltherrschaft von der Hitlerregierung durchgeführt wurde.

Wenn wir heute die Zahl der sogenannten „Zensusbetriebe“, d. h. derjenigen Betriebe, die zur Abgabe von Produktionsmeldungen verpflichtet sind, in Betracht ziehen, dann ergibt sich folgender Bild: Von den 40 000 Zensusbetrieben unserer Zone sind etwas mehr als 3000, rund 8 Prozent, Eigentum des Volkes; diese Betriebe des Volkes sind mit 40 Prozent an der industriellen Produktion der Zone beteiligt.

Die demokratische Macht des Volkes besitzt also jetzt eine starke wirtschaftliche Basis, und darin besteht auch die wichtigste Voraussetzung für die Planung unserer industriellen Produktion. Fügt man dem hinzu, daß die für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Grundstoff-Industrien vor allem bei den volkseigenen Betrieben liegen — die Zahlen sind aus dem Dokument des Zweijahrplanes bekannt —, daß ferner keine privaten Banken mehr bestehen, sondern nur noch Banken des Volkes, denen wir gerade im Hinblick auf die Durchführung des Zweijahrplanes unlängst eine Bank für langfristige Kredite hinzugefügt haben, dann ist klar, daß unser Volk starke wirtschaftliche Positionen zur Sicherung einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage langfristiger Planung sich geschaffen hat. Wenn ich dies auf der einen Seite hervorhebe, so darf bei unserer Wirtschaftspolitik keinesfalls das Gesamtbild, die Gesamtstruktur unserer Wirtschaft außer acht gelassen werden. Allein 60 Prozent der Produktion der sogenannten Zensusbetriebe liegt im privaten Sektor. Die große Zahl von rund 37 000 solcher Betriebe zeigt, daß es sich vornehmlich um kleinere Industriebetriebe handelt. Hinzu kommen die vielen Betriebe des erzeugenden und reparierenden Handwerks, in denen in unserer Zone rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigt sind. Im Handel haben die privaten Betriebe — trotz der bedeutenden Rolle, die in unserer Zone die Konsumgenossenschaften, landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften spielen — einen

starken, überragenden Anteil an der Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben. Die Landwirtschaft gliedert sich fast vollständig in kleine, mittlere und größere private Bauernbetriebe.

Wenn wir unsere gesamte landwirtschaftliche Produktion heben wollen, wenn wir die gewerbliche Produktion im Rahmen des Zweijahrplanes um 35 Prozent, d. h. von jetzt 60 auf 81 Prozent der Friedensproduktion (gerechnet nach der Produktion von 1936) erhöhen wollen, dann ist das nur möglich unter Anspannung aller Kräfte unseres Volkes, der Arbeiterschaft, der technischen Intelligenz, der Wissenschaft, der Bauern, Handwerker und nicht zuletzt auch der privaten Unternehmer, der volkseigenen und der privaten Betriebe, des genossenschaftlichen und des privaten Handels, der Organisationen und Parteien, wie der Verwaltungen. Der Zweijahrplan, der das Leben unserer gesamten Bevölkerung verbessern soll, kann und muß das Werk aller körperlichen und geistigen Kräfte unseres Volkes sein. Das müssen wir bei jedem Schritt unserer Wirtschaftspolitik vor Augen haben und in diesem Rahmen auch die gegensätzlichen Interessen und Bestrebungen der vorhandenen Klassen und Schichten in unserem Volke in Betracht ziehen, unter Beachtung dieser Lage das Fortschrittliche fördern, das Rückschrittliche bekämpfen. Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission ist unter diesen Gesichtspunkten zu verstehen, sie ist den Interessen unseres Volkes untergeordnet und daher demokratisch.

Reparationen

Ein Wort zu den Reparationen. Die westlichen Propagandisten machen diese Frage zu einem Kernstück ihrer Hetze gegen die Sowjetunion. Auf der Potsdamer Konferenz haben die Alliierten gemeinsam die Pflicht des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung festgelegt. Nur der ehrliche Wille des deutschen Volkes zur wenigstens teilweisen Wiedergutmachung der im Kriege angerichteten ungeheuren Schäden in anderen Ländern — der Schaden der Sowjetunion wird allein mit 485 Milliarden Dollar berechnet — kann die anderen Völker davon überzeugen, daß wir

uns ehrlich von der verbrecherischen Politik des Krieges abgekehrt haben und die friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Völkern ernst meinen. Wir im sowjetischen Besatzungsgebiet haben uns bemüht, unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen und haben deshalb auch das Vertrauen gewonnen, daß eine feste Umgrenzung dieser Reparationsleistungen erfolgte, daß uns eine große Selbständigkeit in der Lenkung und Gestaltung unserer Wirtschaft gegeben wurde, und daß wir enge und freundschaftliche Wirtschaftsbeziehungen zu den fortschrittlichen demokratischen Staaten entwickeln konnten. Auf dem erworbenen Vertrauen basiert auch die unlängst erfolgte Herabsetzung der Zahl der Besatzungskräfte und der Kosten für ihren Unterhalt.

Es ist keineswegs so, daß die westlichen Besatzungsmächte auf Reparationsleistungen verzichtet haben, obwohl der Krieg ihren Ländern weit geringere Verwüstungen durch die deutsche Armee brachte als den östlichen Staaten. Die USA haben sogar am Krieg verdient. Dennoch haben sie Milliarden-Werte aus Deutschland weggetragen, man darf nur an den Raub der deutschen Patente erinnern, um dies zu unterstreichen.

Was nun die laufenden Kosten für die Besatzungsmacht betrifft, so betragen sie für die Bizonie nach den amtlichen Angaben jährlich 5 Milliarden Mark. Diese Summe ist weit mehr als doppelt so hoch als die Besatzungskosten plus Reparationen, die wir in diesem Jahre zu zahlen haben.

Wäre es anders, dann wäre es nicht zu verstehen, warum wir ohne Neuverschuldung an das Ausland einen nicht geringeren Lebensstandard haben als die Bevölkerung der Westzonen, die zur Erreichung dieses Lebensstandards eine Neuverschuldung von rund 3 Milliarden Dollar zu verzeichnen haben. Was wir im Rahmen der Erfüllung der Reparationen von der sowjetischen Besatzungsmacht wünschten, war eine Umstellung der Reparationsleistung in der Richtung, daß die Abgabe von Konsumgütern und Baustoffen eingeschränkt wird, was für das nächste Jahr auch zugesagt ist.

Grundstoff-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie im Vordergrund

Lassen Sie mich nun zu den wichtigsten Einzelproblemen, die sich im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik stellen, übergehen. Der Zweijahrplan stellt in den Vordergrund den Aufbau der Grundstoff-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Entsprechend werden hier die größten Investitionen an Kapital erfolgen. Es ist bekannt, daß bei diesen Industrien die volkseigenen Betriebe den Hauptanteil haben. Daraus wurde gelegentlich gefolgert, daß das schnellere Tempo in der Rekonstruktion dieser Betriebe gegenüber der Leichtindustrie, in der die privaten Unternehmen überwiegen, nur erfolge um der volkseigenen Betriebe willen. Obwohl es keine schlechte Tugend ist, das Eigentum des Volkes zu mehren, sind in diesem Falle andere wirtschaftliche Gesichtspunkte entscheidend. Auch wenn die privaten Unternehmen bei Kohle, Energie, Metallurgie, Grundchemie, Maschinen und Fahrzeugbau überwiegenden Anteil hätten, müßten wir diesen Teil der Wirtschaft besonders rasch entwickeln.

Warum? Von der Steigerung der Produktion auf diesen Gebieten hängt die Steigerung der Produktion in der gesamten übrigen Wirtschaft ab. Die Erhöhung der Produktion unserer Landwirtschaft erfordert nicht zuletzt Maschinen und Geräte. Stickstoff, Kali, Düngemittel, Phosphatdünger, ferner auch Zement und Kalk zur Errichtung der notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Die Auslastung der heute bei weitem nicht ausgenutzten Kapazitäten unserer Textilindustrie verlangt vor allem die Herstellung von Zellwolle, Kunstseide und Schwefelkohlenstoff. Was Kohle, Energie, Fahrzeuge und Fahrzeugbereifungen für die Wirtschaft bedeuten, und welcher Mangel hier vorliegt, brauche

ich nicht erst hervorzuheben. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Wir wollen im nächsten Jahr den Fischfang von 22 000 auf 28 000 Tonnen erhöhen. Dazu ist notwendig, daß wir einen großen Teil der vorhandenen Fischkutter mit neuen Motoren versehen oder zumindest für die anderen die notwendigen Ersatzteile für die Reparatur beschaffen.

Die Einfuhr fehlender Rohstoffe, wie auch die notwendige Erweiterung der Einfuhr von hochwertigen Nahrungsmitteln erfordert aber, daß wir unseren Export steigern. Unsere Exportmöglichkeiten richten sich nicht danach, was wir zufälligerweise an Produkten erübrigen können, sondern danach, was unsere Außenhandelspartner brauchen. Außer verschiedenen Grundstoffen, wie Kali, Salz und dergleichen, sind es vor allem Maschinen, Fahrzeuge, Ersatzteile, die sie suchen. Also muß man diese Industrien entwickeln, wenn man die Außenhandelstätigkeit steigern will. Gewiß spielte im Außenhandel bisher auch unsere Textilindustrie keine untergeordnete Rolle. Aber zur Zeit — und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr — wird in der Hauptsache nur ein Absatz für unsere sehr hochwertigen und beliebten Perlon-Damenstrümpfe bestehen, die wir leider noch nicht in unbeschränktem Maße infolge Mangels an erforderlichen Grundstoffen erzeugen können; denn es handelt sich um einen aus der Kohle gewonnenen Grundstoff. Ferner spielt unsere Textilindustrie eine Rolle im Außenhandel durch Hereinnahme von Verarbeitungsaufträgen, wofür sie aber genügend Kapazitäten hat, auch wenn sie auf diesem Gebiet ihre Arbeit noch wesentlich erweitert. Das Schwerk Gewicht unseres Exports liegt aber bei der Grundstoff- und Maschinen-Industrie.

Keine Autarkie

Zu all den genannten Ursachen für die Grundlinie des Zweijahrplanes kommt die Aufgabe, aus unserer Wirtschaft wieder einen einigermaßen einheitlichen Wirtschaftskörper zu machen. Heute ist unsere Wirtschaft zerrissen. Die Zerstörungen durch den Krieg, die Folgen des Krieges, die ihren Ausdruck auch in Demontagen gefunden haben, führten zu dem heute fühlbaren ungleichen Bestand der einzelnen Industriezweige. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft unserer Zone ja als ein Teil der gesamtdeutschen Wirtschaft gewachsen ist und entsprechend enge Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Industrien unserer Zone und der westlichen Zonen bestehen. Die Spaltung Deutschlands, die hermetische Abschließung der Zonengrenzen durch die britische und amerikanische Besatzungsmacht, hat sowohl die Wirtschaft im Westen wie in unserer Zone zu einer Rumpfwirtschaft gemacht, hat zum Schaden beider Teile den einheitlichen Organismus in zwei Teile gespalten. Auch diese Tatsache zwingt uns, danach zu streben, wieder einen einigermaßen geschlossenen, ausgeglicheneren Wirtschaftsorganismus zu schaffen, d.h. die Produktionsmöglichkeiten auf jenen Gebieten, in denen die Kapazitäten besonders fühlbar unzureichend sind, schneller zu entwickeln.

Das bedeutet keineswegs, daß wir eine autarke Wirtschaft anstreben; denn wir werden niemals in der Lage sein, die für unsere Wirtschaft erforderlichen Grund- und Rohstoffe innerhalb der Zone in auch nur einigermaßen ausreichender Menge selbst zu gewinnen. Es bedeutet auch nicht, daß wir mit einer Verewigung der Spaltung Deutschlands rechnen und uns damit abfinden. Auch nach voller Erfüllung des Zweijahrplanes wird unsere Produktion in der Schwer- und Maschinenindustrie sowie in der Chemie noch keineswegs die Vorkriegshöhe erreicht haben. Es handelt sich also auch hier nur um eine Rekonstruktion zerstörter Kapazitäten — mit dem bedeutenden Unterschied allerdings, daß diese Rekonstruktion nicht unter dem Gesichtspunkt der Kriegsnotwendigkeiten, sondern als starke Basis unserer demokratischen Friedenswirtschaft erfolgt. Ferner ist zu beachten, daß die Kapazitäten auf diesen Gebieten auch in den westlichen Zonen, aus den gleichen Ursachen wie bei uns, relativ gering sind und auch nach Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die bei uns erfolgte Rekonstruktion in der Grundstoff-, Schwer- und Maschinenindustrie nicht nur keine Störung, sondern im Gegenteil eine wesentliche Bereicherung, ein wesentlicher Nutzen für die gesamtdeutsche Wirtschaft sein wird. Des weiteren ist folgendes zu beachten:

Je rascher und umfassender der Aufbau unserer Wirtschaft erfolgt, je deutlicher die Richtigkeit unseres Weges — des Aufbaues aus eigener Kraft ohne Verkauf unserer Wirtschaft und unseres Volkes an das ausländische Monopolkapital — unserem Volke vor Augen tritt, desto zahlreicher werden die Kräfte in Deutschland sein, die sich für die deutsche Einheit, für den demokratischen Aufbau einer gesamtdeutschen Friedenswirtschaft begeistern und einsetzen.

Die Planziele sind keine Utopie

Sie werden fragen: Inwieweit sind die im Zweijahrplan von der SED aufgestellten Ziele erreichbar? Die von unserer Verwaltung für Wirtschaftsplanung bisher durchgeführte Überprüfung der einzelnen Positionen ergab, daß die gestellten Ziele erreicht werden können, daß es sich also um eine absolut reale Aufgabenstellung handelt. Die für das erste Jahr des Zweijahrplanes, für 1949, erarbeiteten Analysen ergeben sogar, daß, im ganzen betrachtet, ein etwas schnelleres Tempo des Aufbaues, als im Plan vorgesehen, erwartet werden kann.

Es sind dazu jedoch bei einigen Industriezweigen ernste Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Berg-

bau muß im Jahre 1949 allein zur Freilegung der planmäßig zu fördernden Kohle um 27 Prozent mehr Abraum als in diesem Jahr bewegt werden. Die Abraumbedingungen und damit die Bedingungen für die Gewinnung der Kohle werden gegenwärtig immer ungünstiger, da die auf der abzubauenen Kohle liegenden Deckgebirge mächtiger werden. Die geforderte Leistung kann also nur vollbracht werden, wenn rechtzeitig die notwendigen Reparaturen an den Abraumgeräten erfolgen und weitere Bagger und E-Loks für den Bergbau bereitgestellt werden.

Auch in der Energiewirtschaft sind umfangreiche Reparaturarbeiten und eine Reihe von Neubauten zur Erfüllung des vorgesehenen Leistungssolls erforderlich, wozu nicht unbeträchtliche Mengen an Materialien bereitgestellt werden müssen, so z. B. allein 65 000 Tonnen Eisen, Stahl und Buntmetalle, 33 000 cbm Schnittholz, 32 000 lfdm Sägeholz für Masten, 38 000 Tonnen feuerfeste Materialien, 10 000 Tonnen Zement. Auch hieran sieht man wieder, wie notwendig die Grundstoffe sind.

Im Erzbergbau haben wir besonders große Produktionssteigerungen vorgesehen, wobei gegenüber der voraussichtlichen Ist-Produktion des Jahres 1948 im Verhältnis zum kommenden Jahr eine Produktion von 250 Prozent bei Eisenerzen, 130 Prozent bei Kupfererzen, 260 Prozent bei Bleikonzentraten, 280 Prozent bei Wolframkonzentraten, 175 Prozent bei Zinnkonzentraten, 120 Prozent bei Antimonerzen, 114 Prozent bei Mangansalzen, 900 Prozent bei Arsenkonzentraten erreicht werden sollen. Teilweise, besonders für die Gewinnung der Kupfererze, ist auch hier die Lieferung von Ersatzteilen und die Durchführung von Reparaturen eine wichtige Voraussetzung. Eine besondere Steigerung der Produktion ist auch bei Schwefelkies, Kali, Stein- und Siedesalz möglich und vorgesehen.

In der Metallurgie dagegen müssen wir mit einigen ernststen Unsicherheitsfaktoren rechnen, die sich daraus ergeben, daß die Qualität des Kokses aus Polen geringer ist als die der Kohle aus dem Ruhrgebiet, ferner, daß die Einfuhr einiger erforderlicher Hilfsstoffe noch nicht in ausreichender Menge sichergestellt ist. In der Produktion von Roheisen z. B. kann sich daraus ergeben, daß wir statt der vorgesehenen Steigerung von 142 Prozent nur etwa 135 Prozent und bei Rohstahl statt 225 Prozent 190 bis 200 Prozent gegenüber 1948 erreichen.

Ich will es mit diesen wenigen Beispielen über die Planung für das erste Jahr des Zweijahrplanes bewenden lassen. Diese Beispiele sollen nur zeigen, daß

die Durchführung des Planes die Überwindung ernstster Schwierigkeiten und damit den Einsatz aller Kräfte erfordert, daß es aber andererseits möglich ist, die vorgesehene Planaufgabe zu erfüllen und teils überzuerfüllen.

Zwischenbilanz des Halbjahrplanes

Es ist bekannt, daß die Erfüllung des gegenwärtig laufenden Halbjahrplanes für das zweite Halbjahr 1948 eine wesentliche Voraussetzung für das Anlaufen und die Durchführung des Zweijahrplanes ist. Die Hauptverwaltung für Wirtschaftsplanung der DWK übergab kürzlich der Presse eine Zwischenbilanz über die Ergebnisse nach dem Stand vom 30. September, also nach Ablauf der ersten Hälfte des halbjährigen Planungszeitraumes. Auch diese Bilanz zeigt sehr unterschiedliche Ergebnisse in der Erfüllung des Halbjahrplanes. Wir haben bei der Elektroenergie eine Überschreitung der fälligen 50 Prozent des Halbjahressolls, ebenso bei der Produktion von Bricketts, bei Kunstseide, Papierzellstoff und Papier, bei Kalisalzen, technischem Benzin, bei Natur- und Kunstleder. Das fällige Soll ist auch erfüllt bei Kalk, Zement, Roh-, Braun- und Steinkohle, Kunstfaser und Zellstoff.

Dagegen sind größere Rückstände in der Metallurgie, bei einer Reihe wichtiger Grundstoffe der Chemie, zum Beispiel bei technischem Öl, Dieselkraftstoff, Fahrzeugbenzin, Kalzium, Karbid und Zellwolle. Das Zurückbleiben bei Roheisen, Rohstahl und Walzstahl, wie auch

bei Kupfererzen ergibt ernste Schwierigkeiten für unsere metallverarbeitende Industrie, die wir gegenwärtig durch erhöhte Einfuhren aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei überwinden. Das Zurückbleiben der Zellwollproduktion ist vor allem auf den Mangel an Schwefelsäure zurückzuführen. Die Produktion an Schwefelsäure konnten wir in diesem Jahre nicht in dem erstrebten Maße, d. h. auf 170 Prozent des Standes von 1947, erweitern, und wir konnten den

Ausfall auch nicht durch Einfuhren decken. Unsere Verwaltung für Außenhandel macht gegenwärtig große Anstrengungen, um hier eine Lösung zu finden.

Auch hier stellen sich also wieder große Schwierigkeiten der Erfüllung des Planes entgegen, Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, so wie wir in den vergangenen Jahren seit 1945 immer wieder die entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden haben.

Währungsreform-, Steuerreform-, Lohn- und Arbeitstarife

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat in den letzten Monaten eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die alle unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung und Durchführung der langfristigen Pläne zu verstehen sind. Betrachten wir zunächst unsere Währungsreform. Die Bereinigung, die infolge der Zerrüttung des Geldwesens durch den Krieg und den stark überhöhten Notenumlauf notwendig wurde, mußte folgende Gesichtspunkte berücksichtigen: soziale Gerechtigkeit gegenüber der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung unserer Zone; Festigung der neu geschaffenen volkseigenen Betriebe, deren Entwicklung für die Entfaltung der Produktion der Gesamtwirtschaft unserer Zone von entscheidender Bedeutung ist; Bevorzugung der sozialen Einrichtungen, der bestehenden Sozialversicherungen und nicht zuletzt auch Bevorzugung der für die Sicherung unserer Demokratie verantwortlichen Organe, des Staatsapparates, der Parteien und der Gewerkschaften.

Gegenwärtig stehen wir vor dem Abschluß einer Verordnung über die Steuerreform. Auch sie wird im Rahmen der Möglichkeiten von sozialen Gesichtspunkten geleitet sein und dadurch die unteren Einkommen relativ stärker entlasten; sie wird andererseits die Erhöhung der Leistungen in der Produktion steuerlich begünstigen und die Eingliederung aller arbeitsfähigen Kräfte in die Produktion fördern müssen. Auch hier sind also alle Maßnahmen auf die Entfaltung unserer Wirtschaft und die Hebung der Lebenslage unseres Volkes ausgerichtet.

Die langfristige Planung erfordert auch, daß in beschleunigtem Maße Ordnung in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitstarife gebracht wird. Unsere Verwaltung für Arbeit und Sozialwesen hat deshalb ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet in den letzten Monaten besonders verstärkt. Es gilt dabei, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben weiter zu festigen und zu konkretisieren;

denn in einer demokratischen Friedenswirtschaft ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten ein entscheidendes Merkmal, eine entscheidende Voraussetzung.

Der Unterschied auf diesem Gebiet zwischen unserer Zone und den Westzonen ist sehr charakteristisch für das Bestehen und die Entwicklung wahrhafter Demokratie in unserer Wirtschaft gegenüber dem Bestehen und der Festigung der kapitalistischen Diktatur in der Wirtschaft der Westzonen.

Die Festigung und Weiterentwicklung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft in unserer Wirtschaft muß dabei — besonders in unseren volkseigenen Betrieben — in Einklang gebracht werden mit der Entwicklung und Festigung des Verantwortungsbewußtseins der technischen und kaufmännischen Leitung der Betriebe. Hier besteht bei unseren volkseigenen Betrieben keinerlei Antagonismus, da ja auch diese Leitungen der Betriebe unter maßgeblicher Mitbestimmung der Gewerkschaften eingesetzt sind und da es sich um Männer und Frauen handelt, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, aus den Reihen der Arbeiter oder der kaufmännischen Intelligenz kommen. Es gilt ferner bei der Regelung des Lohn- und Tarifwesens die Steigerung unserer Produktion, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die im Laufe des Zweijahrsplans um rund 30 Prozent erhöht werden soll, zu begünstigen und der dringend erforderlichen Einführung

des progressiven Leistungslohnes zum Durchbruch zu verhelfen. Natürlich ist das nicht nur eine Frage der Tarife, sondern in erster Linie eine Frage einer dem Aufbau unserer demokratischen Friedenswirtschaft entsprechenden Arbeitsmoral.

Aktivisten — Facharbeiter — Forscher

Bereits mit den Anregungen und Maßnahmen, die im Befehl 234 von Marschall Sokolowskij gegeben wurden, begann in unserer Zone die Entwicklung eines neuen Arbeitsgeistes, der seinen Ausdruck in einer wachsenden Bewegung der Aktivisten der Arbeit, besonders aus den Reihen der Jungarbeiter und der technischen Intelligenz, in der Steigerung des Erfinderswesens, der Verbesserung der Produktionsmethoden und der Arbeitsorganisation in den Betrieben fand. Dieser neue Geist ist es, der unseren Kameraden Hennecke vom Steinkohlenwerk „Gottesseggen“ zu einer Leistung von 380 Prozent des Tagessolls brachte. Damit ist unsere Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe gestellt worden. Diesen neuen Geist zu pflegen, ihn zu entwickeln und auch die materiellen Bedingungen für seine Auswirkung so günstig wie möglich zu gestalten, wird unser aller Aufgabe sein.

Zur Förderung des Erfinderswesens hat die Deutsche Wirtschaftskommission eine Anordnung erlassen, die das geistige Eigentum des Erfinders schützt und ihm bei Verwertung der Erfindung, die nur mit seiner Einwilligung erfolgen kann, auch seine materiellen Rechte gewährleistet.

Die Erweiterung wie auch die Verbesserung der Qualität unserer Produktion erfordern eine umfassende Heranschulung neuer Fachkräfte. Mit Hilfe der Zentralverwaltung für Volksbildung werden wir dabei auch neue Wege beschreiten. Allein schon im Lehrlingswesen und in der Berufsschulung kommen wir mit der bisherigen Regelung nicht aus. Einerseits muß man die Heranbildung von Facharbeitern bei den Handwerksmeistern erweitern, sie zugleich aber verstärken durch eine wesentliche Vermehrung und Erweiterung der Lehrwerkstätten in den großen Betrieben. Auch in der Berufsschulung müssen die Großbetriebe, d. h. besonders unsere volkseigenen Betriebe, erweiterte Aufgaben übernehmen. Wir sind übergegangen zur Schaffung von Betriebsberufsschulen und hatten bereits am 1. September d. J. 98 solcher Schulen mit rund 12 000 Schülern errichtet. Bis 1. Dezember wird die Zahl dieser Schulen auf 440 erhöht werden.

Welch gewaltige Arbeit auf dem Gebiet der Heranbildung von Facharbeitern zu leisten ist, ist daraus zu entnehmen, daß im Lehrjahr 1949/50 die Heranbildung von rund 350 000 Facharbeitern begonnen werden soll. Davon sind der größere Teil in Lehrstellen unterzubringen und rund 130 000 Erwachsene zu Facharbeitern umzuschulen. Auch dabei muß eine Lenkung in der Richtung erfolgen, daß die dringendsten Bedürfnisse der nächsten Jahre an Fachkräften in Industrie und Landwirtschaft gedeckt werden können, d. h. daß auch hier die Richtung unseres Zweijahrsplanes im Auge behalten werden muß, so daß nicht Fachkräfte für bereits überbesetzte Wirtschaftszweige, wie z. B. für den Handel, in größerem Maße herangebildet werden.

Auch zur Höherqualifizierung der technischen und wissenschaftlichen Kräfte sind neue Maßnahmen erforderlich. Der Nachwuchs aus technischen Hochschulen und Universitäten reicht nicht

aus und hilft vor allen Dingen nicht dem gegenwärtig bestehenden Mangel an solchen Kräften in erforderlichem Maße ab. Durch Sonderschulen und Kurse, mit Hilfe unserer besten Lehrkräfte, Professoren und Techniker muß der vorhandene Stab an technischen und wissenschaftlich tätigen Angestellten unserer Wirtschaft höher qualifiziert werden und müssen aus den Reihen der Werkmeister, Facharbeiter usw. neue Kader für unsere Wirtschaft entwickelt werden.

Dieses Problem der Höherqualifizierung der Kräfte stellt sich auch in der Verwaltung. Unsere heutigen Verwaltungen können in ihrer Arbeit nicht mit den Maßstäben früherer Verwaltungen gemessen werden. Die früheren Behörden liefen mehr oder weniger neben der Wirtschaft her.

Unsere heutigen Verwaltungen leiten direkt einen großen Teil der Betriebe, sind verantwortlich für die technische und kaufmännische Leitung dieser Betriebe und planen und lenken gleichzeitig die gesamte übrige Wirtschaft. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß dementsprechend ein ganz neuer Typ von Verwaltungsmännern herangeschult und entwickelt werden muß.

Es wäre irreführend und überheblich, wenn wir sagen würden, daß der heutige Verwaltungsapparat bereits seinen neuen Aufgaben voll entspricht und es bereits versteht, diese neue wirtschaftlich führende Rolle in erforderlichem Maße zu spielen. Aus dieser noch vorhandenen Unzulänglichkeit ergeben sich auch viele Reibungen und Schwierigkeiten, sowohl in der Planung

als auch in der Durchführung des Planes. Weil wir diese Schwächen sehen und sahen, haben wir mit dem Aufbau besonderer Wirtschaftsverwaltungsschulen in den Ländern begonnen, führen in den Verwaltungen selbst eine laufende Schulungsarbeit durch und haben jetzt — in Verbindung mit der Zentralverwaltung für Volksbildung — eine zentrale Verwaltungsakademie für die gesamte Zone geschaffen.

Um auch die Arbeit der in unserer Zone bestehenden Forschungsanstalten mehr auf die Notwendigkeiten unserer Wirtschaft und die Durchführung des Zweijahresplanes auszurichten, haben wir in der Deutschen Wirtschaftskommission eine besondere Abteilung zur Koordinierung, Lenkung und Befruchtung der Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschung geschaffen. Bei der Umstellung der Arbeit unserer Forschungsinstitute kommt es in erster Linie darauf an, daß diese Institute das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Lösung der Aufgaben legen, die unmittelbar zur Erhöhung unserer Produktion und zur Durchführung des Zweijahresplanes gelöst werden müssen, während bisher ihre Arbeit in den meisten Fällen auf der Erforschung solcher Fragen ruhte, die zwar wissenschaftlich interessant, auch von großer Bedeutung sind, aber deren Resultate erst in einem Jahrzehnt und noch später erwartet werden können. Gewiß darf man auch die Erforschung dieser Probleme nicht vernachlässigen; aber es muß ein Verhältnis in dieser Arbeit gefunden werden, das das zunächst Notwendige, das für den Aufbau unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren Erforderliche in den Vordergrund stellt.

Landwirtschaft und Ernährung

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß für die landwirtschaftliche Produktion besonders auch Maschinen, Zugkräfte und Wohn- und Wirtschaftsgebäude notwendig sind, daneben natürlich Verbesserung des Saatgutes, mehr Kunstdünger usw. Spezielle Aufmerksamkeit aber müssen wir der Hebung unserer landwirtschaftlichen Produktion, weiterhin der Festigung der Bodenreform und der Hilfe für die Neubauern zuwenden. Wir hatten für das Jahr 1948 die Aufgabe, 37 000 Neubauernhäuser zu errichten. Man kann, bei verstärkten Anstrengungen in den nächsten Monaten, annehmen, daß diese Aufgabe bis Ende des Jahres annähernd erfüllt wird. Noch niemals, auch nicht in den besten Baujahren, wurde in Deutschland ein annähernd umfassendes landwirtschaftliches Bauprogramm durchgeführt, wie wir es jetzt, knapp drei Jahre nach dem furchtbarsten Zerstörungskrieg, in unserer Zone durchführen. Aber gemessen an den Bedürfnissen genügt dieses Programm nicht, und im nächsten Jahr muß eine weit größere Zahl an Neubauerngehöften geschaffen werden, ohne daß wir dabei die notwendigen Reparaturen und den Ausbau und teilweise Neubau von Wohnungen in den Städten und Arbeitersiedlungen aus dem Auge lassen.

Die Hilfe für die Neubauern verlangt aber auch, daß wir Maßnahmen organisatorischer Art gegen den Mangel an Maschinen und Zugkräften zur Bearbeitung des Bodens ergreifen. Hier erwächst die entscheidende Aufgabe, daß wir die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in den Stand setzen, ihre Maschinenhöfe und Maschinenausleihstationen zu wirksamen Zentren der Produktionshilfe für die Neubauern und die gesamte werktätige Bauernschaft zu machen. Unter diesen Gesichtspunkten muß die Produktion von Traktoren aufgenommen und die Produktion des erforderlichen Anhängerkörpers erweitert werden. Unter diesen Gesichtspunkten muß aber vor allem auch der Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission, daß 80 Prozent der erzeugten landwirtschaftlichen Maschinen der VdgB zum Erwerb für den Ausbau ihrer Stationen angeboten werden müssen, durchgeführt werden. Ferner ist notwendig, daß für diese Arbeiten der VdgB die erforderlichen Maschinenreparaturwerkstätten zur Verfügung gestellt werden, sei es durch Errichtung neuer Reparaturwerkstätten, sei es durch Erweiterung und

Bereitstellung vorhandener Reparaturwerkstätten, sowohl genossenschaftlicher wie privater Art, zur Unterstützung der Arbeit der VdgB in der bäuerlichen Produktionshilfe.

Ganz besondere Aufmerksamkeit müssen wir in den kommenden Jahren der Entwicklung der Viehwirtschaft widmen. Dies ist auch vom Standpunkt der Verbesserung der Qualität unserer Ernährung erforderlich, wobei hier das nächstliegende Ziel sein muß, zunächst die regelmäßige Belieferung der Fleischkarte, nach Möglichkeit ohne Austauschprodukte, zu erreichen. Den für das Jahr 1948 aufgestellten Viehaufzuchtplan werden wir bezüglich des Rinderbestandes nur zu etwa 90 Prozent erfüllen können; bei den übrigen Viehgattungen wird er voll erfüllt werden. Wir müssen eine raschere Entwicklung des Viehbestandes im allgemeinen erreichen und dabei darauf achten, daß die Eingriffe in den Rindviehbestand verringert werden, d. h. daß zunächst weniger Großvieh für die Fleischversorgung herangezogen werden muß, damit der Aufbau unseres Rindviehbestandes sich vollziehen kann.

Wir haben die Voraussetzung erreicht, um von der bisherigen Veranlagung für die Pflichtablieferung tierischer Produkte zu einem neuen System der Veranlagung überzugehen. Bisher erfolgte die Veranlagung nach der Kopfzahl des am 1. Januar in einer Wirtschaft vorhandenen Viehbestandes. Das gab keinen Anreiz zur Vermehrung des Viehbestandes, aber um so mehr Anreiz zur Verheimlichung des vorhandenen Viehes. Wir legen nunmehr der Veranlagung des Fleischsolls die jeweils vorhandene Hektarfläche zugrunde. Je mehr Vieh ein Bauer hält, um so leichter wird er sein Fleischsoll erfüllen. Da die Vermehrung des Schweinebestandes schneller als die des Rindviehbestandes erfolgen kann, legen wir fest, daß 60 Prozent des Fleischabgabesolls in Schweinefleisch zu entrichten sind, und geben durch ein günstiges Austauschverhältnis einen Anreiz dafür, daß auch von den restlichen 40 Prozent noch möglichst viel durch Ablieferung von Schweinen erfüllt wird. Diese Maßnahmen dienen zugleich der Schonung unseres Rindviehbestandes und allgemein der Hebung unserer Viehwirtschaft.

Wenn auch die Ernährung der Bevölkerung unserer Zone noch keineswegs befriedigend ist, so konnten wir doch im Laufe der letzten Jahre Schritt um Schritt

Verbesserungen durchführen, und auch im Zusammenhang mit den Ergebnissen der diesjährigen Ernte waren einige Verbesserungen möglich. Die Verbesserungen in diesem Herbst bezogen sich auf die Erhöhung der in den Betrieben ausgegebenen zusätzlichen Mittagessen von 1 Million auf 1,5 Millionen Essen, auf eine höhere Einstufung von mehr als 200 000 Einwohnern in den Randgemeinden Berlins aus der bisherigen Kategorie II in die Kategorie I der Zone. Ferner wurde bei den eingeführten Verbesserungen darauf geachtet, daß der Abstand zwischen den Sätzen der Kategorie II und denen der Kategorie I verringert wird, daß vor allem die Verpflegung der Kinder von 9 bis 15 Jahren verbessert wird. Während wir bisher auch für Fett und zeitweise sogar für Kartoffeln Austauschprodukte an die Bevölkerung abgeben mußten, beschränkt sich nunmehr die Abgabe von Austauschprodukten auf Fleisch. In der Fleischversorgung haben wir beträchtliche Schwierigkeiten, so daß wir hier die Abgabe von Austauschprodukten, Fisch, Eier, Käse usw. noch nicht umgehen können.

Unsere Versorgungspolitik wird wie bisher auch weiterhin dem Gedanken der Leistungssteigerung dienen, wird also weiterhin die unterschiedliche Eingruppierung beibehalten, wobei die Beschäftigten in den für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Staates wichtigsten Industrien und Organen bevorzugt werden. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die zusätzlichen Essen für die Betriebe verteilt und erfolgt gegenwärtig auch die Neubearbeitung der Einstufungsrichtlinien, deren ersten Teil wir unlängst bereits veröffentlichen konnten.

Wenn im Zweijahrplan als Ziel der kartenmäßigen Versorgung die Erreichung von 2000 Kalorien genannt wird, so ist dies nicht so zu verstehen, daß wir im Jahre 1950 die Bevölkerung unserer Zone mit nicht mehr als durchschnittlich 2000 Kalorien an Nahrungsmitteln versorgen wollen. Es handelt sich bei diesem Ziel um die kartenmäßige Verteilung jener Mengen, die wir unter grundsätzlicher Beibehaltung der jetzigen Ablieferungsnormen pro Hektar, bei Erweiterung der Anbauflächen der Zone um 4,7 Prozent sowie bei Sicherung der vollen Ablieferung zur Verfügung haben werden. Nicht eingerechnet ist hierbei also die bei erhöhter Exportleistung unserer Industrie mögliche Erweiterung der Einfuhr von Lebensmitteln, wie auch die erstrebte Erhöhung jener Mengen, die sich aus dem freien Markt ergeben.

Wenn im Plan die Erhöhung der Ernteerträge an Getreide und Hülsenfrüchten bis zum Jahre 1950 um 23 Prozent, der Ölsaaten um 73 Prozent, der Kartoffeln um 38 Prozent, der Zuckerrüben um 49 Prozent als Ziel gestellt ist, neben einer starken Erhöhung des Viehbestandes, der bei Rindvieh 25 Prozent, bei Schweinen 66 Prozent, bei Schafen 60 Prozent des Bestandes von 1947 betragen soll, dann ergibt sich daraus, daß wir von Jahr zu Jahr mit einer größeren Menge von Überschollprodukten der Landwirtschaft rechnen können. Auch die Überschollmenge wird in dieser oder jener Weise in die Gesamternährung unserer Bevölkerung eingehen und damit den Lebensstandard verbessern. Je besser die Auffangorganisation „Freier Markt“ mit Hilfe der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Gewerkschaften mit Unterstützung der Parteien und demokratischen Organisationen auf- und ausgebaut wird, von jeder bürokratischen Schwerfälligkeit gereinigt und zu einer wirklich arbeitsfähigen Aufkauforganisation entwickelt wird, desto geregelter können auch die Überschollmengen der Landwirtschaft der Versorgung der Bevölkerung zugeführt werden.

Wenn uns die erhöhte eigene landwirtschaftliche Produktion, neben erhöhter Einfuhr von Nahrungsmitteln die Beseitigung des Kartensystems, die wir anstreben, in der Zukunft ermöglicht, dann muß gesichert werden, daß der Warenstrom an die Orte des Bedarfs gelenkt wird, damit nicht gewissenlose

Spekulant~~n~~ ihr Unwesen zum Schaden unserer Bevölkerung treiben können. Ein solcher Sicherungsfaktor kann und soll dabei auch die im Aufbau befindliche Organisation „Freier Markt“ werden. Um gegenwärtig den Aufkauf der freien Spitzen durch die Organisation „Freier Markt“ zu sichern, wie auch um die 100prozentige Erfüllung des Ablieferungssolls bei allen pflanzlichen und tierischen Produkten zu gewährleisten, ist ein verschärfter Kampf gegen das Hamstern und Schieben von Lebensmitteln erforderlich. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei; vielmehr muß im Vordergrund stehen die ideologische Beeinflussung unserer Bauern durch die Organisationen und Parteien sowie die verstärkte Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse in den Dörfern.

Wir in unserer Zone wollen und werden nicht in Zustände kommen, wie sie auf dem Ernährungsgebiet im Westen Deutschlands trotz enormer Lebensmittelfinfuhren und wachsender Dollarverschuldung bisher zu verzeichnen waren und wie sie gegenwärtig wieder drohen. Während dort die Belieferung der Karten oftmals nur zur Hälfte erfolgen kann, ist auf dem Schwarzen Markt alles zu haben. Die Bauern erfüllen dort die Pflichtablieferung nur zu 60 bis 70 Prozent und verkaufen ihre Produkte an die Schieber. Darum spricht man heute im Westen Deutschlands bereits wieder vom Bankrott in der Ernährungswirtschaft. Der Ausweg, den Herr Schlange-Schönningen vorgeschlagen hat und der im wesentlichen auch akzeptiert wurde, besteht in der enormen Erhöhung der Preise der Agrarprodukte, was sich entsprechend in erhöhten Lebensmittelpreisen auswirken muß.

Wir in der Ostzone beabsichtigen nicht, eine Erhöhung der Preise für die auf Karten abzugebenden Lebensmittel zuzulassen.

Punktkarte und freier Verkauf

In der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern halten wir es für möglich, nunmehr zur Punktkarte als Grundlage der Verteilung überzugehen. Einige wenige Konsumgüter werden wir wahrscheinlich auch jetzt noch von der Verteilung über die Punktkarte ausnehmen müssen. Dabei denke ich zum Beispiel an Arbeitskleidung. Im allgemeinen aber läßt der Stand der Produktion von Konsumgütern es zu, daß wir die Verteilung über die weniger bürokratische Methode der Ausgabe einer Punktkarte durchführen. Damit kann den Bedürfnissen des einzelnen mehr Rechnung getragen, die Warenbewegung beschleunigt und auch eine Rückwirkung auf die Qualität der Produktion erreicht werden. Wir haben gegenwärtig eine Stauung in der Warenbewegung in den einzelnen Ländern. Sowohl in den Fabriken wie im Handel sind größere Bestände vorhanden, die nicht an die Verbraucher herangebracht werden. Unser gegenwärtiges System der Warenverteilung reicht also nicht aus, um den vergrößerten Warenanfall in Bewegung zu setzen und dem Käufer zuzuführen. Zu einem Teil liegt das bei unserem Großhandel, beim privaten wie beim genossenschaftlichen, wo es neuerdings sogar vereinzelt vorkommt, daß die Warenbewegung sabotiert wird, um so einen Druck auszuüben, damit die überhöhten Zwischenhandelsgewinne nicht geschmälert werden.

Die Hauptursache aber für die ungenügende Warenbewegung liegt zweifellos in dem umständlichen Bezugsscheinsystem. Wenn die erhöhte Warenproduktion die Voraussetzungen für das Punktkartensystem geschaffen hat, und wenn im Plan eine beträchtliche Erweiterung und planmäßige Steigerung der Produktion von Konsumgütern vorgesehen sind, so ist die Deutsche Wirtschaftskommission dennoch der Meinung, daß noch lange nicht alle Möglichkeiten einer zusätzlichen Warenproduktion in unserer Zone erschöpft worden sind. Wir glauben vielmehr,

daß durch eine gute Ausnutzung lokaler und für die Planproduktion nicht verwendbarer Stoffe eine große Menge zusätzlicher Waren für den Bedarf der

Bevölkerung geschaffen werden kann. Es scheint uns notwendig, daß man in jedem Kreis, in jedem Ort diese Möglichkeiten studiert und die Verarbeitung dieser Rohstoffe organisiert, sei es durch das örtliche Handwerk, sei es durch besondere Abteilungen in den Betrieben.

Bei einer maximalen Steigerung der Warenproduktion, der planmäßigen und der zusätzlichen, wird es möglich sein, auch bezüglich der Konsumgüter in abschbarer Zeit zum freien Verkauf dieser oder jener Produkte überzugehen, also eine gewisse Auflockerung in der Bewirtschaftung von Konsumgütern zu erreichen und auch hier den Weg zu beschreiten, den wir bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln anstreben: den Übergang zur Beseitigung des Kartensystems.

Freie Läden

In diesem Zusammenhang muß man auch die in letzter Zeit im Anschluß an eine Stellungnahme des Bundesvorstandes des FDGB heftig diskutierte Frage der Schaffung freier Läden sehen. Unsere Wirtschaft hat auch hier, sei es aus eigenen Rohstoffen, sei es aus unserer Außenhandelsstätigkeit, Voraussetzungen geschaffen, die erlauben, daß wir den Kampf gegen den Schwarzen Markt nicht mehr nur mit der Polizei, im Grunde genommen also mit einem unwirksamen Mittel, führen, sondern dazu übergehen, ihn mit ökonomischen Mitteln zu führen, was viel wirksamer sein wird. Die Hauptaufgabe der freien Läden besteht zunächst in der Bekämpfung des Schwarzen Marktes, in der Herabdrückung der Schwarzmarktpreise, in der Richtung zur Normalisierung der Preise auch im freien Handel. Diesen Kampf kann man nur mit einer solchen Handelsorganisation führen, die sich einzig und allein bei ihrer Arbeit von der Erfüllung des gestellten Zieles leiten läßt, und darum können das nur im Eigentum des Volkes befindliche staatliche Läden sein. Natürlich können unter ihrer Leitung auch andere Geschäfte herangezogen werden, ja diese staatlichen Läden können vielfach ihr Ziel gar nicht erreichen, ohne gleichzeitig private und genossenschaftliche Geschäfte bei ihrer Tätigkeit mit heranzuziehen; denken wir zum Beispiel an den Verkauf der Zigaretten. Wir hätten in Berlin keinen wirksamen Schlag gegen die Schwarzmarkt-Zigarettenhändler führen können, wenn wir den Verkauf auf zwei oder drei staatliche Läden beschränkt hätten. Dies wird auch für andere Produkte, soweit ein Massenverkauf in Betracht kommt, gelten.

Die staatlichen Läden können hier die Funktion einer Zentrale des Verkaufs ausüben, während sie bei anderen, für den freien Verkauf bereitgestellten Produkten zunächst teilweise der alleinige Verkäufer sein werden, bis eine ausreichende Warenmenge für einen breiteren Verkauf vorhanden ist. Dies sichert gleichzeitig aber auch daß nicht von einzelnen Übergewinne gemacht werden, sondern daß der Mehrpreis in die staatlichen Kassen fließt und für unsere Aufbau-

arbeit verwandt werden kann. Die Einführung der freien Läden gibt auch die Möglichkeit, daß Mehrverdienste, die aus besonderen Leistungen entstehen, in Waren umgesetzt werden können, wenn auch zunächst zu erhöhten Preisen.

Auch eine finanzpolitische Wirkung ist mit der Einführung der freien Läden verbunden. Die in unserer Zone vorhandene Kaufkraft übersteigt gegenwärtig noch die zum Verkauf angebotenen Warenmengen. Auch wir könnten dieses Problem der Abschöpfung des Kaufkraftüberhanges auf die einfache Art lösen, wie das im Westen Deutschlands geschehen ist, nämlich durch eine allgemeine Steigerung der Warenpreise ohne entsprechende Steigerung der Löhne und Gehälter, also praktisch durch eine Senkung des Realeinkommens des ganzen Volkes.

• Auch bei uns würde man dann in kurzer Zeit vor vollen Schaufenstern Menschen stehen sehen, von denen ein großer Teil aus Mangel an Geld die Waren nicht kaufen kann oder von denen ein großer Teil weniger Waren kaufen kann als früher, weil die vollen Schaufenster ja nur der Ausdruck dafür sind, daß die Menschen weniger kaufen können, aber nicht der Ausdruck für eine erhöhte Produktion.

Ein solcher Weg gibt — wie im Frankfurter Wirtschaftsrat sogar ein sozialdemokratischer Redner erklären mußte — dem Volke Steine statt Brot. Wir in unserer Zone wollen nicht Steine statt Brot geben; wir wollen, daß eine bestimmte und wachsende Menge von Konsumgütern den arbeitenden Massen zu feststehenden Preisen weiterhin zugänglich gemacht wird. Soweit in den letzten Jahren unberechtigte und nicht genehmigte Preissteigerungen, wie zum Beispiel bei den Textilwaren, sich herausgebildet haben, beginnen wir mit allem Nachdruck, auf die Herabsetzung dieser nicht berechtigten Preise auf das genehmigte Niveau von 1944 zu drängen.

Über die durch Lebensmittel- und Punktkarte gesicherten Mengen an Konsumgütern, Genuß- und Nahrungsmitteln hinaus wollen wir aber in den freien Läden und, wie gesagt, zum Teil auch im allgemeinen Handel Waren zu erhöhten Preisen verkaufen, um damit auch einen Teil des im Verhältnis zur Warenmenge gegenwärtig noch vorhandenen Kaufkraftüberhanges abzuschöpfen. Durch die von mir bereits erwähnte Steuerreform wird eine Summe von weiteren 600 Millionen DM als Kaufkraft zusätzlich auftreten. Ein Teil davon wird aufgesogen durch die erhöhte Bereitstellung von Waren zu normalen Preisen, was ja in unserem Programm vorgesehen ist, aber ein kleiner Teil davon wird sicherlich auch zu jener Summe des Geldes gehören, der heute noch keine entsprechende Warenmenge gegenübersteht. Das Bedürfnis nach einer zusätzlichen Kaufmöglichkeit, wenn auch zu erhöhten Preisen, das sich gegenwärtig in Richtung des Schwarzen Marktes bewegt, besteht also auch weiterhin. Um so notwendiger sind deshalb auch vom finanzpolitischen Gesichtspunkt aus diese freien Läden.

Lockerung der Bewirtschaftung und Plandisziplin

Auf dem Gebiete der Warenbewegung im allgemeinen, also auch der Bewegung der Rohstoffe, der Halbfabrikate wie der Konsumgüter haben wir in unserer Zone zweifellos noch ein zu umständliches und die Entwicklung eines Bürokratismus geradezu förderndes Bewirtschaftungssystem. Die zuständigen Stellen der Deutschen Wirtschaftskommission beschäftigen sich deshalb gegenwärtig eingehend mit der Frage der Vereinfachung der Warenbewegung und der Warenbewirtschaftung. In diesem Zusammenhänge wollen wir von dem in der Zone noch geltenden sogenannten Holsystem zum Liefersystem der Waren übergehen, d.h. nicht der Empfänger der Ware soll verpflichtet sein, die Ware zu holen, sondern der Produzent oder Lagerhalter soll die

Ware entsprechend dem Lieferplan an den Empfänger ausliefern. Das wird uns viele unnötige Fahrten, die heute der Empfänger zum Lieferanten machen muß, ersparen und einen zweckmäßigeren Einsatz der vorhandenen Transportmittel ermöglichen. Ferner wird es uns m. E. aber auch ermöglichen, von dem ganzen Lieferscheinsystem in der jetzigen Form abzugehen. Der Lieferschein für den Betrieb oder Lagerhalter muß der Lieferplan sein, der enthält, an wen auszuliefern ist, welche Menge, welche Qualität. Das Begleitpapier für die Lieferung auf Grund des Lieferplanes kann dann der Produzent oder Lagerhalter in Form eines Warenbegleitscheines selbst ausstellen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß wir für die Verteilung von Versorgungsgütern nicht nur

den Ländern, Kreisen und Gemeinden ein Recht auf den Bezug von Waren einräumen, sondern ihnen auch eine Verpflichtung auferlegen wollen, einen zu erfüllenden Plan für die Verteilung dieser Waren. Es ist ja nicht damit getan, daß ein Kreis, ein Land oder eine Gemeinde Waren bezieht, die dann aber nicht an die Bevölkerung ausgeliefert werden, sondern es muß die Verpflichtung bestehen, daß der Versorgungsplan erfüllt wird und die Waren auch an die Bevölkerung gelangen. Also werden wir auch den Verteilungsplan von Konsumgütern zu einem Sollplan machen.

All das, was ich in Verbindung mit der neuen Organisation auf dem Gebiete der Warenbewegung gesagt habe, bedeutet eine Vereinfachung auf diesem Gebiet, eine Verminderung des Bürokratismus und eine teilweise Lockerung in der Durchführung der Bewirtschaftung. Aber gerade letzteres macht es erforderlich, daß um so mehr auf die Einhaltung der Produktions- und Verteilungspläne geachtet, d. h. eine um so schärfere Plandisziplin innegehalten wird. Auch das ist in erster Linie eine Frage der allgemeinen ideologischen Umstellung und andererseits der erhöhten Aktivität der Organe der Volkskontrolle. Die in den letzten Jahren, und vielleicht auf Grund gewisser Notwendigkeiten, entwickelte Auffassung über die Zulassung von Kompensationsgeschäften, die Nachlässigkeit in bezug auf die Einhaltung der Bewirtschaftungsvorschriften, ja die teilweise Begünstigung von Verstößen gegen die Wirtschaftsplanung durch Verwaltungsorgane, all das muß jetzt überwunden werden.

Ich sprach eingangs davon, daß die Gegner unserer Zone und unserer Wirtschaftspolitik alles tun, um unseren Wirtschaftsaufbau zu stören. Dazu gehört in erster Linie die wirtschaftliche Sabotage. Wenn wir den Fall von Meerane, der durch die bei der Deutschen Wirtschaftskontrolle geschaffene Zentrale Kommission aufgedeckt wurde, so ernst genommen haben, dann nicht in erster Linie, weil wir einige hunderttausend Meter Stoffe, größere Mengen Leder usw. dort gefunden haben und der planmäßigen Verteilung zuführen konnten. Das ist gewiß auch ein lohnendes Ergebnis dieser Aktion, aber viel wichtiger ist, daß alle Verwaltungsstellen in der ganzen Zone, alle Parteien und Organisationen in der Zone, daß die gesamte Bevölkerung erkennt, wie und mit welchen Mitteln unsere Wirtschaft gestört, die Erfüllung unseres Wirtschaftsplanes sabotiert wird.

Aus dieser Erkenntnis muß der entschlossene und einheitliche Abwehrwille der gesamten Bevölkerung, muß eine erhöhte Wachsamkeit zur Einhaltung der Plandisziplin in der gesamten Wirtschaft erwachsen, — sie sind noch keineswegs vorhanden.

Wir haben sogar noch Verwaltungen, die — sogar solche, die es am nächsten angeht — noch nicht zu den Lehren von Meerane Stellung genommen und nicht die geringsten Schlußfolgerungen daraus gezogen haben. Das muß in der gesamten Verwaltung unserer Zone rasch nachgeholt werden.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Sabotage, gegen die Störung unserer Wirtschaft, gegen die Umgehung und Vereitelung unseres Wirtschaftsplanes ist auch die von der Deutschen Wirtschaftskommission in Verbindung mit der Deutschen Verwaltung für Justiz geschaffene Wirtschaftsstraßverordnung zu verstehen. Diese Verordnung gibt die Möglichkeit zur schnelleren und wirksamen Bestrafung von Wirtschaftsvergehen. Mit dieser Verordnung wurden den Wirtschaftsorganen bestimmte Rechte in der Einleitung von Strafverfahren wie auch zur selbständigen Verhängung von Strafen eingeräumt. Letzteres betrachten wir nicht als ein Ideal, sondern lediglich als eine aus den Gegebenheiten der Zeit bedingte Notlösung. Denn die Strafverfolgung ist und bleibt eine Angelegenheit der Justiz.

Aktivität der Massen

Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission, sowohl die Planung in Industrie und Landwirtschaft wie auch die Durchführung des Planes, hat zur Grundlage die Mitwirkung und höchste Entfaltung der Aktivität der Massen.

Ohne die Vorplanung, die Aufstellung von sogenannten Wunschplänen durch die Bauern in den einzelnen Dörfern kann man keinen konkreten Landwirtschaftsplan und auch nicht die freudige Arbeit der Bauern bei der Durchführung des Planes erwarten. Ohne die ständige Arbeit von Planungskommissionen in den Betrieben, besonders in den Großbetrieben, kann man nicht eine konkrete alle Produktionsmöglichkeiten der Betriebe umfassende industrielle Planung und ein Höchstmaß an Einsatzfreudigkeit der Belegschaften bei der Durchführung des Produktionsplanes in der Industrie erreichen.

Unsere Planung kann nur in dem Maße konkret und gut sein, wie sie demokratisch ist, wie sie von den Massen getragen wird. Unsere Demokratie kann deshalb nicht eine Frage der Abgabe von Stimmzetteln nach Ablauf bestimmter Zeitperioden sein, sondern sie besteht vor allem in der täglichen Mitwirkung, Gestaltung und Mitbestimmung am gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durch unser Volk und für unser Volk.

Die Sprecher der Delegationen der Werktätigen

Adolf Hennecke,

Ehrengast des Deutschen Volksrats,

nahm vor Beginn der Aussprache, nachdem ihn der Vorsitzende, Wilhelm Pieck, hierzu aufgefordert hatte, das Wort:

Es ist ein Zeichen für die veränderte gesellschaftliche Struktur unserer Zone, wenn ein einfacher Arbeiter, ein Kumpel aus dem Bergbau, hier zu Ihnen über seine Einstellung zur Arbeit sprechen darf. Ich danke dem Deutschen Volksrat dafür, daß er mir seine Einladung gesandt hat, und ich möchte nicht nur für mich, sondern für alle Arbeiter, die wir den Deutschen Volksrat als das einzige für Gesamtdeutschland zuständige Gremium betrachten, ihm den Dank dafür aussprechen, daß er es uns ermöglicht, hier unsere Interessen und Belange mitzuvertreten.

Ich bin bereits 25 Jahre im Bergbau beschäftigt. Ich stamme aus Westfalen und bin sozusagen in den Bergbau hineingeboren: mein Elternhaus stand gleich neben dem Stolleneingang; früher spielten wir als Kinder an diesen Stolleneingängen, heute ist Ernst daraus geworden. Das Leben hat mich nun nach Sachsen verschlagen; ich bekenne frei und offen, daß ich sehr gern dort gewesen und geblieben bin, weil dort der Bergbau besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Unsere Gruben sind sehr tief, wir leiden unter kolossalen Druckverhältnissen. Schwierigkeiten sind dazu da, daß sie von uns überwunden werden, und je besser wir sie überwinden, desto eher werden wir auch zu der Erkenntnis kommen, daß Arbeiten wirklich etwas Schöpferisches bedeutet.

1945 hat sich insofern etwas Grundlegendes geändert, als die Produktionsstätten ihre Besitzer wechselten. Es ist klar, daß in einem volkseigenen Betrieb für den denkenden Menschen eine andere Arbeitserkenntnis, eine andere Einstellung zur Produktionsstätte sich ergibt als in einem Privatbetrieb. Wir waren uns aber als Arbeiter bisher noch nicht ganz klar, wie diese Einstellung zur Arbeit aussehen mußte. Vor 14 Tagen habe ich zu der Entwicklung, die wir jetzt schon die Hennecke-Bewegung nennen, aus eigener Initiative den Anstoß gegeben; ich sagte mir: ich will ein Beispiel dafür schaffen, daß wir durch die Organisation der Arbeit, durch verbesserte Arbeitsmethoden zu verbesserten Ergebnissen kommen. Denn nur dann, wenn wir unsere Produktion unter allen Umständen steigern, kommen wir aus den heutigen Engpässen heraus. Es hat mich gedauert, wenn die Kumpels am Stoß mit zerrissenen Schuhen oder ohne richtige Arbeitskleidung arbeiten mußten und nicht wußten, warum dies eigentlich der Fall war.

Wenn man heute im Westen die Leistung der Aktivisten bezweifelt, so möchte ich empfehlen, daß uns sechs, acht oder zehn Kumpel hierhergeschickt werden, die einmal aufpassen, wie und aus welcher Einstellung heraus wir diese Leistung vollbringen. Wir werden ihnen dann das Rezept mit nach Hause geben.

Ich weiß allerdings nicht, ob ihnen dieses Rezept im Westen schmecken wird. Ich habe den Eindruck, als wenn dort im Westen eine Würze im Rezept enthalten ist, die ihnen die Leistung verbittert, und diese heißt: Monopolkapitalismus. Wir dagegen haben eine Essenz, mit der wir unsere Speise versüßen, sie heißt: volkseigene Betriebe.

Erich Feldner:

Als Vertreter von 15 hier anwesenden Delegationen aus den Berliner Großbetrieben übermittle ich Ihnen die besten Grüße der Berliner werktätigen Bevölkerung. Zu dem Verfassungsentwurf, den Sie vorgestern hier beschlossen haben, haben wir gestern in Betriebsversammlungen Stellung genommen, und wir haben unsere Zustimmung in Form von Resolutionen dem Sekretariat heute unterbreitet. Wenn Sie jetzt die Probleme der Wirtschaft behandeln, so sind wir als Betriebsaktivisten entschlossen, alles daranzusetzen, daß die Beschlüsse, die Sie fassen, wirklich Leben bekommen und Tatsachen werden. Wir stehen heute im Kampf um den Zweijahrplan, und wir werden alles, was in unseren Kräften steht, tun, um den Zweijahrplan nicht nur zu erfüllen, sondern ihn nach Möglichkeit vorfristig, also überzuerfüllen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen zu Ihrer Arbeit vollen Erfolg zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele: Einheit für ganz Deutschland und baldiger gerechter Friede.

Wilhelm Pieck:

Im Namen des Deutschen Volksrats danke ich Adolf Hennecke für seine Ausführungen. Er soll das Bewußtsein mitnehmen, daß wir in vollem Umfange die Schwere der Arbeit zu würdigen wissen, die dort unten tief in der Erde von den Kumpels geleistet werden muß. Wir werden alles daransetzen, auch die wirtschaftliche Lage der Kumpels ständig zu verbessern, um dadurch einen Ansporn zu schaffen, daß sie noch mehr leisten als bisher zur Erzeugung der Grundstoffe, die wir zum Aufbau unserer Wirtschaft brauchen. In diesem Sinne beglückwünsche ich den Häuer Hennecke und seine Kameraden zu ihren Erfolgen; wir sind gewiß, daß sie noch weitere Erfolge erzielen werden. Das gilt sicher auch für die anderen Berufe, denn es müssen überall alle organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, um von den Grundindustrien aus die gesamte Lebenshaltung zu verbessern.

Auch die Arbeiter der Berliner Betriebe und die gesamte Berliner Bevölkerung können versichert sein, daß der Deutsche Volksrat in dem Kampfe um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden besondere Aufmerksamkeit darauf legt, die Katastrophe von Berlin abzuwenden, die mit der beabsichtigten Zerreißung der Berliner Verwaltung und Wirtschaft eintreten mußte. Wir werden alles daransetzen, die Einheit Berlins, vor allen Dingen aber seine große Bedeutung als Hauptstadt Deutschlands zu erhalten.

Diskussion:**Dr. Reinhold Schwarz (LDP):**

Der Zweijahrplan steht unter der Devise: „Ein Volk hilft sich selbst“. Während der Westen Deutschlands sich einem ausländischen Plan ausgeliefert hat und schon jetzt bisweilen böse Worte hören muß, wie z. B. jenes: „Deutschland solle nicht annehmen, daß das geldgebende Ausland eine Amme sei“, rafft im Osten Deutschlands das Volk, durch tiefste Not und schwerstes Unglück gegangen, seine letzten Kraftreserven zusammen zum Kampf um Frieden und Freiheit. Schon einmal gab es einen solchen Unterschied zwischen Osten und Westen, als nämlich der Westen das Verfügungsrecht über die Bank- und Postscheckkonten behielt, die hier eingefroren waren; doch durch rastlose Arbeit und aus eigener Kraft stand Ostdeutschland bald genau so da wie Westdeutschland. Und das ist heute ebenso. Westdeutschland scheint mit Waren überschüttet; man könnte dort nicht schlecht leben, wenn nur genügend Geld zum Kaufen bei der Bevölkerung vorhanden wäre — allerdings vergißt man dabei, daß die alljährlich hinzukommende Schuldenlast von 2 Milliarden Dollar nicht so leicht abzudecken sein wird. Der Zweijahrplan schenkt uns nichts: Wir müssen uns alles selbst erarbeiten, aber wir werden auch keine Schulden haben.

Es wird zuweilen behauptet, daß einige Kreise meiner Partei dem Plan ablehnend gegenüberstehen. Ich stelle hier fest, daß dies nicht den Tatsachen entspricht, und ich spreche dabei als Beauftragter meiner Partei, nicht als politischer Außenseiter.

Josef Orlopp (SED):

Der Deutsche Volksrat als die berufene Vertretung des ganzen deutschen Volkes mußte sich auch mit der überaus wichtigen Frage befassen, wie die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Ausland und wie die gesamtdeutsche Handelspolitik in Zukunft gestaltet werden sollen. Während in Westdeutschland heute noch der Außenhandel von der kapitalistischen JEIA und damit von den USA betrieben wird, sind in unserer Zone diese Aufgaben schon seit Monaten in deutsche Hände übergegangen.

Ferner ist durch die von der amerikanisch-britischen Militärregierung verhängte totale Sperre der Zonen Grenzen der Warenverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland jetzt vollständig zum Erliegen gekommen. Der Interzonenhandel ist von Anfang an bewußt als Binnenhandel organisiert worden, in konsequenter Befolgung der Potsdamer Beschlüsse, die die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zur Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Landes machen. Leider wurden aber seit Bildung der Bizone die einheitlichen wirtschaftlichen Grundsätze mehr und mehr durchbrochen. Im Januar dieses Jahre hat der Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses vorgeschlagen, die Stahlerzeugung im Westen erheblich zu steigern, aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Erzeugnisse der erhöhten Stahl- und Eisenproduktion im Westen verbleiben sollen und die Exporte nach der sowjetischen Einflußsphäre nach Möglichkeit einzuschränken sind.

Infolge dieses Beschlusses trat in unserer Zone ein erheblicher Mangel an Eisen und Stahl, dem wichtigsten Rohstoff, den wir gebrauchen, ein. Nach den Verträgen standen uns monatlich rund 30000 Tonnen Walzwerkserzeugnisse aus dem Westen zu. Diese Mengesank von Monat zu Monat weiter ab, um im Mai dieses Jahres die 8000-Tonnen-Grenze zu erreichen, also nur noch ein Viertel von dem, was eigentlich nach der Verträgen zu liefern war. Die nunmehr verhängte Sperre des gesamten Interzonenhandels durch die westlichen

Wodurch sollten auch solche Gegensätze entstanden sein — etwa durch die Enteignung der Trusts und nazistischen Mammutbesitze? Niemand dürfte leugnen können, daß viele unserer Parteifreunde unter Anspannung aller Kräfte in den volkseigenen Betrieben mitarbeiten und daß viele von uns über ein Lebensalter im Kampf gegen die Großkonzerne gestanden haben; auch müßten viele von uns sehr vergänglich sein, wenn sie sich nicht mehr daran erinnerten, was sie unter dem Naziregime zu erdulden hatten. Davon, daß bei uns eine Freundschaft für die Nazibetriebe bestünde, kann also keine Rede sein.

Auch wird manchmal der Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir Gegner der volkseigenen Betriebe seien. Dies trifft nicht zu. Wir sind gegen niemand, der für die Erreichung unseres Zieles arbeitet, durch eigene Kraft in einem wirtschaftlich stabilen Deutschland zu leben. Andererseits ist es aber unser dringender Wunsch, daß gleiches Recht für alle gilt. Wir treten also auch für die Privatwirtschaft und das freie Handwerk ein, die beide bis jetzt durch ihren rastlosen Fleiß und ihr emsiges Schaffen unter Beweis gestellt haben und auch künftig unter Beweis stellen werden, daß sie mit aller Kraft daran arbeiten, die allgemeine Wirtschaftsmisere zu überwinden. Dies kann nicht anders sein. Denn es geht bei dem Plan nicht um eine Parteiangelegenheit, sondern um den kraftvollen Versuch, durch eigene Initiative durchzubrechen zu dem Ziel, ein freies Deutschland des Aufstieges und des Wohlstandes für alle zu erreichen.

Besatzungsmächte ist also nichts anderes als der letzte Schritt auf dem Wege einer vollkommenen Unterbindung des innerdeutschen Handels zugunsten des Westblocks und damit der USA. Daß solche Maßnahmen angesichts der Verflechtung der Wirtschaft auf beiden Seiten großen Schaden anrichten, ist selbstverständlich. Die von uns gelieferten Waren, wie Grubenholz und viele andere, fehlen jetzt in Westdeutschland genau so wie heute bei uns Eisen und Stahl.

Der unterbrochene binnendeutsche Warenverkehr hat sich nunmehr auf das Ausland verlagert. Während wir im Jahre 1947 rund 80 Prozent unserer Halbfabrikate und unserer Rohstoffe aus Westdeutschland und aus den westeuropäischen Staaten bezogen, haben wir in diesem Jahr rund 75 Prozent aller Rohstoffe und Halbfabrikate aus unseren östlichen Nachbarstaaten eingeführt. Wir liefern insbesondere Maschinen und Fertigwaren, und umgekehrt werden uns nunmehr aus den östlichen Staaten Kohle, Eisen und viele andere Waren geliefert, die wir dringend für unsere Industrie benötigen. Wenn wir heute Koks für Hüttenzwecke aus der Tschechoslowakei und aus Polen beziehen, dann bringen unsere Freunde in Osteuropa damit ein Opfer — das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen — denn sie gebrauchen Kohle und Eisen dringend zum eigenen Aufbau. Wenn wir also heute Artikel exportieren, die auch im eigenen Lande notwendig wären, dann deswegen, weil wir den anderen Völkern helfen wollen, die uns in unserer Not ebenfalls helfen.

Der Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft ist nur in enger Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens möglich.

Weil diese wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens auch für Westdeutschland die Grundlinie bilden müßte, wird von den Beauftragten des amerikanischen Imperialismus eine systematische Hetze gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken betrieben, denn auch Westdeutschland ist ein Land der Fertigindustrie und nicht ein Land, das sich erlauben

kann, 90 Prozent Schrott, Kohle und Holz auszuführen, wie die letzten amtlichen Meldungen feststellen. Während heute praktisch 87 Prozent der Ausfuhr unserer Zone aus Fertigwaren besteht, setzt sich im Westen die Ausfuhr zu 90 Prozent aus Rohstoffen zusammen. Diese Tatsache allein müßte nicht nur den Wirtschaftler, sondern vor allem jeden deutschen Politiker dazu bringen, mit uns die Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten, daß die Zukunft der deutschen Wirtschaft im Osten liegt. Jeder Deutsche, der ehrlich dem Frieden dienen und in Freundschaft mit unseren östlichen Nachbarvölkern

leben will, muß deshalb auf dem Boden der Warschauer Beschlüsse stehen.

Nur eine solche Politik nützt letzten Endes auch den von den erschütternden Umsiedlermaßnahmen betroffenen deutschen Menschen. Diesen Opfern der Hitlerpolitik werden heute von den Revanchepolitikern Hoffnungen gemacht, die sich nie erfüllen werden. Darum sitzen die Umsiedler heute noch zum Teil gleichsam auf gepackten Koffern, anstatt in der Arbeit, sei es in der Landwirtschaft, sei es in der Industrie, eine neue Heimat zu finden. Wir aber wollen sie aus dieser Hoffnungslosigkeit und Lethargie herausreißen, ihnen eine neue Existenz und damit wieder eine neue Heimat geben.

Otto Freitag (CDU):

• Nach der Einführung der Marktwirtschaft im Westen hat man dort die Formulierung gefunden, daß es sich um eine sozial gebundene freie Marktwirtschaft handle, bei der das Preisgefüge durch Angebot und Nachfrage zur Auspendelung kommen werde. Selbst derjenige, der die illusionäre Auffassung hätte, daß im Laufe der weiteren Entwicklung sowohl bei uns in Deutschland als auch in der Weltwirtschaft die Rückkehr zu einer Automatik der freien Wirtschaft möglich wäre, muß doch mit aller Nüchternheit erkennen, daß eine solche Voraussetzung weder für die westdeutschen noch für die ostdeutschen Gebiete vorerst vorhanden ist. Wenn wir daher heute in der Zusammenfassung aller Kräfte eine Wirtschaftsplanung durchführen, die die Aufgaben im Zonenmaßstab über die Länderaufgaben stellt, so sollen und müssen — und das hat auch Präsident Rau in seinen Ausführungen anerkannt — neben dem kompakten Block der volkseigenen Betriebe auch die Privatbetriebe nach wie vor zum vollen Einsatz gelangen.

In wirkungsvoller, aufgeschlossener Zusammenarbeit sollen beide Sparten unserer Wirtschaft für die Durchführung des Zweijahrplanes eintreten. Denn als Zubringer- und Fertigungsindustrie der von den volkseigenen Betrieben geschaffenen Rohstoffe und Materialien werden die privatwirtschaftlichen Betriebe immer eine Bedeutung behalten.

Unsere Einstellung zum Zweijahrplan ist eine positive. Mit positiver, konstruktiver Kritik sind wir jederzeit bereit und aufgeschlossen, uns an der Durchführung des Zweijahrplanes zu beteiligen. Denn wir müssen alle Mittel in Bewegung setzen, alle Anstrengungen zusammenfassen, um den Lebensstandard der Bevölkerung in unserer Zone aus eigener Kraft zu heben.

In der ostdeutschen Wirtschaft haben wir bei der Durchführung des Zweijahrplanes viele Engpässe zu überwinden. Die entscheidenden Voraussetzungen hier-

für liegen in der Investierung, in der Schaffung neuer Produktionsanlagen und Produktionsmittel. Der Wirtschaftsplan der SED — und das ist auch publizistisch von ihr vertreten worden — glaubt in erster Linie die Investierungsprobleme, den Aufbau neuer Schlüssel- und Rohstoffindustrien in den Vordergrund stellen zu müssen. Es wäre selbstverständlich demagogisch, der Bevölkerung zu sagen: Zunächst mehr essen und dann produzieren. Aber erst durch die Koordinierung aller Gesamtaufgaben, der Produktion wie der Versorgung, wird die sachliche und wirkungsvolle Durchführung des Zweijahrplanes gesichert sein. Daher haben wir in unserem Wirtschafts- und Sozialprogramm den Grundsatz aufgestellt, daß die gesamte Produktion nach Dringlichkeitsstufen aufzubauen ist, doch daß erst der dringendste Bedarf der einheimischen Bevölkerung gedeckt wird, daß dann Exportlieferungen zur Sicherung der Einfuhr von unentbehrlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln folgen sollen und daß daran anschließend als selbstverständliche Verpflichtung die Reparationslieferungen und der Besatzungsbedarf zu decken sind. Wir glauben, daß unsere Anregungen, die nicht einem utopischen Wunschprogramm entstammen, sondern nüchterner Betrachtung der Realität, eine befruchtende Ergänzung des vorliegenden Zweijahrplanes bilden können.

Weil wir uns alle vorbehaltlos und aus Überzeugung für die Einheit Deutschlands einsetzen — einerlei, in welchem ideologischen Lager wir stehen —, haben wir die Pflicht und die Aufgabe, alle Wirtschaftspläne, die in unserer Zone durchgeführt werden, darauf abzustimmen, daß sie für die gesamte deutsche Wirtschaft, wenn die Stunde für die Einigung geschlagen hat, jederzeit Geltung erlangen können. Ich glaube, wir können versichert sein, daß die Deutsch-Wirtschaftskommission diese schicksalsvollen Notwendigkeiten durchaus erkennt, und daß sie in diesem Sinne weiterhin Bahnbereiter für die Einheit Deutschlands sein wird.

Mizzi Kaschner (DFD):

Die unterschiedliche Entwicklung in Deutschland, hervorgerufen durch die Spaltungspolitik deutscher und ausländischer monopolistischer Kräfte, bedingt auch eine unterschiedliche Führung des Kampfes um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Im Westen Deutschlands gilt es, überhaupt erst die Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratisierung durch Nationalisierung der Banken, Bodenreform und Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher zu schaffen und den demokratischen fortschrittlichen Kräften das Recht wirklich freier, ungehinderter Mitwirkung am öffentlichen Leben zu gewähren. Im Osten Deutschlands wurden diese Voraussetzungen geschaffen. Frei und ungehindert können die fortschrittlichen Kräfte das Neue gestalten helfen, können den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen.

Aber der Aufstieg aus eigener Kraft ist nicht leicht. Er erfordert von uns die Anspannung aller geistigen und physischen Kräfte und wäre unmöglich, wenn

nicht gleichzeitig mit der notwendigen Leistungssteigerung und Unkostensenkung eine planmäßige Wirtschaftsgestaltung verbunden wäre. Infolge der verständnisvollen Haltung unserer Besatzungsmacht ist die Verantwortung für den Neuaufbau in immer stärkerem Maße in unsere eigenen Hände gelegt worden. Es kommt nun darauf an, durch die Erfüllung dieser Pläne der Welt zu beweisen, daß wir fest entschlossen sind, eine Wirtschaft aufzubauen, die dem Frieden dient. Um jedoch diese gigantischen Aufgaben zu lösen, ist es notwendig, daß Stadt und Land in engster Verbindung, gegenseitig helfend und unterstützend zusammen wirken; dazu ist auch erforderlich, Mittel und Wege zu finden, die den Frauen die Möglichkeit der Mitbeteiligung und Mitgestaltung geben.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands hat sein Arbeitsprogramm hierauf eingestellt. Die Aktivierung der Betriebsarbeiterinnen

durch Schaffung von Betriebsgruppen dient diesem Ziel. Betriebsarbeiterinnenkonferenzen helfen unseren Frauen, die Wege der Mitbeteiligung zu erkennen, die Schwierigkeiten eines breiten Arbeitseinsatzes und fachlicher Qualifikationen zu diskutieren und Maßnahmen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten vorzuschlagen. Innerbetriebliche Wettbewerbe und die Einführung des progressiven Leistungslohnes, verbunden mit einer Förderung und Auszeichnung der Aktivistinnen, sollen auch in den reinen Frauenbetrieben zu Leistungssteigerung und Qualitätsverbesserung führen.

Die Erfahrungen unserer eigenen Arbeit und die Beobachtungen, die wir als Vertreterinnen des DFD kürzlich auf einer Reise in die Sowjetunion machten, haben uns gezeigt, daß für eine Mitbeteiligung der Frauen an der Durchführung der Wirtschaftspläne die Schaffung von sozialen Einrichtungen Voraussetzung ist. Bisher wurden diese Aufgaben, wie Schaffung von Kindergärten, Kinderwochenheimen, Werkküchen, Einkaufsstellen usw., mehr oder weniger

den Frauen allein überlassen. Das muß in Zukunft Aufgabe des gesamten Volkes und auch Bestandteil unserer Wirtschaftspläne werden. Wir konnten uns in der Sowjetunion von den Vorzügen planmäßiger Wirtschaftsgestaltung überzeugen und sind der Meinung, daß auch für unseren Wirtschaftsaufbau eine solche bis ins kleinste gehende Planung, die auch die berechtigten Forderungen der Frauen berücksichtigt, notwendig und richtig ist.

Das Bewußtsein unserer Frauen beginnt, sich dem Neuen, das in Deutschland werden will, aufzuschließen. Schaffen wir unsere Frauen die materiellen Voraussetzungen, damit sie sich ihren Neigungen und Fähigkeiten gemäß entwickeln können! Ziehen wir sie heran zu Plan- und Kontrollkommissionen! Entwickeln wir aus der Maschinenarbeiterin die Meisterin und Betriebsleiterin! Neue Fähigkeiten, neue Impulse werden dann unserer Wirtschaft zufließen.

Aber nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Familie: Denn gerade die Frau, die schaffend sich zu höchster Qualität entwickelt und aufgeschlossen im Leben steht, wird ihren Kindern eine verständnisvolle Führerin ins Leben sein können.

Adam Wolfram (FDGB):

Die Gewerkschaften haben seit ihrem Wiedererstehen 1945 tatkräftig am Aufbau unserer neuen Wirtschaft mitgearbeitet. Denn aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben die Werktätigen die Erkenntnis gewonnen, daß die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem und die imperialistische Politik hervorgerufenen Krisen und Kriege immer zu Lasten der breiten Massen des Volkes gingen. Um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden, ist es erforderlich, den arbeitenden Menschen in viel stärkerem Umfang in den Mittelpunkt der Wirtschaftsgestaltung zu stellen: **Der Werktätige als der Träger der Wirtschaft muß ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich ihrer Gestaltung und Lenkung erhalten.**

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben sich im vergangenen Jahr auf der Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen mit den großen wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Übereinstimmend wurde der Aufbau eines Systems der geplanten und gelenkten Wirtschaft gefordert, weiter die Errichtung eines zentralen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung, in dem die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein sollen. Die Erhöhung der Industrieproduktion wurde als die entscheidende Voraussetzung zur Verbesserung der Versorgung des deutschen Volkes erkannt.

Seit diesem Beschluß aller deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind rund anderthalb Jahre vergangen. Leider müssen wir heute feststellen, daß in den Westzonen Deutschlands die Gewerkschaftsorganisationen und demokratischen Kräfte nicht fähig waren, die aufgestellten Forderungen zu realisieren. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Zonen verlief in entgegengesetzter Richtung. Der Einfluß der imperialistischen Mächte Amerikas und Englands in Verbindung mit den reaktionären Kräften der westdeutschen Industrie setzte sich durch und verhinderte die Bildung von zentralen deutschen Verwaltungen der Wirtschaft. So wurde in Westdeutschland der Zweizonenwirtschaftsrat geschaffen, der das Organ der westdeutschen Monopolisten und Konzernherren unter dem Protektorat der amerikanisch-englischen Finanzkreise ist. Alle bisher von diesem Zweizonenwirtschaftsrat getroffenen Maßnahmen müssen sich letzten Endes zum Schaden des werktätigen Volkes auswirken. Wir sehen, daß in diesen Zonen die Gewerkschaften immer mehr in die Defensive gedrängt werden und keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Hier zeigt sich, daß nur durch bestimmte politische und

ökonomische Veränderungen der Einfluß der werktätigen Bevölkerung gewährleistet wird.

Nachdem durch die separate Währungsreform praktisch Deutschland aufgespalten und durch die Sperrung der Zonengrenzen der Warenverkehr innerhalb Deutschlands gehemmt worden ist, glaubt man, der Wirtschaft der Ostzone den entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission beweist aber genau das Gegenteil. Mit der Durchführung grundlegender ökonomischer Veränderungen in der Ostzone war der Weg für eine demokratische Wirtschaftsgestaltung frei. Das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und der Gewerkschaften in der Wirtschaft wurde verankert, so ist die Grundlage dafür geschaffen, daß unsere Wirtschaft in Zukunft nur noch der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dienstbar gemacht wird. In den vergangenen Jahren machte sich auch bei uns immer stärker der Mangel einer zentralen Planung bemerkbar. Ohne Zweifel haben die Länder in unserer Zone im Aufbau der einzelnen Industriezweige und der Produktion Großes geleistet. Es fehlte aber an einer Koordinierung, an einer einheitlichen Steuerung und Lenkung der Gesamtwirtschaft. Deshalb begrüßten die Gewerkschaften den Erlass des Befehls 32, auf Grund dessen die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet wurde.

Schon der Name sagt, daß diese zentrale Wirtschaftsverwaltung in Gegensatz zu dem Zweizonenwirtschaftsrat in Frankfurt (Main) steht. Die DWK ist ihrer Grundtendenz nach darauf eingestellt, eine gesamtdeutsche Lenkung und Steuerung der Wirtschaft durchzuführen. Wenn sie infolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtd Deutschlands ihre Arbeit zur Zeit nur auf die sowjetisch besetzte Zone erstreckt, so kann jederzeit ihre Wirksamkeit auf die gesamtdeutsche Wirtschaft ausgedehnt werden.

Für die Werktätigen der Ostzone ist es eine besondere Genugtuung, feststellen zu können, daß die Gewerkschaften in alle Organe der Deutschen Wirtschaftskommission maßgeblich eingeschaltet sind. Hierdurch wird zum Ausdruck gebracht, daß die DWK in der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht auf die Mitarbeit der werktätigen Massen verzichten will. Die enge Zusammenarbeit zwischen Werktätigen und Wirtschaftsführung bietet uns die Garantie, daß trotz aller Schwierigkeiten, die zweifellos zur Zeit noch vorhanden sind, eine Gesundung der Wirtschaft erreicht werden wird.

Schon heute können wir feststellen, daß das Ziel der westdeutschen Imperialisten und Monopolisten, durch ihre Maßnahmen die Wirtschaft der Ostzone lahmzulegen, nicht erreicht wird. Im Gegenteil, in der Ostzone war es durch den Einsatz aller aufbauwilligen Kräfte möglich, die Produktion von Jahr zu Jahr erheblich zu steigern.

Die im Sommer dieses Jahres bekanntgegebenen Wirtschaftspläne werden in ihrem Ergebnis eine weitere Steigerung unserer Erzeugung zur Folge haben und damit die Grundlagen für eine wesentliche Besserung auch der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Volkes schaffen. Die Rechte und Befugnisse der DWK bieten uns die Gewähr, daß die partikularistischen Bestrebungen der einzelnen Länder überwunden sind und die Lenkung und Steuerung nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Denn die großen wirtschaftlichen Aufgaben in unserer Zone — z. B. Verbesserung unserer Rohstoffbasis, Ausweitung bestimmter Kapazitäten einzelner Industriezweige — können nur durch eine zentrale Planung gelöst werden. Die Gewerkschaften und mit ihnen die gesamten Werktätigen bekennen sich aus diesem Grunde zu den Arbeiten der Deutschen Wirtschaftskommission und werden sie auf das tatkräftigste unterstützen.

Ich habe in den letzten Tagen in gewissen Berliner Zeitungen feststellen müssen, daß sie in verleumderischer Absicht die Entwicklung der Industrie unserer Zone herabsetzen. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß man diese bewußten Falschmeldungen niedriger hängt; denn die Tatsachen der Entwicklung unserer Wirtschaft sprechen eine andere Sprache. Wenn ich Ihnen aus Sachsen-Anhalt berichten kann, daß dort in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Gesamtproduktion gegenüber 1947 um 20 Prozent gesteigert werden konnte, dann ist das etwas anderes, als was die „Neue Zeitung“ berichtet, daß nämlich gerade in Sachsen-Anhalt eine Anzahl von Betrieben habe stillgelegt werden müssen und daß dort im Braunkohlenbergbau die Leistungen um 25 Prozent zurückgegangen seien. Wenn die „Neue Zeitung“ weiter schreibt, daß Kaliwerke in unserer Zone infolge technischer Schwierigkeiten und infolge Mangels an Material hätten still-

gelegt werden müssen, so kann ich Ihnen berichten, daß nicht ein einziges Kaliwerk stillgelegt worden ist, sondern daß die Leistungen dieser Kaliwerke im August, zum Beispiel beim Kaliwerk Roßleben, 125 Prozent der Sollauflage betrugen, daß die Kaliwerke Aschersleben und Groß-Schierstädt im dritten Quartal 1948 ihre Sollauflagen übererfüllen konnten, daß die Gießereiproduktion in dem Metallwerk in Merseburg von 320 Tonnen im Jahre 1945 auf 914 Tonnen im Jahre 1947 erhöht werden konnte, und daß die gesamte Magdeburger Industrie ihre Produktion im August dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre um 28,1 Prozent steigerte.

Wenn wir heute erfreulicherweise feststellen können, daß von den bedeutendsten Großbetrieben Sachsen-Anhalts, z. B. das Elektrokombinat Bitterfeld im August, das Reichsbahn-Ausbesserungswerk Stendal Ende Juli, die Stickstoffabteilung der Filmfabrik in Wolfen im August und das Werk Otto Gruson in Magdeburg Anfang Oktober ihr Jahressoll für 1948 erfüllen konnten, dann ist das ein Beweis für die Aufwärtsentwicklung unserer Produktion. Diese Leistungen beweisen, daß die Werktätigen gemeinsam mit den Werksleitungen erkannt haben, daß nur aus eigener Kraft ein Aufstieg unserer Wirtschaft möglich ist. Sie hoffen nicht auf die zweifelhafte Hilfe gewisser ausländischer Mächte, sondern sie sind der Meinung, daß die Aufgaben, die uns in den Wirtschaftsplänen gestellt sind, nur gelöst werden können durch den Einsatz aller aufbauwilligen Kräfte unserer Zone.

Wir als Gewerkschafter haben deshalb unsere Haupttätigkeit darauf gerichtet, die Aktivistenbewegung unserer Betriebe zu steigern. Wenn wir heute von Tausenden und aber Tausenden solcher Aktivisten berichten und Ihnen mitteilen können, daß das Beispiel der Zwickauer Bergarbeiter schon großen Erfolg gehabt hat, indem auch in Sachsen-Anhalt im Braunkohlen- und Kupferbergbau, in Thüringen, aber auch in anderen Ländern neue Gruppen sich bilden, die die Norm ihrer Leistung überbieten, dann ist das ein guter Anfang. So sind wir davon überzeugt, daß, wenn wir unsere gesamten Kräfte, die Millionenmassen unserer Mitglieder in diese Bewegung einschalten, die Erfüllung der Wirtschaftspläne gesichert ist.

Alfred Wunderlich (NDP):

Den Deutschen Volksrat betrachten wir als das demokratische Forum des gesamten deutschen Volkes und begrüßen es daher, daß auch die Deutsche Wirtschaftskommission vor ihm ihren Bericht erstattet. In diesem Forum soll nicht nur Kritik geübt, es sollen von hier aus auch Anregungen gegeben werden. In diesem Sinne möchte ich zu einigen Teilgebieten des großen Aufgabenbereiches der Deutschen Wirtschaftskommission Stellung nehmen. Sowohl in der Zuteilung von Rohstoffen und Fertigungskontingenten als auch in der Verteilung der produzierten Waren ist nicht immer das demokratische Gesetz der Gleichberechtigung beachtet worden. Die Grundzüge der demokratischen Neuordnung der Wirtschaft müssen vor allem darin ihren Ausdruck finden, daß sie auf einer realen Demokratie aufgebaut wird. Der für die Verteilung zugrunde gelegte Begriff „Werktätige“ darf deshalb nicht auf einen bestimmten Kreis begrenzt sein, sondern muß wirklich alle Teile unseres Volkes umfassen, die in ehrlicher Mitarbeit am Aufbau unserer neuen Wirtschaft mitmachen.

Durch den verlorenen Krieg hat die deutsche Wirtschaft eine entscheidende Änderung ihrer Struktur erfahren. Ihre industrielle Kapazität ist durch Kriegsverluste und Demontagen auf ein Minimum verringert; die vorhandenen Produktionsmittel sind durch den Krieg heruntergewirtschaftet. Unsere Wirtschaft befindet sich in einer anomalen Situation; daher hat die unbedingt notwendige Wirtschaftsplanung einen schwierigen Start. Die in der Ostzone durchgeführte Planung unterscheidet sich grundsätzlich von früheren Methoden dadurch, daß sie vom Hersteller, d. h. von den

Rohstoffen her erfolgt, im Gegensatz zu anderen Systemen, wo vom Endpunkt her versucht wird, die Wirtschaft zu lenken und zu steuern. Der Vorteil der bei uns angewandten Methode ist an den bis jetzt erzielten Erfolgen ohne weiteres festzustellen.

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich zwei grundsätzliche Forderungen an die Deutsche Wirtschaftskommission. Erstens erscheint es uns notwendig, eine Dringlichkeitsfolge der in der Planung vorgesehenen Aufgaben für den Aufbau der Wirtschaft in der Ostzone festzulegen. Dieser Dringlichkeitsfolge bzw. Rangordnung der zu lösenden Aufgaben hat sich das übrige Geschehen in der Wirtschaft freiwillig und vielleicht auch bedingungslos unterzuordnen. Wir brauchen erst Kohle, dann Energie, dann Maschinen, ehe wir säen, ernten, spinnen und leben können. Diese unabänderlichen Grundsätze des technologischen Aufbaues in der Wirtschaft, die Umwandlung der Grundstoffe in Halb- und Fertigwaren verlangt deshalb in erster Linie einen vertikalen Aufbau unserer Produktionsindustrie. Ausgehend von dem Gesamtbedarf ergibt sich die Dringlichkeitsfolge; in dieser Reihenfolge müssen sowohl die Rohstoffe als auch die Erzeugnisse verteilt werden. Wir sind uns dabei freilich bewußt, daß auch die raffinierteste Verteilungsmethode den zur Verfügung stehenden Kuchen nicht größer werden läßt.

Zweitens muß im Zweijahrplan der Mittelstand und insbesondere das Handwerk berücksichtigt werden. Die NDP hat deshalb der Deutschen Wirtschaftskommission sowie dem Deutschen Volksrat einen Zweijahrplan

des Handwerks als Zusatzplan zum Zweijahrplan vorgelegt. Wir bitten, diesen Antrag zu prüfen und zu berücksichtigen, da wir glauben, damit entscheidend und konstruktiv dazu beizutragen, daß sich das gesamte Sozialprodukt vergrößert und der Bedarf der Bevölkerung schneller befriedigt werden kann.

Alle erlassenen Anordnungen haben nur dann einen Erfolg, wenn ihre Durchführung sinngemäß kontrolliert wird. Deshalb haben wir die Errichtung der Zentralen Kontrollkommission als einer selbständigen Hauptverwaltung außerordentlich begrüßt. Wir stehen aber auch hier auf dem Standpunkt, daß diese Kontrolle nur dann einen Wert besitzt, wenn die festgestellten Verlustquellen nach Möglichkeit sofort, jedoch mit unbürokratischen Mitteln beseitigt werden und gerade mit der Kontrolle der Planerfüllung eine tiefgehende Prüfung der Ursachen der Nichterfüllung verbunden wird.

Bei der Kontrolle haben wir zwei Gebiete zu unterscheiden: die wirtschaftliche Produktivität und die technische Produktivität. Für die Kontrolle der ersteren kennen wir die Hilfsmittel wie den normalen Kontenrahmen, die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Betriebsabrechnung usw., jedoch müssen wir für die Kontrolle der technischen Produktivität erst geeignete Meßmethoden entwickeln. Diese müssen es ermöglichen, die wirklich echte Leistung in einem Betriebe zu messen. Denn ein Betrieb, der einen Gewinn ausweist, braucht noch lange nicht ein guter Betrieb zu sein. Die Ursachen für einen Gewinn können oft mit der effektiven Leistung des Betriebes nichts gemein haben. Es kommt uns dabei darauf an, z. B. die Frage beantwortet zu erhalten: Wieviel Arbeitskräfte sind in einem Betriebe beschäftigt, und welche effektive Leistung wird erreicht? Wir müssen also wissen, wie groß die Fehlzeiten sind und welchen Leistungsgrad im Durchschnitt die Arbeitskräfte erreichen. Die Beantwortung dieser Fragen ist deshalb so wichtig, weil wir heute schon einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften, und ganz beson-

ders an Facharbeitern, in unserer Zone haben; die so raren und kostbaren Arbeitskräfte müssen ökonomisch angesetzt werden.

Ich komme nun zum Berichtswesen. Wenn z. B. ein Betrieb angibt, daß er im Monat 26 Befragungen mit etwa 210 Formularen an so und soviel Stellen abzugeben hat, so ist das sicherlich des Guten zuviel. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Deutsche Wirtschaftskommission es nicht dabei bewenden lassen sollte, Anordnungen zu erlassen, wonach Berichte und Statistiken meldepflichtig sind, sondern wir sind der Meinung, daß die Deutsche Wirtschaftskommission einen großen Rotstift nehmen sollte, um 70 Prozent aller bestehenden Meldungen zu streichen und, wenn möglich, zu verbieten. Wir hoffen, daß das in Vorbereitung befindliche einheitliche Meldeverfahren zur baldigen Durchführung kommt und damit die die Betriebe überschwemmende Flut von Meldungen und Berichten eingedämmt wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anregung geben, daß in der Veröffentlichung der Planerfüllungszahlen nicht nur die Planerfüllung angegeben wird, sondern auch gleichzeitig die Höhe des Prozentsatzes, mit dem nunmehr der Bedarf abgedeckt werden kann. Durch die Veröffentlichung von hohen Planerfüllungsprozenten entsteht bei der Bevölkerung der Eindruck, als ob nunmehr der gesamte Bedarf abgedeckt werden könnte. Die Verwirklichung dieser Anregung würde das Vertrauen zum Wirtschaftsplan stärken und die schrittweise Besserung der Versorgungslage erkennen lassen.

Wenn die ganz-schaffende Bevölkerung die Überzeugung gewinnt, daß die Planung den Lebensstandard jedes arbeitenden Menschen erhöht, dann wird unser ganzes Volk den Plan als seinen Plan anerkennen. An der Schaffung eines solchen Planes und an der immer engeren Verknüpfung des Planziels und der Planmethoden mit dem Wiederaufbau unseres Wohstandes mitzuwirken, das ist unser fester, unabänderlicher Wille.

Hermann Axen (FDJ):

In Abkehr von der schädlichen Tradition der deutschen Jugendbewegung in der Vergangenheit hat sich die Freie Deutsche Jugend seit ihrer Gründung mit den Problemen des wirtschaftlichen Aufbaues und mit der Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte der Jugend beschäftigt. Als einzige deutsche Jugendorganisation war sie in der Lage, auf ihrem zweiten Parlament in Meissen der deutschen Jugend ein Programm des wirtschaftlichen Aufbaues unseres Vaterlandes vorzulegen. Diese Erklärungen der Freien Deutschen Jugend sind aber nicht nur Papier geblieben. Im gestrigen und heutigen Verlauf der Tagung wurde schon wiederholt die aktive Teilnahme der Jugendlichen unserer Zone am Aufbau der Friedenswirtschaft, bei der Verwirklichung des Halbjahrplanes 1948 aufgezeigt. Wir möchten darauf hinweisen, daß wir wohl sehr stolz auf die tausende junger Aktivisten sind, die in Industrie und Landwirtschaft bahnbrechend seit dem Zeitler Kongreß an der Einführung neuer Arbeitsmethoden und der Herstellung einer neuen Arbeitsmoral beteiligt sind, daß wir uns aber keineswegs mit dem bisherigen Ausmaß, Umfang und Inhalt der Aktivistenbewegung der Jugend zufriedengeben. Weit entfernt davon sind wir vielmehr der Meinung, daß nunmehr, nachdem die Hennecke-Bewegung eine Realität geworden ist, die Jungaktivistenbewegung die neuen Formen, die vom Oelsnitzer Steinkohlenrevier ausgegangen sind, auch in ihrer Arbeit einzubeziehen hat. Deshalb begrüßen wir auch von dieser Stelle die erste Maßnahme auf diesem Gebiet, die die Jungaktivisten der Schiffswerft Boltzenburg in Mecklenburg getroffen haben, indem sie in Aufbaukolonnen dem Beispiel des Häufers Adolf Hennecke nachgeefft und erfolgreich die bestehenden Normen in der Schiffswerft überboten haben.

Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission hat bereits auf das entscheidende Gebiet der Berufsausbildung hingewiesen. So glücklich wir uns schätzen, daß die von uns in Zeit erhobene Forderung auf Schaffung von Berufsschulen in Betrieben, besonders in den SAG- und in den volkseigenen Betrieben, heute schon zur Schaffung von etwa 100 Berufsschulen geführt hat, und wenn wir weiterhin mit Genugtuung feststellen, daß sich die Zahl der Lehrwerkstätten rasch vermehrt, so müssen wir doch die bisher vorgelegten Pläne auf dem Gebiet der Nachwuchslenkung und Berufsausbildung als völlig unzulänglich bezeichnen, und zwar deshalb, weil die dort vorgeschlagene Nachwuchslenkung in keinerlei Zusammenhang mit den Planzielen, Plannotwendigkeiten und nächsten Planetappen steht, ferner deshalb, weil sie den eigentlichen Bedürfnissen der Jugend und der Forderung einer modernen Berufsausbildung keineswegs Rechnung trägt.

Im Zusammenhang damit hat der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend beschlossen, die werktätige Jugend in der Ostzone zu einem Leistungs- und Berufswettkampf aufzurufen, der einerseits der Verbreiterung der Aktivistenbewegung in Industrie und Landwirtschaft dienen und auf der anderen Seite die Qualifizierung des beruflichen Nachwuchses in unserer Zone ermöglichen soll. Dieser Leistungs- und Berufswettkampf wird durch die Vornahme von Zwischenprüfungen auch eine Aktivistenbewegung unter den Lehrlingen und jungen Arbeitern in den Betrieben ermöglichen, die es mit sich bringen wird, daß die vielfach aus alten Traditionen stammenden Lehrzeiten und die Fristen der Lehrausbildung unterboten werden können.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Einführung der Kleiderkarte. Wir haben im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats erfahren, daß bei der Einführung der Kleiderkarte, der sogenannten Punktkarte, eine Übertragung der Punkte nur innerhalb des Haushalts und der Familie möglich sein wird. Wir wiederholen von dieser Stelle aus unsere Bitte, daß man in dieser Hinsicht die Forderungen der Jugendlichen von vornherein berücksichtigt. Denn Hunderte und Tausende unserer Jugendlichen sind eltern- und heimatlos, eine große Anzahl von Jugendlichen arbeitet in den Schwerpunktzentren des Zweijahrplans, so daß sie sich dort nicht innerhalb ihrer Familie und eines Haushalts befinden. Wir bitten deshalb, die Übertragung dieser Punkte in der Weise zu gestatten, daß einige Großkleidungsstücke von seiten der Familienangehörigen erworben werden können, so daß wenigstens in den ersten Wochen des Anlaufens der Kleiderkarte von vornherein auch diejenigen Jugendlichen berücksichtigt werden, die selbständig sind und keinen Haushalt führen. Dasselbe gilt für die Studenten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes und die eingeleitete Aktivistenbewegung zweifellos in der deutschen Jugend unserer Ostzone eine neue Arbeitsmoral entwickeln, ein neues Arbeitsethos erzeugen werden. Hier in der Ostzone wird sich das Beispiel verallgemeinern, daß die Jugendlichen zu solchen Kumpels wie Adolf Hennecke und seinen Kameraden gehen und von ihnen lernen. Auf diese Weise wird eine neue Beziehung zwischen jung und alt in den Betrieben und in der Landwirtschaft angebahnt werden, die in krassstem Gegensatz steht zu der Tatsache, daß Jugendliche, die heute als Lohndrücker in den Westzonen benutzt werden, dort von ihren erwachsenen Kameraden oft verlacht bzw. abgelehnt werden.

Paul Scholz (DBD):

Mit Recht hat der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission auf die gesamtdeutsche Aufgabe hingewiesen, die die DWK zu erfüllen hat und trotz aller Spaltungsmaßnahmen erfüllt. In welchem Maße sie dies tut, zeigt allein das Beispiel der Anknüpfung immer neuer Handelsbeziehungen mit den Ländern im Norden, Osten, Südosten und auch im Westen Europas. Anders als über die Fesseln des Marshall-Planes wird auf diese Weise unserem Volke der Weg geebnet, um wieder in den Kreis der friedlichen und demokratischen Völker zurückzukehren.

Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission hat ein Bild darüber gegeben, welche Anstrengungen die Bevölkerung der Ostzone in den vergangenen Jahren seit 1945 unternommen hat, um die Folgen des Krieges und des Zusammenbruches unserer Wirtschaft zu überwinden. Auf vielen Gebieten haben wir heute schon wieder Produktionszahlen, die denen der Friedensproduktion von 1936 nahekommen oder sie sogar übertreffen. Zum erstenmal in Deutschland gehen die Arbeiter und Bauern jetzt daran, ihre Anstrengungen zusammenzufassen, um nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan unsere Wirtschaft wiederaufzubauen. Bei dem Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft und der Durchführung des Zweijahrplanes kommt der Entwicklung der Landwirtschaft große Bedeutung zu. Jeder Bauer, der seine Wirtschaft in Ordnung halten will, ist gewohnt, nach einem Wirtschaftsplan zu arbeiten. Es ist darum nur natürlich, daß die Demokratische Bauernpartei Deutschlands dem Gedanken einer planmäßigen Entwicklung unserer Wirtschaft positiv gegenübersteht und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Wirtschaftskommission und allen demokratischen Kräften für die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes einzutreten bereit ist. Wir betrachten es dabei als unsere besondere Aufgabe, die Bauern bis ins letzte Dorf für die aktive Mitarbeit am Wirtschaftsplan zu gewinnen.

In dieser Hinsicht entwickelt sich eine neue Einheit der schaffenden Menschen, und jener Generationsgegensatz, auf den bisher ausbeuterische Klassen spekuliert haben, wird überwunden werden durch die Zusammenarbeit der Jugendlichen und Erwachsenen bei der Steigerung der Produktion unter gegenseitiger Vermittlung der Arbeits Erfahrungen und besserer Arbeitsmethoden.

Diese Aktivistenbewegung war natürlich nur möglich nach der Durchführung der demokratischen Reformen, die der Jugend in der Ostzone weitgehende Rechte, die Verwirklichung eines großen Teiles der sogenannten Grundrechte der jungen Generation gebracht haben. Man kann nicht erwarten, daß eine Arbeitsmoral, wie sie die Tausende von Jungaktivisten in der Ostzone tagtäglich unter Beweis stellen, von der Jugend in den Westzonen aufgebracht wird, wo keinerlei Mitbestimmungsrechte der Jugend bestehen. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Zweijahrplan die größte Anerkennung und Unterstützung der Jugend finden und daß sich innerhalb der Masse der deutschen Jugend eine Planbegeisterung Bahn brechen wird; denn der Zweijahrplan garantiert die Sicherung der demokratischen Reformen und damit der bisher erreichten Errungenschaften der Jugend.

Wer den Zweijahrplan antastet und durchkreuzt, der tastet damit die bisher erreichten Errungenschaften der Jugend an und durchkreuzt das Mitbestimmungsrecht der Jugend; er trägt dazu bei, daß der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung und die Verringerung der Arbeitszeit für Jugendliche wieder illusorisch gemacht werden. Daher tritt die Jugend, insbesondere auch die FDJ, rückhaltlos und konsequent für die Durchführung des Zweijahrplanes ein.

Von der Verwirklichung des Planes in der Landwirtschaft hängt es entscheidend mit ab, in welchem Maße und in welcher Zeit wir in der Ostzone zu einer steigenden Verbesserung unserer Ernährung, zu einer schließlichen Aufhebung der Rationierung und damit zu einer Abschaffung des Ablieferungssolls kommen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist die Steigerung der Hektarerträge. Dazu bedürfen unsere Bauern vor allem Maschinen, Geräte, Düngemittel, Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Es ist darum nicht nur im Interesse der Bauern, sondern im Interesse des ganzen deutschen Volkes richtig, daß der Zweijahrplan vor allem den Wiederaufbau und die Entwicklung der Grundstoffindustrien, der Chemiewerke, Stahlwerke und Maschinenfabriken, vorsieht. Je schneller diese Grundindustrien aufgebaut und entwickelt werden, um so schneller werden unsere Bauern wieder zu Traktoren, Maschinen, Geräten und all den notwendigen Betriebsmitteln kommen, die eine bessere Bodenbearbeitung und eine Steigerung der Erzeugung mit sich bringen werden. Neben der Neuherstellung von landwirtschaftlichen Maschinen betrachten wir es aber als eine dringende Aufgabe, daß in der Planung auch die Fertigung von Ersatzteilen genügend berücksichtigt wird.

Als natürliche Hilfe für die Steigerung unserer Erzeugung begrüßen wir die Flächenveranlagung in bezug auf die tierischen Produkte. Diese von der Mehrheit unserer Bauern geforderte Maßnahme ist in der Tat geeignet, die Viehaufzucht zu fördern und insbesondere den Großviehbestand zu erhöhen. Das wird sich nicht nur auf die Belieferung mit Fleisch für die Bevölkerung günstig auswirken, sondern durch den damit gegebenen größeren Düngenanfall auch für die Ertragssteigerung von Bedeutung sein. Wir halten es dabei für notwendig, daß bei der Festlegung der Anbauflächen der Feldfutterbau eine stär-

kere Berücksichtigung findet und der Gewinnung der Sämereien hierfür besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die DBD hat der Deutschen Wirtschaftskommission Vorschläge zur Verbesserung des Zweijahrplanes in der Landwirtschaft unterbreitet. Für einen der wichtigsten Punkte hält sie darin, daß dem landwirtschaftlichen Nachwuchs die gleichen Möglichkeiten der Weiterbildung und Schulung gegeben werden wie der Jugend in der Industrie und im Verkehr. Neben der Hebung der materiellen Lage der Bauern ist die Hebung des kulturellen Niveaus eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß auch das Dorf zu einer festen Stütze der Demokratie wird und durch seine aktive Mitarbeit am Wiederaufbau der Wirtschaft mithilft, unser Volk in

eine bessere Zukunft zu führen. Wir Bauern in der Ostzone haben in den letzten Jahren in unermüdlicher Arbeit alles getan, um die Landwirtschaft wiederaufzubauen und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Die Bauern haben die bessere Ernte in diesem Jahre trotz großer Schwierigkeiten vorfristig abgeliefert und sind dabei, die Herbstbestellung für die kommende Ernte durchzuführen; teilweise sind diese Arbeiten schon abgeschlossen.

So wie in den Bergwerken und Betrieben stehen heute auch Bauernaktivisten an der Spitze der Entwicklung in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung weiterzufördern, wird eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission sein. Wenn sich die Aktivisten in den Dörfern mit den Aktivisten in der Stadt vereinen und sich die Hände reichen, dann braucht uns um unsere Zukunft nicht bange zu sein.

Anton Jadasch (VdgB):

Der zweite Weltkrieg hat auch dem landwirtschaftlichen Sektor ungeheuren Schaden zugefügt. Unsere Viehbestände waren 1945 auf ein Minimum herabgesunken und die Ackergeräte zum großen Teil vernichtet. Die Zugkräfte, sowohl die motorischen als auch die tierischen, waren bis zum äußersten dezimiert; die Produktion künstlicher Düngemittel war auf Grund der Zerstörungen der Industrie nur zu einem Bruchteil möglich. Ein großer Teil bäuerlicher Wirtschaften war durch Kriegseinwirkungen zerstört worden. Große Teile der Äcker im Osten waren als Kampfgebiet verminnt. Unter solchen Umständen schien es fast unmöglich, die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Ostzone zu gewährleisten.

Wenn die Sicherung der Ernährung, wenn auch in beschränktem Maße, gelang, so ist dies an erster Stelle der Besatzungsmacht, der Roten Armee, zu verdanken. Sie war der Helfer in der Not, indem sie einen Teil ihrer Vorräte der Bevölkerung Ostdeutschlands zur Verfügung stellte. Doch auch beim zweiten Schritt der Ernährungssicherung half die Besatzungsmacht. Denn was jahrhundertlang während der Kampf der deutschen Bauernschaft nicht zuwege brachte, gelang jetzt: Die Bauernschaft eines Teiles Deutschlands — der sowjetischen Besatzungszone — führte die Bodenreform durch.

Diese geschichtliche Tat findet heute noch nicht die allgemeine Würdigung, die sie verdient. Nur fortschrittliche Kräfte der Jetztzeit und kommende Geschlechter sind und werden imstande sein, die Bedeutung dieser Tat zu ermessen. Für uns Lebende sei aber entscheidend, daß durch die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer die Horte der Militaristen, Kriegshetzer und Kriegsbrandstifter zerschlagen wurden und dadurch im Zusammenhang mit der Auflösung der Truste und Monopole, Konzerne und Syndikate die Basis imperialistischer Kriegsvorbereitungen beseitigt ist.

Ich bin der Auffassung, daß ich mich mit dem größten Teil der Bauernschaft der Ostzone im Einvernehmen befinde, wenn ich dem russischen Volke für die Mithilfe bei diesem demokratischen Reformwerk unseren Dank ausspreche. Trotz der Wunden und Schäden, die unser Volk dem russischen Volk zugefügt hat, trägt es uns dies nicht nach, sondern bietet uns hilfreich die Hand, damit wir wieder zu geordneten Verhältnissen kommen.

Indem durch die Bodenreform Hunderttausende von Flüchtlingen, landarmen Bauern und Landarbeitern ein Stück Boden bekamen, konnte trotz der Engpässe, die durch den Krieg heraufbeschoren wurden, eine fast restlose Bearbeitung des Ackers sofort nach dem Ende der Kampfhandlungen durchgeführt werden. In den dreieinhalb Jahren seit Beendigung des Krieges haben wir bereits gute Fortschritte gemacht: es geht zwar langsam, aber stetig voran. Dafür schulden wir unseren Bauern in der Ostzone Dank. Trotzdem ist nicht zu

verhehlen, daß noch viele Schwierigkeiten zu beseitigen sind.

Mit der fortschreitenden Demokratisierung sind die kapitalistischen und nazistischen Überbleibsel auf dem Dorfe eingeeengt worden. Zum Teil befinden sich diese Überbleibsel in den Reihen unserer Großbauern. Ihre wirtschaftliche Vormachtstellung gibt ihnen die Möglichkeit, die wirtschaftlich Schwächeren — dies sind die Neu- und Kleinbauern — sich botmäßig zu machen. Die Ausnutzung dieser Machtpositionen durch Teile der Großbauernschaft geht aber so weit, daß sie manchmal an Sabotage grenzt. Ein solcher Zustand kann unter keinen Umständen geduldet werden.

Die im Zweijahrplan vorgesehene Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wird zumeist durch Erhöhung der Hektarerträge erreicht werden müssen. Von großer Bedeutung für die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft ist die ausreichende Produktion und Zuweisung von künstlichen Düngemitteln. Dringend benötigt werden mehr Phosphate und Kalk; bei diesen beiden Artikeln muß auf eine höhere Produktion edrängt werden.

Bei der Erweiterung unserer Hektarfläche an Ackerland ist möglichst darauf zu achten, daß nur geeignete Böden in Bearbeitung genommen werden. Für die durchzuführende Ertragssteigerung unserer Hektarerträge ist die rechtzeitige Aussaat von großer Wichtigkeit.

Bei der Veranlagung und Differenzierung müssen die Bauern unter allen Umständen mitwirken. Von ihrer Mitarbeit hängt die gerechte Belastung der Wirtschaft ab.

Auf den Bauernschulen, die in der Zone geschaffen sind, wird den Bauern in Lehrgängen das praktische und theoretische Wissen vermittelt. An den von der VdgB geschaffenen Versuchs- und Beispielfringen sollen die Bauern lernen, wie sie ihren Acker zu Höchsterträgen bringen können. Mit der Übernahme der Wirtschaftsberatung durch die Bauernorganisationen wollen wir ein Netz fachlich befähigter Berater und Helfer für die ganze Zone schaffen. Durch Hineinnehmen der Erwerbsgärtner in die VdgB ist Vorsorge für eine weitere Belehrung unserer Neubauern auf dem Gebiete des Intensivkulturbauens getroffen worden. Wenn nun auch noch unsere agronomischen Wissenschaftler in den engsten Kontakt mit dem praktischen Bauerntum gebracht werden, sind auf diesem Gebiet so ziemlich alle Voraussetzungen geschaffen, um das Gelingen des Zweijahrplanes im landwirtschaftlichen Sektor zu gewährleisten.

Unser Ziel ist die Durchführung des Zweijahrplanes und die damit verbundene bessere Ernährung unseres Volkes. Diese Aufgabe soll und muß unsere heiligste Pflicht sein!

EntschlieÙung des Deutschen Volksrats über die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission*)

Der Deutsche Volksrat billigt den von der Deutschen Wirtschaftskommission vorgelegten Bericht und lenkt die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte:

1. Die Deutsche Wirtschaftskommission betreibt eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik, deren Wirksamkeit nur im Augenblick durch die von fremden Mächten herbeigeführte Spaltung Deutschlands auf das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone begrenzt ist. Im Gegensatz zur Marshall-Plan-Politik der nationalen und wirtschaftlichen Versklavung, wie sie der Frankfurter Wirtschaftsrat betreibt, sichert die Deutsche Wirtschaftskommission durch ihren Zweijahrplan den Weg des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands aus eigener Kraft. Der Deutsche Volksrat gibt diesem seine Zustimmung.
2. Die Deutsche Wirtschaftskommission ist unter den augenblicklich gegebenen Verhältnissen nicht nur die höchste Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungszone, sondern sie muß auch durch eine stärkere organische Verbundenheit mit den demokratischen Parteien und Massenorganisationen und deren Mitarbeit das vom Vertrauen des deutschen Volkes getragene, die Interessen des Volkes vertretende, verordnendes und durchführendes Organ auf dem Gebiete der Wirtschaft werden.
3. Mit der Durchführung des Halbjahrplans für das 2. Halbjahr 1948 und der Fertigstellung des Zweijahrplanes 1949/1950 mobilisiert die Deutsche Wirtschaftskommission, unterstützt von den demokratischen Parteien und Organisationen, die Initiative des Volkes, aktiviert alle fortschrittlichen Kräfte und fördert die Entwicklung eines neuen Arbeitsethos.
Mit dem vordringlichen Ausbau unserer Grundstoff- und Maschinenindustrie und der damit Hand in Hand gehenden Entfaltung unserer Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels sowie des Export- und Importgeschäftes beschreitet die Deutsche Wirtschaftskommission den Weg zur ständigen Verbesserung des Lebensstandards unseres Volkes.
4. Der Zweijahrplan ist der Plan zur Entwicklung einer demokratischen Friedenswirtschaft. Seine Erfüllung in unserer Zone erfordert den Aufbau neuer Industrien, wenn wir nicht unter den Würgegriffen des ausländischen Monopolkapitals ersticken wollen. Er wird seine Richtigkeit für ganz Deutschland beweisen und auf diese Weise die fortschrittlichen Kräfte in allen Zonen für den Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands mobilisieren.
5. Der Deutsche Volksrat unterstützt darum die Arbeit der Deutschen Wirtschaftskommission. Er ruft das deutsche Volk auf zur Entfaltung der breitesten Volksinitiative für die Durchführung des Zweijahrplanes, seine Erfüllung und Übererfüllung. Der Deutsche Volksrat ruft zugleich alle fortschrittlichen Kräfte zu erhöhter Wachsamkeit auf. Spekulanten, Schieber und Saboteure, Agenten der antidemokratischen, friedensfeindlichen Interessengruppen müssen unerbittlich bekämpft werden, weil sie versuchen, den Aufbau zu hemmen und damit die Verbesserung der Lebensverhältnisse verhindern. Die Erfolge unserer Aktivisten des Aufbaues müssen dagegen gefördert und gesichert werden. Je breiter die Aktivistenbewegung ist, um so stärker ist das Fundament der neuen demokratischen Friedenswirtschaft.

Deutschland ist bei seinem Aufbauwerk auf die Erhaltung und die Pflege seiner Arbeitskraft angewiesen. Der Mensch muß im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Maßnahmen stehen, um so unserem Volk wieder einen höheren Lebensstandard zu schaffen.

Berlin, den 24. Oktober 1948.

* Die EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen.

I. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der sowjetischen Besatzungszone

Anläßlich der 9. Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission am Mittwoch, dem 1. Dezember 1948, referierte der stellvertretende Vorsitzende, Fritz

Selbmann, über die wirtschaftliche Entwicklung im sowjetischen Besatzungsgebiet seit dem Zusammenbruch. Er gab hierbei die folgenden Zahlen bekannt:

Entwicklung der Industrie-Produktion:

Steinkohle:		Braunkohle:	
1945	1,9 Mill. t	1945	83 Mill. t
1946	2,5 " t	1946	106 " t
1947	2,8 " t	1947	102 " t
1948	1. Halbjahr: 1,4 Mill. t	1948	1. Halbjahr: 55 Mill. t

Roheisen:		Rohstahl:		Walzstahl:	
1946	123 000 t	1945	611 t	1946	76 000 t
1947	131 500 t	1946	96 700 t	1947	92 000 t
1948	1. Halbjahr: 175 000 t	1947	107 700 t	1948	140 000 t
		1948	1. Halbjahr: 185 000 t		

Kupfererz:		Zellstoff:		Maschinenbauindustrie:	
1945	101 500 t	1945	83 000 t	1946	639 Mill. Mark
1946	283 800 t	1947	102 000 t	1947	815 Mill. Mark
1947	365 000 t	1948	120 000 t	1948	1. Quartal: 244 Mill. Mark
1948	515 000 t				

Werte der Erzeugung für 12 typische Industriezweige in den ersten 3 Quartalen des Jahres 1948:

1. Quartal	1 331 000 Mark
2. Quartal	1 469 000 "
3. Quartal	1 748 000 "

Energie-Leistungen:

1945	3 710 000 kWh
1946	11 137 000 "
1947	13 033 000 "
bis 27. November 1948	13 238 000 "

Versorgung der Bevölkerung mit Fertigwaren im 1. bis 3. Quartal 1948:

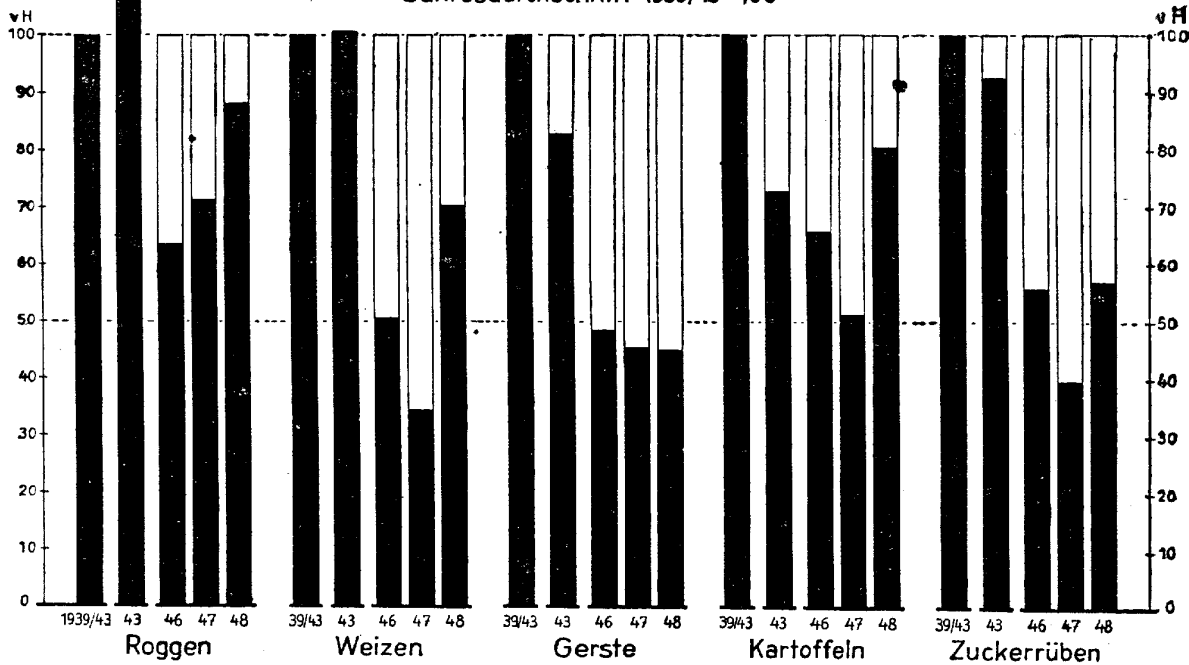
Gewebe	36 218 000 Meter
Untertrikotagen	6 994 000 "
Obertrikotagen	2 803 000 "
Strümpfe, Socken und Handschuhe	28 200 000 Paar
Lederschuhe	2 040 000 "
sonstige Schuhe	10 496 000 "

Im Verlauf seines Refrats stellte Fritz Selbmann fest: „Clay und seine Trabanten haben also nicht recht. Die Ostzonenwirtschaft geht nicht abwärts. Sie geht aufwärts, obwohl in erheblichem Maße Schwierigkeiten bestehen. Wir können hinsichtlich der Erfüllung des

Zweijahrsplans optimistisch sein. Um so mehr, als schon im wachsenden Maße Meldungen darüber einlaufen, daß Betriebe den Halbjahrsplan 1948 vorfristig erfüllt haben.“

Ernteerträge

in der sowjet. Besatzungszone
Jahresdurchschnitt 1939/43 · 100



Quelle: Nach Angaben des Statist. Jahrbuches u. Ernteergebnisse für die sowj. Besatzungszone für 1948; Erntevorschätzungen Ende Sept. 1948

Schaubild 1

Schaubild 1

Trotz gewisser Engpässe in der Versorgung mit Mineraldünger ist es gelungen, bei so entscheidenden landwirtschaftlichen Produkten wie Roggen, Weizen, Kartoffeln und Zuckerrüben eine beachtliche Zunahme der Ernteerträge seit Kriegsende zu erreichen, die sich zum Teil wieder dem Friedensstand nähern.

Infolge der Dürre im Jahre 1947 trat ein gewisser Rückschlag ein, der jedoch im laufenden Jahre wieder aufgeholt werden konnte.

Schaubild 2

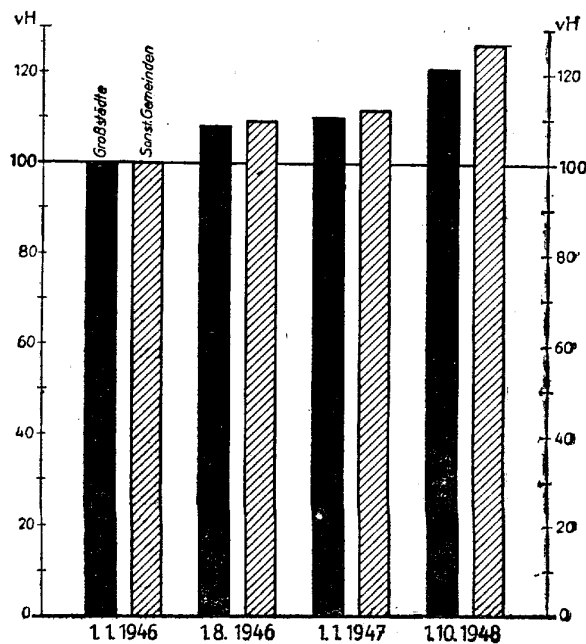
Dem Schaubild über die Entwicklung der Kaloriensätze der Lebensmittelzuteilungen liegen Durchschnittsberechnungen zugrunde, welche aus den einzelnen Versorgungsgruppen gewonnen wurden. In der Zeit vom Januar 1946 bis Oktober 1948 ergibt sich danach in den Orten, die der Kategorie I (Großstädte) angehören, eine Steigerung der Kaloriensätze um rund 21 v. H., während in den Gemeinden der Kategorie II mit etwa 27 v. H. ein noch höherer Satz im gleichen Zeitraum erreicht worden ist.

Eine weitere Verbesserung bringt außer den Maßnahmen, die Befehl 234 vorsieht, die Einfuhr von Nahrungsmitteln, an der die Oststaaten in erster Linie beteiligt sind. Aus diesen Gebieten sind im Verlaufe dieses Jahres größere Importe, besonders an Getreide und Fett, in die Zone eingeführt worden.

Tägliche Kaloriengehalte der Rationen

in der SBZ (ohne Berlin)

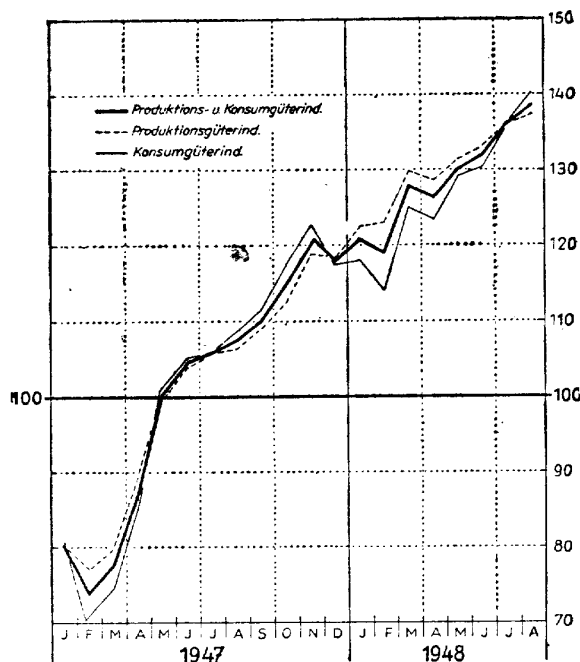
in Durchschnitt aller Verbrauchergruppen
1.1.1946 · 100



Quelle: Nach Angaben der H.V. Handel u. Versorgung

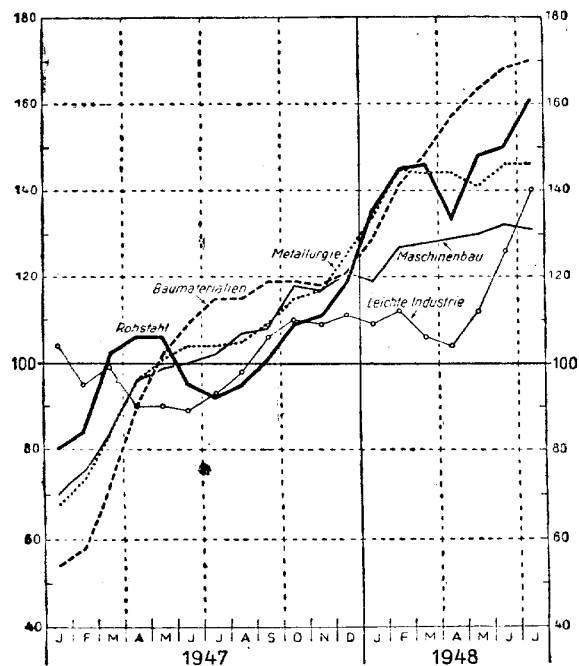
Schaubild 2

Produktions- u. Konsumgüterindustrien in der sowjet. Besatzungszone Jahresdurchschnitt 1947-100



Quelle: Nach Unterlagen der Industrieberichterstattung, zusammengestellt im Statist. Zentralamt
Schaubild 3

Industrieproduktion nach Gewerbebezweigen in der sowjet. Besatzungszone Jahresdurchschnitt 1947=100



Quelle: Nach Unterlagen der Industrieberichterstattung, zusammengestellt im Statist. Zentralamt

Schaubild 4

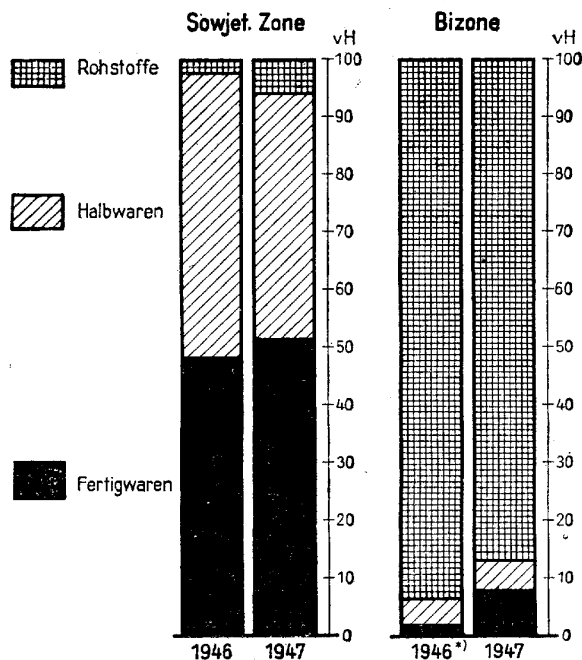
Schaubild 3

Die Entwicklung der Produktions- und Konsumgüterindustrien in den Jahren 1947 und 1948 — als wichtigen Gradmesser der industriellen Erzeugung — zeigt eine steil aufsteigende Tendenz, nachdem ein Tiefstand im ersten Quartal 1947, der mit vorübergehenden Versorgungsschwierigkeiten zusammenhing, überwunden war.

Schaubild 4

Dieses Schaubild stellt die Entwicklung von fünf Industriezweigen dar, denen der Zweijahrplan eine besondere Rolle zuweist. Entsprechend dem bereits im Schaubild 3 über die Gesamtproduktion beobachteten Tiefstand im ersten Teil des Jahres 1947, liegen auch die Produktionswerte fast aller hier untersuchter Gruppen im gleichen Zeitabschnitt noch niedrig. An der danach einsetzenden Aufwärtsbewegung nehmen Baumaterialien, Rohstahl und Metallurgie am stärksten teil; demgegenüber verlaufen die Kurven, die sich für den Maschinenbau und die Leichtindustrie ergeben, flacher. Erst vom Mai 1948 ab weist auch die Leichtindustrie, die bis dahin hinter den übrigen Gruppen zurückgeblieben war, eine betonte Steigerungstendenz auf.

Ausfuhr gewerblicher Güter



*1) Unterlagen beziehen sich nur auf das Gebiet von Bayern, Hessen und Britische Zone
Quelle: Nach Außenhandelsstatistiken für die sowjetische Besatzungszone,
Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany, Vol. 2, Nr. 3 März 1947,
III, Nr. 2 Februar 1948, III, Nr. 7 Juli 1948,
Bayern in Zahlen, Heft 7/8 1948, Statistiken des Hessischen Statistischen Landesamtes 1946

Schaubild 5

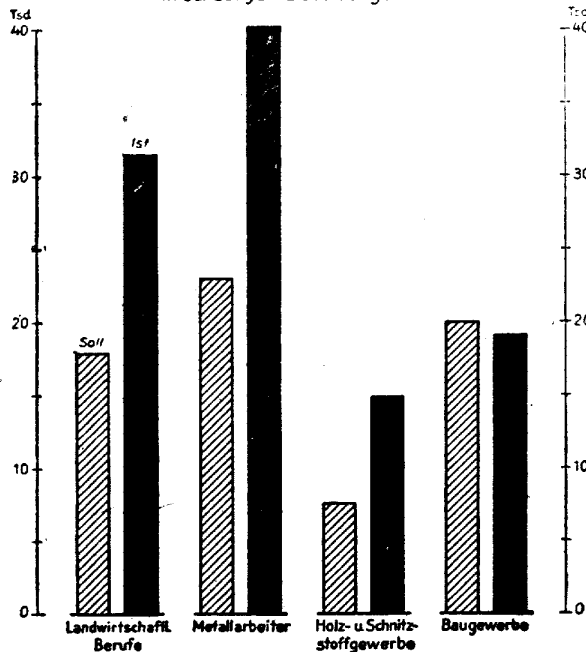
Schaubild 5

Der Export der Bizone ist, was seine Zusammensetzung betrifft, von der Normallage weit entfernt. Denn einer geringfügigen Ausfuhr an Fertig- und Halbwaren steht ein Export an Rohstoffen, vorwiegend Kohle und Holz gegenüber, der mit einem zwischen 86 und 94 v. H. schwankenden Satz eine beherrschende Stellung einnimmt.

Ein völlig anderes Strukturbild ergibt sich dagegen für die sowjetische Zone. Hier halten sich in den Jahren 1946 und 1947 Fertigwaren und Halbprodukte nahezu die Waage, während die Rohstoffausfuhr nur wenige Prozente vom Gesamtexport für gewerbliche Güter ausmacht.

Die Erfüllung des Nachwuchsplanes für männl. Arbeitskräfte 1947

in der sowjet. Besatzungszone



Quelle: Nach Angaben der H.V. Arbeit u. Sozialfürsorge

Schaubild 6

Schaubild 6

Aufgabe des Nachwuchsplanes 1947 war es, die Schulentlassenen dieses Jahres sowie diejenigen des Jahres 1946, die noch keine Lehr- und Arbeitsstelle hatten, der Wirtschaft zuzuführen. Dabei war neben dem Bedarf für zu erweiternde oder neu zu errichtende Produktionsstätten besonders auch der Nachwuchsbedarf von Berufsgruppen mit überalterten Arbeitskräften in Rechnung zu stellen.

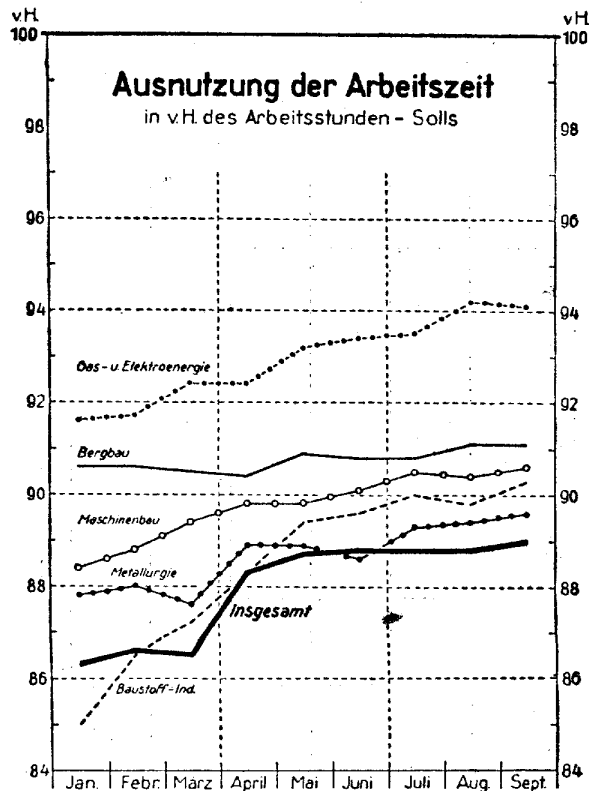
Nach Ablauf des Planjahres ergab sich, daß der Plan in seiner Gesamtheit erfüllt, zum Teil sogar das Soll wesentlich überschritten werden konnte. Das trifft besonders zu für die Sollzahlen des männlichen Nachwuchses in der für den Aufbau so wichtigen Metallindustrie, die um 90 v. H. übertroffen wurden. Auch für die Land- und Forstwirtschaft ergibt sich ein bedeutender Planüberschuß.

Auf den Erfahrungen des Nachwuchsplanes für 1947 baut der Plan für das laufende Jahr auf, der bereits weitgehend zur Erfüllung des Zweijahresplanes beitragen wird.

Schaubild 7

Eine Handhabe, die Ausnutzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Ist-Schichten unter Einschluß des tariflichen Urlaubs und der Fehlschichten infolge Krankheit und sonstiger Gründe zu ermitteln, bietet der Befehl 282 im Rahmen der Industrieberichterstattung. Prüft man einzelne Gewerbegruppen unter diesem Gesichtspunkt, so zeigt sich in der sowjetischen Besatzungszone im allgemeinen ein hoher Grad in der Ausnutzung der Arbeitszeit, am Arbeitszeitsoll gemessen: in dieser hohen Ausnutzung der Arbeitszeit findet die veränderte ideologische Einstellung zur Arbeit Ausdruck.

Die Gruppen Gas- und Elektroenergie, Bergbau, Maschinenbau und Metallurgie erreichen ein besonders hohes Niveau, während die Baustoffindustrie in den ersten beiden Monaten dieses Jahres noch einen vergleichsweise niedrigen Stand in der Ausnutzung der Arbeitszeit hatte.



Quelle: Nach Berichten gemäß Befehl 282, zusammengestellt im Statistischen Zentralamt

Schaubild 7

II. Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission

Anordnung über den Ankauf und die Verteilung von freien Spitzen (Übersollmengen) an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Gemüse

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 5. Mai 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

Zwecks Erweiterung der Ernährungsbasis, Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, Steigerung der industriellen Produktion und Verstärkung des Kampfes gegen die Spekulation in Lebensmitteln wird bestimmt:

1. Die Deutsche Wirtschaftskommission bildet einen Ausschuss „Freier Markt“, dem je ein Vertreter der Hauptverwaltungen Landwirtschaft und Handel und Versorgung, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB), des Hauptsekretariats der Konsumgenossenschaften und der landwirtschaftlichen Genossenschaften angehört. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die Arbeit der Landesausschüsse „Freier Markt“ zu koordinieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu lenken, im Benehmen mit den Landesausschüssen den erforderlichen Ausgleich bei der Verteilung der ankommenden Mengen vorzunehmen, die Berichte der Landesausschüsse auszuwerten sowie die Bereitstellung der erforderlichen Industriewaren zu veranlassen.

2. In jedem Land der sowjetischen Besatzungszone ist als Organ des Landesernährungsausschusses ein Landesausschuss „Freier Markt“ zu bilden. In diesem müssen die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband der Konsumgenossenschaften, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sowie die zuständigen Minister für Land- und Forstwirtschaft und Handel und Versorgung mit je einem Mitglied vertreten sein. Den Vorsitz im Ausschuss hat der Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Geschäftsführung der Vertreter des Verbandes der Konsumgenossenschaften.

Das Aufgabengebiet des Landesausschusses erstreckt sich auf die Organisation, Lenkung und Überwachung der „Freie-Markt“-Aktion sowie auf die Verteilung der freien Spitzen (Übersollmengen) im Landesmaßstab.

3. Entsprechend dem Aufbau des Landesausschusses ist für jeden Land- und Stadtkreis ein Kreisausschuss „Freier Markt“ zu bilden, wobei Stadtkreise mit Landkreisen einen gemeinsamen Kreisausschuss bilden können.

Beim Kreisausschuss liegt das Schwergewicht des Aufkaufs der freien Spitzen. Zu seiner Aufgabe gehören: Organisation und Durchführung des Aufkaufs, Verteilung im Kreismaßstab, Einrichtung des Melde- und Abrechnungswesens, Aufbau und Leitung von Ortsausschüssen sowie die propagandistische Bearbeitung des Kreises und die Bekämpfung des „Schwarzen Marktes“ mit Hilfe der demokratischen Organisationen und der Polizei.

Bei jedem Kreisausschuss wird vom Verband der Konsumgenossenschaften ein Stützpunkt eingerichtet, der hauptsächlich zu besetzen ist. Dieser ist für die technische Abwicklung der Gesamtarbeit verantwortlich. Die Unterhaltungskosten des Stützpunktes sind vom Verband der Konsumgenossenschaften anteilig auf die in der Erfassung tätigen Organisationen und zugelassenen Erfassungsfirmen umzulegen.

4. In den ländlichen Gemeinden sind als Organe der Ernährungsausschüsse Ortsausschüsse zu bilden. Fehlen geeignete Kräfte für den Ortsausschuss, so ist vom Ernährungsausschuss eine für die Betreuung der „Freier Markt“-Aktion verantwortliche Person zu bestellen.

Hauptaufgabe der Ortsausschüsse ist die Unterstützung der Aufkäufer durch Herstellung des notwendigen Kontaktes mit den Erzeugern sowie Vorarbeit an der Feststellung der voraussichtlich zur Verfügung stehenden freien Spitzen.

5. Der Aufkauf der freien Spitzen erfolgt auf freiwilliger Grundlage durch die landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften oder durch von ihnen beauftragte Organe des Handels.

Der Aufkauf darf nur bei den Erzeugern vorgenommen werden, die eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde über die volle Erfüllung des Ablieferungssolls oder einen Befreiungsschein vorweisen können.

Die Landesregierungen haben zu veranlassen, daß besondere Firmen und Agenten im Auftrage der Genossenschaften die Erzeugerbetriebe aufsuchen, für den Aufkauf werben, möglichst Verträge abschließen und für den Transport ab Hof des Erzeugers sorgen.

Der Aufkauf der freien Spitzen ist vorzunehmen:

- gegen Barzahlung bis zum Dreifachen des festgesetzten Erzeugerpreises,
- gegen Zahlung des einfachen Preises mit Anspruch auf Lieferung von Industriewaren zu den jeweils geltenden Kleinhandelspreisen — jedoch nicht für Gemüse.

Die Hauptverwaltung für Finanzen hat im Haushalt für das laufende Quartal und die kommenden Quartale Ausgaben zur Auszahlung der Differenz zwischen den gültigen Erfassungspreisen und den in dieser Verordnung festgesetzten Ankaufspreisen an die Aufkaufgenossenschaften vorzusehen, ebenso die minimalen Auslagen für die Organisation der Aufkäufe.

Die Aufkäufer haben die Erzeuger über das Verhältnis der abgegebenen Produkte zur Ankaufsberechtigung der Industriewaren an Hand von Listen, die auch bei den Kreis- und Ortsausschüssen sowie in den Verkaufsstellen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften zum Aushang kommen, eingehend zu unterrichten und die Verkaufsstellen nachzuweisen.

6. Die aufgekauften freien Spitzen sollen in erster Linie den Werkkantin der Betriebe zugeführt werden, die nach Befehl Nr. 234 keine planmäßige zusätzliche Werkverpflegung erhalten. Die Verteilung erfolgt nach folgenden Dringlichkeitsstufen:

- Industriebetriebe, die ihr Produktionssoll erfüllt haben, ferner Betriebe des Transportwesens und Verkehrs (Reichsbahn, Reichspost usw.), wichtige Schulen und Lehrwerkstätten für den Betriebsnachwuchs.
- Sonstige wichtige Betriebe, Krankenhäuser, Heilstätten, Kinderheime und soziale Einrichtungen, wie Schulspeisung, zusätzliche Verpflegung für Lehrgangsteilnehmer.
- Klein- und Handwerksbetriebe, zusätzliche Verpflegung für Angestellte der öffentlichen Verwaltungen und der Dienststellen der demokratischen Organisationen.

Die erforderlichen Bedarfslisten werden von den Kreisverwaltungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in gemeinsamer Arbeit mit den Abteilungen Industrie, Arbeit und Sozialfürsorge und Gesundheitswesen aufgestellt, von den Kreisausschüssen „Freier Markt“ beschlossen und vom Landesausschuss „Freier Markt“ bestätigt.

Für die einzelnen Bedarfgruppen sind von den Landesausschüssen landeseinheitlich differenzierte Tagesrationshöchstsätze je Belegschaftsmitglied festzusetzen.

7. Die notwendigen Industrieerzeugnisse sind von der Landesregierung planmäßig nach Weisungen der Deutschen Wirtschaftskommission zur Verfügung zu stellen. Bei den Industrieerzeugnissen handelt es sich hauptsächlich um landwirtschaftliche Geräte (Liste A), Textilien und Schuhwaren (Liste B), künstlichen Dünger (Liste C) usw. Diese Industrieerzeugnisse sind in den Verteilungsplänen als Sonderkontingent „Freier Markt“ bezeichnet. Die durchgeführte Warenbewegung ist in den monatlichen Abrechnungen nach Befehl Nr. 55/1945 gesondert auszuweisen. Die für die „Freier Markt“-Aktion vorgesehenen Industrieerzeugnisse dürfen ohne besondere Genehmigung aus den Betrieben für andere Zwecke nicht entnommen werden.

8. Der Verkäufer freier Spitzen erhält eine Aufkaufbescheinigung. Lautet diese nur auf den einfachen Erzeugerpreis, so berechtigt diese Bescheinigung zum Ankauf von Industriewaren zu den jeweils geltenden Kleinhandelspreisen und ist besonders zu kennzeichnen.

9. Der gesamte technische Ablauf des Aufkaufs durch die Genossenschaften oder ihre Beauftragten muß nach den Weisungen der Ausschüsse „Freier Markt“ über den Apparat des Verbandes der Konsumgenossenschaften abgewickelt werden, der hierfür in seiner Organisation eine Abteilung „Freier Markt“ einrichtet. Die Finanzierung dieser Abteilung erfolgt aus den verbleibenden Handelsspannen (Umlage der Unterhaltungskosten wie zu Ziffer 3).

Die bereitgestellten Industriewaren sind in den wichtigsten Aufkaufsgebieten der Kreise und in Einzellagern unterzubringen, wozu die Läger der landwirtschaftlichen Genossenschaften und das ausgedehnte Verteilungsstellennetz der Konsumgenossenschaften heranzuziehen sind.

Die Industriewaren sind in den Verkaufsstellen getrennt nach allen übrigen Waren und ordnungsgemäß zu lagern. Die Aufkaufsbetriebe sind für etwaige Verluste verantwortlich.

10. Jeder vom Kreisausschuß mit dem Ankauf beauftragte Betrieb oder jede damit beauftragte Person muß vom Kreisausschuß eine Aufkaufserlaubnis erhalten, die vom zuständigen Amt für Handel und Versorgung gegenzuzeichnen ist. Die zugelassenen Aufkäufer sind beim Amt für Handel und Versorgung zu registrieren sowie der Polizei und den Ortsbürgermeistern bekanntzugeben.

11. Die Verkaufsbescheinigung ist vom Aufkäufer in dreifacher Ausfertigung auszuschreiben (blockweise laufend numerieren). Das erste Exemplar erhält der Verkäufer (Erzeuger), das zweite der Kreisausschuß „Freier Markt“, das dritte verbleibt beim Aufkäufer.

Bei Einlösung der Verkaufsbescheinigung gegen Industriewaren füllt die Verkaufsstelle die Rückseite der Verkaufsbescheinigung aus und erhält nach Abgabe der Waren und nach Vollziehung der Unterschrift des Verkäufers (Erzeugers) über den Empfang der Waren die Verkaufsbeschränkung als Beleg für den Ausgang der Waren und behält die Abrechnung bei sich.

12. Innerhalb des Kreisausschußgebietes ist für jeden Transport von aufgekauften freien Spitzen gegen Vor-

lage der Verkaufsbescheinigung vom Kreisausschuß ein Warentransportbegleitschein auszustellen. Für jeden Kreisausfuhrtransport ist dieser Begleitschein vom Amt für Handel und Versorgung auszustellen und mit dem Sichtvermerk des Kreisausschusses „Freier Markt“ zu versehen. Die Warentransportbegleitscheine müssen von zwei Ausschußmitgliedern unterzeichnet sein, deren Namen der Kreis- bzw. Landespolizei bekanntzugeben sind.

In den Ländern, die den Warentransportbegleitschein noch nicht eingeführt haben, ist dieser durch den Lieferschein zu ersetzen, der jedoch im Falle des Kreisausfuhrtransportes durch eine Transportgenehmigung des Landesausschusses „Freier Markt“ ergänzt werden muß.

13. Die Kreisausschüsse haben eine einfache, aber einwandfreie Buchführung einzurichten, die jederzeit über Eingang und Verbleib eines jeden Warenpostens eine klare Übersicht vermitteln muß.

Die Preisgestaltung in der Abgabe der freien Spitzen darf bei Verrechnung der Handelsspannen und sonstigen Kostensätze Preisanordnungen nicht verletzen. Die Industriewaren sind zu den nach den Preisvorschriften geltenden Verbraucherpreisen zu verkaufen.

Über Aufkauf und Verteilung der freien Spitzen sowie über die Industriewarenbewegung sind monatliche Abrechnungen von den Kreisausschüssen zu erstellen. Ein Exemplar erhält der Landesausschuß „Freier Markt“, das zweite die Landesregierung (Handel und Versorgung) über den Rat des Kreises oder der kreisfreien Stadt (Amt für Handel und Versorgung), während das dritte beim Kreisausschuß verbleibt.

Die Landesregierungen (Handel und Versorgung) haben die kreisweisen Monatsabrechnungen zu einer Landesabrechnung zusammenzustellen und diese nach festgesetzten Terminen an die Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Handel und Versorgung, Hauptabteilung Erfassung, einzureichen.

14. Die von den Ländern der sowjetischen Besatzungszone über den „Freien Markt“ erlassenen Bestimmungen, die der in diesem Beschluß getroffenen Regelung widersprechen, sind von den Landesregierungen aufzuheben.

15. Die Landesregierungen stellen diese Verordnung nach Maßgabe der in den Ländern geltenden Bestimmungen über die Durchführung der Wirtschaftsplanung bzw. der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten für den Bereich ihres Landes unter besonderen Strafschutz.

16. Instruktionen über die Durchführung dieses Beschlusses und die für das Abrechnungswesen notwendigen Formulare werden von der Deutschen Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Handel und Versorgung, herausgegeben.

17. Die Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses übernimmt die Deutsche Wirtschaftskommission.

Berlin, den 5. Mai 1948.

Rau	Steidle
Vorsitzender	Stell. Vorsitzender
der Deutschen Wirtschaftskommission	
für die sowjetische Besatzungszone	

Richtlinien für die Produktion im Jahre 1948

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

Um den zweckmäßigsten Einsatz der vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu sichern und hierdurch die Wirtschaftlichkeit und Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um die sortengerechte Versorgung der Wirtschaft und Bevölkerung zu gewährleisten und die Qualität der erzeugten Waren zu steigern, sind bei der Erteilung der Produktionsaufträge und bei der Durchführung der Produktion nach-

stehende Richtlinien im Rahmen des bestätigten Planes für das Jahr 1948 zu beachten.

1. Produktionsaufträge für den Plan 1948

Die Produktionsaufträge sind unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Herstellungs- und Verwendungsverbote so zu präzisieren und spezifizieren, daß die Produktion nur noch in den Betrieben erfolgt, in denen die Waren in bester Qualität und mit wirtschaftlichem Aufwand hergestellt werden können. Dies bedeutet, daß die Produktion sortenmäßig auf solche Be-

triebe konzentriert wird, die ihren Produktionsmitteln und ihren fachlichen Kräften nach in der Lage sind, diese Waren in möglichst großen Stückzahlen und mit geringstem Werkstoffaufwand herzustellen. Dies bedeutet nicht eine Einschränkung der Produktion, sondern im allgemeinen — durch entsprechende Abstimmung der Produktionsprogramme — eine höhere Auslastung des Betriebes bei Erfüllung des für ihn vorgesehenen Produktionsprogrammes. Falls durch die auf diese Weise erzielte Erhöhung der Wirtschaftlichkeit Arbeitskräfte freierwerden, sind diese unter Beachtung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte planmäßig anderweitig einzusetzen.

Gleichzeitig mit der Erteilung der Produktionsauflagen sind die Sortimentspläne der Hauptverwaltungen durchzuführen.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß nur die Warensortimente produziert werden, für die erfahrungsgemäß der Bedarf am größten ist. Nur durch die genaue Spezifikation der Auflagen wird verhindert, daß die Betriebe die Herstellung der Warensorten bevorzugen, die durch Sonderausführung höheren Gewinn oder die dem Werk, weil sie sich gut für Kompensationen eignen, besondere Vorteile bringen.

Unter den veränderten Produktionsbedingungen lassen sich nicht alle Warensorten des normalen Bedarfs entsprechend dem Stoppreis fertigen. Wenn für solche Waren Preiserhöhungsanträge vorliegen, die preispolitisch gerechtfertigt sind, sollen die zuständigen Dienststellen ihre Erledigung beschleunigen, damit Warenstockungen vermieden werden.

2. Mustergenehmigungen

Um die Fertigung von Schunderzeugnissen und nicht lebensnotwendigen Waren zu unterbinden, dürfen die Betriebe nur solche Ge- und Verbrauchsgüter (Konsumwaren) herstellen, welche den Mustern entsprechen, die von der Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Stelle genehmigt worden sind. Ein Versäumnis dieser Art wird nach den geltenden Strafbestimmungen bestraft.

Die erteilten Mustergenehmigungen sind zu registrieren und den zuständigen Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission auf Anforderung listenmäßig zur Verfügung zu stellen.

3. Herstellungs- und Verwendungsverbote

Für die Herstellung bestimmter Waren (vorwiegend nicht lebensnotwendiger Gebrauchs- und Ausstattungsgegenstände) ist die Verwendung von

Eisen- und Nicht-eisen-Metallen,
Textilien,
Leder,
Holz,
Papier und Pappen,
Kunststoffen,
Glas und Keramik,
Zement,
Kaolin (geschlämmt),
Feldspat,
Stückkalk

verboten. Die hiervon betroffenen Waren werden in besonderen Anordnungen festgelegt.

Von diesen Beschränkungen können nur solche Produktionen ausgenommen werden, die nachgewiesenermaßen für den Export bestimmt sind. Für sie muß ausdrücklich eine Genehmigung durch die Landesregierung ausgesprochen werden. Dies gilt auch für die Herstellung von Exportmusterkollektionen. Werden solche Waren aus besonderen Gründen vom Ausland nicht abgenommen, so dürfen sie in der Zone nur mit Genehmigung der Landesregierung gewerbsmäßig vertrieben werden. Ausnahmegenehmigungen dürfen durch die Landesregierung ferner für solche Gegenstände ausgesprochen werden, für deren Herstellung

durch den Zonenausschuß für Kunsthandwerk und Kunstgewerbe ein Gütezeichen erteilt worden ist.

4. Materialeinsparung

Durch Vermeidung von Ausschußproduktion, durch Verbesserung der Produktionsmittel, durch sorgfältige Arbeitsvorbereitung muß jeder Arbeiter und Handwerker, jeder Meister und Techniker bestrebt sein, Material — und sei es auch in kleinsten Mengen — einzusparen oder Materialabfälle der Produktion von lebensnotwendigen Konsumwaren zuzuführen. Hierfür werden sich in erster Linie die betrieblichen und örtlichen Ausschüsse für Plankontrolle einsetzen.

5. Gütesicherung

a) Kennzeichnungspflicht

Alle Erzeugnisse müssen ab 1. August 1948 so gekennzeichnet sein, daß der Hersteller zweifelsfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung ist durch Stempel (Schlag- oder Gummistempel) oder als Schild oder Anhänger auszuführen. Von der Kennzeichnungspflicht sind vorerst ausgenommen:

- aa) alle Erzeugnisse der Industriezweige 01, 02, 09, 20, 21 und 22, sofern für sie die Kennzeichnung nicht bereits durch Sonderbestimmungen gefordert ist;
- bb) alle Kleinstwaren, wie Schrauben, Muttern, Stifte, Bijouteriewaren, deren Größe eine Kennzeichnung nicht zuläßt. Werden sie handelsüblich verpackt ausgeliefert, so ist der Hersteller auf der Verpackung zu kennzeichnen.

Ab 1. Oktober 1948 dürfen in der sowjetischen Besatzungszone nur Waren vertrieben werden, die entsprechend dem Vorhergesagten gekennzeichnet sind.

b) DIN-Normen

Der Herstellung aller Waren sind vordringlich jene DIN-Normen zugrunde zu legen, deren Nichtbeachtung den Gebrauchswert der Waren mindern oder die öffentliche Sicherheit gefährden würde.

c) VDE-Vorschriften

Für die Herstellung von elektrischen Geräten und Einrichtungen sind die Vorschriften des „Vorschriftenwerks Deutscher Elektrotechniker“ verbindlich. Die Beachtung der VDE-Regeln, -Leitsätze, Richtlinien und -Merkmale wird dringend empfohlen.

d) Gütevorschriften

Die Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den produzierenden Betrieben und den Bedarfsträgern mehr als bisher Gütevorschriften neu auszuarbeiten bzw. vorhandene Gütevorschriften, die seinerzeit vom Deutschen Normenausschuß, vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen, von der Reichsbahn oder der Reichspost herausgegeben wurden, zu überarbeiten.

Diese Vorschriften sind dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zur Beschlußfassung vorzulegen.

6. Kontrolle

Die Landesregierungen und die Hauptverwaltungen kontrollieren in ihren Bereichen die Durchführung der für die Produktion 1948 vorgesehenen Maßnahmen.

Ihre Aufgabe wird es ferner sein, überall dort die Qualitätsprüfung der erzeugten Waren wieder einzuführen, wo dies früher der Fall war.

Die Gewerkschaften, die Volkskontrollorgane und die Betriebsräte kontrollieren ihrerseits, daß die angelieferten Rohstoffe und Fertigerzeugnisse vollständig in den Produktionsgang eingeführt werden, die hergestellten Erzeugnisse mengen-, qualitäts- und sortimentsmäßig den angelieferten Rohstoffen entsprechen, die Erzeugnisse ordnungsmäßig umgesetzt und ihre Verkaufspreise den Vorschriften entsprechend festgesetzt werden. Die Kontrolle hat sich auch auf den lückenlosen Nachweis der Verwendung von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen durch die Buchführung des Erzeuger- oder Handelsbetriebes zu erstrecken.

Aufgabe aller Abnehmer wie Industrie- und Handelskontore, Konsumgenossenschaften, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe usw. ist es, die Übernahme von Waren abzulehnen, die nicht den üblichen Qualitätsansprüchen und den Preisvorschriften genügen. Bei Abnahme von Waren minderer Qualität sind sie nicht oder nur teilweise auf die Planerfüllung anzurechnen und die Preise entsprechend herabzusetzen. Bei unbrauchbaren Waren ist Bestrafung nach den geltenden Strafbestimmungen und entschädigungslose Ein-

ziehung einzuleiten. Solche Fälle sind der Hauptverwaltung für Materialversorgung bei der Deutschen Wirtschaftskommission zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 23. Juni 1948.

Rau
Vorsitzender

Leuschner
Stellv. Vorsitzender

der Deutschen Wirtschaftskommission
für die sowjetische Besatzungszone

Beschluß über den Plan für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49

Um die deutsche Bevölkerung in Zukunft besser ernähren zu können, muß neben der Steigerung der Hektarerträge das Ziel der Landwirtschaft sein, den Umfang der Ackerfläche in der Zone wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen. Hierzu ist es notwendig, daß trotz der nicht zu verkennenden Schwierigkeiten sämtliche, besonders in den Ostkreisen der Zone immer noch vorhandenen unbebauten Flächen unter Einsatz aller beteiligten Stellen schnellstens einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden und daß der vorfristigen Erfüllung der durch Befehl Nr. 162/1947 gegebenen Auflage zur Neulandgewinnung eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Deutsche Wirtschaftskommission ist davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieses Zieles nur mit Hilfe eines fortschrittlich entwickelten, den Bedürfnissen der Ernährung und der Landwirtschaft angepaßten Planes erreicht werden kann. Sie hat daher in ihrer Sitzung vom 24. Juni 1948 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49 werden folgende Pläne bestätigt:
 - a) der Anbauplan landwirtschaftlicher Kulturen für die Ernte 1949 der Länder der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (laut Anlage 1),
 - b) der Plan der auszusondernden Flächen für die Saatguterzeugung landwirtschaftlicher Kulturen für das Wirtschaftsjahr 1948/49 (laut Anlage 2),
 - c) der Plan zur Durchführung der Winterfurche im Herbst 1948 (laut Anlage 3).
2. Der Plan für die Neueinsaat von Klee und Luzerne 1948/49 (laut Anlage 4) wird den Länderregierungen zur Durchführung empfohlen.
3. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission hat den Plan der auszusondernden Flächen für die Saatguterzeugung landwirtschaftlicher Kulturen für das Wirtschaftsjahr 1948/49 nach Anbaukulturen und Anbaustufen für die Länder unter Hinzuziehung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe aufzuschlüsseln und die Aufschlüsselung bis

3. Juli 1948 dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zur Bestätigung vorzulegen.

4. Die Bekanntgabe des auferlegten Anbausolls der Winter- und Sommerkulturen sowie des Solls für die Durchführung der Winterfurche ist an die Kreise und kreisfreien Städte und von diesen an die Gemeinden und von den Gemeinden an die Bauern und anderen Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe bis spätestens 5. August 1948 vorzunehmen.
5. Die Ministerpräsidenten der Länder haben Anweisung zu erteilen, daß Flächen, die über das Anbausoll der einzelnen Kulturen und das Gesamtanbausoll hinaus bestellt werden, sowie der gesamte Zwischenfruchtanbau von der Pflichtabgabe befreit sind.
6. Tierische und motorische Zugkräfte der Landwirtschaft sind während der Herbstbestellung und während der Frühjahrsbestellung mindestens sechs Wochen vom Beginn der Feldbestellung an von der Holzabfuhr mit Ausnahme der Leistungen, die zur Erfüllung des Befehls Nr. 209/47 durchgeführt werden müssen, zu befreien. Der Zeitpunkt des Beginns der Befreiung von der Holzabfuhr wird jeweils von den Landwirtschaftsministerien der Länder bestimmt.
7. Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erläßt zu diesem Beschluß die entsprechenden Durchführungsbestimmungen.
8. Mit der Kontrolle der Durchführung dieses Beschlusses werden beauftragt:
 - in den Ländern: die Ministerpräsidenten,
 - für die gesamte sowjetische Besatzungszone: das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission sowie der Leiter der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission.

Berlin, den 24. Juni 1948

Rau
Vorsitzender

Leuschner, Steidle
Stellv. Vorsitzende

der Deutschen Wirtschaftskommission
für die sowjetische Besatzungszone

Anordnung über die Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission bei der Deutschen Wirtschaftskommission, der Landes-Kontrollkommissionen bei den Landesregierungen und der Kontrollbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 1. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

I. Organisation

§ 1

Die Zentrale Kontrollkommission ist ein selbständiges Organ bei der Deutschen Wirtschaftskommission. Sie besteht aus neun Personen, die von dem Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission und dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern ernannt werden. Der Vorsitzende der Zentralen Kon-

trollkommission und dessen Stellvertreter bedürfen der Bestätigung des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission.

§ 2

Die Landes-Kontrollkommissionen bestehen aus je fünf Personen. Die Mitglieder der Landes-Kontrollkommissionen werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern und nach Verständigung mit dem Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission von den Landesregierungen ernannt und bedürfen der Bestätigung des Vorsitzenden

der Deutschen Wirtschaftskommission und des Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern.

3

An der Spitze sowohl der Zentralen Kontrollkommission als auch der Landeskommissionen steht je ein Vorsitzender, der einen Stellvertreter hat.

25

(1) Die Landes-Kontrollkommissionen unterstehen der Zentralen Kontrollkommission und dem Ministerpräsidenten des Landes.

§ 7

(2) Dieser Kontrollbeauftragte wird durch den Rat des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt im Einvernehmen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ernannt und bedarf der Bestätigung durch den Vorsitzenden der Landes-Kontrollkommission. Der Kreis-Kontrollbeauftragte hat das Recht, an den Sitzungen des Rates des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt beratend teilzunehmen.

II. Aufgaben

Die Zentrale Kontrollkommission und die Landes-Kontrollkommissionen haben vor allem folgende Aufgaben zu erfüllen:

z. in Wirtschaft und Verwaltung und für Herstellung einer besseren Verbindung mit der Bevölkerung vor.

e) Die Volkskontrollausschüsse üben ihre Tätigkeit aus im Sinne der Aufgaben, wie sie unter a) bis d) festgelegt sind.

§ 10

§ 11

(2) Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen können Angestellte von ihrer Amtsverschwiegenheit entbinden, wenn es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist.

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen sind verpflichtet, den Verwaltungen, der Polizei und Gerichten Material und Hinweise über die von ihnen festgestellten wirtschaftsschädigenden Vorgänge zur Verfügung zu stellen.

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen haben das Recht, falls begründeter Verdacht strafbarer Handlungen vorliegt, die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherstellen zu lassen.

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen sind berechtigt, die Strafverfolgung zu veranlassen sowie Bericht über die jeweils getroffenen Maßnahmen sowohl von den Organen der Verwaltung als auch von denen der Justiz zu verlangen.

Für Beschwerden über die Tätigkeit von Mitgliedern der Zentralen Kontrollkommission sind der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission und der Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern zuständig.

Für Beschwerden über die Tätigkeit von Mitgliedern der Landes-Kontrollkommissionen sind der Vorsitzende der Zentralen Kontrollkommission und der Ministerpräsident des Landes zuständig.

Über die Vollmachten für die Kreis-Kontrollbeauftragten werden besondere Ausführungsbestimmungen erlassen.

§ 18

Berlin, den 1. September 1948.

Anordnung über die Errichtung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Anmeldestelle im Büro für Erfindungswesen

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 15. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

§ 1

(1) Bei der Deutschen Wirtschaftskommission wird im Büro für Erfindungswesen eine Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldestelle mit der Anschrift Berlin W 8, Leipziger Straße 5/7, eingerichtet. Bei ihr können Erfindungen und Warenzeichen zur späteren Erteilung eines Patents bzw. Eintragung eines Gebrauchsmusters oder Warenzeichens angemeldet werden.

(2) Die Anmeldungen können von jedermann, ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz oder Sitz und seine Staatsangehörigkeit vorgenommen werden.

§ 2

Die Anmeldung gemäß § 1 verleiht ihr die Priorität vor späteren Anmeldungen. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Eingangs der Anmeldung bei der Anmeldestelle. Wird eine Erfindung dem Planungsausschuß eines Wirtschaftsbetriebes in der sowjetischen Besatzungszone offenbart, so wird darüber eine von mindestens drei Mitgliedern des Planungsausschusses unterzeichnete, den Erfinder, die Erfindung und den Zeitpunkt der Offenbarung feststellende Urkunde aufgenommen. Die Urkunde ist der Anmeldestelle innerhalb dreier Monate nach der Offenbarung einzureichen und gilt als Anmeldung durch den Erfinder zu dem in der Urkunde festgestellten Zeitpunkt der Offenbarung.

§ 3

Die bei der Deutschen Wirtschaftskommission vor dem Inkrafttreten dieser Anordnung eingegangenen

Anmeldungen gelten als gleichzeitig am Tage des Inkrafttretens eingegangen. Weist der Anmelder nach, daß er seine Erfindung vor Inkrafttreten dieser Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vollständig offenbart hat, so gilt der Tag der Offenbarung als Zeitpunkt der Anmeldung.

§ 4

Der Anmelder erhält nach erfolgter Registrierung eine Bestätigung der Anmeldung.

§ 5

(1) Wer von der Anmeldung oder ihrem Inhalt dienstlich Kenntnis erhält, ist gegenüber jedermann zur Geheimhaltung verpflichtet.

(2) Wer dieser Verpflichtung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

§ 6

(1) Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission trifft die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Bestimmungen.

(2) Eine Neuregelung des Patentanwaltwesens bleibt vorbehalten.

§ 7

Die Anordnung tritt mit ihrer Verkündung im Zentralverordnungsblatt in Kraft.

Berlin, den 15. September 1948

Rau	Handke
Vorsitzender	Mitgl. des Sekretariats
der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone	

Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagwesens

Für die Demokratisierung und Entwicklung der Friedenswirtschaft ist die Förderung und Lenkung des betrieblichen Vorschlagwesens und des Erfindungswesens von großer Bedeutung. Die Mobilisierung des Erfindergeistes und die wirtschaftliche Nutzbarmachung geeigneter Verbesserungsvorschläge unter Sicherung des materiellen Anteils des Urheber wird mithelfen, die Lebenslage des deutschen Volkes zu verbessern.

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat zu diesem Zweck in seiner Sitzung vom 15. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

§ 1

Zuständigkeit und Sitz des Büros für Erfindungswesen
Für alle Fragen des Vorschlag- und Erfindungswesens in der sowjetischen Besatzungszone ist das Büro für Erfindungswesen der Deutschen Wirtschaftskommission zuständig. Es hat seinen Sitz in Berlin W 8, Leipziger Straße 5/7.

Durchführungsorgane und ihre Aufgaben

§ 2

Die in den Betrieben gebildeten Betriebsplanungsausschüsse übernehmen die Förderung des Betriebserfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagwesens.

§ 3

In Betrieben, in denen keine Betriebsplanungsausschüsse bestehen, übernimmt die Funktion des Planungsausschusses hinsichtlich des Vorschlagwesens eine von der gewerkschaftlichen Betriebsgruppenleitung in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu bestimmende oder zu bildende Betriebskommission.

§ 4

Im Rahmen der innerbetrieblichen Planung haben die Betriebsplanungsausschüsse das Augenmerk der

Aktivisten auf die Verbesserung der Produktionsmethoden, die bessere Ausnutzung von Material, Roh- und Hilfsstoffen und auf die konstruktive und technische Verbesserung der Werkerzeugnisse zu lenken und hierfür konkrete Aufgaben zu stellen.

§ 5

(1) Die auf Grund solcher Anregung oder aus eigener Initiative einlaufenden Vorschläge haben die Betriebsplanungsausschüsse auf ihre praktische Bedeutung für den Betrieb und ihre Durchführbarkeit zu prüfen und ihre Verwertung zu veranlassen. Für jeden Vorgang ist ein Protokoll über die Prüfung auszufertigen, das von mindestens drei Mitgliedern des Planungsausschusses zu unterschreiben ist und ausreichende Angaben über den Urheber, den Verbesserungsvorschlag sowie den Zeitpunkt der Offenbarung enthalten muß. Ferner müssen die Anmeldeunterlagen beigelegt sein.

(2) Eine Zweitschrift des Protokolls mit einem Doppel der Anmeldeunterlagen sind unverzüglich an das Büro für Erfindungswesen einzusenden. Sie dienen als Unterlagen für einen etwaigen Prioritätsanspruch.

§ 6

(1) Ergibt sich bei der Prüfung oder praktischen Verwertung eines Vorschlags, daß dieser über den Betrieb hinaus Bedeutung hat, so ist der Vorschlag bei einem zonal verwalteten volkseigenen Betrieb an die zuständige Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB)Z, bei einem volkseigenen Betrieb des Landes an die zuständige Vereinigung volkseigener Betriebe des Landes (VVB)L und bei einem Privatbetrieb an das für diesen Betrieb fachlich zuständige Referat oder eine dafür besonders errichtete Stelle in der Abteilung Industrie des Ministeriums für Wirtschaft weiterzuleiten.

(2) Diese Stellen veranlassen für ihren Bereich die Verwertung der auf Ausführbarkeit geprüften Verbesserungsvorschläge und sind verpflichtet, dem Büro für Erfindungswesen davon Mitteilung zu machen. Sie übernehmen gleichzeitig die Verpflichtung, die Entlohnung im Rahmen der in den Durchführungsbestimmungen ergangenen Richtlinien zu veranlassen und die getroffenen Maßnahmen zu kontrollieren.

§ 7

(1) Für Betriebe, die nicht der Industrie angehören, übernehmen die Funktionen nach den §§ 5 und 6 die Verwaltungsdienststellen, die je nach Sachlage für ihren Bereich in Frage kommen.

(2) Ergibt sich ferner bei der Prüfung nach § 5, § 6 oder § 7 Abs. 1, daß der offenbarte Vorschlag wahrscheinlich als eine patentfähige Erfindung anzusehen ist, so sind die prüfenden Stellen verpflichtet, dem Urheber anheimzustellen, diesen Verbesserungsvorschlag zwecks Registrierung für eine spätere Patenterteilung unter Einhaltung der Anmeldebestimmungen für Patentanmeldungen dem Büro für Erfindungswesen — Patentannahmestelle — einzureichen.

(3) Sie sind in diesem Fall ferner verpflichtet, die ursprünglichen Unterlagen des Vorschlags dem Büro für Erfindungswesen einzureichen.

§ 8

Freie Verbesserungsvorschläge und patentfähige Erfindungen

(1) Dem Urheber eines Verbesserungsvorschlags oder einer Erfindung ist es freigestellt, seinen Vorschlag oder seine Erfindung dem Büro für Erfindungswesen unmittelbar zu offenbaren.

(2) Diese und die nach § 7 dem Büro für Erfindungswesen eingereichten Vorschläge werden nach Prüfung den im § 5 oder den im § 6 genannten Stellen zur Verwertung zugeleitet.

(3) Bei Patentanträgen wird nur der Anmeldetag registriert.

Entlohnung

§ 9

(1) Der Urheber eines auf Durchführbarkeit anerkannten (Prüfungsprotokoll) Verbesserungsvorschlags, dessen Verwertung veranlaßt ist, hat ein Recht auf angemessene Entlohnung.

(2) Die Entlohnung ist von dem Verwerter des Verbesserungsvorschlags zu zahlen.

Befehl Nr. 183 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung über die Erhöhung der Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. November 1948

Die demokratische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands macht es erforderlich, daß die Verbindungen der deutschen Zonenverwaltungsorgane mit der Bevölkerung verbessert werden. Dies soll dazu beitragen, daß sich die Arbeit der Verwaltungsorgane verbessert und daß sich die Aktivität der Bevölkerung zum Zwecke der Verwirklichung der Wirtschaftspläne für die sowjetische Besatzungszone und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter verstärkt.

Hier von ausgehend und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Deutschen Wirtschaftskommission vom 24. Oktober 1948 sowie der Vorschläge der demokratischen Parteien und Organisationen betreffs der Reorganisation der Deutschen Wirtschaftskommission durch die Schaffung einer umfassenden Vertretung des Volkes in ihr

befehle ich:

1. Die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission ist von 36 auf 101 Mitglieder zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß die Mehrzahl der Mitglieder gewählte Vertreter der Bevölkerung der Länder sowie Vertreter der demokratischen Parteien und der sonstigen Organisationen der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone umfaßt.

§ 10

Die Höhe der zu zahlenden Entlohnung oder Prämie für einen Verbesserungsvorschlag setzt der Betriebsplanungsausschuß oder die an seine Stelle tretende Kommission unter Berücksichtigung des materiellen oder ideellen Nutzens, den der Vorschlag für den Betrieb hat, nach den in den Durchführungsbestimmungen aufgeführten Richtlinien fest.

§ 11

Erfolgt die Ausnutzung eines Verbesserungsvorschlags in größerem Rahmen, wird die Entlohnung in Zusammenarbeit mit der zuständigen Vereinigung volkseigener Betriebe oder den zuständigen Stellen der Wirtschaftsverwaltung nach den in den Durchführungsbestimmungen aufgeführten Richtlinien vorgenommen.

§ 12

Verbesserungsvorschläge, welche von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, werden in freier Vereinbarung mit dem Urheber entlohnt. Diese Feststellung trifft das Büro für Erfindungswesen und vermerkt sie auf dem Prüfbescheid.

§ 13

Streitfälle

In allen Streitigkeiten, welche aus der Verwertung oder volkswirtschaftlichen Nutzung eines Verbesserungsvorschlags oder einer Erfindung oder im Zusammenhang mit deren Entlohnung entstehen, entscheidet, sofern in den Durchführungsbestimmungen nichts anderes bestimmt ist, das Büro für Erfindungswesen oder eine vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission einzusetzende Schiedsstelle.

§ 14

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erläßt die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Bestimmungen.

Berlin, den 15. September 1948

Rau	Handke
Vorsitzender	Mitgl. des Sekretariats
der Deutschen Wirtschaftskommission	
für die sowjetische Besatzungszone	

2. Dementsprechend ist die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission folgendermaßen festzusetzen:

a) 48 Vertreter der Bevölkerung der Länder der sowjetischen Besatzungszone, die von den Landtagen nach der Norm zu wählen sind: ein Vertreter für je 360 000 Einwohner, und zwar:

- 15 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen,
- 12 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt,
- 8 Vertreter der Bevölkerung von Thüringen,
- 7 Vertreter der Bevölkerung von Brandenburg,
- 6 Vertreter der Bevölkerung von Mecklenburg.

b) 15 Vertreter der deutschen demokratischen Parteien, und zwar je 3 Vertreter jeder Partei: für die Sozialistische Einheitspartei 3, für die Christlich-Demokratische Union 3, für die Liberal-Demokratische Partei 3, für die Demokratische Bauernpartei 3 und für die National-Demokratische Partei 3.

c) 10 Vertreter der demokratischen Massenorganisationen der Werktätigen, und zwar: für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund 3, für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 2, für die Freie Deutsche Jugend 1, für den Demokratischen Frauenbund 1, für den Kulturbund 1, für die Genossenschaften 2.

d) Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission, der Vorsitzende der Zentralkommissionen der Zonenverbände.

Kontrollkommission, die Leiter der entsprechenden Deutschen Hauptverwaltungen sowie der Vorsitzende des Ausschusses zum Schutz der Volksvermögen bei der Deutschen Wirtschaftskommission.

3. Die neue Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission ist drei Wochen nach Erlass dieses Befehls abzuschließen.

4. Dem Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission ist das Recht zu gewähren, nötigenfalls neue Mitglieder zu kooptieren.

5. Die Frage des Verhältnisses der Deutschen Wirtschaftskommission und der Groß-Berliner Verwaltungsorgane ist der Deutschen Wirtschaftskommission zur Prüfung zu unterbreiten.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski

Der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Generalleutnant G. Lukjantschenko

III. Entschliefungen des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrats

Entschliefung des Wirtschaftsausschusses über die Auswirkungen des Marshall-Planes vom 5. Mai 1948

Das Bedürfnis der Vereinigten Staaten, eine durch den zweiten Weltkrieg gewaltig gesteigerte wirtschaftliche Kapazität in die normale Friedenswirtschaft hinüberzunehmen, zwingt sie zu einer bedeutenden Erweiterung ihrer Absatzmärkte. Diese Steigerung findet ihren Ausdruck insbesondere in dem Exportüberschuß von 22 Milliarden Dollar in den letzten drei Jahren.

Hierin liegt auch der Schlüssel zum Verständnis des Marshall-Planes und der bestehenden Welthandelskrise. Würden die USA diese Ausweitung des von ihnen beherrschten Wirtschaftsraumes unterlassen, so würde eine weitere Verschärfung der bereits bestehenden Krisis eintreten. Ihre sichtbarste Folge wäre eine riesige Arbeitslosigkeit in den USA. Es liegt auf der Hand, daß sowohl die wirtschaftlichen wie auch politischen Interessen der vom Marshall-Plan erfaßten Länder dem Ströben der USA nach wirtschaftlicher Machtergreifung untergeordnet und dienstbar gemacht werden. Die USA versuchen durch den Marshall-Plan — wenigstens für eine beschränkte Zeit — eine krisenhafte Entwicklung innerhalb der eigenen Wirtschaft zu verhindern.

Kredite sind unter normalen Verhältnissen wirtschaftlich notwendig und vertretbar, sofern ihre Gewährung nicht an politische Bedingungen geknüpft ist. Die Methode des Marshall-Planes muß aber unweigerlich zu politischen Bedingungen führen, die sich auch für die beteiligten Länder — auf die Dauer gesehen — als eine Beeinträchtigung ihrer ökonomischen und nationalen Souveränität auswirken müssen. Es erscheint erstaunlich, daß Westdeutschland sehr hohe Kredite für Lebensmittel in Anspruch nehmen muß angesichts der Tatsache, daß die landwirtschaftlich nutzbare Anbaufläche im Westen pro Kopf der Bevölkerung fast die gleiche ist wie im Osten. Diese Tatsache zeigt, daß das System der Erfassung der anfallenden Lebensmittel offenkundig unzulänglich ist und die normale Versorgung der Bevölkerung auch im eingeschränkten Rahmen nicht zu decken vermag. Es müssen die Vorschläge der Bizonenverwaltung abgelehnt werden, die eine gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen vorsehen, während die traditionellen Exportgüter nur einen geringen Teil der Gesamtausfuhr betragen. Deutschland ist das Land der Veredelung und der Fertigwarenerzeugung. Der hohe Anteil von Fertigwaren an der Einfuhr entspricht deshalb nicht der organisch gewachsenen Struktur der deutschen Wirtschaft. Auch diese Tatsache läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß das Schwergewicht der Marshall-Plan-Hilfe bei der Ausfuhr solcher amerikanischen Güter liegt, die der Sicherung der übersteigerten Kapazität der amerikanischen Wirtschaft dienen. Selbst Erzeugnisse der verarbeitenden Schwerindustrie sind in einem der bisherigen deutschen Wirtschaftsentwicklung widersprechenden Umfang für die Einfuhr vorgesehen. Deutschland muß aber arbeitsintensive Güter, nicht Rohstoffe, ausführen, wenn es leben will. Selbst wenn man der Meinung wäre, daß der Marshall-Plan in seiner Auswirkung zunächst zu einer Verbesserung der Lebenshaltung führen kann, darf dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Plan auf weite Sicht gesehen zwangsläufig nicht zu einer Gesundung, sondern zu einer verhängnisvollen Deformierung der westdeutschen Wirtschaft führen wird.

Darüber hinaus lassen die vorliegenden Pläne erkennen, daß die USA die westdeutsche Wirtschaft, insbesondere das Ruhrgebiet, nicht den Zwecken des europäischen Aufbauprogramms, sondern dem Ziele eindeutiger Kriegsvorbereitungen dienstbar machen wollen. Damit aber wird der Marshall-Plan zu einem Mittel der imperialistischen Politik der USA. Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft ist aber nur möglich, wenn die Zonengrenzen fallen und die organisch zusammengehörenden Teile sich wieder zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenfügen.

Entschliefung des Wirtschaftsausschusses zum 2. Halbjahrplan 1948 vom 24. Juni 1948

Der Wirtschaftsausschuß stellt mit Empörung fest, daß infolge der Spaltungspolitik der Frankfurter de-facto-Regierung eine Wirtschaftsplanung für ganz Deutschland unmöglich gemacht worden ist. Eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik auf demokratischer Grundlage wird erst möglich sein, wenn die Spalter in Westdeutschland aus ihren Machtpositionen entfernt sind und der Kampf um die politische Einheit Deutschlands zum Erfolg geführt hat. Bis dahin ist es darum die Aufgabe der Deutschen Wirtschaftskommission, der Verwaltungen und aller demokratischen Kräfte, durch eine vorbildliche demokratische Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone das Beispiel für den Wiederaufbau der Wirtschaft in ganz Deutschland zu geben.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats sieht im Plan für das 2. Halbjahr 1948 einen großen Fortschritt. Die im Plan enthaltenen Grundsätze der Wirtschaftspolitik entsprechen der Entschliefung des Volkskongresses über den demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Der Plan wurde von deutschen Organen ausgearbeitet und die deutschen Verwaltungsorgane und demokratischen Kräfte tragen die volle Verantwortung für seine Durchführung. In dem in Verbindung mit dem Produktionsplan festgelegten Verteilungsplan, der feste Werte für die Reparationslieferungen enthält, wird gesichert, daß die Mehrproduktion dem deutschen Wirtschaftsaufbau und der deutschen Bevölkerung zugute kommt.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats ersucht alle Volksausschüsse und die gesamte schaffende Bevölkerung, alle Kraft für die Erfüllung des Planes einzusetzen. Im Plan sind die Grundaufgaben bestimmt.

Die Realisierung des Planes ist jedoch abhängig von der Disziplin aller Schaffenden, von der Ausnutzung aller wirtschaftlichen Reserven und vor allem von der Entschlossenheit des schaffenden Volkes, die Produktion zu steigern und die Qualität der Arbeit zu erhöhen. Nur durch gemeinsame höhere Arbeitsleistung ist es möglich, die Folgen des Krieges zu überwinden und die Lage des schaffenden Volkes zu verbessern.

Die erfolgreiche Durchführung des Planes schafft das Beispiel einer fortschrittlichen demokratischen Wirtschaftspolitik und ist deshalb ein bedeutsamer Beitrag, die Bevölkerung Westdeutschlands von der Notwendigkeit des demokratischen Kampfes um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu überzeugen.

Entschießung des Wirtschaftsausschusses zur separaten Währungsreform vom 24. Juni 1948

Im Namen aller Deutschen, denen die Einheit Deutschlands wirklich am Herzen liegt, spricht der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates seine tiefste Empörung über die Spaltung Deutschlands aus, welche durch die separate Währungsreform der USA, Englands und Frankreichs mit Zustimmung der von diesen Mächten eingesetzten de-facto-Regierung in Frankfurt herbeigeführt wurde. Diese Maßnahme bedeutet die größte Mißachtung des Willens des deutschen Volkes, das erst vor kurzem durch mehr als 13 Millionen Einzeichnungen für das Volksbegehren zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eindeutig seinen Willen zum Ausdruck brachte.

Es ist offenkundig, daß die separate Währungsreform der imperialistischen Politik der USA dient, die im Rahmen des Marshall-Planes das Ruhrgebiet von Deutschland losreißen will.

Der Deutsche Volksrat ist nach der Bildung der de-facto-Regierung in Frankfurt und der Spaltung Deutschlands durch die separate Währungsreform die einzige einheitliche Gesamtvertretung des deutschen Volkes. In diesen ersten Tagen, da die Westmächte ihre separate Währungsreform auch auf Berlin auszudehnen versuchen, wendet sich der Deutsche Volksrat besonders an die Berliner Bevölkerung mit der Aufforderung, die Einheit Berlins um jeden Preis zu sichern, damit Berlin seine Rolle als Hauptstadt Deutschlands beibehält. Die Zulassung der Frankfurter Mark würde die Berliner Wirtschaft zerstören. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Bevölkerung sich ihrer Verantwortung bewußt ist und erkennt, daß Berlin im Kampf um die Einheit Deutschlands an vorderster Stelle steht. Berlin kann aber diese geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn es sich auf die demokratischen Kräfte der Ostzone stützt und mit der Wirtschaft der Ostzone aufs engste verbunden ist.

Unter den unsozialen Maßnahmen der separaten Währungsreform leidet das werktätige Volk der Westzonen aufs schwerste. Notwendig ist das Verbot jeder Entlassung von Arbeitern, jeder Preiserhöhung, die Freigabe aller gehorteten Warenbestände, die Beschlagnahme der Vermögen der Kriegsgewinnler und die Entmachtung der Konzern- und Bankherren.

Wir erklären uns mit der Bevölkerung der Westzonen solidarisch, wenn sie den Kampf für diese Forderungen aufnimmt.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates spricht seine Überzeugung aus, daß in der sowjetischen Besatzungszone im Anschluß an die Währungsreform

- durch die Festigung der demokratischen Ordnung,
- durch die Erhöhung der Produktion,
- durch die Verhinderung von Preissteigerungen und
- durch den entschlossenen Kampf gegen alle Schädlinge

der neue demokratische Wirtschaftsaufbau gefördert und die Lebenslage der Bevölkerung verbessert wird.

Die deutsche Bevölkerung möge sich dessen bewußt sein, daß nach der separaten Geldreform im Westen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nur möglich ist auf dem Wege der Einigung der demokratischen Kräfte gegen die reaktionären separatistischen Kräfte in Frankfurt und an der Ruhr, durch die Entfaltung des demokratischen Volkskampfes für Einheit und gerechten Frieden.

Entschießung des Wirtschaftsausschusses über den Einsatz der Volksausschüsse im Rahmen des Halbjahrplanes vom 20. August 1948

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates begrüßt den Wirtschaftsplan für das 2. Halbjahr 1948. Die Erfüllung und die Übererfüllung des Planes ist die Voraussetzung für den Zweijahrplan des Neuaufbaues und die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Der Wirtschaftsausschuß ruft die Volksausschüsse in den Ländern und Kreisen auf, sich mit dem Halbjahrplan zu beschäftigen und alles zu tun, damit die ganze Initiative der Bevölkerung für die Durchführung des Planes entfaltet wird. Es gilt, alle Kräfte anzustrengen, um die Übererfüllung des Planes zu erreichen.

Entschießung des Wirtschaftsausschusses über den Zweijahrplan vom 21. September 1948

Der Wirtschaftsausschuß nimmt den Zweijahrplan als Arbeitsgrundlage an. Zur Ausarbeitung der Fragen des Planes werden Unterausschüsse gebildet für Industrie, Handel, Versorgung, Landwirtschaft und für Finanzen, denen Vertreter aller Organisationen angehören sollen.

Entschießung des Wirtschaftsausschusses über die Unterstützung der zentralen Kontrollkommission durch die Volksausschüsse vom 23. November 1948

Die bisher veröffentlichten Berichte der Zentralen Kontrollkommission über die Verhältnisse in der Textilindustrie in Glauchau-Meerane und des Sächsischen Industrie-Kontors (Textil) in Chemnitz sowie die heutigen Ausführungen des Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission, Fritz Lange, vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates haben gezeigt, mit welchen niederträchtigen Methoden Saboteure die Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone zu hindern suchen.

Die Zentrale Kontrollkommission hat den Beweis erbracht, daß dies nicht nur auf bürokratische Unzulänglichkeiten und kriminelle Delikte einzelner Personen zurückzuführen ist, sondern daß antidemokratische Kräfte im Bunde mit unsauberen Elementen in Wirtschaft und Verwaltung bewußt darauf hingearbeitet haben, die planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren zu sabotieren.

Aus diesem Grunde begrüßt der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates die Wachsamkeit der Zentralen Kontrollkommission, deren Arbeit dazu beiträgt, Ordnung und Sauberkeit in Wirtschaft und Verwaltung zu schaffen und fordert die Volksausschüsse auf, mit der Zentralen Kontrollkommission in Ländern und Kreisen engstens zusammenzuarbeiten.

Der Wirtschaftsausschuß fordert einmütig, daß über Saboteure am Wirtschaftsaufbau die gesetzlich zulässigen Höchststrafen zu verhängen sind.

Inhaltsverzeichnis:

Heinrich Rau: Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission	1
Die Sprecher der Delegationen der Werktätigen:	
Adolf Hennecke	10
Erich Feidner	10
Diskussion:	
Reinhold Schwarz (LDP)	11
Josef Orlopp (SED)	11
Otto Freitag (CDU)	12
Mizzi Kaschner (DFD)	12
Adam Wolfram (FDGB)	13
Alfred Wunderlich (NDP)	14
Hermann Axen (FDJ)	15
Paul Scholz (DBD)	16
Anton Jadasch (VdgB)	17
Entschließung des Deutschen Volksrats über die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission	18
Anhang	
I. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der sowjetischen Besatzungszone (Schaubilder)	19
II. Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission:	
Anordnung über den Ankauf und die Verteilung von freien Spitzen (Übersollmengen) an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Gemüse vom 5. Mai 1948	23
Richtlinien für die Produktion im Jahre 1948 vom 23. Juni 1948	24
Beschluß über den Plan für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49 vom 24. Juni 1948	26
Anordnung über die Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission bei der Landesregierungen und der Kontrollbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 1. September 1948	26
Anordnung über die Einrichtung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Anmeldestelle im Büro für Erfindungswesen vom 15. September 1948	28
Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens vom 15. September 1948	28
Befehl Nr. 183 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung über die Erhöhung der Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. November 1948	29
III. Entschlüsse des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrats:	
Entschluß des Wirtschaftsausschusses über die Auswirkungen des Marshall-Planes vom 5. Mai 1948	30
Entschluß des Wirtschaftsausschusses zum 2. Halbjahrplan 1948 vom 24. Juni 1948	31
Entschluß des Wirtschaftsausschusses zur separaten Währungsreform vom 24. Juni 1948	31
Entschluß des Wirtschaftsausschusses über den Einsatz der Volksausschüsse im Rahmen des Halbjahrplanes vom 20. August 1948	31
Entschluß des Wirtschaftsausschusses über den Zweijahrplan vom 21. September 1948	31
Entschluß des Wirtschaftsausschusses über die Unterstützung der zentralen Kontrollkommission durch die Volksausschüsse vom 23. November 1948	31

Herausgegeben vom Deutschen Volksrat, Sekretariat, Haus des Deutschen Volksrats, Berlin W 8, Mauerstr. 45-52, Telefon: 67 00 18.
Erscheint im Kongreß-Verlag GmbH, Haus des Deutschen Volksrats, Berlin W 8, Mauerstr. 45-52, Telefon- Sammelnummer 67 00 18

Verlag: Kongreß-Verlag Berlin Lizenz Nr. 399 der Sowjetischen Militär-Administration
Druck: Greif Graphischer Großbetrieb GmbH, Berlin N 54, Christinenstr. 18/19

Die letzten Neuerscheinungen:

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN VOLKSRATES

1.

„Die Weimarer Verfassung, ihre Errungenschaften und Mängel“ von Dr. Karl Polak, 72 Seiten 0,60 DM

2.

„Das Verfassungsproblem in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands“ von Dr. Karl Polak, 36 Seiten 0,40 DM

3.

„Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland“ von Minister Johannes Dieckmann, 32 Seiten 0,40 DM

4.

„Hat das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung?“
von Prof. Alphonse Steiniger, 32 Seiten 0,40 DM

5.

„Verfassung – Grundfrage der Nation“
Informationsdienst Nr. 6 0,60 DM

6.

„Frieden für Deutschland – Probleme und Dokumente“
Informationsdienst Nr. 7 0,60 DM

7.

„Die Reparationsfrage“
von Hans Jendretzky, 32 Seiten 0,40 DM



KONGRESS-VERLAG GMBH.

B E R L I N W 8. W I L H E L M P L A T Z 8 / 9

DEUTSCHLANDS STIMME

das Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und
gerechten Frieden informiert über alle politischen,
wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der Ge-
genwart und behandelt alle Fragen, die für Deutsch-
lands zukünftige Gestaltung von Bedeutung sind.

Wer sich eine eigene Meinung bilden will, der liest
„DEUTSCHLANDS STIMME“

Erhältlich im Zeitungshandel, Einzelexemplar 30 Pf.

Im Abonnement durch

die Post oder durch Boten ins Haus gebracht für:

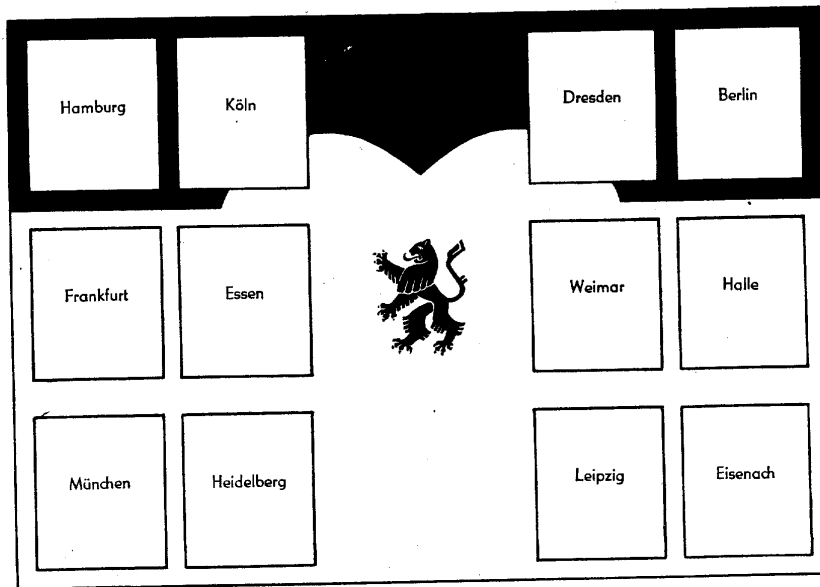
1-Monats-Abonnement	DM 1,30	} einschl. Zustell- gebühren
2-Monats-Abonnement	DM 2,60	
1.-Jahres-Abonnement	DM 3,90	

Werden auch Sie Abonnent!

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen oder der
KONGRESS-VERLAG GMBH · BERLIN W 8 · WILHELMPLATZ 8/9

25X1A





25X1A

Deutscher Volkskongreß Thüringen

Was will die Sammelkarte?

Die Sammelkarte soll den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden finanzieren und jedem Deutschen eine Mahnung sein, in der Volkskongreßbewegung für ein einiges, freies und demokratisches Deutschland zu arbeiten.

Die Sammelkarte nimmt die monatlich erscheinenden Marken „Deutscher Städteinnbilder“ auf, die zu einem Preise von 0,10, 0,50 und 1,00 DM herausgegeben werden.

Die Sammelkarte wendet sich vor allem an die Parteilosen und erinnert sie daran, daß der Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden die Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes ist.

Die Sammelkarte soll die Angehörigen der Parteien und Organisationen ständig daran erinnern, daß über allen weltanschaulichen, religiösen und wirtschaftlichen Verschiedenheiten die Einheit Deutschlands steht.

Die Sammelkarte wendet sich an die deutsche Jugend und soll sie über die Notwendigkeit der Einheit ihres Vaterlandes zum Nachdenken anregen. In der Schule soll sie Anlaß bieten, um die Kräfte für ein einiges, demokratisches Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen.

Sie verbindet damit alle Deutschen, die guten Willens und von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß die Zukunft unserer Heimat nur durch die Zusammenarbeit aller Deutschen gesichert werden kann.

Jeder, der die Sammelkarte erwirbt, leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Erreichung unseres großen Zieles:

Einheit Deutschlands

für

Demokratie

Freiheit

Frieden

DEUTSCHER VOLKSKONGRESS

Landessekretariat Thüringen

013

DEUTSCHER VOLKSKONGRESS THÜRINGEN	
Sammelkarte Nr.	
Gruppe A B C (A = 0,10 DM; B = 0,50 DM; C = 1,00 DM.) (Nichtzutreffendes durchstreichen.)	
Name:	
Vorname:	
Beruf:	
geb.: in:	
Wohnort:	
Straße u. Hausnr.:	
Orts-, Stadtbezirks-, Betriebsausschuß:	
Kreis:	
ausgestellt am:	
(Siegel)	gez. Eberling Bach Dr. Elster
Kreissekretär	Vorsitzende

(021) Ohlenroth, Erfurt

G.Nr. 23424

DEUTSCHER VOLKSRAT

**Demokratischer
Neuaufbau
der deutschen Wirtschaft**

INFORMATIONSDIENST 1. Jahrgang • Nummer 8

Erstes Heft 1952

Heinrich Rau vor dem Deutschen Volksrat am 24. Oktober 1948 in Berlin

Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission

Mein Bericht wird sich auf die Darlegung der Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik und der wichtigsten Maßnahmen zur Realisierung dieser Wirtschaftspolitik beschränken. Ein Hauptmerkmal der Wirtschaftspolitik unserer Zone besteht darin, daß sie ausgerichtet ist auf die Entwicklung und Festigung wahrhafter Demokratie, des sozialen Fortschritts, des Friedens und der Einheit

Deutschlands, auf die Erringung und Erhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Volkes. Allein unter diesen Gesichtspunkten sprechen wir vom Aufbau aus eigener Kraft und von der Durchführung eines deutschen Wirtschaftsplanes, der uns eine Perspektive des Aufstiegs der Wirtschaft und des Lebensstandards unseres Volkes gibt.

Grundlage der Wirtschaftspolitik: Potsdamer Beschlüsse oder Marshall-Plan?

Diese Linie unserer Arbeit steht auch im Einklang mit jenen Grundsätzen, die von den alliierten Mächten in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt wurden und deren Realisierung eine Voraussetzung für die Gesundung des deutschen Volkes und für seine Eingliederung in die Familie der Völker bildet. Leider müssen wir feststellen, daß die Westmächte die Potsdamer Beschlüsse niemals geachtet und ihre Versprechen gegenüber dem deutschen Volke nicht eingelöst, sondern eine entgegengesetzte Politik, nämlich eine Politik der Spaltung Deutschlands, der Versklavung des deutschen Volkes und der Faschisierung in den von ihnen besetzten Zonen Westdeutschlands durchgeführt haben und durchführen. Sie haben dabei die Unterstützung der westdeutschen großkapitalistischen Kreise und der Führer der westdeutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien gefunden und haben sich im Frankfurter Wirtschaftsrat ein willfähriges Werkzeug, für die Durchführung ihrer diktatorischen Politik geschaffen.

Diese Politik geht nicht aus von den Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der Völker überhaupt, sondern ist diktiert von den Interessen zahlenmäßig kleiner, aber wirtschaftlich und politisch mächtiger Kreise, dem westlichen und vor allem dem amerikanischen Monopolkapital. Die Interessenpolitik des Monopolkapitals hat ihren Niederschlag im Marshall-Plan gefunden, der ein Plan zur Eindämmung oder zumindest zur Abschwächung der sich entwickelnden Wirtschaftskrise in den USA ist.

Seine Durchführung bedeutet deshalb für die dem Marshall-Plan unterworfenen Gebiete unseres Vaterlandes den Abzug von Rohstoffen, die Übernahme der deutschen Rohstoff- und Grundstoffindustrien in die Hände des westlichen und vor allem des amerikanischen Monopolkapitals und andererseits die Eindämmung der deutschen Fertigwarenindustrie und insbesondere der für den Export aus Deutschland wichtigen Industrien, die auf dem Weltmarkt eine Konkurrenz der amerikanischen und englischen Exportindustrie bedeuten würden. Ja, selbst die Fertigwarenproduktion für den innerdeutschen Markt wird teilweise gedrosselt, um ausländischen Exportindustrien den Absatzmarkt innerhalb Deutschlands zu sichern.

Als ein charakteristisches Beispiel dafür will ich nur auf die Herstellung von Nylon- oder Perlonstrümpfen verweisen. Es handelt sich um ein Produkt, das aus Benzin bzw. Kohle gewonnen wird. Westdeutschland hat eine breite Kohlenbasis; die chemische Industrie ist so entwickelt, daß keinerlei technische Schwierigkeiten bestehen würden, die Grundstoffe zu gewinnen und Perlonstrümpfe in Westdeutschland in großen Mengen zur Deckung des gesamten inneren Bedarfs und auch darüber hinaus für den Export herzustellen. Aber die Produktion dieser Strümpfe wird

nicht genehmigt. Wie eine westdeutsche Zeitung, „Die Rheinpfalz“, berichtet, werden zwar gegenwärtig in einem großen Betrieb die Vorbereitungen zur Herstellung solcher Strümpfe getroffen, aber in einem Betrieb, der bereits vollständig in den Händen des amerikanischen Kapitals ist. Die westdeutsche Zeitung beschränkt sich darüber, daß deutschen Firmen keine Erlaubnis zur Produktion der Strümpfe gegeben wird, verschweigt aber, daß es sich hier um eine Auswirkung der auch von ihr unterstützten Politik des Marshall-Planes handelt, daß darin ja der Sinn des Marshall-Planes einen klaren und eindeutigen Ausdruck findet.

Unter den Bedingungen des Marshall-Planes muß die Wirtschaft in Westdeutschland in die Sackgasse einer schweren Krise geraten. Am 30. Mai 1948 zählte man allein in der englischen Zone 213 647 Arbeitslose, deren Zahl nach der Ankurbelung durch die westdeutsche Währungsreform auf 396 369 bis 9. September dieses Jahres anstieg. Ähnlich ist der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in der amerikanischen Zone.

Der Marshall-Plan dient ferner der Vorbereitung des Krieges der monopolkapitalistischen Mächte gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder, die sich ihrer Ausplünderung entzogen haben, besonders gegen die Sowjetunion. Mit Hilfe des Marshall-Planes soll ein fester Block von Staaten unter Führung des amerikanischen Monopolkapitals gegen die fortschrittlichen Demokratien geschaffen werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Tatsache zu sehen, daß die Demontage der Kriegsindustrie in Westdeutschland nicht durchgeführt wird.

Es ist klar, daß bei der Verfolgung solcher Ziele das amerikanische Monopolkapital nur insoweit an einer Einheit Deutschlands interessiert sein kann, als die einzelner Gebiete und die Bevölkerung dieser Gebiete sich diesem Ziele unterwerfen lassen. Soweit die Vertreter und Verfechter des Marshall-Planes also davon sprechen, daß auch sie für die Einheit Deutschlands seien, verstehen sie darunter, daß ganz Deutschland ihrer Ausplünderung und Unterjochung preisgegeben werden, daß ganz Deutschland als Basis der Kriegsvorbereitung gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder, besonders gegen die Sowjetunion, dienen soll. Unter solchen Bedingungen sind sie auch bereit, Kredite zu geben, die sich für sie wirtschaftlich und politisch gut verzinsen, die aber das deutsche Volk in Fesseln schlagen, zu Kolonialsklaven herabwürdigen, zu Söldnern und Kanonenfutter für die Monopolherren machen.

Da wir nicht bereit sind, einen solchen Weg zu gehen, haben die Monopolherren die Politik der Spaltung Deutschlands durchgeführt und haben durch eine separate Währungsreform und durch Sperren der Zonengrenzen die einheitlich gewachsene deutsche Wirtschaft in zwei Teile zerlegt, zum Schaden der deutschen Wirtschaft in Ost und West.

Im Sinne dieser Spaltungspolitik benutzen sie ihre Position in Berlin, unterstützt von einer willfährigen Magistratsmehrheit, als vorgeschobenen Stützpunkt, um den wirtschaftlichen kalten Krieg gegen unsere Zone zu führen, den wirtschaftlichen Aufbau zu stören, um gleichzeitig aber auch die sehr leistungsfähige Exportindustrie Berlins zu zerschlagen und damit einen Konkurrenten weniger auf dem Weltmarkt zu haben.

So wird gegenüber Berlin in grausamer Weise seitens der Westmächte fortgesetzt, was ihre Bombengeschwader in den letzten Monaten des Krieges vollzogen, als sie ohne militärischen Sinn und ohne militärische Notwendigkeit die Produktionsstätten und Wohnhäuser willkürlich zerstörten, vor allem in jenen Städten und Industriezentren, die nach den bereits vorher in Jalta gefaßten Beschlüssen zur sowjetischen Besatzungszone gehören sollten. Dieses Werk der Zerstörung soll gegenwärtig mit anderen Mitteln, auf kaltem Wege, fortgesetzt werden, bis die Herren Monopolisten ihre Kriegsvorbereitungen so weit vorgetrieben haben, daß wieder Bomben das Zerstörungswerk fortführen können. Es gibt leider politische Bankrotteure und Hasardeure, die dies kaum mehr erwarten können und schreiben: „Berlin ist einen Krieg wert!“ Ob die Anhänger dieser Politiker eine Vernichtung durch Atombomben begrüßen werden, nur weil ein amerikanischer Absender firmiert, erscheint mir allerdings zweifelhaft und allseitiger Überlegung wert.

Die Gegensätze, die sich auf den Konferenzen in London, Moskau und Paris unter den Alliierten in der Deutschlandfrage zeigten, in den Beratungen des Kontrollrates hervortraten und sich im „Kampf um Berlin“

widerspiegeln, drehen sich um die Frage: Soll die von den Alliierten gemeinsam beschlossene Politik, die im Potsdamer Abkommen ihren Niederschlag fand, ehrlich durchgeführt werden, oder soll Deutschland als Basis kolonialer Ausbeutung und als Stützpunkt für die Aggressionspolitik des amerikanischen Monopolkapitals im Sinne des Marshall-Planes behandelt werden? Zwischen diesen beiden Möglichkeiten muß auch das deutsche Volk wählen, um in die Gestaltung seiner Lebensgrundlagen einzugreifen. Wem es ehrlich um die Interessen seines Volkes geht, dem dürfte dabei die Wahl nicht schwer fallen.

Ich weise besonders auch deshalb auf diese Zusammenhänge hin, weil auch in unserer Zone gelegentlich Stimmungen und Vorschläge aus Wirtschaftskreisen auftauchen, die eine Abkehr von unserer Wirtschaftspolitik und im wesentlichen eine Befürwortung der Politik des Marshall-Planes bedeuten. Um so erfreulicher ist es für mich, feststellen zu können, daß sämtliche Parteien und Organisationen unserer Zone der im Zweijahrplan festgelegten Wirtschaftspolitik zustimmen, wie auch der Deutsche Volksrat sich positiv für den Zweijahrplan eingesetzt hat, den die Deutsche Wirtschaftskommission als die Grundlage für ihre Arbeit angenommen hat. Damit ist ein für allemal klargestellt — und die Stellungnahme der Belegschaften der Betriebe unterstreicht dies —, daß in unserer Zone die eingangs erwähnten Grundsätze unserer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik festgehalten und einheitlich durchgeführt werden.

Demokratische Reformen und Wirtschaftsstruktur

Als die Deutsche Wirtschaftskommission auf Grund des Befehls Nr. 32 im Frühjahr dieses Jahres geschaffen wurde, waren unter Führung des demokratischen Blockes für diese fortschrittliche Wirtschaftspolitik bereits die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen und die Prinzipien dieser Wirtschaftspolitik erprobt. Die Voraussetzungen bestanden vor allem in der Durchführung der demokratischen Bodenreform, die der militaristischen Kaste der Großgrundbesitzer die wirtschaftliche und politische Grundlage entzogen und der demokratischen Entwicklung im Dorf auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen ebnen hat. Hunderttausende Neubäuerliche Besitzungen wurden geschaffen. Wenn zu den bäuerlichen Betrieben von 5–50 ha im Jahre 1939 51 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Bodenfläche gehörten, so besitzen diese bäuerlichen Betriebe heute 71,2 Prozent des gesamten Bodens der Zone. Der Zuwachs entfällt fast ausschließlich auf die Betriebe zwischen 5 und 15 ha. Privater Grundbesitz von über 100 ha besteht in unserer Zone nicht mehr. Die großbäuerlichen Betriebe von 50 bis 100 ha umfassen 1 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe mit einem Anteil von 8,1 Prozent an der landwirtschaftlichen Bodenfläche.

Eine weitere Voraussetzung war die Sequestrierung und spätere Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in die Hände des Volkes. Insgesamt gingen 9200 gewerbliche Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in Volkseigentum über. Um die eingetretene Veränderung zu veranschaulichen, darf ich auf folgendes hinweisen: 4 Prozent der Betriebe, die großen Unternehmen, erzeugten vor dem Kriege 50 Prozent der gesamten industriellen Produktion Deutschlands. Das waren die Betriebe der großen Konzerne wie Flick, Siemens, Mannesmann, Henkel usw. Sie beherrschten auch in dieser oder jener Weise die gesamte übrige Wirtschaft, besonders auch mit Hilfe ihrer Großbanken.

Sie waren die wirklichen Herren Deutschlands, deren Profit- und Machtpolitik, deren imperialistisches Streben nach Weltherrschaft von der Hitlerregierung durchgeführt wurde.

listisches Streben nach Weltherrschaft von der Hitlerregierung durchgeführt wurde.

Wenn wir heute die Zahl der sogenannten „Zensusbetriebe“, d. h. derjenigen Betriebe, die zur Abgabe von Produktionsmeldungen verpflichtet sind, in Betracht ziehen, dann ergibt sich folgendes Bild: Von den 40 000 Zensusbetrieben unserer Zone sind etwas mehr als 3000, rund 8 Prozent, Eigentum des Volkes; diese Betriebe des Volkes sind mit 40 Prozent an der industriellen Produktion der Zone beteiligt.

Die demokratische Macht des Volkes besitzt also jetzt eine starke wirtschaftliche Basis, und darin besteht auch die wichtigste Voraussetzung für die Planung unserer industriellen Produktion. Fügt man dem hinzu, daß die für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Grundstoff-Industrien vor allem bei den volkseigenen Betrieben liegen — die Zahlen sind aus dem Dokument des Zweijahrplanes bekannt —, daß ferner keine privaten Banken mehr bestehen, sondern nur noch Banken des Volkes, denen wir gerade im Hinblick auf die Durchführung des Zweijahrplanes unlängst eine Bank für langfristige Kredite hinzugefügt haben, dann ist klar, daß unser Volk starke wirtschaftliche Positionen zur Sicherung einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage langfristiger Planung sich geschaffen hat. Wenn ich dies auf der einen Seite hervorhebe, so darf bei unserer Wirtschaftspolitik keinesfalls das Gesamtbild, die Gesamtstruktur unserer Wirtschaft außer acht gelassen werden. Allein 60 Prozent der Produktion der sogenannten Zensusbetriebe liegt im privaten Sektor. Die große Zahl von rund 37 000 solcher Betriebe zeigt, daß es sich vornehmlich um kleinere Industriebetriebe handelt. Hinzu kommen die vielen Betriebe des erzeugenden und reparierenden Handwerks, in denen in unserer Zone rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigt sind. Im Handel haben die privaten Betriebe — trotz der bedeutenden Rolle, die in unserer Zone die Konsumgenossenschaften, landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften spielen — einen

starken, überragenden Anteil an der Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben. Die Landwirtschaft gliedert sich fast vollständig in kleine, mittlere und größere private Bauernbetriebe.

Wenn wir unsere gesamte landwirtschaftliche Produktion heben wollen, wenn wir die gewerbliche Produktion im Rahmen des Zweijahrplanes um 35 Prozent, d. h. von jetzt 60 auf 81 Prozent der Friedensproduktion (gerechnet nach der Produktion von 1936) erhöhen wollen, dann ist das nur möglich unter Anspannung aller Kräfte unseres Volkes, der Arbeiterschaft, der technischen Intelligenz, der Wissenschaft, der Bauern, Handwerker und nicht zuletzt auch der privaten Unternehmer, der volkseigenen und der privaten Betriebe, des genossenschaftlichen und des privaten Handels, der Organisationen und Parteien, wie der Verwaltungen. Der Zweijahrplan, der das Leben unserer gesamten Bevölkerung verbessern soll, kann und muß das Werk aller körperlichen und geistigen Kräfte unseres Volkes sein. Das müssen wir bei jedem Schritt unserer Wirtschaftspolitik vor Augen haben und in diesem Rahmen auch die gegensätzlichen Interessen und Bestrebungen der vorhandenen Klassen und Schichten in unserem Volke in Betracht ziehen, unter Beachtung dieser Lage das Fortschrittliche fördern, das Rückschrittliche bekämpfen. Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission ist unter diesen Gesichtspunkten zu verstehen, sie ist den Interessen unseres Volkes untergeordnet und daher demokratisch.

Reparationen

Ein Wort zu den Reparationen. Die westlichen Propagandisten machen diese Frage zu einem Kernstück ihrer Hetze gegen die Sowjetunion. Auf der Potsdamer Konferenz haben die Alliierten gemeinsam die Pflicht des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung festgelegt. Nur der ehrliche Wille des deutschen Volkes zur wenigstens teilweisen Wiedergutmachung der im Kriege angerichteten ungeheuren Schäden in anderen Ländern — der Schaden der Sowjetunion wird allein mit 485 Milliarden Dollar berechnet — kann die anderen Völker davon überzeugen, daß wir

uns ehrlich von der verbrecherischen Politik des Krieges abgekehrt haben und die friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Völkern ernst meinen. Wir im sowjetischen Besatzungsgebiet haben uns bemüht, unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen und haben deshalb auch das Vertrauen gewonnen, daß eine feste Umgrenzung dieser Reparationsleistungen erfolgte, daß uns eine große Selbständigkeit in der Lenkung und Gestaltung unserer Wirtschaft gegeben wurde, und daß wir enge und freundschaftliche Wirtschaftsbeziehungen zu den fortschrittlichen demokratischen Staaten entwickeln konnten. Auf dem erworbenen Vertrauen basiert auch die unlängst erfolgte Herabsetzung der Zahl der Besatzungskräfte und der Kosten für ihren Unterhalt.

Es ist keineswegs so, daß die westlichen Besatzungsmächte auf Reparationsleistungen verzichtet haben, obwohl der Krieg ihren Ländern weit geringere Verwüstungen durch die deutsche Armee brachte als den östlichen Staaten. Die USA haben sogar am Krieg verdient. Dennoch haben sie Milliarden-Werte aus Deutschland weggetragen, man darf nur an den Raub der deutschen Patente erinnern, um dies zu unterstreichen.

Was nun die laufenden Kosten für die Besatzungsmacht betrifft, so betragen sie für die Bizone nach den amtlichen Angaben jährlich 5 Milliarden Mark. Diese Summe ist weit mehr als doppelt so hoch als die Besatzungskosten plus Reparationen, die wir in diesem Jahre zu zahlen haben.

Wäre es anders, dann wäre es nicht zu verstehen, warum wir ohne Neuverschuldung an das Ausland einen nicht geringeren Lebensstandard haben als die Bevölkerung der Westzonen, die zur Erreichung dieses Lebensstandards eine Neuverschuldung von rund 3 Milliarden Dollar zu verzeichnen haben. Was wir im Rahmen der Erfüllung der Reparationen von der sowjetischen Besatzungsmacht wünschten, war eine Umstellung der Reparationsleistung in der Richtung, daß die Abgabe von Konsumgütern und Baustoffen eingeschränkt wird, was für das nächste Jahr auch zugesagt ist.

Grundstoff-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie im Vordergrund

Lassen Sie mich nun zu den wichtigsten Einzelproblemen, die sich im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik stellen, übergehen. Der Zweijahrplan stellt in den Vordergrund den Aufbau der Grundstoff-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Entsprechend werden hier die größten Investitionen an Kapital erfolgen. Es ist bekannt, daß bei diesen Industrien die volkseigenen Betriebe den Hauptanteil haben. Daraus wurde gelegentlich gefolgert, daß das schnellere Tempo in der Rekonstruktion dieser Betriebe gegenüber der Leichtindustrie, in der die privaten Unternehmen überwiegen, nur erfolge um der volkseigenen Betriebe willen. Obwohl es keine schlechte Tugend ist, das Eigentum des Volkes zu mehren, sind in diesem Falle andere wirtschaftliche Gesichtspunkte entscheidend. Auch wenn die privaten Unternehmen bei Kohle, Energie, Metallurgie, Grundchemie, Maschinen und Fahrzeugbau überwiegenden Anteil hätten, müßten wir diesen Teil der Wirtschaft besonders rasch entwickeln.

Warum? Von der Steigerung der Produktion auf diesen Gebieten hängt die Steigerung der Produktion in der gesamten übrigen Wirtschaft ab. Die Erhöhung der Produktion unserer Landwirtschaft erfordert nicht zuletzt Maschinen und Geräte, Stickstoff, Kali, Düngekalk, Phosphatdünger, ferner auch Zement und Kalk zur Errichtung der notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Die Ausrüstung der heute bei weitem nicht ausgenutzten Kapazitäten unserer Textilindustrie verlangt vor allem die Herstellung von Zellwolle, Kunstseide und Schwefelkohlenstoff. Was Kohle, Energie, Fahrzeuge und Fahrzeugbereifungen für die Wirtschaft bedeuten, und welcher Mangel hier vorliegt, brauche

ich nicht erst hervorzuheben. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Wir wollen im nächsten Jahr den Fischfang von 22 000 auf 28 000 Tonnen erhöhen. Dazu ist notwendig, daß wir einen großen Teil der vorhandenen Fischkutter mit neuen Motoren versehen oder zumindest für die anderen die notwendigen Ersatzteile für die Reparatur beschaffen.

Die Einfuhr fehlender Rohstoffe, wie auch die notwendige Erweiterung der Einfuhr von hochwertigen Nahrungsmitteln erfordert aber, daß wir unseren Export steigern. Unsere Exportmöglichkeiten richten sich nicht danach, was wir zufälligerweise an Produkten erübrigen können, sondern danach, was unsere Außenhandelspartner brauchen. Außer verschiedenen Grundstoffen, wie Kali, Salz und dergleichen, sind es vor allem Maschinen, Fahrzeuge, Ersatzteile, die sie suchen. Also muß man diese Industrien entwickeln, wenn man die Außenhandelstätigkeit steigern will. Gewiß spielte im Außenhandel bisher auch unsere Textilindustrie keine untergeordnete Rolle. Aber zur Zeit — und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr — wird in der Hauptsache nur ein Absatz für unsere sehr hochwertigen und beliebten Perlon-Damenstrümpfe bestehen, die wir leider noch nicht in unbeschränktem Maße infolge Mangels an erforderlichen Grundstoffen erzeugen können; denn es handelt sich um einen aus der Kohle gewonnenen Grundstoff. Ferner spielt unsere Textilindustrie eine Rolle im Außenhandel durch Hereinnahme von Verarbeitungsaufträgen, wofür sie aber genügend Kapazitäten hat, auch wenn sie auf diesem Gebiet ihre Arbeit noch wesentlich erweitert. Das Schwerkgewicht unseres Exports liegt aber bei der Grundstoff- und Maschinenindustrie.

Keine Autarkie

Zu all den genannten Ursachen für die Grundlinie des Zweijahrplanes kommt die Aufgabe, aus unserer Wirtschaft wieder einen einigermaßen einheitlichen Wirtschaftskörper zu machen. Heute ist unsere Wirtschaft zerrissen. Die Zerstörungen durch den Krieg, die Folgen des Krieges, die ihren Ausdruck auch in Demontagen gefunden haben, führten zu dem heute fühlbaren ungleichen Bestand der einzelnen Industriezweige. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft unserer Zone ja als ein Teil der gesamtdeutschen Wirtschaft gewachsen ist und entsprechend enge Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Industrien unserer Zone und der westlichen Zonen bestehen. Die Spaltung Deutschlands, die hermetische Abschließung der Zonengrenzen durch die britische und amerikanische Besatzungsmacht, hat sowohl die Wirtschaft im Westen wie in unserer Zone zu einer Rumpfwirtschaft gemacht, hat zum Schaden beider Teile den einheitlichen Organismus in zwei Teile gespalten. Auch diese Tatsache zwingt uns, danach zu streben, wieder einen einigermaßen geschlossenen, ausgeglicheneren Wirtschaftsorganismus zu schaffen, d.h. die Produktionsmöglichkeiten auf jenen Gebieten, in denen die Kapazitäten besonders fühlbar unzureichend sind, schneller zu entwickeln.

Das bedeutet keineswegs, daß wir eine autarke Wirtschaft anstreben; denn wir werden niemals in der Lage sein, die für unsere Wirtschaft erforderlichen Grund- und Rohstoffe innerhalb der Zone in auch nur einigermaßen ausreichender Menge selbst zu gewinnen. Es bedeutet auch nicht, daß wir mit einer Verewigung der Spaltung Deutschlands rechnen und uns damit abfinden. Auch nach voller Erfüllung des Zweijahrplanes wird unsere Produktion in der Schwer- und Maschinenindustrie sowie in der Chemie noch keineswegs die Vorkriegshöhe erreicht haben. Es handelt sich also auch hier nur um eine Rekonstruktion zerstörter Kapazitäten — mit dem bedeutenden Unterschied allerdings, daß diese Rekonstruktion nicht unter dem Gesichtspunkt der Kriegsnotwendigkeiten, sondern als starke Basis unserer demokratischen Friedenswirtschaft erfolgt. Ferner ist zu beachten, daß die Kapazitäten auf diesen Gebieten auch in den westlichen Zonen, aus den gleichen Ursachen wie bei uns, relativ gering sind und auch nach Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die bei uns erfolgte Rekonstruktion in der Grundstoff-, Schwer- und Maschinenindustrie nicht nur keine Störung, sondern im Gegenteil eine wesentliche Bereicherung, ein wesentlicher Nutzen für die gesamtdeutsche Wirtschaft sein wird. Des weiteren ist folgendes zu beachten:

Je rascher und umfassender der Aufbau unserer Wirtschaft erfolgt, je deutlicher die Richtigkeit unseres Weges — des Aufbaues aus eigener Kraft ohne Verkauf unserer Wirtschaft und unseres Volkes an das ausländische Monopolkapital — unserem Volke vor Augen tritt, desto zahlreicher werden die Kräfte in Deutschland sein, die sich für die deutsche Einheit, für den demokratischen Aufbau einer gesamtdeutschen Friedenswirtschaft begeistern und einsetzen.

Die Planziele sind keine Utopie

Sie werden fragen: Inwieweit sind die im Zweijahrplan von der SED aufgestellten Ziele erreichbar? Die von unserer Verwaltung für Wirtschaftsplanung bisher durchgeführte Überprüfung der einzelnen Positionen ergab, daß die gestellten Ziele erreicht werden können, daß es sich also um eine absolut reale Aufgabenstellung handelt. Die für das erste Jahr des Zweijahrplanes, für 1949, erarbeiteten Analysen ergeben sogar, daß, im ganzen betrachtet, ein etwas schnelleres Tempo des Aufbaues, als im Plan vorgesehen, erwartet werden kann.

Es sind dazu jedoch bei einigen Industriezweigen ernste Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Berg-

bau muß im Jahre 1949 allein zur Freilegung der planmäßig zu fördernden Kohle um 27 Prozent mehr Abraum als in diesem Jahr bewegt werden. Die Abraumbedingungen und damit die Bedingungen für die Gewinnung der Kohle werden gegenwärtig immer ungünstiger, da die auf der abzubauenen Kohle liegenden Deckgebirge mächtiger werden. Die geforderte Leistung kann also nur vollbracht werden, wenn rechtzeitig die notwendigen Reparaturen an den Abraumgeräten erfolgen und weitere Bagger und E-Loks für den Bergbau bereitgestellt werden.

Auch in der Energiewirtschaft sind umfangreiche Reparaturarbeiten und eine Reihe von Neubauten zur Erfüllung des vorgesehenen Leistungssolls erforderlich, wozu nicht unbeträchtliche Mengen an Materialien bereitgestellt werden müssen, so z.B. allein 65 000 Tonnen Eisen, Stahl und Buntmetalle, 33 000 cbm Schnittholz, 32 000 lfdm Sägeholz für Masten, 38 000 Tonnen feuerfeste Materialien, 10 000 Tonnen Zement. Auch hieran sieht man wieder, wie notwendig die Grundstoffe sind.

Im Erzbergbau haben wir besonders große Produktionssteigerungen vorgesehen, wobei gegenüber der voraussichtlichen Ist-Produktion des Jahres 1948 im Verhältnis zum kommenden Jahr eine Produktion von 250 Prozent bei Eisenerzen, 130 Prozent bei Kupfererzen, 260 Prozent bei Bleikonzentraten, 280 Prozent bei Wolframkonzentraten, 175 Prozent bei Zinnkonzentraten, 120 Prozent bei Antimonerzen, 114 Prozent bei Mangansalzen, 900 Prozent bei Arsenkonzentraten erreicht werden sollen. Teilweise, besonders für die Gewinnung der Kupfererze, ist auch hier die Lieferung von Ersatzteilen und die Durchführung von Reparaturen eine wichtige Voraussetzung. Eine besondere Steigerung der Produktion ist auch bei Schwefelkies, Kali, Stein- und Siedesalz möglich und vorgesehen.

In der Metallurgie dagegen müssen wir mit einigen ersten Unsicherheitsfaktoren rechnen, die sich daraus ergeben, daß die Qualität des Kokses aus Polen geringer ist als die der Kohle aus dem Ruhrgebiet, ferner, daß die Einfuhr einiger erforderlicher Hilfsstoffe noch nicht in ausreichender Menge sichergestellt ist. In der Produktion von Roheisen z.B. kann sich daraus ergeben, daß wir statt der vorgesehenen Steigerung von 142 Prozent nur etwa 135 Prozent und bei Rohstahl statt 225 Prozent 190 bis 200 Prozent gegenüber 1948 erreichen.

Ich will es mit diesen wenigen Beispielen über die Planung für das erste Jahr des Zweijahrplanes bewenden lassen. Diese Beispiele sollen nur zeigen, daß

die Durchführung des Planes die Überwindung ernster Schwierigkeiten und damit den Einsatz aller Kräfte erfordert, daß es aber andererseits möglich ist, die vorgesehene Planaufgabe zu erfüllen und teils überzuerfüllen.

Zwischenbilanz des Halbjahrplanes

Es ist bekannt, daß die Erfüllung des gegenwärtig laufenden Halbjahrplanes für das zweite Halbjahr 1948 eine wesentliche Voraussetzung für das Anlaufen und die Durchführung des Zweijahrplanes ist. Die Hauptverwaltung für Wirtschaftsplanung der DWK übergab kürzlich der Presse eine Zwischenbilanz über die Ergebnisse nach dem Stand vom 30. September, also nach Ablauf der ersten Hälfte des halbjährigen Planungszeitraumes. Auch diese Bilanz zeigt sehr unterschiedliche Ergebnisse in der Erfüllung des Halbjahrplanes. Wir haben bei der Elektroenergie eine Überschreitung der fälligen 50 Prozent des Halbjahressolls, ebenso bei der Produktion von Briketts, bei Kunstseide, Papierzellstoff und Papier, bei Kalisalzen, technischem Benzin, bei Natur- und Kunstleder. Das fällige Soll ist auch erfüllt bei Kalk, Zement, Roh-, Braun- und Steinkohle, Kunstfaser und Zellstoff.

Dagegen sind größere Rückstände in der Metallurgie, bei einer Reihe wichtiger Grundstoffe der Chemie, zum Beispiel bei technischem Öl, Dieselmotortreibstoff, Fahrzeugbenzin, Kalzium, Karbid und Zellwolle. Das Zurückbleiben bei Roheisen, Rohstahl und Walzstahl, wie auch

bei Kupfererzen ergibt ernste Schwierigkeiten für unsere metallverarbeitende Industrie, die wir gegenwärtig durch erhöhte Einfuhren aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei überwinden. Das Zurückbleiben der Zellwollproduktion ist vor allem auf den Mangel an Schwefelsäure zurückzuführen. Die Produktion an Schwefelsäure konnten wir in diesem Jahre nicht in dem erzielten Maße, d. h. auf 170 Prozent des Standes von 1947, erweitern, und wir konnten den

Ausfall auch nicht durch Einfuhren decken. Unsere Verwaltung für Außenhandel macht gegenwärtig große Anstrengungen, um hier eine Lösung zu finden.

Auch hier stellen sich also wieder große Schwierigkeiten der Erfüllung des Planes entgegen, Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, so wie wir in den vergangenen Jahren seit 1945 immer wieder die entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden haben.

Währungsreform-, Steuerreform-, Lohn- und Arbeitstarife

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat in den letzten Monaten eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die alle unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung und Durchführung der langfristigen Pläne zu verstehen sind. Betrachten wir zunächst unsere Währungsreform. Die Bereinigung, die infolge der Zerrüttung des Geldwesens durch den Krieg und den stark überhöhten Notenumlauf notwendig wurde, mußte folgende Gesichtspunkte berücksichtigen: soziale Gerechtigkeit gegenüber der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung unserer Zone; Festigung der neu geschaffenen volkseigenen Betriebe, deren Entwicklung für die Entfaltung der Produktion der Gesamtwirtschaft unserer Zone von entscheidender Bedeutung ist; Bevorzugung der sozialen Einrichtungen, der bestehenden Sozialversicherungen und nicht zuletzt auch Bevorzugung der für die Sicherung unserer Demokratie verantwortlichen Organe, des Staatsapparates, der Parteien und der Gewerkschaften.

Gegenwärtig stehen wir vor dem Abschluß einer Verordnung über die Steuerreform. Auch sie wird im Rahmen der Möglichkeiten von sozialen Gesichtspunkten geleitet sein und dadurch die unteren Einkommen relativ stärker entlasten; sie wird andererseits die Erhöhung der Leistungen in der Produktion steuerlich begünstigen und die Eingliederung aller arbeitsfähigen Kräfte in die Produktion fördern müssen. Auch hier sind also alle Maßnahmen auf die Entfaltung unserer Wirtschaft und die Hebung der Lebenslage unseres Volkes ausgerichtet.

Die langfristige Planung erfordert auch, daß in beschleunigtem Maße Ordnung in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitstarife gebracht wird. Unsere Verwaltung für Arbeit und Sozialwesen hat deshalb ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet in den letzten Monaten besonders verstärkt. Es gilt dabei, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben weiter zu festigen und zu konkretisieren;

denn in einer demokratischen Friedenswirtschaft ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten ein entscheidendes Merkmal, eine entscheidende Voraussetzung.

Der Unterschied auf diesem Gebiet zwischen unserer Zone und den Westzonen ist sehr charakteristisch für das Bestehen und die Entwicklung wahrhafter Demokratie in unserer Wirtschaft gegenüber dem Bestehen und der Festigung der kapitalistischen Diktatur in der Wirtschaft der Westzonen.

Die Festigung und Weiterentwicklung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft in unserer Wirtschaft muß dabei — besonders in unseren volkseigenen Betrieben — in Einklang gebracht werden mit der Entwicklung und Festigung des Verantwortungsbewußtseins der technischen und kaufmännischen Leitung der Betriebe. Hier besteht bei unseren volkseigenen Betrieben keinerlei Antagonismus, da ja auch diese Leitungen der Betriebe unter maßgeblicher Mitbestimmung der Gewerkschaften eingesetzt sind und da es sich um Männer und Frauen handelt, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, aus den Reihen der Arbeiter oder der kaufmännischen Intelligenz kommen. Es gilt ferner bei der Regelung des Lohn- und Tarifwesens die Steigerung unserer Produktion, die Hebung der Arbeitsproduktivität, die im Laufe des Zweijahrsplans um rund 30 Prozent erhöht werden soll, zu begünstigen und der dringend erforderlichen Einführung

des progressiven Leistungslohnes zum Durchbruch zu verhelfen. Natürlich ist das nicht nur eine Frage der Tarife, sondern in erster Linie eine Frage einer dem Aufbau unserer demokratischen Friedenswirtschaft entsprechenden Arbeitsmoral.

Aktivisten — Facharbeiter — Forscher

Bereits mit den Anregungen und Maßnahmen, die im Befehl 234 von Marshall Sokolowskij gegeben wurden, begann in unserer Zone die Entwicklung eines neuen Arbeitsgeistes, der seinen Ausdruck in einer wachsenden Bewegung der Aktivisten der Arbeit, besonders aus den Reihen der Jungarbeiter und der technischen Intelligenz, in der Steigerung des Erfindertums, der Verbesserung der Produktionsmethoden und der Arbeitsorganisation in den Betrieben fand. Dieser neue Geist ist es, der unseren Kameraden Hennecke vom Steinkohlenwerk „Gotteseegen“ zu einer Leistung von 380 Prozent des Tagessolls brachte. Damit ist unsere Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe gestellt worden. Diesen neuen Geist zu pflegen, ihn zu entwickeln und auch die materiellen Bedingungen für seine Auswirkung so günstig wie möglich zu gestalten, wird unser aller Aufgabe sein.

Zur Förderung des Erfindertums hat die Deutsche Wirtschaftskommission eine Anordnung erlassen, die das geistige Eigentum des Erfinders schützt und ihm bei Verwertung der Erfindung, die nur mit seiner Einwilligung erfolgen kann, auch seine materiellen Rechte gewährleistet.

Die Erweiterung wie auch die Verbesserung der Qualität unserer Produktion erfordern eine umfassende Heranschulung neuer Fachkräfte. Mit Hilfe der Zentralverwaltung für Volksbildung werden wir dabei auch neue Wege beschreiten. Allein schon im Lehrlingswesen und in der Berufsschulung kommen wir mit der bisherigen Regelung nicht aus. Einerseits muß man die Heranbildung von Facharbeitern bei den Handwerksmeistern erweitern, sie zugleich aber verstärken durch eine wesentliche Vermehrung und Erweiterung der Lehrwerkstätten in den großen Betrieben. Auch in der Berufsschulung müssen die Großbetriebe, d. h. besonders unsere volkseigenen Betriebe, erweiterte Aufgaben übernehmen. Wir sind übergegangen zur Schaffung von Betriebsberufsschulen und hatten bereits am 1. September d. J. 98 solcher Schulen mit rund 12 000 Schülern errichtet. Bis 1. Dezember wird die Zahl dieser Schulen auf 440 erhöht werden.

Welch gewaltige Arbeit auf dem Gebiet der Heranbildung von Facharbeitern zu leisten ist, ist daraus zu entnehmen, daß im Lehrjahr 1949/50 die Heranbildung von rund 350 000 Facharbeitern begonnen werden soll. Davon sind der größere Teil in Lehrstellen unterzubringen und rund 130 000 Erwachsene zu Facharbeitern umzuschulen. Auch dabei muß eine Lenkung in der Richtung erfolgen, daß die dringendsten Bedürfnisse der nächsten Jahre an Fachkräften in Industrie und Landwirtschaft gedeckt werden können, d. h. daß auch hier die Richtung unseres Zweijahrsplanes im Auge behalten werden muß, so daß nicht Fachkräfte für bereits überbesetzte Wirtschaftszweige, wie z. B. für den Handel, in größerem Maße herangebildet werden.

Auch zur Höherqualifizierung der technischen und wissenschaftlichen Kräfte sind neue Maßnahmen erforderlich. Der Nachwuchs aus technischen Hochschulen und Universitäten reicht nicht

aus und hilft vor allen Dingen nicht dem gegenwärtig bestehenden Mangel an solchen Kräften in erforderlichem Maße ab. Durch Sonderschulen und Kurse, mit Hilfe unserer besten Lehrkräfte, Professoren und Techniker muß der vorhandene Stab an technischen und wissenschaftlich tätigen Angestellten unserer Wirtschaft höher qualifiziert werden und müssen aus den Reihen der Werkmeister, Facharbeiter usw. neue Kader für unsere Wirtschaft entwickelt werden.

Dieses Problem der Höherqualifizierung der Kräfte stellt sich auch in der Verwaltung. Unsere heutigen Verwaltungen können in ihrer Arbeit nicht mit den Maßstäben früherer Verwaltungen gemessen werden. Die früheren Behörden liefen mehr oder weniger neben der Wirtschaft her.

Unsere heutigen Verwaltungen leiten direkt einen großen Teil der Betriebe, sind verantwortlich für die technische und kaufmännische Leitung dieser Betriebe und planen und lenken gleichzeitig die gesamte übrige Wirtschaft. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß dementsprechend ein ganz neuer Typ von Verwaltungsmännern herangeschult und entwickelt werden muß.

Es wäre irreführend und überheblich, wenn wir sagen würden, daß der heutige Verwaltungsapparat bereits seinen neuen Aufgaben voll entspricht und es bereits versteht, diese neue wirtschaftlich führende Rolle in erforderlichem Maße zu spielen. Aus dieser noch vorhandenen Unzulänglichkeit ergeben sich auch viele Reibungen und Schwierigkeiten, sowohl in der Planung

als auch in der Durchführung des Planes. Weil wir diese Schwächen sehen und sehen, haben wir mit dem Aufbau besonderer Wirtschaftsverwaltungsschulen in den Ländern begonnen, führen in den Verwaltungen selbst eine laufende Schulungsarbeit durch und haben jetzt — in Verbindung mit der Zentralverwaltung für Volksbildung — eine zentrale Verwaltungsakademie für die gesamte Zone geschaffen.

Um auch die Arbeit der in unserer Zone bestehenden Forschungsanstalten mehr auf die Notwendigkeiten unserer Wirtschaft und die Durchführung des Zweijährplanes auszurichten, haben wir in der Deutschen Wirtschaftskommission eine besondere Abteilung zur Koordinierung, Lenkung und Befruchtung der Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschung geschaffen. Bei der Umstellung der Arbeit unserer Forschungsinstitute kommt es in erster Linie darauf an, daß diese Institute das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Lösung der Aufgaben legen, die unmittelbar zur Erhöhung unserer Produktion und zur Durchführung des Zweijährplanes gelöst werden müssen, während bisher ihre Arbeit in den meisten Fällen auf der Erforschung solcher Fragen ruhte, die zwar wissenschaftlich interessant, auch von großer Bedeutung sind, aber deren Resultate erst in einem Jahrzehnt und noch später erwartet werden können. Gewiß darf man auch die Erforschung dieser Probleme nicht vernachlässigen; aber es muß ein Verhältnis in dieser Arbeit gefunden werden, das das zunächst Notwendige, das für den Aufbau unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren Erforderliche in den Vordergrund stellt.

Landwirtschaft und Ernährung

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß für die landwirtschaftliche Produktion besonders auch Maschinen, Zugkräfte und Wohn- und Wirtschaftsgebäude notwendig sind, daneben natürlich Verbesserung des Saatgutes, mehr Kunstdünger usw. Spezielle Aufmerksamkeit aber müssen wir der Hebung unserer landwirtschaftlichen Produktion, weiterhin der Festigung der Bodenreform und der Hilfe für die Neubauern zuwenden. Wir hatten für das Jahr 1948 die Aufgabe, 37.000 Neubauernhäuser zu errichten. Man kann, bei verstärkten Anstrengungen in den nächsten Monaten, annehmen, daß diese Aufgabe bis Ende des Jahres annähernd erfüllt wird. Noch niemals, auch nicht in den besten Baujahren, wurde in Deutschland ein annähernd umfassendes landwirtschaftliches Bauprogramm durchgeführt, wie wir es jetzt, knapp drei Jahre nach dem furchtbarsten Zerstörungskrieg, in unserer Zone durchführen. Aber gemessen an den Bedürfnissen genügt dieses Programm nicht, und im nächsten Jahr muß eine weit größere Zahl an Neubauerngehöften geschaffen werden, ohne daß wir dabei die notwendigen Reparaturen und den Ausbau und teilweise Neubau von Wohnungen in den Städten und Arbeitersiedlungen aus dem Auge lassen.

Die Hilfe für die Neubauern verlangt aber auch, daß wir Maßnahmen organisatorischer Art gegen den Mangel an Maschinen und Zugkräften zur Bearbeitung des Bodens ergreifen. Hier erwächst die entscheidende Aufgabe, daß wir die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in den Stand setzen, ihre Maschinenhöfe und Maschinenausleihstationen zu wirksamen Zentren der Produktionshilfe für die Neubauern und die gesamte werktätige Bauernschaft zu machen. Unter diesen Gesichtspunkten muß die Produktion von Traktoren aufgenommen und die Produktion des erforderlichen Anhängengeräts erweitert werden. Unter diesen Gesichtspunkten muß aber vor allem auch der Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission, daß 80 Prozent der erzeugten landwirtschaftlichen Maschinen der VdgB zum Erwerb für den Ausbau ihrer Stationen angeboten werden müssen, durchgeführt werden. Ferner ist notwendig, daß für diese Arbeiten der VdgB die erforderlichen Maschinenreparaturwerkstätten zur Verfügung gestellt werden, sei es durch Errichtung neuer Reparaturwerkstätten, sei es durch Erweiterung und

Bereitstellung vorhandener Reparaturwerkstätten, sowohl genossenschaftlicher wie privater Art, zur Unterstützung der Arbeit der VdgB in der bäuerlichen Produktionshilfe.

Ganz besondere Aufmerksamkeit müssen wir in den kommenden Jahren der Entwicklung der Viehwirtschaft widmen. Dies ist auch vom Standpunkt der Verbesserung der Qualität unserer Ernährung erforderlich, wobei hier das nächstliegende Ziel sein muß, zunächst die regelmäßige Belieferung der Fleischkarte, nach Möglichkeit ohne Austauschprodukte, zu erreichen. Den für das Jahr 1948 aufgestellten Viehaufzuchtplan werden wir bezüglich des Rinderbestandes nur zu etwa 90 Prozent erfüllen können; bei den übrigen Viehgattungen wird er voll erfüllt werden. Wir müssen eine raschere Entwicklung des Viehbestandes im allgemeinen erreichen und dabei darauf achten, daß die Eingriffe in den Rindviehbestand verringert werden, d. h. daß zunächst weniger Großvieh für die Fleischversorgung herangezogen werden muß, damit der Aufbau unseres Rindviehbestandes sich vollziehen kann.

Wir haben die Voraussetzung erreicht, um von der bisherigen Veranlagung für die Pflichtablieferung tierischer Produkte zu einem neuen System der Veranlagung überzugehen. Bisher erfolgte die Veranlagung nach der Kopfzahl des am 1. Januar in einer Wirtschaft vorhandenen Viehbestandes. Das gab keinen Anreiz zur Vermehrung des Viehbestandes, aber um so mehr Anreiz zur Verheimlichung des vorhandenen Viehes. Wir legen nunmehr der Veranlagung des Fleischsolls die jeweils vorhandene Hektarfläche zugrunde. Je mehr Vieh ein Bauer hält, um so leichter wird er sein Fleischsoll erfüllen. Da die Vermehrung des Schweinebestandes schneller als die des Rindviehbestandes erfolgen kann, legen wir fest, daß 60 Prozent des Fleischabgabesolls in Schweinefleisch zu entrichten sind, und geben durch ein günstiges Austauschverhältnis einen Anreiz dafür, daß auch von den restlichen 40 Prozent noch möglichst viel durch Ablieferung von Schweinen erfüllt wird. Diese Maßnahmen dienen zugleich der Schonung unseres Rindviehbestandes und allgemein der Hebung unserer Viehwirtschaft.

Wenn auch die Ernährung der Bevölkerung unserer Zone noch keineswegs befriedigend ist, so konnten wir doch im Laufe der letzten Jahre Schritt um Schritt

Verbesserungen durchführen, und auch im Zusammenhang mit den Ergebnissen der diesjährigen Ernte waren einige Verbesserungen möglich. Die Verbesserungen in diesem Herbst bezogen sich auf die Erhöhung der in den Betrieben ausgegebenen zusätzlichen Mittagessen von 1 Million auf 1,5 Millionen Essen, auf eine höhere Einstufung von mehr als 200 000 Einwohnern in den Randgemeinden Berlins aus der bisherigen Kategorie II in die Kategorie I der Zone. Ferner wurde bei den eingeführten Verbesserungen darauf geachtet, daß der Abstand zwischen den Sätzen der Kategorie II und denen der Kategorie I verringert wird, daß vor allem die Verpflegung der Kinder von 9 bis 15 Jahren verbessert wird. Während wir bisher auch für Fett und zeitweise sogar für Kartoffeln Austauschprodukte an die Bevölkerung abgeben mußten, beschränkt sich nunmehr die Abgabe von Austauschprodukten auf Fleisch. In der Fleischversorgung haben wir beträchtliche Schwierigkeiten, so daß wir hier die Abgabe von Austauschprodukten, Fisch, Eier, Käse usw. noch nicht umgehen können.

Unsere Versorgungspolitik wird wie bisher auch weiterhin dem Gedanken der Leistungssteigerung dienen, wird also weiterhin die unterschiedliche Eingruppierung beibehalten, wobei die Beschäftigten in den für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Staates wichtigsten Industrien und Organen bevorzugt werden. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die zusätzlichen Essen für die Betriebe verteilt und erfolgt gegenwärtig auch die Neubearbeitung der Einstufungsrichtlinien, deren ersten Teil wir unlängst bereits veröffentlichten konnten.

Wenn im Zweijahrplan als Ziel der kartenmäßigen Versorgung die Erreichung von 2000 Kalorien genannt wird, so ist dies nicht so zu verstehen, daß wir im Jahre 1950 die Bevölkerung unserer Zone mit nicht mehr als durchschnittlich 2000 Kalorien an Nahrungsmitteln versorgen wollen. Es handelt sich bei diesem Ziel um die kartenmäßige Verteilung jener Mengen, die wir unter grundsätzlicher Beibehaltung der jetzigen Ablieferungsnormen pro Hektar, bei Erweiterung der Anbauflächen der Zone um 4,7 Prozent sowie bei Sicherung der vollen Ablieferung zur Verfügung haben werden. Nicht eingerechnet ist hierbei also die bei erhöhter Exportleistung unserer Industrie mögliche Erweiterung der Einfuhr von Lebensmitteln, wie auch die erstrebte Erhöhung jener Mengen, die sich aus dem freien Markt ergeben.

Wenn im Plan die Erhöhung der Ernteerträge an Getreide und Hülsenfrüchten bis zum Jahre 1950 um 23 Prozent, der Ölsaaten um 73 Prozent, der Kartoffeln um 38 Prozent, der Zuckerrüben um 49 Prozent als Ziel gestellt ist, neben einer starken Erhöhung des Viehbestandes, der bei Rindvieh 25 Prozent, bei Schweinen 66 Prozent, bei Schafen 60 Prozent des Bestandes von 1947 betragen soll, dann ergibt sich daraus, daß wir von Jahr zu Jahr mit einer größeren Menge von Überschollprodukten der Landwirtschaft rechnen können. Auch die Überschollmenge wird in dieser oder jener Weise in die Gesamternährung unserer Bevölkerung eingehen und damit den Lebensstandard verbessern. Je besser die Auffangorganisation „Freier Markt“ mit Hilfe der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Gewerkschaften mit Unterstützung der Parteien und demokratischen Organisationen auf- und ausgebaut wird, von jeder bürokratischen Schwerfälligkeit gereinigt und zu einer wirklich arbeitsfähigen Aufkauforganisation entwickelt wird, desto geregelter können auch die Überschollmengen der Landwirtschaft der Versorgung der Bevölkerung zugeführt werden.

Wenn uns die erhöhte eigene landwirtschaftliche Produktion, neben erhöhter Einfuhr von Nahrungsmitteln die Beseitigung des Kartensystems, die wir anstreben, in der Zukunft ermöglicht, dann muß gesichert werden, daß der Warenstrom an die Orte des Bedarfs gelenkt wird, damit nicht gewissenlose

Spekulant ihr Unwesen zum Schaden unserer Bevölkerung treiben können. Ein solcher Sicherungsfaktor kann und soll dabei auch die im Aufbau befindliche Organisation „Freier Markt“ werden. Um gegenwärtig den Aufkauf der freien Spitzen durch die Organisation „Freier Markt“ zu sichern, wie auch um die 100prozentige Erfüllung des Ablieferungsolls bei allen pflanzlichen und tierischen Produkten zu gewährleisten, ist ein verschärfter Kampf gegen das Hamstern und Schieben von Lebensmitteln erforderlich. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei; vielmehr muß im Vordergrund stehen die ideologische Beeinflussung unserer Bauern durch die Organisationen und Parteien sowie die verstärkte Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse in den Dörfern.

Wir in unserer Zone wollen und werden nicht in Zustände kommen, wie sie auf dem Ernährungsgebiet im Westen Deutschlands trotz enormer Lebensmittel-einfuhren und wachsender Dollarverschuldung bisher zu verzeichnen waren und wie sie gegenwärtig wieder drohen. Während dort die Belieferung der Karten oftmals nur zur Hälfte erfolgen kann, ist auf dem Schwarzen Markt alles zu haben. Die Bauern erfüllen dort die Pflichtablieferung nur zu 60 bis 70 Prozent und verkaufen ihre Produkte an die Schieber. Darum spricht man heute im Westen Deutschlands bereits wieder vom Bankrott in der Ernährungswirtschaft. Der Ausweg, den Herr Schlange-Schönungen vorgeschlagen hat und der im wesentlichen auch akzeptiert wurde, besteht in der enormen Erhöhung der Preise der Agrarprodukte, was sich entsprechend in erhöhten Lebensmittelpreisen auswirken muß.

Wir in der Ostzone beabsichtigen nicht, eine Erhöhung der Preise für die auf Karten abzugebenden Lebensmittel zuzulassen.

Punktkarte und freier Verkauf

In der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern halten wir es für möglich, nunmehr zur Punktkarte als Grundlage der Verteilung überzugehen. Einige wenige Konsumgüter werden wir wahrscheinlich auch jetzt noch von der Verteilung über die Punktkarte ausnehmen müssen. Dabei denke ich zum Beispiel an Arbeitskleidung. Im allgemeinen aber läßt der Stand der Produktion von Konsumgütern es zu, daß wir die Verteilung über die weniger bürokratische Methode der Ausgabe einer Punktkarte durchführen. Damit kann den Bedürfnissen des einzelnen mehr Rechnung getragen, die Warenbewegung beschleunigt und auch eine Rückwirkung auf die Qualität der Produktion erreicht werden. Wir haben gegenwärtig eine Stauung in der Warenbewegung in den einzelnen Ländern. Sowohl in den Fabriken wie im Handel sind größere Bestände vorhanden, die nicht an die Verbraucher herangebracht werden. Unser gegenwärtiges System der Warenverteilung reicht also nicht aus, um den vergrößerten Warenanfall in Bewegung zu setzen und dem Käufer zuzuführen. Zu einem Teil liegt das bei unserem Großhandel, beim privaten wie beim genossenschaftlichen, wo es neuerdings sogar vereinzelt vorkommt, daß die Warenbewegung sabotiert wird, um so einen Druck auszuüben, damit die überhöhten Zwischenhandelsgewinne nicht geschmälert werden.

Die Hauptursache aber für die ungenügende Warenbewegung liegt zweifellos in dem umständlichen Bezugsscheinsystem. Wenn die erhöhte Warenproduktion die Voraussetzungen für das Punktkartensystem geschaffen hat, und wenn im Plan eine beträchtliche Erweiterung und planmäßige Steigerung der Produktion von Konsumgütern vorgesehen sind, so ist die Deutsche Wirtschaftskommission dennoch der Meinung, daß noch lange nicht alle Möglichkeiten einer zusätzlichen Warenproduktion in unserer Zone erschöpft worden sind. Wir glauben vielmehr,

daß durch eine gute Ausnutzung lokaler und für die Planproduktion nicht verwendbarer Stoffe eine große Menge zusätzlicher Waren für den Bedarf der

Bevölkerung geschaffen werden kann. Es scheint uns notwendig, daß man in jedem Kreis, in jedem Ort diese Möglichkeiten studiert und die Verarbeitung dieser Rohstoffe organisiert, sei es durch das örtliche Handwerk, sei es durch besondere Abteilungen in den Betrieben.

Bei einer maximalen Steigerung der Warenproduktion, der planmäßigen und der zusätzlichen, wird es möglich sein, auch bezüglich der Konsumgüter in absehbarer Zeit zum freien Verkauf dieser oder jener Produkte überzugehen, also eine gewisse Auflockerung in der Bewirtschaftung von Konsumgütern zu erreichen und auch hier den Weg zu beschreiten, den wir bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln anstreben: den Übergang zur Beseitigung des Kartensystems.

Freie Läden

In diesem Zusammenhang muß man auch die in letzter Zeit im Anschluß an eine Stellungnahme des Bundesvorstandes des FDGB heftig diskutierte Frage der Schaffung freier Läden sehen. Unsere Wirtschaft hat auch hier, sei es aus eigenen Rohstoffen, sei es aus unserer Außenhandelsstätigkeit, Voraussetzungen geschaffen, die erlauben, daß wir den Kampf gegen den Schwarzen Markt nicht mehr nur mit der Polizei, im Grunde genommen also mit einem unwirksamen Mittel, führen, sondern dazu übergehen, ihn mit ökonomischen Mitteln zu führen, was viel wirksamer sein wird. Die Hauptaufgabe der freien Läden besteht zunächst in der Bekämpfung des Schwarzen Marktes, in der Herabdrückung der Schwarzmarktpreise, in der Richtung zur Normalisierung der Preise auch im freien Handel. Diesen Kampf kann man nur mit einer solchen Handelsorganisation führen, die sich einzig und allein bei ihrer Arbeit von der Erfüllung des gestellten Zieles leiten läßt, und darum können das nur im Eigentum des Volkes befindliche staatliche Läden sein. Natürlich können unter ihrer Leitung auch andere Geschäfte herangezogen werden, ja diese staatlichen Läden können vielfach ihr Ziel gar nicht erreichen, ohne gleichzeitig private und genossenschaftliche Geschäfte bei ihrer Tätigkeit mit heranzuziehen; denken wir zum Beispiel an den Verkauf der Zigaretten. Wir hätten in Berlin keinen wirksamen Schlag gegen die Schwarzmarkt-Zigarettenhändler führen können, wenn wir den Verkauf auf zwei oder drei staatliche Läden beschränkt hätten. Dies wird auch für andere Produkte, soweit ein Massenverkauf in Betracht kommt, gelten.

Die staatlichen Läden können hier die Funktion einer Zentrale des Verkaufs ausüben, während sie bei anderen, für den freien Verkauf bereitgestellten Produkten zunächst teilweise der alleinige Verkäufer sein werden, bis eine ausreichende Warenmenge für einen breiteren Verkauf vorhanden ist. Dies sichert gleichzeitig aber auch, daß nicht von einzelnen Übergewinnen gemacht werden, sondern daß der Mehrpreis in die staatlichen Kassen fließt und für unsere Aufbau-

arbeit verwandt werden kann. Die Einführung der freien Läden gibt auch die Möglichkeit, daß Mehrverdienste, die aus besonderen Leistungen entstehen, in Waren umgesetzt werden können, wenn auch zunächst zu erhöhten Preisen.

Auch eine finanzpolitische Wirkung ist mit der Einführung der freien Läden verbunden. Die in unserer Zone vorhandene Kaufkraft übersteigt gegenwärtig noch die zum Verkauf angebotenen Warenmengen. Auch wir könnten dieses Problem der Abschöpfung des Kaufkraftüberhangs auf die einfache Art lösen, wie das im Westen Deutschlands geschehen ist, nämlich durch eine allgemeine Steigerung der Warenpreise ohne entsprechende Steigerung der Löhne und Gehälter, also praktisch durch eine Senkung des Realeinkommens des ganzen Volkes.

Auch bei uns würde man dann in kurzer Zeit vor vollen Schaufenstern Menschen stehen sehen, von denen ein großer Teil aus Mangel an Geld die Waren nicht kaufen kann oder von denen ein großer Teil weniger Waren kaufen kann als früher, weil die vollen Schaufenster ja nur der Ausdruck dafür sind, daß die Menschen weniger kaufen können, aber nicht der Ausdruck für eine erhöhte Produktion.

Ein solcher Weg gibt — wie im Frankfurter Wirtschaftsrat sogar ein sozialdemokratischer Redner erklären mußte — dem Volke Steine statt Brot. Wir in unserer Zone wollen nicht Steine statt Brot geben; wir wollen, daß eine bestimmte und wachsende Menge von Konsumgütern den arbeitenden Massen zu feststehenden Preisen weiterhin zugänglich gemacht wird. Soweit in den letzten Jahren unberechtigte und nicht genehmigte Preissteigerungen, wie zum Beispiel bei den Textilwaren, sich herausgebildet haben, beginnen wir mit allem Nachdruck, auf die Herabsetzung dieser nicht berechtigten Preise auf das genehmigte Niveau von 1944 zu drängen.

Über die durch Lebensmittel- und Punktkarte gesicherten Mengen an Konsumgütern, Genuß- und Nahrungsmitteln hinaus wollen wir aber in den freien Läden und, wie gesagt, zum Teil auch im allgemeinen Handel Waren zu erhöhten Preisen verkaufen, um damit auch einen Teil des im Verhältnis zur Warenmenge gegenwärtig noch vorhandenen Kaufkraftüberhangs abzuschöpfen. Durch die von mir bereits erwähnte Steuerreform wird eine Summe von weiteren 600 Millionen DM als Kaufkraft zusätzlich auftreten. Ein Teil davon wird aufgesogen durch die erhöhte Bereitstellung von Waren zu normalen Preisen, was ja in unserem Programm vorgesehen ist, aber ein kleiner Teil davon wird sicherlich auch zu jener Summe des Geldes gehören, der heute noch keine entsprechende Warenmenge gegenübersteht. Das Bedürfnis nach einer zusätzlichen Kaufmöglichkeit, wenn auch zu erhöhten Preisen, das sich gegenwärtig in Richtung des Schwarzen Marktes bewegt, besteht also auch weiterhin. Um so notwendiger sind deshalb auch vom finanzpolitischen Gesichtspunkt aus diese freien Läden.

Lockerung der Bewirtschaftung und Plandisziplin

Auf dem Gebiete der Warenbewegung im allgemeinen, also auch der Bewegung der Rohstoffe, der Halbfabrikate wie der Konsumgüter haben wir in unserer Zone zweifellos noch ein zu umständliches und die Entwicklung eines Bürokratismus geradezu förderndes Bewirtschaftungssystem. Die zuständigen Stellen der Deutschen Wirtschaftskommission beschäftigen sich deshalb gegenwärtig eingehend mit der Frage der Vereinfachung der Warenbewegung und der Warenbewirtschaftung. In diesem Zusammenhang wollen wir von dem in der Zone noch geltenden sogenannten Holzsystem zum Liefersystem der Waren übergehen, d. h. nicht der Empfänger der Ware soll verpflichtet sein, die Ware zu holen, sondern der Produzent oder Lagerhalter soll die

Ware entsprechend dem Lieferplan an den Empfänger ausliefern. Das wird uns viele unnötige Fahrten, die heute der Empfänger zum Lieferanten machen muß, ersparen und einen zweckmäßigeren Einsatz der vorhandenen Transportmittel ermöglichen. Ferner wird es uns m. E. aber auch ermöglichen, von dem ganzen Lieferscheinsystem in der jetzigen Form abzugehen. Der Lieferschein für den Betrieb oder Lagerhalter muß der Lieferplan sein, der enthält, an wen auszuliefern ist, welche Menge, welche Qualität. Das Begleitpapier für die Lieferung auf Grund des Lieferplans kann dann der Produzent oder Lagerhalter in Form eines Warenbegleitscheines selbst ausstellen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß wir für die Verteilung von Versorgungsgütern nicht nur

den Ländern, Kreisen und Gemeinden ein Recht auf den Bezug von Waren einräumen, sondern ihnen auch eine Verpflichtung auferlegen wollen, einen zu erfüllenden Plan für die Verteilung dieser Waren. Es ist ja nicht damit getan, daß ein Kreis, ein Land oder eine Gemeinde Waren bezieht, die dann aber nicht an die Bevölkerung ausgeliefert werden, sondern es muß die Verpflichtung bestehen, daß der Versorgungsplan erfüllt wird und die Waren auch an die Bevölkerung gelangen. Also werden wir auch den Verteilungsplan von Konsumgütern zu einem Sollplan machen.

All das, was ich in Verbindung mit der neuen Organisation auf dem Gebiete der Warenbewegung gesagt habe, bedeutet eine Vereinfachung auf diesem Gebiet, eine Verminderung des Bürokratismus und eine teilweise Lockerung in der Durchführung der Bewirtschaftung. Aber gerade letzteres macht es erforderlich, daß um so mehr auf die Einhaltung der Produktions- und Verteilungspläne geachtet, d. h. eine um so schärfere Plandisziplin innegehalten wird. Auch das ist in erster Linie eine Frage der allgemeinen ideologischen Umstellung und andererseits der erhöhten Aktivität der Organe der Volkskontrolle. Die in den letzten Jahren, und vielleicht auf Grund gewisser Notwendigkeiten, entwickelte Auffassung über die Zulassung von Kompensationsgeschäften, die Nachlässigkeit in bezug auf die Einhaltung der Bewirtschaftungsvorschriften, ja die teilweise Begünstigung von Verstößen gegen die Wirtschaftsplanung durch Verwaltungsorgane, all das muß jetzt überwunden werden.

Ich sprach eingangs davon, daß die Gegner unserer Zone und unserer Wirtschaftspolitik alles tun, um unseren Wirtschaftsaufbau zu stören. Dazu gehört in erster Linie die wirtschaftliche Sabotage. Wenn wir den Fall von Meerane, der durch die bei der Deutschen Wirtschaftskontrolle geschaffene Zentrale Kommission aufgedeckt wurde, so ernst genommen haben, dann nicht in erster Linie, weil wir einige hunderttausend Meter Stoffe, größere Mengen Leder usw. dort gefunden haben und der planmäßigen Verteilung zuführen konnten. Das ist gewiß auch ein lohnendes Ergebnis dieser Aktion, aber viel wichtiger ist, daß alle Verwaltungsstellen in der ganzen Zone, alle Parteien und Organisationen in der Zone, daß die gesamte Bevölkerung erkennt, wie und mit welchen Mitteln unsere Wirtschaft gestört, die Erfüllung unseres Wirtschaftsplanes sabotiert wird.

Aus dieser Erkenntnis muß der entschlossene und einheitliche Abwehrwille der gesamten Bevölkerung, muß eine erhöhte Wachsamkeit zur Einhaltung der Plandisziplin in der gesamten Wirtschaft erwachsen, — sie sind noch keineswegs vorhanden.

Wir haben sogar noch Verwaltungen, die — sogar solche, die es am nächsten angeht — noch nicht zu den Lehren von Meerane Stellung genommen und nicht die geringsten Schlußfolgerungen daraus gezogen haben. Das muß in der gesamten Verwaltung unserer Zone rasch nachgeholt werden.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Sabotage, gegen die Störung unserer Wirtschaft, gegen die Umgehung und Vereitelung unseres Wirtschaftsplanes ist auch die von der Deutschen Wirtschaftskommission in Verbindung mit der Deutschen Verwaltung für Justiz geschaffene Wirtschaftsstrafverordnung zu verstehen. Diese Verordnung gibt die Möglichkeit zur schnelleren und wirksamen Bestrafung von Wirtschaftsvergehen. Mit dieser Verordnung wurden den Wirtschaftsorganen bestimmte Rechte in der Einleitung von Strafverfahren wie auch zur selbständigen Verhängung von Strafen eingeräumt. Letzteres betrachten wir nicht als ein Ideal, sondern lediglich als eine aus den Gegebenheiten der Zeit bedingte Notlösung. Denn die Strafverfolgung ist und bleibt eine Angelegenheit der Justiz.

Aktivität der Massen

Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission, sowohl die Planung in Industrie und Landwirtschaft wie auch die Durchführung des Planes, hat zur Grundlage die Mitwirkung und höchste Entfaltung der Aktivität der Massen.

Ohne die Vorplanung, die Aufstellung von sogenannten Wunschplänen durch die Bauern in den einzelnen Dörfern kann man keinen konkreten Landwirtschaftsplan und auch nicht die freudige Arbeit der Bauern bei der Durchführung des Planes erwarten. Ohne die ständige Arbeit von Planungskommissionen in den Betrieben, besonders in den Großbetrieben, kann man nicht eine konkrete alle Produktionsmöglichkeiten der Betriebe umfassende industrielle Planung und ein Höchstmaß an Einsatzfreudigkeit der Belegschaften bei der Durchführung des Produktionsplanes in der Industrie erreichen.

Unsere Planung kann nur in dem Maße konkret und gut sein, wie sie demokratisch ist, wie sie von den Massen getragen wird. Unsere Demokratie kann deshalb nicht eine Frage der Abgabe von Stimmzetteln nach Ablauf bestimmter Zeitperioden sein, sondern sie besteht vor allem in der täglichen Mitwirkung, Gestaltung und Mitbestimmung am gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durch unser Volk und für unser Volk.

Die Sprecher der Delegationen der Werktätigen

Adolf Hennecke,

Ehrengast des Deutschen Volksrats,

nahm vor Beginn der Aussprache, nachdem ihn der Vorsitzende, Wilhelm Pieck, hierzu aufgefordert hatte, das Wort:

Es ist ein Zeichen für die veränderte gesellschaftliche Struktur unserer Zone, wenn ein einfacher Arbeiter, ein Kumpel aus dem Bergbau, hier zu Ihnen über seine Einstellung zur Arbeit sprechen darf. Ich danke dem Deutschen Volksrat dafür, daß er mir seine Einladung gesandt hat, und ich möchte nicht nur für mich, sondern für alle Arbeiter, die wir den Deutschen Volksrat als das einzige für Gesamtdeutschland zuständige Gremium betrachten, ihm den Dank dafür aussprechen, daß er es uns ermöglicht, hier unsere Interessen und Belange mitzuvertreten.

Ich bin bereits 25 Jahre im Bergbau beschäftigt. Ich stamme aus Westfalen und bin sozusagen in den Bergbau hineingeboren: mein Elternhaus stand gleich neben dem Stolleneingang; früher spielten wir als Kinder an diesen Stolleneingängen, heute ist Ernst daraus geworden. Das Leben hat mich nun nach Sachsen verschlagen; ich bekenne frei und offen, daß ich sehr gern dort gewesen und geblieben bin, weil dort der Bergbau besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Unsere Gruben sind sehr tief, wir leiden unter kolossalen Druckverhältnissen. Schwierigkeiten sind dazu da, daß sie von uns überwunden werden, und je besser wir sie überwinden, desto eher werden wir auch zu der Erkenntnis kommen, daß Arbeiten wirklich etwas Schöpferisches bedeutet.

1945 hat sich insofern etwas Grundlegendes geändert, als die Produktionsstätten ihre Besitzer wechselten. Es ist klar, daß in einem volkseigenen Betrieb für den denkenden Menschen eine andere Arbeitserkenntnis, eine andere Einstellung zur Produktionsstätte sich ergibt als in einem Privatbetrieb. Wir waren uns aber als Arbeiter bisher noch nicht ganz klar, wie diese Einstellung zur Arbeit aussehen mußte. Vor 14 Tagen habe ich zu der Entwicklung, die wir jetzt schon die Hennecke-Bewegung nennen, aus eigener Initiative den Anstoß gegeben; ich sagte mir: ich will ein Beispiel dafür schaffen, daß wir durch die Organisation der Arbeit, durch verbesserte Arbeitsmethoden zu verbesserten Ergebnissen kommen. Denn nur dann, wenn wir unsere Produktion unter allen Umständen steigern, kommen wir aus den heutigen Engpässen heraus. Es hat mich gedauert, wenn die Kumpels am Stoß mit zerrissenen Schuhen oder ohne richtige Arbeitskleidung arbeiten mußten und nicht wußten, warum dies eigentlich der Fall war.

Wenn man heute im Westen die Leistung der Aktivisten bezweifelt, so möchte ich empfehlen, daß uns sechs, acht oder zehn Kumpel hierhergeschickt werden, die einmal aufpassen, wie und aus welcher Einstellung heraus wir diese Leistung vollbringen. Wir werden ihnen dann das Rezept mit nach Hause geben.

Ich weiß allerdings nicht, ob ihnen dieses Rezept im Westen schmecken wird. Ich habe den Eindruck, als wenn dort im Westen eine Würze im Rezept enthalten ist, die ihnen die Leistung verbittert, und diese heißt: Monopolkapitalismus. Wir dagegen haben eine Essenz, mit der wir unsere Speise versüßen, sie heißt: volkseigene Betriebe.

Erich Feldner:

Als Vertreter von 15 hier anwesenden Delegationen aus den Berliner Großbetrieben übermittle ich Ihnen die besten Grüße der Berliner werktätigen Bevölkerung. Zu dem Verfassungsentwurf, den Sie vorgestern hier beschlossen haben, haben wir gestern in Betriebsversammlungen Stellung genommen, und wir haben unsere Zustimmung in Form von Resolutionen dem Sekretariat heute unterbreitet. Wenn Sie jetzt die Probleme der Wirtschaft behandeln, so sind wir als Betriebsaktivisten entschlossen, alles daranzusetzen, daß die Beschlüsse, die Sie fassen, wirklich Leben bekommen und Tatsachen werden. Wir stehen heute im Kampf um den Zweijahrsplan, und wir werden alles, was in unseren Kräften steht, tun, um den Zweijahrsplan nicht nur zu erfüllen, sondern ihn nach Möglichkeit vorfristig, also überzuerfüllen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen zu Ihrer Arbeit vollen Erfolg zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele: Einheit für ganz Deutschland und baldiger gerechter Friede.

Wilhelm Pieck:

Im Namen des Deutschen Volksrats danke ich Adolf Hennecke für seine Ausführungen. Er soll das Bewußtsein mitnehmen, daß wir in vollem Umfange die Schwere der Arbeit zu würdigen wissen, die dort unten tief in der Erde von den Kumpels geleistet werden muß. Wir werden alles daransetzen, auch die wirtschaftliche Lage der Kumpels ständig zu verbessern, um dadurch einen Ansporn zu schaffen, daß sie noch mehr leisten als bisher zur Erzeugung der Grundstoffe, die wir zum Aufbau unserer Wirtschaft brauchen. In diesem Sinne beglückwünsche ich den Hauer Hennecke und seine Kameraden zu ihren Erfolgen; wir sind gewiß, daß sie noch weitere Erfolge erzielen werden. Das gilt sicher auch für die anderen Berufe, denn es müssen überall alle organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, um von den Grundindustrien aus die gesamte Lebenshaltung zu verbessern.

Auch die Arbeiter der Berliner Betriebe und die gesamte Berliner Bevölkerung können versichert sein, daß der Deutsche Volksrat in dem Kampfe um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden besondere Aufmerksamkeit darauf legt, die Katastrophe von Berlin abzuwenden, die mit der beabsichtigten Zerreißung der Berliner Verwaltung und Wirtschaft eintreten müßte. Wir werden alles daransetzen, die Einheit Berlins, vor allen Dingen aber seine große Bedeutung als Hauptstadt Deutschlands zu erhalten.

Diskussion:**Dr. Reinhold Schwarz (LDP):**

Der Zweijahrplan steht unter der Devise: „Ein Volk hilft sich selbst“. Während der Westen Deutschlands sich einem ausländischen Plan ausgeliefert hat und schon jetzt bisweilen böse Worte hören muß, wie z. B. jenes: „Deutschland solle nicht annehmen, daß das geldgebende Ausland eine Amme sei“, rafft im Osten Deutschlands das Volk, durch tiefste Not und schwerstes Unglück gegangen, seine letzten Kraftreserven zusammen zum Kampf um Frieden und Freiheit. Schon einmal gab es einen solchen Unterschied zwischen Osten und Westen, als nämlich der Westen das Verfügungsrecht über die Bank- und Postscheckkonten behielt, die hier eingefroren waren; doch durch rastlose Arbeit und aus eigener Kraft stand Ostdeutschland bald genau so da wie Westdeutschland. Und das ist heute ebenso. Westdeutschland scheint mit Waren überschüttet; man könnte dort nicht schlecht leben, wenn nur genügend Geld zum Kaufen bei der Bevölkerung vorhanden wäre — allerdings vergißt man dabei, daß die alljährlich hinzukommende Schuldenlast von 2 Milliarden Dollar nicht so leicht abzudecken sein wird. Der Zweijahrplan schenkt uns nichts: Wir müssen uns alles selbst erarbeiten, aber wir werden auch keine Schulden haben.

Es wird zuweilen behauptet, daß einige Kreise meiner Partei dem Plan ablehnend gegenüberstehen. Ich stelle hier fest, daß dies nicht den Tatsachen entspricht, und ich spreche dabei als Beauftragter meiner Partei, nicht als politischer Außenseiter.

Josef Orlopp (SED):

Der Deutsche Volksrat als die berufene Vertretung des ganzen deutschen Volkes müßte sich auch mit der überaus wichtigen Frage befassen, wie die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Ausland und wie die gesamtdeutsche Handelspolitik in Zukunft gestaltet werden sollen. Während in Westdeutschland heute noch der Außenhandel von der kapitalistischen JEI und damit von den USA betrieben wird, sind in unserer Zone diese Aufgaben schon seit Monaten in deutsche Hände übergegangen.

Ferner ist durch die von der amerikanisch-britischen Militärregierung verhängte totale Sperre der Zonen-grenzen der Warenverkehr zwischen Ost- und Westdeutschland jetzt vollständig zum Erliegen gekommen. Der Interzonenhandel ist von Anfang an bewußt als Binnenhandel organisiert worden, in konsequenter Befolgung der Potsdamer Beschlüsse, die die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zur Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Landes machen. Leider wurden aber seit Bildung der Bizone die einheitlichen wirtschaftlichen Grundsätze mehr und mehr durchbrochen. Im Januar dieses Jahre hat der Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses vorgeschlagen, die Stahlerzeugung im Westen erheblich zu steigern, aber gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Erzeugnisse der erhöhten Stahl- und Eisenproduktion im Westen verbleiben sollen und die Exporte nach der sowjetischen Einflußsphäre nach Möglichkeit einzuschränken sind.

Infolge dieses Beschlusses trat in unserer Zone ein erheblicher Mangel an Eisen und Stahl, dem wichtigsten Rohstoff, den wir gebrauchen, ein. Nach den Verträgen standen uns monatlich rund 30000 Tonnen Walzwerkserzeugnisse aus dem Westen zu. Diese Menge sank von Monat zu Monat weiter ab, um im Mai dieses Jahres die 8000-Tonnen-Grenze zu erreichen, also nur noch ein Viertel von dem, was eigentlich nach der Verträgen zu liefern war. Die nunmehr verhängte Sperre des gesamten Interzonenhandels durch die westlichen

Wodurch sollten auch solche Gegensätze entstanden sein — etwa durch die Enteignung der Trusts und nazistischen Mammutbesitze? Niemand dürfte leugnen können, daß viele unserer Parteifreunde unter Anspannung aller Kräfte in den volkseigenen Betrieben mitarbeiten und daß viele von uns über ein Lebensalter im Kampf gegen die Großkonzerne gestanden haben; auch müßten viele von uns sehr vergeßlich sein, wenn sie sich nicht mehr daran erinnerten, was sie unter dem Naziregime zu erdulden hatten. Davon, daß bei uns eine Freundschaft für die Nazibetriebe bestünde, kann also keine Rede sein.

Auch wird manchmal der Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir Gegner der volkseigenen Betriebe seien. Dies trifft nicht zu. Wir sind gegen niemand, der für die Erreichung unseres Zieles arbeitet, durch eigene Kraft in einem wirtschaftlich stabilen Deutschland zu leben. Andererseits ist es aber unser dringender Wunsch, daß gleiches Recht für alle gilt. Wir treten also auch für die Privatwirtschaft und das freie Handwerk ein, die beide bis jetzt durch ihren rastlosen Fleiß und ihr emsiges Schaffen unter Beweis gestellt haben und auch künftig unter Beweis stellen werden, daß sie mit aller Kraft daran arbeiten, die allgemeine Wirtschaftsmisere zu überwinden. Dies kann nicht anders sein. Denn es geht bei dem Plan nicht um eine Parteiangelegenheit, sondern um den kraftvollen Versuch, durch eigene Initiative durchzubrechen zu dem Ziel, ein freies Deutschland des Aufstieges und des Wohlstandes für alle zu erreichen.

Besatzungsmächte ist also nichts anderes als der letzte Schritt auf dem Wege einer vollkommenen Unterbindung des innerdeutschen Handels zugunsten des Westblocks und damit der USA. Daß solche Maßnahmen angesichts der Verflechtung der Wirtschaft auf beiden Seiten großen Schaden anrichten, ist selbstverständlich. Die von uns gelieferten Waren, wie Grubenholz und viele andere, fehlen jetzt in Westdeutschland genau so wie heute bei uns Eisen und Stahl.

Der unterbrochene binnendeutsche Warenverkehr hat sich nunmehr auf das Ausland verlagert. Während wir im Jahre 1947 rund 80 Prozent unserer Halbfabrikate und unserer Rohstoffe aus Westdeutschland und aus den westeuropäischen Staaten bezogen, haben wir in diesem Jahr rund 75 Prozent aller Rohstoffe und Halbfabrikate aus unseren östlichen Nachbarstaaten eingeführt. Wir liefern insbesondere Maschinen und Fertigwaren, und umgekehrt werden uns nunmehr aus den östlichen Staaten Kohle, Eisen und viele andere Waren geliefert, die wir dringend für unsere Industrie benötigen. Wenn wir heute Koks für Hüttenzwecke aus der Tschechoslowakei und aus Polen beziehen, dann bringen unsere Freunde in Osteuropa damit ein Opfer — das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen — denn sie gebrauchen Kohle und Eisen dringend zum eigenen Aufbau. Wenn wir also heute Artikel exportieren, die auch im eigenen Lande notwendig wären, dann deswegen, weil wir den anderen Völkern helfen wollen, die uns in unserer Not ebenfalls helfen.

Der Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft ist nur in enger Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens möglich.

Weil diese wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens auch für Westdeutschland die Grundlinie bilden müßte, wird von den Beauftragten des amerikanischen Imperialismus eine systematische Hetze gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken betrieben, denn auch Westdeutschland ist ein Land der Fertigindustrie und nicht ein Land, das sich erlauben

kann, 90 Prozent Schrott, Kohle und Holz auszuführen, wie die letzten amtlichen Meldungen feststellen. Während heute praktisch 87 Prozent der Ausfuhr unserer Zone aus Fertigwaren besteht, setzt sich im Westen die Ausfuhr zu 90 Prozent aus Rohstoffen zusammen. Diese Tatsache allein müßte nicht nur den Wirtschaftler, sondern vor allem jeden deutschen Politiker dazu bringen, mit uns die Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten, daß die Zukunft der deutschen Wirtschaft im Osten liegt. Jeder Deutsche, der ehrlich dem Frieden dienen und in Freundschaft mit unseren östlichen Nachbarvölkern

leben will, muß deshalb auf dem Boden der Warschauer Beschlüsse stehen.

Nur eine solche Politik nützt letzten Endes auch den von den erschütternden Umsiedlermaßnahmen betroffenen deutschen Menschen. Diesen Opfern der Hitlerpolitik werden heute von den Revanchepolitikern Hoffnungen gemacht, die sich nie erfüllen werden. Darum sitzen die Umsiedler heute noch zum Teil gleichsam auf gepackten Koffern, anstatt in der Arbeit, sei es in der Landwirtschaft, sei es in der Industrie, eine neue Heimat zu finden. Wir aber wollen sie aus dieser Hoffnungslosigkeit und Lethargie herausreißen, ihnen eine neue Existenz und damit wieder eine neue Heimat geben.

Otto Freitag (CDU):

Nach der Einführung der Marktwirtschaft im Westen hat man dort die Formulierung gefunden, daß es sich um eine sozial gebundene freie Marktwirtschaft handle, bei der das Preisgefüge durch Angebot und Nachfrage zur Auspendelung kommen werde. Selbst derjenige, der die illusionäre Auffassung hätte, daß im Laufe der weiteren Entwicklung sowohl bei uns in Deutschland als auch in der Weltwirtschaft die Rückkehr zu einer Automatik der freien Wirtschaft möglich wäre, muß doch mit aller Nüchternheit erkennen, daß eine solche Voraussetzung weder für die westdeutschen noch für die ostdeutschen Gebiete vorerst vorhanden ist. Wenn wir daher heute in der Zusammenfassung aller Kräfte eine Wirtschaftsplanung durchführen, die die Aufgaben im Zonenmaßstab über die Länderaufgaben stellt, so sollen und müssen — und das hat auch Präsident Rau in seinen Ausführungen anerkannt — neben dem kompakten Block der volkseigenen Betriebe auch die Privatbetriebe nach wie vor zum vollen Einsatz gelangen.

In wirkungsvoller, aufgeschlossener Zusammenarbeit sollen beide Sparten unserer Wirtschaft für die Durchführung des Zweijahrplanes eintreten. Denn als Zubringer- und Fertigungsindustrie der von den volkseigenen Betrieben geschaffenen Rohstoffe und Materialien werden die privatwirtschaftlichen Betriebe immer eine Bedeutung behalten.

Unsere Einstellung zum Zweijahrplan ist eine positive. Mit positiver, konstruktiver Kritik sind wir jederzeit bereit und aufgeschlossen, uns an der Durchführung des Zweijahrplanes zu beteiligen. Denn wir müssen alle Mittel in Bewegung setzen, alle Anstrengungen zusammenfassen, um den Lebensstandard der Bevölkerung in unserer Zone aus eigener Kraft zu heben.

In der ostdeutschen Wirtschaft haben wir bei der Durchführung des Zweijahrplanes viele Engpässe zu überwinden. Die entscheidenden Voraussetzungen hier-

für liegen in der Investierung, in der Schaffung neuer Produktionsanlagen und Produktionsmittel. Der Wirtschaftsplan der SED — und das ist auch publizistisch von ihr vertreten worden — glaubt in erster Linie die Investierungsprobleme, den Aufbau neuer Schlüssel- und Rohstoffindustrien in den Vordergrund stellen zu müssen. Es wäre selbstverständlich demagogisch, der Bevölkerung zu sagen: Zunächst mehr essen und dann produzieren. Aber erst durch die Koordination aller Gesamtaufgaben, der Produktion wie der Versorgung, wird die sachliche und wirkungsvolle Durchführung des Zweijahrplanes gesichert sein. Daher haben wir in unserem Wirtschafts- und Sozialprogramm den Grundsatz aufgestellt, daß die gesamte Produktion nach Dringlichkeitsstufen aufzubauen ist, doch daß erst der dringendste Bedarf der einheimischen Bevölkerung gedeckt wird, daß dann Exportlieferungen zur Sicherung der Einfuhr von unentbehrlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln folgen sollen und daß daran anschließend als selbstverständliche Verpflichtung die Reparationslieferungen und der Besatzungsbedarf zu decken sind. Wir glauben, daß unsere Anregungen, die nicht einem utopischen Wunschprogramm entstammen, sondern nüchterner Betrachtung der Realität, eine befruchtende Ergänzung des vorliegenden Zweijahrplanes bilden können.

Weil wir uns alle vorbehaltlos und aus Überzeugung für die Einheit Deutschlands einsetzen — einerlei, in welchem ideologischen Lager wir stehen —, haben wir die Pflicht und die Aufgabe, alle Wirtschaftspläne, die in unserer Zone durchgeführt werden, darauf abzustimmen, daß sie für die gesamte deutsche Wirtschaft, wenn die Stunde für die Einigung geschlagen hat, jederzeit Geltung erlangen können. Ich glaube, wir können versichert sein, daß die Deutsche Wirtschaftskommission diese schicksalsvollen Notwendigkeiten durchaus erkennt, und daß sie in diesem Sinne weiterhin Bahnbereiter für die Einheit Deutschlands sein wird.

Mizzi Kaschner (DFD):

Die unterschiedliche Entwicklung in Deutschland, hervorgerufen durch die Spaltungspolitik deutscher und ausländischer monopolistischer Kräfte, bedingt auch eine unterschiedliche Führung des Kampfes um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Im Westen Deutschlands gilt es, überhaupt erst die Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratisierung durch Nationalisierung der Banken, Bodenreform und Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher zu schaffen und den demokratischen fortschrittlichen Kräften das Recht wirklich freier, ungehinderter Mitwirkung am öffentlichen Leben zu gewähren. Im Osten Deutschlands wurden diese Voraussetzungen geschaffen. Frei und ungehindert können die fortschrittlichen Kräfte das Neue gestalten helfen, können den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen.

Aber der Aufstieg aus eigener Kraft ist nicht leicht. Er erfordert von uns die Anspannung aller geistigen und physischen Kräfte und wäre unmöglich, wenn

nicht gleichzeitig mit der notwendigen Leistungssteigerung und Unkostensenkung eine planmäßige Wirtschaftsgestaltung verbunden wäre. Infolge der verständnisvollen Haltung unserer Besatzungsmacht ist die Verantwortung für den Neuaufbau in immer stärkerem Maße in unsere eigenen Hände gelegt worden. Es kommt nun darauf an, durch die Erfüllung dieser Pläne der Welt zu beweisen, daß wir fest entschlossen sind, eine Wirtschaft aufzubauen, die dem Frieden dient. Um jedoch diese gigantischen Aufgaben zu lösen, ist es notwendig, daß Stadt und Land in enger Verbindung, gegenseitig helfend und unterstützend zusammen wirken; dazu ist auch erforderlich, Mittel und Wege zu finden, die den Frauen die Möglichkeit der Mitbeteiligung und Mitgestaltung geben.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands hat sein Arbeitsprogramm hierauf eingestellt. Die Aktivierung der Betriebsarbeiterinnen

durch Schaffung von Betriebsgruppen dient diesem Ziel. Betriebsarbeiterinnenkonferenzen helfen unseren Frauen, die Wege der Mitbeteiligung zu erkennen, die Schwierigkeiten eines breiten Arbeitseinsatzes und fachlicher Qualifikationen zu diskutieren und Maßnahmen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten vorzuschlagen. Innerbetriebliche Wettbewerbe und die Einführung des progressiven Leistungslohnes, verbunden mit einer Förderung und Auszeichnung der Aktivistinnen, sollen auch in den reinen Frauenbetrieben zu Leistungssteigerung und Qualitätsverbesserung führen.

Die Erfahrungen unserer eigenen Arbeit und die Beobachtungen, die wir als Vertreterinnen des DFD kürzlich auf einer Reise in die Sowjetunion machten, haben uns gezeigt, daß für eine Mitbeteiligung der Frauen an der Durchführung der Wirtschaftspläne die Schaffung von sozialen Einrichtungen Voraussetzung ist. Bisher wurden diese Aufgaben, wie Schaffung von Kindergärten, Kinderwochenheimen, Werkküchen, Einkaufsstellen usw., mehr oder weniger

den Frauen allein überlassen. Das muß in Zukunft Aufgabe des gesamten Volkes und auch Bestandteil unserer Wirtschaftspläne werden. Wir konnten uns in der Sowjetunion von den Vorzügen planmäßiger Wirtschaftsgestaltung überzeugen und sind der Meinung, daß auch für unseren Wirtschaftsaufbau eine solche bis ins kleinste gehende Planung, die auch die berechtigten Forderungen der Frauen berücksichtigt, notwendig und richtig ist.

Das Bewußtsein unserer Frauen beginnt, sich dem Neuen, das in Deutschland werden will, aufzuschließen. Schaffen wir unsere Frauen die materiellen Voraussetzungen, damit sie sich ihren Neigungen und Fähigkeiten gemäß entwickeln können! Ziehen wir sie heran zu Plan- und Kontrollkommissionen! Entwickeln wir aus der Maschinenarbeiterin die Meisterin und Betriebsleiterin! Neue Fähigkeiten, neue Impulse werden dann unserer Wirtschaft zufließen.

Aber nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Familie: Denn gerade die Frau, die schaffend sich zu höchster Qualität entwickelt und aufgeschlossen im Leben steht, wird ihren Kindern eine verständnisvolle Führerin ins Leben sein können.

Adam Wolfram (FDGB):

Die Gewerkschaften haben seit ihrem Wiederaufstehen 1945 tatkräftig am Aufbau unserer neuen Wirtschaft mitgearbeitet. Denn aus den Erfahrungen der Vergangenheit haben die Werktätigen die Erkenntnis gewonnen, daß die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem und die imperialistische Politik hervorgerufenen Krisen und Kriege immer zu Lasten der breiten Massen des Volkes gingen. Um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden, ist es erforderlich, den arbeitenden Menschen in viel stärkerem Umfang in den Mittelpunkt der Wirtschaftsgestaltung zu stellen: **Der Werktätige als der Träger der Wirtschaft muß ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich ihrer Gestaltung und Lenkung erhalten.**

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben sich im vergangenen Jahr auf der Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen mit den großen wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Übereinstimmend wurde der Aufbau eines Systems der geplanten und gelenkten Wirtschaft gefordert, weiter die Errichtung eines zentralen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung, in dem die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein sollen. Die Erhöhung der Industrieproduktion wurde als die entscheidende Voraussetzung zur Verbesserung der Versorgung des deutschen Volkes erkannt.

Seit diesem Beschluß aller deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind rund anderthalb Jahre vergangen. Leider müssen wir heute feststellen, daß in den Westzonen Deutschlands die Gewerkschaftsorganisationen und demokratischen Kräfte nicht fähig waren, die aufgestellten Forderungen zu realisieren. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Zonen verlief in entgegengesetzter Richtung. Der Einfluß der imperialistischen Mächte Amerikas und Englands in Verbindung mit den reaktionären Kräften der westdeutschen Industrie setzte sich durch und verhinderte die Bildung von zentralen deutschen Verwaltungen der Wirtschaft. So wurde in Westdeutschland der Zweizonenwirtschaftsrat geschaffen, der das Organ der westdeutschen Monopolisten und Konzernherren unter dem Protektorat der amerikanischen-englischen Finanzkreise ist. Alle bisher von diesem Zweizonenwirtschaftsrat getroffenen Maßnahmen müssen sich letzten Endes zum Schaden des werktätigen Volkes auswirken. Wir sehen, daß in diesen Zonen die Gewerkschaften immer mehr in die Defensive gedrängt werden und keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Hier zeigt sich, daß nur durch bestimmte politische und

ökonomische Veränderungen der Einfluß der werktätigen Bevölkerung gewährleistet wird.

Nachdem durch die separate Währungsreform praktisch Deutschland aufgespalten und durch die Sperrung der Zonengrenzen der Warenverkehr innerhalb Deutschlands gehemmt worden ist, glaubt man, der Wirtschaft der Ostzone den entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission beweist aber genau das Gegenteil. Mit der Durchführung grundlegender ökonomischer Veränderungen in der Ostzone war der Weg für eine demokratische Wirtschaftsgestaltung frei. Das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und der Gewerkschaften in der Wirtschaft wurde verankert, so ist die Grundlage dafür geschaffen, daß unsere Wirtschaft in Zukunft nur noch der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes dienstbar gemacht wird. In den vergangenen Jahren machte sich auch bei uns immer stärker der Mangel einer zentralen Planung bemerkbar. Ohne Zweifel haben die Länder in unserer Zone im Aufbau der einzelnen Industriezweige und der Produktion Großes geleistet. Es fehlte aber an einer Koordinierung, an einer einheitlichen Steuerung und Lenkung der Gesamtwirtschaft. Deshalb begrüßten die Gewerkschaften den Erlass des Befehls 32, auf Grund dessen die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet wurde.

Schon der Name sagt, daß diese zentrale Wirtschaftsverwaltung in Gegensatz zu dem Zweizonenwirtschaftsrat in Frankfurt (Main) steht. Die DWK ist ihrer Grundtendenz nach darauf eingestellt, eine gesamtdeutsche Lenkung und Steuerung der Wirtschaft durchzuführen. Wenn sie infolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtdeutschlands ihre Arbeit zur Zeit nur auf die sowjetisch besetzte Zone erstreckt, so kann jederzeit ihre Wirksamkeit auf die gesamtdeutsche Wirtschaft ausgedehnt werden.

Für die Werktätigen der Ostzone ist es eine besondere Genugtuung, feststellen zu können, daß die Gewerkschaften in alle Organe der Deutschen Wirtschaftskommission maßgeblich eingeschaltet sind. Hierdurch wird zum Ausdruck gebracht, daß die DWK in der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht auf die Mitarbeit der werktätigen Massen verzichten will. Die enge Zusammenarbeit zwischen Werktätigen und Wirtschaftsführung bietet uns die Garantie, daß trotz aller Schwierigkeiten, die zweifellos zur Zeit noch vorhanden sind, eine Gesundung der Wirtschaft erreicht werden wird.

Schon heute können wir feststellen, daß das Ziel der westdeutschen Imperialisten und Monopolisten, durch ihre Maßnahmen die Wirtschaft der Ostzone lahmzulegen, nicht erreicht wird. Im Gegenteil, in der Ostzone war es durch den Einsatz aller aufbauwilligen Kräfte möglich, die Produktion von Jahr zu Jahr erheblich zu steigern.

Die im Sommer dieses Jahres bekanntgegebenen Wirtschaftspläne werden in ihrem Ergebnis eine weitere Steigerung unserer Erzeugung zur Folge haben und damit die Grundlagen für eine wesentliche Besserung auch der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Volkes schaffen. Die Rechte und Befugnisse der DWK bieten uns die Gewähr, daß die partikularistischen Bestrebungen der einzelnen Länder überwunden sind und die Lenkung und Steuerung nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Denn die großen wirtschaftlichen Aufgaben in unserer Zone — z. B. Verbesserung unserer Rohstoffbasis, Ausweitung bestimmter Kapazitäten einzelner Industriezweige — können nur durch eine zentrale Planung gelöst werden. Die Gewerkschaften und mit ihnen die gesamten Werktätigen bekennen sich aus diesem Grunde zu den Arbeiten der Deutschen Wirtschaftskommission und werden sie auf das tatkräftigste unterstützen.

Ich habe in den letzten Tagen in gewissen Berliner Zeitungen feststellen müssen, daß sie in verleumderischer Absicht die Entwicklung der Industrie unserer Zone herabsetzen. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß man diese bewußten Falschmeldungen niedriger hängt; denn die Tatsachen der Entwicklung unserer Wirtschaft sprechen eine andere Sprache. Wenn ich Ihnen aus Sachsen-Anhalt berichten kann, daß dort in den ersten acht Monaten dieses Jahres die Gesamtproduktion gegenüber 1947 um 20 Prozent gesteigert werden konnte, dann ist das etwas anderes, als was die „Neue Zeitung“ berichtet, daß nämlich gerade in Sachsen-Anhalt eine Anzahl von Betrieben habe stillgelegt werden müssen und daß dort im Braunkohlenbergbau die Leistungen um 25 Prozent zurückgegangen seien. Wenn die „Neue Zeitung“ weiter schreibt, daß Kaliwerke in unserer Zone infolge technischer Schwierigkeiten und infolge Mangels an Material hätten still-

gelegt werden müssen, so kann ich Ihnen berichten, daß nicht ein einziges Kaliwerk stillgelegt worden ist, sondern daß die Leistungen dieser Kaliwerke im August, zum Beispiel beim Kaliwerk Roßleben, 125 Prozent der Sollauflage betrugen, daß die Kaliwerke Aschersleben und Groß-Schierstädt im dritten Quartal 1948 ihre Sollauflagen übererfüllen konnten, daß die Gießereiproduktion in dem Metallwerk in Merseburg von 320 Tonnen im Jahre 1945 auf 914 Tonnen im Jahre 1947 erhöht werden konnte, und daß die gesamte Magdeburger Industrie ihre Produktion im August dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre um 28,1 Prozent steigerte.

Wenn wir heute erfreulicherweise feststellen können, daß von den bedeutendsten Großbetrieben Sachsen-Anhalts, z. B. das Elektrokombinat Bitterfeld im August, das Reichsbahn-Ausbesserungswerk Stendal Ende Juli, die Stickstoffabteilung der Filmfabrik in Wolfen im August und das Werk Otto Gruson in Magdeburg Anfang Oktober ihr Jahressoll für 1948 erfüllen konnten, dann ist das ein Beweis für die Aufwärtsentwicklung unserer Produktion. Diese Leistungen beweisen, daß die Werktätigen gemeinsam mit den Werksleitungen erkannt haben, daß nur aus eigener Kraft ein Aufstieg unserer Wirtschaft möglich ist. Sie hoffen nicht auf die zweifelhafte Hilfe gewisser ausländischer Mächte, sondern sie sind der Meinung, daß die Aufgaben, die uns in den Wirtschaftsplänen gestellt sind, nur gelöst werden können durch den Einsatz aller aufbauwilligen Kräfte unserer Zone.

Wir als Gewerkschafter haben deshalb unsere Haupttätigkeit darauf gerichtet, die Aktivistenbewegung unserer Betriebe zu steigern. Wenn wir heute von Tausenden und aber Tausenden solcher Aktivisten berichten und Ihnen mitteilen können, daß das Beispiel der Zwickauer Bergarbeiter schon großen Erfolg gehabt hat, indem auch in Sachsen-Anhalt im Braunkohlen- und Kupferbergbau, in Thüringen, aber auch in anderen Ländern neue Gruppen sich bilden, die die Norm ihrer Leistung überbieten, dann ist das ein guter Anfang. So sind wir davon überzeugt, daß, wenn wir unsere gesamten Kräfte, die Millionenmassen unserer Mitglieder in diese Bewegung einschalten, die Erfüllung der Wirtschaftspläne gesichert ist.

Alfred Wunderlich (NDP):

Den Deutschen Volksrat betrachten wir als das demokratische Forum des gesamten deutschen Volkes und begrüßen es daher, daß auch die Deutsche Wirtschaftskommission vor ihm ihren Bericht erstattet. In diesem Forum soll nicht nur Kritik geübt, es sollen von hier aus auch Anregungen gegeben werden. In diesem Sinne möchte ich zu einigen Teilgebieten des großen Aufgabenbereiches der Deutschen Wirtschaftskommission Stellung nehmen. Sowohl in der Zuteilung von Rohstoffen und Fertigungskontingenten als auch in der Verteilung der produzierten Waren ist nicht immer das demokratische Gesetz der Gleichberechtigung beachtet worden. Die Grundzüge der demokratischen Neuordnung der Wirtschaft müssen vor allem darin ihren Ausdruck finden, daß sie auf einer realen Demokratie aufgebaut wird. Der für die Verteilung zugrunde gelegte Begriff „Werktätige“ darf deshalb nicht auf einen bestimmten Kreis begrenzt sein, sondern muß wirklich alle Teile unseres Volkes umfassen, die in ehrlicher Mitarbeit am Aufbau unserer neuen Wirtschaft mitschaffen.

Durch den verlorenen Krieg hat die deutsche Wirtschaft eine entscheidende Änderung ihrer Struktur erfahren. Ihre industrielle Kapazität ist durch Kriegsverluste und Demontagen auf ein Minimum verringert; die vorhandenen Produktionsmittel sind durch den Krieg heruntergewirtschaftet. Unsere Wirtschaft befindet sich in einer anomalen Situation; daher hat die unbedingt notwendige Wirtschaftsplanung einen schwierigen Start. Die in der Ostzone durchgeführte Planung unterscheidet sich grundsätzlich von früheren Methoden dadurch, daß sie vom Hersteller, d. h. von den

Rohstoffen her erfolgt, im Gegensatz zu anderen Systemen, wo vom Endpunkt her versucht wird, die Wirtschaft zu lenken und zu steuern. Der Vorteil der bei uns angewandten Methode ist an den bis jetzt erzielten Erfolgen ohne weiteres festzustellen.

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich zwei grundsätzliche Forderungen an die Deutsche Wirtschaftskommission. Erstens erscheint es uns notwendig, eine Dringlichkeitsfolge der in der Planung vorgesehenen Aufgaben für den Aufbau der Wirtschaft in der Ostzone festzulegen. Dieser Dringlichkeitsfolge bzw. Rangordnung der zu lösenden Aufgaben hat sich das übrige Geschehen in der Wirtschaft freiwillig und vielleicht auch bedingungslos unterzuordnen. Wir brauchen erst Kohle, dann Energie, dann Maschinen, ehe wir säen, ernten, spinnen und leben können. Diese unabänderlichen Grundsätze des technologischen Aufbaues in der Wirtschaft, die Umwandlung der Grundstoffe in Halb- und Fertigwaren verlangt deshalb in erster Linie einen vertikalen Aufbau unserer Produktionsindustrie. Ausgehend von dem Gesamtbedarf ergibt sich die Dringlichkeitsfolge; in dieser Reihenfolge müssen sowohl die Rohstoffe als auch die Erzeugnisse verteilt werden. Wir sind uns dabei freilich bewußt, daß auch die raffinierteste Verteilungsmethode den zur Verfügung stehenden Kuchen nicht größer werden läßt.

Zweitens muß im Zweijahrplan der Mittelstand und insbesondere das Handwerk berücksichtigt werden. Die NDP hat deshalb der Deutschen Wirtschaftskommission sowie dem Deutschen Volksrat einen Zweijahrplan

des Handwerks als Zusatzplan zum Zweijahrplan vorgelegt. Wir bitten, diesen Antrag zu prüfen und zu berücksichtigen, da wir glauben, damit entscheidend und konstruktiv dazu beizutragen, daß sich das gesamte Sozialprodukt vergrößert und der Bedarf der Bevölkerung schneller befriedigt werden kann.

Alle erlassenen Anordnungen haben nur dann einen Erfolg, wenn ihre Durchführung sinngemäß kontrolliert wird. Deshalb haben wir die Errichtung der Zentralen Kontrollkommission als einer selbständigen Hauptverwaltung außerordentlich begrüßt. Wir stehen aber auch hier auf dem Standpunkt, daß diese Kontrolle nur dann einen Wert besitzt, wenn die festgestellten Verlustquellen nach Möglichkeit sofort, jedoch mit unbürokratischen Mitteln beseitigt werden und gerade mit der Kontrolle der Planerfüllung eine tiefgehende Prüfung der Ursachen der Nichterfüllung verbunden wird.

Bei der Kontrolle haben wir zwei Gebiete zu unterscheiden: die wirtschaftliche Produktivität und die technische Produktivität. Für die Kontrolle der ersteren kennen wir die Hilfsmittel wie den normalen Kontenrahmen, die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Betriebsabrechnung usw., jedoch müssen wir für die Kontrolle der technischen Produktivität erst geeignete Meßmethoden entwickeln. Diese müssen es ermöglichen, die wirklich echte Leistung in einem Betriebe zu messen. Denn ein Betrieb, der einen Gewinn ausweist, braucht noch lange nicht ein guter Betrieb zu sein. Die Ursachen für einen Gewinn können oft mit der effektiven Leistung des Betriebes nichts gemein haben. Es kommt uns dabei darauf an, z. B. die Frage beantwortet zu erhalten: Wieviel Arbeitskräfte sind in einem Betriebe beschäftigt, und welche effektive Leistung wird erreicht? Wir müssen also wissen, wie groß die Fehlzeiten sind und welchen Leistungsgrad im Durchschnitt die Arbeitskräfte erreichen. Die Beantwortung dieser Fragen ist deshalb so wichtig, weil wir heute schon einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften, und ganz beson-

ders an Facharbeitern, in unserer Zone haben; die so raren und kostbaren Arbeitskräfte müssen ökonomisch angesetzt werden.

Ich komme nun zum Berichtswesen. Wenn z. B. ein Betrieb angibt, daß er im Monat 26 Befragungen mit etwa 210 Formularen an so und soviel Stellen abzugeben hat, so ist das sicherlich des Guten zuviel. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Deutsche Wirtschaftskommission es nicht dabei bewenden lassen sollte, Anordnungen zu erlassen, wonach Berichte und Statistiken meldepflichtig sind, sondern wir sind der Meinung, daß die Deutsche Wirtschaftskommission einen großen Rotstift nehmen sollte, um 70 Prozent aller bestehenden Meldungen zu streichen und, wenn möglich, zu verbieten. Wir hoffen, daß das in Vorbereitung befindliche einheitliche Meldev erfahren zur baldigen Durchführung kommt und damit die die Betriebe überschwemmende Flut von Meldungen und Berichten eingedämmt wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anregung geben, daß in der Veröffentlichung der Planerfüllungszahlen nicht nur die Planerfüllung angegeben wird, sondern auch gleichzeitig die Höhe des Prozentsatzes, mit dem nunmehr der Bedarf abgedeckt werden kann. Durch die Veröffentlichung von hohen Planerfüllungsprozenten entsteht bei der Bevölkerung der Eindruck, als ob nunmehr der gesamte Bedarf abgedeckt werden könnte. Die Verwirklichung dieser Anregung würde das Vertrauen zum Wirtschaftsplan stärken und die schrittweise Besserung der Versorgungslage erkennen lassen.

Wenn die ganze schaffende Bevölkerung die Überzeugung gewinnt, daß die Planung den Lebensstandard jedes arbeitenden Menschen erhöht, dann wird unser ganzes Volk den Plan als seinen Plan anerkennen. An der Schaffung eines solchen Planes und an der immer engeren Verknüpfung des Planziels und der Planmethoden mit dem Wiederaufbau unseres Wohstandes mitzuwirken, das ist unser fester, unabänderlicher Wille.

Hermann Axen (FDJ):

In Abkehr von der schädlichen Tradition der deutschen Jugendbewegung in der Vergangenheit hat sich die Freie Deutsche Jugend seit ihrer Gründung mit den Problemen des wirtschaftlichen Aufbaues und mit der Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte der Jugend beschäftigt. Als einzige deutsche Jugendorganisation war sie imstande, auf ihrem zweiten Parlament in Meißen der deutschen Jugend ein Programm des wirtschaftlichen Aufbaues unseres Vaterlandes vorzulegen. Diese Erklärungen der Freien Deutschen Jugend sind aber nicht nur Papier geblieben. Im gestrigen und heutigen Verlauf der Tagung wurde schon wiederholt die aktive Teilnahme der Jugendlichen unserer Zone am Aufbau der Friedenswirtschaft, bei der Verwirklichung des Halbjahrplanes 1948 aufgezeigt. Wir möchten darauf hinweisen, daß wir wohl sehr stolz auf die tausende junger Aktivisten sind, die in Industrie und Landwirtschaft bahnbrechend seit dem Zeitzer Kongreß an der Einführung neuer Arbeitsmethoden und der Herstellung einer neuen Arbeitsmoral beteiligt sind, daß wir uns aber keineswegs mit dem bisherigen Ausmaß, Umfang und Inhalt der Aktivistenbewegung der Jugend zufriedengeben. Weit entfernt davon sind wir vielmehr der Meinung, daß nunmehr, nachdem die Hennecke-Bewegung eine Realität geworden ist, die Jungaktivistenbewegung die neuen Formen, die vom Oelsnitzer Steinkohlenrevier ausgegangen sind, auch in ihrer Arbeit einzubeziehen hat. Deshalb begrüßen wir auch von dieser Stelle die erste Maßnahme auf diesem Gebiet, die die Jungaktivisten der Schiffswerft Boitzburg in Mecklenburg getroffen haben, indem sie in Aufbaukolonnen dem Beispiel des Meisters Adolf Hennecke nachgeeifert und erfolgreich die bestehenden Normen in der Schiffswerft überboten haben.

Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission hat bereits auf das entscheidende Gebiet der Berufsausbildung hingewiesen. So glücklich wir uns schätzen, daß die von uns in Zeitz erhobene Forderung auf Schaffung von Berufsschulen in Betrieben, besonders in den SAG- und in den volkseigenen Betrieben, heute schon zur Schaffung von etwa 100 Berufsschulen geführt hat, und wenn wir weiterhin mit Genugtuung feststellen, daß sich die Zahl der Lehrwerkstätten rasch vermehrt, so müssen wir doch die bisher vorgelegten Pläne auf dem Gebiet der Nachwuchslenkung und Berufsausbildung als völlig unzulänglich bezeichnen, und zwar deshalb, weil die dort vorgeschlagene Nachwuchslenkung in keinerlei Zusammenhang mit den Planzielfern, Plannotwendigkeiten und nächsten Planetappen steht, ferner deshalb, weil sie den eigentlichen Bedürfnissen der Jugend und der Forderung einer modernen Berufsausbildung keineswegs Rechnung trägt.

Im Zusammenhang damit hat der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend beschlossen, die werktätige Jugend in der Ostzone zu einem Leistungs- und Berufswettkampf aufzurufen, der einerseits der Verbreiterung der Aktivistenbewegung in Industrie und Landwirtschaft dienen und auf der anderen Seite die Qualifizierung des beruflichen Nachwuchses in unserer Zone ermöglichen soll. Dieser Leistungs- und Berufswettkampf wird durch die Vornahme von Zwischenprüfungen auch eine Aktivistenbewegung unter den Lehrlingen und jungen Arbeitern in den Betrieben ermöglichen, die es mit sich bringen wird, daß die vielfach aus alten Traditionen stammenden Lehrzeiten und die Fristen der Lehrausbildung unterboten werden können.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Einführung der Kleiderkarte. Wir haben im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats erfahren, daß bei der Einführung der Kleiderkarte, der sogenannten Punktkarte, eine Übertragung der Punkte nur innerhalb des Haushalts und der Familie möglich sein wird. Wir wiederholen von dieser Stelle aus unsere Bitte, daß man in dieser Hinsicht die Forderungen der Jugendlichen von vornherein berücksichtigt. Denn Hunderte und Tausende unserer Jugendlichen sind eltern- und heimatlos, eine große Anzahl von Jugendlichen arbeitet in den Schwerpunktzentren des Zweijahrplans, so daß sie sich dort nicht innerhalb ihrer Familie und eines Haushalts befinden. Wir bitten deshalb, die Übertragung dieser Punkte in der Weise zu gestatten, daß einige Großkleidungsstücke von Seiten der Familienangehörigen erworben werden können, so daß wenigstens in den ersten Wochen des Anlaufens der Kleiderkarte von vornherein auch diejenigen Jugendlichen berücksichtigt werden, die selbständig sind und keinen Haushalt führen. Dasselbe gilt für die Studenten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes und die eingeleitete Aktivistenbewegung zweifellos in der deutschen Jugend unserer Ostzone eine neue Arbeitsmoral entwickeln, ein neues Arbeitsethos erzeugen werden. Hier in der Ostzone wird sich das Beispiel verallgemeinern, daß die Jugendlichen zu solchen Kumpels wie Adolf Hennecke und seinen Kameraden gehen und von ihnen lernen. Auf diese Weise wird eine neue Beziehung zwischen jung und alt in den Betrieben und in der Landwirtschaft angebahnt werden, die in krassem Gegensatz steht zu der Tatsache, daß Jugendliche, die heute als Lohndrücker in den Westzonen benutzt werden, dort von ihren erwachsenen Kameraden oft verlacht bzw. abgelehnt werden.

Paul Scholz (DBD):

Mit Recht hat der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission auf die gesamtdeutsche Aufgabe hingewiesen, die die DWK zu erfüllen hat und trotz aller Spaltungsmaßnahmen erfüllt. In welchem Maße sie dies tut, zeigt allein das Beispiel der Anknüpfung immer neuer Handelsbeziehungen mit den Ländern im Norden, Osten, Südosten und auch im Westen Europas. Anders als über die Fesseln des Marshall-Planes wird auf diese Weise unserem Volke der Weg geebnet, um wieder in den Kreis der friedlichen und demokratischen Völker zurückzukehren.

Der Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission hat ein Bild darüber gegeben, welche Anstrengungen die Bevölkerung der Ostzone in den vergangenen Jahren seit 1945 unternommen hat, um die Folgen des Krieges und des Zusammenbruches unserer Wirtschaft zu überwinden. Auf vielen Gebieten haben wir heute schon wieder Produktionszahlen, die denen der Friedensproduktion von 1936 nahekommen oder sie sogar übertreffen. Zum erstenmal in Deutschland gehen die Arbeiter und Bauern jetzt daran, ihre Anstrengungen zusammenzufassen, um nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan unsere Wirtschaft wiederaufzubauen. Bei dem Wiederaufbau unserer gesamten Wirtschaft und der Durchführung des Zweijahrplanes kommt der Entwicklung der Landwirtschaft große Bedeutung zu. Jeder Bauer, der seine Wirtschaft in Ordnung halten will, ist gewohnt, nach einem Wirtschaftsplan zu arbeiten. Es ist darum nur natürlich, daß die Demokratische Bauernpartei Deutschlands dem Gedanken einer planmäßigen Entwicklung unserer Wirtschaft positiv gegenübersteht und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Wirtschaftskommission und allen demokratischen Kräften für die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes einzutreten bereit ist. Wir betrachten es dabei als unsere besondere Aufgabe, die Bauern bis ins letzte Dorf für die aktive Mitarbeit am Wirtschaftsplan zu gewinnen.

In dieser Hinsicht entwickelt sich eine neue Einheit der schaffenden Menschen, und jener Generationsgegensatz, auf den bisher ausbeuterische Klassen spekuliert haben, wird überwunden werden durch die Zusammenarbeit der Jugendlichen und Erwachsenen bei der Steigerung der Produktion unter gegenseitiger Vermittlung der Arbeits Erfahrungen und besserer Arbeitsmethoden.

Diese Aktivistenbewegung war natürlich nur möglich nach der Durchführung der demokratischen Reformen, die der Jugend in der Ostzone weitgehende Rechte, die Verwirklichung eines großen Teiles der sogenannten Grundrechte der jungen Generation gebracht haben. Man kann nicht erwarten, daß eine Arbeitsmoral, wie sie die Tausende von Jungaktivisten in der Ostzone tagtäglich unter Beweis stellen, von der Jugend in den Westzonen aufgebracht wird, wo keinerlei Mitbestimmungsrechte der Jugend bestehen. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Zweijahrplan die größte Anerkennung und Unterstützung der Jugend finden und daß sich innerhalb der Masse der deutschen Jugend eine Planbegeisterung Bahn brechen wird; denn der Zweijahrplan garantiert die Sicherung der demokratischen Reformen und damit der bisher erreichten Errungenschaften der Jugend.

Wer den Zweijahrplan antastet und durchkreuzt, der tastet damit die bisher erreichten Errungenschaften der Jugend an und durchkreuzt das Mitbestimmungsrecht der Jugend; er trägt dazu bei, daß der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung und die Verringerung der Arbeitszeit für Jugendliche wieder illusorisch gemacht werden. Daher tritt die Jugend, insbesondere auch die FDJ, rückhaltlos und konsequent für die Durchführung des Zweijahrplanes ein.

Von der Verwirklichung des Planes in der Landwirtschaft hängt es entscheidend mit ab, in welchem Maße und in welcher Zeit wir in der Ostzone zu einer steigenden Verbesserung unserer Ernährung, zu einer schließlichen Aufhebung der Rationierung und damit zu einer Abschaffung des Ablieferungssolls kommen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist die Steigerung der Hektarerträge. Dazu bedürfen unsere Bauern vor allem Maschinen, Geräte, Düngemittel, Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Es ist darum nicht nur im Interesse der Bauern, sondern im Interesse des ganzen deutschen Volkes richtig, daß der Zweijahrplan vor allem den Wiederaufbau und die Entwicklung der Grundstoffindustrien, der Chemiewerke, Stahlwerke und Maschinenfabriken, vorsieht. Je schneller diese Grundindustrien aufgebaut und entwickelt werden um so schneller werden unsere Bauern wieder zu Traktoren, Maschinen, Geräten und all den notwendigen Betriebsmitteln kommen, die eine bessere Bodenbearbeitung und eine Steigerung der Erzeugung mit sich bringen werden. Neben der Neuherstellung von landwirtschaftlichen Maschinen betrachten wir es aber als eine dringende Aufgabe, daß in der Planung auch die Fertigung von Ersatzteilen genügend berücksichtigt wird.

Als natürliche Hilfe für die Steigerung unserer Erzeugung begrüßen wir die Flächenveranlagung in bezug auf die tierischen Produkte. Diese von der Mehrheit unserer Bauern geforderte Maßnahme ist in der Tat geeignet, die Viehaufzucht zu fördern und insbesondere den Großviehbestand zu erhöhen. Das wird sich nicht nur auf die Belieferung mit Fleisch für die Bevölkerung günstig auswirken, sondern durch den damit gegebenen größeren Düngenanfall auch für die Ertragssteigerung von Bedeutung sein. Wir halten es dabei für notwendig, daß bei der Festlegung der Anbauflächen der Feldfutterbau eine stär-

Entschlieung des Deutschen Volksrats

ber die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission*)

Der Deutsche Volksrat billigt den von der Deutschen Wirtschaftskommission vorgelegten Bericht und lenkt die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte:

1. Die Deutsche Wirtschaftskommission betreibt eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik, deren Wirksamkeit nur im Augenblick durch die von fremden Mchten herbeigeführte Spaltung Deutschlands auf das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone begrenzt ist. Im Gegensatz zur Marshall-Plan-Politik der nationalen und wirtschaftlichen Versklavung, wie sie der Frankfurter Wirtschaftsrat betreibt, sichert die Deutsche Wirtschaftskommission durch ihren Zweijahrplan den Weg des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands aus eigener Kraft. Der Deutsche Volksrat gibt diesem seine Zustimmung.
2. Die Deutsche Wirtschaftskommission ist unter den augenblicklich gegebenen Verhältnissen nicht nur die höchste Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungszone, sondern sie muß auch durch eine stärkere organische Verbundenheit mit den demokratischen Parteien und Massenorganisationen und deren Mitarbeit das vom Vertrauen des deutschen Volkes getragene, die Interessen des Volkes vertretende, verordnendes und durchführendes Organ auf dem Gebiete der Wirtschaft werden.
3. Mit der Durchführung des Halbjahrplans für das 2. Halbjahr 1948 und der Fertigstellung des Zweijahrplanes 1949/1950 mobilisiert die Deutsche Wirtschaftskommission, unterstützt von den demokratischen Parteien und Organisationen, die Initiative des Volkes, aktiviert alle fortschrittlichen Kräfte und fördert die Entwicklung eines neuen Arbeitsethos.

Mit dem vordringlichen Ausbau unserer Grundstoff- und Maschinenindustrie und der damit Hand in Hand gehenden Entfaltung unserer Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels sowie des Export- und Importgeschftes beschreitet die Deutsche Wirtschaftskommission den Weg zur stndigen Verbesserung des Lebensstandards unseres Volkes.

4. Der Zweijahrplan ist der Plan zur Entwicklung einer demokratischen Friedenswirtschaft. Seine Erfüllung in unserer Zone erfordert den Aufbau neuer Industrien, wenn wir nicht unter den Wrgegriffen des ausländischen Monopolkapitals ersticken wollen. Er wird seine Richtigkeit für ganz Deutschland beweisen und auf diese Weise die fortschrittlichen Kräfte in allen Zonen für den Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands mobilisieren.
5. Der Deutsche Volksrat unterstützt darum die Arbeit der Deutschen Wirtschaftskommission. Er ruft das deutsche Volk auf zur Entfaltung der breitesten Volksinitiative für die Durchführung des Zweijahrplanes, seine Erfüllung und Übererfüllung. Der Deutsche Volksrat ruft zugleich alle fortschrittlichen Kräfte zu erhöhter Wachsamkeit auf. Spekulanten, Schieber und Saboteure, Agenten der antidemokratischen, friedensfeindlichen Interessengruppen müssen unerbittlich bekämpft werden, weil sie versuchen, den Aufbau zu hemmen und damit die Verbesserung der Lebensverhältnisse verhindern. Die Erfolge unserer Aktivisten des Aufbaues müssen dagegen gefördert und gesichert werden. Je breiter die Aktivistenbewegung ist, um so stärker ist das Fundament der neuen demokratischen Friedenswirtschaft.

Deutschland ist bei seinem Aufbauwerk auf die Erhaltung und die Pflege seiner Arbeitskraft angewiesen. Der Mensch muß im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Maßnahmen stehen, um so unserem Volk wieder einen höheren Lebensstandard zu schaffen.

Berlin, den 24. Oktober 1948.

* Die Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

kere Berücksichtigung findet und der Gewinnung der Sämereien hierfür besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die DBD hat der Deutschen Wirtschaftskommission Vorschläge zur Verbesserung des Zweijahrplanes in der Landwirtschaft unterbreitet. Für einen der wichtigsten Punkte hält sie darin, daß dem landwirtschaftlichen Nachwuchs die gleichen Möglichkeiten der Weiterbildung und Schulung gegeben werden wie der Jugend in der Industrie und im Verkehr. Neben der Hebung der materiellen Lage der Bauern ist die Hebung des kulturellen Niveaus eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß auch das Dorf zu einer festen Stütze der Demokratie wird und durch seine aktive Mitarbeit am Wiederaufbau der Wirtschaft mithilft, unser Volk in

eine bessere Zukunft zu führen. Wir Bauern in der Ostzone haben in den letzten Jahren in unermüdlicher Arbeit alles getan, um die Landwirtschaft wiederaufzubauen und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Die Bauern haben die bessere Ernte in diesem Jahre trotz großer Schwierigkeiten vorfristig abgeliefert und sind dabei, die Herbstbestellung für die kommende Ernte durchzuführen; teilweise sind diese Arbeiten schon abgeschlossen.

So wie in den Bergwerken und Betrieben stehen heute auch Bauernaktivisten an der Spitze der Entwicklung in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung weiterzufördern, wird eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission sein. Wenn sich die Aktivisten in den Dörfern mit den Aktivisten in der Stadt vereinen und sich die Hände reichen, dann braucht uns um unsere Zukunft nicht bange zu sein.

Anton Jadasch (VdgB):

Der zweite Weltkrieg hat auch dem landwirtschaftlichen Sektor ungeheuren Schaden zugefügt. Unsere Viehbestände waren 1945 auf ein Minimum herabgesunken und die Ackergeräte zum großen Teil vernichtet. Die Zugkräfte, sowohl die motorischen als auch die menschlichen, waren bis zum äußersten dezimiert; die Produktion künstlicher Düngemittel war auf Grund der Zerstörungen der Industrie nur zu einem Bruchteil möglich. Ein großer Teil bäuerlicher Wirtschaften war durch Kriegseinwirkungen zerstört worden. Große Teile der Äcker im Osten waren als Kampfgebiet verminnt. Unter solchen Umständen schien es fast unmöglich, die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Ostzone zu gewährleisten.

Wenn die Sicherung der Ernährung, wenn auch in beschränktem Maße, gelang, so ist dies an erster Stelle der Besatzungsmacht, der Roten Armee, zu verdanken. Sie war der Helfer in der Not, indem sie einen Teil ihrer Vorräte der Bevölkerung Ostdeutschlands zur Verfügung stellte. Doch auch beim zweiten Schritt der Ernährungssicherung half die Besatzungsmacht. Denn was jahrhundertlang während der Kampf der deutschen Bauernschaft nicht zuwege brachte, gelang jetzt: Die Bauernschaft eines Teiles Deutschlands — der sowjetischen Besatzungszone — führte die Bodenreform durch.

Diese geschichtliche Tat findet heute noch nicht die allgemeine Würdigung, die sie verdient. Nur fortschrittliche Kräfte der Jetztzeit und kommende Geschlechter sind und werden imstande sein, die Bedeutung dieser Tat zu ermessen. Für uns Lebende sei aber entscheidend, daß durch die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer die Horte der Militaristen, Kriegshetzer und Kriegsbrandstifter zer schlagen wurden und dadurch im Zusammenhang mit der Auflösung der Truste und Monopole, Konzerne und Syndikate die Basis imperialistischer Kriegsvorbereitungen beseitigt ist.

Ich bin der Auffassung, daß ich mich mit dem größten Teil der Bauernschaft der Ostzone im Einvernehmen befinde, wenn ich dem russischen Volke für die Mithilfe bei diesem demokratischen Reformwerk unseren Dank ausspreche. Trotz der Wunden und Schäden, die unser Volk dem russischen Volk zugefügt hat, trägt es uns dies nicht nach, sondern bietet uns hilfreich die Hand, damit wir wieder zu geordneten Verhältnissen kommen.

Indem durch die Bodenreform Hunderttausende von Flüchtlingen, landarmen Bauern und Landarbeitern ein Stück Boden bekamen, konnte trotz der Engpässe, die durch den Krieg heraufbeschworen wurden, eine fast reiblose Bearbeitung des Ackers sofort nach dem Ende der Kampfhandlungen durchgeführt werden. In den dreieinhalb Jahren seit Beendigung des Krieges haben wir bereits gute Fortschritte gemacht: es geht zwar langsam, aber stetig voran. Dafür schulden wir unseren Bauern in der Ostzone Dank. Trotzdem ist nicht zu

verhehlen, daß noch viele Schwierigkeiten zu beseitigen sind.

Mit der fortschreitenden Demokratisierung sind die kapitalistischen und nazistischen Überbleibsel auf dem Dorfe eingeeengt worden. Zum Teil befinden sich diese Überbleibsel in den Reihen unserer Großbauern. Ihre wirtschaftliche Vormachtstellung gibt ihnen die Möglichkeit, die wirtschaftlich Schwächeren — dies sind die Neu- und Kleinbauern — sich botmäßig zu machen. Die Ausnutzung dieser Machtpositionen durch Teile der Großbauernschaft geht aber so weit, daß sie manchmal an Sabotage grenzt. Ein solcher Zustand kann unter keinen Umständen geduldet werden.

Die im Zweijahrplan vorgesehene Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wird zumeist durch Erhöhung der Hektarerträge erreicht werden müssen. Von großer Bedeutung für die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft ist die ausreichende Produktion und Zuweisung von künstlichen Düngemitteln. Dringend benötigt werden mehr Phosphate und Kalk; bei diesen beiden Artikeln muß auf eine höhere Produktion edrängt werden.

Bei der Erweiterung unserer Hektarfläche an Ackerland ist möglichst darauf zu achten, daß nur geeignete Böden in Bearbeitung genommen werden. Für die durchzuführende Ertragssteigerung unserer Hektarerträge ist die rechtzeitige Aussaat von großer Wichtigkeit.

Bei der Veranlagung und Differenzierung müssen die Bauern unter allen Umständen mitwirken. Von ihrer Mitarbeit hängt die gerechte Belastung der Wirtschaft ab.

Auf den Bauernschulen, die in der Zone geschaffen sind, wird den Bauern in Lehrgängen das praktische und theoretische Wissen vermittelt. An den von der VdgB geschaffenen Versuchs- und Beispielringen sollen die Bauern lernen, wie sie ihren Acker zu Höchstserträgen bringen können. Mit der Übernahme der Wirtschaftsberatung durch die Bauernorganisationen wollen wir ein Netz fachlich befähigter Berater und Helfer für die ganze Zone schaffen. Durch Hineinnehmen der Erwerbsgärtner in die VdgB ist Vorsorge für eine weitere Belehrung unserer Neubauern auf dem Gebiete des Intensivkulturbauens getroffen worden. Wenn nun auch noch unsere agraromischen Wissenschaftler in den engsten Kontakt mit dem praktischen Bauernum gebracht werden, sind auf diesem Gebiet so ziemlich alle Voraussetzungen geschaffen, um das Gelingen des Zweijahrplanes im landwirtschaftlichen Sektor zu gewährleisten.

Unser Ziel ist die Durchführung des Zweijahrplanes und die damit verbundene bessere Ernährung unseres Volkes. Diese Aufgabe soll und muß unsere heiligste Pflicht sein!

I. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der sowjetischen Besatzungszone

Anläßlich der 9. Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission am Mittwoch, dem 1. Dezember 1948, referierte der stellvertretende Vorsitzende, Fritz

Selbmann, über die wirtschaftliche Entwicklung im sowjetischen Besatzungsgebiet seit dem Zusammenbruch. Er gab hierbei die folgenden Zahlen bekannt:

Entwicklung der Industrie-Produktion:

Steinkohle:		Braunkohle:	
1945	1,9 Mill. t	1945	83 Mill. t
1946	2,5 „ t	1946	106 „ t
1947	2,8 „ t	1947	102 „ t
1948	1. Halbjahr: 1,4 Mill. t	1948	1. Halbjahr: 55 Mill. t

Roheisen:		Rohstahl:		Walzstahl:	
1946	123 000 t	1945	611 t	1946	76 000 t
1947	131 500 t	1946	96 700 t	1947	92 000 t
1948	1. Halbjahr: 175 000 t	1947	107 700 t	1948	140 000 t
		1948	1. Halbjahr: 185 000 t		

Kupfererz:		Zellstoff:		Maschinenbauindustrie:	
1945	101 500 t	1945	83 000 t	1946	639 Mill. Mark
1946	283 800 t	1947	102 000 t	1947	815 Mill. Mark
1947	365 000 t	1948	120 000 t	1948	1. Quartal: 244 Mill. Mark
1948	515 000 t				

Werte der Erzeugung für 12 typische Industriezweige in den ersten 3 Quartalen des Jahres 1948:

1. Quartal	1 331 000 Mark
2. Quartal	1 469 000 „
3. Quartal	1 748 000 „

Energie-Leistungen:

1945	3 710 000 kWh
1946	11 137 000 „
1947	13 033 000 „
bis 27. November 1948	13 238 000 „

Versorgung der Bevölkerung mit Fertigwaren im 1. bis 3. Quartal 1948:

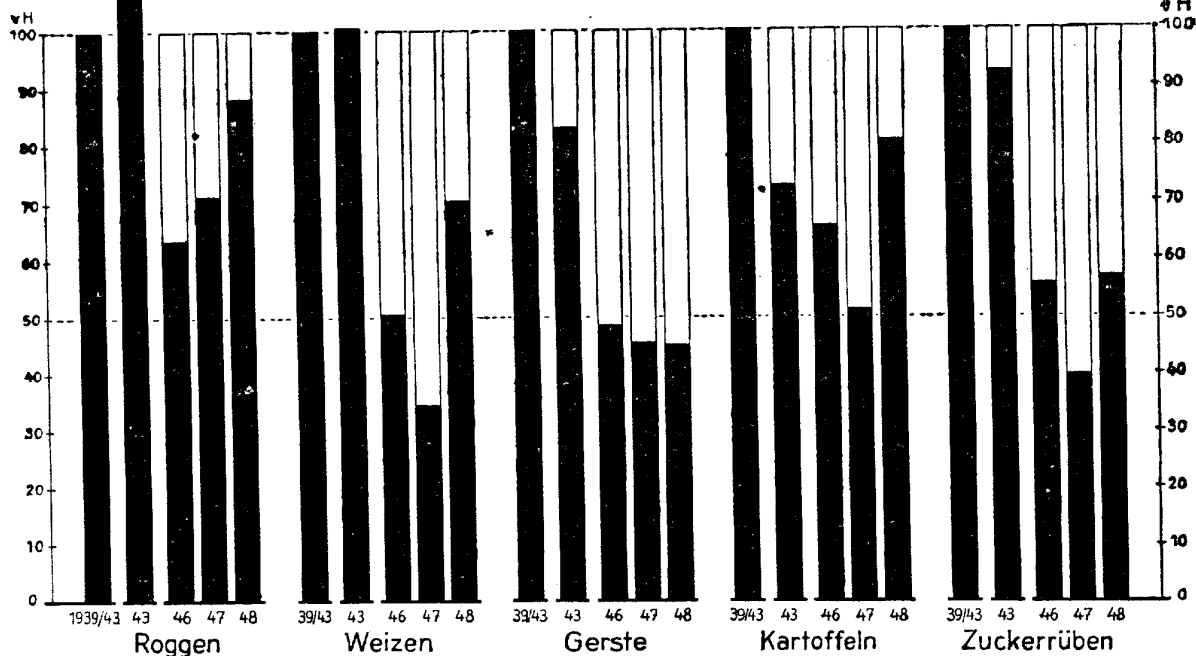
Gewebe	36 218 000 Meter
Untertrikotagen	6 994 000 „
Obertrikotagen	2 803 000 „
Strümpfe, Socken und Handschuhe	28 200 000 Paar
Lederschuhe	2 040 000 „
sonstige Schuhe	10 496 000 „

Im Verlauf seines Refrats stellte Fritz Selbmann fest: „Clay und seine Trabanten haben also nicht recht. Die Ostzonenwirtschaft geht nicht abwärts. Sie geht aufwärts, obwohl in erheblichem Maße Schwierigkeiten bestehen. Wir können hinsichtlich der Erfüllung des

Zweijahrsplans optimistisch sein. Um so mehr, als schon im wachsenden Maße Meldungen darüber einlaufen, daß Betriebe den Halbjahrsplan 1948 vorfristig erfüllt haben.“

Ernteerträge

in der sowjet. Besatzungszone
Jahresdurchschnitt 1939/43 - 100



Quelle: Nach Angaben des Statist. Jahrbuches u. Ernteergebnisse für die sowj. Besatzungszone für 1948: Erntevorschätzungen Ende Sept. 1948

Schaubild 1

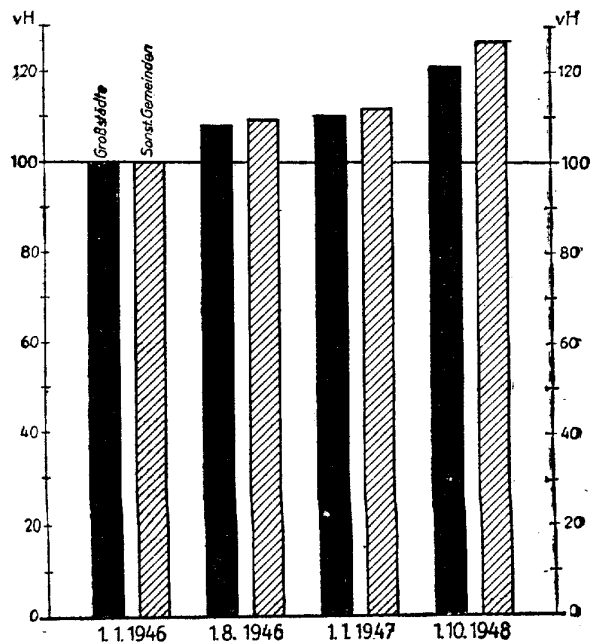
Schaubild 1

Trotz gewisser Engpässe in der Versorgung mit Mineraldünger ist es gelungen, bei so entscheidenden landwirtschaftlichen Produkten wie Roggen, Weizen, Kartoffeln und Zuckerrüben eine beachtliche Zunahme der Ernteerträge seit Kriegsende zu erreichen, die sich zum Teil wieder dem Friedensstand nähern.

Infolge der Dürre im Jahre 1947 trat ein gewisser Rückschlag ein, der jedoch im laufenden Jahre wieder aufgeholt werden konnte.

Tägliche Kaloriengehalte der Rationen in der SBZ (ohne Berlin)

in Durchschnitt aller Verbrauchergruppen
1.1.1946 = 100



Quelle: Nach Angaben der H.V. Handel u. Versorgung

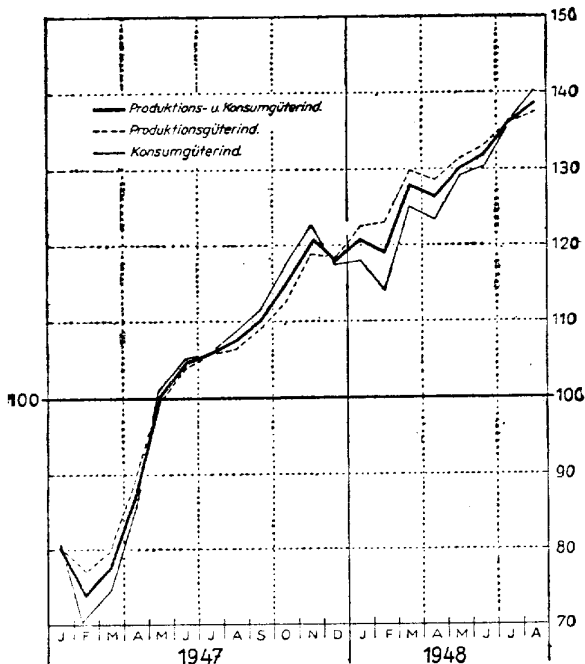
Schaubild 2

Schaubild 2

Dem Schaubild über die Entwicklung der Kaloriensätze der Lebensmittelzuteilungen liegen Durchschnittsberechnungen zugrunde, welche aus den einzelnen Versorgungsgruppen gewonnen wurden. In der Zeit vom Januar 1946 bis Oktober 1948 ergibt sich danach in den Orten, die der Kategorie I (Großstädte) angehören, eine Steigerung der Kaloriensätze um rund 21 v. H., während in den Gemeinden der Kategorie II mit etwa 27 v. H. ein noch höherer Satz im gleichen Zeitraum erreicht worden ist.

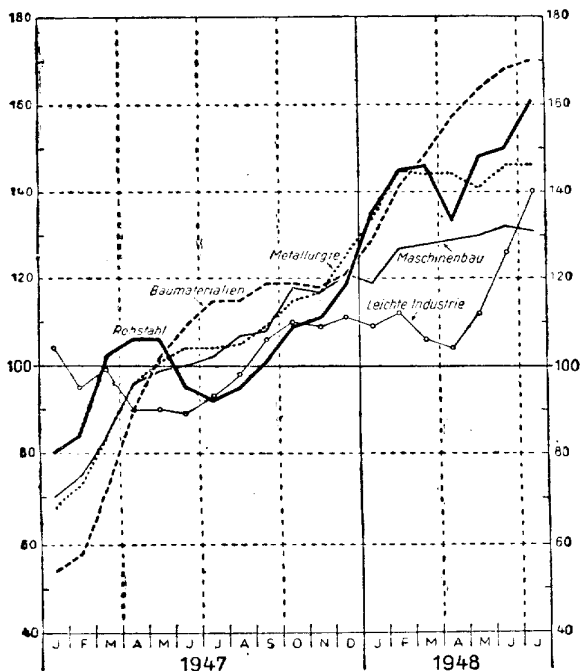
Eine weitere Verbesserung bringt außer den Maßnahmen, die Befehl 234 vorsieht, die Einfuhr von Nahrungsmitteln, an der die Oststaaten in erster Linie beteiligt sind. Aus diesen Gebieten sind im Verlaufe dieses Jahres größere Importe, besonders an Getreide und Fett, in die Zone eingeführt worden.

Produktions- u. Konsumgüterindustrien in der sowjet. Besatzungszone Jahresdurchschnitt 1947=100



Quelle: Nach Unterlagen der Industrieberichterstaltung, zusammengestellt im Statist. Zentralamt
Schaubild 3

Industrieproduktion nach Gewerbezweigen in der sowjet. Besatzungszone Jahresdurchschnitt 1947=100



Quelle: Nach Unterlagen der Industrieberichterstaltung, zusammengestellt im Statist. Zentralamt

Schaubild 4

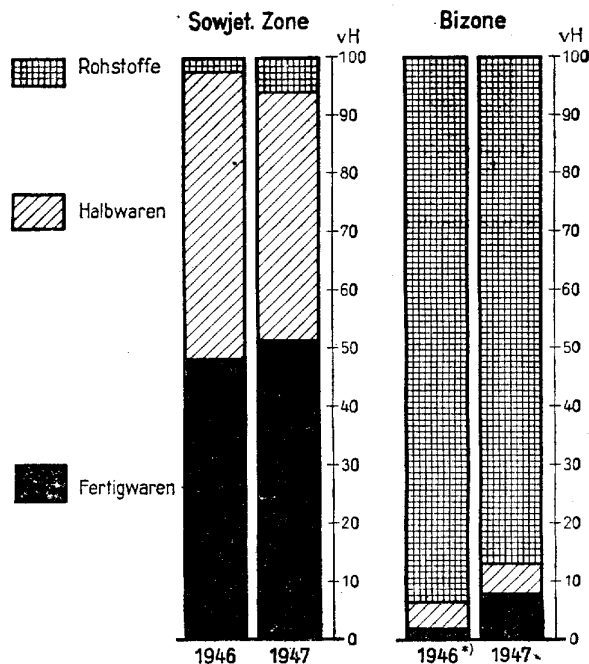
Schaubild 3

Die Entwicklung der Produktions- und Konsumgüterindustrien in den Jahren 1947 und 1948 — als wichtiger Gradmesser der industriellen Erzeugung — zeigt eine steil aufsteigende Tendenz, nachdem ein Tiefstand im ersten Quartal 1947, der mit vorübergehenden Versorgungsschwierigkeiten zusammenhing, überwunden war.

Schaubild 4

Dieses Schaubild stellt die Entwicklung von fünf Industriezweigen dar, denen der Zweijahrplan eine besondere Rolle zuweist. Entsprechend dem bereits im Schaubild 3 über die Gesamtproduktion beobachteten Tiefstand im ersten Teil des Jahres 1947, liegen auch die Produktionswerte fast aller hier untersuchter Gruppen im gleichen Zeitabschnitt noch niedrig. An der danach einsetzenden Aufwärtsbewegung nehmen Baumaterialien, Rohstahl und Metallurgie am stärksten teil; demgegenüber verlaufen die Kurven, die sich für den Maschinenbau und die Leichtindustrie ergeben, flacher. Erst vom Mai 1948 ab weist auch die Leichtindustrie, die bis dahin hinter den übrigen Gruppen zurückgeblieben war, eine betonte Steigerungstendenz auf.

Ausfuhr gewerblicher Güter



*) Unterlagen beziehen sich nur auf das Gebiet von Bayern, Hessen und Britische Zone
Quelle: Nach Außenhandelsstatistiken für die sowjetische Besatzungszone, Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany, Vol. II, Nr. 3 März 1947, III, Nr. 2 Februar 1948, III, Nr. 7 Juli 1948, Bayern in Zahlen, Heft 7/8 1948, Statistiken des Hessischen Statistischen Landesamtes 1946

Schaubild 5

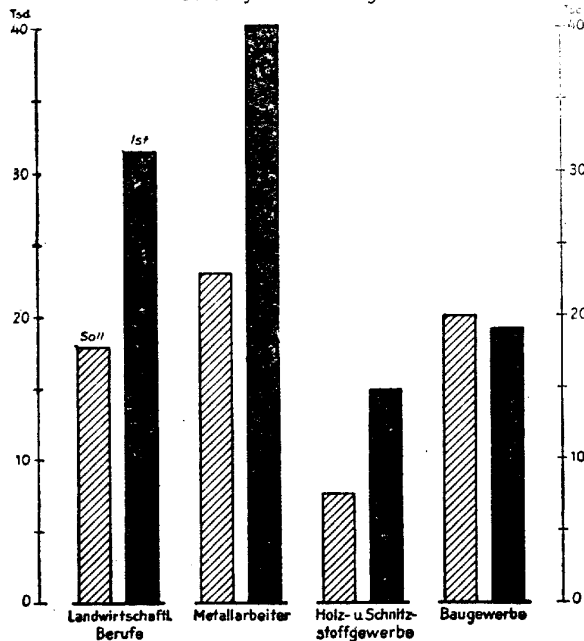
Schaubild 5

Der Export der Bizone ist, was seine Zusammensetzung betrifft, von der Normallage weit entfernt. Denn einer geringfügigen Ausfuhr an Fertig- und Halbwaren steht ein Export an Rohstoffen, vorwiegend Kohle und Holz gegenüber, der mit einem zwischen 86 und 94 v. H. schwankenden Satz eine beherrschende Stellung einnimmt.

Ein völlig anderes Strukturbild ergibt sich dagegen für die sowjetische Zone. Hier halten sich in den Jahren 1946 und 1947 Fertigwaren und Halbprodukte nahezu die Waage, während die Rohstoffausfuhr nur wenige Prozente vom Gesamtexport für gewerbliche Güter ausmacht.

Die Erfüllung des Nachwuchsplanes für männl. Arbeitskräfte 1947

in der sowjet. Besatzungszone



Quelle: Nach Angaben der H.V. Arbeit u. Sozialfürsorge

Schaubild 6

Aufgabe des Nachwuchsplanes 1947 war es, die Schülentlassen dieses Jahres sowie diejenigen des Jahres 1946, die noch keine Lehr- und Arbeitsstelle hatten, der Wirtschaft zuzuführen. Dabei war neben dem Bedarf für zu erweiternde oder neu zu errichtende Produktionsstätten besonders auch der Nachwuchsbedarf von Berufsgruppen mit überalterten Arbeitskräften in Rechnung zu stellen.

Nach Ablauf des Planjahres ergab sich, daß der Plan in seiner Gesamtheit erfüllt, zum Teil sogar das Soll wesentlich überschritten werden konnte. Das tritt besonders zu für die Sollzahlen des männlichen Nachwuchses in der für den Aufbau so wichtigen Metallindustrie, die um 90 v.H. übertroffen wurden. Auch für die Land- und Forstwirtschaft ergibt sich ein bedeutender Planüberschuß.

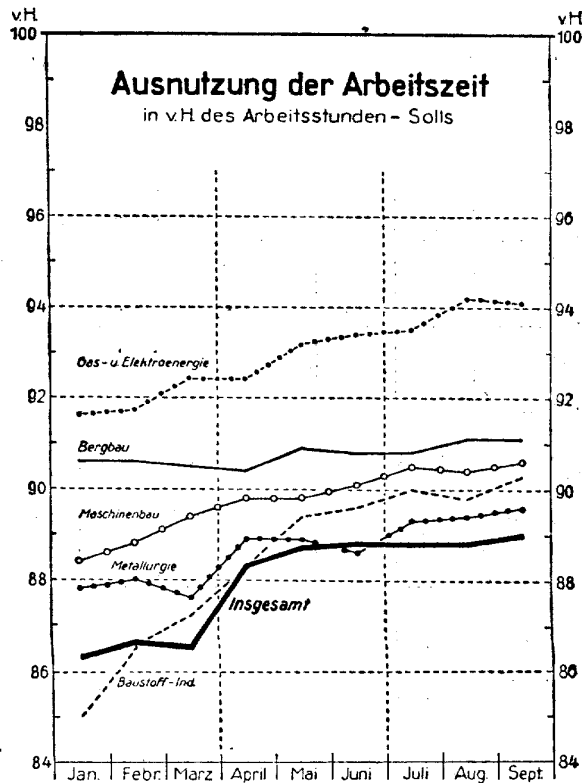
Auf den Erfahrungen des Nachwuchsplanes für 1947 baut der Plan für das laufende Jahr auf, der bereits weitgehend zur Erfüllung des Zweijahrplanes beitragen wird.

Schaubild 6

Schaubild 7

Eine Handhabe, die Ausnutzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Ist-Schichten unter Einschluß des tariflichen Urlaubs und der Fehlschichten infolge Krankheit und sonstiger Gründe zu ermitteln, bietet der Befehl 282 im Rahmen der Industrieberichterstattung. Prüft man einzelne Gewerbegruppen unter diesem Gesichtspunkt, so zeigt sich in der sowjetischen Besatzungszone im allgemeinen ein hoher Grad in der Ausnutzung der Arbeitszeit, am Arbeitszeitsoll gemessen: in dieser hohen Ausnutzung der Arbeitszeit findet die veränderte ideologische Einstellung zur Arbeit Ausdruck.

Die Gruppen Gas- und Elektroenergie, Bergbau, Maschinenbau und Metallurgie erreichen ein besonders hohes Niveau, während die Baustoffindustrie in den ersten beiden Monaten dieses Jahres noch einen vergleichsweise niedrigen Stand in der Ausnutzung der Arbeitszeit hatte.



Quelle: Nach Berichten gemäß Befehl 282, zusammengestellt im Statistischen Zentralamt

Schaubild 7

II. Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission

Anordnung über den Ankauf und die Verteilung von freien Spitzen (Übersollmengen) an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Gemüse

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 5. Mai 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

Zwecks Erweiterung der Ernährungsbasis, Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, Steigerung der industriellen Produktion und Verstärkung des Kampfes gegen die Spekulation in Lebensmitteln wird bestimmt:

1. Die Deutsche Wirtschaftskommission bildet einen Ausschuß „Freier Markt“, dem je ein Vertreter der Hauptverwaltungen Landwirtschaft und Handel und Versorgung, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), des Hauptsekretariats der Konsumgenossenschaften und der landwirtschaftlichen Genossenschaften angehört. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Arbeit der Landerausschüsse „Freier Markt“ zu koordinieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu lenken, im Benehmen mit den Landesauschüssen den erforderlichen Ausgleich bei der Verteilung der ankommenden Mengen vorzunehmen, die Berichte der Landesauschüsse auszuwerten sowie die Bereitstellung der erforderlichen Industriewaren zu veranlassen.

2. In jedem Land der sowjetischen Besatzungszone ist als Organ des Landesernährungsausschusses ein Landerausschuß „Freier Markt“ zu bilden. In diesem müssen die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband der Konsumgenossenschaften, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sowie die zuständigen Minister für Land- und Forstwirtschaft und Handel und Versorgung mit je einem Mitglied vertreten sein. Den Vorsitz im Ausschuß hat der Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Geschäftsführung der Vertreter des Verbandes der Konsumgenossenschaften.

Das Aufgabengebiet des Landerausschusses erstreckt sich auf die Organisation, Lenkung und Überwachung der „Freier-Markt“-Aktion sowie auf die Verteilung der freien Spitzen (Übersollmengen) im Landesmaßstab.

3. Entsprechend dem Aufbau des Landerausschusses ist für jeden Land- und Stadtkreis ein Kreisausschuß „Freier Markt“ zu bilden, wobei Stadtkreise mit Landkreisen einen gemeinsamen Kreisausschuß bilden können.

Beim Kreisausschuß liegt das Schwergewicht des Aufkaufs der freien Spitzen. Zu seiner Aufgabe gehören: Organisation und Durchführung des Aufkaufs, Verteilung im Kreismaßstab, Einrichtung des Melde- und Abrechnungswesens, Aufbau und Leitung von Ortsausschüssen sowie die propagandistische Bearbeitung des Kreises und die Bekämpfung des „Schwarzen Marktes“ mit Hilfe der demokratischen Organisationen und der Polizei.

Bei jedem Kreisausschuß wird vom Verband der Konsumgenossenschaften ein Stützpunkt eingerichtet, der hauptsächlich zu besetzen ist. Dieser ist für die technische Abwicklung der Gesamtarbeit verantwortlich. Die Unterhaltungskosten des Stützpunktes sind vom Verband der Konsumgenossenschaften anteilig auf die in der Erfassung tätigen Organisationen und zugelassenen Erfassungsfirmer umzuliegen.

4. In den ländlichen Gemeinden sind als Organe der Ernährungsausschüsse Ortsausschüsse zu bilden. Fehlen geeignete Kräfte für den Ortsausschuß, so ist vom Ernährungsausschuß eine für die Betreuung der „Freier Markt“-Aktion verantwortliche Person zu bestellen.

Hauptaufgabe der Ortsausschüsse ist die Unterstützung der Aufkäufer durch Herstellung des notwendigen Kontaktes mit den Erzeugern sowie Vorarbeit an der Feststellung der voraussichtlich zur Verfügung stehenden freien Spitzen.

5. Der Aufkauf der freien Spitzen erfolgt auf freiwilliger Grundlage durch die landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften oder durch von ihnen beauftragte Organe des Handels.

Der Aufkauf darf nur bei den Erzeugern vorgenommen werden, die eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde über die volle Erfüllung des Ablieferungssolls oder einen Befreiungsschein vorweisen können.

Die Landesregierungen haben zu veranlassen, daß besondere Firmen und Agenten im Auftrage der Genossenschaften die Erzeugerbetriebe aufsuchen, für den Aufkauf werben, möglichst Verträge abschließen und für den Transport ab Hof des Erzeugers sorgen.

Der Aufkauf der freien Spitzen ist vorzunehmen:

- gegen Barzahlung bis zum Dreifachen des festgesetzten Erzeugerpreises,
- gegen Zahlung des einfachen Preises mit Anspruch auf Lieferung von Industriewaren zu den jeweils geltenden Kleinhandelspreisen — jedoch nicht für Gemüse.

Die Hauptverwaltung für Finanzen hat im Haushalt für das laufende Quartal und die kommenden Quartale Ausgaben zur Auszahlung der Differenz zwischen den gültigen Erfassungspreisen und den in dieser Verordnung festgesetzten Ankaufspreisen an die Aufkaufgenossenschaften vorzusehen, ebenso die minimalen Auslagen für die Organisation der Aufkäufe.

Die Aufkäufer haben die Erzeuger über das Verhältnis der abgegebenen Produkte zur Ankaufsberechtigung der Industriewaren an Hand von Listen, die auch bei den Kreis- und Ortsausschüssen sowie in den Verkaufsstellen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften zum Aushang kommen, eingehend zu unterrichten und die Verkaufsstellen nachzuweisen.

6. Die aufgekauften freien Spitzen sollen in erster Linie den Werkkantin der Betriebe zugeführt werden, die nach Befehl Nr. 234 keine planmäßige zusätzliche Werkverpflegung erhalten. Die Verteilung erfolgt nach folgenden Dringlichkeitsstufen:

- Industriebetriebe, die ihr Produktionssoll erfüllt haben, ferner Betriebe des Transportwesens und Verkehrs (Reichsbahn, Reichspost usw.), wichtige Schulen und Lehrwerkstätten für den Betriebsnachwuchs.
- Sonstige wichtige Betriebe, Krankenhäuser, Heilstätten, Kinderheime und soziale Einrichtungen, wie Schulspeisung, zusätzliche Verpflegung für Lehrgangsteilnehmer.
- Klein- und Handwerksbetriebe, zusätzliche Verpflegung für Angestellte der öffentlichen Verwaltungen und der Dienststellen der demokratischen Organisationen.

Die erforderlichen Bedarfslisten werden von den Kreisverwaltungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in gemeinsamer Arbeit mit den Abteilungen Industrie, Arbeit und Sozialfürsorge und Gesundheitswesen aufgestellt, von den Kreisausschüssen „Freier Markt“ beschlossen und vom Landerausschuß „Freier Markt“ bestätigt.

Für die einzelnen Bedarfsgruppen sind von den Landesausschüssen landeseinheitlich differenzierte Tagesrationshöchstsätze je Belegschaftsmitglied festzusetzen.

7. Die notwendigen Industrieerzeugnisse sind von der Landesregierung planmäßig nach Weisungen der Deutschen Wirtschaftskommission zur Verfügung zu stellen. Bei den Industrieerzeugnissen handelt es sich hauptsächlich um landwirtschaftliche Geräte (Liste A), Textilien und Schuhwaren (Liste B), künstlichen Dünger (Liste C) usw. Diese Industrieerzeugnisse sind in den Verteilungsplänen als Sonderkontingent „Freier Markt“ bezeichnet. Die durchgeführte Warenbewegung ist in den monatlichen Abrechnungen nach Befehl Nr. 55/1945 gesondert auszuweisen. Die für die „Freier Markt“-Aktion vorgesehenen Industrieerzeugnisse dürfen ohne besondere Genehmigung aus den Betrieben für andere Zwecke nicht entnommen werden.

8. Der Verkäufer freier Spitzen erhält eine Aufkaufbescheinigung. Lautet diese nur auf den einfachen Erzeugerpreis, so berechtigt diese Bescheinigung zum Ankauf von Industriewaren zu den jeweils geltenden Kleinhandelspreisen und ist besonders zu kennzeichnen.

9. Der gesamte technische Ablauf des Aufkaufs durch die Genossenschaften oder ihre Beauftragten muß nach den Weisungen der Ausschüsse „Freier Markt“ über den Apparat des Verbandes der Konsumgenossenschaften abgewickelt werden, der hierfür in seiner Organisation eine Abteilung „Freier Markt“ einrichtet. Die Finanzierung dieser Abteilung erfolgt aus den verbleibenden Handelsspannen (Umlage der Unterhaltungskosten wie zu Ziffer 3).

Die bereitgestellten Industriewaren sind in den wichtigsten Aufkaufgebieten der Kreise und in Einzelagern unterzubringen, wozu die Läger der landwirtschaftlichen Genossenschaften und das ausgedehnte Verteilungsstellennetz der Konsumgenossenschaften heranzuziehen sind.

Die Industriewaren sind in den Verkaufsstellen getrennt nach allen übrigen Waren und ordnungsgemäß zu lagern. Die Aufkaufsbetriebe sind für etwaige Verluste verantwortlich.

10. Jeder vom Kreisausschuß mit dem Ankauf beauftragte Betrieb oder jede damit beauftragte Person muß vom Kreisausschuß eine Aufkaufserlaubnis erhalten, die vom zuständigen Amt für Handel und Versorgung gegenzuzeichnen ist. Die zugelassenen Aufkäufer sind beim Amt für Handel und Versorgung zu registrieren sowie der Polizei und den Ortsbürgermeistern bekanntzugeben.

11. Die Verkaufsbescheinigung ist vom Aufkäufer in dreifacher Anfertigung auszuschreiben (blockweise laufend numerieren). Das erste Exemplar erhält der Verkäufer (Erzeuger), das zweite der Kreisausschuß „Freier Markt“, das dritte verbleibt beim Aufkäufer.

Bei Einlösung der Verkaufsbescheinigung gegen Industriewaren füllt die Verkaufsstelle die Rückseite der Verkaufsbescheinigung aus und erhält nach Abgabe der Waren und nach Vollziehung der Unterschrift des Verkäufers (Erzeugers) über den Empfang der Waren die Verkaufsbeschränkung als Beleg für den Ausgang der Waren und behält die Abrechnung bei sich.

12. Innerhalb des Kreisausschußgebietes ist für jeden Transport von aufgekauften freien Spitzen gegen Vor-

lage der Verkaufsbescheinigung vom Kreisausschuß ein Warentransportbegleitschein auszustellen. Für jeden Kreisausfuhrtransport ist dieser Begleitschein vom Amt für Handel und Versorgung auszustellen und mit dem Sichtvermerk des Kreisausschusses „Freier Markt“ zu versehen. Die Warentransportbegleitscheine müssen von zwei Ausschußmitgliedern unterzeichnet sein, deren Namen der Kreis- bzw. Landespolizei bekanntzugeben sind.

In den Ländern, die den Warentransportbegleitschein noch nicht eingeführt haben, ist dieser durch den Lieferschein zu ersetzen, der jedoch im Falle des Kreisausfuhrtransportes durch eine Transportgenehmigung des Landesausschusses „Freier Markt“ ergänzt werden muß.

13. Die Kreisausschüsse haben eine einfache, aber einwandfreie Buchführung einzurichten, die jederzeit über Eingang und Verbleib eines jeden Warenpostens eine klare Übersicht vermitteln muß.

Die Preisgestaltung in der Abgabe der freien Spitzen darf bei Verrechnung der Handelsspannen und sonstigen Kostensätze Preisanordnungen nicht verletzen. Die Industriewaren sind zu den nach den Preisvorschriften geltenden Verbraucherpreisen zu verkaufen.

Über Aufkauf und Verteilung der freien Spitzen sowie über die Industriewarenbewegung sind monatliche Abrechnungen von den Kreisausschüssen zu erstellen. Ein Exemplar erhält der Landesausschuß „Freier Markt“, das zweite die Landesregierung (Handel und Versorgung) über den Rat des Kreises oder der kreisfreien Stadt (Amt für Handel und Versorgung), während das dritte beim Kreisausschuß verbleibt.

Die Landesregierungen (Handel und Versorgung) haben die kreisweisen Monatsabrechnungen zu einer Landesabrechnung zusammenzustellen und diese nach festgesetzten Terminen an die Deutsche Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Handel und Versorgung, Hauptabteilung Erfassung, einzureichen.

14. Die von den Ländern der sowjetischen Besatzungszone über den „Freien Markt“ erlassenen Bestimmungen, die der in diesem Beschluß getroffenen Regelung widersprechen, sind von den Landesregierungen aufzuheben.

15. Die Landesregierungen stellen diese Verordnung nach Maßgabe der in den Ländern geltenden Bestimmungen über die Durchführung der Wirtschaftsplanung bzw. der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten für den Bereich ihres Landes unter besonderen Strafschutz.

16. Instruktionen über die Durchführung dieses Beschlusses und die für das Abrechnungswesen notwendigen Formulare werden von der Deutschen Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Handel und Versorgung, herausgegeben.

17. Die Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses übernimmt die Deutsche Wirtschaftskommission.

Berlin, den 5. Mai 1948.

Rau	Steidle
Vorsitzender	Stell. Vorsitzender
der Deutschen Wirtschaftskommission	
für die sowjetische Besatzungszone	

Richtlinien für die Produktion im Jahre 1948

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

Um den zweckmäßigsten Einsatz der vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu sichern und hierdurch die Wirtschaftlichkeit und Arbeitsproduktivität zu erhöhen, um die sortengerechte Versorgung der Wirtschaft und Bevölkerung zu gewährleisten und die Qualität der erzeugten Waren zu steigern, sind bei der Erteilung der Produktionsauflagen und bei der Durchführung der Produktion nach-

stehende Richtlinien im Rahmen des bestätigten Planes für das Jahr 1948 zu beachten.

1. Produktionsauflagen für den Plan 1948

Die Produktionsauflagen sind unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Herstellungs- und Verwendungsverbote so zu präzisieren und spezifizieren, daß die Produktion nur noch in den Betrieben erfolgt, in denen die Waren in bester Qualität und mit wirtschaftlichem Aufwand hergestellt werden können. Dies bedeutet, daß die Produktion sortenmäßig auf solche Be-

triebe konzentriert wird, die ihren Produktionsmitteln und ihren fachlichen Kräften nach in der Lage sind, diese Waren in möglichst großen Stückzahlen und mit geringstem Werkstoffaufwand herzustellen. Dies bedeutet nicht eine Einschränkung der Produktion, sondern im allgemeinen — durch entsprechende Abstimmung der Produktionsprogramme — eine höhere Auslastung des Betriebes bei Erfüllung des für ihn vorgesehenen Produktionsprogrammes. Falls durch die auf diese Weise erzielte Erhöhung der Wirtschaftlichkeit Arbeitskräfte freiwerden, sind diese unter Beachtung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte planmäßig anderweitig einzusetzen.

Gleichzeitig mit der Erteilung der Produktionsauflagen sind die Sortimentspläne der Hauptverwaltungen durchzuführen.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß nur die Warensortimente produziert werden, für die erfahrungsgemäß der Bedarf am größten ist. Nur durch die genaue Spezifikation der Auflagen wird verhindert, daß die Betriebe die Herstellung der Warensorten bevorzugen, die durch Sonderausführung höheren Gewinn oder die dem Werk, weil sie sich gut für Kompensationen eignen, besondere Vorteile bringen.

Unter den veränderten Produktionsbedingungen lassen sich nicht alle Warensorten des normalen Bedarfs entsprechend dem StoppPreis fertigen. Wenn für solche Waren Preiserhöhungsanträge vorliegen, die preispolitisch gerechtfertigt sind, sollen die zuständigen Dienststellen ihre Erledigung beschleunigen, damit Warenstockungen vermieden werden.

2. Mustergenehmigungen

Um die Fertigung von Schunderzeugnissen und nicht lebensnotwendigen Waren zu unterbinden, dürfen die Betriebe nur solche Ge- und Verbrauchsgüter (Konsumwaren) herstellen, welche den Mustern entsprechen, die von der Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Stelle genehmigt worden sind. Ein Versäumnis dieser Art wird nach den geltenden Strafbestimmungen bestraft.

Die erteilten Mustergenehmigungen sind zu registrieren und den zuständigen Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission auf Anforderung listenmäßig zur Verfügung zu stellen.

3. Herstellungs- und Verwendungsverbote

Für die Herstellung bestimmter Waren (vorwiegend nicht lebensnotwendiger Gebrauchs- und Ausstattungsgegenstände) ist die Verwendung von

Eisen- und Nichteisen-Metallen,
Textilien,
Leder,
Holz,
Papier und Pappen,
Kunststoffen,
Glas und Keramik,
Zement,
Kaolin (geschlämmt),
Feldspat,
Stückkalk

verboten. Die hiervon betroffenen Waren werden in besonderen Anordnungen festgelegt.

Von diesen Beschränkungen können nur solche Produktionen ausgenommen werden, die nachgewiesenermaßen für den Export bestimmt sind. Für sie muß ausdrücklich eine Genehmigung durch die Landesregierung ausgesprochen werden. Dies gilt auch für die Herstellung von Exportmusterkollektionen. Werden solche Waren aus besonderen Gründen vom Ausland nicht abgenommen, so dürfen sie in der Zone nur mit Genehmigung der Landesregierung gewerbsmäßig vertrieben werden. Ausnahmegenehmigungen dürfen durch die Landesregierung ferner für solche Gegenstände ausgesprochen werden, für deren Herstellung

durch den Zonenausschuß für Kunsthandwerk und Kunstgewerbe ein Gütezeichen erteilt worden ist.

4. Materialeinsparung

Durch Vermeidung von Ausschußproduktion, durch Verbesserung der Produktionsmittel, durch sorgfältige Arbeitsvorbereitung muß jeder Arbeiter und Handwerker, jeder Meister und Techniker bestrebt sein, Material — und sei es auch in kleinsten Mengen — einzusparen oder Materialabfälle der Produktion von lebensnotwendigen Konsumwaren zuzuführen. Hierfür werden sich in erster Linie die betrieblichen und örtlichen Ausschüsse für Plankontrolle einsetzen.

5. Gütesicherung

a) Kennzeichnungspflicht

Alle Erzeugnisse müssen ab 1. August 1948 so gekennzeichnet sein, daß der Hersteller zweifelsfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung ist durch Stempel (Schlag- oder Gummistempel) oder als Schild oder Anhänger auszuführen. Von der Kennzeichnungspflicht sind vorerst ausgenommen:

- aa) alle Erzeugnisse der Industriezweige 01, 02, 09, 20, 21 und 22, sofern für sie die Kennzeichnung nicht bereits durch Sonderbestimmungen gefordert ist;
- bb) alle Kleinstwaren, wie Schrauben, Muttern, Stifte, Bijouteriewaren, deren Größe eine Kennzeichnung nicht zuläßt. Werden sie handelsüblich verpackt ausgeliefert, so ist der Hersteller auf der Verpackung zu kennzeichnen.

Ab 1. Oktober 1948 dürfen in der sowjetischen Besatzungszone nur Waren vertrieben werden, die entsprechend dem Vorhergesagten gekennzeichnet sind.

b) DIN-Normen

Der Herstellung aller Waren sind vordringlich jene DIN-Normen zugrunde zu legen, deren Nichtbeachtung den Gebrauchswert der Waren mindern oder die öffentliche Sicherheit gefährden würde.

c) VDE-Vorschriften

Für die Herstellung von elektrischen Geräten und Einrichtungen sind die Vorschriften des „Vorschriftenwerks Deutscher Elektrotechniker“ verbindlich. Die Beachtung der VDE-Regeln, -Leitsätze, Richtlinien und -Merkblätter wird dringend empfohlen.

d) Gütevorschriften

Die Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den produzierenden Betrieben und den Bedarfsträgern mehr als bisher Gütevorschriften neu auszuarbeiten bzw. vorhandene Gütevorschriften, die seinerzeit vom Deutschen Normenausschuß, vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen, von der Reichsbahn oder der Reichspost herausgegeben wurden, zu überarbeiten.

Diese Vorschriften sind dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zur Beschlußfassung vorzulegen.

6. Kontrolle

Die Landesregierungen und die Hauptverwaltungen kontrollieren in ihren Bereichen die Durchführung der für die Produktion 1948 vorgesehenen Maßnahmen.

Ihre Aufgabe wird es ferner sein, überall dort die Qualitätsprüfung der erzeugten Waren wieder einzuführen, wo dies früher der Fall war.

Die Gewerkschaften, die Volkskontrollorgane und die Betriebsräte kontrollieren ihrerseits, daß die angelieferten Rohstoffe und Fertigerzeugnisse vollständig in den Produktionsgang eingeführt werden, die hergestellten Erzeugnisse mengen-, qualitäts- und sortimentsmäßig den angelieferten Rohstoffen entsprechen, die Erzeugnisse ordnungsmäßig umgesetzt und ihre Verkaufspreise den Vorschriften entsprechend festgesetzt werden. Die Kontrolle hat sich auch auf den lückenlosen Nachweis der Verwendung von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen durch die Buchführung des Erzeuger- oder Handelsbetriebes zu erstrecken.

Aufgabe aller Abnehmer wie Industrie- und Handelskontore, Konsumgenossenschaften, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe usw. ist es, die Übernahme von Waren abzulehnen, die nicht den üblichen Qualitätsansprüchen und den Preisvorschriften genügen. Bei Abnahme von Waren minderer Qualität sind sie nicht oder nur teilweise auf die Planerfüllung anzurechnen und die Preise entsprechend herabzusetzen. Bei unbrauchbaren Waren ist Bestrafung nach den geltenden Strafbestimmungen und entschädigungslose Ein-

ziehung einzuleiten. Solche Fälle sind der Hauptverwaltung für Materialversorgung bei der Deutschen Wirtschaftskommission zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 23. Juni 1948.

Rau
Vorsitzender

Leuschner
Stellv. Vorsitzender

der Deutschen Wirtschaftskommission
für die sowjetische Besatzungszone

Beschluß über den Plan für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49

Um die deutsche Bevölkerung in Zukunft besser ernähren zu können, muß neben der Steigerung der Hektarerträge das Ziel der Landwirtschaft sein, den Umfang der Ackerfläche in der Zone wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen. Hierzu ist es notwendig, daß trotz der nicht zu verkennenden Schwierigkeiten sämtliche, besonders in den Ostkreisen der Zone immer noch vorhandenen unbauten Flächen unter Einsatz aller beteiligten Stellen schnellstens einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden und daß der vorfristigen Erfüllung der durch Befehl Nr. 162/1947 gegebenen Auflage zur Neulandgewinnung eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Deutsche Wirtschaftskommission ist davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieses Zieles nur mit Hilfe eines fortschrittlich entwickelten, den Bedürfnissen der Ernährung und der Landwirtschaft angepaßten Planes erreicht werden kann. Sie hat daher in ihrer Sitzung vom 24. Juni 1948 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49 werden folgende Pläne bestätigt:
 - a) der Anbauplan landwirtschaftlicher Kulturen für die Ernte 1949 der Länder der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (laut Anlage 1),
 - b) der Plan der auszusondernden Flächen für die Saatguterzeugung landwirtschaftlicher Kulturen für das Wirtschaftsjahr 1948/49 (laut Anlage 2),
 - c) der Plan zur Durchführung der Winterfurche im Herbst 1948 (laut Anlage 3).
2. Der Plan für die Neueinsaat von Klee und Luzerne 1948/49 (laut Anlage 4) wird den Landesregierungen zur Durchführung empfohlen.
3. Die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission hat den Plan der auszusondernden Flächen für die Saatguterzeugung landwirtschaftlicher Kulturen für das Wirtschaftsjahr 1948/49 nach Anbaukulturen und Anbaustufen für die Länder unter Hinzuziehung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe aufzuschlüsseln und die Aufschlüsselung bis

3. Juli 1948 dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zur Bestätigung vorzulegen.

4. Die Bekanntgabe des auferlegten Anbausolls der Winter- und Sommerkulturen sowie des Solls für die Durchführung der Winterfurche ist an die Kreise und kreisfreien Städte und von diesen an die Gemeinden und von den Gemeinden an die Bauern und anderen Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe bis spätestens 5. August 1948 vorzunehmen.
5. Die Ministerpräsidenten der Länder haben Anweisung zu erteilen, daß Flächen, die über das Anbausoll der einzelnen Kulturen und das Gesamtanbausoll hinaus bestellt werden, sowie der gesamte Zwischenfruchtanbau von der Pflichtabgabe befreit sind.
6. Tierische und motorische Zugkräfte der Landwirtschaft sind während der Herbstbestellung und während der Frühjahrsbestellung mindestens sechs Wochen vom Beginn der Feldbestellung an von der Holzabfuhr mit Ausnahme der Leistungen, die zur Erfüllung des Befehls Nr. 209/47 durchgeführt werden müssen, zu befreien. Der Zeitpunkt des Beginns der Befreiung von der Holzabfuhr wird jeweils von den Landwirtschaftsministerien der Länder bestimmt.
7. Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erläßt zu diesem Beschluß die entsprechenden Durchführungsbestimmungen.
8. Mit der Kontrolle der Durchführung dieses Beschlusses werden beauftragt:

in den Ländern: die Ministerpräsidenten,
für die gesamte sowjetische Besatzungszone:
das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission sowie der Leiter der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission.

Berlin, den 24. Juni 1948

Rau
Vorsitzender

Leuschner, Steidle
Stellv. Vorsitzende

der Deutschen Wirtschaftskommission
für die sowjetische Besatzungszone

Anordnung über die Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission bei der Deutschen Wirtschaftskommission, der Landes-Kontrollkommissionen bei den Landesregierungen und der Kontrollbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 1. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

I. Organisation

§ 1

Die Zentrale Kontrollkommission ist ein selbständiges Organ bei der Deutschen Wirtschaftskommission. Sie besteht aus neun Personen, die von dem Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission und dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern ernannt werden. Der Vorsitzende der Zentralen Kon-

trollkommission und dessen Stellvertreter bedürfen der Bestätigung des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission.

§ 2

Die Landes-Kontrollkommissionen bestehen aus je fünf Personen. Die Mitglieder der Landes-Kontrollkommissionen werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern und nach Verständigung mit dem Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission von den Landesregierungen ernannt und bedürfen der Bestätigung des Vorsitzenden

der Deutschen Wirtschaftskommission und des Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern.

§ 3

Alle wichtigen personellen und sachlichen Fragen hinsichtlich der Kontrollkommissionen bedürfen der vorübergehenden Vereinbarung zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission und dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern. Der Vorsitzende der Zentralen Kontrollkommission ist Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission und nimmt an den Sitzungen des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission beratend teil. Der Vorsitzende der Landes-Kontrollkommissionen hat das Recht, an den Kabinettsitzungen beratend teilzunehmen.

§ 4

An der Spitze sowohl der Zentralen Kontrollkommission als auch der Landeskommissionen steht je ein Vorsitzender, der einen Stellvertreter hat.

§ 5

Die Zentrale Kontrollkommission bearbeitet in erster Linie solche Angelegenheiten, die von zentraler Bedeutung sind oder deren Umfang den Bereich eines Landes überschreiten. Sie hat außerdem das Recht, Aufgaben, die zur Zuständigkeit der Landes-Kontrollkommissionen gehören, an sich zu ziehen.

§ 6

(1) Die Landes-Kontrollkommissionen unterstehen der Zentralen Kontrollkommission und dem Ministerpräsidenten des Landes.

(2) Die Landes-Kontrollkommission bearbeitet die Aufgaben in ihrem Land. Die Zentrale Kontrollkommission hat jedoch das Recht, im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Mitglieder einer Landes-Kontrollkommission als Beauftragte der Zentralen Kontrollkommissionen vorübergehend in einem anderen Lande einzusetzen, wenn besondere Umstände dies erforderlich machen.

§ 7

(1) Die Vertretung der Landes-Kontrollkommissionen in den Kreisen bzw. in den kreisfreien Städten erfolgt durch einen Kontrollbeauftragten.

(2) Dieser Kontrollbeauftragte wird durch den Rat des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt im Einvernehmen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ernannt und bedarf der Bestätigung durch den Vorsitzenden der Landes-Kontrollkommission. Der Kreis-Kontrollbeauftragte hat das Recht, an den Sitzungen des Rates des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt beratend teilzunehmen.

§ 8

Die Kontrollkommissionen und die Kontrollbeauftragten stützen sich in Durchführung ihrer Aufgaben auf die Volkskontrollausschüsse und auf die Kontroll-einrichtungen der Verwaltungen.

II. Aufgaben

§ 9

Die Zentrale Kontrollkommission und die Landes-Kontrollkommissionen haben vor allem folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sicherung der Durchführung der Wirtschaftspläne, insbesondere Kontrolle der Einhaltung der Plan-disziplin in der Produktion und in der Verteilung.
- Beseitigung des Bürokratismus in Wirtschaft und Verwaltung.
- Aufdeckung wirtschaftsschädigender, ungesetzlicher Handlungen, insbesondere wirtschaftlicher Sabotage, Spekulation, Schiebertum und unzulässiger Kompensationsgeschäfte.
- Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen legen in Auswertung der Kontrollergebnisse den zuständigen Stellen Vor-schläge für Arbeitsverbesserungen und Einsparungen

in Wirtschaft und Verwaltung und für Herstellung einer besseren Verbindung mit der Bevölkerung vor.

- e) Die Volkskontrollausschüsse üben ihre Tätigkeit aus im Sinne der Aufgaben, wie sie unter a) bis d) festgelegt sind.

III. Vollmachten

§ 10

Die Zentrale Kontrollkommission und die Landes-Kontrollkommissionen haben das Recht, zwecks Auf-deckung ungesetzlicher Handlungen Untersuchungen durchzuführen und Verwaltungsangestellte, bei denen ein begründeter Verdacht ungesetzlicher Handlungen vorliegt, bis zur endgültigen Klärung durch die zu-ständigen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden zur Disposition zu stellen.

§ 11

(1) Alle in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft verant-wortlich tätigen Organe und Personen sind verpflichtet, der Zentralen Kontrollkommission, der zuständigen Landes-Kontrollkommission wirtschaftsschädigende Vor-gänge mitzuteilen, auf Anforderung die zur Unter-suchung notwendigen Unterlagen zugänglich zu machen und über getroffene Maßnahmen zu berichten.

(2) Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen können Angestellte von ihrer Amtsverschwiegenheit entbinden, wenn es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist.

§ 12

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen sind verpflichtet, den Verwal-tungen, der Polizei und Gerichten Material und Hin-weise über die von ihnen festgestellten wirtschafts-schädigenden Vorgänge zur Verfügung zu stellen.

§ 13

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen haben das Recht, falls begrün-deter Verdacht strafbarer Handlungen vorliegt, die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherstellen zu lassen.

§ 14

Die Zentrale Kontrollkommission sowie die Landes-Kontrollkommissionen sind berechtigt, die Strafver-folgung zu veranlassen sowie Bericht über die jeweils getroffenen Maßnahmen sowohl von den Organen der Verwaltung als auch von denen der Justiz zu verlangen.

§ 15

Für Beschwerden über die Tätigkeit von Mitgliedern der Zentralen Kontrollkommission sind der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission und der Präsi-dent der Deutschen Verwaltung des Innern zuständig.

§ 16

Für Beschwerden über die Tätigkeit von Mitgliedern der Landes-Kontrollkommissionen sind der Vor-sitzende der Zentralen Kontrollkommission und der Ministerpräsident des Landes zuständig.

§ 17

Über die Vollmachten für die Kreis-Kontrollbeauf-tragten werden besondere Ausführungsbestimmungen erlassen.

IV. Schlußbestimmung

§ 18

Die Anordnung über die Bildung von Kontroll-kommissionen bei der Deutschen Wirtschaftskommission und in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone vom 15. Juni 1948 (ZVOB. S. 240) tritt außer Kraft.

Berlin, den 1. September 1948.

Rau
Vorsitzender
Lampka
Leiter des Sekretariats
Lange
Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission
der Deutschen Wirtschaftskommission
für die sowjetische Besatzungszone

Anordnung über die Errichtung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Anmeldestelle im Büro für Erfindungswesen

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat in seiner Sitzung vom 15. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

§ 1

(1) Bei der Deutschen Wirtschaftskommission wird im Büro für Erfindungswesen eine Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldestelle mit der Anschrift Berlin W 8, Leipziger Straße 5/7, eingerichtet. Bei ihr können Erfindungen und Warenzeichen zur späteren Erteilung eines Patents bzw. Eintragung eines Gebrauchsmusters oder Warenzeichens angemeldet werden.

(2) Die Anmeldungen können von jedermann, ohne Rücksicht auf seinen Wohnsitz oder Sitz und seine Staatsangehörigkeit vorgenommen werden.

§ 2

Die Anmeldung gemäß § 1 verleiht ihr die Priorität vor späteren Anmeldungen. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Eingangs der Anmeldung bei der Anmeldestelle. Wird eine Erfindung dem Planungsausschuß eines Wirtschaftsbetriebes in der sowjetischen Besatzungszone offenbart, so wird darüber eine von mindestens drei Mitgliedern des Planungsausschusses unterzeichnete, den Erfinder, die Erfindung und den Zeitpunkt der Offenbarung feststellende Urkunde aufgenommen. Die Urkunde ist der Anmeldestelle innerhalb dreier Monate nach der Offenbarung einzureichen und gilt als Anmeldung durch den Erfinder zu dem in der Urkunde festgestellten Zeitpunkt der Offenbarung.

§ 3

Die bei der Deutschen Wirtschaftskommission vor dem Inkrafttreten dieser Anordnung eingegangenen

Anmeldungen gelten als gleichzeitig am Tage des Inkrafttretens eingegangen. Weist der Anmelder nach, daß er seine Erfindung vor Inkrafttreten dieser Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vollständig offenbart hat, so gilt der Tag der Offenbarung als Zeitpunkt der Anmeldung.

§ 4

Der Anmelder erhält nach erfolgter Registrierung eine Bestätigung der Anmeldung.

§ 5

(1) Wer von der Anmeldung oder ihrem Inhalt dienstlich Kenntnis erhält, ist gegenüber jedermann zur Geheimhaltung verpflichtet.

(2) Wer dieser Verpflichtung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

§ 6

(1) Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission trifft die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Bestimmungen.

(2) Eine Neuregelung des Patentanwaltswesens bleibt vorbehalten.

§ 7

Die Anordnung tritt mit ihrer Verkündung im Zentralverordnungsblatt in Kraft.

Berlin, den 15. September 1948

Rau Vorsitzender	Handke Mitgl. des Sekretariats
der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone	

Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagwesens

Für die Demokratisierung und Entwicklung der Friedenswirtschaft ist die Förderung und Lenkung des betrieblichen Vorschlagwesens und des Erfindungswesens von großer Bedeutung. Die Mobilisierung des Erfindergeistes und die wirtschaftliche Nutzbarmachung geeigneter Verbesserungsvorschläge unter Sicherung des materiellen Anteils des Urheberers wird mithelfen, die Lebenslage des deutschen Volkes zu verbessern.

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat zu diesem Zweck in seiner Sitzung vom 13. September 1948 nachstehende Anordnung beschlossen:

§ 1

Zuständigkeit und Sitz des Büros für Erfindungswesen

Für alle Fragen des Vorschlag- und Erfindungswesens in der sowjetischen Besatzungszone ist das Büro für Erfindungswesen der Deutschen Wirtschaftskommission zuständig. Es hat seinen Sitz in Berlin W 8, Leipziger Straße 5/7.

Durchführungsorgane und ihre Aufgaben

§ 2

Die in den Betrieben gebildeten Betriebsplanungsausschüsse übernehmen die Förderung des Betriebs-erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagwesens.

§ 3

In Betrieben, in denen keine Betriebsplanungsausschüsse bestehen, übernimmt die Funktion des Planungsausschusses hinsichtlich des Vorschlagwesens eine von der gewerkschaftlichen Betriebsgruppenleitung in Zusammenhang mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu bestimmende oder zu bildende Betriebskommission.

§ 4

Im Rahmen der innerbetrieblichen Planung haben die Betriebsplanungsausschüsse das Augenmerk der

Aktivisten auf die Verbesserung der Produktionsmethoden, die bessere Ausnutzung von Material, Roh- und Hilfsstoffen und auf die konstruktive und technische Verbesserung der Werkzeuge zu lenken und hierfür konkrete Aufgaben zu stellen.

§ 5

(1) Die auf Grund solcher Anregung oder aus eigener Initiative einlaufenden Vorschläge haben die Betriebsplanungsausschüsse auf ihre praktische Bedeutung für den Betrieb und ihre Durchführbarkeit zu prüfen und ihre Verwertung zu veranlassen. Für jeden Vorgang ist ein Protokoll über die Prüfung auszufertigen, das von mindestens drei Mitgliedern des Planungsausschusses zu unterschreiben ist und ausreichende Angaben über den Urheber, den Verbesserungsvorschlag sowie den Zeitpunkt der Offenbarung enthalten muß. Ferner müssen die Anmeldeunterlagen beigelegt sein.

(2) Eine Zweitschrift des Protokolls mit einem Doppel der Anmeldeunterlagen sind unverzüglich an das Büro für Erfindungswesen einzusenden. Sie dienen als Unterlagen für einen etwaigen Prioritätsanspruch.

§ 6

(1) Ergibt sich bei der Prüfung oder praktischen Verwertung eines Vorschlags, daß dieser über den Betrieb hinaus Bedeutung hat, so ist der Vorschlag

bei einem zonal verwalteten volkseigenen Betrieb an die zuständige Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB)Z,
bei einem volkseigenen Betrieb des Landes an die zuständige Vereinigung volkseigener Betriebe des Landes (VVB)L
und bei einem Privatbetrieb an das für diesen Betrieb fachlich zuständige Referat oder eine dafür besonders errichtete Stelle in der Abteilung Industrie des Ministeriums für Wirtschaft weiterzuleiten.

(2) Diese Stellen veranlassen für ihren Bereich die Verwertung der auf Ausführbarkeit geprüften Verbesserungsvorschläge und sind verpflichtet, dem Büro für Erfindungswesen davon Mitteilung zu machen. Sie übernehmen gleichzeitig die Verpflichtung, die Entlohnung im Rahmen der in den Durchführungsbestimmungen ergangenen Richtlinien zu veranlassen und die getroffenen Maßnahmen zu kontrollieren.

§ 7

(1) Für Betriebe, die nicht der Industrie angehören, übernehmen die Funktionen nach den §§ 5 und 6 die Verwaltungsdienststellen, die je nach Sachlage für ihren Bereich in Frage kommen.

(2) Ergibt sich ferner bei der Prüfung nach § 5, § 6 oder § 7 Abs. 1, daß der offenbarte Vorschlag wahrscheinlich als eine patentfähige Erfindung anzusehen ist, so sind die prüfenden Stellen verpflichtet, dem Urheber anheimzustellen, diesen Verbesserungsvorschlag zwecks Registrierung für eine spätere Patenterteilung unter Einhaltung der Anmeldebestimmungen für Patentanmeldungen dem Büro für Erfindungswesen — Patentannahmestelle — einzureichen.

(3) Sie sind in diesem Fall ferner verpflichtet, die ursprünglichen Unterlagen des Vorschlags dem Büro für Erfindungswesen einzureichen.

§ 8

Freie Verbesserungsvorschläge und patentfähige Erfindungen

(1) Dem Urheber eines Verbesserungsvorschlags oder einer Erfindung ist es freigestellt, seinen Vorschlag oder seine Erfindung dem Büro für Erfindungswesen unmittelbar zu offenbaren.

(2) Diese und die nach § 7 dem Büro für Erfindungswesen eingereichten Vorschläge werden nach Prüfung den im § 5 oder im § 6 genannten Stellen zur Verwertung zugeleitet.

(3) Bei Patentanträgen wird nur der Anmeldetag registriert.

Entlohnung

§ 9

(1) Der Urheber eines auf Durchführbarkeit anerkannten (Prüfungsprotokoll) Verbesserungsvorschlags, dessen Verwertung veranlaßt ist, hat ein Recht auf angemessene Entlohnung.

(2) Die Entlohnung ist von dem Verwerter des Verbesserungsvorschlags zu zahlen.

Befehl Nr. 183 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung über die Erhöhung der Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. November 1948

Die demokratische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands macht es erforderlich, daß die Verbindungen der deutschen Zonenverwaltungsorgane mit der Bevölkerung verbessert werden. Dies soll dazu beitragen, daß sich die Arbeit der Verwaltungsorgane verbessert und daß sich die Aktivität der Bevölkerung zum Zwecke der Verwirklichung der Wirtschaftspläne für die sowjetische Besatzungszone und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung weiter verstärkt.

Hiervon ausgehend und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Deutschen Wirtschaftskommission vom 24. Oktober 1948 sowie der Vorschläge der demokratischen Parteien und Organisationen betreffs der Reorganisation der Deutschen Wirtschaftskommission durch die Schaffung einer umfassenden Vertretung des Volkes in ihr

befehle ich:

1. Die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission ist von 36 auf 101 Mitglieder zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß die Mehrzahl der Mitglieder gewählte Vertreter der Bevölkerung der Länder sowie Vertreter der demokratischen Parteien und der sonstigen Organisationen der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone umfaßt.

§ 10

Die Höhe der zu zahlenden Entlohnung oder Prämie für einen Verbesserungsvorschlag setzt der Betriebsplanungsausschuß oder die an seine Stelle tretende Kommission unter Berücksichtigung des materiellen oder ideellen Nutzens, den der Vorschlag für den Betrieb hat, nach den in den Durchführungsbestimmungen aufgezeigten Richtlinien fest.

§ 11

Erfolgt die Ausnutzung eines Verbesserungsvorschlags in größerem Rahmen, wird die Entlohnung in Zusammenarbeit mit der zuständigen Vereinigung volkeigener Betriebe oder den zuständigen Stellen der Wirtschaftsverwaltung nach den in den Durchführungsbestimmungen aufgezeigten Richtlinien vorgenommen.

§ 12

Verbesserungsvorschläge, welche von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, werden in freier Vereinbarung mit dem Urheber entlohnt. Diese Feststellung trifft das Büro für Erfindungswesen und vermerkt sie auf dem Prüfbescheid.

§ 13

Streitfälle

In allen Streitigkeiten, welche aus der Verwertung oder volkswirtschaftlichen Nutzung eines Verbesserungsvorschlags oder einer Erfindung oder im Zusammenhang mit deren Entlohnung entstehen, entscheidet, sofern, in den Durchführungsbestimmungen nichts anderes bestimmt ist, das Büro für Erfindungswesen oder eine vom Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission einzusetzende Schiedsstelle.

§ 14

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission erläßt die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Bestimmungen.

Berlin, den 15. September 1948

Rau	Handke
Vorsitzender	Mitgl. des Sekretariats
der Deutschen Wirtschaftskommission	
für die sowjetische Besatzungszone	

2. Dementsprechend ist die Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission folgendermaßen festzusetzen:

a) 48 Vertreter der Bevölkerung der Länder der sowjetischen Besatzungszone, die von den Landtagen nach der Norm zu wählen sind: ein Vertreter für je 360 000 Einwohner, und zwar:

- 15 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen,
- 12 Vertreter der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt,
- 8 Vertreter der Bevölkerung von Thüringen,
- 7 Vertreter der Bevölkerung von Brandenburg,
- 6 Vertreter der Bevölkerung von Mecklenburg.

b) 15 Vertreter der deutschen demokratischen Parteien, und zwar je 3 Vertreter jeder Partei: für die Sozialistische Einheitspartei 3, für die Christlich-Demokratische Union 3, für die Liberal-Demokratische Partei 3, für die Demokratische Bauernpartei 3 und für die National-Demokratische Partei 3.

c) 10 Vertreter der demokratischen Massenorganisationen der Werktätigen, und zwar: für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund 3, für die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 2, für die Freie Deutsche Jugend 1, für den Demokratischen Frauenbund 1, für den Kulturbund 1, für die Genossenschaften 2.

d) Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission, der Vorsitzende der Zentralen

Kontrollkommission, die Leiter der entsprechenden Deutschen Hauptverwaltungen sowie der Vorsitzende des Ausschusses zum Schutz der Volksvermögen bei der Deutschen Wirtschaftskommission.

3. Die neue Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission ist drei Wochen nach Erlass dieses Befehls abzuschließen.

4. Dem Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission ist das Recht zu gewähren, nötigenfalls neue Mitglieder zu kooperieren.

5. Die Frage des Verhältnisses der Deutschen Wirtschaftskommission und der Groß-Berliner Verwaltungsorgane ist der Deutschen Wirtschaftskommission zur Prüfung zu unterbreiten.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion W. S. Sokolowski

Der Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Generalleutnant G. Lukjantschenko

III. Entschlüsse des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrats

Entschluß des Wirtschaftsausschusses über die Auswirkungen des Marshall-Planes vom 5. Mai 1948

Das Bedürfnis der Vereinigten Staaten, eine durch den zweiten Weltkrieg gewaltig gesteigerte wirtschaftliche Kapazität in die normale Friedenswirtschaft hinüberzunehmen, zwingt sie zu einer bedeutenden Erweiterung ihrer Absatzmärkte. Diese Steigerung findet ihren Ausdruck insbesondere in dem Exportüberschuß von 22 Milliarden Dollar in den letzten drei Jahren.

Hierin liegt auch der Schlüssel zum Verständnis des Marshall-Planes und der bestehenden Welthandelskrise. Würden die USA diese Ausweitung des von ihnen beherrschten Wirtschaftsraumes unterlassen, so würde eine weitere Verschärfung der bereits bestehenden Krisis eintreten. Ihre sichtbarste Folge wäre eine riesige Arbeitslosigkeit in den USA. Es liegt auf der Hand, daß sowohl die wirtschaftlichen wie auch politischen Interessen der vom Marshall-Plan erfaßten Länder dem Streben der USA nach wirtschaftlicher Macht-ergreifung untergeordnet und dienstbar gemacht werden. Die USA versuchen durch den Marshall-Plan — wenigstens für eine beschränkte Zeit — eine krisenhafte Entwicklung innerhalb der eigenen Wirtschaft zu verhindern.

Kredite sind unter normalen Verhältnissen wirtschaftlich notwendig und vertretbar, sofern ihre Gewährung nicht an politische Bedingungen geknüpft ist. Die Methode des Marshall-Planes muß aber unweigerlich zu politischen Bedingungen führen, die sich auch für die beteiligten Länder — auf die Dauer gesehen — als eine Beeinträchtigung ihrer ökonomischen und nationalen Souveränität auswirken müssen. Es erscheint erstaunlich, daß Westdeutschland sehr hohe Kredite für Lebensmittel in Anspruch nehmen muß angesichts der Tatsache, daß die landwirtschaftlich nutzbare Anbaufläche im Westen pro Kopf der Bevölkerung fast die gleiche ist wie im Osten. Diese Tatsache zeigt, daß das System der Erfassung der anfallenden Lebensmittel offenkundig unzulänglich ist und die normale Versorgung der Bevölkerung auch im eingeschränkten Rahmen nicht zu decken vermag. Es müssen die Vorschläge der Bizonenverwaltung abgelehnt werden, die eine gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen vorsehen, während die traditionellen Exportgüter nur einen geringen Teil der Gesamtausfuhr betragen. Deutschland ist das Land der Veredelung und der Fertigwarenerzeugung. Der hohe Anteil von Fertigwaren an der Einfuhr entspricht deshalb nicht der organisch gewachsenen Struktur der deutschen Wirtschaft. Auch diese Tatsache läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß das Schwergewicht der Marshall-Plan-Hilfe bei der Ausfuhr solcher amerikanischen Güter liegt, die der Sicherung der übersteigerten Kapazität der amerikanischen Wirtschaft dienen. Selbst Erzeugnisse der verarbeitenden Schwerindustrie sind in einem der bisherigen deutschen Wirtschaftsentwicklung widersprechenden Umfang für die Einfuhr vorgesehen. Deutschland muß aber arbeitsintensive Güter, nicht Rohstoffe, ausführen, wenn es leben will. Selbst wenn man der Meinung wäre, daß der Marshall-Plan in seiner Auswirkung zunächst zu einer Verbesserung der Lebenshaltung führen kann, darf dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Plan auf weite Sicht gesehen zwangsläufig nicht zu einer Gesundung, sondern zu einer verhängnisvollen Deformierung der westdeutschen Wirtschaft führen wird.

Darüber hinaus lassen die vorliegenden Pläne erkennen, daß die USA die westdeutsche Wirtschaft, insbesondere das Ruhrgebiet, nicht den Zwecken des europäischen Aufbauprogramms, sondern dem Ziele eindseitiger Kriegsvorbereitungen dienstbar machen wollen. Damit aber wird der Marshall-Plan zu einem Mittel der imperialistischen Politik der USA. Eine Gesundung der deutschen Wirtschaft ist aber nur möglich, wenn die Zonengrenzen fallen und die organisch zusammengehörenden Teile sich wieder zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammenfügen.

Entschluß des Wirtschaftsausschusses zum 2. Halbjahrplan 1948 vom 24. Juni 1948

Der Wirtschaftsausschuß stellt mit Empörung fest, daß infolge der Spaltungspolitik der Frankfurter de-facto-Regierung eine Wirtschaftsplanung für ganz Deutschland unmöglich gemacht worden ist. Eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik auf demokratischer Grundlage wird erst möglich sein, wenn die Spalter in Westdeutschland aus ihren Machtpositionen entfernt sind und der Kampf um die politische Einheit Deutschlands zum Erfolg geführt hat. Bis dahin ist es darum die Aufgabe der Deutschen Wirtschaftskommission, der Verwaltungen und aller demokratischen Kräfte, durch eine vorbildliche demokratische Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone das Beispiel für den Wiederaufbau der Wirtschaft in ganz Deutschland zu geben.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats sieht im Plan für das 2. Halbjahr 1948 einen großen Fortschritt. Die im Plan enthaltenen Grundsätze der Wirtschaftspolitik entsprechen der Entschluß des Volkskongresses über den demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Der Plan wurde von deutschen Organen ausgearbeitet und die deutschen Verwaltungsorgane und demokratischen Kräfte tragen die volle Verantwortung für seine Durchführung. In dem in Verbindung mit dem Produktionsplan festgelegten Verteilungsplan, der feste Werte für die Reparationslieferungen enthält, wird gesichert, daß die Mehrproduktion dem deutschen Wirtschaftsaufbau und der deutschen Bevölkerung zugute kommt.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrats ersucht alle Volksausschüsse und die gesamte schaffende Bevölkerung, alle Kraft für die Erfüllung des Planes einzusetzen. Im Plan sind die Grundaufgaben bestimmt.

Die Realisierung des Planes ist jedoch abhängig von der Plandisziplin aller Schaffenden, von der Ausnutzung aller wirtschaftlichen Reserven und vor allem von der Entschlossenheit des schaffenden Volkes, die Produktion zu steigern und die Qualität der Arbeit zu erhöhen. Nur durch gemeinsame höhere Arbeitsleistung ist es möglich, die Folgen des Krieges zu überwinden und die Lage des schaffenden Volkes zu verbessern.

Die erfolgreiche Durchführung des Planes schafft das Beispiel einer fortschrittlichen demokratischen Wirtschaftspolitik und ist deshalb ein bedeutsamer Beitrag, die Bevölkerung Westdeutschlands von der Notwendigkeit des demokratischen Kampfes um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu überzeugen.

Entschiebung des Wirtschaftsausschusses zur separaten Währungsreform vom 24. Juni 1948

Im Namen aller Deutschen, denen die Einheit Deutschlands wirklich am Herzen liegt, spricht der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates seine tiefste Empörung über die Spaltung Deutschlands aus, welche durch die separate Währungsreform der USA, Englands und Frankreichs mit Zustimmung der von diesen Mächten eingesetzten de-facto-Regierung in Frankfurt herbeigeführt wurde. Diese Maßnahme bedeutet die gröblichste Mißachtung des Willens des deutschen Volkes, das erst vor kurzem durch mehr als 13 Millionen Einzeichnungen für das Volksbegehren zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eindeutig seinen Willen zum Ausdruck brachte.

Es ist offenkundig, daß die separate Währungsreform der imperialistischen Politik der USA dient, die im Rahmen des Marshall-Planes das Ruhrgebiet von Deutschland losreißen will.

Der Deutsche Volksrat ist nach der Bildung der de-facto-Regierung in Frankfurt und der Spaltung Deutschlands durch die separate Währungsreform die einzige einheitliche Gesamtvertretung des deutschen Volkes. In diesen ersten Tagen, da die Westmächte ihre separate Währungsreform auch auf Berlin auszudehnen versuchen, wendet sich der Deutsche Volksrat besonders an die Berliner Bevölkerung mit der Aufforderung, die Einheit Berlins um jeden Preis zu sichern, damit Berlin seine Rolle als Hauptstadt Deutschlands beibehält. Die Zulassung der Frankfurter Mark würde die Berliner Wirtschaft zerstören. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Bevölkerung sich ihrer Verantwortung bewußt ist und erkennt, daß Berlin im Kampf um die Einheit Deutschlands an vorderster Stelle steht. Berlin kann aber diese geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn es sich auf die demokratischen Kräfte der Ostzone stützt und mit der Wirtschaft der Ostzone aufs engste verbunden ist.

Unter den unsozialen Maßnahmen der separaten Währungsreform leidet das werktätige Volk der Westzonen aufs schwerste. Notwendig ist das Verbot jeder Entlassung von Arbeitern, jeder Preiserhöhung, die Freigabe aller gehorteten Warenbestände, die Beschlagnahme der Vermögen der Kriegsgewinnler und die Entmachtung der Konzern- und Bankherren.

Wir erklären uns mit der Bevölkerung der Westzonen solidarisch, wenn sie den Kampf für diese Forderungen aufnimmt.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates spricht seine Überzeugung aus, daß in der sowjetischen Besatzungszone im Anschluß an die Währungsreform

- durch die Festigung der demokratischen Ordnung,
- durch die Erhöhung der Produktion,
- durch die Verhinderung von Preissteigerungen und
- durch den entschlossenen Kampf gegen alle Schädlinge

der neue demokratische Wirtschaftsaufbau gefördert und die Lebenslage der Bevölkerung verbessert wird.

Die deutsche Bevölkerung möge sich dessen bewußt sein, daß nach der separaten Geldreform im Westen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nur möglich ist auf dem Wege der Einigung der demokratischen Kräfte gegen die reaktionären separatistischen Kräfte in Frankfurt und an der Ruhr, durch die Entfaltung des demokratischen Volkskampfes für Einheit und gerechten Frieden.

Entschiebung des Wirtschaftsausschusses über den Einsatz der Volksausschüsse im Rahmen des Halbjahrplanes vom 20. August 1948

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates begrüßt den Wirtschaftsplan für das 2. Halbjahr 1948. Die Erfüllung und die Übererfüllung des Planes ist die Voraussetzung für den Zweijahrplan des Neuaufbaues und die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Der Wirtschaftsausschuß ruft die Volksausschüsse in den Ländern und Kreisen auf, sich mit dem Halbjahrplan zu beschäftigen und alles zu tun, damit die ganze Initiative der Bevölkerung für die Durchführung des Planes entfaltet wird. Es gilt, alle Kräfte anzustrengen, um die Übererfüllung des Planes zu erreichen.

Entschiebung des Wirtschaftsausschusses über den Zweijahrplan vom 21. September 1948

Der Wirtschaftsausschuß nimmt den Zweijahrplan als Arbeitsgrundlage an. Zur Ausarbeitung der Fragen des Planes werden Unterausschüsse gebildet für Industrie, Handel, Versorgung, Landwirtschaft und für Finanzen, denen Vertreter aller Organisationen angehören sollen.

Entschiebung des Wirtschaftsausschusses über die Unterstützung der zentralen Kontrollkommission durch die Volksausschüsse vom 23. November 1948

Die bisher veröffentlichten Berichte der Zentralen Kontrollkommission über die Verhältnisse in der Textilindustrie in Glauchau-Meerane und des Sächsischen Industrie-Kontors (Textil) in Chemnitz sowie die heutigen Ausführungen des Vorsitzenden der Zentralen Kontrollkommission, Fritz Lange, vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates haben gezeigt, mit welchen niederträchtigen Methoden Saboteure die Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone zu hindern suchen.

Die Zentrale Kontrollkommission hat den Beweis erbracht, daß dies nicht nur auf bürokratische Unzulänglichkeiten und kriminelle Delikte einzelner Personen zurückzuführen ist, sondern daß antidemokratische Kräfte im Bunde mit unsauberen Elementen in Wirtschaft und Verwaltung bewußt darauf hingearbeitet haben, die planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren zu sabotieren.

Aus diesem Grunde begrüßt der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates die Wachsamkeit der Zentralen Kontrollkommission, deren Arbeit dazu beiträgt, Ordnung und Sauberkeit in Wirtschaft und Verwaltung zu schaffen und fordert die Volksausschüsse auf, mit der Zentralen Kontrollkommission in Ländern und Kreisen engstens zusammenzuarbeiten.

Der Wirtschaftsausschuß fordert einmütig, daß über Saboteure am Wirtschaftsaufbau die gesetzlich zulässigen Höchststrafen zu verhängen sind.

Inhaltsverzeichnis:

Heinrich Rau: Bericht der Deutschen Wirtschaftskommission	1
Die Sprecher der Delegationen der Werktätigen:	
Adolf Hennecke	10
Erich Feldner	10
Diskussion:	
Reinhold Schwarz (LDP)	11
Josef Orlopp (SED)	11
Otto Freitag (CDU)	12
Mizzi Kaschner (DFD)	12
Adam Wolfram (FDGB)	13
Alfred Wunderlich (NDP)	14
Hermann Axen (FDJ)	15
Paul Scholz (DBD)	16
Anton Jadasch (VdGB)	17
Entschließung des Deutschen Volksrats über die Tätigkeit der Deutschen Wirtschaftskommission	18

A n h a n g

I. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in der sowjetischen Besatzungszone (Schaubilder)	19
.....	20
II. Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission:	
Anordnung über den Ankauf und die Verteilung von freien Spitzen (Übersollmengen) an Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Gemüse vom 5. Mai 1948	23
Richtlinien für die Produktion im Jahre 1948 vom 23. Juni 1948	24
Beschluß über den Plan für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen im Wirtschaftsjahr 1948/49 vom 24. Juni 1948	26
Anordnung über die Aufgaben der Zentralen Kontrollkommission bei der Deutschen Wirtschaftskommission, der Landes-Kontrollkommission bei den Landesregierungen und der Kontrollbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 1. September 1948	26
Anordnung über die Einrichtung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Anmeldestelle im Büro für Erfindungswesen vom 15. September 1948	28
Anordnung über die Förderung des Erfindungswesens und die Auswertung des betrieblichen Vorschlagswesens vom 15. September 1948	28
Befehl Nr. 183 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung über die Erhöhung der Mitgliederzahl der Deutschen Wirtschaftskommission vom 26. November 1948	29
III. Entschlüsse des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrats:	
Entschließung des Wirtschaftsausschusses über die Auswirkungen des Marshall-Planes vom 5. Mai 1948	30
Entschließung des Wirtschaftsausschusses zum 2. Halbjahrplan 1948 vom 24. Juni 1948	31
Entschließung des Wirtschaftsausschusses zur separaten Währungsreform vom 24. Juni 1948	31
Entschließung des Wirtschaftsausschusses über den Einsatz der Volksausschüsse im Rahmen des Halbjahrplanes vom 20. August 1948	31
Entschließung des Wirtschaftsausschusses über den Zweijahrplan vom 21. September 1948	31
Entschließung des Wirtschaftsausschusses über die Unterstützung der zentralen Kontrollkommission durch die Volksausschüsse vom 23. November 1948	31

Herausgegeben vom Deutschen Volksrat, Sekretariat, Haus des Deutschen Volksrats, Berlin W 8, Mauerstr. 45-52, Telefon: 67 00 18.
Erscheint im Kongreß-Verlag GmbH, Haus des Deutschen Volksrats, Berlin W 8, Mauerstr. 45-52, Telefon- Sammelnummer 67 00 18

Verlag: Kongreß Verlag Berlin Lizenz Nr. 399 der Sowjetischen Militär Administration
Druck: Greif Graphischer Großbetrieb GmbH, Berlin N 54, Christinenstr. 18/19

Die letzten Neuerscheinungen:

SCHRIFTENREIHE DES DEUTSCHEN VOLKSRATES

1.
„Die Weimarer Verfassung, ihre Errungenschaften und Mängel“ von Dr. Karl Polak, 72 Seiten 0,60 DM
2.
„Das Verfassungsproblem in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands“ von Dr. Karl Polak, 36 Seiten 0,40 DM
3.
„Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland“ von Minister Johannes Dieckmann, 32 Seiten . . . 0,40 DM
4.
„Hat das deutsche Volk ein Recht auf Selbstbestimmung seiner Verfassung?“ von Prof. Alphons Steiniger, 32 Seiten 0,40 DM
5.
„Verfassung – Grundfrage der Nation“
Informationsdienst Nr. 6 0,60 DM
6.
„Frieden für Deutschland – Probleme und Dokumente“
Informationsdienst Nr. 7 0,60 DM
7.
„Die Reparationsfrage“
von Hans Jendrowsky, 32 Seiten 0,40 DM



KONGRESS-VERLAG GMBH.

BERLIN W 8, WILHELMPLATZ 8/9

DEUTSCHLANDS STIMME

das Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und
gerechten Frieden informiert über alle politischen,
wirtschaftlichen und kulturellen Probleme der Ge-
genwart und behandelt alle Fragen, die für Deutsch-
lands zukünftige Gestaltung von Bedeutung sind.

Wer sich eine eigene Meinung bilden will, der liest

„DEUTSCHLANDS STIMME“

Erhältlich im Zeitungshandel, Einzelexemplar 30 Pf.

Im Abonnement durch

die Post oder durch Boten ins Haus gebracht für:

1-Monats-Abonnement	DM 1,30	} einschl. Zustell- gebühren
2-Monats-Abonnement	DM 2,60	
1-Jahres-Abonnement	DM 3,90	

Werden auch Sie Abonnent!

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen oder der
KONGRESS-VERLAG GMBH · BERLIN W8 · WILHELMPLATZ 8/9

25X1A
Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3



**Ein
besseres
Leben...**

(Z 161)

SECRET

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

...aus eigener Kraft!

Die Sorge um das tägliche Brot, um die Zukunft, beherrscht jeden arbeitenden Menschen. Welcher Arbeiter, Techniker oder Ingenieur möchte sein und seiner Familie Leben nicht besser und freudiger gestalten? Welche Mutter sorgt sich nicht um Leben und Zukunft ihrer Kinder? Mitten im grauen Alltag hoffen alle, daß es bald wieder besser wird.

Diese Hoffnung trägt nicht, wenn wir selbst zu dieser Besserung beitragen. Der Hitlerkrieg und die Nazi-herrschaft haben uns ein schweres Erbe hinterlassen. Vergleichen wir jedoch die Zeit von 1945/1946 mit heute, so muß jeder sachlich, objektiv Denkende sagen, es hat sich in der sowjetischen Besatzungszone schon einiges geändert, wir sind ein Stück vorwärtsgekommen. In das Chaos, das uns die Nazis hinterließen, ist inzwischen Ordnung gekommen.

Bereits in der zweiten Hälfte 1948 konnten wir in der sowjetischen Besatzungszone nach einem Plan wirtschaften, den die deutschen demokratischen Organe zum erstenmal selbständig ausgearbeitet haben. Viel Mühe wurde dabei aufgewandt und große Schwierigkeiten mußten überwunden werden. Der Anfang zu einer planmäßigen Arbeit zum Nutzen unserer Bevölkerung wurde aber gemacht.

Ergebnisse des

2. Halbjahrplanes 1948



Über die Erfolge dieser Arbeit sagte Walter Ulbricht, Mitglied des Polit-Büros der SED und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates, auf der ersten Parteikonferenz der SED im Januar 1949 unter anderem:

„Wir können feststellen, daß der Plan für das zweite Halbjahr nicht nur erfüllt, sondern sogar etwas übererfüllt wurde. Und das trotz

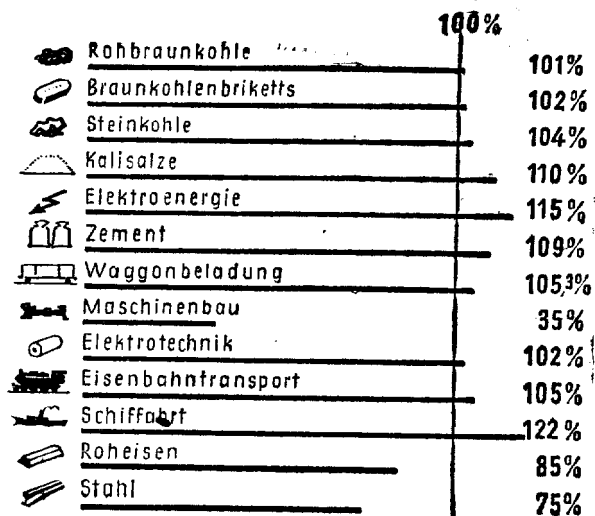
der außerordentlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren.“

„Das bedeutungsvollste Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Werktätigen im Jahre 1948 ist vor allem, daß der Beweis erbracht wurde:

*Nur die Erhöhung der Arbeitsproduktivität
und die Steigerung der landwirtschaftlichen
Erzeugnisse führen zu einem besseren Leben.*

Unsere Gegner haben 1948 alles unternommen, um die Rohstoffzufuhr zu sperren und die Handelsverträge zu stören. Gewisse Organe des westlichen Imperialismus haben sogar die Durchführung bestehender Handelsverträge mit westlichen Ländern über Lebensmittel-lieferungen teilweise verhindert. Aber General Clay hat eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage wurde ihm beigebracht durch die Initiative und den Erfindungsgeist der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten, die verstanden haben, die fehlenden Halbfertigfabrikate selbst zu produzieren.“

Dank der erhöhten Anstrengungen war es möglich, den Plan für das zweite Halbjahr 1948 in einer Reihe von Industriezweigen überzuerfüllen. So erreichten in Prozent des Plansolls:



Dieses Anwachsen der Produktion und vergrößerte Einfuhren aus dem Auslande ermöglichten eine Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung. Es zeigt sich, daß die großen Anstrengungen nicht vergeblich sind. Da manche Menschen leicht vergessen, ist es gut, aufzuzeigen, welche Verbesserungen in der Versorgung der Bevölkerung eingetreten sind und wie sich die Aussichten verbessern.

Walter Ulbricht konnte auf der 1. Parteikonferenz der SED erklären:

„Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

weist eine langsame Besserung auf. Dank der erfolgreichen Durchführung des Landwirtschaftsplanes ist im Jahre 1949 die regelmäßige Versorgung auf Grund der Karten und die zusätzliche Versorgung der Betriebsarbeiter, sowie auch der erhöhte Verkauf durch die freien Läden gewährleistet. Das Defizit an Fett wird auch 1949 durch Einfuhr aus der Sowjetunion gedeckt werden. In bezug auf Fleisch besteht noch ein bedeutendes Defizit. Durch den Übergang zur Fleischablieferung auf Grund der Hektarveranlagung wird auch diese Schwierigkeit überwunden werden.

Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß diese allmähliche Verbesserung der Versorgung nur auf Grund der erhöhten Einfuhren aus anderen Ländern, vor allem aus der Sowjetunion, möglich war. Im Jahre 1948 erhielten wir aus der Sowjetunion

10 800 Tonnen Fett,
136 042 Tonnen Getreide;

aus Polen

4½ Millionen Stück Eier;

aus einigen Ländern

16 400 Tonnen Fische,

und aus verschiedenen Ländern

Saatkartoffeln,
Gemüsesämereien,
Tabak.

... Nach der letzten Ernte wurde die Zahl der Betriebsarbeiter, die zusätzlich Mittagessen auf Grund des Befehls 234 erhalten, auf 1½ Millionen erhöht. Außerdem wurden die Kartenrationen der unteren Gruppen verbessert.

Nachdem eine Übersicht der Versorgungsmöglichkeiten für 1949 besteht, schlagen wir vor, daß die Deutsche Wirtschaftskommission für die gesamte Bevölkerung die Zuckerration um 5 bis 10 Gramm täglich erhöht.

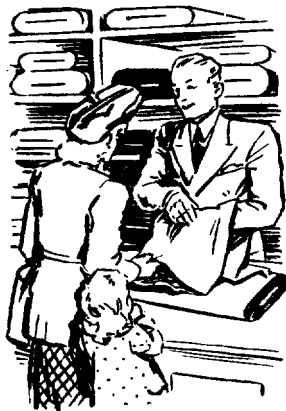
Angesichts der Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben halten wir es für erforderlich, daß die Betriebsarbeiter, die zu den Empfängern der Lebens-

1 650 000 Arbeiter, Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz, regelmäßig monatlich Lebensmittelsonderzuweisungen durch Konsumläden der Betriebe oder besonders dazu bestimmten Verkaufsläden erhalten.

Es wird von manchem vorgeschlagen, die Rationen allgemein zu erhöhen. Wenn genügend Lebensmittel zur Verfügung stünden, wäre das selbstverständlich. Bei dem vorhandenen Mangel ist aber eine solche Gleichmacherei nicht möglich. Diejenigen, die besonders angestrengt arbeiten, sollen mehr Lebensmittel zu billigeren Staatspreisen erhalten...

In bezug auf andere Waren des Massenbedarfes wird im Jahre 1949 die Versorgung eine bessere werden. Waren des Massenbedarfes, wie Textilien und dergleichen, werden für Reparationszwecke nicht beansprucht. Die Steigerung der Textilproduktion hängt entscheidend ab von der Entwicklung der Kunstfaser-

produktion. Im Jahre 1949 soll die Kunstfaserproduktion auf 74 000 Tonnen erhöht werden. Der Bevölkerung steht im Jahre 1949 die doppelte Menge Textilwaren, Schuhe und Gummisohlen zur Verfügung als 1948."



Die Vorschläge, die Walter Ulbricht im Auftrage des Parteivorstandes der SED unterbreitete, werden in diesen Tagen praktisch durchgeführt. Ohne viel Gerede und ohne amerikanische Geschäftsreklame wurden die Zuckerrationen er-

höher erhalten, man erhält eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln. Darüber hinaus werden auch Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller sowie 80 000 Lehrer eine solche Sonderzuteilung erhalten, die auch ihren Familien zugute kommt.

Die Einführung der Punktkarte, deren Belieferung bereits begonnen hat, ist ein Beweis dafür, daß auch auf dem Gebiet der Versorgung mit Textilwaren ein Fortschritt erzielt worden ist.

Und nun fragen wir uns einmal, wie war es möglich, trotz aller Schwierigkeiten diese schrittweisen Verbesserungen zu erzielen? Sie waren nur möglich, weil sich die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik vollständig geändert haben.

Die Grundlagen unserer demokratischen Wirtschaftspolitik

Darüber sagte Walter Ulbricht:

„Antifaschistisch-demokratische Ordnung, das heißt: die faschistischen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten wurden entmachtet; es wurden bedeutende strukturelle Veränderungen in Staat und Wirtschaft durchgeführt. Es erfolgte eine demokratische Umwälzung in der Ostzone Deutschlands. Durch die Enteignung der Kriegsverbrecher gingen die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft in die Hände des Volkes über.

Der volkseigene Sektor der Industrie umfaßt 8 Prozent der Betriebe mit 45 Prozent der Produktion.

Die volkseigenen Güter in der Landwirtschaft erzeugen ungefähr 10 Prozent des Produktionswertes der Landwirtschaft.

Daneben bestehen kapitalistische Betriebe in Industrie und Landwirtschaft (das sind großbäuerliche Wirtschaften, die ständig eine Anzahl von Arbeitskräften ausbeuten). Der Großhandel liegt fast ausschließlich in kapitalistischen Händen. Und schließlich gibt es bei uns Betriebe der einfachen Warenproduktion (Betriebe von

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden sowie Klein- und Mittelbauern).

Wir haben es also nicht mit einer einheitlichen Wirtschaftsordnung zu tun.

Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es dem Volke möglich, durch die staatliche Wirtschaftsplanung, durch den volkseigenen Sektor der Wirtschaft, zu dem alle Grundstoffindustrien gehören, durch das System der Volksbanken und durch die volkseigenen Großhandelsorganisationen seine Lebenslage Schritt für Schritt zu verbessern."

In unserer Zone hat sich, wie diese Ausführungen Walter Ulbrichts zeigen, viel verändert. Das Wesentliche der demokratischen Umwälzung besteht jedoch in einer Veränderung des Bewußtseins der werktätigen Massen.

"In den volkseigenen Betrieben arbeiten die Werktätigen für das Volk, das Mehrprodukt, das sie erzeugen, wird zum Nutzen des ganzen Volkes verwendet. In den volkseigenen Betrieben ist ein neues Verhältnis der Menschen zur Arbeit entstanden."



Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Nicht mehr für private Profitinteressen, sondern im eigenen Interesse schaffen unsere Arbeiter, Angestellten und Ingenieure in den volkseigenen Betrieben. Wir konnten unsere Wirtschaft planen und die ersten Erfahrungen auf diesem neuen Arbeitsgebiete sammeln.

Nicht bei dem Erreichten stehenbleiben!

Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir auch wirtschaften können, und zwar besser als die Konzernherren. Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei, die den Anstoß zum Zweijahrplan gab, die diesen Plan ausarbeitete und seit Monaten an seiner Verwirklichung arbeitet, werden die neuen Aufgaben in den volkseigenen Betrieben wie folgt formuliert:

„Die Betriebe des volkseigenen Sektors sollen im Wettbewerb ihre Überlegenheit beweisen. Sie sollen die Qualität ihrer Produktion verbessern und die Rentabilität sichern. In der Landwirtschaft müssen sich die Agronomen, Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Güter und Maschinenausleihstationen sowie die Funktionäre der VdgB die Erfahrungen der modernen Agrarwirtschaft aneignen und lernen, besser die landwirtschaftlichen Betriebe zu entwickeln. Im Handel müssen die Angestellten der volkseigenen Handelsorgane und die Genossenschaften lernen, den Warenverkehr zu leiten, im Interesse des Volkes zu leiten, die Menschen zu überzeugen, sie im Kampf um das Neue zu stählen, der Jugend den Weg zum Aufstieg zu ebnen.“

Um 1949 zu einer weiteren Verbesserung unserer Lebenshaltung zu kommen, müssen wir die entscheidenden Industriezweige planmäßig entfalten. Wir dürfen dabei nicht nur das Heute sehen, sondern unsere Zukunft im Auge behalten; denn es geht nicht um kleine kurzlebige Verbesserungen, sondern um eine feste dauernde Hebung der Lebenshaltung unseres Volkes. Sehen wir, was im Plan für 1949 auf dem Gebiete der industriellen Erzeugung vorgesehen ist:

„Der Wirtschaftsplan für 1949 geht aus von der großen

Aufgabe des Zweijahrplanes, der Wiedernerstellung der Friedenswirtschaft und der Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Auf Grund der Erfahrungen des zweiten Halbjahres 1948, insbesondere infolge der Hennecke-Bewegung, ist es möglich, die Ziffern des Zweijahrplanes bei weitem überzuerfüllen... Der Plan für 1949 wird alle Fragen des Wirtschaftslebens unserer Zone erfassen, die Produktion, den Materialbedarf, die Finanzen, den Handel, die Arbeitskräfte, die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Kulturaufgaben...

Die Parteiführung der SED ist überzeugt, daß der Wirtschaftsplan für 1949 nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden wird, und zwar durch die Initiative aller Werktätigen und durch die gemeinsame Arbeit des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen und der Volksausschüsse."

Was soll in den einzelnen Industriezweigen erreicht werden? Hier nur einige wichtige Planziffern, die Walter Ulbricht auf der Ersten Parteikonferenz der SED anführte:

„Die Hauptkraft muß 1949 auf die Steigerung der Produktion der Metallwerke, des Kohlenbergbaus, des Transportwesens und der Schwefelsäureproduktion konzentriert werden. Davon hängt die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft ab...

Die Produktion an *Walzstahl* soll auf das 2¼fache erhöht werden. Die Deutsche Wirtschaftskommission arbeitet gegenwärtig Maßnahmen aus, die uns erlauben werden, bis Ende dieses Jahres das Defizit an Eisen und Stahl, wenn auch noch nicht völlig zu beseitigen, so doch wenigstens auf ein Minimum zu beschränken...

Von besonderer Bedeutung ist die Erhöhung der *Steinkohlenförderung*. Trotz der veralteten Betriebsmittel ist es notwendig, 1949 die Förderung um 5 % zu steigern...

Die Rohbraunkohlenförderung soll von 111 Millionen Tonnen 1948 auf 117 Millionen Tonnen 1949 gesteigert werden...



Auf dem Gebiete des *Transportwesens* ist in erster Linie eine Herabsetzung der Wagenumlaufzeit auf 4,3 Tage im Jahresdurchschnitt erforderlich.

Die Erzeugung von *Energie* soll von 13 Milliarden kW 1948 auf 15 Milliarden kW erhöht werden...

Der Plan für 1949 soll die Gesamtproduktion der eisen- und metallverarbeitenden Industrie bedeutend erhöht werden. Wir erwarten vor allem, daß die Deutsche Wirtschaftskommission Maßnahmen ergreift, da-

mit die Produktion für Landmaschinen mindestens 25 % erhöht wird...

Einen bedeutenden Fortschritt werden wir 1949 in der *Baustoffindustrie* erreichen. Die gesamte Zementproduktion in der Zone, einschließlich der SAG-Betriebe, wird 1 Million Tonnen betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 20 %...

Das sind sehr schöne Pläne, aber werden sie auch Wirklichkeit werden? wird mancher fragen.

Daß sie Wirklichkeit werden, liegt an uns, an den arbeitenden Menschen. Wir antworten: Was wir schaffen können, das haben die letzten Monate schon bewiesen,

in denen es gelungen ist, eine bedeutende Steigerung der Produktion zu erreichen. Unsere Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendlichen, Techniker und Ingenieure werden entscheiden, ob die gesteckten Ziele erreicht werden. Dabei müssen wir alles beachten und beherzigen, was uns die fortschrittlichsten Arbeiter und Techniker in den letzten Monaten zeigten.

Was uns Hennecke lehrt?

Das lassen wir am besten Walter Ulbricht selbst sagen:

„So wichtig es war, richtige Planziffern auszuarbeiten, so ist das Entscheidende die Überzeugung und die Initiative der Menschen...

Die vorbildliche Leistung des Bergarbeiters Hennecke



besteht darin, daß er zunächst darüber nachgedacht hat, wie man die Arbeit besser vorbereitet, wie man mit dem gleichen Kraftaufwand mehr leistet. Es ist daher kein Zufall, daß gerade Hennecke, der Arbeitsinstrukteur, solche hervorragende Leistung vollbrachte.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde eingeleitet durch die Initiative von Jungen und Mädchen der FDJ, die Arbeitsbrigaden bildeten und in einer Reihe Großbetrieben vor-

...mündliche Leistungen vollbrachten. Unter den Alten und Jungen entwickelte sich die Aktivistenbewegung, und der Arbeitswettbewerb zwischen den Betriebsabteilungen und Betrieben nahm immer größeren Umfang an. Durch die Aktivistenbewegung wurde das Bummelantentum erfolgreich bekämpft und die Arbeitsmoral verbessert. Jene, die mehr leisteten, bekamen in Form von Prämien Vergünstigungen. Aus der Aktivistenbewegung heraus entwickelte sich die Hennecke-Bewegung, eine Bewegung zur Überwindung der alten Arbeitsnormen...

Das Beispiel der Hennecke-Bewegung im Bergbau, in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie, im Transportwesen zeigt uns, welche große Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, zur Beseitigung des Leerlaufs, zur Verminderung des Ausschusses noch vorhanden sind.

Die Hennecke-Bewegung hat den Beweis erbracht, daß es möglich ist, in den volkseigenen Betrieben, wo die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure nicht mehr der kapitalistischen Ausbeutung unterliegen, sondern für das Volk arbeiten, sogar unter den Bedingungen des gegenwärtigen technischen Rückstandes die kapitalistischen Arbeitsnormen weit zu überholen.

Das Charakteristische der Hennecke-Bewegung und überhaupt für jeden, der sich den Namen eines Hennecke-Aktivisten verdienen will, ist die *Überschreitung der technisch begründeten Normen* durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch größere Sorgfalt in der Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten arbeiten vorbildlich in Bezug auf Sparsamkeit mit Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Hennecke-Aktivisten, das sind Menschen, die studieren, um sich

unermüdlich die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.

Die Aktivisten, das sind die bewußten Erbauer einer neuen Ordnung, denn der Antrieb zu ihren Leistungen ist die Überzeugung, daß wir nur durch die Steigerung der Produktion zu einem besseren und schöneren Leben kommen können...

So charakterisiert Walter Ulbricht die Aktivistenbewegung. Diese Bewegung der fortschrittlichsten Arbeiter und Techniker, die den Namen Henneckes trägt, ist etwas Neues. Sie zerschlägt alte, überholte Auffassungen und ebnet den Weg zu ungeahnten Produktionssteigerungen in den volkseigenen Betrieben. „Ausbeutung“ schreit der Chor der Agenten der Monopolisten. Durch dieses Geschrei sollen bei der Arbeiterschaft Zweifel über die Richtigkeit des beschrittenen Weges geweckt werden. Das ist die Stimme des Klassenfeindes. Lassen wir uns nicht verwirren, gehen wir mutig weiter auf dem beschrittenen Weg.

Adolf Hennecke drückt einfach und klar aus, um was es in den volkseigenen Betrieben geht und wo die Kraftquelle für die Leistungen der Aktivisten zu suchen ist, wenn er sagt:

„Man hat die Frage gestellt, wie es kommt, daß wir unter kapitalistischen Verhältnissen gegen den Leistungslohn und in den volkseigenen Betrieben dafür sind. Das ist sehr einfach. Der Leistungslohn kann erst jetzt, auf Initiative der Arbeiter selbst, Anwendung finden, weil das Volk die entscheidenden Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft in der Hand hat und weil das in den volkseigenen Betrieben erzeugte Arbeitsprodukt für das Volk erzeugt wird und nicht mehr für die Profitinteressen einiger weniger Kapitalisten.“

Die Aktivisten haben durch ihr Beispiel den Absichten der reaktionären Kreise einen schweren Schlag versetzt. Immer wieder wurde den Arbeitern von ihren Feinden eingeordnet, daß nur durch Hilfe aus dem Ausland, durch

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

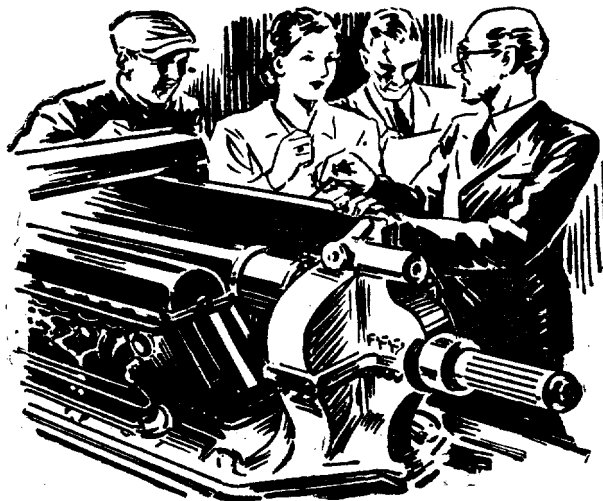
den Maschinen, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommen könne. So sollten Hoffnungslosigkeit und Unglauben an die Kräfte des arbeitenden Volkes geweckt und gestärkt werden. Diesem Spiel haben die Aktivisten ein Ende bereitet.

Die Zweifler hatten sofort eine neue Frage:

Höhere Leistungen, aber für wen?

Darauf hat Walter Ulbricht geantwortet:

„Wer hat den Nutzen davon, daß die Arbeiter mehr leisten? Die Antwort darauf: Den Nutzen hat das Volk und zunächst der Arbeiter selbst, indem er höheren Lohn bekommt. Außerdem geht ein Anteil des Überschusses des Betriebes, etwa 7 bis 10 Prozent, direkt in den Be-



Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

triebsfonds, der der unmittelbaren Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten dient. Den Nutzen haben der Arbeiter und seine Familie selbst, indem durch die Produktionssteigerung mehr Waren des Massenbedarfs erzeugt werden. Und den Nutzen hat schließlich der Arbeiter auch dadurch, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut und die neue demokratische Ordnung gefestigt wird und wir damit in unserem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einen Schritt vorwärts kommen."

Jeder Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieur der volkseigenen Betriebe hat die Möglichkeit, auf Grund seiner Leistungen einen entsprechenden Lohn und auch Prämien zu erhalten und damit seine Lebenslage zu verbessern. Durch die Einführung des Leistungslohnes wurde das Argument der Feinde unserer neuen Ordnung, daß wir für eine öde Gleichmacherei seien und auch der fleißige und tüchtige Arbeiter zu nichts kommen kann, zerschlagen. Sie werden diese Lüge zwar wider besseren Wissens weiter verbreiten, die Tatsachen werden sich jedoch durchsetzen. Walter Ulbricht zerschlug diese Verleumdung über die Gleichmacherei, als er auf der 1. Parteikonferenz der SED erklärte:

„Die Durchbrechung der alten Normen ist verbunden mit einer Umwälzung in der Lohnberechnung. Der Leistungslohn findet in immer größerem Umfange Anwendung. In Sachsen waren im Jahre 1947 nur 23 % der Arbeiter in Leistungslohn beschäftigt, im Jahre 1948 waren es 39 %. Der Durchschnittslohn stieg von 96 Pfennig auf 1.05 DM. Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen, um besser leben zu können. Es gibt Leute, die uns unterstellt haben, wir Marxisten seien für Gleichmacherei. Wir sind wohl gegen die Vorrechte der kapitalistischen Klasse und für die Aufhebung der Klassen überhaupt. Wir wollen aber keine Gleichschaltung der persönlichen Bedürfnisse und Lebensweise. Deshalb gehen wir davon aus, daß jeder das gleiche Recht hat, entsprechend seiner Leistung entlohnt zu werden..."

In Verbindung mit Aktivistenbewegung und Leistungs-

„Innigsten sich der Wettbewerb in den Betrieben und der Betriebe untereinander zu entfalten. In Dutzenden volkseigener Betriebe wurden bereits Wettbewerbe organisiert und durchgeführt. Ein Beispiel dafür geben die Stahlwerke der Zone in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, deren Wettbewerb zu einer bedeutenden Steigerung der Stahlproduktion beigetragen hat. Es zeigt sich, daß ein erfolgreicher Kampf um die Erfüllung des Wirtschaftsplanes ohne eine breite Wettbewerbsbewegung nicht möglich ist. Besonders wichtig ist der innerbetriebliche Wettbewerb, worüber Walter Ulbricht anführte:

„Wir halten es für besonders wichtig, daß im Zusammenhang mit der Aktivistenbewegung der innerbetriebliche Wettbewerb und der Wettbewerb zwischen den Betrieben der einzelnen Industriezweige weiter ausgebaut wird. Wir halten die Wettbewerbe zwischen Städten und Ländern nicht für real, da es keine exakte Vergleichsgrundlage für solche Wettbewerbe gibt. Unsere Wirtschaft ist nicht territorial und provinzial organisiert, sondern der volkseigene Sektor, und um den kann es sich beim Wettbewerb nur handeln, ist in Industrie und Sparten gegliedert. Dementsprechend sollte auch der Wettbewerb organisiert werden.“

Die Erfüllung der großen Aufgaben, die unser Wirtschaftsplan im Interesse der besseren Versorgung der Bevölkerung vorsieht, ist aber nur möglich, wenn auch Ingenieure, Techniker, Chemiker und Wissenschaftler ihr ganzes Können, ihren Erfindungsgeist und ihre Erfahrungen einsetzen. Ernste Worte sprach Walter Ulbricht über die

Rolle der technischen Intelligenz

„Wer nicht gerade Scheuklappen hat, muß anerkennen, daß die Ingenieure und Techniker in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie, im Bergbau, im Verkehrswesen Großes geleistet haben. Die meisten von ihnen haben als Fachleute gearbeitet, obwohl viele vom fortschrittlichen Charakter der neuen demokratischen

bei manchen Arbeitern und Angestellten, auch Mitgliedern der SED, eine rückständige Voreingenommenheit gegenüber der technischen Intelligenz. Man stellt die Frage, daß der und der früher Nazi war. Allen Genossen sollte doch bekannt sein, daß die Partei erklärt hat, daß jeder nach seiner Arbeit und seinem Verhalten zur Gesellschaft beurteilt wird und nicht danach, welcher Organisation er früher angehört hat. Die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen ist beendet. Damit wurde eine neue Situation geschaffen. Während man in den Westzonen frühere einfache Mitglieder der Nazi-partei bestraft, die Kriegsverbrecher aber freiläßt, führen wir eine andere Politik durch. Die Kriegsverbrecher haben wir bestraft, aber den ehemaligen Mitgliedern der Hitlerpartei geben wir alle Möglichkeiten, gleichberechtigt auch in verantwortlichen Funktionen am Aufbau mitzuarbeiten."

Nach diesen grundlegenden Ausführungen über die Notwendigkeit, ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz herzustellen, gab Walter Ulbricht einige Hinweise, auf welchen Gebieten die Techniker und Ingenieure ihre Forschungsarbeit vertiefen sollten:

„Verbesserung der Maschinen und Aggregate, verstärkte Normung und Typisierung, also Vereinheitlichung der Produktion,

Entwicklung der betrieblichen Forschung durch Errichtung von Betriebslaboratorien und Ausarbeitung von ganz bestimmten Forschungsaufgaben in allen Großbetrieben,

Entwicklung von Methoden für die Qualitätskontrolle,

Entwicklung neuer Stoffe und neuer Produktionsverfahren (insbesondere in der chemischen und Kunststoffindustrie). Erforschung der Möglichkeit der Verwendung der in allen industriellen Großbetrieben anfallenden Abfälle (z. B. Sulfitaflauge in den Zellstoffwerken),

Organisation des technischen Erfahrungsaustausches zwischen gleichartigen Betrieben und Austausch der Forschungsergebnisse,

Aktivierung des Erfindertums unter Hinweis auf die bei der Deutschen Wirtschaftskommission zu schaffenden Stelle der Erfindungen,



Bildung von Techniker- und Ingenieur-Aktivs zur Überwindung von besonderen Schwierigkeiten bei Engpässen. Verbesserung der technischen Anlagen für Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen, insbesondere von Wärmanlagen im Betrieb (Wärmeschutz, Rohrleitungen usw.).

Aufstellung von Plänen für die technische Entwicklung des Betriebes im Zusammenhang mit dem Gesamtproduktionsplan."

Und wie steht es mit den Reparationen?

Wie oft wird von Reaktionären behauptet, daß alles „von den Russen weggeschleppt“ wird. Aus dem Munde Walter Ulbrichts konnten wir auf der 1. Parteikonferenz der SED hören, „wie es mit den Reparationen wirklich steht.

„Der Umfang der Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion und der Lieferung für die Besatzungsmacht werden im Jahre 1949 etwas unter dem Niveau von 1948 liegen. 1949 werden keinerlei Reparationslieferungen von Waren des Massenbedarfs erfolgen und die Lieferung von Baumaterialien auf ein Minimum gesenkt werden. Das wird uns erlauben, im Jahre 1949 die Versorgung der Bevölkerung weiter zu verbessern und die Reparatur- und Bauarbeiten durchzuführen, die

für die Zone dringend notwendig sind. Auch der prozentuale Anteil der Reparationsleistungen und Lieferungen an die Besatzungsmacht im Gesamtwert der Produktion wird 1949 niedriger sein als 1948. Er wird 1949 nicht mehr als 12,4 % der Bruttoproduktion betragen. Wenn man außerdem die nichtgeplante Produktion hinzunimmt, so wird der Prozentsatz der gesamten Reparationsleistungen, gemessen an dem Umfang der gesamten Industrieproduktion, noch niedriger sein.

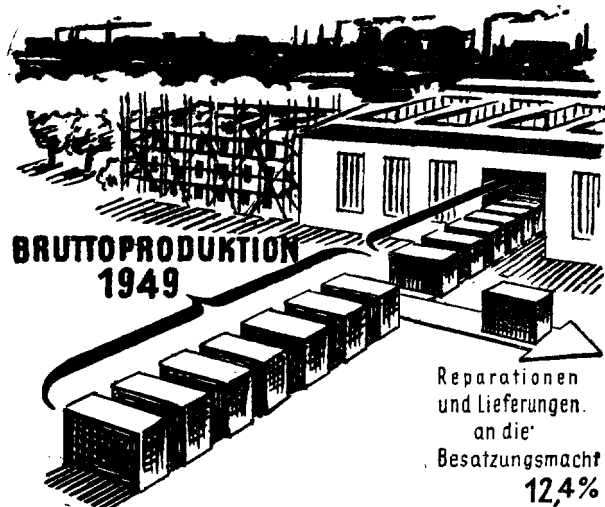
Der Prozentanteil der Reparationen verteilt sich folgendermaßen:

	1948		1949
	% der Bruttoproduktion		% der Brutto-
	ursprünglich	tatsächlich	produktion
	veranschlagt	geleistet	
Reparationen	10 %	9,8 %	8,3 %
Bes. Kosten	5 %	4,8 %	4,1 %
Reparationen			
und Bes. Kosten	15 %	14,6 %	12,4 %

Hieraus geht hervor, daß wir in der sowjetischen Besatzungszone bei einer richtigen Leitung der Wirtschaft und der nötigen Aktivität der Ingenieure, Techniker und Arbeiter wie auch aller Mitglieder unserer Partei eine solche Lage erreichen können, daß die Entwicklung und Wiederherstellung der Wirtschaft der sowjetischen Zone bedeutend schneller vor sich gehen kann als bisher und vollkommen die Bedürfnisse der Zone und die Interessen der Bevölkerung befriedigen kann.

Es ist also klar, daß alles, was bei uns mehr produziert wird, ausschließlich zugunsten der deutschen Bevölkerung und der Wiederherstellung der Wirtschaft geht."

Es genügt aber nicht, mehr zu produzieren, es muß auch besser produziert und besser verteilt werden. Und da tritt die große Verantwortung unserer neuen demokratischen Verwaltung klar hervor.



Verbesserung der Verwaltung

„Die großen Aufgaben des Neuaufbaues können nur mit Hilfe einer fortschrittlichen Verwaltung gelöst werden.

Die staatlichen Organe haben heute höhere Aufgaben als im bürgerlich-demokratischen Staat.

Die demokratischen Verwaltungsorgane in der Ostzone sind die leitenden Organe bei der Ausarbeitung und Durchführung des Zweijährplanes, bei der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, bei der Erziehung und Schulung der Masse der Werktätigen, bei der Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur. Die Ausarbeitung eines solchen großen wissenschaftlichen Werkes, wie des Planes für 1949, erfordert ein hohes demokratisches Bewußtsein und fachliche Qualifikation der

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Angestellten. Jetzt kommt es darauf an, daß die demokratischen Verwaltungsorgane die *lebendige Leitung* für die Durchführung des Zweijahrplanes verwirklichen. Dazu ist notwendig ein ständiger Kampf in der Verwaltung, um die Verbesserung der Arbeitsweise, um die Vereinfachung und Sparsamkeit, um die engste Verbundenheit mit dem werktätigen Volk und seinen demokratischen Massenorganisationen. Gleichzeitig ist es notwendig, die demokratische Ordnung zu sichern durch die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber feindlichen Handlungen, aber auch durch die Verbesserung der Schulung der Volkspolizei. Notwendig ist es vor allem,



Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

den Arbeitsenthusiasmus, wie er sich in der Hennecke-Bewegung zeigt, auch in den Verwaltungen zu entfalten. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die demokratischen Verwaltungsorgane sich streng an die Gesetze der demokratischen Ordnung halten. Die Landesverfassungen und die Beschlüsse der Deutschen Wirtschaftskommission, die von Vertretern der Parteien des Demokratischen Blocks beschlossen werden, sind allgemein gültige Gesetze. Unsere demokratische Justiz hat die hohe Aufgabe, diese Gesetze gegenüber den Spekulanten und Schiebern und anderen wirtschaftlichen Verbrechern und gegenüber jenen Elementen abzuwenden, die die friedliche Aufbauarbeit des Volkes schädigen."

Das sind im wesentlichen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die die SED zur Erleichterung und Verbesserung des Lebens der Werktätigen vorschlägt.

Die SED handelt nach dem Programm des 2. Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, in dem es heißt:

"Das Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland muß die Sicherung eines besseren Lebens der Bevölkerung sein... Diese Anstrengungen sind nur dann erfolgreich, wenn die demokratische Ordnung die Gewähr bietet, daß die Arbeit dem Volke nützt und eine gesamtdeutsche, unabhängige Friedenswirtschaft mit normalen wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen demokratischen Ländern geschaffen wird."

Auf diesem Wege sind wir bereits ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Wir werden noch rascher allen Arbeitenden die Lage erleichtern, wenn wir alle mit anpacken. Auf uns, auf die schaffenden Menschen kommt es dabei an. Wir wollen dabei sein und mithelfen, daß das große Werk gelingt, und das eintritt, was Walter Ulbricht am Schlusse seiner Ausführungen vorausgesagt hat:

"Es wird die Zeit kommen, wo die Krisis des Marshall-Planes allen Deutschen, die ein einiges, friedliches, unabhängiges Deutschland wollen, überzeugen wird, daß

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

der Weg des Deutschen Volksrates, der Weg des Neuaufbaus aus eigener Kraft, vorwärts führt zu einer besseren Zukunft unseres Volkes, zu einem Deutschland, das geachtet ist im Kreise der demokratischen Völker.
Es lebe der Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne!

Es lebe der Kampf um die Festigung der demokratischen Ordnung!"



PARTIVORSTAND DER SED
ABT. MASSENAGITATION

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3
25X1A



*Ein
besseres
Leben...*

(2161)

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

**...aus
eigener
Kraft!**

Die Sorge um das tägliche Brot, um die Zukunft, beherrscht jeden arbeitenden Menschen. Welcher Arbeiter, Techniker oder Ingenieur möchte sein und seiner Familie Leben nicht besser und freudiger gestalten? Welche Mutter sorgt sich nicht um Leben und Zukunft ihrer Kinder? Mitten im grauen Alltag hoffen alle, daß es bald wieder besser wird.

Diese Hoffnung trügt nicht, wenn wir selbst zu dieser Besserung beitragen. Der Hitlerkrieg und die Nazi-herrschaft haben uns ein schweres Erbe hinterlassen. Vergleichen wir jedoch die Zeit von 1945/1946 mit heute, so muß jeder sachlich, objektiv Denkende sagen, es hat sich in der sowjetischen Besatzungszone schon einiges geändert, wir sind ein Stück vorwärtsgekommen. In das Chaos, das uns die Nazis hinterließen, ist inzwischen Ordnung gekommen.

Bereits in der zweiten Hälfte 1948 konnten wir in der sowjetischen Besatzungszone nach einem Plan wirtschaften, den die deutschen demokratischen Organe zum erstenmal selbständig ausgearbeitet haben. Viel Mühe wurde dabei aufgewandt und große Schwierigkeiten mußten überwunden werden. Der Anfang zu einer planmäßigen Arbeit zum Nutzen unserer Bevölkerung wurde aber gemacht.

Ergebnisse des
2. Halbjahrplanes 1948



Über die Erfolge dieser Arbeit sagte Walter Ulbricht, Mitglied des Polit-Büros der SED und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates, auf der ersten Parteikonferenz der SED im Januar 1949 unter anderem:

„Wir können feststellen, daß der Plan für das zweite Halbjahr nicht nur erfüllt, sondern sogar etwas übererfüllt wurde. Und das trotz

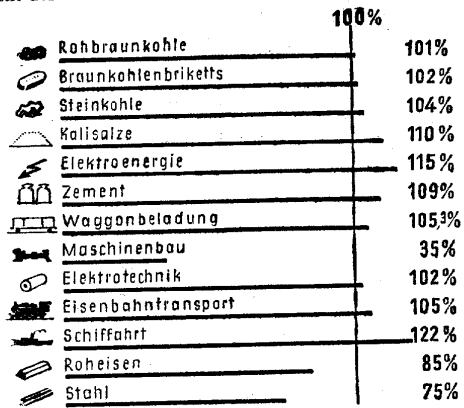
der außerordentlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren.“

„Das bedeutungsvollste Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Werktätigen im Jahre 1948 ist vor allem, daß der Beweis erbracht wurde:

*Nur die Erhöhung der Arbeitsproduktivität
und die Steigerung der landwirtschaftlichen
Erzeugnisse führen zu einem besseren Leben.*

Unsere Gegner haben 1948 alles unternommen, um die Rohstoffzufuhr zu sperren und die Handelsverträge zu stören. Gewisse Organe des westlichen Imperialismus haben sogar die Durchführung bestehender Handelsverträge mit westlichen Ländern über Lebensmittel-lieferungen teilweise verhindert. Aber General Clay hat eine Niederlage erlitten. Diese Niederlage wurde ihm beigebracht durch die Initiative und den Erfindungsgeist der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten, die verstanden haben, die fehlenden Halbfertigfabrikate selbst zu produzieren.“

Dank der erhöhten Anstrengungen war es möglich, den Plan für das zweite Halbjahr 1948 in einer Reihe von Industriezweigen überzuerfüllen. So erreichten in Prozent des Plansolls:



Dieses Anwachsen der Produktion und vergrößerte Einfuhren aus dem Auslande ermöglichten eine Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung. Es zeigt sich, daß die großen Anstrengungen nicht vergeblich sind. Da manche Menschen leicht vergessen, ist es gut, aufzuzeigen, welche Verbesserungen in der Versorgung der Bevölkerung eingetreten sind und wie sich die Aussichten verbessern.

Walter Ulbricht konnte auf der 1. Parteikonferenz der SED erklären:

„Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

weist eine langsame Besserung auf. Dank der erfolgreichen Durchführung des Landwirtschaftsplanes ist im Jahre 1949 die regelmäßige Versorgung auf Grund der Karten und die zusätzliche Versorgung der Betriebsarbeiter, sowie auch der erhöhte Verkauf durch die freien Läden gewährleistet. Das Defizit an Fett wird auch 1949 durch Einfuhr aus der Sowjetunion gedeckt werden. In bezug auf Fleisch besteht noch ein bedeutendes Defizit. Durch den Übergang zur Fleischablieferung auf Grund der Hektarveranlagung wird auch diese Schwierigkeit überwunden werden.

Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß diese allmähliche Verbesserung der Versorgung nur auf Grund der erhöhten Einfuhren aus anderen Ländern, vor allem aus der Sowjetunion, möglich war. Im Jahre 1949 erhielten wir aus der Sowjetunion

10 800 Tonnen Fett,
136 042 Tonnen Getreide;

aus Polen 41½ Millionen Stück Eier;

aus einigen Ländern 16 400 Tonnen Fische,

und aus verschiedenen Ländern
Saatkartoffeln,
Gemüsesämereien,
Tabak.

... Nach der letzten Ernte wurde die Zahl der Betriebsarbeiter, die zusätzlich Mittagessen auf Grund des Befehls 234 erhalten, auf 1½ Millionen erhöht. Außerdem wurden die Kartenrationen der unteren Gruppen verbessert.

Nachdem eine Übersicht der Versorgungsmöglichkeiten für 1949 besteht, schlagen wir vor, daß die Deutsche Wirtschaftskommission für die gesamte Bevölkerung die Zuckerration um 5 bis 10 Gramm täglich erhöht.

Angesichts der Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben halten wir es für erforderlich, daß die Betriebsarbeiter, die zu den Empfängern der Lebens-

weist eine langsame Besserung auf. Dank der erfolgreichen Durchführung des Landwirtschaftsplanes ist im Jahre 1949 die regelmäßige Versorgung auf Grund der Karten und die zusätzliche Versorgung der Betriebsarbeiter, sowie auch der erhöhte Verkauf durch die freien Läden gewährleistet. Das Defizit an Fett wird auch 1949 durch Einfuhr aus der Sowjetunion gedeckt werden. In bezug auf Fleisch besteht noch ein bedeutendes Defizit. Durch den Übergang zur Fleischablieferung auf Grund der Hektarveranlagung wird auch diese Schwierigkeit überwunden werden.

Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß diese allmähliche Verbesserung der Versorgung nur auf Grund der erhöhten Einfuhren aus anderen Ländern, vor allem aus der Sowjetunion, möglich war. Im Jahre 1948 erhielten wir aus der Sowjetunion

10 800 Tonnen Fett,
136 042 Tonnen Getreide;

aus Polen

4½ Millionen Stück Eier;

aus einigen Ländern

16 400 Tonnen Fische,

und aus verschiedenen Ländern

Saatkartoffeln,
Gemüsesämereien,
Tabak.

... Nach der letzten Ernte wurde die Zahl der Betriebsarbeiter, die zusätzlich Mittagessen auf Grund des Befehls 234 erhalten, auf 1½ Millionen erhöht. Außerdem wurden die Kartenrationen der unteren Gruppen verbessert.

Nachdem eine Übersicht der Versorgungsmöglichkeiten für 1949 besteht, schlagen wir vor, daß die Deutsche Wirtschaftskommission für die gesamte Bevölkerung die Zuckerration um 5 bis 10 Gramm täglich erhöht.

Angesichts der Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben halten wir es für erforderlich, daß die Betriebsarbeiter, die zu den Empfängern der Lebens-

mittelzulage auf Grund des Befehls 234 gehören, das sind 1 650 000 Arbeiter, Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz, regelmäßig monatlich Lebensmittelsonderzuweisungen durch Konsumläden der Betriebe oder besonders dazu bestimmten Verkaufsläden erhalten.

Es wird von manchem vorgeschlagen, die Rationen allgemein zu erhöhen. Wenn genügend Lebensmittel zur Verfügung stünden, wäre das selbstverständlich. Bei dem vorhandenen Mangel ist aber eine solche Gleichmacherei nicht möglich. Diejenigen, die besonders angestrengt arbeiten, sollen mehr Lebensmittel zu billigeren Staatspreisen erhalten...

In bezug auf andere Waren des Massenbedarfes wird im Jahre 1949 die Versorgung eine bessere werden. Waren des Massenbedarfes, wie Textilien und dergleichen, werden für Reparationszwecke nicht beansprucht. Die Steigerung der Textilproduktion hängt entscheidend ab von der Entwicklung der Kunstfaser-



produktion. Im Jahre 1949 soll die Kunstfaserproduktion auf 74 000 Tonnen erhöht werden. Der Bevölkerung steht im Jahre 1949 die doppelte Menge Textilwaren, Schuhe und Gummisohlen zur Verfügung als 1948."

Die Vorschläge, die Walter Ulbricht im Auftrage des Parteivorstandes der SED unterbreitete, werden in diesen Tagen praktisch durchgeführt. Ohne viel Gerede und ohne amerikanische Geschäftsreklame wurden die Zuckerrationen er-

höht, erhalten mehr als 1½ Millionen Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieure neben ihrem markenfreien Mittagessen noch monatlich eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln. Darüber hinaus werden auch Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller sowie 80 000 Lehrer eine solche Sonderzuteilung erhalten, die auch ihren Familien zugute kommt.

Die Einführung der Punktkarte, deren Belieferung bereits begonnen hat, ist ein Beweis dafür, daß auch auf dem Gebiet der Versorgung mit Textilwaren ein Fortschritt erzielt worden ist.

Und nun fragen wir uns einmal, wie war es möglich, trotz aller Schwierigkeiten diese schrittweisen Verbesserungen zu erzielen? Sie waren nur möglich, weil sich die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik vollständig geändert haben.

Die Grundlagen unserer demokratischen Wirtschaftspolitik

Darüber sagte Walter Ulbricht:

„Antifaschistisch-demokratische Ordnung, das heißt: die faschistischen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten wurden entmachtet; es wurden bedeutende strukturelle Veränderungen in Staat und Wirtschaft durchgeführt. Es erfolgte eine demokratische Umwälzung in der Ostzone Deutschlands. Durch die Enteignung der Kriegsverbrecher gingen die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft in die Hände des Volkes über.

Der volkseigene Sektor der Industrie umfaßt 8 Prozent der Betriebe mit 45 Prozent der Produktion.

Die volkseigenen Güter in der Landwirtschaft erzeugen ungefähr 10 Prozent des Produktionswertes der Landwirtschaft.

Daneben bestehen kapitalistische Betriebe in Industrie und Landwirtschaft (das sind großbäuerliche Wirtschaften, die ständig eine Anzahl von Arbeitskräften ausbeuten). Der Großhandel liegt fast ausschließlich in kapitalistischen Händen. Und schließlich gibt es bei uns Betriebe der einfachen Warenproduktion (Betriebe von

Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden sowie Klein- und Mittelbauern).

Wir haben es also nicht mit einer einheitlichen Wirtschaftsordnung zu tun.

Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es dem Volke möglich, durch die staatliche Wirtschaftsplanung, durch den volkseigenen Sektor der Wirtschaft, zu dem alle Grundstoffindustrien gehören, durch das System der Volksbanken und durch die volkseigenen Großhandelsorganisationen seine Lebenslage Schritt für Schritt zu verbessern."

In unserer Zone hat sich, wie diese Ausführungen Walter Ulbrichts zeigen, viel verändert. Das Wesentliche der demokratischen Umwälzung besteht jedoch in einer Veränderung des Bewußtseins der werktätigen Massen.

"In den volkseigenen Betrieben arbeiten die Werktätigen für das Volk, das Mehrprodukt, das sie erzeugen, wird zum Nutzen des ganzen Volkes verwendet. In den volkseigenen Betrieben ist ein neues Verhältnis der Menschen zur Arbeit entstanden."



Nicht mehr für private Profitinteressen, sondern im eigenen Interesse schaffen unsere Arbeiter, Angestellten und Ingenieure in den volkseigenen Betrieben. Wir konnten unsere Wirtschaft planen und die ersten Erfahrungen auf diesem neuen Arbeitsgebiete sammeln.

Nicht bei dem Erreichten stehenbleiben!

Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir auch wirtschaften können, und zwar besser als die Konzernherren. Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei, die den Anstoß zum Zweijahrplan gab, die diesen Plan ausarbeitete und seit Monaten an seiner Verwirklichung arbeitet, werden die neuen Aufgaben in den volkseigenen Betrieben wie folgt formuliert:

„Die Betriebe des volkseigenen Sektors sollen im Wettbewerb ihre Überlegenheit beweisen. Sie sollen die Qualität ihrer Produktion verbessern und die Rentabilität sichern. In der Landwirtschaft müssen sich die Agronomen, Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Güter und Maschinenausleihstationen sowie die Funktionäre der VdgB die Erfahrungen der modernen Agrarwirtschaft aneignen und lernen, besser die landwirtschaftlichen Betriebe zu entwickeln. Im Handel müssen die Angestellten der volkseigenen Handelsorgane und die Genossenschaften lernen, den Warenverkehr zu leiten, im Interesse des Volkes zu leiten, die Menschen zu überzeugen, sie im Kampf um das Neue zu stählen, der Jugend den Weg zum Aufstieg zu ebnen.“

Um 1949 zu einer weiteren Verbesserung unserer Lebenshaltung zu kommen, müssen wir die entscheidenden Industriezweige planmäßig entfalten. Wir dürfen dabei nicht nur das Heute sehen, sondern unsere Zukunft im Auge behalten; denn es geht nicht um kleine kurzlebige Verbesserungen, sondern um eine feste dauernde Hebung der Lebenshaltung unseres Volkes. Sehen wir, was im Plan für 1949 auf dem Gebiete der industriellen Erzeugung vorgesehen ist:

„Der Wirtschaftsplan für 1949 geht aus von der großen

Aufgabe des Zweijahrplanes, der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft und der Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Auf Grund der Erfahrungen des zweiten Halbjahres 1948, insbesondere infolge der Hennecke-Bewegung, ist es möglich, die Ziffern des Zweijahrplanes bei weitem überzuerfüllen... Der Plan für 1949 wird alle Fragen des Wirtschaftslebens unserer Zone erfassen, die Produktion, den Materialbedarf, die Finanzen, den Handel, die Arbeitskräfte, die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Kulturaufgaben...

Die Parteiführung der SED ist überzeugt, daß der Wirtschaftsplan für 1949 nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden wird, und zwar durch die Initiative aller Werktätigen und durch die gemeinsame Arbeit des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen und der Volksausschüsse."

Was soll in den einzelnen Industriezweigen erreicht werden? Hier nur einige wichtige Planziffern, die Walter Ulbricht auf der Ersten Parteikonferenz der SED anführte:

„Die Hauptkraft muß 1949 auf die Steigerung der Produktion der Metallwerke, des Kohlenbergbaus, des Transportwesens und der Schwefelsäureproduktion konzentriert werden. Davon hängt die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft ab...

Die Produktion an *Walzstahl* soll auf das 2¼fache erhöht werden. Die Deutsche Wirtschaftskommission arbeitet gegenwärtig Maßnahmen aus, die uns erlauben werden, bis Ende dieses Jahres das Defizit an Eisen und Stahl, wenn auch noch nicht völlig zu beseitigen, so doch wenigstens auf ein Minimum zu beschränken...

Von besonderer Bedeutung ist die Erhöhung der *Steinkohlenförderung*. Trotz der veralteten Betriebsmittel ist es notwendig, 1949 die Förderung um 5 % zu steigern...

Die Rohbraunkohlenförderung soll von 111 Millionen Tonnen 1948 auf 117 Millionen Tonnen 1949 gesteigert werden...



Auf dem Gebiete des Transportwesens ist in erster Linie eine Herabsetzung der Wagenumlaufzeit auf 4,3 Tage im Jahresdurchschnitt erforderlich.

Die Erzeugung von Energie soll von 13 Milliarden kW 1948 auf 15 Milliarden kW erhöht werden...

Der Plan für 1949 soll die Gesamtproduktion der eisen- und metallverarbeitenden Industrie bedeutend erhöht werden. Wir erwarten vor allem, daß die Deutsche Wirtschaftskommission Maßnahmen ergreift, da-

mit die Produktion für Landmaschinen mindestens 25 % erhöht wird...

Einen bedeutenden Fortschritt werden wir 1949 in der Baustoffindustrie erreichen. Die gesamte Zementproduktion in der Zone, einschließlich der SAG-Betriebe, wird 1 Million Tonnen betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 20 %...

Das sind sehr schöne Pläne, aber werden sie auch Wirklichkeit werden? wird mancher fragen.

Daß sie Wirklichkeit werden, liegt an uns, an den arbeitenden Menschen. Wir antworten: Was wir schaffen können, das haben die letzten Monate schon bewiesen,

in denen es gelungen ist, eine bedeutende Steigerung der Produktion zu erreichen. Unsere Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendlichen, Techniker und Ingenieure werden entscheiden, ob die gesteckten Ziele erreicht werden. Dabei müssen wir alles beachten und beherzigen, was uns die fortschrittlichsten Arbeiter und Techniker in den letzten Monaten zeigten.

Was uns Hennecke lehrt?

Das lassen wir am besten Walter Ulbricht selbst sagen:

„So wichtig es war, richtige Planziffern auszuarbeiten, so ist das Entscheidende die Überzeugung und die Initiative der Menschen...“

Die vorbildliche Leistung des Bergarbeiters Hennecke



besteht darin, daß er zunächst darüber nachgedacht hat, wie man die Arbeit besser vorbereitet, wie man mit dem gleichen Kraftaufwand mehr leistet. Es ist daher kein Zufall, daß gerade Hennecke, der Arbeitsinstrukteur, solche hervorragende Leistung vollbrachte.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde eingeleitet durch die Initiative von Jungen und Mädchen der FDJ, die Arbeitsbrigaden bildeten und in einer Reihe Großbetrieben vor-

bildliche Leistungen vollbrachten. Unter den Alten und Jungen entwickelte sich die Aktivistenbewegung, und der Arbeitswettbewerb zwischen den Betriebsabteilungen und Betrieben nahm immer größeren Umfang an. Durch die Aktivistenbewegung wurde das Bummelantentum erfolgreich bekämpft und die Arbeitsmoral verbessert. Jene, die mehr leisteten, bekamen in Form von Prämien Vergünstigungen. Aus der Aktivistenbewegung heraus entwickelte sich die Hennecke-Bewegung, eine Bewegung zur Überwindung der alten Arbeitsnormen...

- Das Beispiel der Hennecke-Bewegung im Bergbau, in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie, im Transportwesen zeigt uns, welche große Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, zur Beseitigung des Leerlaufs, zur Verminderung des Ausschusses noch vorhanden sind.

- Die Hennecke-Bewegung hat den Beweis erbracht, daß es möglich ist, in den volkseigenen Betrieben, wo die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure nicht mehr der kapitalistischen Ausbeutung unterliegen, sondern für das Volk arbeiten, sogar unter den Bedingungen des gegenwärtigen technischen Rückstandes die kapitalistischen Arbeitsnormen weit zu überholen.

Das Charakteristische der Hennecke-Bewegung und überhaupt für jeden, der sich den Namen eines Hennecke-Aktivisten verdienen will, ist die *Überschreitung der technisch begründeten Normen* durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch größere Sorgfalt in der Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten arbeiten vorbildlich in bezug auf Sparsamkeit mit Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Hennecke-Aktivisten, das sind Menschen, die studieren, um sich

unermüdlich die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.

Die Aktivisten, das sind die bewußten Erbauer einer neuen Ordnung, denn der Antrieb zu ihren Leistungen ist die Überzeugung, daß wir nur durch die Steigerung der Produktion zu einem besseren und schöneren Leben kommen können..."

So charakterisiert Walter Ulbricht die Aktivistenbewegung. Diese Bewegung der fortschrittlichsten Arbeiter und Techniker, die den Namen Henneckes trägt, ist etwas Neues. Sie zerschlägt alte, überholte Auffassungen und ebnet den Weg zu ungeahnten Produktionssteigerungen in den volkseigenen Betrieben. „Ausbeutung“ schreit der Chor der Agenten der Monopolisten. Durch dieses Geschrei sollen bei der Arbeiterschaft Zweifel über die Richtigkeit des beschrittenen Weges geweckt werden. Das ist die Stimme des Klassenfeindes. Lassen wir uns nicht verwirren, gehen wir mutig weiter auf dem beschrittenen Weg.

Adolf Hennecke drückt einfach und klar aus, um was es in den volkseigenen Betrieben geht und wo die Kraftquelle für die Leistungen der Aktivisten zu suchen ist, wenn er sagt:

„Man hat die Frage gestellt, wie es kommt, daß wir unter kapitalistischen Verhältnissen gegen den Leistungslohn und in den volkseigenen Betrieben dafür sind. Das ist sehr einfach. Der Leistungslohn kann erst jetzt, auf Initiative der Arbeiter selbst, Anwendung finden, weil das Volk die entscheidenden Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft in der Hand hat und weil das in den volkseigenen Betrieben erzeugte Arbeitsprodukt für das Volk erzeugt wird und nicht mehr für die Profitinteressen einiger weniger Kapitalisten.“

Die Aktivisten haben durch ihr Beispiel den Absichten der reaktionären Kreise einen schweren Schlag versetzt. Immer wieder wurde den Arbeitern von ihren Feinden eingeredet, daß nur durch Hilfe aus dem Ausland, durch

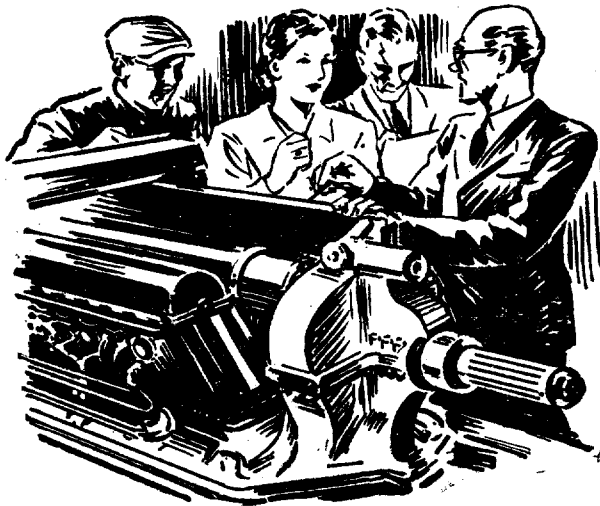
den Marshall-Plan, die deutsche Wirtschaft wieder im Gang kommen könne. So sollten Hoffnungslosigkeit und Unglauben an die Kräfte des arbeitenden Volkes geweckt und gestärkt werden. Diesem Spiel haben die Aktivisten ein Ende bereitet.

Die Zweifler hatten sofort eine neue Frage:

Höhere Leistungen, aber für wen?

Darauf hat Walter Ulbricht geantwortet:

„Wer hat den Nutzen davon, daß die Arbeiter mehr leisten? Die Antwort darauf: Den Nutzen hat das Volk und zunächst der Arbeiter selbst, indem er höheren Lohn bekommt. Außerdem geht ein Anteil des Überschusses des Betriebes, etwa 7 bis 10 Prozent, direkt in den Be-



triebsfonds, der der unmittelbaren Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten dient. Den Nutzen haben der Arbeiter und seine Familie selbst, indem durch die Produktionssteigerung mehr Waren des Massenbedarfs erzeugt werden. Und den Nutzen hat schließlich der Arbeiter auch dadurch, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut und die neue demokratische Ordnung gefestigt wird und wir damit in unserem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einen Schritt vorwärts kommen."

Jeder Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieur der volkseigenen Betriebe hat die Möglichkeit, auf Grund seiner Leistungen einen entsprechenden Lohn und auch Prämien zu erhalten und damit seine Lebenslage zu verbessern. Durch die Einführung des Leistungslohnes wurde das Argument der Feinde unserer neuen Ordnung, daß wir für eine öde Gleichmacherei seien und auch der fleißige und tüchtige Arbeiter zu nichts kommen kann, zerschlagen. Sie werden diese Lüge zwar wider besseren Wissens weiter verbreiten, die Tatsachen werden sich jedoch durchsetzen. Walter Ulbricht zerschlug diese Verleumdung über die Gleichmacherei, als er auf der 1. Parteikonferenz der SED erklärte:

"Die Durchbrechung der alten Normen ist verbunden mit einer Umwälzung in der Lohnberechnung. Der Leistungslohn findet in immer größerem Umfange Anwendung. In Sachsen waren im Jahre 1947 nur 23 % der Arbeiter in Leistungslohn beschäftigt, im Jahre 1948 waren es 39 %. Der Durchschnittslohn stieg von 96 Pfennig auf 1.05 DM. Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen, um besser leben zu können. Es gibt Leute, die uns unterstellt haben, wir Marxisten seien für Gleichmacherei. Wir sind wohl gegen die Vorrechte der kapitalistischen Klasse und für die Aufhebung der Klassen überhaupt. Wir wollen aber keine Gleichschaltung der persönlichen Bedürfnisse und Lebensweise. Deshalb gehen wir davon aus, daß jeder das gleiche Recht hat, entsprechend seiner Leistung entlohnt zu werden..."

In Verbindung mit Aktivistenbewegung und Leistungs-

lohn beginnt sich der Wettbewerb in den Betrieben und der Betriebe untereinander zu entfalten. In Dutzenden volkseigener Betriebe wurden bereits Wettbewerbe organisiert und durchgeführt. Ein Beispiel dafür geben die Stahlwerke der Zone in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, deren Wettbewerb zu einer bedeutenden Steigerung der Stahlproduktion beigetragen hat. Es zeigt sich, daß ein erfolgreicher Kampf um die Erfüllung des Wirtschaftsplanes ohne eine breite Wettbewerbsbewegung nicht möglich ist. Besonders wichtig ist der innerbetriebliche Wettbewerb, worüber Walter Ulbricht anführte:

„Wir halten es für besonders wichtig, daß im Zusammenhang mit der Aktivistenbewegung der innerbetriebliche Wettbewerb und der Wettbewerb zwischen den Betrieben der einzelnen Industriezweige weiter ausgebaut wird. Wir halten die Wettbewerbe zwischen Städten und Ländern nicht für real, da es keine exakte Vergleichsgrundlage für solche Wettbewerbe gibt. Unsere Wirtschaft ist nicht territorial und provinzial organisiert, sondern der volkseigene Sektor, und um den kann es sich beim Wettbewerb nur handeln, ist in Industrie und Sparten gegliedert. Dementsprechend sollte auch der Wettbewerb organisiert werden.“

Die Erfüllung der großen Aufgaben, die unser Wirtschaftsplan im Interesse der besseren Versorgung der Bevölkerung vorsieht, ist aber nur möglich, wenn auch Ingenieure, Techniker, Chemiker und Wissenschaftler ihr ganzes Können, ihren Erfindungsgeist und ihre Erfahrungen einsetzen. Ernste Worte sprach Walter Ulbricht über die

Rolle der technischen Intelligenz

„Wer nicht gerade Scheuklappen hat, muß anerkennen, daß die Ingenieure und Techniker in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie, im Bergbau, im Verkehrswesen Großes geleistet haben. Die meisten von ihnen haben als Fachleute gearbeitet, obwohl viele vom fortschrittlichen Charakter der neuen demokratischen

Ordnung noch nicht überzeugt waren. Leider sehen wir bei manchen Arbeitern und Angestellten, auch Mitgliedern der SED, eine rückständige Voreingenommenheit gegenüber der technischen Intelligenz. Man stellt die Frage, daß der und der früher Nazi war. Allen Genossen sollte doch bekannt sein, daß die Partei erklärt hat, daß jeder nach seiner Arbeit und seinem Verhalten zur Gesellschaft beurteilt wird und nicht danach, welcher Organisation er früher angehört hat. Die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen ist beendet. Damit wurde eine neue Situation geschaffen. Während man in den Westzonen frühere einfache Mitglieder der Nazi-partei bestraft, die Kriegsverbrecher aber freiläßt, führen wir eine andere Politik durch. Die Kriegsverbrecher haben wir bestraft, aber den ehemaligen Mitgliedern der Hitlerpartei geben wir alle Möglichkeiten, gleichberechtigt auch in verantwortlichen Funktionen am Aufbau mitzuarbeiten."

Nach diesen grundlegenden Ausführungen über die Notwendigkeit, ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz herzustellen, gab Walter Ulbricht einige Hinweise, auf welchen Gebieten die Techniker und Ingenieure ihre Forschungsarbeit vertiefen sollten:

- „Verbesserung der Maschinen und Aggregate, verstärkte Normung und Typisierung, also Vereinheitlichung der Produktion,

- Entwicklung der betrieblichen Forschung durch Errichtung von Betriebslaboratorien und Ausarbeitung von ganz bestimmten Forschungsaufgaben in allen Großbetrieben,

- Entwicklung von Methoden für die Qualitätskontrolle,

- Entwicklung neuer Stoffe und neuer Produktionsverfahren (insbesondere in der chemischen und Kunststoffindustrie). Erforschung der Möglichkeit der Verwendung der in allen industriellen Großbetrieben anfallenden Abfälle (z. B. Sulfitablauge in den Zellstoffwerken),

Organisierung des technischen Erfahrungsaustausches zwischen gleichartigen Betrieben und Austausch der Forschungsergebnisse,

Aktivierung des Erfindertums unter Hinweis auf die bei der Deutschen Wirtschaftskommission zu schaffenden Stelle der Erfindungen,



Bildung von Techniker- und Ingenieur-Aktivs zur Überwindung von besonderen Schwierigkeiten bei Engpässen. Verbesserung der technischen Anlagen für Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen, insbesondere von Wärmeanlagen im Betrieb (Wärmeschutz, Rohrleitungen usw.).

Aufstellung von Plänen für die technische Entwicklung des Betriebes im Zusammenhang mit dem Gesamtproduktionsplan."

Und wie steht es mit den Reparationen?

Wie oft wird von Reaktionären behauptet, daß alles „von den Russen weggeschleppt“ wird. Aus dem Munde Walter Ulbrichts konnten wir auf der 1. Parteikonferenz der SED hören, wie es mit den Reparationen wirklich steht.

„Der Umfang der Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion und der Lieferung für die Besatzungsmacht werden im Jahre 1949 etwas unter dem Niveau von 1948 liegen. 1949 werden keinerlei Reparationslieferungen von Waren des Massenbedarfs erfolgen und die Lieferung von Baumaterialien auf ein Minimum gesenkt werden. Das wird uns erlauben, im Jahre 1949 die Versorgung der Bevölkerung weiter zu verbessern und die Reparatur- und Bauarbeiten durchzuführen, die

für die Zone dringend notwendig sind. Auch der prozentuale Anteil der Reparationsleistungen und Lieferungen an die Besatzungsmacht im Gesamtwert der Produktion wird 1949 niedriger sein als 1948. Er wird 1949 nicht mehr als 12,4% der Bruttoproduktion betragen. Wenn man außerdem die nichtgeplante Produktion hinzunimmt, so wird der Prozentsatz der gesamten Reparationsleistungen, gemessen an dem Umfang der gesamten Industrieproduktion, noch niedriger sein.

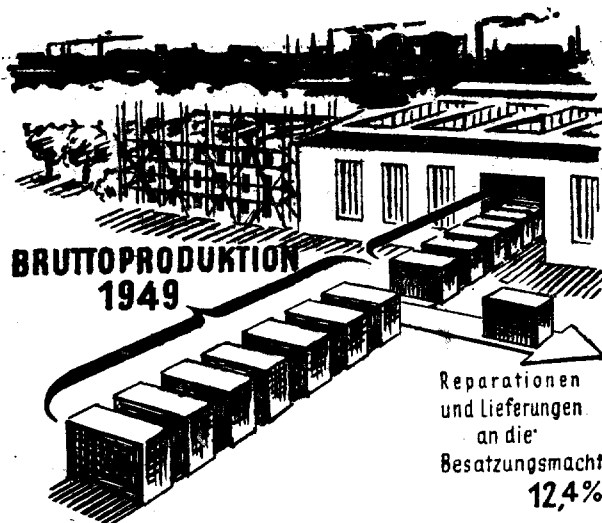
Der Prozentanteil der Reparationen verteilt sich folgendermaßen:

	1948		1949
	% der Bruttoproduktion		% der Bruttoproduktion
	ursprünglich veranschlagt	tatsächlich geleistet	
Reparationen	10 %	9,8 %	8,3 %
Bes. Kosten	5 %	4,8 %	4,1 %
Reparationen und Bes. Kosten	15 %	14,6 %	12,4 %

Hieraus geht hervor, daß wir in der sowjetischen Besatzungszone bei einer richtigen Leitung der Wirtschaft und der nötigen Aktivität der Ingenieure, Techniker und Arbeiter wie auch aller Mitglieder unserer Partei eine solche Lage erreichen können, daß die Entwicklung und Wiederherstellung der Wirtschaft der sowjetischen Zone bedeutend schneller vor sich gehen kann als bisher und vollkommen die Bedürfnisse der Zone und die Interessen der Bevölkerung befriedigen kann.

Es ist also klar, daß alles, was bei uns mehr produziert wird, ausschließlich zugunsten der deutschen Bevölkerung und der Wiederherstellung der Wirtschaft geht."

Es genügt aber nicht, mehr zu produzieren, es muß auch besser produziert und besser verteilt werden. Und da tritt die große Verantwortung unserer neuen demokratischen Verwaltung klar hervor.



Verbesserung der Verwaltung

„Die großen Aufgaben des Neuaufbaues können nur mit Hilfe einer fortschrittlichen Verwaltung gelöst werden.

Die staatlichen Organe haben heute höhere Aufgaben als im bürgerlich-demokratischen Staat.

Die demokratischen Verwaltungsorgane in der Ostzone sind die leitenden Organe bei der Ausarbeitung und Durchführung des Zweijährplanes, bei der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, bei der Erziehung und Schulung der Masse der Werktätigen, bei der Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur. Die Ausarbeitung eines solchen großen wissenschaftlichen Werkes, wie des Planes für 1949, erfordert ein hohes demokratisches Bewußtsein und fachliche Qualifikation der

Angestellten. Jetzt kommt es darauf an, daß die demokratischen Verwaltungsorgane die *lebendige Leitung für die Durchführung des Zweijahrplanes verwirklichen*. Dazu ist notwendig ein ständiger Kampf in der Verwaltung, um die Verbesserung der Arbeitsweise, um die Vereinfachung und Sparsamkeit, um die engste Verbundenheit mit dem werktätigen Volk und seinen demokratischen Massenorganisationen. Gleichzeitig ist es notwendig, die demokratische Ordnung zu sichern durch die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber feindlichen Handlungen, aber auch durch die Verbesserung der Schulung der Volkspolizei. Notwendig ist es vor allem,



den Arbeitsenthusiasmus, wie er sich in der Hennecke-Bewegung zeigt, auch in den Verwaltungen zu entfalten. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die demokratischen Verwaltungsorgane sich streng an die Gesetze der demokratischen Ordnung halten. Die Landesverfassungen und die Beschlüsse der Deutschen Wirtschaftskommission, die von Vertretern der Parteien des Demokratischen Blocks beschlossen werden, sind allgemein gültige Gesetze. Unsere demokratische Justiz hat die hohe Aufgabe, diese Gesetze gegenüber den Spekulanten und Schiebern und anderen wirtschaftlichen Verbrechern und gegenüber jenen Elementen abzuwenden, die die friedliche Aufbauarbeit des Volkes schädigen."

Das sind im wesentlichen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, die die SED zur Erleichterung und Verbesserung des Lebens der Werktätigen vorschlägt.

Die SED handelt nach dem Programm des 2. Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, in dem es heißt:

„Das Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland muß die Sicherung eines besseren Lebens der Bevölkerung sein... Diese Anstrengungen sind nur dann erfolgreich, wenn die demokratische Ordnung die Gewähr bietet, daß die Arbeit dem Volke nützt und eine gesamtdeutsche, unabhängige Friedenswirtschaft mit normalen wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen demokratischen Ländern geschaffen wird."

Auf diesem Wege sind wir bereits ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Wir werden noch rascher allen Arbeitenden die Lage erleichtern, wenn wir alle mit anpacken. Auf uns, auf die schaffenden Menschen kommt es dabei an. Wir wollen dabei sein und mithelfen, daß das große Werk gelingt, und das eintritt, was Walter Ulbricht am Schlusse seiner Ausführungen vorausgesagt hat:

„Es wird die Zeit kommen, wo die Krisis des Marshall-Planes allen Deutschen, die ein einiges, friedliches, unabhängiges Deutschland wollen, überzeugen wird, daß

der Weg des Deutschen Volksrates, der Weg des Neuaufbaus aus eigener Kraft, vorwärts führt zu einer besseren Zukunft unseres Volkes, zu einem Deutschland, das geachtet ist im Kreise der demokratischen Völker. Es lebe der Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne!
Es lebe der Kampf um die Festigung der demokratischen Ordnung!"



PARTIVORSTAND DER SED
ABT. MASSENAGITATION

SED RKEIS 11
ABT. ORGANISATION

Berlin, den 28. März 1949
Badensche Str. 52

TERMINKALENDER

für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Mai 1949

Achtung!

Jeden Dienstag um 18.00 Uhr Arbeitsbesprechung mit den Pol.- und Org.-Vorsitzenden der Stadtbezirke.

Die Tagungsorte werden in der Arbeitsbesprechung laufend bekanntgegeben.

An den Kreisveranstaltungen nehmen nur die Funktionäre der Stadtbezirke teil.

Freitag, 1. April:

19.30 Kommunalpolitischer Ausschuß

Dienstag, 5. April:

19.30 Kreisvorstandssitzung

Mittwoch, 6. April:

19.30 Stadtbez. - Vorstandssitzung und Arbeitsbesprechung mit Pol.- u. Org.-Vorsitzenden der Gruppen

Donnerstag, 7. April:

Bildungsabende in den Wohngruppen

Freitag, 8. April:

19.30 Sitzung der Schulkommission

19.30 Arbeitskreis Handwerk

19.30 Sitzung der Zeitungsobleute

19.30 Sitzung der Heimkehrerobleute

Sonnabend, 9. April:

11.00 Kreisschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Dienstag, 12. April:

19.30 Referentenvorbesprechung
für 21. 4. 1949

Mittwoch, 13. April:

- 19.00 Arbeitsbesprechung in den Stadtbezirken mit Pol.- u. Org.-Vorsitzenden der Gruppen
- 20.00 Stadtbezirksszirkel
Geschichte der KPdSU

Donnerstag, 14. April:

- 19.30 Gruppenabende

Dienstag, 19. April:

- 19.30 Erweiterte Kreisvorstandssitzung

Mittwoch, 20. April:

- 19.30 Stadtbez. - Vorstandssitzung und Arbeitsbesprechung mit Pol.- u. Org.-Vorsitzenden der Gruppen

Donnerstag, 21. April:

- 19.30 Mitgliederversammlungen
in den Gruppen

Freitag, 22. April:

- 19.30 Frauenkommission
- 19.30 Werbungskommission
- 19.30 Personalobleute
- 19.30 Kommunalpolitischer Ausschuß
- 19.30 Sozialpolitischer Ausschuß

Sonnabend, 23. April:

- 11.00 Kreisschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Dienstag, 26. April:

- 19.30 Referentenvorbesprechung
für 5.5.1949

Mittwoch, 27. April:

- 17.00 Sitzung aller Betriebsfunktionäre
- 19.00 Arbeitsbesprechung mit Pol.- u. Org.-Vorsitzenden
- 20.00 Stadtbezirksschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Donnerstag, 28. April:

- 19.30 Gruppenabende

Freitag, 29. April:

- 19.30 Sitzung der Heimkehrerobleute
- 19.30 Jugendkommission
- 19.30 Kassierer-Sitzung
- 19.30 Wirtschaftspolitischer Ausschuß
- 19.30 Sitzung der Kultur- und Sportobleute
- 19.30 Sitzung der Org.-Leiter

**Die
Bewährung
Deiner
Währung**

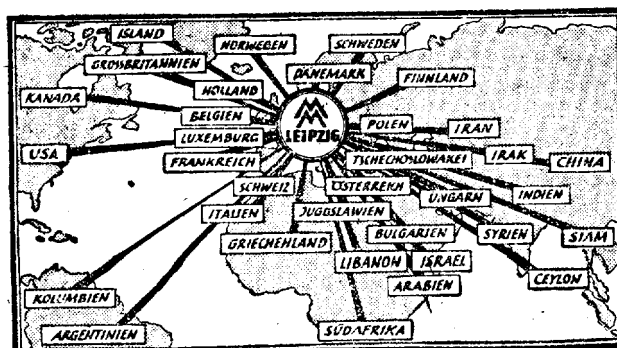
Leistet Widerstand den Währungsgangstern!

In allen zivilisierten Staaten hat der Bürger das Recht, gegen Beraubung und Ausplünderung den Schutz der Behörden anzurufen. Kommen diese ihrer Aufgabe nicht nach, so ist die Selbsthilfe gegen die Obrigkeit berechtigt. Wird aber die Tätigkeit der Behörden nicht mehr von der Sorge für das Wohl der Bevölkerung bestimmt, beteiligen sie sich selbst an ungesetzlichen Maßnahmen, so ist die Selbsthilfe des Bürgers sittliche Pflicht.

Dieser Fall ist jetzt in Westberlin eingetreten. Nehmen wir die im Ostsektor arbeitenden Westberliner. Sie erhalten in Zukunft 60 Prozent ihres Lohnes oder Gehaltes in Westmark umgetauscht. Das bedeutet, daß ihnen die Verfügung über 40 Prozent ihres Einkommens praktisch unmöglich gemacht werden soll. Ein Arbeiter mit einem monatlichen Verdienst von 200,— DM soll in Zukunft alle Lebensbedürfnisse, wie Miete, Licht, Heizung, kartenmäßige Verpflegung usw., für die ihm bisher 200,— DM zur Verfügung standen, von 120,— DM bestreiten.

Wer aber von dem demokratischen Recht und der Freiheit der Persönlichkeit Gebrauch machte, seine Lebensmittel da zu kaufen, wo er sie in bester Qualität erhält, wer sich also im Ostsektor eintragen ließ, den versetzt Herr Reuter in die „Straf-Kompanie“ und tauscht ihm nur noch 30 Prozent seines Lohnes in Westmark um. In die tiefste Kategorie wird vollends der eingereiht, der „frei von Furcht“ (wo las man das bloß immer?) als westsektoraler „Untertan“ trotz seiner Beschäftigung in Westberlin nicht einsehen will, daß er der Kriegspolitik eines Reuter zuliebe frieren und Pom schlucken soll. 10 Prozent Luftmark gewährt ihm der „Westmagistrat“. Jawohl, der sogenannte Westmagistrat! Denn diese schikanösen Bestimmungen sind auf Antrag der westberliner „Freiheitskämpfer“ in die Währungsverordnung aufgenommen worden.

Das offene Tor zur Welt



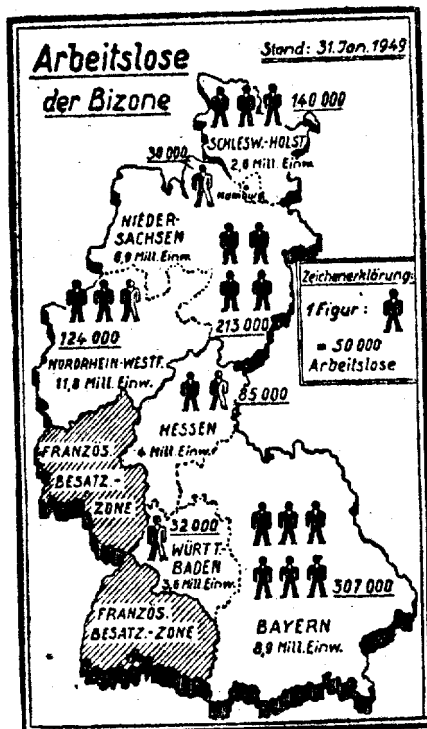
Leipziger Messe 2000 Kaufverträge mit 33 Ländern - 3facher Umsatz zu 1948, das sind 30410 171 Dollar - 2300 ausländische Käufer schlossen 1969 Kaufverträge gegenüber 800 in Höhe 1948 - 17500 Besucher aus den Westzonen - Mehr als 1000 Interzonenabschlüsse - 579 westdeutsche Aussteller waren anwesend, die ihre Ausstellungsgüter schwarz über die Grenze bringen mußten.

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Diese Gangsterregierung droht sogar einzelnen, jeden Pfennig zu sperren, was bisher einzigartig in der Geschichte und selbst unter Hitler unbekannt war.
Ein Gutes hat der 20. März auf jeden Fall gebracht: Er hat die Heuchelei der Reuter, Suhr und Schwennicke vor der Öffentlichkeit entlarvt. Wer den Arbeiter Müller aus Berlin-Neukölln dafür bestraft, daß er in Weißensee arbeitet, wer Frau Schulze aus Berlin-Charlottenburg zwingen will, ihren Säugling mit Trockenmilch statt mit frischer Vollmilch zu ernähren, der hat das Recht verwirkt, von „persönlicher Freiheit“, vom „Kampf gegen Willkür und Tyrannei“ zu sprechen.
Die hunderttausend Westberliner, die zur „Strafkompanie“ degradiert werden sollen, sehen sich jetzt manchen Schwierigkeiten gegenüber. In wenigen Wochen jedoch wird sich ganz Westberlin in einer schweren Wirtschaftskrise befinden. Dann wird jeder begreifen, daß es richtig war, dem Druck der Reuter, Suhr und Schwennicke nicht nachzugeben, sondern an der Ostmark und an der Eintragung im Ostsektor festzuhalten. Doch es geht nicht nur um Fragen der Entlohnung, des Geldumtausches oder der Ernährung, es geht um das Recht auf Selbstbestimmung. Es wurde schon einmal 1933 vom deutschen Volk kampflos aufgegeben. Die Folgen waren Krieg, Zerstörung, Zusammenbruch und namenloses Elend. Lernen wir aus der Geschichte! (Neues Deutschland)

Der Mülleimer der Welt



Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Kieler Universität, Prof. Dr. Fritz Baade, erklärte, der anglo-amerikanische Block habe die deutsche Tür zum Welthandel mit einem komplizierten Schloß mit vielen Zuhaltungen abgeschlossen.

„Seine Zuhaltungen hießen: JEIA-Kontrolle, Dollarklausel, Verbot des direkten Warenaustausches, Demontagen, erzwungener Rohstoffexport.“

In einer Resolution der Vereinigung bayrischer Schuhfabrikanten wurde Protest gegen die beabsichtigte Einfuhr von 1 Mill. Paar Schuhe aus Kanada erhoben und erklärt, daß dies für die deutsche Wirtschaft untragbar sei. Ein Sprecher bezeichnete den Versuch der Amerikaner, nicht absetzbare Ausschußwaren und nicht verwendbare Rohmaterialien an Deutschland zu verkaufen, als das „beste Geschäft des amerikanischen Kapitals — mit dem Mülleimer der Welt, zu dem sich die Bizone entwickelt hat.“

(„Der Tag“ 20. 2. 49)

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Das größte Betrugsmanöver

Von Bürgermeister Arnold Gohr (CDU)

Berlin erlebt ein neues Währungsmanöver. Solange wir in Berlin das gleiche Geld hatten, war Berlin trotz der vier Besatzungsmächte eine Einheit. Mit der Einführung der Sonderwährung durch die Westmächte erfolgte die Spaltung. Durch die Wechselstuben wurde das Schiebertum gefördert, andererseits aber große Teile des Volkes ausgebeutet. Ähnlich muß es zur Zeit Christi gewesen sein. Die Römer hatten das Land, das durch ein weites Meer von dem ihnen getrennt war, besetzt. Sie bestimmten, was die Juden dem Kaiser zu zahlen hatten. Amerika ist von Deutschland durch den Ozean getrennt, und sie bestimmen genau so über uns Deutsche. Sie sind nicht Deutsche, und die Not der Deutschen berührt sie nicht.

Diese Not wird aber durch die von den Deutschen eingerichteten Wechselstuben noch vergrößert. Eine reale Grundlage für den Wechselkurs gibt es nicht. Es kann doch niemand ernstlich behaupten, daß die Westmark besser fundiert sei als die Ostmark. Die verschiedene Bewertung des

Bewährung und Aufbau des sowjetischen Sektors Berlins Für 2 Millionen Dollar Exportaufträge

konnte der Ostsektor Berlins auf der Leipziger Messe abschließen. Er steht damit an 3. Stelle der Lieferländer der Ostzone.



Geldes in Berlin ist das größte Betrugsmanöver an der Berliner Bevölkerung, das sie seit der Inflation erlebt hat. In welcher brutalen Weise sich dieses Betrugsmanöver und mit ihm die neuen Währungsbestimmungen, die doch auf Vorschlag der Deutschen entstanden sind, auswirken, sei an folgendem Beispiel erläutert:

Ein Arbeiter, der im Westen wohnt und dort arbeitet, aber seine Lebensmittel im Ostsektor bezieht, muß von seinem Arbeitgeber 90% seines Lohnes von West- in Ostmark umwechseln lassen, so daß er 10% in West- und 90% in Ostmark erhält, obwohl er also im Westen wohnt und arbeitet. Nehmen wir an, ein Arbeiter erhält 200 DM ausgezahlt. Dann bekommt er 20 Westmark und 180 Ostmark. Er muß aber Miete, Fahrgehalt, Gas usw. in Westmark bezahlen, muß also zur Wechselstube wandern. Dort bekommt er statt 180 Ostmark nur 36 Westmark, so daß er in Wirklichkeit nur $20 + 36 = 56$ Westmark monatlich verdient, einen Betrag, der gerade für die Miete ausreicht. Zum Leben für sich selbst und seine Familie bleibt tatsächlich nichts.

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Hieraus ergibt sich, daß die von den Deutschen gutgeheißenen Bestimmungen sich dahin auswirken müssen, daß Teile der arbeitenden deutschen Bevölkerung in Westberlin verelenden, wenn sie nicht in den Ostsektor oder in die Ostzone auswandern. Die Herren Reuter, Schwennicke und andere machen sich damit der Verelendung eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung schuldig. Wir können nur wünschen und Gott bitten, daß recht bald alle Besatzungsmächte Deutschland verlassen und wie zur Zeit Christi die Wechsler schnellstens zum Teufel gejagt werden, dann aber werden die Deutschen die jetzt verantwortlichen Männer und Frauen nach ihren Taten beurteilen.

(Berliner Zeitung)

„Währungsunwürdig“

Was wir gegenwärtig bei der Einführung der B-Mark als alleiniges Zahlungsmittel für die Berliner Westsektoren erleben, stellt in seiner raffiniert ausgeklügelten Methodik der Diffamierung, des Terrors und der Gewissensbedrückung eine neuartige Form des politischen Kampfes dar. Insofern noch durch und durch verlogen, als sie sich dabei zur

Westberlin der Sumpfboden der Spekulation des Volksbetrugs und der wirtschaftlichen Pleite



Verwirrung der Köpfe demokratischer Schlagworte bedient. Wer bisher noch keine Vorstellung von Neofaschismus gehabt hat — hier bekommt er einen Begriff davon. Um die Lebensatmosphäre einer Stadt zu vergiften, hätte auch ein Goebbels die Vierklasseneinteilung in seinem auf teuflische Wirkungen berechneten Hirn nicht anders ausbrüten können.

Nur kannte er zu seiner Zeit noch keine „Grenzgänger“. Das haben die Reuter, Suhr, Neumann, Schwennicke und Schreiber dem früheren Berliner „Gauleiter“ voraus. Aus dieser neuen Gruppe lassen sich nämlich eine Reihe politisch Unliebsamer herausuchen, die man zu „Währungsunwürdigen“ abstempeln kann, so wie Hitler und Goebbels ihre „Wehrunwürdigen“ gehabt haben. Zu diesen „Währungsunwürdigen“ zählen in erster Linie die demokratischen Kräfte, die den Verrat an der Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt ständig angeprangert und die Verräter daran gehindert haben, kräftig in die „Blockade“-Trompete zu blasen. Weil sie die Tatsache, daß sich die sowjetischen

Behörden zur Versorgung ganz Berlins mit frischen Lebensmitteln und Brennmaterial bereit erklärten, der Antisowjethetze entgegenstellten, haben sie den westlichen Hetzern das Konzept verdorben. Das sollen sie jetzt „büßen“. Rache ist süß, besonders die kleine Rache des kleinen Mannes. Der Westmagistrat ließ sich deshalb — dies steht wirklich einzig da in der Geschichte der Währungsreformen — von den westlichen Militärgouverneuren die Ermächtigung geben, ihnen unliebsame Gruppen für „währungsunwürdig“ zu erklären. Nach einer Meldung des „Abend“ soll die erste Währungsstrafkompanie aus leitenden Persönlichkeiten der DWK, des Berliner Rundfunks sowie der sowjetisch-lizenzierten Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenbüros zusammengestellt werden.

Es steht bei den Herren vom Westmagistrat, sich so lächerlich zu machen, wie sie es wünschen. Mögen sie reagieren wie wildgewordene Spießer: Euch werden wir es anstreichen! Langsam, langsam! Immer mit der Ruhe! Wer nach Rache schreit, beweist damit, daß er am Ende seines Lateins ist. Der Spuk der Verderber Berlins wird deshalb schneller ein Ende nehmen, als man denkt. Wenn dann die Berliner die Hammelbeine langziehen, darüber besteht schon heute kein Zweifel.

(„Tribüne“)

Schwarze Tage für Westberlin

Berlin, 22. März (EB). Wohlunterrichtete Beobachter der Westberliner Wirtschaft erklären über die voraussehbaren Folgen der auf Betreiben der unverantwortlichen Politiker des Spaltermagistrats von den Westmächten angeordneten Währungsumstellung:

Die volle Einführung der Westmark als einziges Zahlungsmittel zerreißt die letzten wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem Westen Berlins und dem sowjetisch besetzten Gebiet. Der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch der Westberliner Wirtschaft ist dadurch besiegelt. Was wird die Folge der Trennung Westberlins von seinem natürlichen Hinterland sein?

Die Produktion muß weiter zurückgehen, weil die Luftbrücke nicht imstande ist, die erforderlichen Kohlen und Rohstoffe heranzubringen. Die Umsätze der Fabrikanten, der Handwerker und der Handelsfirmen schrumpfen unaufhaltsam. Massenentlassungen, Kurzarbeit und Lohnsenkungen werden unvermeidbar.

Die Urheber gestehen:

„Die neue Währungsreform wird Menschen und Betriebe Westberlins schwer belasten. Mancher Betrieb und mancher Haushalt wird jetzt vielleicht umgeworfen. Der Wirtschaftskrieg in Berlin geht weiter, vielleicht noch härter als zuvor.“

(„Der Tag“)

Nach Einführung der Westmark als einziges gesetzliches Zahlungsmittel sind die Gewerbetreibenden, Handelsfirmen und Angehörigen der freien Berufe nicht mehr in der Lage, ihre Verluste auszugleichen. Ihre stark verminderten Einkünfte werden nicht ausreichen, Löhne, Mieten und Materialkosten in Westmark zu bezahlen. Tausende von Firmen stehen vor dem Bankrott.

Die Führer des Westberliner Spaltermagistrats verkünden triumphierend, daß Westberlin nunmehr ein Teil von Westdeutschland sei. Diesen geographischen Irrtum werden die Arbeiter und Angestellten, die Handwerker, Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte und andere ehrlich arbeitende Bewohner der Westsektoren mit ihrem wirtschaftlichen Ruin zu bezahlen haben. Es ist klar, daß die Berliner Wirtschaft nun eine sehr geringe

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP

0010001-3

Menge von Waren erzeugen und über die Luftbrücke absetzen kann. Durch die hohen Transportkosten und die ungenügende Ausnutzung aller Anlagen werden diese Waren in Westdeutschland nicht konkurrenzfähig sein.

Die nächste Folge wird ein starker Abbau der Löhne und Gehälter sein, der schon mehrfach geordert worden ist. Hunderttausende werden ihren Arbeitsplatz verlieren, andere Hunderttausende zur Kurzarbeit gezwungen werden.

Die Einwohner Westberlins werden, wie schon im Winter, genötigt werden, berufsfremde Notstandsarbeiten anzunehmen und aus ihrer beruflichen Laufbahn geschleudert werden.

Auf der anderen Seite werden die Warenpreise in den Westsektoren noch weiter steigen, nachdem die Preisstopvorschriften schon seit langer Zeit offen mißachtet werden. Für Lebensmittel werden in allernächster Zeit schon die Verbilligungszuschüsse des Magistrats fortfallen. Stark gesunkene Einnahmen und steigende Preise werden die Lebenshaltung der Bevölkerung bestimmen.

Viele Hunderttausende werden vor der Wahl stehen, entweder ihre Mieten nicht voll zu bezahlen oder ihre Lebensmittel nicht voll beziehen zu können. Es versteht sich von selbst, daß sie zunächst ihre Mietzahlungen einschränken werden, denn es kann niemandem zugemutet werden, daß er freiwillig verhungert.

Vor den Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden Westberlins liegt eine schwere Zeit. Der Gerichtsvollzieher wird in den nächsten Monaten in Westberlin ein häufiger Gast sein.

Aber es wird nicht allen Westberlinern so gehen. Eine kleine Gruppe von korrupten Politikern und Schiebern hat dafür gesorgt, daß sie und ihre Familien von allen diesen Sorgen unberührt bleiben. Das sind jene, die am 5. Dezember mit falschen Parolen in den Sattel gestiegen sind. Es sind die Lizenzträger der Kriegshetzerpresse, denen schon seit dem Sommer ihre gesamten Einnahmen zum Vorzugskurs 1:1 umgetauscht worden sind. Auch die westdeutschen Großkonzerne, denen die Miethäuser gehören, in denen tausende Westberliner wohnen, werden durch die Not nicht betroffen. Die großen Versicherungskonzerne, die Allianz, die Münchner Rückversicherung, die Victoria, der Gerling-Konzern und wie sie alle heißen, werden ihre Zinsen und Mieten pünktlich erhalten. Ebenso werden die Mitglieder der ehemaligen Fürstenhäuser, die Herren der Ruhrindustrie, die ihr Vermögen in Berliner Hausbesitz angelegt haben, pünktlich ihre Bezüge erhalten, wenn es nach dem Willen derjenigen geht, die Westberlin diese Spekulantenvährung aufgehalst haben. Arbeiter und Angestellte des Berliner Westens dürfen sich nicht gegeneinander mißbrauchen lassen. Jetzt verspürt jeder Werktätige Westberlins, was ihm die Spaltung der deutschen Hauptstadt gebracht hat. Jetzt sieht jeder Berliner, daß Spaltung nur Not, Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger bringt.

Deshalb gibt es nur eine Parole, unter der sich alle zusammenfinden müssen: Kampf gegen die Spaltung, Kampf für die Einheit Berlins!

(Tägliche Rundschau)

Gestapo-Schwennicke
ist zufrieden

„Endlich ist die Gefahr unterbunden,
daß sich Westberlin einem einheitlichen
Zahlungsmittel unterwerfen muß.“

Der Unterschied in den Lebenshaltungskosten der Bevölkerung im sowjetischen Sektor und den Westsektoren Berlins.

Dieser Gegenüberstellung sind zugrunde gelegt die Preise für den Monat Dezember 1948. Seitdem hat sich das Bild noch mehr zugunsten des sowjetischen Sektors geändert.

Lebensmittelkarten-Gruppe	sowjetischer Sektor	Westsektoren
I	22,57 DM	27,84 DM
II	17,93 DM	22,38 DM
III	13,99 DM	18,63 DM
IV AS	16,— DM	32,13 DM
IV AK	14,55 DM	25,98 DM
IV B	15,27 DM	18,52 DM
IV C	14,89 DM	19,80 DM

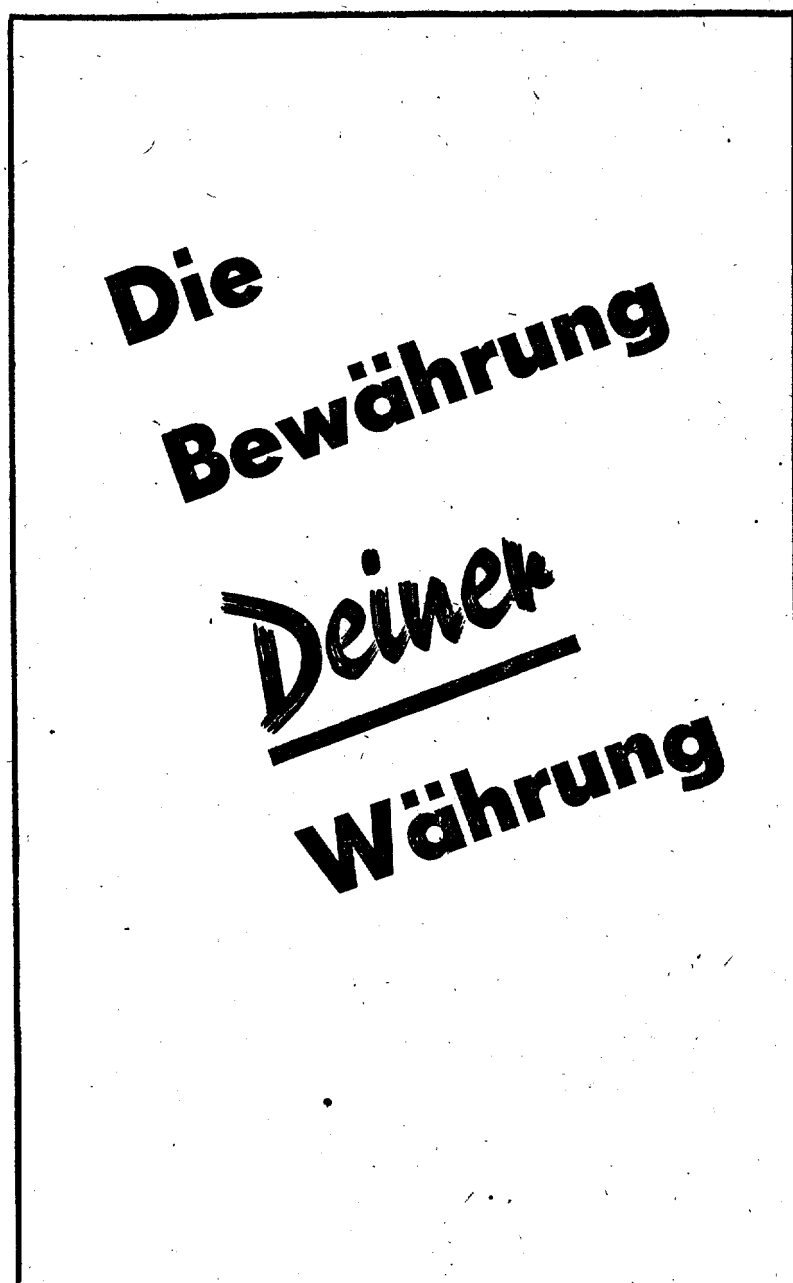
Eure Lage, Bürger Westberlins, wird nach diesem Währungsskandal unerträglich werden.

Macht von dem Recht der Notwehr Gebrauch.

Wie der Lohn — so die Miete, Steuern und Abgaben.

Weg mit den 4 Westmarkklassen.

Eine einheitliche Versorgung, Währung und Verwaltung für ganz Berlin.



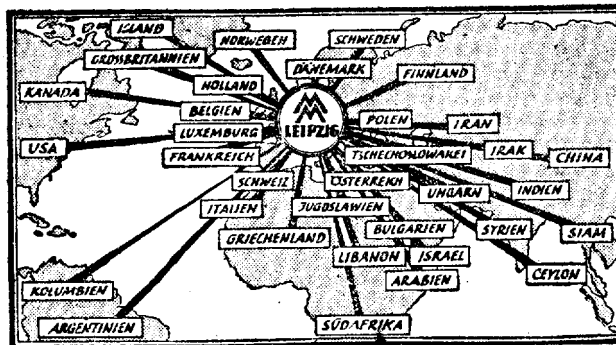
Leistet Widerstand den Währungsgangstern!

In allen zivilisierten Staaten hat der Bürger das Recht, gegen Beraubung und Ausplünderung den Schutz der Behörden anzurufen. Kommen diese ihrer Aufgabe nicht nach, so ist die Selbsthilfe gegen die Obrigkeit berechtigt. Wird aber die Tätigkeit der Behörden nicht mehr von der Sorge für das Wohl der Bevölkerung bestimmt, beteiligen sie sich selbst an ungesetzlichen Maßnahmen, so ist die Selbsthilfe des Bürgers sittliche Pflicht.

Dieser Fall ist jetzt in Westberlin eingetreten. Nehmen wir die im Ostsektor arbeitenden Westberliner. Sie erhalten in Zukunft 60 Prozent ihres Lohnes oder Gehaltes in Westmark umgetauscht. Das bedeutet, daß ihnen die Verfügung über 40 Prozent ihres Einkommens praktisch unmöglich gemacht werden soll. Ein Arbeiter mit einem monatlichen Verdienst von 200,— DM soll in Zukunft alle Lebensbedürfnisse, wie Miete, Licht, Heizung, kartenmäßige Verpflegung usw., für die ihm bisher 200,— DM zur Verfügung standen, von 120,— DM bestreiten.

Wer, aber von dem demokratischen Recht und der Freiheit der Persönlichkeit Gebrauch machte, seine Lebensmittel da zu kaufen, wo er sie in bester Qualität erhält, wer sich also im Ostsektor eintragen ließ, den versetzt Herr Reuter in die „Straf-Kompanie“ und tauscht ihm nur noch 30 Prozent seines Lohnes in Westmark um. In die tiefste Kategorie wird vollends der eingereiht, der „frei von Furcht“ (wo las man das bloß immer?) als westsektoraler „Untertan“ trotz seiner Beschäftigung in Westberlin nicht einsehen will, daß er der Kriegspolitik eines Reuter zuliebe frieren und Pom schlucken soll. 10 Prozent Luftmark gewährt ihm der „Westmagistrat“. Jawohl, der sogenannte Westmagistrat! Denn diese schikanösen Bestimmungen sind auf Antrag der westberliner „Freiheitskämpfer“ in die Währungsverordnung aufgenommen worden.

Das offene Tor zur Welt



Leipziger Messe 2000 Kaufverträge mit 33 Ländern - 3facher Umsatz zu 1948, das sind 30410171 Dollar - 2300 ausländische Käufer schlossen 1969 Kaufverträge gegenüber 800 in Höhe 1948 - 17500 Besucher aus den Westzonen - Mehr als 1000 Interzonenabschlüsse - 579 westdeutsche Aussteller waren anwesend, die ihre Ausstellungsgüter schwarz über die Grenze bringen mußten.

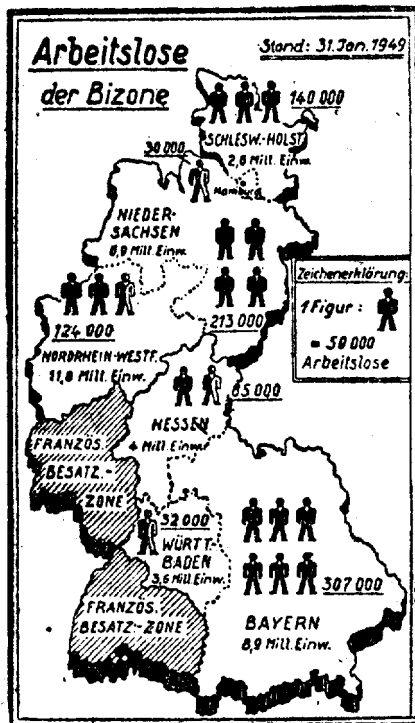
Diese Gangsterregierung droht sogar einzelnen, jeden Pfennig zu sperren, was bisher einzigartig in der Geschichte und selbst unter Hitler unbekannt war.

Ein Gutes hat der 20. März auf jeden Fall gebracht: Er hat die Heuchelei der Reuter, Suhr und Schwennicke vor der Öffentlichkeit entlarvt. Wer den Arbeiter Müller aus Berlin-Neukölln dafür bestraft, daß er in Weißensee arbeitet, wer Frau Schulze aus Berlin-Charlottenburg zwingen will, ihren Säugling mit Trockenmilch statt mit frischer Vollmilch zu ernähren, der hat das Recht verwirkt, von „persönlicher Freiheit“, vom „Kampf gegen Willkür und Tyrannei“ zu sprechen.

Die hunderttausend Westberliner, die zur „Strafkompanie“ degradiert werden sollen, sehen sich jetzt manchen Schwierigkeiten gegenüber. In wenigen Wochen jedoch wird sich ganz Westberlin in einer schweren Wirtschaftskrise befinden. Dann wird jeder begreifen, daß es richtig war, dem Druck der Reuter, Suhr und Schwennicke nicht nachzugeben, sondern an der Ostmark und an der Eintragung im Ostsektor festzuhalten. Doch es geht nicht nur um Fragen der Entlohnung, des Geldumtausches oder der Ernährung, es geht um das Recht auf Selbstbestimmung. Es wurde schon einmal 1933 vom deutschen Volk kampflos aufgegeben. Die Folgen waren Krieg, Zerstörung, Zusammenbruch und namenloses Elend. Lernen wir aus der Geschichte!

(Neues Deutschland)

Der Mülleimer der Welt



Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Kieler Universität, Prof. Dr. Fritz Baade, erklärte, der anglo-amerikanische Block habe die deutsche Tür zum Welthandel mit einem komplizierten Schloß mit vielen Zuhaltungen abgeschlossen.

„Seine Zuhaltungen hießen: JELA-Kontrolle, Dollarklausel, Verbot des direkten Warenaustausches, Demontagen, erzwungener Rohstoffexport.“

In einer Resolution der Vereinigung bayerischer Schuhfabrikanten wurde Protest gegen die beabsichtigte Einfuhr von 1 Mill. Paar Schuhe aus Kanada erhoben und erklärt, daß dies für die deutsche Wirtschaft untragbar sei. Ein Sprecher bezeichnete den Versuch der Amerikaner, nicht absetzbare Ausschußwaren und nicht verwendbare Rohmaterialien an Deutschland zu verkaufen, als das „beste Geschäft des amerikanischen Kapitals — mit dem Mülleimer der Welt, zu dem sich die Bizone entwickelt hat.“

(„Der Tag“ 20. 2. 49)

Das größte Betrugsmanöver

Von Bürgermeister Arnold Gohr (CDU)

Berlin erlebt ein neues Währungsmanöver. Solange wir in Berlin das gleiche Geld hatten, war Berlin trotz der vier Besatzungsmächte eine Einheit. Mit der Einführung der Sonderwährung durch die Westmächte erfolgte die Spaltung. Durch die Wechselstuben wurde das Schiebertum gefördert, andererseits aber große Teile des Volkes ausgebeutet. Ähnlich muß es zur Zeit Christi gewesen sein. Die Römer hatten das Land, das durch ein weites Meer von dem ihren getrennt war, besetzt. Sie bestimmten, was die Juden dem Kaiser zu zahlen hatten. Amerika ist von Deutschland durch den Ozean getrennt, und sie bestimmen genau so über uns Deutsche. Sie sind nicht Deutsche, und die Not der Deutschen berührt sie nicht.

Diese Not wird aber durch die von den Deutschen eingerichteten Wechselstuben noch vergrößert. Eine reale Grundlage für den Wechselkurs gibt es nicht. Es kann doch niemand ernstlich behaupten, daß die Westmark besser fundiert sei als die Ostmark. Die verschiedene Bewertung des

Bewährung und Aufbau des sowjetischen Sektors Berlins Für 2 Millionen Dollar Exportaufträge

konnte der Ostsektor Berlins auf der Leipziger Messe abschließen. Er steht damit an 3. Stelle der Lieferländer der Ostzone.



Geldes in Berlin ist das größte Betrugsmanöver an der Berliner Bevölkerung, das sie seit der Inflation erlebt hat. In welcher brutalen Weise sich dieses Betrugsmanöver und mit ihm die neuen Währungsbestimmungen, die doch auf Vorschlag der Deutschen entstanden sind, auswirken, sei an folgendem Beispiel erläutert:

Ein Arbeiter, der im Westen wohnt und dort arbeitet, aber seine Lebensmittel im Ostsektor bezieht, muß von seinem Arbeitgeber 90% seines Lohnes von West- in Ostmark umwechseln lassen, so daß er 10% in West- und 90% in Ostmark erhält, obwohl er also im Westen wohnt und arbeitet. Nehmen wir an, ein Arbeiter erhält 200 DM ausgezahlt. Dann bekommt er 20 Westmark und 180 Ostmark. Er muß aber Miete, Fahrgehalt, Gas usw. in Westmark bezahlen, muß also zur Wechselstube wandern. Dort bekommt er statt 180 Ostmark nur 36 Westmark, so daß er in Wirklichkeit nur $20 + 36 = 56$ Westmark monatlich verdient, einen Betrag, der gerade für die Miete ausreicht. Zum Leben für sich selbst und seine Familie bleibt tatsächlich nichts.

Hieraus ergibt sich, daß die von den Deutschen gutgeheißenen Bestimmungen sich dahin auswirken müssen, daß Teile der arbeitenden deutschen Bevölkerung in Westberlin verelenden, wenn sie nicht in den Ostsektor oder in die Ostzone auswandern. Die Herren Reuter, Schwennicke und andere machen sich damit der Verelendung eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung schuldig. Wir können nur wünschen und Gott bitten, daß recht bald alle Besatzungsmächte Deutschland verlassen und wie zur Zeit Christi die Wechsler schnellstens zum Teufel gejagt werden, dann aber werden die Deutschen die jetzt verantwortlichen Männer und Frauen nach ihren Taten beurteilen.

(Berliner Zeitung)

„Währungsunwürdig“

Was wir gegenwärtig bei der Einführung der B-Mark als alleiniges Zahlungsmittel für die Berliner Westsektoren erleben, stellt in seiner raffiniert ausgeklügelten Methodik der Diffamierung, des Terrors und der Gewissensbedrückung eine neuartige Form des politischen Kampfes dar. Insofern noch durch und durch verlogen, als sie sich dabei zur

Westberlin der Sumpfboden der Spekulation des Volksbetrugs und der wirtschaftlichen Pleite



Verwirrung der Köpfe demokratischer Schlagworte bedient. Wer bisher noch keine Vorstellung von Neofaschismus gehabt hat — hier bekommt er einen Begriff davon. Um die Lebensatmosphäre einer Stadt zu vergiften, hätte auch ein Goebbels die Vierklasseneinteilung in seinem auf teuflische Wirkungen berechneten Hirn nicht anders ausbrüten können.

Nur kannte er zu seiner Zeit noch keine „Grenzgänger“. Das haben die Reuter, Suhr, Neumann, Schwennicke und Schreiber dem früheren Berliner „Gauleiter“ voraus. Aus dieser neuen Gruppe lassen sich nämlich eine Reihe politisch Unliebsamer herausuchen, die man zu „Währungsunwürdigen“ abstempeln kann, so wie Hitler und Goebbels ihre „Wehrunwürdigen“ gehabt haben. Zu diesen „Währungsunwürdigen“ zählen in erster Linie die demokratischen Kräfte, die den Verrat an der Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt ständig angeprangert und die Verräter daran gehindert haben, kräftig in die „Blockade“-Trompete zu blasen. Weil sie die Tatsache, daß sich die sowjetischen

Behörden zur Versorgung ganz Berlins mit frischen Lebensmitteln und Brennmateriale bereit erklärten, der Antisowjethetze entgegenstellten, haben sie den westlichen Hetzern das Konzept verdorben.

Das sollen sie jetzt „büßen“. Rache ist süß, besonders die kleine Rache des kleinen Mannes. Der Westmagistrat ließ sich deshalb — dies steht wirklich einzig da in der Geschichte der Währungsreformen — von den westlichen Militärgouverneuren die Ermächtigung geben, ihnen unliebsame Gruppen für „währungsunwürdig“ zu erklären. Nach einer Meldung des „Abend“ soll die erste Währungsstrafkompanie aus leitenden Persönlichkeiten der DWK, des Berliner Rundfunks sowie der sowjetisch-lizenzierten Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenbüros zusammengestellt werden.

Es steht bei den Herren vom Westmagistrat, sich so lächerlich zu machen, wie sie es wünschen. Mögen sie reagieren wie wildgewordene Spießer: Euch werden wir es anstreichen! Langsam, langsam! Immer mit der Ruhe! Wer nach Rache schreit, beweist damit, daß er am Ende seines Lateins ist. Der Spuk der Verderber Berlins wird deshalb schneller ein Ende nehmen, als man denkt. Wenn dann die Berliner die Hammelbeine langziehen, darüber besteht schon heute kein Zweifel.

(„Tribüne“)

Schwarze Tage für Westberlin

Berlin, 22. März (EB). Wohlunterrichtete Beobachter der Westberliner Wirtschaft erklären über die voraussehbaren Folgen der auf Betreiben der unverantwortlichen Politiker des Spaltermagistrats von den Westmächten angeordneten Währungsumstellung:

Die volle Einführung der Westmark als einziges Zahlungsmittel zerreißt die letzten wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem Westen Berlins und dem sowjetisch besetzten Gebiet. Der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch der Westberliner Wirtschaft ist dadurch besiegelt.

Was wird die Folge der Trennung Westberlins von seinem natürlichen Hinterland sein?

Die Produktion muß weiter zurückgehen, weil die Luftbrücke nicht imstande ist, die erforderlichen Kohlen und Rohstoffe heranzubringen. Die Umsätze der Fabrikanten, der Handwerker und der Handelsfirmen schrumpfen unaufhaltsam. Massenentlassungen, Kurzarbeit und Lohnsenkungen werden unvermeidbar.

Die Urheber gestehen:

„Die neue Währungsreform wird Menschen und Betriebe Westberlins schwer belasten. Mancher Betrieb und mancher Haushalt wird jetzt vielleicht umgeworfen. Der Wirtschaftskrieg in Berlin geht weiter, vielleicht noch härter als zuvor.“

(„Der Tag“)

Nach Einführung der Westmark als einziges gesetzliches Zahlungsmittel sind die Gewerbetreibenden, Handelsfirmen und Angehörigen der freien Berufe nicht mehr in der Lage, ihre Verluste auszugleichen. Ihre stark verminderten Einkünfte werden nicht ausreichen, Löhne, Mieten und Materialkosten in Westmark zu bezahlen. Tausende von Firmen stehen vor dem Bankrott.

Die Führer des Westberliner Spaltermagistrats verkünden triumphierend, daß Westberlin nunmehr ein Teil von Westdeutschland sei. Diesen geographischen Irrtum werden die Arbeiter und Angestellten, die Handwerker, Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte und andere ehrlich arbeitende Bewohner der Westsektoren mit ihrem wirtschaftlichen Ruin zu bezahlen haben. Es ist klar, daß die Berliner Wirtschaft nur eine sehr geringe

Menge von Waren erzeugen und über die Luftbrücke absetzen kann. Durch die hohen Transportkosten und die ungenügende Ausnutzung aller Anlagen werden diese Waren in Westdeutschland nicht konkurrenzfähig sein.

Die nächste Folge wird ein starker Abbau der Löhne und Gehälter sein, der schon mehrfach gefordert worden ist. Hunderttausende werden ihren Arbeitsplatz verlieren, andere Hunderttausende zur Kurzarbeit gezwungen werden.

Die Einwohner Westberlins werden, wie schon im Winter, genötigt werden, berufsfremde Notstandsarbeiten anzunehmen und aus ihrer beruflichen Laufbahn geschleudert werden.

Auf der anderen Seite werden die Warenpreise in den Westsektoren noch weiter steigen, nachdem die Preisstopvorschriften schon seit langer Zeit offen mißachtet werden. Für Lebensmittel werden in allernächster Zeit schon die Verbilligungszuschüsse des Magistrats fortfallen. Stark gesunkene Einnahmen und steigende Preise werden die Lebenshaltung der Bevölkerung bestimmen.

Viele Hunderttausende werden vor der Wahl stehen, entweder ihre Mieten nicht voll zu bezahlen oder ihre Lebensmittel nicht voll beziehen zu können. Es versteht sich von selbst, daß sie zunächst ihre Mietzahlungen einschränken werden, denn es kann niemandem zugemutet werden, daß er freiwillig verhungert.

Vor den Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden Westberlins liegt eine schwere Zeit. Der Gerichtsvollzieher wird in den nächsten Monaten in Westberlin ein häufiger Gast sein.

Aber es wird nicht allen Westberlinern so gehen. Eine kleine Gruppe von korrupten Politikern und Schiebern hat dafür gesorgt, daß sie und ihre Familien von allen diesen Sorgen unberührt bleiben. Das sind jene, die am 5. Dezember mit falschen Parolen in den Sattel gestiegen sind. Es sind die Lizenzträger der Kriegshetzerpresse, denen schon seit dem Sommer ihre gesamten Einnahmen zum Vorzugskurs 1:1 umgetauscht worden sind. Auch die westdeutschen Großkonzerne, denen die Miethäuser gehören, in denen tausende Westberliner wohnen, werden durch die Not nicht betroffen. Die großen Versicherungskonzerne, die Allianz, die Münchner Rückversicherung, die Victoria, der Gerling-Konzern und wie sie alle heißen, werden ihre Zinsen und Mieten pünktlich erhalten. Ebenso werden die Mitglieder der ehemaligen Fürstenhäuser, die Herren der Ruhrindustrie, die ihr Vermögen in Berliner Hausbesitz angelegt haben, pünktlich ihre Bezüge erhalten, wenn es nach dem Willen derjenigen geht, die Westberlin diese Spekulantenvährung aufgehalst haben. Arbeiter und Angestellte des Berliner Westens dürfen sich nicht gegeneinander mißbrauchen lassen. Jetzt verspürt jeder Werktätige Westberlins, was ihm die Spaltung der deutschen Hauptstadt gebracht hat. Jetzt sieht jeder Berliner, daß Spaltung nur Not, Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger bringt.

Deshalb gibt es nur eine Parole, unter der sich alle zusammenfinden müssen: Kampf gegen die Spaltung, Kampf für die Einheit Berlins!

(Tägliche Rundschau)

**Gestapo-Schwennicke
ist zufrieden**

„Endlich ist die Gefahr unterbunden,
daß sich Westberlin einem einheitlichen
Zahlungsmittel unterwerfen muß.“

Der Unterschied in den Lebenshaltungskosten der Bevölkerung im sowjetischen Sektor und den Westsektoren Berlins.

Dieser Gegenüberstellung sind zugrunde gelegt die Preise für den Monat Dezember 1948. Seitdem hat sich das Bild noch mehr zugunsten des sowjetischen Sektors geändert.

Lebensmittelkarten-Gruppe	sowjetischer Sektor	Westsektoren
I	22,57 DM	27,84 DM
II	17,91 DM	22,38 DM
III	13,99 L.	18,63 DM
IV AS	16,— DM	32,13 DM
IV AK	14,55 DM	25,98 DM
IV B	15,27 DM	18,52 DM
IV C	14,89 DM	19,80 DM

*Eure Lage, Bürger Westberlins, wird nach diesem
Währungsskandal unerträglich werden.*

Macht von dem Recht der Notwehr Gebrauch.

Wie der Lohn — so die Miete, Steuern und Abgaben.

Weg mit den 4 Westmarkklassen.

*Eine einheitliche Versorgung, Währung und
Verwaltung für ganz Berlin.*

Dienstag, 3. Mai:

19.30 Kreisvorstandssitzung

Mittwoch, 4. Mai:

19.30 Stadtbez. - Vorstandssitzung und
Arbeitsbesprechung mit Pol.- u.
Org.-Vorsitzenden der Gruppen

Donnerstag, 5. Mai:

Bildungsabende in den Wohn-
gruppen

Freitag, 6. Mai:

19.30 Sitzung der Schulkommission
19.30 Sitzung der Zeitungsobleute
19.30 Kommunalpolitischer Ausschuß
19.30 Arbeitskreis Handwerk

Sonnabend, 7. Mai:

11.00 Kreisschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Dienstag, 10. Mai:

19.30 Referentenvorbesprechung
für 19. 5. 1949

Mittwoch, 11. Mai:

19.00 Arbeitsbesprechung mit Pol.- u.
Org.-Vorsitzenden der Gruppen
20.00 Stadtbezirksschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Donnerstag, 12. Mai:

19.30 Gruppenabende

Freitag, 13. Mai:

19.30 Sitzung der Personalobleute
19.30 Sitzung der Werbungskommission
19.30 Sozialpolitischer Ausschuß
19.30 Sitzung der Heimkehrerobleute
19.30 Sitzung der Frauenkommission

Dienstag, 17. Mai:

19.30 Erweiterte Kreisvorstandssitzung

Mittwoch, 18. Mai:

19.30 Sitzung der Stadtbez.-Vorstände
und Arbeitsbesprechung mit Pol.-
u. Org.-Vorsitzenden der Gruppen

Donnerstag, 19. Mai:

19.30 Mitgliederversammlungen
in den Gruppen

Sonnabend, 21. Mai:

11.00 Kreisschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Dienstag, 24. Mai:

19.30 Referentenvorbesprechung
für 2. 6. 1949

Mittwoch, 25. Mai:

19.00 Arbeitsbesprechung mit Pol.- u.
Org.-Vorsitzenden der Gruppen
20.00 Stadtbezirksschulungszirkel
Geschichte der KPdSU

Freitag, 27. Mai:

17.00 Sitzung aller Betr.-Funktionäre
19.30 Sitzung der Jugendkommission
19.30 Sitzung der Kassierer
19.30 Wirtschaftspolitischer Ausschuß
19.30 Sitzung der Kultur- u. Sport-
obleute
19.30 Sitzung der Heimkehrerobleute

Dienstag, 31. Mai:

19.30 Kreisvorstandssitzung

25X1A

Arbeitsplan

des Ständigen Berliner Ausschusses
für Einheit und gerechten Frieden

Sitzung 7. Januar 1949.

Tätigkeit und Aufgaben der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden in Berlin.

- 1.) Zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben (Verfassungs-Diskussion, Friedensfrage, Zweijahrplan, Berichterstattung der Volksrats-Delegation aus der SU., Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes, Werbung für "Deutschlands Stimme") müssen die Volksausschüsse zu arbeitsfähigen Organen entwickeln, die nicht nur kampagnemässig ihre Kräfte einsetzen, sondern eine stetige und konsequente Arbeit ausführen. Die Wahl von Kommissionen muss in allen Volksausschüssen erfolgen, wie beispielsweise im Bezirk Mitte. Die Kommissionen haben den Sekretariaten Aufträge zu geben und die Kontrolle über die Arbeit der Sekretariate durchzuführen. Die Kommissionen treten alle 4 - 6 Wochen zu einer Vollsitzung zusammen und beraten die vom Ständigen Berliner Ausschuss und die im Kreisamt stehenden Aufgaben.
- 2.) Die Arbeit des Ständigen Berliner Ausschusses muss verstärkt und verbessert werden. Die ungenügende Verbindung mit den Parteien und Massenorganisationen ist enger zu gestalten. Die führenden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen müssen an jeder Sitzung des Ständigen Berliner Ausschusses bzw. seiner Kommissionen teilnehmen, um über die Arbeit orientiert zu sein und die weitgehende Unterstützung ihrer Organisationen zu sichern. Die Arbeits-Kommission muss neu gebildet werden und aus Persönlichkeiten bestehen, die genügend Zeit aufbringen, aktiv in der Kommission mitzuarbeiten. Das gleiche gilt von den übrigen Kommissionen. Die Wahl einer wirtschaftspolitischen Kommission wird vorgeschlagen. Ihre Aufgabe ist es, zum Zweijahrplan Stellung zu nehmen und die Mitarbeit der Volksausschüsse zu gewährleisten.

SECRET

- 3.) Der Bedeutung der Betriebsausschüsse ist bisher wenig Beachtung geschenkt worden. In allen grösseren Betrieben sind, soweit nicht bereits vorhanden, Betriebsausschüsse zu bilden. Diese müssen sich auch für die Gründung von Betriebsausschüssen in Nachbar- und kleineren Betrieben einsetzen.
- 4.) Das Sekretariat des Ständigen Berliner Ausschusses schlägt der Versammlung die Abhaltung einer Delegierten-Konferenz der in Garmisch-Berlin zum Berliner Kongress gewählten Delegierten vor. Das Thema dieser Konferenz soll lauten: "Nationale Selbsthilfe gegen Ruhrdiktat und Besatzungs-Statut". Es soll nach Möglichkeit der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, Herr Wilhelm K o e n e n, sprechen. Die Schlussfolgerungen aus der Diskussion und die konkrete Aufgabenstellung soll ein Vertreter des Ständigen Berliner Ausschusses unterbreiten. Als Termin wird der 6. Februar 1949 vormittags 10 Uhr in einem der Berliner Theater vorgeschlagen.
- 5.) Die Werbung für die Zeitschrift "Deutschlands-Stimme" wird verstärkt. Der bisher völlig ungenügende Absatz der Zeitschrift in Berlin (4.500 Exemplare) erfordert aktive Abonnentenwerbung durch Betriebs- und Hauspropaganda. Werbematerial steht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Sämtliche Delegierten erhalten einen Werbebrief. Freixemplare werden in den Betrieben verteilt. Die Sekretäre in den Volksausschüssen haben Anweisung erhalten.
- 6.) Die Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes hat bisher in Berlin nur 15.000 Einzeichnungen erzielt. Um eine Verbesserung der bisherigen Arbeit zu erreichen, werden im Laufe des Monat Januar die S-Bahnhöfe des Ostsektors mit Einzeichnungsstellen versehen. In der noch festzulegenden Einzeichnungswoche wird jede Organisation einen oder mehrere Bahnhöfe besetzen. Der Ständige Berliner Ausschuss übernimmt den Schlesischen Bahnhof und sorgt für die Aufstellung eines Planes, der die regelmässige Ablösung sicherstellt.
- 7.) In allen Kreisen des sowjetischen Sektors und nach Möglichkeit im britischen Sektor sollen die Massenaktionen durchgeführt werden. Ein entsprechender Versammlungsplan

soll von den Volksausschüssen beschleunigt ausgearbeitet werden. In jedem Kreis soll mindestens eine öffentliche Versammlung sowie Versammlungen in den Grossbetrieben durchgeführt werden. Diese Versammlungen sollen gleichzeitig das Thema des Ruhrdiktates und des Friedensmanifestes enthalten.

- 8.) Die Verfassungs-Diskussion wird mit den bereits vorliegenden Versammlungsplan der DWK am 18.1.49 eröffnet. Sämtliche Hauptverwaltungen führen in der Zeit vom 18.1. bis 5.2.49 eine Schulung durch, zu der die Referenten vom Ständigen Berliner Ausschuss gestellt werden. Gleichzeitig werden Arbeitsgemeinschaften zur gründlichen Durcharbeitung der Verfassung organisiert. Die Massenorganisationen und Parteien sowie Einzelreferenten sind aufgefordert worden, hierfür bis zum 7. Januar 1949 ihre Meldungen abzugeben. Kontrollfragen zur Verfassung sind ausgearbeitet worden und werden mit dem Entwurf der Verfassung den Referenten zugestellt.
- 9.) Die Protestbewegung gegen das Ruhrdiktat muss weiter verstärkt werden. Belegschafts-Versammlungen mit Annahme von Entschliessungen müssen von den Betriebsausschüssen angeregt werden.
- 10.) Die Volksausschüsse sollen in ihren Kreisen Lehrer-Versammlungen durchführen, in denen Referenten über den Verfassungsentwurf sprechen. Diese Aufklärung der Lehrer halten wir im Hinblick auf die Erziehung der Jugend für besonders wichtig.
- 11.) Die Vertreter der Volksausschüsse werden nochmals aufgefordert, eine Liste der wichtigsten Grossbetriebe in ihrem Kreis, soweit noch nicht geschehen, dem Sekretariat einzureichen. Ferner benötigt das Sekretariat zur Abhaltung einer Referentenschulung Namen und Adressen von Delegierten, die die Vorsitzenden der Volksausschüsse für geeignet halten, als Referenten vor der Zuhörerschaft zu sprechen.

Berlin, den 7. Januar 1949.

A r b e i t s p l a n

des Ständigen Berliner Ausschusses
für Einheit und gerechten Frieden

Sitzung 7. Januar 1949.

Tätigkeit und Aufgaben der Volksausschüsse für Einheit
und gerechten Frieden in Berlin.

- 1.) Zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben (Verfassungs-Diskussion, Friedensfrage, Zweijahrplan, Berichterstattung der Volksrats-Delegation aus der SU., Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes, Werbung für "Deutschlands-Stimme") müssen die Volksausschüsse zu arbeitsfähigen Gremien entwickeln, die nicht nur kampagnemässig ihre Kräfte einsetzen, sondern eine stetige und konsequente Arbeit ausführen. Die Wahl von Kommissionen muss in allen Volksausschüssen erfolgen, wie beispielsweise im Bezirk Mitte. Die Kommissionen haben dem Sekretariat Aufträge zu geben und die Kontrolle über die Arbeit der Sekretariate durchzuführen. Die Kommissionen treten alle 4 - 6 Wochen zu einer Vollsitzung zusammen und beraten die vom Ständigen Berliner Ausschuss und die im Kreismaßstab stehenden Aufgaben.
- 2.) Die Arbeit des Ständigen Berliner Ausschusses muss verstärkt und verbessert werden. Die ungenügende Verbindung mit den Parteien und Massenorganisationen ist enger zu gestalten. Die führenden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen müssen an jeder Sitzung des Ständigen Berliner Ausschusses oder seiner Kommissionen teilnehmen, um über die Arbeit orientiert zu sein und die weitgehende Unterstützung ihrer Organisationen zu sichern. Die Arbeits-Kommission muss neu gebildet werden und aus Persönlichkeiten bestehen, die genügend Zeit aufbringen, aktiv in der Kommission mitzuarbeiten. Das gleiche gilt bei den übrigen Kommissionen. Die Wahl einer wirtschaftspolitischen Kommission wird vorgeschlagen. Ihre Aufgabe ist es, zum Zweijahrplan Stellung zu nehmen und die Mitarbeit der Volksausschüsse zu

SECRET

- 3.) Der Bedeutung der Betriebsausschüsse ist bisher wenig Beachtung geschenkt worden. In allen grösseren Betrieben sind, soweit nicht bereits vorhanden, Betriebsausschüsse zu bilden. Diese müssen sich auch für die Gründung von Betriebsausschüssen in Nachbar- und kleineren Betrieben einsetzen.
- 4.) Das Sekretariat des Ständigen Berliner Ausschusses schlägt der Versammlung die Abhaltung einer Delegierten-Konferenz der in Gross-Berlin zum Berliner Kongress gewählten Delegierten vor. Das Thema dieser Konferenz soll lauten: "Nationale Selbsthilfe gegen Ruhrdiktat und Besatzungs-Statut". Es soll nach Möglichkeit der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, Herr Wilhelm K o e n e n, sprechen. Die Schlussfolgerungen aus der Diskussion und die konkrete Aufgabenstellung soll ein Vertreter des Ständigen Berliner Ausschusses unterbreiten. Als Termin wird der 6. Februar 1949 vormittags 10 Uhr in einem der Berliner Theater vorgeschlagen.
- 5.) Die Werbung für die Zeitschrift "Deutschlands-Stimme" wird verstärkt. Der bisher völlig ungenügende Absatz der Zeitschrift in Berlin (4.500 Exemplare) erfordert aktive Abonnentenwerbung durch Betriebs- und Hauspropaganda. Werbematerial steht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Sämtliche Delegierten erhalten einen Werbebrief. Freiexemplare werden in den Betrieben verteilt. Die Sekretäre in den Volksausschüssen haben Anweisung erhalten.
- 6.) Die Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes hat bisher in Berlin nur 15.000 Einzeichnungen erzielt. Um eine Verbesserung der bisherigen Arbeit zu erreichen, werden im Laufe des Monat Januar die S-Bahnhöfe des Ostsektors mit Einzeichnungsstellen versehen. In der noch festzulegenden Einzeichnungswoche wird jede Organisation einen oder mehrere Bahnhöfe besetzen. Der Ständige Berliner Ausschuss übernimmt den Schlesischen Bahnhof und sorgt für die Aufstellung eines Planes, der die regelmässige Ablösung sicherstellt.
- 7.) In allen Kreisen des sowjetischen Sektors und nach Möglichkeit im britischen Sektor
- Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3
- aus der durchzuführen. Ein entsprechender Versammlungsplan

soll von den Volksausschüssen beschleunigt ausgearbeitet werden. In jedem Kreis soll mindestens eine öffentliche Versammlung sowie Versammlungen in den Grossbetrieben durchgeführt werden. Diese Versammlungen sollen gleichzeitig das Thema des Ruhrdikta-
tates und des Friedensmanifestes enthalten.

- 8.) Die Verfassungs-Diskussion wird mit dem bereits vorliegenden Versammlungsplan der DWK am 18.1.49 eröffnet. Sämtliche Hauptverwaltungen führen in der Zeit vom 18.1. bis 5.2.49 eine Schulung durch, zu der die Referenten vom Ständigen Berliner Ausschuss gestellt werden. Gleichzeitig werden Arbeitsgemeinschaften zur gründlichen Durcharbeitung der Verfassung organisiert. Die Massenorganisationen und Parteien sowie Einzelreferenten sind aufgefordert worden, hierfür bis zum 7. Januar 1949 ihre Meldungen abzugeben. Kontrollfragen zur Verfassung sind ausgearbeitet worden und werden mit dem Entwurf der Verfassung den Referenten zugestellt.
- 9.) Die Protestbewegung gegen das Ruhrdiktat muss weiter verstärkt werden. Belegschafts-Versammlungen mit Annahme von Entschliessungen müssen von den Betriebsausschüssen angeregt werden.
- 10.) Die Volksausschüsse sollen in ihren Kreisen Lehrer-Versammlungen durchführen, in denen Referenten über den Verfassungsentwurf sprechen. Diese Aufklärung der Lehrer halten wir im Hinblick auf die Erziehung der Jugend für besonders wichtig.
- 11.) Die Vertreter der Volksausschüsse werden nochmals aufgefordert, eine Liste der wichtigsten Grossbetriebe in ihrem Kreis, soweit noch nicht geschehen, dem Sekretariat einzureichen. Ferner benötigt das Sekretariat zur Abhaltung einer Referentenschulung Namen und Adressen von Delegierten, die die Vorsitzenden der Volksausschüsse für geeignet halten, als Referenten vor der Zuhörerschaft zu sprechen.

Berlin, den 7. Januar 1949.

Arbeitsplan

des Ständigen Berliner Ausschusses
für Einheit und gerechten Frieden

Sitzung 7. Januar 1949.

Tätigkeit und Aufgaben der Volksausschüsse für Einheit
und gerechten Frieden in Berlin.

- 1.) Zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben (Verfassungs-Diskussion, Friedensfrage, Zweijahrplan, Berichterstattung der Volksrats-Delegation aus der SU., Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes, Werbung für "Deutschlands-Stimme") müssen die Volksausschüsse zu arbeitsfähigen Organen entwickeln, die nicht nur kampagnemässig ihre Kräfte einsetzen, sondern eine stetige und konsequente Arbeit ausführen. Die Wahl von Kommissionen muss in allen Volksausschüssen erfolgen, wie beispielsweise im Bezirk Mitte. Die Kommissionen haben den Sekretariaten Aufträge zu geben und die Kontrolle über die Arbeit der Sekretariate durchzuführen. Die Kommissionen treten alle 4 - 6 Wochen zu einer Vollsitzung zusammen und beraten die vom Ständigen Berliner Ausschuss und die im Kreismaßstab stehenden Aufgaben.
- 2.) Die Arbeit des Ständigen Berliner Ausschusses muss veretärkt und verbessert werden. Die ungenügende Verbindung mit den Parteien und Massenorganisationen ist enger zu gestalten. Die führenden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen müssen an jeder Sitzung des Ständigen Berliner Ausschusses bei seiner Kommissionen teilnehmen, um über die Arbeit orientiert zu sein und die weitgehende Unterstützung ihrer Organisationen zu sichern. Die Arbeits-Kommission muss neu gebildet werden und aus Persönlichkeiten bestehen, die genügend Zeit aufbringen aktiv in der Kommission mitzuarbeiten. Das gleiche gilt bei den übrigen Kommissionen. Die Wahl einer wirtschaftspolitischen Kommission wird vorgeschlagen. Ihre Aufgabe ist es, zum Zweijahrplan Stellung zu nehmen und die Mitarbeit der Volksausschüsse zu gewährleisten.

- 3.) Der Bedeutung der Betriebsausschüsse ist bisher wenig Beachtung geschenkt worden. In allen grösseren Betrieben sind, soweit nicht bereits vorhanden, Betriebsausschüsse zu bilden. Diese müssen sich auch für die Gründung von Betriebsausschüssen in Nachbar- und kleineren Betrieben einsetzen.
- 4.) Das Sekretariat des Ständigen Berliner Ausschusses schlägt der Versammlung die Abhaltung einer Delegierten-Konferenz der in Gross-Berlin zum Berliner Kongress gewählten Delegierten vor. Das Thema dieser Konferenz soll lauten: "Nationale Selbsthilfe gegen Ruhrdiktat und Besatzungs-Statut". Es soll nach Möglichkeit der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, Herr Wilhelm K o e n e n, sprechen. Die Schlussfolgerungen aus der Diskussion und die konkrete Aufgabenstellung soll ein Vertreter des Ständigen Berliner Ausschusses unterbreiten. Als Termin wird der 6. Februar 1949 vormittags 10 Uhr in einem der Berliner Theater vorgeschlagen.
- 5.) Die Werbung für die Zeitschrift "Deutschlands-Stimme" wird verstärkt. Der bisher völlig ungenügende Absatz der Zeitschrift in Berlin (4.500 Exemplare) erfordert aktive Abonnentenwerbung durch Betriebs- und Hauspropaganda. Werbematerial steht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Sämtliche Delegierten erhalten einen Werbebrief. Freixemplare werden in den Betrieben verteilt. Die Sekretäre in den Volksausschüssen haben Anweisung erhalten.
- 6.) Die Unterschriftensammlung des Demokratischen Frauenbundes hat bisher in Berlin nur 15.000 Einzeichnungen erzielt. Um eine Verbesserung der bisherigen Arbeit zu erreichen, werden im Laufe des Monat Januar die S-Bahnhöfe des Ostsektors mit Einzeichnungsstellen versehen. In der noch festzulegenden Einzeichnungswoche wird jede Organisation einen oder mehrere Bahnhöfe besetzen. Der Ständige Berliner Ausschuss übernimmt den Schlesischen Bahnhof und sorgt für die Aufstellung eines Planes, der die regelmässige Ablösung sicherstellt.
- 7.) In allen Kreisen des sowjetischen Sektors und nach Möglichkeit im britischen Sektor sind Versammlungen der Volksrats-Delegation aus der SU durchzuführen. Für

soll von den Volksausschüssen beschleunigt ausgearbeitet werden. In jedem Kreis soll mindestens eine öffentliche Versammlung sowie Versammlungen in den Grossbetrieben durchgeführt werden. Diese Versammlungen sollen gleichzeitig das Thema des Ruhrdikta-
 tates und des Friedensmanifestes enthalten.

- 8.) Die Verfassungs-Diskussion wird mit dem bereits vorliegenden Versammlungsplan der DWK am 18.1.49 eröffnet. Sämtliche Hauptverwaltungen führen in der Zeit vom 18.1. bis 5.2.49 eine Schulung durch, zu der die Referenten vom Ständigen Berliner Ausschuss gestellt werden. Gleichzeitig werden Arbeitsgemeinschaften zur gründlichen Durcharbeitung der Verfassung organisiert. Die Massenorganisationen und Parteien sowie Einzelreferenten sind aufgefordert worden, hierfür bis zum 7. Januar 1949 ihre Meldungen abzugeben. Kontrollfragen zur Verfassung sind ausgearbeitet worden und werden mit dem Entwurf der Verfassung den Referenten zugestellt.
- 9.) Die Protestbewegung gegen das Ruhrdiktat muss weiter verstärkt werden. Belegschafts-Versammlungen mit Annahme von Entschliessungen müssen von den Betriebsausschüssen angeregt werden.
- 10.) Die Volksausschüsse sollen in ihren Kreisen Lehrer-Versammlungen durchführen, in denen Referenten über den Verfassungsentwurf sprechen. Diese Aufklärung der Lehrer halten wir im Hinblick auf die Erziehung der Jugend für besonders wichtig.
- 11.) Die Vertreter der Volksausschüsse werden nochmals aufgefordert, eine Liste der wichtigsten Grossbetriebe in ihrem Kreis, soweit noch nicht geschehen, dem Sekretariat einzureichen. Ferner benötigt das Sekretariat zur Abhaltung einer Referentenschulung Namen und Adressen von Delegierten, die die Vorsitzenden der Volksausschüsse für geeignet halten, als Referenten vor der Zuhörerschaft zu sprechen.

Berlin, den 7. Januar 1949.

SECRET

Kontrollfragen zum Verfassungsentwurf.

I.

1. Was ist eine Verfassung ?
2. Welche Bedeutung hat der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands ?
3. Kann die Bonner Verfassung eine deutsche Verfassung sein ?
4. Welche Bestandteile der Weimarer Verfassung wurden bei den Verfassungsarbeiten des Deutschen Volksrates grundsätzlich übernommen ?
5. Welche Staatsform ist für Deutschland am zweckmässigsten ?
6. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Grundsätzen der Weimarer, der Bonner und der vom Deutschen Volksrat entworfenen Verfassung ?
7. Was unterscheidet unseren Entwurf in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter von der Weimarer Verfassung und der von Bonn ?
8. Welcher Unterschied besteht in der Behandlung der fremdsprachigen Volksteile zwischen unserem Entwurf und der Weimarer Verfassung ?
9. Wie wird das Recht auf Arbeit in unserem Entwurf gesichert ?
10. Wie steht der Verfassungsentwurf zum Privateigentum ?
11. Wie wird das Bildungsprivileg ausgeschaltet ?
12. Wie wird die Demokratisierung des Bildungswesens erreicht ?
13. Welche Stellung nehmen die Religionsgemeinschaften in unserem Verfassungsentwurf ein ?
14. Wie wird die Wirksamkeit der Grundrechte in unserem Entwurf gesichert ?

II.

1. Welche Maßnahmen müssen in ganz Deutschland getroffen werden, um eine Friedenspolitik der Republik zu ermöglichen ?
2. Warum enthält der Verfassungsentwurf nicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ?
3. Welchen Schutz gibt es gegen verfassungswidrige Maßnahmen ?
4. Warum ist die zentrale Machtstellung der Volkskammer vorgesehen ?
5. Warum wurde in unserem Entwurf die Gewaltenteilung beseitigt ?
6. Wie kommt die zentrale Machtstellung der Volkskammer zum Ausdruck ?
7. Welche Rechte sind für die Länderkammer vorgesehen ?
8. Wie wurde in unserem Entwurf die Blockpolitik verworfen ?
9. Wie wird die Obstruktionspolitik einzelner Fraktionen verhindert ?

- 2 -

10. Welche Stellung wird der Präsident der Republik einnehmen ?
11. Wie werden eigenstaatliche Tendenzen der Länder verhindert ?
12. Wie wird die dezentralisierte Verwaltung erreicht ?
13. Warum darf es keine von Volk unabhängige Justiz geben ?
14. Wie wird das Eigenleben der Kreise und Gemeinden gesichert ?

SECRET

Deutscher Volksrat
- Abteilung III -

25X1A
10001-3

Kontrollfragen zum Verfassungsentwurf.

I.

1. Was ist eine Verfassung ?
2. Welche Bedeutung hat der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands ?
3. Kann die Bonner Verfassung eine deutsche Verfassung sein ?
4. Welche Bestandteile der Weimarer Verfassung wurden bei den Verfassungsarbeiten des Deutschen Volksrates grundsätzlich übernommen ?
5. Welche Staatsform ist für Deutschland am zweckmässigsten ?
6. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Grundsätzen der Weimarer, der Bonner und der vom Deutschen Volksrat entworfenen Verfassung ?
7. Was unterscheidet unseren Entwurf in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter von der Weimarer Verfassung und der von Bonn ?
8. Welcher Unterschied besteht in der Behandlung der fremdsprachigen Volksteile zwischen unserem Entwurf und der Weimarer Verfassung ?
9. Wie wird das Recht auf Arbeit in unserem Entwurf gesichert ?
10. Wie steht der Verfassungsentwurf zum Privateigentum ?
11. Wie wird das Bildungsprivileg ausgeschaltet ?
12. Wie wird die Demokratisierung des Bildungswesens erreicht ?
13. Welche Stellung nehmen die Religionsgemeinschaften in unserem Verfassungsentwurf ein ?
14. Wie wird die Wirksamkeit der Grundrechte in unserem Entwurf gesichert ?

II.

1. Welche Maßnahmen müssen in ganz Deutschland getroffen werden, um eine Friedenspolitik der Republik zu ermöglichen ?
2. Warum enthält der Verfassungsentwurf nicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ?
3. Welchen Schutz gibt es gegen verfassungswidrige Maßnahmen ?
4. Warum ist die zentrale Machtstellung der Volkskammer vorgesehen ?
5. Warum wurde in unserem Entwurf die Gewaltenteilung beseitigt ?
6. Wie kommt die zentrale Machtstellung der Volkskammer zum Ausdruck ?
7. Welche Rechte sind für die Länderkammer vorgesehen ?
8. Wie wurde in unserem Entwurf die Blockpolitik verankert ?
9. Wie wird die Obstruktionspolitik einzelner Fraktionen verhindert ?

- 2 -

10. Welche Stellung wird der Präsident der Republik einnehmen ?
11. Wie werden eigenstaatliche Tendenzen der Länder verhindert ?
12. Wie wird die dezentralisierte Verwaltung erreicht ?
13. Warum darf es keine vom Volk unabhängige Justiz geben ?
14. Wie wird das Eigenleben der Kreise und Gemeinden gesichert ?

Kontrollfragen zum Verfassungsentwurf.

I.

1. Was ist eine Verfassung ?
2. Welche Bedeutung hat der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands ?
3. Kann die Bonner Verfassung eine deutsche Verfassung sein ?
4. Welche Bestandteile der Weimarer Verfassung wurden bei den Verfassungsarbeiten des Deutschen Volksrates grundsätzlich übernommen ?
5. Welche Staatsform ist für Deutschland am zweckmässigsten ?
6. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Grundsätzen der Weimarer, der Bonner und der vom Deutschen Volksrat entworfenen Verfassung ?
7. Was unterscheidet unseren Entwurf in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter von der Weimarer Verfassung und der von Bonn ?
8. Welcher Unterschied besteht in der Behandlung der fremdsprachigen Volksteile zwischen unserem Entwurf und der Weimarer Verfassung ?
9. Wie wird das Recht auf Arbeit in unserem Entwurf gesichert ?
10. Wie steht der Verfassungsentwurf zum Privateigentum ?
11. Wie wird das Bildungsprivileg ausgeschaltet ?
12. Wie wird die Demokratisierung des Bildungswesens erreicht ?
13. Welche Stellung nehmen die Religionsgemeinschaften in unserem Verfassungsentwurf ein ?
14. Wie wird die Wirksamkeit der Grundrechte in unserem Entwurf gesichert ?

II.

1. Welche Maßnahmen müssen in ganz Deutschland getroffen werden, um eine Friedenspolitik der Republik zu ermöglichen ?
2. Warum enthält der Verfassungsentwurf nicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ?
3. Welchen Schutz gibt es gegen verfassungswidrige Maßnahmen ?
4. Warum ist die zentrale Machtstellung der Volkskammer vorgesehen ?
5. Warum wurde in unserem Entwurf die Gewaltenteilung beseitigt ?
6. Wie kommt die zentrale Machtstellung der Volkskammer zum Ausdruck ?
7. Welche Rechte sind für die Länderkammer vorgesehen ?
8. Wie wurde in unserem Entwurf die Blockpolitik verankert ?
9. ~~Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3~~
Welche Rechte sind für die Länderkammer vorgesehen ?

- 2 -

10. Welche Stellung wird der Präsident der Republik einnehmen ?
11. Wie werden eigenstaatliche Tendenzen der Länder verhindert ?
12. Wie wird die dezentralisierte Verwaltung erreicht ?
13. Warum darf es keine vom Volk unabhängige Justiz geben ?
14. Wie wird das Eigenleben der Kreise und Gemeinden gesichert ?

DEUTSCHER VOLKSRAT
Sekretariat/Abt.II

Berlin W 8, den 24. November 1948
Mauerstr. 45-52

Nr. 16

Z U R I N F O R M A T I O N
= = = = =

Die konsequente Haltung der Sowjetunion

Bericht der Deutschen Volksrats-Delegation über ihren Moskauer Besuch

Die Mitglieder der Delegation des Deutschen Volksrats, die auf Einladung der Sowjetregierung an den Feierlichkeiten zum 31. Jahrestag der Oktoberrevolution teilnahmen, erstatteten am 22. November vor Vertretern der in- und ausländischen Presse Bericht, insbesondere über ihre Besprechungen mit dem sowjetischen Aussenminister Molotow und anderen Mitgliedern des Moskauer Aussenministeriums. Otto Grotewohl, Otto Nuschke und Professor Hermann Kastner erklärten hierzu:

"Die Sowjetunion wird unter allen Umständen auf der Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen in der Deutschlandfrage bestehen und diese Verpflichtungen gemäß dem Potsdamer Beschluss ehrlich und gewissenhaft erfüllen. Für die Politik der Sowjetunion ist selbstverständlich, dass dem deutschen Volk nach entsprechenden Sicherungen gegen eine neue deutsche Aggression die Möglichkeit gegeben werden muss, seine Friedensindustrie unbehindert wieder aufzubauen und seine nationale Einheit wieder herzustellen. Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen ergriffen werden, einen Friedensvertrag zu schaffen mit dem Ziel, die militärische Besetzung Deutschlands möglichst bald zu beenden."

"Niemand spricht in der Sowjetunion vom Krieg. Jeder wünscht den Frieden, den man zum Aufbau braucht wie die Luft zum Atmen. In der Sowjetunion konnten wir eine unbesiegbare Volkskraft spüren, die heute in friedlichem Bestreben ihren Ausdruck findet. Wir sahen ein Volk, das unermüdlich lernt und arbeitet wie kein anderes. Sollte es gelingen, nur einen Bruchteil der begeisterten Einstellung zur Arbeit auf unser Volk zu übertragen, so brauchen wir um unsere Zukunft nicht bange zu sein."

-2-

Die Tatsache, dass die deutsche Delegation zu dem diplomatischen Empfang des sowjetischen Ausserministers Molotow eingeladen war, während gleichzeitig der sowjetische Gesandte in Deutschland, Semjonow, Vertreter der demokratischen deutschen Öffentlichkeit in Berlin empfing, bezeichnete Otto Grotewohl als einen sichtbaren Wendepunkt der Politik der UdSSR gegenüber einem fortschrittlichen Deutschland. Das deutsche Volk habe durch die konsequente Demokratisierung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens die Voraussetzungen dafür geschaffen, um aus einem Objekt wieder zu einem Subjekt der Politik zu werden.

Als die Vertreter des Deutschen Volksrats in ihren Moskauer Besprechungen die Notlage des deutschen Volkes schilderten, brachten die sowjetischen Diplomaten die Bereitwilligkeit der Sowjetunion zum Ausdruck, dem deutschen Volke nach besten Kräften zu helfen. Insbesondere wurde die Frage eines wirtschaftlichen Austausches zwischen beiden Ländern erörtert, wobei ein weitgehendes Übereinkommen erzielt wurde. Ferner wurde die Frage der noch in der Sowjetunion befindlichen Kriegsgefangenen aufgeworfen. Hierbei wurde den deutschen Delegierten die Versicherung gegeben, daß diese Frage sehr bald eine befriedigende Lösung finden werde.

(„Berliner Zeitung“ v. 23.11.)

Truman vor wichtigen Entscheidungen - Erwartungen über einen neuen amerikanischen Kurs

Während in den Kreisen der Pariser UN-Konferenz neuerdings wieder eine sehr zuversichtliche Haltung in bezug auf die Vermittlungsaktion Bramuglias in der Berliner Frage eingenommen wird, liegt der Schwerpunkt der Entscheidungen bei den Besprechungen, die der amerikanische Ausserminister Marshall zur Zeit in Washington mit dem Präsidenten Truman führt. Aus Washington meldet die britisch lizenzierte „Welt“ vom 23.11.: Unter den vordringlichen Fragen stünden an erster Stelle das Ruhrproblem, der Atlantikpakt und die Chinahilfe. Ausserdem seien die Fragen der Umbesetzung der USA-Regierung und der mögliche Rücktritt des Ausserministers Marshall zu klären.

Marshall ist offenbar mit der Absicht nach Washington gekommen, den Präsidenten Truman zu bewegen, die bisherige Politik der Unnachgiebigkeit fortzusetzen und eine Verständigung mit der Sowjetunion zu hintertreiben. Marshall und der Verteidigungsminister Forrestal

halten an dem Plan eines Atlantikpaktes fest und haben dem Präsident Truman, wie die amerikanische Presseagentur AP bereits am 19.11. meldete, nach Washington einen sehr pessimistisch gefärbten Bericht über die aussenpolitische Lage der Vereinigten Staaten zugeleitet. In der Berliner Frage habe Forrestal darauf verwiesen, dass jede Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion ohne vorherige Aufhebung der sowjetischen Verkehrsbeschränkungen die Stellung der amerikanischen Besatzungstruppen und das Prestige des Generals Clay gefährde.

General Clay, der als amerikanischer Militärgouverneur von Deutschland alles getan hat, um die kriegshetzerische Tätigkeit der Westberliner Politiker und ihrer Presse in seinem letzten Monatsbericht an die amerikanische Regierung betont, die Westberliner Bevölkerung wünsche die Einführung der Westmark als alleinige Währung für Westberlin, nachdem wenige Tage zuvor der berühmte Berliner Industriellenklub und der Berliner Rumpf-Magistrat dem Wunsche des Generals Clay entsprechende Beschlüsse gefasst hatten. Nach der Spaltung Deutschlands soll, wenn es nach den Wünschen dieser Katastrophen-Politiker geht, auch die Spaltung Berlins zu einer vollendeten Tatsache gemacht werden. Abgesehen davon, dass sich für die Westberliner Bevölkerung daraus eine ganze Reihe von Erschwerungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ergeben würden, hätte General Clay mit einer solchen Lösung eine bedenkliche Möglichkeit in der Hand, aus dem Berliner Problem einen ständigen politischen Unruheherd zu machen.

Der amerikanische -französische Konflikt

Die französische Regierung hat jetzt offiziell bei den Regierungen Englands und den USA Einspruch gegen die Regelung der Ruhrkontrollen, Gesetz Nr. 75, durch die Frankreich völlig übergangen worden ist, erhoben. Die französische Regierung betont, wie das Reuter-Büro am 23.11. aus Paris meldete, in ihrem Memorandum, die durch die USA und England vorgenommene Verfügung über die Eigentumsrechte an der Kohle- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets sei ein Teil jener Politik der britischen und amerikanischen Militärregierung, deren Entwicklung Frankreich stark beunruhige. Die französische Regierung möchte von den drei Westmächten klar ausgedrückt wissen, dass das Gesetz Nr. 75 einer künftigen Entscheidung der interessierten Mächte bei Abschluss eines deutschen Friedensvertrages nicht vorgreift.

4

Hierzu meldet ADN am 23.11. aus Baden-Baden, daß die Verstimmung zwischen dem französischen Militärgouverneur General Koenig und dem amerikanischen Militärgouverneur General Clay seit Erlass des Gesetzes Nr. 75 stärker geworden sei. Frankreich habe sich noch nicht damit abgefunden, am Vorabend der Londoner Ruhrkonferenz infolge der amerikanischen Vormachtstellung in Westdeutschland ausgebootet worden zu sein. Die Pariser Zeitung "France Soir" schrieb am 22. 11. : In französischen offiziellen Kreisen vertrete man die Auffassung, Frankreich werde bis zur Erfüllung seiner im Zusammenhang mit der Ruhrfrage gestellten Forderungen seine Zustimmung zur westdeutschen Verfassung und zur Bildung eines westdeutschen Staates zurückhalten.

Wie Westdeutschland von den USA ausbeutet wird

Die britisch lizenzierte "Welt" bringt am 23.11. einen aufsehenerregenden Bericht über eine Erklärung des stellvertretenden Generaldirektors der JEIA McCahan auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf. Danach ist vorgesehen, dass der Export aus Westdeutschland in der nächsten Zeit die Höhe von 1,2 Milliarden Dollar jährlich betragen soll, damit die "lebensnotwendigen" Einfuhren nach Deutschland sichergestellt werden können. Ab 1952 soll der deutsche Export sogar 2 Milliarden Dollar jährlich bringen. Wie der JEIA-Vertreter auf Befragen erklären musste, soll Westdeutschland für seine Ausfuhren keinerlei Valuta erhalten, denn von den 1,2 Milliarden jährliche deutsche Ausfuhr sollen die amerikanischen Lieferungen an Deutschland bezahlt werden.

Durch diese Erklärungen des JEIA-Vertreters werden die wirklichen Absichten der USA für jeden wirtschaftlich unterrichteten Menschen mit aller Klarheit enthüllt. Westdeutschland wird dadurch bis zum Ausbluten wertvollster Rohstoffe, die es zur Erhöhung der Industrieproduktion dringend benötigt, beraubt. Da die amerikanischen Lieferungen an Deutschland nur zum geringsten Teil aus Rohstoffen, in der Mehrzahl aber aus Lebensmitteln und Fertigwaren bestehen, ist der zwangsweise gesteigerte deutsche Export nichts anderes als ein willkommenes Geschäft für die amerikanische Geschäftswelt.

RET

Der JEIA-Vertreter McCahan betonte in seiner Erklärung, es bestehe die Notwendigkeit einer entsprechenden Steigerung der Exporte aus Nordrhein-Westfalen. Mit anderen Worten: Das Ruhrgebiet, das nach den Absichten der USA unter eine auf unbefristete Zeit geltende Kontrolle der Amerikaner gestellt werden soll, würde den Hauptteil der Lasten zu tragen haben. Durch die gewaltsam gesteigerte Ausfuhr so wertvoller Rohstoffe wie Kohle und Stahl würde Westdeutschland damit praktisch nur noch ein amerikanisches Kolonialgebiet sein, denn von einer Entfaltungsmöglichkeit der westdeutschen Bedarfsgüter-Industrie könnte unter solchen Umständen keine Rede mehr sein.

In diesem Zusammenhang verdienen eine Reihe von westdeutschen Pressestimmen Beachtung. Die Stuttgarter "Wirtschaftszeitung" Nr. 49 schreibt:

"Im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930 hat Deutschland 16,5 Millionen Festmeter Holz eingeführt. Seit dem Ende des Krieges hat es keine Holzeinfuhr mehr gegeben. Im Gegenteil, 1948/49 soll allein die Bizone bei einem Einschlag von 26,5 Millionen Festmeter entgegen der natürlichen Tendenz 1,5 Millionen Festmeter ausführen. Infolge der erzwungenen Holzaußfuhr und der uns durch den Kohlenexport aufgenötigten Brennholzverschwendung fehlt im Inland das Holz für den Fahrzeugbau, den Wohnungsbau, die Möbelherstellung, die Papiergewinnung und viele andere Zwecke. Aus diesem Mangel entwickelt sich eine zunehmend empfindlichere Hemmung für den Wiederaufbau."

Das "Hamburger Echo" Nr. 116 schreibt:

"Die Schwierigkeiten, die sich für die kommenden Monate auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung abzeichnen, strafen diejenigen Lügen, die behauptet hatten, Währungsreform und neue Wirtschaftspolitik würden an und für sich regulierend wirken. Die jüngsten Erfahrungen beweisen, dass die positiven Folgen der Währungsreform durch die Frankfurter Wirtschaftspolitik zu einem erheblichen Teil zunichte gemacht werden. Die unumschränkte Herrschaft der Sachwertbesitzer und -horte führt zur Blockierung der Lebensmittelversorgung, obwohl eine gute Ernte günstige Voraussetzungen für eine einigermaßen gegerollte Versorgung gewährte."

Pressereferat des
DEUTSCHEN VOLKSRATS

SECRET

Deutscher Volksrat Sekretariat
Abteilung III

Berlin, den 18. Nov. 1948.
Da./Schr.

25X1A

Betrifft: Auswertung auf Vorschläge zur Durchführung
der Verfassungsdiskussion aus der stenographischen Niederschrift der Sitzung der
Arbeitskommission des Ständigen Berliner
Anschusses.

Sitzung: Freitag, 12. November 1948. - 14 Uhr.

Herr J o e t meint zur Frage, was in der Diskussion über
den Verfassungsentwurf berücksichtigt werden soll, folgen-
des:

Es muß herausgestellt werden die Verwirklichung der Demo-
kratie, d.h. der Übergang von der formalen zur realen
Demokratie. Ferner die Fragen der Wirtschaftsplanung, der
Gleichberechtigung der Frau, das Recht und die Freiheit
jedes Bürgers auf Mitgestaltung in seiner Gemeinde.

Bei der zu führenden Diskussion kommt es nicht darauf an,
Verfassungsexperten zu den Industriearbeitern oder Haus-
frauen zu schicken sondern die entscheidenden Probleme mit
klaren und einfachen Worten in unterschieden klar zu machen.
Hierzu sind die Verfassungsentwürfe des Deutschen Volksrates
und von Bonn zu vergleichen.

Die Diskussionsabende sollten nicht unter der Überschrift
"Verfassungsdiskussion" stehen sondern aus einer Reihe von Themen
der Tagespolitik auf die Grundfragen der Verfassung kommen
und die praktischen Grundprobleme behandeln. Diese Diskus-
sionen seien getrennt von den Diskussionen der Friedens-
kampagne zu führen.

Bei der Abfassung von Flugblättern ist zu beachten, daß der
Text nicht zu lang ist. Es sollten hauptsächlich Parolen be-
handelt werden, die auch in Form von Klebeszetteln verbreitet
werden können, zum Beispiel:

" Deutsche Arbeiter, Deutsche Hausfrau, der Bonner Entwurf
bringt dir das und der Verfassungsentwurf des Deutschen
Volksrates bringt dir jenes ".

Das gütige des Deutschen volkrates wird in kürzester Zeit eine Rededisposition zur Durchführung der Diskussion in seminaristischer Form ausarbeiten. Die Auflage wird so groß sein, daß nicht nur Referenten sondern auch alle Interessenten beliefert werden können.

Es müßten Versammlungen bis ca. 200 Personen organisiert werden, in denen nach Abhaltung eines Kurzreferates die Versammlungsteilnehmer in der Form "Ihr fragt - wir antworten" die Möglichkeit haben, dem Problem der Verfassung auf einfache Art und Weise näher zu kommen.

Der Rundfunk müßte mit dem betreffenden Landesausschuß eine Großveranstaltung organisieren, in der volkratsmitglieder zu dem verfassungsproblem Stellung nehmen.

Das Gleiche in den Betrieben, um so an die arbeitende Bevölkerung heranzukommen. Ferner ist die Bildung von Diskussionsgruppen aus den Delegierten einzelner Kreise zu erwägen, in denen bestimmte Fragen der Verfassung diskutiert werden können.

Prof. Dr. B r u g s e h : schlägt vor, mit Hilfe einiger (ver-) Vertreter des Verfassungsausschusses einen Kreis zu wählen, der die Ausbildung einiger Referenten in seminaristischem Sinne durchführt, um diese Redner dann in die Kreisausschüsse zu schicken, aus denen die Erfahrungen sammeln und später darüber diskutieren sollen.

Hierzu ist an die Hochlehrer heranzutreten, um diese als Referenten gewinnen zu können.

Ferner schlägt er vor, eine Sitzung einzuberufen, an der nur die Mitglieder des Ständigen Berliner Ausschusses teilnehmen, die in den Westsektoren wohnen, um die propagandistische Durchführung der Verfassungsdiskussion in diesen Sektoren zu besprechen.

Dr. S c h w a r z : empfiehlt die 3 Fragen des Wirtschaftsplanes, der Friedenskampagne und des Verfassungsentwurfs gemeinsam zu behandeln, um ein "Überschneiden" zu verhindern. Die Propaganda für den Frieden sei die Materie, die alle Menschen anspreche, gefühlsmäßig besonders die Frauen. Auf diesem Boden ließe sich besser über die Verfassung diskutieren.

- 3 -

Herr W e i g e r t : gibt bekannt, daß die F D J sich im Monat November mit dem Verfassungsentwurf des Deutschen Volkerates als Schulungsthema befaßt.

Um die Diskussion u. die Schulen zu tragen, sei erst ein umfangreiches Material zu verfassen, da einige Lehrer für die Gegenwartskunde ein sehr schwaches Bildungsfundament haben.

Um die Diskussion über die Verfassung fruchtbar weiter zu tragen, müsse man das Thema in Verbindung mit dem Frieden bringen, da der Frieden das beste Fundament sei.

Die Verfassungsdiskussion müßte zur Zeit der verfassungswidrigen Wahlen in Westberlin durchgeführt werden, um den Wert unserer Verfassung zu unterstreichen.

Herr M u n d t (Lichtenberg) berichtet über die letzte Sitzung in Lichtenberg, in der die Frage der Popularisierung des Verfassungsentwurfes erörtert wurde.

Er ist der Auffassung, daß die Verfassungsrichter am ungeeignetsten seien, den einfachen Kreisen der Bevölkerung Näheres über den Verfassungsentwurf beizubringen. Das Beste sei, recht viele Referenten zu haben um so an viele Menschen heranzukommen.

Belegschaftsversammlungen seien hierzu am besten geeignet. Er schlägt die Abfassung einer einfachen Rededisposition vor, in der nicht so sehr die juristischen, rein verfassungsrechtlichen Fragen behandelt werden sondern viel mehr der politische Wert des Verfassungsentwurfes herausgestellt wird.

Herr S c h l e i f (Wilmerdorf) schlägt vor, eine Kommission innerhalb des Berliner Ausschusses zu gründen, die sich mit den Fragen der Westsektoren in Bezug auf propagierende- und Werbemethoden des Verfassungsentwurfes befassen soll. Hierzu seien erst alle Vertreter aus den Westbezirken zusammen zu fassen, um die Erfahrungen, die beim Volksbegehren gemacht wurden, zu besprechen und auszuwerten. Weiterhin schlägt er vor, ein für die Westsektoren zugeschnittenes Propaganda-

Material zu schaffen, das nicht gleich als vom Volkerat stammend zu erkennen ist.

SECRET

- 4 -

Herr R a s m u s : befürwortet ebenfalls die Durchführung von Referentenschulungen. Hierzu sollen auch die Funktionäre der Parteien und Organisationen, die auch in den Kreisausschüssen sind, herangezogen werden, um somit einen großen Referentenstab zur Verfügung zu haben.

Herr P a s o h k e : ist der Meinung, daß die Jugend auch in juristischen zu erziehen sei, um ihnen einen Einblick in die Grundbegriffe der Verfassung zu übermitteln.

Herr K l e i n (Mitte) schlägt vor, daß sich die Referenten nicht nur im Berliner Ausschuss sammeln sondern sich auch in den Volksausschüssen zusammenschließen sollen.

Herr W o l f : schlägt vor, eine kleine Kommission zu bilden, die den Entwurf der Rededisposition, die das Büro des Deutschen Volksrates aufstellt, beraten soll. Hierzu seien die beiden FDJ-Vertreter, Herr Bezirkerrat Mundt und Herr Schleif für die Westsektoren heranzuziehen.

Der Ausschuss beschließt:

- 1.) das Material für die Referenten vorzubereiten
- 2.) im Verein mit dem Deutschen Volksrat die Referentenschulung vorzunehmen.

25X1A

„DAILY MAIL“ über

Luftbrücken-Bluff

Die bekannte englische konservative Zeitung „Daily Mail“ vom 1. Oktober 1948 schreibt:

„Was die Luftbrücke *unter keinen Umständen* tun kann, ist, den Handel und die Industrie von Berlin *aufrechtzuerhalten*. 5- bis 6000 Firmen sind bereits geschlossen. Die Berliner haben, wenn sie die Lieferungsangebote der sowjetischen Behörden annehmen, die Macht, unsere *Luftbrücke lächerlich* und *unsere Anwesenheit* in Berlin *unnötig* zu machen.“

Berliner, Ihr habt es in der Hand, die Anwesenheit der Besatzungstruppen in Berlin unnötig zu machen!

**SICHERT EURE VERSORGUNG! TRAGT EUCH IM OSTSEKTOR EIN!
SCHLUSS MIT DEM WÄHRUNGSKRIEG IN BERLIN!**

(73) 2881. 10. 48.

B - 20 484

25X1A

BERLINER *Informationen*

Herausgegeben vom Landesvorstand Groß-Berlin der SED, Abt. Werbung, Presse, Rundfunk

Nur als Manuskript gedruckt

ALLGEMEINE POLITIK **C**

abgeschlossen am 24. 11. 48

Über den Wert der an Polen abgetretenen Ostgebiete

Kommentar des stellvertretenden Intendanten des Berliner
Rundfunks, Wilhelm Girnus, vom 31. Oktober 1948

Können wir ohne die ehemaligen Ostgebiete leben?

In meinen beiden letzten Sonntagskommentaren vom 19. September und 3. Oktober hatte ich gesagt, die Oder-Neiße-Grenze sei meiner Meinung nach als endgültig und unwiderruflich anzusehen, das deutsche Volk müsse seine tiefeingewurzelten Vorurteile gegen das polnische Nachbarvolk aufgeben; jeder andere Weg bedeute Krieg und den endgültigen Untergang Deutschlands. Wir Deutsche stehen vor unserer letzten geschichtlichen Chance. Viele kritische Briefe haben mich daraufhin erreicht. Soweit die gegenteiligen Auffassungen meiner Kritiker sachlich gehalten sind, drehen sie sich alle um einen einzigen Punkt. Ich greife eine für alle anderen aus diesen Zuschriften heraus. Herr Ziegenhagen aus Berlin O 17, Caprivistraße 23, schreibt mir: „Wie können Sie uns nur glauben machen, wir kämen auch ohne die ehemaligen Ostgebiete aus. Sie behaupten, der Wohlstand eines Landes hänge nicht von seiner Größe ab. Das mag ja auch für viele Länder zutreffen; aber wir können nicht ohne die ehemaligen Ostgebiete auskommen. Uns fehlen eben die Agrargebiete. Wir könnten besser leben, wenn wir wenigstens einen Teil von den früheren Gebieten wiederbekämen.“ Ich irre mich gewiß nicht, wenn ich annehme, daß sehr viele Deutsche heute so denken wie dieser Briefschreiber, und da es sich hier um einen sachlich vorgetragenen Einwand gegen meine Auffassungen handelt, so möchte ich mich ernsthaft mit meinen Kritikern auseinandersetzen.

Verlust der Ostgebiete als Folge der falschen Politik gegenüber Polen

Zunächst muß ich einer falschen Auslegung meiner Worte vorbeugen. Ich bin durchaus nicht der Auffassung, daß die Eingliederung Schlesiens, Hinterpommerns, Süd-Ostpreußens, der Neumark und der Grenzmark in die polnische Republik keinen Verlust für uns bedeutet. Natürlich ist es ein Verlust. Aber während meine Kritiker diesen Verlust lediglich der Tatsache zuschreiben, daß Deutschland den Krieg verloren hat, gewissermaßen zufällig den Krieg verloren hat, oder gar irgendwelchen böartigen Haßgefühlen der anderen Völker gegen das deutsche Volk, so bin ich im Gegensatz hierzu der Ansicht, daß der Verlust dieser Gebiete das logische Resultat des von Deutschland entfesselten Krieges und einer ganz falschen, jahrhundertealten Politik gegenüber Polen ist. Ich war dieser Tage außerordentlich erfreut, zu hören, daß der große Dichter Arnold Zweig dieselbe Stellungnahme in dieser Frage einnimmt. Noch so ein Krieg, und von Deutschland bleibt nichts mehr übrig.

Die Überschätzung des tatsächlichen Wertes der Ostgebiete

Ein großer Teil des deutschen Volkes sieht die Welt heute nur durch die Hungerbrille. Das ist verständlich, aber es ist sehr gefährlich, denn diese Brille hat die Eigenschaft, das zu verkleinern, was man hat, und das zu vergrößern, was man nicht hat und was man gern haben möchte. Hätten wir die Ostgebiete, wie gut würde es uns allen doch gehen — so denken alle diejenigen Menschen, die die Welt durch diese Hungerbrille betrachten. Zwei Fehler liegen in dieser Rechnung, abgesehen von dem politischen, über den ich bereits früher sprach. Erstens: Ueber die Größenordnung des Verlustes machen sich fast alle Deutschen ganz falsche und übertriebene Vorstellungen. Und zweitens: Nicht je dünner die Bevölkerung eines Landes, sondern je dichter sie ist, desto größer sind die Chancen seines Aufstiegs, vorausgesetzt, daß das Land eine vernünftige Regierung hat. Deutschland hat durch die Oder-Neiße-Grenze im Vergleich zu 1938 24,4 vH seines ursprünglichen Gebietes verloren. Dies Gebiet lieferte aber nur 20 vH der deutschen Getreide-, 14 vH der Schweine- und 12 vH der Schlachtküheproduktion. Die Hektarerträge waren in diesen Gebieten niedriger als in allen anderen Teilen Deutschlands. Erstens, weil der Großgrundbesitz hier herrschte, und zweitens, weil die natürliche Bodenfruchtbarkeit in diesen Gebieten geringer ist. In Schlesien betrugen die Hektarerträge 14,1 dz, in Pommern 13,9, in der Grenzmark 12,1 und in Ostpreußen nur 11,8 dz. Der gesamtdeutsche Durchschnitt lag aber bei 15,3. Von der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion Deutschlands lieferten diese Gebiete etwa 16—18 vH. Das sind die Ziffern des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich vom Jahre 1932, also einer amtlichen Quelle. Aber damit ist das reale Gewicht dieser früheren Gebiete in der Lebensmittelversorgung noch nicht klar gekennzeichnet. Man muß gleichzeitig wissen, wieviel Menschen heute westlich der Oder-Neiße-Grenze zu ernähren sind. Vor 1938 waren es 59,8 Millionen. Dazu kommen jetzt 10 Millionen Umsiedler laut einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, für die Dr. Friedensburg verantwortlich zeichnet. Das sind zusammen etwa 69,8 Millionen Menschen. Von diesen 69,8 Millionen Menschen muß man aber 4,5 Millionen Kriegsverluste und etwa 300 000 durch die Gestapo ermordete Deutsche jüdischer Konfession abziehen, so daß auf dem heutigen deutschen Territorium rund 65 Millionen Menschen leben, das

bierte kommt nicht wieder in Frage. Also ist die Enteignung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung unter die Bauern und Landarbeiter aus dem Osten die einzig mögliche Lösung.

Zustimmung der Umsiedler für unsere Politik in der Ostzone

Es ist ein wahrhaft ermutigendes Zeichen für unsere Politik in der Ostzone, daß gerade aus den Kreisen ehemaliger Ostpreußen und Pommern zustimmende Briefe zu meiner Stellungnahme eingelaufen sind. So schreibt Herr Rudolf Rohrmoser aus Borna in Sachsen, Bebelstraße 73:

„Als alter Gumbinner möchte ich zu dem Gesagten Ihnen meine volle Zustimmung ausdrücken, die Ihnen insofern nicht gleichgültig zu sein braucht, da ich aus diesem weltanschaulich anderen Lager komme. Meine Zustimmung ist aufrichtig und ich wünsche Ihrem Streben, der Vernunft zum Durchbruch zu helfen, weiterhin Erfolg. Ich erinnere mich jetzt leider zu spät der Stimmen, die ich damals vor 20 Jahren nicht verstand. Ich entsinne mich auch Ihres Vortrages zu dem Thema der deutsch-polnischen Beziehungen an der Universität Königsberg im Jahre 1932. Damals schieden sich die Geister schon an den Voraussetzungen. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß Ihre Voraussetzungen die richtigen waren.“

Und aus Brünzow, Kreis Greifswald, schreibt mir Herr Willi Wegener, ein Junglehrer: „Ich kann nicht anders, ich muß sofort an Sie schreiben, um Ihnen zu sagen, was mich bewegt. Ich habe, genau so wie Sie, meine hinterpommersche Heimat verloren. Anstatt aber zu jammern und zu klagen, helfe ich mit am Aufbau unseres neuen demokratischen Deutschland, so gut ich eben kann. Obwohl ich meine frühere Heimat wirklich liebe, ja vielleicht gerade darum, ist es mir unverständlich, wie Menschen heute noch zum Kriege hetzen können. Ich habe den Krieg in seiner härtesten Form kennengelernt und habe ganz klar erkannt, daß eine Wiederholung dieses Verbrechens den Untergang des deutschen Volkes bedeuten würde. Um diesen Preis möchte ich meine Heimat nicht wiedersehen.“

Ich überlasse es allen Lesern selbst zu entscheiden, welche Politik für unser deutsches Volk vernünftig und vorteilhaft ist und welche Vergangenheit sich als verhängnisvoll erwies und in Zukunft nur mit dem Untergang der deutschen Kultur enden würde.

heißt 6 vH weniger als vor dem Kriege auf dem alten Gebiet. Diese 6 vH muß man von dem Nahrungsmittelbedarf abziehen. Da die Lebensmittel-erzeugung der verlorenen Ostgebiete etwa 16 bis 18 vH der deutschen Gesamterzeugung ausmachte, so beträgt der tatsächliche Verlust an Nahrungsmitteln der früheren Ostgebiete unter Umrechnung auf den gegenwärtigen Bevölkerungsstand Deutschlands rund 10 bis 12 vH, und diese Ziffer stimmt auch vollständig mit dem Anwachsen der Bevölkerungs-dichte im jetzigen Deutschland überein. 1939 betrug sie in den Gebieten westlich der Oder-Neiße 167,5 pro qkm, jetzt 185. Das bedeutet eine Erhöhung um 11 vH. 10 bis 12 vH also unserer gesamten Vorkriegs-erzeugung an Nahrungsmitteln. — Das ist der reale Verlust, der uns aus der Oder-Neiße-Grenze erwachsen ist. Alle anderen Vorstellungen darüber sind falsch und übertrieben.

**Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung
löst unser Ernährungsproblem**

Würde man unsere gegenwärtigen Rationen um diese 10 vH erhöhen, also würden Sie statt 400 Gramm Brot 440 Gramm Brot, statt 10 Gramm Fett 11 Gramm Fett, statt 25 Gramm Fleisch 28 Gramm Fleisch bekommen. Würden dann alle Menschen satt werden? Nein. Also ist nicht die Oder-Neiße-Grenze an unserer Ernährungslage schuld, sondern der Stand unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Dabei sehe ich ganz und gar ab von der Tatsache, daß der gegenwärtig niedrige Stand unserer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung eine Folge der Verheerungen des Krieges ist. Ich setze friedensmäßige Verhältnisse voraus. Es gibt Länder mit einer ganz anderen Bevölkerungsdichte als unser heutiges Deutschland. Holland zum Beispiel zählt 270 und Belgien sogar 285 Menschen auf den qkm. Trotz der größeren Bevölkerungsdichte war der Lebensstandard in diesen Ländern durchschnittlich immer höher als bei uns, selbst als Deutschland vor 1914 die polnischen Gebiete Posen-Westpreußen und die Kolonien besaß. Die Ansicht also, die Ernährungslage und der Lebensstandard eines Volkes seien um so besser, je größer der besiedelte Raum und je niedriger die Bevölkerungsdichte sind, ist durch und durch falsch. Genau das Gegenteil ist richtig: Wachsendes Volkseinkommen geht immer mit wachsender Bevölkerungsdichte Hand in Hand, und sie bedingen sich gegenseitig. Lediglich die Beherrschung der Wirtschaft solcher Länder wie Belgien und Holland durch eine kleine Clique allmächtiger Wirtschaftskönige, die den ganzen Reichtum der Nation an sich reißen, verhindert, daß die breite Masse der Bevölkerung an den Früchten ihrer eigenen Arbeit teilhat. Aber es ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, daß nicht nur das gesamte Volkseinkommen, sondern gerade auch die Erträge der Landwirtschaft trotz ihres Zurückbleibens hinter der industriellen Entwicklung unter dem Kapitalismus rascher gewachsen sind als die Bevölkerung. In Deutschland wuchs die Bevölkerung in den Jahren von 1895 bis 1913 um 24 vH. Die Hektarerträge für Roggen aber stiegen in der gleichen Zeit um 34 vH und die für Weizen sogar um 37 vH. In Belgien und Holland liegen die Hektarerträge wesentlich höher als in Deutschland. Sie betrugen in den dreißiger Jahren etwa 23 bis 24 dz gegen 16 bis 17 in Deutschland. Dieses Wachstum der landwirtschaftlichen Erzeugung wurde immer stärker gehemmt durch die Vorherrschaft der Industrie-

und Bankmonopole, die die Kali-, Phosphor-, Stickstoffproduktion und die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen sowie den Kredit beherrschten und Preise und Zins künstlich hochhielten und ihre Inanspruchnahme dem kleinen Landwirt unmöglich machten, vor allen Dingen aber durch die Kriege, die die Landwirtschaft um Jahrzehnte zurückwarfen. Alle maßgebenden landwirtschaftlichen Fachleute sind sich aber darin einig, daß es möglich ist, auch die deutsche Landwirtschaft auf eine entsprechende Höhe zu bringen und die Hektarerträge für Weizen wenigstens um 25 vH und die für Roggen bis 40 vH über den Friedensstand zu steigern. Der bekannteste bürgerliche Fachmann auf diesem Gebiet ist Dr. Friedrich Aereboe, der lange Jahre Professor für Betriebslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin war. Er hat bereits vor 20 Jahren nachgewiesen, daß auf dem damaligen Reichsgebiet rund 100 Millionen Menschen, das heißt also, umgerechnet auf das heutige Territorium westlich der Oder-Neiße-Grenze, wenigstens 80 bis 85 Millionen Menschen ernährt werden können ohne Einfuhren aus dem Ausland, wenn unsere Landwirtschaft in ihren Methoden und in ihrer Technik nur auf jenen Stand gebracht wird, der dem Durchschnittsniveau unserer heutigen Industrie entspricht. Den gleichen Standpunkt vertritt neuerlich der hannoversche Dozent Dr. Hans Hamann in einer Veröffentlichung „Das Agrarproblem im westlichen Deutschland“. Und ist es nicht im Grunde genommen grober wirtschaftlicher Unfug, daß wir Gemüse einführen aus einem Lande wie Holland, das um rund 50 vH dichter bevölkert ist als Deutschland? Der Boden in Belgien oder Holland ist von Natur nicht besser gewesen als der in Frankreich oder Deutschland. Seine heutige hohe Bodenfruchtbarkeit ist das Resultat menschlicher Arbeit, geistiger und körperlicher Anstrengung, und sagen wir es ganz offen, auch großer Opfer. **Menschliche Arbeit** — das heißt Anwendung modernster wissenschaftlicher Technik in der Landwirtschaft, ohne die Naturgesetze zu vergewaltigen. **Das ist der Schlüssel für die Lösung unseres Ernährungsproblems und nicht das Trachten nach Eroberungen durch neue Kriege, die Landwirtschaft, Industrie und Bevölkerung weiter ruinieren.** Die allererste Voraussetzung für diese Ertragssteigerung unserer Landwirtschaft ist die Entwicklung einer leistungsfähigen Friedensindustrie und die Steigerung des Leistungseffekts der Arbeit in Industrie und Landwirtschaft. Was heißt das? Das heißt Züchtung ertragreicherer Pflanzen- und Tierrassen, Ersetzung des Pferdes durch motorische Zugkraft, um die entsprechende Futterfläche für die Gewinnung von Fleisch, Milch und Fett frei zu machen. Das heißt Erfindung und Erzeugung hochwertiger synthetischer Spinnstoffe, um die entsprechende Anbaufläche der Lebensmittelerzeugung zu erschließen. Das bedeutet die Ausdehnung arbeitsintensiver Kulturen, des Hackfrucht- und Gemüsebaus usw.

Zweijahrplan und Hennecke-Bewegung garantieren Hebung unseres Lebensstandards

Die Voraussetzung für diese Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft und für ihre Intensitätssteigerung ist die vermehrte Erzeugung und Verbilligung der Kohle, der Düngemittel, der Verkehrsmittel, der landwirtschaftlichen Maschinen, aller anderen Produktionsmittel und Industrieware, an der die Landwirtschaft interessiert ist, denn ein Haupthindernis für die Anwendung der modernen Technik

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

durch die Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern und ein Hauptgrund ihres Zurückbleibens hinter der industriellen Entwicklung sind die künstlich hochgehaltenen Monopolpreise für diese Industriewaren im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produkten und die Höhe des Zinssatzes. Es ist kein Zufall, daß die Hektarerträge in Europa trotz ihrer Benachteiligung durch die Monopolindustrie dort am höchsten sind, wo die Zusammenballung von Bevölkerung und Industrie ihren höchsten Grad erreicht hat. Aus diesem Grunde ist der Zweijahrplan tatsächlich der einzig mögliche und richtige Weg zur Lösung unseres Ernährungsproblems, und die Leistung eines Hennecke ist für die Befriedigung unseres knurrenden Magens hunderttausendmal wichtiger als das aufgeregte Geschrei nationalistischer Spießbürger über die Ostgrenze, die in Wirklichkeit nicht einen Finger krumm machen, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen, in die Hitler und seine Helfershelfer sie hineingefahren haben. Übervölkerung ist nämlich genau so wie Entvölkerung immer nur das Resultat einer schlechten Politik und in Wirklichkeit nur ein anderer Ausdruck für Arbeitslosigkeit.

Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland löst das Umsiedlerproblem

Die imperialistischen Länder England, Frankreich und die Vereinigten Staaten besitzen riesige Territorien und Kolonien, und trotzdem herrscht dort Arbeitslosigkeit, also angeblich auch Übervölkerung. Das ist natürlich vollendeter Blödsinn. Das System taugt nichts, das diesen Menschen nicht Arbeit und Brot geben kann. Deshalb muß mit dieser falschen Politik bei uns in Deutschland aufgeräumt werden. Das ist auch der einzig vernünftige Weg, um jenen 2 1/2 Millionen ländlicher Umsiedler aus dem Osten eine entsprechende Lebensbasis in unserer neuen Heimat zu geben und ihr wertvolles Kapital an landwirtschaftlichem Wissen und Können nicht nutzlos verkommen zu lassen zum Schaden unserer Landwirtschaft und unserer Ernährung. Ich meine die Enteignung des Großgrundbesitzes im Westen und seine Verteilung unter die Umsiedler. Bei uns hier in der Ostzone sind rund 500 000 Hektar an Umsiedler verteilt worden, wodurch ungefähr 100 000 Umsiedlerfamilien mit zusammen 1/2 Million Menschen Land und Brot erhielten. Gewiß, auch bei uns ist die Lage der Umsiedler noch lange nicht so, wie sie sein könnte, wenn sich überall die maßgebenden Instanzen mit der notwendigen Energie für sie einsetzen und den Großbauern etwas mehr auf die Finger sehen würden, die die Arbeitskraft und das harte Los der Umsiedler gewissenlos auszubeuten versuchen. Erst kürzlich konnte ich in Mecklenburg und Thüringen diese Tatsache feststellen. Im Westen aber werden meine ostpreußischen und schlesischen Landsleute wie das Vieh in Baracken zusammengepfercht, während die Grundbesitzer in Saus und Braus leben. Würde man dort nach den gleichen Grundsätzen wie bei uns ihren Boden enteignen und verteilen, so könnten alle aus dem Osten stammenden Klein- und Mittelbauern ihren Neubauernhof erhalten. Aber gerade um das zu verhindern, sperrt man sie in Baracken und hetzt sie gegen den Osten auf. Dieser Plan muß scheitern, denn die Unzufriedenheit meiner ostpreußischen und schlesischen Landsleute im Westen wird so lange nicht verstummen, als sie dort als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt oder, besser gesagt, mißhandelt werden. Eine Rückkehr in die verlorenen Ge-

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

25X1A



mit

Deutschland

Dreieinhalb Jahre sind vergangen, seit dem unheilvollen Hitlerkriege durch den Sieg der alliierten Mächte ein Ende bereitet wurde. Die Alliierten versprachen dem deutschen Volke in dem Potsdamer Abkommen, Deutschland als ein einziges, wirtschaftliches Ganzes zu betrachten, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, sein Leben auf einer demokratischen friedlichen Grundlage wiederherzustellen und ihm zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzuräumen.

Heute aber sieht sich das deutsche Volk vor folgende Lage gestellt:

Während die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sich nach wie vor zum Potsdamer Abkommen bekennt und für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland eintritt, lehnen die westlichen Besatzungsmächte die Durchführung des Potsdamer Abkommens ab und vereiteln das Zustandekommen eines demokratischen Friedens. Sie wollen dem deutschen Volke ein Besatzungsstatut aufzwingen, um Deutschland während vieler Jahre militärisch besetzt zu halten und es in ein Kolonialland zu verwandeln.

Die Gegensätze in der Frage des deutschen Friedensvertrages verursachten große Konflikte zwischen den Alliierten. Auf der Londoner Konferenz lehnten die westlichen Besatzungsmächte die Forderung der Sowjetunion auf Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit Deutschland ab und sprengten die Konferenz. Sie sind dabei, Deutschland durch die Bildung eines Weststaates zu zerreißern und die Spaltung der Hauptstadt Berlin zu vollenden. Demgegenüber tritt die Sowjetunion für die Einheit Deutschlands und den Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages ein.

Mit dieser Entwicklung wurde eine sich immer mehr steigende Kriegshetze gegen die Sowjetunion entfacht, aus der die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges erwächst. Um so dringlicher muß das deutsche Volk seine Forderung auf einen Friedensvertrag erheben, der ihm den demokratischen Aufbau seiner Wirtschaft und seines Staates ermöglicht und zu einem friedlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern führt.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates ersucht die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Vereinigten Staaten von Amerika, den Außenministerrat unverzüglich einzuberufen, um den Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten und die Friedenskonferenz vorzubereiten. Hierzu unterbreitet das Präsidium des Deutschen Volksrates den beteiligten Regierungen und den Völkern der Welt nachstehende Vorschläge:

Vorbereitende Maßnahmen

- 1** Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.
- 2** Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.
- 3** Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen.
- 4** Bildung einer vorläufigen zentralen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten.
- 5** Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Grundsätze für den Friedensvertrag

A. Pflichten des deutschen Volkes

- 1** Reparationsleistungen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Lebensstandards. Feststellung der Gesamtforderungen unter Anrechnung aller bereits erfolgten Leistungen.
- 2** Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie.
- 3** Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Deutschlands.

- 4 Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit.
- 5 Anerkennung einer befristeten und sachlich begrenzten Viermächtekontrolle über die friedliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands.

B. Rechte des deutschen Volkes

- 1 Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen, nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet.
- 2 Freie Entwicklung der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer, unter Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.
- 3 Wiederherstellung des freien Außenhandels.
- 4 Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages.
- 5 Wiederaufnahme normaler internationaler Beziehungen und Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Berlin, den 24. November 1948

Das Präsidium des Deutschen Volksrates

gez. Wilhelm Pieck gez. Otto Nuschke gez. Hermann Kastner

WILLE *und* WEG

FUNKTIONARORGAN DER SED · LANDESVERBAND GROSS-BERLIN

Sonderausgabe Oktober 1948

EntschlieÙung des Landesvorstandes der SED Groß-Berlin zur Lage in Berlin und zu den Aufgaben der Partei

Der Landesvorstand der SED Groß-Berlin hat in seiner Tagung vom 2. und 3. Oktober 1948 zu den wegweisenden Beschlüssen des Parteivorstandes Stellung genommen und die Lehren für unsere Aufgaben in Berlin gezogen. Der Landesvorstand stimmt dem Beschluß der 13. Tagung des Parteivorstandes „über die theoretische und praktische Bedeutung der EntschlieÙung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ zu. Das gründliche Studium und die konsequente Erfüllung der Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes werden entscheidend dazu beitragen, unsere Partei zu der sozialistischen Partei von neuem Typus zu machen, die befähigt ist, die schwierigen und komplizierten Aufgaben zu lösen, die sich aus der gegenwärtigen Lage in Berlin ergeben. Dann wird unsere Berliner Parteiorganisation imstande sein, die werktätige Bevölkerung in den Kampf um die Erhaltung des Friedens, um die politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheit Berlins, um die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in der Hauptstadt Deutschlands zu führen.

I. Die Lage in Berlin

Der politische Kampf in und um Berlin hat in den letzten Monaten eine gewaltige Verschärfung erfahren. Berlin darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Jede Untersuchung der Lage in Berlin muß von der gesamtdeutschen Situation ausgehen.

Deutschland wurde durch die Verwirklichung der Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz in zwei Teile zerrissen. Die Londoner Empfehlungen bedeuten die Schaffung eines westdeutschen Bundesstaates, dessen faktische Bildung nicht nur im Frankfurter de-facto-Kabinett und im Parlamentarischen Rat in Bonn, sondern vor allem in der Durchführung der separaten westdeutschen Währungsreform zum Ausdruck kommt. Sie war der entscheidende Schritt zur Aufteilung Deutschlands und das zwangsläufige Ergebnis einer Politik, die mit dem Zweizonenwirtschaftsabkommen im Dezember 1946 begonnen worden war.

Der Sinn dieser Politik ist die Preisgabe der wesentlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens, das die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands garantierte. Diese Grundsätze forderten die Entnazifizierung, die Entmilitarisierung, die Brechung der Macht des kriegsschuldigen deutschen Monopolkapitals und den Aufbau eines völlig neuen demokratischen Staates. Sie fanden in der sowjetischen Besatzungszone — teilweise auch im sowjetischen Sektor Berlins — ihre volle Verwirklichung durch die konsequente Bestrafung aller Kriegs- und Naziverbrecher, die Enteignung ihrer Unternehmungen, der Großbanken, Konzerne und Rüstungsbetriebe, durch die Bodenreform, die Schulreform und den Aufbau eines neuen demokratischen Verwaltungsapparates. Damit wurden in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen einer wahrhaft demokratischen Ordnung geschaffen, die den werk-

tätigen Massen den entscheidenden Einfluß sichern.

Aber gerade weil diese konsequente Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens die Herrschaft des deutschen Monopolkapitals und Junkertums untergrub und den Klasseninhalt der staatlichen Ordnung veränderte, gaben die bisher herrschenden Schichten der deutschen Bourgeoisie die Einheit Deutschlands preis und beschritten den Weg des nationalen Verrats, der Unterordnung unter das amerikanisch-englische Monopolkapital. Sie fanden in Westdeutschland und in Berlin dabei die Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien einschließlich der reaktionären Führung der SPD.

Nur weil der amerikanische Imperialismus deutsche Kräfte, deutsche Parteien und Organisationen fand, die seine Kolonialpolitik in Deutschland unterstützen, konnte er seine Politik der Zerreißung Deutschlands und der Verewigung der militärischen Besatzung bisher mit einem gewissen Erfolg durchführen. Das Ziel dieser Politik ist die Bildung eines westdeutschen separaten Bundesstaates, der durch ein Besatzungsstatut auf Jahrzehnte hinaus der kolonialen Herrschaft des amerikanischen Imperialismus unterworfen bleibt. Dabei kettet die Politik des Marshall-Plans den westdeutschen Bundesstaat auch wirtschaftlich völlig an das amerikanische Monopolkapital. Sie drosselt durch die gewaltig übersteigerte Ausfuhr von Kohle und Strom, Eisen und Stahl, Kunstfasern und anderen Rohstoffen die deutsche Fertigwarenindustrie, schaltet dadurch die deutsche Friedenswirtschaft als Konkurrenten auf dem Weltmarkt aus und verdammt sie zu Niedergang und Verfall.

Das strategische Ziel dieser Deutschlandpolitik des amerikanischen Imperialismus ist die völlige Beherrschung Westdeutschlands, besonders des Ruhrgebietes, und seine Verwandlung in eine kriegswirtschaftliche Basis der imperialistischen Aggression. Dabei stützt er sich auf die alten Kräfte des deutschen Monopolkapitals. Als Fronvögte und Agenten des amerikanischen Imperialismus konnten die alten Konzernherren, Reaktionsäre und Kapitalisten in Westdeutschland und auch in den Westsektoren Berlins ihre Klassenherrschaft wiederherstellen. Die gleiche Rolle spielen jene Kräfte in den Parteien, die die Politik des Marshall-Plans, die Politik der Zerreißung Deutschlands, der Bildung einer westdeutschen Bundesregierung und der Verewigung der militärischen Besetzung durch ein Besatzungsstatut in Frankfurt und Bonn betreiben oder unterstützen.

Diese Entwicklung in Westdeutschland hat auch die Entwicklung in Berlin maßgebend beeinflusst. Ein westdeutscher separater Bundesstaat, zu dessen Hauptstadt Frankfurt a. M. auserkoren ist, kann Berlin als Hauptstadt nicht brauchen. So ist denn auch die Entwicklung seit der Bildung des gegenwärtigen Magistrats, die zeitlich mit dem Abschluß des Zweizonenwirtschaftsabkommens zusammenfiel, durch ständig zunehmende und sich steigernde Maßnahmen zur politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Zerreißung Berlins gekennzeichnet.

Politisch fand das seinen Ausdruck in dem Bestreben, die Spaltung der Arbeiterklasse Berlins durch eine maßlose Hetze gegen die Sozialistische Einheitspartei zu vertiefen. In dem Versuch zur Gleichschaltung der bürgerlich-demokratischen Parteien, der zu ihrer Spaltung führte, im Verbot des Kulturbundes im amerikanischen und englischen Sektor, in der Spaltung der Gewerkschaften und der Bildung der UGO als einer ausgesprochenen amerikanischen Agentur, verbunden mit der brutalen Unterdrückung der einzig gesetzmäßigen Gewerkschaftsorganisation, des FDGB, im amerikanischen Sektor, schließlich im Verbot des Volksbegehrens für Einheit und gerechten Frieden und dem Terror gegen die Träger dieser deutschen Einheitsbewegung.

Wirtschaftlich erfolgte die Zerreißung Berlins durch den Anschluß zuerst an die Wirtschaftsverwaltungen in Stuttgart und Minden, danach an den Frankfurter Wirtschaftsrat, der bald dazu führte, daß über lebenswichtige Fragen Berlins nicht mehr im Magistrat oder der Stadtverordnetenversammlung, sondern in Stuttgart, Minden oder Frankfurt entschieden wurde. Dabei führte die Rückgabe fast aller Betriebe an Kriegs- und Naziverbrecher oder deren Wiedereinsetzung in ihre alten Stellungen sowie die Zulassung von Unternehmerverbänden in West-Berlin zur Wiederherstellung der Herrschaft des reaktionären Monopolkapitals unter amerikanisch-englischer Vormundschaft.

Das Verbrechen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung an der Berliner Bevölkerung besteht darin, daß sie diese schrittweise Aufspaltung Berlins nicht nur gefördert, sondern bewußt und absichtlich betrieben haben. Sie waren es auch, die in dem von ihnen beschlossenen Verfassungsentwurf Berlin als ein Land unter Ländern deklarierten und damit ganz im Sinne der Politik des westdeutschen reaktionären Bundesstaates Berlin als Hauptstadt Deutschlands abschrieben.

Während der amerikanisch-englische Imperialismus diese reaktionäre und volksfeindliche Politik gegen die Hauptstadt Berlin betrieb, wollte er gleichzeitig seine

Positionen in Berlin festigen und es als Vorposten seiner aggressiven Politik gegen die demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone, gegen die Volksrepubliken und die sozialistische Sowjetunion benutzen. Dieses Doppelspiel trat besonders klar zutage, als mit der Durchführung der Londoner Empfehlungen und der Bildung des Frankfurter de-facto-Kabinetts und schließlich mit der separaten westdeutschen Währungsreform die Aufteilung Deutschlands in ihr akutes Stadium trat. Diese Schritte bedeuteten die Aufhebung der Potsdamer Beschlüsse über die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands, die Liquidierung der gemeinsamen Viermächteverwaltung. Damit hatten die westlichen Besatzungsmächte auch die rechtliche Grundlage verloren, auf der ihre Anwesenheit in Berlin beruhte. Angesichts dieser Rechtslage, die sich aus Wort und Sinn des Potsdamer Abkommens ergab, war die Einführung der B-Mark in Berlin ein wirtschaftlicher und finanzpolitischer Angriff gegen die Bevölkerung Berlins und der sowjetischen Besatzungszone. Er verfolgt das Ziel, die Westsektoren aus dem einheitlichen Gefüge Berlins herauszulösen und zur Basis der aggressiven Politik des amerikanisch-englischen Imperialismus zu machen, von der aus wirtschaftliche und politische Zersetzung in die sowjetische Besatzungszone getragen werden kann.

Die amerikanischen und englischen Besatzungsmächte wußten dabei sehr genau, daß weder die sowjetische Besatzungsmacht noch die deutschen demokratischen Kräfte stillschweigend zusehen können, wie das wirtschaftliche Leben und die neue demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone durch diese reaktionären und imperialistischen Angriffe untergraben wird. Sie wußten ebenso genau, daß jede Schutzmaßnahme der sowjetischen Besatzungszone, von der Berlin umgeben ist, nicht ohne Folgen auf Berlin und das Leben der Berliner Bevölkerung bleiben konnte. Sie führten bewußt eine Lage herbei, in der die Bevölkerung der Berliner Westsektoren das Opfer ihrer aggressiven Politik werden mußte. Sie gingen noch weiter. Als die Sowjetregierung sich bereit erklärte, die Lage der Berliner Bevölkerung zu erleichtern und die Versorgung ganz Berlins durch eigene und sonstige Auslandslieferungen sicherzustellen und diese Ankündigung auch prompt verwirklichte, scheuten sie vor keinem Mittel der Hetze, des Zwanges und des Terrors zurück, um die Bevölkerung nicht in den Genuß dieser Versorgung kommen zu lassen.

In dieser Situation zeigte sich besonders deutlich, daß die Mehrheit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, die Führungen der Kaiser und Landsberg in der CDU, des Gestapoagenten Schwennicke in der LDP und der Neumann und Reuter in der SPD nichts anderes als die deutschen Träger und Wortführer dieser reaktionären und volksfeindlichen Aggressionspolitik sind. Sie hatten bereits vorher die Spaltung der Berliner Polizei eingeleitet, hatten die Polizei der Westsektoren mit reaktionären und nazistischen Elementen durchsetzt und schließlich mit der Bildung der Stumm-Polizei jene bewaffneten deutschen Formationen geschaffen, die für die Durchführung dieser volksfeindlichen Politik erforderlich waren. Sie hatten die Einführung der B-Mark und damit die wirtschaftliche Zerreißung Berlins gefordert, das nun zum Tummelplatz der Spekulation, der legalisierten Hochstapelei auf allen Gebieten der Wirtschaft und Finanzen und der Korrumpierung der Arbeiter und Angestellten wurde. Sie haben nicht nur die geregelte und erhöhte Versorgung Berlins durch die sowjetische Besatzungsmacht abgelehnt, sondern auch das Angebot der Deutschen Wirtschaftskommission, wichtige Berliner Be-

triebe in den Westsektoren mit Kohle, Strom und Rohstoffen zu versorgen, verworfen und sabotiert. Sie haben durch ihren Auszug nach dem Westen das Stadtparlament gespalten und praktisch schon einen West-Magistrat geschaffen. Sie haben mit ihren Delegationen nach Frankfurt und Bonn die Zerreißung Deutschlands sanktioniert und tragen damit die volle Verantwortung für die verderblichen Folgen, die sich daraus für Berlin und seine Bevölkerung ergeben.

Diese antidemokratische und antideutsche, zutiefst volksfeindliche Politik konnten diese Parteien vor der Berliner Bevölkerung nur vertreten, indem sie die unseligen Traditionen des Chauvinismus und der antibolschewistischen Hetze wiederaufnahmen, deren sich schon in der Weimarer Republik alle Reaktionäre bedient hatten und die der Nazismus zwölf Jahre lang bis zum Aeuersten gesteigert hatte. Darin liegt zugleich eine der Ursachen dafür, daß diese nationalistische und antibolschewistische Hetze bis in die Reihen der Arbeiterschaft hinein wirksam werden konnte. Die Hetze gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien wurde dabei verbunden mit einer Pogromhetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und alle wahrhaft fortschrittlichen Demokraten, die sich in der letzten Zeit bis zum offenen Terror mit Maßregelungen, willkürlichen Verhaftungen und offenkundigen Rechtsbeugungen steigerte.

Die reaktionären Führungen der bürgerlichen Parteien und der SPD steigerten ihre nationalistische Hetze bis zu unverhüllten Kriegsdrohungen und blutigen Provokationen (9. September). Dieser Kriegshetze dient ihre Verherrlichung der Luftbrücke ebenso, wie ihr heuchlerisches Geschrei über eine angebliche Blockade, das die Berliner Bevölkerung nur von der Verantwortung der Westmächte und ihrer Agenten, der Neumann und Reuter, Friedensburg, Landsberg und Schwennicke, ablenken soll. Sie schreckten nicht davor zurück, unter der Parole „Berlin ist einen Krieg wert“ die Wohnviertel Berlins erneut zum Ziel amerikanischer Bombengeschwader zu machen, die mit Bomben und Phosphor vernichten würden, was ihre erste Luftbrücke noch übriggelassen und was die Berliner Bevölkerung unter Mhen und Entbehrungen wiederaufgebaut hat. Durch fortgesetzte Ausplünderung Berlins dient die Luftbrücke tatsächlich nur dazu, das Zerstörungswerk der Bomber von 1945 zu vollenden. Dabei soll die Luftbrücke und das Geschrei von der militärischen Stärke der USA auf schwachnervige Leute einschüchternd wirken, die nicht wissen, daß die amerikanischen Truppen in Europa nur landen konnten, weil die Hauptkräfte der Hitlerarmee von den sowjetischen Truppen bereits vernichtet waren.

Die Kriegshetze ist besonders darum so gewissenlos verbrecherisch, weil sie sich gegen die Länder richtet, die konsequent und folgerichtig für die Einheit Deutschlands und damit auch für die Lebensinteressen Berlins eintreten. Die Regierungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder haben auf der Warschauer Konferenz ihrer Außenminister die rasche Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung, die sofortige Ausarbeitung und den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und daran anschließend den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland vorgeschlagen. In den Moskauer Verhandlungen sowie mit dem Vorschlag auf Einberufung der Außenministerkonferenz hat die Sowjetregierung ihre Treue zu diesem Programm eines deutschen Friedens und der Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes erneut unter Beweis gestellt. Mit der Aufnahme der Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln und der Einleitung normaler Handelsbeziehungen werden in der Ostzone und Berlin durch die Sowjetregierung und die Volksrepubliken auch der Zu-

gang zum Weltmarkt geöffnet, den Deutschland braucht, wenn es seine Friedenswirtschaft aufbauen will, die das Ziel des deutschen Zweijahrplanes ist. Dieser Zugang zu den Märkten Ost- und Südosteuropas ist auch die Voraussetzung für die Entwicklung der Friedenswirtschaft in Berlin, deren Exportzweige auf das höchste entwickelt werden müßten, von den Westmächten und ihren Berliner Lakaien aber nicht nur künstlich gehemmt, sondern sogar abgebaut und nach Westdeutschland verlagert werden.

Nur ein Feind der nationalen Interessen Deutschlands und der Lebensinteressen Berlins kann sich angesichts dieser Sachlage gegen die Sowjetunion und das von ihr geführte Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus wenden. In diesem Lager steht die sozialistische Weltmacht nicht mehr allein, an ihrer Seite stehen die sich von Monat zu Monat rascher entwickelnden Volksdemokratien Europas und die hunderte Millionen des von der Volksarmee befreiten Chinas. Aber diese Front des Friedens und der Demokratie geht auch mitten durch die Länder des amerikanischen Westblocks, denn die Völker wollen keinen Krieg. Das Lager des Friedens und der Demokratie ist heute unvergleichlich stärker als das Lager des Krieges und der Reaktion, das gerade darum so hysterisch vom Kriege schreit, weil es von inneren Gegensätzen zerrissen ist und seine Kräfte schwinden fühlt.

Das ist heute die Situation und die Alternative, die wir jedem Berliner bewußt machen msen:

Wer für den Frieden ist, muß gegen die nationalistische und chauvinistische Hetze auftreten.

Wer dagegen die nationalistische und chauvinistische Hetze betreibt oder auch nur duldet, bedroht Berlin, seine Existenz, das Leben seiner Einwohner.

Wer für den Frieden ist, muß auch für die Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin eintreten.

Wer dagegen für den westdeutschen Bundesstaat, für Frankfurt und Bonn ist, ist gegen Berlin, liquidiert Berlin als Hauptstadt Deutschlands, dient dem Krieg.

Wer für den planmäßigen Aufbau einer Berliner Friedenswirtschaft ist, muß für die Entmachtung des Monopolkapitals kämpfen, gegen die reaktionären Nutznießer der Aufspaltung Berlins.

Wer dagegen für den Marshall-Plan ist, untergräbt die Berliner Wirtschaft, zerrüttet die Berliner Exportindustrie, verurteilt Berlin zur ewigen Abhängigkeit.

Wer für die Einheit Berlins ist, muß die Abschaffung der B-Mark und eine einheitliche Währung für Berlin fordern.

Wer dagegen für die B-Mark ist, zerreißt Berlin, macht es wirtschaftlich lebensunfähig, ruiniert es.

Wer für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen ist, muß für die Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern sein.

Wer dagegen für den amerikanischen Kriegsblock tritt, tritt auch für ein Besatzungsstatut und die Verewigung der Besatzung ein.

II. Die Aufgaben der demokratischen Kräfte Berlins

Die in Berlin wirksamen Kräfte des ausländischen Imperialismus haben ihre Politik nur durchführen können, weil sie deutsche Kräfte fanden, mit denen es ihnen gelang, die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern, die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu sprengen, Zersetzung und Spaltung in die bürgerlichen Parteien zu tragen und schließlich durch die UGO auch die Gewerkschaften zu spalten. Dieser Politik der Spaltung und Zersetzung, ja der Zersplitterung der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte bei gleichzeitiger Sammlung der reaktionären Kräfte in der Dreiparteien-Koalition stellen wir die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte im Demokratischen Block Berlins entgegen. Wir haben uns im Demokratischen Block mit jenen fortschrittlichen Kräften zusammengeschlossen, die sich in zunehmendem Maße dem antidemokratischen Kurs der reaktionären Führungen der Berliner Organisationen der CDU und LDP widersetzen und schließlich ihre eigenen Organisationen auf der Grundlage ihrer Parteiprogramme und Statute von 1945 wiederherstellen. Eine ähnliche Entwicklung beginnt sich in der SPD gegen die Neumann-Reuter-Führung anzubahnen, die zum Zentrum der Agententätigkeit des sogenannten Ostbüros geworden ist, gegen jene Berliner SPD-Führer, die sich als schlimmste Einpeitscher der Kriegshetze gezeigt haben und Berlin in Chaos und Bürgerkrieg stürzen wollen.

Im Zusammenwirken mit den großen demokratischen Massenorganisationen, dem FDGB, dem DFB, der FDJ und VVN, wird der Demokratische Block die Berliner Bevölkerung für den Kampf um ihre ureigensten Lebensinteressen mobilisieren. In diesem Kampf stehen folgende Hauptaufgaben vor allen demokratischen Kräften:

1. Kampf für den Frieden

Die alle anderen Aufgaben überragende und bestimmende Kampfaufgabe zur Sicherung des Lebens und der Existenz Berlins ist der Kampf für den Frieden. Diese Friedenspolitik erfordert den entschiedensten Kampf gegen den Nationalismus, wie er in der Antisowjethetze, der Hetze gegen die Volksdemokratien, in nationaler Ueberheblichkeit und noch nicht überwundenem Rassendünkel zum Ausdruck kommt. Der Chauvinismus muß auch geschlagen werden, wenn er als Revisionspropaganda in Fragen der Ostgrenze auftritt, die von den imperialistischen Westmächten erst von dem Zeitpunkt an geschürt wurde, da in Polen und in der Tschechoslowakei die fortschrittlichen sozialistischen und demokratischen Kräfte über die reaktionären und nationalistischen Kräfte, die auch die ärgsten Feinde der Verständigung und Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke waren, den Sieg davongetragen hatten.

2. Kampf für die Einheit Berlins und für die Einheit Deutschlands

Die Wiederherstellung der Einheit Berlins in Verwaltung, Wirtschaft und Versorgung ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Berlin. Sie erfordert:

- a) Einziehung der B-Mark und Einführung der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank als einheitlicher Währung Berlins und seines natürlichen wirtschaftlichen Hinterlandes, der sowjetischen Besatzungszone. Die B-Mark dient heute der Ausplünderung Berlins, der Zerrüttung seiner Wirtschaft. Sie wird als Mittel benutzt, Zwietracht und Zersetzung in die Berliner Bevölkerung zu tragen, stellt den Sumpfboden dar, auf dem Spekulation, Schwarzhandel, Hamsterei und Korruption blühen und gedeihen. Trotz scheinbarer Vorteile persönlicher Art muß jeder Berliner sich darüber klar werden, daß die B-Mark die Berliner Wirtschaft und damit seine eigene Existenz untergräbt.
- b) Säuberung der Verwaltung von allen Saboteuren, Spaltern, Provokateuren und Kriegshetzern, die durch aufrechte Verfechter der Einheit Berlins, wirkliche Demokraten und Kämpfer für den Frieden zu ersetzen sind. Bei der Lösung dieser Aufgabe haben die Bezirks-

verwaltungen des sowjetischen Sektors beispielhaft voranzugehen.

- c) Schaffung einer einheitlichen demokratischen Volkspolizei in ganz Berlin. Sofortige Entlassung und Strafverfolgung aller für die Bildung der reaktionären antidemokratischen Stumm-Garde verantwortlichen Magistratsmitglieder und Polizeifunktionäre. Säuberung der Westpolizei von allen nazistischen und reaktionären Elementen sowie von allen Agenten und Spionen ausländischer Geheimdienste.
- d) Liquidierung aller abgespalteten Dienststellen des Magistrats in den Westsektoren und Wiederherstellung der einheitlichen Verwaltung Berlins, deren Sitz im Neuen Stadthaus ist.
- e) Fortführung des gemeinsamen Wirkens aller demokratischen Kräfte für die große Bewegung des Volkskongresses für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

3. Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und Bannung der Wintersnot

Solange die Einheit der Währung, Wirtschaft und Verwaltung Berlins durch die Westmächte und ihre Agenten im Magistrat und in der Stadtverwaltung verhindert wird, muß der Demokratische Block alle Kräfte daransetzen, um die Bevölkerung für folgende Maßnahmen zu mobilisieren:

- a) Von den Bezirksverwaltungen der westlichen Sektoren ist zu verlangen, daß sie mit der Deutschen Wirtschaftskommission und der Sowjetischen Zentralkommandantur in Verbindung treten, um der Bevölkerung ihres Bezirks den bequemsten und zweckmäßigsten, völlig freien und ungehinderten Bezug ihrer Lebensmittel und Brennmaterialien aus dem sowjetischen Sektor sicherzustellen.
- b) Dieselben Maßnahmen sind für die Versorgung der wichtigsten Betriebe mit Kohle, Strom und Rohstoffen auf der Basis von Abschlüssen mit dem Industrie- und Handelskontor zu fordern.
- c) Systematische Werbung in den Betrieben und Wohnungen der Westsektoren für den Bezug der Lebensmittel und Brennmaterialien aus dem sowjetischen Sektor Berlins.
- d) Organisierte Selbsthilfe der Bevölkerung unter Leitung der demokratischen Organisationen (Schaffung von Wärmehallen, Patenschaften in Straßen und Häusern für Alte und Gebrechliche, systematische Auswertung aller Erfahrungen des Katastrophenwinters 1946/47).

4. Kampf für das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten und für die Legalität der zugelassenen Parteien, ihrer Versammlungen und Presseorgane in den Westsektoren Berlins

Der reaktionäre, antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der Westmächte und ihrer deutschen Gefolgsleute findet seinen sprechendsten Ausdruck in der Unterdrückung und im Terror, die gegen die einzig gesetzmäßige Gewerkschaft, den FDGB, sowie gegen die Parteien des Demokratischen Blocks, ihre Versammlungen und Zeitungen ausgeübt werden. Der Kampf gegen diese Vergewaltigung der demokratischen Grundrechte ist ein legaler Kampf, der seine rechtliche Grundlage in den Abkommen der Alliierten Mächte, in der Zulassung der Parteien und Gewerkschaften durch die Alliierte Kommandantur und in ihren Befehlen hat. Es ist daher nicht nur das moralische, sondern auch das politische Recht jedes Berliner Antifaschisten, in diesem Kampf um die Legalität seiner demokratischen Organisation mit allen Mitteln und Methoden sein Recht auf Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit entschieden zu vertreten.

5. Für freie Wahlen in einem einheitlichen Berlin

Die von den Spaltern Berlins geplanten kurzfristigen Wahlen sollen der weiteren Zerreißung Berlins, der Kriegshetze und den außenpolitischen Manövern des amerikanischen Imperialismus dienen. Erst wenn die von uns erhobenen Forderungen für die Einheit Berlins, die Normalisierung des Lebens und die Gewährleistung der demokratischen Grundrechte erfüllt sind, kann zur Durchführung freier und verfassungsmäßiger Wahlen in Berlin geschritten werden. Unter den heutigen Verhältnissen des Verwaltungschaos, des Terrors gegen die demokratischen Organisationen Berlins wären sie ungesetzlich und könnten nur eine nationalistische Uebersteigerung des politischen Betruges vom Oktober 1946 bringen.

6. Entmachtung des Monopolkapitals, Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, Verbot der Unternehmerverbände

Die Hauptstützen der aggressiven imperialistischen Politik in Berlin sind die Vertreter des Monopolkapitals, jene Rüstungsgewinnler, Kriegstreiber und Nazi-verbrecher, die von den westlichen Besatzungsmächten ihre Betriebe und Besitztitel wieder zurückerhalten haben oder in ihre Positionen in Konzernen und Groß-Banken wieder eingesetzt wurden. Dadurch wurde in den Westsektoren die Macht des deutschen Monopol-

Das sind in der gegenwärtigen Situation die Hauptaufgaben im Kampfe für ein einheitliches demokratisches Berlin, für den unsere Partei und die mit ihr verbündeten Volkskräfte die Massen des werktätigen Volkes mobilisieren müssen. Dieser große und schwierige Kampf fordert den Einsatz aller Kräfte, Entschlossenheit, Zielklarheit und Standhaftigkeit. Doch er ist des Einsatzes wert, denn in ihm tragen die demokratischen Kräfte Berlins eine große Verantwortung für ganz Deutschland.

kapitals unter amerikanisch-englischer Vormundschaft wiederhergestellt. Sie sind heute die Nutznießer der separaten Währungsreform, der Währungsspekulation, die Drahtzieher des Wirtschaftskrieges gegen die sowjetische Besatzungszone und die Saboteure des Wiederaufbaues einer deutschen Friedenswirtschaft. Durch die Organisation der Unternehmerverbände sind sie heute schon wieder die Hauptkraft der deutschen Reaktion, die ihre wirtschaftliche Macht rücksichtslos zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten ausübt. Eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung einer wahrhaft demokratischen Ordnung in Berlin ist daher das sofortige Inkraftsetzen des sogenannten Sozialisierungsgesetzes, des Gesetzes über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und das Verbot der Unternehmerverbände.

Allein im sowjetischen Sektor von Berlin sind die Unternehmen der Kriegs- und Naziverbrecher beschlagnahmt und ihre Betriebe der Treuhandverwaltung des Volkes unterstellt. Gleich diesen Betrieben, in denen die Verwirklichung der obengenannten, von den Westmächten bisher sabotierten Gesetze vorweggenommen ist, können die Konzernbetriebe West-Berlins morgen Volkseigentum sein und die solide Basis für den Aufbau einer Berliner Friedensindustrie und für eine neue demokratische Ordnung in Berlin abgeben.

7. Zweijahrplan für den Aufbau der Berliner Friedenswirtschaft

Die Zukunft Berlins hängt entscheidend von der raschen Entwicklung einer Friedenswirtschaft ab. Sie muß das Ziel des Berliner Zweijahrplanes sein, dessen Grundzüge von unserer Partei ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt wurden. Dieser Zweijahrplan Berlins ist in den Westsektoren ein Kampfprogramm, zeigt das Ziel, das im Kampfe gegen Rüstungsgewinnler und Kriegsverbrecher erreicht werden muß, um das Leben Berlins zu sichern. Im Ostsektor dagegen kann er in den Treuhand- und SAG-Betrieben schon heute durch die Entwicklung und Steigerung der Produktion real zur Verbesserung der Lage Berlins beitragen. Mit seiner Verwirklichung kann Berlin aus eigener Kraft weitgehend seine wirtschaftliche Selbsterhaltung gewinnen, die auf gesunden wirtschaftlichen Beziehungen zur sowjetischen Besatzungszone, zu ganz Deutschland und auf einem entwickelten Außenhandel beruhen müßte.

Das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei wird nicht auf einmal und nicht durch Gewaltanwendung gegenüber der Arbeiterklasse erworben, sondern durch langwierige Arbeit der Partei in den Massen, durch richtige Politik der Partei, durch die Fähigkeit der Partei, die Massen von der Richtigkeit ihrer Politik an Hand der eigenen Erfahrung der Massen zu überzeugen, durch die Fähigkeit der Partei sich die Unterstützung der Arbeiterklasse zu sichern, die Massen der Arbeiterklasse zu führen.

J. Stalin
Fragen des Leninismus

III. Die Rolle der Partei — Kritik und Selbstkritik

Bei dieser **ernsten und schwierigen Lage** in Berlin konnte es gar nicht ausbleiben, daß das ausländische und deutsche Monopolkapital und die gesamte deutsche Reaktion einschließlich der reaktionären Führer der SPD alle ihre Kräfte gegen die Partei konzentrierten, die die Einheit Berlins, seine demokratische Entwicklung und die Lebensinteressen seiner werktätigen Bevölkerung am konsequentesten und kompromißlos vertrat, gegen unsere Partei. Die gemeinsame Hetzjagd der ausländischen und deutschen Reaktion gegen unsere Partei kann uns zwar mit Stolz erfüllen, brachte aber unter den Bedingungen der vierfachen militärischen Besatzung zugleich große Belastungen und Prüfungen für unsere Partei. Angesichts der großen Verantwortung, die unsere Partei in der Situation des gewaltig verschärften Klassenkampfes in Berlin zu tragen hat, muß sie selbstkritisch prüfen, wie weit sie ihre führende Rolle erfüllt und die Massen der Arbeiter und Angestellten mit Erfolg in den Kampf geführt hat. Bei dieser Ueberprüfung der Politik und Arbeit der Berliner Partei ging der Landesvorstand von der Leninischen Erkenntnis aus, daß nur eine Partei, die offen über ihre Fehler spricht, die rücksichtslos alle Schwächen aufdeckt, eine Partei, die unter der Kritik der Massen steht und sich in offener Aussprache vom Opportunismus befreit, erst wirklich fähig wird, die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen.

Entsprechend diesem Grundsatz stellte der Landesvorstand fest, daß die Berliner Parteiorganisation es bisher nicht genügend verstanden hat, ihre richtige, die Interessen der Werktätigen vertretende Politik der Berliner Bevölkerung verständlich und sichtbar zu machen, die Massen zu aktivem Kampf für sie zu mobilisieren. Der Ausgang der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen hat gezeigt, daß es dem amerikanischen Imperialismus und seinen deutschen Agenturen gelungen ist, ihren Einfluß auf Teile der Berliner Arbeiterschaft, besonders in den Großbetrieben, zu steigern. Zusammen mit der Spaltung der Gewerkschaften in den Westsektoren war das eine ernsthafte Niederlage der Arbeiterklasse und eine Stärkung der Reaktion. Die Ursachen für diese ernste Lage sieht der Landesvorstand in folgendem:

1. Die zahlenmäßig große Kraft unserer Partei konnte nicht zur vollen Auswirkung kommen, weil es ihr an ideologischer Einheit und Geschlossenheit mangelte. Zwar hat der Prozeß der ideologischen Festigung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus seit dem Vereinigungsparteitag Fortschritte gemacht, hat sich aber, gemessen an der Verschärfung der Klassenkämpfe, zu langsam vollzogen. Die Grundlehren des Marxismus-Leninismus über die Rolle der Partei, die Klassen und den

Klassenkampf, die Erfahrungen der Geschichte der einzigen siegreichen Partei des Proletariats, der KPdSU, wurden ungenügend studiert und fanden in der Politik und Arbeit der Berliner Partei nicht die erforderliche praktische Anwendung. Das hat dazu geführt, daß die systematischen Versuche der Klassegegner, ideologische Zersetzung in die Reihen zu tragen, nicht überall wirkungslos geblieben sind.

- 2. Die Wirkung der chauvinistischen Kriegs- und Antisowjethetze auf große Teile der Bevölkerung und auch der Arbeiterklasse wurde unterschätzt,** obwohl sie in die Reihen der Partei hineinging. Bis in die Führung der Berliner Partei zeigte sich ein Liberalismus gegenüber den Auswirkungen dieser nationalistischen Hetze. Er kam zum Ausdruck in Tendenzen, einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Ostgrenze auszuweichen sowie in der von einzelnen Genossen vertretenen Auffassung, man müsse sich von der sowjetischen Besatzungsmacht distanzieren. Dieser unzulässige Liberalismus gegenüber den Auswirkungen der Antisowjethetze, die der ideologischen Kriegsvorbereitung dient, fand seinen Ausdruck auch darin, daß der Landesvorstand solche Sowjetfeinde wie Harnisch und Tarnow so lange in seinen Reihen duldete, bis sie selbst ins Lager des amerikanischen Imperialismus übergingen.
- 3. Auch die weite Verbreitung und besondere Betonung, die die gefährliche und falsche Theorie von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus in der Berliner Parteiorganisation gefunden hat,** ist ein Zeichen dafür, daß sie nationalistischen und sowjetfeindlichen Stimmungen nachgegeben hat. Durch die Verbreitung dieser „Theorie“ wurden Illusionen über die Möglichkeiten eines friedlichen Weges zum Sozialismus (ohne Klassenkampf) geweckt und gefördert, die die Partei demobilisierten und sie hinderten, die neuen Erscheinungsformen des Klassenkampfes unter den schwierigen Bedingungen Berlins richtig zu erkennen.
- 4. Die marxistisch-leninistische Lehre von der führenden Rolle der Partei im Klassenkampf ist noch ungenügend in der Partei verankert.** Das führte zu einer Unterschätzung des Stalinischen Grundsatzes, daß es nicht genügt, eine richtige Politik festzulegen, sondern daß man auch verstehen muß, ihre Durchsetzung und Verwirklichung zu organisieren. Dieses Verkennen der Führerrolle der Partei fand u. a. seinen Ausdruck in einem falschen Verhalten zu den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, zu den Betriebsräten sowie zu der Aktivistenbewegung und den Plankommissionen in den Treuhand- und SAG-Betrieben. In allen diesen Organisationen und Bewegungen kann die Partei ihre führende

Wir müssen den Mut haben, uns klar zu sagen, wo die Fehler sind. Wir müssen den Mut haben, ganz eindeutig über die Probleme zu sprechen. Da kann sich nicht jeder gleich beleidigt fühlen. Dann werden wir nie zu einer kritischen Analyse unserer Arbeit kommen und werden nie zu einem sachlichen Erfolg kommen.

OTTO GROTEWOHL

vor dem Parteivorstand

Rolle nicht bloß durch Anweisungen, sondern muß sie in erster Linie durch die verantwortliche, initiative und beispielhafte Arbeit ihrer Mitglieder verwirklichen, denen die größere politische Einsicht und Schulung ermöglichen muß, die besten Vorschläge für die Aktionen, die Arbeit und Organisation dieser Schulen des politischen und des Klassenkampfes zu machen, sich damit das Vertrauen der Massen zu erwerben und ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln. Verwirklichen unsere Mitglieder und Funktionäre in dieser Weise die führende Rolle der Partei in den Massen- und Klassenorganisationen, so werden damit auch die falschen Vorstellungen über der Begriff der „Ueberparteilichkeit“ überwunden.

Demgegenüber gibt es in der Partei noch Tendenzen des Wartens auf die Spontaneität der Massen, aber auch ein Abwarten gegenüber der Entwicklung der internationalen Politik, das in Berlin mit seiner vierfachen militärischen Besetzung besonders gefährlich ist. Sie entspringen einem Unterschätzen der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Diese falschen Auffassungen von der Rolle der Partei führten teilweise zu einer passiven nicht mobilisierenden und organisierenden bloßen Agitationstätigkeit in der Parteiorganisation.

Angesichts dieser ideologischen und politischen Schwächen in der Berliner Parteiorganisation erkennen Landesvorstand und Sekretariat ein ernstes politisches Versäumnis darin, daß die Aussprache über die Beschlüsse der 11. und 12. Tagung des Parteivorstandes verzögert, aus ihnen die Lehren für Berlin nicht rechtzeitig gezogen und der Partei unterbreitet wurden. Dabei ist die Tatsache, daß die Kreisvorstände bereits begonnen haben, in Entschlüssen zur Lage in der Partei und zu ihren Aufgaben Stellung zu nehmen, ein Zeichen der Gesundung und der Festigung der Berliner SED. Eine Folge des Versäumnisses des Landesvorstandes war es jedoch, daß die Kreisvorstände an diese Arbeit häufig auf bürokratische Weise und nur von der organisatorischen Seite aus herangingen, woraus sich politische und organisatorische Fehler ergaben (keine konkrete Untersuchung der politischen Lage und Aufgaben im Bezirk, schematische Ausscheidung von passiven Mitgliedern, statt Maßnahmen zu ihrer Aktivierung zu treffen).

Der Landesvorstand und das Sekretariat sehen die Ursachen dieses Versäumnisses nicht zuletzt darin, daß ihre Arbeit unter einer mangelnden Kollektivität litt, was dazu führte, daß politische Meinungsverschiedenheiten häufig nicht ausgesprochen und nicht bis zu Ende ausgetragen wurden. Das hatte auch zur Folge, daß eine straffe und einheitliche Führung der Abteilungen des Landesvorstandes und der Kreissekretariate fehlte. Zudem arbeiteten das Landes-

sekretariat und die Kreissekretariate zu bürokratisch und zu sehr vom Schreibtisch aus, so daß die Führung der Partei in Berlin wie in den Kreisen ungenügend über den inneren Zustand der Partei und ihre Arbeit unterrichtet war. Daraus ergibt sich für den Landesvorstand und das Sekretariat die Notwendigkeit, die Durchführung ihrer politischen Linie durch eine konkrete Hilfe und persönliche Anleitung für die Kreissekretariate und die Betriebsgruppen in den wichtigsten Großbetrieben zu sichern.

Verstärkung der Betriebsarbeit

Der ungenügende Einfluß der Partei auf die Belegschaften der Großbetriebe ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Landesvorstand wie die Kreisvorstände nicht alle verfügbaren Kräfte auf die Parteigruppen in den Treuhand- und SAG-Betrieben des Ostsektors und die Großbetriebe der Westsektoren konzentriert haben. Dabei machen die komplizierten und unterschiedlichen Klassenverhältnisse in Berlin (Konzernbetriebe im Westen und volkseigene Betriebe im Osten) ein sorgfältiges Studium der neuen Formen des Klassenkampfes und die Nutzenanwendung der so festgelegten Erfahrungen in der Gesamtpartei erforderlich. Diese Aufgabe ist vordringlich in der politischen Vorbereitung der vom 4. bis 6. Dezember stattfindenden Parteikonferenz.

Eine solche auf der genauen Kenntnis der Betriebsverhältnisse beruhende politische und praktische Anleitung unserer Betriebsgruppen in den ausschlaggebenden Großbetrieben wird sie befähigen, in den Westsektoren den Einfluß des amerikanischen Imperialismus und seiner UGO-Agenten zurückzudrängen, im Ostsektor aber ihre führende Rolle bei der Erfüllung des Wirtschaftsplanes, der Steigerung der Produktion und der Ueberwindung von Schwierigkeiten zu erfüllen.

Aktive Gewerkschaftsarbeit

Die zweite entscheidende Schwäche in der Massenarbeit der Berliner Partei liegt in ihrer Gewerkschaftspolitik. Bei der Untersuchung der politischen Ursachen dieser Schwäche kam der Landesvorstand zu folgenden Feststellungen: Die Politik der SED-Genossen in leitenden Funktionen der Gewerkschaften war nicht genügend einheitlich. Die aufgetretene Neigung, die Marshall-Plan-Politik anzuerkennen, muß als eine Tendenz zum Abgleiten in den Reformismus gekennzeichnet werden. Vom Landesvorstand ebenso wie von verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären wurden die Spaltungsabsichten der UGO-Führung lange unterschätzt und nicht früh genug erkannt, daß es sich dabei um einen entscheidenden Schlag gegen die Einheit Berlins und Deutschlands handelte. Die neue demokratische Ordnung in der sozialistischen Besatzungszone und das aus ihr erwachsende neue Verhältnis zur Arbeit waren Gegenstand einer besonders

Ohne die richtige Politik der Partei, die durch die

Erfahrung des Kampfes der Massen bekräftigt wird, und

ohne das Vertrauen der Arbeiterklasse gibt es keine wirkliche

Führung durch die Partei und kann es sie auch nicht geben.

J. STALIN

Fragen des Leninismus

gehässigen feindlichen Hetze, gegen die in den Vorständen des FDGB ungenügend aufgetreten wurde, vor der man nicht selten zurückwich, eine Erscheinung, die sich sogar in der Partei bis in den Landesvorstand zeigte. Sie steht in engem Zusammenhang mit einem Verkennen der neuen Rolle der Gewerkschaften.

Diese ideologischen und politischen Schwächen in den Gewerkschaften können nur durch eine entschiedene Verstärkung der Arbeit der Partei in den Gewerkschaften behoben werden. Sie muß dazu beitragen, das innergewerkschaftliche Leben zu entwickeln, eine kritische und selbstkritische Ueberprüfung der gesamten Tätigkeit der Gewerkschaften vorzunehmen, sie zu aktivieren und entschlossen in den Kampf gegen die Spalter, für die Zurückgewinnung der einfachen UGO-Mitglieder für den FDGB zu führen.

Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse

Sekretariat und Landesvorstand haben bei der Ausarbeitung der Politik der Partei viel zu wenig berücksichtigt, daß opportunistische und sektiererische Auffassungen in unserer Partei vorhanden sind und ständig durch die Politik der Klassenfeinde und Agenten der amerikanischen Militärregierung in die Partei hineingetragen werden. Die scharfe und konsequente Stellungnahme gegen die reaktionären Führer der SPD darf uns jedoch nicht daran hindern, den engsten Kontakt mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären herzustellen. Es kommt darauf an, den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse mit Unterstützung aller unserer Mitglieder und Funktionäre zu führen. Allen sektiererischen Auffassungen, die einer Isolierung von den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären das Wort reden, ist schärfstens entgegenzutreten. Die Lösung dieser Aufgabe wird jedoch erschwert, wenn Mitglieder und Funktionäre der Partei ohne Wissen und Kontrolle der zuständigen Parteinstanz mit sozialdemokratischen Funktionären Zusammenkünfte pflegen. Dadurch erleichtern wir die Möglichkeit des Eindringens feindlicher Argumente und Stimmungen in unsere Partei.

Kommunalpolitik

Von der in- und ausländischen Reaktion wurde das Berliner Stadtparlament und der Kampf um die Gewerkschaften in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Das führte auch in unserer Partei zu einer Ueberschätzung der Rolle des Parlaments und in den Gewerkschaften zu einer Unterschätzung des außerparlamentarischen Massenkampfes. Von der Stadtverordnetenfraktion wurde die Tribüne des Parlaments in ungenügendem Maße zur Entlarvung der verderblichen Politik der anderen Parteien und des Magistrats ausgenutzt. Die Parlamentstribüne wurde nicht in ein Sprachrohr der Partei zur Massenbeeinflussung verwandelt. Der Mangel bestand auch darin, daß nicht alle Stadtverordneten in dem notwendigen Maße an der Arbeit der Fraktion und der Vertretung ihrer Politik teilnahmen. Unser Versuch, eine Zusammenarbeit von SED und SPD zu erreichen und die Mehrheit beider Parteien im Stadtparlament für die Interessen der werktätigen Bevölkerung dienstbar zu machen, wurde fälschlicherweise als Ausnutzung einer sozialistischen Mehrheit bezeichnet. Das war offenkundig ein Fehler, da die Mehrheit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion durch ihre ganze Politik den augenscheinlichen Beweis dafür erbrachte, daß die sozialdemokratische Führung mit Sozialismus nichts zu tun hat.

Im Magistrat und in den Bezirksämtern wider einige Mitglieder unserer Fraktion vor der Spaltungspolitik der bürgerlichen Koalition zurück. Ein Ausdruck des Zurückweichens war das Verhalten des Genossen Lübke bei einigen Abstimmungen im Magistrat. Die Tatsache, daß solche Bezirksräte wie Raddatz und Lachotzki so lange in der Partei geduldet wurden, bis sie zum Klassenfeind übergingen, zeugt von ersten Schwächen in der Klassenwachsamkeit unserer Kreisvorstände und des Landesvorstandes.

Systematische Förderung junger Kräfte

Die unzweifelhafte Tatsache einer gewissen Ueberalterung des Funktionärstabes der Partei macht uns eine systematische politische Förderung neuer, junger Kräfte zur Pflicht. Sie kann nicht nur auf Schulen, sondern muß auch in der praktischen Erprobung in der Tätigkeit der Gruppen-, Stadtbezirks- und Kreisleitungen erfolgen. Die Wahl junger Funktionäre muß natürlich mit der ständigen Sorge um ihre Qualifizierung verbunden sein.

Gemessen an der Größe und Bedeutung dieser Aufgabe muß die Tätigkeit der personalpolitischen Abteilung beim Landesvorstand ebenso wie bei den Kreisvorständen als der schwache Punkt bezeichnet werden. Die personalpolitischen Abteilungen geben den Parteileitungen keinen Ueberblick, wie die Funktionäre und die Schüler der Parteischulen eingesetzt werden und sich entwickeln. Sie befassen sich mehr mit Arbeitsvermittlung als mit der planmäßigen Heranbildung und Entwicklung neuer Kader, die zu ihrer Hauptaufgabe werden muß.

Aktive Kultur- und Schulpolitik

Auf kulturpolitischem Gebiet hat die Partei es bisher nur ungenügend verstanden, die spalterischen und reaktionären Anschläge gegen das Kultur- und Geistesleben Berlins mit einer Sammlung aller fortschrittlichen Kulturschaffenden zu beantworten. Das kam besonders beim Verbot des Kulturbundes und bei den Vorgängen an der Berliner Universität zum Ausdruck. Ebenso wurde die große Aufgabe, ein neues Verhältnis der Wissenschaftler und Künstler zu den Werktätigen in den Betrieben herzustellen, nur völlig unzureichend in Angriff genommen.

Die demokratische Schulreform, vom Stadtparlament beschlossen, ist in ihrer Bedeutung für die Erziehung und Entwicklung der Kinder und der Jugend noch nicht von der gesamten Partei gewürdigt worden. In den Schulen, sogar in denen des sowjetischen Sektors, können sich noch immer Antidemokraten und Sowjetfeinde als Erzieher betätigen. Sekretariat und Landesvorstand stehen daher vor der dringenden Aufgabe, in Berlin und besonders im sowjetischen Sektor eine konkrete Schulpolitik zu entwickeln, um dort die Grundlagen für eine wirkliche Demokratisierung der Schule zu schaffen.

Zur Jugendarbeit

Landesvorstand und Landessekretariat haben es noch nicht verstanden, die junge Generation als bedeutende politische Kraft richtig anzusprechen und in den Kampf für eine fortschrittliche Entwicklung einzubeziehen. Der neofaschistische Einfluß auf die Jugend ist in Berlin besonders stark und verdient die Aufmerksamkeit der gesamten Partei, jedoch wird die Arbeit unter der Jugend dadurch gehemmt, daß in der Partei die Tendenzen, eine Parteijugend zu schaffen, noch nicht überwunden sind. Die Rolle der FDJ als Massenorganisation der Jugend im Kampf um die demokratische Erneuerung, im Kampf für den Frieden ist keineswegs in der gesamten Partei voll verstanden worden.

Frauenarbeit ist keine Ressortangelegenheit

Die Partei hat noch nicht verstanden, ihre gesamte Politik auf die Vertretung der Interessen

der Frauen und ihrer Forderungen einzustellen. Dadurch ist es nicht gelungen, eine breite Massenarbeit unter den Frauen zu entwickeln und den Ressortcharakter der Frauenarbeit zu beseitigen.

Auch der DFB ist noch nicht die breite, parteilose Massenorganisation der Frauen und damit noch nicht zu einem starken Instrument im Kampfe um den Frieden geworden.

Unsere Parteipresse

Der „Vorwärts“, das Organ des Landesvorstandes, hat seine Aufgabe, die Politik der Partei zu popularisieren und zu unterstützen, nur teilweise gelöst. Eine Unterschätzung der grundlegenden Aufgaben im Kampf um die Demokratie in Berlin bei der Redaktion war die Hauptursache dieser Erscheinung. Die Parteiorganisationen wurden in ihrer Tätigkeit in den einzelnen Kreisen nicht genügend durch entsprechende publizistische Mithilfe unserer Partei-

presse unterstützt. Besonders bemerkbar machte sich das Fehlen ständiger Korrespondenten aus den Kreisen und Betrieben und die regelmäßige Führungnahme mit den Genossen der Kreisvorstände. Das Sekretariat des Landesvorstandes hat angesichts dessen dafür zu sorgen, daß eine engere Verbindung der Redaktionen des „Vorwärts“ und der Berliner Ausgabe des „Neuen Deutschland“ mit dem Leben und den Aufgaben der Partei erfolgt. Angesichts des Terrors gegen unsere Parteipresse in den Westsektoren Berlins wird andererseits der Vertrieb unserer Zeitungen zu einer täglichen Kampfaufgabe jedes Mitgliedes unserer Partei. Der Landesvorstand verpflichtet deshalb alle Parteieinheiten, Maßnahmen zu treffen, durch die der Vertrieb unserer Parteipresse, vor allem in den Großbetrieben und den Arbeitervierteln der Westsektoren, sichergestellt wird.

IV. Die nächsten Aufgaben der Berliner Parteiorganisation

Aus der Einschätzung der Lage, der kritischen und selbstkritischen Ueberprüfung des ideologischen und organisatorischen Zustandes der Partei ergeben sich folgende unmittelbare Schlußfolgerungen:

1. Zur Hebung des ideologischen Niveaus ist die Durcharbeitung der Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes in allen Leitungen und Einheiten der Partei notwendig. Dabei liegt das Schwergewicht auf der Durcharbeitung folgender Fragen:

Klassen und Klassenkampf in der Uebergangsperiode. (Unter Berücksichtigung der Klassenverhältnisse und der Formen des Klassenkampfes in Berlin.) Die führende Rolle der Sowjetunion im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Lehren des Kampfes um den Sozialismus in der Sowjetunion, wie er in der „Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)“ dargestellt ist. Die Partei des neuen Typus und der Parteaufbau.

2. Weitere Entfaltung der Selbstkritik im Interesse der inneren Stärkung der Partei, der Aufdeckung der Schwächen und Fehler, der Erziehung der Parteimitglieder zum Klassenbewußtsein und der Entwicklung eines neuen Arbeitsstils.

Das Sekretariat des Landesvorstandes und die Kreissekretariate müssen der ganzen Partei ein Beispiel der kollektiven Ausarbeitung der politischen Linie und der operativen Leitung der Parteiarbeit geben. In allen Parteileitungen müssen Schwankungen in prinzipiellen und taktischen Fragen offen kritisiert und Tendenzen des Nachgebens gegenüber dem Druck des Klassenfeindes entschieden bekämpft werden.

In allen Parteieinheiten sind nach gründlicher Aussprache Entschließungen anzunehmen, in denen die bisherige Arbeit der Parteiorganisation selbstkritisch eingeschätzt und die nächsten Aufgaben festgelegt werden.

3. Der Beschluß des Parteivorstandes über die politische und organisatorische Festigung der Partei ist im Zusammenhang mit der Aufstellung und Erfüllung des Zweijahrplanes in Berlin durchzuführen. Dabei sind die verschiedenartigen Bedingungen in den westlichen und östlichen Kreisen zu berücksichtigen.

Um die lebendige Durchführung der Parteaufgaben zu sichern, ist in allen Kreisen und beim

Landesvorstand ein Parteiaktiv zu schaffen und zu schulen.

4. Alle Parteileitungen und Grundeinheiten müssen der Entwicklung neuer Kader, der ständigen Förderung derselben und der Qualifizierung aller Funktionäre der Partei größte Aufmerksamkeit widmen.
5. Die komplizierten Bedingungen des Kampfes in Berlin machen es notwendig, daß der Landesvorstand und das Landessekretariat den Kreisen und großen Betrieben eine konkrete Hilfe und Anleitung bei der Durchführung der Politik der Partei geben. Die Arbeit der Parteileitungen muß auf die Treuhand- und SAG-Betriebe im Ostsektor und die Großbetriebe in den Westsektoren konzentriert werden.
6. Der FDGB ist die wichtigste Massenorganisation im Kampf um die demokratische Ordnung in Berlin. Deshalb müssen unsere Genossen alle Anstrengungen machen, um die ernststen Mängel in der Tätigkeit des FDGB zu beseitigen.

Es ist notwendig:

- a) die reformistischen und sektiererischen Tendenzen zu bekämpfen,
 - b) die Gewerkschaften in Organe des Massenkampfes und Schulen des Klassenkampfes zu verwandeln,
 - c) die feste Zusammenfassung und Führung der Industriegewerkschaften im Kampf gegen die antigewerkschaftliche, amerikahörige UGO durch den Bundesvorstand zu sichern,
 - d) zur Entfaltung des innergewerkschaftlichen Lebens und zur Führung des Massenkampfes in allen Betrieben arbeitsfähige Gewerkschaftsgruppen, Vertrauensmännerkörper und Betriebsgewerkschaftsleitungen zu schaffen.
7. Im Kampf um den Frieden muß sich die Partei besonders an die Frauen und die Jugend wenden, um der nationalistischen Vergiftung entgegenzuwirken. Durch Unterstützung des DFB und der FDJ ist es möglich, die Massen der Frauen und Jugendlichen in den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands zu führen.
 8. Entsprechend den Beschlüssen des Parteivorstandes zur Sicherung der Partei vor unsauberen Elementen und feindlichen Agenten werden beim Landesvorstand und den Kreisvorständen Kontrollkommissionen gebildet.

Berlin, den 3. Oktober 1944.

Landesvorstand der SED Groß-Berlin

An alle Parteioorganisationen der SED!

Über die Vorbereitung der Parteikonferenz

Auf Grund des Beschlusses der 13. Tagung des Parteivorstandes beruft das Zentralsekretariat die Parteikonferenz zum 4., 5. und 6. Dezember 1948 nach Berlin ein.

Tagesordnung:

1. Der Kampf um den Frieden und gegen die Kriegshetze
Referent: Genosse Wilhelm Pieck
2. Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus
Referent: Genosse Otto Grotewohl
3. Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Staats- und Wirtschaftspolitik und die Durchführung des Zweijahresplanes
Referent: Genosse Walter Ulbricht

Die Wahl der Delegierten

Die Wahl der Delegierten geschieht in folgender Weise:
In Betriebs- und Wohngruppenversammlungen werden ab Anfang Oktober Delegierte für die Stadtkonferenzen gewählt. In kleineren Orten finden Mitgliederversammlungen statt.

Auf den Stadtdelegiertenkonferenzen bzw. Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen werden die Delegierten zu den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt, die in der Zeit vom 31. Oktober bis 16. November 1948 stattfinden.

Auf den Kreisdelegiertenkonferenzen werden die Delegierten zu den Landeskonferenzen gewählt, die am 21. oder 28. November 1948 stattfinden.

Die Konferenzen sollen einen möglichst großen Kreis von Delegierten umfassen. Die Landesvorstände sollen dementsprechend Anweisungen an die Kreisvorstände geben.

Zusammensetzung der Delegierten zur Parteikonferenz

Da auf der Parteikonferenz die Fragen der volkseigenen Betriebe und der Landwirtschaftspolitik eine große Rolle spielen, ist es notwendig, eine möglichst große Zahl von Parteikommunisten aus den volkseigenen Betrieben und aus der VdGB zu entsenden. Es ist dafür zu sorgen, daß die Jugendlichen und Frauen entsprechend ihrer Rolle in der Aktivistinnenbewegung in den Delegationen genügend stark vertreten sind.

Sinngemäß sind diese Richtlinien auch auf die Zusammensetzung der Landeskonferenzen und der Kreisdelegiertenkonferenzen anzuwenden.

Die Wahl von Parteikommunisten zu Delegierten muß unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß die aktivsten Kräfte, die sich durch vorbildliche Arbeit bewährt haben, als Delegierte gewählt werden. Auf den Konferenzen sollen wirklich die fortschrittlichsten Genossen, die eine vorbildliche Arbeit geleistet haben, dazu beitragen, daß die besten Erfahrungen und die vorbildliche Initiative auf den Parteikonferenzen Ausdruck finden, damit die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden können.

Als Grundlage für die Diskussion in den unteren Parteieinheiten dienen die Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes:

Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschliebung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien über die Lage der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED (Entschliebung der 13. Tagung des Parteivorstandes)

Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung (besonders das Schlußkapitel), (Thesen der 13. Tagung des Parteivorstandes)

Die organisatorische Festigung der Partei (Beschuß der 12. Tagung des Parteivorstandes)

Der Zweijahreswirtschaftsplan und die Rolle der Partei (Beschuß der 11. Tagung des Parteivorstandes)

Als Grundlage der Diskussion auf den Kreiskonferenzen dient der Entwurf einer Entschliebung des Landesvorstandes, in der selbstkritisch die Arbeit der Partei beurteilt und die nächsten Aufgaben der Parteioorganisationen behandelt werden.

Mit Hilfe der Parteidiskussion soll die Hebung des ideologischen Niveaus der Mitglieder, die Auswertung der Erfahrungen, die Beseitigung der Fehler und Schwächen und die Heranziehung neuer Parteifunktionäre erreicht werden. In den Versammlungen aller Parteioorganisationen, in jeder Betriebs-, Wohn- und Ortsgruppe, wie auf allen Konferenzen sind Entschliebungen anzunehmen, in denen eine selbstkritische Beurteilung des Standes der Parteiarbeit gegeben wird, die positiven Erfahrungen ausgewertet und die nächsten Aufgaben festgelegt werden.

Politische Vorbereitung der Parteikonferenz

Der Parteikonferenz soll ein offener Meinungsaustausch in der Presse, in den Funktionärzeitungen und in den Parteiversammlungen vorausgehen. Damit die Parteikonferenz zu einer gründlichen Einschätzung der Lage und Auswertung aller wichtigen Erfahrungen gelangt, ist es notwendig, eine Reihe von Problemen gründlich zu studieren und zu diskutieren. Wir lenken die Aufmerksamkeit unter anderem auf folgende Fragen:

1. In welcher Weise soll die Aufklärung über die imperialistische Politik der USA verbessert und der Bevölkerung die führende Rolle der Sowjetunion im Kampfe um Frieden und Fortschritt zum Verständnis gebracht werden?

Welche Unklarheiten bestehen über die Volksdemokratie, und wie soll die Aufklärung darüber verbessert werden?

Welche Argumente des Sozialdemokratismus sind besonders zu widerlegen?

Wie können die Fragen des Ueberganges von der Volksdemokratie zum Sozialismus noch besser erklärt werden?

2. Worin zeigt sich die Verschärfung des Klassenkampfes? Wie entwickeln sich die Klassenkräfte in der Oszone? Worin zeigt sich die Aktivität der kapitalistischen Kräfte? Beispiele:

Verhinderung der Entwicklung volkseigener Betriebe
Ausbeutung der Klein- und Mittelbauern durch die Großbauern

Vernachlässigung der Maschinen-Ausleihstationen
Widerstand gegen die Förderung des Arbeiterstudiums an den Hochschulen und Universitäten
Tätigkeit reaktionärer Elemente im Wirtschafts- und Staatsapparat

3. Welche Maßnahmen sind notwendig, um die demokratische Entwicklung zu fördern?

Erfahrungen bei der Durchführung des Wirtschaftsplanes.

Wie kann die Arbeit der volkseigenen Betriebe gefördert werden?

Wie steht es mit der Arbeit der Maschinen-Ausleihstationen, und was kann zu ihrem Ausbau getan werden?

Wie sind die Interessen der Klein- und Mittelbauern mehr zu unterstützen und der Einfluß der Großbauern mehr zurückzudrängen?

Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Entfernung reaktionärer Elemente aus ihren Leitungen.

Verbesserung der Arbeit der Konsumgenossenschaften.
Überprüfung des Ablieferungssystems im Sinne einer besseren Differenzierung zugunsten der Klein- und Mittelbauern.

Überprüfung des Prämiensystems, der Pachtzahlung und der Differenzierung der Steuern.

Welche Erfahrungen zeigten sich bei der Durchführung des Halbjahresplanes?

Bedeutung der Aktivistinnenbewegung und des Wettbewerbs.

Breitere Anwendung des Leistungslohnes.

Uebergang zu neuen Arbeitsmethoden im Verwaltungsapparat.

Fachliche Schulung von Werktätigen für leitende Funktionen.

Erfahrung mit den Industrie- und Handelskontoren und bei der Tätigkeit des privaten Großhandels.
Erfahrungen bei der Mobilisierung der örtlichen Reserven und der Festlegung zusätzlicher Planaufgaben zur Uebergerfüllung des Planes.

4. Entwicklung der Partei zu einer Partei neuen Typus.
Wie weit wurde die marxistisch-leninistische Theorie über die Rolle der Partei durchgearbeitet?
Was ergab die Entfaltung der Selbstkritik?
Ist die innerparteiliche Demokratie genügend entwickelt?
Wie arbeiten die Parteileitungen? Leiten und kontrollieren sie tatsächlich die großen Aufgaben des Neuaufbaus?
Wie wird die Arbeit in den Großbetrieben und der SED-Mitglieder in den Massenorganisationen geleitet?
Wurde überall ein Parteiaktiv gebildet?

Wie ist der ideologische Zustand der Betriebsgruppen, und wie wird ihre führende Rolle im Betrieb verwirklicht?

Wie führen die Wohngruppen die Arbeit zur politischen Ueberzeugung der Bevölkerung durch?

Wie weit erfolgt auf Grund des § 2 des Parteistatuts die systematische Heranziehung der Parteimitglieder zur Massenarbeit durch die Ortsgruppen?

Wie steht es mit der Kommunalpolitik, mit der Tätigkeit der Volksausschüsse und der Arbeit des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien?

Arbeiten alle fünf Parteien zusammen, und welche politischen Meinungsverschiedenheiten treten stärker hervor?

Diese Fragen sollen nur Hinweise sein auf eine Reihe von Problemen, die gründlich durchgearbeitet werden müssen, damit die Parteikonferenz entsprechende Schlussfolgerungen ziehen kann.

Berlin, 27. September 1948

Zentralsekretariat der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Vorbereitung der Parteikonferenz in den Kreisorganisationen von Groß-Berlin

Aus den Anweisungen des Landesvorstandes der SED vom 30. September 1948 und 7. Oktober 1948

In Ergänzung der vom Parteivorstand herausgegebenen ausführlichen Anweisungen über die Vorbereitung der Parteikonferenz im Dezember 1948 bringen wir im Nachstehenden eine Reihe von Details zur praktischen Durchführung unserer Arbeiten in Berlin zur Kenntnis und bitten um Beachtung.

1. Die Kreisvorstände werden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß in der Zeit vom 4. bis 23. Oktober 1948 in allen Grundeinheiten der Partei zu allen Problemen der Politik der Partei und der Parteiarbeit Stellung genommen wird. Die Grundlage der Diskussion in den Grundeinheiten bildet die Resolution des Landesvorstandes zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei und die Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes.

An den Versammlungen der Grundeinheiten müssen Mitglieder des Stadtbezirksvorstandes oder des Kreisvorstandes teilnehmen.

Zu den Versammlungen der Betriebsgruppen wichtiger Großbetriebe sollen Referenten vom LV angefordert werden.

Soll mit Hilfe der Parteidiskussion eine Hebung des ideologischen Niveaus der Mitglieder erreicht werden, ist es notwendig, daß nach der gründlichen Diskussion der Resolution des Landesvorstandes und der Beschlüsse der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes Entschlüsse angenommen werden, in denen nicht nur selbstkritisch Stellung genommen, Fehler und Mängel festgestellt werden, sondern gleichzeitig konkrete Aufgaben für die Zukunft festgelegt werden.

2. Die Termine für alle Versammlungen, Stadtbezirks-, Kreis- und Landeskonferenz sind wie folgt festgelegt:

- a) 4. — 23. Oktober: Mitgliederversammlungen in den Betriebs- und Wohnbezirksgruppen,

b) Die Stadtbezirks-Konferenzen werden vom 23. Oktober bis 6. November durchgeführt.

c) Der 7. November bleibt von Mitgliederversammlungen und Konferenzen frei, da an diesem Tage Kreisveranstaltungen aus Anlaß des Jahrestages der sozialistischen Oktober-Revolution durchgeführt werden.

d) Die Kreis-Delegierten-Konferenzen finden am Sonntag, 14. November 1948, am Mittwoch, 17. November (Bußtag), am Sonntag, 21. November (Totensonntag) statt.

e) Nach Verständigung mit den Kreisen sind die Kreis-Konferenzen wie folgt aufgeteilt:

Sonntag, 14. November 1948:
Kreis Spandau, Neukölln, Charlottenburg, Köpenick, Zehlendorf, Kreuzberg, Reinickendorf.

Mittwoch, 17. November 1948:
Kreis Steglitz, Weißensee, Trep-tow, Wilmersdorf, Schöneberg, Friedrichshain, Wedding.

Sonntag, 21. November 1948:
Kreis Pankow, Lichtenberg, Mitte, Prenzlauer Berg, Tiergarten, Tempelhof.

f) Die Landesdelegierten-Konferenz Groß-Berlin findet am Sonnabend, 27. November, und Sonntag, 28. November 1948, statt.

3. Die Beratung der Diskussionsgrundlagen in den Grundeinheiten und die Wahl der Delegierten zu den Stadtbezirkskonferenzen muß so rechtzeitig abgeschlossen sein, daß der Beginn der Durchführung der Stadtbezirkskonferenzen am 28. Oktober gewährleistet ist.

In Stadtbezirken mit weniger als 250 bis 300 Mitgliedern kann, wo geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, an Stelle der Delegiertenkonferenz eine allgemeine Mitgliederversammlung durchgeführt werden.

An den Stadtbezirkskonferenzen bzw. allgemeinen Mitgliederversammlungen muß jeweils mindestens ein Mitglied des Kreissekretariats anwesend sein.

4. In allen Mitgliederversammlungen der Grundeinheiten werden die Delegierten zur Stadtbezirkskonferenz und auf den Stadtbezirkskonferenzen die Delegierten zur Kreiskonferenz und auf den Kreiskonferenzen die Delegierten zur Landeskonferenz gewählt. Bei Durchführung von Stadtbezirksmitgliederversammlungen an Stelle von Delegiertenkonferenzen ist zu beachten, daß in den Gruppenversammlungen die Vorschläge für die Kreis-Delegierten-Konferenz behandelt werden. Die allgemeinen Mitgliederversammlungen des Stadtbezirks nehmen nach Behandlung der politischen Fragen zu den Delegierten-vorschlägen der Gruppen Stellung und beschließen endgültig über die zur Kreisdelegiertenkonferenz zu wählenden Vertreter.

5. Bei allen Delegiertenwahlen sind die Anweisungen des Partei- und Landesvorstandes über die Wahl von Parteiaktivisten auf jeden Fall einzuhalten. Das Hauptgewicht unserer Parteiarbeit im Rahmen des Zweijahresplanes liegt bei den Betriebsgruppen, insbesondere in den Treuhand-, den SAG-Betrieben und den Verwaltungen. Demzufolge sollen alle Konferenzen aus

den aktivsten Vertretern dieser Betriebe und den tüchtigsten Genossen aus den Wohngebieten zusammengesetzt sein.

5. Für die Grundeinheiten der Partei wird für die Wahl von Delegierten folgender Modus festgelegt:

- a) In der Betriebsgruppe entfällt auf je 10 Mitglieder 1 Delegierter, b) in der Wohngruppe entfällt auf je 20 Mitglieder ein Delegierter.

Dort, wo diese Zahlen nicht eingehalten werden können, ist das Prinzip zugunsten der Aktivisten aus den Betrieben unbedingt zu wahren.

7. Die Zusammensetzung der einzelnen Konferenzen soll betragen:

- a) Stadtbezirksdelegierten-Konferenz bis 150 Delegierte, b) Kreisdelegierten - Konferenz bis 350 Delegierte, c) Landeskonferenz 500 Delegierte.

Für die Stadtbezirkskonferenzen oder in kleinen Stadtbezirken für die Mitgliederversammlungen ist für die Delegierten zur Kreiskonferenz durch den Kreisvorstand ein Modus, der je nach der beabsichtigten Größe der Konferenz in den einzelnen Kreisen verschieden sein wird, festzulegen. Wir empfehlen, dazu ähnlich wie in unserer Aufstellung der Kreise für die Landeskonferenz zu verfahren und die Vertretung der Stadtbezirke zur Kreisdelegierten-Konferenz festzulegen.

8. Die Delegiertenzahl für die Landeskonferenz ist auf 500 festgesetzt und muß je 250 Delegierte aus den Betriebs- und Wohngruppen betragen. Unter Berücksichtigung der Struktur der Berliner

Kreise und unter Beachtung der vom Zentralsekretariat gegebenen Richtlinien sind in den Kreiskonferenzen die nachstehend aufgeführten Zahlen maßgebend.

Kreis	davon Delegierte aus:		Gesamt- zahl
	Betriebs- gruppen	Wohn- gruppen	
Mitte	51	18	69
Tiergarten	6	5	11
Wedding	12	13	25
Prenzlauer Berg	20	37	57
Friedrichshain	18	20	38
Kreuzberg	7	7	14
Charlottenburg	7	7	14
Spandau	8	6	14
Wilmsersdorf	2	4	6
Zehlendorf	2	3	5
Schöneberg	7	7	14
Steglitz	2	4	6
Tempelhof	4	5	9
Neukölln	10	16	26
Treptow	17	14	31
Köpenick	17	12	29
Lichtenberg	22	21	43
Weißensee	12	11	23
Pankow	16	20	36
Reinickendorf	10	20	30
	250	250	500

9. Bei der Wahl von Delegierten ist folgendes zu beachten:

- a) Das Recht der Teilnahme an der Abstimmung über die politischen Resolutionen und die Wahl von Delegierten hat jedes Mitglied in der Grundeinheit, in der es organisatorisch erfasst ist, d. h. also, in der es seine Beiträge entrichtet. Bei den Mitgliederversammlungen ist darauf zu achten, daß die Beiträge in Ordnung sind. Beitragsrückstände von mehr als zwei Monaten

schließen die Teilnahme an Wahlen aus.

- b) Grundsätzlich kann ein Mitglied als Delegierter nur in der Grundeinheit gewählt werden, in der es seine Parteibeiträge entrichtet. Im Ausnahmefall können in den Wohnbezirksgruppen auch solche Mitglieder als Delegierte gewählt werden, die einer Betriebsgruppe angehören und dort ihre Beiträge entrichten, aber im Bereich der betreffenden Wohngruppe wohnen und sich dort aktiv betätigen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß solche Mitglieder nicht schon in ihrer Betriebsgruppe gewählt worden sind.

- c) Eine Neuwahl der Gesamtleitungen ist nicht mit der Durchführung von Parteikonferenzen gestellt. Dies bleibt den Parteitagen vorbehalten. Deshalb ist von einer generellen Neuwahl Abstand zu nehmen und die Leitungen nur insoweit durch Neuwahlen zu ergänzen, wie dies im Zuge der Durchführung unserer Arbeit zur politischen und organisatorischen Festigung notwendig erscheint.

10. Die Mandate zur Landeskonferenz Groß-Berlin werden vom Sekretariat des Landesvorstandes ausgegeben. Um die Ausgabe rechtzeitig zu ermöglichen, und um mit der Mandatsprüfung belzeiten beginnen zu können, werden für die Delegierten Fragebogen herausgegeben. Die Ausfertigung dieser Mandatsbogen ist möglichst nach Abschluß der Konferenz durchzuführen und dem Landesvorstand (Sekretariat) zu überweisen.

Alle Vorstände, alle Funktionäre werden gebeten, auf die gesamte Parteimitgliedschaft einzuwirken, um die Durchführung aller Versammlungen und Konferenzen zu einer wirklich erfolgreichen Arbeit zu gestalten. Dazu gehört auch eine gründliche Berichterstattung über den Verlauf und die Ergebnisse aller Veranstaltungen.

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Landesvorstand Groß-Berlin

Sekretariat

Manche glauben, es genüge, die richtige Parteilinie auszuarbeiten, sie vor aller Welt zu verkünden, sie in der Form von allgemeinen Thesen und Resolutionen darzulegen und einstimmig anzunehmen, damit der Sieg von selbst komme, sozusagen im Selbstlauf. Das ist natürlich nicht richtig. Das ist ein großer Irrtum. So können nur unverbesserliche Bürokraten und Kanzleimenschen denken. In Wirklichkeit sind diese Erfolge und Siege nicht von selbst gekommen, sondern wurden im erbitterten Kampfe für die Durchführung der Parteilinie erzielt. Der Sieg kommt nie von selbst, er wird gewöhnlich mühselig erkämpft. Gute Resolutionen und Deklarationen für die Generallinie der Partei sind nur der Anfang der Sache, denn sie bedeuten lediglich den Wunsch zu siegen, nicht aber den Sieg selbst. Nachdem man die richtige Lösung einer Frage gefunden hat, hängt der Erfolg der Sache von der Organisationsarbeit ab, von der Organisation des Kampfes für die Durchführung der Parteilinie, von der richtigen Auswahl der Leute, von der Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der leitenden Organe. Fehlt dies, so läuft man Gefahr, daß die richtige Parteilinie und die richtigen Beschlüsse ernststen Schaden nehmen. Mehr noch: Ist eine richtige politische Linie gegeben worden, so entscheidet die Organisationsarbeit alles, auch das Schicksal der politischen Linie selbst — ihre Durchführung oder ihr Scheitern.

J. Stalin, Fragen des Leninismus

DEUTSCHER VOLKSRAT

Informationsdienst

Gegen nationalen Notstand - nationale Selbsthilfe

Aus dem Inhalt:

Otto Nuschke:

Nationaler Notstand - nationale Selbsthilfe

Wilhelm Pieck:

Der Deutsche Volksrat fordert zu gesamtdeutschen Besprechungen auf

Diskussionsbeiträge der 6. Volksratstagung:

Wilhelmine Schirmer-Pröschner - Prof. Dr. Ferdinand Hestermann

Georg Dertinger - Prof. Ernst Niekisch - Robert Siewert

Friedel Malter - Josef Orlopp - Friedrich Ebert u. a.

Entschlüsse und Friedensmanifest des Deutschen Volksrates

Dokumente zum Ruhrstatut, Frankfurter Memorandum,

Nordatlantikpakt, Stalin-Interview u. a.

6. Tagung des Deutschen Volksrates am 18. und 19. März 1949 in Berlin

Gegen nationalen Notstand — nationale Selbsthilfe

Inhaltsverzeichnis

Otto Nuschke: Nationaler Notstand — Nationale Selbsthilfe	3
Wilhelm Pieck: Der Deutsche Volksrat fordert zu gesamtdeutschen Besprechungen auf	7
Diskussion:	
Die deutschen Frauen im Kampf für den Frieden Wilhelmine Schirmer-Pröscher (DFD)	8
Gegen die Kriegspakte — für den Frieden Horst Brasch (FDJ)	9
Die Vorschläge des Nauheimer Kreises Prof. Dr. Ferdinand Hestermann (Arbeitsgemeinschaft der Westzonen)	11
Die Abkehr vom Potsdamer Abkommen — ein Rechtsbruch von größter Tragweite Georg Dertinger (CDU)	12
Die Weltfront des Friedens Prof. Ernst Niekisch (Kulturbund)	13
Die Kriegshetzer auf die Anklagebank Robert Siewert (VVN)	14
Der Deutsche Volksrat fordert Aufhebung der rechtswidrigen Verurteilung Max Reimanns Dr. Ralph Liebler (LDP)	15
Warum geht es bei uns aufwärts? Josef Orlopp (SED)	16
Notstand und Selbsthilfe in der Landwirtschaft Ernst Goldenbaum (DBD)	17
Wir stehen in unserem Kampf nicht allein Friedel Malter (FDGB)	18
Volksausschüsse und nationale Selbsthilfe Otto Rühle (NDPD)	19
Zur Lage in Berlin Friedrich Ebert (SED)	21
Wilhelm Pieck: Der Deutsche Volksrat beruft den Dritten Deutschen Volkskongreß ein	22
Der Beschluß des Deutschen Volksrates über die Einberufung des Dritten Deutschen Volkskongresses	23
Die Entschließung des Deutschen Volksrates: Nationale Selbsthilfe überwindet nationalen Notstand	24
Das Friedensmanifest des Deutschen Volksrates	25
Die Entschließung des Deutschen Volksrates zur Einberufung des Weltfriedenskongresses	26
Anhang	
1. Das Gesetz Nr. 75	27
Erklärung des Präsidiums des Deutschen Volksrates zum Gesetz Nr. 75	27
2. Die Bedeutung des Ruhrstatuts	28
Das Ruhrstatut	30
Protestaufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates gegen das Ruhrstatut ..	33
3. Das Frankfurter Memorandum	34
4. Memorandum der UdSSR zum Nordatlantikpakt	36
Der Nordatlantikpakt	38
Protestentschließung des Deutschen Volksrates zum Nordatlantikpakt	39
5. Das Stalin-Interview	40

Gegen nationalen Notstand — nationale Selbsthilfe

Referate, Diskussion und Entschließungen

Otto Nuschke vor dem Deutschen Volksrat am 18. März 1949 in Berlin

Nationaler Notstand — Nationale Selbsthilfe

Die symbolische Bedeutung des heutigen Tages, des Jahrestages der unvollendeten Revolution von 1848, ist uns eine erneute Mahnung, im Rückblick auf die Geschichte festzustellen, wo wir stehen und wohin wir steuern. Wir machen kein Hehl daraus, daß es trübste Tage unserer deutschen Geschichte sind, die wir gegenwärtig erleben. Es geht um unsere Einheit, es geht um unser Dasein als einheitliche Nation, in deren Namen wir uns nicht nur sorgend, sondern auch anklagend an diejenigen Kräfte wenden müssen, die jetzt das Werk zu vollenden trachten, das beim Abbruch der Londoner Konferenz leichtfertig begonnen wurde.

Vor der Londoner Konferenz trat die Volkskongreßbewegung zum ersten Male vor die deutsche Öffentlichkeit; es gab damals viele, die meinten, unsere Sorge um die deutsche Einheit und um einen gerechten Frieden sei unnötig, denn auch die westlichen Militärregierungen verkündeten ja tagtäglich, daß sie Anhänger der deutschen Einheit seien. Wir haben dann in der weiteren Entwicklung leider erleben müssen, daß sie theoretisch zwar stets die Einheit im Munde führten, daß aber die Schritte ihrer praktischen Politik immer nur auf die Zerreißung Deutschlands gerichtet waren.

Die Clay-Robertson-Koenig-Verfassung

Man hatte sich in Bonn bemüht, auf Anordnung der westlichen Militärgouverneure ein Verfassungswerk zu schaffen, das noch einigermaßen in den Grenzen des Erträglichen sich zu halten trachtete. Ich habe ja gerade in jenen Tagen als Gast in Bonn gewelt, als die Delegation des Parlamentarischen Rates aus Frankfurt am Main zurückkehrte, wo sie von den Militärgouverneuren die Weisung erhalten hatte, daß das Verfassungswerk noch viel föderalistischer gestaltet werden müßte. Hatten wir bisher schon eine Auflockerung, so wurde jetzt zu einer Auflösung Westdeutschlands geschritten. Denn das, was als Vorranggesetzgebung für den sogenannten Deutschen Bund nach der Weisung der Militärgouverneure noch übrigbleiben soll, ist der deutliche Verzicht auf die Souveränität, auf die Einheitlichkeit dieses lose zusammenhängenden Bundes. Will man doch allein drei Finanzverwaltungen schaffen: Die Hauptfinanzverwaltung soll bei den Ländern liegen, der Bund soll zum Teil über Steuern verfügen dürfen, und dann gibt es noch gemeinsam verwaltete Steuern. Daß ist ein grotesker Rückschlag in der staatsrechtlichen Struktur Deutschlands um 150 Jahre.

Lange hatte man in dem Hauptausschuß von Bonn über ein Wahlrecht beraten. Schließlich war man auf den Gedanken gekommen, Persönlichkeitswahl und Verhältniswahl zu vereinigen, die Hälfte der Abgeordneten durch Persönlichkeitswahl wählen zu lassen, die andere Hälfte aber auf einer Sammeliste zu verrechnen. Die Militärgouverneure gaben das salomonische Urteil ab, daß — man bedenke! — jeder einzelne westdeutsche Staat selber ein Wahlgesetz beschließen sollte; von den Landtagen sollten Wahlgesetze für jedes Land beschlossen werden, nach denen nun zu dem Bundesparlament zu wählen wäre. Es ist klar, daß damit auch symbolisch zum Ausdruck gebracht wird, daß es sich hier nicht um ein einheitliches westdeutsches Parlament handelt, sondern um eine wahllose Zusammenwürfelung deutscher sogenannter parlamentarischer Vertretungen.

Alle Deutschen hätten erwarten dürfen, daß man diese Bedingungen, die ja noch weit über die Londoner Empfehlungen hinausgehen, von seiten der westdeutschen Parteiführer eindeutig abgelehnt hätte. Wenn es schon eine Clay-Robertson-Koenig-Verfassung sein soll, dann soll sie auch das entsprechende Etikett tragen, und Deutsche sollen ihre Mitwirkung daran versagen!

Wir wissen nicht, wie die weiteren Verhandlungen drüben in Bonn ausgehen werden. Wir wissen aber, daß Bonn kein geschichtlicher Endpunkt sein wird. Wir wissen, daß das Werk von Bonn eines Tages der Vergangenheit angehören wird.

Nichts war mir interessanter als ein Gespräch mit einem Gelehrten in Moskau, der mir sagte: „Was etwa in Bonn Schlechtes zusammengebraut werden wird, das wird der geschichtliche Wind verwehen. Wir hier sehen in Bonn die Heimatstadt des großen deutschen Komponisten Ludwig van Beethoven, Bonn ist für uns die Universitätsstadt, in der Karl Marx seinen ersten Studien oblag. Es wird nichts von Dauer sein, was etwa Schlechtes von Bonn kommen sollte.“ Ich glaube, diese Zuversicht können wir übernehmen.

Denn dieser Kunststaat von 45 Millionen Menschen, der dort drüben aus europafremder Erwerbsgier errichtet wird, kann keinen Bestand haben. Dieser Kunststaat, der 51% seiner Lebensmittel vom Ausland beziehen muß, müßte ja ein Ausfuhrvolumen haben — und zwar ein Ausfuhrvolumen nicht wie jetzt in Rohstoffen und Halbfabrikaten, sondern in veredelten Industriewaren —, das die krisenanfällige amerikanische

und englische Konkurrenz gar nicht aushalten könnte. Darum müssen wir den Tag vorbereiten, wo wir mit den westdeutschen Brüdern und Schwestern wieder eins werden. Dieser Tag wird kommen, und wir haben die uns von der Geschichte gesetzte Aufgabe zu erfüllen, nunmehr hier diese Zone so vorzubereiten, daß wir am Tage der Wiedervereinigung diesem zerfließenden Weststaat etwas Gutes mit einbringen. Was kann das sein? Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß der Deutsche Volksrat in dem Bestreben, das deutsche Volk vom Objekt wieder zum Subjekt zu erheben, das Volksbegehren unternahm. Leider wurde es von den westlichen Militärgouverneuren nicht zum Volkssentscheid gestellt. Der zweite Schritt, Deutschland wieder zum Subjekt zu erheben, war jene Reise nach Moskau, in der wir unsere diplomatische Rehabilitierung erfuhren, — nicht wir allein, sondern ganz Deutschland, soweit es sich zu antifaschistisch-demokratischer Grundhaltung verpflichtet hat.

Schluß mit der Politik der verpaßten Gelegenheiten

Es gilt, nun endlich einmal Schluß zu machen mit der Politik der verpaßten Gelegenheiten. Wieder streckt sich uns eine Freundschaftshand entgegen, und wir sind um unseres deutschen Volkes willen, aber auch aus geschichtlicher Erkenntnis verpflichtet, in diese Hand einzuschlagen. Denn immer, wenn diese beiden großen Völker Europas, die Russen und die Deutschen, zusammenstanden, hatte die Welt den Frieden und war die Wohlfahrt ihrer Bewohner gesichert.

Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß wir uns mit dem Osten wirtschaftlich ergänzen, daß wir industrielle Waren liefern können, die dort — nicht nur in der Sowjetunion, sondern im gesamten Osten und Südosten — gebraucht werden, und daß umgekehrt dort genügend Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen sind, die es uns ermöglichen, auf gleichberechtigten Wegen des Austausches unsere Wirtschaft anzukurbeln und uns wieder emporzuarbeiten, und zwar aus eigener Kraft. Mag es noch so schwer erscheinen, der Weg muß gegangen werden und er wird zum Ziele führen.

Wir haben aber gesehen, daß sich in Bonn und im Westen noch etwas anderes zuträgt. Heute soll der Atlantikpakt veröffentlicht werden, heute will man die Welt überraschen mit jenen Abmachungen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art, in denen sich nunmehr neun Mächte zusammengefunden haben. Es ist auch in London und in Brüssel die deutliche Absicht ausgesprochen worden, Westdeutschland in dieses System hineinzuzwingen. Wir haben demgegenüber die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß, wer für diesen Westblock optiert, in Wahrheit nicht für den Westen, sondern für den Krieg optiert.

Wer darüber noch im Zweifel sein könnte, lese einmal die Nachricht, die die große amerikanische Presseagentur Associated Press kürzlich verbreitete:

„Wie verlautet, enthielt der Bericht Montgomerys einen Überblick über den Rüstungsbedarf der Mitgliedstaaten der Westunion. Danach sollen die Vereinigten Staaten vor allem schwere Bomber und Panzerfahrzeuge liefern. Die Minister hätten sich in großen Zügen darauf geeinigt, ihre strategischen Pläne im Lichte des Nordatlantikpaktes zu revidieren. Schon vorher hatten Lord Montgomery und sein Stab grundsätzlich bestimmt, daß im Falle eines Krieges die Brüsseler Signatarmächte eine Front verteidigen würden, die von der holländischen Seeküste nach den Schweizer Alpen verlaufen würde.“

Was heißt das? Das bedeutet, daß man die Kriegsvorbereitungen bis in alle Details vorangetrieben hat, nicht nur hinsichtlich der Ausrüstung, sondern auch hinsichtlich der Frontlinie. Wer in Westdeutschland etwa der verbrecherischen Meinung wäre, er könne sich an diesem Krieg gegen den Osten beteiligen, muß nun erkennen, daß man erst zwischen der holländischen Küste und den Schweizer Alpen die erste Verteidigungslinie ziehen will.

Drüben im Stillen Ozean, im Pazifik, sehen wir das gleiche Bestreben, einen Kriegsblock zu schaffen. Ganz deutlich ist diese Politik der Kriegstreiberei, die von einer nichtswürdigen, infamen Kriegshetze begleitet wird, überall erkennbar, und wir haben die Pflicht, diesen Treibereien die Maske herunterzureißen und sie als das vor der ganzen Welt zu kennzeichnen, was sie sind, nämlich das gigantischste Verbrechen, das je da war, hinter dem selbst noch die Verbrechen eines Hitler einmal in der Geschichte verblassen würden. Wir in Deutschland wären Objekte dieser Aggression, die vom Westen droht. Denn wer mit uns drüben in der großen Sowjetunion gewesen ist, wer dieses friedliche Volk bei seiner Arbeit und an seinen Lehrstätten gesehen hat, weiß, daß von dort kein Krieg droht. Wir müssen jedem Versuch entgegentreten, irgendwo die Reibungsflächen zu steigern. So war man z. B. drauf und dran, Berlin als zwölftes Bundesland in den westdeutschen Separatstaat hineinzunehmen; man wollte also hier eine Art Igelstellung inmitten der sowjetischen Zone errichten. Ausnahmsweise waren aber die westlichen Militärgouverneure einmal vernünftiger als die Westberliner Politiker. Das soll öfter vorkommen, und wir stellen jeden solchen Vorfall mit Befriedigung fest.

Wir müssen auch einmal über diese Berliner Verhältnisse hier ein offenes Wort sprechen. Anstatt nun endlich anzuerkennen, was die Experten aller vier Mächte damals in Moskau eingesehen haben, daß man nämlich Westberlin in die Ostwährung einbeziehen muß, hängt man jetzt doch wieder dem Spaltungswahn nach: Berlin soll eine Separatmark erhalten. Es würde aber eine in jeder Beziehung als Luftmark zu bezeichnende Währung werden, nicht nur, weil sie durch die Luft kommt, sondern auch, weil nichts als Luft hinter ihr steht.

Wir haben als Deckung für unsere Ostmark die außergewöhnlich großen Werte unserer volkseigenen Betriebe, unserer verstaatlichten Bergwerke, unserer Grundstoffindustrien und was dergleichen mehr ist! Wir haben ferner die Arbeitskraft unserer deutschen Menschen. Sind etwa in den Berliner Westsektoren die Arbeitslosigkeit und die Betriebsstillegungen eine ausreichende Deckungsgrundlage für eine Währung? Man braucht diese Frage nur aufzuwerfen, um zu erkennen, daß es sich hier wirklich um den größten Betrug handelt, der je an der Westberliner Bevölkerung versucht wurde. Wir haben auch hier die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß diese Politik, die die Spannungen zwischen den alliierten Mächten verschärft, und daß alle diejenigen, die leider an ihr mitwirken, nicht dem erhabenen Gedanken des Friedens dienen!

Man macht zuweilen geltend, daß ja im Westen durch die Westwährung und durch die Gewerbefreiheit plötzlich ein starker wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen sei. Ich war drüben im Westen. Ich habe dort gesehen, daß in den Läden zwar viel ausgestellt ist, daß man aber in den Läden nur wenige Käufer sieht — viel Ware, wenig Geld und noch weniger Käufer! Wir wissen überdies, daß die Arbeitslosenziffer im Westen bereits 1,18 Millionen beträgt. Im „Tag“ war kürzlich, allerdings nicht im politischen Teil, sondern im Feuilleton, die folgende Schilderung aus den Grenz-

gebieten zu lesen, die jetzt von fremden Annexionsgelüsten bedroht sind:

„Was sagt die Bevölkerung? Die Menschen sprechen nicht mit jedem Fremden über das, was sie sich denken, aus Furcht vor späteren Repressalien und aus Ungewißheit über das kommende Schicksal. Aber am Stammtisch in Monschau ist man sehr offen. Menschenrechte? Atlantikpakt? — Wir werden ja doch nicht gefragt. Die Leute würden anders sprechen, wenn sie nicht die Tatsachen jeden Tag vor Augen hätten. Die geplante neue Grenze verläuft äußerst unglücklich, schafft Gemeinden ohne Acker, Textilbetriebe ohne Arbeiter, Arbeiter ohne Werke, teilt ein Haus in zwei Teile, so daß die Küche mit der Speisekammer zu Belgien kommt und die Stuben deutsch bleiben. Monschaus Textilarbeiter suchen heute schon nach neuen Stellungen, weil die Spinnerei in jenem Teile liegt, der an Belgien fallen wird. Mancher fragt sich, ob diese Zerreißung wirklich ohne Absicht geschieht.“

Hier lesen wir die Wahrheit — und zwar im Unterhaltungsteil!

Auch in unserer Zone lastet natürlich die Entwicklung auf uns, lastet mit all ihrer Furchtbarkeit und noch besonders gesteigert durch die Zerreißung Deutschlands, durch diese westliche Sonderwährung, durch den Entzug der Rohstoffe und Halbfabrikate, der Ersatzteile usw. Aber wir kennen und beschreiten schon faktisch den einzig gangbaren Ausweg, den wir uns aus eigener Kraft eröffnet haben.

Unsere Antwort — nationale Selbsthilfe

Dieser Überblick über unsere Situation, insbesondere die Erkenntnis der drohenden Kriegsgefahr, muß uns zu der Einsicht führen: Wir leben in einem nationalen Notstand! Es ist unsere Pflicht, den Dingen klar ins Auge zu sehen, nichts zu verschweigen und nichts zu vertuschen. Wir haben die Aufgabe, diesen nationalen Notstand mit der nationalen Selbsthilfe zu beantworten. Auf politischem Gebiet setzte diese nationale Selbsthilfe bereits mit dem Volksbegehren und der Reise nach Moskau ein. Wirtschaftlich gesehen, bedeutet die nationale Selbsthilfe für uns die Pflicht, alle Kräfte einzusetzen, um uns in unserem Raume aus eigener Kraft zu helfen. Darum ist die Erfüllung und die Übererfüllung des Zweijahresplanes ein integrierender Bestandteil der nationalen Selbsthilfe. Die Aktivisten der Arbeit sind auch die Aktivisten der nationalen Selbsthilfe!

Vor uns steht als wichtigste Aufgabe: die Ernährung unseres Volkes zu verbessern. Es gibt Möglichkeiten auf diesem Gebiet, durch Austausch und Wirtschaftslenkung mit dem Osten, wie ich es bereits andeutete. Wir haben die Pflicht, eines Tages unsere Menschen von der Lebensmittelkarte zu erlösen. Denn es ist auf die Dauer unmöglich, ein gesundes Volk heranzuziehen, ohne daß wir z. B. ausreichende Fettquellen unserer Bevölkerung eröffnen.

In diesem Zusammenhang war es mir im Westen außerordentlich interessant, immer wieder auf Gedankengänge zu stoßen, die dahin gingen, daß die einseitige Bindung nach dem Westen unsere deutsche Wirtschaft vollkommen verkümmern lassen muß. Ein angesehener Wirtschaftler in Hamburg sagte mir: „Nach der Abschaltung von den Weltmärkten blicken wir sehnsüchtig auf die Möglichkeit, unseren Transithandel wieder zu beleben. Dieser Transithandel ging zu 75% nach dem Osten.“ Der 73jährige Handelskammerpräsi-

dent in Lübeck erklärte mir: „Ohne das mecklenburgische Hinterland muß unsere alte Hansestadt wirtschaftlich vollkommen verkümmern!“ Es ist also durchaus nicht so, wie es manchmal im Westen höhnisch behauptet wird, daß man uns im Osten nicht brauche. Wer so redet, ist ein Ignorant; wer so redet, handelt als Separatist und schreibt den Osten ab.

Aber ich kann aus eigener Erfahrung bekunden, daß das nicht die Gesinnung der westdeutschen Menschen ist. Ich sage offen und klar: Ich habe die Presse des Westens täglich verfolgt und dort die infame Hetze, insbesondere gegen den Osten und die Sowjetunion gelesen. Ich habe mich aufrichtig darüber gefreut, daß diese Agitation drüben bei weitem nicht den Boden gefunden hat, wie ihre Initiatoren es erwartet haben. Man lehnt diese Hetze als verbrecherisch ab. Man weiß, daß man den deutschen Osten wieder haben muß, und begreift, daß man mit den Märkten des Ostens in Kontakt kommen muß, da nur so eine wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands möglich sein wird.

Man ist sich auch in den Westzonen darüber klar, was alle diese weiteren Statute und Diktate bedeuten, die mit den Londoner Empfehlungen begannen, die die Sonderwährung schufen, die die wirtschaftliche Einheit Deutschlands endgültig zerriß. Man sieht klar, was das Ruhrstatut in sich schließt: Die Herausreißung des Ruhrgebiets bedeutet, daß man dem Westen Deutschlands einen kolonialen Charakter aufträgt. Wir müssen uns vor allem darüber klar sein, daß das, was gebietsmäßig dem Ruhrstatut unterstellt wird, sich gar nicht mehr auf die Stätten der eigentlichen Kohlenförderung beschränkt, sondern weit darüber hinausgreift, nämlich auf die Gebiete von Remscheid, Solingen und Wuppertal mit ihrer hochqualifizierten Textilindustrie und ihren Kraftwerken.

Das Ruhrstatut stellt den einzelnen Mitgliedern der Ruhrbehörde im Rat folgende Stimmen zur Verfügung: Belgien — eine, Frankreich — drei, Deutschland — drei, Luxemburg — eine, Holland — eine, Großbritannien — drei und den USA ebenfalls drei. Gutgläubige Menschen könnten nun sagen: Deutschland hat doch drei Stimmen, wenn auch unter 15. Aber es heißt dann weiter in Art. 9c: „Die für Deutschland abgegebenen Stimmen sollen von den gemeinsamen Vertretern der zuständigen Besatzungsbehörden als Einheit abgegeben werden.“ Also nicht Deutsche, sondern die Vertreter der Militärgouverneure geben die Stimme für Deutschland ab. Das heißt mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Ruhrbehörde überhaupt nichts zu sagen!

Nun wird man vielleicht einwenden können: Wenn der Frieden kommt, so wird sich das ändern. Wir alle wissen aber, daß man mit dem Besatzungsstatut den Frieden hinauszögert. Das Besatzungsstatut wird unbefristet verordnet. So ist kein Zweifel darüber möglich, daß wir zum Kolonialvolk gestempelt werden sollen und das mit einer Brutalität, die in ihrer Offenheit an sich zu begrüßen wäre, wenn sie nicht so zynisch anmutete. Die amerikanischen Zeitungen sprechen es ganz offen aus, daß wir zu einer Kolonie degradiert werden sollen und das zu einem Zeitpunkt, da die Völker des Fernen Ostens, die bisherigen Kolonialvölker von Indonesien, Vietnam und Malaya zum nationalen Bewußtsein erwachen! Diese Völker nehmen jetzt ihre Geschicke selbst in die Hand und wollen über die Erzeugnisse ihrer Heimat-erde auch selber verfügen. Und gerade in diesem Zeitpunkt legt man dem deutschen Kulturvolk ein ebensolches Kolonialstatut auf, wie es die Völker des Fernen Ostens jetzt von sich abzuschütteln versuchen! Dagegen rufen wir nicht nur den aktiven Einspruch des

gesamten deutschen Volkes auf, sondern wir fragen die ganze gesittete Welt, ob es mit dem Naturrecht und dem Völkerrecht vereinbar ist, wenn man dem deutschen Volke solche Auflagen macht, ihm solche Zumutungen stellt!

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen, wenn man in der Presse der amerikanischen Kriegstreiber nunmehr in etwas versöhnlicheren Tönen zu reden scheint. In der Antike kannte man das Wort, daß man die Griechen fürchten müsse und doppelt, wenn sie schenken. Wenn jetzt Herr Foster Dulles die Friedensschalmei bläst, so haben wir den fatalen Eindruck, daß er aufrichtiger war, als er noch auf die Kriegstrommel schlug. Es ist ein Zweckpazifismus, dem man jetzt dort zu huldigen scheint. Denn es war der große Prüfstein für die westliche Großmacht jenseits des Ozeans, als Stalin erneut die Friedenshand ausstreckte; es war der Prüfstein dafür, ob drüben wirklich der ehrliche Wille vorhanden ist, in die ausgestreckte Friedenshand einzuschlagen.

Präsident Truman wäre nach den Gesetzen seiner Heimat verpflichtet gewesen, sofort diese Friedenshand zu ergreifen. Denn was war bei der amerikanischen Präsidentenwahl geschehen? Die amerikanischen Südstaaten stellten einen Gegenkandidaten gegen Truman auf. Seine Wahlchancen standen so, daß an eine Wahl Trumans nicht zu denken war. 14 Tage vor der Wahl hatte er den glücklichen Einfall, seinen Oberrichter Vinson zu direkten Besprechungen mit Stalin nach Moskau entsenden zu wollen. Da flog der damalige Außenminister Marshall direkt von Paris nach Washington, um seinem Präsidenten unter Androhung seines Rücktritts diesen Gedanken auszureden. Dreiviertel der amerikanischen Presse und die gesamte westlich lizenzierte Presse Berlins erklärten: Jetzt hat Truman endgültig seine Wahlchancen verdorben.

Aber was geschah? Gerade diese Geste in der Richtung des Friedens führte dazu, daß die amerikanischen Wähler ihn erneut zum Präsidenten wählten. Sie wählten ihn, weil sie an seinen Friedenswillen glaubten. Diesem demokratischen Votum ist Truman nach den Gesetzen seiner Heimat verhaftet. Was aber tat er? Was war seine Antwort auf Stalins loyales und offenes Angebot? Er antwortete ausweichend, wenn auch im Prinzip zustimmend: Jawohl, er sei zu einer solchen Aussprache bereit, wenn Stalin nach Washington käme. Stalin hat darauf sofort geantwortet, er sei bereit, an jeden Ort zu fahren, an den zu fahren seine Ärzte ihm gestattet; er käme gern nach Washington, könne es aber aus gesundheitlichen Gründen nicht tun. Was erfolgte darauf? Jetzt schwieg Herr Truman. Aber die Sprecher des amerikanischen Außenamtes erklärten, eine Einladung in der Form eines Presseinterviews sei eigentlich gegen alle Etikette. Man müsse bei einer so wichtigen Frage doch den diplomatischen Weg beschreiten. So stellte man, während es um den Frieden der Welt ging, Etikettefragen in den Vordergrund! Und das ausgerechnet auf Seiten der USA, die doch sonst dafür bekannt sind, daß sie nicht gerade auf strenge diplomatische Etikette im internationalen Leben halten!

Die amerikanische Regierung wurde immer wieder zur Meinungsäußerung gedrängt. Und was tat nun Dean Acheson, der Nachfolger des Herrn Marshall im Außenamt? Er erklärte: Amerika verhandele überhaupt nicht oder höchstens im Rahmen der UN über Friedensfragen. Herr Acheson desavouierte also seinen Präsidenten. Der Präsident war prinzipiell bereit, sich mit Stalin zu treffen. Er wich dann aber dem Einwand Achesons, daß man nur über die UN zu Verhandlungen bereit sei. Das erinnert mich an die berühmten Eventualeinwände der Juristen. Die Wähler Trumans werden sich, glaube ich,

mit dieser Entwicklung nicht so ohne weiteres abfinden und noch viel weniger kann das die unabhängige Welt. Sie wird nur um so lauter und unmißverständlicher immer wieder zum Frieden rufen.

Appell an die moralischen Kräfte der Welt

Das tat z. B. der Aufruf des Demokratischen Frauenbundes zur Ächtung der Atombombe. 5¼ Millionen deutscher Frauen haben sich in der Ostzone bereit gefunden, mit ihrer Unterschrift die Ächtung der Atombombe zu fordern. Das ist aktive Friedenspolitik, für die wir unseren Frauen außerordentlich dankbar sein müssen. Man muß es hinausrufen in den Äther: Wo bleiben nun die Frauen Amerikas in dieser für die Menschheit so wichtigen Frage? Wir haben es erlebt, daß eine Zeitlang in Amerika jeder Alkoholgenuß verboten war. Das ist dem Einfluß der amerikanischen Frauen zu danken; das gereicht ihnen durchaus zur Ehre. Aber wo bleibt jetzt die Stimme der amerikanischen Mütter, Frauen und Mädchen? Wo bleiben sie, wenn es sich darum handelt, von ihrem Vaterlande den Verdacht abzuwehren, als wolle es die Menschheit, man kann es ruhig aussprechen, vernichten? Denn das ist doch letzten Endes möglich, wenn diese schreckliche Waffe eingesetzt wird. Die Frauen und Mädchen Amerikas werden auf die Dauer nicht um eine Stellungnahme herumkommen.

Es ist das Geheimnis der Agitation für den Frieden und des Kampfes für eine Idee daß sie die Ländergrenzen und Ozeane überspringt und die Menschen in der Seele ergreift, um sie zu einer Stellungnahme zu nötigen. Wir wollen uns dieses Geheimnisses besten Willens, dieser Suggestivkraft der Friedensarbeit bewußt bleiben; wir wollen sie steigern bis zum letzten. Darum haben wir alle uns außerordentlich darüber gefreut, daß jetzt vom Westen her, von Paris von namhaften Gelehrten, Künstlern und angesehenen Schriftstellern die Durchführung des Weltkongresses der Friedenskämpfer vorgeschlagen worden ist. Von dieser Volksratstagung aus muß ein gewaltiges Echo darauf erfolgen. Wir nehmen diese Idee mit größter Sympathie auf. Wir wollen immer für den Frieden kämpfen, und das deutsche Volk aller Zonen wird dabei seine Mitwirkung nicht versagen. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß wir uns hier nicht nur als Einzelpersonlichkeiten, sondern als Deutscher Volksrat, als Volkskongressbewegung an diesem Friedenskongress beteiligen.

Wir führen diesen Kampf für den Frieden in der ganzen Welt, wir setzen uns mit aller Kraft für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland ein. Wir ringen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit im Rahmen der nationalen Selbsthilfe. Denn wir wollen den nationalen Notstand überwinden und beschränken uns dabei nicht auf die zu uns gehörenden Menschen in der Ostzone oder auch in allen vier Zonen, sondern wir stellen die Welt vor die große Frage: Wollt ihr wirklich dem deutschen Kulturvolk jene Einheit vorenthalten, die ihr einmal selbst in Anspruch genommen habt und die ihr doch Ländern gewährt habt, die am Kriege mindestens ebenso mitschuldig waren wie die Hitlerbanditen? Ist es für uns nicht ein trauriger Gedanke, wenn wir erleben, daß Italien, das Mutterland des Faschismus, einen Frieden bekommen hat, daß es seine staatliche Einheit bewahren konnte und daß es bereits zu einem einheitlichen italienischen Parlament wählen durfte — wir dagegen nicht! Japan, das den perfiden Überfall auf Pearl Harbour verübte, hat schon dreimal zu seinem Reichstag wählen dürfen; seine staatliche Einheit ist gewahrt geblieben — und nur dem deutschen Volke will man dieses Menschen- und Naturrecht vorenthalten.

Wir fragen die Menschen in Frankreich und in Amerika, wie sie sich hierzu stellen! Wir wollen sie daran

erinnern, wie sie in ihrer eigenen Geschichte die Einheit ihres Landes verfochten haben. Die französische Revolution hat seinerzeit die „eine und ungeteilte“ Republik Frankreich proklamiert. Als sich dann in der Vendée in der Form des Provinzialismus nicht etwa ein Separatismus, sondern eine Autonomiebewegung regte, da wurden die Heere des Konvents in Bewegung gesetzt und dieser Provinzialismus mit Waffengewalt niedergezwungen. Wie war es in Amerika? Als die Südstaaten wegen der Sklavenfrage aus der Union der amerikanischen Republiken **auszuscheiden** trachteten, erklärte der große amerikanische Präsident Abraham Lincoln den Südstaaten den Krieg. Dieser Krieg wurde sechs Jahre lang mit unerhörter Erbitterung geführt. Und als der General der Nordstaaten, Grant, die Südruppen unter Lee eingeschlossen hatte und sich Lee ergeben wollte, da fielen jene Worte, die Roosevelt wiederholte: **unconditional surrender, bedingungslose Übergabe!** In dieser Härte wurde der Kampf gegen Partikularismus und Separatismus in Frankreich und in den USA gegenüber dem eigenen Volke geführt.

Wir haben keine Waffen und wir wollen keine Waffen haben. Aber wir nehmen für uns das natürliche Recht in Anspruch, über unsere Einheit, über die staatsrechtliche Struktur unserer deutschen Republik selber zu

entscheiden. Soweit man uns diese Einheit mit Gewalt vorenthält und die Werbung dafür unterbindet, werden wir unseren Appell an die moralischen Kräfte der gesamten Welt richten müssen. In dieser Aufgabe dürfen wir nicht müde werden. **Einheit und Frieden**, das sind die großen Losungen, die wir von der Tribüne des Volkskongresses und des Volksrates immer wieder in die Welt hinausrufen müssen. Wir sind zu diesem Kampf vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, vor der Zukunft unseres ganzen Volkes verpflichtet und wir werden dieser historischen Verpflichtung nicht ausweichen. Wir sind gewiß, daß in diesem Kampfe der Sieg unser sein wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch an ein Wort Goethes erinnern. Am Ende seines Epos „Hermann und Dorothea“ läßt er Hermann die Bereitschaft aussprechen, zur Erhaltung des Friedens die Waffen zu ergreifen, um die damals Deutschland von Westen her drohende Gefahr abzuwehren. Als Ausdruck der Bereitschaft, mit geistigen Waffen der heute von Westen her drohenden Gefahr der Spaltung Deutschlands zu begegnen, dürfen wir diese Worte Goethes heute wiederholen:

„Und gedächte jeder wie ich,
so stünde die Macht auf gegen die Macht
und wir erfreuten uns alle des Friedens.“

Der Deutsche Volksrat fordert zu gesamtdeutschen Besprechungen auf

Wilhelm Pieck

Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volksrates

Unser deutsches Volk befindet sich in einer so ernsten und kritischen Lage, daß seine nationale Existenz und sogar sein Leben und seine Zukunft in höchstem Maße gefährdet sind. Es ist die **Zerreißen Deutschlands** durch die Bildung eines Weststaates und die Eingliederung dieses Weststaates in die Militär- und Kriegsblocks gegen die Sowjetunion, die diese Gefahr heraufbeschwören. Statt dem deutschen Volke den im Potsdamer Abkommen versprochenen Frieden zu geben, soll dem Weststaat ein Besatzungsstatut auferlegt werden, wonach das Land auf Jahrzehnte hinaus militärisch besetzt und in eine Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus und in das Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg verwandelt werden soll. Eine noch größere Katastrophe, als sie der Hitlerkrieg war, droht dem deutschen Volk. Das Leben der Bevölkerung im Westen Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Immer mehr beginnt die Bevölkerung die Gefahr zu erkennen, von der sie bedroht ist — daher die Opposition, die sich immer stärker in der werktätigen Bevölkerung und in den demokratisch gesinnten und friedliebenden Teilen unseres Volkes bemerkbar macht.

Der Deutsche Volksrat ruft das ganze deutsche Volk auf, sich in einer breiten nationalen Protestbewegung gegen die Deutschlandpolitik der Westmächte zu wenden und Einheit und gerechten Frieden für Deutschland zu fordern. Dieser Ruf des Deutschen Volksrates zur nationalen Selbsthilfe findet einen großen Widerhall im deutschen Volk. Aber die Gefahr für das deutsche Volk ist zu groß, als daß wir uns mit diesem Ruf begnügen könnten.

Obwohl wir an der Politik der Parteien in den westlichen Besatzungszonen — mit Ausnahme der Kommunistischen Partei — eine sehr harte Kritik üben, so

gibt es doch Anhaltspunkte dafür, daß in den Reihen dieser Parteien die bessere Einsicht Platz greift und die Gefahr erkannt wird, die dem deutschen Volke droht, und auch die Massen beginnen sich gegen die Fortsetzung dieser Politik zu wenden. Alles das veranlaßt uns, den im Westen bestehenden parlamentarischen Körperschaften, dem Parlamentarischen Rat in Bonn und dem Zweizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main, den Vorschlag zu unterbreiten, mit einer Delegation des Deutschen Volksrates zu einer Konferenz zusammenzukommen.

Auf dieser Konferenz soll beraten werden, was gemeinsam getan werden kann, um die Einheit Deutschlands zu erhalten und Sicherungen für die friedliche Entwicklung Deutschlands durch die Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu schaffen. Außerdem soll sich die Konferenz im Namen des deutschen Volkes an die Alliierten mit der Forderung auf einen baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit den Abzug der Besatzungstruppen wenden.

Es sind also für das deutsche Volk außerordentlich wichtige Gründe, die uns veranlassen, dieses Angebot an die beiden Körperschaften im Westen Deutschlands und an ihre Mitglieder zu richten. Wir lassen uns dabei ausschließlich von dem Bestreben leiten, durch die gemeinsame Beratung Mittel und Wege zur Behebung des nationalen Notstandes des deutschen Volkes zu finden.

Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Volksrates unterbreiten daher seiner 6. Tagung den Vorschlag, einen Brief an die beiden Körperschaften zu richten und über die Absendung des Briefes sofort zu entscheiden.

Der Brief soll folgenden Wortlaut haben:

An den Parlamentarischen Rat,
zu Händen des Herrn Präsidenten Dr. Adenauer,
Bonn am Rhein

An den Zweizonen-Wirtschaftsrat,
zu Händen des Herrn Präsidenten Dr. Köhler,
Frankfurt am Main

Die Zerreißung Deutschlands durch die Bildung eines Weststaates bedeutet eine tödliche Gefahr für die nationale Existenz des deutschen Volkes. Hinzu kommt die wachsende Gefahr eines neuen Krieges. Der dadurch für unser Volk geschaffene nationale Notstand erfordert außerordentliche Maßnahmen, um Sicherungen für das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes zu schaffen. Ein einheitliches Deutschland ermöglicht die Lösung aller Fragen, die vor dem deutschen Volke stehen.

Der von dem Deutschen Volkskongreß am 17. und 18. März 1948 gewählte Deutsche Volksrat erlaubt sich, an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates in Bonn und des Zweizonen-Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main mit dem Vorschlag heranzutreten, mit einer aus 60 Mitgliedern bestehenden Vertretung des Deutschen Volksrates möglichst schon am 8. April 1949 in Braunschweig zusammenzukommen.

Wir möchten mit Ihnen beraten, was gemeinsam getan werden kann, um die Einheit Deutschlands zu erhalten und Sicherungen für die friedliche Entwicklung in Deutschland durch die Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu schaffen. Die Beratung soll sich weiter darauf erstrecken, gemeinsam im Namen des deutschen Volkes von den Alliierten den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern. Wir lassen uns dabei allein von dem Bestreben leiten, durch die gemeinsame Beratung Mittel und Wege zur Behebung des nationalen Notstandes des deutschen Volkes zu finden.

Die unterzeichneten Vorsitzenden des Deutschen Volksrates bitten Sie, bis zum 4. April 1949 Mitteilung zu machen, ob Sie unserem Vorschlage zustimmen. Sollten Sie wegen des Zeitpunktes oder des Ortes der Beratung andere Wünsche haben, so sehen wir Ihren Vorschlägen entgegen.

Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates
gez. Wilhelm Pieck gez. Otto Nuschke gez. Hermann Kastner

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen

Diskussion:

Die deutschen Frauen im Kampf für den Frieden

Wilhelmine Schirmer-Pröschner (LDP)

Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands hat sich im Namen seiner 325 000 Mitglieder und im Namen von über 5 Millionen deutscher Frauen, die ihm anläßlich der Unterschriftensammlung für das Verbot der Atomwaffe das Mandat dazu gegeben haben, an die Staatsoberhäupter der Besatzungsmächte mit der Bitte gewandt, unverzüglich in Verhandlungen über die friedliche Lösung der internationalen Probleme und über den gemeinsamen friedlichen Aufbau einzutreten. Deutschlands Menschen, deutsche Mütter und Kinder brauchen für ein friedliches Leben endlich einen Friedensvertrag, den Abzug aller Besatzungstruppen und die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus allen Ländern. Mit allen Frauen der Welt wünschen auch wir deutschen Frauen die Sicherung des menschlichen Lebens und des menschlichen Glücks. Darum fordern wir: Nehmt den Menschen die Furcht vor einem Krieg!

Im Namen dieser 5½ Millionen deutscher Frauen trete ich auch heute hier vor den Volksrat, die Vertretung des deutschen Volkes, mit dem Antrage, der Deutsche Volksrat möge diese Friedensforderung des Demokratischen Frauenbundes zu seiner eigenen Sache machen. Heute, vier Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, haben wir Deutschen die Pflicht, uns in Ost und West, in Nord und Süd enger denn je zusammenzuschließen, um das furchtbare Unheil abzuwenden, das uns von einem neuen dritten Weltkrieg droht. Noch sind die Tränen des zweiten Weltkrieges nicht gestillt, noch ragen überall in Dorf und Stadt die Ruinen gleich mahnenden Gespenster-

händen gen Himmel, noch sind Hunger, Elend und Not des letzten Krieges längst nicht überwunden. Aber trotz all dieser grausigen Zeugen gibt es in der Welt und auch in Deutschland heute schon wieder gewissenlose, nur von Profitgier erfaßte Hetzer, die emsig einen neuen Krieg vorbereiten. Aber leider gibt es auch Menschen, die sich von diesen Kriegshetzern ihren gesunden Menschenverstand vernebeln lassen und neuen Kriegsplänen nur allzusehr geneigt sind.

Darüber befindet sich die ganze Welt in Sorge und Aufregung. Überall schließen sich die Menschen zusammen, um dieses Unheil abzuwenden. Nicht nur bei uns deutschen Frauen, auch bei den Frauen aller Länder hat das Angebot Stalins an den Präsidenten Truman, mit ihm zur Regelung der internationalen Probleme zusammenzukommen, und sein Angebot eines Friedenspaktes an die USA neue Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung ausgelöst. Die Ablehnung durch die Westmächte ist von uns deutschen Frauen und den Frauen in aller Welt bitter empfunden worden. Die Frauen erkennen, daß die von den USA betriebene Politik des Abschlusses von Regionalpakten wie des Nordatlantikpaktes und des Westpaktes klar und deutlich erweist, daß es sich hier um reine Militärbündnisse handelt. Die noch blutende Welt aber benötigt, um endlich zur Ruhe zu kommen, keine Militär- sondern Friedensbündnisse!

Wir wissen uns auch einig mit allen friedliebenden Menschen der Welt, daß die Ablehnung des Antrages der sowjetischen Delegation an die UN auf Verbot der

Atombombe und Herabsetzung der Rüstungen auf ein Drittel ein Akt der Verantwortungslosigkeit gegenüber allen Völkern der Erde war.

Die heutige Lage in Deutschland kennzeichnet der Demokratische Frauenbund Deutschlands in seinem Schreiben an die vier Staatsoberhäupter wie folgt:

„Die Ereignisse in Berlin, die Abfassung des Ruhrstatuts, die Vorbereitung eines Besatzungsstatuts verletzen unsere nationale Würde, fordern uns aber auch heraus, die weitere Zerreißen unserer Heimat nicht hinzunehmen. Im größten Teil Deutschlands sind wir nicht einmal mehr berechtigt, uns demokratisch zu betätigen. Wir müssen im Gegenteil erleben, daß die Kriegsschuldigen, Militaristen und Industriellen in Westdeutschland ihr altes Werk von neuem beginnen, und daß die Verderberinnen der deutschen Frauen, wie Gertrud Scholtz-Klink, Emmi Göring, Ilse Koch und andere mehr noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen wurden; dagegen Menschen, die mutig gegen den Hitlerfaschismus kämpften, wie Max Reimann, verhaftet wurden, weil sie gegen das Ruhrstatut auftraten und die Einheit unseres Vaterlandes forderten. Die Arbeit für den Frieden wird unterbunden.“

Während in Bonn deutsche Politiker auf Grund ausländischer Befehle Verfassungsvorschläge ausarbeiten, um damit fremden Empfehlungen ihre Zustimmung zu erteilen, haben deutsche Frauen in der Ostzone die größte Friedenskampagne durchgeführt, die die Geschichte der deutschen Frauen aufzuweisen hat. Dafür haben sie bei allen Menschen in der ganzen Welt, die von echtem, wahrhaftem Friedenswillen durchdrungen sind, ehrlichen Beifall gefunden. Das beweisen die zahlreichen Telegramme, Glückwünsche und Zuschriften, die wir aus allen Ländern erhalten haben, aus der Sowjetunion, Amerika, England, Polen, Frankreich, von überall her.

Die Friedenskampagne des DFD hat aber erst begonnen. Jetzt läuft sie in Westdeutschland weiter. Wir wissen, daß es dort weit schwieriger sein wird. Wir wissen aber auch, daß in Westdeutschland die Sehnsucht der Frauen nach Frieden genau so groß ist wie bei uns; auch dort wollen die Frauen endlich Frieden haben. In Hannover waren die Einzeichnungslisten sehr rasch vergriffen. 10 000 Unterschriften hat Stuttgart bisher gemeldet. In Hamburg wächst die Zahl der Unterschriften stündlich. In Hessen haben in einigen Dörfern 90% aller Frauen sich schon eingezeichnet.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands hat in den letzten Wochen noch eine andere sehr wichtige Friedenskampagne durchgeführt. Wir Frauen des DFD, die wir die Ehre und die Freude hatten, selbst die Sowjetunion besuchen zu können, wir alle haben nach unserer Rückkehr, ganz gleich, welcher Partei wir angehören, nur aus reinem Gerechtigkeitsgefühl heraus überall offen und ehrlich berichtet, wie es heute in der Sowjetunion aussieht. Neben all den Versammlungen, die von dem Deutschen Volksrat, dem FDGB, der FDJ und dem Kulturbund abgehalten wurden, haben die

Frauen des DFD, die die Sowjetunion besucht haben, zu 125 000 Menschen in 400 großen Versammlungen gesprochen. Sie haben durch 75 Rundfunkvorträge die Möglichkeit gehabt, der Bevölkerung bis in das kleinste Dorf hinein ein wahres und anschauliches Bild über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu vermitteln. Mit dieser Kampagne haben wir bereits einen spürbaren Erfolg erzielt. Neu auftauchende Lügen über die Sowjetunion lehnt die Bevölkerung heute zum großen Teil schon ganz bewußt ab; sie schenkt ihnen keinen Glauben mehr. Dagegen setzt sich in breitesten Kreisen die Überzeugung immer mehr durch, daß die Sowjetunion der Staat ist, der den Frieden will und sich mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzt.

Auch die Tatsache, daß die Sowjetunion, das Volk und seine Regierung, mit Deutschland trotz alledem, was hinter uns liegt, in freundschaftlicher und friedlicher Nachbarschaft leben will, dringt immer tiefer in unser Volk ein. Wir Frauen des Demokratischen Frauenbundes haben die Friedenskampagne gegen diese verleumderische antisowjetische Hetze ganz besonders ernst genommen und diese Kampagne noch lange nicht beendet, denn wir wissen, daß wir damit nicht nur unseren beiden Völkern, sondern der ganzen Welt dienen und den Frieden erhalten.

Wir Frauen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands als Sektion der Internationalen Demokratischen Frauenföderation werden uns selbstverständlich auch mit aller Kraft für die Durchführung des Weltfriedenskongresses einsetzen. Hier wird eine Friedensbewegung entfaltet, wie sie die Geschichte der Menschheit noch nicht gekannt hat. Ein Krieg ist nicht unvermeidlich, wenn die Friedenskräfte stärker sind als die Kräfte der Kriegshetzer. Auch bei der Vorbereitung für den Weltfriedenskongreß werden die Frauen des DFD mit zu den aktivsten gehören. Wir werden die große Weltfriedenskampagne in jede Organisation tragen, in jeden Betrieb, in jede Familie und in jedes Haus in Dorf und Stadt.

Auf dem Weltfriedenskongreß werden die Stimmen der deutschen Frauen aus Ost- und Westdeutschland mit gleicher Stärke ertönen. Wer ehrlich um Deutschlands Zukunft besorgt ist, weiß, daß Friede und Einheit für Deutschland untrennbar sind. Der Weg dazu führt aber einzig und allein über den Verhandlungstisch der vier Außenminister.

In diesem Sinne hat der DFD in seinem Schreiben an die Staatsoberhäupter der Besatzungsmächte gefordert:

„Geben Sie dem deutschen Volk einen Friedensvertrag!

Geben Sie dem deutschen Volk die Möglichkeit, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden!

Gewährleisten Sie den Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft!

Ziehen Sie die Besatzungstruppen aus Deutschland zurück!

Befrieden Sie endlich die Welt!

Es geht um den menschlichen Fortschritt, den Frieden und die Humanität!“

Gegen die Kriegspakte — für den Frieden

Horst Br asch (FDJ)

Landesvorsitzender der Freien Deutschen Jugend Brandenburg

Die Politik der westlichen Besatzungsmächte hat Deutschland in die Spaltung, in die Zerreißen, in den nationalen Notstand geführt. Die Verantwortung dafür tragen jene Kräfte des anglo-amerikanischen Monopolkapitals, die die internationalen Abkommen von Jalta und Potsdam wie einen Fetzen Papier behandeln und die großen Opfer der einfachen

Menschen in der ganzen Welt zur Niederringung des Faschismus vergessen haben, ja sie mißbrauchen, um erneut den Kriegsbrand zu entfachen.

Wenn wir heute über nationalen Notstand und dessen Überwindung durch nationale Selbsthilfe beraten, so sind wir verpflichtet, bis zu der entscheidenden Ursache vorzudringen, die das deutsche Volk in den nationalen

Notstand führte: Die entscheidende Ursache ist die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus. Die Spaltung Deutschlands erfolgt, um aus den Westzonen einen jener Stützpunkte zu machen, die die sogenannte Westunion braucht, um unter Führung der USA ihre Vorbereitungen zum Krieg um die Weltherrschaft durchzuführen. So sehr auch die Politiker der Westmächte zu erklären versuchen, daß der Atlantikpakt eine Schutzmaßnahme darstelle, so ist es doch nicht schwer zu erkennen, daß es sich weder hinsichtlich dieses Vertrages noch hinsichtlich der Westunion und ihres Generalstabes in Fontainebleau um Verteidigungsmaßnahmen handelt. Der Atlantikpakt ist vielmehr ein Angriffspakt gegen die friedliebenden Völker, vor allem aber ein Offensivpakt gegen die Sowjetunion und gegen die volksdemokratischen Länder.

Es dürfte wohl beispielsweise für die USA, die ja die Träger dieses Unternehmens sind, nicht notwendig sein, im Interesse ihrer Sicherheit über militärische Stützpunkte in Skandinavien, Griechenland, der Türkei oder Westdeutschland zu verfügen. Auch die Einbeziehung solcher als faschistisch bekannter Regierungen wie derjenigen Spaniens, Portugals und der Türkei stempeln diese Bestrebungen nicht gerade zu einem Friedenswerk. Die Ablehnung der Vorschläge auf Rüstungseinschränkung und auf Verbot der Atombombe beweisen schließlich den wahren Charakter der Politik der USA. Das Bestehen amerikanischer und englischer Garnisonen in Ländern, die der Organisation der Vereinten Nationen angehören, ist ebenfalls kein Beweis für die Friedensabsichten des anglo-amerikanischen Imperialismus. Mit der Besetzung Japans und der Verhinderung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit diesem Lande, mit dem projektierten Staatenblock in Südostasien, mit der Planung eines Mittelmeerabkommens, mit der auf unbegrenzte Zeit vorgesehenen Besetzung der Westzonen Deutschlands und mit dem Atlantikpakt ist der Versuch unternommen worden, ein Netz von Stützpunkten rund um die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder zu legen.

Gestatten Sie mir, Ihnen einige drastische und aufklärende Ziffern zu diesem Problem bekanntzugeben. Im vergangenen Jahre gab der weltbekannte Gelehrte, dessen 70. Geburtstag wir vor wenigen Tagen feierten, Albert Einstein, zusammen mit Dorothy Canfield Fisher und neunzehn anderen prominenten Bürgern der Vereinigten Staaten einen Bericht über die Militarisierung Amerikas heraus, der von ihnen aus offiziellen Regierungsquellen der USA zusammengestellt wurde. Nach diesem Bericht verteilten sich die Ausgaben des Haushaltsplanes der USA für das Jahr 1948 in folgender Weise:

Für das Militär und jene Einrichtungen, die militärischen Charakter haben, wie Atomforschung, Raketenversuche usw., wurden insgesamt 66,3% des Haushaltsplanes, für die Erziehung 0,8%, für den Wohnungsbau 0,1% und für Sozialfürsorge, Gesundheit und persönliche Sicherung 4,5% ausgegeben. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten im Jahre 1948 insgesamt 434 Luft-, Marine- und Militärstützpunkte außerhalb der Landesgrenzen der USA eingerichtet.

Die Einbeziehung der westeuropäischen Staaten in diese Aggressionspolitik wird mit allen Mitteln des politischen und wirtschaftlichen Drucks durchgeführt. Dabei ist dem deutschen Ruhrgebiet die Aufgabe zugeteilt, Waffenschmiede der neuen Aggression zu sein. Mit den Mitteln einer gewissenlosen Lügenpropaganda und der Entfaltung der Kriegshysterie, wie wir sie ja auch in Berlin erleben, versucht man die Völker aufzuwecken, um sie vor den Karren einer neuen imperialistischen Aggression zu spannen.

Diese Maßnahmen erfordern sicherlich seitens der Kräfte des Friedens eine entschiedene Abwehr. Unsere Beratung über nationale Selbsthilfe kann daher an den kriegerischen Bestrebungen des USA-Imperialismus nicht vorübergehen, da die Pläne der USA verheerende Folgen für Gesamtdeutschland haben würden. Gegenüber der Politik eines neuen Krieges stehen die unermüdlichen Friedensbestrebungen, vor allem der Sowjetregierung. Die Antworten Stalins auf die Fragen des amerikanischen Journalisten Kingsbury Smith, das Angebot an Norwegen auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes, die Vorschläge der Sowjetdelegation auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung und zum Verbot der Atombombe sind Maßnahmen, die dem Frieden dienen und die daher von allen Völkern anerkannt werden müßten. Mit der ständigen Forderung der Einheit und Souveränität Deutschlands erweist die Sowjetunion nicht nur unserem Volke einen großen Hilfsdienst, sondern trägt gleichzeitig dazu bei, der Welt zu zeigen, durch welche Maßnahmen der Friede gesichert werden muß. Die Bemühungen der Sowjetunion haben unter breiten Volksschichten begeisterte Aufnahme und Unterstützung erfahren. Nationale Selbsthilfe bedeutet, für den Frieden und die Einheit Deutschlands kämpfen, bedeutet daher für das deutsche Volk im Lager des Friedens, an der Seite der Sowjetunion und aller friedliebenden Völker den energischen Kampf gegen die Kriegshetzer und alle ihre Maßnahmen zu führen.

Wir begrüßen aus diesem Grunde die Kampferklärungen fortschrittlich-demokratischer Politiker wie die des Abgeordneten der französischen Kammer und ehemaligen Ministerpräsidenten Maurice Thorez, die des italienischen Abgeordneten und ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Togliatti und von Harry Pollitt in England gegen die Kriegsbrandstifter und für die Verteidigung des Friedens in der Welt.

In diesem Kampf fällt der deutschen Jugend eine besondere Aufgabe zu. Von dem Ausgang der Bemühungen der Friedenskräfte hängen in erster Linie die Zukunft und die Aufstiegsmöglichkeiten der jungen Generation ab. Während in der sowjetischen Besatzungszone der entscheidende Teil der Jugend eindeutig auf der Seite des Friedens steht, erzieht man die Jugend in den westlichen Besatzungszonen erneut im Geiste des Militarismus, des Chauvinismus, des Revanchegedankens. Die Remilitarisierung geht in verstärktem Tempo vorwärts. Die Jugend soll erneut und in erster Linie das Opfer werden. Wir rufen deshalb die deutsche Jugend auf, den Frieden zu verteidigen und sich nicht als Kanonenfutter fremder Interessen gebrauchen zu lassen. Wo die Bestrebungen des amerikanischen Imperialismus als Versklavungsmaßnahmen verstanden werden, stoßen sie auch in wachsendem Maße bei der Jugend der Westzonen auf Widerstand, wie uns aus Kreisen junger Arbeiter des Ruhrgebietes und in letzter Zeit auch aus den Kreisen der Studenten bekannt wurde.

Im Interesse des Friedens und der Entwicklungsmöglichkeiten unseres Volkes, insbesondere aber unserer jungen Generation wie jedes einzelnen jungen Menschen, appellieren wir daher von dieser Stelle besonders an die deutsche Jugend im Westen unserer Heimat, sich nicht erneut blenden, sich nicht erneut in die Irre führen zu lassen, sondern unbeirrt mit allen für den Frieden kämpfenden Kräften zusammenzugehen und den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. Nationaler Notstand verlangt nationale Selbsthilfe. Kämpft daher für eure sozialen Rechte, kämpft für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag! Verteidigen wir gemeinsam noch stärker als bisher das höchste Gut der Menschheit: den Frieden.

Die Vorschläge des Nauheimer Kreises

Prof. Dr. Ferdinand Hestermann (Arbeitsgemeinschaft der Westzonen)
Universitätsprofessor in Münster und Jena

Wir freuen uns, daß auch aus den Westzonen Deutschlands allmählich immer mehr Stimmen zu uns dringen, die für den Frieden eintreten. Eine Reihe bürgerlicher Wissenschaftler und Politiker in Westdeutschland, im „Nauheimer Kreis“ vereinigt,

haben einen Aufruf zur Wahrung des Friedens herausgegeben. Dieser Aufruf hat in weiten Kreisen Westdeutschlands, besonders unter den bürgerlichen Intellektuellen starke Beachtung gefunden. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

I.

Deutschland wurde durch den bisher furchtbarsten Weltkrieg in tiefstes Elend gestürzt. Wir müssen den Mut haben, aus eigener Kraft einen gangbaren Ausweg aus der heutigen Krise zu suchen.

Unser Aufruf richtet sich an diejenigen, die erkannt haben:

1. Ein neuer Weltkrieg würde weder unserem Volk noch der Welt Segen bringen. Er würde im Gegenteil alle materiellen und moralischen Verwüstungen ungeheuerlich vermehren.
2. Die anhaltende Kriegsgefahr wirkt für das Wiederaufleben Europas und der Welt fast ebenso lähmend wie der Krieg selbst.

Die Beseitigung der Spaltung Deutschlands ist nicht nur tatsächlich möglich, sondern ist ein unentbehrlicher Beitrag zur Überwindung dieser Kriegsgefahr.

3. Das Bekenntnis der Deutschen, ohne Unterschied der Parteien, zu einem neutralisierten, friedlichen und sozialen Deutschland kann sich als auseinanderhaltende und beschwichtigende Kraft zwischen die bewaffneten Weltgegensätze stellen, die heute in Deutschland aufeinanderprallen.

Unsere Vorschläge sind deshalb:

II.

1. Deutschland erkennt im Interesse des eigenen Friedens an, daß sich die Weltmächte jederzeit durch gemeinsame Organe vergewissern, daß eine militärische Wiederaufrüstung in Deutschland nicht durchgeführt werden kann.

Die Besatzungsmächte übertragen ihre bisherige friedenssichernde Aufgabe an diese Organe und ziehen ihre Truppen aus Deutschland zurück, und zwar ein Jahr nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

2. Der innere Frieden in Deutschland kann auf die Dauer nicht durch ausländische Bajonette gesichert werden, wenn der Gedanke einer sich selbst verwaltenden Völkerherrschaft eine glückliche Zukunft haben soll.

Diese Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit und Menschenrechte erfolgt in allen deutschen Ländern durch ausreichende Polizeikräfte unter der Autorität dieser volksgewählten Regierungen. Für die Organisation solcher Kräfte wird jeder deutschen Regierung die Frist eines Jahres vom Friedensschluß bis zum Abzug der Besatzungstruppen zur Verfügung stehen.

3. Im wiedervereinigten, aber übevölkerten Deutschland ist ein wohlausgeglichenes stabiles politisches System auf die Dauer nur dann lebensfähig, wenn dem deutschen Volke für seine friedliche und ausreichende Ernährung durch den Friedensvertrag die Freiheit seiner Arbeitskräfte gewährleistet wird für eine doppelte weltwirtschaftliche Verflechtung mit seiner Umwelt.

Dies kann dadurch geschehen, daß die gesteigerte Produktion und Ausfuhr zwischen Osten und Westen geteilt wird.

Dabei können die fortlaufenden Hilfeleistungen des Westens im geplanten Ausmaß vergütet werden, ohne daß Deutschland auf dem westlichen Weltmarkt als störender Konkurrent auftritt.

Zugleich aber kann Deutschland mit Zustimmung aller Vertragspartner und ohne den Westen zu benachteiligen, auch durch Verarbeitung der russischen Rohstoffüberschüsse für Rußland wirtschaftlich tätig sein.

So würden schließlich Spannungen zwischen der östlichen und westlichen Welt, die auf ihren ökonomischen und sozialen Unterschieden beruhen, durch die planvolle Arbeit einer zum Frieden entschlossenen Welt zur Auflösung gebracht werden.

III.

Auf Grund dieser von Ost und West gemeinsam garantierten Mittelstellung wird Deutschland keinem der bestehenden regionalen Staatenbünde beitreten, sondern mit der Schweiz, Österreich und vielleicht Finnland eine isolierende und die Weltgegensätze und ihre Reibungen abschwächende Sondergruppe bilden.

In der neuen Haltung eines großen und bisher machtpolitisch aktiven europäischen Volkes liegt der Ansatzpunkt für eine Entwicklung, die hinüberführt vom machtpolitischen Denken der Vergangenheit durch eine Reformation politischer Gesinnung zu einem freiheitlichen und weltverbindenden Denken und Handeln der Zukunft.

Nauheim, den 4. Dezember 1948.

Der Nauheimer Kreis.

Der „Nauheimer Kreis“ um Professor Ulrich Noack, Ordinarius für moderne Geschichte an der Universität Würzburg, hat den Versuch unternommen, dem Kernproblem der deutschen Frage zu Leibe zu rücken. Das Ergebnis dieses Versuchs muß — im Rahmen der durchaus bürgerlichen Position dieses Kreises — als höchst beachtenswert angesehen werden. In seiner programmatischen Schrift: „Die Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands und seine ausgleichende weltwirtschaftliche Aufgabe“ geht Pro-

fessor Noack von der entscheidenden Voraussetzung für die Existenz Deutschlands, dem Frieden aus. Er sagt zu Recht, daß „Deutschland gar kein höheres Interesse haben kann als den Frieden und das höchstmögliche Gedeihen einer aufblühenden Umwelt. Alles, was zur Förderung dieses Zweckes geschieht, geschieht für Deutschland.“

Von diesen — für die heutige „offizielle“ westdeutsche Politik durchaus nicht selbstverständlichen — Voraussetzungen ausgehend, stellt Professor Noack seine

Grundthese auf, Deutschland könne, wenn es auf dem Weltmarkt nicht als störender Konkurrent auftreten solle, nur in engster wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern Südosteuropas leben, und zwar „als deutsche Gesamtwirtschaft eines wiedervereinigten und nicht mehr besetzten Deutschlands“, und nur so eine nützliche Rolle in der Weltwirtschaft ausfüllen. Es müßte zur Hauptaufgabe der gesamten wiedervereinigten deutschen Industrie werden, einen möglichst großen Teil des russischen Rohstoffüberschusses zu verarbeiten, und zwar müsse es sich hierbei um eine dauernde Wirtschafts- und Handelsverbindung handeln. Zu diesem Zwecke fordert Professor Noack auch die „Neutralisierung“ Deutschlands gegenüber dem „westeuropäisch-atlantischen Bündnissystem“.

Außerordentlich bemerkenswert ist die Begründung, die Professor Noack für seine Forderungen gibt. Er erklärt, wir sollten erkennen, „daß es sehr reale Wirtschaftsinteressen beider angelsächsischen Mächte gibt, die ein rasches Wiederaufkommen einer konkurrierenden deutschen Wirtschaft verhindern möchten. Es ist verständlich, daß die angelsächsischen Handels- und Industriemächte nicht wünschen können, daß die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder mit der Wucht in Erscheinung tritt, mit der sie in Erscheinung treten müßte, wenn dieses zusammengedrückte, von 65 Millionen bewohnte Land die notwendige 50%ige Lebensmitteleinfuhr durch einen entsprechenden Export von Industriewaren auf dem anglo-amerikanischen Weltmarkt kaufen müßte.“ Es gibt also nur einen denkbaren Ausweg, sagt Professor Noack, und dies sei eben, daß die deutsche Industrie in der Lage sein

müßte, den Rohstoffüberschuß der Sowjetunion zu verarbeiten.

In diesem Rahmen kann ich nur die Grundgedanken des Nauheimer Kreises andeuten, aber selbst diese knappe Darstellung zeigt, wie ganz anders sich die Zukunft Deutschlands in den Köpfen verantwortungsbewußter Bürger ausnimmt, die sich ernsthaft Gedanken über diese Zukunft machen und sich dabei über das Geschrei derer zu erheben wissen, die ein krankhafter Haß gegen die Sowjetunion mit Blindheit geschlagen hat. Man mag in manchem verschiedener Ansicht sein, man kann z. B. die Meinung vertreten, daß eine Teilung der Welt in zwei Blocks durchaus nicht naturnotwendig ist, daß im Gegenteil gerade die Verständigung der Alliierten in der deutschen Frage zu einer echten Zusammenarbeit der Großmächte in der UN und zur friedlichen Lösung anderer Fragen, kurz zu einer Politik, wie sie Roosevelt wollte und wie sie sein geistiger Erbe Wallace heute fordert, führen könnte.

Auch dann bleibt der Weg, den Professor Noack und der Nauheimer Kreis in den beiden Hauptpunkten weisen, richtig — erstens in der Frage des geeinten Deutschland, das auf der Grundlage Potsdams nicht nur möglich, sondern für den Frieden unerlässlich ist; und zweitens in der Frage der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands, die ohne Zweifel im Osten, in der engsten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion liegt. Daß die bedeutsamen Erkenntnisse und Schlußfolgerungen dieses Kreises mit der wachsenden Enttäuschung über den Marshall-Plan und mit der immer häufiger gestellten Frage „Was weiter?“ breiteren Widerhall finden werden, daran ist nicht zu zweifeln.

Die Abkehr vom Potsdamer Abkommen — ein Rechtsbruch von größter Tragweite

Georg Dertinger (CDU)

Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union

Für unseren Rechtskampf um die Einheit und die Freiheit Deutschlands sind bestimmte völkerrechtliche Gesichtspunkte von besonderer Bedeutung; in diesem Zusammenhang möchte ich auf zwei Probleme eingehen, einmal auf die Gebietsabtrennungen im Westen und zum anderen auf die Besatzungslegalität und -legitimität in Westdeutschland.

Was die Gebietsabtrennungen anbelangt, so haben zwar die Alliierten in jener berühmten Erklärung über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 grundsätzlich für sich das Recht in Anspruch genommen, neue Regelungen an allen Grenzen Deutschlands in Kraft zu setzen. Aber in Ausführung dieses Beschlusses ist dann am 2. August des gleichen Jahres die Potsdamer Deklaration verabschiedet worden, die alle Deutschland betreffenden Fragen in einem erschöpfenden Katalog behandelt hat. Es sind auch Grenzfragen in der Potsdamer Deklaration geregelt und einer endgültigen Friedenskonferenz überwiesen worden. Aber mit keinem Wort ist in der Potsdamer Abmachung von westlichen Grenzkorrekturen und Abtrennungen die Rede gewesen, auch nicht in bezug auf das Saargebiet. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Vollständigkeit, mit der man damals in Potsdam dieses Problem besprochen hat, auch die westlichen Grenzfragen angeschnitten worden wären, wenn man seinerzeit die Absicht gehabt hätte, solche Maßnahmen durchzuführen. Die Tatsache, daß die Potsdamer Deklaration über das Problem der Westgrenzen vollkommen schweigt, kann nach Lage der Dinge nicht anders gedeutet werden, als daß seinerzeit in Potsdam die Siegermächte die Integrität Deutschlands anerkannt haben. Wenn heute die Grenzen im Westen geändert werden sollen, so ist das eine vertragswidrige Verletzung der deutschen Integrität, das heißt eine Annexion, ein Raub, ein flagranter Bruch des Völkerrechts.

Aber nicht nur die Gebietsabtrennungen in Westdeutschland werden durch das Völkerrecht nicht ge-

deckt, auch die Frage der Anwesenheit der westlichen Besatzungstruppen muß jetzt ernsthaft einer völkerrechtlichen Untersuchung unterzogen werden. Im Oktober vorigen Jahres legte der Friedensausschuß des Volksrates in einer Entschliebung ausdrücklich fest, daß die Anwesenheit der Besatzungstruppen nach den internationalen Vereinbarungen der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands dienen müsse, als Voraussetzung für einen Friedensvertrag. Wenn aber von den westlichen Besatzungsmächten das Zustandekommen eines gesamtdeutschen Friedensvertrages verhindert wird, so kommt ein weiteres Verbleiben der Besatzungstruppen einer kolonialen Annexion und kolonialer Versklavung unseres Volkes gleich.

Inzwischen ist nun eine Reihe von Ereignissen eingetreten, die diese Feststellungen des Friedensausschusses nur noch bekräftigen. Die Besatzung Deutschlands erfährt völkerrechtlich ihre Legitimität ausschließlich aus den Potsdamer Vereinbarungen. In diesem Sinne sind auch in der Potsdamer Deklaration die Zwecke der Besatzung erschöpfend behandelt. Aber mit den Londoner Empfehlungen haben die Westmächte diese klare Zweckbestimmung der Besatzung verlassen, indem sie erklärten, Deutschland könne erst geräumt werden, wenn der Friede in Europa wiederhergestellt würde. Damit wird der Zweck der Besatzung, der an deutsche Entwicklungen gebunden ist, verlagert, und zwar auf ein Gebiet, das mit Deutschland nichts zu tun hat; damit wird die Besatzung durch die Westmächte ihrer völkerrechtlichen Fundierung entkleidet. Die Besatzungsmächte des Westens sind, wenn sie an dieser Politik festhalten und nicht zum System von Potsdam, d. h. zur aktiven Mitwirkung und Förderung der Entmilitarisierung und Demokratisierung unseres Volkes zurückkehren, nicht mehr kraft des Rechts von Potsdam und des Völkerrechts, sondern sie sind als willkürliche Eindringlinge im Lande!

Man möge nicht mit dem Einwand kommen, daß der Friede noch nicht geschlossen ist und daß bedingungslose Kapitulation uns kein Recht gäbe, solche Einwendungen zu erheben. Nicht nur das Völkerrecht, auch die Atlantik-Charta, nicht zuletzt Potsdam selbst, geben uns klare Rechtstitel und Ansprüche, von denen heute wiederholt gesprochen wurde. Es muß noch einmal eindeutig festgestellt werden, daß nicht nur der Beginn eines Krieges eine Aggression ist, sondern auch die Fortsetzung eines Krieges, wenn die völkerrechtlichen legitimen Ursachen weggefallen sind. Diese sind in der Tat mit der deutschen Kapitulation weggefallen; daher ist der kalte Krieg nichts anderes als eine Aggressionshandlung auf unserem Rücken ohne jede Legitimierung durch das Völkerrecht.

Es wird auch immer wieder der Einwand erhoben, daß unsere Argumente und Folgerungen eine einseitige Option zugunsten der Sowjetmacht wären, und daß das unserer politischen Lage als Volk der Mitte nicht entspreche. Ich muß dieser Ausdeutung absolut widersprechen. Es handelt sich hier gar nicht darum, daß wir als Deutsche zwischen West und Ost optieren, sondern es handelt sich um etwas ganz anderes, nämlich darum, daß wir die Grundlagen und Voraussetzungen einer eigenständigen nationalen deutschen Politik klären. Wenn wir optieren, so optieren wir für Deutschland. Es ist sicherlich Sache der westlichen und östlichen Mächte, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Wenn es sich aber um Entwicklungen handelt, die unsere Sicherheit berühren, in denen die Alliierten in ihren eigenen Konflikten Entscheidungen treffen, die in ihrer Wirkung zu unseren Lasten gehen, so zwingt uns das zur Entscheidung.

In einem solchen Falle muß Deutschland aus Gründen der Selbsterhaltung laut und vernehmlich sprechen und handeln. So ist z. B. eine Atombombe der Amerikaner, die auf unser Land fällt, für uns gleich unangenehm, ob sie nun uns meint oder, sagen wir: die russische Besatzungstruppe. Wir müssen also dafür sorgen und müssen unseren Anspruch darauf erheben, daß in unserem Lande überhaupt keine Atombombe geworfen wird!

Wir legen Wert darauf und wir kämpfen dafür, daß die deutschen Interessen und die deutschen Rechte, wie sie in Potsdam sanktioniert wurden, nicht verletzt werden. Denn wir wollen nicht mit unserer Existenz, mit unserer Sicherheit und unserem Lebensstandard die Rechnungen für fremde Konflikte bezahlen.

In diesem Zusammenhang gewinnt nun das Programm des Nauheimer Kreises mit seinem Vorschlag der Neutralisation außerordentliche Beachtung. An dieser Stelle habe ich bereits im Oktober des vergangenen Jahres in vergleichbarer Überlegung versucht, einen deutschen Standpunkt zwischen Ost und West zu formulieren. Wenn jetzt der Nauheimer Kreis sein Dokument herausgegeben hat, so zeigt das, daß unsere Gedankengänge in Westdeutschland angesichts der klar erkennbaren und bedrohlichen Entwicklung Resonanz finden. Das Nauheimer Dokument zerfällt deutlich in

zwei Teile, die unterschieden werden müssen. Das sind einmal die Vorschläge, die sich unmittelbar auf die Gestaltung der deutschen Dinge selber, die deutsche Einheit und die deutsche Wirtschaftspolitik beziehen. Hier ist der Nauheimer Plan zu vergleichen mit den Arbeiten, die im Kreise des Volksrates planmäßig entwickelt worden sind. Das zweite ist der Gedanke der Neutralisation Deutschlands. Meine Parteifreunde sind der Meinung, und wir glauben uns da in völliger Übereinstimmung mit allen Volksratsmitgliedern zu befinden, daß der Gedanke der Neutralisation mit allem Ernst und aller Sorgfalt überprüft und durchgearbeitet werden muß, ob und wie weit er einen Beitrag nicht nur zur eigenen Sicherheit Deutschlands, sondern zur Förderung des Friedens in der ganzen Welt leisten kann.

Über eines aber müssen wir uns klar sein: das Prinzip der Neutralisation, wie es Professor Noack vorschwebt, setzt nicht nur voraus, daß sich Deutschland in seiner Mittellage selber neutral verhält gegenüber Ost und West, sich nicht nur bereit findet, aus eigenem abzurufen, sondern der Status der Neutralisation setzt voraus, daß auch die anderen Mächte diesen Status anerkennen und tatsächlich respektieren. Dieses Respektieren heißt aber nicht nur, nicht mit Truppen das neutralisierte Land zu betreten, sondern es heißt auch und vor allem, sich jeglicher Art der Einmischung zu enthalten. Wenn das das Wesen der Neutralisation ist, so wird man auch aus dem Nauheimer Dokument die Folgerung ziehen müssen, jegliche Einmischung abzuwehren, die über den Zweck und den Rahmen hinausgeht, der in der Potsdamer Deklaration festgelegt worden ist.

Alle Überschreitungen dieser Rechte — Besatzungsstatut, Errichtung des westdeutschen Separatstaates, Ruhrstatut, Bonner Zwangsverfassung — sind illegale völkerrechtswidrige Einmischungen, die nicht nur den Rahmen von Potsdam sprengen, sondern darüber hinaus auch eine Barriere gegenüber der Verwirklichung des Prinzips der Neutralisation darstellen. Wenn man zur Neutralisation kommen will, dann müssen die permanenten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einmischungen des Westens aufhören und jener Status hergestellt werden, der in Potsdam vorgezeichnet ist und für den wir kämpfen, nämlich die Einheit und den gerechten Frieden.

Dieser Rechtskampf ist angesichts der unmittelbar drohenden Kriegsgefahr unsere einzige und entscheidende Waffe. Deshalb ist es natürlich und selbstverständlich, daß wir deutschen Demokraten uns in die Gemeinschaft aller Völker und Staaten eingliedern, die entschlossen sind, der Kriegshetze in den Arm zu fallen, den Frieden zu sichern und eine große Friedensbewegung in der ganzen Welt aufzubauen.

Man spricht immer von der Angst der Völker vor dem Kriege. Ich glaube, es ist jetzt die Zeit gekommen, um die Völker aufzurufen, nicht mehr Angst vor dem Kriege zu haben, sondern auszurufen, daß die Kriegshetzer Angst vor den Völkern haben!

Die Weltfront des Friedens

Prof. Ernst Niekisch (Kulturbund)

Universitätsprofessor in Berlin

Man kennt das Wort: „Im Kriege schweigen die Künste“. Aber nicht nur den Künsten tut der Krieg Eintrag, sondern ebenso auch den Wissenschaften und jeder geistigen Arbeit überhaupt, und soweit die Wissenschaften nicht schweigen, werden sie in den Dienst der Zerstörung genommen, wie fürchterlich genug die Atombombe beweist. Die Intelligenz bedarf, um den ihr entsprechenden Wirkungsraum zu haben, des Friedens. So versteht es sich von selbst, daß die Intellektuellen in die Front des Friedens sich einzureihen streben.

Man kann es als eine besondere Aufgabe der geistigen Arbeiter bezeichnen, ja als eine Pflicht, die sie zu erfüllen haben, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und das Wesentliche zu erkennen. Männer wie Thomas Mann zeigen, daß sie in diesen Zeiten der Verwirrung der Begriffe in der Tat diese Pflicht erfüllen und auch die Fähigkeit besitzen, ihr Genüge zu tun. Man denke, was es für Thomas Mann in seiner amerikanischen Umgebung bedeutet, wenn er vom amerikanischen Faschismus spricht! An seiner Seite steht, von gleicher moralischer Tapferkeit beseelt, ein Mann

wie Albert Einstein, der unter den schwierigsten Verhältnissen seit Jahren Zeuge für die Sache des Friedens gewesen ist.

Ich sage, wir befinden uns in einer Zeit der Verwirrung der Begriffe. Überall, wohin wir blicken, begegnet uns die Verwirrung. Man spricht von Verteidigung dort, wo der Krieg vorbereitet wird. Man spricht von Freiheit dort, wo man der Anarchie Gassen zu bahnen unternimmt. Man spricht von Freiheit dort, wo Bücher verboten werden, wo dem Amsterdamer Streichquartett verboten wird, in der Ostzone zu konzertieren. Man spricht von Freiheit dort, wo noch immer der Kulturbund verboten ist. Kurz und gut, wir sehen, wie diesem erhabenen Begriff ein vollkommen falscher und irreführender Sinn untergelegt wird. Und sehen wir auf die Früchte jener Politik, die groß darin ist, die Begriffe zu verwirren! Überall Zerstörung, überall Auflösung, überall Zersplitterung!

Dieser Verwirrung der Begriffe haben wir uns entgegenzustellen. Soeben wurde der Nauheimer Kreis erwähnt. Er setzt sich ein für Neutralisation Deutschlands, für die Überführung Deutschlands in einen festen Zustand des Friedens. Und welches ist die Resonanz gewesen, die die Verlautbarungen dieses Kreises gefunden haben? Es war so, als ob in ein Wespennest gestochen worden wäre. Man begann sofort damit, diesen Kreis und seinen Führer in schlechten Ruf zu bringen. Man sprach von einem verwirrten Professorengehirn, man sprach von einer Scheinwelt, die hier aufgebaut werden sollte. Diejenigen, die auf den Krieg spekulieren, diejenigen, die den Krieg brauchen, um ihre Geschäfte machen zu können, empören sich so gleich dort, wo es den Anschein hat, daß der Friede Boden gewinnen könne.

Wir leben im Goethe-Jahr. Dieselben Menschen aber, die glauben befugt zu sein, Goethe zu ehren, vergessen, wie sich Goethe praktisch dem Kriege gegenüber verhalten hat. Er zog sich zurück in die Einsamkeit seines West-östlichen Divans. Er verbot seinem Sohne, an dem Kriege von 1813 teilzunehmen. Er war Gegner des Kriegswesens überhaupt.

Wie wir von einer Verwirrung der Begriffe reden können, können wir auch reden von einer Verwirrung der Gefühle. Das Empfinden dafür, welches die wahren großen Werte sind, steht in Gefahr. Die großen Werte der staatlichen Einheit, der große Wert des Friedens — sie werden nicht in ihrem wahren Sinn und in ihrer wahren Bedeutung empfunden. Wir erleben es, wie in Hinsicht auf die Gestaltung Deutschlands eine Form ergriffen wird, die mehr den Interessen des Auslandes als den wahren deutschen Interessen entspricht. Wir sehen, wie organisatorische Gedanken aufgegriffen werden, die zu einer derartigen Verengung Deutschlands führen müssen, daß mit dieser politischen Verengung notwendigerweise auch eine Verengung der geistigen Horizonte eintreten würde.

Innerhalb dieser Welt, die den Krieg so sehr als normal empfindet, daß sie sofort gegen alles aufbegehrt, was für den Frieden spricht, innerhalb dieser Welt, die den heißen Krieg in den kalten Krieg übergeführt hat und auf dem Sprunge steht, diesen kalten Krieg wiederum in einen heißen Krieg umzuwandeln, hat sich die abnormale Lage ergeben, daß jeder, der für den Frieden ist, revolutionär ist, daß jeder, der für den Frieden kämpft, aus der Lage der Dinge heraus ein revolutionärer Kämpfer sein muß. So ist diese große Weltfront des Friedens, die im Begriffe steht sich zu bilden, zugleich auch eine große revolutionäre Tat insofern, als sie diesen als normal empfundenen Kriegszustand in den erstrebten Status des Friedens umsetzen will. Es ist Sache des Geistes, in dieser Front an der Spitze zu marschieren. Unser Appell richtet sich hier ebenso an die Intellektuellen der Ostzone wie an die der deutschen Westzonen. Wenn irgendwie heute eine Offensive, eine Aggression berechtigt ist, so ist es die Aggression zu Gunsten des Friedens.

Wir kennen das Wort, das Karl Marx einst auf den preußischen Staat geprägt hat und das auch für Deutschland vor 1918 galt, jenes Wort nämlich, daß der Krieg die nationale Industrie Preußens gewesen sei. Unsere Aufgabe ist es, den Frieden zu unserer nationalen Industrie zu machen.

Die Kriegshetzer auf die Anklagebank

Robert Siewert (VVN)

Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt

Wir Kämpfer gegen den Faschismus, wir Widerstandskämpfer haben ein Recht, von der Welt einen gerechten Frieden für Deutschland zu fordern. Da wir in der Vergangenheit bewiesen haben, daß wir zu kämpfen bereit sind, sind wir heute verpflichtet, uns an die Spitze des Kampfes für den Frieden und gegen die Kriegshetze zu stellen. Wir Kämpfer gegen den Faschismus fordern, daß alle Kriegsschuldigen und alle Kriegshetzer der Vergangenheit wie der Gegenwart zur Rechenschaft gezogen werden.

Es sind fast vier Jahre seit der bedingungslosen Kapitulation vergangen, und das deutsche Volk hat noch keinen Frieden. Aber dafür sind monopolkapitalistische Kräfte und ihre Verbündeten wieder am Werk, einen neuen Krieg vorzubereiten und die Völker gegeneinander aufzuhetzen. Sie bedrohen damit den Weltfrieden und beschwören höchste Gefahren herauf. Es ist selbstverständlich, daß jeder Krieg, der nicht erzwungene Selbstverteidigung ist, wo man nicht, in die Abwehr gedrängt, zum Gegenschlag ausholen muß, ein Verbrechen ist genau wie gemeiner Mord.

Ich erinnere an die Briefe Johann Gottfried Herders zur Förderung der Humanität. Er sagt dort: „Abscheu gegen den Krieg! Der Krieg, wo er nicht erzwungene Selbstverteidigung, sondern ein toller Angriff auf eine ruhige benachbarte Nation ist, ist ein unmenschliches, ärger als tierisches Beginnen, indem er nicht nur der Nation, die er angreift, unschuldigerweise mit Mord und Verwüstung droht, sondern auch die Nation, die ihn führt, ebenso unverdient als schrecklich hinopfert.“

Wir sind verpflichtet, das ganze deutsche Volk zum Kampf gegen die Kriegshetze aufzurufen. Nach dem geltenden positiven Recht ist Kriegshetze bereits jetzt strafbar; denn nach der Direktive 38, Abschnitt II, Artikel 3, ist Naziaktivist auch derjenige, der nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nazionalsozialismus, für den Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet. Auch der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates stellt im Artikel 6 fest, daß militaristische Propaganda sowie Kriegshetze Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches sind.

Wir haben in zahlreichen Fällen schon heute dringende Veranlassung zur Durchführung derartiger Verfahren. Neben den Lizenzträgern des „Tagespiegel“, des „Telegraf“, des „Abend“, des „Tag“, des „Montags-Echo“, des „Sozialdemokrat“ haben auch solche Männer wie Ernst Reuter, Friedensburg und andere sich bemüht, das deutsche Volk gegeneinander und gegen die Völker der Welt aufzuhetzen. Vor allem aber betreiben sie eine systematische Hetze gegen die friedliebenden Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien. Es ist aus allen diesen Zeitungen jederzeit nachzuweisen, daß in ihren Zeilen öffentlich und systematisch zum Kriege gehetzt wurde, daß sie sich an Völker- und Rassenhetze beteiligt haben. Deshalb ist schon auf Grund des geltenden Rechtes die Möglichkeit und Notwendigkeit gegeben, gegen alle diese Schul-

digen ein Verfahren wegen Begehung eines Verbrechens einzuleiten.

Neben den deutschen Imperialisten und Militaristen, Junkern und Großkapitalisten sind vor allem diese Kreise am Werk, die Kriegshetze zu steigern und unser Volk zu vergiften. Es muß deshalb auch an dieser Stelle an das ganze deutsche Volk appelliert und eindringlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, daß durch diese Kriegshetze, durch die Hetze gegen die Sowjetunion und die friedliebenden Völker ungeheures Unglück über unser Volk und die Welt gebracht wird. Die Kriegshetze widerspricht nicht nur den Interessen der friedliebenden Menschheit, sondern ist in erster Linie gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet.

Wer die Träger dieser Kriegshetze sind, sei kurz festgestellt. Der amerikanische Monopolkapitalismus, der seine Produktionskapazitäten im letzten Weltkrieg erheblich erweitern konnte, hat durch den Verlauf der Ereignisse in China und durch die Entwicklung in Osteuropa große Absatzgebiete verloren. Er steht vor einer ungeheuren Krise, die mit den bisher üblichen Mitteln und Methoden nicht behoben werden kann. Deswegen versucht er, in anderer Weise — letzten Endes durch einen neuen Krieg — die Krise zu lösen. Aus dieser politischen Lage entspringt der Marshall-Plan, entspringt der Nordatlantik-Pakt, entspringen Bündnisse, die vom amerikanischen Imperialismus zwar nach außen als Defensivbündnisse hingestellt werden, die in Wirklichkeit aber Angriffspakte gegen die Sowjetunion und gegen die friedliebende Welt darstellen. Das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut und die Schaffung eines selbständigen westdeutschen Staatenbundes gehören ebenfalls zu diesem Gesamtplan. Westdeutschland ist als Aufmarschgebiet für die Expansionspläne der Imperialisten vorgesehen, und deutsche Menschen sollen als Soldaten in diesem Kriege eingesetzt werden.

Die Folgen, die solche Pläne für das deutsche Volk haben würden, brauchen wohl kaum näher dargestellt zu werden. Oft hat man leider den Eindruck, daß viele Deutsche sich bereits so sehr an die Trümmerfelder gewöhnt haben und sich kaum noch an die furchtbaren Bombenangriffe und Bombennächte erinnern. Ich möchte deshalb einige Erinnerungen wachrufen. Gerade in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges wurden viele Städte zerstört, ohne daß ein militärisches oder kriegswirtschaftliches Interesse vorlag. Ich erinnere beispielsweise an das Bombardement auf Dresden, ich erinnere an die Vernichtung von Dresden am 7. März 1945, die Vernichtung von Halberstadt am 8. April 1945 oder die Vernichtung der schönen Stadt Zerbst am 22. April 1945. Die Vernichtung dieser Städte kommt zweifellos einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich. Eines ist hierbei festzustellen: Die Rote Armee der Sowjetunion hat sich an dieser Art der Kriegsführung nie beteiligt!

Schlimmer noch als die Folgen dieser ans Verbrecherische grenzenden Handlungen ist aber die völlige Hemmungslosigkeit in der Anwendung von Kriegsmitteln aller Art, wie sie heute in Amerika propagiert wird. Die Form und die Bereitschaft des amerikanischen Imperialismus, einen Atomkrieg zu führen, kann durchaus mit der totalen Kriegsführung der Faschisten verglichen werden. Es ist zu begrüßen, daß es unseren Frauen gelungen ist, über 5 Millionen Stimmen gegen die Anwendung der Atombomben aufzubringen. Zu Ehren der Sowjetunion möchte ich sagen, daß sie alles getan hat, um die Anwendung dieser Waffe auszuschließen. Wenn sie damit keinen Erfolg hatte, wenn eine Verständigung auf diesem Gebiet bisher unmöglich war, so ist das nicht ihre Schuld. Die Sowjetunion hat immer wieder ihren Friedenswillen zum Ausdruck gebracht. Sie hat sich auch stets für einen gerechten Frieden mit Deutschland eingesetzt. Deshalb sage ich: wer gegen die Sowjetunion hetzt, der hetzt zum Kriege!

Der Deutsche Volksrat fordert Aufhebung der rechtswidrigen Verurteilung Max Reimanns

Dr. Ralph L i e b l e r (LDP)

Vizepräsident des Sächsischen Landtages

Die nationale Selbsthilfe kann nur entspringen einem unbirraren Gefühl für nationale Würde auch im Unglück und dem Willen des Volkes zur Selbsterhaltung. Die nationale Würde wird verletzt, wenn man ohne Prüfung Anweisungen einer Siegermacht befolgt und sich zu ihrem Vollstrecker macht — ohne Rücksicht auf die Folgen für die Gesamtheit des eigenen Volkes, nur getrieben von der Rücksicht auf eigene materielle Interessen. Solche Menschen wurden zu allen Zeiten und bei allen Völkern verurteilt und abgelehnt. Im letzten Kriege erhielten sie den Namen eines der größten Verräter am eigenen Volke, den Namen Quisling.

Niemand kann, wenn er nicht böswillig ist, die Tatsache leugnen, daß das Ruhrstatut den primitivsten Anspruch unseres Volkes auf Selbsterhaltung zu verletzen droht. Wer einer solchen Regelung zustimmt und sie durch Mitarbeit unterstützt, handelt gegen das eigene Volk und trägt dazu bei, die Aufspaltung unseres Volkes zu verlängern. Daß dies nur auf eine begrenzte, ich möchte sagen absehbare Zeit möglich ist, steht für uns hier außer Zweifel.

Hierauf war hinzuweisen, wenn man die Einstellung unseres Kollegen Max Reimann verstehen will. Er hat sich gegen die Deutschen gewendet, die sich bereithalten, gegen die Interessen des gesamten deutschen Volkes zu handeln. Mich trennen grundlegende welt-

anschauliche Fragen von Max Reimann, aber uns alle verbindet mit ihm das Gefühl kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit in dieser entscheidenden Frage und eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung von Menschen, die bereit sind, gegen ihr eigenes Volk und seine Interessen zu handeln.

Es steht uns nicht zu, die Ausübung hoheitlicher Gewalt durch eine Siegermacht zu kritisieren, mag sie uns auch politisch völlig unverständlich bleiben. Unbestreitbar aber haben wir als Angehörige eines besiegten Volkes das Recht, die Anwendung von Gesetzen und Verordnungen auf die deutsche Bevölkerung daraufhin zu überprüfen, ob fundamentale Grundsätze des Rechtes aller zivilisierten Nationen und des Völkerrechtes verletzt wurden.

Daß man im Ausland dem deutschen Volke mit Vorsicht und Mißtrauen begegnet, dafür haben wir nach dem, was hinter uns liegt, Verständnis. Wer uns aber unsere Fehler vorzuhalten berechtigt ist, der hüte sich davor, seine Argumente durch sein eigenes Tun im Werte zu mindern.

Der Ausschuß für Recht und Rechtspflege des Deutschen Volksrates hat mich beauftragt, Ihnen zu dem Urteil gegen Max Reimann das folgende Gutachten zu unterbreiten und Sie zu bitten, ihm Ihre Zustimmung zu geben:

In einem ausführlichen Rechtsgutachten stellt der Ausschuß für Recht und Rechtspflege des Deutschen Volksrates fest, daß das Urteil des Britischen Militärgerichts in Düsseldorf vom 1. Februar 1949 gegen Max Reimann infolge der Anwendung der Verordnung Nr. 8 der Britischen Militärregierung auf einem Rechtsirrtum beruht.

Die Kritik Reimanns war gegen deutsche Politiker gerichtet, die mit den alliierten Mächten auch noch bei der Anwendung des Ruhrstatuts zusammenzuarbeiten beabsichtigen. Der Schutz der Verordnung Nr. 8 bezieht sich aber nur auf Personen, die in einem Anstellungsverhältnis zu den Besatzungsmächten stehen. Anderenfalls wäre der Kreis der zu schützenden Personen ganz unbestimmt und für den durchschnittlichen Staatsbürger nicht so erkennbar, wie es das Gesetz erfordert. Die vom Militärgericht gegebene Auslegung verstößt daher gegen allgemeine strafrechtliche Grundsätze.

Aber diese Auslegung ist nicht nur unzutreffend, sie verstößt darüber hinaus gegen übergeordnete völkerrechtliche Grundsätze, nämlich die zur Durchführung des Potsdamer Abkommens erlassene Kontrollratsdirektive Nr. 40. Nach allgemein anerkanntem völkerrechtlichen Grundsatz hat jeder Staatsbürger auch in einem besetzten Lande weiter die Landesgesetze zu beachten, wenn nicht deren ausdrückliche Aufhebung erfolgt ist. Insbesondere besteht auch die Treuverpflichtung gegenüber der eigenen Nation nach der Besetzung fort. Etwaige Quislinge an diese Verpflichtung zu erinnern, war der Abgeordnete Reimann durchaus befugt.

Außerdem ist durch die Kontrollratsdirektive Nr. 40 die freie Meinungsäußerung bei der Diskussion deutscher politischer Probleme ausdrücklich gesichert. Nur wenn er die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht beeinträchtigt hätte, wäre insoweit ein Recht zur Strafverfolgung gegeben; aber ein solcher Tatbestand wurde nicht behauptet.

Das Rechtsgutachten stellt fest, daß sich Reimann im Rahmen der Kontrollratsdirektive Nr. 40 gehalten hat, da einerseits die Bedrohung der militärischen Sicherheit in diesem Zusammenhang nicht in Frage steht, andererseits seine Äußerung ein rein deutsches Problem betrifft, nämlich die Betätigung deutscher Politiker im Sinne des Ruhrstatuts. Nur gegen solche deutschen Politiker richtet sich die kritische Äußerung Reimanns.

Das Rechtsgutachten kommt danach zu dem Ergebnis, daß die der Verordnung Nr. 8 durch das Militärgericht gegebene Auslegung gegen allgemeine strafrechtliche Grundsätze und gegen übergeordnete völkerrechts- und Kontrollratsnormen verstößt. Das Urteil stellt sich somit als ein nach dem eigenen Recht der Besatzungsmacht unzulässiger und daher widerrechtlicher Eingriff der Britischen Militärregierung in eine innerdeutsche Auseinandersetzung dar.

Der Deutsche Volksrat stimmte dem vorstehenden Gutachten des Ausschusses für Recht und Rechtspflege am 18. März 1949 einstimmig zu und stellte fest, daß er die Aufhebung des rechtswidrigen Urteils des Britischen Militärgerichts in Düsseldorf vom 1. Februar 1949 erwarte.

Warum geht es bei uns aufwärts?

Schlußfolgerungen aus der gesamtdeutschen Wirtschaftslage

Josef Orlopp (SED)

Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel der Deutschen Wirtschaftskommission

Die drei vergangenen Jahre haben uns bewiesen, daß die wirtschaftliche Struktur und die industrielle Entwicklung unseres Landes kein in vier Zonen gespaltenes Deutschland zulassen. Die Aufspaltung einer in Jahrzehnten gewachsenen einheitlichen Wirtschaft mußte große Schwierigkeiten schaffen und die Produktivität der Arbeit herunterdrücken.

Hierfür nur einige Beispiele:

In unserer Zone produzieren wir Zellwolle, die im Westen zu Kammzügen verarbeitet wird, aus denen wir wieder Fertigtextilien herstellen. Bei uns wird Zellstoff hergestellt, im Westen Kunstseide produziert, während wir in Sachsen aus dieser Kunstseide Strümpfe und Unterwäsche herstellen. Walzwerkserzeugnisse werden in Westdeutschland hergestellt, dagegen liegt bei uns ein großer Teil der gesamtdeutschen Maschinenproduktion, insbesondere der größere Teil der Kapazität für Werkzeug-, Textil-, Metallbearbeitungsmaschinen. Aus der westdeutschen Steinkohle werden bei uns Schwerchemikalien gefertigt, auf die sich in der Westzone die weitere Produktion aufbaut. Der Ruhrbergbau arbeitet mit unserem Grubenholz und fördert die notwendige Steinkohle für Gesamtdeutschland. Wird diese Zusammenarbeit zerrissen, ist, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, ein unwirtschaftliches Arbeiten der gesamtdeutschen Wirtschaft die notwendige Folge, und die Lebenshaltung der Bevölkerung wird entsprechend verschlechtert.

Aus diesem Grunde sind wir seit 1946 bestrebt, den Interzonenhandel als Bindeglied für die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Zonen zu stärken. Natürlich konnte dieser Interzonenhandel in der Form, wie er sich nach Kriegsende entwickelte, keineswegs den ungestörten Güteraustausch in einem einheitlichen Deutschland ersetzen. Er genügte aber, um wenigstens die schärfsten wirtschaftlichen Folgen der Zonentrennung zu überwinden und die hauptsächlichsten Wirtschaftszusammenhänge zwischen Ost- und Westdeutschland zu wahren.

Während am Anfang des Wiederaufbaues in der sowjetischen Besatzungszone die Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die Entmilitarisierung der Wirtschaft durch die Beseitigung der Rüstungsbetriebe, der Syndikate und Monopole und die Durchführung der demokratischen Bodenreform standen, ging die Entwicklung im Westen Deutschlands gerade den entgegengesetzten Weg. Die kriegsverbrecherischen Kräfte wurden in ihren alten Machtpositionen belassen oder in neue einflußreichere Positionen eingesetzt. Wohin man in der Wirtschaft Westdeutschlands auch sieht, findet man dieselben Elemente, deren Machenschaften dem deutschen Volke zwei Weltkriege mit ihren katastrophalen Folgen beschert haben.

Diese Männer lamentieren seit Jahren in der von ihnen ausgehaltenen Presse über die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Demontagen. In der Westzone wurde auch demontiert, aber diese Demontagen sehen anders aus als in der Ostzone: In Westdeutschland wurden nicht Rüstungsbetriebe demontiert, sondern Spezialmaschinen aus solchen Fabriken, die nach Meinung der amerikanischen Trusts eine deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt bilden könnten.

Je mehr sich die westlichen Besatzungsmächte von den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam entfernten, desto schwieriger gestaltete sich der Warenaustausch zwischen den Zonen. Schon viele Monate vor Sperrung der Zonengrenze sank zum Beispiel trotz großer Vertragsabschlüsse die Zufuhr aus dem Westen nach dem Osten rapide ab: Die Spaltung Deutschlands wurde endgültig vorbereitet. Die westlichen Besatzungsmächte zwingen die deutsche Wirtschaft, zu hohen Dollarpreisen bestimmte Erzeugnisse im Auslande zu

kaufen, obwohl sie diese in Gesamtdeutschland billiger beziehen können. So haben wir beispielsweise beim Abschluß des Berliner Vertrages für das Jahr 1948 unseren westdeutschen Partnern Zucker, Buna und Textilien für den Warenaustausch angeboten. Dieses Angebot wurde jedoch abgelehnt, weil die genannten Waren aus Übersee bezogen werden mußten. So kauft Westdeutschland zum Schaden der gesamten deutschen Wirtschaft Waren im Ausland, die im eigenen Lande hergestellt werden können. Dafür führt Westdeutschland Rohstoffe aus, die den Aufbau einer Friedenswirtschaft in ganz Deutschland ermöglichen würden.

Die Ausfuhr der Bizone im Jahre 1948 setzte sich zu rund drei Vierteln aus Rohstoffen und Halbfabrikaten zusammen, während es in unserer Zone, wie auch die Exportabschlüsse der Leipziger Messe beweisen, genau umgekehrt ist. Durch die Rohstoff-Ausfuhr der JEIA, dieser Agentur des amerikanischen Kapitals, werden riesige verkappte Reparationen aus Deutschland herausgepreßt. Der Selbstkostenpreis für Ruhrkohle lag z. B. vor der Kohlenpreiserhöhung bei 32,— Mark pro Tonne, während den westdeutschen Verkäufern nur 15,— Mark pro Tonne bezahlt werden. Im Endergebnis hat Westdeutschland an der Kohlenförderung einen Verlust von drei Milliarden Reichsmark erlitten, wie Ministerpräsident Arnold vor dem Landtag in Nordrhein-Westfalen vor einigen Monaten bekanntgab. Und wie es bei der Kohle gemacht wird, so werden auch Schrott und Holz, Volkswagen und Leikas unter Weltmarktpreis verkauft.

Die Folge ist eine ungeheure Verschuldung Westdeutschlands, die schon jetzt über sieben Milliarden Mark beträgt, und eine wachsende Überfremdung unserer deutschen Wirtschaft. Rund ein Drittel der Industrie des Ruhrgebietes befindet sich heute schon in den Händen ausländischer Konzerne, während in unserer Zone volkseigene Betriebe den Aufbau Deutschlands sichern.

Aber nicht nur die Ausfuhr von Rohstoffen durch die JEIA muß als verfehlt bezeichnet werden, sondern auch die ländermäßige Orientierung des westdeutschen Handels. Dieser läuft auf eine bewußte und planmäßige Abschnürung des westdeutschen Außenhandels von den Ländern Ost- und Südosteuropas und der Sowjetunion hinaus. Nicht zuletzt wollen die Amerikaner mit diesen Maßnahmen, vor allem durch die endgültige Sperrung des Transitverkehrs einen Schlag gegen die Wirtschaft unserer Zone führen. Sie wollen uns beim Aufbau unserer Friedenswirtschaft hindern. Die Herren von Wallstreet können die Übernahme großer Teile unserer Wirtschaft in die Hand des Volkes und die Enteignung des Großgrundbesitzes unserer Zone nicht verschmerzen. Auch das Währungschaos und die Spaltung der Hauptstadt Berlin sind letzten Endes nur auf die Störung unserer Wirtschaft berechnet.

Durch die Spaltung Deutschlands wird die Ostzone gezwungen, mit einem großen Aufwand von Arbeitskräften, Material, Initiative und Energie eigene Grundstoffindustrien aufzubauen, die nur deshalb notwendig sind, weil unsere verarbeitende Industrie von der Rohstoffbasis im Westen abgeschnitten wurde. Dieser planmäßige Aufbau unserer Friedenswirtschaft auf der Grundlage des Zweijahrplanes durch die Entwicklung der Handelsbeziehungen, besonders mit der UdSSR und

den anderen demokratischen Ländern Osteuropas kann und wird nicht verhindert werden. Bei uns geht es aufwärts, auch wenn der Westen schwankt und in die Wirtschaftskrise gerät. Daß das der Fall ist, das beweist die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl in den Westzonen die erste Million bereits überschritten hat. Man versucht dort, der Krise auszuweichen, indem man in verstärktem Maße Kriegsmaterial herstellt, während unsere Produktion sich auf Werkzeugmaschinen und Traktoren umstellt. Die besten Beweise für den Aufbau in unserer Zone sind die Rekordumsätze der Leipziger Frühjahrsmesse und die hohe Qualität der zum Verkauf gestellten Waren.

Unter der Spaltung Deutschlands aber leiden am meisten die breiten Massen des werktätigen Volkes, die bei der wachsenden Teuerung in Westdeutschland nicht mehr in der Lage sind, die Mittel aufzubringen, um sich die ihnen zustehenden rationierten Lebensmittel zu kaufen. Auch in der Ostzone ist das Leben noch schwer und hart; auch hier leidet das Volk unter den Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges und der Spaltung unseres Landes. Doch der Wirtschaftsaufbau, der in der sowjetisch besetzten Zone planmäßig vorangeht, wird auch die Lage der Werktätigen weiter verbessern. Immer mehr Werktätige reihen sich ein in die breite Front der Aktivisten, die die Voraussetzungen zum Neuaufbau schaffen, weil sie die Gewißheit haben, daß die Produktion dem Volke zugute kommt und nicht dem Krieg oder der Zerstörung dient.

Zur Sicherung der Volksernährung muß in Gesamtdeutschland eine Bodenreform durchgeführt werden, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht wurde. Auf der Außenministerkonferenz im April 1947 haben alle Besatzungsmächte der Durchführung einer Bodenreform zugestimmt; sie entspricht auch dem Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone hat zwei Millionen Menschen, von denen ein beträchtlicher Teil Umsiedler waren, eine neue Heimat und eine Existenzgrundlage gegeben. Der Erfolg dieser Maßnahme ist unverkennbar, denn obwohl wir in unserer Zone auf den Kopf der Bevölkerung die gleich große Fläche landwirtschaftlich benutzten Bodens wie in den Westzonen haben, ist unsere Ernährung seit Jahren besser gesichert als in Westdeutschland.

Aber nicht nur für die materielle, sondern auch für die geistige Gesundung unseres Volkes ist die Einheit Deutschlands erforderlich. Es gilt, unsere Jugend im Geiste ehrlicher Arbeit, im Geiste des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern zu erziehen. Die besten Geister des deutschen Volkes haben für die Einheit Deutschlands gekämpft und gelitten. Das furchtbare Erbe barbarischer Unkultur und fanatischer Vorurteile, des Rassenwahns und des Nationaldünkels wird aus dem deutschen Geistesleben völlig verschwinden, wenn ein einheitliches, demokratisches Leben entsteht und sich entwickelt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit darf nicht länger dulden, daß sein Vaterland in Stücke zerrissen und zum Spielball des amerikanischen Imperialismus herabgewürdigt wird.

Durch den konsequenten Kampf aller fortschrittlichen Kräfte Deutschlands werden wir die Einheit und Freiheit wiedergewinnen, den Frieden erhalten und unserem Volke eine bessere Zukunft sichern.

Notstand und Selbsthilfe in der Landwirtschaft

Ernst Goldenbaum (DBD)

1. Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands

Wenn wir als Mitglieder des Deutschen Volksrates vor der Öffentlichkeit zu der entscheidenden Frage der Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands und des Aufbaues einer deutschen Friedenswirtschaft Stellung nehmen, so müssen wir auch klarstellen, in welcher Weise die Ernährungslage des deutschen Volkes sich verändern könnte, wenn die Einheit Deutschlands hergestellt ist. Die landwirtschaftliche Nutzfläche im Westen Deutschlands ist in der englischen Zone nach

amtlichen Angaben um 73 000 ha größer als in der Ostzone, in der amerikanischen Zone um etwa 90 000 ha niedriger. Die Getreideerträge lagen in den Jahren 1946 und 1947 in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein ungefähr auf der gleichen Höhe wie in unserer Zone, in Hessen sogar noch über dem Durchschnitt. Die Entwicklung der Landwirtschaft im Westen zeigt jedoch besonders in der Viehwirtschaft eine stark rückläufige Tendenz.

Dort wird nämlich versucht, auf Kosten der Ertragssteigerung eine Unkostosenkung herbeizuführen. Dabei schweben den Gutsbesitzern die Verhältnisse der amerikanischen Landwirtschaft vor, was von Schlange-Schönungen auch offen ausgesprochen wird. Der Einfluß der Gutsbesitzer und Herrenbauern auf die Landwirtschaftspolitik im Westen Deutschlands hat die produktionshemmenden Ablieferungsbestimmungen von Bestand gelassen, weil sie den Großwirtschaften ermöglichen, durch die Maschen dieser Bestimmungen hindurchzuschlüpfen. Die Gutsbesitzer dehnen ihren Haferanbau und die Pferdezucht aus und schränken den Milchviehbestand ein. Allein in Nordrhein-Westfalen ist der Milchviehbestand, der 1945 nicht wesentlich unter dem Friedensbestand lag, um 160 000 Stück Milchkühe zurückgegangen.

Diese auf die Interessen der Gutsbesitzer ausgerichtete Agrarpolitik verstößt gegen die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Sie findet aber die Unterstützung der amerikanischen Weizenbörse, des amerikanischen Imperialismus, weil diese Agrarpolitik die Unabhängigkeit Deutschlands weiter einschränkt. Der Ausverkauf der Ruhrkohle und der Raubbau am deutschen Wald, die die beiden größten Einnahmequellen im Außenhandel der Bizone darstellen, kommen nicht der Einfuhr von Rohstoffen für die verarbeitende Industrie zugute, weil diese Einnahmen für die Einfuhr von Lebensmitteln verbraucht werden, die im eigenen Lande erzeugt werden könnten. Nur die Durchführung einer demokratischen Bodenreform würde den vielen brachliegenden bäuerlichen Kräften, von denen über 1 Million sich mit zwei bis drei Hektar Bodenfläche durchschlagen müssen, und den bäuerlichen Umsiedlern einen gesicherten Platz in der Landwirtschaft des Westens geben können und sie zu schöpferischer Leistung für die Gesamtheit anspornen.

Bei der richtigen Entfaltung der gesamten deutschen Landwirtschaft und ihrer Hebung auf den Friedensstand wird der Hauptanteil für die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle produziert werden können. Der fehlende Rest kann jederzeit durch die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, insbesondere an die östlichen Nachbarländer, gedeckt werden. Die Außenhandelsziffern allein der Balkanländer der Vorkriegszeit liefern dafür den anschaulichsten Beweis. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht ein entsprechender Handel auch mit den übrigen Völkern geführt werden sollte.

Unsere Landwirtschaft in der Ostzone zeigt eine aufsteigende Tendenz. Die Anbauflächen sind in voller Höhe wieder hergestellt; die Getreideerträge, die in beiden Weltkriegen auf die Hälfte der Friedenserträge abgesunken waren, sind wieder auf 75 bis 80% gestiegen. Die Viehbestände zeigen ebenfalls, besonders in den vom

Kriege am schwersten betroffenen Gebieten, eine aufsteigende Tendenz, obgleich in den vergangenen Jahren die Versorgung der Bevölkerung schwere Eingriffe in die Viehbestände erforderlich machte. Durch die Leistungen der Arbeiter und der technischen Intelligenz in den industriellen Betrieben konnten Lücken in der Ernährung durch die Hilfe des Auslandes geschlossen werden. Besonders haben wir für diese Hilfe der Sowjetunion zu danken, die durch Fett und Weizenlieferungen einen weiteren Eingriff in die Viehbestände unserer Landwirtschaft vermeiden half.

Der nationale Notstand wird die Landarbeiter und die werktätigen Bauern veranlassen, ihre Kräfte noch mehr einzusetzen, um die im Zweijahresplan der Landwirtschaft gestellten Aufgaben möglichst überzuerfüllen. In diesem Bestreben kommt uns die Unterstützung der Sowjetunion mit der Lieferung von 1000 Traktoren und weiteren dazugehörenden landwirtschaftlichen Maschinen sowie von Hunderten von Lastwagen und zehntausend Tonnen Walzstahl besonders zustatten. Insbesondere für die Notstandsgebiete in unserer Zone, von denen ein Teil zwar sehr guten Boden hat, ihn aber nicht richtig bestellen konnte, wird der Ausbau der Maschinenausleihstationen und ihre Bestückung mit neuen Maschinen eine wesentliche Hilfe im weiteren Aufbau unserer Landwirtschaft bedeuten. Ein Teil der Traktoren wird aus Stalingrad kommen. Das sollte für unsere werktätige Bevölkerung in ganz Deutschland eine besondere Mahnung sein angesichts der Meldung, daß Panzer in die amerikanische Besatzungszone eingeführt werden sollen.

Die bäuerliche Arbeit ist eine ausgesprochen friedliche Arbeit. Sie wurde durch Kriege in ihren Ergebnissen immer wieder auf lange Zeit zurückgeworfen. 1½ Jahrzehnte waren nach dem ersten Weltkrieg erforderlich, um die volle Leistung der Landwirtschaft wieder zu erreichen. Durch die Hilfe der Sowjetunion und die großen Anstrengungen der werktätigen Bauern und der Landarbeiter besteht die Aussicht, daß die durch den Zusammenbruch des Hitlersystems eingetretene Katastrophe, die in keinem Vergleich zu der von 1918 steht, dennoch schneller überwunden wird, weil die Landwirtschaft der Ostzone frei ist von den hemmenden Kräften in der Produktion.

Ein einiges, unabhängiges, demokratisches Deutschland wird im Aufbau seiner Friedenswirtschaft für die Landwirtschaft und damit für die gesamte Volksernährung bessere Bedingungen schaffen. Stadt und Land — Hand in Hand im Kampfe für die Herstellung der Einheit Deutschlands, für den Abschluß eines gerechten Friedens, für den Aufbau unserer Friedenswirtschaft, für die Erhaltung des Weltfriedens — das wird auch die Losung der werktätigen Bauern bleiben!

Wir stehen in unserem Kampf nicht allein

Friedel Malt er (FDGB)

Vorstandsmitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Volksrat hat die Losung der nationalen Selbsthilfe ausgegeben. Er hat mit dieser Losung einen Appell an alle fortschrittlichen und schöpferischen Kräfte im deutschen Volke gerichtet. Diese Kräfte finden wir in allen Schichten des Volkes. Vornehmlich finden wir sie aber in den Reihen der Schaffenden, in den vielen tausend deutschen Betrieben. Wir finden sie bei denen, die selbst unter persönlichen Entbehrungen bereit sind, mehr zu leisten, als man von ihnen fordert, um damit zu erreichen, daß der Wirtschaftsplan, als der praktische Ausdruck unserer Selbsthilfe erfüllt und vorfristig erfüllt wird. Diese Leistungen der arbeitenden Menschen in den Betrieben sind nicht diktiert, sie sind einfach aus der Erkenntnis heraus geboren, daß nur durch die Anspannung der eigenen Kraft ein Vorwärtsgang möglich ist. Wenn wir demgegenüber sehen, wie sich eine tiefgehende Depressionsstimmung in Westdeutschland immer weiter ausbreitet, weil die allgemeine Ausweglosigkeit immer offener wird, dann können wir nur sagen, daß die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone zwar

einen schwereren, aber einen erfolversprechenderen Weg gewählt haben, aus eigener Kraft zum besseren Leben zu gelangen.

Der Deutsche Volksrat hat zur Sammlung aller Kräfte aufgerufen. In diesem Kampf stehen wir nicht allein. Es gibt außerhalb der Grenzen Deutschlands Kräfte, auf die wir uns vertrauensvoll stützen können und die hinter uns stehen. Ich hatte die Ehre, an der Reise der Delegation des Deutschen Volksrates in die Sowjetunion teilzunehmen. Diese Delegation hatte bisher noch nicht Gelegenheit, vor dem Forum des Deutschen Volksrates über ihre Erlebnisse in der Sowjetunion zu sprechen. Ich darf daher hier im Namen aller Delegationsteilnehmer berichten und vorweg betonen, daß wir alle mit dem ehrlichen Willen abgereist sind, zu sehen und zu erleben, zu erfragen und zu prüfen. Dieses Prüfen aber ist absolut positiv ausgefallen; das glaube ich wohl im Namen aller Delegationsteilnehmer sagen zu können.

Die Reise bot nicht nur ein großes Erlebnis für den einzelnen, sie bot auch eine Gelegenheit zu ernster Arbeit.

Es gab keine Frage des politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, die wir nicht gründlich zu untersuchen bemüht waren, und zwar immer aus dem ehrlichen Bestreben heraus, bei unserer Rückkehr dem deutschen Volke zu berichten, welche Erfahrungen wir in der Sowjetunion gesammelt haben und wo die Kräfte sind, auf die wir uns stützen können. Hierbei möchte ich noch einmal darauf hinweisen, welche große Bedeutung für die gesamte Arbeit des Deutschen Volksrates der Empfang von Mitgliedern der deutschen Delegation im Außenministerium der Sowjetunion hatte. Dieser Empfang dokumentiert nicht nur nach außen hin, daß die Sowjetunion bereit ist, den Deutschen Volksrat als die zur Vertretung der Interessen des gesamten deutschen Volkes legitimierte Körperschaft anzuerkennen. Darüber hinaus wurde in dieser Aussprache noch einmal dem deutschen Volke die Zusage gegeben, daß die Sowjetunion bereit ist, gemäß den Beschlüssen von Potsdam den Kampf für die deutsche Einheit und für einen Friedensschluß mit Deutschland fortzusetzen, daß die Sowjetunion bereit ist, den Kampf des deutschen Volkes um Einheit und Frieden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und nach Abschluß des Friedensvertrages die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen. Das gibt dem Deutschen Volksrat eine Perspektive für seine Arbeit, die außerordentlich hoffnungsvoll ist. Denn die Tatsache, daß hinter uns ein so großes Volk steht, das uns bei unserem Kampfe um die Normalisierung unseres Lebens zu helfen gewillt ist — diese Tatsache kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

In allen Betrieben und Einrichtungen, die wir in der Sowjetunion besuchen konnten, ist uns immer wieder der ehrliche Friedenswille des sowjetischen Volkes aufgefallen. Ob es nun der einfache Arbeiter im Betriebe war, der uns mit den Worten begegnete, man müsse vergessen können, damit man gemeinsam vorwärtskomme, ob es das bewußte Auftreten des gesamten sowjetischen Volkes an dem riesenhaften Aufmarsch zur Revolutionsfeier am 7. November war — immer wieder zeigte sich, mit welcher Zielklarheit dieses Volk seinen Weg geht: In der Sowjetunion spricht man nicht vom Kriege, in der Sowjetunion handelt man für den Frieden.

In der Sowjetunion stehen die Menschen in bewundernswerter Weise für ihre Arbeit ein. Warum? Weil sie eine klare Perspektive haben, weil sie wissen, daß mit jeder außergewöhnlichen Leistung die Lage des gesamten russischen Volkes gebessert wird, weil sie den Sozialismus als Staats- und Wirtschaftsform ihres Landes immer weiter ausbauen dürfen.

Außer auf die Sowjetunion können wir uns auch auf die volksdemokratischen Staaten stützen. Wir haben immer wieder Beweise dafür erhalten, daß man auch dort bereit ist, uns in unserem Kampfe für Einheit und Frieden zu helfen. Als wir in Moskau und den dortigen Betrieben die Beweise für den ehrlichen Friedenswillen des russischen Volkes vor Augen hatten, da reifte wohl in uns allen die feste Überzeugung: es gibt nun nur einen Weg — man muß sich auf die friedlichen Kräfte der Welt stützen, um das Ziel des eigenen Friedens zu erreichen.

Wir können uns in dieser Hinsicht ja bereits auf viele Kräfte stützen, auf den Weltbund der demokratischen Jugend, auf die Internationale Demokratische Frauen-

föderation, auf den Weltgewerkschaftsbund und viele andere. Erinnern wir uns an die vielen Beweise des gemeinsamen Kampfes der Frauen am 8. März dieses Jahres. Immer wieder können wir feststellen, daß wir uns in einer gemeinsamen großen weltumspannenden Front der fortschrittlichen Kräfte befinden. Ich erinnere hier auch an den wichtigen Beschluß des Weltgewerkschaftsbundes, die deutschen Gewerkschaften aufzunehmen, ein Beschluß, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. 75 Millionen schaffender Menschen, 75 Millionen Mitglieder des WGB stehen nunmehr hinter dem Kampf des deutschen Volkes für seinen Aufbau und für seinen Frieden.

Nicht zuletzt von dem Kampf der Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone in Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften anderer Organisationen und Parteien wird es abhängen, wie weit es uns gelingt, in Westdeutschland die arbeitenden Menschen zu mobilisieren, zu mobilisieren für den großen gesamtdeutschen Kampf um Demokratie, Frieden und Freiheit. Die Werktätigen in den Westzonen sind noch einige Schritte hinter unserer eigenen Entwicklung zurück. Wir können aber im Westen in dieser Beziehung sehr viel erreichen, wenn durch Taten in unserer Besatzungszone aufgezeigt wird, wohin der Weg der fortschrittlichen Kräfte geht. Die Übererfüllung der Wirtschaftspläne hat nicht nur auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebensverhältnisse Bedeutung; sie sichert auch die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Sie verhindert auch das, was wir als Massenerscheinung in Westdeutschland bereits feststellen, nämlich die Massen-erwerbslosigkeit.

Die zahlreichen Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden haben heute ein festumrissenes Aufgabengebiet. Es gehört zu ihren wesentlichsten Aufgaben, überall dafür zu sorgen, daß im Kampf um die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne fortschrittliche Kräfte aus allen Schichten gesammelt und zur Tat aufgerufen werden.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit dem Hinweis: Wir müssen heute eine klare Front schaffen, wir müssen die Menschen vor die Entscheidung stellen. Sind sie für den Frieden, dann müssen sie auch eine klare Haltung zu den Kräften einnehmen, die uns in unserem Kampf um den Frieden unterstützen, nämlich zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien. Heute gilt das Wort: Sage mir wie du zur Sowjetunion stehst, und ich sage dir, wer du bist! Heute ist die Zeit gekommen, wo wir allen Menschen sagen müssen: vom Haß allein können wir nicht leben, der Haß führt uns nur in neues Elend hinein. Wenn es uns aber gelingt — und das scheint mir die wichtigste Aufgabe jedes einzelnen Volksratsmitgliedes, jedes Volksausschusses zu sein —, die vielen noch abseits stehenden Männer und Frauen von der Notwendigkeit und Richtigkeit unseres Kampfes zu überzeugen, dann wissen wir, daß die Massenbasis wächst, die uns die Gewähr dafür bietet, daß wir wieder zu einem fortschrittlichen Leben in unserem gesamten deutschen Vaterland kommen. Je größer die Not ist, nämlich die Not der Zerreißung Deutschlands, um so stärker müssen die Kräfte und Massen sein, die für Einheit und gerechten Frieden kämpfen!

Volksausschüsse und nationale Selbsthilfe

Otto Rühle (NDPD)

Stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Noch nie in der Nachkriegszeit war die nationale Not unseres Volkes so groß wie heute. Man könnte die heutige Lage unseres Volkes vergleichen mit der Darstellung auf jenem berühmten, aber grauenerweckenden Kunstwerk unseres großen Malers Albrecht Dürer „Die apokalyptischen Reiter“. Schon wieder schwingt einer der Sieger kriegslüstern das Schwert. An seiner Seite brausen die unheimlichen Gesellen des Krieges, der Tod und der Hunger. Millionen Menschen fragen sich heute: Werden sie erneut ihren Vernichtungsritt über

die arme, gequälte, noch aus den Wunden des letzten Krieges blutende Menschheit antreten, oder wird es möglich sein, sie aufzuhalten? Ob wir sie aufhalten können, hängt auch von uns selbst ab, von der Haltung eines jeden Deutschen. Darin liegt die große Aufgabe unserer Volkskongressbewegung; darin liegt vor allem die große Aufgabe, die unsere Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden haben.

Wir müssen uns fragen: Ist das Ungeheuerliche unserer gegenwärtigen Situation wirklich schon allen Men-

schen restlos klar geworden? Wird jenes vielgebrauchte Wort vom nationalen Notstand wirklich mit dem Gewicht gewogen, das ihm zukommt? Wir müssen leider sagen, daß dies noch nicht bei allen der Fall ist. Wohl gibt es viele deutsche Menschen, die erkannt haben, um was es geht, und sich deshalb mit ihrer ganzen Kraft der drohenden Gefahr entgegenwerfen. Aber es gibt auch noch viele, die sich in einem Zustand der Gleichgültigkeit befinden. Daraus ergibt sich für unsere Volksausschüsse als erste Aufgabe der nationalen Selbsthilfe, in unserem ganzen Volke das Bewußtsein für diese ungeheure Gefahr zu wecken.

Die Selbstverständigung über die Situation unseres Volkes, über die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller friedensliebenden Kräfte muß der Ausgangspunkt der nationalen Selbsthilfe sein. Jeder gutgewillte Deutsche muß für die Ziele unserer Volksausschüsse gewonnen werden. Wir müssen das Gefühl der Verantwortung vor der Geschichte in jedem Deutschen wecken. Es geht um Leben oder Untergang der deutschen Nation. Diese Erkenntnis darf kein leeres Wort bleiben; sie muß in Herz und Seele aller Deutschen eindringen, sie muß ihr eigen werden. Dann werden wir jene Kämpfer für den Frieden und die Einheit Deutschlands haben, die aus innerem Antrieb ihre Kraft für die friedliche Zukunft Deutschlands einsetzen, dann werden auch unsere Volksausschüsse die wahren Zentren unserer demokratischen Widerstandsbewegung sein.

Wir dürfen heute sagen, daß unsere Volksausschüsse in ständigem Wachsen und weiterer Festigung begriffen sind. Aber wir müssen noch schlagkräftiger, noch operativer werden. Machen wir daher in der Tat völlig ernst mit der Verwirklichung einer Politik der aufrichtigen und offenen Zusammenarbeit zwischen allen wahrhaft nationalen Kräften und reißen wir alle hemmenden Schranken ein! Machen wir die Grundsätze einer solchen Zusammenarbeit zum selbstverständlichen Gemeingut aller Parteien und aller Organisationen, von oben bis unten und von unten bis oben, und zwar sofort!

Eine besonders wichtige Aufgabe haben unsere Volksausschüsse in der Festigung des Kontaktes zu unseren Landsleuten in den westlichen Besatzungszonen. Gerade jetzt mehrten sich in den westlichen Besatzungszonen die Anstrengungen der Kräfte aus allen Parteien und Schichten unseres Volkes, die die drohende Gefahr erkannt haben und sich zur Abwehr organisieren. Innen reichen wir in unseren Volksausschüssen die Hand. Wir wissen, daß ihr Kampf besonders schwer ist, aber gerade deshalb fühlen wir uns verpflichtet, feste Bande zu ihnen zu knüpfen. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch die Aufforderung, die der Deutsche Volksrat an den Parlamentarischen Rat in Bonn und an den Frankfurter Wirtschaftsrat gerichtet hat. Alle friedliebenden Kräfte in Gesamtdeutschland zusammenzuschließen, das ist das nationale Gebot der Stunde!

Doch ist damit die Frage der nationalen Selbsthilfe für unsere Volksausschüsse noch nicht erschöpft. Die deutsche Frage steht heute im Mittelpunkt weltpolitischer Auseinandersetzungen. Niemand, der das deutsche Problem lösen will, kann an dieser Tatsache vorbeigehen. Wo liegt nun das Kriterium für die außenpolitische Orientierung Deutschlands? Es liegt in der Verantwortung gegenüber der deutschen Nation, in der Herbeiführung und Erhaltung des Friedens und der nationalen Einheit Deutschlands, denn vom nationalen deutschen Standpunkt aus muß unsere außenpolitische Orientierung gefunden werden. Die entscheidende Frage lautet daher: Wer sind die Friedensstörer?

Die Beantwortung dieser Frage wird leichter, wenn wir einige Jahre zurückgreifen. Der verstorbene amerikanische Präsident Roosevelt hat noch während der Zeit des zweiten Weltkrieges vier entscheidende Freiheiten für die Zukunft der Menschheit gefordert: die Freiheit der Rede und Meinungsäußerung, die Freiheit des Glaubens, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Besonders die vierte Freiheit, die Freiheit von Furcht ist es, die uns Deutsche heute mit heißer Sehnsucht erfüllt. Roosevelt hat sich folgendermaßen ausgedrückt:

„Die vierte Freiheit ist Freiheit von Furcht. Das bedeutet, gesehen vom Gesichtspunkt der Welt, weltweite Abrüstung, so gründlich und so weitgehend, daß kein Volk mehr in der Lage sein wird,

irgendeinen Nachbarn mit Waffengewalt anzugreifen.“

Das sind wahrlich Worte des Friedens! Aber leider sind sie in der Vergangenheit gesprochen worden, von einem amerikanischen Präsidenten, der heute nicht mehr lebt. Die Aussprüche der heutigen amerikanischen Staatsmänner enthalten das Wort „Abrüstung“ nicht mehr. Dagegen beschäftigen sie sich mit der Atombombe, mit dem Marshall-Plan, dem Westpakt, dem Ruhrstatut und dem Atlantik-Pakt. Ihren „Friedenswillen“ bezeugen sie, indem sie aus dem wirtschaftlichen Körper des deutschen Volkes das Herz unserer Friedensindustrie, das Ruhrgebiet, herausreißen, um es zur Verstärkung ihrer Kriegsmaschine einzubauen. Die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung dokumentieren die westlichen Besatzungsgenerale damit, daß ihnen selbst die Meinung des Parlamentarischen Rates in Bonn, der sich doch wirklich alle Mühe gibt, als wohlgezogener deutscher Neffe vor seinem amerikanischen Onkel Sam bestehen zu können, noch zu frei ist.

Bezeichnend für die politischen Beweggründe der heutigen Regierungskreise in den USA, die wohl keineswegs die Masse des amerikanischen Volkes hinter sich haben, sind Ausführungen, die der bekannte amerikanische Wirtschaftler Kenneth Boulding auf der 57. Konferenz des amerikanischen Wirtschaftsverbandes gemacht hat. Boulding sagt wörtlich:

„Die einzig annehmbare Methode der Verbrauchssteigerung im großen Maßstab ist bedauerlicherweise der Krieg... Die Welt befindet sich gegenwärtig in den Zangen eines von ihr selbst geschaffenen furchtbaren Dilemmas, entweder mittels eines Krieges den Konsum zu steigern, oder aber durch Krisen und Arbeitslosigkeit die Produktion zu reduzieren.“

Kenneth Boulding ist ehrlich und seine Worte sind klar: die Struktur der amerikanischen Wirtschaft und die Interessen der amerikanischen Industriekönige sind es, die auf einen neuen Krieg drängen. In ihrem Lager kann das deutsche Volk nicht stehen, wenn es nicht nationalen Selbstmord begehen will. Es ist einer der wesentlichsten Bestandteile der nationalen Selbsthilfe, wenn unsere Volksausschüsse diese Erkenntnis in unser Volk hineinragen.

Das deutsche Volk kann nur im Lager des Friedens stehen. In diesem Lager stehen auch Kreise, die sich um den bekannten ehemaligen Mitarbeiter des Präsidenten Roosevelt, Henry Wallace, geschart haben. In diesem Lager stehen viele kirchliche Organisationen der USA, die gerade in den letzten Monaten ihre warnende Stimme erhoben haben. In diesem Lager stehen Millionen Menschen in England, in Frankreich, in China und in der ganzen übrigen Welt. Mit diesen friedliebenden Kräften ist das deutsche Volk aufs tiefste verbunden. Diese Verbundenheit mit allen friedliebenden Kräften der Welt im Kampf um den Frieden bestimmt auch unser Verhältnis zur Sowjetunion. Das deutsche Volk muß sich endlich freimachen von Gefühlen und Vorurteilen gegenüber der Sowjetunion und muß die Tatsachen nüchtern und mit politischer Reife beurteilen. Wir Deutsche müssen uns in unserem nationalen Interesse darüber klar werden, daß der Frieden und damit die nationale Existenz unseres Volkes nur erhalten werden können in der Freundschaft mit der Sowjetunion und niemals in der Feindschaft gegen die Sowjetunion. Diese Erkenntnis muß zum Grundprinzip jeder nationalen Politik gemacht werden. Es ist ein weiterer wesentlicher Beitrag zur nationalen Selbsthilfe, wenn unsere Volksausschüsse auch dieses Grundprinzip im deutschen Volke verankern.

Wenn wir in unseren Volksausschüssen das Verhältnis des deutschen Volkes zur Politik der Besatzungsmächte klarlegen, so tun wir das ausschließlich im Interesse des deutschen Volkes. Der Kern der nationalen Selbsthilfe ist das aktive Handeln des deutschen Volkes selbst. Der Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden sind die ureigensten Aufgaben des deutschen Volkes. Das auszusprechen, dürfen wir in unseren Volksausschüssen nie vergessen. Das Bewußtsein unseres nationalen Notstandes, das unerschütterliche Vertrauen in die eigene Kraft und die feste Orientierung auf die Kräfte des Friedens sind die Voraussetzungen aller konstruktiven Maßnahmen der nationalen Selbsthilfe!

Zur Lage in Berlin

Friedrich Ebert (SED)

Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin

Als die demokratische Bevölkerung Berlins am 30. November des vergangenen Jahres durch einen Akt der Selbsthilfe die verfassungsmäßigen Zustände wiederherstellte, hat sie ein Beispiel dafür gegeben, wie man durch Selbsthilfe bessere Verhältnisse schaffen kann. Der demokratische Magistrat Groß-Berlins hat sich bemüht, die Folgen der Spaltung für alle zu mildern und zu beseitigen. Wir haben angeboten, die ganze Berliner Bevölkerung einheitlich zu versorgen. Die Antwort war der Zwang für die Bevölkerung der Westsektoren Berlins, zu frieren, ihren Hunger mit schlechten Nahrungsmitteln zu stillen und in den langen Nächten des Winters in dunklen Stuben zu sitzen.

Wir bedauern lebhaft, daß unter diesen Folgen einer Politik, die niemals eine deutsche, niemals eine demokratische, vor allem aber niemals eine friedliche genannt werden kann, besonders die alten Leute und die heranwachsende Jugend, unsere Kinder, zu leiden haben, die Alten gesundheitlich, die Jugend aber daneben auch seelisch und moralisch. Statt diesen Zustand zu überwinden, wenden fremde Mächte mit Unterstützung deutscher „Politiker“ immer wieder alle Mittel an, um auch dort noch zu spalten, wo es bisher gelungen war, die Einheit zu erhalten.

Die Vertreter der USA-Militärregierung haben die Durchführung des Viermächte-Beschlusses sabotiert, der am 30. August 1948 in Moskau über die Einführung einer einheitlichen Währung in Berlin gefaßt wurde. Man hat statt dessen den übelsten aller Währungsschwindel gestartet.

Wir haben hier in Berlin einen einstimmig gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahre 1947 vor einigen Wochen in Wirksamkeit gesetzt, alle Naziaktivisten und Kriegsverbrecher enteignet und ihre Vermögenswerte in die Hand des Volkes überführt. Dieselbe Presse, deren Vertreter im Stadtparlament im Jahre 1947 diesen Beschluß gefaßt haben, hat jetzt den Mut, uns des vollendeten Diebstahls zu bezichtigen. Dieselben Leute, die uns des Diebstahls bezichtigen, weil wir Naziaktivisten und Kriegsverbrecher enteigneten, schämen sich aber nicht, dem Arbeiter und Angestellten an dem „Schwarzen Freitag“ vor einigen Wochen den letzten Groschen zu nehmen und die so brutal enteigneten Löhne und Spargroschen der arbeitenden Menschen und der Rentner in den Rachen der Wucherer und Wechselstubenbesitzer zu schleudern.

Man plant jetzt zur Vollendung der Spaltung Deutschlands die Einführung einer neuen Währung, die morgen oder übermorgen in den Berliner Westsektoren Gültigkeit erlangen soll.

Die Spaltung Berlins hat noch zu anderen sehr bedauerlichen Ereignissen geführt. Als wir heute morgen voll Ehrfurcht vor den Gräbern der Vorkämpfer für Deutschlands Einheit im Berliner Friedrichshain standen und unsere schwarzrotgoldenen Fahnen über diesen Gräbern senkten, wurden zur selben Zeit im amerikanischen Sektor Berlins die schwarzrotgoldenen Fahnen auf Geheiß der amerikanischen Militärregierung entfernt, und zahlreiche Verhaftungen durchgeführt.

Ein Zufall hat mir einen Brief auf den Tisch gelegt, den die Arbeitsgemeinschaft für Ausstellungen G. m. b. H. in Hannover an Stadtrat Klingelhöfer in

West-Berlin gerichtet hat. West-Berlin läßt zur Zeit im Westen Deutschlands eine Ausstellung „Das ist Berlin“ durchführen. Die Arbeitsgemeinschaft in Hannover, die diese Ausstellung organisiert, gibt nun einen Bericht über die Einstellung der westdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Berliner Problem. Anfangs, nach der Währungsreform seien das Interesse und die Anteilnahme außerordentlich groß gewesen, aber jetzt sei eine vollkommene Apathie eingetreten, die durch alle Schichten der Bevölkerung geht. Der Grund dafür sei, daß es nach westdeutscher Auffassung nur eine Frage der Zeit und Gelegenheit sei, wann die Westalliierten sich mit Anstand aus der Berliner Affäre zurückziehen würden.

Weiter heißt es, daß die Ursache für diese Haltung auch in den Zwangsmaßnahmen, wie Notopfer, Steuermark usw. liege. Eine ganz offenkundige Opposition, oftmals sogar eine feindselige Haltung habe sich der sogenannten Berliner Frage gegenüber entwickelt. In dem Brief heißt es wörtlich:

„Um Ihnen über die Argumentation ein Bild zu verschaffen, geben wir im folgenden eine typische, oftmals wiederkehrende Ablehnung der Aufforderung, Berlin zu unterstützen, wieder:

1. Die Luftbrücke ist sinnlos. Sie verlängert nur unnötig ein nutzloses Unterfangen, denn Roh- und Hilfsstoffe und Lebensmittel können niemals in genügendem Maße per Luft herangeschafft werden.
2. Die Luftbrücke verschleudert unser Benzin, das wir für unsere Wirtschaft sehr notwendig gebrauchen.
3. Die Kosten der Luftbrücke belasten unsere ohnehin ausgepowerte Wirtschaft.
4. Die Berliner Wirtschaft ist doch pleite. Wir können nur ihr Erbe antreten.
5. Wer Berlin unterstützt, wirft noch mehr gutes Geld dem schlechten nach.
6. Wer als Wirtschaftstreibender Berlin unterstützt, schadet im Grunde sich selbst.“

Dieser objektive Bericht aus Westdeutschland zeigt mit aller Deutlichkeit, wohin die Politik der Westmächte geführt hat. Sie hat die Bevölkerung in Westdeutschland in steigendem Maße davon überzeugt, wie ausweglos, wie verhängnisvoll diese Spaltungspolitik und wie sinnlos die Luftbrücke ist.

Die Zone hat in diesen harten Wintermonaten, in denen wir in Berlin einen schweren Kampf führen mußten, uns manche großzügige materielle und ideelle Hilfe geleistet. Ich darf im Namen der Berliner Bevölkerung für diese Hilfeleistung danken und darf wiederholen, was ich bei anderer Gelegenheit gesagt habe: Wir Berliner haben nicht viel, was wir dieser Hilfeleistung als Gegengabe darbringen können. Eines aber haben wir, den starken und unabänderlichen Willen, uns des Vertrauens, das die demokratischen Kräfte Deutschlands uns entgegengebracht haben, würdig zu erweisen, und an der Spitze zu marschieren, wenn es gilt, für die deutsche Einheit, für die deutsche Freiheit und für den gerechten Frieden für Deutschland und die Welt zu kämpfen.

Der Deutsche Volksrat beruft den Dritten Deutschen Volkskongreß ein

Wilhelm Pieck

Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volksrates

Die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte sind auf die Zerreißung Deutschlands, die Verweigerung eines gerechten Friedensvertrages und auf einen neuen Krieg gerichtet. In Anbetracht der ernstesten politischen Lage, die durch diese Maßnahmen herbeigeführt wurde, sehen wir uns zu dem Vorschlag veranlaßt, den Deutschen Volkskongreß einzuberufen.

Wie das auf dieser Volksratstagung wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, ist die nationale Existenz unseres Volkes heute auf das Äußerste bedroht und es besteht die große Gefahr eines neuen Krieges, der eine noch entsetzlichere Katastrophe über das deutsche Volk bringen kann als der Krieg Hitlers.

Der jetzt veröffentlichte Nordatlantik-Pakt ist ein weiterer verhängnisvoller Schritt auf dem Wege der Teilung der Menschheit in ein Kriegslager und ein Friedenslager. Es ist die Aufgabe aller demokratisch und sittlich gesinnten Menschen, diese große Katastrophe eines neuen Krieges abzuwenden, und es ist vor allen Dingen die Aufgabe des deutschen Volkes, diese Katastrophe von Deutschland fernzuhalten. Es kann nur als eine unerhörte Provokation bezeichnet werden, wenn zur Begründung des Nordatlantik-Pakts behauptet wird, daß er der Sicherung des Friedens dienen solle gegen „die russische Aggression“, wie der „Tagespiegel“ schreibt. Diese Journalle führt durch ihre Hetze das deutsche Volk in einen Notstand hinein, der nicht wiedergutmachen ist, wenn nicht das deutsche Volk selbst Gegenmaßnahmen ergreift, um sich gegen dieses Verbrechen zur Wehr zu setzen.

Wenn wir durch unser Angebot an die im Westen bestehenden parlamentarischen Körperschaften den Versuch unternommen haben, zu gemeinsamen Beratungen zusammenzukommen, um gemeinsam festzustellen, was getan werden kann, um die Katastrophe eines neuen Krieges vom deutschen Volke fernzuhalten, die Einheit Deutschlands zu sichern und ihm einen gerechten Friedensvertrag zu verschaffen, so haben wir das in der zuversichtlichen Hoffnung getan, daß schließlich doch der gesunde Menschenverstand und die nationale Verantwortung auch die Parteipolitiker der Westzonen zu der Einsicht bringen müssen: So geht es nicht weiter, wenn nicht die größte Katastrophe für das gesamte deutsche Volk sich daraus ergeben soll.

Wir erwarten, daß die Vorsitzenden der parlamentarischen Körperschaften der Westzonen in Beratung mit den Mitgliedern dieser Körperschaften sich zu unserem Angebot äußern werden. Was auch von den westlichen Besatzungsmächten noch unternommen wird, um ihren brutalen Willen zur Kolonisierung Westdeutschlands durchzusetzen, es wird unsere Aufgabe sein, den gesunden nationalen Sinn unseres Volkes so wach zu erhalten, daß sich kein Deutscher zum Werkzeug für diese Verbrechen der Besatzungsmächte hergibt.

Dieser Aufgabe soll auch der Deutsche Volkskongreß dienen. Er soll fortsetzen die großen Arbeiten, die wir

bisher durch den Deutschen Volksrat in der Ausarbeitung der Verfassung, mit dem Vorschlag des Friedensmanifestes und im Kampf für die nationale Selbsthilfe geführt haben und diese Arbeiten auf eine noch höhere Stufe heben. Es wird notwendig sein, daß wir die Beschlüsse des Deutschen Volksrates in jeden Betrieb und jedes Dorf, in alle Familien in unserem Lande tragen, um sie vertraut zu machen mit den großen nationalen Entscheidungsfragen.

Diese Popularisierung unserer Beschlüsse soll gleichzeitig der Vorbereitung des Volkskongresses dienen. In jedem Dorf, in jeder Stadt und in jedem Betrieb, wo immer werktätige Menschen beieinander sind, auf den Universitäten und Schulen, überall soll dieser große Gedanke der nationalen Selbsthilfe verbreitet werden. Das soll die wesentliche Aufgabe der Vorbereitung des 3. Volkskongresses sein.

Dem 3. Volkskongreß werden noch wichtigere und größere Aufgaben gestellt sein, als wir sie heute zu entscheiden hatten. Wir wissen, daß mit aller Brutalität versucht wird, die Maßnahmen zur Kolonisierung Westdeutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes durchzuführen. Wir wissen auch, daß die Kriegshetze weiter getrieben wird und daß mittels der Militär- und Kriegspakte Provokationen unternommen werden sollen, um den Kriegsfall zu schaffen. Ich weise darauf hin, und ich hoffe, daß es nicht dazu kommt. Aber wir wollen gerüstet sein und alles tun, um diesen großen Massenbetrug, daß der Nordatlantik-Pakt der Sicherung des Friedens dienen soll, zu entlarven und nachzuweisen, daß er in Wirklichkeit das Mittel ist, einen neuen Krieg zu provozieren. So steht die Aufgabe vor uns, durch die Vorarbeiten für den 3. Deutschen Volkskongreß die Sicherheit für das deutsche Volk zu schaffen, damit es nicht in ein noch größeres Unglück hineintreibt.

Wann der Volkskongreß zusammentreten soll, das können wir heute noch nicht entscheiden. Wir werden die Entscheidung darüber dem Präsidium des Deutschen Volksrates überlassen müssen. Der Termin wird dadurch bestimmt werden, welche weiteren Maßnahmen im Westen Deutschlands von den westlichen Besatzungsmächten unternommen werden. Aber wir werden eins tun müssen, diesem 3. Volkskongreß eine besondere Bedeutung dadurch zu verschaffen, daß die Delegierten zu diesem Kongreß neu und zwar in direkter Wahl von der Bevölkerung gewählt werden. Auch dafür wird das Präsidium die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen haben.

Wir sind überzeugt, wenn wir unsere Pflicht in der Popularisierung der Beschlüsse und Arbeiten des Volksrates und in der Schilderung der Lage, so wie sie wirklich ist, richtig erfüllen, dann wird diese Wahl des 3. Volkskongresses gleichzeitig ein neues Plebiszit, eine neue Volksentscheidung sein gegen die Anschläge auf die deutsche Demokratie, die deutsche Einheit, den Frieden in Deutschland.



Der Beschluß des Deutschen Volksrates über die Einberufung des Dritten Deutschen Volkskongresses

In Anbetracht der ernsten politischen Lage infolge der auf die Zerreißung Deutschlands und Verweigerung eines gerechten Friedensvertrages wie auf einen neuen Krieg gerichteten Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte hält es der Deutsche Volksrat für dringend erforderlich zur Sicherung des Friedens und der Einheit Deutschlands den Deutschen Volkskongreß einzuberufen.

Der Deutsche Volksrat beauftragt das Präsidium, die Neuwahlen für den Dritten Deutschen Volkskongreß durchzuführen und den Kongreß einzuberufen.

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen

Die Entschließung des Deutschen Volksrates:

Nationale Selbsthilfe überwindet nationalen Notstand

Die Völker sehen mit Schrecken das Anwachsen einer offenen Kriegshetze und die immer umfangreichere Kriegsrüstung der westlichen Großmächte. Das deutsche Volk sieht die ständig weiter fortschreitende Zerreißung seines Vaterlandes vor sich gehen.

Das Angebot Stalins, sich mit Truman zur Herbeiführung einer gemeinsamen Friedenserklärung zu treffen, seine Bereitwilligkeit zu interalliierten Verhandlungen über die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung und die Sicherung der Einheit Deutschlands ist von den westlichen Alliierten abgelehnt worden. An Stelle des Friedens in Europa haben die Westmächte das militärische Bündnis von Brüssel geschlossen und einen gemeinsamen Generalstab geschaffen. Die Unterzeichnung des Atlantikpaktes steht vor der Tür, ein Mittelmeerpakt und ein Fernostpakt sind in Vorbereitung. Alle diese Verträge spalten die Welt militärisch, wirtschaftlich und politisch in zwei Lager und bedrohen unmittelbar den Frieden.

Im Dienste dieser Kriegspolitik wird Deutschland planmäßig aufgesplittet. Mit der Einführung der separaten Währung in Westdeutschland und der Lahmlegung des innerdeutschen Handels wurde die Grundlage unserer wirtschaftlichen Einheit zerstört. Das Ruhrstatut ist in Wahrheit die koloniale Unterwerfung, die Sicherheitsbehörde und das Besatzungsstatut bedeuten Verhinderung des Friedens, unbefristete Besetzung und Niederhaltung der deutschen Wirtschaft durch ihre Konkurrenten. Das Bonner Grundgesetz ist keine deutsche Verfassung, sondern ein Diktat der alliierten Westmächte zur Verwirklichung ihrer friedensfeindlichen Politik.

Diese Politik ist ein Bruch der Potsdamer Deklaration, die einem demokratischen und friedliebenden Deutschland Einheit, Frieden und damit den Abzug der Besatzungstruppen und die gleichberechtigte Eingliederung in die Gemeinschaft der Völker zusagte.

Mit dieser Politik haben die Westmächte

den nationalen Notstand

für das deutsche Volk herbeigeführt. Der Deutsche Volksrat ruft alle Deutschen auf, durch nationale Selbsthilfe das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung, Selbstregierung und Selbsterhaltung zu sichern.

Nationale Selbsthilfe

heißt: Verteidigung der dem deutschen Volke aus dem Potsdamer Abkommen zustehenden Rechte durch eine nationale Volksbewegung,

- gegen die Londoner Beschlüsse auf Zerreißung Deutschlands,**
- gegen die Verweigerung eines Friedensvertrages,**
- gegen das Besatzungsstatut und die unbefristete Besetzung Deutschlands,**
- gegen den Raub des Ruhrgebiets,**
- gegen das Zwangsdiktat der Bonner Verfassung mit ihrer mittelalterlichen Kleinstaaterlei.**

In Bekräftigung seiner konsequenten demokratischen Friedenspolitik bestätigt der Deutsche Volksrat das von seinem Präsidium beschlossene

Friedensmanifest: „Schließt Frieden mit Deutschland“

Im Namen des deutschen Volkes fordert der Deutsche Volksrat:

1. Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam;
2. Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands;
3. Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen;
4. Bildung einer vorläufigen zentralen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten;
5. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Die Mitglieder des Deutschen Volksrates geloben feierlich, alle Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen und rufen alle Deutschen auf, für die Bildung einer freien Deutschen Demokratischen Republik und die Sicherung des Friedens zu kämpfen.

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen

Das Friedensmanifest des Deutschen Volksrates

Schließt Frieden mit Deutschland

Dreieinhalb Jahre sind vergangen, seit dem unheilvollen Hitlerkriege durch den Sieg der alliierten Mächte ein Ende bereitet wurde. Die Alliierten versprochen dem deutschen Volke in dem Potsdamer Abkommen, Deutschland als ein einziges, wirtschaftliches Ganzes zu betrachten, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, sein Leben auf einer demokratischen friedlichen Grundlage wiederherzustellen und ihm zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedliebenden Völkern der Welt einzuräumen.

Heute aber sieht sich das deutsche Volk vor folgende Lage gestellt:

Während die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sich nach wie vor zum Potsdamer Abkommen bekennt und für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland eintritt, lehnen die westlichen Besatzungsmächte die Durchführung des Potsdamer Abkommens ab und vereiteln das Zustandekommen eines demokratischen Friedens. Sie wollen dem deutschen Volke ein Besatzungsstatut aufzwingen, um Deutschland während vieler Jahre militärisch besetzt zu halten und es in ein Kolonialland zu verwandeln.

Die Gegensätze in der Frage des deutschen Friedensvertrages verursachten große Konflikte zwischen den Alliierten. Auf der Londoner Konferenz lehnten die westlichen Besatzungsmächte die Forderung der Sowjetunion auf Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit Deutschland ab und sprengten die Konferenz. Sie sind dabei, Deutschland durch die Bildung eines Weststaates zu zerreißen und die Spaltung der Hauptstadt Berlin zu vollenden. Demgegenüber tritt die Sowjetunion für die Einheit Deutschlands und den Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages ein.

Mit dieser Entwicklung wurde eine sich immer mehr steigernde Kriegshetze gegen die Sowjetunion entfacht, aus der die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges erwächst. Um so dringlicher muß das deutsche Volk seine Forderung auf einen Friedensvertrag erheben, der ihm den demokratischen Aufbau seiner Wirtschaft und seines Staates ermöglicht und zu einem friedlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern führt.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates ersucht die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Vereinigten Staaten von Amerika den Außenministerrat unverzüglich einzuberufen, um den Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten und die Friedenskonferenz vorzubereiten. Hierzu unterbreitet das Präsidium des Deutschen Volksrates den beteiligten Regierungen und den Völkern der Welt nachstehende Vorschläge:

Vorbereitende Maßnahmen

1. Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.
2. Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.
3. Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen.
4. Bildung einer vorläufigen zentralen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten.
5. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Grundsätze für den Friedensvertrag

A. Pflichten des deutschen Volkes

1. Reparationsleistungen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Lebensstandards. Feststellung der Gesamtforderungen unter Anrechnung aller bereits erfolgten Leistungen.
2. Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie.
3. Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Deutschlands.
4. Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit.
5. Anerkennung einer befristeten und sachlich begrenzten Viermächtekontrolle über die friedliche wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands.

B. Rechte des deutschen Volkes

1. Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen, nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet.
2. Freie Entwicklung der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer, unter Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.
3. Wiederherstellung des freien Außenhandels.
4. Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages.
5. Wiederaufnahme normaler internationaler Beziehungen und Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Berlin, den 24. November 1948

Das Präsidium des Deutschen Volksrates

gez. Wilhelm Pieck gez. Otto Nuschke gez. Hermann Kastner

Die Entschliebung des Deutschen Volksrates zur Einberufung des Weltfriedenkongresses

Der Deutsche Volksrat begrüßt den Aufruf des Internationalen Verbindungsausschusses der Kulturschaffenden, zur Verteidigung des Friedens einen Weltkongreß der Anhänger des Friedens einzuberufen. Der Deutsche Volksrat fordert alle demokratischen friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte des gesamten deutschen Volkes auf, sich in eine solche alle Völker der Erde umfassende Friedensfront einzureihen.

In allen Völkern bilden die Anhänger des Friedens die überwältigende Mehrheit. Die kleine Minderheit, die am Kriege profitiert und darum zum Kriege hetzt, darf nicht noch einmal die Menschheit in Blut und Tränen, Verwüstung und Elend stürzen. Angesichts der zunehmenden Kriegshetze und der Friedensbedrohung durch aggressive Pakte ist es das Gebot der Stunde, alle aktiven, friedliebenden Kräfte aller Völker zur Verteidigung des Friedens zu vereinen. Dies gilt in besonderem Maße für das deutsche Volk; von seiner Haltung wird es abhängen, ob in Zukunft die Waagschale des Friedens oder die des Krieges in Europa schwerer wiegen wird. Durch einen entschlossenen, leidenschaftlichen Kampf für den Frieden kann das deutsche Volk entscheidend dazu beitragen, den Frieden zu sichern und damit die Schuld, die es in der Vergangenheit auf sich geladen hat, abzutragen.

Der Deutsche Volksrat ist bereit, sich als Vertreter des deutschen Volkes an diesem Weltkongreß zu beteiligen und fordert alle deutschen demokratischen Parteien und Organisationen, die Kirchen und die Friedensgesellschaften, alle Freunde des Friedens in allen Zonen Deutschlands auf, die Einberufung und Durchführung des Weltfriedenkongresses zu unterstützen.

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen

ANHANG

Das Gesetz Nr. 75

Militärregierungen setzen Treuhänder für Stahl und Kohle ein

Düsseldorf, 10. November 1948 (ADN). Das „Gesetz Nr. 75“ der Amerikanischen Militärregierung über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie wurde am 10. November 1948 von den Vorsitzenden des Zweimächtigkontrollamtes, Adcock und McReady, den deutschen Behörden übergeben. Nach dem Gesetz gehen die Verwaltung der Gruben und die Eigentümerfunktionen in die Hand „deutscher Treuhänder“ über.

Das Gesetz läßt erkennen, daß alle Unternehmen der westdeutschen Schwerindustrie, die am 1. September 1939 mehr als 50 Prozent alliierte Kapitalien besaßen, von der Neuordnung ausgenommen werden. Diese Betriebe werden von der Kontrolle durch die Militärregierung befreit und können ihr Produktionsprogramm nach eigenem Ermessen entwickeln. Im Ruhrkohlenbergbau verbleibt die endgültige Kontrolle über Produktion und Zuteilung nach wie vor bei der britisch - amerikanischen Kohlenkontrollstelle.

Für die Umgruppierung der Kohlen- und Stahlindustrie in neue Gesellschaften, für die „deutsche Treuhänder“ ernannt werden sollen, sind Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Eine Anzahl Gruben werden von den jetzigen Mutterwerken getrennt und in Form neuer Gesellschaften weiterarbeiten. Die Er-

nennung der „deutschen Treuhänder“ für diese Gruben erfolgt durch die Militärregierungen. Die Deutsche Kohlenbergbauleitung, die Organisation für den Absatz der Kohle und die Bergbaubedarfs-Beschaffungszentrale werden in Aktiengesellschaften umgewandelt, wobei die Aktienpakete ausschließlich in Händen der Militärregierungen bleiben. In den Aufsichtsrat der Deutschen Kohlenbergbauleitung werden von den Militärregierungen bestimmte Treuhänder entsandt.

In ähnlicher Form wird die Reorganisation der Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt. Dabei soll ein Stahltreuhänderverband mit 12 von den Militärregierungen ernannten Mitgliedern eingesetzt werden. Dieser Treuhänderverband untersteht einer neu zu bildenden Zweimächtigstahlgruppe. Er hat nicht die Berechtigung, Aktien abzugeben und darf keine Dividenden erteilen. Über Produktion und Verteilung ist dem Verband lediglich eine beratende Funktion zugestanden.

Alle eingesetzten Treuhänder sind ausschließlich den Militärregierungen verantwortlich. Die Gesamtkontrolle der Ruhrindustrie durch die Besatzungsmächte wird von dem Gesetz nicht berührt.

Erklärung des Präsidiums des Deutschen Volksrates zum Gesetz Nr. 75

Die Ruhrindustrie muß dem Frieden dienen!

Das Präsidium des Deutschen Volksrates nimmt mit Befremden zur Kenntnis, daß die amerikanische Militärregierung beabsichtigt, die Ruhrindustrie den früheren Besitzern wieder zurückzugeben. Das würde die Übergabe des wichtigsten Kohlen- und Eisenzentrums Deutschlands in die Hände der deutschen Großindustriellen bedeuten, die Hitler finanzierten, den zweiten Weltkrieg organisierten und für das Chaos und den Hunger in Europa in erster Linie verantwortlich sind.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates erhebt gegen diese Absicht entschiedenen Protest und verlangt die Durchführung des von dem Landtag Nordrhein-Westfalen gefaßten Beschlusses, der die Überführung der Kohlenindustrie in die Hände des Staates vorsieht. Das Präsidium des Deutschen Volksrates fordert alle demokratischen Parteien und Organisationen auf, entgegen den Absichten der amerikanischen Militärregierung sich für die Überleitung der Ruhrindustrie in die Hände des Volkes einzusetzen.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates

gez. Wilhelm Pieck

gez. Otto Nuschke

gez. Hermann Kastner

Berlin, den 25. November 1948

Die Bedeutung des Ruhrstatuts

I. Ruhrstatut bedeutet Ruhrannexion

Einer der wichtigsten Schritte zur „kalten Annexion“ der Ruhr zugunsten des amerikanischen und englischen monopolistischen Kapitals war die zweite Londoner Separatkonferenz „über die Ruhrfrage“, die Ende 1948 stattfand. Auf dieser Konferenz wurde das „Statut der Internationalen Ruhrbehörde“, die im Text des Statuts einfach „Ruhrbehörde“ genannt wird, ausgearbeitet und den Regierungen der sechs beteiligten Staaten zur Bestätigung vorgelegt.

Art. 9(a) dieses Statuts setzt für den Rat folgende Vertretung fest: die USA, England, Frankreich und Deutschland je drei Stimmen; Belgien, Holland und Luxemburg je eine Stimme; zur Beschlußfassung genügen acht Ja-Stimmen. Die Vertretung Deutschlands im Rat der Ruhrbehörde ist somit eine reine Fiktion, durch die die entscheidende Rolle der Vertreter der USA und Englands verschleiert wird. Man kann mit Bestimmtheit voraussagen, daß die Stimmen der deutschen Vertreter der Ruhrbehörde nur in den Fällen von Bedeutung sein werden, wo die USA eine Entscheidung brauchen, die auf die Opposition Frankreichs und der Beneluxstaaten stößt. Die Möglichkeit, die Stimmen Deutschlands gegen Frankreich auszunutzen — und umgekehrt —, gewährleistet den USA und England in allen Fällen die notwendige Mehrheit in der Ruhrbehörde. Augenblicklich halten die regierenden Kreise der USA und Englands es für möglich, auch ohne die Fiktion einer deutschen Vertretung auszukommen, indem sie an deren Stelle die Vertretung der Besatzungsmächte setzen.

Das im Ruhrstatut vorgesehene Sekretariat der Ruhrbehörde bietet den USA eine weitere Möglichkeit, ihren entscheidenden Einfluß in dieser Behörde zu festigen. Praktisch bedeutet dies, daß die Verteilung der Ruhrkohle, des Kokses und des Stahls und die Festsetzung der Quoten für den Export und für den inneren Verbrauch in Deutschland selbst in den Händen der jetzigen Herren an der Ruhr, der USA und Englands, verbleiben. Durch das Ruhrstatut wird nicht nur die Monopolstellung dieser Länder auf dem Gebiet der Verteilung der Ruhrproduktion bestätigt, sondern auch die bestehende Herrschaft der USA und Englands über die Produktion und die Industrie der Ruhr sanktioniert. Art. 12 des Schlußkommunikés bestätigt die weitgehenden Vollmachten der englisch-amerikanischen Beaufsichtigungsguppen hinsichtlich der Kontrolle über die Kohlenförderung und die Stahlproduktion.

II. Das Ruhrstatut schützt die Interessen der ausländischen und deutschen Monopole

Die Frage der Eigentumsverhältnisse in der Kohlen- und Stahlindustrie der Ruhr wurde auf der zweiten Londoner Konferenz überhaupt nicht verhandelt. Und das ist ganz begreiflich. Eine Verhandlung über diese Frage war überflüssig, da sie durch das Gesetz Nr. 75 vom 10. November 1948 durch die englisch-amerikanischen Behörden in der Bizone praktisch bereits gelöst ist. Dies Gesetz bestätigt bekanntlich die in Form neuer Aktiengesellschaften reorganisierten deutschen Konzerne in ihren „Eigentumsrechten“ an den Kohlengruben und an der Stahlindustrie der Ruhr. Es stabilisiert auch die amerikanische Herrschaft in der Ruhrindustrie, indem es diese, d. h. die Industrie, zwei gigantischen Superkonzernen unterstellt — zentralen Aktiengesellschaften der Kohlen- und Stahlindustrie, die sich im Besitz der englisch-amerikanischen Militärverwaltung oder richtiger gesagt im Besitz der hinter diesen stehenden Geschäftsmacher der Wallstreet und der City befinden müssen.

Die durch das Gesetz Nr. 75 und alle vorhergehenden separaten Aktionen der USA und Englands sanktionierte

Enteignung der Ruhr und deren Übergabe in den gemeinsamen Besitz der ausländischen und deutschen Monopolisten bleiben nach dem Ruhrstatut in vollem Umfange zu Recht bestehen. Die Verfasser des Ruhrstatuts widmen dem Schutz der ausländischen Interessen an der Ruhr eine besonders große Aufmerksamkeit und übertragen diesen Schutz auf die Ruhrbehörde. In Absatz 11 des Kommunikés der zweiten Londoner Konferenz heißt es:

„Weiterhin wird in Übereinstimmung mit internationalen Abmachungen der Behörde die Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz ausländischer Interessen in der Ruhrkohle-, Koks- und Stahlindustrie übertragen, sofern diese Funktionen nicht durch eine andere Körperschaft für ganz Deutschland ausgeübt werden.“

In Art. 16(a) des Ruhrstatuts wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Ruhrbehörde den Besatzungsmächten, d. h. den USA, England und Frankreich, über die Garantiemaßnahmen berichten muß, die folgenden Zweck haben:

„1. Sicherheit und Schutz ausländischer Interessen in Kohlen-, Koks- und Stahlunternehmen des Ruhrgebiets.

2. Schutz solcher Unternehmungen, an denen ausländische Interessen beteiligt sind, vor diskriminierenden Maßnahmen auf jedem Sektor ihrer Geschäftstätigkeit.“

Das bedeutet, daß die Unternehmen mit fremdem Kapital dem Einfluß der deutschen Rechtsprechung entzogen werden und für sie ein Regime der Exterritorialität geschaffen wird, ähnlich dem, das für ausländische Firmen in den Kolonien und abhängigen Ländern besteht.

Die westlichen Besatzungsmächte unter der Führung der USA treffen nun, nachdem die Annexion der Ruhr abgeschlossen ist, neue Maßnahmen, die eine formelle Übergabe des größten Teils der Stahlindustrie im Ruhrgebiet an die internationalen Monopole bedeuten, wobei es unwesentlich ist, ob diese Übergabe durch die Schaffung einer internationalen Holdinggesellschaft oder in irgendeiner anderen Form erfolgt. Wesentlich und unbestreitbar wichtig ist, daß in Ergänzung und auf Grund des räuberischen Ruhrstatuts eine neue Abmachung zwischen den internationalen Monopolisten und den deutschen Industriemagnaten an der Ruhr vorbereitet wird. Die Beteiligten an dieser Abmachung verfolgen eine Reihe eng miteinander verbundener Ziele. Erstens soll mit Hilfe der amerikanischen Kapitalanlagen das bereits bestehende Bündnis zwischen den amerikanischen Monopolisten und den Eigentümern der Ruhrkonzerne gefestigt werden. Zweitens sollen alle Unternehmen mit vorwiegend militärischer Bedeutung an der Ruhr erhalten bleiben und in den Besitz der Partner dieses Bündnisses übergeführt werden. Und daraus ergibt sich das dritte Ziel: die Vorbereitung der Reserven an Produktionskapazität der Hüttenindustrie an der Ruhr für die wirtschaftliche Sicherstellung der militärischen Pläne der Kriegshetzer.

III. Ruhrstatut — Teil des Marshall-Plans

Die im Ruhrstatut vorgesehene Annexion der Ruhr erfolgt im Rahmen des Marshall-Plans. Im Ruhrstatut wird mit absoluter Klarheit betont, daß sein Hauptzweck sei, die Rolle der Ruhr und ganz Westdeutschlands im Marshall-Plan sicherzustellen. (Vergl. Schlußkommuniké, 8 u. 9.) Das bedeutet, daß die Ruhrbehörde zur Filiale der in Paris residierenden Kommission der sechs am Marshall-Plan beteiligten Länder werden muß. Es ist allgemein bekannt, daß diese Kommission in ihrer Tätigkeit vollständig von den amerikanischen Bevollmächtigten für den Marshall-Plan, Harriman und Hoffman, abhängt. Die Ruhr-

behörde ist somit von ihren Schöpfern in London offiziell als Organ zur Durchführung des Marshall-Plans gedacht. Aus allen Artikeln über ihre Funktionen und Rechte gehen aber aufs neue mit restloser Klarheit das wahre Wesen und die charakteristischen Momente des Marshall-Plans hervor.

Die amerikanischen „Wohltäter“ machen kein Hehl daraus, daß sie den westeuropäischen Ländern „helfen“ wollen, jedoch vorwiegend auf Rechnung von Zwangslieferungen aus der Ruhr. Diese Länder müssen einen Teil des ihnen durch den Marshall-Plan eingeräumten Kredits zum Kauf von unverkäuflich gewordenen amerikanischen Waren verwenden, den anderen aber zur Bezahlung der Lieferungen von Kohle, Koks und Stahl aus dem Ruhrgebiet. Der Umfang dieser Lieferungen wird von den Amerikanern durch die Ruhrbehörde bestimmt, die unter ihrem beherrschenden Einfluß steht.

Eine solche Kombination ist für die Amerikaner doppelt vorteilhaft. Erstens kehren die Aufwendungen aus dem Fonds der „Europahilfe“ für den Kauf von Ruhrprodukten wieder in die Taschen der Amerikaner zurück, da diese — wiederum im Wege des Marshall-Planes — den Löwenanteil an der Kohlen- und Stahlindustrie der Ruhr in ihre Hände gebracht haben. Dabei hoffen die amerikanischen Herren der Ruhr, gewaltige Gewinne einzustecken, die sich aus der Differenz zwischen den Absatzpreisen der Ruhrproduktion in Dollar und den wirklichen Gesteinskosten in westdeutscher Mark ergeben.

Zweitens wird die Ruhrbehörde, insofern in ihr die Amerikaner kommandieren werden, von diesen als wirksamstes und bestgeeignetes Mittel zur Ausübung eines wirtschaftlichen Drucks auf die westeuropäischen Länder ausgenutzt werden, die die Kohle, den Koks und den Stahl der Ruhr nicht entbehren können.

Das Ruhrstatut dekretiert somit die konkreten wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands bezüglich eines wesentlichen Teils der „Europahilfe“ nach dem Marshall-Plan. Zur Sicherstellung dieser deutschen Verpflichtungen wird die Ruhrbehörde mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, die die wirtschaftliche Selbständigkeit Westdeutschlands vollständig vernichten. Diese Vollmachten hinsichtlich der Kontrolle und der Leitung des gesamten Wirtschaftslebens Westdeutschlands entsprechen vollständig dem Geist und den Grundprinzipien des Marshall-Plans, durch die den Amerikanern eine uneingeschränkte Einmischungsberechtigung in alle Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens der marshallisierten Länder gewährt wird.

So gewährt zum Beispiel Artikel 15 des Ruhrstatuts der Ruhrbehörde das Recht,

„Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen, die von deutschen Behörden getroffen oder erlaubt wurden und die die Kohle, den Koks oder den Stahl der Ruhr berühren.“

Da es in Westdeutschland keinen einzigen Wirtschaftszweig gibt, der nicht irgendwie mit diesen Teilgebieten der Ruhrproduktion verbunden wäre, so räumt ein solches Recht der Ruhrbehörde die uneingeschränkte Kontrolle über die gesamte westdeutsche Wirtschaft ein. Diese Vollmachten der Ruhrbehörde werden durch den offensichtlich diskriminierenden Charakter des Sonderrechts auf Informationen und Untersuchungen untermauert. Danach hat die Ruhrbehörde das Recht:

„im Ruhrgebiet beliebige für notwendig gehaltene Untersuchungen anzustellen einschließlich der Zeugenvernehmung, um die unter diesem Artikel oder anderen Artikeln des vorliegenden Abkommens erhaltenen Informationen zu bestätigen...“

In Ausübung dieser Rechte kann die Behörde Untersuchungen bei Einzelpersonen einschließlich öffentlicher Beamter, öffentlicher oder privater

Organisationen, Unternehmen und Firmen vornehmen und Akten und Einrichtungen überprüfen.“ (Art. 20.)

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone, Böckler, erklärte ganz richtig, daß ein solches Recht auf Einholung von Informationen durch die Ruhrbehörde einen „ungeheuerlichen Charakter“ annehmen könne. Solche außerordentlichen Rechte der Ruhrbehörde zeigen klar, wie weit die Verfasser des Ruhrstatuts in ihren Plänen gehen, die westdeutsche Wirtschaft der ausländischen Führung und Kontrolle zu unterwerfen.

Der Ministerialdirektor Seidel vom Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erklärte am 4. Januar in einer Pressekonferenz, die Ruhrbehörde werde nichts anderes sein als ein „ausländisches Wirtschaftsministerium für Westdeutschland“, das den Lebensstandard auch des letzten Deutschen bestimmen und die ganze Wirtschaftspolitik der Westzonen kontrollieren könnte. Nach der Ansicht von Seidel nimmt das Ruhrstatut den Deutschen sogar die Möglichkeit, selbst die Preise festzusetzen.

Die vollständige Unterordnung des ganzen wirtschaftlichen Lebens Deutschlands unter eine ausländische Herrschaft zeigt klar und deutlich, was der Marshall-Plan den Ländern bringt, auf die seine Wirksamkeit sich erstreckt. Das Ruhrstatut ist ein Statut kolonialer Versklavung Deutschlands auf der Grundlage des Marshall-Plans.

IV. Das Ruhrstatut ist unvereinbar mit der Souveränität Deutschlands

Der für das Ruhrstatut kennzeichnende Geist des Diktats und der groben Verletzung der nationalen Souveränität tritt nicht nur in den außergewöhnlichen Rechten der Ruhrbehörde auf dem Gebiet der Informationen und Untersuchungen zutage. In allen Artikeln des Ruhrkodex, in denen von den Pflichten der deutschen Instanzen, bis hinauf zu der sogenannten Deutschen Regierung, die Rede ist, wird in der unverfrorensten Weise deren Abhängigkeit und rechtlose Lage unterstrichen. Ein spezielles Kapitel unter dem Titel „Verletzungen“ ist den „Maßnahmen der Beeinflussung“ gewidmet, die die Teilnehmerstaaten der Londoner Konferenz gegenüber der „Deutschen Regierung“ treffen können, wenn diese es am notwendigen Eifer zur Unterstützung des Ruhrstatuts fehlen lassen sollte. Von Drohungen und grösster Geringschätzung ist schon die Formulierung der „Verletzungen“ durchdrungen. So heißt es zum Beispiel in Artikel 24a:

„Sollte die Deutsche Regierung es versäumen, irgendwelche unter Art. 23 des jetzigen Abkommens geforderten Maßnahmen zu treffen, dann können die Vertreter der Signatarmächte bei der Ruhrbehörde die Deutsche Regierung schriftlich auffordern und ihr damit Gelegenheit geben, innerhalb einer von den Vertretern für angemessen erachteten Frist zu erscheinen und die Gründe dafür darzulegen, warum sie nicht für säumig erklärt werden will.“

Ferner heißt es in diesem Artikel, daß die Deutsche Regierung, falls ihre Erklärungen als ungenügend befunden werden, für „säumig“ erklärt werden kann. Wenn die Deutsche Regierung irgendwelche Maßnahmen durchführt, von denen festgestellt wird, daß sie „die normalen Funktionen der Ruhrbehörde“ behindern, dann können die sechs Mächte, die das Londoner Abkommen unterzeichnet haben, von der „Deutschen Regierung“ die Aufhebung dieser Maßnahmen verlangen. Im Falle einer Widersetzung können die Vertreter der sechs Mächte die „Deutsche Regierung für schuldig erklären“ und müssen entsprechende Maßnahmen empfehlen. Alle diese Artikel des Kapitels von dem „Vorgehen bei Versäumnissen“ setzen Westdeutschland in die Lage eines Angeklagten in Permanenz, die sechs von den USA angeführten Mächte aber in die Lage ständiger Staatsanwälte und

Richter. Daher kann man mit voller Berechtigung sagen, daß das Ruhrstatut einen beispiellosen Versuch darstellt, die Grundsätze des Strafgesetzes und der Gefängnisandrohung auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu übertragen. Diese formelle Verletzung der staatlichen Souveränität Deutschlands folgt mit unvermeidlicher Notwendigkeit aus dem Wesen des Ruhrstatuts, das mit jener Souveränität unvereinbar ist.

Eine offene Verletzung der staatlichen Souveränität Deutschlands stellt auch Art. 28 des Ruhrstatuts „Privilegien und Immunitäten“ dar. In diesem Kapitel wird festgesetzt, daß die Ruhrbehörde, ihr Vermögen und ihr Personal die Rechte der Exterritorialität und eine Reihe besonderer Rechte und Privilegien genießen. Hier haben die Verfasser des Ruhrstatuts sich stützen können auf ihre ausgezeichneten Kenntnisse und ihre langjährigen Erfahrungen in der Ausarbeitung und Anwendung von Kolonialstatuten und einseitigen Verträgen, durch die die besonderen Rechte und Privilegien der imperialistischen Mächte, ihrer diplomatischen Behörden und sogar ihrer Unternehmerfirmen auf den Gebieten der kolonialen und abhängigen Länder festgelegt werden. Hierzu erklärte zum Beispiel der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der Sozialdemokrat Nölting, daß man im Ruhrstatut „die Handschrift des Siegers“ spüre. Ferner sagte er, daß die „exterritorialen Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativtätigen Behörde eingeräumt wurden, bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik gehörten“ (DENA vom 29. Dezember 1948).

Das Ruhrstatut, das mit seinen diskriminierenden

Artikeln über die Funktionen, die Vollmachten, die Sonderrechte und Privilegien einen annexionistischen kolonialen Charakter trägt, ist beim Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unmöglich, denn dieser muß auf der vorbehaltlosen Anerkennung der deutschen Einheit und staatlichen Souveränität beruhen. Der Friedensschluß aber paßt in keiner Weise in die Pläne der herrschenden Kreise Englands und der USA, deren Bestreben dahin geht, den Kriegszustand mit Deutschland endlos hinauszuziehen, um Westdeutschland in ein koloniales Anhängsel des amerikanischen Weltreiches zu verwandeln. Und darum hintertreiben die USA die Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und wollen ein Besatzungsstatut oktroyieren, das den Zweck verfolgt, für Westdeutschland den Kriegszustand zu verlängern. Dieses Besatzungsstatut soll „Rechts“-Grundlage sein für die Spaltung Deutschlands und für die koloniale Abhängigkeit seines westlichen Teils vom amerikanischen Imperialismus. Eine Verkörperung der Prinzipien des Besatzungsstatuts und einen seiner integrierenden Bestandteile stellt nun das Ruhrstatut dar, durch das die Annexion der Ruhr festgelegt und diese in ein militärisch-wirtschaftliches Aufmarschgebiet der amerikanischen Aggression in Europa verwandelt wird.

(Auszugsweiser Nachdruck des Aufsatzes von I. Stern „Das Annexionsstatut der Ruhr und Westdeutschland“, „Neue Welt“, 4. Jahrgang, Nr. 4, Seite 31 ff.)

Das Ruhrstatut

(Auszug)

A. Schluß-Kommuniqué der Sechsmächte-Konferenz vom 28. Dezember 1948

1. Vertreter von Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika sind in London zusammengetreten, um über die Errichtung einer internationalen Ruhr-Behörde ein detailliertes Abkommen zu entwerfen, wie gemäß Anlage zum Kommuniqué vom 2. Juni 1948, dem Ende der Londoner Sechsmächte-Besprechungen über Deutschland, vorgesehen war. Die Delegierten haben den nunmehr ihren Regierungen zur Genehmigung unterbreiteten Entwurf fertiggestellt. Der Text für den Entwurf dieses Abkommens ist heute veröffentlicht worden.

8. Eine grundsätzliche Aufgabe der Ruhr-Behörde ist die Vornahme einer Aufteilung von Ruhrkoks und -stahl zwischen dem deutschen Verbrauch und dem Export, um Ländern, die nach einem gemeinsamen Wirtschaftsplan zusammenarbeiten, angemessenen Zutritt zur Belieferung mit diesen Produkten zu verschaffen. Gleichzeitig ist der wesentliche Bedarf Deutschlands zu berücksichtigen. Diese Aufteilung muß natürlich in Übereinstimmung mit den bestehenden internationalen Abkommen erfolgen. Somit bleiben für Kohle und Koks die in Moskau und Berlin vereinbarten gleitenden Skalen weiterhin in Kraft.

9. Die Funktionen der Ruhr-Behörde auf dem oben erwähnten Gebiet werden in Einklang gebracht werden mit der größeren und umfassenderen Tätigkeit der OEEC bei ihrer Arbeit zur Förderung der wirtschaftlichen Wiederherstellung der am europäischen Wiederaufbauprogramm teilnehmenden Länder.

10. Die Behörde wird über Vollmachten verfügen, die sicherstellen, daß die deutschen Behörden nicht irgendwelche künstlichen oder diskriminierenden Transport-, Preis- und Handelspraktiken, Quoten, Tarife und ähnliche behördliche Maßnahmen oder Handelsabmachungen einrichten, durchführen oder gestatten, die Ruhrkohle-, -koks oder -stahl in den internationalen Handel ablenken würden. Ausgenommen sind von der Behörde genehmigte Schutzmaßnahmen.

11. Weiterhin wird in Übereinstimmung mit internationalen Abmachungen der Behörde die Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz ausländischer Interessen in der Ruhrkohle-, Koks- und Stahlindustrie übertragen, sofern diese Funktionen nicht durch eine andere Körperschaft für ganz Deutschland ausgeübt werden.

12. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage gewidmet, ob der Behörde Vollmachten zur Überwachung der Geschäftsführung und Direktion der Ruhrkohle-, Koks- und Stahlindustrie zu geben seien. Zur Zeit haben die durch die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden eingerichteten Kohle- und Stahl-Kontrollgruppen ausgedehnte Vollmachten über diese Industrien, auch solche über Produktion, Investitionen, Entwicklung und andere, die Geschäftsführung und Direktion betreffende Angelegenheiten. Wie bekannt, sind die französischen Behörden aufgefordert worden, an der Arbeit dieser Kontrollgruppen teilzunehmen. Es ist vereinbart worden, zu gegebener Zeit diejenigen Vollmachten, die sich auf die Überwachung der Geschäftsführung und Direktion beziehen und die die sechs Mächte für notwendig halten, um ihre Ziele hinsichtlich der Sicherheit und des Wohlstandes Europas zu erreichen, der Ruhrbehörde oder dem Sicherheitsamt oder seinem Nachfolger oder irgendeiner anderen internationalen Körperschaft zu übertragen. Dies würden Vollmachten zur Überwachung der Produktion, Investitionen und Entwicklung sein. Es wären keine Vollmachten für eine ins einzelne gehende Kontrolle, die zu sehr in das normale und reguläre Arbeitsgebiet der Geschäftsführung eingreifen würde. Die Bedingungen, unter welchen diese Vollmachten erteilt werden, und die Art der Ausübung werden sobald bestimmt, als es auf Grund der während einer gewissen Zeitspanne von den jetzigen Kontrollgruppen erworbenen Erfahrungen durchführbar erscheint.

Die Frage der endgültigen Eigentumsverhältnisse

der betreffenden Industrien stand nicht auf der Tagesordnung dieser Konferenz und wird durch die Besprechungen oder das entworfene Abkommen in keiner Weise berührt.

13. Die Behörde wird das **Recht auf Einholung von Auskünften** haben, die notwendig sind, um ihr die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, ferner angemessene **Rechte auf Besichtigung und Untersuchung**.

15. Sobald eine deutsche Regierung gebildet ist, wird sie Gelegenheit haben, dem Abkommen beizutreten. In der Zwischenzeit wird das **Stimmrecht für Deutsch-**

land durch die Besatzungsbehörden ausgeübt. Hat eine deutsche Regierung alle Verpflichtungen ihrer Mitgliedschaft übernommen, gelangt sie in den Genuß ihres vollen Stimmrechtes, **nur dann nicht, wenn es sich um Sicherheitsangelegenheiten handelt oder wenn sie ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommt.**

16. Sollte sich die deutsche Regierung nicht nach den **Entscheidungen und Direktiven der Behörde richten, kann diese erklären, daß die deutsche Regierung ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommt und die zu treffenden Maßnahmen empfehlen.**

B. Entwurf des Übereinkommens

veröffentlicht am 28. Dezember 1948

Organisation der Ruhrbehörde

Artikel 1. Hiermit wird eine internationale Behörde für die Ruhr errichtet, im folgenden kurz als „Behörde“ bezeichnet, deren Zusammensetzung, Vollmachten und Funktionen im folgenden festgelegt sind.

Artikel 2. Mitglieder der Behörde sind die Signatarmächte und Deutschland.

Artikel 9 (a). **Den einzelnen Mitgliedern der Behörde stehen im Rat folgende Stimmrechte zur Verfügung:**

Belgien 1 Stimme, Frankreich 3 Stimmen, Deutschland 3 Stimmen, Luxemburg 1 Stimme, Niederlande 1 Stimme, Großbritannien 3 Stimmen, USA 3 Stimmen.

(b) **Zur Beschlußfassung der Behörde genügen 8 zusagende Stimmen mit Ausnahme der in den Artikeln 13, 14, 17 und 24 aufgeführten Fälle.**

(c) Die für Deutschland abgegebenen Stimmen sollen von dem gemeinsamen Vertreter der zuständigen Besatzungsbehörden als Einheit abgegeben werden gemäß der Ernennung des Vertreters laut Artikel 4, bis die zuständigen Besatzungsmächte entscheiden, daß die deutsche Regierung durch Beitritt oder auf andere Weise die Verantwortung übernommen hat, die auf Grund des gegenwärtigen Abkommens für Deutschland vorgesehen ist. Danach werden diese Stimmen von dem deutschen Vertreter abgegeben.

Artikel 12. **Als Geschäftssprache soll die Behörde Englisch, Französisch und Deutsch benutzen. Englisch und Französisch werden dabei die offiziellen Sprachen sein. Ein amtlicher deutscher Text der Dokumente soll abgefaßt werden, wenn es erforderlich ist.**

Aufgaben der Ruhrbehörde

Artikel 14 (a). **Die Ruhrbehörde soll die Kohle-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes auf den innerdeutschen Verbrauch und den Export aufteilen.**

1. Bei der Aufteilung soll sichergestellt werden, daß Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den sogenannten Rohstoffen erhalten. Die wesentlichen Bedürfnisse Deutschlands sollen dabei berücksichtigt werden.

2. Die Aufteilung muß mit den Bestimmungen aller Abkommen übereinstimmen, die von den Besatzungsmächten über Zuteilung von Kohle, Koks und Stahl getroffen worden sind und sich zum Zeitpunkt der Verteilung in Kraft befinden.

3. **Die Aufteilung muß nach Gesichtspunkten erfolgen, die mit den Zielen der Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und allen Programmen oder Beschlüssen der Organisationen für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit übereinstimmen, die für die Zeit der Aufstellung anwendbar sind.**

(b) Durch Exportzuteilungen der Ruhrbehörde sollen die Mindestmengen von Kohlen, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl aus dem Ruhrgebiet für Exportzwecke festgelegt werden. Die Behörde soll auch **Vollmacht erhalten, die Qualitäten oder Typen dieser Güter zu bestimmen.**

Ausnahmsweise soll die Behörde auch Zuteilungen von Roheisen vornehmen dürfen, wenn sich innerhalb der Behörde 12 Stimmen dafür aussprechen, daß eine

derartige Zuteilung im Interesse des Zuganges zur Roh-eisenversorgung notwendig ist.

Bei der Zuteilung von Fertig- und Halbfertigstahl wird die Ruhrbehörde an alle Abkommen über eine **Begrenzung der deutschen Stahlproduktion** gebunden sein bzw. ihre Maßnahmen im Rahmen solcher Abkommen treffen, die im Augenblick der Zuteilung in Kraft sind und an denen die Besatzungsmächte beteiligt sind.

(c) Bevor die Behörde ihre in Artikel 14 festgelegten Funktionen aufnimmt, soll sie sich mit den beteiligten Besatzungsbehörden darüber einigen, wie man ihre Beschlüsse mit den in Vorbereitung befindlichen Programmen und Plänen für die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit koordinieren kann. Dieses Verfahren muß jederzeit auf Ersuchen jedes Mitglieds der OEEC überprüft werden, jedenfalls aber nach dem Ende der Kontrollperiode oder zu jenem von den Besatzungsmächten vereinbarten früheren Zeitpunkt.

Artikel 15. **Die Behörde hat das Recht, Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen, die von deutschen Behörden getroffen oder erlaubt wurden und die die Kohle, den Koks oder den Stahl der Ruhr berühren.**

Wenn die Behörde solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen als künstlich oder schädlich oder als von solcher Natur ansieht, daß sie

1. **den Zugang anderer Länder zur Kohle, zum Koks oder zum Stahl der Ruhr behindern,**

2. **den Transport von Ruhrkohle, Koks oder Stahl im internationalen Handel stören oder**

3. **auf andere Weise die Durchführung der Zwecke des vorliegenden Abkommens beeinträchtigen,**

kann die Behörde bestimmen, daß solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen entsprechend geändert oder aufgehoben werden.

Wenn die Behörde im Sinne dieses Artikels ihre Entscheidungen fällt, soll sie den Bedürfnissen des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit entsprechen. Deutschlands Verpflichtungen unter der Konvention für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und die Notwendigkeit für die deutschen Behörden, der wirtschaftlichen und finanziellen Stellung Deutschlands im internationalen Handel Rechtsschutz zu gewähren, sollen berücksichtigt werden.

Artikel 16 (a). Während der Kontrollzeit oder bis zu einem früheren Zeitpunkt, der von den Besatzungsmächten festgelegt werden kann, soll die Behörde die zuständigen Besatzungsmächte auf die nachfolgend erwähnten Maßnahmen aufmerksam machen. **Nach der Kontrollzeit hat die Behörde selbst dafür zu sorgen, daß in Übereinstimmung mit internationalen Abmachungen über den Schutz ausländischer Interessen in Deutschland, solange die Signatarregierungen noch an der Behörde teilnehmen, die nachfolgenden Maßnahmen verwirklicht werden.**

1. **Sicherheit und Schutz ausländischer Interessen in Kohlen-, Koks- und Stahlunternehmungen des Ruhrgebiets.**

2. **Schutz solcher Unternehmungen, an denen ausländische Interessen beteiligt sind, vor diskriminierenden Maßnahmen auf jedem Sektor ihrer Geschäftstätigkeit.**

Information und Untersuchung

Artikel 20. Damit die Behörde ihre Aufgaben sachgemäß erfüllen und entscheiden kann, ob ihre Anordnungen ordnungsgemäß ausgeführt werden, hat die Behörde das Recht:

1. **regelmäßige Berichte und für notwendig erachtete zusätzliche Berichte über Produktion, Verteilung und Verbrauch von Ruhrkohle, Koks und Stahl zu erhalten einschließlich solcher Vorausschau auf Produktion, Verteilung und Verbrauch**, wie sie zur Durchführung ihrer unter Artikel 14 genannten Aufgaben notwendig sind;

2. solche für notwendig erachteten Informationen zu erhalten, die sich auf die **Vorräte an Kohle, Koks und Stahl**, die Deutschland aus anderen Quellen als dem Ruhrgebiet zur Verfügung stehen, beziehen oder die **Exporte solcher Produkte aus Deutschland betreffen, die aus anderen Quellen als dem Ruhrgebiet stammen**;

3. **im Ruhrgebiet beliebige für notwendig gehaltene Untersuchungen anzustellen einschließlich der Zeugenvernehmung**, um die unter diesem Artikel oder anderen Artikeln des vorliegenden Abkommens erhaltenen Informationen zu bestätigen. Sie kann ferner die Art und Weise feststellen, in der ihre Bestimmungen ausgeführt werden, vorausgesetzt, daß ähnliche Untersuchungen auch in anderen Teilen Deutschlands nach einem in Übereinstimmung mit Artikel 13 festzulegenden gesonderten Verfahren gemacht werden können.

In Ausübung dieser Rechte kann die Behörde Untersuchungen bei Einzelpersonen einschließlich öffentlicher Beamter, öffentlicher oder privater Organisationen, Unternehmen und Firmen vornehmen und Akten und Einrichtungen überprüfen.

Vorgehen bei Versäumnissen

Artikel 24 (a). Sollte die deutsche Regierung es versäumen, irgendwelche unter Artikel 23 des jetzigen Abkommens geforderten Maßnahmen zu treffen, dann können die Vertreter der Signatarmächte bei der Ruhrbehörde die deutsche Regierung schriftlich auffordern und ihr damit Gelegenheit geben, innerhalb einer von den Vertretern für angemessen erachteten Frist zu erscheinen und die Gründe dafür darzulegen, warum sie nicht für säumig erklärt werden will.

(b) Wenn die deutsche Regierung den Vertretern der unterzeichneten Regierungen keine befriedigende Begründung gibt, können die Vertreter die deutsche Regierung für säumig erklären. Sie müssen die deutsche Regierung dann von diesem Beschluß schriftlich in Kenntnis setzen und Empfehlungen über die notwendig und angemessen erachteten Maßnahmen machen.

(c) Sollten die Vertreter der Signatarmächte zu der Entscheidung kommen, daß die deutsche Regierung Maßnahmen trifft oder gestattet, die, wenn sie fortgesetzt würden, die wirksame Ausübung der Funktionen der Behörde unmöglich macht, und daß die Aussetzung derartiger Maßnahmen bis nach Formulierung eines Beschlusses oder einer Anweisung zweckmäßig wäre, können die Vertreter die deutsche Regierung vorläufig davon in Kenntnis setzen, daß diese Maßnahmen **mit sofortiger Wirkung und für einen als angemessen erachteten Zeitraum ausgesetzt werden sollen, bis die Behörde weitere Erwägungen angestellt hat**.

(d) Die deutsche Regierung kann innerhalb von 15 Tagen nach der vorläufigen Entscheidung entsprechend den Bestimmungen des Punktes (c) dieses Artikels eine Aussetzung der Anordnung fordern. In diesem Fall wird sie gehört werden. Ort und Zeit werden durch die Vertreter der Signatarmächte bestimmt. Falls die deutsche Regierung verabsäumt, der vorläufigen Entscheidung nachzukommen, nachdem:

1. eine Anhörung stattgefunden hat und die Vertreter der Unterzeichnerstaaten der deutschen Regierung bekanntgegeben haben, daß sie bei ihrer Entscheidung bleiben,
2. die deutsche Regierung verabsäumt hat, zu der Anhörung zu erscheinen oder

3. 15 Tage verstrichen sind, ohne daß der Wunsch ausgesprochen wurde, das Verfahren auszusetzen, dann können die Vertreter der Unterzeichnerstaaten **ohne weitere Formalitäten die deutsche Regierung für schuldig erklären und in diesem Falle die Regierung schriftlich von dieser Entscheidung unterrichten**. Die Vertreter werden dann Empfehlungen über die zu ergreifenden notwendigen Maßnahmen ausarbeiten.

Privilegien und Immunitäten

Artikel 28 (a). Die Behörde und ihr Vermögen, ihr Einkommen und ihr sonstiges Eigentum sollen in Deutschland dieselben **Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen** genießen, wie sie für die Vereinten Nationen durch das allgemeine Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen festgelegt sind.

(b) Während der Kontrollzeit oder bis zu einem früheren Zeitpunkt, der von den Besatzungsmächten festgesetzt werden kann, sollen die Vertreter der unterzeichneten Regierungen und ihr Personal sowie Mitglieder des Personals und der Behörde außer deutschen Staatsangehörigen sowie die Angehörigen dieser Personen in Deutschland dieselben Privilegien und Immunitäten genießen wie das amtliche Personal der Besatzungsmächte. Danach sollen alle diese Personen in Deutschland dieselben Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie Personen in vergleichbaren Stellungen durch das allgemeine Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen genießen.

(c) Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die zu dem Personal der Behörde gehören, sollen Schutz vor Rechtsprozessen hinsichtlich Worten und Taten genießen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft äußern und ausüben.

Abschließende Bestimmungen

Artikel 30. Das vorliegende Abkommen tritt unmittelbar nach seiner Unterzeichnung durch die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nord-Irland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Artikel 31. **Sobald eine deutsche Regierung errichtet ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. Sie muß durch geeignete Mittel garantieren, daß sie die im Abkommen vorgesehene Verantwortung und die anderen Verpflichtungen übernimmt, die von den Signatarmächten vereinbart werden können.**

Artikel 32. **Das vorliegende Abkommen soll bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung für Deutschland und danach im Einklang mit den Bestimmungen dieser Friedensregelung in Kraft bleiben.**

Die Vollmachten der Ruhrbehörde erstrecken sich auf folgende deutsche Bezirke:

Im Regierungsbezirk Düsseldorf: 1. Landkreis Dinslaken, 2. Landkreis Mettmann, 3. Landkreis Essen, 4. Stadtkreis Essen, 5. Landkreis Krefeld-Uerdingen, 6. Landkreis Moers, 7. Landkreis Rees, 8. Stadtkreis Düsseldorf, 9. Stadtkreis Duisburg-Hamborn, 10. Landkreis Mülheim, 11. Stadtkreis Neuß, 12. Stadtkreis Oberhausen, 13. Stadtkreis Remscheid, 14. Stadtkreis Solingen, 15. Stadtkreis Wuppertal.

Im Regierungsbezirk Münster: 1. Landkreis Beckum, 2. Landkreis Lüdinghausen, 3. Landkreis Recklinghausen, 4. Stadtkreis Bottrop, 5. Stadtkreis Gelsenkirchen, 6. Stadtkreis Gladbeck, 7. Stadtkreis Recklinghausen.

Im Regierungsbezirk Arnsberg: 1. Landkreis Ennepe-Ruhrkreis, 2. Landkreis Iserlohn, 3. Landkreis Unna, 4. Stadtkreis Bochum, 5. Stadtkreis Castrop-Rauxel, 6. Stadtkreis Dortmund, 7. Stadtkreis Hagen, 8. Stadtkreis Hamm, 9. Stadtkreis Herne, 10. Stadtkreis Iserlohn, 11. Stadtkreis Lünen, 12. Stadtkreis Wanne-Eickel, 13. Stadtkreis Wattenscheid, 14. Stadtkreis Witten.

Protestaufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates gegen das Ruhrstatut

Ein neuer schwerer Schlag ist gegen die deutsche Nation erfolgt. Das am 28. Dezember 1948 proklamierte Ruhrstatut bricht das Herz der deutschen Wirtschaft aus dem deutschen Volkskörper heraus, entreißt das Ruhrgebiet unserem Volk und stellt es unter amerikanisches Diktat.

Anstatt 4 Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen dem deutschen Volk seine Einheit und den ersehnten gerechten Frieden zu geben, brachte die Politik des Marshall-Plans die Gründung des separaten Weststaates, die Ankündigung eines Besatzungsstatuts für Westdeutschland und nunmehr durch die Ausgliederung des Ruhrgebiets die Errichtung eines vom amerikanischen Monopolkapitalismus beherrschten Ruhrstaats.

Wer die Hetzreden eines Marshall, eines John Foster-Dulles und eines Royall vernommen hat, weiß, was diese Politik der brutalen Mißachtung der deutschen Souveränitätsrechte bedeutet.

Das Ruhrgebiet, zuvor die Waffenschmiede Wilhelms II. und Hitlers, soll nunmehr zur **Waffenschmiede des Dollarimperialismus** werden. Diesem kriegsverbrecherischen Plan dient auch die Remilitarisierung Westdeutschlands. Es geht um die Vorbereitung eines Krieges gegen die Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien. Es geht gleichzeitig um die Verknechtung der Völker Westeuropas durch den USA-Imperialismus, der diese — durch sein Diktat über Kohle und Stahl an der Ruhr — völlig von sich abhängig machen und für seine Kriegspläne erpressen will.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates legt gegen die jedes Völkerrecht mißachtenden Gewaltmaßnahmen der Imperialisten im Namen des deutschen Volkes **feierlichen Protest** ein. Er ruft die ganze deutsche Nation auf, angesichts der katastrophalen Gefahr für den Bestand des deutschen Volkes den Widerstand gegen die Spalter und die Kräfte des Krieges zu verstärken.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates weiß sich in seiner Haltung eins mit den friedliebenden Kräften der ganzen Welt.

Die Spalter handeln, die Imperialisten greifen zu. Deutsches Volk, was tust Du?

Das landesverräterische Treiben westdeutscher Parteiführer gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes hat seine Wirkung erzielt. Die unheilvolle Tätigkeit der Schumacherschen Agentenzentrale in Hannover hat in Verbindung mit den Separatistenkreisen um Adenauer zur Zerreißung Deutschlands entscheidend beigetragen.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates fordert in dieser Stunde dringender denn je die sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Wiederherstellung der deutschen Einheit, eine Verfassung für ganz Deutschland, den Abschluß eines demokratischen Friedens mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates fordert die **Volksausschüsse** auf, die demokratischen Kräfte der Nation zum Protest gegen die Vergewaltigung Westdeutschlands und zur Unterstützung der Forderungen des Deutschen Volksrates in gewaltigen Kundgebungen zusammenzufassen. Dem kriegstreiberischen Marshall-Plan stellen wir den Aufbau unserer Friedenswirtschaft gegenüber. Die Volksausschüsse werden ihre ganze Kraft einsetzen, damit der deutsche Zweijahrplan ein voller Erfolg wird. Die Hennecke-Bewegung entstand im richtigen Augenblick, um die Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern.

Die Kräfte des Friedens werden von Tag zu Tag stärker. Der demokratische Kampf des deutschen Volkes wird die Unterstützung dieser friedliebenden demokratischen Kräfte der ganzen Welt finden. Das deutsche Volk aber muß in dieser Stunde des **nationalen Notstandes** selbst zu handeln entschlossen sein, die Pläne der Imperialisten zu durchkreuzen, um aus eigener Kraft Deutschland zu retten.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates

gez. Wilhelm Pieck

gez. Otto Nuschke

gez. Prof. Dr. Kastner

Berlin, den 29. Dezember 1948

Das Frankfurter Memorandum

Frankfurt (Main), 2. März. — Vertreter des Parlamentarischen Rates in Bonn trafen am 2. März mit den drei westlichen Militärgouverneuren in Frankfurt zusammen und erhielten von ihnen zwei Dokumente, in denen der Standpunkt der Militärgouverneure in bezug auf den gegenwärtigen Text des Grundgesetzes (provisorische Verfassung) und des Entwurfs eines Wahlgesetzes dargelegt wird.

Diese beiden Dokumente haben folgenden Text:

I. Anweisungen der Militärgouverneure zur Verfassung

Meine Kollegen und ich haben Sie gebeten, heute hierher zu kommen, um Ihnen zu einigen Bestimmungen Ihres vorgeschlagenen Grundgesetzes, wie es vom Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates angenommen worden ist, unsere Bemerkungen zu machen. Wir haben dieses Dokument im Hinblick auf das aide memoire geprüft, das unsere Verbindungsoffiziere Ihnen am 22. November 1948 übergeben haben.

In einer Reihe von Bestimmungen weicht das Grundgesetz von den ins einzelne gehenden Grundsätzen ab, die in jenem aide memoire dargelegt sind. Indessen sind wir bereit, das Dokument als ein Ganzes betrachtend, einige dieser Abweichungen außer acht zu lassen, aber gleichzeitig halten wir es für notwendig, Ihre dringende Aufmerksamkeit abermals auf andere Bestimmungen zu lenken, die nach unserer Ansicht von jenen Grundsätzen in bedauerlichem Maße abweichen.

Einschränkung der Bundesgesetzgebung

Erstens möchten wir darauf hinweisen, daß die Zuständigkeiten der Bundesregierung, wie sie jetzt in Artikel 36 niedergelegt sind, nicht genügend klar definiert sind, um die Stellung der Länder in einem föderativen System angemessen zu wahren. Um dies zu verbessern, regen wir an, daß Sie die jetzigen Artikel 36 und 36A streichen und einen neuen Artikel 36 an die Stelle setzen, der sehr weitgehend auf Ihrem eigenen jetzigen Wortlaut beruhend, im wesentlichen wie folgt lauten könnte:

Artikel 36: 1. Die Länder behalten die Gesetzgebung auf den nachstehend aufgezählten Gebieten, außer, wenn es offenbar für ein einziges Land unmöglich ist, wirksame Gesetze zu erlassen, oder wenn solche Gesetze bereits erlassen sind, diese den Rechten oder Interessen anderer Länder schaden. In solchen Fällen und vorausgesetzt, daß die Interessen der verschiedenen Länder offenbar unmittelbar und im ganzen berührt sind, hat der Bund das Recht, die nötigen und angemessenen Gesetze zu erlassen über:

1. Das bürgerliche Recht, das Strafrecht und den Strafvollzug, die Gerichtsverfassung, das gerichtliche Verfahren, soweit nicht nach Artikel 112—2 die Länder zuständig sind, die Rechtsanwaltschaft, das Notariat und die Rechtsberatung.
2. Das Personenstandswesen.
3. Das Vereins- und Versammlungsrecht.
4. Das Aufenthaltsrecht und Niederlassungsrecht der Ausländer.
5. Den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland.
6. Die Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen.
7. Die öffentliche Fürsorge.
8. Kriegsschäden und Wiedergutmachung.
9. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Fürsorge für die ehemaligen Kriegsgefangenen und die Sorge für die Kriegsgräber.
10. Das Recht der Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Handel, Bank- und Börsenwesen, privatrechtliches Versicherungswesen).

11. Das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung sowie der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung.

12. Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

13. Das Enteignungsrecht in den Angelegenheiten, für die dem Bund die Befugnis der Gesetzgebung zusteht.

14. Die Überführung von Grund und Boden, von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft.

15. Die Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung.

16. Die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung. Die Sicherung der Ernährung, die Ein- und Ausfuhr land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Hochsee- und Küstenfischerei und den Küstenschutz.

17. Den Grundstücksverkehr, das Bodenrecht und das landwirtschaftliche Pachtwesen, das Wohnungswesen, das Siedlungs- und Heimstättenwesen.

18. Die Maßnahmen gegen gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten bei Menschen und Tieren, die Zulassung zu ärztlichen und anderen Heilberufen und zum Heilgewerbe, den Verkehr mit Arzneien, Heil- und Betäubungsmitteln und Giften.

19. Den Schutz beim Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln sowie Bedarfsgegenständen, mit Futtermitteln, mit land- und forstwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut und den Schutz der Bäume und Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge.

20. Die Hochsee- und Küstenschifffahrt sowie die Seezeichen, die Binnenschifffahrt, den Wetterdienst, die Seewasserstraßen und die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen.

21. Den Straßenverkehr, das Kraftfahrwesen und den Bau und die Unterhaltung von Landstraßen des Fernverkehrs.

22. Die Schienen-Bahnen, die nicht Bundeseisenbahnen sind, mit Ausnahme der Bergbahnen.

23. Die Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern.

24. Das Jagdwesen, den Naturschutz und die Landschaftspflege.

25. Die Bodenverteilung, die Raumordnung und den Wasserhaushalt.

26. Das Melde- und Ausweiswesen.

Vorbehalt bezüglich deutscher Polizeizuständigkeiten

Zweitens möchten meine Kollegen und ich Ihnen zu verstehen geben, daß wir letzten Endes für die Sicherheit verantwortlich sind, und ferner, daß die Vollmachten, die in Artikel 118c enthalten sind, nicht ausgeübt werden können, bis sie besonders von den Besatzungsbehörden gebilligt sind. Dieser Vorbehalt betreffend die Ausübung dieser Polizeizuständigkeiten wird wiederholt werden, wenn Sie förmlich von unserer Entscheidung über die Verfassung als Ganzes unterrichtet werden.

Einschränkung der Finanzzuständigkeiten des Bundes

Drittens haben wir mit Besorgnis bemerkt, in welchem Ausmaß die Bestimmungen über Finanzzuständigkeiten von den in London vereinbarten und Ihnen im Paragraph (d) des aide memoire übermittelten Maßstäben abweichen. Wir hatten bereits Gelegenheit, Ihnen zu sagen, daß nach unserer Ansicht die im

wesentlichen gleichen Bestimmungen dazu führen werden, „daß die Länder ohne ausreichende unabhängige Einnahmequellen für die Erledigung ihrer Angelegenheiten belassen werden“. Wir möchten daher mehrere Abänderungen in den Artikeln 122a, 122b und 123 vorschlagen, die es möglich machen würden, daß diese Artikel eher den Grundsätzen der Finanzorganisation genügen, die, wie wir glauben, in einem föderativen System besonders bedeutsam sind. Im besonderen regen wir an, daß der Wortlaut dieser Artikel so geändert wird, daß sie etwa wie folgt lauten:

Artikel 122a: Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über Zölle und Finanzmonopole (Bundessteuern) und die Vorranggesetzgebung über folgende Steuern (gemeine Steuern):

1. Die Verbrauchs- und Verkehrssteuern mit Ausnahme der Steuern (Ländersteuern) mit örtlich bedingtem Wirkungsbereich, insbesondere der Grunderwerbssteuer, der Wertzuwachssteuer und Feuerchutzsteuer.

2. Die Steuern von Einkommen, Vermögen, Erbschaften (oder Schenkungen).

3. Die Realsteuern mit Ausnahme der Regelung der Hebesätze.

Artikel 122b: Der Bund übt die Vorranggesetzgebung über gemeinsame Steuern nur insoweit aus, wie er den Gesamtbetrag oder irgendeinen Teilbetrag irgendeiner gemeinsamen Steuer oder gemeinsamer Steuer braucht, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Falls der Bund einen Teil einer gemeinsamen Steuer übernimmt, so wird der verbleibende Teil von den Ländern behalten, wo und wie er erhoben worden ist.

Artikel 123: 1. Die Bundessteuern werden durch Bundesfinanzbehörden verwaltet. Der Bund kann, wenn er will, solche Steuern in ihrer Gesamtheit nach autorisierten Bundeszwecken durch Bundesfinanzbehörden verwalten, und die Einkommensteuern nur insoweit, wie sie für Bundeszwecke bestimmt sind. Der Aufbau der Bundesfinanzbehörden und der Finanzgerichte und das von ihnen anzuwendende Verfahren werden durch Bundesgesetze geregelt. Die Leiter der Finanz- und Zollbehörden in den Ländern werden im Einvernehmen mit den Regierungen der beteiligten Länder ernannt.

2. Die Landessteuern und gemeinsamen Steuern außer den in Artikel 123 (1) erwähnten werden durch Landesfinanzbehörden verwaltet.

3. Die Erhebung der Realsteuern wird durch Landesgesetz geregelt.

Um mit dem vorgesagten in Übereinstimmung zu bleiben, möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit lenken, Artikel 138c (4) zu streichen und dafür die Landessteuern im einzelnen aufzuführen.

Gerichte, Bundesbehörden und öffentliche Dienste

Viertens möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auch darauf lenken, daß Artikel 129—1 (2) nicht ganz klar ist in bezug auf das Maß, in dem die Unabhängigkeit der Gerichte gesichert ist. Wir bitten Sie, diesem Punkt Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, besonders in bezug auf die Sicherungen, die im Zusammenhang mit der Entlassung von Richtern vorgesehen sind.

Fünftens sind wir der Ansicht, daß die Möglichkeiten des Bundes, seine eigenen Verwaltungsbehörden zu errichten, zu groß sind. (Artikel 112—2 und 116.)

Deshalb möchten wir darauf hinweisen, daß die Militärgouverneure zu der Zeit, wenn solche Behörden errichtet werden, sorgfältig darauf zu achten haben werden, daß damit keine zu große Zentralisierung von Zuständigkeiten entsteht.

Sechstens möchten wir unsere Stellung in bezug auf die Frage der öffentlichen Dienste klarmachen. Falls

Grundsätze in bezug auf den öffentlichen Dienst, wie sie in Artikel 27 c und 62 aufgestellt sind, in die Verfassung eingeführt werden sollen, müssen sie so abgeändert werden, daß sie den Grundsätzen entsprechen, die in den Paragraphen c und h unseres aide memoire vom 22. November 1948 aufgestellt sind.

Änderung der Ländergrenzen

Eine siebente Angelegenheit, die uns beschäftigt, ist die Frage der territorialen Umgliederung der Länder, wie sie in Artikel 25 und 26 vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Ausführungen lenken, die wir vor den Ministerpräsidenten am 20. Juli 1948 gemacht haben und deren entscheidende Stellen folgendermaßen lauten:

„Uns liegt daran, daß Sie verstehen, daß diese Frage der Ländergrenzen für uns von großer Bedeutung ist. Wir glauben, daß gegenwärtig der richtige Augenblick für ihre Behandlung ist und wir sind dazu bereit. Es würde für uns indessen viel schwieriger sein, uns später mit ihr zu befassen.“

Sie hat zum Beispiel Rückwirkungen auf unsere eigenen Zonengrenzen. Wir glauben nicht, daß wir zu einem späteren Zeitpunkt vor dem Abschluß eines Friedensvertrages wieder zu einer Behandlung des Problems bereit sein würden. Überdies ist die Feststellung der Ländergrenzen wichtig in bezug auf die Verfassung selbst. Wir glauben, daß wir unseren Regierungen empfehlen sollten, daß die während der Abfassung dieser Verfassung anerkannten Grenzen wenigstens bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages ungeändert bleiben sollten.“

Unsere Einstellung heute ist die gleiche wie damals und wir fühlen uns veranlaßt, Sie darüber jetzt zu unterrichten, daß die Einstellung bis zum Friedensvertrag so bleiben muß, außer wenn wir einstimmig beschließen, sie zu ändern. Auch in dieser Angelegenheit werden wir Sie an diese Entscheidung erinnern, wenn eine förmliche Entscheidung in bezug auf die Verfassung als Ganzes erfolgt.

Suspendierung der Eingliederung Berlins

Schließlich möchten meine Kollegen und ich Sie wissen lassen, daß wir die sorgende Teilnahme verstehen, die der Parlamentarische Rat für Berlin gezeigt hat. Dennoch muß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Teil des Artikels 22, der sich auf Berlin bezieht, suspendiert werden. Nichtsdestoweniger würden keine Bedenken dagegen bestehen, daß die verantwortlichen Behörden in Berlin eine kleine Zahl von Vertretern dazu bestimmen, den Sitzungen des Parlaments beizuwohnen.

II. Anweisungen der Militärgouverneure zum Wahlgesetz

Wir sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß das vom Parlamentarischen Rat entworfene Wahlgesetz dem Grundgesetz nicht angeschlossen werden kann und die Bestimmungen des Artikels 145 deshalb nicht angewandt werden können. Wir sind jedoch der Auffassung, daß der Parlamentarische Rat die Anzahl der Volkskammerabgeordneten und die Verteilung dieser Abgeordneten auf jedes Land bestimmen sollte.

Wir schlagen vor, den Ministerpräsidenten zu sagen, daß sie geeignete Schritte unternehmen sollen, um die erforderliche Gesetzgebung in jedem Landtag vorzubereiten und daß sie berechtigt sind, den Wahlgesetzentwurf, wie er vom Parlamentarischen Rat fertiggestellt wurde, als Grundlage für die Vorbereitung dieser Gesetzesvorlage zu verwenden, die den Landtagen der einzelnen Länder zur Verabschiedung vorzulegen ist.

gez.: Lucius D. Clay B. Robertson
Pierre Koenig

2. März 1949

Memorandum der UdSSR zum Nordatlantikpakt

Moskau, 1. April (TASS). Am 31. März hat die Regierung der UdSSR durch ihre Botschafter folgendes Memorandum über den Nordatlantikvertrag an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Kanadas gerichtet:

Am 18. März veröffentlichte das Außenministerium der Vereinigten Staaten den Text des Nordatlantikvertrages, den die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Kanadas innerhalb der nächsten Tage zu unterzeichnen beabsichtigen.

Der Text des Nordatlantikvertrages bestätigt voll und ganz, was in der beigefügten Erklärung des Außenministeriums der UdSSR vom 29. Januar dieses Jahres sowohl über die aggressiven Ziele dieses Vertrages als auch über den Widerspruch gesagt wurde, der zwischen dem Nordatlantikvertrag einerseits und den Prinzipien und Zielen der Organisation der Vereinten Nationen sowie den von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs auf Grund anderer Verträge und Abkommen übernommenen Verpflichtungen andererseits besteht. Die im Nordatlantikvertrag enthaltenen Erklärungen, er sei für die Verteidigung bestimmt und anerkenne die Prinzipien der Organisation der Ver-

einten Nationen, dienen Zielen, die weder mit den Aufgaben der Selbstverteidigung der Vertragspartner noch mit der wirklichen Anerkennung der Ziele und Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen etwas zu tun haben.

Partner des Nordatlantikvertrages sind solche Großmächte wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Der Vertrag richtet sich also weder gegen die Vereinigten Staaten von Amerika noch gegen Großbritannien oder Frankreich. Von den Großmächten ist nur die Sowjetunion von der Teilnahme an diesem Vertrag ausgeschlossen, was nur so erklärt werden kann, daß dieser Vertrag gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Daß sich der Nordatlantikvertrag gegen die UdSSR sowie gegen die Länder der Volksdemokratie richtet, ist auch von offiziellen Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs ausdrücklich betont worden.

Nordatlantikvertrag richtet sich gegen die UdSSR

Um den Abschluß des Nordatlantikvertrages zu rechtfertigen, bezieht man sich darauf, daß die Sowjetunion Verteidigungsverträge mit Ländern der Volksdemokratie abgeschlossen hat. Diese Bezugnahmen sind jedoch absolut unhaltbar.

Alle Verträge der Sowjetunion über Freundschaft und gegenseitige Hilfe mit den Ländern der Volksdemokratie tragen zweiseitigen Charakter und richten sich ausschließlich gegen die Möglichkeit einer Wiederholung der deutschen Aggression, deren Gefährlichkeit kein einziger friedliebender Staat vergessen kann. Dabei ist die Möglichkeit, diese Verträge so auszulegen, als ob sie in irgendeiner Weise gegen die Verbündeten der UdSSR im letzten Krieg, gegen die Vereinigten Staaten oder Großbritannien oder Frankreich gerichtet seien, absolut ausgeschlossen. Mehr noch, die UdSSR hat die gleichen Verträge gegen eine Wiederholung der

deutschen Aggression nicht nur mit den Ländern der Volksdemokratie, sondern auch mit Großbritannien und Frankreich abgeschlossen.

Im Gegensatz hierzu ist der Nordatlantikvertrag kein zweiseitiger, sondern ein vielseitiger Vertrag, der eine geschlossene Staatengruppe schafft und, was besonders wichtig ist, die Möglichkeit einer Wiederholung der deutschen Aggression völlig ignoriert und folglich die Verhinderung einer neuen deutschen Aggression gar nicht zum Ziele hat, und insofern es die UdSSR allein ist, die von den Großmächten, die der Anti-Hitler-Koalition angehörten, an diesem Vertrag nicht teilnimmt, muß der Nordatlantikvertrag als ein Vertrag angesehen werden, der sich gegen einen der Hauptverbündeten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs im letzten Kriege, gegen die UdSSR richtet.

Nordatlantikvertrag dient nicht der Selbstverteidigung, sondern der Kriegsvorbereitung

Die Teilnehmer am Nordatlantikvertrag führen umfassende militärische Maßnahmen durch, die durch die Interessen der Selbstverteidigung dieser Länder in keiner Weise gerechtfertigt werden können. Die Durchführung umfassender militärischer Maßnahmen seitens der Vereinigten Staaten im Zusammenwirken mit Großbritannien und Frankreich unter den gegenwärtigen Friedensverhältnissen, einschließlich der Verstärkung aller Arten der Streitkräfte, der Ausarbeitung eines Planes für den Einsatz der Atomwaffe, der Anhäufung von Atombomben, die reine Angriffswaffen sind, des Aufbaues eines Netzes von Luft- und Marinestützpunkten usw., trägt keineswegs defensiven Charakter.

Die Beibehaltung eines vereinigten anglo-amerikanischen Stabes in Washington, der während des zweiten

Weltkrieges organisiert worden war, die vor kurzem erfolgte Schaffung eines militärischen Stabes der sogenannten Westunion in Fontainebleau (Frankreich) sowie die Absicht, das im Nordatlantikvertrag vorgesehene Verteidigungskomitee unverzüglich zu bilden, sind keineswegs Anzeichen friedliebender oder defensiver Ziele der Vertragspartner, sondern sie tragen zusammen mit anderen zahlreichen vorbereitenden militärischen Maßnahmen dazu bei, die Unruhe und Besorgnis zu verstärken und die Kriegshysterie zu schüren, an der alle Arten von Brandstiftern eines neuen Krieges so sehr interessiert sind.

Der Nordatlantikvertrag ist dazu bestimmt, die Staaten einzuschüchtern, die nicht bereit sind, sich dem Diktat der anglo-amerikanischen Mächte-

gruppe, die Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt, zu fügen, obwohl die Unhaltbarkeit solcher Ansprüche erneut durch den zweiten Weltkrieg bestätigt wurde, der mit der Vernichtung des faschistischen Deutschlands, das ebenfalls die Weltherrschaft für sich beansprucht hatte, endete.

Am Nordatlantikvertrag nehmen auch Länder teil, deren Regierungen auf Kosten der reicheren Partner dieses Vertrages zu profitieren hoffen und verschiedene

Pläne zur Erlangung neuer Kredite und anderer materieller Vorteile machen.

Gleichzeitig kann niemand umhin, die Grundlosigkeit der antisowjetischen Motive des Nordatlantikvertrages zu sehen, da es allgemein bekannt ist, daß die Sowjetunion keineswegs die Absicht hat, irgend jemanden anzugreifen und weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch Großbritannien, Frankreich oder andere Vertragsteilnehmer in irgendeiner Weise bedroht.

Nordatlantikvertrag unterminiert die UN

Der Abschluß des Nordatlantikvertrages und die Bildung einer neuen Mächtegruppe wird mit der Schwäche der Organisation der Vereinten Nationen begründet. Es ist jedoch völlig offensichtlich, daß der Nordatlantikvertrag nicht der Sache der Festigung der Organisation der Vereinten Nationen dient, sondern im Gegenteil zur Unterminierung der Grundlagen dieser internationalen Organisation führt, weil die Bildung der obenerwähnten Mächtegruppe den Zielen und Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen nicht nur nicht entspricht, sondern dem Statut dieser Organisation widerspricht.

Die Teilnehmer des Nordatlantikvertrages berufen sich darauf, daß dieser Vertrag angeblich ein regionales Abkommen darstellt, wie es in Artikel 52 des Statuts der UN vorgesehen ist. Aber solche Bezugnahmen sind absolut unbegründet und unhaltbar. Von einem regionalen Charakter dieses Vertrages kann keinesfalls die Rede sein, da die in diesem Vertrag vorgesehene Union Staaten umfaßt, die in beiden Hemisphären der Erde gelegen sind und sich die Lösung irgendwelcher regionaler Probleme nicht zum Ziel setzt. Das wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß — wie bereits bekanntgegeben wurde — Staaten, die keine Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen sind (Italien, Portugal), zur Teilnahme am Nordatlantikvertrag herangezogen werden, obwohl Artikel 52 des Statuts der UN den Abschluß von regionalen Abkommen nur unter Mitgliedern der Organisation der Vereinten Nationen vorsieht.

Die Schaffung der nordatlantischen Staatengruppe kann ebensowenig durch das Recht eines jeden Mitgliedes der UN auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 des Statuts gerechtfertigt werden. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß gemäß dem UN-Statut ein

solches Recht nur im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Organisation entstehen kann. Während — wie es allgemein bekannt ist — weder den Vereinigten Staaten von Amerika noch Großbritannien, Frankreich oder anderen Teilnehmern des Paktes irgendein bewaffneter Angriff droht.

Es ist klar, daß die Bezugnahmen auf Artikel 51 und 52 des UN-Statuts unhaltbar und nur dazu bestimmt sind, die wahren aggressiven Ziele der militärischen Staatengruppe, die durch den Abschluß des Nordatlantikvertrages gebildet wird, zu tarnen.

Niemand kann bestreiten, daß der Nordatlantikvertrag und in erster Linie der Artikel 5 dieses Vertrages in direktem Widerspruch zum Statut der Organisation der Vereinten Nationen steht. Der Text des Artikels 53 des Statuts, in dem von Zwangsmaßnahmen im Rahmen regionaler Abkommen die Rede ist, besagt direkt, daß „keine Zwangsmaßnahmen kraft dieser Regionalabkommen oder von regionalen Organen ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat ergriffen werden können, mit Ausnahme der eigens für die ehemaligen Feindstaaten vorgesehenen Maßnahmen“. Dennoch sieht Artikel 5 des Nordatlantikvertrages die Anwendung bewaffneter Gewalt durch die Vertragspartner ohne jede Ermächtigung durch den Sicherheitsrat vor. Somit ist, selbst, wenn man den Nordatlantikvertrag als ein Regionalabkommen betrachtet, Artikel 5 dieses Vertrages mit dem Statut der Vereinten Nationen unvereinbar. Dies zeigt einmal mehr, wie unbegründet alle Bezugnahmen des Nordatlantikvertrages auf die Anerkennung der Prinzipien und Ziele des Statuts der Organisation der Vereinten Nationen sind.

Auf Grund des oben Gesagten kommt die Sowjetregierung zu nachstehenden

Schlußfolgerungen

1. Der Nordatlantikvertrag hat mit den Zielen der Selbstverteidigung der am Vertrag teilnehmenden Staaten, die niemand bedroht und niemand anzugreifen beabsichtigt, nichts gemein. Im Gegenteil, dieser Vertrag hat offensichtlich aggressiven Charakter und ist gegen die UdSSR gerichtet, was nicht einmal von den offiziellen Vertretern der am Vertrag teilnehmenden Staaten in ihren öffentlichen Erklärungen verheimlicht wird.

2. Der Nordatlantikvertrag trägt nicht nur in keiner Weise zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit bei, was für alle Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen eine Pflicht ist, sondern steht im direkten Widerspruch zu den Prinzipien und Zielen des UN-Statuts und führt zur Unterminierung der Organisation der Vereinten Nationen.

3. Der Nordatlantikvertrag steht im Widerspruch zu dem zwischen Großbritannien und der Sowjetunion im Jahre 1942 unterzeichneten Vertrag, durch den beide Staaten die Verpflichtung übernommen haben, bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten und „keine Bündnisse abzuschließen und an keinen Koali-

tionen teilzunehmen, die gegen die andere hohe vertragsschließende Partei gerichtet sind“.

4. Der Nordatlantikvertrag steht im Widerspruch zu dem zwischen Frankreich und der Sowjetunion im Jahre 1944 unterzeichneten Vertrag, durch den beide Staaten die Verpflichtung übernommen haben, bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten und „kein Bündnis abzuschließen und an keiner Koalition teilzunehmen, die gegen eine der hohen vertragsschließenden Parteien gerichtet ist“.

5. Der Nordatlantikvertrag steht im Widerspruch zu den zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam sowie auf den anderen Beratungen von Vertretern dieser Mächte während und nach dem zweiten Weltkriege abgeschlossenen Abkommen, durch die die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien ebenso wie die Sowjetunion die Verpflichtung übernommen haben, bei der Festigung des allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten und zur Festigung der Organisation der Vereinten Nationen beizutragen.

Der Nordatlantikpakt

Der Wortlaut des Nordatlantikpaktes, dessen wichtigste Artikel nachstehend wiedergegeben werden, wurde am 19. März 1949 veröffentlicht.

Artikel 2. „Die Vertragsparteien werden zur Weiterentwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freiheitlichen Institutionen stärken, für ein besseres Verständnis der Grundsätze eintreten, auf denen diese Einrichtungen begründet sind, und stabile und geordnete Lebensverhältnisse fördern. Sie werden versuchen, aus ihrer internationalen Wirtschaftspolitik Konflikte auszuschalten, und sie werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einigen oder allen von ihnen fördern.“

Artikel 3. „Um die Ziele dieses Vertrages verwirklichen zu können, werden die Vertragsparteien einzeln und gemeinsam durch fortwährende wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung ihre Fähigkeit, als Einzelstaaten und als kollektive Gemeinschaft einem bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, aufrechtzuerhalten und weiterentwickeln.“

Artikel 4. „Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig konsultieren, falls nach Auffassung einer von ihnen die gebietsmäßige Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Vertragsparteien bedroht sind.“

Artikel 5. „Die vertragschließenden Parteien stimmen darin überein, daß ein bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen alle zusammen betrachtet werden soll. Daher sind sie sich darin einig, daß jede von ihnen im Falle eines bewaffneten Angriffes sofort, in Ausübung des Rechts der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, wie es durch Artikel 51 der UN-Charta anerkannt ist, den angegriffenen Parteien Beistand leisten wird. Diese Beistandsleistung besteht darin, daß sie einzeln und im gemeinschaftlichen Vorgehen mit den anderen vertragschließenden Parteien die ihnen notwendig erscheinende Aktion einleiten, und zwar einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.“

Artikel 6. „Jeglicher bewaffneter Angriff dieser Art und alle als Folge davon ergriffenen Maßnahmen werden sofort dem Sicherheitsrat berichtet werden. Die Maßnahmen werden beendet, wenn der Sicherheitsrat die notwendigen Schritte zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit getroffen hat.“

Ein bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere der Parteien im Sinne des Artikels 5 schließt ein: einen bewaffneten Angriff auf das Territorium einer der Vertragsparteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Départements Frankreichs, auf die Besatzungsstreitkräfte jeder der Vertragsparteien in Europa, auf die Inseln unter der Jurisdiktion jeder der Vertragsparteien im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses und auf die Schiffe oder Flugzeuge jeder der Parteien in diesem Gebiet.“

Artikel 8. „Jede der Vertragsparteien erklärt, daß keine der internationalen Verpflichtungen zwischen ihr und einer anderen Vertragspartei oder irgendeinem dritten Staat, die gegenwärtig gültig ist, zu den Bestimmungen dieses Vertrages im Widerspruch steht. Jede der Vertragsparteien verpflichtet sich, keine inter-

nationale Verpflichtung einzugehen, die zu diesem Vertrag im Widerspruch steht.“

Artikel 9. „Die vertragschließenden Parteien setzen hiermit einen Rat ein, in dem jede von ihnen vertreten ist. Obliegenheit des Rates ist es, sich mit Angelegenheiten zu befassen, die die Durchführung dieses Vertrages betreffen. Der Rat soll so organisiert sein, daß er jederzeit sofort zusammentreten kann. Er soll in der Lage sein, untergeordnete Körperschaften ins Leben zu rufen, falls er es für notwendig hält. Insbesondere soll unverzüglich ein Verteidigungsausschuß geschaffen werden, der Maßnahmen für die Durchführung der Artikel 3 und 5 empfehlen soll.“

Artikel 10. „Die vertragschließenden Parteien können auf einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, den Prinzipien dieses Paktes zu dienen und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt zu diesem Pakt einladen. Jede Macht, die in dieser Weise zur Teilnahme am Pakt aufgefordert worden ist, kann durch Hinterlegung ihrer Beitrittserklärung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zum Vertragspartner werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten übernimmt es, jede der vertragschließenden Parteien von der erfolgten Hinterlegung einer solchen Beitrittserklärung zu unterrichten.“

Artikel 11. „Dieser Pakt soll von den vertragschließenden Parteien in Übereinstimmung mit den bei ihnen geltenden verfassungsrechtlichen Regelungen ratifiziert, seine Bestimmungen sollen in der gleichen Weise durchgeführt werden. Die Ratifizierungsurkunden sollen sobald wie möglich bei der amerikanischen Regierung hinterlegt werden, die alle anderen Signatarmächte über die Hinterlegung dieser Beitrittserklärung unterrichten wird.“

Der Pakt soll für die Staaten, die ihn ratifiziert haben, in Kraft treten, sobald die Mehrheit der Unterzeichnerstaaten, darunter Belgien, Kanada, Frankreich, Luxemburg, Holland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Ratifizierungsurkunden hinterlegt haben. Der Pakt soll hinsichtlich anderer Staaten zu dem Zeitpunkt in Kraft treten, zu dem diese Staaten ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegt haben.“

Artikel 12. „Nachdem dieser Vertrag 10 Jahre lang in Kraft gewesen ist oder zu irgendeinem Zeitpunkt danach, sollen die vertragschließenden Parteien, falls dieses von einer von ihnen gewünscht wird, gemeinsam den Vertrag einer Überprüfung unterziehen. Dabei sollen sie die Faktoren berücksichtigen, die zu diesem Zeitpunkt den Frieden und die Sicherheit im nordatlantischen Raum berühren, darunter die Entwicklung sowohl universeller als auch regionaler Übereinkommen im Rahmen der US-Satzungen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit.“

Artikel 13. „Nachdem der Vertrag 20 Jahre in Kraft gewesen ist, kann jeder Vertragspartner ein Jahr nach Abgabe einer Kündigungserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika als Vertragspartner ausscheiden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird die Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten von der Hinterlegung der Kündigungserklärung unterrichten.“

Protestentschließung des Deutschen Volksrates zum Nordatlantikpakt

Der Abschluß des Atlantikpaktes ist ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur politischen und wirtschaftlichen Zerreißen der Welt. Diese Teilung wird vom anglo-amerikanischen Imperialismus in bewußt aggressiver Absicht gegen eine freie demokratische Entwicklung der Völker vollzogen, um dem Vormarsch der Demokratie eine Schranke entgegenzusetzen und die Voraussetzungen für einen reaktionären antidemokratischen Kreuzzug zu schaffen.

Der Wortlaut des Atlantikpaktes zeigt, daß die Regierungen der Paktstaaten ihre Völker in dauernder politisch-wirtschaftlicher Abhängigkeit vom anglo-amerikanischen Imperialismus halten und jedes demokratische Freiheitsstreben durch eine sehr „Unheilige Allianz“ unterdrücken wollen. Der Pakt bedeutet ein Instrument ständiger Einmischung in die innere Entwicklung der Völker und die vertragliche Ausschaltung der Ausübung jedes demokratischen Selbstbestimmungsrechtes.

Der Pakt trägt insbesondere nach den Erläuterungen des USA-Außenministers Acheson einen offenen antisowjetischen Charakter, wenn er den Paktabschluß damit begründet, die Politik des Kreml sei „eine unerträgliche Bedrohung der Sicherheit der USA“.

In diesem aggressiven Paktsystem der Weltzerreißen werden Westdeutschland und Westberlin durch die Anwesenheit der westalliierten Truppen als Verteidigungszonen der Westallianz in Anspruch genommen. Damit wird in einem internationalen Vertrag unter Verletzung der Potsdamer Beschlüsse die Spaltung Deutschlands beschlossen und vollzogen. Damit werden Westdeutschland und Westberlin zu militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ausgangsstellungen der Westaggression gegen den Osten.

Der Deutsche Volksrat erhebt gegen diesen Angriff auf die Existenz, Sicherheit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes feierlich Einspruch und ruft die deutsche Nation auf, diesen den Frieden gefährdenden Anschlag mit einer entschlossenen nationalen Abwehr zu beantworten. In dieser Stunde bekräftigt die deutsche Nation ihre Solidarität mit allen Staaten und Völkern der Welt, die für Frieden und Freiheit eintreten und die Einheit unseres Volkes anerkennen.

Vom Deutschen Volksrat am 19. März 1949 einstimmig angenommen

Das Stalin-Interview

Stalin weist den Weg zum Frieden

Moskau, 30. Januar (TASS). Am 27. Januar 1949 wandte sich der europäische Generaldirektor der Nachrichtenagentur International News Service, Kingsbury Smith, an den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, J. W. Stalin, mit vier Fragen, die J. W. Stalin beantwortet hat. Nachstehend werden die Fragen von K. Smith und die Antworten von J. W. Stalin wiedergegeben:

Erste Frage: Wird die Regierung der UdSSR bereit sein, die Frage der Veröffentlichung einer gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika abzugebenden Erklärung zu erörtern, die bestätigt, daß weder die eine noch die andere Regierung die Absicht hat, sich auf einen Krieg gegeneinander einzulassen?

Antwort: Die Sowjetregierung wäre bereit, die Frage der Veröffentlichung einer derartigen Deklaration zu erörtern.

Zweite Frage: Wird die Regierung der UdSSR bereit sein, gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Maßnahmen durchzuführen, die auf die Verwirklichung dieses Friedenspaktes gerichtet sind, wie zum Beispiel eine allmähliche Abrüstung?

Antwort: Selbstverständlich könnte die Regierung der UdSSR mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenarbeiten bei der Durchführung von Maßnahmen, die auf die Verwirklichung des Friedenspaktes gerichtet sind und zu einer allmählichen Abrüstung führen.

Dritte Frage: Wenn die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und

Frankreichs ihre Zustimmung geben, die Gründung des separaten westdeutschen Staates bis zur Einberufung einer Tagung des Außenministerrates zu verschieben, die der Erörterung des deutschen Problems im ganzen gewidmet ist, wird die Regierung der UdSSR dann bereit sein, die Beschränkungen aufzuheben, die von den Sowjetbehörden bezüglich der Verbindungswege zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands eingeführt wurden?

Antwort: Falls die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich die Bedingungen beachten, die in der dritten Frage dargelegt wurden, sieht die Sowjetregierung keine Hindernisse für die Aufhebung der Transportbeschränkungen, aber unter der Bedingung, daß gleichzeitig die Transport- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden, die von den drei Mächten eingeführt wurden.

Vierte Frage: Werden Sie, Eure Exzellenz, bereit sein, eine Begegnung mit Präsident Truman an irgendeinem für beide annehmbaren Ort zu haben, um die Möglichkeiten des Abschlusses eines derartigen Friedenspaktes zu erörtern?

Antwort: Ich habe auch schon früher erklärt, daß es gegen eine Begegnung keine Einwendungen gibt.

Stalin lädt Truman ein

Moskau, 2. Februar (TASS). Am 1. Februar sandte der europäische Generaldirektor der amerikanischen Agentur International News Service, Kingsbury Smith, aus Paris folgendes Telegramm an J. W. Stalin:

An Generalissimus J. Stalin, Kreml, Moskau

Eure Exzellenz, Der offizielle Vertreter des Weißen Hauses, Charles Ross, erklärte heute, Präsident Truman würde sich freuen, die Möglichkeit zu haben, sich mit Ihnen in Washington zu beraten. Wären Sie, Eure Exzellenz, bereit, zu diesem Zweck nach Washington zu kommen? Wenn nicht, wo wären Sie bereit, sich mit dem Präsidenten zu treffen?

Mit tiefer Hochachtung

Kingsbury Smith, Europäischer Generaldirektor
der Agentur International News Service

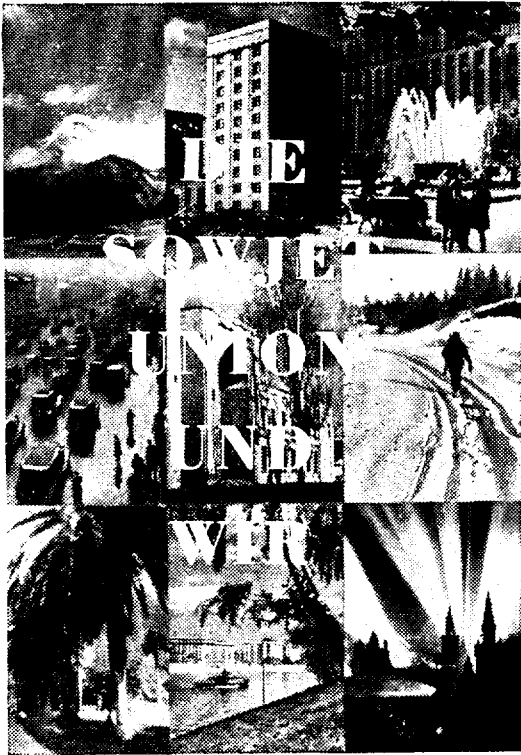
J. W. Stalin sandte folgende Antwort an Kingsbury Smith:

An Herrn Kingsbury Smith, Europäischer Generaldirektor der Agentur International News Service, Paris

Ihr Telegramm vom 1. Februar habe ich erhalten. Ich danke Präsident Truman für die Einladung nach Washington. Eine Reise nach Washington ist schon längst mein Wunsch, was ich seinerzeit Präsident Roosevelt in Jalta und Präsident Truman in Potsdam gesagt habe. Leider habe ich gegenwärtig nicht die Möglichkeit, diesen meinen Wunsch zu verwirklichen, da die Ärzte entschieden dagegen sind, daß ich eine längere Reise, besonders zur See oder mit dem Flugzeug, mache. Die Regierung der Sowjetunion würde einen Besuch des Präsidenten in der UdSSR begrüßen. Man könnte eine Beratung in Moskau, Leningrad oder in Kaliningrad, in Odessa oder in Jalta abhalten, nach Wahl des Präsidenten, natürlich soweit dies dem Präsidenten keine Unbequemlichkeiten bereitet. Wenn jedoch dieser Vorschlag auf Einwendung stößt, könnte man eine Zusammenkunft in Polen oder in der Tschechoslowakei veranstalten, nach Ermessen des Präsidenten.

2. Februar 1949

Achtungsvoll
J. W. Stalin



64 Seiten Inhalt,
reich illustriert und mit
graphischen
Darstellungen
P R E I S D M

ie Mitglieder der Delegation des Deutschen
Volksrats, die an den Feierlichkeiten
anlässlich des 31. Jahrestages der Großen
Sozialistischen Oktoberrevolution teilnahmen,
berichten der deutschen Öffentlichkeit
über die Eindrücke und Schlußfolgerungen
ihrer Reise.

Arbeiter und Politiker, Marxisten und Nicht-
marxisten schildern, was sie gesehen haben,
jeder auf dem Gebiet, das ihn interessierte,
und ziehen daraus die Lehre — für uns.

K O N G R E S S - V E R L A G G M B H

B E R L I N W 3 · W I L H E L M P L A T Z 8 / 9

DEUTSCHER VOLKSRAT

Informationsdienst

25X1A

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Aus dem Inhalt :

Otto Grotewohl :

Demokratische Verfassung für ganz Deutschland —
kein Besatzungsstatut

Diskussionsbeiträge der 6. Volksratstagung :

Ministerpräsident Professor Hübener -- Dr. Leo Zuckermann --
Dr. Lothar Bolz -- Käthe Kern -- Bernhard Göring -- Professor
Deiters u. a.

Abstimmung und EntschlieBungen

*Wortlaut der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
(2. Entwurf vom 19. März 1949)*

6. Tagung des Deutschen Volksrates am 18. und 19. März 1949 in Berlin

**Begründung, Diskussion und Abstimmung der Verfassung
der Deutschen Demokratischen Republik am 19. März 1949**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Otto Grotewohl: Demokratische Verfassung für ganz Deutschland — kein Besatzungsstatut	3
Diskussion:	
Niemals werden wir Unrecht als Recht anerkennen Dr. Leo Zuckermann (SED)	12
Warum die Liberal-Demokraten die Verfassung bejahen Prof. Dr. Erhard Hübener (LDP)	13
Zusätzliche Empfehlungen der CDU Anton Miller (CDU)	14
Die Verfassungsgrundsätze — Richtschnur der Länder- gesetzgebung Dr. Lothar Bolz (NDP)	15
Die Gleichberechtigung der Frau nicht mehr Programm, sondern Tatsache Käthe Kern (DFD)	16
Die Verfassung dient der Demokratisierung des Dorfes Otto Körting (VdgB)	17
Rudolf Albrecht (DBP)	18
Alle Werktätigen Deutschlands werden der Verfassung zustimmen Bernhard Göring (FDGB)	19
Wir fordern gesamtdeutsche Besprechungen Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Westzonen	20
Die Verfassung das Kampfprogramm der gesamten deut- schen Jugend Karl-Ernst Reuter (FDJ)	21
Schule und Verfassung Dr. Maria Torhorst (Kulturbund)	22
Nationale Einheit überwindet kulturellen Notstand Prof. Dr. Heinrich Deiters (Kulturbund)	22
Nationale Selbsthilfe in Berlin Hans Jendretzky (SED)	23
Verfassung aller Antifaschisten Pastor Martin Siedersleben (VVN)	24
Die Abstimmung	25
Entschließung zur Verfassung der Deutschen Demokra- tischen Republik	26
Protestresolution gegen die Schändung der Farben der Deutschen Demokratischen Republik	26

Anhang

Der Wortlaut der Verfassung der Deutschen Demokra- tischen Republik	27
(2. Entwurf vom 19. März 1949)	

SECRET

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Begründung, Diskussion und Abstimmung

Otto Grotewohl vor dem Deutschen Volksrat am 19. März 1949 in Berlin

Demokratische Verfassung für ganz Deutschland, kein Besatzungsstatut

Fünf Monate sind vergangen seit dem Herbst des vorigen Jahres — dem 22. Oktober 1948 —, als der Verfassungsausschuß dem Plenum des Deutschen Volksrates die erste Fassung des Entwurfes der „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ vorlegte, das Plenum ihm in allen entscheidenden Bestimmungen seine Zustimmung gab und ihn dem deutschen Volke zur Diskussion unterbreitete.

„Der Deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes“, hieß es in der damals zum Verfassungsentwurf angenommenen Entschliebung. „Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien demokratischen deutschen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages. Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreibung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ vor und stellt ihn zur freien Diskussion.“

Ergebnisse der Verfassungsdiskussion

Seit dieser Zeit ist der Verfassungsentwurf zu einem bedeutsamen Faktor der politischen Öffentlichkeit geworden. Er fand und findet heute überall stärkste Beachtung, und zwar in allen Kreisen der Bevölkerung. Mit größter Genugtuung können wir feststellen, daß — wohl erstmalig in der deutschen Geschichte — die Arbeiter in den Betrieben und die Bauern in den Gemeindeversammlungen der Dörfer, unsere Frauen und Jugendlichen, gerade jene Schichten, für die bisher Verfassungs- und Staatsfragen ein Buch mit sieben Siegeln waren, sich lebhaft mit den in dem Entwurf

aufgeworfenen Problemen beschäftigten und in zahllosen Zuschriften und Resolutionen gute Verbesserungsvorschläge machten, die zum Teil zu wesentlichen Verbesserungen des Entwurfes beitrugen. Sie finden die näheren Daten über die Ergebnisse der Diskussionen in dem Vorwort zur Verfassung.

Die Tatsache, daß wir das öffentliche Interesse für die Verfassungsfragen erweckt haben, ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg unserer Arbeit. Denn es ist klar: Unsere Aufgaben in der Verfassungsschöpfung konnten sich nicht darauf beschränken, ein politisch und rechtlich einwandfreies Verfassungsdokument herzustellen; dadurch allein kann man eine Demokratie noch nicht schaffen. Die Erweckung des Interesses breiter Schichten unseres Volkes für die Verfassungs- und Staatsfragen gehört zu den Aufgaben, die wir in der demokratischen Neugestaltung Deutschlands zu leisten haben. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß es unserer Volkskongreßbewegung gelingen wird, dieses Interesse wachzuhalten und zu vertiefen. Denn das Volk ist in dieser Verfassung mehr als das willenlose Objekt der Staatsgewalt; es ist der Schöpfer des Staates und der Träger der Staatsmacht. Es muß zu einem demokratischen Staat und dessen Verfassung ein ganz anderes Verhältnis haben als zu einem Obrigkeitsstaat. Verfassung und Staat kann nur Sache des Volkes sein, wenn es auch das Werk des Volkes ist, wenn alle, denen das Geschick unseres Volkes am Herzen liegt, an der Gestaltung des Staates mitwirken. Und hier zeigt sich die ganze Zerrissenheit unseres Vaterlandes. Ist das nicht ein tragischer Anschauungsunterricht für das deutsche Volk: bei uns Verfassungsschöpfung aus freier Initiative der Parteien und Massenorganisationen unter freiwilliger Mitarbeit des deutschen Volkes, im Westen dagegen Parteien als Befehlsempfänger von drei ausländischen Generalen unter Ausschaltung des deutschen Volkes.

Die Grundprinzipien des von uns vorgelegten „Entwurfes der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ brauche ich hier nicht eingehend zu wiederholen. Sie waren zweimal im Volksrat Gegenstand der Beratung: zuerst, als der Verfassungsausschuß die Richtlinien vorlegte und dann, als er die erste Fassung des Entwurfes zur Beratung stellte. Sie sind in der Öffentlichkeit viel besprochen und diskutiert worden.

Der Verfassungsausschuß kann mit größter Genugtuung feststellen, daß — bei mannigfacher Kritik an einzelnen Bestimmungen der Verfassung — ihre Grundkonzeption einmütig die Billigung aller Schichten unseres Volkes gefunden hat. Das ist gewiß der schönste Lohn für die Arbeit des Deutschen Volksrates. Ich wage zu behaupten, daß für breite Schichten unseres Volkes — jedenfalls in der Ostzone — diese Grundprinzipien heute schon Gemeingut geworden sind. Das tiefe Verständnis für den Entwurf wurde aus den zahllosen Zuschriften deutlich, die an den Verfassungsausschuß gelangten und zum Teil wertvolle Ergänzungen enthielten. 52 Artikel des Entwurfes wurden auf Grund dieser Anregungen geändert und zum Teil wesentlich verbessert.

Die Verbesserungen des Entwurfs

So wurde in Artikel 3 das Petitionsrecht eingefügt und die Pflichten der im öffentlichen Dienst Tätigen genau konkretisiert. Der Schutz des Privateigentums an bürgerlichem Besitz wurde im Artikel 24 auf eine breitere Basis gestellt; in Artikel 32 wurde die Verpflichtung des Staates zur Errichtung von Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind festgelegt. In Artikel 144 wurde ein bedeutsamer Zusatz aufgenommen. Es heißt hier, daß die zur Durchführung der Verfassung notwendigen Bestimmungen gleichzeitig mit der Verfassung selbst in Kraft zu setzen seien. Dadurch wird vermieden, daß, wie es in der Weimarer Verfassung der Fall war, alles späteren Durchführungsgesetzen überlassen wird, wodurch die wesentlichen Reformen, die die Verfassung vorsieht, auf unbestimmte Zeit verschoben werden können. Es handelt sich hier insbesondere um die Gesetze über die Gleichberechtigung der Frau und des außerehelichen Kindes, über die Staatsangehörigkeit, über den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, sowie das Gesetz, das Rassen-, Völker- und Kriegshetze als Verbrechen unter Strafe stellt.

Hinsichtlich eines Punktes bedarf es noch einer Klärung und der Abstimmung hier im Plenum.

Der Artikel 57 sieht für die Volkskammer ein kollektives Präsidium aus drei Präsidenten vor. Der Verfassungsausschuß hatte sich zu diesem kollektiven Präsidium entschieden, um eine starke Machtkonzentration in einer Person zu vermeiden. Gegen dieses kollektive Präsidium sind Bedenken erhoben, da es die Geschäftsführung der Volkskammer erschwere und weil ferner die in Artikel 108 vorgesehene Vertretung des Präsidenten der Republik eine sehr komplizierte sein würde. Inzwischen haben sich die Arbeitsgemeinschaften auf einen Präsidenten geeinigt.

Aber nicht nur bei unseren Freunden, auch bei unseren Gegnern war die Beachtung des Verfassungsentwurfes erheblich. Man konnte sich dem kühnen Vorstoß, der mit dem Entwurf getan wurde, nicht entziehen. Er hat viele der Schreiberlinge, die ihn zu zerreißen oder zu bagatellisieren hatten, in peinliche Verlegenheit versetzt; denn vieles, was hier festgelegt ist, läßt sich einfach nicht bagatellisieren. Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß dieser Entwurf wie ein Fels dasteht, als die Grundstruktur der künftigen deutschen Demokratie. Er wird sich gegen alle Kritiker und Feinde verteidigen können, denn er erhebt eine ewige Wahrheit zum Gesetz, die Wahrheit nämlich, daß die quälenden Widersprüche im Leben der Menschen und der Völker erst dann aufgehoben sind, wenn das Volk zum freien Gestalter seines Staates und der Wille des Volkes zum Inhalt der Staatsgewalt selbst erhoben wird.

Die auf der vorigen Sitzung angenommene Resolution zur Verfassungsfrage beschäftigte sich weiter mit der widerspruchsvollen Entwicklung in Deutschland. Es hieß in dieser Entschliebung:

„Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten ‚Parlamentarischen Rates‘ in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben wird. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.“

Wir müssen feststellen, daß die damals aufgezeigte Entwicklung im Westen unvermindert ihren Fortgang genommen hat. Die Kräfte, die auf die Spaltung Deutschlands, die Auslieferung Westdeutschlands an die westlichen Besatzungsmächte und die Gründung eines amerikanischen Protektoratsstaates hinielen, sind weiter am Werke. Sie sind ein Teil jener Kraft, die heute die Welt überhaupt in zwei Lager zu spalten sucht und die fieberhaft und durch den Glanz des Dollars geblendet auf einen dritten Weltkrieg hinarbeitet.

Übergewicht der Friedenskräfte

Aber zugleich zeigt sich, und zwar sowohl im Weltmaßstabe als auch für Deutschland, wie sich in den wenigen Monaten dieses Winters das Gewicht zwischen den beiden Lagern, den Kräften des Friedens und den Kräften des Krieges, verschoben hat. Die Kräfte des Friedens, der Demokratie, die Kräfte, die für die Freiheit der Selbstbestimmung der Völker eintreten, sind gewachsen; sie sind gewachsen, weil ihr politisches und moralisches Übergewicht gegenüber den Kräften des Krieges und der Unterdrückung mit jedem Tage deutlicher für die Völker wird. Während man dort im

Lager der Kriegstreiber und der Unterdrücker, der Zerstörer der Demokratie sich immer mehr in seinen eigenen Widersprüchen verstrickt, während dort die Unmöglichkeit, eine auch nur einigermaßen erträgliche Lebensbasis für die Massen des Volkes zu schaffen, immer offensichtlicher wird, geht hier, im Lager der Friedensfreunde, der Kampf der Völker für den friedlichen Aufbau, der jedem seine Lebensgüter sichert, seinen ruhigen und festen Gang, gewinnt immer mehr an Boden und ergreift mehr und mehr das Denken und die Herzen der Menschen.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte in der Sowjetunion und den Ländern der Volksrepubliken führen zu einer immer weiteren Festigung dieser Staaten. Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion hat die politische und moralische Kraft bei allen Völkern der Erde gehoben. Die welthistorische Bedeutung des Sieges der chinesischen Volksarmee kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Erklärungen der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, denen entsprechende Verlautbarungen weiterer Arbeiterparteien in allen Teilen der Erde folgten, im Falle eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion den aktiven Kampf gegen die Angreifer zu führen, bringt ein ganz neues Moment in die internationale Lage, das keineswegs zugunsten der Kriegstreiber wirkt, sondern ihre Position tödlich schwächt. Die Massenbasis, ohne die sie ihren Krieg nicht führen können, ist für die Imperialisten und Kriegstreiber ernstlich gefährdet. Wir haben deutliche Anzeichen einer breiten, die ganze kapitalistische Welt umfassenden Freiheitsbewegung, deren politisches Ziel Frieden, Demokratie und nationale Selbstbestimmung ist. Diese Tatsache erschwert die Lage der Imperialisten außerordentlich, denn die Freiheit und demokratische Selbstbestimmung der Völker ist das Ende ihrer Herrschaft über andere Völker. So müssen sie den Kampf um ihre Vorherrschaft mit offeneren und brutaleren Methoden führen. Die bloß wirtschaftliche Intervention reicht nicht mehr aus, die politische und militärische wird notwendig. Während man in Übersee mit brutalsten Mitteln für die Erhaltung der kolonialen Versklavung der Völker kämpft, bereitet man in Europa die Neuschaffung von Kolonien vor.

Schon bald nach dem Abschluß des zweiten Weltkrieges war es offensichtlich, daß die alte Taktik der wirtschaftlichen Expansion, die darin bestand, durch Kredite die fremden Staaten in Abhängigkeit zu bringen, nicht mehr geeignet ist, die politischen Interessen der amerikanischen Imperialisten durchzusetzen. Man mußte zu wirksameren Methoden greifen. So ging man zur politischen Intervention über und verband die Kredite mit der Befugnis weitgehender Einflußnahme auf die wirtschaftliche Gestaltung des betreffenden Landes selbst und auf seine Politik. Das ist der Sinn des Marshall-Planes. Für geliehene Dollar sollen die Völker ihre politische Selbständigkeit an die amerikanischen Imperialisten verkaufen. Aber die Widersprüche zwischen den nationalen Interessen der Völker und den Diktatoren des Marshall-Planes brechen überall durch und stellen das

ganze Gebäude in Frage. So ist man gezwungen, zu dem System der direkten militärischen Intervention überzugehen, einem System, das jetzt durch den Atlantik-Pakt vorbereitet wird. Das ist kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche im Lager der Kriegstreiber. Bajonette und Bombenflugzeuge, auf die man die Machtstellungen stützen will, sind eine ebenso unsolide Herrschaftsbasis, als es zuvor der Dollar war. Das werden die amerikanischen Herren bald erleben.

Die Völker, die in dieses verhängnisvolle Netz eingespant werden, müssen überall die bittere Erfahrung machen, daß die Macht, die sich ihnen unter dem Vorwand nähert, ihnen Sicherheit und Humanität zu bringen, nichts anderes beabsichtigt, als sie in einen furchtbaren Krieg zu stürzen und ihnen das Joch der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung auf den Nacken zu legen. Die ersten Widerstände der Völker gegen diese Politik sind überall sichtbar. Das Bewußtsein der Völker über das wirkliche Wesen amerikanisch-imperialistischer Politik beginnt zu erwachen. Mit diesem Bewußtsein aber schlägt die Todesstunde einer solchen Politik, denn sie kann sich nur solange halten, als sie die Menschen und Völker über ihr wahres Wesen zu täuschen vermag.

Auch Deutschland ist das Spannungsfeld dieser Widersprüche, und hier haben wir dieselbe Verschiebung der Kräfte, wie sie im Weltmaßstabe besteht: die Kräfte des Friedens und der Demokratie, die Kräfte, die für die Herstellung unserer nationalen Souveränität eintreten, sind gewachsen; die Kräfte des Krieges, die blind vertrauend der amerikanischen Politik folgten, werden schwächer und schwächer, die Zweifel über die angeblich humanitären Ziele der amerikanischen Politik werden dagegen auch im Westen unseres Vaterlandes immer stärker und stärker, denn auch bei uns wächst das Bewußtsein darüber, was eigentlich der amerikanische Imperialismus in Deutschland will. Die scheinbaren Wohltaten betrügen nicht mehr. Es ist offenbar geworden, daß mit dem Einschrumpfen des britischen Einflusses die amerikanischen Imperialisten auch das Territorium von der Elbe bis zum Rhein unter ihren Einfluß zu bringen trachten. Ihre Herrschaft im Westen Deutschlands wird mehr und mehr als ein bitteres Joch empfunden. Das aber heißt für die deutschen Staats- und Verfassungsfragen, daß die Kräfte in Deutschland, welche die Notwendigkeit der Herstellung eines unabhängigen deutschen Staatswesens, einer einheitlichen demokratischen Republik erkannt haben, gewachsen sind und ständig weiter wachsen.

Kampf um den kommenden deutschen Staat

Wir Mitglieder des Deutschen Volksrates waren uns seit der Gründung unserer Bewegung bewußt, Repräsentanten dieser Kräfte zu sein, und wir haben für ihre allseitige Entfaltung gearbeitet. Aus dieser Intention heraus kam es vor Jahresfrist auf dem zweiten Volkskongreß zu dem Beschluß, den Entwurf einer Verfassung für eine deutsche demokratische Republik, für den deutschen Einheitsstaat zu erarbeiten. Es gab damals Stimmen, die einen solchen Plan als illusionär

oder als Agitation erklärten, da wir ja keinen souveränen deutschen Staat hätten. Heute sehen wir deutlich, daß die umfangreichen Arbeiten, die der Verfassungsausschuß geleistet hat, und die Mitarbeit zahlreicher deutscher Demokraten in der Diskussion weder überflüssig noch politisch bedeutungslos waren. Im Gegenteil. Wir hätten eine schwere Unterlassung begangen und hätten die Notwendigkeiten unseres Kampfes nicht richtig verstanden, wenn wir uns nicht sofort darangemacht hätten, uns selbst Klarheit über den Aufbau unseres zukünftigen deutschen Staatswesens zu verschaffen. Wir hätten vor allem eine unabdingbare Pflicht vor unserem Volke nicht erfüllt, die darin bestand, das Problem der deutschen Demokratie zu erforschen und die Lehren aus den Erfahrungen — den bitteren Erfahrungen — unserer Vergangenheit ziehend, einen genauen Aufbauplan unseres zukünftigen demokratischen Staatswesens zu entwerfen. Wo ständen wir überdies heute in Deutschland, wenn dem Bonner „Verfassungswerk“ nicht ein Gegengewicht durch den Entwurf des Deutschen Volkssrates gegenüberstände.

Der Einwand, sich mit der Verfassung zu beschäftigen sei müßig, da wir noch keinen Staat hätten, verkennet vollkommen die politische Situation, in der wir deutschen Demokraten stehen. Uns wird unser demokratischer Staat nicht geschenkt, das zeigen schon die Erfahrungen der letzten drei Jahre. Wir müssen ihn uns gegen Widersacher von nicht geringem Gewicht selbst erarbeiten. In diesem Kampf um den kommenden deutschen Staat ist darum die Gewinnung des Volkes eine entscheidende Voraussetzung. Es ist klar, daß hierfür die Verfassung das erste und wichtigste Mittel ist. Das gilt insbesondere gegenüber unserem deutschen Volke, das durch die lange Periode des Obrigkeitsstaates bismarckscher, wilhelminischer und hitlerischer Prägung eine tiefe Skepsis, ja eine Abneigung gegen den Staat in sich trägt. Wollen wir dem deutschen Volke zurufen: wir bedürfen der Erneuerung unseres Staates auf demokratischer Grundlage; wir brauchen einen wahrhaften Volksstaat, so ist die Aufzeigung des konkreten Aufbaus dieses demokratischen Staatswesens unabwendbar, zumal es in unserer Geschichte niemals ein wirklich demokratisches Staatswesen gab, auf das wir uns hätten berufen können. So ist die Verfassung der bedeutsamste Baustein unseres zukünftigen deutschen Staatswesens.

Aber ganz unabhängig davon zeigt heute die politische Lage in Deutschland, wie richtig wir gehandelt haben, als wir die politische und organisatorische Grundlage unseres zukünftigen Staates erarbeiteten und in diesem Verfassungsentwurf konkretisierten. Die Widersacher der deutschen Einheit, eines souveränen deutschen Staatswesens waren nicht weniger rührig als wir und haben mit enormem Aufwand, Pomp und Propaganda das Werk der Aufspaltung Deutschlands und der Zerstörung seiner Selbständigkeit in Szene gesetzt. Sie versuchen krampfhaft, ihrem ganzen Tun das Gesicht einer deutschen Staats- und Verfassungsschöpfung zu geben. Ich meine die Tätigkeit des sogenannten „Parlamentarischen Rates“ in Bonn, der die

ganze Misere einer Politik und Haltung widerspiegelt, die Verzicht leistet auf das fundamentalste Naturrecht jeder Nation, das Recht auf seine nationale Selbstbestimmung. Das politische Tun dieses Rates wird, der Logik seiner eigenen falschen Politik folgend, mehr und mehr auf den Weg des nationalen Verfalls gedrängt.

Verfassung des nationalen Verfalls

Dieser Verfall der nationalen Einheit hat seine innere zwingende Logik; ein Schritt zieht den anderen mit Notwendigkeit nach sich. Von der Anerkennung des Föderalismus über die bundesstaatliche Struktur des kommenden Deutschland gelangte man zur Anerkennung seiner Spaltung. Von der Anerkennung der Spaltung ging es zur Hinnahme des Besatzungsstatuts. Von der Anerkennung des Besatzungsstatuts bis zur völligen Annexion, wie das Ruhrstatut es zeigt, ist es nur noch ein letzter Schritt. Man beruft sich allzu gern auf den Zwang der Verhältnisse, der zu solchen Resultaten führe. Nun, es ist keineswegs der Zwang der Verhältnisse, sondern der Wille des amerikanischen Imperialismus. Es gibt ein Mittel, sich von solchen Verhältnissen zu befreien, indem man sich eben von der Unterwerfung unter die Politik des amerikanischen Imperialismus lossagt, sich auf die Lebensgesetze unseres Volkes besinnt und sie zur unabdingbaren inneren Richtschnur seines politischen Handelns macht.

Dies ist die Lage der Dinge, so wie sie im Westen abläuft, und dieser Logik unterliegt die ganze sogenannte Verfassungsschöpfung in Bonn. Was in Bonn geschieht, hat mit einer deutschen Verfassungsschöpfung so viel zu tun, wie die Operation eines Kranken mit der Sektion einer Leiche. Es geht hier nicht um die Heilung eines Volkskörpers, man schneidet vielmehr so willkürlich an diesem Volkskörper herum, als ob kein Leben mehr in ihm wäre. Das deutsche Volk ist nur ein Handelsobjekt in dieser sogenannten Verfassung. Man kann mit Fug sagen: nichts spielt in Bonn eine so geringe Rolle als das Interesse des deutschen Volkes; dieses Interesse ist nur noch eine unbekannte Größe. Man kann sich zur Rechtfertigung eines solchen Verhaltens nicht immer nur auf die Tatsache der Niederlage Deutschlands im Hitlerkrieg und der bedingungslosen Kapitulation berufen. Die Argumentation, Deutschland sei dadurch entrechtet und an Händen und Füßen gebunden, ist ebenso unrichtig wie die Behauptung, wir seien auf Gedeih und Verderb den Alliierten ausgeliefert und hätten durch die Niederlage der Hitlerarmee und die Zerschlagung des Hitlerstaates jedes Recht auf nationale Selbstbestimmung eingebüßt.

Diese Argumente entsprechen keineswegs den Tatsachen. Deutschland hat durch die Kapitulation der Hitlerarmee seine Souveränität nicht verloren! Die Tatsache des Verlustes unserer Souveränität wird nur konstruiert, um die Politik der vollkommenen Unterwerfung unter den Willen der westlichen Besatzungsmächte vor dem Volke zu rechtfertigen.

Es gibt kein Aufhören der Souveränität eines Volkes, es gibt keine Vernichtung des Rechtes auf Selbstbestimmung.

mung seines staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Freiheit der Selbstbestimmung ist das höchste Recht jedes Volkes und jeder Nation. Die Völker brauchen das Recht der Selbstbestimmung so nötig wie der Mensch die Luft zum Leben. Die Völker und Nationen werden erst dann friedlich und glücklich nebeneinander leben, wenn jedes in voller Freiheit seine Fähigkeiten und Talente entfalten kann und keines das andere unterdrückt. Das Zusammenleben der Völker kann nur aufbauen auf der Gleichberechtigung aller Völker, nicht aber auf der Oberherrschaft des einen über die anderen. Es war Hitler vorbehalten, die These von der „Hegemonie“ eines Volkes, seines Herrenvolkes, über andere Völker als das Prinzip des Völkerrechts zu entwickeln und so das Völkerrecht zu einem Instrument der Unterdrückung anderer Völker zu machen.

Die Geschichte der jüngsten Zeit hat die Welt ein anderes gelehrt. Gegen diese Auffassungen der Hegemonie wurde ja gerade der Krieg geführt. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Versuche der Vernichtung des Selbstbestimmungsrechts, der Knechtung der Völker, vergebens sind. Das Gesetz der Geschichte zeigt, daß der Druck von oben den Gegendruck von unten erzeugt. Nationaler Notstand erzeugt nationale Selbsthilfe. Die Unterdrückung der Völker ruft den Kampf um ihre Freiheit wach.

Dies war die wertvollste Erkenntnis aus der jüngsten Vergangenheit, als Hitler seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen suchte. Die Völker, die unter der unmenschlichen Okkupation Hitlers im Kriege litten, haben daraus die Konsequenz gezogen, mit dem Kampf gegen Hitler sich das Recht ihrer freien Selbstbestimmung zu erkämpfen.

Anerkanntes Selbstbestimmungsrecht

Ich habe bereits in meinen Ausführungen bei der ersten Beratung der Verfassung im Volksrat darauf hingewiesen, daß nach den feierlichen Erklärungen der Großmächte, die sie während des Krieges gegen Hitler abgaben, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Grundlage des staatlichen Aufbaus und der internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit erhoben werden sollte. Ich darf hier noch einmal auf die für uns Deutsche so bedeutsame internationale Akte und Erklärungen zurückkommen.

Ich verwies auf die Atlantik-Charta, die mitten im Kriege, im August 1941, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als unumstößliches Prinzip festlegte. Ich sagte damals:

„Anfang 1945 erklärten die Alliierten in den Dokumenten über die Krim-Konferenz: ‚Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen‘, und in den Dokumenten über die Kapitulation Deutschlands vom 5. Juni 1945 heißt

es: ‚Es ist in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.‘“

Eben weil keine zentrale deutsche Regierung bestand, übernahmen zeitweise, nämlich bis zu ihrer Wiederherstellung, die Alliierten die Regierungsgewalt. Dann heißt es ausdrücklich im Dokument der Krim-Konferenz weiter:

„Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken, der besagten Autorität und Machtvollkommenheiten bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.“

Über die Ziele und Zwecke der Besatzung heißt es dann im Potsdamer Abkommen näher:

„Die Verbündeten haben nicht die Absicht, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Verbündeten haben die Absicht, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, sich darauf vorzubereiten, weiterhin die Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu verwirklichen. Werden die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unentwegt auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein, so wird das deutsche Volk im Laufe der Zeit unter den freien und friedlichen Völkern der Welt Platz nehmen können.“

Es werden hier die Ziele der Okkupation wiederholt: Zertrümmerung der hitlerischen Kriegsmaschine und der Nazipartei, Auflösung des zentralisierten Hitlerstaates, die Beseitigung aller nazistischen Elemente aus dem alten Staatsapparat, insbesondere dem Bildungswesen, Gerichtswesen und der Verwaltung; die Zerschlagung der Kriegsindustrie sowie die Auflösung der Kartelle, Syndikate und der anderen Monopolorganisationen; die Sicherung der Wiedergutmachung, die Schaffung der Grundlage einer demokratischen Verwaltung in den Gemeinden, Kreisen und Ländern; die Schaffung der Grundlage eines lebendigen, demokratischen politischen Lebens durch die Zulassung und Förderung der demokratischen politischen Parteien, die Schaffung einer Friedensindustrie zur Deckung des friedlichen Bedarfes...

Es wurde im Potsdamer Abkommen ferner der Rat der Außenminister geschaffen, über dessen Funktion es in diesem Abkommen heißt:

„Der Rat wird eingesetzt werden zur Vorbereitung der Friedensregelung für Deutschland, damit ein diesbezügliches Dokument von einer hierfür geeigneten Regierung Deutschlands angenommen wird, sobald eine solche Regierung gebildet sein wird.“

Damit also waren die Perspektiven der politischen Entwicklung in Deutschland eindeutig festgelegt: schrittweises Werden des deutschen demokratischen Staates, wobei die Siegermächte ihre Funktion dahin abstim-

ten, diesen Prozeß in eine bestimmte Richtung zu lenken: die faschistischen, militaristischen und alle diktatorischen Elemente aus dieser Staatsentwicklung zu entfernen und das Werden eines demokratischen Staatsgebildes tatkräftig zu fördern.

So sollte eine deutsche demokratische Republik entstehen mit einer zentralen Regierung, die mit den Siegermächten einen Friedensvertrag abschließt, in dem Deutschland den von der Hitlerarmee den Völkern verursachten Schaden wiedergutzumachen sich verpflichtet. Alle Regelungen, die diesen gemeinsam getroffenen Abmachungen der Alliierten widersprechen, sind völkerrechtswidrig. Darum sage ich heute und an dieser Stelle — das mag man besonders im Westen und in der Welt hören —: Ruhrstatut, Ruhrbehörde und Besatzungsstatut, die in Verletzung dieser Völkerrechtsprinzipien und der Potsdamer Beschlüsse getroffen wurden, sind rechtsungültig und können vom deutschen Volke niemals anerkannt werden.

Es ist doch anzunehmen, daß den Herren in Bonn, die sich anheischig machen, über die Zukunft unserer Nation zu entscheiden, die Atlantik-Charta, die Krim-Vereinbarung und das Potsdamer Abkommen bekannt sind, wonach die verhängnisvolle Hitlerische These von der Oberherrschaft eines Volkes über ein anderes ausdrücklich verworfen, und — darin liegt das Bedeutsame für uns Deutsche — das Recht auf nationale Selbstbestimmung auch für ein auf demokratischer Grundlage sich entfaltendes Deutschland verbrieft wird.

Was aber soll man nun von einer Politik sagen, die entgegen diesen jüngsten Erfahrungen der Befreiungskämpfe gegen Hitler, entgegen der Verbriefung des Rechts der Völker und auch des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung, auf dieses Recht leichtfertig Verzicht leistet und sich einem Besatzungsstatut beugt, die Oberherrschaft der amerikanischen Imperialisten über Westdeutschland feierlich anerkennt und die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes dem Besatzungsstatut unterordnet. Sie haben damit anerkannt, daß die deutsche Verfassung, also die Rechte der Bürger und des deutschen Volkes, nur im Rahmen des Besatzungsstatuts überhaupt Wirksamkeit haben. So also rangiert das Besatzungsstatut als das höchste Ordnungsprinzip. Diese Ordnung des Besatzungsstatuts aber ist nichts anderes als die vom amerikanischen Imperialismus in Deutschland gewünschte Ordnung eines Kolonialstatuts, das höher stehen soll als der Wille und das Interesse des deutschen Volkes.

Die Herren dieser kolonialen Gewaltpolitik mögen sich aber nicht täuschen. Eine solche Ordnung der Gewalt kann und wird in Deutschland niemals von Bestand sein. Darüber sind sich objektive Betrachter des Deutschlandproblems natürlich auch in Amerika bereits im klaren. Es ist durchaus zutreffend, wenn die „New York Herald Tribune“ schreibt:

„In einem Deutschland, das zu einer kolonialen Periode verdammt sei, kann auch die Bonner Verfassung keine Dauer haben. Sie wird über

Bord geworfen werden, sobald die Deutschen ihre Unabhängigkeit wiedergewinnen werden.“

Das ist richtig: Wenn auch manche westdeutschen Politiker heute diese Einsicht noch nicht erlangt haben mögen, wenn sie auch unsere Argumentation über die Lebensansprüche und Lebensanrechte der deutschen Nation noch nicht gelten lassen wollen, am Ende dieser entwürdigenden Kolonialperiode für Deutschland werden die harten Tatsachen sie alle überzeugt haben. Das Volk aber wird die sogenannte Bonner Verfassung dann mit einem einzigen kühnen Griff zerreißen und sie den westlichen Alliierten und ihren heute gar zu gutgläubigen deutschen Helfern als einen wertlosen Fetzen Papier vor die Füße werfen.

Können sich die Herren in Bonn etwa darauf berufen, daß Deutschland in der Welt heute isoliert sei, daß es keine Freunde habe und sich wohl oder übel diesem Diktat beugen müsse? Doch keineswegs! Deutschland ist außenpolitisch nicht isoliert; die Staaten des Ostens gehen in ihrer Deutschlandpolitik konsequent den Weg weiter, den sie in Potsdam eingeschlagen haben. Auf der Warschauer Außenministerkonferenz vom 24. Juni 1948, auf der die Außenminister der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns vertreten waren, wurde der folgende Beschluß bezüglich Deutschlands angenommen:

1. Nach Übereinkommen zwischen Großbritannien, der UdSSR, Frankreich und den USA Durchführung von Maßnahmen, die die Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands gewährleisten.
2. Für eine bestimmte Frist Errichtung einer Kontrolle der vier Mächte — Großbritannien, UdSSR, Frankreich und die USA — über die Schwerindustrie der Ruhr mit dem Ziel, die Friedenszweige der Ruhrindustrie zu entwickeln und die Wiederherstellung des Kriegspotentials Deutschlands nicht zuzulassen.
3. Nach Übereinkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA Bildung einer provisorischen, demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen Deutschlands mit dem Ziel, Garantien gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression zu schaffen.
4. Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gemäß den Potsdamer Beschlüssen, damit die Besatzungstruppen aller Mächte binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages abgezogen werden.
5. Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Staaten, die durch die deutsche Aggression gelitten haben.

Diese Politik ist der Ausdruck der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts auch des deutschen Volkes.

Unverhüllte Annexion

Demgegenüber geht die Politik des amerikanischen Imperialismus von dem Streben nach politischer Herrschaft über andere Völker aus. Marshall-Plan und Atlantik-Pakt liegen in dieser Richtung der Vorherrschaft über andere Völker. Damit aber ist die völkerrechtliche These Hitlers, die These von der Hegemonie eines Volkes über andere wieder lebendig geworden und der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker ist aufgegeben. Ob die Beugung unter die „germanische Herrenrasse“ gefordert wird oder unter die Interessen der amerikanischen Monopole, das ist höchstens ein Gradunterschied, er ändert nichts an der Tatsache der Vernichtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Hier wie dort ist das zwischenstaatliche Verhältnis nicht die Anerkennung der Gleichheit, sondern die Annexion des Schwächeren durch den Stärkeren.

Der Übergang zur unverhüllten Annexion mußte sich auch auf die Verfassungsmacherei in Bonn auswirken. Es war empörend zu sehen, wie der „Parlamentarische Rat“ Schritt auf Schritt von den Westalliierten in seinen Kompetenzen begrenzt wurde. Dieser Rat ist keine Instanz, die den Interessen des deutschen Volkes heute noch Geltung verschaffen könnte. Er ist nur noch das Instrument der Westalliierten, um dem deutschen Volke das vorbereitete Joch aufzuerlegen. Es ist überaus bezeichnend, daß dieses Verfassungsdokument oftmals an die Westalliierten ging, um die Vereinbarkeit mit den Londoner Beschlüssen festzustellen, aber nicht ein einziges Mal dem deutschen Volke und den deutschen Volksvertretungen zugewiesen wurde, um die Vereinbarkeit mit den Interessen des deutschen Volkes festzustellen. Diese sogenannte Bonner Verfassung verliert mehr und mehr ihren nationalen Charakter als Organisationsprinzip einer zentralen Staatsmacht und wird zu einem volksfeindlichen Hilfsmittel im Mechanismus der Okkupationspolitik. Mit dieser Verfassung schaffen sich die westlichen Besatzungsmächte einen umspannenden bürokratischen Verwaltungsapparat, der ganz ihrer Willkür unterworfen ist. Er hat die Funktion, den Willen der Besatzungsmächte gegenüber der deutschen Bevölkerung durchzusetzen, wo es unbequem erscheint, daß die Besatzungsmacht selbst in Funktion tritt. Er hat jede selbständige Willensbildung des deutschen Volkes zu unterdrücken. Es wirkt für jeden denkenden Menschen mehr als befremdend, daß ein solches Machwerk als „Deutsche Verfassung“ ausgegeben wird.

Ich hatte in meinem Referat vom Oktober von zwei Wegen gesprochen, auf denen die deutsche Staatsgestaltung gehe: dem autoritären, auf die Restauration der alten Staatsmächte gerichteten Weg des Westens auf der einen Seite, dem demokratischen, auf die Errichtung eines neuen Staates gerichteten Weg, den wir gehen, auf der anderen Seite.

Vor fünf Monaten war die Lage im „Parlamentarischen Rat“ noch so, daß man den Eindruck gewinnen konnte, es werde dort an der Herstellung eines eigenständigen deutschen Staatswesens gearbeitet, das zwar aller demo-

kratischen Elemente ledig, jedenfalls ein deutscher Staat sein sollte. Ich kritisierte diese Entwicklung damals unter dem Gesichtspunkt der mangelnden Demokratie, denn diese sogenannte Verfassung beschränkte die Grundrechte des Volkes auf das äußerste. Sie kannte nur einen Teil der „persönlichen Freiheitsrechte“ und berücksichtigte weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Grundrechte des Volkes. Sie blieb in den Grundrechten weit hinter der Weimarer Verfassung zurück. Die Volksvertretung befand sich in einer ganz untergeordneten Lage, die etwa der des Reichstages des Bismarckschen Reiches entsprach. Das Schwergewicht der Staatsgewalt lag bei den bürokratischen Zentralinstanzen, dem „Bundesrat“, dem „Bundespräsidenten“ und dem „Bundes-Verfassungsgericht“. Die Bürokratie, und zwar die alte Bürokratie, herrschte unbeschränkt. Aber das Ganze stellte gleichwohl einen zentralisierten Organismus dar, in dem der „Bund“ das Gesetzgebungsrecht auf allen wesentlichen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bei sich konzentrierte, so daß hier der alte Grundsatz galt: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ — das Recht des Bundes geht dem Recht der Einzelländer vor.

Heute liegt die Sache aber wesentlich anders. Man kann heute überhaupt nicht mehr von der Herstellung eines — wie auch immer gearteten — eigenständigen deutschen Staatswesens sprechen, sondern nur noch von einer bewußt betriebenen Aufsplitterung der deutschen Staatsgewalt. Das Bemühen der westlichen Besatzungsmächte geht ganz offensichtlich dahin, jede über das bloß Lokale hinausgehende deutsche Willensbildung zu unterdrücken. Es soll überhaupt keinen deutschen Staat mehr geben, sondern nur noch — wie dies nach dem Westfälischen Frieden war — eine Vielzahl kleiner, schwacher Länder, die man dann, um die Entmachtung vollkommen zu machen, geschickt gegeneinander ausspielen kann, so wie dies heute schon faktisch geschieht.

Zurück zu 1648?

Der Kampf um die föderative Aufspaltung der deutschen Staatsgewalt im Westen wurde von seiten der westlichen Besatzungsmächte seit dem Herbst systematisch weitergeführt.

Schon am 1. Oktober 1948 ließen die westlichen Besatzungsmächte dem „Parlamentarischen Rat“ ein Dokument überreichen, das einen Überblick über die Verfassungen der elf Länder der westlichen Besatzungszonen enthielt, mit einem Kommentar, der ganz eindeutig als Wunsch der Westalliierten zu werten war, die bestehenden Machtbefugnisse der Länder weitestgehend bestehen zu lassen. Am 22. November 1948 übermittelten die westalliierten Militärregierungen dem „Parlamentarischen Rat“ ein Memorandum in sieben Punkten, in dem es dem „Parlamentarischen Rat“ untersagt wurde, dem Bunde die sogenannte Kompetenz-Kompetenz zuzuschreiben, d. h. die Befugnis, selbst darüber entscheiden zu können, welche Materien der Gesetzgebung der Bund an sich ziehen und von sich aus zentral regeln könne. Es schrieb vor, daß die Gebiete der Gesetzgebung,

die der Bund für sich als sogenannte „Vorrangsgesetzgebung“ in Anspruch nehmen, genau bestimmt würden. Dabei wurden sogar eine Reihe von Gebieten aufgezählt, die den Ländern vorbehalten bleiben sollen. In diesem Memorandum wurde weiter die Finanzhoheit des Bundes entscheidend eingeschränkt und die Polizei dem Oberkommando der Militärgouverneure unterstellt.

Nach dieser Anweisung machte sich der Hauptausschuß des „Parlamentarischen Rates“ daran, die Gesetzgebungsmaterie, in denen dem Bunde die „Vorrangsgesetzgebung“ zustehen sollte, aufzustellen. Es kam eine stattliche Ziffer von 26 Punkten zustande, die etwa der Gesetzgebungskompetenz des Deutschen Reichstages nach der Weimarer Verfassung entsprach, die allerdings noch durch einige Punkte erweitert wurde. Als Vorrangsgesetzgebung wurde hier aufgezählt das Bürgerliche Recht, die Gerichtsverfassung, das Strafrecht, Personenstandswesen, Vereinsrecht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Staatsangehörigkeit, Verkehrswesen u. a. m.

Am 2. März erfolgte dann die bis zum derzeitigen Zeitpunkt letzte Rüge der westlichen Militärregierungen an den „Parlamentarischen Rat“, die zugleich einen entscheidenden Stoß gegen die Konstituierung eines einheitlichen westdeutschen Staatswesens überhaupt darstellt und die den jüngsten Schock unter den Leuten von Bonn hervorgerufen hat, dessen Nachwirkung in ihrer westlichen Presse spürbar und bis heute noch nicht überwunden ist.

Mit diesem Memorandum vom 2. März aber gab es eine besonders harte Nuß zu knacken, die den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei veranlaßte, die Erklärung abzugeben, man werde sich an die westlichen Militärregierungen mit dem Ersuchen wenden, die Verfassung nicht zur Volksabstimmung zu stellen, so wie dies das Londoner Abkommen vorsah, sondern sie durch die Landtage annehmen zu lassen. Die Furcht vor dem Volke ist offenbar. Man ist sich klar, daß die Verfassung im Falle einer Volksabstimmung elend Schiffbruch leiden müßte.

Die Korrekturen der westlichen Militärregierungen an dem Bonner Dokument bestehen insbesondere darin, daß die von dem Hauptausschuß hergestellte Liste der Gebiete der Vorrangsgesetzgebung von den Westalliierten nicht bestätigt wurde. Vielmehr wurde die Vorrangsgesetzgebung des Bundes durch die Anweisung der Militärgouverneure in die Vorrangsgesetzgebung der Länder umgekehrt. Nach dem Befehl der Militärgouverneure behalten die Länder auf allen Gebieten, die hier aufgezählt sind, das primäre Recht der Gesetzgebung. Nur in Ausnahmefällen kann der Bund Gesetze erlassen, und zwar, wenn, wie es in den von den westlichen Militärregierungen gegebenen Anweisungen wörtlich heißt:

„es offenbar für ein einziges Land unmöglich ist, wirksame Gesetze zu erlassen, oder wenn solche Gesetze bereits erlassen sind, die den Rechten oder Interessen anderer Länder schaden. In solchen Fällen und vorausgesetzt, daß die Interessen der verschiedenen Länder offenbar unmittelbar und im ganzen berührt sind, hat der

Bund das Recht, die nötigen und angemessenen Gesetze zu erlassen.“

Damit ist jeder Landesregierung das Recht zugestanden, ein Veto gegen die Gesetzgebung durch den Bund einzulegen und für sich das Recht selbstherrlicher Regelung in Anspruch zu nehmen. So ist die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes faktisch lahmgelegt, und damit der Bund als solcher völlig entmachtet. An die Stelle des seit Bismarck bestehenden Grundsatzes: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ ist also faktisch in der Auswirkung wieder der Satz getreten: „Landesrecht bricht Reichsrecht“, d. h. die zentrale Gesetzgebung kann durch die lokale beliebig durchlöchert werden. Es ist dies das verhängnisvolle Prinzip, das das Symbol der Ohnmacht des deutschen Einheitsstaates und des Zerfalls Deutschlands in die Kleinstaaterei war. Es wurde in dem Westfälischen Frieden 1648 in Deutschland konstituiert und leitete die Epoche der völligen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Stagnation Deutschlands ein. Es galt im 17. und 18. Jahrhundert, als jedes Ländchen tun und lassen konnte, was es wollte, und es keine selbständige deutsche Politik, keine staatliche Willensbildung des deutschen Volkes gab. Deutsches Territorium und deutsche Menschen waren Handelsobjekt und Spielball auswärtiger mächtigerer Staaten. Ja, die historische Parallele, die wir heute ziehen können, ist so vollkommen, daß heute wieder wie einstmalige deutsche Menschen als Kanonenfutter für fremde Staaten gekauft werden.

Dieses Spiel soll sich jetzt wiederholen. Deutsches Territorium und deutsche Menschen sollen abermals willenloses Werkzeug in den Händen fremder Mächte werden — dieses Mal der amerikanischen Imperialisten. Dazu gebrauchen sie einen schwachen deutschen Staat, ein zu eigenständiger politischer Willensbildung unfähiges deutsches Volk. Daher ihre Pläne der Aufspaltung Deutschlands in einen lockeren Staatenbund.

Man wende nicht ein, diese Aufspaltung Deutschlands in einzelne Staaten sei heute notwendig zur Aufrechterhaltung der Sicherheit seiner Nachbarn. Man erreicht durch die föderative Aufspaltung das gerade Gegenteil. In der Föderalisierung liegt die große Gefahr für den Weltfrieden, indem sie nämlich — wie heute schon klar ersichtlich ist — die nationalistischen und chauvinistischen Elemente in Deutschland emporspült und in die Macht setzt. Diese Erfahrung haben ja auch schon andere Staatsmänner machen müssen. So hat vor 100 Jahren Napoleon III. die Kräfte der demokratischen Einigungsbewegung in Deutschland bekämpft und die föderalistischen Elemente gestützt. Aber er mußte bald feststellen, daß es eine Einheit der Föderalisten gibt und daß diese Einheit all jene Elemente in sich birgt, die die Kriege, die im letzten Menschenalter von Deutschland ausgingen, anzettelten und verantwortlich für jene Politik sind, die unsere Nachbarn und das deutsche Volk selbst ins Elend stürzte. Wir können heute die Völker der ganzen Welt, insbesondere aber Frankreich, dessen Sorge um seine Sicherheit wir durchaus verstehen und teilen, mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die in Westdeutschland getriebene Föderalisierung nicht die Kriegsgefahr vermin-

dert, sondern vermehrt, denn sie spült die übelsten Elemente, die die Erben des deutschen Militarismus und des nazistischen Chauvinismus sind, an die Oberfläche. Gerade ein föderalisiertes Deutschland, in dem der alte Geist Wilhelm II. und Hitlers sich lebendiger hält, ist eine ständige Kriegsgefahr.

Für Freiheit, Frieden und Demokratie

Soll Deutschland ein Herd des Friedens und des wirtschaftlichen Aufbaues werden, ein gleichberechtigtes und wertvolles Glied in der Kette der Völker der Welt, so trage man Sorge dafür, daß in Deutschland endlich ein demokratisches Staatswesen entstehe, in dem das deutsche Volk, das bisher immer nur mißbrauchtes Objekt der Staatsgewalt war, endlich zu einem Subjekt, zum Träger der Staatsgewalt, zum Gestalter seines Staates und seiner eigenen Verfassung erhoben wird. Nur dadurch, daß man die am Frieden und der Demokratie als ihrem Lebenselement interessierten Menschen in die Staatsmacht bringt, kann der Staat selbst ein friedlicher und demokratischer

werden. Das deutsche Volk aber will den Frieden und die Demokratie! Man gebe ihm die Möglichkeit, seinen Staat selbst zu bauen, und der Friede wird gesichert sein. Der Aufbau einer deutschen demokratischen Republik ist die einzige Möglichkeit, die Lage in Europa zu entspannen und den wirklichen Frieden für unseren Erdteil zu sichern.

Unser Verfassungsentwurf wird der Appell an die ganze Welt sein, der deutschen Demokratie zu helfen in ihrem Kampfe um ihre Durchsetzung; — er wird der Appell an die alliierten Mächte sein, um ihnen zu zeigen, daß es deutsche Menschen guten Willens gibt, die bereit sind, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und sich mit aller Kraft für den Aufbau eines friedlichen, demokratischen Staatswesens einzusetzen und die bereit sind, die Schäden wiedergutzumachen, die im Namen des deutschen Volkes anderen Völkern zugefügt wurden; — er wird der Appell an unser Volk sein, sich um diese Verfassung zu scharen als um die Fahne, für die es sich zu kämpfen lohnt, weil sie uns alle in ein glückliches Leben führt, in ein Leben der Freiheit, des Friedens und der Demokratie.

Diskussion:**Niemals werden wir Unrecht als Recht anerkennen****Dr. Leo Zuckermann (SED)****Mitglied des staatspolitischen Beirates der SED**

Die Londoner Konferenz vom Juni v.J. faßte eine Reihe von Beschlüssen in bezug auf die künftige Wirtschafts- und Staatsorganisation der von Frankreich, Großbritannien und den USA besetzten deutschen Gebiete. Es handelte sich um das Ruhrstatut, den militärischen Sicherheitsausschuß, das Besatzungsstatut und das Bonner Grundgesetz. Mit Ausnahme des Besatzungsstatutes sind die übrigen Dokumente inzwischen der Öffentlichkeit übergeben worden. Dokumentarisch gesehen handelt es sich um verschiedene Dokumente, dem Ursprung und der politischen Zielsetzung nach sind sie auf das engste miteinander verbunden und nur Einzelteile eines auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Planes.

Wenn man die Zusammensetzung der Teilnehmerstaaten der Londoner Separatkonferenz betrachtet, so ist zunächst festzustellen, daß unter ihnen jene nicht vorhanden waren, die die Hauptlast des Hitlerkrieges zu tragen hatten. Die größte demokratische Weltmacht, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, deren Armeen den Sieg über die faschistischen Aggressoren herbeiführten und die Grundlage für eine neue friedliche Gestaltung des Zusammenlebens der Nationen schufen, legte schärfsten Protest gegen die Einberufung dieser Konferenz und gegen die dort gefaßten Beschlüsse ein.

Es ist vom Standpunkt des Völkerrechts von entscheidender Bedeutung, welche internationale Körperschaft die rechtlichen Befugnisse zur Beschlußfassung über Deutschland betreffende Angelegenheiten besitzt. Die internationalen Vereinbarungen lassen hierüber keinen Zweifel. Die Abkommen von Jalta und Potsdam legen fest, daß die Verantwortung für die Deutschland betreffenden Regelungen von allen vier Besatzungsmächten gemeinsam zu tragen ist. In dem Abkommen vom 5. Juni 1945 zwischen Frankreich, Großbritannien, der UdSSR und den USA über die Einsetzung eines Kontrollmechanismus in Deutschland heißt es, daß der Kontrollrat den Zweck habe, ein koordiniertes Vorgehen der vier Mächte in den wichtigsten militärischen, politischen, wirtschaftlichen und anderen ganz Deutschland betreffenden Fragen zu gewährleisten. In der Erklärung vom 5. Juni 1945 ist in Anbetracht der Niederlage Deutschlands auch festgestellt, daß die Besatzungsmächte später die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das einen Teil des deutschen Territoriums bildet, festlegen werden. Hier ist ebenso wie in anderen Dokumenten bestimmt, daß diese Beschlüsse gemeinsam getroffen werden müssen.

Dieser Grundsatz von der Gemeinsamkeit des rechtlichen Handelns bei der Lösung internationaler politischer und rechtlicher Probleme ist eine der wesentlichen Errungenschaften des modernen Völkerrechts, die auch in der Satzung der Vereinten Nationen, in der Arbeitsweise des Sicherheitsrats und in seiner Abstimmungsmethode zum Ausdruck kommt. In der Anwendung dieses Grundsatzes liegt die Gewährleistung der souveränen Gleichheit der Nationen. Er ist die Schranke für die Wiedergeburt einer internationalen Ordnung, die auf der Hegemonie einzelner Großmächte und der Abhängigkeit kleinerer Staaten aufgebaut ist.

Das gemeinsame Handeln der vier Besatzungsmächte im Rahmen der in den Erklärungen von Jalta und Potsdam niedergelegten Grundsätze ist zu einem wesentlichen Merkmal der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen über Deutschland geworden. Deshalb stehen Separatbesprechungen und separate Beschlüsse zur deutschen Frage, die sich auf Deutschland als Ganzes oder nur auf einen Teil Deutschlands beziehen, im Widerspruch zu den von den vier Mächten selbst übernommenen Verpflichtungen.

Die Londoner Konferenz der sechs westlichen Staaten verletzt das völkerrechtliche Prinzip der Gemeinsamkeit der Vereinbarungen. Die Abkommen über die Ruhr, den militärischen Sicherheitsausschuß, das Besatzungsstatut und das Grundgesetz betreffen weite und wichtige Teile Deutschlands. Die in ihnen enthaltenen Regelungen gehen über die Kompetenzen des Kontrollrates weit hinaus und greifen unmittelbar in die Zuständigkeiten des Außenministerrates ein, wie sie das Potsdamer Abkommen definierte. Die Beschlüsse der Londoner Separatkonferenz betreffen Fragen, die auf einer Friedenskonferenz zu lösen sind und deren Behandlung deshalb zur Kompetenz des Außenministerrates gehören.

So erfolgte der Zusammentritt der Londoner Separatkonferenz in Verletzung der internationalen Rechtsnormen, die die Einberufungsstaaten selbst mitgeschaffen hatten. Demgegenüber bestätigte die Außenministerkonferenz der Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten in Warschau aufs neue den Grundsatz vom gemeinsamen Handeln aller Besatzungsmächte in bezug auf die deutsche Friedensregelung. Der Umstand, daß die USA, England und Frankreich Besatzungsmächte auf einem Teil des deutschen Gebietes sind, gibt ihnen nicht das Recht, allein und selbständig Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands oder über die Zukunft ihrer Besatzungsgebiete zu fassen. Solche Beschlüsse geschehen in Ausübung der tatsächlichen Gewalt, aber nicht in Durchführung der anerkannten internationalen Rechtssätze.

Die Londoner Konferenz ist der Ausdruck rechtswidrigen Verhaltens der Einberufungsstaaten. Ihre Beschlüsse über die Ruhr und über die Gestaltung Deutschlands im Westen und Süden entspringen einem völkerrechtlichen Delikt. Die eigenartige Auffassung dieser Staatengruppe von Vertragstreue ist dadurch gekennzeichnet.

Darüber hinaus verletzen die Handlungen dieser westlichen Staaten fundamentale Prinzipien des modernen Völkerrechts. Während des letzten Krieges erfuhr das Völkerrecht eine Fortbildung in dem Sinne, daß, angefangen von der Atlantic-Charta bis zur Satzung der Vereinten Nationen, der Grundsatz von den gleichen Rechten, von der souveränen Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker zu einem wesentlichen Prinzip im modernen Völkerrecht wurde. Das Potsdamer Abkommen verfolgt das große internationale Ziel, mit Hilfe der in ihm enthaltenen Maßnahmen Deutschland in die Familie der Nationen wieder einzuführen und den Rechtssatz von der souveränen Gleichheit auch für das deutsche Volk in Kraft zu setzen. Die Herstellung der souveränen Gleichheit setzt die Achtung der Grundrechte auf Selbsterhaltung und auf demokratische Selbstbestimmung voraus. Diese Grundrechte bestehen trotz militärischer Besatzung auch für das deutsche Volk. In der Krim-Erklärung und in anderen Dokumenten brachten die Besatzungsmächte zum Ausdruck, daß ihre Deutschlandpolitik nicht das Ziel der Vernichtung des deutschen Volkes verfolge, d. h., die Grundrechte auf Selbsterhaltung und demokratische Selbstbestimmung wurden auch für das besetzte Deutschland von den vier Mächten ausdrücklich anerkannt.

Vernichtung des deutschen Volkes bedeutet nicht nur die physische Ausrottung, sondern auch die Vernichtung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen, ohne die eine eigene Existenz des deutschen Volkes nicht möglich ist. Das Ruhrstatut entzieht die Verfügung über die Produktion und Verteilung der vier wichtigsten Montan-Erzeugnisse der Zuständigkeit des deutschen Volkes. Man hat die Errichtung der Ruhrbehörde als Internationalisierung im Sinne einer internationalen

Kontrolle der Ruhrindustrie im Interesse des Friedens ausgegeben. Nun, wenn man unter Internationalisierung die Einbeziehung der Produktionsstätten an Rhein und Ruhr in die Verfügungsgewalt der privaten Eigentümer der amerikanischen Trusts und der englischen Monopole versteht, so ist allerdings das Ruhrstatut eine Internationalisierung. Sie hat aber nichts mit den völkerrechtlichen Vereinbarungen zu tun, die nicht zur Erweiterung der Herrschaft und des Besitzes von einigen amerikanischen und englischen Familien geschlossen wurden, sondern für die Völker und für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Die Durchführung der von allen Verträgen vorgesehenen internationalen Kontrolle über die Ruhr würde nicht die Unabhängigkeit des deutschen Volkes berühren, sondern vielmehr seine nationale Weiterexistenz sichern. Das Ruhrstatut hingegen ist eine offene Verletzung des Rechtssatzes von der Selbstbestimmung der Völker, weil durch den Entzug der wirtschaftlichen Souveränität die rechtliche und politische Selbsterhaltung des deutschen Volkes und seine Selbstbestimmung vernichtet werden. Das Ruhrstatut steht

in offenkundigem Widerspruch zum modernen Völkerrecht, dessen wesentlicher Inhalt in der Sicherung der Gleichheit aller Völker und nicht in der Unterjochung eines Volkes durch das andere besteht.

Die Beschlüsse der Londoner Separatkonferenz tragen den Stempel der Willkür und der Zügellosigkeit. Sie sind rechtswidrig, weil sie einmal der vertraglich festgelegten Viermächtekontrolle über Deutschland widersprechen und des weiteren deshalb, weil sie Rechtssätze verletzen, die zu den wesentlichen Fundamenten der internationalen Rechtsordnung gehören. Rechtswidrige Beschlüsse aber erzeugen keine internationale Rechtskraft; Beschlüsse und Richtlinien, Gesetze und Verordnungen, die auf den Londoner Separat-Vereinbarungen beruhen, vermögen auch das deutsche Volk nicht zu binden. Dies gilt insbesondere vom Ruhrstatut und vom Besatzungsstatut. Auch gibt es keine Norm im Völkerrecht, die das deutsche Volk zwingen könnte, rechtswidrige Beschlüsse nachträglich als gültiges Völkerrecht anzuerkennen. Diesen klaren und eindeutigen Rechtsstandpunkt sollen, wollen und dürfen wir nicht verwischen lassen.

Warum die Liberal-Demokraten die Verfassung bejahen

Prof. Dr. Erhard Hübener (LDP)

Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt

Der Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zeugt nicht nur, wie man zu sagen pflegt, von sozialem Denken, sondern darüber hinaus entstammen erhebliche Teile des Entwurfs der Gedankenwelt des Sozialismus.

Die einzige Partei unserer Zone, die bewußt nicht sozialistisch ist, die Liberal-Demokratische Partei, hat gleichwohl an diesem Entwurf mitgearbeitet; sie ist nicht nur freudig bereit, diese Verfassung anzunehmen, sie setzt auch große Hoffnungen auf sie. Wie ist das möglich? Diese Frage ist in unseren eigenen Parteikreisen gelegentlich aufgetaucht; sie wird auch eindringlich gestellt bei den Gesinnungsgenossen im Westen. Deshalb darf ich für die LDP auf diese Frage antworten.

Die nächstliegende Antwort ist nicht entscheidend, wenn sie auch richtig und wichtig ist. Der Entwurf ist die Resultante verschiedener Komponenten. Fünf Parteien und eine größere Anzahl von demokratischen Massenorganisationen haben an ihm gearbeitet. Darum ist es selbstverständlich, daß keine Partei, keine Organisation ein dem Entwurf der Verfassung einfach ein Spiegelbild der eigenen Wünsche sehen kann. Das gilt natürlich auch für die LDP, etwa auf dem Sektor der Wirtschaft.

Die Freude, die wir an diesem Verfassungswerk haben, und die großen Hoffnungen, die wir darauf setzen, gründen sich vielmehr auf zwei wesentliche Merkmale der Verfassung, nämlich einmal auf den vorbildlichen Schutz der Einzelpersönlichkeit, der Freiheitlichkeit des Staatsbürgers, sodann auf das vorbehaltlose Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie.

Der Einzelne und die Gemeinschaft — das ist die große Frage, auf die jedes Jahrhundert und jede Generation eine andere Antwort gegeben haben. Als liberalistisches Denken die Welt beherrschte, dachte man nur an den einzelnen Bürger und seine Rechte; die Gemeinschaft kam dabei oft genug zu kurz. Als der Pendel der Weltuhr nach der anderen Seite ausschlug, war es bisweilen umgekehrt. Die Gemeinschaft schien alles, der Einzelne wenig oder nichts zu sein.

Auch diese unsere Verfassung geht aus von dem Gedanken des Primats der Gemeinschaft, ein Grundgedanke, zu dem wir uns wohl alle durchgerungen haben. Aber die Väter der Verfassung haben erkannt, daß gerade das Wohl der Gemeinschaft die freie Entwicklung und die freie Betätigung des Staatsbürgers erfordert. Oder anders ausgedrückt: Wir wollen Demokratie — dazu aber braucht man Demokraten, freie selbstbewußte Staatsbürger, keine Marschierer in brau-

ner oder schwarzer Uniform, wie wir sie zwölf Jahre lang erlebt haben.

Diesem Gedanken trägt die Verfassung in vollem Maße Rechnung. Der Art. 8 gewährleistet die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Postgeheimnis und die Freizügigkeit. Der Art. 9 verspricht Meinungsfreiheit in Wort und Schrift, Art. 12 die Vereinsfreiheit. Da sind sie also alle wieder: die Freiheiten, die alten Freunde von 1789, von 1848, die oft gepriesenen und bisweilen verlachten. Nur in ihrer Begründung haben sie sich gewandelt. Es geht nicht mehr um die Freiheiten des Einzelnen um des Einzelnen willen, wie es der ältere Liberalismus wohl gewollt hat, sondern um der Gemeinschaft willen. Das, was die Verfassung uns gewähren will, das ist ein Liberalismus aus sozialer Verantwortung!

Diese frohe Botschaft ist so groß, daß sie vielfach Mißtrauen und Unglauben begegnet. Die Jugend kennt die staatsbürgerlichen Freiheiten überhaupt nicht mehr. Aber der Jugend kann man sagen: Es ist erst 16 Jahre her, daß wir sie zu Grabe getragen haben, bis dahin hatten wir sie — gewiß nicht in allen Punkten rein und gewiß oft mißbraucht, aber im Grunde haben wir sie bis dahin gehabt.

Es wird weiter eingewandt, daß solche demokratischen Freiheiten in einer Zeit der Besatzung undenkbar sind. Selbstverständlich — denn die Berechtigung einer Besatzung besteht ja eben in der Feststellung, daß ein Volk seine Freiheitsrechte nicht ohne Schaden für das Volk selbst oder für seine Nachbarn wahrnehmen konnte. Wenn wir, wie es im Westen der Fall ist, an eine endlose Besatzungszeit dächten, dann freilich wäre es eine Fata Morgana, wenn wir uns die Freiheit der Bürger ausmalen, dann hätten wir ewige Zeiten darauf zu warten. Aber wir glauben zu wissen, daß ein Ende der Besatzungszeit, wenn wir es in Deutschland ernstlich wollen, abzusehen ist. Dann aber gewinnt diese Forderung eine ganz große und praktische Bedeutung. Bis dahin müssen wir auf sie verzichten. Wir sind dankbar, wenn die Besatzungsmacht die Zügel lockert, wenn sie Schritt für Schritt uns den Weg zu dieser Freiheit gibt.

Daß wir uns über die Forderung der Freiheitsrechte klar werden, ist noch aus einem ganz besonderen Grunde notwendig. Es ist die unvermeidliche Wirkung jeder Besatzung, daß ein Volk sich der frischen Luft der Freiheit entwöhnt und daß seine Regierung sich an die bequemen Mittel gewöhnt, die für eine Besatzungsmacht, aber auch nur für sie, ein gutes Recht ist. Mit dem Belagerungszustand kann jeder Staatsmann regieren.

Unsere künftige Regierung aber soll, wird und muß lernen, mit einem freien Volk auf freiem Grund zu stehen.

Wir sind der Freiheit so sehr entwöhnt, daß viele von uns in ihr eine Gefahr sehen. Es wird darauf hingewiesen, daß im Weimarer Staat diese Freiheit bestand und daß das Ergebnis Hitler war, und es wird also gefragt: ist ein Staatswesen mit solchen Freiheiten überhaupt möglich? Die Antwort hierauf liegt nahe. Sie ist dann möglich, wenn der Staat stark ist. Nur ein starker Staat kann diese Freiheiten gewähren und er kann es nur, wenn er von diesen Freiheiten diejenigen Antidemokraten ausnimmt, die der Demokratie selbst an die Gurgel wollen.

Ein Staat muß nicht nur stark, sondern auch ehrlich und sauber sein, wenn er die Freiheitsrechte, vor allen Dingen das Recht der freien Meinungsäußerung gewähren will. Die Nazis, die den Frieden priesen und zum Kriege rüsteten, konnten es nicht. Die Nazis, die von der Lösung der sozialen Fragen phantasierten und die Funktionäre der Arbeiterpartei in die Konzentrationslager sperrten, die von Redlichkeit und Sittenreinheit sprachen und bei denen Unsittlichkeit und Korruption ins Kraut schossen, konnten beim besten Willen die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit nicht gewähren. Drei Monate Pressefreiheit, und es wäre von der ganzen Herrlichkeit nichts übriggeblieben.

Ist aber der Staat nicht nur stark, sondern auch ehrlich und sauber, dann kann, wird und soll er, wie dies unsere Verfassung vorschreibt, diese Freiheitsrechte gewähren. Das ist notwendig, damit die Staatsbürger den großen Aufgaben entsprechen können, die ihnen unsere Verfassung zuweist, wenn sie sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Damit komme ich zu dem zweiten großen Gesichtspunkt, um dessen willen wir diese Verfassung vollauf

bejahen. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sagt Art. 3 und Art. 50 fügt hinzu: „Höchstes Organ der Regierung ist die Volkskammer“. Die Proklamation dieser Grundsätze wälzt uns einen schweren Stein vom Herzen, der uns seit 16 Jahren und viele von uns schon seit viel längerer Zeit hart bedrückte. Seit einem halben Jahrhundert ist die frühere Begeisterung für parlamentarische Einrichtungen scharfer Kritik gewichen, vielfach nicht ohne Grund. Freilich richtete sich diese Kritik zumeist und in den begründetsten Fällen gegen den Scheinparlamentarismus, den wir in Preußen und im Grunde auch im deutschen Reiche gehabt haben. Viele Wohlmeinende haben sich dieser Kritik angeschlossen, hinter der die Interessen einer kleinen, aber mächtigen Minderheit standen. Sie vergaßen, daß es nur eine Alternative gibt: parlamentarische Demokratie oder Diktatur! Aus der Diskreditierung der parlamentarischen Institutionen ist der Faschismus in allen Ländern erwachsen. Auch jetzt wieder sind Bemühungen am Werke, uns die parlamentarische Demokratie zu verleiden. Das ist nicht schwer, wenn man an die Verquickung von Politik und Geschäft denkt, wie sie uns etwa bei den letzten Wahlen in den USA vor Augen gekommen ist, oder an die Ministerstürze in Frankreich, die dahin geführt hat, daß man sich kaum mehr die Mühe macht, sich die jeweiligen Namen zu merken.

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn wir uns nicht zur parlamentarischen Demokratie bekennen, uns nichts anderes übrigbleibt, als das autoritäre Regime. Unsere Verfassung stellt ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie dar. Darum sehen wir sie als Geist von unserem Geiste und Fleisch von unserem Fleische an.

Zusätzliche Empfehlungen der CDU

Anton Miller (CDU)

Vizepräsident und Landtagsabgeordneter des Landtages Sachsen-Anhalt

Die Verfassung ist das Grundgesetz, nach dem wir in Zukunft gemeinsam leben wollen. Darum freuen wir uns darüber, daß die Bevölkerung so tatkräftig mitgearbeitet und zum Teil neue Gedanken hereingetragen hat, die der Verfassungsausschuß so ausgezeichnet verwerten konnte.

In tiefer Sorge um die Einheit Deutschlands haben wir uns in ehrlicher Blockpolitik bemüht, tatkräftig an der Verfassung mitzuarbeiten. In diesem Zusammenhang darf ich unsere skeptischen Freunde in den anderen Zonen darauf verweisen, daß wir die Blockpolitik als eine sinnvolle Weiterentwicklung der neuen Demokratie ansehen, in der nicht die Mehrheit oder eine starke Partei die Minderheit unterdrückt, sondern ein gemeinsamer Weg zur Überwindung der Not gesucht und gefunden wird. Wir haben uns daher gemeinsam bemüht, die Verfassung in einen solchen Rahmen zu bringen, daß sie auch von unseren Brüdern und Schwestern in den anderen Zonen als die Verfassung für ganz Deutschland angesehen, daß sie auch dort von allen fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Kräften akzeptiert werden kann.

Bei unseren Vorschlägen gingen wir davon aus, daß das Gute aus der Weimarer Verfassung mit übernommen werden müßte, wie dies bereits bei der Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 von Außenminister Molotow zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir waren uns dabei allerdings darüber klar, daß die Entwicklung der seither vergangenen 30 Jahre und die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit selbstverständlich dazu angetan sein mußten, die neue Verfassung über Weimar hinaus fortzuentwickeln, was ja auch bereits zum großen Teil in unseren Länderverfassungen geschehen ist.

Bei einem Vergleich können wir feststellen, daß bereits die Präambel unserem neuen Zeitgeist entspricht und sich diese Grundgedanken wie ein roter Faden durch alle Artikel des neuen Entwurfs hindurch ziehen. Die CDU kann darüber hinaus feststellen, daß ihre Wünsche hinsichtlich der Religion, der Religionsgemeinschaften und der Religionsausübung weitgehend berücksichtigt worden sind. Wir stimmen daher dem neuen Entwurf vollauf zu.

Wir hätten es selbstverständlich gern gesehen, wenn unsere weitergehenden Wünsche noch hätten berücksichtigt werden können: zum Beispiel bei Art. 5 das Verbot und die strafrechtliche Verfolgung des Kriegsdienstes unter fremder Flagge und im Art. 8 die ausdrückliche Erlaubnis zum Abhören aller Radiostationen. Auch hätten wir zwei Zusätze zu den Art. 15 und 44 begrüßt, obwohl wir diese nicht zum Antrag erhoben hatten, nämlich bei Art. 15 den Zusatz: „Jeder Bürger hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“, und bei Art. 44 einen Zusatz etwa folgender Fassung: „Beim Unterricht dürfen die religiösen Empfindungen nicht verletzt werden.“

Wir würden es begrüßen, wenn unsere zusätzlichen Empfehlungen bei einer weiteren Entwicklung der Verfassung berücksichtigt werden könnten.

Möge dieser Entwurf uns zu der von allen deutschen Demokraten heiß erstrebten Einheit Deutschlands und zu einem baldigen Friedensvertrag und dem Abzug der Besatzungstruppen führen, so daß wir dann in allen Zonen uneingeschränkt nach dieser Verfassung zum Wohle unseres Volkes tätig sein können.

Die Verfassungsgrundsätze — Richtschnur der Ländergesetzgebung

Dr. Lothar B o l z (NDP)

Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei

Die Arbeit an dieser unserer Verfassung ist zu einer weithin sichtbaren und wirksamen Tat nationaler Selbsthilfe geworden. Unser Verfassungsentwurf ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil des politischen Lebens in ganz Deutschland. Es geht jetzt darum, in allen deutschen Ländern ohne Rücksicht auf die Zonengrenzen das ganze politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben mit dem Kampfe für diese Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen.

Das bedeutet zunächst einmal den Kampf dafür, daß diese Verfassung zum gesamtdeutschen Grundgesetz wird. Natürlich kommt es dabei nicht darauf an, starr an jeder einzelnen Formulierung unseres Entwurfes zu haften. Das Ringen um den Bestand unserer Nation verlangt vielmehr die Durchsetzung der großen Grundgedanken des Verfassungsentwurfes in ganz Deutschland. Der tragende Grundgedanke unseres Verfassungswerkes aber ist der, daß sich unser ganzes Volk als eine große Gemeinschaft schaffender Menschen zum Herrn, zum alleinigen Herrn des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unseres deutschen Vaterlandes macht und souverän und unabhängig über die Einrichtung seiner nationalen Heimstätte entscheidet.

Ein Beispiel solcher Verantwortung nur vor sich selbst war der Akt nationaler Selbstverständigung, der in der Verfassungsdiskussion zum Ausdruck kam. Diese Diskussion, in der unser Volk seit dem Oktober v. J. den Verfassungsentwurf erörterte, hat wieder einmal erwiesen, daß die Menschen, die den Staat mit ihrer Arbeit tragen und nur sie in der Lage sind, den Staat und seine Verfassung mit Leben zu erfüllen. Und zum anderen hat sich erwiesen, daß die berühmte Vansittardsche Theorie, die Deutschen seien, sozusagen organisch, unfähig zur Demokratie — diese angelsächsische Abwandlung der Rassentheorie — mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. Unser deutsches Volk ist wie jedes andere fähig zur Demokratie, und es ist imstande, diese Demokratie zu entwickeln, sobald man dem nicht, wie in den westlichen Besatzungszonen, mit Korruption und Intervention begegnet.

Unser Verfassungsentwurf wird leider nicht sofort und unmittelbar als Verfassung einer einigen Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit werden. Aber eines ist schon heute unerlässlich: die Grundsätze unseres Verfassungsentwurfes müssen schon jetzt zur Richtschnur der Gesetzgebung in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone werden. Die Landesgesetzgebung wird eine ganze Reihe von Bestimmungen, die den Grundsätzen des Verfassungsentwurfes widersprechen, außer Kraft setzen und eine ganze Reihe neuer gesetzlicher Bestimmungen, die der Verfassungsentwurf erfordert, erlassen müssen.

Nehmen wir z. B. die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz und ihre gleiche Berechtigung und Verpflichtung zur Mitgestaltung in Gemeinde und Kreis, Land und Republik. Dazu wird die Gesetzgebung der Länder noch einige klare und in allen Ländern übereinstimmende Worte zu sagen haben. Denn für zahlreiche Deutsche ist die politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem die moralische Zurücksetzung als ein besonderes Erbe der Hitlerzeit, in der sie der NSDAP angehörten, noch immer eine Tatsache, und die Ausübung ihres Mitbestimmungsrechtes leidet darunter, daß sie noch keine Klarheit über ihr aktives und passives Wahlrecht haben.

Die Besatzungsmacht der sowjetischen Besatzungszone hat für die ehemaligen nominellen Mitglieder der NSDAP ebenso großherzige wie weitsichtige Bestimmungen erlassen. Sie hat sehr gut erkannt, wie viele ehemalige Mitglieder der NSDAP über den an ihnen von Hitler verübten Betrug tief empört und wie aufrichtig sie gewillt sind, ihren Willen zur Mitarbeit in

einem neuen Deutschland durch die Tat zu beweisen. Wir können aber nicht glauben, daß der von der Besatzungsmacht geförderte Klärungsprozeß in den Köpfen der ehemaligen Mitglieder der NSDAP dadurch beschleunigt wird, daß so manche deutsche Behörde auch Menschen, die sich keines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, zu Menschen zweiter Klasse stempeln will. Hier ist es an der Zeit, daß endlich einmal in Ausführungsbestimmungen zu den Befehlen 201 und 35 der sowjetischen Besatzungsmacht klargestellt wird, wer in Zukunft wahlberechtigt sein wird und wer nicht.

Wir möchten uns in diesem Zusammenhange die Anregung gestatten, daß diese Ausführungsbestimmungen vielleicht nicht in einzelnen Ländergesetzen, sondern durch die Deutsche Verwaltung des Innern für die ganze Zone einheitlich gegeben werden. Dabei könnte gleichzeitig klargestellt werden, wer in der sowjetischen Besatzungszone trotz der Befehle 201 und 35 noch das Recht hat, in Fragebogen außer der Frage nach der Wahlberechtigung noch Fragen nach der politischen Vergangenheit zu stellen.

Außerordentlich umfangreiche gesetzgeberische Arbeiten wird ferner der Art. 7 notwendig machen, der die volle Gleichberechtigung der Frau proklamiert. Es heißt in diesem Artikel, daß alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, aufgehoben sind. Es wird durch einen besonderen gesetzgeberischen Akt klarzustellen sein, welche Bestimmungen damit ihre Gesetzeskraft verloren haben. Die Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau im ehelichen Güterrecht entgegenstehen, gehören selbstverständlich zum alten Eisen. Aber wie ist es mit anderen gesetzlichen Regelungen? Den Fachjuristen mag vielleicht interessieren, ob die Frau wie bisher mit der Eheschließung den Namen des Mannes erhalten, ob sie auch nach der Eheschließung ihren eigenen Familiennamen behalten oder vielleicht die Wahl haben soll zwischen ihrem Namen, dem Namen des Mannes oder einem Doppelnamen, und welchen Namen in diesen Fällen die Kinder führen sollen. Aber es gibt Fragen von größerer praktischer Bedeutung. Soll die Frau weiterhin verpflichtet sein, dem Ehemanne an den von ihm ohne ihre Zustimmung bestimmten Wohnsitz zu folgen? Ist sie verpflichtet, in einem Erwerbsgeschäft des Mannes zu arbeiten, oder kann sie sich, allein ihrer Neigung folgend, ohne seine Zustimmung einem selbständigen Berufe widmen?

Vor allem aber wäre es an der Zeit, die Rechte der Mutter in Familie und Staat in einem besonderen Gesetzesabschnitt zusammenzufassen und dabei Sicherungen dagegen zu treffen, daß die Mutter vom Staat in mancher Beziehung schlechter behandelt wird als eine Hausangestellte. Lassen Sie mich noch im Zusammenhang damit darauf hinweisen, daß auch der Art. 33, nach dem die außereheliche Geburt weder dem Kinde noch den Eltern zum Nachteil gereichen darf, dringend der Ausführungsbestimmungen bedarf; die Verwandtschaft zwischen unehelichem Vater und Kind und das Erbrecht des unehelichen Kindes gegenüber seinem Vater sollten eindeutig geregelt werden.

Zahlreiche andere Artikel bedürfen gleichfalls der Ausführungsbestimmungen. Wir erwähnen nur als Beispiele die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller schaffenden Deutschen, also auch der Bauern, Handel- und Gewerbetreibenden in Art. 20, die Verpflichtung aller im öffentlichen Dienste Tätigen zum Dienst an der Gesamtheit in Art. 3, ferner die Notwendigkeit eines besonderen Staatsangehörigkeitsgesetzes und eines besonderen Beheimatungsgesetzes für Umsiedler, wie es, wenn ich mich nicht irre, in Thüringen bereits erlassen worden ist.

Wir wissen, daß manche Organisationen schon bedeutsame Vorarbeiten geleistet haben, z. B. in besonders aner kennenswerter Weise der Demokratische Frauenbund auf dem von Art. 7 umrissenen Gebiet. Alle diese Fragen sollten jedoch nach dem Beispiel der Verfassungsdiskussion im ganzen Volke öffentlich erörtert werden. Gerade die Verfassungsdiskussion hat uns von der Möglichkeit und der Notwendigkeit überzeugt, daß auch die Verwirklichung der Verfassungsgrundsätze in der Gesetzgebung der Länder wiederum vor unserem ganzen Volke diskutiert werden muß. Unser Volk hat wie alle Völker das unverbrüchliche Recht, sein eigener souveräner Gesetzgeber zu sein, und es muß endlich in der Praxis lernen, sich dieses Rechtes zu bedienen. Dann wird der Atem der Arbeit unmittelbar in unsere Gesetzgebung und besonders in unsere Rechtsprechung dringen, und nur so werden sie zu einer nationalen Gesetzgebung und zu einer nationalen Rechtsprechung werden. Hier liegt eine große

Aufgabe der Volksausschüsse für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

Dabei brauchen wir uns nicht davor zu fürchten, daß im Laufe einer solchen sich schon tief in Einzelfragen erstreckenden Diskussion sehr verschiedene und oft gegensätzliche Meinungen zutage treten werden. An einer Einmütigkeit a priori ist uns nichts gelegen. Wir bejahen die Einmütigkeit, die aus der Erfahrung entsteht und aus dem Wetteifer darum, wer dem Frieden, der Freiheit, dem Fortschritt unseres Volkes besser dient.

So wollen wir ganz Deutschland ein neues politisches Leben, ein neues Verfassungsleben vorleben, so wollen wir ganz Deutschland zeigen, daß die im Meinungsstreit vaterlandsliebender Deutscher errungene Einmütigkeit die Voraussetzung ist, aber auch das Unterpfand für Deutschlands Einheit und Deutschlands Frieden. Ebenso unaufhaltsam wie die nationale Wiedergeburt unseres deutschen Vaterlandes ist der Sieg unseres Verfassungswerkes in ganz Deutschland.

Die Gleichberechtigung der Frau nicht mehr Programm, sondern Tatsache

Käthe Kern (DFD)

Stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands

In unserem Verfassungsentwurf ist der Wille des Volkes zum obersten Gesetz erhoben. In unserer Verfassung kommt der Wille des deutschen Volkes zum Ausdruck, endlich Schluß zu machen mit dem für die Menschheit so verhängnisvollen Kreislauf: Krieg — Krise — Krieg. Dieser Kreislauf hat auch unser deutsches Volk immer aufs neue ins Unglück gestürzt. In der sowjetischen Besatzungszone sind durch die konsequent durchgeführte Bodenreform, durch die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Beseitigung der privaten Monopole und Trusts die Voraussetzungen für eine demokratische Ordnung geschaffen. Wenn in unserem Verfassungsentwurf festgelegt ist, daß die Wirtschaftsordnung den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen muß, daß die Wirtschaft gelenkt und geplant werden soll zum Wohle des Volkes, so steht das nicht nur auf dem Papier. Wir haben mit dem öffentlich aufgestellten Wirtschaftsplan bereits begonnen, die demokratischen Grundlagen der Wirtschaft zu sichern.

Diese Festigung der demokratischen Ordnung hat auch für die Frau bereits Erfolge gezeigt. Wenn wir die Verhältnisse bei uns mit denen im Westen Deutschlands vergleichen, dann können wir mit Genugtuung feststellen, daß in der sowjetischen Besatzungszone die Position der Frau schon eine andere geworden ist. In den Parlamenten, in den staatlichen Verwaltungen und in der Wirtschaft nehmen heute schon viele Frauen hervorragende Positionen ein. Ich möchte an dieser Stelle besonders darauf verweisen, daß auch der Magistrat der Stadt Berlin unter Leitung von Oberbürgermeister Ebert am Internationalen Frauentag durch Beförderung von 240 weiblichen Verwaltungsangestellten in höhere Positionen den Frauen seine Anerkennung praktisch bewiesen hat. Wenn es in den Länderverfassungen der sowjetischen Besatzungszone heißt: „Die Frau ist auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dem Manne gleichgestellt“, so steht das nicht nur auf dem Papier. Der Prozeß der Einbeziehung der Frau in alle Funktionen des Staates hat nicht nur begonnen, sondern er ist bereits in vollem Gange.

Die Entwicklung im Westen Deutschlands hat uns dagegen aufs neue gezeigt, daß politischer Rückschritt im allgemeinen sich auch hemmend auf die Gleichberechtigung der Frau auswirkt. Der Parlamentarische Rat in Bonn hatte bekanntlich zunächst abgelehnt, die Formulierung aufzunehmen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Erst das von uns gegebene Beispiel

und der Proteststurm der Frauen im Westen haben dazu geführt, daß die Formulierung in die Bonner Verfassung aufgenommen wurde: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt; die Gesetzgebung hat dies auf allen Rechtsgebieten zu verwirklichen.“ Eine Bestimmung, daß der Frau für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn wie dem Manne zu gewähren ist, wurde dagegen in die Bonner Verfassung nicht aufgenommen. Im übrigen aber hat der Parlamentarische Rat die Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Arbeits- und Sozialrechts bis zum Jahre 1953 hinausgeschoben. Wir teilen nicht die Auffassung von Frau E. Heuß, der Vertreterin der Frauengruppen der FDP, daß diese Hinausschiebung der Gesetzesänderungen bis 1953 als ein großes Glück anzusehen sei!

Die gemeinsame Arbeit aller fortschrittlichen demokratischen Frauen in unserer Zone hat zu einem wirklichen Erfolg in bezug auf die Forderungen der Frau geführt. In dem Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates ist die volle Gleichberechtigung der Frau in politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gewährleistet. In Art. 18 Abs. 4 schreibt die Verfassung vor: „Mann und Frau, Erwachsener und Jugendlicher haben bei gleicher Arbeit das Recht auf gleichen Lohn.“ In Westdeutschland aber gibt es für jugendliche Hilfsarbeiterinnen bis zu 18 Jahren noch Stundenlöhne von 30 bis 40 Pfennigen durchschnittlich. In der Textilindustrie bewegen sich dort die Stundenlöhne für jugendliche Hilfsarbeiterinnen nach amtlichen Meldungen vom 6. August 1948 zwischen 16 und 30 Pfennigen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums, Abteilung Löhne und Preise, Frankfurt a. M. werden an weibliche Facharbeiter in der Textilindustrie durchschnittlich 70 Pfennig Stundenlohn, an weibliche Handwerker 45 Pfennig Stundenlohn gezahlt. In Westdeutschland wird also die Frauenarbeit nicht wie in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Prinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bewertet.

In dem Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates haben im Abschnitt Familie und Mutterschaft die einzelnen Artikel auf Grund der eingegangenen Diskussionsbeiträge noch eine wesentliche Verbesserung durch Neuformulierungen erfahren. Art. 30 Abs. 1 lautet jetzt: „Ehe und Familie bilden die Grundlage des Gemeinschaftslebens. Sie stehen unter dem Schutz des Staates.“ Es ist damit ausdrücklich anerkannt, daß auch eine alleinstehende Mutter mit ihrem Kinde als Familie anzusehen ist. Wir sind der Auffassung, daß diese Mütter keineswegs „am Wegrand“ stehen sollen.

Im Art. 32 heißt es: „Die Frau hat während der Mutterschaft Anspruch auf besonderen Schutz und Fürsorge des Staates. Die Republik erläßt ein Mutterschutzgesetz. Einrichtungen zum Schutz für Mutter und Kind sind zu schaffen.“ Ich möchte hier besonders betonen, daß der Demokratische Frauenbund sich anlässlich des Internationalen Frauentages in diesem Jahre nicht damit begnügt hat, nur Versammlungen und Kundgebungen durchzuführen. Schon Wochen zuvor haben sich unsere Frauen dafür eingesetzt, in den Gemeinden und in den Betrieben weitere Kinderkrippen, Kinderhorte und Kindergärten einzurichten, um den werktätigen Müttern die Möglichkeit zu schaffen, ihre Kinder in gute Obhut zu geben. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß in immer größerem Ausmaß auch die Frauen und Mütter ihre Pflicht erkennen, durch gesellschaftliche Arbeit ihren Beitrag zur Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft zu leisten. Ich glaube, daß es für eine deutsche Frau keine ehrenvollere Aufgabe gibt als die, durch ihre Arbeitsleistung zur Steigerung der deutschen Produktion und damit zur Besserung der allgemeinen Lebenshaltung beizutragen.

Mit der Neuformulierung des Art. 33, der nunmehr lautet: „Außereheliche Geburt darf weder dem Kinde noch seinen Eltern zum Nachteil gereichen“, ist die Voraussetzung für die schon lange fällige Neuordnung des Nichteheichen-Rechtes gegeben. Damit wird die gesellschaftliche Diskriminierung des Kindes und der Eltern überwunden. Die alleinstehende Mutter wird auf dieser Grundlage die volle elterliche Sorge und Verantwortung für ihr Kind erhalten. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß, wenn die Mutter einverstanden ist, auch der Vater an der Sorge für die Person des Kindes beteiligt wird, wie es den schon 1946 beschlossenen und der Öffentlichkeit übergebenen Leitsätzen des DFD entspricht.

Art. 7 unserer Verfassung lautet klar und eindeutig: „Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“ Dadurch wird mit Inkrafttreten der Verfassung ein neuer Rechtszustand geschaffen, der die volle Gleichberechtigung der Frau verbürgt. Um aber kein Vakuum in rechtlicher Hinsicht eintreten zu lassen, hat der Verfassungsausschuß dem Präsidium des Volksrates einen Katalog der Gesetze übergeben, die auf Grund der neuen verfassungsrechtlichen Bestimmungen erlassen werden müssen. Es handelt sich um ein neues Familienrecht,

um die Wirkungen der Ehe im allgemeinen, um das eheliche Güterrecht, um die Elternrechte bzw. die Rechtsstellung des Kindes und schließlich um eine Reform des Nichteheichen-Rechtes. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Rechtskommission des Demokratischen Frauenbundes in Verbindung mit der Deutschen Justizverwaltung für alle hier genannten Gesetze Leitsätze ausgearbeitet und an den Rechtsausschuß des Deutschen Volksrates weitergeleitet hat. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, nunmehr die erforderlichen Gesetze vorzubereiten, damit sie gleichzeitig mit der neuen Verfassung in Kraft treten können.

Ich möchte hierbei betonen, daß die vom Demokratischen Frauenbund ausgearbeiteten Leitsätze in vielen Punkten mit den Gutachten und Vorschlägen für eine Reform des Familienrechtes übereinstimmen, die bereits von der 36. Deutschen Juristentagung im Jahre 1931 ausgearbeitet wurden. In Übereinstimmung mit dem Rechtsausschuß des Deutschen Volksrates möchte ich feststellen, daß es sich bei der Schaffung dieser neuen Gesetze nicht nur um Reformen handelt, die die Mitwirkung der Frau zum Ausdruck bringen und ihr mehr Rechte zugestehen; es geht vielmehr darum, solche Gesetze zu schaffen, die den in den letzten Jahrzehnten vollzogenen Wandlungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Rechnung tragen.

Wir sind uns aber als Frauen bewußt, daß die Gleichberechtigung der Frau ihren vollen Sinn nur im Frieden erhält. Anlässlich der Unterschriftensammlung zum Verbot der Atomwaffe haben sich die Frauen in vielen Betriebskundgebungen und Versammlungen gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Lostrennung des Ruhrgebietes und gegen das Besatzungsstatut ausgesprochen, weil sie darin mit Recht die Gefahr neuer kriegerischer Konflikte erblickten. Wir hoffen, daß die Stimmen der deutschen Frauen auch auf dem Weltfriedenskongreß zur Geltung kommen. Wir fordern im Namen von Millionen deutscher demokratischer Frauen, dem deutschen Volke endlich die Möglichkeit zu geben, eine deutsche Regierung zu bilden und eine deutsche Verfassung zu beschließen, die eine friedliche Entwicklung gewährleistet. Wir ringen um eine deutsche Verfassung für eine einheitliche, unteilbare Deutsche Demokratische Republik, weil wir nur in ihr eine friedliche Zukunft gewährleistet sehen; denn wir deutschen Frauen wollen für das Leben arbeiten und nicht für den Tod.

Die Verfassung dient der Demokratisierung des Dorfes

Otto Körtling (VdGB)

Vorstandsmitglied der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Der Verfassungsentwurf fußt auf den Notwendigkeiten und realen Gegebenheiten unserer Zeit. In ihm kommt zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Deutschen Volksrates und die an den Beratungen beteiligten Männer und Frauen in Stadt und Land die Lehren der deutschen Vergangenheit verstanden und berücksichtigt haben. Im Namen der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe kann ich erklären, daß wir diesen wohlgedachten und von fortschrittlichem Geist erfüllten Verfassungsentwurf begrüßen und ihm im Namen der deutschen Bauern unsere Zustimmung geben.

Im Gegensatz zu den bisherigen deutschen Verfassungen beschränkt sich der vorliegende Entwurf keineswegs auf die Zusage formaler Rechte der Bürger, sondern umfaßt Garantien, die es jedem Bürger ermöglichen, seine Rechte wahrzunehmen, da die Verfassung die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens beinhaltet. Aus der Natur der Sache interessiert sich die Bauernschaft und ihre Vertretung, die VdGB, besonders für die Fragen der Bodenordnung und der

Sicherung der Eigentumsrechte der werktätigen Landbevölkerung. Aber auch die im Art. 7 festgesetzte Gleichberechtigung der Frau wird von unseren werktätigen Bauernfrauen besonders begrüßt; denn in keiner Berufsschicht war bisher die Frau rechtloser als in der Landwirtschaft. Dabei hat sie nicht nur die größte Arbeitslast, sondern auch vielfach große Verantwortung zu tragen. Wir denken dabei besonders an die schwere Last und Sorge, die die alleinstehenden Bäuerinnen in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu tragen hatten. Es wird und muß uns gelingen, und dazu ist durch den Art. 20 die Grundlage gegeben, mit genossenschaftlicher Selbsthilfe in allen Dörfern Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die unseren Bauernfrauen Arbeitserleichterungen bringen. Sie werden dann auch mehr freie Zeit gewinnen und freudiger am demokratischen Aufbau und an der kulturellen Entwicklung mitarbeiten.

Hunderttausende Neubauern, Klein- und Mittelbauern, die im Zuge der demokratischen Bodenreform eine neue Existenz errichten oder ihre kleine Wirtschaft durch Landzuteilung in solchem Maße stärken

konnten, daß sie heute fähig sind, aus eigener Kraft zu wirtschaften und zu leben, sehen mit großer Genugtuung, daß im Art. 24 die Vorschläge der VdgB über die Verankerung der Bodenreform in der Verfassung berücksichtigt wurden. Die demokratische Bodenreform ist damit zur Grundlage unserer neuen Bodenordnung geworden. Das Recht der Bauern auf das Land, das sie bearbeiten, ist erstmalig in der Geschichte des deutschen Volkes im Wege der Grundgesetzgebung anerkannt und dieses Land zu ihrem alleinigen Eigentum erklärt worden. Die in den Art. 22—24 gegebenen klaren Bestimmungen sichern das Eigentum und gewährleisten klare erbrechtliche Grundlagen.

Für die VdgB, deren Grundsätze in ihrem Namen beschlossen liegen, ist es selbstverständlich, daß auf gesetzlichem Wege eine Verpflichtung der Landbesitzer gegenüber dem ganzen Volke sichergestellt und jeder Mißbrauch des Eigentums, der dem Gemeinwohl zuwiderläuft, durch verfassungsrechtliche Bestimmungen ausgeschaltet wird. Uneingeschränkter Privatbesitz an Grund und Boden wurde mit Recht von den Volksratsmitgliedern zurückgewiesen, denn mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein Bodenbesitz ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Nation zum Zweck privater Spekulationsmanöver unhaltbar.

Man könnte uns entgegenhalten, daß dies nichts Neues ist. Auch die Weimarer Verfassung, so könnte man sagen, habe Möglichkeiten der Zwangsenteignung enthalten, wenn diese im Gesamtinteresse des Volkes oder des Staates erforderlich waren. Dieses Gesetz konnte jedoch früher nicht angewendet werden, da der Weimarer Staat durch seine Gesetzgebung und Praxis die Vorherrschaft den Großgrundbesitzern und Bodenspekulanten im Zusammenwirken mit den Monopolkapitalisten überließ. Die Beseitigung des Großgrundbesitzes ist nach der praktischen Durchführung der Bodenreform bei uns bereits verwirklicht. Nach Art. 24 ist der private Grundbesitz, der mehr als 100 ha umfaßt, aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt. Das ist nun verfassungsrechtlich verankert.

Die Weimarer Verfassung bot auch keine Handhabe, um den werktätigen Bauern die ihnen formal zugesprochene

Gleichheit zu gewähren. Denn sie hielt ihnen das Land vor, das sie mit ihren Händen bearbeiteten. Die in Art. 26 niedergelegten Grundsätze werden in Zukunft jede Bodenspekulation verhindern und den Bauern eine ausreichende Grundrente sichern. Die Ertragssicherheit wird durch eine gelenkte Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege gewährleistet. Durch eine geordnete Wirtschaftsplanung wird es möglich sein, den durch den Krieg und die Nazi Herrschaft hervorgerufenen Notstand zu überwinden und das freundschaftliche Band zwischen Stadt und Land zu festigen. Immer wieder verbreiten die von England und Amerika abhängigen Zeitungen und Rundfunkstationen Gerüchte über eine zweite Bodenreform. Alle diese Gerüchte finden durch diesen Verfassungsentwurf ihre endgültige Zurückweisung. Es gibt keine zweite Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Was es aber geben wird, das ist eine Bodenreform für Gesamtdeutschland nach dem Beispiel der Enteignung der Junker in der Ostzone. Dieser Verfassungsentwurf wird trotz aller Anstrengungen der im Westen sitzenden Junker und Bodenspekulanten die geistige Blockade gegen die Ostzone durchbrechen. Er wird in die Hütten und Häuser der Landarbeiter eindringen, und der Ruf nach der Verwirklichung einer demokratischen Ordnung wird auch in diesem Teile Deutschlands mehr und mehr und immer lauter erklingen und schließlich zum Erfolge führen.

So gesehen ist der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates eine starke Waffe zur Mobilisierung der gesamten werktätigen Bauernschaft Deutschlands im Kampfe um eine einheitliche demokratische Republik auf gesunden sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen. Wir wollen daher den Berufskollegen und Bauern in Westdeutschland zurufen: Erkennt in dieser Verfassung die Grundlagen für ein Wiederaufeinanderfinden der Deutschen in Ost und West! Arbeitet mit uns gemeinsam für das Entstehen einer einheitlichen Deutschen Demokratischen Republik, die allein einen baldigen Friedensvertrag und die Erstarkeung eines freien und unabhängigen Vaterlandes ermöglichen wird.

Rudolf Albrecht (DBP)

Zweiter Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei

Die große Zahl der Änderungsvorschläge zeigt uns, wie groß das Interesse aller Volksschichten an den Verfassungsarbeiten gewesen ist. Das bezieht sich nicht nur auf Juristen und Wissenschaftler, auf Arbeiter und Angestellte, sondern auch auf die Bauern; auch sie haben sich an dieser Diskussion beteiligt. Das ist für unser Volk von hoher Bedeutung. Beweist es doch, daß Bauern und Arbeiter die Verfassungsarbeiten der von ihnen gewählten Vertreter kritisch beobachteten und ihrerseits in Städten und Dörfern Gelegenheit nahmen, darüber zu diskutieren und sich zu positiver Arbeit an dieser Verfassung zusammenzufinden. Das ist ein echter Widerhall im Volke. Wir wünschten, Arbeiter und Bauern hätten auch drüben in den Westzonen mitberaten dürfen, denn man kann nur mit Zustimmung und Mitarbeit des ganzen Volkes Verfassungen entwerfen, beraten und beschließen.

Welche Bedeutung hat nun die Verfassung für unsere Bauern? Im Art. 21 wird die Sicherung der Lebensgrundlagen und die Steigerung des Wohlstandes des Volkes durch die Aufstellung eines öffentlichen Wirtschaftsplanes garantiert, der für unsere Bauern von großem Vorteil ist. Durch die Aufstellung des Anbauplanes wird z. B. der sinnvolle Einsatz bei der Durchführung der Frühjahrsbestellung, der Erntearbeit und der Herbstbestellung ermöglicht; hierbei werden die neu geschaffenen Maschinenausleihstationen ganz besonders zur Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Bauern eingesetzt werden. Früher haben die Klein- und Mittelbauern auf die Hilfe von landwirtschaftlichen Maschinen verzichten müssen, weil sich deren Anschaffung für die kleinen Landwirte nicht lohnte. Durch die Maschinen-

ausleihstationen wird dieser Zustand nun beseitigt. Die Maschinenausleihstationen und -höfe bilden die folgerichtige Weiterentwicklung der demokratischen Bodenreform, durch die eine große Anzahl landarmer Bauern, Landarbeiter und Umsiedler in den Besitz des notwendigen Bodens gelangten, um eine Grundlage für existenzfähige Bauernwirtschaften zu erhalten. Die Einrichtung der Maschinenausleihstationen und -höfe für die gesamte Bauernschaft schafft die Voraussetzungen dafür, daß sie ihren Boden nunmehr mit modernen leistungsfähigen Maschinen und Geräten bearbeiten und bestellen können, um auf diese Weise den Wirtschaftsplan möglichst vorfristig zu erfüllen.

Wenn Art. 20 neu und klarer formuliert worden ist, so dient auch das zur weiteren Entlastung der Bauern. Der letzte Satz dieses Artikels sagt, daß die genossenschaftliche Selbsthilfe auszubauen ist; das hat auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Nach Durchführung der demokratischen Bodenreform ist es an der Zeit, die genossenschaftlichen Einrichtungen zu entwickeln, durch die die dorfgenossenschaftliche Selbsthilfe gefestigt und die Weiterentwicklung der Landwirtschaft gefördert wird. Nach demokratischen Grundsätzen werden die Dorfgenossenschaften von unten her von werktätigen Bauern gebildet werden. Die Bauern werden die umfassenden Aufgaben im Dorf selbst übernehmen und zusammen mit den gewählten Funktionären steuern. Der am 16. und 17. März stattgefundene Kongreß der ländlichen Genossenschaften hat hier den Grundstein für eine neue fortschrittliche Genossenschaftsbewegung gelegt.

Art. 24 gibt unseren Bauern die Gewißheit, daß nach

Durchführung der Bodenreform nicht nur das Eigentumsrecht in den Privatbesitz überführt wird, sondern darüber hinaus auch der gesamte bäuerliche Besitz bis zu 100 ha gesichert ist. Wenn es dann weiter heißt, daß Eigentum verpflichtet, so bedeutet das, daß niemand dem Gemeinwohl zuwiderhandeln darf. Der Mißbrauch des Eigentums zum Schaden des Gemeinwohls wird dadurch verhindert. Es wird damit gleichzeitig auch erreicht, daß die Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Stärkeren nicht mehr möglich ist.

Durch Art. 26 ist festgelegt, daß die Ausnutzung des Bodens überwacht wird. Wucher und Bodenspekulation werden dadurch im Interesse der Gesundheit und des Wohles des werktätigen Bauernums ausgeschaltet. Die richtige Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft. Den Wert des Bodens zu steigern und ihn für die Gesamtheit nutzbar

zu machen, ist aber ohne Arbeit und Kapitalaufwendung auf dem Grundstück unmöglich. Darum ist es angesichts des jetzigen Zustandes unserer Landwirtschaft als Pflicht des Staates anzusehen, daß dieser von sich aus alles unternimmt, wozu der einzelne Bauer weder die Kraft noch die Möglichkeit hat, und zwar im Hinblick auf die Ertragssicherheit und Ertragssteigerung. Der Verfassungsausschuß hat deshalb folgende Ergänzung dieses Artikels angenommen: „Die Erhaltung und die Förderung der Ertragssicherheit der Landwirtschaft wird auch durch Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege gewährleistet.“

So besitzt diese Verfassung eine große Bedeutung für unsere deutschen Bauern, die an der Gestaltung einer wirklichen Demokratie mitarbeiten und sie als ihr oberstes Gesetz betrachten. Darum stimmt die Demokratische Bauernpartei Deutschlands diesem Verfassungsentwurf freudig zu.

Alle Werktätigen Deutschlands werden der Verfassung zustimmen

Bernhard Göring (FDGB)

Zweiter Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Für die breite deutsche Öffentlichkeit, insbesondere für alle Werktätigen und Schaffenden im Westen Deutschlands, sind die Art. 15—18 des vorliegenden Verfassungsentwurfs von besonderer Bedeutung. In diesen Artikeln wird das Recht auf Arbeit verbürgt, die Arbeitskraft unter den Schutz des Staates gestellt; ein einheitliches Arbeitsrecht und eine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit werden zugesichert. Die Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen im Fall von Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter durch eine einheitliche Sozialversicherung ist in Art. 16 Abs. 2 verankert. Dieser umfassende soziale Schutz wird im Verfassungsentwurf durch die von der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführende Wirtschaftslenkung zur Pflicht des Staates gemacht.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands finden diese Grundsätze bereits ihre Anwendung. Der planmäßige Aufbau unserer Wirtschaft, der sich auf die eigene Kraftentfaltung in weitestem Sinne stützt, hat der arbeitenden Bevölkerung die Sorge vor der Arbeitslosigkeit abgenommen. In der Ostzone bestand und besteht, abgesehen von vorübergehenden und saisonmäßig bedingten Ausfällen, weder im vorangegangenen Jahre noch jetzt oder für die Zukunft irgendein Problem der Arbeitslosigkeit. Im Westen Deutschlands aber ist festzustellen, daß im Monat Februar weitere 104 000 Werktätige ihre Arbeitsplätze verloren haben und sich damit in die Elendarmee von über 1 Million Erwerbslosen einreihen mußten.

Am schwersten betroffen ist in Westdeutschland das Land Schleswig-Holstein, das bereits über 150 000 Arbeitslose zählt. Bayern wies Mitte März etwa 200 000 Arbeitslose auf. Das sind die Folgen des Marshall-Plans, zu dessen Aufgaben es unter anderem gehört, Westdeutschland zum Einfuhrland überflüssiger Fertigwaren zu machen, die dort bodenständige Fertigwarenindustrie zu drosseln und die vorhandenen Rohstoffe zur Vergrößerung der Profite der in- und ausländischen Unternehmer in verstärktem Maße zu exportieren.

Während in der sowjetischen Besatzungszone die Lebenshaltung aller Berufstätigen durch die Anwendung der vorbezeichneten Grundsätze der Verfassung bereits jetzt von Abschnitt zu Abschnitt verbessert werden kann und die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne, die unsere Aktivistenbewegung gewährleistet, eine weitere Verbesserung des Lebensstandards sichert, verschlechtern sich in den Westzonen Deutschlands die Lebensbedingungen für die Arbeiter von Monat zu Monat mehr und mehr. Die Preise für die Nahrungsmittel in Westdeutschland sind

nach den Angaben der westdeutschen Gewerkschaften seit der separaten Währungsreform bis zum Ende des Jahres 1948 um 20 bis 30% gestiegen. Für Hausbrand beträgt die Steigerung sogar 40% und für Textilien und Schuhe 50 bis 100%. Trotz der vollen Schaufenster in der Bizone kann der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung bei den gegenwärtigen Löhnen und den bestehenden Preisen nur zu einem ganz geringen Teil die Gegenstände des täglichen Bedarfs erwerben, auch ist es einem Teil der Werktätigen nicht einmal möglich, die ihnen zustehenden Lebensmittelrationen zu kaufen. Immer mehr vermindert sich das Verhältnis des Lohnes im Vergleich zum produzierten Wert; während er im Juni 1947 noch 36% ausmachte, ist er im September 1948 bereits auf 24,8% gesunken, wie der „Bund“, die Gewerkschaftszeitung der Bizone, feststellt. Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt in der Woche nicht ganz 30 Mark. Selbst der qualifizierteste Facharbeiter erhält, wie das Arbeitsministerium für Nordrhein-Westfalen mitteilt, einen Wochendurchschnittslohn von brutto 56 Mark; dabei dürfte das Arbeitsministerium in seiner Kalkulation noch sehr vorsichtig gewesen sein.

Bei diesem Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen ist es nur zu verständlich, daß sich der Masse der westdeutschen Bevölkerung eine immer größere Unruhe bemächtigt. Die Gewerkschaften in Westdeutschland werden durch die berechtigte Mißstimmung ihrer Mitglieder zu immer schwerwiegenden Auseinandersetzungen gedrängt. Die verhängnisvolle Zustimmung ihrer Führer zum Marshall-Plan hat dazu geführt, daß dieser Kampf im Westen jetzt nicht nur um das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, sondern bereits in aller Schärfe auch um das Mitbestimmungsrecht auf dem Gebiete der Sozialpolitik geführt wird. Die heftigen sozialen Kämpfe im Westen Deutschlands haben vor mehr als Jahresfrist in den monatelangen Streiks der Arbeiter der Bode-Panzerwerke um das Mitbestimmungsrecht im Betrieb ihren Ausdruck gefunden, zu den großen Demonstrationen in Stuttgart geführt und gegenwärtig in Bayern den Metallarbeiterstreik hervorgerufen.

Ich erinnere an den 24stündigen Generalstreik, an dem sich mehr als 10 Millionen Werktätige beteiligten, Werktätige aller Schichten. Das ist um so bemerkenswerter, als nach den vorliegenden Zahlen in der Bizone noch nicht einmal vier Millionen Werktätige gewerkschaftlich organisiert sind. Dieser Streik mußte von der Führung der Gewerkschaften auf Grund der vorhandenen Mißstimmung durchgeführt werden. Unter anderem wurde die Verkündung des wirtschaftlichen Not-

standes verlangt. Mehr als 10 Millionen Werktätige forderten eine wirksame Preiskontrolle, eine durchgreifende Bekämpfung des Preiswuchers durch Polizei und Behörden, Maßnahmen gegen die illegale Hortung von Waren, Wiederherstellung der vollen Bewirtschaftung im Ernährungssektor, Planung und Lenkung im gewerblichen und industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe und Energie, Überführung der Grundstoffindustrien und der Kreditinstitute in die Gemeinwirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften auf allen Gebieten. Für all das wurde der Streik der 10 Millionen Menschen in der Bizone geführt, und zwar in einem Zeitpunkt, in dem, wenn man der westlich lizenzierten Presse und vor allen Dingen dem westlichen Rundfunk Glauben schenken darf, die soziale Lage der breiten Massen sich immer weiter verbessert haben soll. Die 10 Millionen, die damals der Streikparole folgten und demonstriert haben, bewiesen, daß alle diese Meldungen und Veröffentlichungen des westlichen Rundfunks und der Westpresse falsch waren! Hier haben, so meine ich, schon zehn Millionen und mehr drüber in den Westzonen sich den Forderungen des Deutschen Volksrates vollinhaltlich angeschlossen.

In der sowjetischen Besatzungszone besteht bereits die einheitliche Sozialversicherung auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten. Sparsamste Verwaltung, reibungsloses Beitragseinkommen, Beschäftigung aller arbeitseinsatzfähigen Menschen hat die So-

zialversicherung in unserer Zone in den Stand gesetzt, eine mustergültige vorbeugende Gesundheitspflege, eine hervorragende Betreuung der berufstätigen Männer und Frauen in den Betrieben durch die Errichtung der Ambulatorien, der Sanitätsstellen usw. und eine sich ständig verbessernde Rentenbewegung herbeizuführen. Im Westen gibt es eine einheitliche Sozialversicherung nicht; von einer systematischen vorbeugenden Hilfe kann keine Rede sein. Der Entwurf für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik sichert die Rechte des arbeitenden Menschen durch einen umfassenden sozialpolitischen Schutz, der sich auf einen einheitlichen planmäßigen Wirtschaftsaufbau stützt. Demgegenüber vergleiche man die Forderungen der Militärgouverneure in Westdeutschland, die alle diese Fragen, auch die der einheitlichen Sozialversicherung, des Arbeitsschutzes usw. auf Länderbasis regeln möchten.

Die Arbeitskraft ist das wichtigste Gut, über das das deutsche Volk in seiner Gesamtheit verfügt; sie muß einheitlich geschützt werden. Für das Recht auf Arbeit müssen gleiche, einheitliche Grundsätze für ganz Deutschland Anwendung finden. Der Verfassungsentwurf, der uns vorliegt, bietet dafür die Grundlage. Ich bin daher davon überzeugt, daß diese Verfassung nicht nur die volle Zustimmung der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und in Großberlin, sondern darüber hinaus auch die Zustimmung aller berufstätigen Männer und Frauen in den westlichen Zonen Deutschlands finden wird.

Wir fordern gesamtdeutsche Besprechungen

Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Westzonen

Im Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates kommt dem Art. 15 eine besondere Bedeutung zu. In diesem Artikel wird jedem Staatsbürger das Recht auf Arbeit zugesichert und damit das Fundament für den demokratischen Neuaufbau gelegt, während die Bonner Grundgesetze nur die alten Menschenrechte der französischen Revolution anerkennen und die neuen Ideen des sozialen Fortschritts vollkommen vermissen lassen. Die Arbeit ist für jeden Menschen das Fundament seines Lebens; sie gibt ihm Existenzberechtigung, sie füllt sein Leben aus. Hat der Mensch keinen Teil an ihr, fühlt er sich ausgestoßen und beiseitegestellt. Es liegt also im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse des Einzelnen, daß das Recht auf Arbeit in der Verfassung verankert wird.

Unsere Generation hat Krisen erlebt, die Millionen Erwerbsloser hervorgebracht haben. Eine solche Krise tritt jetzt im Westen Deutschlands auf. Die erste Million ist bereits überschritten. In Hamburg zählt man 34 000 Erwerbslose, und die Zahl steigt an. Es wird höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Anstatt sich aber mit diesen Fragen zu beschäftigen, schmiedet man Pläne, die die Spaltung Deutschlands herbeiführen. Man hat kein Verständnis für die Sorgen der großen Menge der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, der Umsiedler, der Alten und der Arbeitslosen.

Nach einer Verordnung der Militärregierung vom November 1947 sind zum Beispiel Lehrlinge nicht gegen Erwerbslosigkeit versichert. Daraus ergeben sich unerträgliche Härten. Im Westen besteht eine Scheinblüte: volle Läden — leere Taschen! Es ist nur eine kleine Schicht der Bevölkerung, die von diesem Überfluß profitiert. Die große Menge hat keinen Anteil daran. Preise und Löhne stehen in keinem Verhältnis zueinander. Nach einer kürzlich von der Gewerkschaft aufgestellten Statistik beträgt der Durchschnittslohn des Arbeiters in Hamburg 43 Mark wöchentlich. Für den dringendsten Bedarf einer Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern, werden aber 48 Mark wöchentlich benötigt. Darin sind nur die vordringlichsten Ausgaben berücksichtigt, die

rationierten Lebensmittel, Miete, Strom und Gas usw., keinerlei kulturelle Ausgaben, weder Zeitung noch Radio, Kino oder sonst etwas. Also schon bei dem Durchschnittslohn besteht eine wöchentliche Differenz von 5 Mark, und wie erst ergeht es den anderen, die unter dem Durchschnitt liegen!

Als besonderes Notstandsgebiet ist Schleswig-Holstein anzusehen. Die wirtschaftliche Depression tritt dort von allen Ländern der Westzonen am stärksten auf. Die Bevölkerungsdichte in Schleswig-Holstein beträgt 80% im Landesdurchschnitt. Infolgedessen war das Land gezwungen, die extensive Viehwirtschaft, die man bisher betrieben hat, auf intensive Landwirtschaft umzustellen, die infolge klimatischer Verhältnisse unter großen Schwierigkeiten zu leiden hat. Heute müssen in Schleswig-Holstein drei- bis viermal mehr Kartoffeln und Getreide angebaut werden als in früheren Zeiten, wo man diese Nahrungsmittel einfuhrte. In Schleswig-Holstein sind 27% der Bevölkerung erwerbslos. In Flensburg, einer Stadt mit 108 000 Einwohnern, beträgt die Zahl der Erwerbslosen 33 000, das sind 50 bis 60% der arbeitseinsatzfähigen Bevölkerung. Die Arbeitsämter in Flensburg arbeiten oft bis 23 Uhr abends, um die Registrierung durchführen zu können.

Die besondere Notlage ist in Schleswig-Holstein auch durch die große Anzahl der Flüchtlinge entstanden. Symptomatisch ist das Verhalten der einzelnen Länder in der Flüchtlingsfrage. Die zahlenmäßige Aufteilung auf die Trizone ist bisher unterblieben, da der Egoismus der Länderbürokratie dies verhinderte und Frankreich sich bisher mit Erfolg geweigert hat, in seine Zone Flüchtlinge aufzunehmen. Die Zusammensetzung der Flüchtlinge nach Alter und Geschlecht ist so geartet, daß die Mehrheit nicht für den praktischen Arbeitseinsatz geeignet ist. Die Regierung in Kiel kennt diese Schwierigkeiten und versucht, von den anderen Ländern Hilfe zu erhalten. Wenn dies nicht bald gelingt, treibt Schleswig-Holstein unweigerlich dem Staatsbankrott zu.

Minister, die versuchten, in den Fragen der Bodenreform und Schulreform eine fortschrittlichere Lösung herbeizuführen, wurden unnachlässig kaltgestellt.

Die Entwicklung im Westen führt dazu, daß immer mehr Menschen zu der Einsicht gelangen: eine Besserung der Verhältnisse ist nur auf gesamtdeutscher Basis zu erreichen. Meine Freunde im Westen, die sich unbeeinträchtigt durch alle Drohungen und Maßregelungen für die Einheit Deutschlands einsetzen, haben den innigsten Wunsch, daß je eine Delegation des Parlamentarischen Rates und des Deutschen Volksrates zusammenkommen möge, um gemeinsam zu versuchen, die deut-

schen Probleme zu lösen, eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten und die Einheit Deutschlands herzustellen, um endlich zu einem Friedensvertrag zu kommen. Die Deutschen im Westen werden es daher ganz besonders begrüßen, daß der Deutsche Volksrat den ersten Schritt zu einer solchen Zusammenkunft unternommen hat, und es bleibt zu hoffen, daß die westdeutschen Körperschaften diese ausgestreckte Hand bald und tatkräftig ergreifen.

Die Verfassung das Kampfprogramm der gesamten deutschen Jugend

Karl-Ernst Reuter (FDJ)

Mitglied des Sekretariats des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend

Wenn der Deutsche Volksrat heute Stellung nimmt zu einer deutschen Verfassung als dem Grundgesetz einer einheitlichen deutschen Republik, so möchte ich sagen, daß diese Verfassung der deutschen Jugend Ideale und Lebensziele geben wird. Das Studium dieser Verfassung wird die Jugend lehren, im Geiste der Demokratie zu wirken. Gerade in Westdeutschland, wo heute die Jugend bereits wieder korrumpiert wird, wo die materiellen und geistigen Grundlagen für eine gesunde Entwicklung der Jugend nicht gewährleistet sind, wo die Jugend sehen muß, wie Nazis und Kriegsverbrecher freigesprochen und fortschrittliche Kämpfer für die demokratische Einheit Deutschlands von Militärgerichten verurteilt werden, gerade dort zeigt diese Verfassung das Gesicht der wahren Demokratie, eine Zukunft, in der ein besseres Leben für unser Volk gewährleistet ist. In dieser Zukunft wird die deutsche Jugend nicht mehr auf den Kasernenhöfen imperialistischer Generale für einen neuen Angriffskrieg gedrillt werden. In ihr wird jeder Deutsche Anteil haben an der Gestaltung des staatlichen Lebens; Arbeit, Berufsausbildung und kulturelle Entwicklung werden garantiert sein. Eine solche Zukunft steht mit dieser Verfassung, die wir heute verabschieden wollen, der deutschen Jugend gleichsam bildlich vor Augen.

Diese Klarheit über Weg und Inhalt unseres Kampfes ist für die Gewinnung und Überzeugung immer größerer Teile der deutschen Jugend von entscheidender Bedeutung. Immer breiter werden die Schichten der Jugend auch in Westdeutschland, die aus dem Bestreben heraus, zunächst nur ihre schwere materielle Lage zu verbessern, zu aktiven Kämpfern gegen die Kolonisierung Westdeutschlands werden, die für ein einheitliches demokratisches Deutschland und damit für unsere Verfassung eintreten. So wurde Ende des vergangenen Jahres durch junge Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine Konferenz der schaffenden Jugend nach Bochum einberufen. Sie stand unter dem Motto: Arbeit, Brot, Recht, Aufstieg! Dieses Treffen wurde von der britischen Militärregierung ohne Angabe von Gründen verboten, was offensichtlich zeigt, daß sie der Jugend in einem Land, das man kolonisieren will, eben nicht Arbeit, Brot, Recht und Aufstieg geben will.

Weiter wurde am 21. Oktober 1948 im Niedersächsischen Landtag ein Jugendarbeitsschutzgesetz angenommen, das trotz aller Mängel wichtige Errungenschaften enthält, deren Verwirklichung eine wesentliche Verbesserung der so schweren Lage der arbeitenden Jugend in Westdeutschland bedeuten würde. Als bald aber protestierte auch hier die britische Militärregierung gegen dieses Gesetz, da es der deutschen Jugend angeblich zu viel politische Rechte einräume, und heute geht bereits ein wahres Kesseltreiben um die Revision dieses Gesetzes.

Diesen Angriffen, dieser Mißachtung der Jugend in Westdeutschland steht nun der Verfassungsentwurf der

Deutschen Demokratischen Republik gegenüber, in dem alle grundlegenden Rechte der jungen Generation verfassungsmäßig verankert sind. So ist diese Verfassung, über die wir heute diskutieren, ein Kampfprogramm für die gesamte deutsche Jugend und steht in voller Übereinstimmung mit den wirklichen Interessen der Jugend in ganz Deutschland. Ich kann im Namen unserer Arbeitsgemeinschaft der Freien Deutschen Jugend, im Namen von 569 000 jungen Menschen nicht nur die Erklärung abgeben, daß wir diesem Entwurf einer deutschen Verfassung aus vollem Herzen und aus tiefster Überzeugung zustimmen, sondern ich darf auch versichern, daß wir allzeit unsere ganze junge Kraft dafür einsetzen werden, diese unsere Verfassung in ganz Deutschland zu verwirklichen.

Auch im neuen Entwurf der Grundsätze und Ziele der Freien Deutschen Jugend, der Pfingsten dieses Jahres auf dem 3. Parlament unserer Organisation zur Abstimmung gelangen wird, stehen die in dieser Verfassung festgesetzten Prinzipien im Mittelpunkt. Die FDJ bekennt sich eindeutig zu einem einigen demokratischen Deutschland. Sie verpflichtet sich zur intensiven Mitarbeit an der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und stellt sich mit aller Entschiedenheit in das Lager des Friedens, an dessen Spitze die Sowjetunion steht und mit ihr alle friedliebenden Völker.

Der Vorsitzende des Präsidiums, Otto Nuschke, prägte gestern in seinem Referat den Satz: Die Aktivisten der Arbeit sind Aktivisten der nationalen Selbsthilfe. Gestatten Sie mir, diesen Satz aufzugreifen und zu sagen: Die Aktivisten der FDJ sind Aktivisten der Arbeit und der nationalen Selbsthilfe, sind Aktivisten für die Verwirklichung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, und sie werden nicht müde werden, immer neue Jungen und Mädel für unsere gemeinsame Aufgabe zu gewinnen!

Am 5. und 6. Februar tagten im Westen Deutschlands, in Eßlingen, Delegierte von 24 000 jungen Menschen aus den Fabriken und Dörfern, aus den Schulen und Universitäten, um zu den Lebensfragen der deutschen Jugend Stellung zu nehmen. Diese Konferenz nahm einen Aufruf an die Jugend an, der so endet: „Wir fordern ein ungeteiltes Deutschland mit einer Verfassung, die uns die Verwirklichung unserer Forderungen und Rechte sichert. Allein sind wir nichts, vereint sind wir alles. Danach laßt uns handeln.“ Ich glaube, wir können hier in Übereinstimmung mit der Jugend im Westen Deutschlands erklären: Hier ist unsere Verfassung; nach ihr wollen wir handeln und arbeiten. In diesem Kampfe um Einheit und gerechten Frieden, um die Durchsetzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in ganz Deutschland an der Spitze zu stehen, unserem Volke voranzugehen, das ist die große Aufgabe und Sendung der deutschen Jugend.

Schule und Verfassung

Dr. Maria T o r h o r s t (Kulturbund)
Minister für Volksbildung des Landes Thüringen

In der Weimarer Republik war es üblich, bei der Schulentlassung den deutschen Jugendlichen ein Exemplar der Weimarer Verfassung auszuhändigen. Das blieb für die meisten Schüler eine Formsache und das Heft für sie ein Heft mit sieben Siegeln.

Heute haben sich die Ziele der Schule und hat sich die Einstellung unserer Lehrer zu den Verfassungsfragen bereits erheblich geändert. Die Schulen haben sich in den letzten Monaten in die öffentliche Diskussion unseres Verfassungsentwurfes eingeschaltet; dafür möchte ich einige Beispiele anführen.

In Plauen im Vogtlande und in Görlitz haben die Schulen auf Grund eigener Initiative die Verfassungsgrundsätze diskutiert. Die Volksausschüsse der Stadt Leipzig haben in jeder Schule Vertrauensleute eingesetzt, die sich darum kümmern, daß es in keiner Schule Leipzigs unterlassen wird, zu unserem Verfassungsentwurf Stellung zu nehmen. In Döbeln hat die FDJ Volksausschüsse geschaffen, um auch dort dafür zu sorgen, daß die Verfassungsdiskussion von Lehrern und Schülern geführt wird. Der Kreisvolksausschuß Dresden hat sich nicht damit begnügt, Lehrer und Schüler zur Diskussion aufzufordern, sondern hat darüber hinaus auch die Eltern in die Diskussion mit einbezogen, und zwar auf dem Wege über die Vereinigung der Freunde unserer neuen Schule.

Ein Beispiel aus Thüringen! Vor einigen Wochen besuchte ich mit einer jungen Schweizerin einige Schulen Thüringens. Wir kamen zu einer Schule in Lauscha und hörten uns den Unterricht eines neuen Lehrers an. Dieser neue Lehrer verstand es, und zwar ohne jeden Formalismus, aus dem eigenen Erleben und aus dem Leben seiner Schüler den Unterschied zwischen den politischen Zuständen der Hitlerzeit und unserem neuen politischen Leben zu entwickeln. Als dann am Schluß der Unterrichtsstunde dieser Lehrer seine Kinder einige FDJ-Lieder anstimmen ließ, Lieder über das neue Leben unserer deutschen Jugend, gingen mir und meiner Schweizer Begleiterin die Augen auf, wie lebendig diese unsere Verfassung der Jugend geworden war.

Wir Pädagogen haben durch den Verfassungsentwurf eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe übertragen bekommen. In Art. 37 heißt es: „Die Schule erzieht die Jugend im Geiste der Verfassung zu selbständig denkenden, verantwortungsbewußt handelnden Menschen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Ge-

meinschaft einzuordnen.“ In diesem Zusammenhang möchte ich an einem Beispiel zeigen, wie wesentlich dieser Grundsatz ist, und zwar am Beispiel der Erziehung unserer Jugend zu einer neuen Arbeitsgesinnung. Diese Erziehung muß oberflächlich und wirkungslos bleiben, wenn sie nicht ganz fest auf die neuen ökonomischen Grundsätze unserer Demokratie gegründet wird, die im Verfassungsentwurf endgültig verankert sind. Dabei weise ich auf die Überführung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in das Volkseigentum hin und weiter auf die Artikel der Verfassung, die sich mit der Bodenreform beschäftigen.

In der Zeit der französischen Revolution gab es sogenannte Bürgerkatechismen. Das waren Heftchen, in denen die Grundsätze der neuen Verfassung in allgemeinverständlicher Form dargestellt wurden. Wir Pädagogen werden zusammen mit den fortschrittlichen Juristen eine Verfassungsfibel für unsere Jugend zu schaffen haben, um unseren Jungen und Mädchen zu helfen, sich die Grundsätze unserer Verfassung in konkreter und anschaulicher Weise anzueignen. Die Hauptsache wird aber bleiben, daß wir Pädagogen, zusammen mit den Eltern, unserer Jugend ein leuchtendes Vorbild für das neue demokratische Leben geben. Wir alle müssen dafür sorgen, daß unsere öffentlichen Institutionen, darunter auch die Schulen, nicht nur formal demokratisch bleiben, sondern daß sie in der Jugend eine lebendige demokratische Aktivität erwecken. Wenn wir einstmals unserer Jugend beim Abschied von unseren neuen Schulen die Verfassung auszuhändigen werden, dann wird sie für sie hoffentlich nicht mehr ein Buch mit sieben Siegeln sein, sondern ein Buch, das alle Zeit offen vor ihnen aufgeschlagen liegt und ihnen teuer und heilig ist.

Dann wird unsere Jugend auch imstande und bereit sein, den Art. 4 unserer Verfassung zu verwirklichen, in dem es heißt: „Jeder Bürger ist verpflichtet, im Sinne der Verfassung zu handeln und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.“ Dem möchte ich hinzufügen: wenn es sein muß — unter Einsatz des Lebens. Dann wird unsere deutsche Jugend nicht mehr dazu mißbraucht werden können, für die Interessen der Kriegsverbrecher die Massengräber zu füllen. Wir Pädagogen werden zusammen mit unserer Jugend dafür kämpfen, daß sie in friedlicher Arbeit sich selber und damit dem deutschen Volk eine glückliche und freie Zukunft schafft.

Nationale Einheit überwindet kulturellen Notstand

Prof. Dr. Heinrich D e i t e r s (Kulturbund)

Direktor des Instituts für theoretische Pädagogik an der Universität Berlin

Jede Kultur ist in nationalen Formen entstanden und kann sich nur unter Fortführung der nationalen Formen erhalten. Es besteht in diesem Zeitpunkt — und es ist wichtig, das klar zu sehen — ein wahrer nationaler Notstand für unsere deutsche Kultur, und zwar ein Notstand im Rahmen des gesamten deutschen Lebens. Dieser Notstand ist vor allem hervorgerufen worden und wird immer mehr gesteigert durch die staatliche Zersplitterung, in der wir leben, und daraus ist das elementare Interesse zu erklären, das die deutschen Kulturschaffenden an der Wiederherstellung der deutschen Einheit und an der Durchsetzung der deutschen demokratischen Verfassung haben.

Dieser nationale Notstand, in dem sich unsere Kultur befindet, zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit an zwei Stellen. Im Saargebiet hat man versucht, durch einen Kulturvertrag mit Frankreich zu einem Ausgleich der gegenseitigen kulturellen Interessen zu kommen. Nie-

mand von uns hat irgend etwas einzuwenden gegen ein Kulturabkommen mit den uns umgebenden Völkern und Ländern. Wir wünschen ja die Berührung, die enge Berührung zwischen der deutschen Kultur und den nationalen Kulturen anderer Völker. Aber wenn wir die Verhältnisse zum Vergleich heranziehen, wie wir sie in der sowjetischen Besatzungszone haben, so verstehen wir den Unterschied sofort. Hier liegt es so, daß die deutsche Kultur in ihren Kulturschaffenden, in ihren kulturellen Organisationen als gleichberechtigte Partnerin sich mit der Kultur der Sowjetunion und vor allen Dingen des russischen Volkes beschäftigt. Dort im Saargebiet aber ist in dem Verhältnis zwischen dem Saargebiet und der Französischen Republik die deutsche Kultur kein gleichwertiger Partner. Sie ist nur vertreten durch die lokalen Kräfte des Saarlandes, und diese verschwinden fast gegenüber der geschlossenen Kraft einer so hochstehenden und so weit ausgebildeten Kul-

tur, wie es die französische Kultur ist, die wir alle lieben und schätzen. Infolgedessen muß das Kulturabkommen, das die Saarländer mit der französischen Regierung geschlossen haben, im Verlaufe etwa einer Generation mit Notwendigkeit zur Franzöisierung des Saargebietes in kultureller Beziehung führen. Das ist einfach ein Ergebnis der Tatsache, daß hier eine staatliche Zersplitterung vorliegt, die gegenüber eine Art von Kulturimperialismus vordringen muß. Es zeigt sich also, daß infolge der Aufsplitterung Deutschlands, wie sie gegenwärtig besteht, die Kultureinflüsse des Auslandes in Deutschland eindringen, und zwar nicht im Sinne einer kulturellen Verständigung, sondern in dem Sinne, daß die deutsche Kultur die schwächere ist und den Kulturen anderer Völker weichen muß.

Ein weiteres Beispiel dieser Art zeigt sich nun in der Entwicklung der Hochschulpolitik. Zugestandenermaßen sind die einzelnen deutschen Länder des Westens nicht mehr imstande, die finanziellen Aufwendungen zu tragen, die die Erhaltung des Kulturapparates und seine Fortbildung verlangen. Infolgedessen sind dort Kräfte am Werk, die darauf abzielen, die deutschen kulturellen Einrichtungen und zunächst einmal die Hochschulen aus der staatlichen Verfügungsgewalt in die private Sphäre zurückzuführen. Man sucht sich die finanziellen Unterstützungen zu sichern, die man von finanzkräftigen Stiftern und Förderern bekommen könnte. Das bedeutet aber selbstverständlich, daß solche kulturellen Institutionen, die private Mittel in Anspruch nehmen, auch den Bestimmungen und der Verfügungsgewalt des Privatkapitals unterliegen. So wird die Privatisierung der deutschen Hochschulen im Westen infolge der finanziellen und selbstverständlich auch der politischen Schwäche der einzelnen Länder eingeleitet.

Zwei Konsequenzen ergeben sich daraus: Einmal ist es nicht möglich, in Westdeutschland größere Kapitalien für die deutschen kulturellen Institute privater Art aufzubringen ohne Zustimmung des ausländischen, des anglo-amerikanischen Kapitals, das ja letzten Endes den Kapitalmarkt in Westdeutschland beherrscht. Das bedeutet, daß diese Institute deutscher nationaler Kultur dem entscheidenden Einfluß, der Herrschaft und der Kontrolle ausländischer Finanzkräfte unterstellt werden. Weiter bedeutet das aber, daß diese Hochschulen daran gehindert werden, sich zu demokratisieren, denn der Einfluß, den das Volk in seiner Gesamtheit auf die deutsche Kultur auszuüben vermag, wird durch die politischen Einrichtungen, durch die

staatlichen Unterrichtsverwaltungen ausgeübt. Wenn also der Einfluß dieser staatlichen Unterrichtsverwaltungen auf die kulturellen Institute gehemmt wird, dann wird die Demokratisierung dieser Einrichtungen ebenfalls gehemmt.

Es zeigt sich also, daß durch die staatliche Zersplitterung Westdeutschlands die nationale Kultur in eine tatsächliche Gefahr, in einen wirklichen nationalen Notstand hineingeraten ist. Dieser Notstand hat seinen tiefsten Grund in der deutlichen Abschwächung des Nationalgefühls in weiten Teilen der Bevölkerung Westdeutschlands. Es ist ja die deutsche Kultur im Laufe des 19. Jahrhunderts zunächst einmal emporgetragen worden durch das deutsche Bürgertum, und dann erst hat das Proletariat die Kräfte errungen, diese kulturelle Erbschaft zu übernehmen. Nun, große Teile des deutschen Bürgertums — selbstverständlich nicht die Gesamtheit — haben dieses Bewußtsein einer nationalen Kulturmission nicht mehr, und es fehlt ihnen die Kraft der kulturellen Überzeugung, um allen diesen Entwicklungen, die wir an diesen einzelnen Beispielen sehen, entgegenzuwirken. Es tritt unter unseren Intellektuellen und unseren Kulturschaffenden wieder eine Auffassung auf, von der wir glaubten, daß sie seit Generationen in Deutschland überwunden sei. Das ist die Auffassung, daß es möglich sei, die deutsche Kultur zu erhalten, ja, weiter zu entwickeln, ohne daß es einen deutschen Staat gibt. Man behauptet, daß die Zeit der deutschen Kleinstaaterei diejenige gewesen sei, in der die deutsche Kultur ihre höchste Blüte erreicht habe. Wir wissen, daß das eine historisch falsche Auffassung ist, und wir sehen das an den gegenwärtigen Verhältnissen bestätigt. Wenn der deutschen Kultur der Schutz eines deutschen Staates und deutscher staatlicher Einrichtungen, die gesammelte materielle Kraft des deutschen Volkes fehlen, dann vermag sie sich nicht zu erhalten, wird überfremdet, zerrissen und in ihrer Eigenart zerstört.

Es ist daher klar, daß die deutschen Kulturschaffenden ein wesentliches Interesse daran haben, daß durch eine Verfassung die nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird. Unser Ruf geht daher auch an die Kulturschaffenden Westdeutschlands, daß sie in diesem Zusammenhang begreifen, wie sehr sie sich mit ihrer ganzen geistigen Energie und ihrem moralischen Gewicht einsetzen müssen gegen die Verewigung der Föderalisierung und der Zersplitterung Deutschlands und für die Verfassung, die wir in diesen Beratungen hier beschließen wollen!

Nationale Selbsthilfe in Berlin

Hans Jendretzky (SED)

Erster Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der SED

Ausgehend von dem hier zur Diskussion stehenden Verfassungsentwurf möchte ich einige Worte zur Lage Berlins sagen. Das besondere Kennzeichen der Berliner Situation ist, daß hier bis hinein in die vier Wände jedes einzelnen Berliner die Wirkung des kalten Krieges, die ständigen provokatorischen Störungen der demokratischen Ordnung spürbar und sichtbar werden. Auf der anderen Seite zeigt die Auswirkung der Maßnahmen des demokratischen Magistrats unter Friedrich Ebert der gesamten Berliner Bevölkerung, wie die Forderungen der Werktätigen und die Programmpunkte des Magistrats übereinstimmen und — was uns Berlinern als das Wesentliche erscheint — auch wirklich praktisch durchgeführt werden.

So wie sich der Deutsche Volksrat gegenüber dem ganzen deutschen Volke verpflichtet fühlte, in seinem Verfassungsentwurf die unabdingbaren Grundrechte der demokratischen Entwicklung festzulegen, so sahen sich die fortschrittlichen demokratischen Kräfte Berlins, die sich im Demokratischen Block zusammengeschlossen haben, in gemeinsamer Auffassung mit den Werktätigen der Betriebe und Verwaltungen veranlaßt, einen Artikel dieses Verfassungsentwurfes in

richtiger demokratischer Aktivität bereits anzuhängen. Ich meine den Art. 4, in dem es heißt, daß jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand hat gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen, und daß jeder Bürger verpflichtet ist, im Sinne der Verfassung zu handeln und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Die Berliner haben ihre besonderen Erfahrungen im kalten Krieg gesammelt. Wir haben hier am eigenen Leibe erlebt, was es bedeutet, wenn in einem Teile Berlins demokratische Organisationen verboten und unterdrückt werden und reaktionäre Elemente mit Unterstützung verantwortlicher Stellen der westlichen Militäregierungen Oberwasser gewinnen. Dadurch wurde die Berliner Selbstverwaltung nach und nach so lahmgelegt, daß es nicht mehr möglich war, dem Willen der demokratischen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Den Berlinern in den westlichen Sektoren wird zugemutet, alle Lasten und Entbehrungen wie in einer kriegsführenden Stadt zu tragen; darin haben auch die Anträge des Westmagistrats an Westdeutschland, man möge Westberlin als zwölftes Land in den kommenden Bundesstaat aufnehmen, ihren Grund. Man mußte einen

solchen Schritt tun, weil heute schon der finanzielle Bankrott Westberlins offenbar ist, und weil man nicht imstande ist, den Werktätigen Westberlins die Lebensverhältnisse zu garantieren, die in unserem Sektor selbstverständlich sind.

Die Entwicklung bis zum 30. November 1948 hatte angesichts des kommenden Winters und der Tatsache, daß nicht genügend Kohlen, Strom und Gas zur Verfügung standen, die Berliner Bevölkerung in eine berechnete Unruhe und Sorge versetzt. Diesen unerträglichen Zustand haben wir geändert und haben dabei im Sinne des Art. 4 gehandelt — ohne uns der Zustimmung derer zu versichern, die den Berlinern eine vorläufige Verfassung versagt haben! Denn wir wollen in Berlin alle Kräfte sammeln, um in unserer Stadt, der Hauptstadt Deutschlands, die demokratische Ordnung auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse zu sichern und ihre Ausdehnung auf ganz Berlin vorzubereiten, damit die materiellen Interessen und Lebensbedürfnisse für alle Berliner verbessert werden können.

Der Weg dazu ist gewiß nicht leicht. Man braucht sich nur die Praxis der Westberliner „Demokratie“ anzusehen, wie sie jetzt in den Tagen, da der Deutsche Volksrat hier versammelt ist, zutage tritt. Wir haben gestern bereits aus dem Munde unseres Berliner Oberbürgermeisters Friedrich Ebert gehört, daß einige Verhaftungen vorgenommen worden sind, weil die Betreffenden die schwarz-rot-goldene Fahne ausgehängt

hatten. Nach den Mitteilungen, die wir bis gestern Abend bekommen haben, sind über 300 Fälle von Beschlagnahmen solcher Fahnen bekanntgeworden. Außerdem wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Hierzu erklärte der Verbindungsoffizier der britischen Militärregierung, daß im britischen Sektor deshalb die schwarz-rot-goldenen Fahnen beschlagnahmt worden seien, weil diese Fahnen den Frieden der Berliner Bevölkerung stören — also nicht die Kriegshetzer, sondern schwarz-rot-goldene Fahnen sind es, die den Frieden stören!

Ich möchte, nachdem die Berliner Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden bereits einen leidenschaftlichen Protest gegen diese Willkürakte veröffentlicht haben, vorschlagen, daß der Deutsche Volksrat sich diesem Protest anschließt. Gleichzeitig möchte ich aber erklären, daß alle diese Schwierigkeiten und Schikanen die fortschrittlich-demokratischen Kräfte Berlins nicht hindern werden, auch weiterhin im Sinne der Beschlüsse des Deutschen Volksrates alle Berliner zur nationalen Selbsthilfe aufzurufen. Denn in Zukunft wird es noch mehr als bisher notwendig sein, gegen antisemitische Provokation und reaktionäre Knebelungsversuche aufzustehen und zu kämpfen. Die Einheit Deutschlands ebenso wie die Einheit Berlins wird uns nicht geschenkt; sie wird und muß erkämpft werden im Kampfe für Einheit, Freiheit, Fortschritt und Frieden.

Verfassung aller Antifaschisten

Pastor Martin Siedersleben (VVN)

Landesvorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Im Namen der VVN der sowjetisch besetzten Zone und der gesamtdeutschen Organisation der Kämpfer gegen den Faschismus kann ich die Erklärung abgeben, daß wir der heute vorgelegten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vollinhaltlich zustimmen. An der Verfassung, wie sie in Bonn aufgestellt wird, hätten wir nicht mitarbeiten können, weil sie nur für einen Teil Deutschlands gelten soll und damit die Spaltung Deutschlands verfassungsmäßig besiegeln würde. An diesem Verfassungsentwurf aber haben wir vorbehaltlos mitwirken können, weil es sich um eine Verfassung für ganz Deutschland handelt.

Wenn der Deutsche Volksrat heute die Verfassung verabschiedet und sie dem deutschen Volke übergibt, so geben wir als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes diese ganz besonders auch in die Hände un-

serer Kameraden in den Westzonen und rufen sie auf, zu prüfen, wo sie die Grundlagen für eine friedliche und bessere Zukunft unseres Volkes finden, in den Bonner Statuten oder in der Verfassung des Deutschen Volksrates; zu prüfen, welche der beiden Verfassungen die erforderlichen Garantien gibt, die allein eine Wiederholung und Wiedererstarkung des Faschismus verhindern können. Wir sehen die Sicherung gegen einen neuen Faschismus vor allem in der überragenden Stellung der Volkskammer, in dem Recht und der Pflicht des Widerstandes gegen verfassungswidrige Handlungen und in der Strafandrohung für Rassen-, Völker- und Glaubenshaß, die in dieser Verfassung verankert sind. Darum rufen wir alle Antifaschisten auf, sich zu dieser Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu bekennen.

Auszug aus dem wörtlichen Protokoll der 6. Volksratstagung

DIE ABSTIMMUNG

Prof. Dr. Hermann Kastner

Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Volksrates

Es geziemt in dieser Stunde, einen Rückblick auf den geschichtlichen Weg zu werfen, den Deutschland bisher gegangen ist in dem vergeblichen Bemühen, ein demokratisches Deutschland zu werden, das getragen wird von der Gesamtheit seiner Bürger und Bürgerinnen, ein Deutschland, in dem die Verantwortung für die Gesamtheit, für das Vaterland in den Herzen und Gewissen aller verankert ist. Ich erinnere an die Bauernkriege — ein Deutschland, ohne Fürsten, mit einem gewählten Kaiser. Es war ein erster Versuch, der in Greuel und Blut erstickt wurde. Wir wissen, was danach kam: die Kleinstaaterei, der Dreißigjährige Krieg, die Bruderkriege zwischen Preußen und Österreich in der Zeit Friedrichs II., die Entmachtung Deutschlands durch Napoleon I., die Freiheitskriege.

Und wieder kam ein Völkerfrühling, der von den Schlachtfeldern des befreiten Vaterlandes ein wahrhaft demokratisches Reich heimbringen wollte. Schwarz-Rot-Gold — das Wartburgfest — die Reaktion — wer Schwarz-Rot-Gold trug, verfehmt, verfolgt, ermordet, hingerichtet, geächtet!

Dann das Jahr 1848: Wir sehen vor uns den Zug der Männer nach der Paulskirche und hören das Läuten der Glocken von Frankfurt, als man dort die Verfassung verabschiedete. Und das Ende? Noch im Jahre 1849 die Kämpfe in Sachsen und in Baden, das Militär erstickte die letzten Reste friedlicher Regungen — wiederum ein vergebliches Bemühen um ein demokratisches Deutschland.

Weil das Bismarcksche Reich nach außen eine gewisse Einheit, weil es Macht und Glanz schuf, glaubten viele in ihm eine Erfüllung dessen zu sehen, was sie erträumt hatten. Und doch — welch ein Irrtum. Dieses Reich war ein Bund der Fürsten; sie schlossen den Bund, nicht das Volk, und es ist kein Zufall, daß die Gründung dieses Reiches sich uns darstellt unter dem Bild der Kaiserproklamation von Versailles am 18. Januar: nur Militärs, nur Uniformen, nichts von Demokratie!

So kam es, wie es kommen mußte. Dieses Reich zerbrach. In Weimar schuf man eine neue Verfassung, vielleicht die demokratischste Verfassung der Welt. Und wieder kam es anders. Man machte eine formale Demokratie daraus. An Stelle der Ideen und Ideale traten die Interessen und im Gefolge der Interessen traten die alten Machthaber wieder auf. Das Ende war Hitler und war der Zusammenbruch.

Und nun geht das deutsche Volk hier, ich möchte sagen, mit der letzten Chance, die es hat, daran, den Grundstein zu legen für ein neues, wirklich demokratisches Deutschland. Darin liegt die große Bedeutung, der Ernst der Stunde und die Schwere unserer Verantwortung, das ist aber auch die uns erhebende Größe der Aufgabe, die uns auferlegt ist. Ich glaube, ich darf sagen, daß der Volksrat jetzt, da wir zur Abstimmung über die Verfassung kommen, vor dem entscheidendsten und schönsten Augenblick seiner Tätigkeit steht. Wir alle sind tief durchdrungen von dem Bewußtsein der geschichtlichen Bedeutung dieses Augenblicks.

Ich frage: Will der Deutsche Volksrat den ihm vorgelegten Verfassungsentwurf annehmen? Wer dafür ist, den bitte ich, aufzustehen.

Alle Mitglieder des Deutschen Volksrates erheben sich von ihren Plätzen.

Ich danke Ihnen. Bitte die Gegenprobe — Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest: die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist einstimmig angenommen.

Alle Anwesenden erheben sich und spenden minutenlangen Beifall.

Entschlieung zur Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Der auf der fünften Tagung des Deutschen Volksrates angenommene Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist von allen Schichten der Bevölkerung lebhaft begret und diskutiert worden. Die Meinungsäußerung der Öffentlichkeit erfolgte in Versammlungen aller Art, durch die Presse, den Rundfunk und durch direkte Zuschriften an das Sekretariat des Deutschen Volksrates in Form von Zustimmungserklärungen, Abänderungs- und Ergnzungsvorschlgen. Es wurden etwa 15 000 Resolutionen der Parteien, Organisationen, Betriebsbelegschaften und Institutionen angenommen, über 9000 Versammlungen in allen Teilen Deutschlands durchgeführt und mehr als 500 Abänderungsvorschläge gemacht. Der Verfassungsausschuß hat die Abänderungsvorschläge beraten und danach die zweite Fassung des Entwurfes ausgearbeitet.

Die Diskussion der Verfassung der künftigen Deutschen Demokratischen Republik stellt einen entscheidenden Abschnitt im Kampfe unseres Volkes für die Erringung seiner staatlichen Souveränität dar und hat sein demokratisches Bewußtsein gefestigt. Das Streben der westlichen Besatzungsmächte, mit Hilfe des Bonner „Parlamentarischen Rates“ in Westdeutschland einen Separatstaat zu errichten, erweist sich mehr und mehr als ein verantwortungsloses und gefährliches Spiel mit der Zukunft und den Rechten des deutschen Volkes.

Das Memorandum der westlichen Militärgouverneure vom 2. März 1949 zerstört praktisch jegliche deutsche Staatsgewalt und macht deutsches Land und deutsche Menschen zum Spielball ihrer Interessenpolitik.

Es ist darum die besondere Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit, diese „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ im ganzen deutschen Volk zur Grundlage des Kampfes für ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht und eine einheitliche freie deutsche Republik zu machen.

Der Deutsche Volksrat überweist die „Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ zur Bestätigung an den dritten Deutschen Volkskongreß.

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen.

Protestresolution gegen die Schändung der Farben der Deutschen Demokratischen Republik

Der 101. Jahrestag der Revolution von 1848 wurde von vielen Bürgern Berlins zum Anlaß genommen, die Farben Schwarz-Rot-Gold zu zeigen.

Gegen diese demokratische Willensbekundung Berliner Bürger ist in den Westsektoren unserer Hauptstadt ein unerhörter Akt polizeilicher Willkür begangen worden. Die Polizei drang auf Befehl der westlichen Besatzungsmächte in die Wohnungen ein, beschlagnahmte die Fahnen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Begründung der britischen Militärregierung zu diesen Polizeimaßnahmen lautete: Die Fahne Schwarz-Rot-Gold gefährdet den Frieden unter der Berliner Bevölkerung! Danach sind also nicht die Kriegshetzer, sondern die republikanischen Farben eine Gefahr für den Frieden.

Der Deutsche Volksrat steht hinter allen deutschen Menschen, die ihre freiheitliche Haltung im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands zum Ausdruck bringen und wird ihnen jede Unterstützung zuteil werden lassen. Im Namen des gesamten deutschen Volkes, das die Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin fordert, erhebt der Deutsche Volksrat schärfsten Protest gegen diesen Gesinnungsterror. Er fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten, die Rückgabe der Fahnen und die Einstellung jeglicher polizeilicher Repressalien gegen die friedlichen und fortschrittlichen Bürger von Berlin.

Vom Deutschen Volksrat am 18. März 1949 einstimmig angenommen.

A N H A N G

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

(2. Entwurf vom 19. März 1949)

Die Entstehung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Am 18. März 1948, dem hundertsten Jahrestag der unvollendeten Revolution, nahm der zweite Deutsche Volkskongreß in Berlin einstimmig die EntschlieÙung über „Die Lehren der Märzrevolution“ an. In dieser EntschlieÙung waren die Grundgedanken des neuen deutschen Verfassungswerkes enthalten. Dem am 19. März 1948 konstituierten Deutschen Volksrat wurde unter anderem die Aufgabe übertragen, den Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Zu diesem Zweck wurde unter der Leitung von Otto Grotewohl ein Verfassungsausschuß gebildet, dem sachverständige Vertreter aller Parteien und Organisationen angehören. Der Ausschuß trat am 15. April 1948 zu seiner ersten Sitzung zusammen und stellte in insgesamt zehn Sitzungen die Verfassungsrichtlinien auf, die der vierten Tagung des Deutschen Volksrates am 3. August 1948 vorgelegt wurden. Nach eingehender Aussprache wurden diese Richtlinien einstimmig gebilligt. Der Verfassungsausschuß wurde beauftragt, an Hand dieser Richtlinien die Paragraphierung des Verfassungstextes vorzunehmen.

Diese Aufgabe wurde in intensiver Arbeit des Ausschusses und seiner Unterausschüsse bis zum 22. Oktober 1948 gelöst. Der erste Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wurde von Otto Grotewohl vor dem Deutschen Volksrat am 22. Oktober 1948 eingehend begründet. Der vom Verfassungsausschuß vorgelegte Entwurf wurde nach eingehender Aussprache einstimmig gebilligt und zur freien öffentlichen Diskussion gestellt.

Die Meinungsäußerung der Öffentlichkeit erfolgte in Versammlungen aller Art, durch die Presse, den Rundfunk und durch direkte Zuschriften an das Sekretariat des Deutschen Volksrates in Form von Stellungnahmen, Resolutionen, Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen. Insgesamt fanden etwa 9000 Versammlungen, in denen die Verfassung diskutiert wurde, in allen Teilen Deutschlands statt. Es wurden über 15 000 Resolutionen der Parteien, Organisationen und sonstigen Institutionen zur Verfassungsdiskussion und 503 Abänderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf dem Deutschen Volksrat zugesandt. Die meisten Resolutionen waren zustimmenden Charakters. Im Sekretariat des Deutschen Volksrates wurde die Sichtung des eingegangenen Materials und seine Zusammenstellung nach den einzelnen Teilgebieten der Verfassung durchgeführt.

Am 18. Februar 1949 trat der Verfassungsausschuß erneut zusammen, um das Ergebnis der Verfassungsdiskussion zu beraten. Die Begutachtung des eingegangenen Materials wurde einer Unterkommission des Ausschusses übertragen. Da eine Anzahl von Anträgen das gleiche Thema im gleichen Sinne behandelte, ergab sich, daß 129 Vorschläge zu bearbeiten waren. Die Kommission nahm auf Grund dieser Anträge die Abänderung bzw. Ergänzung von 52 Artikeln vor. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission wurde sodann am 2. März 1949 dem Verfassungsausschuß überwiesen, der in gründlichen Beratungen die neue Fassung des Entwurfs abschloß.

Diesen zweiten auf Grund der Verfassungsdiskussion verbesserten Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik legte Otto Grotewohl der sechsten Tagung des Deutschen Volksrates am 19. März 1949 vor und begründete den Entwurf in seinem Referat. Nach eingehender Aussprache wurde die Verfassung vom Deutschen Volksrat einstimmig angenommen und dem dritten Deutschen Volkskongreß zur Bestätigung überwiesen.

Aufbau der Verfassung

Präambel	• Seite
A. Grundlagen der Staatsgewalt Artikel 1— 5	30
B. Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt	
I. Rechte des Bürgers Artikel 6— 18	30
II. Wirtschaftsordnung Artikel 19— 29	31
III. Familie und Mutterschaft Artikel 30— 33	32
IV. Erziehung und Bildung Artikel 34— 40	32
V. Religion und Religions- gemeinschaften Artikel 41— 48	33
VI. Wirksamkeit der Grundrechte Artikel 49	33
C. Aufbau der Staatsgewalt	
I. Volksvertretung der Republik Artikel 50— 70	33
II. Vertretung der Länder Artikel 71— 80	35
III. Gesetzgebung Artikel 81— 90	35
IV. Regierung der Republik Artikel 91—100	36
V. Präsident der Republik Artikel 101—108	37
VI. Republik und Länder Artikel 109—116	37
VII. Verwaltung der Republik Artikel 117—125	38
VIII. Rechtspflege Artikel 126—138	39
IX. Selbstverwaltung Artikel 139—143	40
X. Übergangs- und Schluß- bestimmungen Artikel 144	40

Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.

A. Grundlagen der Staatsgewalt

ARTIKEL 1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf.

Die Republik entscheidet alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind; alle übrigen Angelegenheiten werden von den Ländern selbständig entschieden.

Die Entscheidungen der Republik werden grundsätzlich von den Ländern ausgeführt.

Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

ARTIKEL 2

Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold.

Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.

ARTIKEL 3

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Mitbestimmungsrecht der Bürger wird wahrgenommen durch:

Teilnahme an Volksbegehren und Volksentscheiden;

Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts; Übernahme öffentlicher Ämter in Verwaltung und Rechtsprechung.

Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.

Die Staatsgewalt muß dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen.

Die im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei. Ihre Tätigkeit wird von der Volksvertretung überwacht.

ARTIKEL 4

Alle Maßnahmen der Staatsgewalt müssen den Grundsätzen entsprechen, die in der Verfassung zum Inhalt der Staatsgewalt erklärt sind. Über die Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen entscheidet die Volksvertretung gemäß Artikel 66 dieser Verfassung. Gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen, hat jedermann das Recht und die Pflicht zum Widerstand.

Jeder Bürger ist verpflichtet, im Sinne der Verfassung zu handeln und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.

ARTIKEL 5

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts binden die Staatsgewalt und jeden Bürger.

Die Aufrechterhaltung und Wahrung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern ist die Pflicht der Staatsgewalt.

Kein Bürger darf an kriegerischen Handlungen teilnehmen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen.

B. Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt

I. Rechte des Bürgers

ARTIKEL 6

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.

ARTIKEL 7

Mann und Frau sind gleichberechtigt.

Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.

ARTIKEL 8

Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, sind gewährleistet. Die Staatsgewalt kann diese Freiheiten nur auf Grund der für alle Bürger geltenden Gesetze einschränken oder entziehen.

ARTIKEL 9

Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt; niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

Eine Pressezensur findet nicht statt.

ARTIKEL 10

Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.

Fremde Staatsbürger werden weder ausgeliefert noch ausgewiesen, wenn sie wegen ihres Kampfes für

die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden.

Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern. Dieses Recht kann nur durch Gesetz der Republik beschränkt werden.

ARTIKEL 11

Die fremdsprachigen Volksteile der Republik sind durch Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung zu fördern; sie dürfen insbesondere am Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterricht, in der inneren Verwaltung und in der Rechtspflege nicht gehindert werden.

ARTIKEL 12

Alle Bürger haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden.

ARTIKEL 13

Vereinigungen, die die demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens auf der Grundlage dieser Verfassung satzungsgemäß erstreben und deren Organe durch ihre Mitglieder bestimmt werden, sind berechtigt, Wahlvorschläge für die Volksvertretungen der Gemeinden, Kreise und Länder einzureichen.

Wahlvorschläge für die Volkskammer dürfen nur die Vereinigungen aufstellen, die nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfaßt.

ARTIKEL 14

Das Recht, Vereinigungen zur Förderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzugehören, ist für jedermann gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig und verboten.

Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet.

ARTIKEL 15

Die Arbeitskraft wird vom Staat geschützt.

Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

ARTIKEL 16

Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung, auf jährlichen Urlaub gegen Entgelt, auf Versorgung bei Krankheit und im Alter.

Der Sonntag, die Feiertage und der 1. Mai sind Tage der Arbeitsruhe und stehen unter dem Schutz der Gesetze.

Der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, dem Schutze der Mutterschaft und der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfällen des Lebens dient ein einheitliches, umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten.

ARTIKEL 17

Die Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben erfolgt unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten.

Die Arbeiter und Angestellten nehmen diese Rechte durch Gewerkschaften und Betriebsräte wahr.

ARTIKEL 18

Die Republik schafft unter maßgeblicher Mitbestimmung der Werk tätigen ein einheitliches Arbeitsrecht, eine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit und einen einheitlichen Arbeitsschutz.

Die Arbeitsbedingungen müssen so beschaffen sein, daß die Gesundheit, die kulturellen Ansprüche und das Familienleben der Werk tätigen gesichert sind.

Das Arbeitsentgelt muß der Leistung entsprechen und ein menschenwürdiges Dasein für den Arbeitenden und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen gewährleisten.

Mann und Frau, Erwachsener und Jugendlicher haben bei gleicher Arbeit das Recht auf gleichen Lohn.

Die Frau genießt besonderen Schutz im Arbeitsverhältnis. Durch Gesetz der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, daß die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.

Die Jugend wird gegen Ausbeutung geschützt und vor sittlicher, körperlicher und geistiger Verwahrlosung bewahrt. Kinderarbeit ist verboten.

II. Wirtschaftsordnung

ARTIKEL 19

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen; sie muß allen ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfes zu dienen; sie hat jedermann einen seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern.

Im Rahmen dieser Aufgaben und Ziele ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen gewährleistet.

ARTIKEL 20

Bauern, Handel- und Gewerbetreibende sind in der Entfaltung ihrer privaten Initiative zu unterstützen. Die genossenschaftliche Selbsthilfe ist auszubauen.

ARTIKEL 21

Zur Sicherung der Lebensgrundlagen und zur Steigerung des Wohlstandes seiner Bürger stellt der Staat durch die gesetzgebenden Organe, unter unmittelbarer Mitwirkung seiner Bürger, den öffentlichen Wirtschaftsplan auf. Die Überwachung seiner Durchführung ist Aufgabe der Volksvertretungen.

ARTIKEL 22

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen und den sozialen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet. Der Anteil des Staates am Erbe wird durch Gesetze bestimmt.

Die geistige Arbeit, das Recht der Urheber, der Erfinder und der Künstler genießen den Schutz, die Förderung und die Fürsorge der Republik.

ARTIKEL 23

Beschränkungen des Eigentums und Enteignungen können nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgen gegen angemessene Entschädigung, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfall der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit ein Gesetz nichts anderes bestimmt.

ARTIKEL 24

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.

Der Mißbrauch des Eigentums durch Begründung wirtschaftlicher Machtstellung zum Schaden des Gemeinwohls hat die entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge.

Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind enteignet und gehen in Volkseigentum über. Das gleiche gilt für private Unternehmungen, die sich in den Dienst einer Kriegspolitik stellen.

Alle privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen sind aufgehoben und verboten.

Der private Großgrundbesitz, der mehr als 100 Hektar umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt.

Nach Durchführung dieser Bodenreform wird den Bauern das Privateigentum an ihrem Boden gewährleistet.

ARTIKEL 25

Alle Bodenschätze, alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sowie die zu ihrer Nutzbarmachung bestimmten Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind in Volkseigentum zu überführen.

Bis dahin untersteht ihre Nutzung der Aufsicht der Länder und, soweit gesamtdeutsche Interessen in Frage kommen, der Aufsicht der Republik.

ARTIKEL 26

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird überwacht und jeder Mißbrauch verhütet. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne Arbeits- und Kapitalaufwendung für das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

Jedem Bürger und jeder Familie ist eine gesunde und ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu sichern. Opfer des Faschismus, Schwer-Körperbehinderte, Kriegsgeschädigte und Umsiedler sind dabei bevorzugt zu berücksichtigen.

Die Erhaltung und Förderung der Ertragssicherheit der Landwirtschaft wird auch durch Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege gewährleistet.

ARTIKEL 27

Private wirtschaftliche Unternehmungen, die für die Vergesellschaftung geeignet sind, können durch Gesetz nach den für die Enteignung geltenden Bestimmungen in Gemeineigentum überführt werden.

Auf Grund eines Gesetzes kann der Republik, den Ländern, den Kreisen oder Gemeinden durch Beteiligung an der Verwaltung oder in anderer Weise ein bestimmender Einfluß auf Unternehmungen oder Verbände gesichert werden.

Durch Gesetz können wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammengeschlossen werden, um die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeiter und Unternehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln.

Die Konsum-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie die landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Vereinigungen sind unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern.

ARTIKEL 28

Die Veräußerung und Belastung von Grundbesitz, Produktionsstätten und Beteiligungen, die sich im Eigentum des Volkes befinden, bedürfen der Zustimmung der für ihren Rechtsträger zuständigen Volksvertretung. Diese Zustimmung kann nur mit zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl erteilt werden.

ARTIKEL 29

Das Vermögen und das Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.

Bei der Besteuerung ist auf erarbeitetes Vermögen und Einkommen besonders Rücksicht zu nehmen.

III. Familie und Mutterschaft

ARTIKEL 30

Ehe und Familie bilden die Grundlage des Gemeinschaftslebens. Sie stehen unter dem Schutz des Staates.

Gesetze und Bestimmungen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie beeinträchtigen, sind aufgehoben.

ARTIKEL 31

Die Erziehung der Kinder zu geistig und körperlich tüchtigen Menschen im Geiste der Demokratie ist das natürliche Recht der Eltern und deren oberste Pflicht gegenüber der Gesellschaft.

ARTIKEL 32

Die Frau hat während der Mutterschaft Anspruch auf besonderen Schutz und Fürsorge des Staates.

Die Republik erläßt ein Mutterschutzgesetz. Einrichtungen zum Schutz für Mutter und Kind sind zu schaffen.

ARTIKEL 33

Außereheliche Geburt darf weder dem Kinde noch seinen Eltern zum Nachteil gereichen.

Entgegenstehende Gesetze und Bestimmungen sind aufgehoben.

IV. Erziehung und Bildung

ARTIKEL 34

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.

Der Staat nimmt an ihrer Pflege teil und gewährt ihnen Schutz, insbesondere gegen den Mißbrauch für Zwecke, die den Bestimmungen und dem Geist der Verfassung widersprechen.

ARTIKEL 35

Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung und auf freie Wahl seines Berufes.

Die Bildung der Jugend sowie die geistige und fachliche Weiterbildung der Bürger werden auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch öffentliche Einrichtungen gesichert.

ARTIKEL 36

Die Einrichtung des öffentlichen Schulwesens und die Durchführung des Schulunterrichtes obliegen den Ländern. Die Republik erläßt hierzu einheitliche gesetzliche Grundbestimmungen. Die Republik kann selbst öffentliche Schuleinrichtungen schaffen.

Für die Ausbildung der Lehrer erläßt die Republik einheitliche Bestimmungen. Die Ausbildung erfolgt an Universitäten oder an ihnen gleichgestellten Hochschulen.

ARTIKEL 37

Die Schule erzieht die Jugend im Geiste der Verfassung zu selbständig denkenden, verantwortungsbewußt handelnden Menschen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen.

Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen.

Die Eltern wirken bei der Schulerziehung ihrer Kinder durch Elternbeiräte mit.

ARTIKEL 38

Allgemeine Schulpflicht besteht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Nach Beendigung der für alle Kinder obligatorischen Grundschule erfolgt die Weiterbildung in der Berufsschule oder Fachschule, in der Oberschule und anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Der Besuch der Berufsschule ist Pflicht aller Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, wenn sie keine andere Schule besuchen. Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen sind unzulässig.

Die Berufs- und Fachschulen dienen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung.

Die Oberschule bereitet für die Hochschule vor. Der Weg zur Hochschule führt jedoch nicht nur über die Oberschule, sondern auch über andere öffentliche Bildungsanstalten, die zu diesem Zweck auszubauen oder zu schaffen sind.

Allen Bürgern ist durch Vorstudienanstalten der Besuch der Hochschule zu ermöglichen.

Den Angehörigen aller Schichten des Volkes wird die Möglichkeit gegeben, ohne Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit Kenntnisse in Volkshochschulen zu erwerben.

ARTIKEL 39

Jedem Kind muß die Möglichkeit zur allseitigen Entfaltung seiner körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gegeben werden. Der Bildungsgang der Jugend darf nicht abhängig sein von der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Elternhauses. Vielmehr ist Kindern, die durch soziale Verhältnisse benachteiligt sind, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Besuch der Fachschule, der Oberschule und der Hochschule ist Begabten aus allen Schichten des Volkes zu ermöglichen.

Es besteht Schulgeldfreiheit. Die Lernmittel an den Pflichtschulen sind unentgeltlich. Der Besuch der Fachschule, Oberschule und Hochschule wird im Bedarfsfalle durch Unterhaltsbeihilfen und andere Maßnahmen gefördert.

ARTIKEL 40

Der Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. Die Ausübung des Rechtes wird gewährleistet.

V. Religion und Religionsgemeinschaften

ARTIKEL 41

Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden. Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten.

ARTIKEL 42

Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt.

Die Ausübung privater oder staatsbürgerlicher Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Verwaltungsorgane haben nur insoweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte oder Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden.

ARTIKEL 43

Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften wird gewährleistet.

Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze.

Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie es bisher waren. Andere Religionsgemeinschaften erhalten auf ihren Antrag gleiche Rechte, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften zu einem Verbande zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.

Die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften sind berechtigt, von ihren Mitgliedern Steuern auf Grund der staatlichen Steuerlisten nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen zu erheben.

Den Religionsgemeinschaften werden Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.

ARTIKEL 44

Das Recht der Kirche auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schule ist gewährleistet. Der Religionsunterricht wird von den durch die Kirche ausgewählten Kräften erteilt. Niemand darf gezwungen oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen. Über die Teilnahme am Religionsunterricht bestimmen die Erziehungsberechtigten.

ARTIKEL 45

Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden öffentlichen Leistungen an die Religionsgemeinschaften werden durch Gesetz abgelöst.

Das Eigentum sowie andere Rechte der Religionsgemeinschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.

ARTIKEL 46

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Krankenhäusern, Strafanstalten oder anderen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zugelassen. Niemand darf zur Teilnahme an solchen Handlungen gezwungen werden.

ARTIKEL 47

Wer aus einer Religionsgesellschaft öffentlichen Rechtes mit bürgerlicher Wirkung austreten will, hat den Austritt bei Gericht zu erklären oder als Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form einzureichen.

ARTIKEL 48

Die Entscheidung über die Zugehörigkeit von Kindern zu einer Religionsgesellschaft steht bis zu deren vollendetem vierzehnten Lebensjahr den Erziehungsberechtigten zu. Von da ab entscheidet das Kind selbst über seine Zugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

VI. Wirksamkeit der Grundrechte

ARTIKEL 49

Soweit diese Verfassung die Beschränkung eines der vorstehenden Grundrechte durch Gesetz zuläßt oder die nähere Ausgestaltung einem Gesetz vorbehält, muß das Grundrecht als solches unangetastet bleiben.

C. Aufbau der Staatsgewalt

I. Volksvertretung der Republik

ARTIKEL 50

Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer.

ARTIKEL 51

Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

ARTIKEL 52

Wahlberechtigt sind alle Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Wählbar ist jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Die Volkskammer besteht aus 400 Abgeordneten.

Das Nähere bestimmt ein Wahlgesetz.

ARTIKEL 53

Wahlvorschläge zur Volkskammer können nur von solchen Vereinigungen eingereicht werden, die den Voraussetzungen des Artikel 13 Abs. 2 entsprechen.

Näheres wird durch ein Gesetz der Republik bestimmt.

ARTIKEL 54

Die Wahl findet an einem Sonntag oder gesetzlichen Feiertag statt. Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis werden gewährleistet.

ARTIKEL 55

Die Volkskammer tritt spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammen, falls sie nicht vom bisherigen Präsidium früher einberufen wird.

Der Präsident muß die Volkskammer einberufen, wenn die Regierung oder mindestens ein Fünftel der Abgeordneten der Volkskammer es verlangen.

ARTIKEL 56

Spätestens am 60. Tage nach Ablauf der Wahlperiode oder am 45. Tage nach Auflösung der Volkskammer muß deren Neuwahl stattfinden.

Vor Ablauf der Wahlperiode findet eine Auflösung der Volkskammer, abgesehen von dem Fall des Artikels 95 Abs. 6, nur durch eigenen Beschluß oder Volksentscheid statt.

Die Auflösung der Volkskammer durch eigenen Beschluß bedarf der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten.

ARTIKEL 57

Die Volkskammer wählt bei ihrem ersten Zusammentritt das Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

In dem Präsidium ist jede Fraktion vertreten, soweit sie mindestens 40 Mitglieder hat.

Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und den Beisitzern.

Der Präsident führt die Geschäfte des Präsidiums und leitet die Verhandlungen der Volkskammer. Er übt das Hausrecht in der Volkskammer aus.

ARTIKEL 58

Die Beschlüsse des Präsidiums werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Das Präsidium ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Auf Beschluß des Präsidiums beruft der geschäftsführende Präsident die Volkskammer ein; er ernennt den Termin für Neuwahlen an.

Das Präsidium führt seine Geschäfte fort bis zum Zusammentritt der neuen Volkskammer.

ARTIKEL 59

Die Volkskammer prüft das Recht der Mitgliedschaft und entscheidet über die Gültigkeit der Wahlen.

ARTIKEL 60

Die Volkskammer bestellt für die Zeit, in der sie nicht versammelt ist, und nach Beendigung einer Wahlperiode oder nach der Auflösung der Volkskammer drei ständige Ausschüsse zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben, und zwar:

- einen Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten,
- einen Ausschuß für Wirtschafts- und Finanzfragen,
- einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Diese Ausschüsse haben die Rechte von Untersuchungsausschüssen.

ARTIKEL 61

Die Volkskammer faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit, soweit nicht in dieser Verfassung etwas anderes bestimmt ist.

Sie ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

ARTIKEL 62

Die Verhandlungen der Volkskammer und ihrer Ausschüsse sind öffentlich. Ein Ausschluß der Öffentlichkeit findet in der Volkskammer auf Verlangen von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten statt; in den Ausschüssen ist die Mehrheit der Mitglieder notwendig.

Für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen der Volkskammer oder ihrer Ausschüsse kann niemand zur Verantwortung gezogen werden.

ARTIKEL 63

Zur Zuständigkeit der Volkskammer gehören:

- die Bestimmung der Grundsätze der Regierungspolitik und ihrer Durchführung;
- die Bestätigung, Überwachung und Abberufung der Regierung;
- die Bestimmung der Grundsätze der Verwaltung und die Überwachung der gesamten Tätigkeit des Staates;
- das Recht zur Gesetzgebung, soweit nicht ein Volksentscheid stattfindet;
- die Beschlußfassung über den Staatshaushalt, den Wirtschaftsplan, Anleihen und Staatskredite der Republik und die Zustimmung zu Staatsverträgen;
- der Erlass von Amnestien;
- die Wahl des Präsidenten der Republik gemeinsam mit der Länderkammer;
- die Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes der Republik und des Obersten Staatsanwaltes der Republik sowie deren Abberufung.

ARTIKEL 64

Die Volkskammer und jeder ihrer Ausschüsse können die Anwesenheit des Ministerpräsidenten, jedes Ministers, ihrer ständigen Vertreter und der Leiter der Verwaltungen der Republik zum Zwecke der Erteilung von Auskünften verlangen. Die Mitglieder der Regierung und die von ihnen bestellten Beauftragten haben zu den Sitzungen der Volkskammer und ihrer Ausschüsse jederzeit Zutritt.

Auf ihr Verlangen müssen die Regierungsvertreter während der Beratung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden.

Sie unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten.

ARTIKEL 65

Zur Überwachung der Tätigkeit der Staatsorgane hat die Volkskammer das Recht und auf Antrag von einem Fünftel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diese Ausschüsse erheben die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich halten. Sie können zu diesem Zweck Beauftragte entsenden.

Die Gerichte und die Verwaltungen sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse oder ihrer Beauftragten um Beweiserhebungen Folge zu leisten und ihre Akten auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen.

Für die Beweiserhebungen der Untersuchungsausschüsse finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

ARTIKEL 66

Die Volkskammer bildet für die Dauer der Wahlperiode einen Verfassungsausschuß, in dem alle Fraktionen entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. Dem Verfassungsausschuß gehören ferner drei Mitglieder des Obersten Gerichtshofes der Republik sowie drei

deutsche Staatsrechtslehrer an, die nicht Mitglieder der Volkskammer sein dürfen.

Die Mitglieder des Verfassungsausschusses werden von der Volkskammer gewählt.

Der Verfassungsausschuß prüft die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen der Republik.

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen der Republik können nur von mindestens einem Drittel der Mitglieder der Volkskammer, von deren Präsidium, von dem Präsidenten der Republik, von der Regierung der Republik, sowie von der Länderkammer geltend gemacht werden.

Verfassungsstreitigkeiten zwischen der Republik und den Ländern sowie die Vereinbarkeit von Landesgesetzen mit den Gesetzen der Republik prüft der Verfassungsausschuß unter Hinzuziehung von drei gewählten Vertretern der Länderkammer.

Über das Gutachten des Verfassungsausschusses entscheidet die Volkskammer. Ihre Entscheidung ist für jedermann verbindlich.

Die Volkskammer beschließt auch über den Vollzug ihrer Entscheidung.

Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen ist Aufgabe der Volkskammer in Durchführung der ihr übertragenen Verwaltungskontrolle.

ARTIKEL 67

Kein Abgeordneter der Volkskammer darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seiner Abgeordnetentätigkeit getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für Verleumdungen im Sinne des Strafgesetzbuches, wenn sie als solche von einem Untersuchungsausschuß der Volkskammer festgestellt worden sind.

Beschränkungen der persönlichen Freiheit, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen oder Strafverfolgungen sind gegen Abgeordnete nur mit Einwilligung der Volkskammer zulässig.

Jedes Strafverfahren gegen einen Abgeordneten der Volkskammer und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Die Abgeordneten der Volkskammer sind berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertrauen oder denen sie in Ausübung ihres Abgeordnetenberufes solche Tatsachen anvertraut haben sowie über diese Tatsachen selbst die Aussage zu verweigern. Auch wegen der Beschlagnahme von Schriftstücken stehen sie den Personen gleich, die ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht haben.

Eine Untersuchung oder Beschlagnahme darf in den Räumen der Volkskammer nur mit Zustimmung des Präsidiums vorgenommen werden.

ARTIKEL 68

Abgeordnete der Volkskammer bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit keines Urlaubs.

Bewerbern um einen Sitz in der Volkskammer ist der zur Vorbereitung der Wahl erforderliche Urlaub zu gewähren.

Gehalt und Lohn sind weiterzuzahlen.

ARTIKEL 69

Die Abgeordneten der Volkskammer erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung.

Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist unzulässig.

Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist nicht übertragbar und nicht pfändbar.

ARTIKEL 70

Die Abgeordneten der Volkskammer haben das Recht zur freien Fahrt auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln.

II. Vertretung der Länder

ARTIKEL 71

Zur Vertretung der deutschen Länder wird eine Länderkammer gebildet. In der Länderkammer hat jedes Land für je 500 000 Einwohner einen Abgeordneten. Jedes Land hat mindestens einen Abgeordneten.

ARTIKEL 72

Die Abgeordneten der Länderkammer werden von den Landtagen im Verhältnis der Stärke der Fraktionen auf die Dauer der Wahlperiode des Landtages gewählt. Die Abgeordneten der Länderkammer sollen in der Regel Mitglieder des Landtages sein.

Die Landtage stellen den Willen des Landes zu den in der Länderkammer zu erörternden Angelegenheiten fest. Die Bestimmungen der Länderverfassungen über die Gewissensfreiheit der Abgeordneten bleiben hierdurch unberührt.

ARTIKEL 73

Die Länderkammer wählt ihr Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und den Beisitzern.

ARTIKEL 74

Die Länderkammer wird von dem Präsidenten einberufen, sobald dies zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

Die Länderkammer wird fernerhin einberufen, wenn ein Fünftel ihrer Mitglieder es verlangt.

ARTIKEL 75

Die Sitzungen der Länderkammer sind öffentlich. Nach Maßgabe der Geschäftsordnung kann die Öffentlichkeit für einzelne Beratungsgegenstände ausgeschlossen werden.

ARTIKEL 76

Bei der Abstimmung in der Länderkammer entscheidet die einfache Stimmenmehrheit, soweit nicht diese Verfassung andere Bestimmungen enthält.

ARTIKEL 77

Die Länderkammer kann die erforderlichen Ausschüsse nach Maßgabe der Geschäftsordnung bilden.

ARTIKEL 78

Die Länderkammer hat das Recht, Gesetzesvorlagen bei der Volkskammer einzubringen. Sie hat ein Einspruchsrecht bei der Gesetzgebung nach Maßgabe des Artikel 84 der Verfassung.

ARTIKEL 79

Die Mitglieder der Regierung der Republik und der Landesregierungen haben das Recht und auf Verlangen der Länderkammer die Pflicht, an den Verhandlungen der Länderkammer und ihrer Ausschüsse teilzunehmen. Sie müssen auf ihr Verlangen zu dem zur Verhandlung stehenden Gegenstand jederzeit gehört werden.

Die Volkskammer kann bei besonderem Anlaß Abgeordnete aus ihrer Mitte beauftragen, die Meinung der Volkskammer in der Länderkammer darzulegen; das gleiche Recht steht der Länderkammer zur Darlegung ihrer Meinung in der Volkskammer zu. Die Länderkammer kann gegebenenfalls Mitglieder der Landesregierungen beauftragen, den Standpunkt ihrer Regierung in der Volkskammer darzulegen.

ARTIKEL 80

Die Artikel 67 ff dieser Verfassung über die Rechte der Abgeordneten der Volkskammer gelten entsprechend für die Abgeordneten der Länderkammer.

III. Gesetzgebung

ARTIKEL 81

Die Gesetze werden von der Volkskammer oder unmittelbar vom Volke durch Volksentscheid beschlossen.

ARTIKEL 82

Die Gesetzesvorlagen werden von der Regierung, von der Länderkammer oder aus der Mitte der Volkskammer eingebracht. Über die Gesetzentwürfe finden mindestens zwei Lesungen statt.

ARTIKEL 83

Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden.

Beschlüsse der Volkskammer auf Abänderung der Verfassung kommen nur zustande, wenn zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind und wenn wenigstens zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten zustimmen.

Soll durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

ARTIKEL 84

Gegen Gesetzesbeschlüsse der Volkskammer steht der Länderkammer ein Einspruchsrecht zu. Der Einspruch muß innerhalb von zwei Wochen nach der Schlußabstimmung in der Volkskammer eingebracht und spätestens innerhalb zweier weiterer Wochen mit Gründen versehen werden. Anderenfalls wird angenommen, daß die Länderkammer von ihrem Einspruchsrecht keinen Gebrauch macht.

Der Einspruch wird hinfällig, wenn die Volkskammer ihren Beschluß nach erneuter Beratung aufrechterhält.

Wurde der Einspruch der Länderkammer mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abstimmenden Abgeordneten beschlossen, so wird er nur dann hinfällig, wenn die Volkskammer ihren Beschluß mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abstimmenden Abgeordneten aufrechterhält.

Richtet sich der Einspruch der Länderkammer gegen einen verfassungsändernden Gesetzesbeschluß der Volkskammer, so bedarf die Beschlußfassung über den Einspruch in der Länderkammer bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Abgeordneten einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden.

Der Einspruch wird hinfällig, wenn die Volkskammer ihren Beschluß mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit ihrer Abgeordneten aufrechterhält.

ARTIKEL 85

Der Präsident der Volkskammer hat die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze innerhalb eines Monats auszufertigen. Sie werden vom Präsidenten der Republik unverzüglich im Gesetzblatt der Republik verkündet.

Die Ausfertigung und Verkündung findet nicht statt, wenn innerhalb Monatsfrist die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes gemäß Artikel 66 festgestellt worden ist.

Gesetze treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, am 14. Tage nach der Verkündung in Kraft.

ARTIKEL 86

Die Ausfertigung und Verkündung eines Gesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel der Abgeordneten der Volkskammer verlangt.

Das Gesetz ist nach Ablauf dieser Frist auszufertigen und zu verkünden, falls nicht ein Volksbegehren auf Volksentscheid gegen den Erlass des Gesetzes durchgeführt ist.

Gesetze, die die Mehrheit der Mitglieder der Volkskammer für dringlich erklärt, müssen ungeachtet dieses Verlangens ausgefertigt und verkündet werden.

ARTIKEL 87

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel der Abgeordneten der Volkskammer ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten oder wenn anerkannte Parteien oder Massenorganisationen, die glaub-

haft machen, daß sie ein Fünftel der Stimmberechtigten vertreten, es beantragen (Volksbegehren).

Dem Volksbegehren ist ein Gesetzentwurf zugrunde zu legen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme der Volkskammer zu unterbreiten.

Der Volksentscheid findet nur statt, wenn das begehrt Gesetz nicht in der Volkskammer in einer Fassung angenommen wird, mit der die Antragsteller oder ihre Vertretungen einverstanden sind.

Über den Haushaltsplan, über die Abgabengesetze und die Besoldungsordnungen findet kein Volksentscheid statt.

Das dem Volksentscheid unterbreitete Gesetz ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat.

Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt ein besonderes Gesetz.

ARTIKEL 88

Der Haushaltsplan und der Wirtschaftsplan werden durch Gesetz beschlossen.

Amnestien bedürfen eines Gesetzes.

Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung beziehen, sind wie Gesetze zu verkünden.

ARTIKEL 89

Ordnungsgemäß verkündete Gesetze sind von den Richtern auf ihre Verfassungsmäßigkeit nicht zu prüfen.

Nach Einleitung des in Artikel 66 vorgesehenen Prüfungsverfahrens sind bis zu dessen Erledigung anhängige gerichtliche Verfahren auszusetzen.

ARTIKEL 90

Die zur Ausführung der Gesetze der Republik erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, von der Regierung der Republik erlassen.

IV. Regierung der Republik

ARTIKEL 91

Die Regierung der Republik besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern.

ARTIKEL 92

Die stärkste Fraktion der Volkskammer benennt den Ministerpräsidenten; er bildet die Regierung. Alle Fraktionen, soweit sie mindestens 40 Mitglieder haben, sind im Verhältnis ihrer Stärke durch Minister oder Staatssekretäre vertreten. Staatssekretäre nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Regierung teil.

Schließt sich eine Fraktion aus, so findet die Regierungsbildung ohne sie statt.

Die Minister sollen Abgeordnete der Volkskammer sein.

Die Volkskammer bestätigt die Regierung und billigt das von ihr vorgelegte Programm.

ARTIKEL 93

Die Mitglieder der Regierung werden bei ihrem Amtsantritt vom Präsidenten der Republik eidlich verpflichtet, ihre Geschäfte unparteiisch zum Wohle des Volkes und getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen.

ARTIKEL 94

Die Regierung sowie jedes ihrer Mitglieder bedürfen zur Geschäftsführung des Vertrauens der Volkskammer.

ARTIKEL 95

Die Tätigkeit der Regierung in ihrer Gesamtheit endet mit der Annahme eines Mißtrauensantrages durch die Volkskammer.

Der Mißtrauensantrag kommt nur zur Abstimmung, wenn gleichzeitig mit ihm der neue Ministerpräsident und die von ihm zu befolgenden Grundsätze der Politik vorgeschlagen werden. Über den Mißtrauens-

antrag und diese Vorschläge wird in ein und derselben Abstimmungshandlung entschieden.

Der Beschluß auf Entziehung des Vertrauens ist nur wirksam, wenn ihm mindestens die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl der Abgeordneten zustimmt.

Der Antrag auf Herbeiführung eines solchen Beschlusses muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Volkskammer unterzeichnet sein. Über den Antrag darf frühestens am zweiten Tage nach seiner Verhandlung abgestimmt werden. Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach seiner Einbringung erledigt werden.

Tritt die neue Regierung ihr Amt nicht innerhalb von 21 Tagen nach der Annahme des Mißtrauensantrages an, so wird der Mißtrauensantrag unwirksam.

Wird der neuen Regierung das Mißtrauen ausgesprochen, so gilt die Volkskammer als aufgelöst.

Bis zum Amtsantritt einer neuen Regierung werden die Geschäfte von der bisherigen Regierung weitergeführt.

ARTIKEL 96

Ein Regierungsmitglied, dem durch Beschluß der Volkskammer das Vertrauen entzogen wird, muß zurücktreten. Die Geschäfte sind bis zum Amtsantritt des Nachfolgers fortzuführen, sofern nicht die Volkskammer etwas anderes beschließt.

Die Bestimmungen des Artikel 95 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

Jedes Regierungsmitglied kann jederzeit den Rücktritt erklären. Sein Geschäftsbereich wird bis zur Bestellung des Nachfolgers von seinem Stellvertreter wahrgenommen, es sei denn, daß die Volkskammer etwas anderes beschließt.

ARTIKEL 97

Der Ministerpräsident führt den Vorsitz in der Regierung und leitet ihre Geschäfte nach einer Geschäftsordnung, die von der Regierung zu beschließen und der Volkskammer mitzuteilen ist.

ARTIKEL 98

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik nach Maßgabe der von der Volkskammer aufgestellten Grundsätze. Er ist dafür der Volkskammer verantwortlich.

Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig unter eigener Verantwortung gegenüber der Volkskammer.

ARTIKEL 99

Die Minister haben der Regierung alle Gesetzentwürfe, ferner Angelegenheiten, für welche die Verfassung oder das Gesetz es vorschreiben, sowie Meinungsverschiedenheiten über Fragen, die den Geschäftsbereich mehrerer Minister betreffen, zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

ARTIKEL 100

Die Regierung faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

V. Präsident der Republik

ARTIKEL 101

Der Präsident der Republik wird in gemeinsamer Sitzung von Volkskammer und Länderkammer auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die gemeinsame Sitzung wird vom Präsidenten der Volkskammer einberufen und geleitet.

Wählbar ist jeder Bürger nach Vollendung des 35. Lebensjahres.

ARTIKEL 102

Der Präsident der Republik leistet bei seinem Amtsantritt in gemeinsamer Sitzung der Volkskammer und der Länderkammer folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, die Verfassung und die Gesetze der Republik wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

ARTIKEL 103

Der Präsident der Republik kann durch gemeinsamen Beschluß der Volkskammer und Länderkammer abgerufen werden. Der Beschluß bedarf einer Mehrheit von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten.

ARTIKEL 104

Der Präsident der Republik verkündet die Gesetze der Republik.

Er verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt.

ARTIKEL 105

Der Präsident der Republik vertritt die Republik völkerrechtlich.

Er schließt im Namen der Republik Staatsverträge mit auswärtigen Mächten ab und unterzeichnet sie.

Er beglaubigt und empfängt die Botschafter und Gesandten.

ARTIKEL 106

Alle Anordnungen und Verfügungen des Präsidenten der Republik bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten oder den zuständigen Minister.

ARTIKEL 107

Der Präsident übt für die Republik das Begnädigungsrecht aus, wobei er von einem Ausschuß der Volkskammer beraten wird.

ARTIKEL 108

Der Präsident der Republik wird im Falle seiner Verhinderung zunächst durch den Präsidenten der Volkskammer vertreten. Dauert die Behinderung des Präsidenten der Republik voraussichtlich längere Zeit, so ist die Vertretung durch Gesetz zu regeln.

Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentenschaft bis zur Neuwahl des Präsidenten.

VI. Republik und Länder

ARTIKEL 109

Jedes Land muß eine Verfassung haben, die mit den Grundsätzen der Verfassung der Republik übereinstimmt. Der Landtag ist die höchste und alleinige Volksvertretung des Landes.

Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen wahlberechtigten Bürgern nach den im Wahlgesetz für die Republik niedergelegten Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden.

ARTIKEL 110

Die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb der Republik erfolgt durch verfassungsänderndes Gesetz der Republik.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Gesetzes.

Ein einfaches Gesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder die Neubildung aber durch Abstimmung der Bevölkerung der betreffenden Gebiete gefordert wird.

ARTIKEL 111

Die Republik kann auf allen Sachgebieten einheitliche Gesetze erlassen. Sie soll sich jedoch bei ihrer Gesetzgebung auf die Aufstellung von Grundsätzen

beschränken, soweit hierdurch dem Bedürfnis einheitlicher Regelung Genüge geschieht.

Soweit die Republik von ihrem Recht zur Gesetzgebung keinen Gebrauch macht, haben die Länder das Recht der Gesetzgebung.

ARTIKEL 112

Die Republik hat das Recht der ausschließlichen Gesetzgebung über:

- die auswärtigen Beziehungen;
- den Außenhandel;
- das Zollwesen,
- sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs;
- die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung, die Auslieferung und das Paß- und Fremdenrecht;
- das Personenstandsrecht;
- das bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Gerichtsverfassung und das Gerichtsverfahren;
- das Arbeitsrecht;
- den Verkehr;
- das Post-, Fernmelde- und Rundfunkwesen;
- das Film- und Pressewesen;
- das Währungs- und Münzwesen, Maß-, Gewichts- und Eichwesen;
- die Sozialversicherung;
- die Kriegsschäden- und Besatzungskosten und die Wiedergutmachungsleistungen.

ARTIKEL 113

Bei der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens muß die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Länder, der Kreise und Gemeinden gewährleistet sein.

ARTIKEL 114

Gesamtdeutsches Recht geht dem Recht der Länder vor.

ARTIKEL 115

Die Gesetze der Republik werden grundsätzlich durch die Organe der Länder ausgeführt, soweit nicht in dieser Verfassung oder in den Gesetzen etwas anderes bestimmt ist. Soweit ein Bedürfnis dazu besteht, errichtet die Republik durch Gesetz eigene Verwaltungen.

ARTIKEL 116

Die Regierung der Republik übt die Aufsicht in den Angelegenheiten aus, in denen der Republik das Recht der Gesetzgebung zusteht.

Soweit die Gesetze der Republik nicht von den Verwaltungen der Republik ausgeführt werden, kann die Regierung der Republik allgemeine Anweisungen erlassen. Sie ist ermächtigt, zur Überwachung der Ausführung dieser Gesetze und Anweisungen Beauftragte zu den ausführenden Verwaltungen zu entsenden. Für die Rechte dieser Beauftragten gilt Artikel 65 entsprechend.

Die Landesregierungen sind verpflichtet, auf Ersuchen der Republik Mängel, die bei der Ausführung der Gesetze der Republik hervorgetreten sind, zu beseitigen.

Hieraus entstehende Streitigkeiten werden in dem unter Artikel 66 Abs. 5 vorgeschriebenen Verfahren geprüft und entschieden.

VII. Verwaltung der Republik

ARTIKEL 117

Die Pflege der auswärtigen Beziehungen ist ausschließlich Sache der Republik.

In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Länder mit auswärtigen Staaten Verträge schließen; die Verträge bedürfen der Zustimmung der Volkskammer.

Vereinbarungen mit fremden Staaten über Veränderungen der Grenzen der Republik werden nach

Zustimmung des beteiligten Landes durch die Republik abgeschlossen. Die Grenzveränderungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes der Republik erfolgen, soweit es sich nicht um bloße Berichtigung der Grenzen unbewohnter Gebietsteile handelt.

ARTIKEL 118

Deutschland bildet ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze.

Fremde Staatsgebiete oder Gebietsteile können durch Staatsverträge oder Übereinkommen dem deutschen Zollgebiet angeschlossen werden. Aus dem deutschen Zollgebiet können durch Gesetz Teile ausgeschlossen werden.

Alle Waren, die sich im freien Verkehr im deutschen Zollgebiet befinden, dürfen innerhalb des Zollgebietes über die Grenzen der deutschen Länder und Gemeinden sowie der gemäß Absatz 2 angeschlossenen fremden Staatsgebiete oder Gebietsteile frei ein- und durchgeführt werden.

ARTIKEL 119

Die Zölle und die durch Gesetz der Republik geregelten Steuern werden durch die Republik verwaltet.

Die Abgabenhöhe steht grundsätzlich der Republik zu.

Die Republik soll Abgaben nur insoweit erheben, als es zur Deckung ihres eigenen Bedarfs erforderlich ist.

Die Republik errichtet eine eigene Abgabenverwaltung. Dabei sind Einrichtungen vorzusehen, die den Ländern die Wahrung besonderer Landesinteressen auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Industrie ermöglichen.

Soweit es die einheitliche und gleichmäßige Durchführung der Abgabengesetze der Republik erfordert, trifft die Republik durch Gesetz Vorschriften über die Einrichtung der Abgabenverwaltung der Länder, über die Einrichtung und Befugnisse der mit der Beaufsichtigung der Ausführung der Abgabengesetze der Republik betrauten Behörden, über die Abrechnung mit den Ländern und die Vergütung der Verwaltungskosten bei Ausführung der Abgabengesetze der Republik.

ARTIKEL 120

Abgaben und Steuern dürfen nur auf Grund gesetzlicher Regelung erhoben werden.

Vermögens-, Einkommen- und Verbrauchssteuern sind in einem angemessenen Verhältnis zueinander zu halten und nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln.

Durch eine starke Staffelung der Erbschaftsteuer soll die Bildung volksschädlicher Vermögenshäufung verhindert werden.

ARTIKEL 121

Die Einnahmen und Ausgaben der Republik müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt.

ARTIKEL 122

Über die Einnahmen der Republik und ihre Verwendung legt der Finanzminister der Volkskammer zur Entlastung der Regierung Rechnung ab. Die Rechnungsprüfung wird durch Gesetz der Republik geregelt.

ARTIKEL 123

Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten der Republik dürfen nur auf Grund eines Gesetzes der Republik erfolgen.

ARTIKEL 124

Das Post-, Fernmelde- und Rundfunkwesen sowie das Eisenbahnwesen werden von der Republik verwaltet.

Die bisherigen Reichsautobahnen und Reichsstraßen sowie alle dem Fernverkehr dienenden Straßen stehen in der Verwaltung der Republik. Entsprechendes gilt für Wasserstraßen.

ARTIKEL 125

Die Ordnung der Handelsschifffahrt und die Regelung des Seeverkehrs und der Seezeichen sind Aufgabe der Verwaltung der Republik.

VIII. Rechtspflege

ARTIKEL 126

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch den Obersten Gerichtshof der Republik und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

ARTIKEL 127

Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen.

ARTIKEL 128

Richter kann nur sein, wer nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bietet, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung ausübt.

ARTIKEL 129

Die Republik trägt durch den Ausbau der juristischen Bildungsstätten dafür Sorge, daß Angehörige aller Schichten des Volkes die Möglichkeit haben, die Befähigung zur Ausübung des Berufes als Richter, Rechtsanwalt und Staatsanwalt zu erlangen.

ARTIKEL 130

An der Rechtsprechung sind Laienrichter im weitesten Umfange zu beteiligen.

Die Laienrichter werden auf Vorschlag der demokratischen Parteien und Organisationen durch die zuständigen Volksvertretungen gewählt.

ARTIKEL 131

Die Richter des Obersten Gerichtshofes und der Oberste Staatsanwalt der Republik werden auf Vorschlag der Regierung der Republik durch die Volkskammer gewählt.

Die Richter der Obersten Gerichte und die Obersten Staatsanwälte der Länder werden auf Vorschlag der Landesregierungen von den Landtagen gewählt.

Die übrigen Richter werden von den Landesregierungen ernannt.

ARTIKEL 132

Die Richter des Obersten Gerichtshofes und der Oberste Staatsanwalt der Republik können von der Volkskammer abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßen oder ihre Pflichten als Richter oder als Staatsanwalt gröblich verletzen.

Die Abberufung erfolgt nach Einholung des Gutachtens eines bei der Volkskammer zu bildenden Justizausschusses.

Der Justizausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses der Volkskammer, aus drei Mitgliedern der Volkskammer, zwei Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes und einem Mitglied der Obersten Staatsanwaltschaft. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Rechtsausschusses. Die übrigen Ausschußmitglieder werden von der Volkskammer für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die dem Justizausschuß angehörenden Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und der Obersten Staatsanwaltschaft dürfen nicht Mitglieder der Volkskammer sein.

Die durch die Landtage gewählten und durch die Landesregierungen ernannten Richter können von den

betreffenden Landtagen abberufen werden. Die Abberufung erfolgt nach Einholung eines Gutachtens des bei dem betreffenden Landtag zu bildenden Justizausschusses. Der Justizausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Landtages, aus drei Mitgliedern des Landtages, zwei Mitgliedern des Obersten Gerichts und einem Mitglied der Obersten Staatsanwaltschaft des Landes. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Rechtsausschusses. Die übrigen Ausschußmitglieder werden von dem betreffenden Landtag für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die dem Justizausschuß angehörenden Mitglieder des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft dürfen nicht Mitglieder des Landtages sein.

Die von den Landesregierungen ernannten Richter können unter den gleichen Voraussetzungen von den Landesregierungen abberufen werden, jedoch nur mit Genehmigung des Justizausschusses des betreffenden Landtages.

ARTIKEL 133

Die Verhandlungen vor den Gerichten sind öffentlich.

Bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Sittlichkeit kann die Öffentlichkeit durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen werden.

ARTIKEL 134

Kein Bürger darf seinen gesetzlichen Richtern entzogen werden. Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Gerichte für besondere Sachgebiete können vom Gesetzgeber nur errichtet werden, wenn sie für im voraus und allgemein bezeichnete Personengruppen oder Streitgegenstände zuständig sein sollen.

ARTIKEL 135

Strafen dürfen nur verhängt werden, wenn sie zur Zeit der Tat gesetzlich angedroht sind.

Kein Strafgesetz hat rückwirkende Kraft.

Ausgenommen sind Maßnahmen und die Anwendung von Bestimmungen, die zur Überwindung des Nazismus, des Faschismus und des Militarismus getroffen werden oder die zur Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit notwendig sind.

ARTIKEL 136

Bei vorläufigen Festnahmen, Hausdurchsuchungen sowie Beschlagnahmen im Ermittlungsverfahren ist die richterliche Bestätigung unverzüglich einzuholen.

Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Verhaftete sind spätestens am Tage nach dem Ergreifen dem Richter vorzuführen. Wird von ihm die Untersuchungshaft angeordnet, so hat er in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob ihre Fortdauer gerechtfertigt ist.

Der Grund der Verhaftung ist dem Festgenommenen bei der ersten richterlichen Vernehmung zu eröffnen und auf seinen Wunsch einer von ihm benannten Person innerhalb weiterer 24 Stunden mitzuteilen.

ARTIKEL 137

Der Strafvollzug beruht auf dem Gedanken der Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit.

ARTIKEL 138

Dem Schutz der Bürger gegen rechtswidrige Maßnahmen der Verwaltung dienen die Kontrolle durch die Volksvertretungen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Aufbau und Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte werden durch Gesetz geregelt.

Für die Mitglieder der Verwaltungsgerichte gelten die Grundsätze über die Wahl und Abberufung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit entsprechend.

IX. Selbstverwaltung

ARTIKEL 139

Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Gesetze der Republik und der Länder.

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben gehören die Entscheidung und Durchführung aller öffentlichen Angelegenheiten, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes betreffen. Jede Aufgabe ist vom untersten dazu geeigneten Verband zu erfüllen.

ARTIKEL 140

Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben Vertretungen, die nach demokratischen Grundsätzen gebildet werden.

Zu ihrer Unterstützung werden Ausschüsse gebildet, in denen Vertreter der demokratischen Parteien und Organisationen verantwortlich mitarbeiten.

Wahlrecht und Wahlverfahren richten sich nach den für die Wahl zur Volkskammer und zu den Landtagen geltenden Bestimmungen.

Jedoch kann durch Landesgesetz die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde bis zu einem halben Jahr abhängig gemacht werden.

ARTIKEL 141

Die gewählten ausführenden Organe der Gemeinden und der Gemeindeverbände bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Vertretungskörperschaften.

ARTIKEL 142

Die Aufsicht über die Selbstverwaltung der Gemeinden und der Gemeindeverbände beschränkt sich auf die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Wahrung demokratischer Verwaltungsgrundsätze.

ARTIKEL 143

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden können von der Republik und den Ländern Aufgaben und die Durchführung von Gesetzen übertragen werden.

X. Übergangs- und Schlußbestimmungen

ARTIKEL 144

Alle Bestimmungen dieser Verfassung sind unmittelbar geltendes Recht. Entgegenstehende Bestimmungen sind aufgehoben. Die an ihre Stelle tretenden, zur Durchführung der Verfassung erforderlichen Bestimmungen werden gleichzeitig mit der Verfassung in Kraft gesetzt. Weitergeltende Gesetze sind im Sinne dieser Verfassung auszulegen.

Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind und noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und Militarismus zu überwinden und das von ihnen verschuldete Unrecht wiedergutzumachen.



64 Seiten Inhalt,
reich illustriert und mit
graphischen
Darstellungen
P R E I S D M

ie Mitglieder der Delegation des Deutschen Volksrats, die an den Feierlichkeiten anlässlich des 31. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilnahmen, berichten der deutschen Öffentlichkeit über die Eindrücke und Schlußfolgerungen ihrer Reise.

Arbeiter und Politiker, Marxisten und Nicht-marxisten schildern, was sie gesehen haben, jeder auf dem Gebiet, das ihn interessierte, und ziehen daraus die Lehre — für uns.

K O N G R E S S - V E R L A G G M B H

B E R L I N W 8 · W I L H E L M P L A T Z 8 / 9

**Für den demokratischen Neuaufbau einer
gesamtdutschen Friedenswirtschaft!**

**Dein JA für die Einheit!
Dein JA für den Frieden!**

am 15. und 16. Mai 1949

SECHS

DEUTSCHER VOLKSRAT

Informationsdienst

25X1A

Deutsche Wirtschaft in Ost und West

Aus dem Inhalt:

Heinrich Rau:

Der Wirtschaftsplan 1949

Walter Ulbricht:

Wie soll es weitergehen?

Siegbert Kahn:

Die Wirtschaftslage in Westdeutschland

*Memorandum über die Folgen der Spaltung Deutschlands
für die deutsche Volkswirtschaft*

*Verordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission / Dreimächte-
abkommen über die Industriebeschränkungen (Wortlaut und Er-
läuterungen) / Statistiken zur westdeutschen Wirtschaftslage*

Deutsche Wirtschaft in Ost und West

10. und 11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volkstrates

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: 11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

Heinrich Rau: Der Wirtschaftsplan 1949	3
Entschließung der 11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses	10

Anhang

Die Verordnung über den Volkswirtschaftsplan 1949	11
Die Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission	14

II. Teil: 10. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

Memorandum über die Folgen der Spaltung Deutschlands für die deutsche Volkswirtschaft	18
Walter Ulbricht: Wie soll es weitergehen?	21
Siegbert Kahn: Die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland	24

Aus der Diskussion:

Josef Orlopp: Unsere Zonengrenze bleibt weit offen	30
Hermann Schlimme: Wir fordern die deutsche Gewerkschaftseinheit	32

Anhang

Zur westdeutschen Wirtschaftslage (Tabellen und Schaubilder)	35
Das Dreimächteabkommen über die Industriebeschränkungen (Wortlaut und Erläuterungen)	38

Deutsche Wirtschaft in Ost und West

11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates

Der Wirtschaftsplan 1949

Heinrich Rau

Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission

Die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission hat in ihrer Sitzung am 30. März 1949 den ersten Volkswirtschaftsplan für unsere Zone beschlossen, der alle wirtschaftlichen Tätigkeiten in einem einheitlichen Plan zusammenfaßt. Während wir bisher nur kurzfristige Einzelpläne hatten, ist mit dem Wirtschaftsplan 1949 die Grundlage auch für die künftigen Pläne geschaffen worden. Die Durchführung dieses Planes ist von entscheidender Bedeutung für den Plan 1950 und für die weiterreichenden späteren Pläne.

Der Volkswirtschaftsplan 1949 ist wie unsere gesamte Wirtschaftspolitik den großen politischen Zielen des Demokratischen Blocks und des Deutschen Volksrates, d. h. den politischen Zielen der fortschrittlich-demokratischen Kräfte unseres Volkes untergeordnet. Daraus ergeben sich für die Arbeit der Deutschen Wirtschaftskommission und damit für die gesamte Wirtschaftsbetätigung in unserer Zone folgende Hauptziele:

1. Festigung der antifaschistisch - demokratischen Ordnung,
2. Förderung des Kampfes um ein einheitliches demokratisches Deutschland,
3. Unterstützung des Kampfes um einen gerechten Frieden.

Die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung erfordert nicht zuletzt reale Sicherungen ökonomischer und kultureller Art, die sich aus unserem wirtschaftlichen Aufbau ergeben müssen.

Ich darf voraussetzen, daß Ihnen der Volkswirtschaftsplan 1949 in seinen Zielsetzungen aus der Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 30. März d. J. bekannt ist. Im Jahre 1948 hatten wir eine Steigerung der industriellen Produktion gegenüber 1947 um 26,8%. Im wesentlichen hat es sich 1948 wie auch in den vorhergehenden Jahren darum gehandelt, die vorhandene Kapazität unserer Industrie wieder in Gang zu setzen. Neue Investitionen zur Schaffung weiterer Kapazitäten erfolgten nur in geringem Maße. Auch im Jahre 1949 steht noch im Vordergrund die möglichst gute Ausnutzung vorhandener Kapazitäten, die Erhöhung der Produktion mit den vorhandenen Produktionsmitteln. Dabei kommt weniger als in den vorhergehenden Jahren der Einsatz bisher nicht

genutzter Maschinen in Frage, als die bessere Ausnutzung der bereits in Betrieb genommenen Produktionsmittel durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität jedes einzelnen Beschäftigten.

Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt eine Steigerung der industriellen Produktion um 16% im Jahre 1949 gegenüber 1948 erreichen wollen, dann ist klar, daß dies viel höhere Anstrengungen erfordert, als dies in den vorhergehenden Jahren der Fall war. Die Voraussetzung dafür ist die erweiterte Einführung des Leistungslohnes, die Verbreiterung der Aktivistenbewegung, die Organisierung und Durchführung von Wettbewerben innerhalb der einzelnen Industriezweige, Wettbewerbe von Betrieb zu Betrieb, aber auch innerhalb der großen Betriebe von Abteilung zu Abteilung, von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz.

Bei der Steigerung um 16% handelt es sich nicht um eine gleichmäßige Erhöhung. Sie ist vielmehr nach der Bedeutung der einzelnen Industriezweige verschieden. Bezüglich der Gewinnung von Rohholz haben wir sogar eine nicht unbeträchtliche Verminderung der Produktionsaufgabe vorgesehen, und zwar auf 81,4% des Ergebnisses von 1948. Hier bedeutet die Verminderung ein erfreuliches Zeichen; sie bedeutet, daß wir weniger Holz in unseren Wäldern einschlagen und mit der Annäherung an einen normalen und erträglichen Holzeinschlag zur Schonung unseres Waldbestandes beginnen. Bei

Elektroenergie und Gas ist eine Steigerung um	2,1%
im Kohlenbergbau um	9 %
bei der Textilindustrie um	11,2%
bei der Holzverarbeitung um	12,9%
bei Nahrungs- und Genußmitteln um ..	14,8%
bei Leder, Schuhen und Konfektion um ..	15,9%

gegenüber 1948 vorgesehen. Bei allen diesen Industrien bleiben wir also unter dem Durchschnitt der vorgesehenen Gesamterhöhung der industriellen Produktion.

Beim Bergbau haben wir bereits im Jahre 1948 die Vorkriegsproduktion erreicht; die weitere Steigerung um 9% gegenüber 1948 erfordert von unserem Bergbau eine enorme Leistung. Das Ergebnis im ersten

Quartal zeigt aber bereits, daß unser Bergbau diese Aufgabe lösen wird, da er den Plan des ersten Quartals bereits übererfüllt hat. Bei den übrigen genannten Industrien wird die Erhöhung durch die verfügbare Menge an Rohstoffen begrenzt. Besonders in der Textilindustrie wie auch in den Nahrungsmittelbetrieben und in der Holzbearbeitungsindustrie haben wir noch freistehende, nicht ausgenutzte Kapazitäten. Dasselbe gilt im übrigen auch für die Glasindustrie, besonders soweit Wirtschaftsglas in Frage kommt, während unsere Produktionskapazität für Fensterglas bekanntlich nicht ausreichend ist.

Die Baustoffgrundindustrie — Zement, Kalk, Gips, Glas usw. — soll im Jahre 1949 die Produktion um 16,4% steigern, d. h. ungefähr den Durchschnitt, den wir allgemein für die Steigerung festgelegt haben, erreichen. Alle übrigen Industrien müssen im Jahre 1949 eine Erhöhung der Produktion erreichen, die über dem Durchschnitt von 16% liegt, und zwar

Chemie-Industrie	um 20,1 %
Maschinenbau	„ 20,4 %
Feinmechanik und Optik	„ 21,1 %
Elektro-Industrie	„ 25,1 %
Metallurgie	„ 45 %
Zellstoff- und Papierindustrie ..	„ 47,1 %

Eine besondere Steigerung erfahren also die Grundstoffindustrien wie Metallurgie und Zellstoff, aber auch die Exportindustrien wie Maschinenbau, Elektro-Industrie, Chemie, Feinmechanik, Optik, die für den Export und für die Erneuerung und Erweiterung unserer eigenen Produktionsmittel von entscheidender Bedeutung sind.

Die besonders starke Erhöhung der Grundstoff- und Produktionsmittel-Industrien ist Voraussetzung dafür, daß die in der Leichtindustrie vorhandenen Kapazitäten voll ausgenutzt werden können, damit die Produktion an Konsumgütern für die Bevölkerung in notwendigem Maße erfolgen kann. Besonders ist das aber auch Voraussetzung dafür, daß unserer Landwirtschaft die notwendigen Düngemittel, Maschinen und Geräte zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und damit zur Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung gegeben werden können, und letzten Endes Voraussetzung für die Erweiterung unseres Außenhandels, sowohl im Interesse der Rohstoffeinfuhr wie auch der erhöhten Einfuhr von Nahrungsmitteln. In diesen Produktionsaufgaben kristallisieren sich der ganze Inhalt und die Linie der Produktionspolitik der Deutschen Wirtschaftskommission.

Der Mangel an Maschinen, Geräten und Düngemitteln, besonders an Phosphordünger, die damit verbundene ungenügende Bearbeitung und Fruchtbarkeit des Bodens ist neben der noch unzureichenden Qualität des Saatgutes entscheidend dafür, daß unsere Landwirtschaft noch weit von Normalerträgen bei Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchten und anderen Ackerfrüchten entfernt ist, und daß wir auch im Jahre 1949 nur eine Steigerung der Hektarerträge um 10% festlegen konnten. Es ist möglich, daß der Einsatz der von der Sowjetunion gelieferten Traktoren und Ackergeräte, die uns eine bessere Frühjahrsbestellung ermöglichen, den Ertrag der Sommerfrüchte über das gestellte Ziel hinaus steigert; jedenfalls müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um nicht nur eine Steigerung von 10% zu erreichen, sondern dieses Ziel weit zu überbieten. Ebenso gilt es, das für unseren Viehbestand gestellte Ziel nicht nur zu erreichen, sondern zu überbieten insbesondere bei Rindvieh, Schweinen und Schafen. Hier dürfte sich die zu Beginn des Jahres ein-

geführte Hektarveranlagung für die Pflichtablieferung von Vieh und Viehprodukten günstig auswirken.

Die Erhöhung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft stellt naturgemäß auch erhöhte Anforderungen an unser Verkehrswesen. Die westlichen Zeitungen und Sender haben vor einigen Monaten prophezeit, daß unser Verkehr im März, spätestens Mai, zum Erliegen kommt. Wir haben den März passiert, der Mai steht kurz vor uns, und der Verkehr ist nicht zum Erliegen gekommen. Wir haben vielmehr im Plan 1949 eine Steigerung des Gütertransports um 12,8% im Vergleich zu 1948 vorgesehen. Diese Aufgabe ist durchaus erfüllbar. Notwendig ist dazu die erhöhte Leistung unserer Reparaturwerkstätten, die nunmehr auch die schwer zu reparierenden Lokomotiven und Waggons wiederherstellen müssen. Ferner ist notwendig eine bereits eingeleitete verbesserte Verkehrsplanung, wodurch die Umlaufzeit der Waggons herabgesetzt wird. Weiter sind eine bessere Ausnützung unserer Binnenschifffahrt und eine verbesserte Organisation des Autotransportwesens erforderlich. All das sind Aufgaben, die wir lösen können und lösen werden. Auch für das Post- und Fernmeldewesen ergeben sich erhöhte Aufgaben, denen aber unsere dafür zuständige Verwaltung durchaus gewachsen ist.

Die von mir aufgezeigte Grundlinie der Entwicklung unserer Industrie mit dem besonderen Schwergewicht auf den Grundstoff- und Produktionsmittel-Industrien bedeutet zugleich eine Festigung und Mehrung des Volkseigentums. Die hier in Frage kommenden Industrien sind überwiegend Eigentum des Volkes.

Die wirtschaftliche Macht des Volkes und damit auch die demokratische Basis unserer Ordnung erfährt also bei Durchführung dieses Planes eine Stärkung.

Aber auch die Grundlagen für eine reale Wirtschaftsplanung werden dadurch verbessert. Die Bewirtschaftung eines solch großen Volkseigentums, eines so großen Wirtschaftskörpers ist ohne Plan undenkbar. Das Volkseigentum ist Voraussetzung und Zwang zur Planung. Im Gegensatz dazu widerspricht das private Eigentum an Produktionsmitteln einer lückenlosen und wirksamen Produktionsplanung. Der private Unternehmer kann seine Initiative und wird seine Fähigkeiten nur voll entfalten in freier Konkurrenz.

In unserer Industrie ist ein breiter volkseigener Sektor neben vielen privaten Betrieben vorhanden. Wir wollen die Produktion bei dem einen wie bei dem anderen entwickeln. Die Erhöhung unserer Produktion im Jahre 1949 ist eine Aufgabe nicht nur der volkseigenen Betriebe, sondern auch der privaten Betriebe. Unsere Aufgabe besteht darin, ein richtiges Verhältnis des volkseigenen Sektors zu den privaten Betrieben und umgekehrt zu finden und dabei den genannten Lebensbedingungen sowohl der volkseigenen wie privaten Betriebe zu entsprechen. Der Rahmen hierfür ist durch die Ziele unseres Volkswirtschaftsplans gegeben. Wie soll diese Aufgabe gelöst werden?

Im Verlauf der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1949 wollen wir dazu übergehen, Produktionsauflagen und Verteilungspläne nur noch an die volkseigene Industrie zu geben. Die privaten Unternehmer sollen sich — wie sie das zu allen Zeiten taten und wie es ihrem Wesen entspricht — Produktionsaufträge durch entsprechende Verträge sichern. Hier kommt es also auf die Initiative des einzelnen Unternehmers an, daß er sich in genügendem Maße Produktionsaufträge hereinholt. Das wird von seiner Beweglichkeit ebenso ab-

hängen wie von der Qualität seiner Ware, den Lieferfristen usw.

Mit wem kann der private Unternehmer Verträge schließen? Ein großer Teil unserer privaten Industrie wie auch des produzierenden Handwerks arbeitet schon heute aufs engste mit großen volkseigenen Industrien zusammen. So hat unser Bergbau z. B. seit langem eine große Zahl von ständig für den Bergbau arbeitenden privaten Betrieben. Nach diesem Beispiel arbeiten zum Teil auch andere Industriezweige. Ein Hauptpartner werden also die volkseigenen und die SAG-Betriebe sein, mit denen die privaten Unternehmer ihre Verträge schließen und sich die notwendigen Produktionsaufträge sichern können. Ein weiterer Hauptpartner werden die staatlichen Handelsgesellschaften sein, und zwar sowohl jene, die für den Warenumsatz innerhalb unserer Zone, wie jene, die für den Interzonen- und Außenhandel geschaffen sind und werden. Bei Vorlage solcher Verträge erhalten dann die einzelnen Firmen ihre Materialzuweisung durch die Vertragspartner oder die staatlichen Stellen.

Wenn das Vertragssystem auf dieser Grundlage entwickelt wird, verbleibt dem Staat die auch heute noch notwendige Kontrolle über die Produktion auch der privaten Industrie. Die volkseigenen und SAG-Betriebe wie die staatlichen Handelsgesellschaften können Verträge nur im Rahmen ihrer Pläne abschließen. Die zuständigen Verwaltungen für Materialverteilung können Materialien nur dann zuweisen, wenn die Verträge im Rahmen der Ziele des Volkswirtschaftsplanes sich bewegen. Insofern ist auch die Produktion der privaten Betriebe mit dem Volkswirtschaftsplan verbunden.

Außerhalb des Planes können private Betriebe nur dann eine Produktion entwickeln, wenn sie dazu keiner bewirtschafteten Materialien bedürfen. Die Herstellung von Waren aus nicht bewirtschafteten Rohmaterialien ist nicht nur erlaubt, sondern im Interesse der Erhöhung der Gesamtwarenmengen erwünscht. Die Einführung des Vertragssystems wird einige Monate in Anspruch nehmen. Es wird aber zweifellos einen großen Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte unserer Zone bedeuten.

Es wird der von uns propagierten freien Initiative der Unternehmer das notwendige Betätigungsfeld geben und die bisher hemmenden zwangswirtschaftlichen Fesseln für die private Industrie beseitigen.

Die private Industrie, neben einer Reihe kleiner volkseigener Betriebe, war und ist der Betreuung durch die Landesregierungen in unserer Zone übergeben. Es ist klar, daß das Vertragssystem nichts an der Verantwortlichkeit der Landesregierungen für die Erfüllung ihres Planes ändert, d. h. die Landesregierungen sind nach wie vor dafür verantwortlich, daß der ihnen gegebene Gesamtplan durchgeführt wird, also auch dafür, daß die private Industrie beschäftigt ist und die ihr in dem Plan überlassene Aufgabe erfüllt. Das bedeutet, daß die Landesregierungen Organe schaffen müssen, die die Aufgabe haben, die Verträge für die private Industrie zu organisieren, zu fördern und zu registrieren, um einen Überblick über die Durchführung des Planes zu haben, und die, soweit noch keine staatlichen Vertragspartner für einzelne Produkte bestehen, selbständig die Verträge mit diesen privaten Betrieben abschließen. Der Staat ist also nicht an diesen Verträgen und an der Beschäftigung der privaten Industrie desinteressiert, sondern er hat die Aufgabe, auch dort fördernd und helfend einzugreifen, um den Gesamtplan zu erfüllen.

Wenn der Volkswirtschaftsplan 1949 in der Industrie zu einer Festigung des Volkseigentums führt, so wird er in der Landwirtschaft eine weitere Festigung der Bodenreform bedeuten. Auch in der Landwirtschaft sollen in Verbindung mit der Durchführung

des Planes die volkseigenen Betriebe, die staatlichen Güter, straffer organisiert werden. Diese Güter wurden bisher mehr oder weniger als Einzelbetriebe bewirtschaftet, erhielten ihre Produktionsaufträge von den Kreisen je nach dem Kreisplan und wurden oftmals von Landratsämtern dazu mißbraucht, jene Produkte anzubauen, die im Kreise sonst schlecht unterzubringen waren. Die Aufgabe der staatlichen Güter ist aber eine andere, als Lückenbüsser zu sein. Sie sollen hochwertiges Saatgut, bestes Zuchtvieh für unsere Bauern, insbesondere für unsere Neubauern, hervorbringen. Sie sollen ferner eine möglichst weitgehende Zugkrafthilfe für unsere zugkraftarmen Bauern leisten, kurzum, sie sollen ein wirtschaftliches Hilfszentrum für unsere werktätigen Bauern sein und müssen weiter auch zu einem kulturellen Zentrum auf dem Lande ausgebaut werden. Unter diesen Gesichtspunkten müssen die Produktionspläne aufgestellt, die Arbeitspläne der Güter erstellt werden und müssen die Investitionen erfolgen. Das ist nur möglich, wenn die staatlichen Güter über die ganze Zone zentral geplant und geleitet werden. Die staatlichen Güter müssen deshalb in Vereinigungen volkseigener Güter organisiert und zonal zusammengefaßt werden. Auch das ist im Rahmen der Durchführung des Planes vorgesehen.

Eine weitere große Aufgabe ist der Auf- und Ausbau der Maschinenausleihstationen. Man kann diese Aufgabe nicht allein, wie das bisher geschah, der VdGB und den landwirtschaftlichen Genossenschaften überlassen, sondern sie ist in erster Linie eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Sekretariat der DWK hat deshalb auch eine besondere Verwaltung der MAS in Form einer Körperschaft öffentlichen Rechts geschaffen. In dieser Verwaltung sind die DWK mit einer Einlage von 100 Millionen DM und die VdGB und landwirtschaftlichen Genossenschaften mit insgesamt 96 Millionen DM beteiligt. Neben dem bisherigen Bestand an Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen wurden und werden den MAS die von der Sowjetunion gelieferten Traktoren und Anhängergeräte sowie Lastwagen übergeben, ferner die gesamten Traktoren und großen Maschinen, die wir selbst erzeugen. Im Laufe des Jahres 1949 sollen nach dem Plan 500 und im nächsten Jahr 4000 Traktoren in unserer Zone hergestellt werden. Bekanntlich haben wir früher in der Zone keine Traktoren gebaut; die Traktorenproduktion wird jetzt erst aufgenommen.

Wir hoffen, in diesem Jahr aus eigener Produktion rund 800 Traktoren den MAS übergeben zu können, d. h. den Plan weit überzu erfüllen. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, welche Bedeutung diese Maßnahmen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in der Zukunft haben werden. Da besonders unsere Neubauern mit dieser zusätzlichen Zugkraft versorgt werden, ergibt sich daraus auch eine Festigung der Neubauernwirtschaften, d. h. unserer Bodenreform. Die MAS erhalten eine Reihe von Reparaturbetrieben, um ihre Maschinen instandhalten zu können, aber auch um der Bauernschaft bei der Instandhaltung ihrer Maschinen helfen zu können, soweit es notwendig ist. Ferner werden die MAS zu kulturellen Mittelpunkten ausgebaut, werden Kulturhäuser, Bibliotheken, Kinoeinrichtungen usw. erhalten.

Der Abstand und Gegensatz zwischen Stadt und Land wird sich dadurch wesentlich vermindern. Der Boden für das Bündnis der Arbeiter und Bauern wird verbessert. Die Losung „Stadt und Land — Hand in Hand“ erhält damit eine weitere Vertiefung.

Im Hinblick auf die Festigung der Bodenreform ist auch die weitere Schaffung von Neubauernhäusern im Plan vorgesehen. Im Jahre 1949 sollen

28 150 Wohnhäuser, 27 250 Ställe und 17 500 Scheunen, d. h. 72 900 Baueinheiten für unsere Neubauern errichtet werden.

Der Aufbau der Vereinigungen volkseigener Güter und die zentrale Planung für diese Güter, ferner der Auf- und Ausbau der MAS ergeben auch für die landwirtschaftliche Planung neue Perspektiven. Es muß unser Ziel sein, auch für die Bauernwirtschaften von den Produktionsauflagen abzukommen.

Auch der Bauer soll seine Anbaupläne für seine Wirtschaft möglichst selbst aufstellen. Wir werden zwar in diesem Jahr dieses Ziel noch nicht erreichen, aber man muß die Vorbereitung für das kommende Jahr treffen.

Mir scheint es durchaus möglich, das System der Wunschlpläne, das wir seit einigen Jahren haben und das sehr schlecht funktioniert, weil die Verwaltungen meist die Wünsche der Bauern nicht berücksichtigen, so auszubauen, daß tatsächlich jeder Bauer seinen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt, der in der Gemeinde und über Kreis und Land bis zur Zonenverwaltung zusammengefaßt wird. Soweit dann im Interesse der Ernährung bei einigen Früchten, sei es im Ölfrucht- oder Zuckerrübenanbau, Korrekturen an den von den Bauern aufgestellten Plänen notwendig sind, werden Produktionsauflagen sicherlich nur in ganz geringem Maße für die einzelne Wirtschaft notwendig sein.

Unsere bisherige Landwirtschaftsplanung war ja von dem ausgegangen, was der Bauer früher selbst angebaut hatte und was ungefähr der Struktur unserer Zone entspricht. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß, wenn die Bauern selbst ihre Pläne aufstellen, große Abweichungen von unseren Plänen eintreten werden. Es kann sich nur um geringe Korrekturen handeln, die vorgenommen werden müssen. Eine Voraussetzung für dieses System ist die Schaffung einer staatlichen Erfassungsorganisation, die mit den einzelnen Bauern Lieferverträge abschließen kann und die damit die notwendige Sicherung für unsere Versorgung gibt, denn das ist die andere Seite, die uns bisher zu solchen Produktionsauflagen gezwungen hat.

Damit komme ich zur Frage unseres Handels. Auf dem Gebiete des Großhandels sind zweifellos einige Schritte zur Reorganisation erforderlich. Wir haben uns im Laufe des letzten Jahres bemüht, eine Vereinfachung im ganzen System der Warenbewegung herbeizuführen. Es wurden dabei Fortschritte gemacht und zugleich eine Stabilität der Warenpreise erreicht, obwohl eine Reihe staatlicher Subventionen, die zuvor als Preisstützung gezahlt wurden, in Wegfall kamen. Auch darin lag — nebenbei bemerkt — eine der Voraussetzungen für die Steuerreform, die wir mit dem 1. April in Kraft setzen konnten und die allgemein begrüßt wurde. Aber die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Vereinfachung im Warenverkehr sind keineswegs ausreichend und haben eine Reihe ernster Gefahrenpunkte nicht beseitigt. Die Warenbewegung im Großhandel erfolgte bisher und erfolgt teils noch mit Hilfe sogenannter „Leithändler“, und zwar teils genossenschaftlicher, teils privater Leithändler. Diese Leithändler müssen zwar die Waren im Rahmen des Planes bewegen, aber in ihrer Hand liegt die Bestimmung darüber, wer zuerst Rohstoffe, Halbfabrikate oder Fertigwaren auf sein Plankontingent geliefert erhält, wer die bessere und wer die schlechtere Qualität zugeteilt bekommt, d. h. dieser Leithändler hat die Durchführung des Wirtschaftsplanes in der Hand. Die Durchführung des Wirtschaftsplanes ist aber eine staatliche Aufgabe und kann nicht in das Belieben des privaten oder genossenschaftlichen Großhandels gelegt werden.

Die Auswirkung dieses Systems will ich an einem Beispiel charakterisieren. Im letzten Quartal des Jahres

1948 stellten wir in der sächsischen Textilindustrie fest, daß die zonalen Betriebe im ersten Monat des Quartals ihr Soll mit 30% erfüllt hatten, während die Landesbetriebe (landeseigene wie private Textilbetriebe) ihr Soll mit 60 und 70% bereits erfüllt hatten. Die Kontrolle dieser eigenartigen Erscheinung ergab, daß die zonalen Betriebe nicht einmal die planmäßig zustehenden Rohstoffe erhalten hatten, während die anderen bis zu zwei Drittel des Quartalsolls bereits im ersten Monat erhielten. Die Herren Leithändler hatten entsprechende Zuteilungen gemacht, obwohl sie nicht wußten und ihnen auch nicht bekannt sein konnte, ob die Produktion der zonalen Betriebe für die Erfüllung von Exportaufträgen oder anderen vordringlichen Bestimmungen wichtiger war als die Produktion der sogenannten Landesbetriebe. Sie sehen an diesem Beispiel, daß es mit der Durchführung des Planes und der Sicherung der vordringlichsten Produktionsaufgaben nicht verträglich ist, wenn die Bestimmung darüber dem Staat aus den Händen genommen ist. Es ist deshalb eine neue Organisation des Großhandels dringend erforderlich.

Gleichzeitig mit der Sicherung der staatlichen Führung in der Durchführung des Planes muß dabei eine weitere Vereinfachung in der Warenbewegung erreicht werden. Wir hielten es deshalb zunächst für notwendig, für die volkseigenen Betriebe die Organisation des inneren Warenverkehrs zu beschließen. Die volkseigenen Betriebe der Zone und der Länder sollen dabei als ein einheitlicher Wirtschaftskörper betrachtet werden. Im Rahmen des Planes, d. h. der im Plan vorgesehenen Materialkontingente, sollen die volkseigenen Betriebe ihre Rohstoffe, Halbfabrikate usw. direkt von Betrieb zu Betrieb bewegen, also weder eine staatliche noch sonstige Handelsorganisation soll hier im Warenverkehr dazwischengeschaltet werden. Natürlich kann sich dieser innere Warenverkehr nicht auf alle Produkte beziehen. Unser Sekretariat für die Industrie wird demnächst in Verbindung mit der Verwaltung für Materialversorgung die Waren festlegen, die im inneren Verkehr bewegt werden sollen. Es werden dabei in der Hauptsache eine Reihe von Grundstoffen in Frage kommen, wobei sich auch hier noch eine Beschränkung daraus ergibt, daß die Verkehrsbedingungen beachtet werden müssen. Man wird z. B. nicht aus einem volkseigenen Ziegeleibetrieb in Mecklenburg Ziegel nach Sachsen schaffen, sondern wird sie dort bei einem nächstliegenden Privatbetrieb bestellen. Der innere Warenverkehr der volkseigenen Betriebe ist nur insoweit zu entwickeln, als dies volkswirtschaftlich nützlich ist.

Eine weitere Maßnahme auf dem Gebiet der Reorganisation des Großhandels ist die Schaffung staatlicher Handelszentralen für die verschiedenen Produktionsgebiete, wie Kohle und Holz. Diese Handelszentralen werden an Stelle des Leithandels treten. Für die Durchführung ihrer Aufgaben bei der Warenbewegung werden sie sich — neben ihres eigenen Apparates — natürlich des vorhandenen genossenschaftlichen und privaten Handels bedienen. Dabei wollen wir gleichzeitig Schluß machen mit dem Streit über die Quotenverteilung, der in unserem Großhandel gegenwärtig die Köpfe erhitzt.

Die Aufträge durch die staatlichen Handelszentralen an die Handelsorgane sollen nicht nach festgelegten Quoten vergeben werden, sondern danach, wer seine Handelsaufgabe am besten erfüllt. Die Aufgabe des Handels in unserer demokratischen Ordnung besteht darin, die Waren schnell, gut und möglichst billig zur Verteilung zu bringen. Wer diese Aufgabe am besten löst, soll den Auftrag erhalten.

Der Handel, sowohl der private wie der genossenschaftliche, wird also den staatlichen Handelszentralen seine

Angebote machen und die staatlichen Handelszentralen werden die Ausführung ihrer Aufträge überwachen müssen. In diesen Rahmen gehört auch die staatliche Erfassungsorganisation der landwirtschaftlichen Produkte, von der ich bereits gesprochen habe. Auch sie wird zur Erfüllung ihrer Aufgaben die landwirtschaftlichen Genossenschaften wie den privaten Landhandel heranziehen und die Vergebung der Aufträge von der Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen oder privaten Handelsorgane abhängig machen.

In den Rahmen dieser staatlichen Handelsorgane gehört auch die Handelsorganisation „Freie Läden“. Die Bedeutung dieser Organisation im Kampf gegen den Schwarzhandel und ihre Bedeutung für die Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft und damit für die Festigung unserer Finanzen wie für die bereits erwähnten steuerlichen Erleichterungen hat bereits allgemeine Anerkennung gefunden. Diese Organisation steckt noch in ihren Anfängen. Sie muß und wird wesentlich erweitert werden. Erst dann wird sie in der Lage sein, ihre künftige weit größere Aufgabe zu übernehmen.

Diese Aufgabe besteht in der Überleitung von der jetzigen Bewirtschaftung der Konsumgüter und Nahrungsmittel zum freien Verkauf und besteht dann weiterhin im Schutze der Bevölkerung vor Spekulation und ungerechtfertigten Warenpreisen. Mit Hilfe dieser Organisation wird die staatliche Verwaltung die Preise für alle Konsumwaren bestimmen und den Ausgleich in der Warenverteilung auf die einzelnen Gebiete und Orte der Zone durchführen.

Nur wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, kann man ohne Gefahr zur Aufhebung der Warenbewirtschaftung und des Preisstops zum freien Warenverkauf übergehen, weil dann mit Hilfe dieser Organisation die demokratischen Verwaltungsorgane die Konsumenten vor Preistreibern und Spekulanten schützen können.

Es ist klar, daß die Handelsorganisation zur Erfüllung dieser Aufgabe weit beweglicher sein muß, als sie heute ist. Aber ihre bisherige Entwicklung berechtigt uns zu der Annahme, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen wird.

Ich betonte einleitend, daß in diesem Jahre besonders große Anstrengungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität gemacht werden müssen, und verwies auf die Notwendigkeit der Entwicklung der Aktivistebewegung, der Methode des Wettbewerbs und der verbreiteten Einführung von Leistungslöhnen. Wenn wir mehr Produkte erzeugen wollen und dabei auch die Qualität unserer Produktion verbessern wollen, wenn wir mit der technischen Entwicklung in der Welt Schritt halten wollen, dann ist das nicht möglich ohne unsere Techniker und Wissenschaftler und auch nicht möglich ohne die allgemeine Hebung des Kulturniveaus.

Es ist deshalb kein Zufall, daß die Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission in Verbindung mit ihrem Beschluß über den Volkswirtschaftsplan 1949 die Kulturverordnung beraten und beschlossen hat. Wir haben in dieser Verordnung die Ärzte besonders hervorgehoben. Der Schutz der Volksgesundheit, insbesondere die Erhaltung der Arbeitskraft, der dazu notwendige Ausbau unserer Krankenhäuser, Polikliniken, Sanitätsstellen usw. erfordert vollen Einsatz unserer Ärzte.

Wir haben in der Verordnung auch die Lehrer aller Lehranstalten besonders hervorgehoben. Ohne eine gründliche Schulung unserer Kinder, ohne eine verbesserte Ausbildung in unseren Fach- und Gewerbeschulen, ohne die gründlichste Schulung unserer Studenten an den Hochschulen und Universitäten kann

unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht in dem notwendigen Maße gefördert werden.

Wir haben in der Verordnung die technische Intelligenz und allgemein die Wissenschaft besonders herausgehoben und Maßnahmen festgelegt, die ihnen eine neue Basis der Wirksamkeit im Interesse unseres Volkes geben. Wenn wir bereits auf der diesjährigen Leipziger Messe mit Produkten hoher Qualität auftreten konnten, wenn eine Reihe Neuerungen in der industriellen Produktion dort gezeigt wurden, Neuerungen, die uns auf einer Reihe von Gebieten den Anschluß an den Stand der Technik der Welt erlaubten, und wenn wir dank dieser Tatsache eine wesentliche Erweiterung unseres Außenhandels erreichen konnten, so danken wir das nicht nur unseren Arbeitern, sondern in hervorragendem Maße unseren Technikern und Wissenschaftlern. Aber wir hatten bisher diesen wertvollen Menschen nicht die notwendige Basis zum vollen Einsatz ihres Könnens und Wissens gegeben. Darunter leidet die Ausbildung unseres Nachwuchses an den Hochschulen und Universitäten, und darunter leidet die Entwicklung unserer Produktion. Die Verordnung der Deutschen Wirtschaftskommission hat wenigstens die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß neue und bessere Bedingungen für die Arbeit unserer Techniker und Wissenschaftler geschaffen werden.

Wir haben in der Verordnung auch besonders die Künstler, die Geistesgeschaffenden im weitesten Sinne, hervorgehoben. Ohne Pflege einer hohen Kultur kann kein Volk Fortschrittliches leisten. Die beste Kunst ist für unser Volk gerade gut genug. Ihrer Entwicklung freie Bahn zu schaffen, gehört mit zu den höchsten Aufgaben jedes fortschrittlichen Menschen.

Alles das würdigt die Verordnung und hat dabei als Grundgedanken die Verbrüderung, das enge Bündnis der Arbeiter und Bauern mit der Intelligenz. In diesem Sinne ist die Verordnung zugleich für die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses der Hand- und Kopfarbeiter, der einzelnen Klassen und Schichten unseres arbeitenden Volkes, für die Entwicklung unseres Volkes zu einer festgefügt einheitlichen Nation von großer Bedeutung.

Gewiß werden diesem ersten großen Schritt weitere Schritte im gleichen Geiste folgen müssen. Es ist auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen, und es sind auch hier noch nicht alle Probleme gelöst, aber ein entscheidender Anfang ist damit gemacht.

Die von mir aufgezeigten Aufgaben, die in unserm Plan und den Verordnungen festgelegt sind, bestimmen auch den Investierungsplan für das Jahr 1949.

Die dafür im Plan vorgesehenen Mittel betragen insgesamt 1 384 000,00 Mark, das heißt, wir beginnen in diesem Jahr zum ersten Male mit einer großzügigen Investierung. 20% dieser Summe entfallen auf den städtischen und ländlichen Wohnungsbau, 19% auf Kultur- und Sozialbauten. Die Investitionen bei der Industrie erfolgen insbesondere bei der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie. In der Land- und Forstwirtschaft stehen der Ausbau der Maschinenausleihstationen, der Ausbau der Volksgüter, großzügige Meliorationsarbeiten und die Aufforstung von 40 000 ha Wald im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit den Investitionen ergibt sich auch eine neue Rolle unserer Finanzverwaltung. Die gesamten Investierungsmittel, die im Plan vorgesehen sind, werden durch die zuständige Investitionsbank ausgegeben. Sie hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Mittel ausschließlich für die im Plan vorgesehenen Aufgaben verwandt werden. Sie darf also nicht zulassen, daß Investierungskredite für andere

Zwecke, wie für Warenkreditierung, laufende Produktionsaufgaben usw. verwandt werden. Die Finanzverwaltung und ihre Bank ist also hier ein Organ der Sicherung der planmäßigen Investierungsaufgaben. Sie kann und darf sich nicht nur auf das Einziehen von Steuern und die Überwachung der Haushalte und der Hergabe von Warenkrediten beschränken. Diese neue Rolle der Finanzverwaltung kommt auch in der ihr übertragenen Überwachung der Einhaltung der Finanzpläne der Vereinigung volkseigener Betriebe bzw. der einzelnen Betriebe selbst zum Ausdruck.

Die Finanzverwaltung muß darüber wachen, daß ihre Banken nur im Rahmen der für jeden volkseigenen Betrieb bzw. für jede Vereinigung bestimmten Finanzpläne die Kredite und das Eigenkapital der volkseigenen Betriebe zur Verfügung stellen. Sofern die Betriebe oder Vereinigungen über die im Finanzplan vorgesehenen Mittel hinaus Anforderungen an Banken stellen, sind die Finanzorgane verpflichtet, selbst Prüfungen zur Feststellung der Notwendigkeit dieser Anforderungen durchzuführen und die jeweils zuständige Hauptverwaltung der Deutschen Wirtschaftskommission zu verständigen; und nur wenn eine Nachbewilligung von Mitteln erfolgt, d.h. wenn die bewilligten Finanzpläne der Vereinigungen oder des Betriebes erweitert werden, dann haben die Finanzorgane das Recht, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Das bedeutet, daß die Finanzverwaltung eine strenge Kontrolle über das Finanzgebaren der Vereinigungen und volkseigenen Betriebe durchzuführen haben, daß sie für die Rentabilität der Betriebe mit verantwortlich sind.

Alle die hier aufgezeigten Maßnahmen in dem Volkswirtschaftsplan 1949 stehen unter dem Gesichtspunkt der Steigerung unserer Produktion, der Erweiterung unseres Außenhandels, der Erhöhung der Warenmengen zur Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungs- und Konsumgütern, der Schaffung verbesserter Wohnverhältnisse, des richtigen und zweckmäßigen Einsatzes der Arbeitskraft, der Hebung des kulturellen Niveaus unseres Volkes.

Damit wird eine höhere Ordnung in unserer gesamten Wirtschaft erreicht und mit all dem von wirtschaftlicher Seite her eine Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. An die Stelle der vor wenigen Jahren vorhandenen Hoffnungslosigkeit, des Chaos, tritt Glaube an die eigene Kraft, zielbewußtes Handeln und zukunftsfrohes Schaffen.

Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1949 mit seinen hochgestellten Aufgaben ist im besonderen Maße geeignet, dem ganzen deutschen Volke zu zeigen, daß es auf der Grundlage einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung möglich ist, einen Ausweg aus Not und Zerstörung aus eigener Kraft zu gehen. Diese Erkenntnis wird zweifellos zur Stärkung der für die Einheit Deutschlands kämpfenden fortschrittlichen Kräfte in unserem gesamten Vaterlande beitragen; dies um so mehr, als dieser Ausweg zu einem ständigen Aufstieg führt und unsere Heimat weitgehend unabhängig und immun macht gegenüber den periodisch eintretenden Wirtschaftskrisen der kapitalistischen Welt.

Wir konnten und können diesen Weg so erfolgreich gehen, weil in unserer Zone die demokratischen Parteien eine gemeinsame fortschrittliche Linie bezogen haben und weil sich die sowjetische Besatzungsmacht diesen fortschrittlichen Entwicklungen nicht nur nicht entgegenstemmt, sondern sie fördert. Die sowjetische Militärverwaltung arbeitet auf der

Grundlage der Potsdamer Beschlüsse, die die Einheit und Selbständigkeit der deutschen Nation anerkennen. Für alle unsere Maßnahmen finden wir deshalb nicht nur Verständnis, sondern aktive Unterstützung der sowjetischen Militärverwaltung, und dort, wo uns die feindselige Politik der Westmächte besondere Schwierigkeiten zu bereiten drohte, wie anlässlich der im Juni vorigen Jahres verhängten Blockade gegen die Ostzone, hat uns die Sowjetunion im Verein mit den volksdemokratischen Ländern wirksame Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten geleistet. Dank dieser Hilfe konnten wir im zweiten Halbjahr 1948 nicht nur den Aufbau fortsetzen, sondern beschleunigen und damit jene Voraussetzungen schaffen, die uns erlaubten, im Volkswirtschaftsplan 1949 weitergehende Ziele aufzustellen als sich ursprünglich aus dem Zweijahrplan für das Jahr 1949 ergeben hätten.

Um so mehr wird sich unser Plan als ein im Interesse des deutschen Volkes liegender Plan gegenüber dem den Interessen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals dienenden sogenannten Marshall-Plan erweisen. Die als „Hilfe“ für das deutsche Volk deklarierte Politik des Marshall-Planes mit all den dazugehörigen Maßnahmen, wie das Außenhandelsmonopol der JEIA, das Ruhrstatut, das Besatzungsstatut, die Sperrung des Handels mit der Ostzone und den osteuropäischen Ländern, die Spaltung Deutschlands, bedeutet nicht Hilfe, sondern Versuch der ewigen Versklavung des deutschen Volkes im Interesse der englischen und amerikanischen Monopolisten. Dabei finden die englischen und amerikanischen Kolonialherren die Unterstützung der westdeutschen Großkapitalisten und der Führer der westdeutschen Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei.

Je rascher und großzügiger der Aufbau in unserer Zone durchgeführt wird, desto klarer wird sich der Unterschied unseres Weges gegenüber dem Weg des Marshall-Planes dem ganzen deutschen Volke offenbaren, desto mehr werden die demokratischen Kräfte ganz Deutschlands in ihrem Kampf um die Einheit beflügelt, desto weniger wird es den Spaltungspolitikern gelingen, das arbeitende deutsche Volk vor ihren Karren auf dem Wege zum Abgrund zu spannen.

Das bedeutet aber auch, daß sich das deutsche Volk dagegen wendet, daß Westdeutschland im Sinne des Atlantikpaktes zu einer Waffenschmiede und zum Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz im Interesse der anglo-amerikanischen Imperialisten gegen die fortschrittlichen demokratischen Länder gemacht wird. Das um seine Einheit und Selbständigkeit kämpfende deutsche Volk braucht einen gerechten Frieden und kann sich nur ein frohes und glückliches Leben im Frieden sichern.

Durch unseren demokratischen Aufbau stärken wir die wirtschaftlichen Kräfte jener Völker, die dem Frieden dienen, und wir mobilisieren im deutschen Volke neue aktive Kämpfer für den Frieden. So steht unser Volkswirtschaftsplan 1949 im Zeichen unseres Kampfes für die Gewinnung und Erhaltung des Friedens. Wir arbeiten damit im Sinne des gerade heute in Paris und Prag stattfindenden Weltfriedenskongresses.

Die Durchführung unseres Wirtschaftsplanes erfordert in der gesamten Wirtschaft, aber besonders auch in den Verwaltungen erhöhte Verantwortlichkeit jedes Einzelnen sowie größte Vereinfachung und Sparsamkeit auf allen Gebieten.

In den Verwaltungen wird man mehr als bisher darauf achten müssen, daß jedem einzelnen Angestellten festumrissene Aufgaben gestellt werden und

seine Verantwortlichkeit zur Erfüllung dieser Aufgaben festgelegt wird, aber daß ihm auch die dafür notwendigen Vollmachten erteilt werden. Wir haben deshalb festgelegt, daß jeder einzelnen Verwaltungsstelle und innerhalb jeder Verwaltungsstelle jedem verantwortlichen Mitarbeiter die im Jahre 1949 zu erfüllenden Planaufgaben übergeben und die zur Erfüllung dieser Planaufgaben notwendigen Vollmachten, die ein selbständiges, produktives Handeln ermöglichen, erteilt werden. Wir erwarten, daß wir von unseren Mitarbeitern nicht mehr langatmige Berichte erhalten, in denen dargestellt wird, warum diese und jene Aufgaben nicht erfüllt werden konnten, sondern daß sie alles daransetzen, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Wir erwarten ferner von unseren Mitarbeitern, daß sie sich befeißigen, sowohl in schriftlichen Berichten wie in mündlichen Darstellungen in sachlicher und konzentrierter Weise das Wesentliche darzulegen, um dadurch ihre Zeit und die Zeit der übrigen Mitarbeiter der Verwaltungen zu sparen. Ein neuer Arbeitsstil und erhöhte Verantwortlichkeit in allen Verwaltungsstellen muß in Verbindung mit der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1949 erreicht werden. Trotz erhöhter Arbeit muß es möglich sein, den Verwaltungsapparat weiter zu verkleinern und dadurch Haushaltsmittel, das Geld des Volkes, einzusparen. In vielen Verwaltungen sind notwendige Strukturänderungen zur Vermeidung von Doppelarbeiten noch nicht durchgeführt. Der Vereinfachung in der Abwicklung von Verwaltungsarbeiten wird trotz unseres Beschlusses auf Sparsamkeit noch nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, daß wir immer noch Verwaltungen haben, die sich bemühen, unnötige Arbeiten durchzuführen, die Beispiele eines himmelschreienden Bürokratismus entwickeln und damit unserer Bevölkerung das Leben schwer machen. Solche Stellen sind besonders häufig im Versorgungsapparat, in den Arbeitsämtern und den Wohnungsämtern. Man muß in allen diesen Verwaltungen endlich beachten, daß die Verwaltungen dazu da sind, das Leben unseres Volkes zu erleichtern und zu verbessern und nicht zu erschweren.

Des weiteren ist notwendig, daß sich die Volkskontroll-Organen und unsere Zentrale Kontrollkommission in ihrer Arbeit auf die Erfüllung der Produktionspläne und auf die reibungslose Durchführung der Warenbewegung konzentrieren. Ebenso notwendig ist aber auch, daß sich diese Kontrolle in den Verwaltungsapparat einschaltet und dem Bürokratismus und Schlendrian in unserer Verwaltung den Kampf ansagt. Der Kampf gegen Bürokratismus und Schlendrian, gegen Verantwortungslosigkeit, für Vereinfachung der Verwaltungsarbeit, für Entwicklung eines neuen Arbeitsstiles und für die Erhöhung der Verantwortlichkeit ist eine Voraussetzung oder zumindest mitbestimmend für einen erfolgreichen Kampf gegen bewußte Saboteure, gegen Schieber und Gauner in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben.

Heute ist es oftmals schwer, zu unterscheiden, ob schädliche Maßnahmen einfach eine Folge von Gedankenlosigkeit und Nachlässigkeit oder bewußte Sabotage sind. Ein Beispiel dafür zeigte sich anlässlich der Einführung der Punktkarte. Als im allgemeinen erst 20 Punkte pro Karte freigegeben waren, gaben wir auf Grund verschiedener Anträge für die Umsiedler und Heimkehrer die Anordnung, daß die Verwendung der gesamten Punktkarte freigegeben werden soll. Statt der beabsichtigten Vergünstigung für die Heimkehrer und Umsiedler machte ein großer Teil der Versorgungsämter eine Schikane daraus. Die Umsiedler und Heimkehrer mußten 5 bis 6 Bescheinigungen

den Versorgungsämtern vorlegen und hatten tagelang zu rennen, um die Bescheinigungen zu beschaffen, und selbst als für die gesamte Bevölkerung die gesamte Punktkarte freigegeben wurde, bekamen die Umsiedler und Heimkehrer die Aufforderung, auf dem Versorgungsamt mit ihren vielen Bescheinigungen zu erscheinen, damit ihre Punktkarte abgestempelt würde. So versteht eine gewissen- und gedankenlose Bürokratie aus einer Vergünstigung eine Schikane der Bevölkerung zu machen. Ich glaube, hier liegt eine wichtige Aufgabe der Volkskontrolle, um solchen Mißständen zu begegnen.

Ähnlich ergeht es den OdF-Mitgliedern, wenn sie ihre Steuerermäßigung haben wollen, wobei sie mit der Beibringung von Bescheinigungen mehr Ärger haben, als die Steuererleichterung ihnen Freude macht. Wir haben also viele Erscheinungen in unserer Verwaltung, die darauf hinauslaufen, daß Papierchen beschrieben und irgendwelche Menschen beschäftigt werden. Damit muß man Schluß machen. Man muß zu einer wirklichen Sparsamkeit, zur Achtung jedes Pfennigs in unserer Verwaltung übergehen.

Mir scheint es notwendig, in viele Verwaltungen frisches Blut aus den Reihen der Arbeiter und Bauern hereinzubringen. Wir haben jetzt den Zustand, daß in unseren Verwaltungen die Zahl der Arbeiter und Bauern ganz minimal ist. Wenn ich nicht irre, gibt es in der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft keinen einzigen Bauern. Das ist ein ungesunder Zustand. Hier dürften neue Kräfte dienlich sein, um die Ziele der Vereinfachung und des neuen Arbeitsstiles zu erreichen.

Ferner dürfte es notwendig sein, daß die demokratischen Parteien und Organisationen die Volkskontrolle im stärkeren Maße auf die Hilfe bei der Vereinfachung der Verwaltung orientieren. Sie müssen die Volkskontrolle auf diese Aufgaben hinweisen, müssen sie zur Vereinfachung der Verwaltung orientieren. Die demokratischen Parteien und Organisationen sollten überhaupt in der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und der damit zusammenhängenden Aufgaben in den Betrieben und in der Verwaltung noch größere Aktivität, als es bisher der Fall war, entfalten und besonders auch bei der Überwindung besonderer Schwierigkeiten, besonders dort, wo die Schwierigkeiten subjektiver, ideologischer Natur sind, helfend eingreifen.

Wir haben bei der Durchführung des Halbjahrsplans 1948 eine Reihe solcher guten Beispiele gehabt. Unser schlechtester Betrieb in der Metallurgie war im Sommer vorigen Jahres die Max-Hütte. Heute ist sie unser bester. Diese Änderung ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß wir eine neue Betriebsleitung geschaffen haben, sondern, daß dort mit Hilfe der SED, des FDGB und der Verwaltung eine gemeinsame Kommission tagelang tätig war und eine Umstellung in der Gesamteinstellung der Belegschaft erreicht hat. Ich gebe das als Beispiel für die anderen Parteien und Organisationen. Auch sie sollen helfen, wo Schwierigkeiten auftreten, durch solche Kommissionen in den Betrieben zu arbeiten und eine neue Einstellung in der Arbeit, wo es notwendig ist, zu schaffen.

So wie sich jeder Angestellter der Verwaltung, jeder Betriebsleiter, jeder Techniker, jeder Arbeiter, jeder Bauer verantwortlich für die Erfüllung unseres Planes fühlen muß, so sollen es in noch höherem Maße die demokratischen Parteien und Organisationen sein. Die Durchführung des Planes, die Untermauerung und Erfüllung der von ihnen festgelegten Politik bedeuten:

Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Förderung der Einheit Deutschlands und Arbeit für einen gerechten Frieden!

Entschliebung der 11. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates

Der Volkswirtschaftsplan 1949 als Teil des deutschen Zweijahrplanes ist den großen politischen Zielen des Demokratischen Blocks und des Deutschen Volksrates untergeordnet und wird daher von den fortschrittlich demokratischen Kräften unseres Volkes getragen.

Er dient der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung; der Förderung des Kampfes um ein einheitliches, demokratisches Deutschland; der Unterstützung des Kampfes für einen gerechten Frieden.

Die durchschnittliche Steigerung unserer industriellen Produktion um 16% im Volkswirtschaftsplan 1949 stellt die reale Sicherung unseres wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues dar. Den Hauptanteil an der Steigerung der industriellen Produktion stellen vor allem die Industriezweige, die eine stetige Aufwärtsentwicklung aus eigener Kraft, eine ständige Verbesserung des Lebensstandards unseres Volkes gewährleisten, unsere Unabhängigkeit herbeiführen und sichern werden und einen Beitrag für die zu erreichende Unabhängigkeit ganz Deutschlands darstellen. Die besonders starke Erhöhung der Produktion in den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien ist Voraussetzung für die künftige volle Ausnutzung und Entwicklung der Produktionskapazität der Leichtindustrie zum Zweck der steigenden Produktion von Konsumgütern für die verbesserte Versorgung der Bevölkerung, für die Erweiterung unseres Außenhandels, zur Erreichung einer erhöhten Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und zur Behebung des Mangels an Geräten, Düngemitteln für die Landwirtschaft.

Aller Aufmerksamkeit und besonderer Anstrengung bedarf es im Jahre 1949, um die planmäßige Steigerung von 10% der landwirtschaftlichen Produktion zu überbieten sowie bei der Steigerung der Hektarerträge bei Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchten u. a. m. und auch bei der Vermehrung unseres Viehbestandes. Die Überbietung des Produktionssolls in der Landwirtschaft wird um so eher erreicht werden, je größer die Hilfe für die wirtschaftlich schwachen Bauern sein wird. Eine Hilfe der Stadt für das Land ist die verbesserte Arbeit unserer MAS, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch große kulturelle Aufgaben auf dem Lande hat. Sie ist ein wichtiges Mittel, die Lösung „Stadt und Land — Hand in Hand“ weiter zu vertiefen.

Die Erhöhung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft bedingt eine erhöhte Anforderung an unseren Verkehr. Entgegen allen Prophezeiungen der Vertreter der westlichen Militärregierungen über den Zusammenbruch unseres Verkehrs wird im Jahre 1949 eine Steigerung des Gütertransports um 12,8% erfolgen. Eingeleitet ist bereits eine verbesserte Verkehrsplanung und eine bessere Ausnutzung unserer Binnenschifffahrt sowie eine verbesserte Organisation des Kraftverkehrs.

Auf dem wichtigen Gebiete des Handels werden im Verlaufe des Wirtschaftsjahres 1949 die erreichten Fortschritte vertieft werden. Zur weiteren Stabilität der Warenpreise wird neben der Schaffung eines volkseigenen Handels zur planmäßigen Durchführung und staatlichen Führung eine weitere Vereinfachung in der Warenbewegung erfolgen.

Die Steigerung und Verbesserung der Qualität unserer Produktion ist in erster Linie abhängig von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die Entwicklung der Aktivistebewegung, die Methode des Wettbewerbs und die verbreiterte Einführung von Leistungslöhnen sind die Garantie für die Erfüllung und Übererfüllung unseres gesamt-volkswirtschaftlichen Planes.

Um Schritt zu halten mit der technischen Entwicklung in der Welt, werden unsere Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler durch die Schaffung besserer materieller und ideeller Entwicklungsmöglichkeiten ihre ganze Kraft für den Aufbau unserer Friedenswirtschaft einsetzen. Die Künstler und alle Kulturschaffenden werden für eine allgemeine Hebung unserer Kultur Sorge tragen. Unsere Ärzte und alle auf dem Gebiete der Volksgesundheit Tätigen werden beim geplanten Aus- und Aufbau unserer Krankenhäuser, Polikliniken, Sanitätsstellen, alles tun für die Sicherung und Verbesserung der Volksgesundheit. Die weitere Verbesserung unserer Volksbildung durch die gründliche Schulung unserer Kinder, die Verbesserung unseres Fach- und Gewerbeschulwesens, die gründliche Schulung unserer Studenten an den Hochschulen und Universitäten wird zur schnelleren wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Darüber hinaus ist es notwendig, in verstärktem Umfang die zur Entlassung kommenden Schüler in Lehrstellen unterzubringen, und vor allem in den volkseigenen Betrieben und in den Schwerpunkten unserer Industrie Lehrwerkstätten mit betrieblichen Berufsschulen, teils verbunden mit Internat, zu errichten.

Alle im Volkswirtschaftsplan 1949 enthaltenen Planaufgaben ergeben eine Steigerung unserer Produktion, eine Erweiterung unseres Außenhandels, die Erhöhung der Warenmengen zur Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrung und Konsumgütern, die Schaffung verbesserter Wohnverhältnisse, den richtigen und zweckmäßigen Einsatz der Arbeitskraft, die Hebung des kulturellen Niveaus unseres Volkes. Sie bedeuten das Erreichen einer höheren Ordnung in unserer Wirtschaft und eine Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. An die Stelle der noch vor wenigen Jahren vorhandenen Hoffnungslosigkeit, des Chaos, tritt die Besinnung auf die eigene Kraft und zielbewußtes, zukunftsreiches Handeln.

Unserem friedfertigen, demokratischen Aufbau aus eigener Kraft steht der Weg des Marshall-Planes in den südlichen und westlichen Teilen unseres Vaterlandes gegenüber. Die als „Hilfe“ für das deutsche Volk deklarierte Politik des Marshall-Planes führte zu dem Außenhandelsmonopol der JEA, dem Ruhrstatut, dem Besatzungsstatut, der Sperrung des Handels mit der sowjetisch besetzten Zone und den osteuropäischen Ländern und zur schließlichen Spaltung Deutschlands. Die ständigen neuen Demontage-Befehle und die Maßnahmen zur Beschränkung der industriellen Produktion bedeuten den Versuch der ewigen Versklavung des deutschen Volkes im Interesse der englischen und amerikanischen Monopolisten.

Die englischen und amerikanischen Kolonialherren finden die Unterstützung westdeutscher Großkapitalisten und der Führer der westdeutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei. Zur selben Zeit, in der in Westdeutschland die industrielle Lebensbasis zerstört wird, befehlen die englische und amerikanische Militärregierung die Remilitarisierung Westdeutschlands und versuchen, im Sinne des Atlantikpakt, Westdeutschland zu einer Waffenschmiede, zum Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz im Interesse der anglo-amerikanischen Imperialisten gegen die fortschrittlichen, demokratischen Länder zu machen. Das deutsche Volk wünscht ein glückliches Leben in Frieden. Deshalb wird es um seine Einheit und Selbständigkeit und für einen gerechten Frieden kämpfen.

Berlin, den 21. April 1949

ANHANG

Verordnung über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949

Der Zweijahrplan für 1949/50 hat für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone die Hauptaufgaben festgelegt. Die Aufgaben für das erste Jahr, das Jahr 1949, sind in einem einheitlichen, koordinierten Volkswirtschaftsplan zusammengefaßt.

Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949 setzt sich zusammen aus den Plänen für die Industrien, die Land- und Forstwirtschaft, den Verkehr sowie das Post- und Fernmeldewesen, die Wiederaufbauarbeiten (Investitionen), die Arbeit, die Selbstkosten, den Warenumsatz, das Gesundheitswesen, die kulturelle Entwicklung und die Verteilung der Materialbestände.

Die Durchführung des Planes für das Jahr 1949 sichert nicht nur die Erfüllung des Zweijahrplanes, sondern schafft Voraussetzungen für eine vorfristige Erfüllung und damit für die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft sowie für die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Gleichzeitig ist die Erfüllung des Planes der sichere Ausgangspunkt für die weitere beschleunigte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der nächsten Jahre, die nur mit Hilfe eines Planes über eine längere Zeitdauer hinaus erreicht wird.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat in ihrer Vollversammlung am 30. März 1949 den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949 bestätigt und damit folgende Aufgaben für die einzelnen Gebiete festgelegt:

I. Industrie

Die Gesamthöhe der Industrie-Bruttoproduktion in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird im Jahre 1949 um 16% gegenüber 1948 steigen.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Jahr 1949 werden wesentlich bestimmt durch

- a) die Steigerung der Eigenproduktion und die Verbesserung der Qualitäten, die Erhöhung der Rohstoff- und Materialversorgung und den Handel mit anderen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien;
- b) eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsanlagen;
- c) die großen Investitionen zur Erweiterung bestehender und zur Schaffung neuer Produktionsanlagen;
- d) eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern;
- e) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und das Anwachsen der Aktivistenbewegung.

Im Jahre 1949 ist in den einzelnen Industriezweigen die Produktion wie folgt zu steigern:

Industriezweige	1949 in % zu 1948
1. Bergbau	109,0
2. Metallurgie	145,0
3. Maschinenbau	120,4
4. Elektroindustrie	125,1
5. Feinmechanik und Optik	121,1
6. Chemische Industrie	120,1
7. Steine—Erden—Keramik—Glas	116,4
8. Holzbe- u. -verarbeitung u. Kulturwaren	112,9
9. Textilindustrie	111,1
10. Leder, Schuhe, Rauchwaren, Konfektion	115,9
11. Zellstoff, Papier, Druck	147,1
12. Nahrung- und Genußmittel	114,8
13. Rohholz-, Gerbrinde- und Harzgewinnung	81,4
14. Elektroenergie und Gas	102,1

II. Land- und Forstwirtschaft

Die Durchführung des Landwirtschaftsplanes wird im Jahre 1949 eine Erweiterung der gesamten Anbaufläche, eine Erhöhung der Hektarerträge, eine Verbesserung der Qualität des Saatgutes, eine Steigerung des Viehbestandes und der tierischen Erzeugnisse bringen.

Die entscheidende Aufgabe auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist die wesentliche Steigerung der Hektarerträge unter weiterer Annäherung an den Vorkriegsstand. Im Jahre 1949 sind die Durchschnittshektarerträge bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturen, wie Getreide aller Art, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchten aller Art und Faserpflanzen gegenüber 1948 um mindestens 10% zu steigern.

Die gesamte Anbaufläche erweitert sich bis zur Ernte 1949 um rund 31 000 ha. Die Aufteilung der Anbaufläche auf die einzelnen Kulturen ist wie folgt vorzunehmen:

Kulturen	in 1000 ha
1. Wintergetreide	1780,3
2. Winterölfrüchte	64,6
3. Sommergetreide, einschl. Hülsenfrüchte	1109,7
4. Zuckerrüben	218
5. Sommerölfrüchte	77,4
6. Faserpflanzen	27
7. Tabak	8
8. Kartoffeln	818
9. Gemüse	117
10. Futterhackfrüchte	228
11. Feldfutterpflanzen	398
12. Sonstige Kulturen	5
13. Aussaaten für Gründüngung	31
Insgesamt zur Aussaat rund	4882

Bei dem Anbauplan für 1948/49 wurde besonderer Wert auf die Erweiterung der Winteraussaat gelegt. Der Ölfuchtanbau wird besonders verstärkt.

Bei der Saatguterzeugung ist eine Bevorzugung von Ölfüchten, Faserpflanzen, Zuckerrüben, Futterhackfrüchten und Gräsern vorgesehen.

Für die Gewinnung von neuem Ackerland sind 50 000 ha für 1949/50 anzusetzen. Die Erfüllung dieses Programms muß durch den Feldvergleich erleichtert werden.

Im Anschluß an die Meliorationsarbeiten (Trockenlegungen und Bewässerungen) des Jahres 1948 sind im Jahre 1949 weitere 57 500 ha landwirtschaftliche Ländereien zu verbessern.

Auf dem Gebiete der Viehvermehrung muß eine maximale Steigerung erreicht werden, die sich besonders auf schnellwüchsige Tiere (Schweine) zu erstrecken hat. Der Viehbestand soll sich bis Ende 1949 im Vergleich zu dem Stand Ende 1948 wie folgt erweitern:

Viehbestand	In 1000 Stück 1948	1949
Pferde insgesamt	664,6	690,0
Rindvieh insgesamt	2879,4	3180,0
darunter Kühe	1233,6	1330,0
Schweine insgesamt	2616,2	3000,0
Schafe insgesamt	723,3	894,0

Die vermehrte Schweinehaltung muß dazu beitragen, einerseits für die Ernährung eine Erhöhung der Fett- und Fleischproduktion zu erzielen, andererseits die Rinderbestände bei der Erfassung zu schonen.

Im Jahre 1949 ist entsprechend der gesteigerten Produktion im Maschinenbau und der Chemie die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Geräten und Düngemitteln weiter zu verbessern. Außer der Einfuhr von Traktoren, Maschinen und Material aus der Sowjetunion sind der Landwirtschaft aus der Eigenproduktion 500 Traktoren zur Verfügung zu stellen.

Im Jahre 1949 sind für insgesamt 59,6 Millionen DM landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Ersatzteile zu produzieren.

Die Zahl der Traktoren in den Maschinenausleihstationen ist im Jahre 1949 um 1500 zu erweitern. Beim Ausbau der Maschinenausleihstationen ist besonderes Gewicht darauf zu legen, daß sie außer technischen Zentralen für die Landwirtschaft zugleich kulturelle Zentren auf dem Lande werden, die zur demokratischen Entwicklung maßgeblich beitragen.

Zur weiteren wirtschaftlichen Sicherung der Neubauernwirtschaften sind bis Ende 1949 durch Neu-, Um- oder Erweiterungsbauten in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone für die Neubauernwirtschaft 28 150 Wohnhäuser, 27 250 Ställe und 17 500 Scheunen, d. h. 72 900 Baueinheiten zu errichten.

Auf dem Gebiete der Forstwirtschaft ist für 1949 ein Rohholzeinschlag von 13 000 000 fm vorzusehen, gegenüber 17 115 000 fm Einschlag im Jahre 1948. Für 1949 soll die Abfuhr von Rohholz aus dem Walde 14 310 000 fm gegenüber 18 802 000 fm des Jahres 1948 betragen.

Zur Vergrößerung unseres Waldbestandes sind die Aufforstungen 1949 gegenüber dem Vorjahr zu verdoppeln und haben sich auf 40 000 ha zu erstrecken. Standorte, die sich für den Anbau schnellwachsender Hölzer eignen sowie solche, die durch die Bewaldung den günstigsten Einfluß auf Klima und Wasserhaushalt ausüben, sind besonders zu bevorzugen.

III. Verkehr

Entsprechend dem Transportbedarf der Wirtschaft sind für den Verkehr (ausschließlich des lokalen Kraftverkehrs) im Jahre 1949 Gütertransporte in Höhe von 112,8% im Vergleich zu 1948 durchzuführen.

Im einzelnen gelten für die verschiedenen Verkehrsträger in den wichtigsten Positionen nachfolgende Planziele für 1949 im Vergleich zu den Verkehrsleistungen 1948:

Einheit	Erfüllung 1948	Plan 1949
Tägliche durchschnittliche Beladung		
Güterwagen	13 631	15 800
Personen-Beförderung der Eisenbahn		
Mill. Pers.	9,16,77	920
Lokreparaturen insges. Einheiten	5 584	5 830
Reparaturen von Güterwagen insges. Einheiten	88 281	69 900
Reparaturen von Personenwagen insges. Einheiten	6 465	6 602
Reparaturen von S-Bahnwagen insges. Einheiten	920	1 294
Umlaufzeit eines Güterwagens Tage	4,6	4,3
Durchschnittliche tägliche Laufleistung einer Güterlok km	194,1	205
desgl. einer Personenlok km	235,3	260
Gütertransport der Binnenschifffahrt 1000 t	7 829,0	9 000
Reparaturen in der Binnenschifffahrt:		
Selbstfahrende Transport- und technische Flotte Einheiten	1 121	1 170
Schleppkähne Einheiten	1 482	1 555
Autotransporte:		
Gütertransportleistung einschl. Nahverkehr 1000 t	46 657,7	52 000
Personenonibus Mill. Pers.	71,25	75,1
Straßenwesen:		
Instandsetzungen 1000 qm	670	8 000
Wiederherstellung von Brücken: (nur größere Bauwerke) Einheiten	114	150

IV. Wiederaufbauarbeiten (Kapitalinvestitionen)

Der Plan für die großen Investitionen erstreckt sich auf alle Gebiete der Industrie und Landwirtschaft, des Verkehrs, des Wohnungsbaues, des Gesundheitswesens, der Volksbildung und sozialer Einrichtungen. Die Höhe der Gesamtaufwendungen beträgt 134 Milliarden DM.

Von den Gesamtinvestitionen entfallen auf den Wohnungsbau 20 Prozent, auf Kultur- und Sozialbauten 19 Prozent, auf Landwirtschaft, Aufforstung, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und Industrie 49 Prozent und auf andere Wirtschaftszweige 12 Prozent.

Die Deckung des Investitionsbedarfs erfolgt mit rund 57 Prozent aus dem Staatshaushalt, mit weiteren rund 31,5 Prozent aus der laufenden Amortisation und zu 11,5 Prozent auf dem Wege langfristiger Kredite (vornehmlich für das Neubauernprogramm).

Unter den wichtigsten Einzelobjekten des Investitionsprogramms befinden sich folgende:

Industrie:

Grube Finkenherd, Bezirk Lebus, Brikettfabrik Erika, Neuanlage eines Steinkohlenschachtes in Doberlugk-Kirchhain, Schacht im Steinkohlengebiet Zwickau, Tagebau Werminghoff, Brikettfabrik Werminghoff, Kupferbergbau Mansfeld, Stahlwerk Riesa, Maxhütte Unterwellenborn, Stahlwerk Hennigsdorf, Fahrzeugwerke Chemnitz, Fahrzeugwerke Zwickau, Ausbau der Werke Zeiß und Schott Jena, Warnowwerft Warnemünde, Volkswerft Stralsund, Transformatorenwerk Oberschöneweide, Brandenburger Traktorenwerk, Thüringische Zellwolle, Schwarza, Deka-Reifenwerke, Ketschendorf.

Land- und Forstwirtschaft:

Meliorationen, Verbesserung der Wasserversorgung, Aufforstung, Volksgüter, Maschinenausleihstationen, Erweiterung der Fischfangflotte und Ausbau der Hafenanlagen.

Volksbildung

Humboldt-Universität Berlin, Universität Leipzig, Universität Greifswald, Universität Rostock, Technische Hochschule Dresden, Akademie der Wissenschaften, Verwaltungsakademie, Museen Berlin, Volkstheater Berlin und mehrere Millionen DM für den Ausbau der Theater in Berlin (Staatsoper, Palast, Komische Oper usw.) und anderen größeren Städten, Dorf der Jugend.

Nennenswerte Aufwendungen werden auch für den Neubau und Wiederaufbau von Schulen, für die Errichtung von Polikliniken und Landambulatorien sowie den Wiederaufbau von Krankenhäusern und Erholungsheimen und für Straßen- und Brückenbau bereitgestellt werden.

Wohnungsbau und Wiederaufbau der Städte

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues sind für 1949 Neubauten von 5000 Wohnungen an industriellen Schwerpunkten in einer Größe von durchschnittlich rund 52 qm (einschließlich Nebenräume) je Wohnung durchzuführen. Sie verteilen sich auf die Industrieschwerpunkte wie folgt:

Kohle, Energie	1000 neue Wohnungen
Metallurgie	1200 " "
Chemie	1300 " "
Maschinenbau	1500 " "

Ferner sind durch Instandsetzungen kriegsbeschädigter Wohnungen insgesamt 18 850 Wohnungen zurückzugewinnen.

Diese verteilen sich auf die Länder und Berlin wie folgt:

Mecklenburg	2000 Wohnungen
Brandenburg	2500 " "
Sachsen	5300 " "
Sachsen-Anhalt	4200 " "
Thüringen	1350 " "
Berlin	3500 " "

Weiterhin sind 50 000 Wohnungen durch bauliche Schutzmaßnahmen wieder in vollem Umfange für die Benutzung brauchbar zu machen. Sie verteilen sich auf die Länder und Berlin wie folgt:

Mecklenburg	4 000 Wohnungen
Brandenburg	9 000 " "
Sachsen	12 000 " "
Sachsen-Anhalt	7 000 " "
Thüringen	3 000 " "
Berlin	15 000 " "

Im Zusammenhang hiermit ist das Hauptgewicht auf den Beginn eines planvollen Wiederaufbaues der Städte Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Wismar zu legen.

V. Gesundheitswesen

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens soll die Zahl der Krankbetten auf 166 310 im Jahre 1949 erhöht werden, darunter insbesondere die Zahl der Betten für Tbc-Kranke. Die Zahl der Betten in den Kuranstalten ist zu verdoppeln und soll sich auf 17 800 im Jahre 1949 belaufen. Die Zahl der Betten, die den erholungssuchenden Mitgliedern des FDGB zur Verfügung steht, wird von 23 990 auf 56 670 erhöht. Im Laufe des Jahres 1949 soll sich die Anzahl der im öffentlichen Dienst hauptamtlich tätigen Ärzte um 1123 auf 8070 erhöhen. Gleichzeitig ist auf dem Sektor der Industrie die Betriebsgesundheitsfürsorge wesentlich auszubauen, indem rund 240 Sanitätsstellen und weitere 15 Polikliniken in den Großbetrieben bis Ende 1949 neu zu errichten sind.

In den ländlichen Ortschaften ist eine Erhöhung der Gemeindeschwesternstationen und Hebammenstellen um weitere rund 600 vorzunehmen. Die Zahl der Plätze in den Kinderkrippen ist von 5260 auf 7960 zu erhöhen. An den mittleren Schwesternschulen ist eine Erhöhung der Hörerzahl auf 6335 zu erzielen. Der Ausbau und die Neuerrichtung von Krankenhäusern, Polikliniken, Ambulatorien, Unfallstationen, Säuglingsheimen, Rettungsstellen, Tbc-Fürsorgestellen ist im Investitionsplan festgelegt.

VI. Kulturelle Entwicklung

Die wichtigsten Planziele für die kulturelle Entwicklung für 1949 sind die folgenden:

Anzahl der Schulen im Jahre 1949	13 185
mit einer Schüleranzahl von etwa	3 712 000
davon Grundschulen	11 257
mit einer Schüleranzahl von etwa	2 906 000
Zahl der Berufsschulen	1 232
d.h. eine Erhöhung von rd. 400 gegenüber 1948 mit einer Schüleranzahl von	669 550

Bei den Fachschulen ist eine Erhöhung auf 260 vorzunehmen bei einer Schüleranzahl von 30 990. Die Neuaufnahmen in den Schulen betragen für das Jahr 1949 bei den Grundschulen etwa 357 000, bei den Berufsschulen etwa 284 500, bei den Fachschulen etwa 16 000. Für die Oberschulen beträgt die Schülerzahl etwa 104 700, davon gelangen zur Entlassung etwa 11 200.

Bei einer Gesamtzahl von 27 489 Hörern an den 19 Universitäten und Hochschulen der SBZ sollen 1949 ihr Studium beenden: 3290. Die Neuzulassung zum Hochschulstudium ist auf 5400, d. h. um rund 600, zu erhöhen.

Die Anzahl der Volkshochschulen ist um 44 auf insgesamt 147 zu erweitern. Die Anzahl der Hörer soll von 126 500 im Jahre 1948 auf 151 100 im Jahre 1949 steigen.

An den Lehrerseminaren sollen 9410 Neulehrer ihre Ausbildung erhalten. Zur Lehrerfortbildung haben 12 680 Lehrer die erste Lehrprüfung und 5975 die zweite Lehrprüfung abzulegen.

Die Anzahl der Kindergärten ist um 800 auf 5340, die Anzahl der Kinderheime von 775 auf 827 zu erhöhen. In den Kindergärten sollen Aufnahme finden 272 700 Kinder, wobei insbesondere auf die Errichtung und Entwicklung der Betriebskindergärten größter Wert zu legen ist.

Der Ausbau und die Neuerrichtung von Universitäten, Hochschulen, Schulen und Museen und Theatern ist im Investitionsplan festgelegt.

Außerdem sind in den großen Betrieben und Maschinenausleihstationen Klubs und Kulturräume sowie Betriebskinos zu schaffen. Das System der Betriebsbibliotheken und Büchereien für mehrere Betriebe oder für das Gebiet einer Maschinenausleihstation ist weiter auszubauen. Für die weitere Entwicklung der Körperkultur und des Sports sind der demokratischen Sportbewegung Sportgeräte zur Verfügung zu stellen und Einrichtungen für Betriebsturnhallen vorzubereiten.

VII. Lebenshaltung der Bevölkerung

Mit der Steigerung der Produktion ist für die Versorgung der Bevölkerung — neben der Schaffung von neuem Wohnraum — besonders eine Verbesserung der Qualitäten und Sortimente sowie eine allmählich beginnende Freigabe von Massenbedarfsgütern vorgesehen.

Es sind im Jahre 1949 gegenüber dem Jahre 1948 145 Prozent mehr Gewebe, 52 Prozent mehr Schuhe, 50 Prozent mehr Strümpfe und Socken und 140 Prozent mehr Untertrikotagen und 45 Prozent mehr Möbel der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wird eine allmähliche Besserung aufweisen. Die erfolgreiche Durchführung des Landwirtschaftsplanes im Jahre 1949 wird die regelmäßige Versorgung auf Karten sowie die zusätzliche Versorgung der arbeitenden Menschen in den Betrieben sichern. Darüber hinaus wird es durch den Verkauf in den Freien Läden möglich sein, die Bevölkerung mit zusätzlichen Waren zu versorgen. Dank der Einfuhren aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien und anderen europäischen Ländern wird es möglich sein, die bisher bestehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Fettversorgung zu überwinden. Wenn wir in bezug auf Fleisch noch ein bedeutendes Defizit haben, so wird die neue Hektarveranlagung allmählich eine Besserung auch auf diesem Gebiet herbeiführen.

Durchführung, Erfüllung und Kontrolle des Zweijahrplanes

1. Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission wird beauftragt, zur Durchführung des Planes die Aufgaben für die einzelnen Hauptverwaltungen und Länderregierungen festzusetzen. Es wird ermächtigt, die hierfür notwendigen Anordnungen zu erlassen und die Erfüllung des Planes zu überwachen.

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat die Aufgaben so festzulegen, daß der Plan kontinuierlich verwirklicht, das Verteilungssystem unter weiterer Verkürzung und Verbilligung des Warenwegs im Interesse verbesserter Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung aufgebaut und insbesondere die Rentabilität der volkseigenen Betriebe gesichert wird.

2. Das Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission hat für eine allgemeine Anteilnahme und Initiative aller Arbeiter, Angestellten und Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Bauern bei der Verwirklichung des Planes Sorge zu tragen. Es ist Pflicht eines jeden Bürgers in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die Aufgaben, die durch den Plan und die erlassenen Vorschriften festgelegt werden, zu erfüllen.

3. Die Durchführung des Planes erfordert vor allem haushälterische Verwendung der Rohstoffe, der Energie, der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte, zweckmäßige Verwendung der großen Investitionen und übrigen Finanzmittel, Steigerung der Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Wirtschaft, Ausnutzung aller vorhandenen örtlichen Reserven sowie Qualitätssteigerung sämtlicher Erzeugnisse.

4. Die Initiative der produzierenden und reparierenden Handwerksbetriebe sowie die der privaten Unternehmer, die im Vertragsverhältnis zum Plan stehen, ist zu unterstützen.

5. Die operative Kontrolle der Durchführung der Planaufgaben liegt bei den zuständigen Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission und den Länderregierungen. Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat durch die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung die Erfüllung des Gesamtplanes zu kontrollieren und die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Erfüllung zu treffen.

6. Der Plan für das zweite Jahr des Zweijahrplanes für 1950 ist der Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission bis zum 15. November 1949 vorzulegen.

Berlin, den 30. März 1949.

Verordnung

über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben

Das verbrecherische Hitlerregime und die deutsche Militärclique führten die deutsche Wissenschaft, Kultur und Kunst als Exponenten der monopolkapitalistischen und junkerlichen Reaktion auf den Weg des Verfalls und brachten sie an den Rand des Abgrundes.

Die Rettung, Erhaltung und Entwicklung der fortschrittlichen Kultur, der Wissenschaft und Kunst wurden eine der Grundaufgaben der Organe der neuen, demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone. Ausgehend von den großen richtunggebenden Lehren der Gründer des Sowjetstaates, Lenin und Stalin, hat die sowjetische Besatzungsmacht den demokratischen Kräften Deutschlands großmütige und tatkräftige Unterstützung und Hilfe gewährt.

Die Überführung des Besitzes der Monopolherren und der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes und die Übergabe des Grund und Bodens des Großgrundbesitzes an die werktätigen Bauern haben nicht nur die wirtschaftliche Macht der Monopolherren und Großgrundbesitzer gebrochen, sondern auch ihren geistigen Einfluß auf das Volk entscheidend geschwächt. Auf dieser Grundlage haben die fortschrittlichen demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, des Faschismus und der Völkerknechtung die ersten großen Erfolge im demokratischen Kulturaufbau errungen.

Für die Volksbildung allein sind im Jahre 1948 912 Millionen Mark ausgegeben worden. Das ist je Kopf der Bevölkerung dreimal soviel wie im Deutschland vor dem Kriege. Die Schulreform wurde begonnen, um die deutsche Jugend im Geiste der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft der Völker zu erziehen. Das Schulwesen ist auf allen Gebieten ausgebaut worden. Mehr als 50 Millionen neue Schulbücher wurden herausgegeben. In der sowjetischen Besatzungszone arbeiten heute bereits 19 Hochschulen gegenüber nur 13 im Jahre 1939. Mehr als ein Viertel aller Studierenden an unteren Hochschulen sind Kinder von Arbeitern und Bauern. Ihnen wurde der freie Zutritt zu den Hörsälen der Hochschulen ermöglicht. Im Jahre 1948 wurden Stipendien in einer Höhe verausgabt, die das Hundertfache der Stipendienaufwendungen im kaiserlichen Deutschland und das Fünzfach der gleichen Aufwendungen in der Weimarer Republik ausmachen.

Die deutsche Wissenschaft, Literatur und Kunst befreien sich fortschreitend von dem Schmutz der faschistischen Ideologie und entwickeln sich in fortschrittlich-demokratischem Sinne. Die Deutsche und die Sächsische Akademie der Wissenschaften haben ihre Tätigkeit aufgenommen. 390 wissenschaftliche Forschungsinstitute arbeiten in der sowjetischen Besatzungszone. Große Erfolge sind zu verzeichnen bei der Wiederherstellung und Entwicklung des deutschen Theaterwesens, der Musik, des Verlagswesens und der Bibliotheken. Die ersten Schritte in der Entwicklung einer neuen, demokratischen Filmkunst werden nicht nur von der demokratischen Öffentlichkeit Deutschlands, sondern auch im Auslande

anerkannt und geschätzt. Die wachsende Teilnahme der Intelligenz beim Wirtschaftsaufbau in der sowjetischen Besatzungszone erleichtert die Lösung der schwierigen Aufgaben der Wiederherstellung und Entwicklung der durch den Hitlerkrieg zerstörten Wirtschaft.

So groß jedoch diese Erfolge sind, so können sie nur ein Anfang sein. Das Aufblühen der demokratischen deutschen Kunst, Wissenschaft und Kultur wird ein wesentlicher Faktor des neuen Lebens in Deutschland sein. Ohne die großzügige Heranziehung der zur ehrlichen Mitarbeit bereiten Intelligenz, insbesondere auch der bürgerlichen Intelligenz, zum Wirtschaftsaufbau ist weder der Zweijahresplan durchzuführen noch ein weitgehender Aufschwung einer friedlichen deutschen Wirtschaft zu erreichen. Die rückständige und schädliche Ansicht, daß eine demokratische Gesellschaft und ein neues Leben ohne Heranziehung, Umformung und Umerziehung der alten Gruppen der bürgerlichen Intelligenz zur gemeinsamen schöpferischen Arbeit möglich seien, muß abgelehnt werden. Zugleich ist erforderlich, eine neue Intelligenz aus den Reihen der Arbeiter und Bauern zu schaffen, eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der alten und neuen Intelligenz herzustellen und deren enge Verbundenheit mit dem Volke zu sichern.

Zur Lösung der wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Aufbaus ist es erforderlich, die Lage der führenden deutschen Intellektuellen zu verbessern, die dem demokratischen Aufbau Deutschlands dienenden Errungenschaften der Wissenschaft, der Kultur und der Kunst mit allen Mitteln zu festigen und zu fördern und den Wissenschaftlern und Technikern günstigere Bedingungen für ein freies, schöpferisches Schaffen zum Wohle des Volkes zu geben. Unter diesen Voraussetzungen kann und wird die Intelligenz, der die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung weiteste Möglichkeiten zum wahren Dienst am Volke eröffnet, ihre Kenntnisse zum Aufbau eines neuen Lebens, zur Verbesserung der materiellen Lage der gesamten deutschen Bevölkerung und für den Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage anwenden. Das Bündnis von Wissenschaft und Arbeit, das eine unbesiegbare Kraft darstellt, muß gefestigt werden.

Nachdem die Organe der sowjetischen Besatzungsmacht diese Fragen mit den Vertretern der deutschen demokratischen Organisationen, der Intelligenz und der fortschrittlichen Arbeiter erörtert haben, hat die Oberste Sowjetische Militärverwaltung die Deutsche Wirtschaftskommission und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone beauftragt, Maßnahmen zur Erhaltung und zur Entwicklung der deutschen Wissenschaft, Literatur und Kunst und für eine weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz zu beraten und zu beschließen.

In Durchführung dieses Auftrages hat die Deutsche Wirtschaftskommission im Einvernehmen mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone in ihrer Vollversammlung am 31. März 1949 folgende Anordnung beschlossen:

1. Alle Organe der demokratischen Verwaltung, die Leiter der volkseigenen Betriebe und der wissenschaftlichen und kulturellen Institute haben den Angehörigen der Intelligenz erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Sie haben Maßnahmen zur praktischen Verbesserung der materiellen Lage und Arbeitsmöglichkeiten der Intelligenz unter Ausnutzung aller örtlichen Möglichkeiten zu treffen. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die Intelligenz in großzügiger Weise und in breitem Umfange zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und im besonderen auch zur Entwicklung der Aktivistenbewegung in den volkseigenen Betrieben herangezogen wird.

Prämienzuschläge für Ingenieure, Techniker und Meister

2. In der volkseigenen Industrie und im Eisenbahnwesen der sowjetischen Besatzungszone sind zu den Grundgehältern und den tariflichen Löhnen der Ingenieure, Techniker und Meister Prämienzuschläge für die Erfüllung des Wirtschaftsplans, für die Steigerung der Produktion, die Verbesserung der Qualität und die Senkung der Selbstkosten ihrer Abteilung oder des ganzen Betriebes einzuführen.

Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission hat über die Zahlung dieser Prämien an Ingenieure, Techniker und Meister, gegliedert nach den einzelnen Industriezweigen und für das Eisenbahnwesen, nähere Bestimmungen zu erlassen.

Diese Prämien dürfen nur nach einem ermäßigten, nicht über fünf Prozent hinausgehenden Satz versteuert werden.

Erhöhung der zusätzlichen Versorgung für die Intelligenz

3. Im zweiten Quartal 1949 ist die Zahl der Sonderzuwendungen für die zusätzliche Versorgung der Professoren, Ingenieure, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler bis auf 40 000 zu erhöhen, unabhängig von der Verpflegung, die die Ingenieure und Techniker in den Betrieben gemäß Befehl 234 erhalten.

Die Betriebsverpflegung gemäß Befehl 234 ist auf die Belegschaften führender Theater, großer Orchester und entsprechender bedeutender künstlerischer Institutionen der Zone und der Länder nach einem von dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission zu bestätigenden Verzeichnis auszudehnen.

Erhöhte Einstufung der Lehrer und Ärzte

4. Vom 1. April 1949 ab ist die Versorgung der Lehrer aller Schularten und der Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen mit Industriewaren und Lebensmitteln entsprechend der Versorgung der Schwerarbeiter nach Kartengruppe 2 festzulegen.

Kredite für Eigenheimbau

5. Bei der Deutschen Wirtschaftskommission ist ein Fonds in Höhe von zehn Millionen DM für die bevorzugte Gewährung von Krediten für den Bau von Eigenheimen der Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Ingenieure, Ärzte und Lehrer zu schaffen.

Bessere Wohnungen für die Intelligenz

6. Die Deutsche Wirtschaftskommission und die Länderregierungen haben im Jahre 1949 vorzusehen:

a) die Wiederinstandsetzung von 3000 Häusern und Wohnungen für Gelehrte, Professoren, Ingenieure, Schriftsteller, Künstler, Ärzte und Lehrer durch Bereitstellung des erforderlichen Baumaterials und der für diesen Zweck notwendigen Beihilfen;

b) die Bewilligung von zusätzlichen Kontingenten an Heizmaterial in Höhe von einer Million Zentner Kohle im Jahre für die Angehörigen der Intelligenz;

c) die Bereitstellung von zwei Erholungsheimen, und zwar in Bad Heiligendamm und in Elend im Harz, sowie eines Sanatoriums in Bad Köstritz für Wissenschaftler, Künstler und Kulturschaffende.

7. Bei der Kammer der Technik ist ein Verlag für wissenschaftlich-technische Literatur zu gründen, der die Veröffentlichung der wichtigsten deutschen und ausländischen wissenschaftlich-technischen Werke zur Aufgabe hat.

Gerechte Steuern für die Intelligenz

8. In Abänderung der bisherigen ungerechten Form der Besteuerung, nach der die Angehörigen der Intelligenz in derselben Höhe wie Privatunternehmer und andere Personen mit arbeitsfreiem Einkommen besteuert wurden, wird ab 1. April 1949 eine neue bevorzugte Ordnung der Einkommensteuerveranlagung für die Angehörigen der Intelligenz festgesetzt. Dabei ist:

a) eine allgemeine Senkung der Steuerbeträge auf dieselbe Höhe wie für andere Werkstätige und

b) eine Besteuerung des Einkommens der Angehörigen der Intelligenz, die nicht im festen Arbeitsverhältnis stehen — zum Beispiel Schriftsteller, Künstler, Gelehrte —, nicht nach den Steuersätzen für Privatunternehmer, sondern nach den Steuersätzen für Arbeiter und Angestellte vorzusehen und

c) die Besteuerung der zusätzlichen Einnahmen der Angehörigen der Intelligenz, die im festen Arbeitsverhältnis stehen, nach einem Satz von 15 Prozent vorzunehmen, soweit diese Einnahmen nicht 50 Prozent der Dienstbezüge überschreiten.

Ausbau der Universitäten

9. Im Investitionsplan für das Jahr 1949 sind 12,5 Millionen DM für die Wiederherstellung von Lehr- und Hilfsgebäuden vorzusehen, davon für die Universität Berlin 4,7 Millionen DM, für die Technische Hochschule Dresden 3,6 Millionen DM, für die Universität Jena 1 Million DM, für die Universität Leipzig 1 Million DM.

Die Bauten zur Wiederherstellung der Berliner, Leipziger und Jenaer Universität sowie der Technischen Hochschule Dresden sind als Bauten von besonderer Wichtigkeit zu betrachten und entsprechend mit Baumaterialien zu versorgen.

10. Im Zweijahrplan für die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone ist die Produktion von Ausrüstungen für die wissenschaftliche Forschung und Lehre in bestehenden oder neu einzurichtenden Betrieben vorgesehen.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

11. Die bestehenden Kurse zur Vorbereitung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern für das Studium an den Hochschulen (Vorstudienanstalten) sind in dreijährige Arbeiter- und Bauernfakultäten umzugestalten. Den volkseigenen Betrieben, Gewerkschaften und den öffentlichen Institutionen wird empfohlen, sich an der Sicherung des Unterhaltes der von ihnen an die Hochschulen entsandten Studierenden zu beteiligen.

12. Da die Zukunft der deutschen Wissenschaft in hohem Maße von der erfolgreichen Vorbereitung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Forschungs- und Lehrtätigkeit aus der befähigten fortschrittlichen Jugend abhängt, hat die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone Maßnahmen zur Ausbildung neuer wissenschaftlicher Nachwuchskräfte zu ergreifen. Zu diesem Zweck sind:

a) im Jahre 1949 150 Stellen für Anwärter des wissenschaftlichen Nachwuchses bei den Hochschulen und der Deutschen Akademie der Wissenschaften vorzusehen,

b) für diese wissenschaftlichen Nachwuchskräfte die monatlichen Stipendien auf 400 DM zu erhöhen.

c) 100 Sonderstipendien in Höhe von monatlich 300 DM für besonders begabte Studenten der höheren Semester der Hochschulen auszugeben.

13. Bei der Deutschen Verwaltung für Volksbildung ist ein wissenschaftlicher Senat zu bilden, dem die Vorbereitung und Begutachtung von Maßnahmen zur Ent-

wicklung der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungstätigkeit und zur Verbreitung fortschrittlicher, wissenschaftlicher Erkenntnisse unter dem Volk obliegt.

Mehr Lehrer und besseren Unterricht

14. Um die Lehr- und Erziehungstätigkeit an den Schulen zu fördern und die Qualifikation der Lehrkräfte der Schulen zu steigern, hat

a) die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone bis zum 1. September 1949 in Berlin ein Zentralinstitut zur Steigerung der Qualifikation der Lehrer und des Unterrichts zu schaffen und bis zum 1. Januar 1950 in jedem Land Zweigstellen dieses Instituts zu errichten. Die vordringliche Aufgabe des Zentralinstituts und dieser Zweigstellen besteht in der Erhöhung der wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikation der Lehrer und der Hilfe für die Neulehrer bei der Vorbereitung der ersten und zweiten Lehrprüfung;

b) die Deutsche Wirtschaftskommission im Investitionsplan für das Jahr 1949 1,5 Millionen DM für den Neubau und die Wiederinstandsetzung von Gebäuden für das Zentralinstitut und seine Zweigstellen vorzusehen;

c) die Deutsche Wirtschaftskommission im Investitionsplan für das Jahr 1949 21 Millionen DM für den Neubau und die Wiederinstandsetzung von Schulen vorzusehen.

Erbrung und Fürsorge für Lehrer und Ärzte

15. Hervorragende Lehrer der Schulen sowie Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens sind mit der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes zu umgeben. Zur Auszeichnung ihrer Verdienste für das Volk sind Ehrenbezeichnungen einzuführen. Nähere Bestimmungen erläßt das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission.

Personen, denen solche Ehrenbezeichnungen verliehen wurden, erhalten folgende Bevorzugungen und Vergünstigungen: Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren nach der Karte I und Zusatzverpflegung der 1. Kategorie, unentgeltlicher Unterricht für ihre Kinder an Fach- und Hochschulen und Gewährung entsprechender Stipendien, Gewährung einer Personalrente in Höhe von 3600 DM jährlich bei Verlust der Arbeitsfähigkeit.

Die Entscheidung über die Verleihung der Ehrenbezeichnungen erfolgt auf Vorschlag der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, der HV Gesundheitswesen, der Landesregierung oder der demokratischen Massenorganisationen durch das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission. Die Verleihung wird durch das Präsidium des Deutschen Volksrats bestätigt. Die Verleihung einer solchen Ehrenbezeichnung erfolgt in öffentlicher Feierlichkeit. Den mit ihr ausgezeichneten Personen ist eine Medaille zu übergeben.

Förderung und Fürsorge für alle Kulturschaffenden

16. Zur Durchführung der Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen hervorragender Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Künstler wird bei der Deutschen Wirtschaftskommission ein Förderungsausschuß aus Vertretern der Intelligenz geschaffen. Diesem Ausschuß ist die Verwaltung der Erholungsheime und Sanatorien für Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Künstler, die Organisation und Leitung der Tätigkeit der Heime für Wissenschaftler, die Unterstützung bei der Beschaffung ausländischer Literatur, die Hilfeleistung in Fragen der Wohnungsbeschaffung und des Wohnungsbaus, der vorzugsweisen Versorgung mit Brennmaterial und anderen Fragen der Sicherung der Lebenshaltung und der wissenschaftlichen und künstlerischen Tätigkeit der Intelligenz zu übertragen.

17. Zum Zwecke weitester Verbreitung der hervorragendsten Werke der zeitgenössischen demokratischen Schriftsteller und Dichter erfolgt im Laufe der Jahre 1949/1950 die Herausgabe einer „Bibliothek der deutschen fortschrittlichen Schriftsteller“ in einer Massenaufgabe und im Umfange von mindestens 30 Bänden. Die notwendigen Mengen von Druckpapier sind zur Verfügung zu stellen.

18. Der Vorschlag des Kulturbundes, der Leitung des FDGB und der Leitung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung zur Gründung eines Kulturfonds für die planmäßige Verteilung von kulturellen Aufgaben und für die Erhöhung der Aktivität der Kulturschaffenden, Schriftsteller und Künstler sowie für die Förderung junger Kräfte auf allen Gebieten des kulturellen Lebens, wird gebilligt. Das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission wird beauftragt, praktische Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Vorschlages zu treffen.

19. Ab 1. April 1949 sind in den Haushaltplänen der Länder Mittel zur Gewährung lebenslänglicher Personalpensionen für hervorragende Wissenschaftler, Techniker, Schriftsteller und Künstler sowie für die Förderung hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Höhe bis zu 80 Prozent des Gehalts vorzusehen. Die Pensionen werden bei Arbeitsunfähigkeit und Invalidität gewährt und nach dem Tode des Pensionärs auf die Witwe und die unmündigen Kinder des Pensionärs ausgedehnt. Die Festsetzung der Personalpensionen erfolgt auf Vorschlag der Länderregierungen durch die Deutsche Wirtschaftskommission.

Akademie — Zentrum der Forschung

20. Mit Rücksicht auf die besonders große Bedeutung der Wissenschaft für die weitere Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft wird die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu einem leistungsfähigen Zentrum für die Forschungsarbeit umgestaltet.

Unter Beachtung der Stellungnahme des Plenums der Deutschen Akademie der Wissenschaften erfolgt der Ausbau und die Reorganisierung nach folgenden Grundsätzen:

a) Gliederung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in folgende sechs Klassen: Klasse für Mathematik und Naturwissenschaften, Klasse für Sprach-, Literatur- und Kunstwissenschaften, Klasse für Gesellschaftswissenschaften, Klasse für medizinische Wissenschaften, Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften, Klasse für technische Wissenschaften.

Die Zahl der Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften wird von 60 bis auf 120 erhöht. Dem entsprechend ist das Statut der Akademie bis zum 15. Juli 1949 zu überprüfen, die Bildung der neuen Klassen vorzunehmen und der Mitgliederbestand der Deutschen Akademie der Wissenschaften durch Zuwahlen im Plenum der Akademie zu erweitern.

b) Im Zusammenhang mit der Umwandlung und den neuen Aufgaben der Deutschen Akademie der Wissenschaften wird der Erweiterung des Haushalts ab 1. April 1949 zugestimmt.

c) Im Zusammenhang mit der Reorganisierung werden der Deutschen Akademie der Wissenschaften das in Berlin C 2, Jägerstraße 22/23, befindliche Gebäude für die Unterbringung der Hauptinstitutionen und des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften, das Gebäude des Aerodynamischen Instituts in Adlershof, der Gutshof in Paulinenaue im Land Brandenburg sowie das Institut für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben zur Verfügung gestellt. Zur Entfaltung der wissenschaftlichen Tätigkeit und zur Unterbringung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften wird dieser das Gebäude in der Dollnitzer Straße 1 in Leipzig übergeben.

d) Der Deutschen Akademie der Wissenschaften sind für das Jahr 1949 zur Durchführung der wichtigsten Bauvorhaben und zur Anschaffung der wissenschaftlichen Einrichtung ihrer Institution 3 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften ist mit den notwendigen Baumaterialien, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Transportmitteln und weiteren Unterkunftsräumen zu versorgen.

e) Der Akademie der Wissenschaften wird zur Erweiterung ihrer Verlagstätigkeit ein Kontingent von 250 Tonnen Papier für das Jahr 1949 zur Verfügung gestellt. Im Haushalt der Akademie sind im Jahre 1949 zusätzliche Mittel für ihren Verlag vorzusehen.

f) Für Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften wird im Verlauf der Jahre 1949 und 1950 ein Kredit von 500 000 DM je Jahr zum Bau von Eigenheimen den Mitgliedern der Akademie gewährt. Die dazu notwendigen Baumaterialien sind zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierungen und der Berliner Magistrat haben die notwendigen Baugrundstücke für diese Eigenheime zur Verfügung zu stellen.

g) Vom 1. April 1949 ab sind die jährlichen steuerfreien Zuwendungen an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin von 6000 DM auf 12 000 DM zu erhöhen.

h) Die Direktoren der Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften, die Leiter von Abteilungen der Institute und der Kommissionen der Akademie, die noch eine andere feste Anstellung haben, erhalten für ihre Tätigkeit, unbeschadet ihrer weiteren Bezüge, 50 Prozent des Gehaltes, das für diese Stelle vorgesehen ist.

21. Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung hat eine Kommission zur Vorbereitung der Schaffung einer Deutschen Akademie der Künste in Berlin zu bilden.

22. Für die Planung und Leitung wissenschaftlicher Forschungsarbeit und ihre Organisation im Zusammenhang mit den Grundaufgaben des Wirtschaftsplans und für die Schaffung einer notwendigen Kontrolle zur Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse für Industrie, Transport und Landwirtschaft wird bei der Deutschen Wirtschaftskommission eine Hauptverwaltung für Wissenschaft und Technik unter der Leitung eines der stellvertretenden Vorsitzenden der DWK und unter Heranziehung von hervorragenden Gelehrten gebildet.

Nationalpreise für hervorragende Leistungen

23. Für hervorragende Leistungen der deutschen Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Ingenieure, Agronomen, Techniker, Meister und Arbeiter werden mit dem 1. April 1949 folgende jährliche Nationalpreise ausgesetzt:

a) Für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende technische Erfindungen und Einführung neuer Arbeits- und Produktionsmethoden, welche eine große volkswirtschaftliche Bedeutung haben, insgesamt 30 Preise.

Davon 5 Preise der 1. Klasse zu 100 000 DM
10 Preise der 2. Klasse zu 50 000 DM
15 Preise der 3. Klasse zu 25 000 DM

b) Für die besten Werke der Literatur, Malerei, Graphik, Skulptur, Musik und Filmkunst, für die besten Opern und Theateraufführungen, die sich durch hohen ideellen und künstlerischen Wert auszeichnen, insgesamt 18 Goethe-Preise.

Davon 3 Preise der 1. Klasse zu 100 000 DM
6 Preise der 2. Klasse zu 50 000 DM
9 Preise der 3. Klasse zu 25 000 DM

Die Nationalpreise sind steuerfrei.

Verleihung wird durch Volksrat bestätigt

Das Recht zum Vorschlag von Anwärtern für die Verleihung von Nationalpreisen steht den Hauptverwaltungen der DWK, der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, der Deutschen Akademie der Wissenschaften, den Universitäten und sonstigen Hochschulen, den wissenschaftlichen Anstalten, den Landesregierungen, dem Magistrat der Stadt Berlin sowie den demokratischen Massenorganisationen zu.

Zur Prüfung der Arbeiten und Kunstwerke, die den Vorschlägen zur Verleihung der Nationalpreise zugrunde liegen, wird von der DWK im Einvernehmen mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung geschaffen:

a) Ein Ausschuß für die Verleihung der Nationalpreise für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und wichtige technische Erfindungen. Dieser setzt sich zusammen aus den Kreisen der besten und bedeutendsten Wissenschaftler, Techniker, hervorragenden Fachleuten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und Vertretern der demokratischen Organisationen.

b) Ein Ausschuß zur Verleihung der Nationalpreise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst. Dieser setzt sich zusammen aus den Kreisen der namhaftesten Schriftsteller, Künstler und Vertretern der demokratischen Organisationen. Der Beschluß der DWK über die Verleihung eines Nationalpreises bedarf der Bestätigung des Präsidiums des Deutschen Volksrats.

Für Träger der Nationalpreise für hervorragende Leistungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet werden goldene, sichtbar zu tragende Ehrenzeichen, für Träger der nationalen Preise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst werden goldene Ehrenringe eingeführt.

Die Aushändigung der Ehrenzeichen und Ehrenringe ist in öffentlichen Feierlichkeiten zu vollziehen.

24. Die Kontrolle über die Durchführung dieser Verordnung wird der Zentralen Kontrollkommission bei der Deutschen Wirtschaftskommission übertragen.

II. Teil

10. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates

Memorandum

über die Folgen der Spaltung Deutschlands
für die deutsche Volkswirtschaft

Ausgearbeitet in der 10. Sitzung des Wirtschaftsausschusses, bestätigt
vom Deutschen Volksrat in seiner 6. Tagung am 18. März 1949

Vier Jahre nach dem Ende des Krieges ist Deutschland immer noch ein Land der Not, der Sorge und der Entbehrungen. Die Hauptursache dafür ist die Zerreißung Deutschlands als Resultat der Politik der imperialistischen Besatzungsmächte. Die USA und in ihrem Gefolge Großbritannien und Frankreich wollen die Entwicklung einer unabhängigen lebensfähigen deutschen Friedenswirtschaft nicht zulassen, um den deutschen Konkurrenten für immer vom Weltmarkt auszuschalten und Westdeutschland in eine Kolonie und einen Militärstützpunkt des Westmachtssystems zu verwandeln. Das sind die Hintergründe zu dem Bruch des Potsdamer Abkommens, das die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zusicherte. Das sind die Hintergründe für die Politik der Spaltung Deutschlands, für die separate westdeutsche Währungsreform, für den Raub des Ruhrgebietes und die Schaffung der sogenannten Sicherheitsbehörde und des Besatzungsstatuts, mit deren Hilfe die gesamte westdeutsche Wirtschaft nach der Willkür des amerikanischen Monopolkapitals dirigiert und maßlos ausgeplündert werden soll.

Die Spaltung Deutschlands hat außerordentlich schwerwiegende Folgen. Sie hat in Ost- wie in Westdeutschland verhängnisvolle wirtschaftliche Spannungen und Mißverhältnisse geschaffen und macht daher einen raschen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft fast unmöglich. Die Lebenshaltung der Bevölkerung wird durch diese Spaltung ganz beträchtlich herabgedrückt, zahllose Familien sind auseinandergerissen und auch die Entfaltung eines einheitlichen kulturellen Lebens unseres Volkes wird verhindert. Die Zerreißung Deutschlands macht unser Vaterland zum Schauplatz imperialistischer Intrigen und droht eine neue Kriegskatastrophe heraufzubeschwören. Sie gibt den Volksfeinden, die das deutsche Volk der barbarischen faschistischen Diktatur unterworfen und in den verbrecherischen Krieg gehetzt haben, eine Chance, ihr verbrecherisches Spiel noch einmal zu beginnen. Das deutsche Volk im Osten wie im Westen leidet schwer unter dieser Spaltung.

Der Kampf des anglo-amerikanischen Imperialismus um die Erweiterung seiner Absatzmärkte findet auch seinen Ausdruck in der Spaltung Berlins, der Hauptstadt Deutschlands. Im demokratischen Berlin sind die Naziaktivisten, die Kriegsverbrecher beseitigt, die Großkonzerne zerschlagen, dagegen arbeiten die kleinen und mittleren Betriebe, Handel und Handwerk ungestört. In rastloser, aufopferungsvoller Arbeit schaffen hier die Menschen daran, sich aus eigener Kraft aus der Not herauszubringen. Der Bevölkerung Berlins, die heute vom Westen her systematisch in ein neues Währungs-

feber getrieben wird, geben wir die Versicherung, daß sie auf die Ostmark vertrauen kann, daß die Ostmark stabil ist und stabil bleiben wird, weil hinter der Ostmark die gesamte Wirtschaftskraft des sowjetisch besetzten Deutschlands steht.

Wohl sind in den westlichen Besatzungszonen nach der Währungsreform Produktion und Ausfuhr gestiegen, aber die Inganghaltung der Betriebe ist nicht garantiert.

Die Ausfuhr deutscher hochwertiger Fertigfabrikate wird erschwert, weil anglo-amerikanische Interessengruppen die Konkurrenz deutscher Waren verhindern.

Weiter wird die Ausplünderung Deutschlands durch den Export von Rohstoffen, die die deutsche Wirtschaft selbst benötigt, beschleunigt durchgeführt. Die Ausfuhr der Bizone setzte sich im Jahre 1948 zu rund drei Vierteln aus Rohstoffen und Halbfabrikaten und nur zu einem Viertel aus Fertigwaren zusammen.

Die anglo-amerikanische Kontrolle des Außenhandels zwingt die Wirtschaft Westdeutschlands, zu hohen Dollarpreisen bestimmte Erzeugnisse im Ausland zu kaufen, obwohl diese in Ostdeutschland billiger bezogen werden können. So wurden z. B. im Jahre 1948 bedeutende Mengen kubanischen Zuckers eingeführt, obwohl die sowjetisch besetzte Zone sich bereit erklärt hatte, Zucker zu liefern. Der neue, zwischen Westdeutschland und Großbritannien abgeschlossene Handelsvertrag sieht vor, daß England für 100 Millionen Dollar Maschinen und Textilien nach Deutschland einführen wird, während der Sterlingblock für 60 Millionen Dollar Holz, Kohle und Schrott aus Westdeutschland erhalten soll.

Die von den ausländischen Interessengruppen diktierte Zusammensetzung des Außenhandels Westdeutschlands hat so katastrophale Folgen, daß es heute schon gezwungen wird, rund doppelt soviel zu importieren, wie es durch seinen Export bezahlen kann. Das führt zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und zu einer immer größeren Verschuldung, die jährlich um mehr als 1 Milliarde Dollar anwächst. Die naive Vorstellung, daß die Summen, wie nach dem ersten Weltkrieg, nicht zurückgezahlt werden brauchen, wird durch den Ankauf der wertvollen deutschen Produktionsstätten durch ausländische Gläubiger hinfällig gemacht. Die Folge ist die wachsende Überfremdung der deutschen Wirtschaft. So ist von Dr. Adenauer fest-

gestellt worden, daß sich bereits rund ein Drittel der Industrie des Ruhrgebietes in ausländischen Händen befindet. An dem industriellen Gesamtkapital von Südbaden sind ausländische Unternehmungen mit über 76 v. H. beteiligt. Ausländische Konzerne, wie Ford, General Motors, Philipps, Courtaulds u. a. verstärken ihren Einfluß auf die deutsche Wirtschaft.

Die zunehmende Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft vom amerikanischen Monopolkapital macht sie zu einer Rüstkammer des USA-Imperialismus.

Die Beherrschung der Schwerindustrie durch das ausländische Kapital hat die deutsche Fertigwarenindustrie eingeschränkt bzw. stillgelegt, zu dem Zweck, die Betriebe ihres eigenen Landes möglichst lange vor den Folgen einer Wirtschaftskrise zu schützen.

Trotz der Lebensmittelfuhrn sind die Werktätigen in den Städten Westdeutschlands ungenügend ernährt. Schon hat die Erwerbslosenziffer die Millionengrenze überschritten. Die breiten Massen stöhnen unter der wachsenden Teuerung, und viele Arbeiterfamilien haben nicht mehr die Mittel, sich die ihnen zustehenden rationierten Lebensmittel zu kaufen. Die Großgrundbesitzer sabotieren die Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und die Ablieferung. Die vom Reichsnährstand übernommenen Bürokraten unter der Leitung des Junkers Schlange-Schönungen sind nicht imstande und auch nicht gewillt, die Versorgung der Werktätigen zu verbessern.

Auch in der Ostzone ist das Leben noch schwer und hart. Auch hier leidet das Volk unter den Folgen des verbrecherischen Hitlerkrieges. Der Wirtschaftsaufbau, der in der sowjetisch besetzten Zone planmäßig vorangeht und allmählich die Lage der Werktätigen verbessert, wird durch die Spaltung Deutschlands verzögert und erschwert. Die Ostzone wird gezwungen, mit einem großen Aufwand an Arbeitskräften, Material, Initiative und Energie eine eigene Schwerindustrie zu schaffen, die nur deshalb notwendig ist, weil die verarbeitende Industrie von ihrer natürlichen Rohstoffbasis im Westen abgeschnitten wurde. Ersatzteile an Maschinen müssen mühselig beschafft werden, weil die in Jahrzehnten herausgebildeten Wirtschaftsverbindungen von den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten gewaltsam zerrissen wurden. Wohl besteht in der Ostzone die Aussicht, durch den planmäßigen Aufbau einer Friedenswirtschaft auf der Grundlage des Zweijahresplanes und durch die Entwicklung der Handelsbeziehungen, besonders zu den demokratischen Ländern Osteuropas, diese Schwierigkeiten zu überwinden und den Aufstieg der Lebenshaltung der Werktätigen zu sichern. Die für den wirtschaftlichen Aufbau verantwortlichen antifaschistisch-demokratischen Parteien wünschen jedoch keine wirtschaftlich abgeschlossene Ostzone. Sie führen vielmehr einen beharrlichen Kampf für die Wiederherstellung einer gesamtdeutschen Wirtschaft. In der sowjetisch besetzten Zone werden ständig freiwillige wirtschaftliche Opfer gebracht, um den Weg zur raschesten Wiedervereinigung Deutschlands offenzuhalten. Die geographische Verteilung der deutschen Industrie entsprach den historischen Wachstumsbedingungen und hat sich in einem jahrhundertelangen Prozeß geformt. Die Aufspaltung einer über einen so langen Zeitraum gewachsenen einheitlichen Wirtschaft mußte ungeheure Schwierigkeiten schaffen und die Produktivität der Arbeit herunterdrücken.

Die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage wird einen raschen Wirtschaftsaufschwung bringen

Ein wiedervereinigtes Deutschland, das über seine Rohstoffe und Arbeitskräfte frei verfügen, sie planmäßig nach demokratischen Grundsätzen für den Aufbau einer Friedenswirtschaft einsetzen und dabei seine Wiedergutmachungsverpflichtungen erfüllen kann, wäre in der

Lage, in kurzer Zeit die schlimmsten Kriegsschäden zu heilen und allen arbeitswilligen Menschen eine ausreichende Existenz zu sichern. Deutschland ist trotz aller Kriegsschäden immer noch ein Land, das über reiche Kohlenvorkommen, eine hochentwickelte Industrie und über hervorragend qualifizierte Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler verfügt. Alle Grundlagen für die Entfaltung einer gesunden, unabhängigen Wirtschaft sind gegeben unter einer Voraussetzung:

daß Deutschland einschließlich des Ruhr- und Saargebiets auf einer antifaschistischen Grundlage wiedervereinigt wird. Unsere Wirtschaft kann durch planmäßige Verwendung der vorhandenen wirtschaftlichen Reserven, durch die Einsparung der ungeheuren unproduktiven Ausgaben für Rüstungen, Krieg und den Luxus überflüssiger Schmarotzer sowie durch die systematische Steigerung der Produktivität der Arbeit wieder auf gesunde Grundlagen gestellt werden.

Schon die Wiedervereinigung Deutschlands allein wird große unproduktive Ausgaben beseitigen. 75 v. H. der im Osten zu Industriezwecken verwandten Steinkohlen kamen früher aus dem Ruhrgebiet. Sobald diese Steinkohle wieder im Osten verfügbar ist, kann die unwirtschaftliche Verwendung der Braunkohle eingestellt und bedeutende Mengen für den Hausbrand in den Westzonen freigemacht werden. Der Westen kann Eisen und Stahl, Bergwerksausrüstungen und schwere Maschinen liefern, die der Osten braucht. Die sowjetisch besetzte Zone kann außer Braunkohlenbriketts und Zucker auch Spinn- und Faserstoffe, Büromaschinen, optische Instrumente und viele andere Artikel liefern, die von der Bizone heute gegen Dollars im Ausland gekauft werden müssen. Berlin kann ganz Deutschland mit den Erzeugnissen seiner Elektroindustrie, mit Kraftwerksausrüstungen und Apparaten sowie mit den Erzeugnissen seiner Bekleidungsindustrie beliefern. Ein solch gesunder Austausch zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands wird der gesamtdeutschen Wirtschaft riesige Devisenausgaben ersparen und die Produktivität der Arbeit bedeutend erhöhen. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird die Produktion und Lebenshaltung viel mehr erhöhen, als die angeführten Beispiele erkennen lassen, denn sie wird mit demokratischen Reformen in ganz Deutschland verbunden sein, die wesentlich zur wirtschaftlichen Gesundung beitragen werden.

Die Erfahrungen demokratischer Länder, in denen die Werktätigen einen entscheidenden Einfluß auf die Produktion haben, wie auch die Erfahrungen der Ostzone beweisen, daß die Arbeiter selbst durch ihre eigene Initiative, Intelligenz und Fachkenntnis imstande sind, die Produktivität der Arbeit bedeutend zu erhöhen. Voraussetzung hierfür ist die Gewißheit, daß die Produktionssteigerung ihnen zugute kommt, nicht dem Krieg und der Zerstörung dient oder durch Absatzkrisen zu ihrem eigenen Schaden ausschlägt.

Daher setzt der Aufbau einer gesunden Friedenswirtschaft die Durchführung jener demokratisch-antifaschistischen Maßnahmen voraus, die im Potsdamer Abkommen zwischen Präsident Truman, Marschall Stalin und Premier Attlee vereinbart wurden:

Die Vernichtung der Macht der reaktionären Monopole, die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Demokratisierung der Wirtschaft und Verwaltung.

Im Jahre 1936 wurde bereits etwa ein Fünftel des Volkseinkommens für Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Heute ist die deutsche Wirtschaft durch Besatzungskosten, die beispielsweise in Nordrhein-Westfalen von 918 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1946 auf 1566 Millionen Mark im folgenden Rechnungsjahr anstiegen — d. h. 44 Prozent des gesamten Steueraufkommens des Landes — und durch Wiedergutmachungsverpflichtungen belastet.

Wenn diese enormen Besatzungskosten von den westlichen Besatzungsmächten auf ein vernünftiges Maß

reduziert würden und entsprechend dem Vorschlage Molotows auf der Londoner Konferenz im Dezember 1947, Reparationen unter Verrechnung des bisher Geleisteten über einen längeren Zeitraum verteilt und aus der laufenden Produktion entnommen würden, dann würde beim Fortfall der Rüstungsausgaben ebensoviel für die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung stehen, wie 1936, sobald neun Zehntel des Produktionsniveaus dieses Jahres erreicht sind. Obgleich ein Teil dieser Erzeugung zum Wiederaufbau der Kriegsschäden im eigenen Lande verwandt werden müßte, würde die Lebenshaltung der Werktätigen eine große Verbesserung erfahren, besonders dann, wenn die überflüssigen Luxusausgaben einer schmarotzerischen Oberschicht durch die Enteignung der Naziverbrecher und Kriegsgewinnler entsprechend reduziert werden.

Die Entfaltung eines regen Außenhandels mit der Sowjetunion und den demokratischen Ländern in Ost- und Südosteuropa wird die Lebenslage der Werktätigen weiter verbessern. Der natürliche Reichtum und der rasche, krisenlose wirtschaftliche Aufschwung in diesen Ländern eröffnen günstige Aussichten für einen Austausch deutscher Fertigwaren gegen Rohstoffe und Lebensmittel.

Daher ist an der Entfaltung des Handels mit dem Osten das ganze deutsche Volk und jeder deutsche Betrieb lebhaft interessiert. Zu gleicher Zeit, da der deutsche Fertigwarenexport nach den anglo-amerikanischen Märkten verhindert wird, bieten uns die osteuropäischen Märkte alle Möglichkeiten des Absatzes deutscher Qualitäts-erzeugnisse.

Die Volksernährung kann gesichert werden

Die zur Sicherung der Volksernährung notwendige volle Ausnutzung der reichen Agrargebiete Westdeutschlands (Schleswig-Holstein, Westfalen, Bayern) wird erst möglich sein, wenn der Großgrundbesitz, der ein Hindernis der demokratischen Entwicklung darstellt, beseitigt und hunderttausende bäuerliche Umsiedler, die jetzt in Flüchtlingslagern in Not und Elend verkommen, als freie Bauern auf eigenem Grund am Neuaufbau teilnehmen. Das setzt die Durchführung einer demokratischen Bodenreform voraus, wie sie in der sowjetisch besetzten Zone verwirklicht wurde. Die Notwendigkeit einer solchen Reform wurde auf der Moskauer Konferenz der vier Außenminister im April 1947 bestätigt. Alle Besatzungsmächte haben der Durchführung einer Bodenreform zugestimmt, und sie entspricht dem Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone hat fast 2 Millionen Menschen, von denen ein beträchtlicher Teil Umsiedler waren, eine gesicherte Existenzgrundlage gegeben.

Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um in ganz Deutschland wieder den Friedensertrag pro Hektar zu erreichen. Dazu ist die vermehrte Düngemittelherzeugung erforderlich sowie die Einuhr solcher Handelsdünger, die im Lande nicht gewonnen werden. Den Klein- und Mittelbauern muß geholfen werden, ihren Viehbestand zu steigern, die Bodenbearbeitung zu verbessern und mehr landwirtschaftliche Maschinen und Geräte anzuwenden. Die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die von den werktätigen Bauern selbst demokratisch verwaltet werden, kann ein weiteres wesentliches Mittel zur Hebung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft sein. Arbeiter und

Bauern müssen Hand in Hand zur Hebung der Ernährung und zum Aufbau der Friedenswirtschaft wirken.

Eine selbstgenügsame Wirtschaft ist weder möglich noch erstrebenswert. Durch die Erhöhung der Hektarerträge auf den Friedensstand könnte der notwendige Lebensmittelbedarf Deutschlands aus der eigenen Produktion zu 75 Prozent gedeckt werden. Die Einfuhr der restlichen 25 Prozent kann durch den Fertigwarenelexport bezahlt werden.

Für die Einheit des kulturellen Lebens unseres Volkes

Unsere Heimat ist nicht nur wirtschaftlich gespalten, es droht auch die Gefahr, daß sie kulturell auseinandergerissen wird. Die durch die westlichen Besatzungsmächte geförderte Kleinstaaterei bringt die Gefahr mit sich, daß Deutschland in den Zustand von 1848 zurückgeworfen wird.

Die Entfaltung eines demokratisierten deutschen Kulturlebens ist in einem gespaltenen Deutschland unmöglich. Sie ist unmöglich auf der Grundlage der Feindschaft gegen die fortschrittlichen Ideen, die die Voraussetzung der Neugestaltung des Lebens in Osteuropa darstellt.

Eine Erneuerung der großen deutschen humanistischen Kultur ist nur möglich, wenn mit der Wiederbelebung der besten Traditionen des deutschen Geistes die vorurteilsloseste Aufnahmebereitschaft verbunden ist für alles Große, das im Osten wie im Westen menschliche Schöpferkraft ans Licht gebracht hat.

Das furchtbare Erbe barbarischer Unkultur und fanatischer Vorurteile, des Rassenwahns und des Nationaldünkels wird erst dann aus dem deutschen Geistesleben völlig verschwinden, wenn ein einheitliches, demokratisches Leben entsteht und sich entwickelt.

Die größte und schönste Aufgabe dabei ist die Erziehung der deutschen Jugend im Geiste ehrlicher Arbeit, des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern.

Die besten Geister des deutschen Volkes haben für die Einheit Deutschlands gekämpft und gelitten. Sowohl die materielle als auch die geistige Gesundheit unseres Volkes erfordert diese Einheit. Nur ein geeintes Deutschland verfügt über einen Wirtschaftsorganismus, der seiner Bevölkerung die Sicherheit der Existenz und wachsenden Wohlstand garantiert. Nur ein geeintes Deutschland wird zu einer Friedenskraft werden und bei allen anderen Völkern das durch die Hitlerverbrecher verspielte Vertrauen zum deutschen Volke wiederherstellen.

Das deutsche Volk in West und Ost darf nicht länger dulden, daß unser Vaterland in Stücke gerissen, zu einem ständigen Elendsgebiet, zum Herd der Unruhe in Europa, zum Aufmarschgebiet fremder Armeen und zu einem Stein im Schachspiel der imperialistischen Großmächte gemacht wird.

Durch den einheitlichen Kampf aller demokratischen Kräfte im Westen wie im Osten müssen wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und Frieden wiedergewinnen.

Berlin, den 18. März 1949

Wie soll es weiter gehen?

Walter Ulbricht

Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Volksrates

Zahlreiche Äußerungen von Geschäftsleuten, von Arbeitern, Angestellten und von Unternehmern aus Westdeutschland zeigen, daß viele Bewohner Westdeutschlands von ernster Besorgnis erfüllt sind und die Frage stellen: Wie soll es weitergehen? Der Chefredakteur einer Offenbacher Zeitung hat mich zu einer Aussprache über diese Fragen eingeladen. In seinem Brief sagt er: „So wie jetzt kann es nicht weitergehen.“ Offenkundig sind viele deutsche Wirtschaftler in der Bizone zu der Auffassung gekommen, daß die jetzigen Schwierigkeiten erst der Anfang sind.

Die britische Zeitung „Die Welt“ schreibt am 15. März, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland die Zahl von einer Million Erwerbsloser überschritten habe und daß in den USA drei Millionen Amerikaner keine Beschäftigung haben. Die Redaktion erklärt: „Diese Tatsachen deuten auf die Beendigung der Nachkriegskonjunktur“, wir stehen „in einer internationalen Depression“. Diese Auffassung scheint im Westen schon weitverbreitet zu sein. Westlichen Zeitungen entnehmen wir, daß ein britischer Beamter einem Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ erklärte:

„Es ist wahr, daß das Schlagwort ‚Exportiere oder stirb‘ für Großbritannien und Deutschland gilt, aber wenn in dem kommenden Kampf um die Weltmärkte schon jemand sterben muß, so sollen es die Deutschen sein.“

Das sind also die freundschaftlichen Worte, die wir von einem britischen Beamten zu hören bekommen. Die Festlegung des Ruhrstatuts und des Besatzungsstatuts für Westdeutschland zeigt, daß dieser Kampf um den Weltmarkt in der Tat begonnen hat. Durch die Unterordnung der westdeutschen Wirtschaft unter das Kommando der amerikanischen und britischen Finanzherren ist Westdeutschland unmittelbar in den Bereich der wirtschaftlichen Depression einbezogen worden und wird als schwächstes Glied besonders benachteiligt.

Erlauben Sie mir, daß ich noch einige Tatsachen denen hinzufüge, die der Referent bereits vorgetragen hat. Vor einiger Zeit wurde verkündet, daß Westdeutschland jetzt frei exportieren kann. Kurze Zeit nach diesen feierlichen Erklärungen untersagte die Außenhandelsorganisation der Amerikaner für Westdeutschland, die JEIA, den freien Transport von Waren nach Südamerika, nach den Ländern des Ostens und Südostens. Den Vertretern der westdeutschen Fertigindustrie, zum Beispiel der süddeutschen Maschinenindustrie, der Offenbacher Lederindustrie wurde von den Besatzungsbehörden die Reise zur Leipziger Messe unmöglich gemacht. Die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden haben von Anfang an die Dollarklausel eingeführt und dadurch das westdeutsche Gebiet zu einer Währungsinsel gemacht. In Hamburg und anderen Hafenstädten ist die Produktion auf den Werften eingeschränkt.

Am stärksten leidet Hamburg unter der Zerreißung Deutschlands, denn Hamburg war der Umschlagshafen für den Handel nach Berlin und nach den südosteuropäischen Ländern. Die Tschechoslowakei, die früher den Hamburger Hafen als Umschlagshafen benutzte, ist gezwungen, mehr und mehr ihre Transporte auf der Oder durchzuführen. Besonders hart wirken sich die anglo-amerikanischen Maßnahmen gegen die Maschinenindustrie Südwestdeutschlands aus, die auf den Export nach Ost- und Südosteuropa angewiesen ist. Diese Maßnahmen, die von seiten der westlichen Konkurrenz unternommen worden sind, sind jetzt in dem

sogenannten Ruhrstatut ausdrücklich festgelegt worden. Das Ruhrstatut ist also eine Waffe des amerikanischen und englischen Finanzkapitals zur Ausbeutung Westdeutschlands, zur Erzwingung von Rohstoffeinfuhren, aber zu gleicher Zeit auch zur Beeinflussung der Produktion und zur Beschränkung des Exportes.

Nach Art. 14 des Ruhrstatutes hat die sogenannte Internationale Ruhrbehörde, in der die amerikanischen Finanzmagnaten die absolute Mehrheit haben, zu bestimmen, welche Mengen deutscher Kohle, Koks und Stahlprodukte für den Export oder für den innerdeutschen Verbrauch zur Verfügung stehen. Damit haben sich die amerikanischen Finanzherren zu Beherrschern der gesamten industriellen Produktion Westdeutschlands gemacht. Eine westdeutsche Regierung oder gar die Landtage sind nur ausführende Organe der amerikanischen Herren. Sie haben kein Recht, über die eigene Koks- und Stahlerzeugung zu bestimmen.

Mit Hilfe des Zwangsexports von deutschen Rohstoffen, den die Amerikaner nach Italien, nach der Schweiz usw. dirigieren, bringt der USA-Imperialismus die westeuropäischen Länder in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit. Der Bevölkerung Westdeutschlands wird zugleich die Möglichkeit genommen, über den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu bestimmen. Westdeutschland wird entgegen den Interessen der Bevölkerung gezwungen, schlechte amerikanische Waren zu hohen Preisen zu importieren, wodurch Westdeutschland immer mehr verschuldet und in koloniale Abhängigkeit kommt.

Art. 15 des Ruhrstatuts bestimmt, daß die „Internationale Ruhrbehörde“, das heißt die amerikanischen Finanzmagnaten, das Recht hat, Transportwesen, Preise, Handelsbedingungen, Quoten, Zölle und andere Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen. Sie hat auch das Recht, Maßnahmen und Anordnungen deutscher Behörden zu ändern oder aufzuheben. Es besteht kein Zweifel, daß die Maßnahmen der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ähneln, die der Hitlerfaschismus während der Okkupation in der Tschechoslowakei und in Frankreich durchgeführt hat.

Jeder Deutsche möge sich einprägen, was die Zeitung „New York Herald Tribune“ über die geplante westdeutsche Regierung schreibt:

„Die geplante westdeutsche Regierung ist auf den Status einer kolonialen Verwaltungsstelle reduziert, die nicht unter einem, sondern unter drei Vizekönigen, dem französischen, britischen und USA-Militärgouverneur oder ihren zivilen Nachfolgern operiert.“

So charakterisiert eine amerikanische Zeitung die künftige westdeutsche Regierung. Die Amerikaner müssen am besten wissen, welche Pläne sie für Westdeutschland haben.

Die Zerreißung Deutschlands und seine Verurteilung zu einem ohnmächtigen Gebilde versucht nun die amerikanische Presse der deutschen Bevölkerung schmackhaft zu machen durch den „kalten Krieg“ gegen die Demokratie und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Ostzone Deutschlands und durch die Hetze gegen die Sowjetunion. Inzwischen erleben die Arbeiter in Westdeutschland, daß durch die Hetze gegen den Wiederaufbau in der Ostzone ihre Lage nicht nur nicht

verbessert wird, sondern daß die Spaltung Deutschlands nur zur Erhöhung der Arbeitslosenzahl in Westdeutschland führt.

Die Geschäftsleute in Westdeutschland spüren als erste, daß die von General Clay verhängte Blockade der Ostzone vor allem den Unternehmern und Geschäftsleuten der Westzone schadet. Offenkundig will die amerikanische Besatzungsbehörde durch die Erhöhung der Zonenmauer die Geschäftsleute in den Westzonen gefügig machen, damit sie die harten Bedingungen der JEIA annehmen.

Die Vertreter der amerikanischen Besatzungsorgane haben sich aber zweifellos verspekuliert.

In der amerikanischen Zeitung „Neue Zeitung“ schrieben sie, daß die Wirtschaft der Ostzone nach einem Jahr zusammenbrechen werde. Sie hatten damit gerechnet, daß die Ostzone nicht in der Lage sei, den Ausfall an Steinkohle, Koks und Stahl irgendwie zu ersetzen. Der Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel, Josef Orlopp, hat bereits dargelegt, daß wir sehr wohl in der Lage waren und sind, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten diese wirtschaftliche Aufgabe zu lösen.

Ohne Zweifel hat uns die Erhöhung der Zonenmauer durch die amerikanische und englische Besatzungsbehörde im vorigen Jahr große Schwierigkeiten bereitet. Aber nachdem es uns gelungen ist, im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres den Plan zu erfüllen, haben wir tatsächlich gewonnen und sind wir auch über die Schwierigkeiten hinweg. Die Zwangsmaßnahmen der amerikanischen und englischen Besatzungsbehörden haben die Deutsche Wirtschaftskommission dazu veranlaßt, größere Anstrengungen für die Entwicklung des Außenhandels zu machen. Es ist im letzten Halbjahr gelungen, den Außenhandel mit der Sowjetunion und vor allen Dingen mit Polen schnell auszubauen.

Heute haben wir die Tatsache, daß in Westdeutschland, in Dortmund, die größte Walzenstraße von der westlichen Besatzungsbehörde aus Konkurrenzgründen demontiert wird, während wir in der Ostzone in diesem Jahre vier Walzenstraßen neu errichten werden. Wir haben jetzt in Deutschland eine solche Lage, daß die USA Panzer nach Westdeutschland bringen, während aus der Sowjetunion Traktoren kommen, damit unsere Landwirtschaft schnell entwickelt werden kann.

Diese einfachen Tatsachen zeigen den unterschiedlichen Weg, der in den verschiedenen Zonen Deutschlands gegangen wird. Die amerikanischen Wirtschaftsorgane haben die Geschäftsleute der Westzonen von der Durchführung von Handelsvereinbarungen mit den Unternehmern der Ostzone abzuhalten versucht mit dem Argument: Wenn ihr in die Ostzone liefert, helft ihr der Ostzone beim Aufbau, und in einem Jahr wird die Ostzone über die Schwierigkeiten hinweg sein. Offensichtlich hat das eine Reihe von Unternehmungen in der Westzone nicht sehr beeindruckt. Aber sie können den Herren, die diese Propaganda durchgeführt haben, verraten, daß es uns mit oder ohne Lieferungen aus den Westzonen in jedem Falle gelingen wird, den Wirtschaftsplan für 1949 nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen. Wahrscheinlich wird es sogar infolge der Aktivistenbewegung gelingen, in einigen Industriezweigen Ende 1949 bereits die vorgesehenen Produktionsziffern für Ende 1950 zu erreichen. Die Geschäftsleute aus Westdeutschland, die der amerikanischen Propaganda ihr Ohr leihen, schaden sich damit nur selbst, sie verzichten auf gute Geschäfte. Die Wirtschaftler, die Unternehmer und andere Geschäftsleute in Westdeutschland, die sich den Anweisungen der amerikanischen Finanzherren fügen, liefern sich selbst der JEIA aus und ermuntern sie, solche unerhörten Bedingungen zu stellen, wie es gegenwärtig der Fall ist.

In der westdeutschen Presse, sowohl in der des Ruhrgebiets wie in der von Süddeutschland, können wir jetzt lesen, daß sich viele Wirtschaftsfachleute und Unternehmer gegen die westliche Blockbildung wenden, weil durch diese Blockbildung die Wirtschaftsinteressen in Westdeutschland selbst den größten Schaden haben. Der „Industriekurier“ Düsseldorf — das ist die Zeitung, die die Nachfolge der früheren „Deutschen Bergwerkszeitung“ angetreten hat — schreibt unter dem Titel „Blockbildung stört den Welthandel“:

„Der Westen hatte nicht nur traditionelle Absatzmärkte in Osteuropa eingebüßt, sondern gleichzeitig wichtige Rohstoff- und Getreidelieferanten verloren.“

Der Verfasser macht in dem Artikel weiter darauf aufmerksam, daß zwar neue Bezugsquellen gefunden wurden, daß aber Westdeutschland durch die amerikanischen Monopole gezwungen ist, höhere Kaufpreise zu zahlen.

Die „Wirtschaftszeitung“ Stuttgart schreibt unter dem Titel „Gestörter Handel zwischen Ost und West“:

„Aber auch die Unterbindung sämtlicher Lieferungen aus der Doppelzone in die Ostzone wird je länger um so nachteiliger fühlbar. Vor allem die Maschinen- und Elektroindustrie hatte zahlreiche Aufträge; es handelte sich dabei vorwiegend um Sonderausführungen, die anderweitig gar nicht absetzbar sind.“

Wenn es gelingt, erlaubt oder unerlaubt, die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Unternehmungen der Westgebiete und der Ostgebiete Deutschlands zu entwickeln, dann sind die Unternehmer der Westzone nicht gezwungen, die harten Bedingungen der JEIA anzunehmen. Es mag solche sozialdemokratischen Führer wie Schwarzacher, Reuter und Dahrendorf geben, denen es gleichgültig ist, was aus der westdeutschen Wirtschaft wird, denn sie wissen, daß sie nur so lange etwas in Westdeutschland zu sagen haben, wie die amerikanische Besatzungsmacht dort existiert. Jedoch die Arbeiter und Bauern wollen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Auch die Unternehmer und Geschäftsleute in Westdeutschland müssen weiter denken. Sie wollen ihren Betrieb erhalten und sich nicht von den amerikanischen Konkurrenten, die ihre Interessen durch die Besatzungsmacht vertreten lassen, zugrunde richten lassen. Ist es nicht grotesk, daß die englische Besatzungsbehörde den Handel der Westgebiete Deutschlands mit den Ostgebieten Deutschlands und mit der Sowjetunion verbietet? England selbst treibt jedoch Handel mit der Sowjetunion.

Die „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, schreibt in ihrer Nummer vom 26. Februar 1949 treffend:

„Die Frage ist, warum gerade den Westzonen der wirtschaftliche Verkehr mit den östlich gelegenen Ländern schwermgemacht wird. Unser Warenaustausch mit der Ostzone ist völlig blockiert, während alle anderen europäischen Länder mit dem von den Russen besetzten Teil Deutschlands Handel treiben.“

Offenkundig wollen die englischen Finanzherren die deutschen Qualitätswaren vom Weltmarkt ausschalten. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Prof. Dr. Fritz Baade, schreibt in einem Artikel über den Außenhandel, daß der amerikanisch-englische Block die deutsche Tür zum Welthandel abgeschlossen hat, und zwar mit einem komplizierten Schloß mit vielen Zuhaltungen:

„Seine Zuhaltungen heißen JEIA-Kontrolle, Dollar-Klausel, Verbot des direkten Warenaustausches, Demontagen, erzwungener Rohstoffexport und Vorbereitung der deutschen Handelsverträge nicht durch Deutsche, sondern durch die JEIA im Auftrage der Militärregierung.“

Dieser Charakteristik ist nichts hinzuzufügen. Alle Deutschen in Westdeutschland werden sich Gedanken darüber machen, mit welchem Erfolg die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden könnte und Handel und Wandel belebt würden, wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland sich einigen würden zum gemeinsamen Kampf für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Was würde dann für eine Lage eintreten? Was würde das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der demokratischen Kräfte für die Einheit Deutschlands sein?

1. Westdeutschland wäre nicht mehr dem Diktat der amerikanischen und englischen Interessengruppen ausgeliefert. Deutschland könnte zu normalen Weltmarktpreisen Handel treiben. An Stelle der gegenwärtigen Freiheit der Amerikaner zur Drosselung der deutschen Exportindustrie würde dann Deutschland mit seinen Qualitätswaren am freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen können.

2. Ein einiges Deutschland ist viel weniger von anderen Ländern abhängig. Die Waren, die Deutschland einführen müßte, könnte es mit Warenexport bezahlen, so daß jede Verschuldung und politische Abhängigkeit vermieden würde.

Die Einigung der deutschen demokratischen Kräfte würde die Alliierten zwingen, einen Friedensvertrag zu gewähren. Das würde auch eine bedeutende wirtschaftliche Erleichterung zur Folge haben, denn es fallen dann die unkontrollierten Exporte aus der Bizone weg, die Besatzungskosten würden vermindert und zu dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin ganz in Wegfall kommen.

Ich komme also zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, daß sich alle friedliebenden und demokratischen Kräfte in ganz Deutschland über den gemeinsamen Kampf um die Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes verständigen.

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer haben im Kampf gegen das Ruhrstatut und gegen die Zerreißung Deutschlands gemeinsame Interessen. Der Arbeiter in der Fertigungsindustrie in Solingen oder in den Betrieben des Maschinenbaues in Süddeutschland kann seinen Arbeitsplatz nur behalten, wenn für die deutsche Industrie mehr Kohle zur Verfügung steht, wenn die Anweisungen der Ruhrbehörde nicht zur Durchführung gelangen. Arbeiter, Angestellte und Unternehmer sind daran interessiert, daß die deutsche Qualitätsproduktion entwickelt wird, daß nicht eine solche ausländische Schieberzentrale wie die amerikanische JEIA, sondern eine deutsche Außenhandelszentrale selbständig die Außenhandelsverträge abschließt.

Möge sich jeder an die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg erinnern. Die amerikanische, englische und französische Regierung hatten damals Deutschland vollständig isoliert. Der damalige Minister Rathenau suchte die Verständigung mit den Westmächten. Diese stellten unannehmbare Bedingungen. Gestützt auf den Willen der Mehrheit des Volkes schloß die damalige Regierung den Rapallo-Vertrag ab, durch den Deutschland normale wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Sowjetunion herstellte. Das war der Ausweg aus der Isolierung.

Als in der Zeit der großen Krise nach 1929 das englische Großkapital mit allen Mitteln den Absatz deutscher Waren im Ausland zu verhindern suchte, fuhren deutsche Industrielle nach Moskau. Die Sowjetunion schloß mit den deutschen Vertretern Lieferverträge ab, die Millionen Arbeitern Arbeit gaben. Niemals gab es seit Bestehen der Sowjetunion irgendwelche wirt-

schaftliche Konkurrenzinteressen zwischen der Sowjetunion und Deutschland.

Man kann nicht annehmen, daß inzwischen die Arbeiter, Angestellten, Unternehmer und sonstigen Geschäftsleute so schlechte Rechner geworden sind, daß sie bereit sind, sich den Konkurrenzinteressen der amerikanischen und englischen Industriellen zu opfern. Die Erklärung des von mir bereits erwähnten britischen Beamten sollte doch jedem zu denken geben: „Wenn in dem kommenden Kampf um die Weltmärkte schon jemand sterben muß, so sollen es die Deutschen sein.“ Das ist der Wunsch vieler Herren in der Londoner City.

Die britische Zeitung für Deutschland, „Die Welt“, erklärt, daß wir uns in einer internationalen Depression befinden. Diese Behauptung ist nicht ganz richtig. Die Depression betrifft nur die Marshall-Plan-Länder. Wenn die Depression, wie die wirtschaftlichen Sachverständigen in Amerika und England feststellen, bereits begonnen hat, dann wird es höchste Zeit für die Deutschen, darüber nachzudenken, wohin sie sich orientieren wollen, ob auf die Länder, die den Wiederaufbau fördern, oder auf die Länder der Depression, die die Krise im Leibe haben. Darin besteht die Bedeutung des Meinungsaustausches, der gegenwärtig in Deutschland über wirtschaftliche Fragen stattfindet.

Wir wenden uns an alle Deutschen in der Bizone und sagen ihnen:

Wer in Westdeutschland das Ruhrstatut oder das Besatzungsstatut unterstützt, der ermuntert nur die amerikanischen und englischen Finanzherren, Westdeutschland noch mehr auszubeuten und zu einem Vasallenstaat zu machen.

Wer sich an der Hetze gegen den Wiederaufbau in der Ostzone beteiligt, statt den Kampf zu führen gegen das Ruhrstatut und gegen die Diktatur der amerikanischen und deutschen Konzernherren, der braucht sich nicht zu wundern, wenn er von der JEIA noch mehr gerupft und betrogen wird.

Wer hilft, den Marshall-Plan durchzuführen, der trägt die Mitverantwortung für die Drosselung der deutschen Exportindustrie, der trägt die Mitverantwortung für den Export der Erwerbslosigkeit aus den USA nach Deutschland.

Angesichts des bevorstehenden Erlasses des Besatzungsstatuts für Westdeutschland genügt es nicht, Erklärungen des Bedauerns über diese Vergewaltigung der westdeutschen Bevölkerung abzugeben. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo sich die friedliebenden Deutschen in den West- und Ostgebieten Deutschlands verständigen müssen zur gemeinsamen Vertretung der nationalen Interessen unseres Volkes und zum Kampf gegen die Vergewaltigung durch den amerikanischen und englischen Imperialismus und seine Verbündeten, die deutschen Kriegsverbrecher, die Schacht und Rohland, die Reusch, Halder und Konsorten.

Heute ist es Zeit, zu erkennen, daß die Festigung der Demokratie in der Ostzone, daß die Übererfüllung des Wirtschaftsplanes eine Stärkung der Position der Kräfte in ganz Deutschland bedeutet, die den nationalen Interessen dienen und gegen die Kolonisierungsmaßnahmen der Feinde unseres Volkes kämpfen. Die von den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden verfügte ungesetzliche Absperrung der Westzone gilt es zu durchbrechen durch die engere Zusammenarbeit der friedliebenden Kräfte und durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, ob die westlichen Besatzungsmächte sie erlauben oder nicht. Der gemeinsame Kampf der friedliebenden und demokratischen Kräfte in Ost und West, in Nord und Süd dient der Schaffung eines einigen, demokratischen Deutschland unter der Führung des Deutschen Volksrates!

Die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland

Siegbert Kahn

Presseschef der Deutschen Wirtschaftskommission

Die Aufspaltung Deutschlands in einzelne Zonen, die durch scharf bewachte Grenzen voneinander getrennt sind, hat dazu geführt, daß Westdeutschland heute für uns ein fast unbekanntes Land ist, von dem wir weniger wissen als von manchen fremden Staaten. Die Verhinderung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit unserer Heimat, die gewaltsame willkürliche Abtrennung des Saargebietes, die Beseitigung der deutschen Währungseinheit durch die Einführung der Westwährung in der Bizone, die gegen die sowjetische Besatzungszone errichtete Blockade und die Verhinderung der geistigen und kulturellen Einheit Deutschlands durch das Einfuhrverbot für sowjetisch lizenzierte Druckerzeugnisse nach dem Westen, alle diese unzähligen einzelnen Maßnahmen, die in größter Verletzung des Potsdamer Abkommens durchgeführt wurden und die auch dem Sinn des gegen den Hitlerfaschismus geführten Krieges ins Gesicht schlagen, haben dazu beigetragen, den gegenwärtigen Zustand der Fremdheit zwischen dem Westen und dem Osten unseres Vaterlandes herbeizuführen.

Es ist an der Zeit, daß unser Volk in Ost und West, in Sachsen wie im Ruhrgebiet, in Bayern wie in Mecklenburg dieser Entwicklung Einhalt gebietet. Das deutsche Volk in allen Teilen seines Landes gehört zusammen, es braucht die politische und wirtschaftliche, die geistige und kulturelle Einheit heute mehr denn je. Es sind die Vertreter der Interessen ausländischer Mächte und einer ganz kleinen zahlenmäßig unscheinbaren, ihrer Macht nach jedoch gefährlichen Schicht von Deutschen, die die Spaltung unserer Heimat betrieben haben und die bemüht sind, sie täglich und stündlich noch weiter zu vertiefen. Das deutsche Volk als Ganzes jedoch, die einfachen Menschen in Stadt und Land, wollen wieder ein einheitliches Volk werden, wollen die trennende Zonenschranke beseitigen und in nationaler Geschlossenheit die Schäden des Krieges zu Hause und in anderen Ländern beseitigen helfen und sich aus eigener Kraft ein neues besseres Leben bauen. Wer könnte daran zweifeln, daß fleißigen deutschen Händen ein solches Tun gelingen muß, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten wird?

Diese rettende Möglichkeit zur Gestaltung seines eigenen Lebens wird dem deutschen Volk jedoch nicht in den Schoß fallen. Es muß sie sich selbst erkämpfen und erarbeiten. Dazu ist es jedoch notwendig, daß es sich mit seiner gegenwärtigen unmittelbaren Lage vertraut macht, daß es die Übel erkennt, die beseitigt werden müssen, und daß es den unbeugsamen Willen zur nationalen Selbstbehauptung aufbringt.

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates hat sich in der Zeit seines Bestehens mit einer ganzen Reihe von Fragen der Entwicklung der Wirtschaft in

der sowjetisch besetzten Zone beschäftigt, die heute von der Durchführung des deutschen Zweijahrplanes zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft bestimmt wird, an der alle ehrlichen antifaschistischen demokratischen Kräfte begeistert mitarbeiten. Es ist aber jetzt ebenso notwendig, sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands vertraut zu machen, um den Blick des ganzen deutschen Volkes noch stärker als bisher auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Deutschlands zu richten.

In der Entschließung der zweiten Tagung des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, die vor genau einem Jahr, nämlich am 17. und 18. März 1948, in Berlin stattfand, heißt es:

„Das Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland muß die Sicherung eines besseren Lebens der Bevölkerung sein. Die Zerstörungen in der Wirtschaft und die tiefe Not können nur durch die vereinten Anstrengungen aller aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes beseitigt werden. Diese Anstrengungen sind nur dann erfolgreich, wenn die demokratische Ordnung die Gewähr bietet, daß die Arbeit dem Volke nützt und eine gesamtdeutsche, unabhängige Friedenswirtschaft mit normalen wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen demokratischen Ländern geschaffen wird.“

Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands ging auf eine ganz andere Art vor sich. Sie war weder gekennzeichnet durch die Schaffung einer demokratischen Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung, die nur möglich wäre in der Lösung der Aufgaben, die das Potsdamer Abkommen stellte: nämlich durch die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Wirtschaft sowie die Beseitigung der übermäßigen Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Industriemagnaten. Noch war die Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands gekennzeichnet durch die Zielstellung der Sicherung eines besseren Lebens der Bevölkerung, die sich im übrigen mit den Beschlüssen von Potsdam in völliger Übereinstimmung befindet. Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland ging ganz andere Wege.

Während am Anfang unseres Wiederaufbaues in der sowjetisch besetzten Zone die Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, die Entmilitarisierung der Wirtschaft durch die Beseitigung der Rüstungsbetriebe und die Durchführung der demokratischen Bodenreform stand, ging die Entwicklung im Westen gerade den entgegengesetzten Weg. Die kriegsverbrecherischen Kräfte wurden nicht nur in ihren alten Machtpositionen belassen, sondern sogar in neue, einflußreichere eingesetzt.

Wohin man in der Wirtschaft Westdeutschlands auch blickt, findet man dieselben Elemente, deren Mächtigkeiten dem deutschen Volke zwei Weltkriege mit ihren katastrophalen Folgen beschert haben. Millionen und aber Millionen von Toten, unwiederbringliche Verluste an Gut und Blut gehen zu Lasten dieser Leute. In der Schwerindustrie Westdeutschlands sind es jedoch wieder die Vertreter Thyssens, Klöckners, Hoeschs, Mannesmanns, Krupps, der Vereinigten Stahlwerke, Flicks und anderer, die Dinckelbach, Röhlen, Pönsgen, die Trix, Wenzel und Zangen, die das Kommando führen. Es gibt kein Direktorium eines westdeutschen Hüttenwerkes ohne den obligaten Kriegsverbrecher. Im Kohlenbergbau finden wir dieselben Leute, die schon im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat den Ton angaben, die sich dann in die Norddeutsche Kohlenkontrolle flüchteten, wo sie von der englischen Besatzungsbehörde freundlich installiert wurden, und die heute in der sogenannten deutschen Kohlenbergbau-Leitung ihre alten Machtpositionen unverändert wieder aufgerichtet haben. Man kann wirklich in Abänderung eines nach dem ersten Weltkrieg umgehenden Schlagwortes sagen:

Der Führer ging,
die Wehrwirtschaftsführer blieben.

Heute ist es schon wieder so weit, daß die Kriegsverbrecher von gestern in manchen europäischen und überseeischen Hauptstädten persona grata sind, daß ein Hugenberg Gutachten am laufenden Band liefern kann, daß Schwerin-Krosigk als Ratgeber der Besatzungsmacht herangezogen wird und daß ein Hjalmar Schacht sich als Leitartikler der britisch lizenzierten Zeitung „Die Zeit“ produzieren darf, die so gern eine deutsche „Times“ werden möchte.

Und wie wurde die Entmilitarisierung der Wirtschaft Westdeutschlands durchgeführt?

Nachdem die westliche Presse auf Anordnung ihrer Lizenzgeber jahrelang über die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Demontagen lamentiert hatte, begannen die westlichen Besatzungsmächte drei Jahre nach Kriegsende ihrerseits zu demontieren. Aber diese Demontagen sehen anders aus als in der Ostzone. Sie werden nicht von dem Wunsche geleitet, die Rüstungsbetriebe zu beseitigen und das deutsche Kriegspotential zu vernichten. Sie zielen vielmehr darauf ab, den Aufbau einer wirklichen deutschen Friedenswirtschaft zu hemmen und eine deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu verhindern und ganz unmöglich zu machen.

Tausende von Spezialmaschinen aus westdeutschen Fabriken sind nach England, Frankreich und den Vereinigten Staaten gebracht worden, weil sie eine Überlegenheit auf diesem oder jenem Gebiet der Produktion begründeten. Die süddeutsche Uhrenindustrie wird zu einem erheblichen Teil demontiert, weil die englischen Uhrenfabrikanten den deutschen Wettbewerb auf dem Weltmarkt fürchten. In dem berühmten IG-Farben-Werk „Anorgana“, das ausschließlich zu Rüstungszwecken erbaut wurde, ist einzig und allein der Teil der Anlage demontiert worden, der für die Erzeugung von Kunststoffen Verwendung finden kann, während die Produktionsstätten für jene Giftgase erhalten geblieben sind, die in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern erprobt wurden und ihre praktische Anwendung fanden.

All das sind keine Einzelbeispiele. Man könnte sie aus dem Ruhrgebiet, aus Hamburg, aus Niedersachsen, Bayern und anderen Ländern ergänzen. Diese Beispiele sollen nur die Tendenz der Demontagepolitik der westlichen Besatzungsmächte aufzeigen, die auf alles andere ausgerichtet ist als auf die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials.

Im Hinblick auf diese Tatsachen ist es kein Wunder, daß auch die dritte Forderung der Potsdamer Beschlüsse, die Beseitigung der übermäßigen Konzentration der deutschen Wirtschaft, weder dem Buchstaben noch dem Sinn nach in Westdeutschland erfüllt worden ist. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zum Beispiel wurde aufgelöst, aber es wurde, wie ich schon sagte, durch die North-German Coal Control ersetzt und ging dann in die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung über, die sich sowohl in ihrem Personalbestand wie in ihren Aufgaben vom Kohlen-Syndikat durch nichts unterscheidet. Die jetzt vorgesehene Aufteilung des Ruhrkohlenbergbaus in eine größere Anzahl von Gesellschaftsgruppen unter der Leitung der DKBL wird den früheren Aufbau der Zechengesellschaften fast unverändert wiederherstellen.

In der Eisen- und Stahlindustrie wurde unter dem Deckmantel der sogenannten „Entflechtung“ eine noch stärkere und straffere Konzentration wirtschaftlicher Macht herbeigeführt, als sie jemals in Deutschland bestanden hat. In der Treuhandverwaltung der Eisen- und Stahlindustrie wurden unter der Leitung des Finanzdirektors der Vereinigten Stahlwerke, des Wehrwirtschaftsführers Dr. Dinckelbach, die eisen- und stahlerzeugenden Werke in der Form eines horizontalen Trusts von gigantischem Ausmaß zursammengefaßt. Dieser Trust beherrscht heute die westdeutsche Eisen- und Stahlerzeugung fast hundertprozentig. Die Bemühungen, die alten vertikalen Konzernbildungen wiederherzustellen, sind jetzt in ein neues Stadium getreten. In einem Kommissionsbericht über die Auswirkungen der Entflechtung heißt es wörtlich:

„...wir halten daher unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Auswirkungen die vorgesehenen Entflechtungsmaßnahmen für unzumutbar und unterstreichen nachdrücklich die Vorteile einer vertikalen Kombination.“

Ähnlich ist die Lage in dem größten Trustgebilde der deutschen Wirtschaft, der IG-Farbenindustrie. Laut Kontrollratsgesetz sollte dieser deutsche Super-Trust aufgelöst werden. In Wirklichkeit wurde der Zusammenhalt des Trusts in Westdeutschland durch das FARDIP, das IG-Farben Dispersal Panel, weiter aufrechterhalten und das weitere Vordringen ausländischer Kapitalgruppen wie der Dupont de Nemours und der Standard Oil ermöglicht. Im „Rheinischen Merkur“ vom 11. 9. 1948 hieß es schon über die Reorganisation der IG-Farben:

„Die Amerikaner sind der Meinung, daß die alten Aktionäre, soweit sie nicht Kriegsverbrecher sind, nicht um ihr Eigentum gebracht werden sollen. Deshalb wird geprüft, inwieweit ihnen Aktien der neu zu gründenden Gesellschaften übergeben werden können und im Regelfall wird diese Zuteilung, deren Schlüsselung abzuwarten bleibt, auf keine Hindernisse theoretischer oder formaler Art stoßen. Wer Farben-Aktien hat, wird also zukünftig zum Beispiel Aktionär der Höchster Farbwerke oder von Leo-

pold Casella werden können, oder auch am Elberfelder Farbwerk oder an der Fabrik Weiler ter Meer in Uerdingen beteiligt sein.“

Was den angeblichen Ausschuß der Kriegsverbrecher anlangt, so brauchen diese Herren nicht allzu ängstlich zu sein, die bisherige Praxis der amerikanischen Militärregierung gibt ihnen zu Befürchtungen keinerlei Anlaß.

Statt der Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft sehen wir also den Wiederaufbau der alten Trusts und Konzerne unter der Leitung ihrer früheren, vom zuständigen amerikanischen Senats-Komitee zwar als Kriegsverbrecher bezeichneten, von den Besatzungsbehörden aber wieder eingesetzten Direktoren vor sich gehen. Das sind Tatsachen. Wäre eine solche Entwicklung in einem einheitlichen fortschrittlichen Deutschland möglich gewesen?

Der Zorn des Volkes hätte die Kriegsverbrecher im Westen genau so beseitigt wie im Osten. Angesichts des Beispiels, das der Osten gab, wären auch im Westen die Kriegsverbrechertrusts hinweggefegt worden, wenn wir ein einheitliches Deutschland besessen hätten und wenn nicht im Westen dem Fortschritt von den imperialistischen Besatzungsmächten unübersteigbare Hindernisse in den Weg gelegt worden wären.

Den entscheidenden Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland, nämlich der Zerreißung der Potsdamer Beschlüsse und der Einheit unserer Heimat, entsprach die Entwicklung der Wirtschaft selbst. Sie war chaotisch und uneinheitlich. Fortschritte wurden nur auf den Gebieten gemacht, die die größten Profite versprachen und nicht auf denen, die für die Versorgung der Bevölkerung oder für den gesamtdeutschen Wirtschaftsaufbau am wichtigsten waren.

Die charakteristische Erscheinung der nazistischen Kriegswirtschaft, die viel schnellere Entwicklung der Produktionsmittelindustrien im Vergleich zu den Gebrauchsgüterindustrien wurde nach 1945 nicht nur aufrechterhalten, sondern teilweise noch verstärkt, das heißt, daß die Kriegsverbrecher ihre Überprofite aus Aufrüstung und Krieg dazu verwandten, um ihre Werke leistungsfähiger zu machen. Der größte Teil der Produktion jedoch wanderte entweder auf den Schwarzen Markt oder wurde gehortet, um für die Kriegsspekulanten wertbeständige Reserven zu erhalten. Man kann ganz allgemein sagen, daß die drei Jahre, die unmittelbar auf den Krieg folgten, von den im Westen befindlichen Kriegsverbrechern benutzt wurden, um ihre Kriegsgewinne zu realisieren oder in Sicherheit zu bringen. So wurden erst im vorigen Jahre die rückständigen Dividenden der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf von 1940 an ausgezahlt. Während die Masse der Bevölkerung im Bombenhagel und durch andere Kriegseinwirkungen ihr Letztes verlor, haben die Kriegsspekulanten ihre Dividenden aus den Jahren 1940/1944, die mit dem Blute von Millionen deutschen und ausländischen Opfern des Krieges getränkt sind, ungeschmälert erhalten.

Allerdings war man in Düsseldorf klug genug, die Auszahlung der Dividenden bis zu dem Zeitpunkt nach der Durchführung der Währungsreform aufzuschieben. Während die kapitalistische Währungsreform in Westdeutschland die Massen des Volkes um ihre letzten Ersparnisse brachte, tastete sie die Großverdiener des Krieges nicht an. Im Gegenteil, sie gab ihnen noch zusätzlich die Möglichkeit einer schnellen Bereicherung. Ähnlich wie die amerikanischen Kriegsverdiener es zwei Jahre vorher verstanden hatten, ihre Kriegsprofite auch im Frieden zu sichern, indem sie eine unvorstellbare Preis-Hausse veranstalteten, griff man auch in

Westdeutschland im vorigen Jahre zu dem Mittel einer gewissenlosen Preistreiberei, die alle Lasten des verlorenen Krieges den Volksmassen aufbürdete und die, wie in den Vereinigten Staaten, durch die Aufhebung der Preiskontrolle möglich gemacht wurde. So stiegen die Preise für Nahrungsmittel von der Währungsreform bis zum Ende vorigen Jahres um 20—30%, für Hausbrand um 40%, für Textilien und Schuhe um 50 —100%. Mit Hilfe der gehorteten Warenmengen und mit der Unterstützung der bizonalen Verwaltung des Herrn P u n d e r wurde dem Volk auf diese Art der letzte Groschen aus der Tasche gelockt.

Wenn man die Preise in der Bizone den Löhnen gegenüberstellt, die im großen und ganzen stationär geblieben sind, so kommt man zu einem erschreckenden Bild der Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Schichten unseres Volkes. Selbst das Organ der Londoner City, der „Economist“, muß in seiner Ausgabe vom 19. 2. 1949 erklären, daß die Preise im Verhältnis zu den Löhnen in Westdeutschland „gefährlich hoch“ sind. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß in der Wirtschaft der Bizone ein Rückschlag bereits deutlich sichtbar geworden ist.

Während unmittelbar nach der Währungsreform eine Erholung einzutreten schien, sind jetzt bereits ganz offene Depressionserscheinungen erkennbar geworden. Selbst nach den offiziellen Angaben des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sind die industriellen Umsätze Ende des Jahres erheblich zurückgegangen. Allein im Dezember ist ein Rückgang festzustellen, der für die verschiedenen Industriezweige 5 bis 13 Prozent beträgt. Es handelt sich dabei keineswegs etwa um saisonbedingte Industrien, sondern gerade um solche, die saisonunempfindlich sind, wie zum Beispiel die elektrotechnische Industrie, die Feinmechanik und Optik, die Kunststoff- und Papierverarbeitung und ähnliche Wirtschaftszweige. Die offizielle Darstellung der Tatsachen durch die Frankfurter Verwaltung führt diese Entwicklung auf die vorsichtiger Auftragserteilung durch den Handel zurück, die ihre Ursache angeblich in dem nachlassenden Konsumgüterbedarf der arbeitenden Bevölkerung hat.

In Wirklichkeit jedoch ist der Massenbedarf keineswegs zurückgegangen, sondern hat nur seine Grenze an den unnäbzig aufgeblähten Preisen der Bizone gefunden. Die Folge der rückläufigen Industrieumsätze ist ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit in ganz Westdeutschland, die heute schon die Zahl von einer Million weit überschritten hat.

In dieser Verschlechterung der Lage des Volkes durch die beträchtliche Senkung des Realeinkommens und die steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die in den Erwerbslosenziffern nicht enthalten sind, drückt sich die Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der Massen unmittelbar aus.

Zu alledem kommt hinzu, daß die sogenannten Besatzungskosten schwer auf dem Lebensstandard der Volksmassen lasten. Der sowjetischen Besatzungsmacht wird von der heuchlerischen Westpresse vorgeworfen, daß sie Reparationen von der deutschen Wirtschaft fordert. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir die Wiedergutmachung der von deutschen Händen angerichteten Schäden als unsere selbstverständliche moralische Pflicht anerkennen, und wir wissen weiterhin, daß es gerade die Sowjetunion und die Völker Ost- und Südosteuropas sind, die durch die Ausrottungs- und Vernichtungspolitik des Naziregimes die schwersten Schäden erlitten und die Hauptlast des Krieges getragen haben. Sie haben auch als erste das Recht, Reparationen von uns zu fordern.

Wir erkennen aber auch dankbar die Großmütigkeit der Sowjetunion an, die ihre Reparationsforderungen auf einen Bruchteil der tatsächlich erlittenen Schäden bemessen hat und die uns aus den für sie bestimmten Reparationslieferungen wichtige Anteile zurückgegeben hat, die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft eine unschätzbare Rolle spielen. Außerdem aber hat uns die Sowjetunion mit ihren Lieferungen von 1000 Traktoren und Zehntausenden von Tonnen Getreide und Fett, von Eisen und Stahl eine Hilfe geleistet, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Und schließlich werden wir nicht vergessen, daß es die Sowjetunion war, die den Vorschlag machte, die Reparationsleistungen einheitlich auf 10% unserer Produktion festzusetzen, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und ein Jahr nach dem Abschluß des Vertrages die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen. Durch eine solche Politik würde dem ganzen deutschen Volk eine ungeheure Belastung, wie sie sich aus den Besatzungskosten ergibt, erspart werden können.

Wie sieht demgegenüber die Politik der westlichen Besatzungsmächte aus, die angeblich auf Reparationsleistungen und besonders auf solche aus der laufenden Produktion verzichtet haben?

Die Besatzungskosten der Länder der Bizone sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Das trifft sowohl für die amerikanische wie für die britische und französische Zone zu. So sind beispielsweise die Besatzungskosten des Landes Nordrhein-Westfalen von

918 Millionen im Jahr 1946/47 auf
1 565 000 000 Mark im Jahre 1947/48

angestiegen, das heißt um fast 70%. Im Lande Niedersachsen betrugen die Besatzungskosten im vergangenen Jahr mehr als eine halbe Milliarde Mark. Im Lande Baden beliefen sie sich in den Jahren 1946/47 auf zusammen über 640 Millionen Mark. Insgesamt sind die Besatzungskosten für die Bizone mit rund 45% des gesamten Haushaltes der Länder beziffert worden. Im Lande Nordrhein-Westfalen — und das dürfte ungefähr den Durchschnitt der Bizone ausmachen — beliefen sich die Besatzungskosten jährlich auf rund 450 Mark pro Kopf der beschäftigten Bevölkerung. Wenn man die in Nordrhein-Westfalen gezahlten Durchschnittslöhne zugrunde legt, dann kann man errechnen, daß jeder beschäftigte Einwohner des Landes fast genau $\frac{1}{4}$ des Jahres, nämlich 11 Wochen und 3 Tage, für die Aufbringung der Besatzungskosten arbeitet. In der sowjetisch besetzten Zone sind die Reparationsleistungen und die Besatzungskosten zusammen für das Jahr 1949 auf 12,4% des Wertes der Brutto-Produktion festgesetzt worden.

Wir können also, ganz grob gerechnet, feststellen, daß die Besatzungskosten alleingegenommen im Westen wesentlich höher sind als Reparationen und Besatzungskosten in der sowjetisch besetzten Zone zusammengekommen.

In Wirklichkeit sind die sogenannten Besatzungskosten in der Westzone, das heißt die Leistungen für die Besatzungsmacht, die sich aus den verschiedensten Sach- und Dienstleistungen zusammensetzen, nur schlecht verschleierte Reparationen. Die Lieferungen für die Besatzungsmacht zum Beispiel, die in der Denkschrift des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen aufgezählt werden, sind in Wirklichkeit Lieferungen aus der laufenden Produktion, deren Wert sich auf Tausende von Millionen Mark beläuft. Die Lage in den übrigen Ländern der Bizone sieht keineswegs günstiger aus. In Baden zum Beispiel betrugen allein die Lieferungen an tierischen Erzeugnissen für die Besatzungsmacht in den

ersten drei Monaten des vorigen Jahres fast 5 Millionen Mark. Die Lieferungen von Fleisch und Schlachtvieh dieses Landes an die Besatzungsmacht betragen 70% des Verbrauchs der zivilen Bevölkerung. Die Lieferungen aus der Industrieproduktion betragen im Durchschnitt der Jahre 1945—1948 in Baden 16% der gesamten industriellen Erzeugung des Landes.

Man muß einmal den Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen. Mit ihren verleumderischen Anwürfen gegen die Sowjetmacht und gegen die ehrlichen antifaschistisch-demokratischen Kräfte der Ostzone versuchen sie nur, die Spaltung zwischen Ost und West zu vertiefen und dabei die längst totgeglaubten Goebbels-Lügen aufzuwärmen. Sie dienen nicht den Interessen des deutschen Volkes, sondern fügen ihm nur Schaden zu.

Jene Herren, die in den letzten Wochen in London Krokodilstränen über die niedrigen deutschen Löhne vergossen haben, durch die ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt angeblich bedroht ist, sind in Wirklichkeit an allem anderen interessiert als an der Verbesserung der Lebenslage der deutschen Werktätigen. Sie wünschen im Gegenteil einen niedrigen deutschen Lebensstandard, weil er Deutschland schwächt und es ihren Absichten und Plänen nur um so leichter zugänglich macht. Diese Absichten der Schwächung Deutschlands kommen am deutlichsten in der Außenhandelspolitik zum Ausdruck, die von den anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden in der Bizone betrieben wird und von der alle deutschen Stellen ängstlich ferngehalten werden.

Deutschland ist ein Industrieland, das sich seit Jahrzehnten seinen Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln und seinen Bedarf an industriellen Rohstoffen, die beide eingeführt werden müssen, durch die Ausfuhr hochwertiger Industrieerzeugnisse ermöglicht hat. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern, wenn Deutschland ein Industriestaat bleiben und seiner Bevölkerung einen wenigstens langsam wachsenden Lebensstandard sichern soll. In einem Kolonialland dagegen beruht die Wirtschaft auf dem Vorwiegen von Rohstoffexporten, denen die Einfuhr von Fertigerzeugnissen gegenübersteht. Wenn es eines besonderen Beweises bedurfte, hätte, daß sich die westdeutsche Wirtschaft in einem Zustand der zunehmenden Kolonisierung befindet, so liefert ihn die Art und Weise des von den westlichen Besatzungsmächten diktierten Außenhandels.

Rund 70% der von der Bizone im Jahre 1948 exportierten Güter waren Rohstoffe und Halbfabrikate, die für die eigene Wirtschaft dringend gebraucht werden, in erster Linie Kohlen, die rund 50% des Exportes ausmachen, sowie Holz und Schrott. Die Einfuhr dagegen setzte sich zu einem hohen Prozentsatz aus Fertigwaren zusammen, die in der Bizone selbst hergestellt werden könnten, wenn man ihr die notwendigen Rohstoffe liefern bzw. sie nicht zur Ausfuhr dieser Rohstoffe zwingen würde, oder die in der sowjetischen Besatzungszone billiger und zu günstigeren Bedingungen bezogen werden könnten.

Der Charakter der Einfuhr in die Bizone geht am klarsten aus der Tatsache hervor, daß sie zu genau 50% aus den Vereinigten Staaten stammte, die auf diese Weise einen Teil ihres Fertigwarenüberschusses losschlagen konnten, während die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten nur 5% der gesamten westdeutschen Ausfuhr betrug.

Daß diese Art der Außenhandelspolitik weiter ausgebaut werden soll, beweist der vor etwa einer Woche zwischen der Bizone und Großbritannien abgeschlossene Handelsvertrag, der einen beiderseitigen Warenaustausch im Werte von 160 Millionen Dollar vorsieht. Nach diesem Vertrag wird England aus der Bizone

für 60 Millionen Dollar Holz, Kohlen und Schrott einführen, während es selbst für 100 Millionen Dollar Maschinen und Textilien nach der Bizone exportieren wird. Dieser Handelsvertrag ist charakteristisch für die Außenhandelspolitik, die von der JEIA in der Bizone betrieben wird, die Deutschland zu einem rohstoffexportierenden Land und zu einem Markt für Fertigerzeugnisse machen will.

Die von mir gekennzeichnete Art des Außenhandels führt naturgemäß zu einer ständig wachsenden Verschuldung der westdeutschen Wirtschaft, weil es für jedes industrielle Land auf die Dauer unmöglich ist, eine Fertigwareneinfuhr mit der Ausfuhr von Rohstoffen abzudecken. Daher beträgt das Außenhandelsdefizit der Bizone nach den bisherigen Mitteilungen der JEIA für das Jahr 1948 allein 816 Millionen Dollar; weniger als die Hälfte der Einfuhr, nämlich nur 42,3% konnten durch die Ausfuhr bezahlt werden. Wahrlich ein klägliches Bild für ein hochindustrialisiertes Land, wie es gerade Westdeutschland darstellt!

Die Verschuldung der westdeutschen Wirtschaft wächst von Jahr zu Jahr wie eine Lawine an. Sie beträgt heute schon rund 4—5 Milliarden Dollar und bringt die Bizone in eine immer stärkere direkte und indirekte Abhängigkeit von ausländischen Mächten, vornehmlich von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die indirekte Abhängigkeit wird sich in dem Moment besonders schmerzhaft bemerkbar machen, in dem es zum Ausbruch einer Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten kommen wird, die letzten Endes unvermeidbar ist und deren erste Anzeichen wir bereits erkennen können. Die Krisenempfindlichkeit der westdeutschen Wirtschaft ist heute schon an der wachsenden Zahl der Erwerbslosen erkennbar, aber auch daran, daß der Außenhandel, wie es bei einer vornehmlich auf Rohstoffen fußenden Ausfuhr nicht anders zu erwarten ist, bereits seine ersten Rückschläge erlebt hat. Der Außenhandel der Bizone fiel im ersten Monat dieses Jahres gegenüber Dezember vergangenen Jahres um mehr als ein Viertel.

Die Verschuldung der Bizone an das amerikanische Finanzkapital sowie an andere ausländische Gläubiger führt jedoch auch dazu, daß eine immer größere Zahl von deutschen Unternehmungen in die Hände des Auslandes gerät bzw. daß ausländische Unternehmungen eigene Produktionsstätten in Deutschland errichten. Neben dem starken ausländischen Einfluß, der bereits in solchen Unternehmungen wie Adam Opel in Rüsselsheim durch die General Motors, in der AEG durch die General Electric, in der IG-Farben durch Dupont de Nemours und Standard Oil, in den Ford-Werken und vielen anderen Gesellschaften besteht, hören wir täglich von weiterem Vordringen ausländischer Kapitalgruppen in der Bizone. Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken in Wuppertal sind in holländisches Eigentum übergegangen. In Aschaffenburg wurde eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Underwood-Corporation gegründet. Der Internationale Philipps-Konzern bemächtigt sich systematisch der gesamten deutschen Glühlampen- und Röhrenproduktion. Anfang Februar haben sich die drei westlichen Militärgouverneure über eine Aufhebung des kurz nach der Kapitulation erlassenen Verbotes der Investitionen von ausländischem Kapital in den Westzonen geeinigt. Der ERP-Administrator Paul Hoffman, der Direktor der Studebaker Corporation ist, kündigte kürzlich an, daß vorerst die Investition von 300 Millionen Dollar in der Bizone beabsichtigt sei. Professor Nadler, ein Mitglied der Vereinigung der amerikanischen Investitionsbankiers, erklärte, daß das amerikanische Privatkapital in der Zukunft Investitionen großen Umfanges

in Westdeutschland durchführen müsse. All diese Beispiele zeigen, daß Westdeutschland heute bereits wie eine Kolonie behandelt wird, in der man nach Belieben Kapital anlegen kann.

Das Hauptziel der Raffgier der ausländischen Monopolkapitalisten ist jedoch das Ruhrgebiet, das Herz- und Kernstück der deutschen Wirtschaft. Die Herrschaft über 150 Millionen Tonnen Kohle und über 10 bis 15 Millionen Tonnen Stahl und Eisen verspricht nicht nur außerordentliche Profite, sondern auch die Möglichkeit, der übrigen deutschen Industrie das Wasser abzugraben, falls eine Krise in den Vereinigten Staaten einmal größere Schwierigkeiten mit sich bringen sollte. Anfang Januar fanden Beratungen zwischen deutschen und ausländischen Industriellen über die Übernahme der auf der Demontageliste stehenden Ruhrwerke durch eine internationale Ruhrstahl-Holding-Gesellschaft statt, an der Otto Horatz, der Direktor von Velten und Guilleaume in Köln, der auch mit dem Arbed-Konzern eng verbunden ist, führend teilnahm. Es ist davon gesprochen worden, daß allein in dieses Geschäft 750 Millionen Dollar hineingesteckt werden sollen, wobei die Produktionskapazität der betreffenden Werke rund 8 Millionen Tonnen Rohstahl beträgt, die zusätzlich zu der Deutschland zugebilligten Stahlquote für europäische Rüstungszwecke produziert werden würden.

Das Mittel, um die ausländische Herrschaft über die Ruhr vollständig zu machen, ist das Londoner Ruhrstatut. Die Aufgaben sind nach dem Wortlaut des Statuts:

1. Sicherung und Schutz ausländischer Interessen in Kohlen, Koks- und Stahlunternehmungen des Ruhrgebietes,
2. Schutz solcher Unternehmungen, an denen ausländische Interessen beteiligt sind, vor diskriminierenden Maßnahmen auf jedem Sektor ihrer Geschäftstätigkeit.

Die geplante Ruhrbehörde wird mehr Macht über die Industrie des Ruhrgebietes haben, als sie jemals eine deutsche Gesamtregierung besessen hat. Sie wird in der Tat denselben Charakter haben wie das Generaldirektorium eines großen Konzerns. Sie wird das Recht haben, daß Transportwesen zu regeln, die Wirtschaftsmethoden zu bestimmen, Preise, Produktionsquoten und Zölle festzulegen, und es heißt wörtlich in Artikel 14a des Ruhrstatutes:

Die Ruhrbehörde soll die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes auf den innerdeutschen Verbrauch und den Export aufteilen.

Bei der Aufteilung soll sichergestellt werden, daß Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den genannten Rohstoffen erhalten.

Man kann nur der „Allgemeinen Kölnischen Rundschau“, der Zeitung des Herrn Adenauer, zustimmen, die am 29. Dezember 1948 schrieb:

„Der Status, der hier geschaffen wurde, ist ein kolonialer und kein europäischer.“

All das steht natürlich in engstem Zusammenhang mit dem sogenannten Marshall-Plan, der das Ziel der vollkommenen Unterordnung ganz Europas unter die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus hat. Daß es sich dabei nicht etwa nur um ein wirtschaftliches Programm handelt, geht aus dem Ausbau des aggressiven amerikanischen Pakt-Systems eindeutig hervor, das in den letzten Wochen so große Fortschritte gemacht hat. Wieder einmal soll ein sogenanntes „Bollwerk gegen den Osten“ errichtet

werden, mit dem wir Deutschen so unheilvolle Erfahrungen gemacht haben. Auch diesmal wieder ist Deutschland eine Hauptrolle in dem Schauspiel von den amerikanischen Regisseuren zugeordnet worden. Westdeutschland mit seiner mächtigen Industrie soll noch einmal zu einem Rüstungszentrum großen Formats ausgebaut werden.

Die in Westdeutschland in den vergangenen vier Jahren geschaffenen Tatsachen werden nur von jenen begrüßt, die als schuldbeladene Kriegsverbrecher in der bedingungslosen Unterordnung unter die Macht der ausländischen Finanzkapitalisten ihre einzige schwache Hoffnung sehen, der ihnen drohenden gerechten Strafe entgehen und sich als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus wenigstens einen Teil ihrer alten Macht und ihrer Profite erhalten zu können. Alle Deutschen aber, denen die Zukunft unserer Heimat höher steht als persönliche Augenblicksinteressen, müssen die katastrophale Gefahr erkennen, die unserem Lande aus einer solchen Entwicklung droht, mögen sie vielleicht auch noch vor einem Jahr in den Versprechungen des Marshall-Planes einen möglichen Ausweg aus Deutschlands Not gesehen haben. Heute liegen die katastrophalen Folgen der Politik der westlichen Besatzungsmächte und ihres deutschen Dienstpersonals offen vor allen Augen, die gewillt sind zu sehen.

Lassen Sie mich die wichtigsten Faktoren der Entwicklung in Westdeutschland noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Die Spaltung Deutschlands hat dazu geführt, daß der Westen unserer Heimat heute wehrlos an das englisch-amerikanische Finanzkapital ausgeliefert ist und systematisch ausgeplündert wird.
2. Bestimmte Interessengruppen der angelsächsischen Mächte und besonders der Vereinigten Staaten Amerikas tun alles, um Deutschland wirtschaftlich zu schwächen, den Aufbau einer Friedenswirtschaft zu erschweren und zu verhindern, den deutschen Außenhandel auf die möglichst ausschließliche Rohstoffausfuhr abzustellen und Westdeutschland in vollständige koloniale Abhängigkeit zu bringen.
3. Die Lasten des verlorenen Krieges werden nicht denen aufgebürdet, die ihn verschuldet haben, oder die ausschließlich an ihm verdienten, sondern den Massen des Volkes. Die westdeutschen Kriegsverbrecher und ihre westlichen Schirmherren sind gleichermaßen an der Niederhaltung des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung der Bizone interessiert.

Das drohende Schicksal Westdeutschlands, das von dem Schicksal ganz Deutschlands nicht zu trennen ist, erfordert den entschlossenen nationalen Widerstand des ganzen deutschen Volkes. Dieser Kampf, den wir führen, und der in verschärfter Form noch vor uns liegt, ist ein Kampf um die sehr realen materiellen Interessen des gesamten deutschen Volkes. Seine oberste Forderung ist und bleibt die schnellste Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, der Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Vertrages mit Deutschland.

Ein wirtschaftlich einig, fortschrittliches Deutschland ist sehr wohl in der Lage, den expansionistischen Tendenzen ausländischer Mächte Einhalt zu gebieten. Ein auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage geeintes Deutschland kann die Ernährung des ganzen deutschen Volkes sicherstellen und Schritt für Schritt den Volkswohlstand heben. In einem solchen Deutsch-

land wird auch das Problem der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Ländern Ost- und Südosteuropas in einem völlig neuen Licht erscheinen. So wie der Vertrag von Rapallo und die Jahre, die ihm folgten, eine Periode gesunder und ausgedehnter Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion einleiteten, die dem ganzen deutschen Volk in allen seinen Schichten zum Wohl gereichten und die Tausenden von Unternehmungen und Millionen von Arbeitern auch in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise Beschäftigung gaben, so wird ein einheitliches Deutschland, das sich von den Ketten des anglo-amerikanischen Monopolkapitals befreit, ausgedehnte Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien unterhalten.

Während die Politik der angelsächsischen Mächte darauf ausgerichtet ist, die deutsche Industrie — soweit sie nicht der Rüstung dient — zu schwächen und den deutschen Wettbewerb auf dem Weltmarkt auszuschalten, eröffnen verstärkte Handelsbeziehungen mit den Ländern des Ostens der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Außenhandel neue große Ausblicke. Unserer hochqualifizierten Fertigwarenindustrie bietet sich ein nahezu unbegrenzter Markt, der angesichts des beispiellosen Aufschwungs dieser Länder von Jahr zu Jahr zu wachsen verspricht. Unser Bedarf an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen kann von diesen Ländern spielend gedeckt werden, ohne daß die Lieferungen an irgendwelche politischen Bedingungen geknüpft werden, wie das heute in der Bizone der Fall ist, wo neuerdings die Ausfuhr nach den Ländern verboten wird, die nicht dem Marshall-Plan-System eingegliedert sind.

Wenn eine solche Außenhandelspolitik in einem einheitlichen Deutschland verwirklicht werden wird, werden wiederum Hunderte und Tausende von Betrieben, die heute im Westen aus Mangel an Kohlen, Strom und Rohstoffen ihre Pforten schließen oder ihre Produktion einschränken müssen, durch Aufträge aus dem Osten Arbeit und Verdienstmöglichkeiten erhalten.

Das ist das Ziel, das schon in der Entschließung der zweiten Tagung des Volkskongresses klar aufgezeigt wurde, in der es hieß:

„Die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden will eine unabhängige Friedenswirtschaft eines einigen demokratischen Deutschland erkämpfen. Der deutsche Wirtschaftsaufbau wird getragen vom Fleiß des deutschen Bauern, von der Qualitätsarbeit des deutschen Arbeiters, Angestellten und Ingenieurs und wird gefördert durch eine selbständige Handelspolitik, die bestrebt ist, mit den anderen Ländern zu günstigen Handelsverträgen zu gelangen, insbesondere auch mit der Sowjetunion und den demokratischen Ländern des Ostens und Südostens.“

Mit der Weiterentwicklung der expansionistischen Pläne Amerikas in Westdeutschland, mit der drohenden Losreißung des Ruhrgebiets aus dem deutschen Wirtschaftskörper ist dieser Kampf nur in ein akuteres Stadium getreten. Die Losungen sind dieselben geblieben wie vor einem Jahr:

Die gesamtdeutsche demokratische Wirtschaftspolitik kann nur durchgeführt werden durch die gemeinsamen Anstrengungen aller demokratischen Kräfte.

Für eine unabhängige deutsche Friedenswirtschaft!

Für den demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft!

Aus der Diskussion

Unsere Zonengrenze bleibt weit offen

Josef Orlopp

Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel der Deutschen Wirtschaftskommission

Die vergangenen drei Jahre, in denen wir mit Westdeutschland arbeiteten, haben bewiesen, daß die Aufteilung Deutschlands in vier Zonen kein Dauerzustand sein darf und daß die Spaltung Deutschlands in vier Zonen einen ordnungsmäßigen Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht zuläßt. Die wirtschaftlichen Bindungen zwischen den Zonen waren von jeher sehr eng. Ich will das an einigen Beispielen erläutern.

Wir produzieren Zellwolle. Im Westen wurde sie zu Kammzügen verarbeitet, und wir stellten dann die fertigen Textilien her. Bei der Kunstseide ist es ähnlich: In der sowjetischen Besatzungszone wurde der Zellstoff hergestellt, im Westen wurde er zu Kunstseide verarbeitet, und in Sachsen wurden aus dieser Kunstseide Strümpfe und Unterwäsche fabriziert.

Genau so ist es bei Eisen und Stahl. Während die Halbfabrikate, wie Walzwerkserzeugnisse, im Westen hergestellt wurden, liegt bei uns ein großer Teil der gesamtdeutschen Maschinenproduktion, insbesondere der größere Teil der Kapazität für Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen und Metall- und Holzbearbeitungsmaschinen. Eisenbahnsignalnetzanlagen wurden fast restlos in unserer Zone hergestellt. Aus der westdeutschen Steinkohle haben wir Schwerchemikalien gefertigt, die in den Westzonen weiterverarbeitet wurden, und der Ruhrbergbau arbeitet mit unserem Grubenholz.

In unserer Zone fällt laufend bei der Benzinsynthese Paraffin-Gatsch an, der bis zur Störung des Interzonenhandels in der britischen Zone zu Fettsäure verarbeitet wurde, wobei die verarbeitete Fettsäure beiden Zonen zugute kam. Dieser Kreislauf ist durch die Zerschneidung des Interzonenhandels zerstört. Auch die britische Zone muß heute wertvolle Devisen zum Ankauf von Fettsäure im Ausland ausgeben.

Durch die Sperrung der Zonengrenzen sind beide Wirtschaftsgebiete heute gezwungen, gewisse Industrien für sich selbst neu aufzubauen, obgleich in der anderen Zone für die Versorgung Gesamtdeutschlands genügend Kapazitäten vorhanden sind. So bemüht sich der Westen zur Zeit um den Aufbau eigener Glashütten, obgleich Thüringen den deutschen Bedarf durchaus decken könnte. Das sind, für ganz Deutschland gesehen, wirtschaftliche Fehlinvestitionen, die für unser verarmtes Land nicht verantwortet werden können. So gibt es viele Beispiele, die zeigen, daß die Wirtschaft Deutschlands ein unteilbares Ganzes ist.

Aus diesem Grunde sind wir im Osten und auch die zuständigen deutschen Stellen in Westdeutschland seit Jahren bestrebt, den Interzonenhandel als Ersatz für einen einheitlichen Binnenhandel zu stärken. Natürlich konnte der Interzonenhandel in der Form, wie er sich nach Kriegsende entwickelte, keinesfalls den ungestörten Güteraustausch in einem einheitlichen Deutschland voll ersetzen. Er genügte aber, um wenigstens die schärfsten wirtschaftlichen Folgen der Zonentrennung zu überwinden und die hauptsächlichsten Wirtschaftszusammenhänge zwischen Ost- und Westdeutschland zu wahren.

Je mehr sich die westlichen Besatzungsmächte von den Vereinbarungen in Jalta und Potsdam entfernten, desto schwieriger gestaltete sich die Durchführung des Interzonenhandels. Die gegenüber dem Interzonenhandel feindliche Haltung der Anglo-Amerikaner machte sich auch in zunehmendem Maße bei den Eisen- und Stahllieferungen aus Westdeutschland in unserer Zone bemerkbar. Trotz vertraglicher Bestimmungen sank die monatliche Liefermenge an Walzwerkserzeug-

nissen schon viele Monate vor der Sperrung der Zonengrenzen immer weiter ab. Wir hatten vertragliche Abmachungen, daß der Westen uns im Durchschnitt 25 000 bis 30 000 t Walzwerkserzeugnisse monatlich lieferte. Ich will einige Zahlen geben, wie diese Lieferungen schon vor der Sperrung der Zonengrenzen systematisch zurückgingen, weil sie typisch sind für die ganze planmäßige Arbeit der Zerstörung einer einheitlichen deutschen Wirtschaft.

Wir bekamen aus Westdeutschland an Walzwerkserzeugnissen im:

September 1947	29 125 t
Oktober 1947	20 238 t
November 1947	21 000 t
Dezember 1947	19 772 t
Januar 1948	16 990 t
Februar 1948	15 269 t
März 1948	14 631 t
April 1948	13 570 t
Mai 1948	8 871 t

Daraus ist deutlich zu ersehen, daß die Sperrung der Zonengrenzen von langer Hand und systematisch vorbereitet war.

Im Juni 1948 erfolgte dann die Sperrung durch die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte, die Eisen- und Stahllieferungen aus Westdeutschland hörten auf. Man schnitt uns auch alle Steinkohlenlieferungen ab. Wir konnten zwar ausweichen, weil wir von den Nachbarvölkern im Osten Hilfe bekamen. Polen sprang in kameradschaftlicher Weise ein und hat uns die fehlenden Steinkohlen geliefert. Aber trotzdem muß ich es hier aussprechen: Ist es nicht ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft, uns von den eigenen Rohstoffquellen abzuschließen? Muß man nicht grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß Rohstoffe, die man im eigenen Lande hat, nach Möglichkeit nicht für wertvolle Devisen aus dem Ausland bezogen werden dürfen? Aber von dieser Erkenntnis ist man in Westdeutschland weit entfernt.

Wir haben beim Abschluß des Berliner Vertrages im November 1947 eine weitere erhebliche Verstärkung des Interzonenhandels im Interesse eines einheitlichen Deutschlands verlangt. Wir haben vorgeschlagen, daß wir neben den übrigen Dingen, die in dem Vertrag stehen, auch Zucker, Buna und Textilien nach Westdeutschland liefern wollten, um von dort Steinkohle usw. zu beziehen. Das wurde von der Verhandlungskommission aus Westdeutschland mit der Begründung abgelehnt, daß diese Dinge aus Übersee und zum Teil aus England bezogen werden sollen. Ich habe damals dem Vertreter der Westdeutschen Wirtschaftsverwaltung in der Verhandlung wörtlich gesagt: „Der Marshall-Plan wirft seine Schatten voraus.“

So wird zum Schaden der gesamtdeutschen Wirtschaft und der arbeitenden Menschen unseres Volkes Ware im Ausland gekauft, die im eigenen Lande besser hergestellt werden kann. Für diesen Ankauf führt Westdeutschland Rohstoffe aus, die den Aufbau einer Friedenswirtschaft in ganz Deutschland ermöglichen würde. Die Ausfuhr von Rohstoffen, die aus Westdeutschland in die Welt gehen, ist eine Belastung, die den Besatzungskosten nach meiner Auffassung nicht nachsteht. Ministerpräsident Arnold, ein sicher unverdächtigter Zeuge, sagte vor einigen Monaten, daß man in der Zeit, wo der Selbstkostenpreis der Kohle 32 Mark für die Tonne betrug, sie diese Kohle an die JEIA für 15 Mark abgeben mußte. Er bezifferte den Verlust der westdeutschen Wirtschaft durch die

Abgabe von Kohle zu diesem Preis auf rund 3 Milliarden Reichsmark. Auch zur Zeit kauft die JEIA die Kohle weit unter dem Weltmarktpreis mit rund 15 Dollar, während der Weltmarktpreis 19 Dollar im Durchschnitt ist und Kohle heute auch noch zu höherem Preis zu verkaufen ist. Das gleiche gilt für Schrott, für die Volkswagen, die Leicas. Ich habe schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß dies nichts anderes als verkappte Reparationen sind, die weit über die Reparationen hinausgehen, die wir an unsere Besatzungsmacht zu leisten haben.

Es ist nicht etwa die Berliner Krise, wie angegeben wird, die die westdeutsche Krise veranlaßt hat, nun nach der Sperrung der Zonengrenzen auch den Transitverkehr stillzulegen. Dafür gibt es selbstverständlich ganz andere Gründe. Das amerikanische Kapital will uns am Aufbau unserer Friedenswirtschaft in unserer Zone hindern, und auf der anderen Seite will man Westdeutschland und die westeuropäischen Staaten auf den amerikanischen Markt abdrängen. Man will nicht die normale Verbindung zwischen den Ländern Europas, man will nicht, daß der Westen mit dem Osten und der Osten mit dem Westen Handel treibt.

Wir haben in der Zwischenzeit versucht, Verbindung mit den Ländern des Ostens zu bekommen. Insbesondere mit der Sowjetunion haben wir heute einen regen Warenaustausch, aber auch mit den anderen Ländern Osteuropas.

Die Teilnahme Westdeutschlands am Marshall-Plan wird nach meiner Meinung in den Westzonen schon in ganz kurzer Zeit zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Der Vorredner hat schon auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen, die in Westdeutschland im Anzuge ist und heute schon die Millionengrenze überschritten hat. Selbst wenn man im Westen über die Erhöhung der Rüstungsherstellung ausweicht — das liegt im kapitalistischen System sehr nahe, daß man, wenn eine Krise naht, über die Rüstungsproduktion ausweicht —, wird die Lebenslage des arbeitenden Volkes in Westdeutschland zweifellos nicht besser, sondern sie wird schlechter werden. In immer weiteren Kreisen Westdeutschlands und auch im Ausland wird dies erkannt.

Den besten Beweis dafür gaben uns die Besucher auf der letzten Leipziger Messe. Keine der bisherigen Nachkriegsmessen stand unter solchen Schwierigkeiten für den Interzonen- und Außenhandel wie diese. Die westlichen Besatzungsmächte verhinderten die Verteilung der Messeausweise. Interzonenpässe wurden teilweise nicht ausgestellt, und die Messezüge bei der Eisenbahn, die wir vereinbart hatten, wurden verboten. Das Ausstellungsgut durfte offiziell nicht transportiert werden. Den Ausländern gab man zum Teil kein Durchreise-Visum durch die Westzone, und zuletzt machte man an der Grenze Schwierigkeiten. Die Westpresse versuchte durch Falschmeldungen in der letzten Minute die Besucher von der Reise nach Leipzig zurückzuhalten. Außerdem war anzunehmen, daß das Verbot des Interzonenhandels durch die Anglo-Amerikaner das Interesse der westdeutschen Käufer und Aussteller vollständig herabmindern würde.

Aber das Gegenteil ist geschehen. Trotz aller Schwierigkeiten wurde die Leipziger Messe von 579 Ausstellern aus Westdeutschland besucht. Noch deutlicher wird dies bei den Besucherzahlen aus Westdeutschland. Während zur Frühjahrsmesse 1948 rund 33 000 Besucher aus Westdeutschland kamen, erschienen diesmal auf der Leipziger Frühjahrsmesse trotz der Zonensperre 17 500 westdeutsche Besucher. Dies zeigt besser als alle Presselügen, vor allem der Westberliner Blätter, daß die Wirtschaftler in Westdeutschland genau wie wir erkannt haben, daß der Interzonenhandel lebensnotwendig für Gesamtdeutschland ist. Das zeigt auch klar, daß die Leipziger Messe trotz aller Schwierigkeiten eine gesamtdeutsche Messe geblieben ist.

Es liegen viele Meldungen aus Westdeutschland vor, aus denen hervorgeht, daß unsere Erzeugnisse drüben sehr fehlen. Die Handelskammern Westdeutschlands haben deshalb vor kurzem beim Ver-

waltungsamt für Wirtschaft in Frankfurt gegen die Schließung der Zonengrenzen protestiert. Das Verwaltungsamt für Wirtschaft stellt in seinem Bericht für das Jahr 1948 fest, daß die Sperrung der Zonengrenzen zu schweren Krisen in den verschiedensten westdeutschen Industriezweigen geführt hat und daß man die Besatzungsmächte wiederholt darauf hingewiesen habe.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1948 war für viele Besucher aus Westdeutschland und auch aus dem Ausland eine große Überraschung. Die gewaltigen Leistungen unserer neu entstehenden Friedensindustrie kamen besonders auf der Technischen Messe zum Ausdruck. Zahlreiche westeuropäische Journalisten, mit denen ich gesprochen habe, erklärten mir, daß sie in großem Maße über das Gezeigte überrascht waren; denn nach den Berichten in Westdeutschland und Westeuropa über die Wirtschaft der Ostzone hätten sie mit derartigen Leistungen der ostzonalen Wirtschaft nicht gerechnet.

Diese Leistungssteigerung unserer Friedensindustrie ist nach unserer Auffassung vor allem das Werk einer ordnungsmäßigen Verwaltung und der ungeheuren Arbeit, die letzten Endes in der Aktivisten-Bewegung ihren Ausdruck findet. Unsere Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler haben erkannt, daß eine Mehrproduktion zum besseren Leben führt; sie haben deshalb alles daran gesetzt, eine Steigerung der Produktion zu erreichen. Die Erfolge dieser ungeheuren Arbeit, die in den Werkstätten und Labors durchgeführt wurde, sind bei der Leipziger Messe nicht ausgeblieben. Wir haben auf der Leipziger Messe zum erstenmal wieder Rekordumsätze getätigt. Wenn auch noch nicht die endgültigen Zahlen festliegen, so kann ich doch heute schon bekanntgeben, daß der Außenhandels-Umsatz sich auf rund 30 Millionen Dollar erhöht hat. Das ist über dreimal so viel wie im Frühjahr 1948, wo wir 9,3 Millionen Dollar im Außenhandels-geschäft umsetzten.

An der Spitze der Käuferländer steht Polen, dann folgen Holland, Dänemark, Schweden und die Tschechoslowakische Republik. Zusammen haben von uns 31 Länder aus aller Welt gekauft, nicht nur aus Europa, sondern auch aus vielen Ländern in Übersee. An erster Stelle stehen im Verkauf Maschinen aller Art. Dann folgen Textilien und Bekleidung, Feinmechanik, Elektrotechnik, Optik und Chemikalien. Auch daraus ist zu ersehen, daß wir in unserer Zone in erster Linie Fertigwaren verkaufen im Gegensatz zu Westdeutschland, wo drei Viertel des Exports auf Rohstoffe bzw. Halbfabrikate entfallen.

Wenn die Presse in der Vergangenheit geschrieben hat, daß es nur Scheinverträge sind, die abgeschlossen wurden, dann sage ich, daß dies für die Vergangenheit schon nicht stimmte und für diese Messe erst recht nicht stimmt. Wenn die Auslieferung bei einzelnen Kaufverträgen nicht erfolgt ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß in vielen Fällen die betreffenden Länder die Einfuhrlicenzen verweigerten. Aber ich glaube, daß man bei diesem Groß Erfolg der Messe in den Ländern, die die Kaufverträge zu lizenzieren haben, sich überlegen wird, ob man einfach deshalb nicht Lizenz erteilt, weil die Waren aus dem Osten kommen. Aus den einzelnen Ländern des Nordens kamen 300, 400 und 500 Käufer, die in Leipzig ihre Käufe getätigt haben. Ich glaube nicht, daß eine Regierung sich einfach über diese Dinge hinwegsetzen kann und darf.

Aber auch die westdeutschen Besucher haben umfangreiche Geschäftsabschlüsse getätigt. Das ist ein Beweis dafür, daß auch sie ein einheitliches Deutschland für notwendig und richtig halten. Uns sind in Leipzig weit über 1000 Interzonen-geschäftsabschlüsse zur Genehmigung vorgelegt worden. So ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die beinahe unmöglich erscheinende Umsatzzahl von 3,5 Millionen Mark erreicht worden. Dazu kommen noch die vielen angebahnten Kompensationsgeschäfte, die zu einem erheblichen Teil erst später zur Durchführung kommen werden.

Es wird uns vielfach — allerdings ausschließlich von der uns übelwollenden Presse — der Vorwurf gemacht, daß wir bei unseren Verkäufen die Mangelage auf

bestimmten Gebieten in Westdeutschland ausnutzen und dadurch ungerechtfertigt hohe Preise für unsere Produkte verlangen. Ganz abgesehen davon, daß man es uns kaum verübeln könnte, wenn wir uns in dieser Hinsicht den Prinzipien der westdeutschen Preispolitik anschließen würden, ist doch festzustellen, daß wir mit unseren Preisen jederzeit mehr Gewissen gegenüber den westdeutschen Verbrauchern gezeigt haben als in Westdeutschland selbst. Von den zuständigen Fachleuten ist uns immer wieder vorbehaltlos bestätigt worden, daß unsere Preise angemessen sind. Ich komme auf das oft zitierte Beispiel unserer Verkäufe von Kunstseidenstrümpfe zurück. In den letzten Tagen wurde in der Berliner Presse auf diese Verkäufe nach Westdeutschland hingewiesen. Hier hat aber sogar ein westdeutsches Gericht in Stuttgart bestätigt, daß es grundsätzlich den hohen Verkaufspreisen in Westdeutschland nachgegangen sei und festgestellt habe, daß die Lieferpreise unserer Zone durchaus erträglich seien und daß die im Westen geforderten Wucherpreise ausschließlich auf die geringe Disziplin des westdeutschen Handels zurückzuführen seien.

Wenn wir zur Zeit überhaupt Verkäufe nach dem Westen tätigen, so geschieht das ausschließlich im Interesse des Interzonenhandels und auch im Interesse des Westens; denn die westdeutschen Firmen, bei denen unsere vor der Währungsreform erteilten Bestellungen nach wie vor laufen, haben selbst größtes Interesse

daran, an diesen Bestellungen weiter zu arbeiten und dafür die fälligen Zahlungen zu erhalten. Wenn wir nicht in der Lage waren, diesen Firmen weiter unsere Bestellungen zu geben, so würde das selbstverständlich eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland bedeuten.

Die Einkäufer Westdeutschlands in Leipzig können jederzeit beweisen, daß wir jeden Auftrag aus Westdeutschland unter genau denselben normalen Bedingungen abgeschlossen haben wie jedes andere Inlands- oder Auslandsgeschäft. Wenn die Käufer aus Westdeutschland die bestellte Ware bezahlen, stellen wir sie ihnen auch zur Verfügung; denn von unserer Seite sind die Zonengrenzen weit offen, und wir denken gar nicht daran, diesen im gesamtdeutschen Interesse liegenden Handel zu unterbinden. Ich spreche das mit Absicht in dieser Deutlichkeit aus. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, bis die westlichen Militärregierungen unter dem Druck der Verhältnisse in Westdeutschland die Sperrung der Zonengrenze aufheben und eine gesamtdeutsche Wirtschaft zulassen.

Wir fordern die Einheit Deutschlands, und wir werden alles tun, um diese Einheit recht schnell zu verwirklichen. Daran lassen wir uns durch nichts hindern. Wir werden auch Mittel und Wege finden, die abgeschlossenen Verträge mit Westdeutschland zu realisieren, um damit zu einer einheitlichen Wirtschaft für Gesamtdeutschland beizutragen.

Wir fordern die deutsche Gewerkschaftseinheit

Hermann Schlimme

2. Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin

Das deutsche Volk durchlebt gegenwärtig seine große Tragödie. Es hätte anders kommen können, wenn die deutsche Arbeiterschaft und Angestelltenschaft die Möglichkeit bekommen hätte, sich zu einer geschlossenen Front in einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuschließen.

Wir tragen an den Folgen einer falschen Politik, wie sie am 15. November 1918 begonnen und schließlich zum Hitlerfaschismus geführt hat. Damals glaubte vor allem die Führung der Deutschen Gewerkschaften aller weltanschaulichen Richtungen, daß es möglich sein würde, mit den Unternehmern und ihren Organisationen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzuführen zu können, die auf der Gemeinsamkeit der Interessen beruht. Aber schon der Kapp-Putsch im März 1920, die Entwicklung der Inflation bis zum Oktober 1923 haben gezeigt, daß die privaten Profitinteressen der Banken, der Grundbesitzer, der Konzernherren niemals in Übereinstimmung mit den Interessen der wertschaffenden Arbeitnehmer gebracht werden können.

Alle Versprechen aus der Weimarer Verfassung, insbesondere den Artikel 165, wurden von den wirklichen Machthabern in Deutschland völlig ignoriert, und das demokratische Mitbestimmungsrecht, genau so wie gegenwärtig in Westdeutschland, von den nationalistischen Kräften beseitigt. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 hatte man uns versprochen, in Deutschland die wirtschaftliche Einheit zu garantieren. Die Gewerkschaften haben versucht, ihre Organisationen im gesamtdeutschen Rahmen aufzubauen. In Berlin und in der sowjetisch besetzten Zone wurde durch den Befehl des Marschall Shukow dieser Aufbau einheitlich nach Industrie- und Gewerbebezügen getrennt durchgeführt.

Diese Gewerkschaftseinheit ist in der Bizone nicht gestattet worden. Schon damals ging das Bestreben dahin, die Einheit der deutschen Gewerkschaften unter allen Umständen zu verhindern. Diese Einheit war die letzte große Klammer um 10 Millionen Männer und Frauen, die mit den noch fernstehenden Millionen Werktätigen und allen wirklich fortschrittlichen demokratisch denkenden Menschen

ausgereicht hätte, um Deutschland vor seiner Auflösung zu schützen.

Wir sind in neun Interzonenkonferenzen in den Jahren 1946, 1947 und 1948 zusammengekommen, um diese Schicksals- und Notgemeinschaft der Werktätigen zu schaffen und die Entnazifizierung und Demokratisierung der Wirtschaft zu beraten. Wir haben auch sehr schnell, und zwar schon im November 1946, Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund bekommen, eine Organisation, die damals schon 69 Länder der Welt umfaßte. Damals wurde gesagt, wir sollten an der großen Exekutivtagung in Prag im Juni 1947 teilnehmen. Dort ist nach zweitägiger Diskussion über das deutsche Problem, angesichts unserer Arbeit, die wir in Gesamtdeutschland geleistet hatten, und nachdem zwei internationale Kommissionen im Abstand von zwölf Monaten unsere Arbeit geprüft hatten, einstimmig von 65 Nationen beschlossen worden, die deutschen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund wieder zuzulassen. Wir waren sehr optimistisch gestimmt, als wir sahen, daß der Wille zur Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund vorhanden war, und wir haben uns gesagt: Wir werden an die Arbeit gehen und werden den gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund schaffen.

Aber auf einer Konferenz, die etwas später stattfand, erklärten die Amerikaner sehr deutlich, daß ohne die Zustimmung des Kontrollrates ein gesamtdeutscher Zusammenschluß der Gewerkschaften nicht möglich sei. Dann haben unsere Kollegen im Westen im September 1947 offiziell bei General Clay den Antrag auf Bildung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes gestellt. Clay hat darauf geantwortet, solange ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in Deutschland nicht geschaffen sei, könne man einen gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund nicht bilden.

In der Folgezeit hat sich dann gezeigt, daß immer stärkere Kräfte gegen uns auftraten. Nicht nur die USA, sondern auch die englische und französische Militärregierung haben sich Mühe gegeben, die Gewerkschaften in Westdeutschland von dem Gedanken der einheitlichen Bewegung abzubringen.

Wir haben trotzdem an den gesamtdeutschen Wirtschaftsfragen weitergearbeitet und haben in Gar-

misch-Partenkirchen im Mai 1947 ein Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Ich will einige Sätze daraus vorlesen, aus denen Sie erkennen mögen, wie die Vertreter der Gewerkschaften damals über eine Ordnung der Wirtschaft gedacht haben. In der Einleitung heißt es:

„Als die größte Massenorganisation im deutschen Volke sind sich die Gewerkschaften ihrer besonderen Verantwortung für den Wiederaufbau des neuen demokratischen Deutschlands bewußt. Daraus ergibt sich für sie Recht und Verpflichtung, ihre Auffassung und auch Forderung zum Ausdruck zu bringen. Dieses neue Deutschland muß auf gesichertem demokratischen Fundament erbaut werden und der Welt Garantien für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern bieten. Das deutsche Volk darf sich dieser Pflicht nicht entziehen, nach Maßgabe seiner Kräfte und Mittel die von der Nazigewaltherrschaft in der Welt angerichteten Schäden wiedergutmachen zu helfen. Die Gewerkschaften machen aber darauf aufmerksam, daß für die Sicherung der Demokratie und des Friedens ausreichende Lebensmöglichkeiten und eine soziale, dauernde Befriedigung aller Schaffenden die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Um diese Voraussetzungen in Deutschland zu schaffen, müssen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse neu geordnet werden. Dazu gehört:

1. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muß.
2. Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft, Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.“

In weiteren 5 Punkten wurde ein umfassendes Wirtschaftsprogramm formuliert, das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in ganz Deutschland gefordert. Diese Forderungen durften in der Bizone aber trotz einstimmigem Beschluß nicht durchgeführt werden. Im Gegenteil: Die Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments von Rheinland-Westfalen für die Sozialisierung wurden durch Befehl des General Robertson außer Kraft gesetzt. Ähnlich lag es bei den Beschlüssen des Hessischen Parlaments über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte — in einem mit Mehrheit beschlossenen Betriebsrätegesetz. General Clay verfügte trotz Urabstimmung der Wähler im Lande Hessen, wo mit 78% Mehrheit das Sozialisierungsgesetz verabschiedet wurde, die Reprivatisierung dieser Unternehmungen. Trotz Mehrheitsbeschlüsse der Länderparlamente für Niedersachsen und für Württemberg-Baden wurde das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft eingeschränkt. Diese Eingriffe in das parlamentarische und wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht waren ausschließlich die Folgen der Londoner Empfehlungen, die unter Mißachtung der Potsdamer Beschlüsse in Berlin und in Westdeutschland durchgeführt wurden.

Bereits am 14. Juli 1948 wurde im Auftrage der anglo-amerikanischen Regierung ein Abkommen zwischen den Gouverneuren beider Mächte für die Ausräuberung des Ruhrgebietes abgeschlossen, worin über Art und Umfang der Produktion, über Investitionen durch ausländische Interessenten, über Verteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate und eine Reihe anderer wirtschaftlich wichtiger Maßnahmen beschlossen wurde. In einer Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß die Zerreißung Deutschlands zu einem neuen Krieg treiben müßte, wenn es nicht gelingt, das Ruhrgebiet in die Verwaltung der deutschen Behörden zu bringen. Niemand glaubte damals an Westunions- und Atlantikpakte. In der Entschließung wurde ausdrücklich gesagt, daß, wenn das Ruhrgebiet in die alleinige Zuständigkeit der

Westmächte kommen würde, dies den Beginn eines neuen Krieges für Deutschland und vielleicht auch für die Welt bedeuten müßte.

Wir haben also die Entwicklung ganz richtig gesehen. Der Druck der Amerikaner ist so stark geworden, daß man uns verbot, von Berlin oder von der Ostzone nach dem Westen zu fahren, um dort weiter zu verhandeln. Dann ist der Marshall-Plan dazwischen gekommen. Während meine Kollegen in Rom saßen, um über weitere Maßnahmen zur Schaffung des gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes zu beschließen, tagte ein anderer Kreis in Heidelberg; dort waren die Vertreter aus den westlichen Zonen versammelt, die in London an der Marshall-Plan-Konferenz teilgenommen hatten. In Rom hatte man versucht, die Konferenz zu sprengen. Das war nicht gelungen. In Heidelberg wurde derselbe Versuch gemacht. Man sprach von einer Bluttransfusion, die aus Amerika nach Deutschland gelangen sollte, um der deutschen Wirtschaft zu helfen. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß wir schon einmal, nämlich nach dem ersten Weltkrieg eine solche Bluttransfusion erlebt haben. Dabei handelte es sich nicht um 18 bis 20 Mark pro Kopf, wie jetzt beim Marshall-Plan für Westdeutschland. Wir erhielten vielmehr 34 Milliarden ausländischer Kredite und haben es erlebt, daß das zur größten Blutvergiftung für Deutschland geworden ist: Eine Arbeitslosigkeit von 7 Millionen in Deutschland und von 25 Millionen in der Welt ist aus den riesigen Krediten entstanden, die plötzlich zurückgezahlt werden mußten. Diese Warnung hat erreicht, daß von den Konferenzteilnehmern nur drei einer Entschließung zugestimmt haben, die den Marshall-Plan für Deutschland begrüßte. Das war die Situation, als wir uns in Heidelberg im Mai 1947 getrennt haben.

Dieser Marshall-Plan ist nun bereits in eine Krise geraten. Wir haben in der Presse gelesen, daß die 19 Marshall-Plan-Länder die Auflage bekommen hatten, bis zum 15. Dezember des vorigen Jahres einen gemeinsamen Plan auszuarbeiten. Zunächst sollte jedes Land für sich einen Plan aufstellen, und dann sollte ein gemeinsamer Plan erarbeitet werden. Das ist bis heute nicht gelungen: Die gegensätzlichen Interessen der Industrieländer ließen es dazu nicht kommen.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Ausfuhr der Bizone im Jahre 1948 nicht ganz 2 Milliarden DM betragen hat, dagegen die britische Ausfuhr mehr als 20 Milliarden. Beide Länder haben fast die gleiche Einwohnerzahl: Westdeutschland 45 Millionen und England 47 Millionen!

Die industriellen Unternehmerverbände haben die britische Regierung vor Wochen gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, um die deutsche Ausfuhr noch mehr einzuschränken. Insbesondere beunruhigte sie die deutsche Autofabrikation. Während die Ausfuhr aus der britischen Zone im Jahre 1946 noch 21 000 Autos betrug, waren es ein Jahr später nur noch 16 600 Autos. Diese Unternehmerverbände haben auch darauf hingewiesen, daß insbesondere bei der Ausfuhr von optischen Instrumenten von Deutschland angeblich Dumpingpreise angeboten worden seien. Diese Aufträge aus dem Ausland hätten die Engländer sehr gern ausgeführt, ihr Angebot lag aber 10 000 Pfund über dem Preis, den Deutschland gefordert hatte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß 16 600 Autos und kleine Posten optischer Instrumente eine Konkurrenz für England ausmachen, dann dürfen wir nicht übersehen, daß Amerika im Jahre 1948 z. B. über 5 Millionen Autos gefertigt hat. So spielt sich vor unseren Augen ein Konkurrenzkampf auf Kosten des verarmten Deutschland ab.

Deutschland ist gleichsam zum Exerzierfeld für die Auseinandersetzung in der Wirtschaftspolitik geworden. Die eine Seite hat zunächst für Westdeutschland angeordnet, daß das freie Spiel der Kräfte, die Gewerbefreiheit usw. eingeführt werden sollen, während wir meinen, daß in einer zerstörten, demontierten und demobilisierten Wirtschaft nur eine Planwirtschaft möglich ist. Alle Maßnahmen, die in Berlin und in der Ostzone auf dem Gebiete der Planwirtschaft getroffen werden, versucht man vom Westen her durch Wäh-

rungsmanipulationen zu stören. Wir haben zwei Währungen in Berlin — zum Schaden der werktätigen Menschen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Arbeitslosigkeit in den Westsektoren bereits die Zahl von 130 000 erreicht hat, daß rund 20 000 Betriebe stillgelegt sind oder in Kurzarbeit ihre Arbeiter und Angestellten beschäftigen. Es ist interessant, daß der Geschäftsführer der Westberliner Notgemeinschaft erklärt hat, daß in Berlin durch die Luftbrücke und die Währungsmanipulationen ein wirtschaftliches Leichenfeld entstanden ist.

Die Krisenerscheinungen, die wir in Berlin beobachten, treten auch deutlich in den Westzonen hervor. Professor Dr. Bade, der leitende Direktor des Weltwirtschafts-Instituts in Kiel, der früher der landwirtschaftliche Experte für die sozialdemokratische Partei im Reichstag war, berichtete kürzlich über die Lage in Westdeutschland unter anderem:

„Daß nicht schon Millionen Menschen in dem künstlich überbevölkerten und durch Außenhandelsdrosselung, Demontagen und erzwungenen Rohstoffexport abgeschnittenen Westdeutschland verhungert sind, liegt einzig und allein an den Lebensmittelsendungen zu Lasten der amerikanischen Steuerzahler. Bis zum Jahre 1948 wird Westdeutschland etwa 2,2 Milliarden Dollar erhalten haben, was einer Verschuldung von über 7 Milliarden Mark entspricht. Trotz dieser Hilfsmittel ist der westdeutsche Fettverbrauch nur die Hälfte, der Fleischverbrauch nur ein Siebentel der Menge gegenüber England.“

Das ist die Situation, in der man in Westdeutschland lebt.

Die Folgerungen aus dieser Situation liegen auf der Hand: Wir müssen aus dieser privaten Konkurrenzwirtschaft herauskommen und versuchen, gemeinsam eine planvolle Regelung in der deutschen Wirtschaft auf demokratischer Grundlage herbeizuführen.

Dann brauchen unsere westdeutschen Kollegen nicht mehr zu befürchten, daß die Zahl der Arbeitslosen ständig weiter steigt, die heute schon auf Grund des Marshall-Planes über 1 Million beträgt, denn Amerika exportiert seine Arbeitslosen nach Europa. Wir werden den Kampf um die wirtschaftliche und politische Einheit in ganz Deutschland weiterführen, weil wir genau wissen, daß im Westen, Süden und Norden Deutschlands Millionen Arbeiter mit uns der gleichen Auffassung sind: Wir wollen nicht noch einmal in eine Massenarbeitslosigkeit hineinkommen, und wir wollen endlich in Deutschland eine Friedenswirtschaft aufbauen.

Es genügt heute nicht mehr, den Frieden zu wollen und Demonstrationen mit der Parole „Nieder mit dem Krieg!“ in Deutschland durchzuführen, denn all das haben wir in den zurückliegenden Jahren getan. Heute ist es notwendig, für den Frieden zu kämpfen und dafür alle wirklich fortschrittlichen und demokratischen Männer und Frauen sowie die Jugend aufzurufen. Im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft hat das deutsche Volk bereits einmal versagt und dieses Versagen mit schweren Opfern an Gut und Blut und mit der Preisgabe seiner nationalen Selbstbestimmung bezahlen müssen. Das deutsche Volk ist es, das für die Durchführung zweier Weltkriege verantwortlich gemacht worden ist. Wir haben daher die große sittliche und moralische Verpflichtung, alle Kräfte einzusetzen, damit eine dritte Katastrophe nie wieder über unser Volk kommt. Sie wird aber nur verhindert werden können, wenn die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Zweige der Wirtschaft aus den Händen derjenigen Kreise genommen wird, die ihre Macht mißbrauchen, und die nichts getan haben, um den Frieden zu sichern. Das Gemeineigentum an Grund und Boden, an den entscheidenden Schlüsselindustrien und ihre Überführung in das Gemeineigentum des ganzen Volkes ist die beste Friedensgarantie und gibt uns die Gewißheit, daß wir in gemeinsamer, besserer und steigender Arbeitsleistung den Lebensstandard des ganzen Volkes heben werden.

ANHANG

Zur westdeutschen Wirtschaftslage

Die folgenden Tabellen und Schaubilder sind entweder von Institutionen der westlichen Besatzungsmächte selbst oder von solchen Stellen, die von ihnen lizenziert sind, ermittelt worden.

I. Einzelhandelspreise in der Bizone
Steigerung seit der Währungsreform

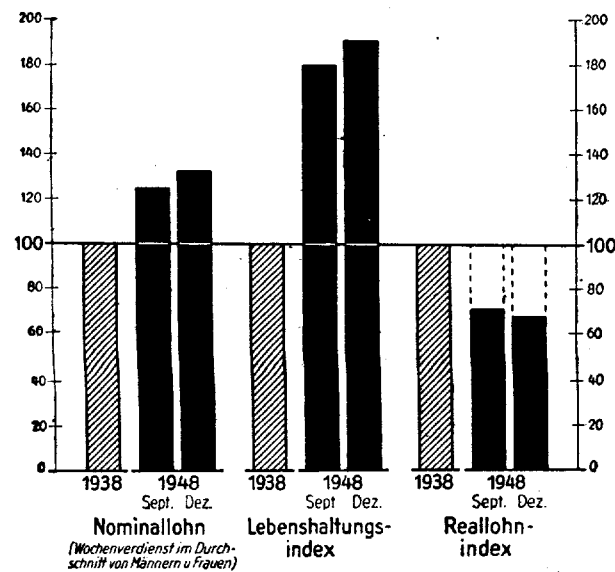
	1948					1949		
	15. 6.	30. 10.	30. 11.	30. 12.	30. 1.	30. 1.	15. 2.	
Bekleidung:								
Arbeitshemden . . .	100	262	216	242	270	230		
Damenstrümpfe . . .	100	575	550	450	320	331		
Arbeitsschuhe . . .	100	152	155	160	152	152		
Nahrungsmittel:								
Mischbrot	100	110½	110½	108	108	121		
Weizenmehl	100	147	147	147	147	147		
Speisekartoffeln . . .	100	—	108	115	115	115		
Rindfleisch								
Hamburg	100	183	183	183	183	183		
München	100	—	137	137	137	137		
Brennstoff:								
Briketts	100	117	116	119½	119½	119½		
Hausrat:								
Emaillierkochtöpfe . .	100	140	144½	131	121	126		

Lt. Statistische Monatszahlen des Statistischen Amtes d. Ver. Wirtschaftsgebietes, Nr. 7, 1949.

Seit der angeblich so geglückten Währungsreform sind die Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände und Hausgeräte bis gegen Ende des abgelaufenen Jahres scharf und ständig gestiegen. Für einige Bekleidungsgegenstände haben sie sich vervielfacht. Seit der Jahreswende ist zwar in einigen Sparten ein gewisser Rückschlag der übersteigerten Preisbewegung erfolgt, der jedoch seit Februar völlig zum Stillstand gekommen, ja sogar nunmehr von einer neuen Aufwärtsbewegung abgelöst worden ist.

II. Reallohn in der Bizone

Gegenüber diesem steilen Anstieg der Preise haben sich die Löhne so gut wie gar nicht verändert. Die im letzten Quartal 1948 erfolgte Aufhebung des Lohnstopps hat nur ganz geringfügige Lohnerhöhungen zur Folge gehabt, die in gar keinem Einklang zur Preisentwicklung stehen. Infolge der Verteuerung der Lebenshaltung



Lt. Wirtschafts-Wissenschaftliches Institut.

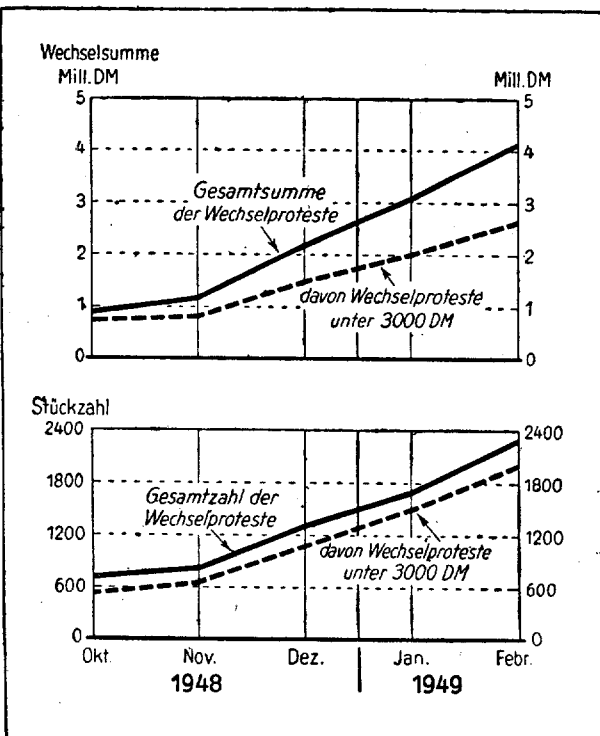
tungskosten ist die tatsächliche Entlohnung, der sogenannte Reallohn, d. h. die Warenmenge, die der Arbeiter mit seinem Lohn einzukaufen imstande ist, auf einen Stand zurückgegangen, der durch den vorstehenden Vergleich mit den Vorkriegsziffern besonders verdeutlicht wird.

III. Arbeitslose in der Bizone
seit der Währungsreform

1948	Juni	414 595
	Juli	650 514
	August	768 181
	September	767 757
	Oktober	723 173
	November	701 138
	Dezember	742 888
1949	Februar	1 038 183
	31. März	1 132 140

Lt. westlich lizenzierte Tagespresse.

Die Verschlechterung der wirklichen Lohnverhältnisse, die Tatsache, daß für die erarbeiteten Löhne und Gehälter eine wesentlich geringere Menge von Waren gekauft werden kann, als in normalen Zeiten, illustriert die Lage der Lohnempfänger. Unendlich viel schlimmer steht es um diejenigen, welche seit der Währungsreform arbeitslos geworden sind. Ihre Ziffer hat sich vom Juni 1948 an bis zum 1. April nahezu verdreifacht.



IV. Wechselproteste

Aber es sind nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die der Wirtschaftsumschwung zur Strecke gebracht hat. Von der „Bereinigungskrise“, wie es in der Ausdrucksweise der Verfechter der zügellosen freien Wirt-

schaft heißt, werden auch die Unternehmer betroffen. Die Anzahl der Geschäftsleute, die die Wechsel, mit denen sie ihre Wareneinkäufe bezahlt haben, am Fälligkeitstage zu Protest gehen lassen müssen, d. h. nicht einlösen können, wächst. Vom November 1948 bis zum Februar dieses Jahres hat sich die Zahl der protestierten Wechsel verdreifacht. Bemerkenswert ist dabei, daß zum Beispiel im Monat Februar 85 v. H. der protestierten Wechsel auf Beträge unter 3000 Mark lauteten. Es sind also in erster Linie die kleinen und mittleren Fabrikanten und Handelsfirmen, die infolge des Absatzrückganges, der wiederum auf die verschlechterte Kaufkraft der Arbeitenden zurückzuführen ist, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen konnten.

Diese Zunahme der Wechselproteste droht, neue Schäden und Schwierigkeiten mit sich zu führen. Die Banken werden nämlich in Zukunft bei der Bevorschussung von Wechseln, dem sogenannten Wechseldiskont, das wachsende Risiko der Nichteinlösung dadurch in Rechnung stellen, daß sie auf ihren Zinssatz eine Risikoquote aufschlagen. Das bedeutet die Erhöhung eines Unkostenfaktors, nämlich der Zinsen, in Produktion und Handel.

V. Konkurse und Vergleichsverfahren

November 1948	18
Dezember 1948	40
Januar 1949	90
Februar 1949	208
März 1949	275

Quellen: „Nachrichten für Außenhandel“ vom 2. 4. 1949. „Der Morgen“ Nr. 34 vom 10. 2. 1949 und Nr. 76 vom 31. 3. 1949. „Die Welt“ Nr. 18 vom 12. 2. 1949.

Ein noch deutlicheres Spiegelbild der Verwüstungen, die diese Wirtschaftsentwicklung unter den selbständigen Gewerbetreibenden angerichtet hat, geben die Ziffern über die Konkurse und Vergleichsverfahren in der Bizone. In der kurzen Zeit vom November vorigen bis zum März dieses Jahres ist die Zahl der zusammen-

gebrochenen Firmen in der Bizone auf das Fünfzehnfache gestiegen.

	Ausfuhr aus der Bizone	
	Anteil am Gesamtexport	
	1936	1948
Nahrungsmittel	1,8%	—
Rohstoffe	8,8%	60,5%
Halbfabrikate	9,6%	17,5%
Fertigwaren	79,8%	22,0%

Quellen: Statistische Monatszahlen d. Statistischen Amtes des Ver. Wirtschaftsgebietes. 7. 1949.

Monthly Statistical Bulletin of the Control Commission for Germany.

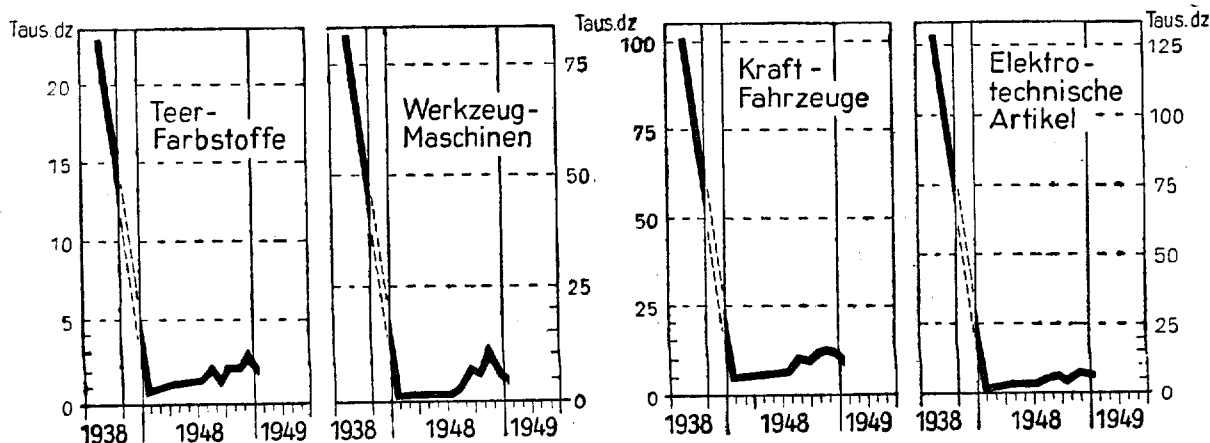
Deutschland-Jahrbuch 1949, West-Verlag, Essen.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Präsident Dr. Friedensburg).

Ein Hauptbestandteil der Politik des Marshall-Planes ist die von der Marshall-Plan-Behörde ausgeübte Lenkung des Außenhandels. Normalerweise ist Deutschland mit seiner hochentwickelten Veredlungsindustrie und seinem geschulten Facharbeiterstamm das klassische Land der Ausfuhr von Fertigwaren. Dagegen besteht ein hoher Einfuhrbedarf an Rohstoffen, während die wichtigen deutschen Bodenschätze, vor allem Kohle, die für die Fertigung deutscher Qualitätswaren notwendig sind, in erster Linie dem Inlandsverbrauch dienen.

Um die auf einen kleineren Raum zusammengedrückte verhältnismäßig größere Bevölkerung Deutschlands zu ernähren, muß der Export wesentlich gesteigert werden, das bedeutet: erhöhte Fertigwarenausfuhr, erhöhte Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhren! Statt dessen zeigt der Außenhandel der Bizone im Verhältnis zu den Vorkriegsziffern eine katastrophale Schrumpfung des Anteils der Fertigwarenausfuhr am Gesamtexport bei gleichzeitigem Anschwellen der Rohstoffausfuhren. Eine weitere Wirkung des westalliierten Außenhandelsdikts macht sich beim Vergleich mit den Nachkriegsziffern bemerkbar: Der Anteil des Fertigwaren-Imports an der Gesamteinfuhr der Bizone hat sich von 1947 bis 1948 mehr als verdoppelt, obwohl diese Waren zum nicht geringen Teil in Deutschland in derselben Qualität hergestellt werden könnten.

Der Rückgang der Fertigwaren-Ausfuhr von 1938-1940



VIII.

Die Dezimierung der Ausfuhr deutscher Qualitätswaren unter dem Marshall-Plan gegenüber nor-

malen Friedensverhältnissen illustriert das obige Schaubild.

IX.

Die Ein- und Ausfuhr der Bizone im Jahre 1948

	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Mill. RM/DM	%	Mill. RM/DM	%
Insgesamt	3164	100,0	1817	100,0
USA	1574	49,8	108	6,0
Großbritannien	129	4,0	256	14,0
Niederlande	122	3,8	224	12,4
Schweden	94	2,9	75	4,2
Luxemburg-Belgien	80	2,5	263	14,4
Brit.-Malaya	78	2,4	—	—
Italien	68	2,1	69	3,8
Norwegen	64	2,0	—	—
Kuba	60	1,8	—	—
Dänemark	47	1,5	53	3,0
Schweiz	—	—	128	7,1
Österreich	—	—	121	6,3

Lt. Hamburger Hafennachrichten Nr. 21 v. 15. 2. 1949

Die JEIA, das anglo-amerikanische Instrument zur Lenkung des westdeutschen Außenhandels, ist in ihren leitenden Stellen von amerikanischen Wirtschaftlern besetzt. Sie nutzen ihre Doppelrolle als Okkupationsbeamte und Geschäftsmänner dazu aus, sich die größten Exporte amerikanischer Waren nach Deutschland zu sichern und die deutschen Produkte ihrem Lande möglichst fernzuhalten. Die obige Tabelle zeigt, daß fast genau die Hälfte der Einfuhr in die Bizone aus amerikanischen Erzeugnissen besteht, während nur 6 Prozent der bizonalen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten geht.

Unter dieser Gewichtsverlagerung zu Lasten der übrigen an der deutschen Ausfuhr interessierten Mächte hat sogar das verbündete Groß-Britannien zu leiden, das sich mit dem kläglichen Anteil von 4 Prozent an der Einfuhr in die Doppelzone begnügen muß. Wenn man bedenkt, daß in der JEIA auch britische leitende Beamte sitzen, erkennt man aus dieser Benachteiligung Groß-Britanniens sehr deutlich das Übergewicht Washingtons über seinen kleineren Bundesbruder.

X.

Auslandsverschuldung der Bizone

Bisherige Marshall- schulden	Lebens- mittel- importe	bis 1. 3. 1949		
		Bisher be- kanntge- bene Luft- brücken- schulden	Sonstige	Zusammen
		in Millionen Dollar		
500	2 200	150	300	3 150
		in Millionen Mark		
1 650	7 260	495	990	10 395

Vergleiche dazu die gesamte Jahres-Steuereinnahme der Bizone: 17 838,5 Millionen Mark

Die Lieferungen, die dem Westen Deutschlands auf Grund des Marshall-Plans aufgezungen worden sind, haben zu einer so hohen Schuldenlast geführt, daß schwer vorstellbar ist, wie sie jemals wieder abgeburdet werden soll. Da die exakten Ziffern sowohl von den Besatzungsbehörden als auch von den deutschen Amts- stuben streng geheim gehalten werden, beruhen die vorstehenden Angaben als einzige der hier aufgeführten Zahlen auf Zusammenstellungen aus indirekten Quellen.

Eine Abdeckung dieser Schulden ist schon aus dem Grunde nicht abzusehen, weil die Wirtschaftslage in den drei Westzonen es völlig unmöglich macht, irgendwelche Reserven herauszuwirtschaften, die man zu einer späteren Abzahlung der Auslandsverpflichtungen ansammeln könnte. Die Hauptschuld an diesem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Staatshaushalten der westlichen Länder tragen die Besatzungskosten, die der Wirtschaft der Trizone auferlegt worden sind. Wenn man von den aufgeblähten Ziffern vor der Währungsreform absteht, so ergeben die nachstehenden Summen für das halbe Jahr von der Währungsreform bis zum Ende 1948 ein erschütterndes Bild von dem Umfange dieser nachträglichen Kriegskontribution.

XI.

Besatzungskosten eines halben Jahres
21. 6. bis 31. 12. 1948

	Absolute Ziffern Mill. M.	% vom Steuer- aufkommen	Halbjahres- betrag pro Familie Mark
Bizone	1729	37,2	167,60
Franz. Zone . .	233	52,4	184,92
Tri-Zone	1962	38,5	167,80

„Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart v. 27. 11. 1948.

Zur Verdeutlichung dieser Ziffern sei daran erinnert, daß diese wenigen fremden Divisionen auf deutschem Boden einen Betrag verschlingen, der in diesem einen halben Jahr etwa das Sechsfache von dem ausmacht, was die gesamte deutsche Reichswehr, Marine und Luftwaffe im Jahre 1933 gekostet haben, nämlich 668 Millionen Mark, was auf eine vierköpfige Familie verteilt, damals eine Halbjahresausgabe von nur 20 Mark bedeutete.

Die Bürde der Besatzungskosten wiegt um so schwerer, als sie ständig im Anwachsen begriffen ist. Das Land Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, dessen Regierung sich kürzlich mit einem Notschrei über diese Last — natürlich vergebens — an die Besatzungsbehörde gewandt hat, mußte im Haushaltsjahr 1945 den Betrag von 342 Millionen, im folgenden Jahre 918 Millionen und im Rechnungsjahr 1947 gar 1,6 Milliarden Mark für den Unterhalt der Besatzungsmacht ausgeben. Da in dem letztgenannten Jahr das gesamte Steueraufkommen des Landes nur etwas über 3,05 Milliarden betrug, machten die Besatzungskosten 44 Prozent der Steuereinnahmen aus.

Zu den in den Länderhaushalten erfaßten Besatzungskosten treten noch diejenigen Leistungen für die Besatzung, die von den Besatzungsbehörden nicht als etatsmäßige Besatzungskosten anerkannt sind. Zur Gewinnung eines vollständigen Bildes der Besatzungskostenlast ist es unbedingt notwendig, auch diese außerhaushaltmäßigen Leistungen zu erfassen. Nach einer Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Präsident Dr. Ferdinand Friedensburg) für das Haushaltsjahr 1946 bis 1947 beliefen sich die budgetmäßig anerkannten Aufwendungen der westlichen Besatzungszonen auf insgesamt 5,6 Milliarden Mark, dazu kommen Leistungen aus laufender Produktion in Höhe von 2 und Geldleistungen in Höhe von 0,6 Milliarden Mark. Die Gesamtaufwendungen erhöhen sich also um fast 50 Prozent.

Das Dreimächteabkommen über verbotene und beschränkte Industrien

Wortlaut und Erläuterungen

Gemäß den Anweisungen, die der amerikanische, britische und französische Militärgouverneur und Oberbefehlshaber von ihren jeweiligen Regierungen erhalten haben, um das nachstehend aufgeführte Abkommen bezüglich beschränkter und verbotener Industrien in den amerikanisch, britisch und französisch besetzten Gebieten Deutschlands (im nachfolgenden für die Zwecke dieses Abkommens als Deutschland bezeichnet) abzuschließen, verkünden sie hiermit das sofort in Kraft tretende Abkommen wie folgt:

I. Die in den Abkommen niedergelegten Verbote bleiben bis zur Friedensregelung in Kraft. Die in dem Abkommen niedergelegten Beschränkungen bleiben bis zum 1. Januar 1953 oder bis zur Friedensregelung in Kraft (je nachdem, welcher der beiden Termine früher liegt), und weiterhin nach Vereinbarung.

Die Tatsache, daß die Verordnung mindestens mit dem Gedanken spielt, es werde am 1. Januar 1953 immer noch kein Friedensvertrag zustande gekommen sein, ist für die wahren Absichten der westlichen Besatzungsmächte überaus aufschlußreich.

II. Maßnahmen im Rahmen der Machtbefugnisse der Militärgouverneure unter den Bestimmungen dieses Abkommens sollen durch einstimmigen Beschluß getroffen werden.

III. Die Erzeugung und Herstellung folgender Stoffe und Kriegsmaterialien soll verboten und alle Betriebsanlagen und Ausrüstungen für ihre Erzeugung oder Herstellung, die nicht schon entfernt oder zerstört sind, sollen sobald wie möglich aus Deutschland entfernt oder zerstört werden:

- a) die in Tabelle A des Kontrollratsgesetzes Nr. 43 Anlage A) aufgeführten Stoffe;
- b) Rohmagnesium;
- c) Beryllium.

Das zusätzlich zum Kontrollratsgesetz ausgesprochene Verbot der Erzeugung von Magnesium macht es unmöglich, ein Leichtmetall von so hoher Festigkeit und Beständigkeit wie das Magnalium herzustellen, einer Legierung aus Aluminium und Magnesium. Der Wegfall dieses hochwertigen Produktes wird sich in vielen Friedensindustrien (z. B. Haushaltgeräten) empfindlich bemerkbar machen. Außerdem wird Magnesium u. a. zur Herstellung von photographischem Blitzlicht, also einem reinen Friedensprodukt verwandt.

IV. Über Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung, Lagerung, Benutzung und Besitz radioaktiver Stoffe sollen die Militärgouverneure Gesetze erlassen.

V. Die Erzeugung von synthetischem Gummi und Butadien soll verboten werden.

Zur Durchführung der obengenannten Verbote sollen Co-Polymerisier-Anlagen, Forschungs- und Prüfungsanlagen für synthetischen Gummi und Anlagen zur Butadien-Erzeugung in den Werken in Huels, Ludwigshafen und Leverkusen entfernt oder vernichtet werden.

In der Erzeugung von synthetischem Gummi ist Deutschland in der chemischen Wissenschaft von jeher führend gewesen. Dadurch, daß nicht nur die vorhandenen Werke für die Buna-Erzeugung, sondern auch die Forschungs- und Prüfungsanlagen entfernt oder vernichtet werden müssen, machen die Westmächte eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Tätigkeit zur Entwicklung dieses wichtigen neuen Werkstoffs unmöglich. Das ist offensichtlich auch der Zweck dieses Zerstörungsbefehls.

Konkurrenz für die zum weitaus größten Teil im anglo-amerikanischen Besitz befindlichen Naturgummiplantagen dar.

Seit dem unmittelbar nach dem Zusammenbruch durch die westlichen Besatzungsmächte erlassenen Verbot für Buna-Herstellung werden in den Buna-Werken in Ludwigshafen Waschmittel erzeugt. Durch die Zerstörung dieser Betriebsanlagen wird auch diese Friedensproduktion unmöglich gemacht.

In den Karbidöfen der zu zerstörenden Buna-Werke wird ferner der Ausgangsstoff für Acetylen gewonnen, woraus Lösungsmittel, Kunstharze und Kosmetika hergestellt werden. Die nun befohlene Demontage schädigt gerade die deutsche chemische Friedensindustrie empfindlich, die stets ein Konkurrent der anglo-amerikanischen gewesen ist.

VI. Die direkte oder indirekte Erzeugung von Benzin, Öl und Schmierölen aus Kohle oder Braunkohle durch das Bergiusische Hydrogenier-Verfahren, die Fischer-Tropach-Synthese oder entsprechende Verfahren sollen verboten werden, bis — vorübergehend — auf die Mengen, die für die Erzeugung von Hydrokarbon-Wachsen zur Herstellung von synthetischen Fettsäuren für die Waschmittelproduktion unentbehrlich sind.

Die Synthese von Hydrokarbon-Wachsen durch das Fischer-Tropach-Verfahren soll nur so lange gestattet werden, wie die in Deutschland verfügbaren Fett- und Ölvorräte für die Herstellung von genügend Waschmitteln nicht ohne Zuhilfenahme synthetischer Fettsäuren ausreichen, keinesfalls aber nach dem 31. Dezember 1949.

Diejenigen Fischer-Tropach-Anlagen, die zur Zeit nicht mit der Synthese von Hydrokarbon-Wachsen beschäftigt sind, sollen sobald wie möglich aus Deutschland entfernt oder zerstört werden. Die beiden Fischer-Tropach-Anlagen, die mit der Synthese von Hydrokarbon-Wachsen beschäftigt sind, sollen nach Beendigung der Produktion so bald wie möglich aus Deutschland entfernt oder zerstört werden.

Das oben über die Leistungen der deutschen Wissenschaft bezüglich Buna Gesagte gilt in noch weit höherem Maß für die Erzeugung von Benzin aus Kohle. Der Heidelberger Professor Bergius war für seine Erfolge auf dem Gebiet der Hydrogenerierungsverfahren mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Nun wird die Arbeit ganzer Forschergenerationen und Forschungsschulen mit einem Schlage abgebrochen.

Auch hier sind in erster Linie Konkurrenzgründe für die Zerstörung maßgebend. Die amerikanischen und britisch-holländischen Petroleum-Magnaten werden sich ungestört von der Konkurrenz des deutschen synthetischen Treibstoffs mittels einer von ihnen diktierten Preisbildung für Benzin bereichern und sich nun auch in die Befriedigung des westdeutschen Bedarfs teilen können. Schon hat der englisch-holländische Shell-Petroleum-Trust in Harburg eine Fabrik errichtet, in der aus importiertem Rohöl auf deutschem Boden das Parafin hergestellt werden soll, das bisher aus heimischen Rohstoffen gewonnen worden ist. Gleiche Absichten hat der amerikanische Standard-Oil-Trust.

Für die westdeutschen Arbeiter bedeutet die Demontage der Buna-Werke und der synthetischen Stickstoffwerke den direkten Verlust von rund 2000 Arbeitsplätzen, während der indirekte Verlust durch die Rückwirkung auf andere deutsche Industrie- und Handelsbetriebe natürlich

werk, das dem Demontagebefehl zum Opfer fällt, wäre in der Lage gewesen, innerhalb weniger Monate die Produktion derart zu erhöhen, daß die drei Westzonen fast ihren gesamten Bedarf an Stickstoffdünger damit hätten decken können. Außerdem entfällt mit der Demontage der Chlorfabrikation die Produktionsbasis für verschiedene Kühlerschutzmittel, Lösungsmittel der Lackindustrie, zahlreiche Textil- und Färbereihilfsmittel und einer Reihe hochwertiger Kunststoffe. Auch die Erzeugung von Atznatron, einem unentbehrlichen Rohstoff der Kunstseidenproduktion, dessen Herstellung eng mit der Chlorerzeugung verbunden ist, wird nunmehr schwer beeinträchtigt.

Es geht also nicht nur um die Ausschaltung des Buna und des synthetischen Benzins vom Weltmarkt, sondern um die Dezimierung der einstmals in der Welt führenden deutschen chemischen Industrie überhaupt.

VII. Die Herstellung von Elektronröhren soll sich auf eine Liste von erlaubten Typen beschränken, die von Sachverständigen aufzustellen und von den Militärgouverneuren bekanntzugeben ist. Sie soll nicht über 10 Watt Streuung oder 250 Megahertz-Frequenz hinausgehen mit der Maßgabe, daß die Militärgouverneure Vollmacht haben, auf Veranlassung des Militärischen Sicherheitsamtes notwendigerfalls die Herstellung von Typen über 10 Watt Streuung (aber nicht über 250 Megahertz-Frequenz durch Lizenz zu genehmigen).

Die Beschränkung in der Herstellung von Elektronröhren liefert die deutsche Radioindustrie völlig der amerikanischen Konkurrenz aus: Elektronröhren finden Verwendung als Verstärker im Funkempfang und bei der Telephonie sowie als Senderöhren. Der Westberliner Radioindustrie, die ohnehin schon darniederliegt, wird damit wohl der Todesstoß versetzt werden.

VIII. Die Kapazitäten der folgenden Industrien sollen wie folgt beschränkt werden:

- a) Stahl auf die Kapazität, die nach der Entfernung der Reparationen verbleibt,
- b) elektrischer Bogen- und Hochfrequenzofen-Stahl auf die Ofenkapazität, die nach der Entfernung der Reparationen verbleibt,
- c) Rohaluminium auf die Kapazität, die zur Herstellung von 85 000 Tonnen Rohaluminium im Jahr ausreicht,
- d) Schiffsbau auf die Kapazität, die nach Entfernung der folgenden Werften als Reparationen (zuzüglich der vier Werften, die bereits zu Reparationszwecken zur Verfügung gestellt worden sind) verbleibt:
1206 Germania Werft, Kiel,
1235 Deutsche Werke, Kiel,
1287 Deutsche Werft Reiherstieg, Hamburg,
- e) Kugel- und Rollager auf die Kapazität, die nach reparationsweiser Entfernung derjenigen Werke und Einrichtungen verbleibt, die nötig sind, um in Deutschland eine Kapazität zu belassen, die ausreicht, um 33 Millionen Einheiten im Jahr bei Einsichtarbeit herzustellen, oder auf die augenblickliche Kapazität, je nachdem welche von den beiden niedriger ist,
- f) synthetisches Ammoniak auf die Kapazität, die nach Entfernung der Reparationen verbleibt,
- g) Chlor auf die Kapazität, die nach Entfernung der Reparationen verbleibt,
- h) Styryn auf eine Arbeitskapazität von 20 000 t jährlich.

IX. Die Stahlerzeugung soll auf 11,1 Millionen Tonnen jährlich begrenzt werden.

Die Erzeugung von Rohaluminium soll auf 85 000 Tonnen jährlich begrenzt werden. Die Einfuhren

von Bauxit und Tonerde sollen nicht besonders begrenzt werden, sie sollen aber von den Militärgouverneuren kontrolliert werden, um zu verhindern, daß sie über eine Anzahl von Monatslieferungen hinaus aufgestapelt werden. Diese Anzahl ist von den Militärgouverneuren zu bestimmen.

Die Erzeugung von Styryn soll auf 20 000 Tonnen jährlich begrenzt werden.

Der Abbau in der Stahlproduktion ist ein Schlag, der sich fast so folgenschwer auswirken wird, wie die weitgehende Vernichtung der chemischen Industrie. Die August-Thyssen-Hütte in Hamborn, die u. a. dieser Kapazitätsbeschränkung zum Opfer fällt, ist der modernste Großbetrieb der deutschen Metallurgie. Seine Vorkriegsproduktion betrug 2,3 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahre. Mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand hätte die Kapazität bereits wieder auf 1,2 Millionen Tonnen gebracht werden können. 80 v. H. der westdeutschen Produktion an Dynamo- und Transformatorenblechen werden zur Zeit in der August-Thyssen-Hütte erzeugt. Jede Million Tonne Rohstahl, die mehr erzeugt werden dürfte, würde die Neueinstellung von 100 000 Arbeitern in der eisenverarbeitenden Industrie gestatten. Auch der Bochumer Verein, die Edeltahlwerke in Bochum, die zu demontierenden Werke der Klöckner- und Hösch-Betriebe sind wesentliche Teile der eisenverarbeitenden Industrie Westdeutschlands gewesen.

X. Die Herstellung folgender Erzeugnisse soll verboten werden:

- a) Werkzeugmaschinen oder andere Fabrikationsausrüstungen, die eigens für die Herstellung von Waffen, Munitionen oder anderen Kriegsgeschützen bestimmt sind,
- b) Hilfs- oder Zusatzgeräte, Vorrichtungen, Werkzeuge oder andere Gegenstände, die keinem normalen Friedenszweck dienen und eigens dazu bestimmt sind, Werkzeugmaschinen oder andere Fabrikationsausrüstungen für die Herstellung von Waffen, Munition oder anderem Kriegsgeschütz umzuwandeln oder anzupassen.

Die Herstellung der im Anhang b) aufgeführten Werkzeugmaschinentypen soll verboten werden, außer unter einer Lizenz der Militärgouverneure auf Veranlassung des Militärischen Sicherheitsamtes, eine Lizenz, die normalerweise erteilt werden wird, es sei denn, daß die Militärgouverneure Grund zu der Annahme haben, daß diese Werkzeuge nicht für die Friedensproduktion bestimmt sind.

Außerordentlich katastrophal wird sich die auf ein Minimum reduzierte Produktion von Werkzeugmaschinen und anderen Fabrikationsausrüstungen auswirken. Außer der Tatsache, daß ganze Werkstätten verschwinden, ist den verbleibenden nur die Herstellung kleiner Typen von Drehbänken, Schmiedehämmern, Pressen und ähnlichem erlaubt. Diese Drosselung wird sich vor allem im Verkehrswesen, beim Bau von Automobilen und Lokomotiven, aber auch bei größeren Reparaturen störend bemerkbar machen. Die Kapazitätseinschränkung in der Produktion von Kugellagern trifft den westdeutschen Automobilbau besonders schwer.

Bemerkenswert ist eine der Werkzeugmaschinenfabrikation zugebilligte Möglichkeit der Produktion. Die Militärregierung kann nämlich unter Umständen die an sich verbotene Produktion von Werkzeugmaschinen hier gestatten — offenbar wird hier unter Billigung der Besatzungsbehörden dem Mißbrauch der westdeutschen Maschinenindustrie zu Aufrüstungszwecken ein Hintertürchen offengelassen!

XI. Der Bau von Schiffen, deren Tonnage und Geschwindigkeit die in der untenstehenden Tabelle enthaltenen Grenzen nicht übersteigen, soll in Deutsch-

land gestattet werden, mit der Maßgabe, daß keine Hochseeschiffe gebaut werden sollen, ehe nicht eine deutsche Küstenflotte wiederhergestellt ist, die den Anforderungen des europäischen und deutschen Wiederaufbaus entspricht. Solche Anforderungen werden von den Militärgouverneuren festgelegt und in Kürze bekanntgegeben werden.

Frachtschiffe für Trockenladung	12 Knoten 7200 BRT
Tanker	12 Knoten 7200 BRT
Fischereifahrzeuge und andere	
Schiffe, die keine Frachtschiffe	
sind	12 Knoten 650 BRT
Küstenfahrzeuge	12 Knoten 2700 BRT

Ungeachtet der obigen Anordnungen soll es Deutschland während der Zeit unter diesem Abkommen gestattet sein, aus dem Ausland bis zu 100 000 BRT Tanker mit einer Höchstgeschwindigkeit von 14 Knoten und 10 700 BRT sowie bis zu 300 000 BRT Frachtschiffe

für Trockenladung mit einer Höchstgeschwindigkeit von 12 Knoten und 7200 BRT zu erwerben.

Die Erhöhung der für deutsche Fischereifahrzeuge zugelassenen Tonnage von 400 auf 650 Tonnen bedeutet nur auf den ersten Blick eine Vergünstigung. Denn wie soll die Erlaubnis, größere Fischereifahrzeuge zu bauen, in die Praxis umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die letzten großen Werften und die letzte Walzenstraße für breite Schiffsbleche abmontiert werden? Der Sinn dieser einander widersprechenden Maßnahmen ist klar: Man hat die Großzügigkeit der Zulassung höherer Tonnage walten lassen müssen, weil man die in Amerika wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit unverwendbaren Liberty-Schiffe, die während des Krieges zur Bewältigung des Frachtraummangels konstruiert worden sind, an das von Schiffen entblößte Westdeutschland zwangsexportieren will.

Über 300 Betriebe werden demontiert

In Washington haben sich die Außenminister der drei westlichen Besatzungsmächte ferner über die Liste der zu demontierenden westdeutschen Werke geeinigt. Die Namen dieser über 300 zur Demontage verurteilten Werke wurden nicht oder nur auszugsweise veröffentlicht. Dagegen wurde die Liste der 159 von der Demontage ausgenommenen Betriebe bekanntgegeben. Auf diese Weise versuchten die Westmächte den Eindruck des vernichtenden Schlages abzuschwächen, der durch die Demontagen gegen die deutsche Wirtschaft geführt worden ist und noch geführt werden soll.

Die Namen der noch zu demontierenden Werke lassen sich nur dadurch ermitteln, daß man die 159 nicht zu demontierenden Werke von der Gesamtzahl der 918 Unternehmen abzieht, die auf der ursprünglichen Demontage-liste der drei Westzonen standen und dabei die in Westdeutschland bereits demontierten Werke berücksichtigt. Auf diese Weise ergibt sich die Zahl von über 300 Werken, die in Westdeutschland noch zu demontieren sind.

Bezeichnenderweise wurden in die Liste der 159 nicht zu demontierenden Produktionsstätten gerade solche Betriebe mit aufgenommen, die sowohl friedliche Arbeit leisten als auch der Kriegsproduktion dienen können.

Die Einigung der Westmächte über das, was von der westdeutschen Industrie zerstört wird und das, was bleiben darf, haben rund 150 000 deutsche Arbeiter in Düsseldorf, Bochum, Duisburg, Ludwigshafen und anderen Städten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zu bezahlen. Und die Notwendigkeit, Treibstoffe, Gummi und Düngemittel sowie eine Unzahl von Fertigfabrikaten aus dem Auslande einführen zu müssen, anstatt wie bisher sie von deutschen Arbeitern in deutschen Werken herstellen zu lassen, wird den deutschen Westen immer mehr in eine erdrückende Auslandsverschuldung, in Arbeitslosigkeit und Krise hineinreißen.

PROF. DR. KARL POLAK

VOLK UND VERFASSUNG

Beitrag zur Begründung des Entwurfs der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

INHALT:

- A. Volksherrschaft und Staatsgewalt.** 1. Geschichtliche Vorbemerkung.
2. Gewaltenteilung und Volkssouveränität
- B. Die Weimarer Verfassung.** 1. Die Deutsche Einheit, 2. Der Mechanismus der Gewaltenteilung
- C. Entwurf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.**
1. Das Prinzip der Volkssouveränität, 2. Die nationale Einheit, 3. Die Grundrechte des Bürgers und des Volkes und ihre Garantien

AUS DER EINLEITUNG:

Dieser Verfassungsentwurf baut auf der Erkenntnis auf, daß die nationale Selbständigkeit Deutschlands nur wiedererrungen und aufrechterhalten werden kann auf der Grundlage breitester Demokratie. Die autoritären und diktatorischen Mächte, die bisher Deutschland beherrschten, haben in der Führung der Nation versagt. Entweder gelingt es heute, den einfachen Mann aus dem Volke, die werktätigen Massen, entsprechend ihrem Gewicht und ihrer Bedeutung in der Gesamtnation an der Staatsführung zu beteiligen und so Deutschland zu einer wahren Demokratie werden zu lassen, oder Deutschland hat als Nation aufgehört! Die Restauration der alten Staatsmächte, die in Westdeutschland so krampfhaft versucht wird, erweist sich mehr und mehr als klägliches Manöver. Der Versuch der künstlichen Zersplitterung der Staatsgewalt muß scheitern angesichts der Einheit der Nation. Die widernatürlichen staatlichen Verhältnisse, die man hier dem deutschen Volke aufoktroiert, verschärfen die Widersprüche und beschleunigen darum nur die Einsicht in die Notwendigkeit der Herstellung einer auf breitester Grundlage aufgebauten Demokratie. Sie bewirken also das genaue Gegenteil von dem, was man erreichen will.

Der Demokratie fehlt zu ihrem Sieg nichts als das Bewußtsein ihrer Kraft! Die Aneignung dieses Bewußtseins aber erfordert die Abstreifung der längst abgelebten Schlangenhäute, die das böse Erbe eines langen Obrigkeitsstaates um den Leib unseres Volkes legte. — An die Stelle des obrigkeithlichen Staatswesens ist ein echt demokratisches zu setzen — ein Staat, der die Volksherrschaft sicherstellt.

Inhalt 48 Seiten und
4 Seiten Umschlag
DM **0,40**

**KONGRESS-
VERLAG**
G M B H

BERLIN W8, WILHELMPLATZ 8/9

25X1A

BERLINER *Informationen*

Herausgegeben vom Landesvorstand Groß-Berlin der SED, Abt. Werbung, Presse, Rundfunk

Nur als Manuskript gedruckt

ALLGEMEINE POLITIK **C**

abgeschlossen am 24. 11. 48

Über den Wert der an Polen abgetretenen Ostgebiete

Kommentar des stellvertretenden Intendanten des Berliner
Rundfunks, Wilhelm Girnus, vom 31. Oktober 1948

Können wir ohne die ehemaligen Ostgebiete leben?

In meinen beiden letzten Sonntagskommentaren vom 19. September und 3. Oktober hatte ich gesagt, die Oder-Neiße-Grenze sei meiner Meinung nach als endgültig und unwiderruflich anzusehen, das deutsche Volk müsse seine tiefeingewurzelten Vorurteile gegen das polnische Nachbarvolk aufgeben; jeder andere Weg bedeute Krieg und den endgültigen Untergang Deutschlands. Wir Deutsche stehen vor unserer letzten geschichtlichen Chance. Viele kritische Briefe haben mich daraufhin erreicht. Soweit die gegenteiligen Auffassungen meiner Kritiker sachlich gehalten sind, drehen sie sich alle um einen einzigen Punkt. Ich greife eine für alle anderen aus diesen Zuschriften heraus. Herr Ziegenhagen aus Berlin O 17, Caprivistraße 23, schreibt mir: „Wie können Sie uns nur glauben machen, wir kämen auch ohne die ehemaligen Ostgebiete aus. Sie behaupten, der Wohlstand eines Landes hänge nicht von seiner Größe ab. Das mag ja auch für viele Länder zutreffen; aber wir können nicht ohne die ehemaligen Ostgebiete auskommen. Uns fehlen eben die Agrargebiete. Wir könnten besser leben, wenn wir wenigstens einen Teil von den früheren Gebieten wiederbekämen.“ Ich irre mich gewiß nicht, wenn ich annehme, daß sehr viele Deutsche heute so denken wie dieser Briefschreiber, und da es sich hier um einen sachlich vorgetragenen Einwand gegen meine Auffassungen handelt, so möchte ich mich ernsthaft mit meinen Kritikern auseinandersetzen.

Verlust der Ostgebiete als Folge der falschen Politik gegenüber Polen

Zunächst muß ich einer falschen Auslegung meiner Worte vorbeugen. Ich bin durchaus nicht der Auffassung, daß die Eingliederung Schlesiens, Hinterpommerns, Süd-Ostpreußens, der Neumark und der Grenzmark in die polnische Republik keinen Verlust für uns bedeutet. Natürlich ist es ein Verlust. Aber während meine Kritiker diesen Verlust lediglich der Tatsache zuschreiben, daß Deutschland den Krieg verloren hat, gewissermaßen zufällig den Krieg verloren hat, oder gar irgendwelchen böartigen Haßgefühlen der anderen Völker gegen das deutsche Volk, so bin ich im Gegensatz hierzu der Ansicht, daß der Verlust dieser Gebiete das logische Resultat des von Deutschland entfesselten Krieges und einer ganz falschen, jahrhundertealten Politik gegenüber Polen ist. Ich war dieser Tage außerordentlich erfreut, zu hören, daß der große Dichter Arnold Zweig dieselbe Stellungnahme in dieser Frage einnimmt. Noch so ein Krieg, und von Deutschland bleibt nichts mehr übrig.

Die Überschätzung des tatsächlichen Wertes der Ostgebiete

Ein großer Teil des deutschen Volkes sieht die Welt heute nur durch die Hungerbrille. Das ist verständlich, aber es ist sehr gefährlich, denn diese Brille hat die Eigenschaft, das zu verkleinern, was man hat, und das zu vergrößern, was man nicht hat und was man gern haben möchte. Hätten wir die Ostgebiete, wie gut würde es uns allen doch gehen — so denken alle diejenigen Menschen, die die Welt durch diese Hungerbrille betrachten. Zwei Fehler liegen in dieser Rechnung, abgesehen von dem politischen, über den ich bereits früher sprach. Erstens: Ueber die Größenordnung des Verlustes machen sich fast alle Deutschen ganz falsche und übertriebene Vorstellungen. Und zweitens: Nicht je dünner die Bevölkerung eines Landes, sondern je dichter sie ist, desto größer sind die Chancen seines Aufstiegs, vorausgesetzt, daß das Land eine vernünftige Regierung hat. Deutschland hat durch die Oder-Neiße-Grenze im Vergleich zu 1938 24,4 vH seines ursprünglichen Gebietes verloren. Dies Gebiet lieferte aber nur 20 vH der deutschen Getreide-, 14 vH der Schweine- und 12 vH der Schlachtküheproduktion. Die Hektarerträge waren in diesen Gebieten niedriger als in allen anderen Teilen Deutschlands. Erstens, weil der Großgrundbesitz hier herrschte, und zweitens, weil die natürliche Bodenfruchtbarkeit in diesen Gebieten geringer ist. In Schlesien betrugen die Hektarerträge 14,1 dz, in Pommern 13,9, in der Grenzmark 12,1 und in Ostpreußen nur 11,8 dz. Der gesamtdeutsche Durchschnitt lag aber bei 15,3. Von der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion Deutschlands lieferten diese Gebiete etwa 16—18 vH. Das sind die Ziffern des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich vom Jahre 1932, also einer amtlichen Quelle. Aber damit ist das reale Gewicht dieser früheren Gebiete in der Lebensmittelversorgung noch nicht klar gekennzeichnet. Man muß gleichzeitig wissen, wieviel Menschen heute westlich der Oder-Neiße-Grenze zu ernähren sind. Vor 1938 waren es 59,8 Millionen. Dazu kommen jetzt 10 Millionen Umsiedler laut einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, für die Dr. Friedensburg verantwortlich zeichnet. Das sind zusammen etwa 69,8 Millionen Menschen. Von diesen 69,8 Millionen Menschen muß man aber 4,5 Millionen Kriegsverluste und etwa 300 000 durch die Gestapo ermordete Deutsche jüdischer Konfession abziehen, so daß auf dem heutigen deutschen Territorium rund 65 Millionen Menschen leben, das

bierte kommt nicht wieder in Frage. Also ist die Enteignung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung unter die Bauern und Landarbeiter aus dem Osten die einzig mögliche Lösung.

Zustimmung der Umsiedler für unsere Politik in der Ostzone

Es ist ein wahrhaft ermutigendes Zeichen für unsere Politik in der Ostzone, daß gerade aus den Kreisen ehemaliger Ostpreußen und Pommern zustimmende Briefe zu meiner Stellungnahme eingelaufen sind. So schreibt Herr Rudolf Rohrmoser aus Borna in Sachsen, Bebelstraße 73:

„Als alter Gumbinner möchte ich zu dem Gesagten Ihnen meine volle Zustimmung ausdrücken, die Ihnen insofern nicht gleichgültig zu sein braucht, da ich aus diesem weltanschaulich anderen Lager komme. Meine Zustimmung ist aufrichtig und ich wünsche Ihrem Streben, der Vernunft zum Durchbruch zu helfen, weiterhin Erfolg. Ich erinnere mich jetzt leider zu spät der Stimmen, die ich damals vor 20 Jahren nicht verstand. Ich entsinne mich auch Ihres Vortrages zu dem Thema der deutsch-polnischen Beziehungen an der Universität Königsberg im Jahre 1932. Damals schieden sich die Geister schon an den Voraussetzungen. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß Ihre Voraussetzungen die richtigen waren.“

Und aus Brünzow, Kreis Greifswald, schreibt mir Herr Willi Wegener, ein Junglehrer: „Ich kann nicht anders, ich muß sofort an Sie schreiben, um Ihnen zu sagen, was mich bewegt. Ich habe, genau so wie Sie, meine hinterpommerische Heimat verloren. Anstatt aber zu jammern und zu klagen, helfe ich mit am Aufbau unseres neuen demokratischen Deutschland, so gut ich eben kann. Obwohl ich meine frühere Heimat wirklich liebe, ja vielleicht gerade darum, ist es mir unverständlich, wie Menschen heute noch zum Kriege hetzen können. Ich habe den Krieg in seiner härtesten Form kennengelernt und habe ganz klar erkannt, daß eine Wiederholung dieses Verbrechens den Untergang des deutschen Volkes bedeuten würde. Um diesen Preis möchte ich meine Heimat nicht wiedersehen.“

Ich überlasse es allen Lesern selbst zu entscheiden, welche Politik für unser deutsches Volk vernünftig und vorteilhaft ist und welche Vergangenheit sich als verhängnisvoll erwies und in Zukunft nur mit dem Untergang der deutschen Kultur enden würde.

heißt 6 vH weniger als vor dem Kriege auf dem alten Gebiet. Diese 6 vH muß man von dem Nahrungsmittelbedarf abziehen. Da die Lebensmittel-erzeugung der verlorenen Ostgebiete etwa 16 bis 18 vH der deutschen Gesamterzeugung ausmachte, so beträgt der tatsächliche Verlust an Nahrungsmitteln der früheren Ostgebiete unter Umrechnung auf den gegenwärtigen Bevölkerungsstand Deutschlands rund 10 bis 12 vH, und diese Ziffer stimmt auch vollständig mit dem Anwachsen der Bevölkerungs-dichte im jetzigen Deutschland überein. 1939 betrug sie in den Gebieten westlich der Oder-Neiße 167,5 pro qkm, jetzt 185. Das bedeutet eine Erhöhung um 11 vH. 10 bis 12 vH also unserer gesamten Vorkriegs-erzeugung an Nahrungsmitteln. — Das ist der reale Verlust, der uns aus der Oder-Neiße-Grenze erwachsen ist. Alle anderen Vorstellungen darüber sind falsch und übertrieben.

**Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung
löst unser Ernährungsproblem**

Würde man unsere gegenwärtigen Rationen um diese 10 vH erhöhen, also würden Sie statt 400 Gramm Brot 440 Gramm Brot, statt 10 Gramm Fett 11 Gramm Fett, statt 25 Gramm Fleisch 28 Gramm Fleisch bekommen. Würden dann alle Menschen satt werden? Nein. Also ist nicht die Oder-Neiße-Grenze an unserer Ernährungslage schuld, sondern der Stand unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Dabei sehe ich ganz und gar ab von der Tatsache, daß der gegenwärtig niedrige Stand unserer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung eine Folge der Verheerungen des Krieges ist. Ich setze friedensmäßige Verhältnisse voraus. Es gibt Länder mit einer ganz anderen Bevölkerungsdichte als unser heutiges Deutschland. Holland zum Beispiel zählt 270 und Belgien sogar 285 Menschen auf den qkm. Trotz der größeren Bevölkerungsdichte war der Lebensstandard in diesen Ländern durchschnittlich immer höher als bei uns, selbst als Deutschland vor 1914 die polnischen Gebiete Posen-Westpreußen und die Kolonien besaß. Die Ansicht also, die Ernährungslage und der Lebensstandard eines Volkes seien um so besser, je größer der besiedelte Raum und je niedriger die Bevölkerungsdichte sind, ist durch und durch falsch. Genau das Gegenteil ist richtig: Wachsendes Volkseinkommen geht immer mit wachsender Bevölkerungsdichte Hand in Hand, und sie bedingen sich gegenseitig. Lediglich die Beherrschung der Wirtschaft solcher Länder wie Belgien und Holland durch eine kleine Clique allmächtiger Wirtschaftskönige, die den ganzen Reichtum der Nation an sich reißen, verhindert, daß die breite Masse der Bevölkerung an den Früchten ihrer eigenen Arbeit teilhat. Aber es ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, daß nicht nur das gesamte Volkseinkommen, sondern gerade auch die Erträge der Landwirtschaft trotz ihres Zurückbleibens hinter der industriellen Entwicklung unter dem Kapitalismus rascher gewachsen sind als die Bevölkerung. In Deutschland wuchs die Bevölkerung in den Jahren von 1895 bis 1913 um 24 vH. Die Hektarerträge für Roggen aber stiegen in der gleichen Zeit um 34 vH und die für Weizen sogar um 37 vH. In Belgien und Holland liegen die Hektarerträge wesentlich höher als in Deutschland. Sie betrugen in den dreißiger Jahren etwa 23 bis 24 dz gegen 16 bis 17 in Deutschland. Dieses Wachstum der landwirtschaftlichen Erzeugung wurde immer stärker gehemmt durch die Vorherrschaft der Industrie-

und Bankmonopole, die die Kali-, Phosphor-, Stickstoffproduktion und die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen sowie den Kredit beherrschten und Preise und Zins künstlich hochhielten und ihre Inanspruchnahme dem kleinen Landwirt unmöglich machten, vor allen Dingen aber durch die Kriege, die die Landwirtschaft um Jahrzehnte zurückwarfen. Alle maßgebenden landwirtschaftlichen Fachleute sind sich aber darin einig, daß es möglich ist, auch die deutsche Landwirtschaft auf eine entsprechende Höhe zu bringen und die Hektarerträge für Weizen wenigstens um 25 vH und die für Roggen bis 40 vH über den Friedensstand zu steigern. Der bekannteste bürgerliche Fachmann auf diesem Gebiet ist Dr. Friedrich Aereboe, der lange Jahre Professor für Betriebslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin war. Er hat bereits vor 20 Jahren nachgewiesen, daß auf dem damaligen Reichsgebiet rund 100 Millionen Menschen, das heißt also, umgerechnet auf das heutige Territorium westlich der Oder-Neiße-Grenze, wenigstens 80 bis 85 Millionen Menschen ernährt werden können ohne Einfuhren aus dem Ausland, wenn unsere Landwirtschaft in ihren Methoden und in ihrer Technik nur auf jenen Stand gebracht wird, der dem Durchschnittsniveau unserer heutigen Industrie entspricht. Den gleichen Standpunkt vertritt neuerlich der hannoversche Dozent Dr. Hans Hamann in einer Veröffentlichung „Das Agrarproblem im westlichen Deutschland“. Und ist es nicht im Grunde genommen grober wirtschaftlicher Unfug, daß wir Gemüse einführen aus einem Lande wie Holland, das um rund 50 vH dichter bevölkert ist als Deutschland? Der Boden in Belgien oder Holland ist von Natur nicht besser gewesen als der in Frankreich oder Deutschland. Seine heutige hohe Bodenfruchtbarkeit ist das Resultat menschlicher Arbeit, geistiger und körperlicher Anstrengung, und sagen wir es ganz offen, auch großer Opfer. **Menschliche Arbeit** — das heißt Anwendung modernster wissenschaftlicher Technik in der Landwirtschaft, ohne die Naturgesetze zu vergewaltigen. **Das ist der Schlüssel für die Lösung unseres Ernährungsproblems und nicht das Trachten nach Eroberungen durch neue Kriege, die Landwirtschaft, Industrie und Bevölkerung weiter ruinierten.** Die allererste Voraussetzung für diese Ertragssteigerung unserer Landwirtschaft ist die Entwicklung einer leistungsfähigen Friedensindustrie und die Steigerung des Leistungseffekts der Arbeit in Industrie und Landwirtschaft. Was heißt das? Das heißt Züchtung ertragreicherer Pflanzen- und Tierrassen, Ersetzung des Pferdes durch motorische Zugkraft, um die entsprechende Futterfläche für die Gewinnung von Fleisch, Milch und Fett frei zu machen. Das heißt Erfindung und Erzeugung hochwertiger synthetischer Spinnstoffe, um die entsprechende Anbaufläche der Lebensmittelerzeugung zu erschließen. Das bedeutet die Ausdehnung arbeitsintensiver Kulturen, des Hackfrucht- und Gemüsebaus usw.

Zweijahrplan und Hennecke-Bewegung garantieren Hebung unseres Lebensstandards

Die Voraussetzung für diese Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft und für ihre Intensitätssteigerung ist die vermehrte Erzeugung und Verbilligung der Kohle, der Düngemittel, der Verkehrsmittel, der landwirtschaftlichen Maschinen, aller anderen Produktionsmittel und Industrieware, an der die Landwirtschaft interessiert ist, denn ein Haupthindernis für die Anwendung der modernen Technik

durch die Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern und ein Hauptgrund ihres Zurückbleibens hinter der industriellen Entwicklung sind die künstlich hochgehaltenen Monopolpreise für diese Industriewaren im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produkten und die Höhe des Zinssatzes. Es ist kein Zufall, daß die Hektarerträge in Europa trotz ihrer Benachteiligung durch die Monopolindustrie dort am höchsten sind, wo die Zusammenballung von Bevölkerung und Industrie ihren höchsten Grad erreicht hat. Aus diesem Grunde ist der Zweijahrplan tatsächlich der einzig mögliche und richtige Weg zur Lösung unseres Ernährungsproblems, und die Leistung eines Hennecke ist für die Befriedigung unseres knurrenden Magens hunderttausendmal wichtiger als das aufgeregte Geschrei nationalistischer Spießbürger über die Ostgrenze, die in Wirklichkeit nicht einen Finger krumm machen, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen, in die Hitler und seine Helfershelfer sie hineingefahren haben. Übervölkerung ist nämlich genau so wie Entvölkerung immer nur das Resultat einer schlechten Politik und in Wirklichkeit nur ein anderer Ausdruck für Arbeitslosigkeit.

Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland löst das Umsiedlerproblem

Die imperialistischen Länder England, Frankreich und die Vereinigten Staaten besitzen riesige Territorien und Kolonien, und trotzdem herrscht dort Arbeitslosigkeit, also angeblich auch Übervölkerung. Das ist natürlich vollendeter Blödsinn. Das System taugt nichts, das diesen Menschen nicht Arbeit und Brot geben kann. Deshalb muß mit dieser falschen Politik bei uns in Deutschland aufgeräumt werden. Das ist auch der einzig vernünftige Weg, um jenen 2 1/2 Millionen ländlicher Umsiedler aus dem Osten eine entsprechende Lebensbasis in unserer neuen Heimat zu geben und ihr wertvolles Kapital an landwirtschaftlichem Wissen und Können nicht nutzlos verkommen zu lassen zum Schaden unserer Landwirtschaft und unserer Ernährung. Ich meine die Enteignung des Großgrundbesitzes im Westen und seine Verteilung unter die Umsiedler. Bei uns hier in der Ostzone sind rund 500 000 Hektar an Umsiedler verteilt worden, wodurch ungefähr 100 000 Umsiedlerfamilien mit zusammen 1/2 Million Menschen Land und Brot erhielten. Gewiß, auch bei uns ist die Lage der Umsiedler noch lange nicht so, wie sie sein könnte, wenn sich überall die maßgebenden Instanzen mit der notwendigen Energie für sie einsetzen und den Großbauern etwas mehr auf die Finger sehen würden, die die Arbeitskraft und das harte Los der Umsiedler gewissenlos auszubeuten versuchen. Erst kürzlich konnte ich in Mecklenburg und Thüringen diese Tatsache feststellen. Im Westen aber werden meine ostpreußischen und schlesischen Landsleute wie das Vieh in Baracken zusammengepfercht, während die Grundbesitzer in Saus und Braus leben. Würde man dort nach den gleichen Grundsätzen wie bei uns ihren Boden enteignen und verteilen, so könnten alle aus dem Osten stammenden Klein- und Mittelbauern ihren Neubauernhof erhalten. Aber gerade um das zu verhindern, sperrt man sie in Baracken und hetzt sie gegen den Osten auf. Dieser Plan muß scheitern, denn die Unzufriedenheit meiner ostpreußischen und schlesischen Landsleute im Westen wird so lange nicht verstummen, als sie dort als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt oder, besser gesagt, mißhandelt werden. Eine Rückkehr in die verlorenen Ge-



Ost oder West?

10 Pfg.



Wovon leben die Bewohner der Westsektoren?

Lebens- und Erwerbsgrundlagen der Berufstätigen und ihrer Familienangehörigen
(Frühjahr 1949) 1 Figur = 100 000 Einwohner



$\frac{1}{3}$ findet Arbeit
und Brot
im Ostsektor



nur $\frac{1}{3}$ arbeitet
in den West-
sektoren (die
 $\frac{2}{3}$ der Be-
liner Fläche
ausmachen)



$\frac{1}{3}$ ist arbeitslos
oder
Kurzarbeiter

Die Westmacht macht uns alle arm!

Es lebt sich gut in den Westsektoren — aber nur wenn man viel, wenn man sehr viel Westgeld hat. Wer hat viel Westgeld? Die Besatzungs-offiziere und ihre Schützlinge. Ehemalige Wehrwirtschaftsführer, die Mitglieder des Taberna-Magistrats, an der Spitze die Parteiführer der deutschen Spaltung, wie Suhr, Neumann, Swolinzky, Kaiser, Landsberg, ähnliche Hyänen der deutschen Not. Dem Rest der Westsektoren-bevölkerung, das sind etwa 90 Prozent, haben diese Katastrophen-anstifter das Leben zur Qual gemacht. Kein Licht, kein Verkehr, keine Arbeit, keine Zukunft. Hunger bei vollen Läden, Frieren bei großen Kohlen- und Holzbergen nebenan im Ostsektor. Das sind die Merkmale dieser Pein. Noch nie in der Weltgeschichte wurde einem Kultur-volk solch ein Paria-Dasein verachteter Kolonialklaven zugemutet. Warum? Für wen das alles?



In traurem Verein: ① Carl-Hubert Schwennicke (Gestapo), Konzerndirektor, z. Z. Vorsitzender der FDP, ② Jacob Kaiser, Vorsitzender der Spalter-CDU, ③ Anthony Eden, führender englischer Reaktionär, ④ Brigadier Benson von der englischen Militärregierung und der „Arbeiterführer“ ⑤ Franz Neumann, Vorsitzender der SPD. Geleckt und geschleckt, geschniegelt und gebügelt. So kann man „durchhalten“.

Berlins Totengräber jübeln

Da, seht sie euch an, Berliner. Glaubt ihr, daß die unser Wohlergehen im Auge haben? Das sind sie, denen ihr eure Misere, eure Angst und Unruhe zu verdanken habt. Denen euer nervenzermürbender Tageskampf völlig gleich ist. Sie haben Licht, sie sitzen warm bei Dinners und Drinks. Sie pflegen Plaudereien an angelsächsischen Kaminen. Dabei verhandeln sie eure Haut, während ihr an den Gashahn denkt. *Sie können lachen!* Ihre Taschen sind voll, eure leer. („Offizielles“ Monatseinkommen von Herrn Dr. Suhr (SPD): 3200 B-Mark.) Schluß damit! Jeder Berliner, gleich welcher Konfession und Parteirichtung, rufe seinen Gerechtigkeitssinn wach. Mit diesen kaltblütigen Meuchlern einer arbeitsfreudigen, aufbauwilligen Hauptstadt kann kein anständiger Berliner etwas gemein haben wollen. Fort mit ihnen aus Berlin, damit Frieden und Wohlstand in unsere Vaterstadt einziehn!



Freiheit der Persönlichkeit?
So „leben“ die Westberliner, während die
Luftbrückenstrategen am Kamin plaudern

2 der hunderttausende Betrogener

Das ist der Arbeiter Franz K.; Charlottenburg. Ein „Hundertprozentiger“: Wohnung, Arbeit und Lebensmittelkarten im Westsektor. (Gesicht auf seinen Wunsch unkenntlich gemacht, da er im Sektor der „Freiheit und Demokratie“ Verfolgungen fürchtet.)

Franz K. arbeitet jeden Tag schwer. Auf seinem Nachhauseweg steht er verbittert vor dem (aber nicht für ihn) gefüllten Schau- fenster mit den marktschreierischen Plakaten. Öffnen sich für ihn die Ladentüren durch die neue Vierklassenwährung in West- berlin? Im Gegenteil. Mit dem letzten Währungscoup ist praktisch der Lohnabbau schon da. Die nebenstehende einfache Rechnung beweist es. Sein Existenzminimum ist genau so bedroht wie das hunderttausender 60- oder 30%-Kollegen, die man mit dem Vierklassenwahnsinn nach dem Prinzip des „Teile und herrsche“ gegeneinanderhetzt. Den Währungsskandal haben nach eigenem Eingeständnis die UGO-Führer bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Dies wird Franz K. nie vergessen.

Der zweite, Herr Albert D., Wilmersdorf. (Gesicht un- kenntlich gemacht, Grund: siehe oben.) Durch die erneute Kauf- kraftminderung seiner Kundschaft steht er vor dem Ruin. (Siehe nebenstehende Preisgegenüberstellung). Das überteuerte Luft- brückenmaterial ist für ihn unerschwinglich, schaltet ihn auch automatisch von jeder Konkurrenzfähigkeit gegenüber der West- zone aus. Jene, die ihm schwärzeste Furcht einjagten mit dem Gespenst der „Enteignung im Osten“, haben ihn nun selbst mit ihrem neuesten Gaunerstück enteignet. Das sind die Tatsachen. Wird Herr D. die Konsequenzen daraus ziehen? Wird er sich weiter vom Bolschewistenschreck ins Bockshorn jagen lassen oder sich zu denen be- kennen, die für ein einheitliches Berlin mit einer Währung kämpfen?

W
sämtlich
Peber

AUSGABEN der werktätigen Familie Franz K.

10 Stunden wöchentlich zu 120 DM Stundenlohn monat-
licher Nettoverdienst 1200,- DM.

Miete	35,-
Lebensmittel auf Konten II, III, IV A und IV B	85,97
Gas, elektrisches Licht	8,24
Betriebskosten (Petroleum, Kerzen)	10,-
Kohlen und Holz	10,-
1 Schickbeseitigung im Monat	30,-
Wochenlohn	6,-
Fahrtgeld	10,-
Schulungsgeld für ein Kind	3,75
Schulmittel (Lehrbücher, Schreibhefte usw.)	1,50
Schulmittel (Lehrbücher, Schreibhefte usw.)	2,-
Rado	20,86
Zigaretten	6,-

Dabei ist keine Anrechnung auf Pensions-, Vorkasse-,
p.d., keine Körperschafts-, kein Zahnarztsgehalt, weder
Zahlungsgeld noch die geringste Ausgabe für Kultur,
Unterhaltung und Sport.

IST DIE WESTMARK MEHR WERT?

A Preise in den Westsektoren in D-Mark (Angeben laut
„Sozialdemokrat“)

B Preise im Ostsektor in D-Mark der deutschen Notenbank

	A (B-Mark)	B (D-Mark)
Herrnanzug	135,-	80,- bis 95,90
Herrenschack	8,-	2,50 bis 3,50
Damenanzug	12,50	7,- bis 8,-
Damenstrümpfe	7,50	2,50 bis 3,50
Herrenschuhe	40,-	20,- bis 25,-
Herrnunterhosen	15,-	4,50 bis 6,25

Lange
ELEKTRO
RADIO



Wieder

„Herrenmenschen“ und „Ostarbeiter“?

Durch die Vierklassenwährung diffamiert man nicht nur die Berliner, die ihren klaren Kopf behielten und sich im Ostsektor anmeldeten. Man bestrafte auch jene arbeitsamen Einwohner der Hauptstadt, die lieber im Ostsektor Arbeit annahmen, als arbeitslos herumzulongern und gezwungen zu sein, dunkle Schacher- und Schiebergeschäfte zu tätigen. So erhält ein Arbeiter mit der Währungs-kategorie II (Wohnung und Kartenanmeldung Westsektor, Arbeitsplatz Ostsektor) 60% seiner Lohnzahlung in B-Mark. Ein Arbeiter der Kategorie III (Wohnung Westsektor, Arbeitsplatz und Kartenanmeldung Ostsektor) erhält nur 30% seines Lohnes in B-Mark.

Gekrönt wird dieses System der „demokratischen Gleichheit und Freiheit“ durch Stockschläge auf den Magen für die Werktätigen der Währungs-kategorie IV (Wohnung und Arbeitsplatz Westsektor, Kartenanmeldung Ostsektor), die 10% Westmark erhalten.

Nach bewährtem Nazimuster wurde inzwischen stillschweigend auf dem Verwaltungswege die V. Klasse der „Währungs-unwürdigen“ geschaffen. Sie erhält keine Schiebermark. Angestellte der Reichsbahn, Redakteure von demokratischen Zeitungen und Mitarbeiter demokratischer Organisationen, die es wagten, die Wahrheit zu sagen, sowie Arbeiter, deren Beschäftigungsverhältnis nicht durch einen Sichtvermerk des Spaltermagistrats geweiht wurde — Kulturschaffende und freie Berufe hat man fürs erste überhaupt „vergessen“.

Soweit wäre der Schwindel raffiniert eingefädelt, wenn — nicht die Berliner den Betrug längst durchschaut hätten. Berlin ist keine englische Kronkolonie, die Berliner sind keine Kolonialsklaven, die man wie Hindukasten gegeneinanderhetzen könnte, um die Profite ungestört einzustreichen.

Alle sind betrogen, alle müssen sich darum zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließen, die 100-, 60-, 30-, 10- und 0%igen, die Arbeiter, Angestellten, Gewerbetreibenden und kleinen Geschäftsleute, die Kurzarbeiter, Rentner und Erwerbslosen.

Hunderttausende protestierten in einer großen Massenkundgebung am 26. März 1949 Unter den Linden. Einstimmig beschlossen sie, den Angriff auf ihre Lebensrechte durch einen solidarischen Kampf abzuwehren.

**Wie der Lohn, so die Miete,
Wie der Lohn, so die Gebühren,
Wie der Lohn, so das Fahrgeld,
Wie der Lohn, so die Steuern.**

Einstimmig verlangen sie: Fort mit der B-Mark, für ein einheitliches Berlin in einem einheitlichen Deutschland

OSTMARK

Erhöhte Kaufkraft
des Volkes

Währung
des Aufbaus und
der Stabilität

Währung
der Einheit
und des Friedens



Oberbürgermeister
Fritz Ebert

AUFBAU IM OSTSEKTOR KEIN GESCHWÄTZ

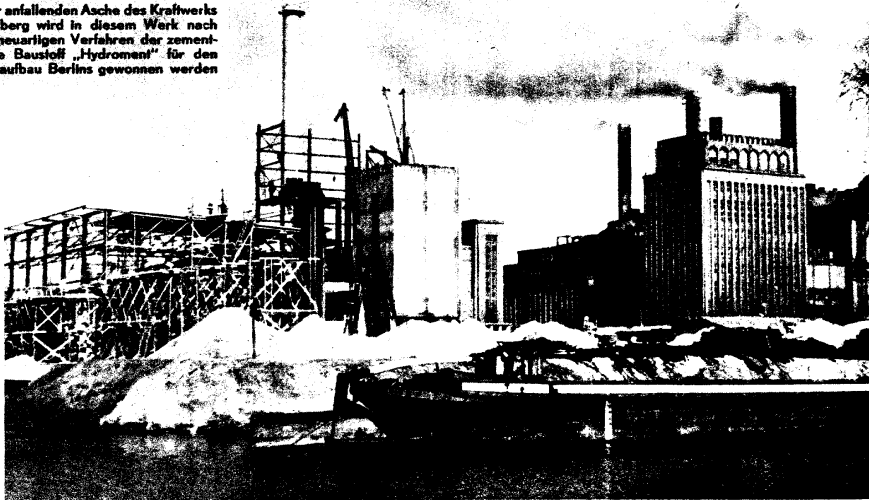
Mit dem Oberbürgermeister Friedrich Ebert an der Spitze hat der neue, arbeitsfähige Magistrat die Wahlversprechungen der Westberliner Hetzer in Ostberlin wahr gemacht. Jeder Haushalt bekam durchschnittlich seine 18 Zentner Kohlen und mehrere Kästen Holz. Das Stromkontingent wurde erhöht, der Verkehr verbessert. Mit der Ausgabe der Punktkarte wurden die Textilienversprechungen der andern eingelöst.

Der Neuaufbau der Berliner Bahnhöfe, Anlagen, der Universität und vieler anderer Gebäude der Innenstadt ist in Angriff genommen. Bergmann-Borsig, das einzige Werk seiner Art in der Ostzone, von der französischen Besatzungsmacht dem Erdboden gleichgemacht, wird im Ostsektor wiederaufgebaut. Die Deutsche Mark, das stabile Zahlungsmittel der Ostzone, ist sinnvoller Ausdruck der Stützung Berlins durch das Hinterland. Preissenkungen und straffe Preiskontrolle stehen im wohlthuenden Gegensatz zu beginnender Inflation und „Preisfreiheit“ in den Westsektoren.

Das sind Tatsachen. Es ist nicht schwer zu erkennen, wo die Zukunft ist.

Hydromentwerk Rummelsburg

Aus der anfallenden Asche des Kraftwerks Klingenberg wird in diesem Werk nach einem neuartigen Verfahren der zementähnliche Baustoff „Hydroment“ für den Wiederaufbau Berlins gewonnen werden



Für ein neues Berlin

Berlin, Hauptstadt Deutschlands, Heimat energischer Menschen voll Schaffensfreude und Arbeitslust. Landschaft volksderrben Mutterwitzes, unzerstörbar und nie unterzukriegen. Tausendfach bewiesen nach den gräßlichen Zerstörungen des letzten Krieges. Laßt uns arbeiten, laßt uns aufbauen. Jeder Berliner kann leben, wenn wir zusammenhalten. Wir brauchen Ruhe und Frieden, dann schaffen wir es. Dann kommt Berlin wieder hoch. Und im Sinne jedes Berliners, im Sinne ganz Deutschlands wird die Hauptstadt zu dem, was wir alle wünschen:

*Berlin, eine Stadt,
Hauptstadt
in einem Deutschland!*



Friedrichstraße (Ostsektor)
Neues Leben blüht aus den
Ruinen

(Z 188) Parteivorstand der SED - Abt. Massenkulturbau
Druckerei 26 4.49

WILLE *sind* WEG

FUNKTIONÄRORGAN DER SED · LANDESVERBAND GROSS-BERLIN

1949 / Nr. 2

FEBRUARHEFT

PREIS 25 PFENNIG

Hans Jendretzky

Eine Verpflichtung für unsere Partei

Der Ablauf und die Ergebnisse der 1. Parteikonferenz der SED entsprechen den großen Erwartungen, die von der Gesamtpartei in diese Konferenz gesetzt wurden. Der Rahmen einer innerparteilichen oder zonalen Angelegenheit wurde auf dieser Konferenz gesprengt, das zeigte sich am deutlichsten in der Anwesenheit, mehr noch aber in den Begrüßungsreden der Vertreter der Arbeiterbewegung vieler Länder Europas. Wie ein roter Faden zog sich durch alle Begrüßungsansprachen der Gedanke, daß das Ringen um einen gerechten Frieden, für ein einheitliches, demokratisches, friedliches Deutschland ein wichtiger Teil des großen Kampfes um die Erhaltung des Weltfriedens ist, den alle fortschrittlichen Kräfte in allen Ländern der Welt führen.

Der Höhepunkt im Zeichen der internationalen Verbundenheit war auf unserer 1. Parteikonferenz die vom Gen. Suslow (Sekretär des ZK der KPdSU (B)) zur Verlesung gebrachte Grußrede des ZK der KPdSU (B).

Die Genossen der großen kampferfahrenen bolschewistischen Partei brachten in dieser Grußadresse drei wesentliche Gesichtspunkte zum Ausdruck:

1. Die SED hat eine bedeutende Arbeit geleistet zur Zusammenschweißung der demokratischen Kräfte.
2. Die SED verkörpert in sich die besten revolutionären, internationalistischen Traditionen des deutschen Proletariats und ist die Trägerin der nationalen Interessen des deutschen Volkes in seinem Kampfe für ein einheitliches, demokratisches Deutschland.
3. Die feste Überzeugung wird ausgesprochen, daß die SED — die Vorhut der deutschen Demokraten — die vor ihr stehenden großen historischen Aufgaben in Ehren erfüllen wird.

Dieses außerordentliche Vertrauen, das hier zum Ausdruck gebracht wurde, gilt es zu rechtfertigen. Wir werden das am besten tun, wenn wir uns bei unserer täglichen Parteiarbeit dieser Worte wieder und wieder erinnern.

Wilhelm Pieck hat in seinem Schlußwort, die Aufgaben die vor unserer Partei stehen, in drei Punkten umrissen. Unsere Berliner Parteiorganisation wird bei der Erfüllung dieser Aufgaben eine besondere Rolle zu spielen haben.

Der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden.

Dieser Kampf ist unzertrennbar verknüpft mit dem Kampf um die Erhaltung Berlins als Hauptstadt Deutschlands. Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß es uns in Berlin bisher noch nicht in dem nötigen Maße gelungen ist, dem Berliner Ausschuß für Einheit und gerechten

Frieden, wirkliches Leben zu verleihen. Obwohl in einigen Kreisen, wie z. B. Mitte, gute Ansätze vorhanden sind und der Ausschuß äußerst aktiv ist, müssen wir feststellen, daß unsere Parteiorganisation sich bisher noch ungenügend mit den Problemen, welche der Kampf um die Einheit Deutschlands aufwirft, beschäftigt und daß wir es nicht verstanden haben, die Fragen vor der Arbeiterschaft der Betriebe zu stellen. Unsere nächste Aufgabe muß deshalb in der Stärkung der Ausschüsse für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden bestehen. Die Verfassungsdebatte muß an die breiten Massen, besonders an die Betriebsarbeiter herangetragen werden. Es handelt sich hier um eine brennende Frage, welche die Zukunft unseres Volkes betrifft. Die Gewinnung neuer Mitstreiter in dem Kampf um die Einheit Deutschlands ist eine der wichtigsten Aufgaben, um die Erhaltung Berlins als Hauptstadt einer



Foto: ADN

Die Mitglieder des politischen Büros des Parteivorstandes der SED

Pieck und Grotewohl, Vorsitzende, Walter Ulbricht, Paul Merker, Dr. Karl Steinhoff, Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Anton Ackermann und H. Lehmann, welcher zur Zeit der Aufnahme im Krankenhaus lag

demokratischen Republik ist nicht nur eine der Hauptaufgaben für unsere Parteiorganisation, sondern auch eine der Lebensfragen für das deutsche Volk.

Die zweite von der Parteikonferenz gestellte Aufgabe ist:

Der Kampf um die Festigung der antifaschistischen und demokratischen Ordnung

Am 30. November 1948 hat die Berliner Arbeiterschaft unter Führung unserer Partei den reaktionären Magistrat abgesetzt und eine neue demokratische Verwaltung unter Führung unseres Genossen Friedrich Ebert geschaffen. Damit haben die Werktätigen ihren Willen kundgetan, auch in Berlin eine neue demokratische Ordnung zu schaffen. Die Durchführung des Zweijährplanes in Berlin, in enger Verbundenheit mit dem Zweijährplan der Zone, die Schaffung einer Aktivistenbewegung in den Berliner Betrieben, sind die beste Unterstützung, die wir dem Magistrat dabei geben können. Das bedeutet aber für unsere Parteiorganisation, daß wir unsere Arbeit mehr als bisher in die Betriebe verlagern müssen, daß unsere Betriebsgruppen es lernen müssen, zu der führenden Kraft zu werden. Der Ausbau und die Verstärkung der Betriebsgewerkschaftsleitungen, der Kampf um das Mitbestimmungsrecht und die Kontrolle der Produktion in den privatkapitalistischen Betrieben, sind ebenfalls Mittel der Festigung der demokratischen Ordnung in Berlin.

Im Zuge der Demokratisierung der Verwaltung wird sich der demokratische Magistrat von Berlin entsprechend einem Beschluß des demokratischen Blocks auf das System der Haus- und Straßenvertrauensleute als Mittelsmänner zur Bevölkerung stützen. Die dazu notwendigen Wahlen, die im Ostsektor Berlins in den nächsten Wochen erfolgen werden, werden auch unseren Stadtbezirken und Wohnbezirksgruppen konkrete Aufgaben stellen.

Der Kampf um die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus,

ist die 3. Aufgabe, die von der Parteikonferenz gestellt wurde. Auch in dieser Beziehung wird unsere Parteiorganisation ihre Anstrengungen verstärken müssen. Die ideologische Klärung und die organisatorische Festigung der Parteiorganisationen, die in der letzten Zeit begonnen wurden, müssen verstärkt werden bis wir unser Ziel erreichen. Wir müssen unsere Partei zu einer Partei neuen Typus umwandeln, d. h. eine revolutionäre Marxistisch-Leninistische Kampfpartei schaffen, welche die Führung der Berliner Bevölkerung in den Kampf um die Einheit Deutschlands, um die Festigung der antifaschistischen demokratischen Ordnung, um die Erfüllung des Zweijährplans und in dem Kampf gegen die neuen Kriegsbrandstifter übernehmen kann.

Das Vertrauen der Arbeiter aller Länder und besonders des sowjetischen Volkes in unserer Partei, bedeutet für uns eine Verpflichtung. Die Berliner Parteiorganisation wird ihr Teil dazu beitragen, um diese Verpflichtung zu erfüllen.

Mitbestimmungsrecht, Betriebsräte und BGL

Adolf Deter

Die 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stand im Zeichen der internationalen proletarischen Solidarität. Die Teilnahme von Vertretern der Arbeiterbewegung fast aller Länder Europas beweist, daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf um Frieden und die Einheit Deutschlands nicht alleinsteht. Die Arbeit und die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz haben weit über den Rahmen unserer Partei hinaus Bedeutung. Jetzt kommt es darauf an, daß alle Parteimitglieder mit diesen Beschlüssen der Partei vertraut werden und für ihre Verwirklichung Sorge tragen.

Ideologisch hat unsere Partei in Berlin noch große Schwächen, organisatorisch haften ihr noch viele Mängel an. Die Interessen der Werktätigen erfolgreich zu vertreten, das erfordert für die Berliner Parteiorganisation, ihre Arbeit operativer zu gestalten, sich den Betrieben noch stärker zuzuwenden, um die Masse der Arbeiter und Angestellten zu gewinnen.

Im sowjetischen Sektor haben in vielen Betrieben die Arbeiter beispielhafte Leistungen in der Steigerung der Produktion gezeigt. Die Lebensverhältnisse für die Bevölkerung haben sich schon gebessert. In den westlichen Sektoren Berlins schreitet aber die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit fort. Schuld an diesem Zustand ist die Politik der B-Mark, der Luftbrücke und der Spaltung Berlins.

Die UGO und die westlich orientierten Parteien, die diese Politik fördern und führen, haben damit eine schwere Schuld auf sich geladen. Diese schändliche Politik der Reuter, Landsberg, Schwennicke, der Scharnowski und Heinemann vor den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen aufzuzeigen, das muß die Aufgabe unserer Parteiorganisation sein.

Dazu bieten die Betriebsrätewahlen, die vom FDGB für die Zeit vom 15. März bis 15. April ausgeschrieben sind, eine gute Möglichkeit. In allen Berliner Betrieben können wir den Belegschaften in Betriebsversammlungen, in persönlichen Diskussionen zeigen, wohin die Politik der Spaltung Berlins geführt hat. Wir können nachweisen, wie notwendig die antifaschistische demokratische Ordnung in Berlin ist und was eine fortschrittliche Stadtverwaltung im Interesse der Werktätigen leisten kann. Darum sollen die Betriebsrätewahlen für uns ein Anlaß zu einer breiten Aufklärung und Mobilisierung in allen Betrieben sein.

Schon jetzt entfaltet die UGO eine Agitation gegen den Bitterfelder Beschluß des FDGB, in dem gesagt wird, daß

„... die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen und die Verwirklichung der Rechte und Pflichten, die aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 hervorgehen, den Betriebsgewerkschaftsleitungen übertragen werden.“

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Dieser Beschluß hat nicht nur für die sowjetisch besetzte Zone Gültigkeit, sondern findet auch seine Anwendung für den sowjetisch besetzten Sektor. Worum handelt es sich bei diesem Beschluß? Es geht ganz einfach um die konsequente Weiterentwicklung des Mitbestimmungsrechts der Belegschaften auf einer höheren Stufe. In der sowjetisch besetzten Zone und auch im sowjetischen Sektor von Berlin ist die Koalitionsfreiheit, das Recht der Arbeiter und Angestellten, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen, das volle Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft gesichert. Die Fortschritte in der Demokratisierung der Wirtschaft und der Verwaltung hindern nicht die Arbeiter in der Ausübung des Mitbestimmungsrechts, sondern im Gegenteil, fördern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß und sichern das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in allen Fragen der Belegschaft des Betriebes, der Produktion und der gesamten Wirtschaft. So sind in der sowjetisch besetzten Zone und im sowjetischen Sektor von Berlin heute schon in den volkseigenen und ihnen ähnlichen Betrieben und in der Gesamtwirtschaft die Gewerkschaften in der Planung, Kontrolle, Lenkung und Verteilung der Produktion ein gleichberechtigter Faktor. Dieses Recht legt den Gewerkschaften die Verpflichtung auf, den Kampf um die Steigerung der Produktion zu führen, um eine bessere Versorgung der Werktätigen zu gewährleisten, die Aktivistenbewegung in den volkseigenen Betrieben zu organisieren, um die Erfüllung der Pläne zu sichern.

Unter diesen Bedingungen hat in der Organisation der Arbeit und der Ausübung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben die Tatsache zweier nebeneinander existierender Organe — die Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsrat — sich zu einem Hemmnis in der Ausübung des Mitbestimmungsrechts entwickelt. Die Entfaltung eines breiten innergewerkschaftlichen Lebens wurde oft durch die betriebsegoistischen Auffassungen einzelner Betriebsräte gehemmt und gehindert. Die Aufgaben des Zweijahrplanes verlangen aber, daß die Gewerkschaften dieses hindernde Neben- und Gegeneinanderarbeiten vermeiden. Dabei muß sich die Gewerkschaft auf die Organe der Gewerkschaften, auf die BGL, stützen. Das ist keineswegs neu, sondern schon bei der Ausarbeitung des ersten Betriebsrätegesetzes stand diese Frage des Verhältnisses der Betriebsvertretungen und Gewerkschaften zur Diskussion. Dr. Georg Flatow sagt in seinem Kommentar zum Betriebsrätegesetz von 1920:

„Nichts wäre verkehrter, als wenn sie (die Betriebsräte) glaubten, sie könnten dank der neuen gesetzlichen Regelung, die den Betriebsvertretungen einen erhöhten Einfluß in den Betrieben gewährt, ohne die Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllen. Nur dort, wo starke Organisationen hinter ihnen stehen, wird dies gelingen.“

Darüber hinaus war schon im alten Betriebsrätegesetz in den §§ 62 bis 64 die Möglichkeit der Überleitung der Funktion des Betriebsrats auf die Gewerkschaften durch Tarifverträge vorgesehen. Hinzu kommt aber, daß heute die Gewerkschaften einen ganz anderen Charakter als vor 1933 haben.

Sie sind auf der Basis des Betriebes aufgebaut, ein Betrieb — eine Gewerkschaft. Es sind Industriegewerkschaften. Die Führung des FDGB und seine Funktionäre stehen auf dem Boden des Klassenkampfes und führen den Kampf um die antifaschistische demokratische Ordnung, ihr Ziel ist der Sozialismus. Eine solche Organisation, die den heutigen Verhältnissen und Bedingungen der demokratisierten Wirtschaft und Verwaltung entspricht, muß auch ihre Arbeitsformen und Methoden den Notwendigkeiten anpassen. Sie muß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse weiterentwickeln und dem Funktionswandel der Betriebsräte zur BGL als dem Organ der Gewerkschaften Rechnung tragen. Die Betriebs-Gewerkschafts-Leitungen in den volkseigenen und ihnen ähnlichen Betrieben sind darum nicht die Fortsetzung des Betriebsrates, sie haben in den volkseigenen Betrieben und Verwaltungen neue und höhere Aufgaben. Es wäre auch falsch, es nur bei der Übertragung der Funktion des Betriebsrates auf die BGL zu belassen. Das würde praktisch nur zur Änderung des Namens führen, aber es kommt gerade darauf an, daß der Charakter und Inhalt ihrer Arbeit verändert wird, um die neuen und höheren Aufgaben besser lösen zu können. So ist der Beschluß der Bitterfelder Konferenz des FDGB zu verstehen, der auch für den sowjetischen Sektor in Berlin zur Anwendung kommt.

Warum finden aber dennoch im sowjetischen Sektor Betriebsrätewahlen statt? Wenn festgestellt wurde, daß in den volkseigenen Betrieben dieser höhere Grad des Mitbestimmungsrechts bereits erreicht ist, so trifft das für die privatkapitalistischen Betriebe noch nicht zu. Diese Betriebe gehören noch privaten Besitzern, zum Teil sind sie in die Wirtschaftspläne nicht einbezogen, das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis der Belegschaften ist zu meist mangelhaft, das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften wird in vielen privatkapitalistischen Betrieben bestritten oder nur widerwillig geduldet. Darum geht der Kampf in diesen Betrieben um das volle Mitbestimmungsrecht, nicht nur in der Frage der Einstellungen und Entlassungen, sondern um Einflußnahme auf die gesamte Produktion, die Planung, die Lenkung, die Preisgestaltung, die Verwendung der Produktion usw. Das ist in den privatkapitalistischen Betrieben noch die Aufgabe der betrieblichen Organe. In diesem Kampf muß die Belegschaft gleichzeitig besser gewerkschaftlich organisiert werden, die BGL entwickelt werden, um über den Rahmen des Betriebes hinaus das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wirksam zu machen.

Das ist die Aufgabe, die für die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten in allen privatkapitalistischen Betrieben, gleich ob im sowjetischen Sektor oder in den westlichen Sektoren, steht, und das ist der Grund, warum wir in den privatkapitalistischen Betrieben des sowjetischen Sektors und der westlichen Sektoren noch Betriebsräte wählen.

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Einige organisatorische Aufgaben zur Betriebsrätewahl

Von der Abteilung Arbeit und Sozial des Landesverbandes wird uns geschrieben:

Die Betriebsrätewahlen finden vom 15. März bis 15. April 1949 statt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Lage in den Betrieben wesentlich verändert. 1948 hatten wir noch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung und eine einheitliche Stadtverwaltung. In diesem Jahr ist der FDGB gespalten. Mit Hilfe der amerikanischen Militärregierung wurde die UGO organisiert. Ein großer Teil der früher gewerkschaftlich organisierten steht heute unorganisiert abseits. Die Stadtverwaltung ist gespalten. In vielen Betrieben sind die Arbeitsplätze verwaist. Ueber hunderttausend Arbeiter sind erwerbslos oder arbeiten verkürzt. Für weitere tausende Arbeiter steht der Verlust ihres Arbeitsplatzes drohend bevor. So ist das Bild in den westlichen Sektoren Berlins.

Die Durchführung der Betriebsrätewahlen ist keine technische Angelegenheit, sondern in erster Linie eine politische, die uns die Möglichkeit gibt, alle Arbeiter und Angestellten, Männer, Frauen und Jugendlichen, für ihre gemeinsamen Forderungen zum Kampf zu vereinen. Darum sollen die Betriebsgruppen der SED sorgfältig die Betriebsrätewahlen vorbereiten. Sie müssen die Initiative ergreifen und den Betriebsgewerkschaftsgruppen des FDGB jede Hilfe und Unterstützung geben. Die Betriebsgruppe der SED muß die treibende Kraft bei der Ausarbeitung der betrieblichen Forderungen sein. In den Betrieben der Westsektoren wird die wichtigste Forderung sein, die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Wiedereingangssetzung der Industrie und ihre Einbeziehung in den Zweijahrplan, die Abschaffung der B-Mark und das Eintreten für eine einheitliche Währung. Dazu kommen die spezifischen betrieblichen Forderungen. Wenn so die SED-Betriebsgruppe sich zum Sprecher der Gesamtbelegschaft macht, die betrieblichen Forderungen die Plattform für die Aufstellung der Kandidaten bilden, werden die fortschrittlichen Kandidaten das Vertrauen der Betriebsbelegschaften finden.

In den westlichen Bezirken Berlins hat die UGO in vielen Betrieben Positionen und Stützpunkte. Aber die UGO hat nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Ist es doch heute vielfach so, daß infolge der schädlichen Politik der UGO die Arbeiter ihre erworbenen Rechte gegen die Angriffe der Unternehmer verteidigen müssen. Darum müssen wir den Belegschaften nachweisen, daß es notwendig ist, fortschrittliche Kandidaten aufzustellen, die ernsthaft und kompromißlos die Interessen der Belegschaft vertreten und das Mitbestimmungsrecht voll anwenden.

Die Betriebsräte können nur wirksam werden, wenn sie sich auf starke gewerkschaftliche Organisationen stützen. **Die UGO ist keine gewerkschaftliche Organisation.** Im Bezirk Kreuzberg wird von der UGO in den Betrieben das Kontrollratsgesetz Nr. 22 Betriebsrätegesetz verbreitet. Im Artikel 4, wo es im Originaltext des Gesetzes heißt:

„Anerkannte Gewerkschaften können ... an der Organisation von Wahlen zu Betriebsräten teilnehmen und Kandidaten ... aufstellen“,

haben sie mit einem kühnen Fälschertrick die Worte gesetzt:

„die Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO) kann ...“.

Sie haben aber am Schluß dieses Kontrollratsgesetzes mit den Namen der vier Vertreter der Besatzungsmächte unterzeichnet und wollen mit dem Namen des Marschalls Sokolowskij den Anschein erwecken, als sei die UGO eine anerkannte Gewerkschaft in Berlin.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen die Betriebsräte starke und einheitliche Gewerkschaften. Darum ist es eine Vorbedingung, in allen Betrieben der Westsektoren sich starke und arbeitsfähige Betriebsgewerkschaftsleitungen zu schaffen. Dazu gehört ein breites Netz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, um so besser und organisierter die Forderungen der Belegschaften durchzusetzen.

Die Kollegen des FDGB werden in allen Betrieben die Wahlordnung des FDGB zur Diskussion stellen und auf der Basis ihrer betrieblichen Forderungen ihre Kandidaten nominieren. Die Vorbereitung dieser Arbeit muß durch die Betriebsgewerkschaftsgruppe eingeleitet werden. Die Industriegewerkschaften und Bezirksausschüsse des FDGB werden den Betriebsgewerkschaftsleitungen bei dieser Arbeit die notwendige Anleitung und Hilfe geben. Je rechtzeitig die Betriebsgruppen der SED mit der Einleitung dieser Arbeiten beginnen, um so erfolgreicher wird die Mobilisierung der Belegschaften sein.

Sicher wird die UGO versuchen, der Aufstellung von FDGB-Kandidaten überall Schwierigkeiten entgegenzusetzen. In der Mehrzahl der Betriebe der westlichen Sektoren werden betriebliche Listen zur Betriebsrätewahl aufgestellt. Zu diesen Listen werden die FDGB-Kollegen ihre Vorschläge machen. Wo die UGO die Mitgliedschaft zur UGO zur Bedingung bei der Kandidatur macht, müssen wir diese undemokratische Handlung bekämpfen und lenken die Kandidatur auf solchen UGO-Listen ab. Wo die UGO die Aufstellung fortschrittlicher Kandidaten in den Belegschaftsversammlungen verhindert, reichen wir nachträglich unsere Kandidaten beim Wahlausschuß des Betriebes ein. Im amerikanischen Sektor, in dem die Aufstellung von FDGB-Kandidaten nicht immer möglich sein wird, stellen wir fortschrittliche Kandidaten auf, die für unsere Kampfforderungen eintreten.

Im sowjetischen Sektor werden ebenfalls in allen privatkapitalistischen Betrieben Betriebsrätewahlen durchgeführt. Die Vorbereitungsarbeiten müssen sofort von den Betriebsgruppen in Angriff genommen werden. Träger der Wahlen muß die BGL sein. Sie muß dafür sorgen, daß bei der Aufstellung der Kandidaten die Frauen, Jugendlichen, Angestellten usw. genügend Berücksichtigung finden. Unsere Losung muß sein, **nur Kandidaten aufzustellen, die für die gewerkschaftliche Einheit eintreten und sich für die Durchsetzung der betrieblichen Kampfforderungen einsetzen.** Zu den betrieblichen Kampfforderungen gehören nicht nur die allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Forderungen, sondern auch Vorschläge zur sozialen Verbesserung im Betrieb. Man soll sich auf die wichtigsten Punkte begrenzen, aber sie zu einer Angelegenheit der gesamten Belegschaft machen.

Im sowjetischen Sektor werden in den Treuhandbetrieben, den SAGs, bei der kommunalen Verwaltung, bei der Post, Polizei, BEWAG, Eisenbahn, VAB, Konsumgenossenschaft usw. keine Betriebsräte gewählt. **Hier sollen die Betriebsgewerkschaftsleitungen so verstärkt und arbeitsfähig gemacht, die Kommissionsarbeit der BGL ausgebaut werden, damit die BGL entsprechend den Beschlüssen der Bitterfelder Konferenz des FDGB die weitergehenden höheren und neuen Aufgaben des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben durchführen können.**

In den städtischen Betrieben, die noch eine einheitliche Verwaltung für ganz Berlin haben, werden die Betriebsrätewahlen auf Grund der Wahlordnung des FDGB vorbereitet, allerdings nur zur Wahl von ört-

lichen Betriebsräten. Hier handelt es sich besonders um die Betriebe BVG, GASAG, Wasserwerke usw.

Die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, die in diesem Jahr viel komplizierter sind, erfordert von den Funktionären und Mitgliedern unserer Partei ein hohes Maß von Verantwortlichkeit. Darum muß die Betriebsgruppe in engster Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirks- bzw. Kreisvorstand die Linie für das taktische Vorgehen bei der Betriebsrätewahl festlegen. Die Betriebsgruppe der SED muß die schädliche Politik der UGO bei diesen Wahlen brandmarken und den Belegschaften den Ausweg aus der augenblicklichen Lage zeigen. In diesem Kampf darf es keine Schwankungen, kein Zurückweichen geben. Der Betriebsgruppentag

der Partei, der am 17. Februar einheitlich für ganz Berlin stattfindet, muß von jeder Betriebsgruppe genutzt werden, um in Verbindung mit den Beschlüssen der Parteikonferenz die Betriebsrätewahl vorzubereiten.

Die Aufgabe der Stadtbezirks- und Kreisvorstände wird es sein, die vorbereitenden Arbeiten ständig zu überprüfen, zu kontrollieren und überall helfend einzugreifen. Es gilt, die Politik der Partei den Massen verständlich zu machen und den Einfluß der SED in den Betrieben zu steigern, d. h. die Beschlüsse der Parteikonferenz durchzuführen, uns mit allen fortschrittlichen Kräften im Betrieb zu verbinden und so die führende Rolle der Partei im Betrieb zu verwirklichen.

AUS DEM LEBEN DER PARTEI

Das Landessekretariat tagte in Wedding

Roberta Groppa

Das Landessekretariat unserer Partei hat am Mittwoch, dem 19. Januar 1949, seine Sekretariatssitzung gemeinsam mit dem Kreissekretariat im Wedding abgehalten, um mit einigen Betriebsgruppen, darunter Osram, über die Lage in den Betrieben und die politischen Aufgaben zu sprechen.

Die Glühlampenfabrik Osram hat in den westlichen Sektoren Berlins mehrere Werke, in Charlottenburg, Spandau und Wedding, mit einer Belegschaft von insgesamt 4600 Arbeitern und Arbeiterinnen. Das bedeutendste Werk ist das im Wedding mit 2700 Arbeitern. Die Bedingungen, unter denen die Genossen in den Westsektoren und auch in diesem Betrieb ihre politische Arbeit durchführen müssen, sind schwierige und komplizierte. Gerade darum hat das Landessekretariat mit diesen Genossen zusammen getagt, um auch dieser Betriebsgruppe bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu helfen. Das betonte auch der Vorsitzende der Partei, Genosse Jendretzky, als er in einleitenden Worten die Fragen und Probleme umriß.

Was ergab die Aussprache?

Folgende Momente kennzeichnen die Verhältnisse und die Bedingungen des Kampfes in diesem Betrieb:

1. Im Werk Osram, Seestraße, bekommt die Belegschaft ihre Löhne zu 75 vH in B-Mark und zu 25vH in D-Mark ausgezahlt. Diese Tatsache hat auf die Belegschaft eine bestimmte Wirkung; sie ist auf Grund des Wechselkurses 1:4 an der Erhaltung dieses Zustandes interessiert und sieht deshalb die politische Stellungnahme unserer Partei zur B-Mark, als einem Mittel zur Aufrechterhaltung der Spaltung Berlins, nicht richtig. Es fehlt hier eine klare Stellungnahme der Betriebsgruppe und des Kreises.
2. Im Betrieb herrscht uneingeschränkt mit direkter Unterstützung der Betriebsleitung eine UGO-Clique, angeleitet von der Zietenstraße. Ihre „politische“ Arbeit besorgt sie mit gehässigen, persönlichen Diffamierungen und Verleumdungen unserer Genossen. Ihre Geschäftsführung auf den Belegschaftsversammlungen geht im Stil der Arbeitsfront vor sich. Gegnerische Meinungen kommen nicht zum Wort.
3. Nach der Gewerkschaftsspaltung ist ein großer Teil der Belegschaft nicht mehr gewerkschaftlich organisiert.
4. In dieser Situation der Zuspitzung des Klassenkampfes und der Verschärfung der Lage in Berlin

verlor unsere Partei ständig an Einfluß. Den Genossen, ungeschult, ideologisch nicht gefestigt, fehlt oft die Fähigkeit der richtigen Argumentation in der Diskussion. Das Gefühl der Schwäche erzeugte die vorhandene Inaktivität. Unsere Betriebsgruppe ist deshalb noch nicht die politisch führende Kraft im Betrieb im Kampfe gegen die reaktionären Kräfte.

5. Die Arbeit des FDGB, die Zusammenfassung der im FDGB verbliebenen Arbeiter, die Entwicklung eines innerparteilichen Lebens wurden auf Grund objektiver Schwierigkeiten nicht durchgeführt.

Die Diskussion in der Sekretariatsbesprechung verblieb jedoch nicht auf einem „Konstatierungsstandpunkt“, sondern gab einige wertvolle Anregungen, wie dieser Zustand im Betrieb überwunden werden kann.

Die Aussprache zeigte eine ungenügende Kenntnis der Arbeiter und Genossen des Betriebes über die tatsächlichen wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse. Die Arbeiter glauben, daß der jetzige Zustand, die Produktionshöhe, die Auszahlung von 75 vH B-Mark, ein Dauerzustand bleiben könnte. Sie sehen nicht deutlich genug, daß die Produktionsverhältnisse sich ändern können und müssen aus folgenden Gründen:

Der Betrieb Osram konnte seine Produktion in dem Maße aufrechterhalten, da einerseits in Berlin eine begrenzte Menge Rohstoff lagerte und andererseits ein Produktionsaustausch mit dem Westen vorhanden war. Dieser Austausch wird in der Entwicklung stark gedrosselt oder ganz eingestellt werden, da Osram, wie so viele andere, seine Betriebe nach dem Westen verlagerte, dort Betriebe aufbaut und auf die Berliner Glühlampenfabrikation in der Perspektive verzichten kann. Andererseits erschöpfen sich die Lager, die das wertvolle Rohprodukt Wolfram lieferten. Genosse Baum sagte in seiner Diskussionsrede: „Wenn der Weg mit der B-Mark weitergehen wird, dann ist im voraus zu berechnen, wann der Katastrophenpunkt kommt.“

Die Beibehaltung der B-Mark-Politik gefährdet also die Belegschaft in ihrer Existenz. Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit der DWK, Austausch der Produktion ist für Osram deshalb eine Lebensnotwendigkeit.

Diese Frage müsse man vor der Belegschaft stellen und fordern, daß die Betriebsleitung die erforderlichen Schritte im Sinne der Belegschaft unternimmt.

Der Zweijahrplan zum Aufbau einer Friedenswirtschaft ist deshalb nicht nur eine Frage, die den Osten Berlins betrifft, sondern ein eklatantes Beispiel, wie sich einerseits die westlich orientierte Politik zum Schaden der Belegschaften auswirken kann und andererseits die Verbindung mit der Wirtschaftsplanung in der Zone auch den Arbeitern im Westen Berlins Lohn und Brot und die Sicherung ihres Arbeitsplatzes gewährleistet.

Zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppe wurden in der Sitzung folgende Vorschläge ausgearbeitet, die durch das Betriebsprogramm noch ergänzt werden:

Zusammenfassung der Betriebsgruppenleitungen aller Osram-Betriebe in den westlichen Sektoren. Gemeinsame Aussprache und gemeinsame Ausarbeitung eines betrieblichen Arbeitsprogramms.

Organisierung einer Wochenendschule in Kaulsdorf für die Genossen der Osram-Betriebe über die Fragen des Betriebes und Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

Achttägige Zusammenkunft der Betriebsgruppenleitung und Aussprache über wichtige Vorkommnisse.

Kurzinformation der Genossen (möglichst zweimal wöchentlich) über politische Fragen und Argumentation in der Diskussion, um Genossen zu befähigen, eine Diskussion zu führen.

In jeder Abteilung ist ein Genosse als Vertrauensmann der Partei zu bestimmen.

Wahl einer BGL auf breiterer Grundlage.

Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers des

FDGB im Betrieb mit vornehmlich parteilosen Arbeitern.

Organisierung einer Diskussion im Betrieb über Freie Läden und das Recht auf Sammelbestellungen.

Zurückweisung und Vorstelligwerden der vom Betrieb unternommenen Maßnahmen gegen einen Genossen des Betriebes.

Die Arbeit der Betriebsgruppe soll weiterhin vom Stadtbezirk eine Unterstützung erfahren.

Der Bezirksausschuß des FDGB wird sich ernsthaft um die Zusammenfassung der FDGB-Kollegen bei Osram kümmern. Die erste Versammlung des FDGB im Betrieb muß sorgfältig vorbereitet werden.

Die Sekretariatsbesprechung war so zweifellos eine wesentliche politische und praktische Hilfe in der Herausarbeitung der Anknüpfungspunkte, um die Defensivstellung unserer Betriebsgruppe in eine offensive abzuändern. Das Landessekretariat wird sich auch weiterhin mit den Fragen des Betriebes beschäftigen.

Die Sekretariatsbesprechung fand ihre erste Auswertung in der am gleichen Tage stattfindenden Betriebsgruppensitzung, auf welcher ein Bericht über die gestellten Fragen gegeben wurde.

Als notwendige Maßnahme zur Verbesserung der Arbeit wurde die Betriebsgruppenleitung ergänzt und die gründliche Vorbereitung der Gewerkschaftsversammlung besprochen. Die Betriebsgruppe wird in Zukunft regelmäßig den Bildungsabend durchführen. Diesen ersten Schritten sollen weitere folgen zur Aktivierung der Betriebsgruppe durch gründliche Auswertung der Beschlüsse der Parteikonferenz.

Trefft im Monat Februar alle Vorbereitungen zum Internationalen Frauentag am 8. März

Von der Frauenabteilung des Landesvorstandes wird uns geschrieben:

Der 8. März 1949 steht im Zeichen des Kampfes um die Sicherung des Friedens, um die Herstellung der Einheit Deutschlands, um die Erfüllung des Zweijahrplanes und die Verbesserung der Lage der werktätigen Frauen und ihrer Kinder.

Am 8. März treffen sich unter der Führung der IDFF in 56 Ländern der Welt mehr als 100 Millionen Frauen, um unter gemeinsamen Losungen und Forderungen ihren eigenen Kampf- und Feiertag zu begehen.

Der diesjährige 8. März in Deutschland bekommt besonders feierlichen Charakter dadurch, daß der DFD auf dem 2. Weltkongreß der IDFF in Budapest endgültig in die internationale Gemeinschaft der kämpferischen demokratischen Frauen der Welt aufgenommen worden ist.

An diesem Tage würdigen wir besonders die Initiatorin der Idee und des Geistes dieses Frauentages, Klara Zetkin, sowie alle anderen fortschrittlichen, demokratischen Vorkämpferinnen für Frauenrechte, für ein besseres und schöneres Leben der Frauen und Kinder, für sozialen Fortschritt, Frieden und Völkerverständigung.

Trefft alle Vorbereitungen:

Das Schwergewicht aller Veranstaltungen soll in den Betrieben liegen. Aus Anlaß des Internationalen Frauentages soll die Aktivistenbewegung unter den Frauen gefördert und weiterentwickelt werden.

Die Leistung freiwilliger, unbezahlter Mehrarbeit, auch zur Schaffung von sozialen Einrichtungen zur Entlastung der berufstätigen Frauen, soll angeregt werden.

Möglichst in allen Betrieben, besonders in Treuhand- und Großbetrieben, sollen zum 8. März feier-

liche Veranstaltungen stattfinden. Hier sollen die Prämierungen von guten Leistungen der Arbeiterinnen, Anerkennung und Popularisierung von Aktivistinnen vorgenommen und bekanntgegeben werden. Ebenso sollen die Förderung und Berufsausbildung fähiger Frauen in diesem Rahmen herausgestellt werden.

Es sind Vorbereitungen zu treffen, geeignete Frauen in höhere Funktionen einzusetzen (z. B. bei der Polizei, Verwaltung usw.).

Neue soziale Einrichtungen (wie Kindergärten, Konsumverkaufsstellen, Näh- und Reparaturwerkstätten, Sanitätsstuben usw.) sollen ebenfalls am 8. März den Belegschaften übergeben werden.

In den Wohngebieten sollen sich die Frauen zur Vorbereitung des Internationalen Frauentages unter Führung des DFB folgende Aufgaben stellen: Säuberung und Instandsetzung von Schulen, Kinderheimen und Kindertagesstätten durch freiwillige Arbeit der Bevölkerung. Schaffung oder Grundsteinlegung einer neuen Kindertagesstätte in jedem Bezirk des sowjetischen Sektors.

Zentrale Feierstunden und Kundgebungen der Frauen sollen im Kreismaßstab durchgeführt werden. Außerdem in den Wohngebieten im Laufe des März kleinere Veranstaltungen.

Beim Magistrat und in den Bezirksämtern sollen Betriebsfeiern veranstaltet werden.

Um die breiteste Durchführung des Internationalen Frauentages zu ermöglichen, werden an der Spitze der Kampagne der DFB und der FDGB stehen.

Macht den 8. März zu einem wirklichen Fest- und Kampftag der Frauen Berlins!

SECRET

und Hallen wieder zu errichten, um die Produktion zum Anlaufen zu bringen. Was getan werden konnte, um die erste Phase des Aufbaus zu bewältigen, wurde getan, denn der Ruf unserer Partei zur freiwilligen Mitarbeit wurde von den Betrieben und Ämtern gehört. Wir kommen jetzt in die zweite Phase des Aufbaus. Maschinen müssen zusätzlich beschafft werden usw. Dieses Ziel kann von uns nur gelöst werden, wenn der Einfluß der Partei uns die Wege ebnet, die uns bisher versperrt waren. Mögen sich alle die angesprochen fühlen, die bisher nicht dazu beigetragen haben, unsere Aufgabe zu lösen.

Da unser Vorhaben in seiner Bedeutung Berlin bei weitem übersteigt, erwarten wir die Mitarbeit der ganzen Zone. Wir rufen die Betriebsgruppen der volkseigenen Betriebe und der Deutschen Wirtschaftskommission. Wir rufen die Landesverbände der SED, in gemeinschaftlicher Arbeit, im regen Erfahrungsaustausch, in gegenseitiger Hilfsbereitschaft mitzuhelfen, daß das Kraftzentrum der Energiebetriebe Wirklichkeit wird.

Kläre Muth

(Bekleidungswerke Fortschritt):

Frauen wollen keinen Krieg

Viel ist in der letzten Zeit von den Bekleidungswerken Fortschritt berichtet worden. Aus 18 Treuhandbetrieben des Ostsektors wurden 5 Werke geschaffen, die sich mit Riesenschritten zu einem großen Unternehmen entwickeln. 3185 Arbeiter und Angestellte sind bei uns beschäftigt, darunter 2700 Frauen. Hinzu kommen 950 Arbeitskräfte, die bei Zwischenmeistern beschäftigt sind.

Wir sind uns der Aufgabe bewußt, daß wir billig und gut arbeiten müssen, um zu beweisen, daß die volkseigenen Betriebe den Wettlauf mit der Privatindustrie gewinnen werden und die Ware direkt vom Hersteller zum Verbraucher billiger und günstiger auf den Markt bringen können (Beifall).

Wir müssen uns anstrengen, alle Möglichkeiten der Preissenkung bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität auszunutzen. Wir werden alles daran setzen, durch verbesserte Arbeitsorganisation und Vereinfachung der Arbeit, durch Leistungslohn und Prämienbezahlung eine Produktionssteigerung zu erzielen und alle Frauen für unseren Produktionsplan zu interessieren.

Mit der Entwicklung des Unternehmens stand auch vor der Parteigruppe die Aufgabe, die führende Kraft im Betrieb zu werden. Man kann auch sagen, daß sie mit Hilfe der Betriebs-Parteisekretärin Edith Höding die ersten Schritte getan hat, die notwendig sind, um sich zur Partei neuen Typus zu entwickeln. Wir haben selbstkritisch zu den Fehlern der Vergan-

genheit Stellung genommen und den Mangel der breiten Massenarbeit überwunden. Wir haben die Parteigruppen neu organisiert, und haben, da in Schichten gearbeitet wird, die Parteigruppe auch so aufgebaut. Wir haben in jeder Gruppe einen vollständigen Funktionärapparat. Jeden Morgen kommen die führenden Genossinnen der Gruppen zu kurzen Besprechungen zusammen. An diesen Be-



sprechungen nehmen auch Genossen der Betriebsleitung, der BGL und des Betriebsrates teil. Die führende Rolle der Partei tritt immer wieder in Erscheinung.

Während die Parteigruppen zahlenmäßig noch schwach sind, wurde die Gewerkschaftsarbeit verstärkt und wir können bereits melden, daß die Belegschaft hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert ist (Lebhafter Beifall). Den Aufschwung für unsere Gewerkschaftsarbeit erhielten wir durch den Befehl 20 des Generalmajor Kotikow. Wir haben gleichen Lohn bei gleicher Arbeit durchgeführt und damit ein traditionelles Unrecht gegenüber den Konfektionsarbeiterinnen beseitigt. Es war eine erhebliche Lohnerhöhung, die wir durchführten; denn in den Uniformbetrieben wurden die niedrigsten Löhne von ganz Berlin bezahlt. Wir haben die Lohnerhöhung zum Anlaß genommen, um eine große Aufklärung im Betrieb zu leisten. Wir haben den Unterschied der Besatzungspolitik der Westmächte und der SU aufgezeigt und den unermüdlischen Friedenswillen der Sowjetunion, uns in unserem Aufbau zu helfen, trotz der Verwüstungen, die die deutsche Armee dem sozialistischen Staat angetan hat. Die Frauen sind sehr hellhörig, wenn man es versteht, sie besonders anzusprechen, denn zwei Drittel der Frauen sind die alleinigen Ernährer ihrer Kinder, sie verloren ihre Männer und Söhne durch den Krieg. Die Frauen wollen keinen Krieg und haben durch die restlose Beteiligung an der Unterschriftssammlung gegen die Atombombe ihren Willen zum Ausdruck gebracht. Wir werden im Monat Februar Versammlungen für den Demokratischen Frauenbund machen und auch in den Werken, wo noch keine Betriebsgruppen bestehen, solche Betriebsgruppen des Bundes bilden. Wenn in der Vergangenheit gerade in diesen Betrieben der Resonanzboden für uns nicht günstig war, dann lag das daran, daß wir

es bisher nicht verstanden, in geeigneter Form die Frauen für uns zu gewinnen.

Der Befehl 20 hat sich so ausgewirkt, daß die Fehlziffer auf 10 vH im Monat Januar 1949 zurückging, während sie vorher oft 28 und 30 vH betrug. Die Arbeitsleistung erhöhte sich um ca. 15 vH und die Arbeitsfreudigkeit hat sich gewaltig verbessert.

In allen Werken haben wir heute Betriebsgewerkschaftsleitungen und auf der breitesten Basis haben wir einen Vertrauensmännerkörper. Jeden Monat findet ein Gewerkschaftstag statt, und eine systematische Schulung wird durchgeführt. Die Freude über den Befehl 20 war so groß, daß die Frauen an Herrn Generalmajor Kotikow eine im Betrieb gestickte Fahne überreichten und ihre Dankbarkeit aussprachen. Wir werden alles daran setzen, die Frauen für unsere großen Ziele zu gewinnen. Wenn alle fortschrittlichen Kräfte im Betrieb gemeinsam arbeiten, werden wir auch Verständnis für die großen Probleme entwickeln, die zur Verwirklichung des Zweijahresplanes und damit zur Verbesserung unseres Lebens führen. Wir werden dem Namen „Fortschritt“ Ehre machen.

In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz den allerbesten Erfolg. Wir versprechen, daß auch unsere Parteigruppe im Sinne der Parteigrundsätze und im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus, im Sinne von Lenin und Stalin die Arbeit fortsetzen wird.

Stolzmann (Siemenswerk):

Parteidiskussion hat uns gestärkt

Seit 1945 haben wir in der Betriebsgruppe bei Siemens über viele Dinge diskutiert, die uns von unserer eigentlichen Arbeit sehr stark ablenkten.

Als die Diskussion über die Schaffung der Partei neuen Typus in unsere Betriebsgruppe hineingetragen wurde, gab es außerordentlich harte Auseinandersetzungen. Da war es das Sekretariat der Landesleitung, das uns hilfreich zur Seite gestanden hat. Stundenlang haben wir mit den besten Genossen des Sekretariats der Landesleitung um dieses Problem gerungen.

Die Parteigruppe selbst mit ihren Mitgliedern ist durch die Aussprache aktiver und arbeitsfähiger geworden. Jeder Einzelne hat jetzt eine festere politische Grundlage, um so in die Diskussionen mit unseren Belegschaftsmitgliedern einsteigen zu können.

Wenn die Möglichkeit bestände, den Siemens-Konzern in den Zweijahresplan einzubauen, so werden wir uns dadurch nicht überraschen lassen und freudig unsere Pflicht erfüllen, weil wir wissen, daß dann für 24 000 Menschen der

Arbeitsplatz gesichert ist. Der Kampf wird uns in Zukunft noch Schwierigkeiten bringen. Charaktervolle Haltung vom einzelnen und stärkste aktive Arbeit der Betriebsgruppe wird geleistet werden müssen.

Nur starke Betriebsgruppen werden dazu beitragen, daß wir unser Ziel erreichen (Lebhafter Beifall).



Trotz den Quislingen — Demokratische Ordnung in ganz Berlin! Auszug aus der Diskussionsrede

des Landesvorsitzenden Hans Jendretzky zum Referat des Gen. Wilhelm Pieck

Während auf der einen Seite die SPD in ihrer Zeitung „Sozialdemokrat“ den schon von Wilhelm Pieck zitierten Satz schrieb: „Berlin ist einen Krieg wert!“ rief unsere Partei die werktätige Bevölkerung auf, sich hinter die Kräfte des demokratischen Blocks zu stellen, um endlich Schluß zu machen mit den provokatorischen Maßnahmen, die im direkten Auftrag uniformierter westlicher Auftraggeber gegen die politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheit Berlins als Hauptstadt Deutschlands gerichtet waren.

Um die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in Berlin zu sichern, um eine einheitliche demokratische Macht zu errichten, die wirklich fähig ist, Maßnahmen zur realen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zu ergreifen, kam es am 30. November zur Bildung eines demokratischen Magistrats mit dem Gen. Friedrich Ebert an der Spitze (Beifall). In einer imposanten, riesenhaften Kundgebung von mehr als 500 000 Berlinern, zu der die Parteien des demokratischen Blocks, der FDGB, der Demokratische Frauenbund und der Kulturbund für demokratische Erneuerung Deutschlands aufgerufen hatten und aus deren Vertretern sich auch der Magistrat zusammensetzt, wurde diesem Magistrat bestätigt, daß er das Vertrauen der fortschrittlichen demokratischen Berliner Bevölkerung besitzt.

Wir haben den 30. November als einen revolutionären Akt bezeichnet; denn er war von den Massen getragen, von den Kräften, die aus den Betrieben kamen, von jenen demokratischen Kräften, die das

reaktionäre Gebilde, das sich als Berliner Magistrat bis zu dieser Zeit bezeichnete zerschlugen und damit auch die reaktionären Positionen, die seit Oktober 1946 im Ostsektor entstanden waren, endgültig ausräumen werden. Damit wurde die Reaktion in Berlin im wesentlichen auf die Westsektoren beschränkt.

Es kommt hinzu, daß die Werktätigen jetzt zusammen mit den Kräften des demokratischen Blocks eine demokratische Verwaltung aus eigener Kraft schaffen. Das wäre der Souveränitätsakt, der die Rechtsgrundlagen für den Berliner Magistrat unter der Leitung von Friedrich Ebert abgibt. Die Massen und die Betriebe sind Fundament und Basis der neuen demokratischen Ordnung. Diese neue demokratische Ordnung wird getragen von den Parteien, Organisationen und den Delegationen der Betriebe. Die Verwaltung verankert sich auf diese Weise bis in den Betrieb, bis zu jenen Quellen der Kraft, die das Kräfteverhältnis in Berlin am 30. November entscheidend verändert haben. Es kommt hinzu, daß, nachdem der demokratische Block als Bündnisfundament für die neue demokratische Ordnung geschaffen ist, dieser Block auch auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt werden muß.

Dabei steht auch vor der neuen demokratischen Verwaltung des Magistrats notwendig die große Aufgabe, als Verwaltung den Plan in Berlin mit durchführen zu helfen und gleichzeitig die Frage der Veränderung der Besitzverhältnisse entscheidend zu regeln. Wir

haben in Berlin das Gesetz der Enttarnung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, und wir werden mit diesem Gesetz die veränderten Machtverhältnisse verankern, bei gleichzeitiger Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben und durch starke Heranführung der Treuhandbetriebe in Berlin an die volkseigenen Betriebe, damit auf diese Weise eine stärkere und systematische Einschränkung der kapitalistischen Einflüsse im Kampf um die Einheit Berlins und damit auch um die Einheit Deutschlands möglich wird.

Die revolutionäre Tat des 30. November änderte die bisherigen Machtverhältnisse in Berlin in entscheidendem Maße. Die Arbeiterschaft als führende Kraft in der demokratischen Umformung hatte dabei die wirklich demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf ihrer Seite. Die offen reaktionären Elemente, die nun ihre Positionen im sowjetischen Sektor nicht mehr halten können, haben eine sehr wichtige Ausgangsbasis für ihre Kriegs- und Antisowjethetze verloren. Damit, liebe Genossinnen und Genossen, ging vorerst ein Teil Berlins einige Schritte in der Richtung auf jene demokratische Ordnung, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone bereits geschaffen wurde, hinter der Berlin dank der mehr als zweijährigen Herrschaft der Reaktion ein erhebliches Stück zurückgeblieben war. Früher oder später wird auch der andere Teil Berlins diesem Schritte folgen. Nicht umsonst hat der neue Magistrat seine Beschlüsse zur Verbesserung der Lage der Berliner Bevölkerung gefaßt, die gleichmäßig für alle Sektoren gelten, wobei die über hunderttausend Eintragungen aus den Westsektoren zum Einkauf und zur Versorgung im Ostsektor durchaus in diesem Sinne zu werten sind. Und nicht umsonst hat der neue Magistrat mit Nachdruck die demokratische Einheit Berlins proklamiert, d. h. die Sicherung und Ausdehnung der demokratischen Ordnung auf ganz Berlin. Das wird auch fernerhin die Angriffslosigkeit bleiben. Die sogenannten Westsektorenwahlen am 5. Dezember haben neben der unbestreitbaren Tatsache, daß dieser Wahlsieg ohne Gegner keinerlei reale Zukunftsperspektiven hat, trotzdem in den Westsektoren einen beachtlichen Höhepunkt in der gewissenlosen und verbrecherischen Kriegs- und Antisowjethetze gebracht, und stei-



gerten sich bis zum offenen Terror, willkürlichen Verhaftungen, offenkundigen Rechtsbeugungen.

Und es paßt durchaus in den Rahmen dieser einzelnen Beispiele, die beliebig vermehrt werden können, daß der „Tagesspiegel“, dieses Blatt der offenen Reaktionäre, am 14. Januar unter der Überschrift „Der Komplex Berlin“ schreibt:

„Ostberlin lebt einstweilen in der Irredenta“.

Den Schreiberlingen dieses amerikanischen Blattes in deutscher Sprache dürfte noch gar nicht aufgegangen sein, was dieser Satz in Wirklichkeit bedeutet. Immerhin scheint er uns ein Beweis mehr, daß die Isolierung der Kriegshetzer trotz der Luftbrücke täglich wächst. Jene SPD-, CDU- und FDP-Kreise, die auf der anderen Seite als deutsche Helfershelfer die amerikanisch-englische und französische Militärpolitik unterstützen, haben jeder ihre Zensur von General Clay bekommen. Er erklärte vor allem der SPD gegenüber nach den Wahlen, daß sie am ausgesprochensten und klarsten antikommunistisch sei, d. h. der schlimmste und Hauptträger der Antisowjet- und Kriegshetzer ist.

Nun, eine solche Politik trägt ihre Früchte. Ich habe hier ein Dokument, das mir heute in die Hand gegeben wurde, ein Dokument, bei dem sowohl der Absender als auch das Land, aus dem dieser Brief kommt, wie auch der Empfänger, der diesen Brief nicht erhalten hat, interessant sind. Der Absender ist ein Herr Alexander Graf von der Schulenburg-Primkenau in Barcelona. Der Empfänger sollte sein, Herr Prof. Ernst Reuter, sogenannter Oberbürgermeister in West-Berlin. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Alexander Graf v. d. Schulenburg
Barcelona (Spanien), Calle Caspe 47

12. Januar 1949

„Sehr geehrter Herr Professor Reuter!

Erlauben Sie mir bitte, an Sie mit dem höflichen Ersuchen einer Gewährung meines Zuzuges von Barcelona nach Berlin-West heranzutreten. Ich habe den Wunsch, meinem Vaterlande mit dem Einsatz meiner Person — sei es bei der deutschen Polizeitruppe oder privat — wertvollere Dienste zu leisten. Mein Wohnort Glogau-Primkenau ist für mich unzugänglich geworden, da eine Einverleibung mit dem polnischen Gebiet vorliegt. Berlin, welches mein letzter militärischer Wohnsitz war, liegt mir durch die Jahre des Kennens sehr am Herzen. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, im Verein mit der Luftbrücke, für die Berliner Bevölkerung mich einsatzmäßig zu betätigen (Heiterkeit!). Ich bitte Sie, Herr Professor Reuter, in Ihrer Position als Oberbürgermeister von Berlin-West, mein Gesuch Ihrer amerikanischen Militärbehörde zu unterbreiten. Ich teile Ihnen hierzu mit, daß ich bereits beim amerikanischen Militärattaché am 28. November entsprechende Schritte vorgenommen habe. Nehmen Sie meine Dankbarkeit für Ihre geschätzte Erledigung meiner Angelegenheit entgegen. Ich würde mich freuen, wenn ich bald auf schriftliche Zuzugsgenehmigung rechnen könnte, um recht bald in den Einsatz zu kommen.“

Dieser „Exkriegsgefangene“ und jetzt „Emigrant“ schreibt diesen Brief aus Franco-Spanien, wo viele Nazi- und Kriegsverbrecher ihre Zuflucht genommen haben. Dieser emigrierte Faschist wittert wie viele andere seinesgleichen, die dieser Neumann- und Reuter-SPD-Führung bei den Westsektorenwahlen ihre Stimme gaben, schon wieder Morgenluft. Er will nach Berlin, er will sich einsatzmäßig betätigen, und amerikanische Dienststellen in Spanien raten ihm, er soll sich an den SPD-Funktionär Prof. Reuter, den sogenannten Oberbürgermeister von Berlin-West, wenden. Mit einem Schlag wird hier die Verbindung aller jener Kräfte sichtbar, die gegen wirkliche Demokratisierung; gegen den Frieden und gegen die Werktätigen sind, welche in ihrem Kampf die Forderung für ein einheitliches Berlin und Deutschland erheben. Der Kriegsverbrecher-Faschist und auch Großgrundbesitzer, Graf Alexander von der Schulenburg, zur Zeit Franco-Spanien, der amerikanische Militärattaché Colonel Dasher in Barcelona und der SPD-Spitzenfunktionär Prof. Reuter in Berlin, sie ziehen gemeinsam an dem Strick, den man zur Wehrlosmachung den Werktätigen um den Hals werfen will, damit die Beseitigung des blutbeladenen, fluchwürdigen Ausbeuterkapitalismus noch möglichst lange hinausgezögert werden kann. Auf gleicher Ebene der Antisowjet- und Kriegshetze finden sich faschistische Elemente, Vertreter des imperialistischen amerikanischen Monopol-

kapitalismus und jene Schicht von SPD-Führern in Berlin und Westdeutschland, die von Vorbehalten gegenüber den Maßnahmen der Militärregierungen der westlich-kapitalistischen Staaten sprechen und im Prinzip und in der Praxis alles durchführen, was von diesen Gegnern einer realen Demokratie über den Weg des Besatzungsstatuts, der Losreißung der Ruhr, der Einrichtung des Sicherheitsamtes gegenüber einem Teil unseres Landes, das als ganzes noch keinen Frieden hat, verhängt wird. Nur ein Feind der nationalen Interessen Deutschlands und der Lebensinteressen Berlins kann sich angesichts dieser Sachlage gegen die Sowjetunion und das von ihr geführte Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus wenden. Solche Feinde sind, wie Max Reimann in Düsseldorf richtig sagte, Quislinge, sie sitzen nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in den Westsektoren Berlins. Sie bedrohen mit ihrer chauvinistischen und nationalistischen Hetze die Existenz und das Leben Berlins. Aber das eine steht fest, unsere Partei in Berlin wird unter Anwendung der Beschlüsse dieser Parteikonferenz unbeirrt und gemeinsam mit den Kräften des demokratischen Blocks den einmal eingeschlagenen Weg weitergehen, den Weg für ein einheitliches Berlin, mit einer einheitlichen Währung, für den Aufbau einer planmäßigen Friedenswirtschaft in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungszone.

Trotz UGO und Konzernherren ist der Durchbruch gelungen, sagt Gen. Mosch in seiner Diskussionsrede zum Referat Ulbrichts

Genossen, wir sind gewohnt, in West-Berlin stets mit dem Rücken stehend zu kämpfen. Im Siemens-Konzern sitzt noch die Reaktion.



Wir kämpfen hier noch um die Voraussetzungen zur Durchführung des Zweijahresplanes. Wir wollen den Tempoverlust der demokratischen Entwicklung gegenüber der Zone aufholen. Noch

kämpfen wir nicht für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern für die Enteignung der Konzernbetriebe und die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler. Wirklicher Friede ist nur ohne Konzernherren möglich.

Wie führen wir nun den Kampf gegen die Sowjethetze? Anlässlich der Entnazifizierung bekannter Siemens-Direktoren und der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses führten wir eine Kam-

pagne zur Entlassung der Konzernherren. Es zeigte sich, daß diese Kampagne keine wesentlichen besonderen Erfolge brachte. Woran lag das? Die Ursache für diese Tatsache liegt einmal in dem Umstand, daß wir es in den vergangenen Jahren nicht verstanden, eine wirkliche Massenarbeit zu entwickeln. Zum anderen lag es an der besonderen Situation, in der sich die Konzernherren seinerzeit im Hintergrund hielten und die Belegschaft die wahren Schuldigen an der Entwicklung nicht erkennen konnte.

Das letzte Jahr brachte uns jedoch einige Erfolge, in dem wir die Haltung der Konzernleitung gegenüber der Belegschaft aufzeigten und dabei die Rolle des UGO-Betriebsrates klarstellten. Anknüpfend an die Preisgabe des Mitbestimmungsrechts durch die UGO und die ständige Verletzung des Mitbestimmungsrechts durch die Konzernleitung schaffte die Betriebsgruppe Klarheit über die anglo-amerikanische Hörigkeit der Konzernleitung und der UGO-Betriebsräte. Der Kampf um die Sicherung unserer Arbeitsplätze, der Kampf gegen die B-Mark, die die UGO als politische Kampfwährung bezeichnet und die

in der Praxis eine wirtschaftsstörende Kraft darstellt, dieser Kampf ist auch zugleich ein Kampf gegen den Marshall-Plan und für den Zweijahrplan. Wir zogen die Lehre. Der Kampf gegen die Antisowjethetze kann nicht mit allgemeinen Argumenten allein geführt werden, er muß von der konkreten Lage im Betrieb ausgehen. Wir schafften uns ein Kampfprogramm, in dem wir aufzeigten, welche fortschrittliche Rolle der Siemens-Konzern im Rahmen des Zweijahrplan haben könnte. Wir schufen starke Diskussionsgruppen, die in der Diskussion buchstäblich Tag und Nacht am Gegner blieben. Es zeigte sich, daß wir mit dieser Methode in der Diskussion gegenüber der Belegschaft einen Durchbruch erzielten. Wir haben den Zustand zu verzeichnen, daß Parteiose und auch Kollegen von der Sozialdemokratie unsere Diskussionsgruppen durch die Hergabe von Lohnzetteln unterstützen, wenn unsere Genossen zuviel Zeit für die Diskussion verbrauchen. Wir haben auch solche Zustände, daß CDU-Betriebsräte fortschrittlicher Art bereit sind zurückzutreten, um unseren Kandidaten in der Betriebsliste aufrücken zu lassen. Diese Umstände bewiesen uns, daß wir auf dem richtigen Wege zur Entwicklung einer Massenarbeit sind.

Jede Terrormaßnahme des Gegners beantworteten wir mit einer eigenen starken Offensive. Wir waren nicht der Auffassung, wie die UGO, daß sich das Mitbestimmungsrecht darin erschöpft, daß man Reden führen kann wie z. B. in Erlangen, wo 173 Diskussionsredner ständig am Thema vorbeiredeten. Wir sagen unserer Belegschaft: Das Mitbestimmungsrecht macht aus dem Gewerkschaftsfunktionär den Wirtschaftsfunktionär. Einflußnahme auf die Produktion, auf die Verwaltung und auf die Verteilung der Produktion. Das ist es, was wir erstreben. Es hat sich gezeigt, daß unsere konsequente Haltung eine tagtägliche Lehre für die Belegschaft war. Nahn die UGO einen Betriebsratsabbau vor, indem sie uns von diesen Positionen ausschloß, oder erließ sie ein Betätigungsverbot für den FDGB, so antworteten wir mit einer besseren Information an die Belegschaft. Wir schafften 10 arbeitsfähige Betriebsgewerkschaftsleitungen, die gemeinsam mit unseren Diskussionsgruppen die Basis für unsere Arbeit bilden.

Genossinnen und Genossen! Die Bedeutung der Parteikonferenz geht weit über den Rahmen unserer Arbeit in der Partei hinaus. Aus eigenem Erleben und aus der Berichterstattung unserer Genossen weiß ich, daß eine ganze Reihe fortschrittlicher Kräfte aus den Kreisen der technischen und kaufmännischen Intelligenz sehr aufmerksam die Beratungen auf unserer Konferenz verfolgen. Hören wir selbst, was die Kreise sagen. Der ehemalige UGO-Betriebsrat Urmelmann, der zugleich Handelsspezialist der Firma ist, behandelt in einem Referat vor den UGO-Betriebsräten die wirtschaftliche Entwicklung und sagt folgendes:

Die Verhandlungen mit unseren Geschäftspartnern der westlichen und skandinavischen Ländern zeigten, daß es für uns von Jahr zu Jahr schwieriger wird, unser normalgängiges Material in diesen Ländern zu halbwegs vernünftigen Preisen abzusetzen. Er schlußfolgerte:

Berlin hat also ohne Rücksicht auf die politischen Gesichtspunkte unter allen Umständen die Aufgabe, den Export mit dem Osten Europas zu ermöglichen.

Die Tatsache, daß im Anschluß an das Referat vor den UGO-Betriebsräten keine Diskussion zustandekam, ist uns ein Beweis da-

für, wie stark die Erschütterung in den Gemütern der UGO-Betriebsräte war, als sie sahen, daß die Wahrheit sich doch unaufhaltsam Bahn bricht. Die Tatsache, daß Siemens & Halske in Berlin z. B. keine Zweijahrplan-Exportaufträge hat, ist eine Unmöglichkeit, wenn wir uns überlegen, daß gerade die Berliner Elektroindustrie vom Export lebte.

Die Sicherung unseres Arbeitsplatzes ist nur möglich durch die Annahme der Zweijahrplanaufträge. Sie allein ermöglichen den Übergang zur Vollarbeit. Die Sicherung des Mitbestimmungsrechts gewährleistet die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nicht Arbeitsgemeinschaftspolitik, sondern Kampf gegen die Konzernherren bis zur Enteignung ist unsere Aufgabe!

Genossen, laßt mich mit einem Wunsch schließen: In diesen Tagen und Wochen schaffen wir mit allen fortschrittlichen Kräften im Siemens-Konzern die Voraussetzungen für die kommende Einreihung unserer Arbeit in die Aufgaben des Zweijahrplanes. Zeigt uns in der Diskussion auf dieser Parteikonferenz, wie ihr eure Probleme löst, damit wir daraus lernen. Dann wird auch unsere tägliche Arbeit besser, rationeller und erfolgreicher sein. (Lebhafter Beifall.)

Alle Kräfte für den Berliner Plan!

Alle Kräfte für den Zweijahrplan der Ostzone!

Auszug aus der Diskussionsrede des Gen. Bruno Baum zum Referat Ulbricht

Genossinnen und Genossen! Entsprechend dem Auftrage des Parteivorstandes haben wir auch in Berlin einen Wirtschaftsplan entwickelt. Wir haben das als Partei getan in einer Zeit, in der die Verhältnisse in Berlin höchst unklar waren. Die Tatsache, daß dann mittels des revolutionären Aktes vom 30. November zumindest für den sowjetischen Sektor von Berlin klare Verhältnisse geschaffen wurden und eine Behörde kam, die bereit war, alle ihr gestellten Aufgaben durchzuführen, hatte die nicht zufällige Folge, daß in der ersten Sitzung des neuen Magistrats als erster der Beschluß gefaßt wurde, daß der Magistrat auf der Grundlage des von der SED vorgeschlagenen Zweijahrplan nunmehr selbst einen solchen Plan entwickelt. Als zweiter Punkt wurde beschlossen, daß das Gesetz, das

seinerzeit, als das Berliner Stadtparlament 1946 zusammentrat, als erstes beschlossen wurde, das Gesetz zur Enteignung von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern, nunmehr in Berlin durchgeführt wird. Dieser Beschluß wird nicht auf dem Papier bleiben, und schon in den nächsten Tagen und Wochen werden die beschlagnahmten Betriebe in Berlin zu volkseigenen werden. (Lebhafter Beifall.) Wir bedauern dabei lebhaft als Berliner, daß lediglich die beschlagnahmten Betriebe des Sowjetsektors zu volkseigenen werden, nicht aber Siemens, AEG und die anderen Betriebe, die in den Westsektoren Berlins liegen. Wir glauben aber, mit diesem Anfang in Berlin werden wir die Grundlage dafür schaffen, daß bald auch die Betriebe im Westen Berlins in die Hände des Volkes übergehen. (Erneuter Beifall.)



Mit der Durchführung dieser Maßnahme glauben wir den Anschluß an die höhere Demokratie der sowjetisch besetzten Zone auch in Berlin zu finden.

Natürlich kann man in einer Stadt wie Berlin nicht einen Wirtschaftsplan entwickeln, der etwa auf sich selbst gestellt und nur für sich existiert. Der Wirtschaftsplan für Berlin kann nur dann wirksam werden, wenn er in ein enges Verhältnis zur sowjetisch besetzten Zone gebracht wird. Berlin stellt im wesentlichen ein großes Verarbeitungszentrum dar, und das kann nicht auf sich allein gestellt produzieren. Andererseits glauben wir, wenn wir in einem engen Zusammenwirken mit der sowjetisch besetzten Zone arbeiten, daß all das Fortschrittliche der sowjetisch besetzten Zone sehr rasch in Berlin nachgeholt werden kann.

Es gibt noch einige weitere Ansätze, die geeignet sind, das Verhältnis zwischen Zone und Berlin enger zu gestalten. So hat sich vor wenigen Tagen die Maxhütte Unterwellenborn an den Landesvorstand Berlin gewandt mit der Bitte, ihr bei einigen Berliner Betrieben zu helfen, die mit ihrer Produktion im Rückstand waren. Bei unseren Betriebsgruppen insbesondere im Betrieb Siemens-Plania und in der AT-Treptow gelang es uns, das Gewünschte in wenigen Tagen herzustellen, so daß wir die Maxhütte unterstützen konnten. (Beifall.) Es ist für uns symbolisch, daß es sich hier gerade um zwei SAG-Betriebe handelt, und gerade in Berlin spielt dies eine große Rolle, daß unsere Betriebsgruppen in den SAGs an der Spitze der Durchführung der Aufgaben für die deutsche Wirtschaft stehen.

Genossen, wir wollen nicht verhehlen, daß die Entwicklung in Berlin, durch die Schuld unserer Partei selbst aber auch die Produktivität noch nicht den gleichen Stand erreicht hat, wie in der sowjetisch besetzten Zone. In Berlin haben wir einen Zustand, daß auch die Preise der Berliner Produktion im Durchschnitt höher sind als in der sowjetisch besetzten Zone. Das Hauptproblem in Berlin ist, mittels der Entwicklung der Aktivistenbewegung die Arbeiter dazu zu bringen, daß sie unmittelbar mehr leisten. Gewiß, die Verbesserung der Arbeitsmethoden spielt dabei eine Rolle. Aber wenn wir durch unsere Berliner Betriebe gehen und

hier und da einzelne Menschen ansetzen, so stellen wir immer wieder fest, daß das Problem der individuellen Leistungssteigerung das Kernproblem ist. Gerade angesichts der Eigenart der Berliner Verhältnisse bei dem unerhörten Druck der Westpresse wird es unsere Aufgabe in Berlin sein, uns durchzusetzen und den Kollegen zu sagen: Wir müssen mehr arbeiten, um den Preis unserer Produkte herabzusetzen und auf dieser Grundlage in ein vernünftiges Arbeitsverhältnis



zur sowjetischen Besatzungszone zukommen.

Genossen, gestattet mir, noch einige Bemerkungen zu einem Berliner Problem, das nach meiner Ansicht nicht lediglich ein Berliner Problem ist.

Es gibt manchmal in unserer Partei sowohl in Berlin wie in der Zone eine Auffassung, als hätten sich im Westen Berlins die Monopolherren sozusagen eingeklinkt. Völlig falsch! Die Monopolkapitalisten des In- und Auslandes haben sich im Westen eine Stätte geschaffen, von der aus sie ein großes Störungswerk gegenüber dem Zweijahrplan durchführen wollen. (Sehr richtig!) Das gilt sowohl für die Zone wie für Berlin. Das wird sowohl von uns in Berlin wie auch in der sowjetisch besetzten Zone nur ungenügend erkannt. Ich behaupte, Genossen, die B-Mark würde im Berliner Westen nicht mehr so leben, wenn unsere Regierungen in der sowjetischen Zone etwas weniger versuchen würden, mit dem Berliner Westmagistrat zu Handelsabkommen zu gelangen. Wir haben die verschiedenen Stellen bereits darauf hingewiesen und insbesondere den Genossen von Sachsen-Anhalt nochmals das gesagt. Wir wollen uns darüber im klaren sein: Ist es die entscheidende Frage, daß ein volkseigener Betrieb draußen seinen Plan rasch durchführt, oder aber, daß diese große Störungsquelle gegen den Zweijahrplan inmitten unserer Zone verschwindet? Diese Frage sollen wir klären und klar beantworten. (Sehr richtig.) Hier hilft

kein Ausweichen und kein Flickwerk. Wenn beispielsweise unsere Genossen, die auf finanziellem Gebiete tätig sind, uns berichten, daß das Stadtkontor im Westen Berlins über 150 Millionen Mark der Deutschen Notenbank verfügt, so geht daraus hervor, daß die Kontrolle über den Umlauf von Bargeld in der Zone noch ungenügend ist, so daß hier Mittel an Bargeld aufgewandt werden können, um im Westen Berlins unkontrolliert zu kaufen.

Wir haben von Berlin aus mehrfach darauf hingewiesen, daß von dieser Sabotagestelle in West-Berlin aus im großen Stil Störungen durchgeführt werden. Genossen, Ihr habt wahrscheinlich alle beachtet, daß eines Tages das Borsigwerk in Tegel geschlossen wurde. Es handelte sich nicht etwa darum, daß das Werk geschlossen wurde und wir in Berlin ein paar tausend Arbeitslose mehr haben, sondern das Werk wurde planmäßig geschlossen, weil die Energieversorgung der Zone, die Kesselproduktion und -reparatur an diesem Werke hing (sehr wahr). Als dann die Berliner Partei zusammen mit einigen Genossen der Deutschen Wirtschaftskommission die Frage stellte, wir müssen im Sowjetsektor in Berlin für das zerstörte Borsigwerk eine neue Produktionsstätte errichten, die der Zone und Berlin helfen kann die Energieversorgung sicherzustellen, haben leider nicht alle leitenden Genossen der DWK verstanden, daß es sich hier bei der Durchführung des Planes nicht um eine Kompetenzfrage handelte, sondern um eine Lebensfrage für Berlin und die Zone. (Zustimmung.)

Ich hoffe, daß nunmehr nach einer Reihe von Diskussionen feststeht, daß es nicht entscheidend ist, wer die Hoheit über diesen Betrieb hat, obwohl wir diese Frage in den nächsten Tagen eindeutig lösen werden, sondern daß es sich darum dreht, das, was bereits in den ersten Vorbereitungen durchgeführt wurde, nun auch zu vollenden. Dann werden wir dieses Werk in Berlin tatsächlich errichten und einen entscheidenden Schlag gegen die Lücke im Zweijahrplan führen. (Lebhafter Beifall.)

Das sollen wir in aller Klarheit erkennen.

Genossen, ich wollte nur diese eine Frage anschnitten. Ich bin also der Auffassung, der Kampf um Deutschlands Hauptstadt Berlin kann nicht nur eine Frage des



Kampfes der Berliner Parteiorganisation sein, sondern muß eine Frage des Kampfes der gesamten Partei sein. Der Gegner versucht nicht umsonst, mit Berlin Politik in Westdeutschland und draußen in der Welt zu machen. Wir sind nicht der Meinung, daß Berlin der Mittelpunkt der Welt ist, aber wir sind in aller Bescheidenheit der Auffassung: Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands und dementsprechend muß unsere Politik durchgeführt werden. Und ich denke, Genossen, wir sollten in aller Klarheit als Gesamtpartei in Zukunft unsere Aufgaben durchführen unter der Losung: Die Zone arbeitet für Berlin und Berlin für die Zone.“ (Lebhafter Beifall).

Berliner Betriebe meistern die Schwierigkeiten

Auszug aus der Diskussionsrede des Genossen Kiefert zum Referat Ulbricht.

Der Berliner Landesverband hat es sich zu seiner Aufgabe gemacht, im Rahmen seiner betrieblichen Arbeit besondere Schwerpunkte im Industrieleben herauszugreifen. Bei der Beobachtung gerade dieser Schwerpunkte der Berliner Industrie durch das Einschalten des Landessekretariats, durch das Einschalten der Kreisvorstände, bei der Ueberprüfung, was bisher zur Ankurbelung und Entfaltung der betrieblichen Produktionspläne geschehen ist, konnten wir lehrreiche Feststellungen machen.

Es wurden auch auf der heutigen und gestrigen Tagung allzustark immer wieder die Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt. Ich glaube, wir unterschätzen als führende Funktionäre oftmals die Tatsache, daß es in unseren Betrieben eine ganze Anzahl Genossen und Parteileitungen gibt, die schneller mit den Schwierigkeiten fertig werden, aber die oftmals nicht die genügende Unterstützung gerade von den maßgeblichen Leitungen erhalten.

Nehmen wir das Berliner Glühlampenwerk! Im dritten Quartal des vergangenen Jahres sah es so aus, als ob dieser Betrieb überhaupt nicht in der Lage sein würde, sein gestelltes Produktionsoll für 1948 zu erfüllen. Trotzdem konnte er durch die Beseitigung des Engpasses, der in der Beschaffung des Wolframdrahtes lag, welcher bekanntlich für die Herstellung

von Glühlampen einen entscheidenden Faktor darstellt, doch sein Soll erreichen. Im dritten Quartal war die Produktion noch weit hinter dem gestellten Soll zurück. Indem die dortige Betriebsgruppe sich ernsthaft einschaltete und indem der Treuhänder ohne Unterstützung von irgendwelchen anderen Leitungen es sich zur Aufgabe stellte, diesen entscheidenden Draht für seinen Betrieb zu beschaffen, um die Produktion von etwa 1200 Arbeitern nicht zu gefährden, war es dem Genossen möglich, am Jahresschluß das gestellte Soll sogar weit zu überholen (Bravol!).



1948 um 52 vH zu überschreiten. Bei der Herstellung der Normalgebrauchslampe konnte das Produktionsoll um 3,6 vH überschritten werden. Bei anderen Produktionszweigen, z. B. der Herstellung der Zünder für die Röhren für Glühlampen war die Ueberschreitung des gestellten Solls um 26 vH möglich. Alles das war nur möglich, weil man überlegte und dann zum Handeln überging.

Ich kann noch andere Beispiele anführen, z. B. einen Betrieb, der schon oft in der Presse behandelt wurde, den Betrieb der Stralauer Glashütte. Auch dieser Betrieb war in der Lage, durch die Zusammenarbeit der Kräfte der Partei, Schwierigkeiten zu überwinden und eine bedeutende Steigerung der Glasproduktion zu erzielen. In diesem Betrieb, der immer wieder großen technischen, maschinellen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, ist die Produktion im Jahre 1947 von 8 589 329 kg Glas auf 13 833 469 kg Glas gestiegen. Diese Steigerung um etwa 54 vH war möglich, obwohl die Belegschaft sich gegenüber dem Vorjahr nicht erheblich erhöht hat.

Ein anderer entscheidender Betrieb, der auch als Schwerpunkt

der Arbeit im Landesverband Groß-Berlin anzusehen ist, ist die Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Kärger, — ein Betrieb, in dem heute noch die UGO-Kräfte der Arbeit der Parteiorganisation einen erheblichen Widerstand entgegengesetzt.

Aber auch in diesem Betrieb, der entscheidend ist in der Herstellung von mechanischen Drehbänken usw., ist es gelungen, eine bedeutende Steigerung der Produktion zu erzielen. Der Betrieb ist davon ausgegangen, daß man nicht nur planen soll, sondern daß man diesen Plan auch mit der Belegschaft zu besprechen hat. Der dort gebildete betriebliche Planungsausschuß hat demzufolge vorher seine betrieblichen Produktionspläne in allen Einzelheiten nicht nur in der Partei, sondern in der gesamten Belegschaft besprochen, hat den Plan ausgearbeitet mit allen Einzelheiten, schriftlich der Belegschaft unterbreitet. Es kamen aus der Belegschaft eine ganze Anzahl Widerstände zutage. Aber unsere leitenden Genossen und die gesamte Betriebsgruppe dort, haben sich nicht blaffen lassen und heute sehen wir, wie es durch eine erneute schriftliche Mitteilung des erfüllten Solls der Belegschaft gegenüber möglich war, zu beweisen, daß in diesem Halbjahr nicht nur eine große Anzahl sozialer Verbesserungen im Betrieb eingetreten ist, sondern daß es insbesondere auch gelungen ist, die Produktion zu entwickeln, eine größere Anzahl mechanischer Drehbänke herzustellen und damit auch den Anteil pro Kopf der Belegschaft beträchtlich zu erhöhen. Wenn ich als Beweis dafür zwei Ziffern anführen darf, so heißt es in dem Bericht der betrieblichen Planungskommission, daß bei der überplanmäßigen Steigerung der Belegschaftszahl sich die Arbeitsproduktivität beträchtlich erhöht hat. Um das deutlich zu machen, soll darauf verwiesen werden, daß der Umsatz pro Kopf der Belegschaft im Monatsdurchschnitt von 577 Mark im ersten Halbjahr 1948 sich auf 641 Mark im zweiten Halbjahr erhöhte. Dabei sei noch angeführt, daß in Verbindung damit in diesem Betrieb aktivistische Elemente in Erscheinung getreten sind, die durch ihre Arbeit in Verbindung mit den Kräften der Partei nicht unbeträchtlich zur Ueberwindung von



betrieblichen Schwierigkeiten beigetragen haben.

Wenn der Genosse Warnke heute insbesondere die Rolle der Gewerkschaften unterstrich, so glaube ich, daß wir als Partei es als eine große Aufgabe ansehen müssen, gerade den Betriebsgewerkschaftsleitungen eine stärkere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Es war leider oftmals die Tatsache zu verzeichnen, daß nicht die besten Genossen in diese Leitungen der Betriebe hineindelegiert wurden und daß man dann fragte: warum hat sich die gewerkschaftliche Kraft nicht richtig durchgesetzt? Durch das richtige politische Zusammenspiel zwischen der Parteileitung im Betrieb und der Betriebsgewerkschaftsleitung wird es in jedem Betrieb möglich sein, mit der gestellten Aufgabe fertig zu werden. Wir werden durch unsere Aktivität auch als leitende Funktionäre erheblich dazu beitragen können, die gestellte Aufgabe auch lösbar zu machen.

Genosse Kiefert geht dann auf den verschärften Klassenkampf in Berlin und auf die Terrormaßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und der Stumpfpolizei vor allem gegen unsere Jugendgenossen ein und unterbreitet der Partei-

konferenz folgende Protestresolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Parteikonferenz protestiert gegen die unglaublichen Methoden der französischen Militärjustiz in Berlin, die fünf Genossen, die auf dem roten Wedding den „Jugend-Vorwärts“ vertrieben, zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilte. Die fünf Genossen, unter denen sich drei Jugendliche befinden, wurden von 30 Polizeibeamten verhaftet, die von der Schußwaffe Gebrauch machten und diese gefesselt abführten. Angesichts dieses Zahlenverhältnisses wirkt es unglaublich, daß den fünf verurteilten Genossen ein Ueberfall auf die deutsche Polizei zur Last gelegt wurde. Wie muß es um die 30 schwerbewaffneten Polizisten bestellt sein, wenn sie sich von unseren fünf zeitungsverkaufenden Genossen für überfallen und behindert erklären, und wie mit einer Justizbehörde, die sich zum Träger einer derartigen Anklage macht und solche Willkürurteile fällt!

Wir verlangen die sofortige Freilassung dieser Genossen und die völlig ungehinderte Tätigkeit der demokratischen Kräfte in ganz Berlin.“

Kümmern wir uns um die Entwicklung der Kader!

Auszug aus der Diskussionsrede des Genossen Peter Frey (FDJ) zum Referat Grotewohl.

Bei der Entwicklung neuer Funktionen machen sich innerhalb der Partei zwei Extreme bemerkbar. Einerseits sieht es so aus, daß man namentlich den Jüngeren gegenüber, aber auch gegenüber den Parteilosen, die zu unserer Partei kommen, die Auffassung vertritt: Ihr müßt euch erst bewähren, dann kann man euch in die Arbeit einschalten, und mit Funktionen beauftragen!

Wenn man keine Betätigungsmöglichkeit hat, kann man sich nicht bewähren. Es geht also nicht an, daß man unsere jungen Menschen und auch Parteilose, die zu unserer Partei kommen, damit abspeist, daß man sagt: Ihr müßt euch erst bewähren, dann können wir euch in der Arbeit gebrauchen.



Das andere, aber noch viel schlimmere und verhängnis-

vollere Extrem ist dies, daß man sagt: Gut, wir brauchen sehr viele Kräfte und wir haben hier jemand, der vielleicht mal in der Diskussion ganz gut aufgetreten ist. Bei der nächsten Gelegenheit bekommt er dann eine Funktion aufgestellt und mit dieser Funktion wird er allein gelassen. Das führt dahin, daß nach ganz kurzer Zeit solche Menschen, die man mit Funktionen belastet hat, mit ihrer Arbeit nicht zu Rande kommen, daß ihnen wegen ihrer mangelnden Erfahrung die Aufgaben politisch und organisatorisch über den Kopf wachsen, daß sie sich entweder von der Partei überhaupt entfernen oder anfangen, selbständig eine vollkommen schiefe Linie zu entwickeln.

Beide Extreme führen nicht zu dem, was wir brauchen: zur Entwicklung wirklich neuer Kräfte auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Darum ist auch die Einführung der Kandidatenliste eine Maßnahme, die nach meiner Auffassung eine unmittelbare Bedeutung nicht nur für die Struktur und Arbeit unserer Partei hat, sondern auch ein ausgezeichnetes Prüfstein für alle Genossen, vor allen Dingen für die Leitungen der Grundeinheiten ist, inwieweit sie es verstehen, den Marxismus-Leninismus an die Massen heranzubringen. Denn wenn eine Grundeinheit einen Kandidaten aufnimmt, so wird man an dem Niveau dieses Kandidaten nach Ablauf der Kandidatenzeit

Berlin ist und bleibt für uns die Hauptstadt Deutschlands

Aus dem Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht

Die Berliner Genossen, die hier gesprochen haben, haben sehr richtig hervorgehoben, daß ihre nächste wichtige Aufgabe darin besteht, alles das, was am Fortschrittlichen in der Ostzone erarbeitet wurde, was an Erfahrungen gesammelt wurde, sich jetzt anzueignen. Wir betrachten Berlin nicht etwa als eine Stadt oder als ein Land der Ostzone, sondern wir betrachten



Berlin als die Hauptstadt Deutschlands. (Beifall!) Wir haben deshalb auch nicht die Absicht, etwa die Berliner Wirtschaft oder die Wirtschaft des Ostsektors an die Ost-

zone anzugliedern. Wir denken gar nicht daran. Im Gegenteil, wir werden alles tun, damit den Berliner Freunden geholfen wird, daß sie ihren Jahresplan für 1949 und den Zweijahrplan für 1949 und den ten erfolgreich durchführen können. Die Ostzone wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, damit diese großen demokratischen Aufgaben in Berlin erfüllt werden. (Beifall!)

Die Berliner haben in der letzten Zeit große Kundgebungen und Demonstrationen für den Frieden und gegen die Kriegshetze der Imperialisten durchgeführt. Jetzt kommt es darauf an, daß nicht nur unsere Berliner Genossen, sondern daß alle fortschrittlichen Kräfte in Berlin lernen, die Wirtschaft in Berlin zu leiten, die Stadtverwaltung richtig zu führen und die Kulturaufgaben durchzuführen, und daß sie durch die Erwerbung dieser großen Sachkenntnisse den Beweis gegenüber den Westsektoren erbringen, daß die Politik des demokratischen Magistrats die einzige Politik ist, die im Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung liegt. (Beifall!) Die sozialdemokratischen Mitglieder, die Gewerkschaftsmitglieder, die Arbeiter in den Betrieben, auch die Mitglieder der bürgerlichen Parteien in den Westsektoren haben es dann leichter, sich zu entscheiden, ob sie für die Spekulanten in den Berliner Westsektoren sind, ob sie für die Kriegsverbrecher Witzleben und Spannath vom AEG- und vom Siemenskonzern sind oder ob sie für den demokratischen Fortschritt sind. Darin besteht die Bedeutung der Arbeit unserer Berliner Genossen und der Arbeit des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, diesen lebendigen Beweis zu erbringen und durch die Tat, durch fortschrittliche Taten, die Masse der Berliner Bevölkerung zu überzeugen.

sehr gut kontrollieren können, was die Genossen der Grundeinheiten getan haben, um ihn wirklich auf seine Mitgliedschaft in der Partei vorzubereiten. Darum begrüßen wir es namentlich auch vom Standpunkt der Jugend aus, daß mit

dieser Kandidatenzeit, wie sie in dem Beschluß vorgeschrieben wird, gleichzeitig der Partei die Aufgabe gestellt ist, dafür zu sorgen, daß die Kandidatenzeit zur Erziehung guter Parteimitglieder ausgenutzt wird.

Unsere Stellung zur SPD

Genosse Ernst Hoffmann in seinen Ausführungen zum Referat Grotewohl:

Die durch die amerikanisch-englischen Nachrichtenoffiziere in Berlin verhinderte vollständige Vereinigung der SP und KP hatte zur Folge, daß der bewußteste Teil der ehemals sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder die Vereinigung vollzogen und nur ein bestimmter Teil Sozialdemokraten, mit einer gewissen Organisationserfahrung aus den sattsam bekannten Wahlvereinen in der SP zurückblieb.

Die SP in Berlin wurde so schnell zu einem willfährigen Instrument der Wall-Street-Agenten und der mit ihnen — das muß einmal wieder deutlich ausgesprochen werden — eng verbundenen trotzkistischen Konspiratoren. Die offen konterrevolutionäre und scharfmacherische Rolle der Parteiführung in Berlin wird durch eine Äußerung von Willy Brandt, dem Haupteinpeitscher des Parteivorstandes aus Hannover besonders klar, die er am 8. Dezember 1948 auf einer Sitzung des Landesausschusses Berlin der SPD machte: „Die SP in Berlin befindet sich politisch und ideologisch im Gegensatz zur Partei im Westen. Berlin ist vorbildlich für die Schlafmützen im Westen.“

Es ist auch z. B. daran zu erinnern, daß es die Berliner Vertreter der Jungsozialisten waren, die in erster Linie durch ihr provozierendes Auftreten es erreichten, daß die sozialistischen Jugendverbände aus dem Weltjugendbund austraten und eine eigene Internationale gründeten.

Interessant ist, daß die Parteiführung der SPD nicht nur große Angst vor einem Rückfall der Partei in den Marxismus und den Klassenkampf empfindet, sondern bereit ist, auch alle äußeren Zeichen der Erinnerung an eine andere Sozialdemokratie abzulegen.

Franz Neumann machte vor einiger Zeit, zusammen mit Alfons Schöpflin dem Landesausschuß der SPD den Vorschlag, den Namen der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ in „Echo“ umzuwandeln. Das

stimmt durchaus, es ist das Amerika-Echo; aber das war nun doch ein wenig zu viel verlangt, und der Landesausschuß protestierte dagegen.

In der westsektoralen SP ersetzt man mehr und mehr das Wort Genosse, nachdem der RIAS die Anregung dazu gegeben hatte, mit der Anrede „mein Freund“.

In Zehlendorf — dem bürgerlichsten aller Verwaltungsbezirke Berlins — wurde die SP am 5. Dezember die Mehrheitspartei. In der Geschichte Berlins ist das noch nicht dagewesen, aber ein Beweis dafür, was der Genosse Grotewohl sagte, daß diese Partei immer mehr absinkt zu einer schwammigen „Volkspartei“.



Unterschätzen dürfen wir dieses Konglomerat verschiedener divergierender Elemente aber auf keinen Fall, die sich in einem Punkt einig sind: in der völligen Ablehnung unserer Partei

und der Sowjetunion.

Die Verwendung der R-Mark als eines weiteren politischen Kampfmittels zur Korruption der Arbeiterklasse und Untergrabung des Solidaritätsgedankens zwingt unsere Partei in Berlin, sich erneut der Frage der SP zuzuwenden.

Vor allem ist auch seit dem 30. November eine wachsende Opposition in dieser Partei festzustellen.

Die Mitgliederzahl ist etwa auf 50 000 Mitglieder abgesunken, und eine weitere Unzufriedenheit und Inaktivität ist festzustellen.

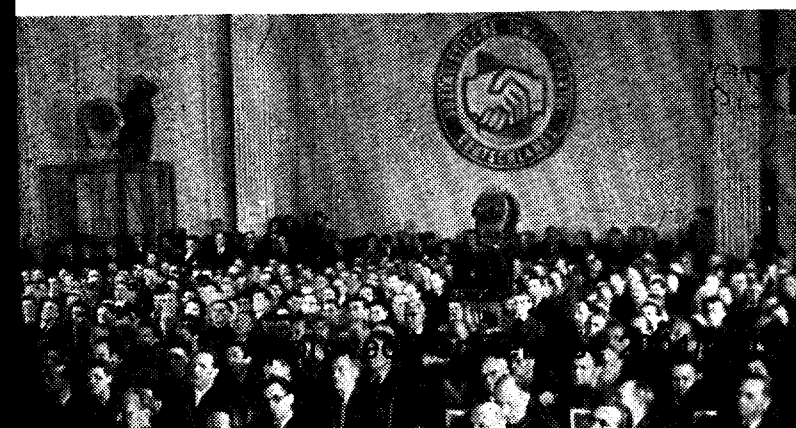
Wir werden in Zukunft wieder mehr mit den sozialdemokratischen Betriebsarbeitern diskutieren müssen und eine schlechte Tendenz in

der Partei überwinden, die dazu führte, daß unsere Genossen Diskussionen mit Sozialdemokraten ablehnten, da ja doch alles keinen Zweck habe. Wir müssen viel mehr differenzieren unter denen, die sich Sozialdemokraten nennen, und jene gesunden Klassenelemente für unsere fortschrittliche, kämpferische Politik gewinnen, die heute den Kurs der Zieihen-Husaren in Berlin nicht mehr mitmachen können.

In der Vergangenheit hatte die Berliner Partei in dieser Frage einige entscheidende Schwächen aufzuweisen, die es verhinderten, jene breite Basis auch unter den sozialdemokratischen Betriebsarbeitern zu entwickeln, die notwendig ist, um unsere Positionen im Kampf um die Einheit Berlins zu verstärken. Hier wird sich ein Wandel vollziehen.

Daß die Amerikaner sich nicht nur der SPD bedienen, um ihre Ziele unter der Arbeiterklasse in Berlin zu verfolgen, geht aus der Tatsache hervor, daß in den Westsektoren neben einer von zum Teil durch kriminelle Elemente geleiteten KPO, auch eine sogenannte USPD gebildet werden soll. Vielseitig sind die Methoden des Klassengegners in unserer Stadt, um unsere Partei zu berennen. Aber Genosse Grotewohl hat vollkommen recht. Uns wird niemand auseinanderbringen!

Unsere Partei entwickelt in den letzten Monaten eine bessere Kampfmoral. Unter den gegnerischen Versuchen, das Feuer auf uns zu konzentrieren, war es trotzdem und gerade deswegen möglich, unter Führung unserer Partei die Kräfte des Demokratischen Blocks zu mobilisieren, Hindernisse und Schranken für eine weitere demokratische Entwicklung niederzulegen. Mit der solidarischen Hilfe unserer Partei aus der Zone und unter maximaler Steigerung der eigenen Anstrengungen werden wir den Kampf um die Einheit Berlins siegreich beenden und die Einheit der Arbeiterbewegung Berlins auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Führungselite herstellen. Unter ihnen herrscht das Gesetz der ideologischen Fäulnis, der politischen und wirtschaftlichen Korruption. Wir aber gewinnen die kristallklaren Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen eines komplizierten Kampfes. Und Berlin ist ein guter Kampfboden! (Lebhafter Beifall.)



Frauenarbeit ist Massenarbeit!

sagt Roberta Gropper zum Referat Grotewohl:

Berlin zählt heute fast 2 Millionen Frauen, 65 vH der Bevölkerung, und wenn die Partei Massenarbeit leisten will, muß sie ihre Politik auch auf diese Massen der Frauen abstimmen, sie ansprechen, so argumentieren, daß die Frauen uns verstehen. Diese Erkenntnis der Bedeutung und Notwendigkeit dieser Arbeit ist zweifellos in der Partei vorhanden. Ich glaube, auch die Berliner Organisation hat die Beschlüsse des 2. Parteitages unserer Partei nicht gut durchgeführt, die Ressortarbeit, die Frauenarbeit zu einer wirklichen Arbeit der gesamten Partei zu machen. Zweifellos gibt es auch in Berlin gute Beispiele, wo die gesamte Partei versucht hat, den Einfluß unter den Frauen zu erkämpfen. Ich möchte drei Punkte dieser Arbeit anführen: Das Volksbegehren im Sommer vergangenen Jahres. Es ist der Partei gelungen, auch im schärfsten Kampf und in schärfsten Auseinandersetzungen 800 000 Unterschriften für die Einheit Deutschlands zu bekommen. Unter diesen 800 000 Unterschriften sind die Hälfte Frauen. Die Partei hat es also in

diesem Falle verstanden, die Frage der Notwendigkeit des Kampfes um die Einheit Deutschlands richtig vor den Frauen aufzurollen. Das haben sogar damals einige führende Kreisfunktionäre unserer Partei



sehr gut begriffen, die sagten, Massenarbeit in der Partei, das bedeutet wirklich Frauenarbeit. Eine zweite Frage, wo auch die Partei einen sehr ernsten Kampf führt, ist die Frage des Einkaufs im Ostsektor. Hier bestimmen meist die Frauen, und wenn es der Partei

gelungen ist, die Eintragungen im Ostsektor von Monat zu Monat zu steigern, muß man das auch als eine ernste Arbeit unter den Frauen bezeichnen. Wenn man noch in Betracht zieht, Genossinnen und Genossen, daß gerade in den Westsektoren eine infernalische Hetze gegen die sogenannte Blockadepolitik gemacht wird, versucht wird, ein sogenanntes Heldentum aufzubauen, wenn im amerikanischen „Tagesspiegel“ aufgefördert wird, den Ostsektor zu bukkottieren, nicht im Ostsektor zu kaufen, kein Theater im Ostsektor zu besuchen usw., so kann man vielleicht den Erfolg in dieser Frage ermesen.

In den Bezirksverwaltungen haben wir die Frauen auf verantwortliche Posten gesetzt. In den acht sowjetischen Bezirken haben wir in den Bezirksverwaltungen 18 Bezirksdezernentinnen. In dem Kreis Prenzlauer Berg haben wir unter den 11 Dezernenten 4 Frauen. So ist es auch in anderen Kreisen. Sie besetzen das Sozialamt, Volksbildungs-, Ernährungs- und das Gesundheitsamt. Es hat sich hier schon in der Tat bewiesen, daß unsere Frauen imstande sind, eine qualifizierte politische Arbeit zu leisten.

Berlin zur Parteikonferenz / Erweiterte Landesvorstandssitzung der SED Groß-Berlin

Die am 4. Februar tagende erweiterte Landesvorstandssitzung der SED Groß-Berlin stand im Zeichen der unmittelbaren Anwendung der Beschlüsse der Parteikonferenz und der Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben für die Berliner Parteiorganisation.

In seinem umfassenden Referat stellte Genosse Jendretzky die Herstellung der demokratischen Ordnung in ganz Berlin im Kampf um die Einheit der Hauptstadt und den Frieden in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Genosse Jendretzky betonte, daß durch die revolutionäre Tat des 30. November die Voraussetzungen für eine beschleunigte demokratische Entwicklung der Hauptstadt geschaffen wurde. Die Demokratisierung der Verwaltung und Wirtschaft Berlins kann nur im festen Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften auf der Grundlage des Demokratischen Blocks erfolgen. Der Demokratische Block und die Berliner Stadtverwaltung müssen jetzt gemeinsam mit den demokratischen Massenorganisationen zwei Aufgaben vordringlich lösen:

Die Verwirklichung des Berliner Zweijahrplans in engem Zusammenwirken mit dem Zweijahrplan der sowjetischen Zone und die sofortige Durchführung des Enteignungsgesetzes für Kriegsverbrecher und Naziaktivisten.

Der großartige Verlauf der Parteikonferenz und der entscheidende Friedensschritt Stalins für die Verständigung bedeutet eine entscheidende Hilfe für den Kampf um die demokratische Einheit der Hauptstadt. — Genosse Jendretzky unterstrich die große Aufgabe der Hauptstadt Berlins zur Unterstützung der Frühjahrsbestellung der Zone und ihrer Schwerpunktbetriebe im Rahmen der Kampagne: Die Zone für die Hauptstadt Berlin — Berlin für die Zone im Kampf um die Einheit Deutschlands.

In der lebendigen und aufschlußreichen Aussprache brachten die zahlreichen Diskussionsredner wichtige

Beispiele und Vorschläge für die Verbesserung der politischen Arbeit im Westen und Osten Berlins.

Genosse Sommer — Betriebsgruppenvorsitzender der Spinnstoffabrik Zehlendorf — berichtete über die empfindliche Niederlage der UGO und ihres amerikanischen Betreuers durch das offensive Auftreten und die gute politische Arbeit unserer Betriebsgruppe dieses im August vorigen Jahres durch die Spalter lahmgelegten Werkes.

Genosse Bruno Baum bezeichnete den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Arbeitsplatzes als das Kernstück unserer betrieblichen Forderungen zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen in den Westsektoren.

Genosse Max Kreuziger wies mit großem Nachdruck auf die Rolle der fortschrittlichen Intelligenz für die demokratische Entwicklung und die Verwirklichung des Zweijahrplans hin. Er betonte die Notwendigkeit des Neuaufbaus der Universität und berichtete über eine wesentliche Erhöhung der Stipendiumsätze zur Förderung des studentischen Nachwuchses.

Genosse Heinz Hoffmann betonte die Bedeutung des 30. November für die demokratische Entwicklung Berlins und forderte die politische Aktivierung der im Ostsektor eingetragenen Bewohner der Westsektoren.

Genosse Skorny (FDJ) schilderte anschaulich die glänzende Agitation der FDJ in der S- und U-Bahn der Westsektoren für die Freilassung Max Reimanns und Beseitigung des Kolonial- und Ruhrstatuts.

Die erweiterte Landesvorstandssitzung nahm die nachstehende Entschliebung zu den gegenwärtigen Aufgaben an und richtete einen energischen Protest gegen die englische Militärregierung, der die sofortige Freilassung Max Reimanns fordert. Gleichzeitig übermittelte sie ihre brüderlichen Kampfesgrüße an die Aktivistenkonferenz und an die eingekerkerten Genossen in den Westsektoren Berlins.

PARTEI-Dokumente

25X1A

Verwirklicht die Beschlüsse der Parteikonferenz

Der LV der SED Groß-Berlin begrüßt die Beschlüsse der Parteikonferenz, die in der Hauptstadt Deutschlands tagte und im Geiste lebendiger internationaler Verbundenheit die politische Grundlinie unserer Partei festlegte. Der LV fordert alle Mitglieder und Funktionäre auf, die Referate und Beschlüsse der Parteikonferenz gründlich zu studieren und verpflichtet sich, die ganze Kraft der Berliner Parteioorganisation für die Lösung der von der Parteikonferenz gestellten Aufgaben einzusetzen.

Die Parteikonferenz der SED stand im Zeichen des Aufschwungs der internationalen Friedenskräfte, der ständigen Festigung der führenden Rolle der Sowjetunion und der Stärkung der Volksdemokratien, der großen Erfolge des demokratischen Lagers, die vor allen Dingen in dem historischen Sieg der chinesischen Volksarmeen zum Ausdruck kommen. Das Stalin-Interview und seine Bereitschaft zur gemeinsamen Zusammenkunft mit Truman sind ein erneuter Beweis für den Friedenswillen und die Kraft der sozialistischen Friedensmacht, die Verständigung durchzusetzen. Das ist eine entscheidende Hilfe für die Friedenspolitik der fortschrittlichen Kräfte im Kampf um die Einheit Berlins und Deutschlands.

Demgegenüber bedeutet das volksfeindliche Auftreten der Berliner Westverwaltung, der Neumann-Reuter-Clique und das Terrorurteil der westlichen Kolonialstrategen gegen Max Reiman — im Interesse des schändlichen Ruhrstatuts und der deutschen „alliierten Bediensteten“ — den zum Scheitern verurteilten Versuch, die Sache des Krieges und der Spaltung Deutschlands weiterzuführen.

Die Gegenwartsaufgaben der Berliner Organisation

Für die Berliner Parteioorganisation ergeben sich jetzt folgende Aufgaben:

1. Der revolutionäre Akt des 30. November 1948 hat durch die Beseitigung des reaktionären Magistrats und die Schaffung der neuen Stadtverwaltung die Voraussetzung gegeben für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in Berlin. Nunmehr gilt es, die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen, auszubauen und im Kampf um die Einheit der Hauptstadt auf ganz Berlin auszudehnen.

2. Bündnis aller aufbauwilligen und fortschrittlich-demokratischen Kräfte im Demokratischen Block, Bildung und Aktivierung der Volksausschüsse für Einheit Deutschlands und gerechten Frieden in allen Kreisen Berlins als die Organe im Kampfe um eine demokratische, antifaschistische Ordnung in einem einheitlichen Berlin.

3. Alle Kräfte der Partei müssen in Zusammenarbeit mit den demokratischen Massenorganisationen konzentriert werden auf die Durchführung des Berliner Wirtschaftsplanes im engen Zusammenwirken mit dem Zweijahrplan der sowjetisch besetzten Zone. Das muß der Hauptinhalt der Arbeit unserer Betriebsgruppen und der Gewerkschaften sein. Dabei gilt es, unter der Losung: „Die Zone für die Hauptstadt Berlin — Berlin für die Zone, und beide arbeiten für Deutschland“ den drei Schwerpunktbetrieben der Zone (Max-Hütte Untere Wellenborn, Riesa und Hennigsdorf) und den Berliner Schwerpunktbetrieben Bergmann-Borsig besonders zu unterstützen sowie der Zone bei der Frühjahrsbestellung tatkräftige Hilfe zu leisten.

4. Das vom Magistrat beschlossene Gesetz zur Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher gilt es

sofort durchzuführen. Durch den Kampf der Partei im Westen Berlins müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Enteignungsgesetz auf ganz Berlin, insbesondere auf die Elektro-Konzerne (Siemens, AEG, Osram, Lorenz, Telefunken usw.) angewandt werden kann.

5. Kampf um die Hebung der Arbeitsproduktivität in volkseigenen und ihnen gleichzustellenden Betrieben durch die Organisation der Aktivistenbewegung, bessere Organisation der Arbeit, technische Verbesserungen und die Einführung des Leistungslohnes. Gewinnung breiter Schichten der technischen Intelligenz für die praktische Mitarbeit am Zweijahrplan und Hebung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin. Gleichzeitig muß die Klassenwachsamkeit in den Betrieben verstärkt werden.

In den Westsektoren Berlins stehen die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Wiederingangsetzung der Industrie, die Wiederherstellung der erworbenen Arbeiterrechte, insbesondere des Mitbestimmungsrechtes, als Hauptlosungen der betrieblichen Kampfprogramme zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen.

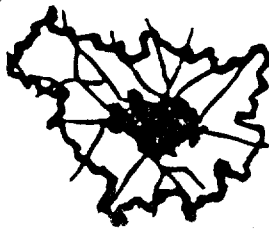
6. Um die notwendige einheitliche Versorgung in ganz Berlin zu sichern, ist der Kampf um die Herstellung der Währungseinheit von Berlin auf der Grundlage der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank eine unerläßliche Verpflichtung.

7. Durch Förderung der fortschrittlichen Intelligenz, einer volksverbundenen Kunst und Durchführung der demokratischen Schulreform muß die Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands als Kulturzentrum gesichert werden.

Die Berliner Partei kann den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, den Kampf um die Herstellung der demokratischen Ordnung und die Durchführung des Wirtschaftsplanes nur erfolgreich führen, wenn sie in der Entwicklung zu einer Partei neuen Typus, zu einer Kampfpartei des Marxismus-Leninismus rasche und gründliche Fortschritte macht. Dafür ist die Verstärkung des ideologischen Kampfes notwendig gegen die noch vorhandenen rückständigen, antisowjetischen und chauvinistischen Stimmungen, die ein Ausdruck des Einflusses des imperialistischen Klassenfeindes auf die werktätigen Massen sind. Hierzu ist die systematische Schulungsarbeit in allen Einheiten der Partei eine dringende Notwendigkeit, wobei das Studium der Geschichte der KPdSU eine ständige Verpflichtung für alle Parteimitglieder ist. Ferner die organisatorische Festigung der Partei durch die Schaffung operativer Leitungen im Betrieb wie in Wohngebieten.

Im Sinne der Beschlüsse unserer ersten Parteikonferenz vorwärts für den Sieg der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in einem einheitlichen Berlin!

Berliner Parteioorganisation



Aus den Kreisen

Neue Methoden in der Arbeit des Landesvorstandes

Emil Redmann

Die Überprüfungskommissionen an der Arbeit

Zum erstenmal sind in der Berliner Organisation von seiten des Landesvorstandes Kommissionen zur Überprüfung der Arbeit der Parteileitungen in den Kreisen, Stadtbezirken und Grundeinheiten eingesetzt worden.

Die Ergebnisse der Arbeit der Kommissionen werden für die Entwicklung neuer Arbeitsmethoden in der Parteiorganisation von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Die Überprüfungskommissionen setzen sich aus sieben Genossen zusammen:

- 1 Mitarbeiter des Landesvorstandes,
- 1 Mitarbeiter des Zentralsekretariats,
- 1 Mitarbeiter der DWK,
- 1 Mitarbeiter des FDGB-Bezirksausschusses,
- 1 Mitarbeiter des Kreisvorstandes,
- 1 Mitarbeiter eines Stadtbezirksvorstandes,
- 1 Betriebsarbeiter aus einem entscheidenden Großbetrieb.

Die Hauptgesichtspunkte der Kommissionsarbeit waren:

- a) Überprüfung der Arbeitsfähigkeit der Parteileitungen im Kreis, Stadtbezirk und den Grundeinheiten.
- b) Die Verstärkung der Parteileitungen durch personelle Veränderungen.
- c) Überprüfung der Arbeit der Partei auf politischem und organisatorischem Gebiete.
- d) Ausrichtung der Arbeit der Partei auf die Betriebe.
- e) Schlußfolgerungen.

Auswertung der gesammelten Erfahrungen und Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit.

Bei der Überprüfung der Arbeit der Parteileitungen wurden folgende Mängel festgestellt:

In den Kreisvorständen

Wenn man die Zusammensetzung der Kreisvorstände betrachtet, kann man nicht erwarten, daß hier eine positive Arbeit in den Betrieben durchgeführt wird.

Im Kreisvorstand Lichtenberg gehören von 36 Mitgliedern 6 einer Betriebsgruppe an.

In Köpenick ist das Verhältnis 38 : 6.

Die soziale Zusammensetzung im Kreisvorstand Pankow ist folgendermaßen:

- Von 36 Vorstandsmitgliedern sind 30 Angestellte,
- 3 ohne Beruf,
- 2 selbständig und
- 1 Arbeiterin.

Nicht anders sieht die Zusammensetzung der Stadtbezirksvorstände aus.

Es muß eine Veränderung in der Zusammensetzung der Kreis- und Stadtbezirksvorstände erfolgen. Die Betriebsarbeiter, insbesondere aus den entscheidenden Produktionsbetrieben, müssen in ausreichendem Maße in den Kreis- und Stadtbezirksvorständen vertreten sein.

Bei der Überprüfung der Arbeit der Kreisvorstände konnte in allen Kreisen festgestellt werden, daß die Kreisvorstände weit davon entfernt sind, eine operative Parteileitung zu sein.

Die Kreissekretariate haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Unterstützung ihrer Arbeit durch die Kreisvorstandsmitglieder. Die politischen und wirtschaftlichen Probleme in den Betrieben werden in den Kreisvorständen wohl diskutiert, jedoch nicht realisiert.

Die Überprüfung der Arbeit in den Kreissekretariaten

Der Ressortgeist in den einzelnen Kreissekretariaten wirkt sich ebenfalls hemmend auf die Arbeit des Kreises aus.

In Lichtenberg konnte der Org.-Sekretär keine konkreten Auskünfte über die Betriebsgruppenarbeit geben, da die Betriebe nur vom Sekretär für „Arbeit und Sozialfürsorge“ bearbeitet werden. Was ist das für ein Zustand! Ein Organisationssekretär, der nicht über die Lage in den Betrieben und über die Arbeit unserer Betriebsgruppen informiert ist, kann keine Organisationspolitik durchführen und ist fehl am Platze.

Nehmen wir das Gebiet der Abteilung Personalpolitik.

Kann man von einer Personalpolitik sprechen, wenn sich die personalpolitischen Abteilungen in erster Linie mit dem Ablauf der technischen Arbeit im Büro beschäftigen?

Welcher Bürokratismus in unseren Personalabteilungen zum Teil besteht, zeigt ein Beispiel aus dem Kreis Prenzlauer Berg.

Im Monat Dezember 1948 wurden insgesamt 1210 Schriftstücke bearbeitet. Man kann bei einem derartigen Umfang der Erledigung technischer Arbeit keine Kaderpolitik durchführen.

Die Arbeit unserer personalpolitischen Abteilungen, angefangen vom LV bis zu den Kreisvorständen, muß einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Die PPA des LV muß sich überlegen, wie man die Arbeitsmethoden verbessert und den Anfall der technischen Arbeit auf ein Mindestmaß beschränken.

Ein Sekretär der Personalpolitik, der seine Arbeit nur vom Schreibtisch aus durchführt, kann die Genossen nicht in ihrer praktischen Parteiarbeit kennenlernen.

Der Sekretär für Personalfragen von Köpenick war nach seiner eigenen Erklärung seit längerer Zeit in keinem Betrieb oder in einer Funktionärsitzung. Der Genosse hat noch nicht einmal die Zeit, an den Referentenvorbesprechungen teilzunehmen.

Ein Sekretär für Personalpolitik, der die Entwicklung der Kader vom Schreibtisch durchführt, kann seine ihm gestellten Aufgaben nicht erfüllen. Er muß, um ein Beispiel zu nennen, genau, wie der Sekretär für Arbeit und Sozialfürsorge wissen, welche besonderen Fragen im Betrieb stehen und in der Lage sein, den Genossen in den Grundeinheiten praktische Anleitungen zu ihrer Arbeit zu geben. Das trifft nicht nur zu für das Gebiet der Personalpolitik, sondern auch für alle anderen Ressortgebiete unserer Parteiarbeit.

Erst wenn wir den Ressortgeist aus unseren Parteileitungen beseitigt haben, werden wir wirklich in der Lage sein, eine operative Arbeit zu leisten.

Ein Mangel, der in fast allen überprüften Kreisen festgestellt wurde, ist, daß zum Teil bei den Kreisvorständen keine Abteilungen vorhanden sind und wo diese bestehen, keine Tätigkeit dieser Abteilungen zu bemerken ist.

Ein Sekretariat, ohne die aktive ehrenamtliche Mitarbeit der Kreisvorstandsmitglieder, ist nicht in der Lage, die ihm gestellten Aufgaben zu lösen. Die Kreisvorstände sind erst dann als Parteileitungen anzusprechen, wenn die Kreisvorstandsmitglieder aktiv an der Durchführung der von den Kreisvorständen gefaßten Beschlüsse mitarbeiten. Es muß allen Kreisvorstandsmitgliedern zur Pflicht gemacht werden, in den Abteilungen aktive Arbeit zu leisten.

Die Untersuchung der Arbeitsfähigkeit der Parteileitungen in den Stadtbezirken.

Bei der Untersuchung der Arbeitsfähigkeit der Parteileitung in den Stadtbezirken konnten bei den personellen Besetzungen die gleichen Mängel wie bei den Kreisvorständen festgestellt werden.

In keinem Fall findet die Bedeutung der Arbeit in den Betrieben ihren Ausdruck in der Zusammensetzung der Stadtbezirksvorstände. Die Stadtbezirksvorstände sind in ihrer Zusammensetzung und Aufgabenstellung reine Wohnorganisationen.

Wie kann eine Parteileitung im Stadtbezirk die Betriebe ihres Gebietes unterstützen, wenn kein Vertreter der Betriebe im Vorstand vertreten ist. Das nachfolgende Beispiel zeigt, wie verhängnisvoll sich ein solcher Zustand in der praktischen Arbeit auswirkt:

Im Stadtbezirk Kietz - Oberschöneweide — Kreis Köpenick — fand am Jahresende eine Versammlung der Funktionäre der Betriebs- und Wohngruppen statt. Beide Versammlungen wurden getrennt durchgeführt. Der zweite Vorsitzende des Stadtbezirkes hielt in beiden Funktionärsitzungen das gleiche Referat. Der Referent war nicht in der Lage auf die Verhältnisse in den Betrieben seines Stadtbezirkes einzugehen, da, wie er behauptete, keine schriftlichen Berichte aus den Betrieben beim Stadtbezirksvorstand vorlagen.

Die aufrichtige Kritik der Betriebsgruppenfunktionäre über das Referat des 2. Vorsitzenden des Stadtbezirkes ist ein Zeichen dafür, daß die Genossen beginnen, aus der vergangenen schlechten Betriebsgruppenarbeit zu lernen. Die anwesenden Betriebsgruppenfunktionäre beschwerten sich mit Recht darüber, daß man auf einer Betriebsgruppenfunktionär-

sitzung ein allgemeines, nichtssagendes Referat hält und nicht die Verhältnisse in den Betrieben behandelt. Der Ablauf dieser Versammlung ist ein Beweis dafür, daß auch das Kreissekretariat diese Versammlung mit dem Stadtbezirksvorstand nicht vorbereitet hat.

Um zu erreichen, daß die Arbeit in den Betrieben eine Verstärkung erfährt, müssen die Parteileitungen in den Stadtbezirken umgebildet werden.

Genau wie in den Kreisvorständen müssen in den Bezirksvorständen je nach der Struktur, die Betriebsgruppen anteilmäßig vertreten sein.

Um eine Teilnahme der Vorstandsmitglieder aus den Betrieben an den Sitzungen zu ermöglichen, müssen die Vorstandssitzungen nach Möglichkeit im Anschluß an die Arbeitszeit der betreffenden Betriebe durchgeführt werden.

Berichterstattung

Auf dem Gebiete der innerparteilichen Information bestehen große Mängel.

Es gibt ohne Zweifel Grundeinheiten und Stadtbezirksleitungen, die regelmäßig einer höheren Parteileitung über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Leider werden diese Berichte, die oft von großer Bedeutung sind, in der praktischen Arbeit zu wenig ausgenutzt und kommen nicht immer in die Hand des betreffenden Sekretärs des Sekretariates. In den Stadtbezirksvorständen werden diese Berichte noch weniger beachtet. Durch die ungenügende Berichterstattung kann selbstverständlich von einer Kontrolle der Durchführung der gefaßten Beschlüsse keine Rede sein.

Zur Abstellung dieser Mängel wird vorgeschlagen, daß in Zukunft jede Grundeinheit einen monatlichen Tätigkeitsbericht an die nächsthöhere Parteileitung abgibt. Die Grundlage des Berichtes sind die Beschlüsse des vergangenen Monats, um die Durchführung der gestellten Aufgaben zu kontrollieren.

Die Feststellungen und Erfahrungen der Kommissionen, die Auswertung der Berichte wird für die Verbesserung der Arbeitsmethoden der Parteileitungen eine große Hilfe sein.

Die Überprüfungskommissionen waren 14 Tage in den Kreisen tätig und haben ihre Erfahrungen und Eindrücke durch Teilnahme an Funktionärsitzungen, Betriebsgruppenversammlungen, Betriebsbesichtigungen und Aussprachen mit den Funktionären gesammelt. Aus den Ergebnissen dieser Arbeit wurden die Schlußfolgerungen gezogen und dem Sekretariat des Landesvorstandes zur weiteren Verwendung übermittelt.

Wedding

Zur Organisationsstatistik

Die laufende statistische Überprüfung der Parteiorganisation ist zu unzuverlässig, um die Schwächen und Mängel unserer Parteiarbeit zu erkennen. Das diese Arbeit mit Unannehmlichkeiten verbunden ist, und manchen Parteifunktionären, die die Organisationskartei nicht in Ordnung haben, größere Überlegungen verursacht, ist verständlich. Dennoch ist es notwendig, beharrlich auf die Durchführung der monatlichen Berichterstattung zu bestehen und die Kreise müssen mit Hilfe der Stadtbezirke immer wieder darauf hinwirken, daß die Berichterstattung durch die Parteieinheiten laufend durchgeführt wird.

Die nachfolgende Zuschrift einer Genossin beschäftigt sich mit Mängeln, die der Organisationsstatistik noch anhaften. Diese Mängel können nur beseitigt werden, wenn alle verantwortlichen Leitungen sich hier energisch einschalten. Der Vorschlag der Genossin Mertins ist von uns an die Organisationsabteilung des Landesverbandes

überwiesen worden, die in unserer nächsten Nummer dazu Stellung nehmen wird. Wille und Weg

Ohne uns mit Stromsperrern und Versagen von Funktionären zu entschuldigen, stellen wir fest, unsere Gruppenkartei ist nicht laufend bearbeitet worden. Bei ehrlicher Kritik würden das wohl viele Gruppen feststellen müssen.

Nun wurde mir die Kartei zur Durcharbeit übergeben. Ein paar Tage später aber auch gleich der Berichtsbogen für die Organisationsstatistik. Nachdem ich mir die Bemerkungen auf diesem Bogen durchgelesen hatte, erkannte ich die Notwendigkeit der gewissenhaften Ausfüllung. Soviel hatte ich aber in unserer Kartei schon erkannt, daß sehr viel Veränderungen noch nicht in der Kartei vermerkt waren. Ich muß also zuerst die Kartei in Ordnung bringen, und die Rüge, die wir erhalten werden, wenn unser Bericht verspätet einläuft, kann ich nur mildern mit meiner Behauptung: „Ein fehlender Bericht ist genau so verantwortungslos wie ein falscher.“

Es steht natürlich fest, daß eine gewissenhafte Statistik nur dann gesichert ist, wenn alle Veränderungen, wie Alter, Eintritt in andere Organisationen, Arbeitswechsel usw., laufend in der Kartei vermerkt werden.

Nun ist mir folgendes aufgefallen: Es gibt wohl auf dem Berichtsbogen die Gruppierung für Hausfrauen, Rentner und Sonstige, auf der Karteikarte aber gibt es nur die Rubrik der Hausfrauen ohne Beruf. So zählen zwei alte Genossinnen über 60 Jahre, die sehr bescheiden von ihren Renten leben, genau so wie ich, die als Hausfrau ohne Beruf von dem nicht schlechten Lohn ihres Mannes mitlebt.

Ich habe weiter festgestellt, daß Mitglieder, die zwar von ihrer Rente leben, aber auf der Suche nach Beschäftigung sind und ihren Beruf auf der Karteikarte angeben, in ihrer Berufsgruppe gezählt wurden. Auch die Genossen, die zur Zeit ohne Arbeit sind, werden nach ihren Berufsgruppen gezählt. Aus einem Berichtsbogen, der alle Monate gewünscht wird, müßte doch auch zu ersehen sein, wieviel Mitglieder zur Zeit ohne Arbeit sind. Daher gehört nach meiner Ansicht auf die Karteikarte eine Rubrik für Rentner und eine für Mitglieder, die zur Zeit ohne Arbeit sind. Nur so stelle ich mir vor, kann eine soziale Zusammensetzung unserer Partei und deren Veränderung erkennbar sein.

Oder aber sehe ich die Dinge nicht richtig über den Zweck der Organisationsstatistik?

Frieda Mertins

Prenzlauer Berg

Was lehrte der Tag der Betriebsgruppen?

„Der Zweijahrplan, die Rolle der Betriebsgruppen und ihre Führung in der Aktivistenbewegung“ war die Themenstellung zum Tag der Betriebsgruppen am 20. Januar 1949 für die Berliner Parteiorganisation. Entsprechend der Bedeutung des Zweijahrplanes für den Aufbau der demokratischen Friedenswirtschaft und als einziges Mittel zur Verbesserung der Lebenslage des werktätigen Volkes war die Vorbereitung mit der notwendigen Sorgfalt und Gründlichkeit getroffen worden. Zu dem Rundschreiben des Landesvorstandes hatte die Abteilung Org.-Betriebe noch ein besonderes Schreiben an die Betriebsgruppenvorsitzenden mit konkreten Angaben über die Durchführung des Tages herausgegeben, welches auch den Genossen Referenten zum Zwecke der Information zugestellt worden war.

In der Erkenntnis, daß nicht jeder Betriebsgruppenvorsitzende in der Lage ist, das gestellte Thema richtig zu behandeln, wurden für 58 von 72 Betriebsgruppen Referenten eingesetzt, nachdem sie an einer zentralen Referentenvorbesprechung teilgenommen hatten.

Um aber zu verhüten, daß die Gruppenversammlungen in der Art einer Bildungsstunde verliefen, wurden die Gruppenvorsitzenden der Treuhand- und Kommunalbetriebe angewiesen, nach den Ausführungen der Referenten konkret über die Lage der Betriebsgruppen, des Betriebes, der Produktion und des Produktionsplanes zu sprechen. Für die übrigen Betriebe und für die Verwaltungen war den Vorsitzenden die Themenstellung entsprechend der Art der Betriebe gestellt. All diese Fragen sollten in der vorhergegangenen Vorstands- bzw. Funktionärsitzung im Beisein des Referenten herausgestellt und festgelegt werden.

Zur Instruktion waren die Gruppenvorsitzenden am Freitag, dem 14. Januar 1949, im Kreishaus zusammengenommen worden, während in einem anderen Raume des Hauses die Referentenvorbesprechung stattfand. Durch diese Vorverlegung der Referentenvorbesprechung wurde die notwendige Zeit zur Durchführung der Vorstands- bzw. Funktionärsitzungen in den Betrieben gewonnen. Besonders war in unserem Rundschreiben und

in der oben erwähnten Besprechung auf die Notwendigkeit einer konkreten und schnellen Berichterstattung an den Kreisvorstand hingewiesen worden.

Wenn wir nun das Ergebnis des Betriebsgruppentages kritisch betrachten, dann müssen wir folgende Feststellungen machen:

In einigen Betriebsgruppen der Treuhandbetriebe und Verwaltungen ist sich der Kern der Gruppe über die Rolle und Aufgaben der Partei im klaren. Dort bestehen und arbeiten Plankommissionen. Dort ist auch der Genosse Direktor oder Werksleiter ein aktives Mitglied der Betriebsgruppe, mit dem die Betriebsgruppe zusammenarbeitet und der selbst in der Betriebsgruppe arbeitet. Dort ist die Betriebsgruppe in der Belegschaft ein Faktor und für die Arbeiter ein Vorbild in Leistung und Haltung. Da gelingt es auch der Gruppe, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Bedeutung des Zweijahrplanes klarzumachen, sie von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zur Arbeit und der Verbesserung der Arbeitsmoral zu überzeugen als einer neuen Form des Klassenkampfes entsprechend der politischen und ökonomischen Lage in der Ostzone und im Ostsektor Berlins.

Dabei trifft wiederum nicht alles Gesagte auf alle Gruppen dieser Kategorie zu, aber die Entwicklung in diesen Gruppen zeigt den klaren Kurs und das ehrliche Bemühen um die eigene Vervollständigung.

Auf der anderen Seite aber gibt es Gruppen, die sich winden und krümmen und ihre Bauchschmerzen nicht loswerden können. Dort fehlt noch das ehrliche Ringen um die Probleme, die aus der großen Aufgabenstellung entstehen. Dort wird vor Zuhörern referiert, die dann aus Anstand applaudieren, den Kern der Sache aber nicht erfassen können.

Was sind die Gründe für solche Erscheinungen und Tatsachen?

Zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppen wurde vor einiger Zeit das System der „Betriebsgruppenbetreuer“ eingeführt. Die Aufgabe dieser Betreuer soll es sein,

1. das politische Niveau der Gruppe zu verbessern,
2. den Gruppen bei der eigenen Aufgabenstellung innerhalb des Betriebes zu helfen,
3. das Verantwortungsbewußtsein der Funktionäre innerhalb der Gruppen zu stärken und die eigene Initiative der Gruppenvorstände zu fördern.

Diese Aufgabe haben aber eine ganze Reihe von Betreuern nicht verstanden, weshalb der gewünschte Erfolg in vielen Fällen noch auf sich warten läßt.

Die große Gefahr bei einer falsch verstandenen Aufgabenstellung der Betreuer liegt darin, daß eine Reihe von Betriebsgruppenvorsitzenden sich persönlich für die Gruppe nicht mehr verantwortlich fühlt, seitdem ihnen ein Betreuer zugeteilt wurde.

Der schlechte Besuch der bereits erwähnten Vorbesprechung der Betriebsgruppenvorsitzenden und die oft mangelhafte und verspätete Abgabe der Berichte der Gruppenvorsitzenden stellt dies deutlich unter Beweis. Es muß daher an dieser Stelle nochmals unmißverständlich gesagt werden, daß jeder Vorstand einer Grundeinheit unserer Partei für diese voll und ganz verantwortlich ist und daß der Einsatz von Betreuern, Instruktoren und Kommissionen nur der schnelleren Verbesserung der Arbeit in allen Organisationseinheiten der Partei dient, aber keinen Funktionär von der Verantwortung entbindet, die ihm durch die Wahl seiner Person auferlegt wurde.

Ein jeder von uns, ganz gleich wo er steht und was er tut, muß mithelfen und verantwortlich mitarbeiten an der Schaffung einer Partei neuen Typus und an der Erfüllung und Uebererfüllung unseres Zweijahrplanes.

Willy Jung

Kreuzberg

Kritisches und Selbstkritisches zum Aufbau-sonntag

Entsprechend dem einmütig gefaßten Beschluß der Delegiertenkonferenz des Landesverbandes Groß-Berlin der SED war der Tag der Spalter- und Krieger-Setzer-Wahlen, der 5. Dezember 1948, zum Aufbau-sonntag erklärt worden. In den Westsektoren Berlins konnte dieser Termin wegen der Fülle der mit dem Kampf gegen die Spalter und den antidemokratischen Terror verbundenen Parteaufgaben jedoch nicht eingehalten werden. — Der Kreis Kreuzberg der SED Groß-Berlin verlegte deshalb den Aufbau-sonntag auf den 9. Januar 1949 und forderte die Aktivisten der Organisation und auch der FDJ zum freiwilligen Arbeitseinsatz auf.

Nicht ohne Absicht war das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf als der zu betreuende volkseigene Betrieb ausgewählt worden. Unsere Genossen hatten nämlich äußerst aufmerksam den Wettbewerb zwischen den vier Eisen- und Stahlwerken der sowjetischen Besatzungszone verfolgt und waren der Ansicht, daß dem an dritter Stelle liegenden Hennigsdorf wegen seiner eminenten Bedeutung für den Zweijahrplan ein guter Start für die Planerfüllung 1949 gesichert werden müsse. Darüber hinaus kam es noch auf zweierlei an: Erstens, der Zone die solidarische Verbundenheit der in den Westsektoren Berlins um den Weg zur wirklichen Demokratie ringenden Arbeiter und Antifaschisten sichtbar zu beweisen, zweitens den auch in diesem volkseigenen Werk noch vorhandenen, durch „Tagesspiegel“, „Telegraf“, „Sozialdemokrat“ usw. bewußt genährten negativen Stimmungen in politischer Aussprache mit der Stammschicht entgegenzutreten.

330 Werk-tätige des Bezirks Kreuzberg, darunter wenigstens ein Drittel Frauen, 70 Jugendliche (sehr viele FDJ-Mitglieder), Parteilose und einige Angehörige anderer demokratischer Parteien waren es, die zum versprochenen Zeitpunkt in geschlossener Kolonne vom Bahnhof Hennigsdorf her unter Gesang von Arbeiterliedern in das Werk einrückten. Der nächste S-Bahnzug brachte noch 40 Nachzügler, so daß insgesamt 370 auf der Basis völliger Freiwilligkeit gewonnene Mitarbeiter von den Beauftragten der Werksleitung zu Sondereinsätzen eingeteilt werden konnten. Und es wurde, angesichts der ideologischen Bereitschaft zur Arbeit, in den vorgesehenen sechs Stunden nicht nur das von der Werksleitung gestellte Soll erfüllt, sondern übererfüllt. — Der Betriebsgruppensekretär brachte deshalb auch aus wirklich ehrlichem Herzen, den Kreuzbergern seinen Dank für die wertvolle Mitarbeit zum Ausdruck.

Dies der Gesamteindruck. Bei allem Positiven wäre es aber verfehlt, wollte man nicht einige selbstkritische Bemerkungen im Interesse der wirtschaftlichen Produktivität und der besseren politischen Auswirkung künftiger Einsätze an die Durchführung dieses Aufbau-sonntags knüpfen; denn das Ziel sollte darin bestehen, unter Berücksichtigung der objektiven Schwierigkeiten, auf die ein zusätzlicher Arbeitseinsatz bekanntlich immer stößt, solche Aufbau-sonntage zu wirklichen Aktivistentagen zu entwickeln.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind folgende Bemerkungen nützlich:

1. Noch einmal der Hinweis darauf, daß man wegen der Kontinuität des Arbeitsprozesses und wegen des

Arbeitserfolges pünktlich — 40 Nachzügler! — und nicht im besten und einzigen Sonntagsanzug erscheint; daß letztere auch diejenigen nicht, die verantwortliche Funktionäre in der DWK sind; handelt es sich hier doch nicht um Arbeitsinspizierung, sondern um Arbeitsleistung.

2. Nach dem Grundsatz, daß von der Arbeitsvorbereitung der Arbeitserfolg abhängt, sollte jeder dieser Sondereinsätze so zuverlässig wie möglich vorbereitet sein. Es genügt z. B. nicht, daß die Grundeinheiten der Partei den Stadtbezirksleitungen und diese dem Kreissekretariat „so ungefähr“ melden, manchmal noch unter gleichzeitiger Terminüberschreitung, wie viele Mitglieder der Organisation an der Aktion teilnehmen werden. Die Folge solcher über den Daumen gepeilten Angaben war in unserem Falle die, daß dem Werk „etwa“ 250 Teilnehmer mitgeteilt werden konnten, während in Wirklichkeit 370 erschienen, d. h. der Arbeitseinsatzleiter des Werkes war von vornherein nur „allgemein“ in der Lage, zu disponieren.



Foto: H. Pöllot

Freiwillige Sonntagsschicht der SED, Bezirk Kreuzberg, im Hüttenwerk Hennigsdorf

3. Man sollte die zum Arbeitseinsatz Bereiten mindestens in großen Zügen rechtzeitig sogar nach Beruf und Qualität differenzieren, um am Arbeitsort eine entsprechend qualifizierte und vorbereitete Aufteilung zum Zwecke eines möglichst hohen Produktionserfolges vornehmen zu können.
4. Unbedingt ist der freiwillige Charakter der Mitarbeit zu betonen und zu gewährleisten. Dadurch wird nämlich verhütet, daß irgendwie negativ eingestellte Elemente aus persönlichen Gründen — etwa um ihre gute Position bei irgendeiner Behörde nicht in Gefahr zu bringen — „unter Druck“ mitmachen. Zwar war das keineswegs bei dem hier geschilderten Aufbau-sonntag der Fall. Es war das der Fall vielmehr bei einem der vorhergehenden Aufbau-sonntage, an dem etwa 1000 Beschäftigte der DWK teilnahmen. Die Arbeitsfreudigkeit eines Teiles dieser „Freiwilligen“ war jedoch so gering, daß sie sich mehrfach pessimistisch und in einzelnen Fällen politisch sogar schädlich auswirkte. Nachdem nämlich diese Tausend im Laufe des Vormittags nach und nach im Stahl- und Walzwerk eingetroffen waren, eine ganze Anzahl in Pelzmäntel usw., und es vorkam, daß sie, wie die Aktivisten der Belegschaft formulierten, „mit dem Löffel schippten und mit der Schippe löffelten“ war die Arbeitseinsatzleitung hinsichtlich der Kreuz-

berger Werktätigen trotz entgegengesetzter Voranmeldung — zu pessimistisch. Infolgedessen trat vorübergehend eine Stockung im Arbeitseinsatz ein. Es mußte nämlich, nachdem das vorgesehene Pensum bereits in rund zwei Stunden abgewickelt war, umdirigiert werden. Eine solche Umorganisation bedeutet aber notwendigerweise, gemessen an der Kürze des Arbeitseinsatzes (6 Stunden), erstens einen nicht vertretbaren Arbeitsleerlauf, zweitens wenigstens vorübergehend, eine gewisse Unzufriedenheit der freiwilligen Helfer, die, gewöhnt an gute Arbeitsplanung, auf die „schlechte“ Organisation zu schimpfen geneigt sind.

5. Die Wahrung der unbedingten Freiwilligkeit ist vor allem aber aus politischen Gründen notwendig. Die spontane Arbeitsdisziplin wird dann nämlich ergänzt durch die spontane Bereitschaft, den Zweijahrplan unserer Partei und die mit ihm zusammenhängenden Fragen der neuen Einstellung zur Arbeit (Leistungssteigerung, Hennecke- und Aktivisten-Bewegung) offensiv zu verteidigen.

Resumé: Wir alle dürfen davon überzeugt sein, daß eine gute Vorbereitung und eine selbstkritische Überprüfung aller unserer Sondereinsätze im Rahmen des Zweijahrplanes dazu beitragen wird, diese Einsätze produktionstechnisch, politisch und arbeitsethisch so zu fördern, daß sie wirksam zur Übererfüllung der Pläne beitragen. Damit werden sie eines der siegreichen taktischen Mittel der Festigung der demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und im Ostsektor von Berlin. Das ist zugleich politische Arbeit an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Berlins auf der Basis der unteilbaren deutschen demokratischen Republik mit seiner Hauptstadt Berlin.

Rudolf Voigt

Neukölln

Welcher Stadtteil wird uns überholen?

Das Schmerzenskind in unserem Stadtteil war die Betriebsarbeit. Wie können wir die Betriebskommissionen aufbauen? Wie bekommen wir Verbindung mit den Genossen in den Betrieben? Welche Genossen werden an dieser Arbeit mithelfen? Das sind drei Fragen, die wir uns im Monat März 1948 in der Stadtteileiter-sitzung stellten. Ein Genosse wurde beauftragt, eine Betriebskommission aufzubauen. Dazu gab uns der Artikel des Genossen E. Sedletzki „Bericht über Betriebskommissionen und ehrenamtliche Mitarbeit“ in „Wille und Weg“ vom April 1948, Nr. 4, die besten Anleitungen. Es bestanden bei uns im April im Stadtteil drei Betriebsgruppen und vier Stützpunkte. Nach Rücksprache der Wohngruppe wurde eine Liste angefertigt, wieviel Betriebe in jedem Wohngebiet liegen. Nicht jede Wohngruppe reagierte sofort darauf, aber mit den ersten Adressen wurden diese Betriebe sofort besucht, um festzustellen, ob dort Genossen arbeiten.

Im Monat Mai waren es bereits vier Betriebsgruppen und acht Stützpunkte, die wir schon bearbeiten konnten. Diese Betriebsgruppen und Stützpunkte wurden in einer Sitzung zusammengefaßt unter Hinzuziehung von drei Genossen aus drei Wohngruppen sowie einem Vertreter der Gewerkschaft. Es wurde nun diskutiert, wie wir unsere Arbeit steigern können. Eine Betriebskommission wurde gebildet, die sich aus folgenden Genossen zusammensetzt: je ein Genosse von den drei Betriebsgruppen, zwei Genossen von Stützpunkten, ein Genosse von der Gewerkschaft, ein Genosse von der Stadtteileitung, zwei Genossen aus den

Wohngruppen und ein Genosse von der Zeitungsfiliale, die in unserem Stadtteil liegt. Gleichzeitig wurde ein Monatsprogramm mit verschiedenen Punkten aufgestellt. Bis Juni sollte folgendes durchgeführt werden:

Erfassung von sechs neuen Stützpunkten und einer Betriebsgruppe, 14tägige Gratislieferung des „Neuen Deutschland“ für die Betriebe, Werbung von Abonnenten, Beschickung der Kreisschule mit zwei Genossen, Durchführung einer Sitzung der Stadtteilkommission im Monat und alle zwei Monate regelmäßig eine Betriebsvollversammlung aller Betriebsgruppen und Stützpunkte. Außerdem wurde jedem Genossen der Stadtteilkommission eine Aufgabe übergeben, die er bis Ende des Monats zu erfüllen hatte, und er wurde verpflichtet, einen Bericht über seine Arbeit zu geben, um dadurch die Kontrolle zu ermöglichen, ob Fehler gemacht wurden oder ob die Arbeit gelungen ist.

Es gab bei diesem Arbeitsprogramm, das aber Beschluß war, von verschiedenen Genossen ein Kopfschütteln. Schaffen wir es auch? Das war die Frage. Es zeigte sich aber bald, daß es doch noch aktive Genossen gibt, die sich bewußt waren, was die Betriebsarbeit für unsere Partei bedeutet.

Nach Ablauf des Termins stellte die Kommission in der Vollversammlung fest, daß zwar nicht alle im Monatsplan gestellten Aufgaben erfüllt waren, daß es aber gelungen ist, verschiedene Punkte doch durchzuführen. Wir kamen zu der Feststellung, daß diese Arbeitsmethode die richtige war, und stellten alle zwei Monate ein Arbeitsprogramm auf. Trotz Fehler und Schwächen erreichten wir aber aus unserer praktischen Erfahrung von Monat zu Monat eine stärkere Aktivität der Genossen in dem Aufbau unserer Betriebsarbeit.

Durch die Kritik und Selbstkritik an unserer Arbeit und die gegenseitige Kontrolle haben wir es erreicht, daß nun unser Stadtteil 1 in der Betriebsarbeit den anderen Stadtteilen einiges voraus hat. All diese Arbeit war aber nur durchzuführen, weil sich Genossen zur Verfügung gestellt haben, die auch wirklich aktiv waren und die gefaßten Beschlüsse in die Tat umsetzten.

Nach Abschluß des alten Jahres stellten wir eine Statistik auf, die folgendes aufzeigt:

Die Aufbauarbeit unserer Betriebe hat sich in einem halben Jahr gesteigert. April 1948: 3 Betriebsgruppen und 4 Stützpunkte. September 1948: 20 Betriebe, 5 Betriebsgruppen und 15 Stützpunkte. November 1948: 26 Betriebe, 5 Betriebsgruppen und 21 Stützpunkte.

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

Aufstellung eines Arbeitsplanes mit bestimmten Aufgaben alle zwei Monate. Sitzung der Betriebskommissionen des Stadtbezirks einmal im Monat. Vollversammlung der Betriebsgruppen und Stützpunkte mit der Betriebskommission alle zwei Monate.

Schulung:

Von den Betriebsgruppen wurden auf die Kreisschule Kaulsdorf zwölf Genossen, auf die Gewerkschaftsschule zwei Genossen und zum Wochenendkurs fünf Genossen geschickt.

Eine öffentliche Betriebsversammlung wurde durchgeführt.

Vier neue Mitglieder wurden für die Partei geworben.

Zwei Abonnenten wurden für das „ND“ geworben.

In 13 Betrieben wurde das „ND“ 14 Tage gratis verteilt.

Einmal im Monat wurden in vier Betriebsgruppen Bildungs- oder Organisationsabende durchgeführt.

Regelmäßig wurden Flugblätter oder anderes Material, wie Zeitungen, verteilt.

Eine Delegation aus sechs Betrieben besuchte den SAG-Betrieb Kabelwerk Oberspree.

Eine Delegation derselben Betriebe hat eine Reportage im Rundfunk durchgeführt.

Wir haben ferner alle zwei Monate regelmäßig den Arbeitsbericht an die Kreisleitung und den Stadtbezirk abgegeben.

Die Betriebsgruppe Eisenbahn hat eine Wandzeitung angebracht, die regelmäßig erneuert wird.

Weiter wurde in den Betrieben das Anbringen von Transparenten, Fahnen und Plakaten durchgeführt.

Diese Arbeiten konnten nur dank der Aktivität der mitarbeitenden Genossen bewältigt werden.

Wir wollen hoffen, daß die anderen Stadtteile im Kreis Neukölln in diesem Jahre ihre Betriebsarbeit nachholen.

W. Billing, Stadtteil 1
im Auftrage des Aktivs

Treptow

Demonstrationen unter der Lupe

Unsere Partei hat seit 1945 eine ganze Reihe von Demonstrationen durchgeführt. Sie waren je nach dem Anlaß, der ihnen zugrunde lag, verschiedenen Charakters. Ihr Sinn, ihr Zweck und Ziel blieb jedoch stets das gleiche: Kampfruf, Sammelruf zu sein für die eigenen Genossen, darüber hinaus aber Appell, an die uns noch fernstehenden Klassengenossen, sich zu uns zu bekennen. D. h., von unseren Demonstrationen muß Elan und Kraft ausströmen, aus der Wucht der Aufmarschierenden, vorwärtsdrängenden Masse muß unser revolutionärer Geist die Abseitsstehenden, Zweifelnden, Zögernden erfassen und sie zur Tat mitreißen.

Nicht die Masse der an einem Aufmarsch teilnehmenden Werktätigen allein ist deshalb ein Maßstab für seinen Erfolg und seine Werbekraft, sondern der Geist, der von ihm ausgeht, die Elektrizität, die die Züge der Demonstranten ausströmen. Selbst an sich, wenn die ihnen innewohnende Begeisterung stark genug ist, sich in kurzer Zeit zu gewaltigen, mächtigen Menschenfluten zu entwickeln, die, von Kampfgeist und Elan getragen, auch den letzten Werktätigen überzeugen: Hier ist dein Platz, hier gehörst du hin, hier mußt du dich einreihen, hier, mit deinen Brüdern mußt du marschieren. Er wird sich mit unseren Ideen vertraut machen, zu uns stoßen, unsere Reihen stärken. Glied um Glied werden wir aus der Front der Indifferenten und des Klassegegners herausbrechen. Haben unsere Demonstrationen immer ihren Zweck erfüllt? Ging von ihnen die große Kraft aus, die notwendig wäre, um andere mitzureißen, sie anzufeuern und in unseren Bann zu ziehen? Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir sagen, daß das oft nicht der Fall war. Ohne Musik, ohne Gesang, fast ohne Fahnen in einer dünnen Kette, schlichen manche „Demonstrationszüge“ durch die Straßen. Mitgeführte Transparente waren nicht selten mehr als kläglich. Manchmal war solchen „Demonstrationszügen“ kaum anzusehen, wofür oder wogegen sie nun eigentlich durch die Straßen zogen. Daß die Millionenarmee der Sozialistischen Einheitspartei, die Werktätigen der Millionenstadt Berlin oder der FDGB auf die Straße ging, um ihre Macht zu zeigen, um ihre Forderung anzumelden, um ihre Bereitschaft zu zeigen, eine ganze Welt einzureißen und nach ihren Willen neu zu bauen, das zeigten solche „Demonstrationen“ nicht. Es gab auch andere, gewiß, manche Bezirke und Betriebe waren sogar vorbildlich darin, aber im Ganzen genommen: wir müssen wieder demonstrieren lernen.

Manche Genossen glauben, wenn sie dem Zug ihres Bezirks eine Musikkapelle voran stellen, wäre alles getan, was sie tun könnten. Das ist falsch. Musik im Zuge mitgeführt, kann gut sein, aber sie kann nie den Geist ersetzen, der unseren Demonstrationen innewohnen sollte. Fehlt es an diesem Geist? Nein! Aber man muß ihn irgendwo packen, sammeln, zum Durchbruch bringen, ihm Werbekraft verleihen, ihn entfalten. Wie ist das zu machen?

1. Massengesang! Die Arbeiter der ganzen Welt haben viele hundert herrliche Lieder, die aus ihrem Leben, von ihrem ewigen Kampf gegen ihre Unterdrücker erzählen. Wir alle wissen, welche ungeheure Kraft von ihnen ausgeht. Aber wo sind sie geblieben? Die Texte sind den meisten unbekannt, die 12 Nazijahre haben sie vergessen lassen, und die Jugend kennt sie überhaupt nicht. Sorgt dafür, daß sie wieder Allgemeingut der Werktätigen werden, lernt die Texte, die Melodien, übt sie auf euren Gruppen- und Heimabenden. Beginnt und schließt eure Versammlungen mit einem Kampflied, singt sie bei unseren Demonstrationen, damit sie sich allen einprägen.

2. Bildet in den Betrieben, in den Wohnbezirksgruppen Sprechchöre, in deren Refrain bei Demonstrationen die Umstehenden und Mitmarschierenden einstimmen können. Benutzt hierzu Grundsätze unseres Programms, allgemeingültige Forderungen unserer Partei.

3. Ruft die Parolen des Tages! Sucht dazu aus eurer Mitte Genossen mit besonders kräftiger, weithin verständlicher Sprache. Formuliert und verabredet mit ihnen zusammen die Rufe, die ihr durch Hoch- und Niederrufe unterstreichen könnt.

4. Laßt den Humor zu Worte kommen. Es ist bekannt, daß gute Karikaturen, treffende Modelle stets viel Interesse wecken und manchmal überzeugender wirken



Foto: Pölot

können, als ein Leitartikel. Ueberlegt, was ihr in dieser Frage tun könnt. Geschickte Handwerker und Zeichner finden sich überall, die Jugend hat sich hier bisher immer einfallsreich gezeigt. Warum sind diese Karikaturen, die in den Jahren vor 1933 so oft bei Demonstrationen mitgeführt wurden, fast völlig verschwunden.

5. Sorgt für saubere, klare Spruchbänder und Transparente. Denkt daran, daß auch das wohlgemeinteste Transparent nichts nutzt, wenn es unzulänglich oder zu „niedlich“ ist. Nicht überall wird Material in erforderlicher und gewünschter Menge zur Verfügung stehen, aber jedes Jahr läßt es leichter werden, solches zu beschaffen. Es ist nur nötig, sich rechtzeitig darum zu kümmern, es bereit zu legen und für den gewünschten Zweck vorzubereiten. Überlaßt diese Arbeit nicht einem Genossen allein, der sowieso schon mit Arbeit überlastet ist, sondern helft und unterstützt euch gegenseitig.

Gewiß gibt es noch viele Möglichkeiten, unsere Demonstrationen auszugestalten und zündender werden zu lassen. Denkt darüber nach, wie das geschehen kann, meldet euch zum Wort und macht eigene Vorschläge. Unsere Demonstrationen sollen noch mehr als bisher unseren Kampfgeist dokumentieren. Sie müssen werbender und noch machtvoller werden. Übertragen wir unsere revolutionäre Kraft auf alle, die uns noch heute, hinter den Gardinen versteckt, vom Fenster aus beobachten, zwingen wir sie in unseren Bann. Unsere Idee ist stark genug dazu. Begeistern wir den letzten unserer Klassengenossen mit uns zu demonstrieren.

Hans Ernst

Köpenick

Konkrete Fortschritte der Jugendarbeit in Köpenick

Anfang November hatte die Jugendkommission des Kreises Köpenick ihre Arbeit eingehend selbstkritisch untersucht. Besonderes Augenmerk wurde der Arbeit in den Betrieben gewidmet, da hier nicht nur die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen sind, sondern bisher auch die größten Mängel zu verzeichnen waren. In einer von der Jugendkommission angenommenen Entschlußung wurde in diesem Zusammenhang auch die unzulängliche Beachtung und falsche Einschätzung der Jugendfragen im Rahmen der Arbeit unserer Partei und des FDGB kritisiert. In fortschreitender Überwindung der schädlichen Tendenzen zu einer Parteijugend und der Unterschätzung der Jugendarbeit im FDGB konnten besonders durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Partei bzw. FDGB einerseits und FDJ andererseits Fortschritte erzielt werden.

Nachdem auch die Kreis-Delegiertenkonferenz der Durchführung einer wirklich operativen Arbeit der Jugendkommission neuen Antrieb gegeben hatte, zeigen unsere Funktionäre heute bereits wachsendes Verständnis für die Jugendarbeit und dafür, daß diese in allererster Linie im Rahmen der FDJ geleistet werden muß. Der Jugendsekretär des Kreisvorstandes, dessen Posten zum Schaden der Arbeit lange unbesetzt war, kann sich nicht mehr über einen Mangel an materieller Unterstützung seitens des Kreissekretariats beklagen.

Die Kreisjugendkommission hatte sich in ihrer kritischen und selbstkritischen Entschlußung eine Reihe konkreter Aufgaben gestellt, deren Verwirklichung in vollem Gange ist. Ein wichtiger Fortschritt ist bei der Erfüllung der Aufgabe, in allen Betrieben FDJ-Gruppen zu bilden, erreicht worden. Mit Unterstützung der Betriebsgruppen der Partei entstanden in den letzten Wochen in sechs Betrieben neue FDJ-Gruppen, deren es jetzt 18 gibt. Bei der Erfüllung der Aufgabe, die bestehenden Jugend-Aktivis zu fördern, neue zu schaffen und die Jugendaktivisten in den Betrieben an der Planungsarbeit zu beteiligen, konnten Fortschritte im Kabelwerk Oberspree, in der Engelbrecht-Werft und in dem Betrieb FAF erreicht werden. In dem letztgenannten gehören 15 von 30 jugendlichen Belegschaftsangehörigen der neuen FDJ-Gruppe an. Gleichzeitig wird hier auf Initiative der verantwortlichen Parteifunktionäre die Berufsausbildung besonders gefördert.

Ueber die Grenzen des Kreises Köpenick hinaus ist die Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen beruflicher und politischer Aktivierung der jungen Werk-

tätigen von Bedeutung. In der Engelbrecht-Werft wird auf unsere Initiative mit Beginn der Arbeit in der Ernst-Werft, der „Werft der Jugend“, auch in Gegenwartskunde eine Schulung der jungen Schiffsbauer in fortschrittlichem Sinne einsetzen.

Die unmittelbare Unterstützung der FDJ und ihrer Arbeit durch das Jugendsekretariat unserer Partei kam — außer der Intensivierung der Zusammenarbeit von Partei- und FDJ-Funktionären — darin zum Ausdruck, daß z. B. der FDJ-Gruppe Müggelheim eine der Partei gehörende Baracke zur Verfügung gestellt wurde. Dadurch, daß die FDJ in diesem Stadtbezirk jetzt eine eigene Bleibe hat, ist ihre Arbeit natürlich bedeutend erleichtert. In Köpenick selbst wurden auf unsere Initiative — nachdem der Jugendausschuß des Bezirksamts nichts zuwege gebracht hatte — zwei heizbare Räume mit einigen Möbeln als Jugendheim beschafft. In allen Schulen des Kreises beginnt jetzt der Aufbau von Gruppen der „Jungen Pioniere“. Dieser neue Auftrieb für die Arbeit unter der lernenden Jugend wird von den verantwortlichen Jugendfunktionären unserer Partei in Köpenick in seiner Bedeutung durchaus erkannt. Es gilt, auch und gerade die lernende Jugend für den geistigen und materiellen Aufbau und für die Mitarbeit in der FDJ zu gewinnen.

Ein nachahmenswertes Beispiel wurde mit der auf Initiative des Jugendsekretariats beim Kreisvorstand erfolgten Einführung einer Sprechstunde für Jugendliche beim Arbeitsamt gegeben. Hier haben verantwortliche FDJ-Funktionäre Gelegenheit, unmittelbar im Interesse der jungen Schaffenden zu wirken.

Der neue Geist in der Auffassung der Jugendarbeit bei der Parteileitung in Köpenick, der Wille des Jugendsekretariats, unmittelbar vorwärtstreibend in die Jugendarbeit einzugreifen, kommen in einem Wettbewerb zum Ausdruck, zu dem alle Gruppen des Kreises aufgefordert wurden. In diesem Wettbewerb geht es um den höchsten Prozentsatz aktiver junger Mitglieder, um den höchsten Prozentsatz junger Mitglieder, die der FDJ angehören, und um den höchsten Anteil an jungen Funktionären.

Weißensee

Unsere Presse in jeden Betrieb

Wenn ich morgens ins Büro gehe, komme ich an einer Baustelle vorbei. Ich habe des öfteren mein „Neues Deutschland“ sowie auch andere Zeitungen von uns älteren Datums in diese Bude gelegt und dabei feststellen können, daß mir diese Zeitungen mit großem Interesse abgenommen wurden. Und das, glaube ich, nicht etwa, weil sie nichts kosten, sondern weil die Arbeiter wahrscheinlich morgens entweder sich die Zeit zum Zeitungskauf nicht nehmen oder aber noch keine zu haben sind um diese Zeit.

Aus diesem Grunde möchte ich euch vorschlagen, doch regelmäßig Zeitungen (auch älteren Datums) in alle Baubuden oder auf Baustellen gelangen zu lassen. Zweckmäßig könnten bei dieser Gelegenheit auch Broschüren an den Mann gebracht werden, zumal augenblicklich doch zum großen Teil ehemalige Kriegsgefangene und Arbeiter aus den Westsektoren beschäftigt werden. Letztere könnten auf diese Weise ohne Bedenken und Gefahr unsere Presse lesen.

Erika Paetzold; Stadtbez. I, Wohngr. 12

Pankow**Ein Stadtbezirk antwortet**

Als erstes zu der berechtigten Kritik wegen Stellung von Referenten durch die Stadtbezirksleitung für die Wohngruppenabende. Diesem erkannten Mangel in unserem Stadtbezirk muß und wird abgeholfen werden. Wir haben in unserem Stadtbezirk eine große Zahl qualifizierter Genossen, die sich als Referenten zur Verfügung stellen. Hierbei handelt es sich um Funktionäre, die bei Partei und Verwaltung in leitenden Stellungen sind und sehr oft erst in letzter Minute verhindert sind und absagen müssen. Das geschieht leider öfter als uns lieb ist. Es ist dann schwer, wenige Stunden vor der Veranstaltung Ersatz zu stellen. Wir werden den Kreis der Referenten vergrößern und dadurch diesem Mangel zu Leibe gehen.

Auch das über die Erfassung der Parteischüler Gesagte ist berechtigte Kritik und war Gegenstand einer Aussprache im Stadtbezirksvorstand. Beschlossen wurde, alle Genossen, die eine Parteischule besucht haben, zu erfassen und ihre Weiterbildung durch geeignete Referenten vorzunehmen. Die Stadtbezirksleitung wird ab Januar besondere Veranstaltungen durchführen, zu denen mehrere Wohngruppen zusammengefaßt werden und in denen die Geschichte der KPdSU (B) in fortlaufenden Vorträgen behandelt wird. Diese Veranstaltungen werden geleitet durch Genossen, die in der SU tätig waren und die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen. Diese Veranstaltungen werden vor allem den Parteischülern reichlich Gelegenheit geben, sich weiterzuschulen.

Der Schriftverkehr zwischen Stadtbezirk und Wohngruppen ist mit wenigen Ausnahmen, zu denen leider auch die Wohngruppe 3 gehört, gut. Unser Sekretariat, das täglich von morgens bis abends geöffnet ist und das entgegen des unter „Anmerkung der Redaktion“ Gesagten keine schlechte Verbindung zum Kreis hat, sondern täglich die Post vom Kreis abholt, bietet jeder Wohngruppe die Möglichkeit, täglich in den Besitz ihrer Post zu kommen. Es gibt allerdings Wohngruppen, die trotz ständiger Aufforderung nur alle 14 Tage oder in noch größeren Zeitabschnitten sich im Sekretariat zur Abholung der Post einfinden. Auch zu diesen Wohngruppen gehört leider wiederum die Gruppe 3.

Gerade diese Wohngruppe ist eines unserer Schmerzenskinder. Die Aufforderung der Stadtbezirksleitung an alle Wohngruppen, über jeden stattgefundenen Bildungsabend zu berichten, wurde durch die Wohngruppe 3 trotz der Schreibgewandtheit eines Funktionärs dieser Gruppe nicht erfüllt. Nur dadurch wird verständlich, daß die Gruppe vom Fehlen der Referenten mehrere Monate hindurch schreiben kann.

Dem Wunsche der Gruppe, in „Wille und Weg“ die Arbeitsbereiche der einzelnen Funktionäre für ihre Ressorts zu erläutern, schließen wir uns an, ohne dabei zu verschweigen, daß der Stadtbezirksvorstand in den Richtlinien für die Arbeitsbereiche die Aufgaben festgelegt und in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und der 1. und 2. Vorsitzenden der Wohngruppen erläutert hat. Diese Richtlinien sind außerdem an alle Wohngruppen schriftlich weitergegeben worden; dabei wurde auch die Wohngruppe 3 nicht übersehen. Der oftmalige Wechsel in den Wohngruppenleitungen ist schuld, daß diese Richtlinien bei der einen oder anderen Wohngruppe nicht vorhanden sind.

Der Hinweis der Gruppe 3, daß sich an den Gruppenabenden auch die führenden und in leitenden Stellungen befindlichen Genossen zu beteiligen haben, ist eine selbstverständliche Forderung. Fehlen die Ge-

nossen des öfteren, wird der Ursache nachgegangen werden müssen. Mit der Ansicht: „Na, der hat es ja nicht mehr nötig, sich mit uns an einen Tisch zu setzen“, darf es nicht sein Bewenden haben. Gegebenenfalls ist dem Stadtbezirk Mitteilung zu machen, dem die Wege bekannt sind, solche Tatsachen zu ändern.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die Herzbeschwerden der Wohngruppe 3 wesentlich geringer wären, wenn auch sie die Verbindung mit der Stadtbezirksleitung enger gestalten würde, wozu hoffentlich diese Entgegnung ebenso wie die direkte der Gruppe übermittelte Aufforderung beitragen werden.

Stadtbezirksleitung Niederschönhausen
Theo Klehr

Entwickelt den Demokratischen Frauenbund Berlins zur wirklichen Massenorganisation der Frauen

Die Genossen Pieck und Grotewohl haben auf der Parteikonferenz erneut die große Bedeutung der Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes hervorgehoben.

Wir müssen also helfen, daß der DFB wirklich die breite Massenorganisation der Frauen wird, die imstande ist, ihre politischen Aufgaben, die demokratische Erziehung der Frauen, ihre Gewinnung zur Mitarbeit am demokratischen Neuaufbau, zu erfüllen.

Im März jährt sich die Gründung des DFB. Zurückblickend können wir feststellen, daß eine große Summe Arbeit geleistet, die Arbeit auf den verschiedensten Gebieten entwickelt wurde. Reiche Organisationserfahrungen wurden gesammelt.

Große Aufgaben stehen dem DFB bevor, besonders die Sammlung der Frauen für ihre Mitarbeit in der neuen Selbstverwaltung.

Um diese Aufgaben zu lösen, muß eine Voraussetzung erfüllt sein, **es müssen arbeitsfähige Leitungen geschaffen werden.**

Im Monat Februar finden in allen Bezirksverbänden des FDGB

die Jahresversammlungen der Arbeitsgruppen und Bezirksdelegiertenkonferenzen statt.

Helft alle mit, daß diese Konferenzen für die weitere Entwicklung des Bundes von Bedeutung sind.

Helft mit, Vorschläge für die Leitungen aus allen Kreisen der Frauen der Blockparteien und parteilose Frauen zu finden, um durch Neuwahlen arbeitsfähiger Leitungen die schnelle und erfolgreiche Entwicklung des Bundes zu gewährleisten.

R. G.

Wie haben wir den Beschluß über die organisatorische Festigung unserer Gruppe verwirklicht?

Wenn unsere Gruppe, wie schon erwähnt, auf dem Gebiet der organisatorischen Festigung gewisse Erfolge erzielt hat, so sind sie uns natürlich nicht in den Schoß gefallen, sondern das Ergebnis einer systematischen und planmäßigen Arbeit.

Wir sind davon ausgegangen, nachdem wir den Funktionärkörper im Juli 1948 notdürftig neu gebildet hatten, daß zu allererst die Kartei überprüft werden muß. Das war kein schlechter Anfang, denn sie gab uns bald alle Auskünfte, die wir für die planmäßige Durchführung der nächsten Aufgaben und Maßnahmen benötigten. Die Ueberprüfung unserer Kartei, d. h. ihre Vervollständigung, war also praktisch unsere erste Aufgabe. Sie wurde termingemäß laut Arbeitsplan von den vorhandenen Zehnergruppenleitern durchgeführt. Jetzt erfolgte die Einteilung in verschiedene Kategorien, und zwar in Altersstufen. Die nächste Aufgabe bestand nun darin, alle Genossen unter 50 Jahren mit Hilfe aller Funktionäre und unter gleichzeitiger Mitwirkung der zur Aktivierung und Reinigung gewählten Prüfungskommission aufzusuchen, mit ihnen zu sprechen, die innerparteilichen Schwächen aufzudecken und nach erfolgter Belehrung im Sinne der Parteivorstandsbeschlüsse über die organisatorische Festigung sie für eine Aufgabe zu gewinnen. In kurzer Zeit war es uns schon möglich, alle Funktionäre zu besetzen und noch weitere Genossen zur Unterstützung der Zehnergruppenleiter usw. heranzubilden, die die Aufgabe haben, zu den Betriebsgruppenmitgliedern einen engen Kontakt herzustellen und zur Wohngruppenversammlung einzuladen. Später besuchten wir auch die Genossen über 50 Jahre, interessierten sie wieder für das Parteileben, und es gelang, auch aus ihren Reihen noch Funktionäre zu entwickeln. Unsere Prüfungskommission, die aus fünf Genossen besteht, machte es sich weiterhin zur Pflicht, alle Genossen, die in ihrer Einstellung zur Partei noch nicht fest genug sind, immer wieder aufzusuchen und zu aktivieren.

Natürlich ging die Entwicklung der Funktionäre nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Wir haben öfter die Funktionäre auswechseln und die Funktionen teilweise überhaupt neu besetzen müssen, weil sich zeigte, daß die Genossen in ihrer Funktion unsere Erwartungen nicht erfüllten, oder weil sie für eine andere Funktion besser geeignet waren. Wir haben es nicht geduldet, daß ein Funktionär seine Arbeit, die er übernommen und die ihm verantwortlich übertragen worden war, vernachlässigte (z. B. der

Zehnergruppenleiter, der die Einladungen nicht ausgetragen hat, oder der Werbungs- und Schulungsfunktionär, der sehr oft in den Versammlungen, besonders in den Funktionärsitzungen, fehlte). Er wurde gleich zur Rechenschaft gezogen, und wenn das Ermahnen

STADTBZIRK 1, PANKOW Wohngruppe 7

Werte Genossen!

Vor uns steht die Aufgabe der Schaffung der Partei neuen Typus, und die Genossen sind im Begriff, mehr oder weniger ernsthaft und intensiv an die Lösung dieser Aufgabe heranzugehen.

Der Ausgangspunkt hierfür sollte die organisatorische Festigung unserer Parteiorganisation sein. Aber man kann beobachten, wie mangelhaft dieser Beschluß — von Ausnahmen abgesehen — zur Durchführung gebracht und verwirklicht wird. Das trifft auch auf den Stadtbezirk I in Pankow zu, in dem die Maßnahmen hierzu bereits kurz vor Bekanntwerden der Parteivorstandsbeschlüsse eingeleitet wurden, aber nicht ernsthaft in Angriff genommen, geschweige denn zu Ende durchgeführt worden sind. Da besteht auch wenig Aussicht darauf, da bereits jetzt Ermüdungserscheinungen aufgetreten sind, und zwar insofern, als man sich schon eine andere Aufgabe, nämlich die der ideologischen und politischen Schulung stellt, obwohl die erste (welche die Voraussetzung für die nächste ist) im Stadtbezirksmaßstabe noch keineswegs gelöst worden ist, wenn man von den Erfolgen in zwei Wohnbezirksgruppen absieht, die ohne Hilfe des Stadtbezirksvorstandes, gewissermaßen aus eigener Kraft und Initiative die Arbeit geleistet haben.

Ich will damit sagen, daß die Aktivität der Genossen im Stadtbezirk nachgelassen hat (wenn man unter Aktivität positive Arbeit und nicht bloßes Reden und Ermahnen versteht, wozu unsere Stadtbezirksleitung leider neigt). Die Ursache liegt darin, daß im Stadtbezirk I keine operative Leitung, keine Zusammenarbeit unter den Genossen und schließlich auch kein Sekretär vorhanden ist.

Die organisatorische Festigung der Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sowie die Durchführung einer breiten, alle Mitglieder erfassenden Schulung und einer wirklichen politischen Arbeit wird dadurch nicht erreicht, daß die Funktionäre der Wohnbezirks- und Betriebsgruppen die Gelegenheit, die abendlichen Sprechstunden in der Zeit von 18.30 bis 20 Uhr für eine Aussprache zu benutzen, nur ergreifen brauchten, damit sich die Arbeit, sagen wir es, vielleicht von selbst oder zu mindestens recht bequem für die Stadtbezirksleitung erledigt!

Diese Arbeitsmethode hat den Stadtbezirk I innerhalb der letzten Jahre in sich zusammenfallen lassen. Man gibt aber an alledem nur der Mitgliedschaft schuld. Seine eigenen Fehler einzusehen und daraus zu lernen, fällt unseren leitenden Genossen furchtbar schwer, denn sie sind der Meinung, daß man schon alles getan hat, was man nur tun konnte. Der 1. Vorsitzende, Genosse Mahler, sagte es wörtlich: „Wir haben uns den Mund fusselig geredet, die ganzen Jahre sprechen (!) wir immer einunddaselbe, aber keiner, oder nur sehr wenige haben es für notwendig gefunden, sich auch nur sehen zu lassen.“ —

Da liegt der Hase im Pfeffer! Man hat geredet, man hat gewartet, statt zu handeln, statt in die Gruppen hin-

nichts genutzt hat, vor versammelter Mitgliedschaft getadelt, seiner Funktion enthoben mit dem Bemerkten, daß er sich jetzt erst das Vertrauen der Mitglieder wieder erwerben müßte, bevor er wieder eine Funktion ausüben könne.

Zur Gewinnung und Aktivierung der übrigen Mitglieder wurde keine Mühe gescheut. Wir brachten ihnen unsere Gedanken und unser Bestreben in der

Form persönlich abgefaßter Einladungen näher und sorgten dafür, daß die Einladungen frühzeitig erfolgten. Ein Terminkalender für den ganzen Monat wurde jedem Genossen zugestellt, und jeder Funktionär erhielt außerdem monatlich eine Abschrift vom Arbeitsplan. Nach vier Monaten zeigte sich dann, wessen Mitgliedschaft in unserer Partei nur formell ist und wessen nicht, wer ein Genosse ist und wer keiner. Die Schlußfolgerungen waren sehr schnell gezogen und wir schrit-

geworden ist. Wenn der Schwerpunkt unserer Arbeit bisher auf der Gewinnung, auf der Erziehung und Aktivierung der Genossen gelegen hatte, so wurde er allmählich auf die ideologische Festigung verlegt und wir verwandten immer größere Aufmerksamkeit auf die Gestaltung der Mitgliederversammlungen und Bildungsabende. Vor allen Dingen wurden diese stets pünktlich begonnen und immer ohne Ausnahme durchgeführt. In jeder Versammlung sprach ein anderer

Referent und die Themen waren entsprechend der politischen Lage gewählt, so daß das Interesse der Mitglieder am Versammlungsbesuch ständig gesteigert wurde. Der Zustand, wie er früher bestand, daß stets nur dieselben Genossen, meist die älteren, zur Versammlung kamen, ist längst überwunden.

Wir sind weiter dazu übergegangen, unsere Funktionäre in den Funktionärsitzungen ideologisch zu schulen. Wenn auch da die Beteiligung erst 10 bis 15 Genossen, also ungefähr nur die Hälfte, beträgt, so wissen wir, daß wir erst am Anfang stehen. Mit der politischen Arbeit verhält es sich nicht anders. Wir stecken auch da noch in organisatorischen Vorarbeiten. Die Struktur unserer gesamten Bevölkerung im Wohngebiet haben wir mit Hilfe der Haus- und Straßennoblete zwar ermittelt, aber für mehr hat es noch nicht gereicht. Im Vertrieb von Literatur haben wir allerdings schon Erfolg gehabt. Der Verkauf steigerte sich von 25 Broschüren im ersten Monat (nach dem Beginn im Juli) auf 750 im Monat Dezember, so daß insgesamt 1500 Broschüren und Bücher verkauft worden sind. Der Vertrieb wurde größtenteils in größeren Versammlungen, Kundgebungen, Veranstaltungen und auf der Straße durchgeführt. Die daran beteiligten Genossen führten und führen stets und ständig eine gewisse Anzahl Broschüren mit sich, um keine einzige Gelegenheit zu versäumen, sei es beim Warten auf die Straßenbahn, auf dem Markt, in der U- oder S-Bahn, in der Eisenbahn, in Warterräumen und dergleichen. Aus dem Erlös — rund 100 DM — haben wir nun vor, uns unsere Klassiker zuzulegen, damit alle Genossen, unabhängig von ihrem Geldbeutel, in der Lage sind, die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu studieren. Dabei spielt das Buch „Die Geschichte der KPdSU (B)“, das in mehreren Exemplaren in unserer Bibliothek vorhanden ist, die erste Rolle.

auszugehen und ihnen zu helfen die Arbeit zu organisieren. Mit dem Reden allein erreicht man nichts, das haben wir in unserer Wohnbezirksgruppe 7 gesehen. Erst als wir vom Reden zum Handeln übergingen, die Genossen einzeln aufsuchten, mit ihnen den persönlichen Kontakt bekamen, vor jedem jüngeren Genossen eine Aufgabe stellten, ihnen zum Bewußtsein brachten, daß, wo der einzelne steht und arbeitet, dort steht und arbeitet unsere Partei, unsere Mitgliederversammlungen und Bildungsabende (die regelmäßig abgehalten werden) lehrreich und interessant gestalteten, erst dann gelang es uns nach fünfmonatlicher intensiver Arbeit, unsere Gruppe zu 85 vH zu aktivieren.

Unsere Erfahrungen haben wir in den Funktionärsitzungen des Stadtbezirks unterbreitet und dementsprechend auch die Vorschläge zur Aktivierung der Arbeit in den übrigen Gruppen gemacht, aber unsere Vorschläge wurden von der Stadtbezirksleitung entweder ignoriert oder damit abgetan, daß das nichts Neues sei, man habe davon schon jahrelang geredet! Jede mit konkreten Vorschlägen verbundene Kritik wird als ein Angriff auf „persönliche Ehre“ aufgefaßt, und dann wird man auch wirklich persönlich, man stellt die Vertrauensfrage, man bestellt zu sich Genossen, die an der unzulänglichen Arbeit der Stadtbezirksleitung mit Recht Kritik üben, um sie deswegen als Rebellen, als Saboteure und Provokateure zu beschimpfen.

Es kann jedem ein Fehler unterlaufen, aber deswegen braucht der Genosse noch nicht schlecht zu sein, erst das Verhalten zu seinen Fehlern, der Wille und die Fähigkeit daraus zu lernen, das Verhalten zur Kritik zeigt seinen wahren Wert, zeigt, ob man ein Marxist ist oder nicht.

Ich kann dazu nicht schweigen, wenn man versucht, seine Fehler zu vertuschen und mit schönen Redewendungen darüber hinwegzukommen. Wie wollen wir denn die nächste Aufgabe: die ideologische Festigung unserer Mitglieder im Stadtbezirk I verwirklichen, wenn wir in der organisatorischen Festigung mittendrin steckengeblieben sind? Die Aufgabe wird doch zwangsläufig an der unerfüllten ersten scheitern. Wie gesagt, es sind nicht wenig Vorschläge zur Frage der organisatorischen Festigung gemacht worden, aber da anscheinend der Stadtbezirksvorstand des Stadtbezirks I für derartige Vorschläge keine Verwendung hat, sie ihm sogar sichtlich peinlich sind und aus dem Grund ad acta gelegt werden, so können sie vielleicht anderen Genossen helfen ihre Arbeit zu erleichtern. In diesem Sinne sende ich Euch nachstehenden Bericht über die organisatorische Festigung unserer Gruppe. Ich bin mir natürlich bewußt, daß diese Seite unserer Arbeit nicht von den anderen Aufgaben zu trennen ist, daß eins ins andere greift, aber wir haben diese Aufgabe als die erste angesehen, die allen Ernstes in Angriff genommen werden mußte, um die Gruppe vom Scheintod wieder zum Leben zu erwecken.

Mit sozialistischem Gruß!

Heinz Abelmann

ten jetzt zur Ausmerzung derjenigen Elemente, die entweder völlig interesselos der Partei gegenüberstanden, sich ihr feindlich gegenüber verhielten oder das Ansehen der Partei durch ihre Handlungen schädigten. Von 78 Mitgliedern waren das sieben.

Diese Maßnahmen haben unsere Gruppe natürlich gefestigt. Wir haben jetzt den Zustand, daß der Geist in unseren Reihen ein anderer, nämlich ein besserer,

Ich will noch darauf hinweisen, daß wir über den Versammlungsbesuch eine genaue Kontrolle führen, und zwar in der Form einer Wandtafel, wo jeder Genosse feststellen kann, wer regelmäßig teilnimmt oder wer einer besonderen Aufforderung bedarf. Außerdem führen wir eine Versammlungskurve, die uns anzeigt, wie hoch die Zahl der Beteiligten am Versammlungsbesuch ist. Wir haben dadurch die Möglichkeit festzu-

stellen, welcher Zehnergruppenleiter oder Helfer am besten gearbeitet hat und ob überhaupt eingeladen worden ist. Es versteht sich, daß wir Stichproben machen und die Kontrolle ausüben über die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, um die Durchführung zu gewährleisten. Die Berichterstattung der einzelnen Funktionäre wird auch immer durchgeführt.

Wenn wir also von gewissen Erfolgen sprechen können, so bezieht sich das wohl in erster Linie auf die organisatorische Festigung. Sie sind uns, wie gesagt, nicht in den Schoß gefallen. Das Treppensteigen ist uns nicht erspart geblieben und es wird uns, wenn wir weiterhin Erfolg haben wollen, auch in der Zukunft nicht erspart bleiben. Wir stehen erst am Anfang, aber wir sind doch schon aus dem größten Dreck heraus und gehen schon auf ziemlich glatter Straße. Wir wissen, daß es jetzt darauf ankommt, den Funktionären die richtigen Aufgaben zu stellen, sie mit ihnen zur Durchführung zu bringen, andernfalls die Organisation wieder in sich zusammenfällt, weil sich die Funktionäre mit Recht sagen können: auf dem Papier stehe ich wohl, aber was ich tun soll, das weiß ich nicht. Wir haben diesen kritischen Punkt erst zum Teil überwunden.

Es kommt vor, daß Genossen behaupten, bei ihnen sei das alles nicht möglich, bei ihnen herrschen andere Verhältnisse und sie hätten schon alles versucht. Ich sage, daß das Ausreden sind. Wenn man die Mühe nicht scheut, mit Liebe und Ausdauer an die Arbeit geht, so bleibt der Erfolg nirgends aus. Wenn unsere Genossen nur mit halb so viel Eifer und Liebe wie beispielsweise unsere Kleingärtner an die Arbeit herangehen, so würden sie das ebenso schaffen, wie wir es geschafft haben. Wer will sich denn darüber wundern, daß die Pflanze nicht gedeiht, wenn sie nicht gehegt und gepflegt wird, wenn man den Boden nicht für ihr Wachstum bereitet und sie sich selbst überläßt? Mit unseren Mitgliedern verfährt man leider in vielen Fällen so. Unsere Mitglieder sind zum großen Teil junge, unselbständige, d. h. unentwickelte Pflänzchen, die noch nicht mal richtig Wurzeln geschlagen haben. Ihnen die richtige Pflege angedeihen zu lassen, sie groß und stark zu machen, ist unsere Pflicht, die uns aus der Mitgliedschaft in einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei erwächst und wenn wir es ernst

nehmen mit der Schaffung einer Partei neuen Typus. Die organisatorische Festigung ist hierzu die erste Voraussetzung und deshalb unsere erste Aufgabe.

Es versteht sich, daß die anderen Aufgaben Hand in Hand mit dieser gehen müssen.

Heinz Abelmann

Wohngruppe 7, Stadtbezirk I, Pankow

Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Stadtbezirksleitung

1. Man möge einen Stadtbezirkssekretär anstellen, damit die Arbeit systematisch und planmäßig durchgeführt werden kann.
2. Man möge alle Funktionen besetzen und dafür sorgen, daß eine kollektive Zusammenarbeit möglich wird und
3. die Stadtbezirksleitung operativ an die Lösung aller Aufgaben herangeht.
4. Die Bildung eines Parteiaktivs zur Unterstützung der Stadtbezirksleitung in Angriff zu nehmen, um damit die Aufgaben in den Gruppen zur Durchführung zu bringen.
5. Junge Genossen zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen.
6. Monatlich Arbeitspläne für den Stadtbezirk aufzustellen und ihre Durchführung zu kontrollieren.
7. Alle Schüler von Parteischulen zur Vertiefung ihres Wissens regelmäßig weiterzuschulen, sie mit besonderen Aufgaben nach einem Plan einzuteilen.
8. Mit der Ausbildung von Referenten zu beginnen, die Referenten planmäßig zu verwenden.
9. Die Funktionärsitzungen im Sinne der ideologischen Festigung abzuhalten und die Berichterstattung einzuführen.
10. Die Kritik und Selbstkritik zur ständigen Methode in der Arbeit des Stadtbezirksvorstandes zu erheben, um stets die Fehler und Schwächen aufzudecken und Maßnahmen zu beschließen, damit eine Wiederholung der Fehler vermieden und die Schwächen beseitigt werden.
11. Die bisherige eigene Arbeit in einer Entschließung selbstkritisch zu betrachten, um endlich einen Ausgangspunkt für planmäßige und systematische Aufbauarbeit zu finden und um zu verhindern, daß man sich weiter im Kreise herumdreht.

Nicht Mitglied – sondern Träger sein

Wenn Du von Dir sagen kannst, Genosse,
daß Du ein anderer Mensch geworden bist
sei Du der Arbeiterbewegung angehört...

Wenn Du sagen kannst,
daß sie Dich erzogen hat
und geformt hat
und noch täglich erzieht...

Wenn Du von Dir sagen kannst,
daß Dein Leben früher nichts wert gewesen ist,
früher
als Du unwissend
und gleichgültig,
Glieder einer unwissenden
und gleichgültigen Masse warst.
Und nicht mehr...

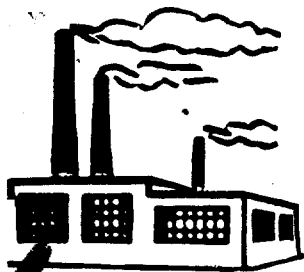
Wenn Du von Dir sagen kannst,
daß Du herausgerissen wurdest
aus der Unwissenheit
und der Stumpfheit
und der Enge

und der Leere
durch die Wahrheit der marxistischen
Theorie...

Wenn Du sagen kannst,
daß die Worte von Marx und von Engels
und von Lenin und Stalin
für Dich Leben wurden
und Dein eigentliches Leben erst dann begann,
sei Du teil hattest am Leben und Wirken
und am Kampf der Partei...

Und wenn Du sagen kannst,
daß Du nicht stehenbleibst,
daß Du Dich lesend und lernend
weiterentwickelst
und dies Gelernte anzuwenden verstehst
auf die tägliche Praxis...

dann, Genosse, bist Du nicht bloß
Mitglied,
dann bist Du Träger der Partei und
bringst sie vorwärts. Ilona Möller



In den Betrieben

Ein Gewinn für die Partei / Aus den Erfahrungen der Betriebspartei-schule EAW

Als in der Betriebsgruppe der Elektro-Apparate-Werke, Treptow, im Sommer 1948 auf Grund der der Parteivorstandsbeschlüsse die Kritik und Selbstkritik einsetzte, wurde hierbei festgestellt, daß nicht nur eine große Anzahl Genossen „schief liegen“, sondern eine noch größere Menge der uns angehörenden Mitglieder vom Parteiprogramm und von der Lehre des Marxismus nur eine schwache Ahnung hatten.

Eine der Aufgaben, die sich die Betriebsgruppe deshalb stellte, war die Verstärkung der Schulungsarbeit, vor allem die ideologische Klärung. Denn ein konsequenter Kampf in den Betrieben, besonders gegen die Schuhmacher-Agenten, kann nur geführt werden, wenn die Genossen mit dem nötigen Rüstzeug versehen sind. Und so gingen wir daran, die Betriebspartei-schule ins Leben zu rufen.

Durch diese Schule sind bis jetzt sieben Lehrgänge (jeder 14 Tage) mit je 20 bis 25 Genossen gegangen. Wir hatten auch zu verzeichnen, daß in mehreren Lehrgängen einige sympathisierende, der Partei nicht zugehörige Teilnehmer vorhanden waren. Das ist nur zu begrüßen, da diese Menschen mit ihrem nunmehrigen neuen Wissen für uns sehr wertvoll sind.

Welches sind nun die Erfolge der Schule?

Als altes Parteimitglied (seit 1906) vor 1933 SPD und Besucher der alten Arbeiter-Bildungsschule, habe ich selber feststellen können, daß die uns heute gegebenen Lektionen und Seminare ganz anders zu werten sind, als die uns vor 40 Jahren dargebotenen Bildungsthemata. Der von Lenin weiterentwickelte Marxismus konnte damals noch nicht diskutiert werden. Gerade deshalb ist für uns „Alte“ die Schulung von so großer Bedeutung.

Nach Absolvierung der 14 Tage konnten wir persönlich feststellen, daß viel größere Klarheit über aktuelle Parteiprobeme bestand. Man fühlte sich freier, fester gegenüber den Klassenfeinden im Betrieb. Diskussionen mit Gegnern sind ergiebiger für uns. Für die Partei ist ein großer Gewinn dadurch zu verzeichnen, daß die Betriebsgruppe „unklare“ Genossen im Gruppenvorstand hatte, diese ersetzte, und wir in den neuen Vorstand fast ausnahmslos Betriebspartei-schüler beriefen.

Durch die Betriebspartei-schule wurde endlich auch die so lange entbehrte Wandzeitung auf die Beine gebracht. Ihre Artikel waren für die Belegschaft etwas ganz Neues. Sie werden nun begierig erwartet, und es wurden durch sie auch wirklich Mängel abgestellt. Eine Redaktionskommission sorgt jetzt für die weitere Fortentwicklung. Daß durch diese Schule Parteibewußtsein und ganz besonderes die für die Partei so äußerst wichtige einheitliche Linie hergestellt wurde, ist ebenfalls zu betonen.

Mir selbst wurde bestätigt, daß ich ganz anders als früher diskutierte und jetzt erst verstehe, positive Schlüsse aus Diskussionsstoffen zu ziehen, was früher nicht der Fall war. Eine weitere Feststellung, die wir getroffen haben, war, daß auch Spitzenfunktionäre

eine schulische Ausrichtung notwendig haben. Und wenn dieser und jener mit etwas Ueberheblichkeit in die Kurse hineinging, so kam er am Ende doch zu der Ueberzeugung, daß ihm noch vieles gefehlt hat und alle Teilnehmer sind dankbar, die Einrichtung der Betriebspartei-schule erlebt zu haben.

Ein Lehrgang, den wir bei Beginn auf Grund der teilnehmenden Genossen stark unterschätzten, hat neben der vorbildlichen Erfüllung seiner Schulpflichten, etwa ein Dutzend äußerst wertvolle Bücher für die Werksbibliothek gestiftet und dazu für denselben Zweck 70 DM zusammengebracht. Die Genossen gaben uns damit ein großes Beispiel. Wir können nur sagen, daß unsere Betriebspartei-schule nicht nur eine starke Hilfe für die Gruppe, sondern auch ein Gewinn für die Partei ist.

Franz Seelbinder, EAW Treptow

Die DEFA auf der Schulbank

Im Kreis Treptow laufen zur Zeit drei — in ganz Berlin vier Betriebspartei-schulen. Die Errichtung weiterer wurden vom LV in Angriff genommen. Durch das Entgegenkommen der Genossen des DEFA-Vorstandes, durch die tatkräftige Unterstützung unseres Parteiaktivs war es uns in kürzester Zeit möglich, die Raum- und Möbelbeschaffung zu realisieren und so die Möglichkeit für den Beginn der Schule zu schaffen.

Am 11. Oktober 1948 begann der 1. Lehrgang der SED-Betriebspartei-schule der DEFA-Berlin. Seitdem wurden in ununterbrochener Reihenfolge 5 Lehrgänge bis Ende des Jahres durchgeführt. Jeder Lehrgang erstreckt sich über 12 hintereinanderliegende Tage. Der Unterricht findet während der Arbeitszeit statt und umfaßt täglich 2 Lektionen, 3 Stunden Selbststudium und 3 Stunden Seminar. Laut vorgeschriebenem Lehrplan werden 12 Themen behandelt, die der Verwirklichung der ideologischen Festigung unserer Genossen Betriebsarbeiter dienen und eine unmittelbare und konkrete Hilfe für die Arbeit unserer Betriebsgruppe darstellen.

Wie wurde die Errichtung der Betriebspartei-schule in der DEFA von den Genossen aufgenommen und wie wird faktisch die Beschickung der Schule seitens der Betriebsgruppen durchgeführt?

Der Marxismus ist eine Wissenschaft, und viele unserer Genossen, die zum erstenmal ein Buch des wissenschaftlichen Sozialismus in die Hand nehmen, legen es nach den ersten Seiten wieder weg und meinen, es doch nicht zu verstehen. Viele, die ihr Leben lang körperlich gearbeitet und dabei „alt“ geworden sind, haben zum großen Teil von vornherein eine Abneigung gegen alles, was mit „Schule“ zusammenhängt.

Wenn jedoch die 12 Tage vorbei sind, äußern fast alle jedesmal ihr Erstaunen, wie schnell die Zeit herum war, daß der Unterricht „in frischer, lebendiger und für jeden leicht faßlicher Form gehalten wurde und daß es ihnen sehr gut gefallen hat.

Die Erziehung zur richtigen Einstellung und Bereitschaft der Genossen für die Einsicht zur ideologischen Festigung sollte aber nicht erst an der Schule einsetzen, sondern schon vorher durch die Betriebsgruppe erfolgen. Es würde uns an der Schule vieles erleichtern.

Die Beschickung der Schule seitens einiger DEFA-Betriebsgruppen, insbesondere der Betriebsgruppe der Linse AG-Johannisthal, Groß-Berliner Damm, läßt nicht darauf schließen, daß die Bedeutung unserer Schule richtig erkannt ist. Wir führen die Schule nicht um ihrer selbst willen durch, sondern als Mittel zur Hebung der Aktivität unserer Betriebsgruppen (die viel zu Wünschen übrigläßt) und aus den oben angeführten Gründen.

An den ersten 5 Lehrgängen, die in ununterbrochener Reihenfolge vom 11. Oktober bis 18. Dezember 1948 durchgeführt wurden, nahmen 60 Betriebsangehörige teil. Auf Grund des aufgestellten Planes und der damit vorhandenen Plätze hätten jedoch 75 Lehrgangsteilnehmer in dem gleichen Zeitraum die Betriebsparteischule durchlaufen können. Ein ganzer Lehrgang mit 15 Teilnehmern hätte also eingespart werden können.

Die Beschickung der Schule mit Lehrgangsteilnehmern muß in jeder Betriebsgruppe durch die jeweiligen Personalausschüsse erfolgen. Dabei muß in Zukunft planmäßig so verfahren werden, daß auf jedem Lehrgang Frauen, Männer und Jugendliche aller Altersklassen nach Möglichkeit vertreten sind, daß vor allem auch die Genossen Funktionäre anteilmäßig vertreten sind.

Besonderer Wert muß auf die reze Teilnahme der Funktionäre gelegt werden, weil diese mitten in der praktischen, politischen Arbeit stehen und selbst zum überwiegenden Teil noch keine Parteischule besucht haben.

Die Statistik zeigt, daß mit Ausnahme der Betriebsgruppe Johannisthal von einer systematischen Vorbereitung und Beschickung der Lehrgänge nicht die Rede sein kann.

	Soll: Teilnehmer	Ist: Teilnehmer
DEFA-Filmstadt	10	9
„ -Althoff	10	5
„ -Hankestr.	5	5
„ -Krausenstr.	15	5
„ -Johannisthal	25	33
Linse-AG Johannisthal	10	3
	75	60

Von den 60 Teilnehmern waren 6 Frauen, 24 Funktionäre, davon allein 20 von der DEFA-Johannisthal, während von den anderen Betriebsgruppen nur Filmstadt und Linse je 2 Funktionäre stellten. Das Durchschnittsalter betrug etwa 36 Jahre.

Berufe:	Männer	Frauen
Arbeiter	34	4
Angestellte	4	2
Techniker	13	—
Künstler	3	—
	54	6

Der geringe Anteil der Frauen und Jugendlichen spiegelt den Zustand der Zusammensetzung der DEFA-Betriebsgruppen und Anteil der weiblichen Mitglieder wider.

Daß die planmäßige Beschickung der Schule möglich ist, beweist die Betriebsgruppe Johannisthal. Hier wirkt sich der Besuch der Betriebsparteischule von etwa 20 % der Betriebsgruppenmitglieder z. B. auf den Gruppenabenden bereits aus.

Leider muß die Frage, sind die Genossen Lehrgangsteilnehmer zu aktiver Arbeit — abgesehen von den bereits eingespannten — herangezogen worden; verneinend beantwortet werden. Hier gilt es noch viel Arbeit zu leisten, daß die Betriebsgruppe nun auch die entsprechende Betreuung der von der Schule kommenden Genossen durchführt.

Günther Althaus, Betriebsgruppe DEFA

Den Klassenfeind durchschauen!

Im Treuhandbetrieb Weiske & Ortlieb, Berlin-Oberschöneweide, Edisonstraße 63, ist eine Belegschaft von 130 Kollegen und eine Betriebsgruppe der SED von 17 Mitgliedern vorhanden. Der Betriebsrat setzt sich aus vier Kollegen, davon ein SED-Mitglied, zusammen.

Produziert werden Herde, Öfen usw.

In den letzten Wochen des Jahres 1948 hat sich folgendes abgespielt:

Zwei Betriebsratsmitglieder und die Kollegin Gerblich als Vertreter der Belegschaft meldeten sich bei dem Personalbeauftragten der IG 1/2, Metallwaren, und stellten die Forderung, unter Anführung verschiedenster Gründe, den Treuhänder, den Genossen Sutor, umgehend abzuverufen.

Bei der Besprechung stellte sich heraus, daß die drei Kollegen nicht unserer Partei angehören und daß sie von bestimmten Kreisen, nämlich den ehemaligen Pg-Besitzern des Betriebes beauftragt und gelenkt werden. Diese „Kollegen“ betonten dabei, daß die Anschuldigungen auch im Sinne des Betriebsratsvorsitzenden, des Genossen Mesick, vorgebracht würden. Der Genosse Mesick befand sich zu dieser Zeit auf der Kreisparteischule.

Die Untersuchung, die einmal durch die Revisionsabteilung der DTV bezüglich der Buchführung und zum andern durch eigenes Verhör der anklagenden Kollegen geführt wurde, ergab folgendes Bild:

Der eine Ankläger, der 2. Betriebsratsvorsitzende Erwin Schulze, ist zweimal als Entlastungszeuge für den Pg. Ortlieb vor der Entnazifizierungskommission aufgetreten. Der andere Ankläger, Georg Schultze, hat sich im Jahre 1945 nach Rücksprache mit dem Genossen Sutor als Belastungszeuge gegen Ortlieb angeboten. Im Jahre 1947, vor der Berufungsinstanz, hat er dann die falsche Aussage gemacht, er wäre von Sutor gezwungen worden, gegen den Pg. Ortlieb auszusagen.

Die von der Revisionsabteilung der DTV durchgeführte Prüfung ergab, daß die seitens der Vorgenannten vorgetragenen Anschuldigungen haltlos waren, und in einer am 5. Januar 1949 stattgefundenen Betriebsgruppenversammlung, an der die Genossen der Kreis- und Stadtbezirksleitungen teilnahmen, wurde festgestellt, daß es sich um den Versuch der ehemaligen Besitzer handelt, unter Anwendung aller Mittel wieder in den Besitz ihres ehemaligen Eigentums zu gelangen. In diesem Zusammenhang hat ein Vorgang innerhalb des Betriebes, der typisch zeigt, welche Formen der Klassenkampf im Betrieb annimmt, seine besondere Bedeutung. Er zeigt, daß es sich auf der einen Seite nicht nur um den Kampf reaktionärer Elemente gegen unseren Genossen als Leiter eines Treuhandbetriebes richtet, sondern daß andererseits einem Genossen, der als Schlosser im Betrieb tätig ist, von den Kollegen nicht einmal die für seine Arbeit benötigten Werkzeuge leihweise zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin ist festzustellen, daß sich diese reaktionären Elemente Genossen bedienen, die ideologisch noch nicht ausreichend gefestigt sind. Der 2. Betriebsratsvorsitzende Erwin Schulze hatte näm-

lich den parteilosen Lagerverwalter Weber dahingehend beeinflusst, mit dem Genossen Reiß eine Liste der Belegschaftsmitglieder aufzustellen, die die Grundlage für eine inoffizielle Befragung der einzelnen Betriebsangehörigen über ihre Meinung, ob sie für oder gegen Sutor sind, bilden sollte. Der Genosse Reiß hat es nicht für nötig befunden, diesen an ihn ergangenen Auftrag umgehend der Betriebsgruppenleitung seines Betriebes mitzuteilen, sondern hat im Gegensatz dazu die vorgesehene undemokratische Abstimmung mit unterstützt. Er hat nicht erkannt, daß er sich durch seine Handlung zum Werkzeug der Reaktion machte.

Nach den Ausführungen des Genossen von der Kreisleitung kam die Betriebsgruppe zu dem einstimmigen Beschluß, daß der Genosse Sutor auf Grund der negativ verlaufenden Untersuchungen gegen ihn als Treuhänder zu belassen ist, daß er eine stärkere Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe herbeiführen muß, eine Frage, die in der Diskussion beanstandet wurde, und die Hauptträdel Führer der reaktionären Elemente aus dem Betrieb zu entlassen sind. In der nächsten Belegschaftsversammlung, die in den nächsten Tagen stattfinden wird, wird vor der Gesamtschicht dazu Stellung genommen werden.

Dieser Vorfall zeigt wieder, daß unsere Betriebsgruppen viel wachsamer und aktiver werden müssen und die einzelnen Genossen sich ideologisch zu schulen und nochmals zu schulen haben. Nur so kann unsere Partei die führende Rolle in den Betrieben übernehmen und von vornherein jeden Versuch des Klassengegners, die Belegschaften zu zersetzen und die Betriebe wieder in seine Hand zu bekommen im Keime ersticken.

Buchhold-Sbrisny

Wir werden uns durchsetzen!

Der 30. November 1948 in Berlin hatte es durch die Initiative der Partei zuwege gebracht, daß aus den Betrieben Delegierte gewählt wurden, die den alten Magistrat absetzten und einen neuen arbeitsfähigen Magistrat schufen. Diese Tatsache fand auch bei uns im Betrieb einen regen Widerhall, wurden doch aus den Reihen der Belegschaft drei Kollegen zu dieser von dem Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Gescheke einberufenen Sitzung gewählt. Es hat sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß unsere Genossen Betriebsräte es nicht verstanden haben, nachdem die Wahlen der Delegierten getätigt waren, die Belegschaft geschlossen zur Demonstration zu führen. Hier trat zutage die ungenügende politische Schulung der Genossen Funktionäre.

Das ständige Drängen der Betriebsgruppenleitung bei diesen Genossen, sich ein Grundwissen über die Fragen des Klassenkampfes durch den Besuch der Kreispartei-schule anzueignen, scheiterte bisher an deren Einsichtslosigkeit. Trotz wiederholter Aussprache mit den Betriebsräten in dieser Richtung besteht auch heute noch die Meinung bei denselben, daß sie in erster Linie Gewerkschaftler und in zweiter Linie erst Parteifunktionäre sind.

Der Wille der Betriebsgruppenleitung, die Belegschaft im Kampf um die Erfüllung des Zweijahresplanes zu mobilisieren, hatte bisher nur einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen. In der Abteilung Wagenbau war es gelungen, durch regelmäßige Besprechungen der Produktion ein Mitarbeiten der Kollegen dadurch zu erreichen, daß durch Vorbringen von Mißständen und durch Einreichen von Verbesserungsvorschlägen eine gesteigerte Arbeitsmoral erzielt werden konnte. Der Leiter der Abteilung Wagenbau war ein mit uns Sympathisierender, welcher in jeder Beziehung ver-

stand, die Sache vorwärts zu treiben. Anders im Lokbau, hier war der Leiter ein Genosse, erst nach langem Bemühen zu bewegen, eine ähnliche Methode anzuwenden, nämlich durch tägliche Besprechungen mit den Meistern und Vorarbeitern über die Produktionssteigerungen zu sprechen. Hier muß gesagt werden, daß durch die fehlenden Materialien für die Reparaturen der Loks stets große Schwierigkeiten entstanden, und so eine fristgemäße Fertigstellung von Reparaturen immer in Frage gestellt war. Ein von der Betriebsgruppenleitung unternommener Schritt zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten hatte von der Kreisleitung noch nicht die nötige Unterstützung gefunden.

Da die Betriebsgruppenleitung der Meinung ist, daß die Frage des Wirtschaftsaufbaues eine der Hauptfragen des Klassenkampfes ist, hat sie es unternommen,



Foto: Pullot

Betriebsgruppensitzung in dem Treuhandbetrieb Jung

eine auf ihrem Gelände stehende Ruine zu enttrümmern und wieder aufzubauen, um die so notwendig gebrauchten Räume wie Kulturstätte, Lehrlingsheim, Kantine und andere Räumlichkeiten zu gewinnen. Es wurden bisher etwa 270 freiwillige Arbeitsstunden geleistet, wobei etwa 3000 Steine abgeputzt und 50 cbm Schutt in Eisenbahnwaggons verladen wurden.

Der Wille der Betriebsgruppenleitung, stärker als bisher die Mitglieder zu aktiver Mitarbeit an allen Parteiarbeiten heranzuziehen, konnte bisher nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Tatsache, daß bei der Bahn ein durchgehender 24-Studentag besteht, läßt erlauben, welche Schwierigkeiten bestehen, um alle Mitglieder einmal zusammen zu haben. Hinzu kommt, daß von der über 100 Mann starken Betriebsgruppe 40 Prozent im Fahrdienst tätig sind; daher hat sich bisher herausgestellt, daß gerade die Genossen aus dem Fahrdienst in den Versammlungen sehr schwach vertreten sind. Der Gedanke, gesonderte Versammlungen für diesen Teil der Genossen durchzuführen, läßt sich schwer verwirklichen, da Raum und Lichtverhältnisse katastrophal sind, und eine Abstellung dieser Mängel trotz allergrößter Anstrengung unsererseits nicht zu erreichen war.

Die bisher getätigte Gewerkschaftsarbeit läßt erhoffen, daß bei gesteigerten Ansprüchen an die Genossen in der Betriebsgewerkschaftsleitung, diese die von ihnen geforderte Arbeit im Sinne der Partei durchführen werden, sobald ihnen die hierfür notwendige Unterstützung zuteil wird. Zur Frage der politischen Schulung der Belegschaft im Sinne der Partei hat es sich gezeigt, daß es bei der Durchführung von Betriebsversammlungen, wo ein Vertreter des Magistrats gesprochen hat, sehr wohl möglich ist, politische Erfolge zu erzielen. Die Forderung eines Genossen nach Abhaltung regelmäßiger Zusammenkünfte — Magistrat — Belegschaft — mußte stärker Beachtung finden, um so ständig Anknüpfungspunkte zur politischen Aufklärungsarbeit zu haben. Ein wunder Punkt in der

politischen Arbeit der Betriebsgruppe bei der Belegschaft ist die Frage der Betriebswandzeitung. Hier wird von unseren Genossen noch nicht die Wichtigkeit derselben erkannt. Es wäre wünschenswert, daß von seiten der Parteileitung Schritte unternommen werden, damit den Gruppen Artikel zur Verfügung gestellt werden ähnlich der Art, wie sie im Familienkalender des Neuen Deutschland 1949 von Anton Ackermann (Unsere Weltanschauung) dargelegt sind.

Betriebsgruppenleitung
Bw Berlin-Pankow, K. Piehler

Anmerkung der Redaktion:

1. Die Genossen Betriebsräte der BW Pankow scheinen noch nicht aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht zu sein. Sonst hätten auch sie schon etwas von der führenden Rolle der Partei gehört und verstanden, welchen gefährlichen Weg sie gehen. Die Genossen müssen verstehen lernen, daß sie nicht Funktionäre der Partei sind, weil sie Betriebsräte sind, sondern daß sie Betriebsräte sind, weil sie Funktionäre der Partei sind, und die Partei sie als solche für den Betriebsratsposten vorgeschlagen hat. Das Argument der Genossen, daß sie in erster Linie Gewerkschaftler sind, stellt in der Praxis eine Ablehnung der Kontrolle der Partei dar und führt dazu, daß diese Genossen, wenn sie sich nicht rechtzeitig revidieren, in das Fahrwasser der „Nurgewerkschaftler“ geraten und nicht nur die Entwicklung der Parteigruppe, sondern auch die Gewerkschaft hemmen werden.

2. Es ist nicht die Aufgabe der Wandzeitungen „Standardartikel“ der Landesleitung oder anderer Stellen zu veröffentlichen. Gewiß kann man ab und zu einen Artikel aus einer Zeitung ausschneiden, aber in erster Linie soll die Wandzeitung von Arbeitern betriebliche Angelegenheiten behandeln. Dadurch wird sie das Interesse aller Belegschaftsmitglieder wecken, und dann wird man auch ihre Mitarbeit gewinnen können.

Wille und Weg

Klingenberg muß aufholen

Der Artikel „Zu einigen Unklarheiten des Klassenkampfes“ von Karl Mewis (siehe „Wille und Weg“, Heft 12/1948) ist für alle Genossen nicht nur Theorie, sondern bedeutet für sie eine praktische Anleitung zum Handeln in ihrer aktiven Parteiarbeit.

Klar und deutlich wird in diesem Artikel an Hand einer sachlichen Kritik die Frage des Klassenkampfes aufgezeigt. Jedem Genossen werden Fragen, die bisher unklar geblieben sind, beantwortet, was eine ideologische Festigung zur Folge hat. Die Genossen können an Hand dieses Artikels mit den immer noch bestehenden versöhnlerischen Tendenzen Schluß machen. Besonders klar wird die Rolle der UGO aufgezeigt, so daß bei unseren Funktionären auch in dieser Frage die letzten Unklarheiten verschwinden müssen.

Nun zum Abschnitt „Verkennen des Klassenkampfes im Kraftwerk Klingenberg“ (Seite 7). Da heißt es: „Im Kraftwerk Klingenberg hatten“ — und muß richtiger heißen „haben“, denn die bestehenden Schwächen konnte die Betriebsgruppe bis heute noch nicht beheben.

Die Arbeit der Betriebsgruppe in Klingenberg ist nur mit unserer Arbeit im Magistrat zu vergleichen, da hier dieselben Schwierigkeiten zu überbrücken waren. Die SPD hatte hier alle maßgeblichen Positionen in der Hand, und unsere aktiven Genossen wurden kaltgestellt, während die Abteilungen mit SPD-Funktionären überschwemmt wurden.

Der Hauptbetriebsrat der BEWAG bestand aus einem 30er-Ausschuß. Dieser war nur mit SPD-Leuten (UGO-Anhängern) besetzt und hatte sich die Aufgabe gesetzt, die BEWAG zwar nicht mit Fachkräften, aber mit SPD- und UGO-Funktionären in reichlichem Maße zu versorgen. Personalschwierigkeiten wurden nicht behoben, der Nachwuchsfrage keine Aufmerksamkeit geschenkt

und alles getan, um die Lösung dieser Aufgaben zu erschweren.

Die Einstellung wichtigen Fachpersonals und das Heranbilden des technischen Nachwuchses ist eine von den Schwierigkeiten, die wir am schnellsten beheben müssen. Nach der Beseitigung des 30er-Ausschusses ist nunmehr auch das Personalbüro neu besetzt worden, und damit dürfte die Voraussetzung dafür gegeben sein, daß auch diese Frage des Klassenkampfes in kürzester Frist von den Personalableuten und dem Personalchef gemeinsam im Interesse der Belegschaft und der Berliner Bevölkerung geregelt wird.

Der Fall Klingenberg ist ein besonders krasses Beispiel des Klassenkampfes, da hier die SPD- und UGO-Führer durch ihre Personalpolitik es verstanden haben, den Wirtschaftsaufbau Berlins zu hintertreiben und damit die Kraft der werktätigen Berliner Bevölkerung zu schwächen. K. K o p f, Kraftwerk Klingenberg

Zweijahrplan, Plankommissionen und die Abteilung für Arbeit

Die Arbeit der Betriebsgruppen in der Verwaltung wird im Rahmen des Zweijahrplanes wesentlich aktiviert werden müssen. Die Partei muß zur treibenden Kraft auch in der Verwaltung werden, damit nicht von oben her hemmende Faktoren wirksam werden können. Ich glaube, daß wir in der Abteilung für Arbeit auf dem Wege, die Partei zum Motor zu machen, einige gute Erfolge erzielt haben.

Wie wir dazu gekommen sind und was wir in bezug auf den Zweijahrplan bisher unternommen haben, versuche ich nachstehend aufzuzeigen. Ich muß dabei etwas zurückgreifen.

Die Betriebsgruppe führte als Vorbereitung zu den Delegiertenkonferenzen der Partei im Oktober vorigen Jahres an zwei Sonntagnachmittagen außerordentliche Gruppensitzungen durch. In den Referaten und in der Diskussion wurde eingehend zu den Fehlern und Schwächen der Gruppe und zur Frage der führenden Rolle der Partei Stellung genommen. Dabei konnte die Gruppe bereits auf einige positive Momente hinweisen, die insbesondere in folgendem lagen:

1. Bereits durchgeführte organisatorische Umgestaltung der Betriebsgruppe.
2. Beseitigung des im Juni 1948 von der Belegschaft gewählten UGO-Betriebsrates vor der Spaltung der Abteilung für Arbeit.
3. Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Abteilung für Arbeit nach der Spaltung.

Zur organisatorischen Umgestaltung muß gesagt werden, daß die Betriebsgruppe bis Juni 1948 auf etwa 230 Genossen bei etwa 900 Beschäftigten angewachsen war. Dabei hatte sich die Gruppe infolge des Fehlens von Untergruppen in den einzelnen Hauptämtern der Abteilung als zu schwerfällig erwiesen. Zwischen der Gruppenleitung und den Genossen bestand infolge des im wesentlichen nur zentral bestehenden und zu kleinen Funktionärkörpers nur eine lose Verbindung. Auf die politische Arbeit wirkte die Tatsache, daß fast alle leitenden Funktionen im Amt von Genossen besetzt waren, einschläfernd, da sich die Meinung breitgemacht hatte, es werde amtlicherseits schon alles Notwendige geschehen. Die Betriebsgruppe trat trotz zahlenmäßiger Stärke als politischer Faktor kaum in Erscheinung. Die Niederlage in der Betriebsratswahl vom Juni 1948 war der Gruppe ein ernstes Warnungssignal und führte zur Bildung von Untergruppen in den einzelnen Hauptämtern, so daß die Gruppe z. Z. aus sechs Untergruppen in Stärke von je 20 bis 40 Genossen besteht.

Die damit verbunden gewesene beachtliche Vergrößerung des Funktionärkörpers und die gestellten Kampfaufgaben, den UGO-Betriebsrat zu stürzen, sowie die Abteilung nach der zu erwartenden Spaltung funktionsfähig zu erhalten, hatten bereits in den Monaten August/September zu einer wesentlichen Aktivierung der Gruppe geführt. Dabei war als Auftakt zur Umorganisation der Gruppe und der vor ihr stehenden Aufgaben zwangsläufig bereits die Diskussion über die führende Rolle der Partei geführt worden. Insofern stellte die in der Gruppe im Oktober 1948 vor den Delegiertenkonferenzen geführte Diskussion nur eine Fortsetzung dar, in deren Verlauf nunmehr die wichtige Rolle der Abteilung für Arbeit, die ihr im Rahmen des Zweijahrplanes bezüglich der Arbeitskräfteplanung, der Mithilfe bei der Einführung von Leistungslohnen, der Senkung der Arbeitsunfallziffern usw. zufällt, herausgearbeitet wurde. Es wurden in den einzelnen Hauptämtern Plankommissionen gebildet. Die Gruppenleitung als Vorsitzende der Gesamtplankommission erhielt den Auftrag, alles Notwendige zu tun, um die der Abteilung im Zweijahrplan zufallenden Aufgaben konkret festzustellen, damit die erforderlichen Maßnahmen besonders in bezug auf die Arbeitskräfteerfassung, Umschulung, Ausbildung usw. schnellstens eingeleitet werden können. Die Gruppe glaubte gewissermaßen, einen bereits in kleinsten Details aufgebauten Plan erhalten zu können, aus dem sie z. B. hätte entnehmen können, wieviel Dreher, Fräser, Schlosser, Feinmechaniker, Maurer, Zimmerer usw. im Verlauf der Entwicklung benötigt werden. Sie ging von der richtigen Erkenntnis aus, daß sich die Aufgaben einer Verwaltung wesentlich von den Aufgaben der Wirtschaft unterscheiden, daß die Abteilung für Arbeit nur aufbauen kann auf den wirtschaftlichen Erfordernissen und diese dann mit dem menschenmäßig Möglichen in Einklang zu bringen hat. Es genügte also nicht zu wissen, um wieviel vom Hundert meinetwegen die Produktion der Metallindustrie oder irgendeiner anderen Industrie ansteigen soll. Die Bemühungen der Gruppenleitung zeigten folgendes Bild:

Erstens bestand in den leitenden Stellen, die sich im Landesverband mit den Fragen des Zweijahrplanes befaßten, die merkwürdige Auffassung, eine Verwaltung müsse wie jeder Industriebetrieb behandelt werden. Man wollte dort nicht einsehen, daß wohl jeder Industriebetrieb auf Grund seines Maschinenparks, seiner Rohstoffe usw. den in großen Zügen gedachten Plan erstellen bzw. verändern helfen kann, daß aber die Arbeitsbehörde wenigstens ungefähr die ins einzelne gehenden Forderungen der Wirtschaft an Arbeits-

kräften in den verschiedenen Industrien erst einmal kennen muß, um sagen zu können, ob oder inwieweit diese Forderungen realisierbar sind. Ganz zu schweigen von den nicht in allen Industrien über einen Kamm zu scherenen Möglichkeiten der Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihre Einkalkulation beim Arbeitskräftebedarf. Im Landesverband fanden die zur Klärung der Sachlage geforderten Besprechungen leider nicht statt. Wir kamen so also nicht weiter und setzten uns daraufhin im Dezember mit der DWK, Abteilung Wirtschaftsplanung, in Verbindung. Dort erhielten wir erst einmal Klarheit darüber, daß unsere Forderung, den bis ins Detail ausgearbeiteten Zweijahrplan Berlins zu erhalten, verfrüht gestellt wurde. Uns wurde vor Augen geführt, daß wir praktisch schon den Volkswirtschaftsplan für Berlin fordern, während infolge der besonderen Berliner Situation noch nicht einmal der Industrieplan erstellt sei.

Der Industrieplan werde nur die Produktionsauflagen der Betriebe schlechthin umfassen, während der Volkswirtschaftsplan die Aufgaben der Verwaltungen auf allen Gebieten einschließe. Auch in der Zone sei der Volkswirtschaftsplan erst im Entstehen begriffen. Es sei zwecklos, auf den erstellten Industrieplan Berlins zu warten. Dieser werde erst mit Hilfe der Praxis entstehen (bekanntlich sind jetzt erste, vorläufige Produktionsauflagen für das erste Quartal 1949 an etwa 2000 Betriebe Berlins ergangen).

Wir wurden uns darüber einig, daß die Abteilung für Arbeit schon wichtige vorbereitende Arbeiten vor allem statistischer Art leisten kann. Diese Arbeiten, die im wesentlichen darin bestehen, die Statistik so auszubauen, daß sie genaue Auskunft nicht nur darüber geben kann, wieviel Arbeitskräfte — unterteilt nach Alter, Beruf und Geschlecht — zur Verfügung stehen, sondern vor allem, wo und in welchen Betrieben sie stehen, wo Reserven stecken, wo Fachkräfte berufs-fremd eingesetzt werden und wo nach der Art der Arbeit Männer u. U. herausgezogen und durch Frauen ersetzt werden können. Diese Arbeiten sind in enger Zusammenarbeit zuerst mit der DWK und, da die Wirtschaftsplanung Berlins nach der Bildung des demokratischen Magistrats unter dem Genossen Ebert aus der DWK herausgelöst und der Abteilung für Wirtschaft zugeteilt wurde, dann mit dieser Abteilung durchgeführt worden. Die Gesamtplankommission der Abteilung für Arbeit hat bereits einige Male getagt und in einer gemeinsamen Sitzung mit Genossen aus den Bezirksarbeitsämtern die anfallenden Arbeiten durchgesprochen.

Das Charakteristische der Hennecke-Bewegung und überhaupt

für jeden, der sich den Namen eines Hennecke-Aktivisten verdienen will, ist die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch größere Sorgfalt in der Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten arbeiten vorbildlich in bezug auf Sparsamkeit und Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Hennecke-Aktivisten, das sind Menschen, die lernen, die studieren, um sich unermüdlich die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.

(Aus dem Referat des stellvertretenden Parteivorsitzenden Walter Ulbricht auf der ersten Parteikonferenz)

Auf dem Lohn- und Tarifgebiet werden Richtlinien über die Einführung von Leistungslöhnen ausgearbeitet.

Ein Referat für Arbeitsstudien wurde geschaffen.

In verstärktem Maße wird zur Bildung von Facharbeitsnachweisen übergegangen werden, um im Sinne des Zweijahrplanes jeden Mann auf den rechten Platz stellen zu können. Die aus den Bedingungen des Zusammenbruchs 1945 entstandenen Bezirksarbeitsnachweise mit ihrem engen Wirkungsbereich und der Tendenz, Arbeitskräfte ihres Bezirks zu horten, erweisen sich als hindernd, so daß zuerst in den wichtigsten Berufen Facharbeiternachweise für ganz Berlin notwendig sind.

Soweit die Einwirkung der Betriebsgruppe bezüglich des Zweijahrplanes auf die Tätigkeit der Abteilung. Ihr bleibt, nachdem die einzelnen Hauptämter die ihren Bereich betreffenden Arbeiten übernommen haben, weiterhin die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wirtschaft, Wirtschaftsplanung, verstärkt und daß die Arbeit in den einzelnen Hauptämtern aktiviert wird. Nachdem sich die Plankommission zuerst mit der gewissermaßen fachlich notwendigen Arbeit befaßt hat, wird sie ihr Augenmerk in Zukunft auch darauf lenken, wo und wie der Arbeitsgang vereinfacht werden kann und in welchem Umfange wir zur Entbürokratisierung der Verwaltung beitragen können.

Diese wichtige politische Aufgabenstellung zwingt die Genossen zwangsläufig dazu, ihre Arbeiten fachlich in jeder Beziehung zu verbessern, ihren Gesichtskreis in bezug auf das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu vergrößern und ihre Aufgaben als politische zu erkennen.

Vor allem: Wir müssen uns Aufgaben stellen. Wir geben bei uns das konkrete Beispiel, daß wir in unseren Reihen die zur Lösung einer Aufgabe notwendigen Kräfte auch in der Verwaltung entwickeln können. Wir haben qualifizierte Genossen genug. Aber die Aufgabe muß gestellt werden.

Es wäre für uns von Interesse, wenn wir die Erfahrungen und Meinungen der Betriebsgruppen der anderen Magistratsabteilungen über von ihnen geleistete Vorarbeiten in bezug auf den Zweijahrplan oder die Vereinfachung der Verwaltung hören könnten.

Schurwanz

Von der Abteilung Wirtschaftspolitik wird zu diesem Artikel geschrieben:

Uns würde interessieren, mit welcher Abteilung 'des LV der Genosse Schurwanz gesprochen hat. Denn die „Auffassung, eine Verwaltung müsse wie jeder Industriebetrieb behandelt werden“, scheint auch uns „merkwürdig“.

Leider scheint aber dem Genossen Schurwanz und der Betriebsgruppe der Abteilung für Arbeit der Berliner Plan nicht bekannt zu sein. Bereits am 13. Juli erschien in den „Berliner Informationen“ (Berliner Politik E) der „Rahmenvorschlag zum Zweijahrplan für Groß-Berlin“, wo die Steigerung der Beschäftigtenzahlen in den wichtigsten Industriezweigen angegeben ist. Im November erschien die Broschüre „Unser Plan zur Gesundung Berlins“, wo die Produktionssteigerung in Prozenten und Werten angegeben ist. Da gleichzeitig die Höhe und Steigerung der Arbeitsproduktivität angegeben ist, ist es also leicht, hier die Steigerung der Beschäftigtenzahlen auszurechnen (falls die „Berliner Informationen“ nicht bekannt sind). Eine entsprechende spezialisierte Aufgliederung ist unserer Auffassung nach ja gerade die Aufgabe der Abteilung für Arbeit, die auf Grund der ebenfalls angegebenen Produktionsarten feststellen kann, welche Berufe am stärksten der Förderung bedürfen.

Wir sind jedoch bereit, der Betriebsgruppe der Abteilung für Arbeit einige Exemplare der Broschüre „Unser Plan zur Gesundung Berlins“ zur Verfügung zu stellen (Zimmer 219 — Landesverband — Behrenstraße).

Walter Sack

Kindergarten im Bremsenwerk

Im Bremsenwerk stand die Frage genau so dringend, wie in anderen Betrieben, wohin mit den Kindern der berufstätigen Frauen. Die Betriebsrätin, zusammen mit der SED-Betriebsgruppe, mußte auch diese Frage lösen. Im 6. Stockwerk waren Räume und ein großer Dachgarten. Der Ausbau zu einem Kindergarten mußte versucht werden. Mit der sowjetischen Direktion wurde verhandelt, die Einwilligung geholt, und dann folgte eine Rücksprache mit der Belegschaft. In freiwilliger Arbeit halfen Frauen, Handwerker und Jugendliche aus dem Betriebe, die Räume so schön zu gestalten, wie sie nun heute sind. Es ist an alles gedacht worden, sogar an Warmwasserduschen, welche bei den Kindern



Foto: H. Pöllot

Unsere Frauenfunktionärinnen stehen in den Betrieben an der Spitze des Kampfes für die Interessen der werktätigen Frauen. — Unser Bild zeigt eine Aufnahme von der Landeskonferenz Berlin

großen Beifall finden werden. Vom 1. Februar an werden die kleinen Gäste aufgenommen. Aber erst am 8. März, zum Internationalen Frauentag, wird die offizielle Eröffnung sein. Bis zu diesem Tag wird die „Tante“ mit den Kindern viel zu tun haben, denn die Muttis und die Frauen des Betriebes sollen an diesem Festtage eine Überraschung haben. Es soll zugleich ein Dank der Kinder an die Frauen sein, die in freiwilliger Arbeit halfen, das Leben der Kinder zu verschönern.

I. K.

Frauen des Oberspreewerkes bereiten den 8. März vor

Im Oberspreewerk ist noch kein Kindergarten vorhanden. In einer Frauenversammlung wurde das Projekt für den Betrieb, Kindergarten, Klubräume und Konsumverkaufsstelle zu schaffen, an Hand von Skizzen gezeigt. Um diese sozialen Einrichtungen aufbauen zu können, muß entrümmert werden. Die Frauen und die Jugend haben sich bereiterklärt, in freiwilliger Arbeit diese Entrümmung vorzunehmen.

Am 8. März wollen die Frauen soweit sein, daß man mit dem Bau des Kindergartens beginnen kann. In der Aussprache kam eine gute Verbundenheit zu ihrem Werk zum Ausdruck.

So bereiten die Frauen des Oberspreewerkes würdig den Internationalen Frauentag vor.

Ida Krautter

VON DER THEORIE ZUR PRAXIS

Zum Selbststudium des ersten Kapitels des „Kurzen Lehrgangs“

1. Die Allgemeingültigkeit des Marxismus

Im kommunistischen Manifest gaben Marx und Engels eine klassische Darstellung der Entwicklung des Proletariats und seines Kampfes.

„Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz. Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst . . . Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse . . . Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr . . . Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden . . .

Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“ So kommt es zur „Organisation der Proletariat zur Klasse und damit zur politischen Partei.“ (Kommunistisches Manifest, Seite 11—13.)

Das ist der Entwicklungsgang des Proletariats in allen Ländern. Das erste Beispiel des „Kurzen Lehrgangs“ zeigt auf, unter welchen Bedingungen und Kämpfen das Proletariat Rußlands diesen Weg bis zur Organisation als Klasse und zur Vorbereitung seiner politischen Partei zurückgelegt hat, und weist so an diesem Einzelfall erneut die Allgemeingültigkeit der Feststellungen Marx-Engels nach.

2. Die besonderen Bedingungen der Entwicklung des Proletariats in Rußland

Dieses erste Kapitel zeigt uns aber schon, daß die Allgemeingültigkeit der Leitsätze des Marxismus keineswegs Gleichförmigkeit bedeutet. Die Bedingungen, unter denen sich diese allgemeingültige Entwicklung des Proletariats in Rußland vollzog, waren durchaus einmalige, wie sie weder vorher noch nachher in einem anderen Land bestanden. Diese besonderen Bedingungen werden im ersten Kapitel aufgezeigt.

- a) „Das zaristische Rußland beschritt später als andere Länder den Weg der kapitalistischen Entwicklung.“ (Kurzer Lehrgang, Seite 5.)
- b) Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861, „blieben fast die gleichen Zustände wie unter der Leibeigenschaft bestehen, nur mit dem Unterschied, daß der Bauer jetzt persönlich frei war, daß man ihn nicht wie eine Sache kaufen und verkaufen konnte.“ (ebd. Seite 6.)
- c) Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland vollzog sich unter der uneingeschränkten politischen Herrschaft der Klasse der Großgrundbesitzer, deren Herrschaftsinstrument der Zarismus war. „Die zaristische Selbstherrschaft war der schlimmste Feind des Volkes.“ (ebd. Seite 6.)
- d) Das rasche Wachstum des Kapitalismus in Rußland in den Jahrzehnten nach der Aufhebung der Leibeigenschaft ließ in Rußland sofort ein modernes Industrieproletariat entstehen, „das sich von den Arbeitern der Fabriken der Leibeigenschaftsperiode und von den Arbeitern des kleinen, handwerklichen und jeglichen anderen Gewerbes von Grund aus unterschied, sowohl durch seine Zusammenballung in großen kapitalistischen Betrieben wie durch seine kämpferischen revolutionären Eigenschaften.“ (ebd. Seite 7.)
- e) Trotz dieser raschen Entwicklung des Kapitalismus „blieb Rußland dennoch hinter den anderen kapitalistischen Ländern sehr zurück.“ (ebd. Seite 8.) 1897 waren noch ungefähr fünf Sechstel der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt.
- f) „Das zaristische Rußland war ein Völkergefängnis. Die zahlreichen nicht-russischen Völkerschaften des zaristischen Rußlands waren völlig rechtlos und ständig allen erdenklichen Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt.“ (ebd. Seite 6.)
- g) Der Kapitalismus in Rußland entwickelte sich von Anfang an unter der Vormundschaft der in ihrer kapitalistischen Entwicklung weiter vorangeschrittenen Länder Westeuropas. Die russischen Arbeiter und Werktätigen waren also der doppelten Ausbeutung durch ihre eigenen „vaterländischen“ und der fremden Kapitalisten unterworfen.

Die Gesamtheit dieser besonderen Bedingungen stellten die Arbeiterklasse Rußlands vor die Aufgabe, am Kampf der Volksmassen zum Sturz des verhaßten Zarismus teilzunehmen, und nicht nur teilzunehmen, sondern sich an die Spitze dieses Kampfes zu stellen. Denn es gab keine andere Kraft, die imstande gewesen wäre, den Kampf zum Sturz des Zarismus mit der gleichen Konsequenz, Organisiertheit und Zielsicherheit zu führen, wie die Arbeiterklasse.

Aber um diesen Kampf mit Erfolg führen zu können, brauchte die Arbeiterklasse eine Organisation, und zwar nicht irgendeine, sondern eine

Was bedeutet die Geschichte der KPdSU (B) für mich?

Wenn ich gefragt werde, was ich aus der Geschichte der KPdSU gelernt habe, so müßte ich eigentlich antworten: alles. Die Geschichte der KPdSU ist ja nicht nur ein Geschichtsbuch im Sinne einer chronologischen Darstellung der Ereignisse und Entwicklungen der Partei der Bolschewiki und des ersten sozialistischen Staates der Welt, sondern sie ist vielmehr eine fundamentale und allumfassende Darstellung des Marxismus-Leninismus, als die auf allen Gebieten angewandte Wissenschaft. Neben den Kapiteln über den Strukturwandel der sowjetischen Wirtschaft und über die Praktizierung ökonomischer Erkenntnisse und Grundsätze sind für mich als Funktionär in unserer demokratischen Wirtschaft die Ausführungen über den dialektischen und historischen Materialismus im Kapitel IV, besonders bedeutungsvoll. Warum? Wir leben in einer Periode des Aufbaues einer demokratischen Wirtschaft. Wir wissen dabei, daß die entscheidenden Fehler der Weimarer Republik darin bestanden haben, daß die Sozialdemokratie als die damals stärkste Partei der Arbeiterklasse vom Marxismus abwich und sich zu Kompromissen mit dem Bürgertum bereitfand. Der revolutionäre Schwung des Jahres 1918 versandete im Reformismus und griff nicht nach den Fundamenten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, d. h. nach den wirtschaftlichen Machtpositionen. Der Aufbau einer volkseigenen Industrie bedeutet, daß die Arbeiterklasse maßgeblich an der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse beteiligt werden kann. Ich sage absichtlich „kann“, weil wir noch nicht überall die Ideologie einer neuen Wirtschaftsordnung vorfinden. In der Geschichte der KPdSU wird ausgeführt, „daß die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft vor

allein die Entwicklungsgeschichte der Produktion ist, die Geschichte der Produktionsweisen . . . , die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse der Menschen“. Dieser Satz ist für den demokratischen Wirtschaftler deshalb von überragender Bedeutung, weil er richtungweisend ist für seine Arbeit: Ob es uns gelingen wird, die Gesellschaft zum Sozialismus zu entwickeln, wird abhängen von unserer Fähigkeit, die Produktionsmittel, die Produktivkräfte und die Produktionsweisen zu entwickeln. Diese Erkenntnis ist der tiefe Sinn all unserer wirtschaftlichen Maßnahmen.

Die Überführung von Betrieben in Eigentum des Volkes wird solange ein formaljuristischer Akt sein, solange es nicht gelingt, diese Betriebe wirklich zu besitzen. Man besitzt nur das, was man sich erarbeitet hat. Die fortschrittlichen Kräfte werden die Betriebe also nur dann besitzen, wenn sie durch ihre Arbeit in allen betriebs- und volkswirtschaftlichen Funktionen tatsächlich zum Träger der Produktionsmittel geworden sind. Die Bemühungen, im Zuge der Wirtschaftsplanung die Produktion nicht mehr vom Gesetz des kapitalistischen Profits, sondern vom Gesetz der Deckung des Bedarfs unseres Volkes ausgehend zu lenken, fußen auf der Erkenntnis, daß unsere gesellschaftliche Weiterentwicklung abhängig ist von der gerechten und sinnvollen Verteilung der von uns erzeugten Güter. Daher auch unsere Anstrengungen auf dem Gebiete der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, daher vor allem auch unsere Hennecke-Bewegung. Diese Bewegung schafft ein neues Verhältnis des Menschen zur Arbeit, d. h. zu den Produktionsmitteln, er ist somit nicht mehr ein Objekt, sondern ein Subjekt der Produktionsverhältnisse.

Wenige Zeilen weiter heißt es in dem gleichen Kapitel: „Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß die Partei des Proletariats sowohl im Aufbau ihres Programms als auch in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem von den Entwicklungsgesetzen der Produktion ausgehen, von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft.“ Ich lege bei diesem Satz eine besondere Betonung auf die „praktische Tätigkeit“ unserer Partei. Die Erfah-

auf den Grundsätzen des Marxismus aufbaute, eine marxistische Partei. Denn die Arbeiterklasse hat der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht ihrer Gegner nur eines entgegenzusetzen: ihre Organisation, die Zusammenhaltung der Hunderttausende und Millionen Arbeiterfauste zu einem gemeinsamen Schlag, die Konzentration des Willens der Millionen zu einem gemeinsamen Willen.

Ohne eine Partei, die es vermag, den Willen und die Tat der Millionen auf das geschichtlich notwendige Ziel hinzuführen, ohne eine marxistische Partei also, ist die Arbeiterklasse ein Nichts.

3. Der Kampf um die Vorbereitung der Schaffung der Partei in Rußland

Der Kampf gegen den Zarismus war bisher von einer Gruppe von Revolutionären geführt worden, die dem Marxismus ablehnend gegenüberstanden, die jedoch großen Einfluß auf die Arbeiter und noch mehr auf die revolutionäre Intelligenz besaßen. Das waren die Narodniki, — die Volkstümpler —. Wollte man also eine marxistische Partei in Rußland schaffen, mußte man sich zuerst mit den falschen Auffassungen dieser Leute auseinandersetzen. Der Kampf um die marxistische Partei mußte also auf ideologischem Gebiet beginnen mit der Durchsetzung des Marxismus als der einzigen richtigen revolutionären Weltanschauung.

Im Kampf gegen die Volkstümpler mußten die russischen Marxisten die Lehren von Marx und Engels propagieren, aber nicht nur propagieren, sondern auch schöpferisch auf die Verhältnisse der russischen Wirklichkeit anwenden. Dabei mußten sie vor allem zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

- a) Warum ist die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland unvermeidlich?
- b) Warum ist das Proletariat die fortschrittlichste Klasse der russischen Gesellschaft?
- c) Weshalb kann die Bauernschaft nicht die führende Kraft beim Kampf um den Sozialismus sein?
- d) Warum lehnen die Marxisten den individuellen Terror ab?
- e) Welche Rolle spielen die „großen Persönlichkeiten“ in der Geschichte?
- f) Wodurch wird die geschichtliche Entwicklung vorangetrieben?

Die Aufgabe, durch eine marxistische Beantwortung dieser Fragen die Volkstümpler ideologisch zu schlagen, nahm mit großem Erfolg Plechanow in Angriff. Sie wurde von Lenin zu Ende geführt. Als Lenin nach Petersburg kam (1893) standen vor den Marxisten Rußlands folgende unmittelbare Aufgaben:

- a) Vollendung der ideologischen Zertrümmerung der Volkstümpler,
- b) Vereinigung des Sozialismus, d. h. der marxistischen Zirkel mit der Arbeiterbewegung,
- c) Vorbereitung der Schaffung einer marxistischen Partei der Arbeiterklasse in Rußland.

Lenin nahm unverzüglich mit aller Energie die Lösung dieser Aufgaben in Angriff.

Im Kampf gegen die Volkstümpler führte er nicht nur das Werk Plechanows zu Ende, sondern korrigierte gleichzeitig die falschen Auffassungen Plechanows, vor allem dessen Ansicht, daß als Bundesgenosse für das Proletariat nur die liberale Bourgeoisie in Frage komme. —

Lenin rückte in seinem Buche „Was sind die Volksfreunde?“ die Idee des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern zum ersten Male in den Vordergrund, als das Hauptmittel zum Sturz des Zarismus, der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie.“ (ebd. Seite 25.)

Das war im Jahre 1894! Wie lange hat es gedauert, bis die deutsche Arbeiterbewegung begriffen hat, daß dieser Gedanke Lenins nicht nur für das Bauernland Rußland Gültigkeit hat, sondern in nicht geringerem Maße auch für Deutschland! Und welchen Preis mußte die deutsche Arbeiterklasse dafür bezahlen, daß sie erst spät begann, Lenin richtig zu studieren!

Andererseits: Wie glänzend wurde diese These Lenins dort bestätigt, wo die Arbeiterklasse sie zur Grundlage ihrer Bündnispolitik gemacht hat, sei es in China oder den Ländern der Volksdemokratie!

Um sich durchzusetzen, mußte der Marxismus aber nicht nur gegen solche offene Gegner wie die Volkstümpler kämpfen, sondern auch gegen verkappte Feinde, Leute, die im Namen des Marxismus die Lehre von Marx verfälschten. Solcher Art waren die sog. „Legalen Marxisten“.

Folgendermaßen werden sie in der Geschichte der KPdSU charakterisiert: „Wie es in der Geschichte stets vorzukommen pflegt, biedernd sich einer großen gesellschaftlichen Bewegung gewöhnlich zeitweilig ‚Mitläufer‘ an. Solche Mitläufer waren auch die sog. ‚Legalen Marxisten‘.“ (Seite 26.)

Wie soll man sich solchen Mitläufern gegenüber verhalten? Wie verhielt sich Lenin zu ihnen?

Lenin kämpfte gleichzeitig mit ihnen und gegen sie.

„Im Kampf gegen die Volkstümpler hielt Lenin ein zeitweiliges Abkommen mit den ‚legalen Marxisten‘ für zulässig, um sie gegen die Volkstümpler auszunutzen . . .“

„Aber gleichzeitig kritisierte Lenin die ‚legalen Marxisten‘ mit aller Schärfe, entlarvte er ihr bürgerlich-liberales Wesen.“ (ebd. Seite 27.)

Es bedarf keiner besonderen Unterstreichungen, daß diese Stellungnahme Lenins zu den „legalen Marxisten“ für uns noch von alleraktuellster Bedeutung ist. Sehr oft noch fürchten manche unserer Genossen, daß wir durch ein Abkommen mit einem Gegner Verrat üben an unseren Grundsätzen und neigen deshalb zum Sektierertum. Oder aber sie ringen sich zur Einsicht durch, daß ein solches Abkommen notwendig ist, verzichten dann aber auf jede Kritik am Partner, aus Furcht, das Abkommen zu gefährden und werden so zu Opportunisten. Um sich vor beiden Fehlern zu hüten, muß man gründlich

bei den Bolschewiki in die Lehre gehen, die uns täglich neue Beispiele meisterhafter Anwendung der Lenin'schen Strategie und Taktik geben.

Lenin hatte den Kampf nicht nur gegen die Volkstümler und die „legalen Marxisten“ zu führen. Der Schaffung einer politischen Partei der Arbeiterklasse widersetzen sich Leute, die behaupteten, die Führung des politischen Kampfes gegen den Zarismus sei allein Sache des liberalen Bürgertums. Die Arbeiterklasse habe sich auf den ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer zu beschränken. Diese Leute, die sich auch für Marxisten ausgaben, waren die sog. Ökonomen, sie waren Fleisch vom Fleische der Reformisten und Opportunisten aller Länder — Anhänger der Auffassung eines Bernstein.

Die Verbreitung ihrer faulen Theorien wurde zum Haupthindernis für die Schaffung einer marxistischen Arbeiterpartei. Deshalb wurde es notwendig, gegen sie den schärfsten Kampf zu führen. Lenin und seine Anhänger führten diesen Kampf mit aller Konsequenz, wobei die von ihm im Ausland gegründete Zeitung „Iskra“ entscheidende Bedeutung erlangte.

4. Was lernen wir aus dem ersten Kapitel des „Kurzen Lehrgangs“?

Die Schilderung der erbarmungslosen Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Rußlands durch den Zarismus, des Kampfes der Volksmassen gegen diese grausame Macht, die Schilderung des harten Kampfes, den die Marxisten führen mußten, um ihre Weltanschauung zum Banner des revolutionären Rußlands zu erheben, machen uns verständlich, was Lenin meint, wenn er sagt:

„Den Marxismus als die einzig richtige revolutionäre Theorie hat sich Rußland wahrhaft durch Leiden erworben, durch ein halbes Jahrhundert unerhörter Qualen und Opfer, beispiellosen revolutionären Heldentums, unglaublicher Energie und hingebungsvollen Suchens, Lernens, praktischen Erprobens, der Enttäuschungen des Überprüfens, des Vergleichens mit den Erfahrungen Europas.“ (Lenin, Radikalismus, Seite 10.)

In der gleichen Zeit, in der sich so die russische Arbeiterklasse den Marxismus errang, hat sich die deutsche Arbeiterklasse den Marxismus von geschickten Betrügnern verfälschen lassen, um ihn schließlich in ihrer Mehrheit völlig preiszugeben. Jetzt ist die Reihe an uns, die Erkenntnis, daß der Marxismus die einzig richtige revolutionäre Theorie ist, durch Leiden erringen zu müssen. Was uns an Leiden dabei erspart blieb und bleibt, verdanken wir der Arbeiterklasse der SU.

Das ist eine der Lehren aus dem Studium der Geschichte der KPdSU.

Die Bedeutung des ersten Kapitels des „Kurzen Lehrgangs“ besteht ferner darin, daß Stalin sich nicht darauf beschränkt, die auftauchenden Probleme zu nennen, sondern daß er sie sofort in einer unvergleichlich klaren, kurzen, treffenden Darstellung beantwortet.

Wie in einer Nußschale so finden wir auf den Seiten 12 und 13 in vier knappen Absätzen zusammengepreßt den Kern der Lehre Marx-Engels vom wissenschaftlichen Sozialismus.

Stalin zeigt ferner in diesem Kapitel, weshalb die Bauernschaft niemals die revolutionäre Hauptkraft darstellen kann. Was hier gegen die Volkstümler gesagt wird, könnte für Tito und seine Clique geschrieben worden sein. Und wenn die Tito-Leute auch nur ein bißchen das ABC des Marxismus beherrschen würden, wenn sie sich nicht nur in heuchlerischen Phrasen, sondern durch die Tat zum Leninismus bekennen würden, dann hätte Tito niemals die Bauern als die festeste Grundlage des neuen Jugoslawien bezeichnen können. Aber die Tito-Leute sind offenbar nicht bei Lenin und Stalin, sondern bei den Volkstümlern in die Lehre gegangen. Kein Zweifel, daß sie ebenso kläglich wie jene bankrott machen werden.

Schließlich gibt Stalin eine ebenso einfache wie tiefe Darstellung der Rolle hervorragender Persönlichkeiten in der Geschichte.

„Helden, hervorragende Persönlichkeiten, können nur insoweit eine ernsthafte Rolle im Leben der Völker spielen, als sie es vermögen, die Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft zu verstehen, wie diese zum Besseren zu wenden sind. Helden, hervorragende Persönlichkeiten, können in die Lage von lächerlichen Pechvögeln geraten, die niemand braucht, wenn sie es nicht vermögen, die Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft richtig zu verstehen, und wenn sie beginnen, sich den historischen Bedürfnissen der Gesellschaft entgegenzustellen, da sie sich „Gestalter“ der Geschichte wähnen.“ (Seite 19.)

In dieser marxistischen Erklärung, und nur in ihr, liegt der Schlüssel zum Verständnis der Wirksamkeit jeder geschichtlichen Persönlichkeit, Napoleons wie Bismarcks, Plechanows wie Kautskys, um nur einige solcher „Pechvögel“ zu nennen.

Schon allein durch diese Behandlung der hier aufgezählten grundlegenden Probleme des Marxismus ist dieses erste Kapitel vielmehr als nur eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Proletariats in Rußland. Es ist zugleich ein Lehrbuch im besten, im marxistischen Sinne, weil Theorie und Praxis hier zu einer untrennbaren Einheit verschmolzen sind. Auf die besonderen Verhältnisse in Rußland werden immer die allgemeingültigen, also auch für unseren Kampf zutreffenden Grundsätze angewandt, und umgekehrt die Erfahrungen des Kampfes in Rußland verallgemeinert, soweit sie allgemeine Geltung haben, und damit die marxistische Lehre bereichert und weiterentwickelt.

Wenn wir so das erste Kapitel aufmerksam und aufgeschlossen durcharbeiten, werden wir an eine Fülle von Problemen der Theorie des Marxismus, der Strategie und Taktik des Proletariats in seinem Kampfe herangeführt, wir erleben, wie diese Probleme zu lösen sind und gewinnen aus dem Verständnis für den Kampf des russischen Proletariats das richtige Verständnis für den eigenen Kampf.

Kurt Gossweiler.

Die Verbreitung ihrer faulen Theorien wurde zum Haupthindernis für die Schaffung einer marxistischen Arbeiterpartei. Deshalb wurde es notwendig, gegen sie den schärfsten Kampf zu führen. Lenin und seine Anhänger führten diesen Kampf mit aller Konsequenz, wobei die von ihm im Ausland gegründete Zeitung „Iskra“ entscheidende Bedeutung erlangte.

Ich bin sehr früh zur Arbeiterbewegung gestoßen. In die Zeit meiner ersten politischen Tätigkeit fielen die selbstzerfleischenden Kämpfe der beiden großen Arbeiterparteien und einer Reihe von Splittergruppen auf der Linken. Mit 20 Jahren ging ich mit einer Gruppe von Kommunisten und Sozialdemokraten in ein Gefängnis des Naziregimes. Erst diese klare und eindeutige Sprache des Klassengegners ließ uns suchende junge Menschen die richtige Entscheidung finden. Aber da war es schon zu spät. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sollte einen jeden von uns veranlassen, das Buch der Geschichte der KPdSU aufmerksam zu studieren, um restlos zu jener ideologischen Klarheit zu kommen, die wir brauchen, um den Klassengegner auch in Deutschland zu überwinden. Mit der Schaffung eines volkseigenen Sektors unserer Industrie wird dem kapitalistischen Klassenfeind die materielle Basis an einer wichtigen Stelle bereits entzogen. Die volkseigene Industrie schafft somit wichtige Voraussetzungen durch die Übernahme der Produktionsmittel in die Hand des Volkes für die Weiterentwicklung zum Sozialismus.

Gerhart Müller

Direktor für Organisation und
Planung bei der Deutschen
Treuhandverwaltung

WAS WOLLT IHR WISSEN ?

Liebe Redaktion!

Die FDJ veranstaltet in diesem Jahr für die 14jährigen eine Feier der Jugend. Ich bekam die Jugendweihe. Wer sie kennt, weiß, was sie für einen jungen Menschen bedeutet. Mit der Jugendweihe war ein Lebenskundeunterricht verbunden. Kann man darauf verzichten? Warum macht man jetzt Feiern der Jugend? Was soll man sich darunter vorstellen? Ist eine solche Feier ein würdiger Abschluß?

Für eine Beantwortung wäre ich Euch sehr dankbar.

Mit sozialistischem Gruß

Johanna Marx.

Feier der Jugend

Ist keine Feier der Alten. Der Name sagt's schon.

Wer wäre berufener als die FDJ an jenem Lebensabschnitt den jungen Menschen das Tor zu öffnen? Frei vom konfessionellen Hader, auf dem Boden einer wahrhaft demokratischen Gesinnung soll eine Feier alle Jungen und Mädchen, die das 14. Lebensjahr vollenden, mit ihren Lehrern und Eltern vereinen. Deshalb wird ein Sonntag gewählt. Für einen Teil ist es der Abschluß des Lernens an der Schule. Für viele nicht, denn im 9. Schuljahr bleiben sie noch beisammen, oder sie besuchen die oberen Klassen der Einheitsschule. Deshalb ist es keine Schulentlassungsfeier.

Warum sollte die Feier der Jugend kein würdiger Abschluß sein? Es kommt doch vor allem auf die Gestaltung der Feier an. Gerade durch die Teilnahme sowohl der Eltern und Schüler, als auch der Lehrer und FDJler, kann der Wert dieser Feier nur noch größer, der Eindruck für die 14jährigen — und sie sind doch wohl hier die Hauptsache — nie stärker als in diesem Rahmen sein.

Die Teilnahme an den Feiern ist freiwillig. Werben sollen die FDJ, die fortschrittlichen Lehrer und Eltern. Und sie sollen auch die Feier selbst vorbereiten.

Was bedeutet es, wenn man heute einen Lebenskunde-Unterricht verlangt?

Kunde vom Leben, am stärksten gibt sie das Leben selbst. Keine Moralpredigt — und dauert sie monatelang — verändert die „Moral“ entscheidend. (Und mir erzähle niemand, daß der junge Mensch davon entzückt sei!) Das Kollektiv der jungen Menschen, die verantwortliche Aufgaben in der Jugendorganisation, im Betrieb, in den Schulen erziehen den Menschen unvergleichlich nachdrücklich. Deshalb sind für alle diese jungen Menschen gemeinsame Wanderungen mit FDJ-Mitgliedern, gemeinsame Betriebsbesuche, gemeinsame Besuche von geschlossenen Film- bzw. Theaternachmittagen vorgesehen. Dabei lernen sie nicht nur, sondern es entsteht das Bedürfnis, über diese kurze Zeit hinaus zusammenzubleiben. Hier wächst die Verbindung mit der FDJ. Hier spricht aber eindringlicher als

im Lebens„kunde“-Unterricht der Wirklichkeit die Umwelt, und nicht nur der „Erzieher“.

Die Hennecke-Bewegung, der Zweijahrsplan, der Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland, soll den Menschen begeistern.

Jawohl die Arbeit der FDJ, aber besonders der Gesamtinhalt des Schulbetriebes muß also davon erfüllt sein. Und heute haben wir alle Voraussetzungen in unseren Schulen mit diesem Unterricht zu geben.

Niemals kann ein angeklebter Sonderunterricht ersetzen, was heute — sicher mit vielen Mängeln — den Gesamtunterricht der neuen Schule ausmacht. Dagegen kann so ein roter Konfirmanden-Unterricht nur dem Kampf um die einheitliche Jugendbewegung unendliche Schwierigkeiten bereiten.

Auch den jungen Protestanten oder Katholiken wollen wir für das Hennecke-Aktiv für die Friedensfront gewinnen. Hier mag er sehen, für was es zu leben und zu streiten lohnt. So wird er zu einem selbstständig handelnden Menschen erzogen. Viel leichter vermag er dann eine kritische Stellung gegenüber falschen „Freunden“ der Jugend zu gewinnen, als wenn die Alten, durch formale Spaltung den Blick für den Inhalt unseres Kampfes verschleiern.

Durch eine einheitliche

Feier der Jugend

stärken wir das Ansehen der FDJ, der einzigen Massenorganisation aller werktätigen Jugendlichen.

Durch die Feier der Jugend unterstützen wir den Kampf der fortschrittlichen Lehrer um die Verwirklichung der Schulreform.

Durch die Feier der Jugend untergraben wir die Zersplitterungspolitik unserer Feinde und schaffen die Einheit der Jugend.

Durch die Feier der Jugend kommen wir deren Tatsächlichem und dem Willen ihrer Mehrheit entgegen, sehen nach vorn und nicht zurück.

Paul Wengels



Ein Verlag mit Verantwortungsbewußtsein

Wenn wir uns nicht sehr täuschen, hat in diesen Wochen vor ungefähr zwei Jahren einer der Berliner Verlage seine Arbeit begonnen. Der Verlag Volk und Welt.

Es gibt in Berlin eine ganze Reihe von Verlagen, aber nicht alle haben das gleiche Niveau. Es ist nicht allzu abwegig, wenn man sich in unserer Situation des Ringens um ein neues kulturelles demokratisches Niveau sich der Veröffentlichungen des Verlages besonders erinnert, rückblickt und ein Urteil unterbreitet.

Schon eine der ersten Veröffentlichungen, Stephan Hermlins „22 Balladen“, gehören auf dem Gebiet der Lyrik mit zu dem bedeutendsten, was in der letzten Zeit in Deutschland erschien. Hermlins Lyrik (und seine „Zwei Erzählungen“ zeigen es in der gleichen Weise) kennzeichnet sich durch die Methode, konkrete, bewußte Inhalte in der Asso-

ziation, in einer sprachlichen Kompromittierung erfüllbar und deutlich zu machen. So entstehen neuartige, bedrückende Bilder in einer vollen und sensiblen, angreifenden und zurückweichenden Sprache. Verwirrend sind die Bilder manchmal und verstrickt. Es wäre falsch, das nicht zu sehen. Französische Dichter, die vom Surrealismus herkommen, Hermlin manches während seiner Emigration vermittelt haben, zeigen diese Gefahr des Verschleiens der Grenze vom objektiv Verbindlichen zum schattenhaften Subjektivismus und Artistischen häufiger und stärker. Aber, daß dies bei Hermlin keine grundsätzliche Gefahr ist, wird dadurch erkennbar, daß er sich der gesellschaftlichen Bedeutung der dichterischen Produktion vollkommen bewußt ist. Seine Uebertragung und Anthologie „Auch ich bin Amerika“, Dichtungen amerikanischer Neger, ist eine Anklage gegen Rassen-

diskriminierung und Ausbeutung, Entlarvung der Scheinheiligkeit einer pharisäischen Demokratie. Dieser Auswahlband, der in der Nachdichtung wie inhaltlich Kraft ausstrahlt, hat seine Wahrheit und Wirksamkeit schon dadurch bewiesen, daß die literarischen Anhänger des Dollar-Imperialismus in einer ihrer Hetzzeitschriften eine Attacke gegen ihn ritten, deren Lächerlichkeit und Perfidie schon in einem halben Satz liegt, nämlich, wenn sie überglücklich die „fast unbegrenzte Freiheit“ der amerikanischen Neger preisen. Sie vergessen unter anderem, daß dasselbe „fast“ stark und groß genug war, um an einer anderen Stelle der Erde vierhundert Millionen zu befreien.

Schon diese beiden Beispiele könnten dem aufmerksamen Leser zeigen, daß der Verlag ernsthaft die fortschrittliche Literatur herausstellt, nicht nur in einer oberflächlich verstandenen Aktualität, sondern mit weitem Blick und nicht nur mit bedeutsamem Inhalt, sondern auch in bedeutsamer literarischer Form.

Ein anderes Buch ist unbedingt zu erwähnen, dessen Herausgabe Dr. Bruno Kaiser zu verdanken ist. Es handelt sich um „Georg Weerth, Ausgewählte Werke“. Von Weerth, dem Feuilletonisten, der von Marx und Engels herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“, schrieb einmal Friedrich Engels: „... der erste und bedeutendste Dichter des deutschen Proletariats...“. Schon die Gedichte dieser Erstausgabe zeigen große Weite und Festigkeit, ironische Bewußtheit in die Pathetik bringend, aber erst in seiner Prosa offenbart sich ein herrliches, ans Kauzige streifendes Weltwundererum, das den scharfen kritischen Blick für das Soziale, gesellschaftliche zeigt. Das Gedicht „Die Industrie“ ist ein Beispiel für seinen umfassenden Blick. Die „Handwerksburschenlieder“ und „Lieder aus Lancashire“ packen in ihrer Einfachheit mit dem Verzicht auf die damals übliche poetische Gebärden gerade heute, ja wecken oft Vergleiche mit der Moderne. Seine scharfe Satire, gepaart mit natürlicher Sinnlichkeit, spiegelt seine ganze Erfahrung und Empfindung als Kaufmann, Politiker, Journalist und Redakteur, als Reisender in Frankreich, Belgien, England, Spanien, Nord-, Süd- und Mittelamerika. Die Herausgabe dieser Sammlung ist ein Ereignis. Schon allein die humoristischen „Skizzen aus dem deutschen Handelsleben“, der Auszug aus den „Scherzhaften Reisen“, seine lebendige Zeichnung des englischen Industrie-proletariats, allein das hätte die Neuausgabe zur Notwendigkeit gemacht. Daß Weerth (und auch Herwegh mit dem Band „Der Freiheit eine Gasse“) nicht ohne Beispiel und Verbindung zum Heute sind, macht die wiederum von Bruno Kaiser zusammengestellte Anthologie „Das Wort der Verfolgten“ sichtbar. Viele sind hier vereint von Börne bis Brecht, von Büchner, Marx, Engels zu Weinert und Seghers.

Dieselbe mutige Sprache, die in dieser Anthologie zu finden ist, haben auch Erich Weinert's „Gedichte aus der Fremde 1933–1943“, „Rufe in die Nacht“, von denen er selber im Vorwort als „Gedichte als Partisanen“ spricht und zugleich ein Wort von Theodor Mommsen zitiert: „Dichtung ist leidenschaftliche Rede“. Diesen Partisanen heute wieder in die Augen blicken, ihnen gegenüberstehen, heißt, ein furchtbares Kapitel deutscher Geschichte miterleben, es mit denen erleben, die mutig einen sehr schweren Kampf führten. Daneben steht die bittere Persiflage, in der robust zusammengeballt ist, was den ge-

zerten faschistischen Koloß zum Schep-
pern bringt.

Ein Teil der Gedichte Weinert's ist in der Sowjetunion entstanden, dem zuverlässigsten Refugium der fortschrittlichen und kämpferischen Menschen. Daß dies nach zwölf Jahren Faschismus und nach wer weiß wieviel Jahren reaktionärer Politik in Deutschland keine Binsenweisheit, vielmehr ein Gegenstand der Verleumdung ist, ist eine sehr traurige Tatsache. Das Gesicht der Sowjetunion zu zeigen, hat der Verlag in einer Anzahl von Veröffentlichungen unternommen.

Aber trotz aller analytischer und berichtender Schriften, die der Verlag zur Frage „Sowjetunion“ herausgab, kann kein Zweifel sein, daß auf breite Schichten der Roman, die Erzählung, die populäre Schrift aus dem anderen Lande am unmittelbarsten wirken. Abgesehen davon, daß man bedeutende Bücher herausgab, wie z. B. „Der stille Don“ von Scholochow oder Tolstois gewaltiges Werk „Krieg und Frieden“ in einer etwas unglücklichen Aufmachung — wieder auflegte, möchten wir noch besonders auf einen Autor hinweisen. Die kleinen populär-wissenschaftlichen Bändchen „Schwarz auf weiß“, „Wie spät ist es?“, „100 000× Warum“, „Die Sonne auf dem Tisch“ von

M. Iljin haben bisher in Deutschland nicht ihresgleichen. In einer verständlichen, sicheren und doch nicht im schlechten Sinne simplifizierenden Form werden hier mit zahlreichen anschaulichen Bildern die primären Probleme der menschlichen Entwicklung, der menschlichen Wissenschaft nahegebracht. Und es ist nicht zu übersehen: Hier wird eine andere Art verständlicher wissenschaftlicher Literatur vermittelt, als sie in amerikanischen Magazinen zu finden ist, wo derartige Themen sensationell verzerrt, und immer mehr als militaristische Zweckartikel zu erkennen, auftauchen.

Als fesselnde Ergänzung liest sich Alfred Kurellas „Ich lebe in Moskau“, der aus der Perspektive eines Schriftstellers vom Moskauer Alltag schreibt, von seinem Alltag, aber zugleich versteht, daran das Grundsätzliche erkennen zu lassen, denn natürlich ist sein Leben verschieden, z. B. schon dem von seiner Frau, von dem eines Arbeiters. Aber diese Verschiedenheit hebt sich auf eben in der grundsätzlich gleichen Stellung in der sozialistischen Gesellschaft. Dieses Bändchen ist sozusagen grobes Geschütz gegen Dummheit, Unwissenheit und Hetze.

Wer bei Kurella darüber las, daß das, was der „Westen“ zu verteidigen vorgibt, die europäische Kultur, in Wirklichkeit von ihm zerfleddert und in den



Anton Tschechows „Möwe“ in den Kammerspielen

Der Flug der Möwe ist von vielen Schriftstellern besungen worden. Wer das Leben dieses Vogels beobachtet, die Schönheit und Melancholie erkennt, die in ihrem gleitenden Dahinfliegen liegt, wird verstehen können, daß ein Tschechow sie in einer Bühnengestalt personifizieren wollte. Diese Dramatisierung hat er ganz bewußt im letzten Akt mit schwermütiger Chopinscher Musik untermalt, jedoch sein Erstlingswerk nicht als Drama, sondern Komödie bezeichnet.

Die junge Nina zieht es vom Vater und ihrer Stiefmutter hinweg zum gleichaltrigen Konstantin, dessen erste dichterische Schöpfung sie in einer Aufführung vor seiner Mutter und Freunden verkörpert. Konstantin, der nach neuen Ausdrucksformen dichterischer Gestaltung ringende Poet liebt Nina. Sie — die „Möwe“ — aber verfällt dem bereits anerkannten und umworbenen Dichter Trigorin, läuft aus dem Elternhause fort, um Schauspielerin zu werden, wird Trigorins Geliebte und — von diesem allein gelassen — sinkt sie zur Provinz-schauspielerin herab. Trigorin wiederum ist der Geliebte Irinas, der alternden Mutter Konstantins, einer Schauspielerin, die sich gegen das Altwerden stemmt und in der Welt des Scheins lebt.

Ein Stück der unglücklich liebenden Menschen, das mit dem Freitod Konstantins endet. Trotz des tragischen Verlaufs des Inhalts hat Tschechow es Komödie benannt. Es ist tatsächlich eine zeitkritisierende, zeitironisierende Komödie, die die Fäulnis der nutzlos dahinfliehenden Bourgeoisie aufzeigt und charakteristisch wiedergibt.

Der Regisseur Willi Schmidt hat die Aufführung in eine atembeklemmende

Atmosphäre gestellt. Schwermut, Dekaden sind die von ihm besonders hervorgehobenen Merkmale; der Spielablauf wirkt schleppend, die Szenen haben unnötige Längen, Einschnitte, Pausen. Die Darsteller leiden unter dieser Regieführung — das Fehlen eines festen, gut aufeinander abgetönten Ensemble macht sich bemerkbar.

Ehmi Bessel als exaltierte Schauspielerin, Mutter ohne Mutterherz und Verständnis für ihren Sohn, kann nicht überzeugen; sie hat ausgezeichnete Ansätze, aber man merkt das Fehlen einer anleitenden Führung. Friedrich Joloff, ein blasierter Dichter, der sich kaltblütig Einfälle notiert und der Jäger der „Möwe“ ist, wirkt wie ein eleganter Kleiderständer, ein Mensch ohne Leben. Konstantin, sein Gegenpol, wird von Siegmar Schneider anfänglich mit jugendlichem Feuer gespielt — auch ihm liegt diese Rolle keinesfalls, ebensowenig hat es den Anschein, daß die meisten Mitspieler sich in ihren Rollen wohlfühlen. Nur Reva Holsey — die „Möwe“ — wirkt lebendig, jugendfrisch zu Anfang und ist am Schluß in ihren Irrsinn andeutenden Anwandlungen, in denen sie flatterhaft wie eine vom Schuß getroffene Möwe wirkt, mitreißend. Die wie immer vortreffliche Elsa Wagner zeigt in ihren wenigen knappen Sätzen — ironisch ihren Part der alten Gutswaltersfrau spielend — wie dieser Tschechow hätte gespielt werden müssen.

Die „Möwe“ war bei ihrer Uraufführung ein glatter Mißerfolg, erst eine die Schauspiel- und Regiekunst für lange Zeit stark befruchtenden Aufführung in Moskau unter und mit dem berühmten Regisseur Stanislawski verschaffte der Komödie Weltgeltung. Die Vorstellung unter Willi Schmidt ist dazu angetan, uns Tschechow zu entfremden. Nehmt das Buch zur Hand und ihr werdet einen Genuß haben, erkennen können, was Tschechow beabsichtigte: seiner Zeit, der Zeit um die Jahrhundertwende — der zaristischen Bourgeoisie ein Spiegel vorzuhalten — schade, daß man uns das vorhalten hat. Hermann Lewy

Schmutz getreten wird, wogegen sie an einer östlichen Stelle der Erde, begeistert aufgenommen, Heimat findet, so mag das dieser oder jener skeptisch lesen. Das Buch des Holländers Nico Rost „Goethe in Dachau“ führt uns unter anderem mitten hinein in diese Problematik. Aber hier sagt man schon besser und richtiger in diese Tatsache. Ein Kommunist, ein Materialist, einer von denen, dessen Genossen im Osten eine neue Gesellschaft errichteten, studiert eifrig und glühend in der KZ-Hölle Dachau, also im Herzen europäischer Kultur, Goethe, oder was eigentlich dieses Wort im Titel besagen soll, die europäische Klassik, den humanistischen europäischen Geist. Und fast jedes Wort, das er hier fand und das ihm Stütze war, ist ein Peitschenschlag in die Gesichter derjenigen, die damals sich überschrien, sie retteten die europäische Kultur vor dem Bolschewismus. Dies ist nicht der einzige Gedanke des Rostschen Buches. Anna Seghers umreißt den hauptsächlichsten im Vorwort: „Was für einen Sinn hat in dieser Zeit noch das, was wir Kulturerbe nennen?“ Wir wollen auch gleich ihre Antwort, das Ergebnis des Buches geben: „... den höchsten Sinn des Lebens überhaupt.“ Dieses Buch erscheint im Goethe-Jahr. Auf solch kahlem Termin setzt sich leicht Staub ab. Wer dieses Buch aus den Händen legt, wird mehr von dem wissen, was das heißen soll „Goethe-Jahr“, als es ihm manche richtige und noch so gut gemeinte Publikation vermitteln könnte. Denn bei Rost ist es eben keine Publikation. Es ist qualitativ peinligendes Leben.

Ueber diese Zeit gibt es schon eine Literaturgruppe, kurz als KZ-Literatur bezeichnet. Viele ehrliche, erschütternde Berichte zählen dazu, von zwei Büchern kann man vielleicht jetzt schon sagen, daß sie bleiben werden: Anna Seghers „Das siebte Kreuz“ und Eugen Kogons „SS-Staat“. Ein junger Autor, Günther R. Lys, hat mit seinem „Kilometerstein 12.6“ den Versuch unternommen, über das Zufällige hinweg ein typisches Bild zu entwerfen, das Strömungen, Schattierungen zu einer großen erschütternden Aussage vereint. Am Kilometerstein 12.6 Gusen-Warrenthün erfüllt sich das Schicksal von Häftlingen und Hengern, blättern Schicksale auf, in denen Europas zerfurchtes Antlitz sichtbar wird. Der Verfasser hat als künstlerisches Mittel die Montage benutzt, das Zusammenstellen von Gedankenstreifen, Ereignissen und einer Geräuschkulisse. So bestechend diese Mittel sind, um eine Steigerung zu erreichen, die Schilderung des Lagers Osvicim eine hervorragende Passage, ist allein stärker als alles andere, weil hier Leben gestaltet wird ohne formale Raffinessen. Trotz dieses Einwandes, mehr als allgemeine Warnung vorgebracht, hat Lys sich mit dieser ersten Arbeit in die Reihe ernst zu nehmender neuer Autoren gestellt.

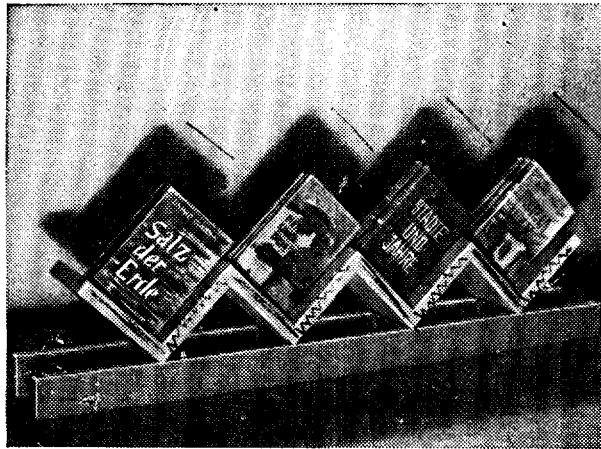
Es fällt schwer, bei diesem kurzen Ueberblick das vorliegende Material zu ordnen. Wir wollen nicht die Reihe fesselnder Oktavbändchen vergessen, die, mit jeweils farbigen Streifen gekennzeichnet, sich als Reportagen, Essays, Romane oder politische Betrachtungen ausweisen. Das Aktuellste von ihnen soll hier zugleich auch etwas von dem Charakter der anderen zeigen: W. Burchetts „Sonnenaufgang über Asien“. Der Sonderkorrespondent des konservativen „Daily Express“ hat Beobachtungen, die er zwischen 1933 und 1945 in China, Indien, Burma, in Japan und auf den Philippinen sammelte, scharf gegeneinander gestellt und packend niedergeschrieben. Das ist lebendiges, objek-

tives Tatsachenmaterial. Diese Objektivität ist die Stärke des Bändchens, denn so kann sich der Leser unabhängig von den — nicht immer ganz richtigen — Schlußfolgerungen Burchetts ein Urteil bilden. Ein Urteil u. a. auch da, „plötzlichen“ Sieg der Volksarmee kam, ebenso aus. Gordon Schaffer „Ein Engländer bereist die russische Zone“, Pritt „Im Schatten des Sternennaners“, Edgar Morin „Das Jahr Null“, Stephan Hermlin und Hans Mayer „Ansichten über einige Bücher und Schrift-

steller“, eine kleine Blütenlese der Titel.

Unser Schritt durch die Publikationen zweier Jahre des Verlages hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, nicht einmal hinsichtlich der Auswahl des besonders Erwähnenswerten. Besonders, wie z. B. Kubas „Gedicht vom Menschen“, wird an anderer Stelle ausführlich besprochen. Es konnte nicht die Vielseitigkeit angedeutet werden, nur das ausgeprägte politische und literarische Verantwortungsbewußtsein ist dürftig skizziert.

Hermann Müller.



Kuba: Gedicht vom Menschen

Seien wir ehrlich: Sollen wir Gedichte lesen, dann runzeln wir die Stirn und zucken die Achseln — ach, das lassen wir lieber, da kriegen wir keinen Kontakt; wenn die Dichter und Schriftsteller uns etwas sagen wollen, dann sollen sie es uns schon besser in Prosa vermitteln.

Wieviel unter den Kunden der Leihbibliotheken lassen sich Gedichtsbände geben? Die Zahl ist ziemlich null Komma null!

Kennt ihr das Lied: Es rosten die starken Maschinen? Sicher, ihr singt es gern und oft, aber ihr wißt nicht, daß der Verfasser ein junger deutscher

Arbeiterdichter ist. In seinem Hirn wälzen sich eure Sorgen, sein Herz bangt wie das eure um die Probleme des Proletariats, um eure Angelegenheiten. Ja und auch um die Dinge des täglichen Lebens. Und dieser Junge, Kuba, ist kein aufgeblasener Dichterling im eleganten Rock, sondern ein Mensch, ein Genosse, der mit euch bei Wind und Wetter mitmarschiert, mitarbeitet, anpackt wie ihr und euch eure Gedanken daher so gut wie kaum ein anderer kennt. Er findet Worte, greift euch Bilder, die eurer eigenen Vorstellung entsprechen. In seinen Versen hämmert euer Blut:

„Es kommt dein Tag, Genosse
Spartakus!“

Sah tausendmal
die Frühlingsknospen schwellen
seit deinem Tode
doch
noch nie war solche Pracht —
Zwar seufzt Europa —
aber Asien lacht!
Das heiße Afrika ist voller
frischer Quellen.
Sah Zähne blitzen, weiß und stark.
Ich sah
Wollköpfe, die sich über
Bücher beugen.“

Das ist verständlich, und so werdet ihr das „Gedicht vom Menschen“ in die Hände nehmen und werdet es nicht eher fortlegen, bis ihr es ausgelesen habt — und auswendig könnt. Diese Geschichte der Entwicklung der Menschheit vom frühen Beginn bis zu dem Zeitpunkt, da auf einem Sechstel der Erde Proletarier — von den Anders stets über die Achseln Angeguckte — sich im Geiste Lenins ihr eigenes festes Haus erbauten — Bollwerk des Friedens, Bollwerk des Marxismus.

Aus diesem Buch werdet ihr schöpfen und euch erfreuen wie an einem immer frischen, immer jungen Quell. Und ihr werdet wissen: Lyrik und Lyrik sind zweierlei, hier riht es nicht, hier schweigt niemand sinnlos von Mond-

nachtstimmungen und preßt ausgeleierte Gedanken in Reime — hier spricht einer von uns zu uns, in unserer Sprache, mit der er unseren Kampf führt.

Es ist ein bleibendes Verdienst des Verlages Volk und Welt, diesem jungen Genossen den Weg in die breite Öffentlichkeit geebnet zu haben, uns mit Kuba bekannt gemacht zu haben, den wir nicht mehr missen wollen und von dem wir noch sehr viel Schönes, Echtes erwarten dürfen. Denn kaum einer unter den Lyrikern beherrscht Dialektik, Marxismus so wie Kurt Bartel, der von nun an unser Kuba ist — und bleiben wird.

Hermann Lewy

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER UdSSR

DIE SOWJETUNION und DIE BERLINER FRAGE

(Dokumente)

MOSKAU 1948

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER UdSSR

**DIE SOWJETUNION
und
DIE BERLINER FRAGE**

(DOKUMENTE)

MOSKAU 1948

500

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

INHALT

Note der Sowjetregierung an die Regierung Großbritanniens vom 13. Februar 1948	5
Note der Sowjetregierung an die Regierung Großbritanniens vom 6. März 1948	7
Erklärungen Marschall Sokolowskis in der Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948	19
Aufruf der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland an die Bevölkerung Deutschlands	22
Schreiben Marschall Sokolowskis an General Clay vom 20. Juni 1948	27
Schreiben Marschall Sokolowskis an General Clay vom 22. Juni 1948	30
Schreiben Marschall Sokolowskis an General Robertson vom 25. Juni 1948	32
Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns anlässlich der Beschlüsse der Londoner Beratung über Deutschland, angenommen am 24. Juni 1948 auf der Konferenz in Warschau	34
Note der Sowjetregierung an die Regierung der USA vom 14. Juli 1948	46
Direktive der Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die vier Oberbefehlshaber der Besatzungs- truppen in Deutschland vom 30. August 1948	52

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Denkschrift der Sowjetregierung an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 18. September 1948 . . .	54
Note der Sowjetregierung an die Regierung der USA vom 25. Sep- tember 1948	59
Erklärung Marschall Sokolowskis vom 2. Oktober 1948	63
Note der Sowjetregierung an die Regierung der USA vom 3. Oktober 1948	79

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

**NOTE DER SOWJETREGIERUNG AN
DIE REGIERUNG GROSSBRITANNIENS
vom 13. Februar 1948***

Die Sowjetregierung hat aus der Presse erfahren, daß die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs die Absicht haben, am 19. Februar in London eine Beratung über Fragen, die Deutschland angehen, einzuberufen. Den veröffentlichten Meldungen zufolge soll diese Beratung folgende Probleme behandeln: die allgemeine Politik Großbritanniens, der USA und Frankreichs in bezug auf Deutschland, die künftige Gestaltung Westdeutschlands, die Kontrolle über das Ruhrgebiet, die Probleme der Sicherheit, Reparationen u. a.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Aufmerksamkeit der Regierung Großbritanniens darauf zu lenken, daß die Einberufung einer solchen Beratung zur Behandlung von Fragen, die zur Kompetenz aller Besatzungsmächte in Deutschland gehören und auch andere europäische Länder angehen, eine Verletzung des Potsdamer Abkommens und anderer von den vier Großmächten gefaßten Beschlüsse darstellen würde, denen zufolge die Verantwortung für die Verwaltung Deutschlands und die Festlegung der Deutschland betreffenden Politik von den Besatzungsmächten gemeinsam getragen wird, was somit separates Vorgehen ausschließt.

Die Sowjetregierung weist dabei darauf hin, daß im Einklang mit der Deklaration über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 die Regierungen der vier Besatzungsmächte die oberste Macht in Deutschland übernahmen, einschließlich

* Gleichlautende Noten wurden auch der Regierung der USA (am 13. Februar 1948) und der Regierung Frankreichs (am 16. Februar 1948) zugeleitet.

aller Machtbefugnisse der deutschen Regierung. Die vier Großmächte haben sich dazu verpflichtet, späterhin „das Statut für Deutschland oder ein beliebiges Gebiet, das gegenwärtig ein Teil des deutschen Territoriums ist“, zu bestimmen.

Die Probleme, die auf der Londoner Beratung der Vertreter Großbritanniens, der USA und Frankreichs erörtert werden sollen, sind solcher Natur, daß sie nur durch allgemeines Einverständnis aller Großmächte, die Deutschland besetzt halten, gelöst werden können.

Die Einberufung dieser Konferenz in London ist eine Verletzung des Abkommens über den Kontrollmechanismus für Deutschland und eine Verletzung der Potsdamer Beschlüsse über die Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes.

Im Zusammenhang mit dem oben Dargelegten hält es die Sowjetregierung für notwendig, die Regierung Großbritanniens davon in Kenntnis zu setzen, daß die Sowjetregierung die Beschlüsse, die auf dieser Beratung angenommen werden, nicht als rechtsgültig ansehen wird.

25X1A

**NOTE DER SOWJETREGIERUNG AN
DIE REGIERUNG GROSSBRITANNIENS
vom 6. März 1948***

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 23. Februar d. J. betreffend die Londoner Beratung der Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs über die deutsche Frage beehre ich mich, im Auftrage der Sowjetregierung folgendes zu erklären:

In der Ihnen am 13. Februar überreichten Erklärung der Sowjetregierung wurde festgestellt, daß die Londoner Beratung der Vertreter Großbritanniens, der USA und Frankreichs über die deutsche Frage eine Verletzung des Abkommens zwischen Großbritannien, der UdSSR, den USA und Frankreich über den Kontrollrat in Deutschland sowie eine Verletzung des Potsdamer Abkommens über die Bildung des Außenministerrats darstellt, dem als eine seiner Hauptaufgaben die Vorbereitung der Friedensregelung für Deutschland auferlegt worden war. Als Antwort darauf erklärten die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs, das Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland und das Potsdamer Abkommen enthielten kein Verbot von Konsultationen der Mächte untereinander. Solche Erklärungen können jedoch keineswegs als überzeugend gelten.

Bekanntlich haben die Regierungen Großbritanniens, der USA sowie Frankreichs infolge derartiger einseitiger Beratungen schon des öfteren früher abgeschlos-

* Die Note wurde vom Botschafter der UdSSR in London dem Außenminister Großbritanniens überreicht. Gleichlautende Noten wurden auch den Regierungen der USA und Frankreichs zugeleitet.

sene Abkommen der vier Mächte verletzt. Es liegt auf der Hand, daß die sogenannten Konsultationen auf der Londoner Beratung die Vorbereitung einer neuen Abmachung über die deutsche Frage zwischen Großbritannien, den USA und Frankreich bedeuten, obwohl es ganz offensichtlich ist, daß derartige Abmachungen zwischen den Regierungen der drei Mächte mit einer loyalen Einhaltung der erwähnten, von den vier Mächten unterzeichneten Abkommen unvereinbar sind.

Schon aus der Antwort der britischen Regierung ergibt sich, daß die Londoner Beratung der Vertreter Großbritanniens, der USA und Frankreichs zur Erörterung einer Reihe wichtiger Fragen einberufen wurde, die Deutschland betreffen. Aus der veröffentlichten Tagesordnung der Londoner Beratung ist ersichtlich, daß in diese Tagesordnung solche Fragen aufgenommen wurden wie die Rolle der deutschen Wirtschaft in Europa und die Frage des Ruhrgebiets, die Sicherheitsmaßnahmen in bezug auf Deutschland, territoriale Veränderungen, Reparationen und andere Fragen, die direkt zur Kompetenz entweder des Kontrollrats oder des Außenministerrats gehören und folglich nicht anders zu entscheiden sind als durch Übereinkunft zwischen allen vier Besatzungsmächten in Deutschland.

Daraus folgt, daß die Antwort der britischen Regierung die in der sowjetischen Erklärung vom 13. Februar enthaltene Feststellung, wonach die Londoner Beratung der Vertreter der drei Regierungen eine Verletzung des Abkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland sowie des Potsdamer Abkommens über die Bildung des Außenministerrats darstellt, in keiner Weise widerlegt, sondern die Tatsache dieser Verletzung höchst anschaulich bestätigt.

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, vor allem auf die Stellung des Kontrollrats in Deutschland besonderes Augenmerk zu lenken.

In dem am 6. Juni 1945 veröffentlichten Abkommen zwischen Großbritannien, der UdSSR, den USA und Frankreich über die Schaffung eines Kontrollmechanismus in Deutschland wurde erklärt, daß der Kontrollrat in Deutschland zu dem Zweck geschaffen werde, „in den wichtigsten militärischen, politischen, wirtschaftlichen und anderen ganz Deutschland betreffenden Fragen“ ein koordiniertes Vorgehen

der vier Mächte in den entsprechenden Besatzungszonen zu gewährleisten.

In der gleichfalls am 6. Juni 1945 veröffentlichten Deklaration über die Niederlage Deutschlands verpflichteten sich die Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, der USA und Frankreichs, „das Statut für Deutschland oder ein beliebiges Gebiet, das gegenwärtig ein Teil des deutschen Territoriums ist“, gemeinsam festzulegen.

Somit übernahmen die vier Mächte — Großbritannien, die UdSSR, die USA und Frankreich — in diesen Abkommen die Verpflichtung, während der Besetzungszeit sowohl in bezug auf Deutschland als Ganzes wie auch in bezug auf die Festlegung des Statuts für ein beliebiges Gebiet Deutschlands eine koordinierte Politik zu betreiben. Deshalb stehen separate Besprechungen und Beschlüsse über die deutsche Frage, die sich auf Deutschland als Ganzes oder auf diesen oder jenen Teil Deutschlands beziehen, im Widerspruch zu den von den vier Mächten übernommenen Verpflichtungen.

Die Regierungen der obenerwähnten Mächte betrachteten eine koordinierte Politik der vier Mächte in bezug auf das besetzte Deutschland als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit der Völker Europas, was auch den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands zugrunde gelegt wurde. Diese Politik sollte gleichzeitig der Möglichkeit vorbeugen, daß Deutschland wieder zu einer aggressiven Macht wird, und die Umwandlung Deutschlands in einen friedlichen, demokratischen Staat sicherstellen.

Im Laufe der ganzen verflossenen Periode handelte die Sowjetunion konsequent im Einklang mit dieser von den vier Mächten beschlossenen Politik. Dabei bestanden die Sowjetvertreter stets darauf, daß der Kontrollrat in bezug auf alle Zonen Deutschlands entsprechende vereinbarte Maßnahmen treffe, fanden jedoch sogar in äußerst wichtigen Fragen seitens der britischen, amerikanischen und französischen Vertreter keine Unterstützung.

Indessen beschritten die übrigen Besatzungsmächte schon 1946 den Weg der direkten Ablehnung dieser von den vier Mächten festgelegten Politik.

Das fand seinen Ausdruck vor allem in dem Separat-
abkommen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von
Amerika über die Vereinigung der britischen und der ame-
rikanischen Besatzungszone Deutschlands und ferner in
verschiedenen anderen separaten Maßnahmen der britischen
und amerikanischen Behörden sowie der französischen Behör-
den in ihren Besatzungszonen. Bekanntlich wurde die
Frage der Schaffung einer vereinigten britisch-amerikani-
schen Zone dem Kontrollrat nicht einmal zur Prüfung
vorgelegt. Es kam so weit, daß auf der britisch-amerikani-
schen Beratung in Frankfurt am Main im Januar 1948
Beschlüsse gefaßt wurden, die den bizonalen Organen den
Charakter einer Regierung verliehen, obwohl die Vertreter
Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika
noch einen Monat vorher die von ihnen getroffene Vorbe-
reitung zur Bildung eines separaten westdeutschen Staates
in Abrede stellten. Es ist auch kein Geheimnis, daß es ge-
genwärtig um den Anschluß Frankreichs an diese britisch-
amerikanische separate Politik der Bildung eines west-
deutschen Staates geht, der dem übrigen Deutschland ent-
gegengestellt wird.

Die Folgen einer solchen Politik und einer solchen
Einstellung zum Kontrollrat sind bekannt. Das erwähnte
Vorgehen der britischen, amerikanischen und französischen
Vertreter lähmte die Tätigkeit des Kontrollrats in Deutsch-
land und untergrub seine Bedeutung.

Das alles bedeutet, daß die Regierungen Großbritan-
niens, der USA und Frankreichs die Verantwortung für die
Sprengung des Abkommens über den Kontrollrat in Deutsch-
land auf sich genommen haben.

Die Londoner Beratung der Vertreter Großbritanniens,
der USA und Frankreichs über die deutsche Frage zeugt
davon, daß es heute nicht allein um die Sprengung des Ab-
kommens über den Kontrollrat in Deutschland geht, sondern
auch um die Sprengung des Potsdamer Abkommens über
den Außenministerrat. Ohne zu berücksichtigen, daß das Ab-
kommen der vier Mächte vorsah, daß die mit der Friedens-
regelung für Deutschland zusammenhängenden Fragen
zur Kompetenz des Außenministerrats gehören, beriefen
die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs

die erwähnte separate Beratung über die deutsche Frage ohne Teilnahme der Vertreter der UdSSR und in Verletzung des Abkommens über den Außenministerrat ein.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Politik Großbritanniens, der USA und Frankreichs, die auf die Liquidierung des alle vier Besatzungsmächte vertretenden Außenministerrats abzielt, in der Tatsache der Einberufung der Londoner Dreimächteberatung ihre weitere Entwicklung gefunden hat.

Im Laufe des Jahres 1947 fanden in Moskau und in London Tagungen des Außenministerrats über die deutsche Frage statt. In beiden Fällen bemühte sich die Sowjetregierung, eine Einigung der vier Mächte in bezug auf Deutschland zu erzielen. In verschiedenen Fragen, soweit dies mit den Hauptprinzipien der früheren Abkommen über die Entmilitarisierung und die Demokratisierung Deutschlands vereinbar war, kam die Sowjetregierung den Vorschlägen der anderen Mächte entgegen. Sie ließ sich dabei vor allem von dem Bestreben leiten, die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen und die Wiederherstellung des völligen Friedens in Europa zu sichern, woran alle friedliebenden Völker interessiert sind. Die Sowjetregierung setzte sich ferner für die Einhaltung der Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam über die Befriedigung der rechtmäßigen Forderungen der verbündeten Staaten ein, die durch die deutsche Aggression gelitten hatten. Zugleich bestand die Sowjetregierung darauf, daß die Wiederherstellung Deutschlands als eines demokratischen und friedlichen Staates gefördert werden müsse, was gleichfalls in vollem Einklang mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam steht.

Der Außenministerrat konnte jedoch wegen der Haltung Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs keine vereinbarten Beschlüsse in der deutschen Frage herbeiführen.

Die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs lehnten den von der Sowjetunion im Außenministerrat in London eingebrachten Vorschlag über die Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland ab. Die Regierungen der erwähnten drei Mächte lehnten ebenso den Vorschlag der

Sowjetunion über die im Potsdamer Abkommen direkt vorgesehene Einsetzung zentraler deutscher Wirtschaftsverwaltungen ab. Die Regierungen der drei Mächte lehnten in gleicher Weise die Vorschläge der Sowjetunion über die Schaffung einer gesamtdeutschen Zentralregierung ab, die unerlässlich ist für die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Hätten die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs der Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland und den auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichteten Maßnahmen zugestimmt, so wäre ein wichtiger Fortschritt in der Entscheidung des ganzen deutschen Problems und der Festigung des europäischen Friedens erzielt worden. In allen diesen Fragen kam es wegen der ablehnenden Haltung der erwähnten drei Mächte zu keiner Einigung.

Hätten die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs auf dem Standpunkt verharret, der in den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam niedergelegt worden war, so kann kein Zweifel bestehen, daß der Außenministerrat bei der Behandlung der deutschen Frage seinen Aufgaben gerecht geworden wäre.

Das Fiasko der Moskauer und der Londoner Beratung der vier Außenminister erklärt sich daraus, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich von den Deutschland betreffenden Beschlüssen von Jalta und Potsdam abgerückt sind und versuchen, dem Außenministerrat eine Politik aufzuzwingen, die zu diesen Beschlüssen im Widerspruch steht und mit ihnen unvereinbar ist.

Gegenwärtig versucht man auf jede Art und Weise, das heutige separate Vorgehen durch Hinweise auf den Mißerfolg und das Scheitern der Moskauer und der Londoner Beratung der vier Außenminister zu rechtfertigen. Diese Versuche bezwecken, die Schuld an diesem Fiasko von den drei Mächten abzuwälzen und sie der Sowjetunion zuzuschieben, obwohl es auf der Hand liegt, daß die Verantwortung für das Scheitern des Außenministerrats voll und ganz auf den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs liegt, die diese Beratungen gesprengt haben.

Der eigentliche Sinn dieses separaten Vorgehens ist jetzt

völlig klar für jeden, der die Deutschlandpolitik der erwähnten Mächte verfolgt. Der Sinn dieses auf die Liquidierung des Außenministerrats gerichteten Vorgehens besteht darin, jede Schranke zu beseitigen, die der Durchführung jener Deutschlandpolitik hinderlich sein könnte, der der Außenminister rat nicht zustimmen konnte, weil sie der früher vereinbarten Politik der vier Mächte von Grund auf widerspricht.

Die Tatsachen zeigen, daß der sogenannte „amerikanische Plan“ für Europa, der auch Deutschland einschließt, zur Grundlage jener Politik der aggressiven Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs wurde, die diese Mächte unter Ignorierung der Aufgaben der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands gegenwärtig an Stelle der Politik durchführen, die zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition bei der Festlegung der Kapitulationsbedingungen für Deutschland und bei der Beschlußfassung in den Konferenzen von Jalta und Potsdam vereinbart worden war. Dabei wird alles daran gesetzt, um den westlichen Teil Deutschlands, als sei es irgendeine Kolonie, zu einem einfachen Objekt und Werkzeug derartiger Pläne zu machen.

Als 1946 in Deutschland die vereinigte britisch-amerikanische Zone, Bizonien, geschaffen wurde, die man dem ganzen übrigen Deutschland entgegenstellte, wurde dies mit wirtschaftlichen Erwägungen erklärt. Es hieß, eine solche Vereinigung der beiden Zonen werde die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft erleichtern und zugleich die Ausgaben der Besatzungsmächte verringern. Diese Erklärungen und Versprechungen haben sich nicht bewahrheitet.

In Wirklichkeit kann die Bildung Bizoniens keinesfalls mit wirtschaftlichen Erwägungen erklärt werden. Dieser Schritt, der zur Spaltung Deutschlands führte, war von dem Bestreben diktiert, freie Hand zu haben, damit man im Westteil Deutschlands jene einseitige Politik der britisch-amerikanischen Behörden durchführen konnte, die man dem Kontrollrat in bezug auf ganz Deutschland nicht aufzuzwingen vermochte. Da das Abrücken von der Jalta- und Potsdam-Politik im Kontrollrat auf Widerstand stieß, schufen die Regierungen Großbritanniens und der USA das britisch-amerikanische Bizonien mit seinen Zweimächteorganen und

begannen dort unter Umgehung des Kontrollrats ihre separaten politischen und wirtschaftlichen Pläne durchzuführen.

Begegneten die britischen und amerikanischen Vertreter im Kontrollrat ständig der Forderung der Sowjetunion, in allen Besatzungszonen unentwegt die Entmilitarisierung durchzuführen, so bekamen sie in Bizonien freie Hand, und die Liquidierung des Kriegspotentials wurde in diesem Teil Deutschlands illusorisch gemacht. So mußte auch die Liquidierung der deutschen Kriegsbetriebe, sogar jener, die als Reparationslieferungen vorgesehen waren, ausbleiben.

Wurde im Kontrollrat über die Maßnahmen zur Demokratisierung in allen Zonen Rechenschaft verlangt, so konnten die britisch-amerikanischen Behörden in Bizonien unkontrolliert schalten und walten, ohne die von den vier Mächten früher vereinbarten Beschlüsse über die Politik der Demokratisierung Deutschlands einzuhalten. Dabei stützten sie sich immer stärker auf die aggressiven deutschen Kreise und die deutschen Monopole, die ehemals dem Hitlerfaschismus und der deutschen Aggression als Stütze gedient hatten und stets bereit sind, als Vorkämpfer der deutschen Revanchebestrebungen aufzutreten. Die Entwürfe für die Bodenreform und die Übergabe der Ländereien der Großgrundbesitzer und Junker, die stets Stützen des deutschen Militarismus waren, an die Kleinbauern blieben auf dem Papier stehen.

Dazu muß noch hinzugefügt werden, daß in der französischen Besatzungszone eine Politik betrieben wurde und wird, die sich von der in der britisch-amerikanischen Zone in nichts unterscheidet.

Heute sieht jeder, daß die Schaffung der vereinigten britisch-amerikanischen Zone als Vorbereitung zur Realisierung des sogenannten „amerikanischen Plans“ in Europa gedient hat.

Das Erscheinen des „Marshallplans“ wurde ebenfalls hauptsächlich mit wirtschaftlichen Erwägungen erklärt. Es wurde argumentiert, daß dieser „Plan“ darauf abziele, den europäischen Staaten Hilfe zu leisten, die durch den Krieg gelitten haben. Jetzt sieht man, daß diese Erklärungen absolut nicht stichhaltig sind.

In Wirklichkeit wurden die europäischen Länder, die durch

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

den Krieg am meisten gelitten hatten, in den „amerikanischen Plan“ nicht einbezogen, weil diese Länder sich nicht dazu verstehen konnten, die durch den „Plan“ gestellten Bedingungen anzunehmen, die mit ihrer nationalen Souveränität und staatlichen Unabhängigkeit unvereinbar waren. Es ist durchaus verständlich, daß demokratische Staaten, die ihre nationale Unabhängigkeit im Kampfe gegen den Faschismus mit ihrem Herzblut verteidigt hatten, auf die Bedingungen der sogenannten amerikanischen „Hilfe“ nicht eingingen, denn das hätte die Einmischung eines fremden Staates in ihre inneren Angelegenheiten, in ihr Wirtschaftsleben und in ihre nationale Entwicklung bedeutet. Andererseits wurde nicht nur Italien, sondern auch der Westteil Deutschlands in den „Marshallplan“ einbezogen, obwohl bisher nicht einmal die Verpflichtungen Deutschlands hinsichtlich der Wiedergutmachung des riesigen Schadens festgelegt wurden, den es den verbündeten Staaten zugefügt hatte.

Insofern die britisch-amerikanische Politik Deutschland der Möglichkeit beraubt, seine eigene demokratische Zentralregierung zu haben, die die Interessen ihres Landes wahrnehmen könnte, und insofern die britisch-amerikanische Besatzungszone außerhalb der Viermächtekontrolle steht, bietet Bizonien einen günstigen Boden für das unkontrollierte Schalten und Walten der amerikanischen und britischen Monopole. Hier, in Bizonien, dringen die britisch-amerikanischen Monopolherren, die Banken und Kartelle in alle Zweige des Wirtschaftslebens ein und machen sie sich in ihren expansionistischen Zielen dienstbar.

Die Tatsachen zeigen, daß bisher nichts für den tatsächlichen Wiederaufbau der hochentwickelten Industrie im Westteil Deutschlands getan wurde und daß im Gegenteil die Entwicklung dieser Industrie aus Konkurrenzangst ständig gehemmt wurde und gehemmt wird. Gleichzeitig werden Bizonien und das Ruhrgebiet mit seiner Schwerindustrie, die stets eine mächtige Basis der Rüstungsproduktion war, in den amerikanischen „Hilfe“plan einbezogen, was die Bestrebungen bestimmter amerikanischer Kreise zum Ausdruck bringt, das kriegswirtschaftliche Potential Deutschlands wiederherzustellen und es für die obenerwähnten Ziele auszunutzen.

Nach alledem ist es nicht verwunderlich, daß die Ver-

suche, eine gemeinsame Kontrolle aller vier Besatzungsmächte über das industrielle Ruhrgebiet zu sichern, bei den Vereinigten Staaten von Amerika und bei Großbritannien auf entschlossenen Widerstand gestoßen sind.

Diese Politik der britisch-amerikanischen Behörden auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Maßnahmen in Deutschland ist darauf berechnet, sich die Unterstützung der Magnaten der deutschen Schwerindustrie zu sichern. Sie widerspricht jedoch offensichtlich den Zielen einer friedlichen und demokratischen Umgestaltung Deutschlands. Diese Politik fördert nicht den Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft, sondern birgt die Gefahr in sich, daß Westdeutschland in einen strategischen Stützpunkt für eine künftige Aggression in Europa verwandelt wird.

Jetzt ist die Regierung Großbritanniens mit dem Plan hervorgetreten, die sogenannte „Westunion“ zu bilden. In diesen politischen Block werden Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg sowie Italien und der Westteil Deutschlands einbezogen, und gleichzeitig ist die Teilnahme der Vereinigten Staaten von Amerika vorgesehen. Auch die Einbeziehung einiger anderer westeuropäischer Staaten ist in Aussicht genommen.

Es läßt sich unschwer erkennen, daß dieser britische Plan mit dem „Marshallplan“ eng zusammenhängt, ihn ergänzt und die politischen Ziele des amerikanischen Plans hinsichtlich Europas enthüllt. Sowohl der amerikanische Plan der wirtschaftlichen „Hilfe“ als auch der britische politische Plan der „Westunion“ stellen Westeuropa Osteuropa entgegen und führen folglich zur politischen Spaltung Europas. Daraus folgt, daß sowohl der amerikanische Wirtschaftsplan als auch der ihn ergänzende britische politische Plan mit den Interessen der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas nicht das geringste gemein haben.

Angeichts der harten Lehren des ersten und des zweiten Weltkrieges strebten die friedliebenden europäischen Staaten danach, Abkommen herbeizuführen, um die Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression zu verhüten. Darauf beruhen alle die bekannten Verträge, der britisch-sowjetische und der französisch-sowjetische Beistandspakt, die auf 20 Jahre abgeschlossen wurden, die Verträge der Sowjetunion mit anderen europäischen Staaten wie auch der britisch-französische Ver-

trag von 1947. Dieses Bestreben, eine neue deutsche Aggression zu verhüten, entspricht den Interessen aller friedliebenden Völker und kann nicht dazu führen, daß die einen europäischen Staaten den anderen europäischen Staaten entgegengestellt werden. Der Abschluß solcher Verträge war und ist förderlich für die Sicherheit der Völker Europas und die Festigung des allgemeinen Friedens.

Einen völlig anderen Charakter hat der auf die Schaffung der „Westunion“ gerichtete Plan, der sich weder die Verhütung einer deutschen Aggression noch den gegenseitigen Beistand für den Fall einer solchen Aggression zum Ziel setzt. Der britische politische Plan kann sich ja auch kein solches Ziel stellen, da er sich nicht nur in keiner Weise gegen eine Wiederholung der deutschen Aggression richtet, sondern sogar jenen Teil Deutschlands, in dem die aggressiven deutschen Monopole, die gestern noch die Stütze der Hitleraggression waren, ihre dominierende Stellung behaupten, in den Westblock einbezieht. Den Charakter des britischen politischen Plans zeigt andererseits genügend klar der Umstand, daß er die durch diesen Block vereinigten europäischen Staaten den Staaten Europas entgegenstellt, die sich konsequent für die Festigung des allgemeinen Friedens und die Verhinderung einer neuen deutschen Aggression einsetzen.

Daraus geht hervor, daß die Schaffung des britisch-amerikanischen Bizoniens und die hierdurch verursachte Spaltung Deutschlands keine zufällige Erscheinung waren. Nachdem der westliche Teil Deutschlands der gemeinsamen Viermächtekontrolle entzogen worden ist, wird jetzt der Versuch unternommen, diesen Teil zu benutzen, um eine besondere Gruppe von westeuropäischen Staaten zu schaffen, die den anderen Staaten Europas entgegengestellt wird, was zur politischen Spaltung Europas und zur Bildung von zwei Lagern europäischer Länder führt.

Sowohl der amerikanische Wirtschaftsplan als auch der britische politische Plan dienen somit nicht der Festigung des Friedens, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und dem Fortschritt, sondern völlig entgegengesetzten Zielen. Das alles erklärt die Einstellung der Sowjetunion zu diesen Plänen.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Politik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie

SECRET

Frankreichs zur Untergrabung des Viermächteabkommens über den Kontrollrat in Deutschland und zur Untergrabung des Potsdamer Abkommens über den Außenministerrat geführt hat, dem die gesamte Vorbereitungsarbeit zur Friedensregelung in Europa übertragen worden war. Diese Politik der drei Mächte ist nicht nur in keiner Weise der Herstellung eines festen demokratischen Friedens in Europa förderlich, sondern birgt auch Folgen in sich, die lediglich dazu angetan sind, allen möglichen Brandstiftern eines neuen Krieges ihr Spiel zu erleichtern.

Die unter Umgehung des Außenministerrats, an dem auch die Sowjetunion teilgenommen hätte, in London durchgeführten Geheimsitzungen der Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs über die deutsche Frage zeugen davon, daß die Regierungen der drei Mächte vor der völligen Ignorierung der übernommenen Verpflichtungen nicht zurückschrecken.

Die Tatsache, daß zu diesen Beratungen lediglich die Vertreter einer engen Gruppe von Staaten herangezogen wurden und daß die Mehrzahl der Staaten, die durch die deutsche Aggression am meisten gelitten haben, außerhalb dieser Beratungen blieben, zeugt davon, daß die Londoner Beratung enge Gruppenziele der Schöpfer des Westblocks, der allen übrigen Staaten Europas entgegengestellt wird, verfolgte.

In Anbetracht dessen erachtet es die Sowjetunion für notwendig, ihre abgegebene Erklärung zu erhärten, daß die von dieser Beratung vorbereiteten Beschlüsse keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen können.

**ERKLÄRUNGEN MARSHALL SOKOLOWSKIS IN
DER SITZUNG DES KONTROLLRATS
am 20. März 1948**

Marschall Sokolowski erklärte, er habe den Mitgliedern des Kontrollrats vor der Sitzung folgendes Memorandum des Sowjetkommandos zugeleitet:

„Vor zwei Wochen wurde in der Presse ein kurzes Communiqué über die Londoner Beratung von Vertretern der USA, Englands und Frankreichs veröffentlicht, die der Erörterung wichtiger, ganz Deutschland betreffender politischer und wirtschaftlicher Fragen gewidmet war. Bekanntlich wurde diese Beratung ohne Kenntnis des Kontrollrats einberufen und hinter dem Rücken der Weltöffentlichkeit durchgeführt. Der Kontrollrat ist bisher über die Ergebnisse dieser Beratung ebenfalls nicht informiert worden, obwohl auf ihr — wie das aus dem Communiqué hervorgeht — so überaus wichtige Fragen wie die staatliche Gestaltung Deutschlands, die Ruhrkontrolle, Reparationen, die Einbeziehung der Westzonen Deutschlands in den sogenannten „Marshallplan“ und die Koordinierung des Vorgehens der Besatzungsbehörden in den drei Westzonen Deutschlands erörtert wurden. Solche Fragen fallen in den Kompetenzbereich des Kontrollrats, der von den Regierungen der vier Besatzungsmächte berufen wurde, in Deutschland die oberste Gewalt auszuüben, und der geschaffen wurde, um in den ‚wichtigsten militärischen, politischen, wirtschaftlichen und anderen ganz Deutschland betreffenden Fragen‘ ein vereinbartes Vorgehen der vier Mächte in den entsprechenden Besatzungszonen zu gewährleisten. (Aus dem am 6. Juni 1945 veröffentlichten Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland.) Der Kontrollrat muß deshalb wissen, welche Beschlüsse über

Deutschland in London vorbereitet wurden und welche politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen das amerikanische, das britische und das französische Kommando in diesem Zusammenhang in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands durchzuführen beabsichtigen. Das sowjetische Kommando hält es deshalb für notwendig, daß der amerikanische, der britische und der französische Vertreter vor dem Kontrollrat über die Richtlinien Bericht erstatten, die die betreffenden Besatzungsbehörden im Zusammenhang mit der Arbeit der Londoner Beratung erhalten haben, und dem Kontrollrat ausführliche Erklärungen über die anderen Fragen abgeben, die im Kommuniqué über die Londoner Beratung berührt oder in diesem Kommuniqué nicht erwähnt wurden.“

Da die Mitglieder des Kontrollrats sich weigerten, den Kontrollrat über die Beratung in London zu informieren, gab Marschall Sokolowski folgende Erklärung ab:

„Die offiziellen Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben auf der Londoner Beratung Deutschlandfragen erörtert und entschieden, die unmittelbar der Kompetenz des Kontrollrats unterliegen und nur durch Beschluß der vier Besatzungsmächte in Deutschland entschieden werden können. Die amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden lehnen es jedoch ab, den Kontrollrat über die in London vorbereiteten Beschlüsse zu informieren und ihm Bericht über die Direktiven oder Weisungen zu erstatten, die sie im Zusammenhang mit den einseitigen Londoner Beschlüssen über Deutschland erhalten haben. Warum lehnen es die amerikanischen und die britischen Vertreter ab, vor dem Kontrollrat über die angeführten Fragen der Londoner Beratung, die Deutschland als Ganzes betreffen, Bericht zu erstatten? Erstens, weil die Erörterung dieser Fragen im Kontrollrat vor der Weltöffentlichkeit die Verabredung der USA, Großbritanniens und Frankreichs in London entlarven könnte, die sich gegen das Potsdamer Abkommen und gegen andere Viermächtebeschlüsse richtet — eine Verabredung, deren Ziele sowohl mit der öffentlichen Bekanntgabe als auch mit der Politik des Friedens und der Demokratisierung Deutschlands unvereinbar sind. Zweitens, weil die Vertreter dieser Länder sich bemühen, alle Schranken niederzureißen, die der Durchführung ihrer den Viermächtebeschlüssen und den Zielen

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-[REDACTED]003200010001-3

der Besetzung Deutschlands widersprechenden Deutschlandpolitik hinderlich sein könnten. Es entsteht eine Lage, bei der nur sowjetischerseits dem Kontrollrat Rechenschaft abgelegt werden kann, während die Amerikaner und Engländer sich weigern, dem Kontrollrat über ihr Vorgehen in den von ihnen besetzten Zonen Deutschlands Rechenschaft abzulegen. Damit beweisen diese Delegationen lediglich, daß sie das Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland zerreißen und die Verantwortung für den Bruch dieses Abkommens übernehmen. Durch ihre Handlungsweise haben diese drei Delegationen neuerdings bestätigt, daß der Kontrollrat als oberstes Machtorgan in Deutschland, das die Viermächteverwaltung dieses Landes verwirklicht, faktisch nicht mehr besteht. Das geht auch klar aus der Einstellung der drei Delegationen in den letzten Sitzungen des Kontrollrats und seiner Organe hervor. Das bedeutet, daß diese Delegationen den Kontrollrat sprengen und zu Grabe tragen und die Beschlüsse zunichte machen, die über den Alliierten Kontrollrat in Deutschland gefaßt wurden.

Das ist zweifellos eine der ernstesten Verletzungen der Verpflichtungen, die den britischen, amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden in Deutschland kraft der Viermächteabkommen über die Verwaltung Deutschlands in der Besetzungsperiode auferlegt sind. Daraus geht aber klar hervor, daß die Maßnahmen, die man in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands trifft oder in Ausführung der einseitigen Beschlüsse der Londoner Beratung treffen wird, nicht als rechtsgültig anerkannt werden können.“

Da der britische und der amerikanische Vertreter sich weigerten, dem Kontrollrat über die Fragen der Londoner Beratung Bericht zu erstatten, erklärte Marschall Sokolowski, es habe keinen Sinn, die Sitzung fortzusetzen, und erklärte sie für geschlossen.

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

**AUFRUF DER SOWJETISCHEN
MILITÄRVERWALTUNG IN DEUTSCHLAND AN
DIE BEVÖLKERUNG DEUTSCHLANDS**

Bürger und Bürgerinnen Deutschlands!

In den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ist die separate Währungsreform verkündet worden. Durch eine Anordnung der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden wird dort die deutsche Einheitswährung — die Reichsmark — aus dem Verkehr gezogen und eine Separatwährung eingeführt. Jetzt wird es in Deutschland keine einheitliche Staatswährung und keinen einheitlichen Geldumlauf mehr geben. Das geschieht gegen den Willen und gegen die Interessen des deutschen Volkes. Die Währungsreform wird separat durchgeführt im Interesse der amerikanischen, britischen und französischen Monopole, die eine Zerstückelung Deutschlands durchführen und danach trachten, Deutschland zu schwächen, indem sie sich seine Wirtschaft unterwerfen.

Gegen die staatliche Einheit Deutschlands ist ein neuer schwerer Schlag geführt worden. Die Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland und die Potsdamer Beschlüsse, die eine Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes und die Notwendigkeit einer Beibehaltung der Einheit des Geldumlaufs vorsahen, sind verletzt worden. Die in den drei westlichen Besatzungszonen durchgeführte Währungsreform vollendet die Spaltung Deutschlands.

Da sie die Verantwortung sowie die Empörung des deutschen Volkes fürchten, versuchen die Organisatoren der separaten Währungsreform, sie durch die Erfindung zu rechtfertigen, daß die Durchführung einer einheitlichen gesamtdeutschen Währungsreform angeblich unmöglich sei. Der

Zweck dieser Erfindung ist die Täuschung der öffentlichen Meinung.

Eine einheitliche gesamtdeutsche Währungsreform auf der Grundlage eines Viermächteabkommens war eine durchaus mögliche und notwendige Angelegenheit.

Es ist allgemein bekannt, daß die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland, die gemäß den Anweisungen der Sowjetregierung handelte, stets auf der Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bestanden hat. Sie ist stets allen separaten Aktionen, die auf eine Zerstückelung Deutschlands gerichtet waren, entgegengetreten. In den Organen des Kontrollrats haben die Vertreter der Sowjetunion alle Möglichkeiten wahrgenommen, um ein Abkommen über die Durchführung einer einheitlichen Währungsreform für ganz Deutschland zu erreichen. Dabei bestanden die sowjetischen Vertreter auf der sofortigen Schaffung einer gesamtdeutschen Finanzverwaltung und einer zentralen deutschen Emissionsbank, damit die Deutschen selbst an der Durchführung der Reform und an der Sicherung einer stabilen Währung zur wirtschaftlichen Wiederherstellung ihres Landes teilnehmen.

Die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat schlugen vor, die Vorbereitung einer separaten Währungsreform in den einzelnen Zonen Deutschlands zu verurteilen. Ein Viermächteübereinkommen über die Hauptgrundsätze der Durchführung einer gesamtdeutschen Währungsreform war bereits erzielt worden. Ungeachtet dessen wurde eine gesamtdeutsche Währungsreform hintertrieben. Jetzt ist es klar, daß die amerikanischen, britischen und französischen Vertreter die Diskussion im Kontrollrat über eine gesamtdeutsche Währungsreform nur formal geführt haben, wobei sie diese Diskussion zur geheimen Vorbereitung einer separaten Währungsreform ausnutzten.

Man versucht, die separate Währungsreform auch dadurch zu rechtfertigen, daß man sich auf die Notwendigkeit beruft, den durch den Nationalsozialismus zerrütteten Geldumlauf in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu regeln.

Aber drei Jahre lang haben die Besatzungsbehörden in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands faktisch die Durchführung von Maßnahmen zur Regelung des Geldum-

laufs sabotiert. Der desorganisierte Geldumlauf wurde im Interesse der Unterwerfung der deutschen Wirtschaft unter die amerikanischen, englischen und französischen Monopole benutzt. In den Westzonen standen den Großkapitalisten und Spekulanten die riesigen Summen, die sie an Kriegslieferungen und Spekulationen verdient haben, auch weiterhin voll zur Verfügung. In den Westzonen wurden die deutschen Bank- und Industriemonopole beibehalten, von denen sich viele jetzt faktisch in Filialen der Wall Street, d. h. in Filialen der amerikanischen Bank- und Industriemonopole verwandelt haben.

Indem sie die Politik der Zerstückelung Deutschlands durchführen, stützen sich die amerikanischen, englischen und französischen Monopole in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands auf die Vertreter des deutschen Großkapitals und Junkertums, die seinerzeit die Machtergreifung des Faschismus gewährleistet sowie den zweiten Weltkrieg vorbereitet und entfesselt haben. Die separate Währungsreform verstärkt die politischen und wirtschaftlichen Positionen dieser reaktionären Kreise in Westdeutschland zum Schaden der Interessen des werktätigen Volkes.

Die in den Westzonen geschaffenen bizonalen und trizonalen Organe, die sich als Vertreter des deutschen Volkes bezeichnen, sind, wie die Tatsachen zeigen, Marionetten in den Händen der englischen, amerikanischen und französischen Monopole.

Die separate Währungsreform fügt der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands schweren Schaden zu. Statt einer einheitlichen deutschen Währung werden zwei Währungen eingeführt, statt einheitlicher Preise zweierlei Preise. Die Handelsbeziehungen innerhalb des Landes werden zerstört. Der interzonale Handel verwandelt sich faktisch in einen Handel zwischen verschiedenen Staaten, da verschiedene Währungen vorhanden sind. Die Währung Westdeutschlands gerät unter die Kontrolle des amerikanischen Dollars, sogar bei Verrechnungen innerhalb Deutschlands, was die amerikanischen Monopole auch anstreben. Die Voraussetzungen für den freien Personen- und Güterverkehr zwischen den Besatzungszonen Deutschlands werden zunichte gemacht.

Die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands führt zu einem Bruch der im Laufe von Jahrhunderten entstandenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands. Sie wird sich negativ auf die wirtschaftliche Lage sämtlicher Gebiete Deutschlands, darunter auch der Westzonen, auswirken, deren Wirtschaft immer unlösbar mit den Ostgebieten Deutschlands verbunden war. Sie bedeutet die Vollendung der Spaltung Deutschlands.

Es ist daher falsch, wenn man die separate Währungsreform mit einem Geschrei über die Regelung des Geldumlaufs im Interesse der deutschen Wirtschaft zu rechtfertigen versucht.

In ihrem Bestreben, die Entwicklung der Friedenswirtschaft Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse und im Interesse des deutschen Volkes zu sichern, hat sich die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland um eine gesamtdeutsche Währungsreform bemüht. Die Sowjetische Militärverwaltung setzt sich nach wie vor für die Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ein; die Sowjetische Militärverwaltung verurteilt die Handlungen der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden zur Durchführung einer separaten Währungsreform, wobei sie ihnen die gesamte Verantwortung für die Folgen dieser Handlungen auferlegt.

In Anbetracht der entstandenen Lage gibt die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland folgendes bekannt:

1. Die in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands herausgegebenen Geldscheine sind für den Umlauf in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Gebiet Groß-Berlin, das sich in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befindet und wirtschaftlich einen Teil der sowjetischen Besatzungszone darstellt, nicht zugelassen.

2. Die Sowjetische Militärverwaltung setzt die Bevölkerung Deutschlands davon in Kenntnis, daß die Einfuhr der in den westlichen Besatzungszonen herausgegebenen neuen Geldscheine sowie auch die Einfuhr von Reichsmark, Rentenmark und Alliiertenmark aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die sowjetische Besatzungszone und in das Gebiet von Groß-Berlin verboten sind.

3. Die Einfuhr der in Westdeutschland herausgegebenen neuen Geldscheine sowie der Reichsmark, Rentenmark und Alliiertenmark und die Annahme der neuen Geldscheine der Westzonen an Zahlungs Statt in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Gebiet von Groß-Berlin wird als eine Handlung zur Schädigung der Wirtschaft betrachtet. Gegen die Schuldigen werden entsprechende Strafmaßnahmen angewandt werden.

Diesen Bestimmungen wird Gesetzeskraft verliehen.

Um die Interessen der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und des Gebietes von Groß-Berlin zu schützen und wirtschaftliche Störungen durch separate Handlungen der Westmächte zu verhindern, wird die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland, wenn notwendig, weitere Maßnahmen ergreifen, die sich aus der entstandenen Lage ergeben.

Die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland ist überzeugt, daß die deutsche Bevölkerung ihre Maßnahmen unterstützen und die notwendigen Schritte unternehmen wird, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die Wirtschaft zu entwickeln und den Geldumlauf in der sowjetischen Besatzungszone zu festigen.

*Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland,
Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen
Besatzungstruppen in Deutschland
Marschall der Sowjetunion W. SOKOLOWSKI*

Berlin, 19. Juni 1948.

**SCHREIBEN MARSCHALL SOKOLOWSKIS
AN GENERAL CLAY
vom 20. Juni 1948***

Geehrter Herr General Clay,

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 18. Juni d. J., in dem Sie mir einige Stunden vor der Veröffentlichung durch den Rundfunk mitteilten, daß der amerikanische, der britische und der französische Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Deutschland beschlossen haben, gemeinschaftlich eine separate Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands durchzuführen.

Somit führen Sie durch Ihren einseitigen ungesetzlichen Beschluß, ohne Kenntnis und Einverständnis des Kontrollrats, hinter dessen Rücken eine separate Währungsreform in Westdeutschland durch, womit Sie die Einheit des Geldumlaufs abschaffen und die Spaltung Deutschlands vollenden. Ich kann Ihre Bezugnahme auf den schlechten Zustand der Wirtschaft in den Westzonen als Rechtfertigung Ihrer separaten Handlungen zur Zerstörung der Einheit Deutschlands nicht gelten lassen. Es ist Ihnen bekannt, daß in den Organen des Kontrollrats durch die vier Mächte bereits überaus wichtige Grundsätze für die Durchführung einer gesamtdeutschen Währungsreform vereinbart waren, die nunmehr zunichte gemacht wurde.

Ich muß gestehen, daß es mir schwerfällt zu begreifen, wie die von Ihnen in Westdeutschland vorgenommenen separaten Handlungen mit den in Ihrem Schreiben an meine Adresse enthaltenen Erklärungen in Einklang zu bringen sind, daß in der nächsten Zukunft ein Übereinkommen zwischen

* Gleichlautende Schreiben wurden von Marschall Sokolowski den Generalen Robertson und Koenig zugeleitet.

den Besatzungsbehörden über die Einführung einheitlicher Geldscheine für Deutschland „zu erreichen möglich ist“. Mir scheint, daß Ihre praktischen Handlungen die Hoffnungen des deutschen Volkes in dieser Hinsicht zerstört haben.

Sie teilten mir den von Ihnen gefaßten Beschluß, eine separate Währungsreform in Westdeutschland durchzuführen, fast gleichzeitig mit deren praktischer Durchführung mit. Das bringt die sowjetischen Besatzungsbehörden zweifellos in eine schwierige Lage und zwingt mich, sofortige und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu schützen.

In Ihrem an mich gerichteten Brief schreiben Sie, daß die von Ihnen durchgeführten separaten Maßnahmen „sich nicht auf den amerikanischen Sektor von Berlin beziehen, angesichts der spezifischen Bedingungen, die in der Frage der Viermächteverwaltung der Stadt als eines einheitlichen Ganzen heute bestehen“.

Diese Erklärung Ihrerseits kann nur Erstaunen hervorrufen, da es allgemein bekannt ist, daß internationale Abkommen über die Viermächteverwaltung ganz Deutschlands bestehen, über die Sie vorziehen, nicht zu sprechen, während das Abkommen über die Viermächteverwaltung von Berlin nur einen Teil des Abkommens über den alliierten Kontrollmechanismus für ganz Deutschland darstellt.

Ich kann Ihre Handlungen, die auf eine Zerreißung des Abkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland abzielen, nicht als rechtmäßig anerkennen und muß erklären, daß die volle Verantwortung für diese Handlungen ausschließlich auf die amerikanischen, britischen und französischen Behörden fällt.

Gleichzeitig nehme ich mit Befriedigung Ihre Erklärung zur Kenntnis, daß im amerikanischen Sektor von Berlin die für die Westzonen verkündete separate Währungsreform nicht durchgeführt wird. Ich halte das für selbstverständlich, da in Berlin nur eine Währung in Umlauf sein kann. Jedermann versteht, daß die Einführung von zwei Währungen in Berlin die Wirtschaft und den Geldumlauf nicht nur im Gebiet von Groß-Berlin, das in der sowjetischen Besatzungszone liegt und wirtschaftlich einen Teil von ihr

darstellt, untergraben würde, sondern auch die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone, was die sowjetischen Besatzungsbehörden kraft der ihnen durch internationale Verträge auferlegten Verpflichtungen nicht zulassen können.

Was Ihren Wunsch betrifft, die laufenden Handelsbeziehungen zwischen den westlichen Besatzungszonen und der sowjetischen Besatzungszone fortzusetzen, so nehme ich das zur Kenntnis und glaube, daß es nicht notwendig ist, Sie daran zu erinnern, daß ich stets ein Anhänger der stärksten Entwicklung dieser Handelsbeziehungen zwischen unseren Zonen war.

Hochachtungsvoll

W. SOKOLOWSKI

Marschall der Sowjetunion

**SCHREIBEN MARSCHALL SOKOLOWSKIS
AN GENERAL CLAY
vom 22. Juni 1948***

Geehrter Herr General Clay,

Das Vorgehen der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden, die die Durchführung einer separaten Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands verkündet haben, versetzte die mir unterstellte Besatzungszone in eine schwierige Lage. Ich war dadurch gezwungen, den Entschluß zu fassen, die Interessen der deutschen Bevölkerung und der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone sowie des Gebiets von Groß-Berlin vor dem wirtschaftlichen Chaos und der Desorganisierung des Geldumlaufs zu schützen, die mit dem Zustrom annullierter Geldscheine aus Westdeutschland zusammenhängen. Aus diesem Grunde faßte ich den Beschluß, in der Sowjetzone und im Gebiet Groß-Berlin eine Währungsreform durchzuführen.

Da die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland sich für die gesamtdeutsche Währungsreform eingesetzt hat, die auch im Rahmen des Kontrollrats vorbereitet wurde, hielt sie es aus politischen und moralischen Erwägungen heraus für unangebracht, sich auf eine separate Währungsreform in der eigenen Zone vorzubereiten. Deshalb verfügen wir gegenwärtig über keine neuen Geldscheine und sind gezwungen, die Reform auf der Basis der alten Reichs- und Rentenmark durch Aufkleben von Sonderkupons durchzuführen.

Ich hoffe, daß Sie der Durchführung dieser durch Ihr

* Gleichlautende Schreiben wurden von Marschall Sokolowski auch den Generalen Robertson und Koenig zugeleitet.

separates Vorgehen erzwungenen Währungsreform im amerikanischen Sektor von Berlin keine Hindernisse in den Weg legen, und daß Sie, was die Gewährleistung eines normalen Geldumlaufs und Wirtschaftslebens sowohl in der sowjetischen Besatzungszone als auch im Gebiet von Groß-Berlin anbelangt, keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten werden.

Die Bedingungen und das Verfahren für die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone und im Gebiet von Groß-Berlin sind in dem anliegenden Befehl der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Nr. 111 und in der von der Deutschen Wirtschaftskommission angenommenen und von mir bestätigten Verordnung über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone und im Gebiet von Groß-Berlin dargelegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

W. SOKOLOWSKI

Marschall der Sowjetunion

**SCHREIBEN MARSCHALL SOKOLOWSKIS
AN GENERAL ROBERTSON
vom 25. Juni 1948**

Geehrter Herr General Robertson,

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 23. Juni d. J. bezüglich des Beschlusses der britischen Besatzungsbehörden, die separate Währungsreform in Westdeutschland auf den britischen Sektor von Berlin auszudehnen.

Vor allem muß ich feststellen, daß dieser Beschluß den Versicherungen widerspricht, die in Ihrem noch vor wenigen Tagen, am 18. Juni d. J., an mich gerichteten Schreiben über die Durchführung einer separaten Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands enthalten sind. Sie erinnern sich, daß Sie im Schreiben vom 18. Juni erklärt haben, die Währungsreform in der britischen Zone werde sich nicht auf den britischen Sektor von Berlin beziehen.

Außerdem kann ich Ihren gestrigen Vorschlag über eine Zusammenkunft unserer Finanzsachverständigen zwecks Besprechung der Lage, die infolge der Durchführung der separaten Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands für Berlin entstanden ist, nicht anders bewerten, denn als ein einfaches Manöver, das nur auf äußeren Effekt berechnet ist.

Wie Ihnen bekannt ist, erhoben die britischen, amerikanischen und französischen Sachverständigen in der gemeinsamen Sitzung der Finanzexperten der vier Besatzungsbehörden am 22. Juni wissentlich unreale und vollkommen unannehmbare Forderungen, die darauf abzielten, eine praktische Entscheidung über die Frage des Geldumlaufs in Berlin auf jede Weise zu verschleppen, um dadurch die Wirtschaft und das Geldsystem in der Sowjetzone und in Berlin, das sich in der Sowjetzone befindet und wirtschaftlich ihr Bestandteil ist, zu untergraben. Die ganze Verantwortung

M 103/71

für die Einstellung der Tätigkeit der Finanzsachverständigen fällt also ausschließlich auf die britischen, amerikanischen und französischen Behörden.

Ich kann auch nicht umhin, die Unrealität Ihrer Forderungen zu betonen, alle den Geldumlauf in Berlin betreffenden Maßnahmen durch die Kommandantur von Berlin treffen zu lassen. Es ist Ihnen, Herr General, wohlbekannt, daß die alliierte Kommandantur von Berlin nach Sprengung durch den Obersten Hawley in Wirklichkeit nicht funktioniert, wogegen ich einen entsprechenden Protest eingelegt, bisher aber nicht einmal eine Antwort erhalten habe.

Die britischen, amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden machten keinerlei reale Vorschläge, die als Grundlage für die Verhandlungen bezüglich des Geldumlaufes in Berlin dienen könnten.

Obgleich Sie selbst das Vorhandensein von zwei Währungen in Berlin für unvernünftig und wirtschaftlich untragbar anerkennen, haben Sie dennoch beschlossen, eine zweite Währung im britischen Sektor einzuführen, wobei Sie sich wohl von Erwägungen leiten ließen, die weder mit den Interessen der deutschen Bevölkerung noch mit der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit irgend etwas zu tun haben.

Es ist Ihnen, Herr General, wohlbekannt, daß die Spaltungsmaßnahmen der westlichen Besatzungsbehörden die berechtigte Empörung des deutschen Volkes hervorrufen und von der demokratischen Öffentlichkeit aller an der ehrlichen internationalen Zusammenarbeit und an der Festigung des Friedens interessierten Länder der Welt scharf verurteilt werden.

In Anbetracht der entstandenen Lage ist das Sowjetkommando gezwungen, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Schutz der Interessen der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und im Gebiet von Groß-Berlin, das sich in der Sowjetzone befindet und wirtschaftlich ihr Bestandteil ist, zu gewährleisten.

Hochachtungsvoll

W. SOKOLOWSKI

Marschall der Sowjetunion

**ERKLÄRUNG DER AUSSENMINISTER DER UdSSR,
ALBANIENS, BULGARIENS, DER TSCHECHOSLOWAKEI,
JUGOSLAWIENS, POLENS, RUMÄNIENS UND UNGARNS
ANLÄSSLICH DER BESCHLÜSSE DER LONDONER
BERATUNG ÜBER DEUTSCHLAND,**

**angenommen am 24. Juni 1948
auf der Konferenz in Warschau**

Am 7. Juni wurde ein Kommuniqué über den Abschluß der Londoner Beratung der drei Mächte — USA, Großbritannien und Frankreich — über die Deutschlandfrage veröffentlicht. Das Kommuniqué enthält eine Darlegung der auf der erwähnten geheimen Beratung in bezug auf Deutschland in den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen sowie in der Frage der Änderung der westlichen Grenzen Deutschlands gefaßten Beschlüsse, wenn auch aus den in der Presse erschienenen Meldungen zu ersehen ist, daß das Kommuniqué einige der bei der Beratung gefaßten Beschlüsse verschweigt.

Die Londoner Beratung wurde in Verletzung des Potsdamer Abkommens einberufen, demzufolge Fragen, die Deutschland betreffen, von den vier Mächten — UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich — zu entscheiden sind, wobei die Prüfung dieser Fragen dem Außenministerrat, bestehend aus Vertretern dieser Mächte, auferlegt wurde. Man kann ferner nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß zur Teilnahme an dieser separaten Dreimächteberatung auch die Beneluxländer (Belgien, Holland und Luxemburg) hinzugezogen wurden, obwohl solche Nachbarstaaten Deutschlands wie Polen und

die Tschechoslowakei sowie andere unmittelbar interessierte Länder an ihr nicht teilnehmen.

Die Einberufung der Londoner separaten Beratung über die Deutschlandfrage zeugt davon, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die diese Beratung veranstaltet haben, sich das Ziel gesteckt hatten, den auf der Potsdamer Konferenz gebildeten Außenministerrat sowie den Kontrollmechanismus der vier Mächte in Deutschland, der bereits früher gemäß einem Abkommen zwischen den vier Mächten errichtet worden war, zu liquidieren. Diese Verletzung der früheren Abkommen zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich über die Deutschlandfrage sowie die Verletzung der Verpflichtungen zur Konsultierung der interessierten Länder erfolgen vor aller Augen und führen zu einer Sprengung des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, das darauf gerichtet ist, eine Wiederholung der deutschen Aggression in Zukunft nicht zuzulassen.

Diese Verletzung der bestehenden Abkommen über Deutschland berührt die vitalen Interessen nicht nur der vier Mächte, die Deutschland besetzt halten, und der Staaten, die der deutschen Aggression ausgesetzt waren, sondern auch die Interessen aller europäischen Länder, die danach streben, einen festen und dauerhaften Frieden in Europa zu errichten.

Bekanntlich setzen sich die Abkommen von Jalta und Potsdam das Ziel, Deutschland zu entwaffnen und seine Rüstungsindustrie zu liquidieren, die eigentlichen Grundlagen des deutschen Militarismus zu untergraben, eine Wiederherstellung Deutschlands als einer aggressiven Macht zu verhindern und Deutschland auf diese Weise in einen friedliebenden, demokratischen Staat zu verwandeln. Dabei sehen die Abkommen von Jalta und Potsdam die Verpflichtung Deutschlands vor, Reparationen zu zahlen, und damit, wenn auch nur zum Teil, den Schaden der Länder wiedergutzumachen, die durch die deutsche Aggression gelitten haben.

Die Beschlüsse der Londoner Dreimächteberatung mit Beteiligung der Beneluxländer verfolgen andere Ziele. Diese Beschlüsse schieben die Aufgaben der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, die Aufgaben der Umwandlung Deutschlands in einen friedliebenden und demokratischen

Staat beiseite und verschweigen gänzlich die Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Die Londoner Beschlüsse sind nicht darauf gerichtet, der Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression vorzubeugen, sondern darauf, die Westgebiete Deutschlands, und vor allem die Schwerindustrie der Ruhr, in ein Werkzeug zur Wiederherstellung des Kriegspotentials Deutschlands zu verwandeln, um dieses für die militärisch-strategischen Ziele der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens auszunutzen. Es ist verständlich, daß ein derartiger Plan notwendig günstige Voraussetzungen für eine Wiederholung der deutschen Aggression schaffen muß.

Gleichzeitig zeigen die Beschlüsse der Londoner Beratung, worin der tatsächliche Sinn des „westlichen Militärbündnisses“ besteht, das in der letzten Zeit von den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs unter der Schutzherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen wurde. Noch offenkundiger als das „westliche Militärbündnis“, das die erwähnten fünf Staaten vereint, stellt sich die Londoner Beratung, an der auch die Vereinigten Staaten von Amerika teilnahmen, nicht die Aufgabe, einer neuen deutschen Aggression vorzubeugen, sondern völlig andere Ziele. Da die Londoner Beratung einsehen mußte, daß es unmöglich ist, ganz Deutschland in die militärisch-strategischen Pläne der USA und Großbritanniens einzubeziehen, ist sie bestrebt, die Westzonen Deutschlands in eine Basis für diese Pläne zu verwandeln, indem sie diese Zonen vom übrigen Deutschland losreißt.

1. Die Beschlüsse der Londoner Beratung sind darauf gerichtet, die Spaltung und Zerstückelung Deutschlands zu vollenden. Ohne auch nur in Worten die Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands anzuerkennen, für die sich die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs früher erklärt hatten, hat die Londoner Beratung die Bildung einer Regierung für die Westgebiete Deutschlands vorbereitet, die durch die Separatakte der erwähnten Mächte vom übrigen Deutschland abgetrennt werden. Dazu ist die Einberufung einer speziell ausgesuchten Konstituierenden Versammlung aus Vertretern der Länder der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungs-

zone in Aussicht genommen, was für den Westteil Deutschlands die Bildung einer Marionettenregierung aus solchen deutschen Elementen gewährleisten soll, die den Besatzungsbehörden in den Westzonen genehm sind und mit den amerikanischen und englischen kapitalistischen Monopolen in enger Verbindung stehen, aber nicht mit dem deutschen Volk verbunden sind und seinen demokratischen Bestrebungen feindlich gegenüberstehen. Das bedeutet, daß die USA, Großbritannien und Frankreich eine Abmachung getroffen haben über die Durchführung einer politischen und wirtschaftlichen Spaltung und Zerstückelung Deutschlands und über die Aufstellung einer Separatregierung der Westzonen, die den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes nach Einheit und Demokratisierung Deutschlands entgegenwirken soll.

Außer den bereits erwähnten Maßnahmen zur politischen Spaltung und Zerstückelung Deutschlands führen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs jetzt neue Maßnahmen auch zur wirtschaftlichen Spaltung und Zerstückelung Deutschlands durch. Gleich nach Abschluß der Londoner Beratung begannen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die am 18. Juni verkündete separate Währungsreform für die Westzonen Deutschlands durchzuführen, obwohl das erwähnte Kommuniqué die Beschlüsse der Londoner Beratung zu dieser Frage verschwiegen hatte. Die separate Währungsreform wurde in den Westzonen Deutschlands verwirklicht, ungeachtet der offenkundigen Notwendigkeit, im Einvernehmen zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich eine einheitliche Währungsreform für ganz Deutschland durchzuführen, wie es die Sowjetregierung vorgeschlagen hatte.

An Stelle des bisherigen einheitlichen Währungssystems mit einer für ganz Deutschland einheitlichen Mark, wie seinerzeit durch Übereinkommen zwischen den vier Mächten festgelegt, haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in separater Weise eine Währungsreform durchgeführt und für die Westgebiete Deutschlands eine besondere Mark eingeführt. Dadurch wird eine wirtschaftliche Trennungsmauer zwischen den Westgebieten Deutschlands und dem übrigen Deutschland aufgerichtet und werden zahl-

reiche neue Schwierigkeiten geschaffen für die Beseitigung des wirtschaftlichen Verfalls und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft Deutschlands. Die ganze Währungsreform in den Westzonen Deutschlands ist darauf berechnet, den Großeigentümern, und vor allem jenen Monopolen, die in engen Beziehungen zu den amerikanischen und britischen kapitalistischen Monopolen stehen, Vorteile zu sichern. Daraus erwächst die Gefahr einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und einer Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen in Westdeutschland, und das wird zu neuen Schwierigkeiten in den wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern führen.

Das sind die unvermeidlichen Folgen der Londoner Beratung, deren Beschlüsse zur Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Spaltung und Zerstückelung Deutschlands führen.

2. Die Durchführung einer Politik der Spaltung und Zerstückelung Deutschlands hintertreibt den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, ohne welchen man den anhaltenden Kriegszustand und das Besatzungsregime in Europa nicht beenden kann. Es ist kein Zufall, daß in dem Kommuniqué über die Londoner Beratung mit keinem Wort des Friedensvertrages mit Deutschland Erwähnung getan und nicht einmal die Frage der Vorbereitung eines Friedensvertrages berührt wird.

Die Beschlüsse der Londoner Beratung der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Beteiligung der Beneluxländer bestätigen, daß die Regierungen dieser Länder und die ihnen nahestehenden deutschen Kreise an einem baldigen Abschluß des deutschen Friedensvertrages und einem baldigen Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland nicht interessiert sind.

An Stelle einer Friedensregelung für ganz Deutschland haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die Einführung des sogenannten Besatzungsstatuts in den Westzonen Deutschlands vorbereitet, worauf das Londoner Kommuniqué in absichtlich verschwommenen Ausdrücken anspielt. Während die Interessen aller friedliebenden Völker den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erfordern, der Deutschland vom Besatzungsregime befreien und dem deutschen Volk alle Bedingungen für

eine friedliche und demokratische Entwicklung wiedergeben soll, wollen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht zulassen und sind bestrebt, den Westzonen Deutschlands ihr „Besatzungsstatut“ aufzuzwingen, um die Besetzung Deutschlands willkürlich zu verlängern, wobei der deutschen Bevölkerung die Bürde der Besatzungskosten auf lange Jahre hinaus auferlegt wird. Eine solche Politik der amerikanischen, britischen und französischen Behörden, die zu einer Versklavung der deutschen Bevölkerung führt und die Friedensregelung in Europa verzögert, ist mit den Aufgaben der Umgestaltung Deutschlands in einen friedliebenden und demokratischen Staat ebenso unvereinbar wie mit den Bestrebungen der Völker zur raschesten Herstellung eines demokratischen Friedens in Europa.

3. Die von der Londoner Beratung gefaßten Beschlüsse über die staatliche Ordnung in den Westzonen Deutschlands sind von antidemokratischem Geist durchdrungen. Die ganze Vorbereitung zur Einberufung der sogenannten Konstituierenden Versammlung und zur Schaffung einer deutschen Verfassung ist in die Hände der drei Militärgouverneure und der Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Besatzungszonen Deutschlands gelegt. Die demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere demokratischen Organisationen, welche die Interessen des deutschen Volkes vertreten, sind davon völlig ausgeschaltet.

Die Interessen des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas fordern die Liquidierung der Hitlerschen Zentralisierung der staatlichen Verwaltung Deutschlands, die die Landtage und die autonome Länderverwaltung beseitigte, und die Wiederherstellung einer dezentralisierten Verwaltung, wie sie vor dem Hitlerregime bestand, nebst Wiederherstellung der Landtage und der beiden gesamtdeutschen Kammern. Das wird die Einheit Deutschlands und die Umwandlung des deutschen Staates auf friedlichen und demokratischen Grundlagen gewährleisten unter der Voraussetzung, daß den demokratischen Organisationen die Möglichkeit einer freien Betätigung eingeräumt wird.

Die Beschlüsse der Londoner Beratung gehen in einer ganz anderen Richtung.

Unter dem Vorwand, die Wiederherstellung des zentralisierten Reiches verhindern zu wollen, versuchte die Londoner Beratung, Deutschland zurückzuwerfen und dem deutschen Volke eine föderalistische Staatsordnung aufzuzwingen, bei der die Hauptmacht den einzelnen Ländern übergeben wird und die gesamtstaatlichen Befugnisse sich auf zweitrangige Funktionen beschränken, obwohl das im Widerspruch zu der modernen Entwicklung der demokratischen Staaten steht.

Dieser englisch-französisch-amerikanische Plan bezweckt die Zerstückelung Deutschlands, was zur Vernichtung eines selbständigen deutschen Staates führt. Die Verwirklichung dieses Plans einer Föderalisierung (Zerstückelung) Deutschlands liefert die Idee der Einheit Deutschlands den deutschen Chauvinisten und Revanchepolitikern aus, die die Wiederherstellung Deutschlands als eines militaristischen und andere Völker beherrschenden Staates anstreben. Infolgedessen wird die Revancheidee ihr Haupt erheben und der Chauvinismus sich verstärken, für den in Deutschland der Boden günstig ist, und es werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß neue Bismarcks oder gar neue Hitlers erscheinen. Wenn das Streben des deutschen Volkes nach der Einheit Deutschlands erneut zur Waffe in den Händen der deutschen Chauvinisten und Militaristen wird, denen von den Besatzungsbehörden in den Westzonen Deutschlands schon viel Förderung zuteil wurde, so wird das unvermeidlich zu einer Wiederholung der deutschen Aggression und zu den schwersten Folgen für die Völker Europas, darunter auch für das deutsche Volk, führen, weshalb die friedliebenden Völker gezwungen sind, die Kampfmaßnahmen gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zu verstärken.

4. Die von den Besatzungsmächten in den Westzonen Deutschlands betriebene Politik begünstigt die deutschen revisionistischen Elemente. Von ihrer Seite wird eine Kampagne geführt gegen die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam getroffenen Abkommen über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, gegen die Verpflichtung Deutschlands zur Wiedergutmachung des durch die deutsche Aggression verursachten Schadens und gegen die bekannten Beschlüsse über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung,

existieren und seine Reparationsverpflichtungen gegenüber den Ländern, die durch die deutsche Aggression gelitten hatten, nicht erfüllen kann. Dabei muß im Laufe einer bestimmten Periode die Kontrolle der vier Mächte beibehalten werden, um eine Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie und des deutschen Militarismus zu verhindern. Die Einbeziehung der Wirtschaft der Westzonen Deutschlands in den „Marshallplan“ bedeutet die Einbeziehung dieses Teiles von Deutschland in die gemäß dem „Marshallplan“ durchgeführte Spaltung ganz Europas in zwei Lager: das der europäischen Staaten, die den „Marshallplan“ angenommen haben und dadurch der Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika unterstellt sind, einerseits, und das der europäischen Länder, zu denen die UdSSR und die volksdemokratischen Republiken gehören, die sich mit einer ausländischen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht einverstanden erklärt haben, andererseits.

Auf diese Weise vollendet die Londoner Beratung nicht nur die Durchführung des Planes zur Spaltung und Zerstückelung Deutschlands, sondern sie vertieft gleichzeitig gemäß dem „Marshallplan“ noch weiter die Spaltung der europäischen Länder in zwei einander gegenüberstehende Lager. Es ist begreiflich, daß die Verwirklichung einer solchen Politik mit den wirklichen Interessen der europäischen Völker, mit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas nichts gemein hat. Es braucht gar nicht erst erwähnt zu werden, daß die Durchführung dieser Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs die Wirtschaft der Westzonen Deutschlands in eine unerträgliche Lage der Unterordnung unter die Expansionspläne des ausländischen Kapitals versetzt, das in keiner Weise auf die Interessen des demokratischen Deutschlands Rücksicht nimmt.

6. Die Londoner Beratung nahm einen speziellen Beschluß in der Ruhrfrage an. Es wurde beschlossen, ein besonderes Organ aus Vertretern der an der Londoner Beratung teilnehmenden Mächte zu schaffen, dem die Kontrolle über die Verteilung von Ruhrkohle, Koks und Stahl obliegt, während die Produktion von Kohle, Koks und Stahl der Kontrolle dieses Organs entzogen wird, wodurch die dominierende Stellung der amerikanischen und britischen Finanz-

wobei gleichzeitig versucht wird, diese Bevölkerung für Ziele auszunutzen, die gegen die Nachbarländer gerichtet sind.

Die Kampagne der deutschen revisionistischen Elemente ist insbesondere gegen die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der Westlichen Neiße gerichtet, die eine unverrückbare Grenze — die Grenze des Friedens — darstellt.

Die Londoner Beratung umgeht die Fragen der revisionistischen Kampagne und begünstigt somit die aggressiven Tendenzen unter den reaktionären deutschen Kreisen. Unter diesen Bedingungen bildet die Anwendung von Maßnahmen gegen jede revisionistische Tätigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Festigung des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker.

5. Durch die Beschlüsse der Londoner Beratung der drei Mächte wird die Wirtschaft Westdeutschlands den Zielen der Vereinigten Staaten von Amerika und Englands untergeordnet, wobei sie diese von der Durchführung des sogenannten „Marshallplans“ in Europa abhängig machen.

Das bedeutet, daß die Industrie und die sonstigen Wirtschaftszweige Westdeutschlands durch die Pläne der amerikanischen sowie englischen kapitalistischen Monopole gefesselt sein werden, die danach streben, sich das ganze wirtschaftliche Leben der Westzonen Deutschlands zu unterwerfen, und die keinesfalls interessiert sind an einer wirklichen Wiederherstellung und an einem Aufstieg der deutschen Friedensindustrie, die sie als ihren Konkurrenten betrachten.

Diese Expansionspolitik verfolgt das Ziel einer weiteren Verstärkung der Abhängigkeit der vom „Marshallplan“ erfaßten Länder von den amerikanischen und britischen Monopolen.

Die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands widerspricht nicht nur nicht den Interessen anderer Völker, sondern sie entspricht auch den Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa. Dem deutschen Volk müssen weitgehende Möglichkeiten gewährt werden, die Friedensindustrie, die Landwirtschaft, den Verkehr sowie den Außenhandel wiederherzustellen und zu entwickeln, da Deutschland ohne diese Bedingungen nicht

und Industriemonopole in der Ruhrindustrie gewährleistet wird.

Statt die Truste und Kartelle der Kohlen- und Hüttenindustrie des Ruhrgebiets in den Besitz des deutschen Volkes zu überführen, worauf sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Teilnehmer der gegenwärtigen Beratung bestehen, behalten also die Regierungen der USA und Großbritanniens die Schwerindustrie des Ruhrgebiets faktisch in ihren eigenen Händen ohne Teilnahme Frankreichs und der UdSSR an der Kontrolle über die Produktion und ohne irgendeinen Einfluß der deutschen demokratischen Organisationen. Dadurch wird die Möglichkeit einer Abmachung zwischen den amerikanischen und britischen Monopolen einerseits und den deutschen Magnaten der Kohlen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets andererseits erleichtert, was die Wiederherstellung des Kriegspotentials Deutschlands und die Bildung eines neuen deutschen Aggressionsherdes ermöglicht.

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß eine solche Politik mit den Interessen des Friedens und den Interessen des deutschen Volkes und der anderen Völker Europas völlig unvereinbar ist. Nur die Übergabe der Schwerindustrie des Ruhrgebiets in die Hände des deutschen Volkes und die Einführung einer genau befristeten Kontrolle über die Erzeugung und Verteilung der Produktion der Ruhrindustrie durch die vier Staaten — UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich —, die gemeinsam die Entwicklung der Ruhrindustrie ausschließlich zu friedlichen Zwecken gewährleisten könnten, würden die Möglichkeit bieten, die Ruhrfrage im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas zu lösen.

7. Aus all dem Gesagten ist zu ersehen, daß die Londoner Beschlüsse eine grobe Verletzung der Abkommen von Jalta und Potsdam über die Frage der Einheit Deutschlands und über die Durchführung der Entmilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, die Vernichtung des Kriegspotentials Deutschlands und die Beseitigung der Bedingungen, die eine neue deutsche Aggression erleichtern könnten, darstellen.

Infolgedessen kann die Erklärung des Londoner Kommunique's, wonach die Londoner Beschlüsse eine künftige Verständigung zwischen den vier Mächten in der Deutschlandfrage er-

leichtern sollen, absolut nicht als stichhaltig angesehen werden. Daß diese Erklärung nicht stichhaltig ist, ist bereits daraus ersichtlich, daß die Londoner Beschlüsse in völligem Widerspruch stehen zu den früher gefaßten Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam, da sie sowohl das Abkommen über die Errichtung eines Viermächte-Kontrollmechanismus für Deutschland als auch das Abkommen über die Prüfung der Deutschlandfrage im Außenministerrat der vier Mächte durchkreuzen. Die Londoner Separatberatungen der drei Mächte unter Teilnahme der Beneluxländer und die Londoner Separatbeschlüsse dieser Mächte können die Erzielung eines Übereinkommens zwischen den vier Mächten in der Deutschlandfrage nicht nur keinesfalls erleichtern, sondern sie untergraben auch das Vertrauen der Völker zu den internationalen Abmachungen, an denen die USA und Großbritannien beteiligt sind. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Verletzung abgeschlossener internationaler Abkommen kein Vertrauen zu den Verletzern dieser Abkommen schaffen kann. In Anbetracht des Dargelegten weigern wir uns, den Beschlüssen der Londoner Beratung irgendwelche Rechtskraft und irgendwelche moralische Autorität zuzuerkennen.

8. Im Einklang mit den Abkommen von Jalta und Potsdam in der Deutschlandfrage halten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns für eine unaufschiebbare Aufgabe, vor allem folgende Fragen zu lösen:

Erstens. Im Einvernehmen zwischen Großbritannien, der UdSSR, Frankreich und den USA sind Maßnahmen durchzuführen, die die Vollendung der Demilitarisierung Deutschlands gewährleisten.

Zweitens. Einführung einer genau befristeten Kontrolle der vier Mächte — Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA — über die Schwerindustrie des Ruhrgebiets mit dem Ziel, die Friedenszweige der Ruhrindustrie zu entwickeln und die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials zu verhindern.

Drittens. Im Einvernehmen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA soll eine provisorische demokratische, friedliebende gesamtdeutsche Regierung aus Vertretern der demokratischen Parteien

SECRET

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

und Organisationen Deutschlands gebildet werden mit dem Ziel, Garantien gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression zu schaffen.

Viertens. Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen, damit binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages die Besatzungstruppen aller Mächte aus Deutschland abgezogen werden.

Fünftens. Ausarbeitung von Maßnahmen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Staaten, die durch die deutsche Aggression gelitten haben.

21

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

**NOTE DER SOWJETREGIERUNG AN
DIE REGIERUNG DER USA
vom 14. JULI 1948 ***

1. Die Sowjetregierung hat von der Note der Regierung der USA vom 6. Juli d. J. Kenntnis genommen, in der die gegenwärtig in Berlin entstandene Lage auf die Maßnahmen zurückgeführt wird, die von sowjetischer Seite ergriffen worden sind.

Die Sowjetregierung kann sich mit einer solchen Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten nicht einverstanden erklären und ist der Meinung, daß die gegenwärtige Lage in Berlin infolge der Verletzung der von den vier Mächten angenommenen vereinbarten Beschlüsse über Deutschland und Berlin durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entstanden ist, die in der Durchführung einer separaten Währungsreform, in der Einführung einer besonderen Währung für die westlichen Sektoren von Berlin und in der Politik der Zerstückelung Deutschlands zum Ausdruck kam.

Die Sowjetregierung hat die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs mehrfach warnend auf die Verantwortung hingewiesen, die sie übernehmen, wenn sie den Weg der Verletzung der von den vier Mächten früher gefaßten vereinbarten Beschlüsse über Deutschland einschlagen. Die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse sowie das Viermächteabkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland stellen sich die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, die Untergrabung der eigentlichen Grundlage des deutschen Militarismus und

* Gleichlautende Noten wurden auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zugeleitet.

die Verhinderung einer Wiedergeburt Deutschlands als einer aggressiven Macht und damit die Verwandlung Deutschlands in einen friedliebenden und demokratischen Staat zum Ziel. Diese Abkommen sehen die Verpflichtung Deutschlands vor, Reparationen zu zahlen, und dadurch, wenn auch nur teilweise, den Schaden in den Ländern wiedergutzumachen, die durch die deutsche Aggression gelitten haben. Gemäß diesen Abkommen übernahmen die Regierungen der vier Mächte die Verantwortung für die Verwaltung Deutschlands und verpflichteten sich, das Statut Deutschlands oder aller beliebigen Gebiete, darunter auch Berlins, die einen Teil des deutschen Territoriums darstellen, gemeinsam festzusetzen und einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen, der von einer für diesen Zweck geeigneten Regierung eines demokratischen Deutschlands unterzeichnet werden soll.

Diese überaus wichtigen Viermächteabkommen über Deutschland wurden durch die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs verletzt. Die Maßnahmen zur Entmilitarisierung Deutschlands wurden nicht zu Ende geführt, und ein so überaus wichtiger Herd der deutschen Rüstungsindustrie wie das Ruhrgebiet wurde der Viermächtekontrolle entzogen. Die Ausführung des Beschlusses über die Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurde durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs hintertrieben. Durch die separaten Handlungen der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde der Viermächte-Kontrollmechanismus in Deutschland zerstört, und der Kontrollrat stellte infolgedessen seine Tätigkeit ein.

Nach der Londoner Beratung der drei Mächte unter Teilnahme der Beneluxländer führen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf die Spaltung und Zerstückelung Deutschlands gerichtete Maßnahmen durch, einschließlich die gegenwärtig getroffene Vorbereitung zur Einsetzung einer separaten Regierung für die Westzonen Deutschlands und die am 18. Juni d. J. durchgeführte separate Währungsreform für die westlichen Besatzungszonen.

Da die in Berlin ebenso wie in ganz Deutschland entstandene Lage eine direkte Folge der systematischen Verletzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz sowie des

Viermächteabkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ist, muß die Sowjetregierung die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten als völlig unbegründet zurückweisen, wonach die Maßnahmen zur Einschränkung des Güter- und Personenverkehrs zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die vom sowjetischen Kommando zum Schutz der Wirtschaft der Sowjetzone vor Desorganisierung vorgenommen wurde, angeblich eine Verletzung der bestehenden Abkommen über die Verwaltung von Berlin darstellen.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie halte ihren Sektor in Berlin auf einer Rechtsgrundlage besetzt, die sich aus der Niederlage und Kapitulation Deutschlands ergebe, und beruft sich dabei auf das Viermächteabkommen über Deutschland und Berlin. Dadurch wird lediglich bestätigt, daß die Ausübung des erwähnten Rechts in bezug auf Berlin verbunden ist mit der unbedingten Einhaltung der zwischen den vier Mächten geschlossenen Abkommen über Deutschland als Ganzes durch die Besatzungsmächte Deutschlands. Gemäß diesen Abkommen war Berlin als der Sitz der obersten Behörde der vier Besatzungsmächte Deutschlands vorgesehen, wobei ein Abkommen über die Verwaltung Groß-Berlins unter der Leitung des Kontrollrats erzielt wurde.

Somit stellt das Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins einen integrierenden Bestandteil des Abkommens über die Viermächteverwaltung Deutschlands als Ganzes dar. Nachdem die USA, Großbritannien und Frankreich durch ihre Separatverhandlungen in den Westzonen Deutschlands das System der Viermächteverwaltung Deutschlands zerstört hatten und daran gingen, Frankfurt am Main als Hauptstadt für eine Regierung Westdeutschlands auszubauen, untergruben sie damit auch die Rechtsgrundlage, die ihr Recht auf Teilnahme an der Verwaltung Berlins sicherte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten leitet in ihrer Note ihr Recht auf Anwesenheit in Berlin ferner davon ab, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus einigen Bezirken der sowjetischen Besatzungszone abgezogen hätten, in die sie während der Kampfhandlungen in Deutschland eingedrungen waren, und meint, sie würde ihre Truppen aus

diesen Bezirken nicht abgezogen haben, wenn sie die in Berlin entstandene Situation vorausgesehen hätte. Die Regierung der Vereinigten Staaten weiß jedoch sehr wohl, daß sie mit dem Abzug ihrer Truppen in die durch das Viermächteabkommen über die Besatzungszonen Deutschlands festgesetzten Grenzen der amerikanischen Zone lediglich den übernommenen Verpflichtungen nachkam, deren Erfüllung allein ihr das Recht auf den Einzug von USA-Truppen in Berlin geben konnte.

25X1A

Die Einsichtnahme in das in der Note der USA-Regierung erwähnte Schreiben des Präsidenten Truman an den Ministerpräsidenten Stalin vom 14. Juni 1945 und in das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Stalin vom 16. Juni 1945 bestätigt, daß die Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs dank dem damals erzielten Abkommen die Möglichkeit erhielten, sowohl in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, als auch in die Hauptstadt Österreichs, Wien, einzuziehen, die bekanntlich nur von den Truppen der Sowjetarmee eingenommen worden waren. Zudem ist bekannt, daß die erwähnten Abkommen in der Frage Berlin wie auch Wien nur ein Teil der Abkommen über Deutschland und Österreich waren, auf deren Einhaltung die Sowjetregierung nach wie vor besteht.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, die vom sowjetischen Kommando ergriffenen zeitweiligen Maßnahmen zur Einschränkung des Güter- und Personenverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen hätten in der Versorgung der Berliner Bevölkerung der westlichen Sektoren Schwierigkeiten geschaffen. Es kann jedoch nicht bestritten werden, daß diese Schwierigkeiten durch die Handlungen der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs und vor allem durch ihre separaten Handlungen bei der Einführung einer neuen Währung in den Westzonen Deutschlands und einer besonderen Währung in den westlichen Sektoren Berlins hervorgerufen wurden.

Berlin liegt im Zentrum der Sowjetzone und bildet einen Teil dieser Zone. Die Interessen der Berliner Bevölkerung lassen es nicht zu, daß in Berlin oder auch nur in den westlichen Sektoren Berlins eine besondere Währung eingeführt wird, die in der Sowjetzone nicht in Umlauf ist.

Indessen versetzte die Durchführung der separaten Währungsreform in den Westzonen Deutschlands Berlin und mit ihm auch die ganze sowjetische Besatzungszone in eine Lage, wo die ganze Masse der in den Westzonen außer Kraft gesetzten Geldscheine Berlin und die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu überschwemmen drohte.

Das sowjetische Kommando sah sich deshalb zum Schutz der Interessen der deutschen Bevölkerung sowie der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone und des Gebiets Groß-Berlin gezwungen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen. Die Gefahr einer Störung der normalen Wirtschaftstätigkeit der sowjetischen Besatzungszone und Berlins ist auch heute nicht beseitigt, da die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auch weiterhin ihre besondere Währung in Berlin aufrechterhalten.

Gleichzeitig bewies und beweist das sowjetische Kommando unveränderlich seine Sorge um das Wohlergehen und die Sicherung einer normalen Versorgung der Berliner Bevölkerung mit allem Notwendigen und strebt eine möglichst rasche Beseitigung der in der letzten Zeit diesbezüglich entstandenen Schwierigkeiten an. Dabei wird es die Sowjetregierung, falls erforderlich, nicht ablehnen, eine ausreichende Versorgung von ganz Groß-Berlin aus ihren eigenen Mitteln zu gewährleisten.

Was die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten betrifft, sie werde sich weder durch Drohungen noch durch Druck oder andere Handlungen zwingen lassen, ihrem Recht auf Teilnahme an der Besetzung Berlins zu entsagen, so beabsichtigt die Sowjetregierung nicht, sich in eine Erörterung dieser Erklärung einzulassen, denn sie hat keine Pressionspolitik nötig, da die erwähnten Regierungen durch die Verletzung der vereinbarten Beschlüsse über die Verwaltung Berlins ihr Recht auf Teilnahme an der Besetzung Berlins selbst verwirkt haben.

4. Die Regierung der Vereinigten Staaten bringt in ihrer Note vom 6. Juli die Bereitschaft zum Ausdruck, zwischen den vier verbündeten Besatzungsmächten Besprechungen zur Erörterung der in Berlin entstandenen Lage einzuleiten, sie übergeht aber dabei die Frage Deutschlands als Ganzes mit Schweigen.

Die Sowjetregierung hat gegen Besprechungen nichts einzuwenden, sie hält es jedoch für notwendig zu erklären, daß sie den Eintritt in diese Besprechungen nicht mit der Erfüllung irgendwelcher vorherigen Bedingungen verbinden kann und daß zweitens die Viermächtebesprechungen nur in dem Falle wirksam sein können, wenn sie nicht auf die Frage der Verwaltung Berlins beschränkt werden, da diese Frage unmöglich von der Gesamtfrage der Viermächtekontrolle über Deutschland loszulösen ist.

**DIREKTIVE DER REGIERUNGEN DER UdSSR, DER USA,
GROSSBRITANNIENS UND FRANKREICHS AN DIE VIER
OBERBEFEHLSHABER DER BESATZUNGSTRUPPEN
IN DEUTSCHLAND
vom 30. August 1948***

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben beschlossen, daß folgende Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß zwischen den vier Oberbefehlshabern in Berlin ein Übereinkommen über ihre praktische Verwirklichung erzielt wird:

a) die in der letzten Zeit eingeführten Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen und im Güterverkehr nach und aus der Sowjetzone Deutschlands sind aufzuheben;

b) die Deutsche Mark der Sowjetzone ist als die einzige Berliner Währung einzuführen, und die westliche „B“-Mark ist in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen.

Im Zusammenhang mit dem oben Gesagten werden Sie beauftragt, sich mit Ihren Kollegen zu beraten, um so rasch wie möglich die für die Ausführung dieser Beschlüsse erforderlichen detaillierten Maßnahmen zu treffen, und Ihrer Regierung spätestens bis zum 7. September die Ergebnisse Ihres Meinungsaustausches sowie das genaue Datum zur Kenntnis zu bringen, an dem die in Punkt a) und Punkt b) vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden können.

Die vier Oberbefehlshaber haben die Maßnahmen auszuarbeiten, die mit der Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zusammenhängen.

* Diese Direktive wurde von den vier Regierungen während der Moskauer Verhandlungen im August 1948 vereinbart.

Die Maßnahmen zum Umtausch der Währung sowie zur weiteren Bereitstellung und Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin sollen:

a) Benachteiligungen oder Maßregelungen der Besitzer von Westmarkbeträgen im Zusammenhang mit dem Umtausch dieser in Berlin ausgegebenen westlichen „B“-Mark verhindern. Diese „B“-Mark wird gegen die Deutsche Mark der Sowjetzone im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden;

b) gleiche Bedingungen des Währungsverhältnisses und Einräumung durchaus zugänglicher Bank- und Kreditmöglichkeiten in allen Sektoren Berlins gewährleisten. Die vier Oberbefehlshaber werden beauftragt, für ausreichende Garantien zu sorgen, damit verhindert wird, daß die Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zu einer Störung des Geldumlaufs oder zu einer Verletzung der Währungsstabilität in der sowjetischen Besatzungszone führt;

c) eine befriedigende Grundlage für den Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands schaffen. Änderungen an dieser vereinbarten Grundlage werden nur auf Vereinbarung der vier Oberbefehlshaber erfolgen;

d) ausreichende Geldmittel für Budgetzwecke und für die maximal gesenkten Besatzungskosten bereitstellen und dafür sorgen, daß der Haushalt Berlins defizitlos abschließt.

Die Regelung des Geldumlaufs in Berlin hat durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone über die gegenwärtig tätigen Kreditanstalten Berlins zu erfolgen.

Zur Kontrolle über die praktische Verwirklichung der obenerwähnten Finanzmaßnahmen, die mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin zusammenhängen, wird eine Finanzkommission aus Vertretern der vier Oberbefehlshaber gebildet.

**DENKSCHRIFT DER SOWJETREGIERUNG AN
DIE REGIERUNGEN DER USA, GROSSBRITANNIENS
UND FRANKREICHS
vom 18. September 1948**

1. Die Regierung der UdSSR hat von der Denkschrift der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 14. September d. J. Kenntnis genommen, die eine einseitige Auslegung der Verhandlungen zwischen den vier Oberbefehlshabern in Berlin enthält und den von dem sowjetischen Oberbefehlshaber in diesen Verhandlungen bezogenen Standpunkt falsch darlegt.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die Behandlung der im Laufe der Berliner Verhandlungen entstandenen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Auslegung der den Oberbefehlshabern erteilten Direktive, von der in der erwähnten Denkschrift die Rede ist, erleichtert und beschleunigt worden wäre, wenn die vier Oberbefehlshaber ihren Regierungen einen gemeinsamen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen vorgelegt hätten. In diesem Falle hätten sich die Moskauer Verhandlungen nicht auf diese oder jene einseitigen Mitteilungen gestützt, sondern auf eine präzise Darlegung des Standpunkts aller vier Oberbefehlshaber sowohl in den bereits vereinbarten als auch in den nicht vereinbarten Fragen. Da aber die Vertreter der drei Regierungen es ablehnten, sich an dieses Verfahren zu halten, erachtet es die Sowjetregierung für angebracht, auf die in der obenerwähnten Denkschrift aufgeworfenen Fragen zu antworten.

Die Denkschrift vom 14. September behandelt folgende drei Fragen: 1. Einschränkung des Verbindungs- und Transportwesens sowie des Handelsverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen; 2. Vollmachten und Funktionen der Finanz-

kommission und insbesondere ihr Verhältnis zur Deutschen Notenbank; 3. Kontrolle über den Handel Berlins. Dabei wird behauptet, der sowjetische Oberbefehlshaber sei von der in Moskau in diesen Fragen erzielten Vereinbarung abgewichen.

Die Sowjetregierung hält diese Behauptung für unbegründet, da der sowjetische Oberbefehlshaber bei den Berliner Verhandlungen sich strikt an die vereinbarte Direktive und an die zusätzlichen Erläuterungen gehalten hat, die von der Sowjetregierung bei der Ausarbeitung dieser Direktive in Moskau gegeben wurden. Die von der Sowjetregierung vorgenommene Prüfung aller Unterlagen, die sich auf die Berliner Verhandlungen beziehen, zeigt, daß die Ursache der im Laufe der Berliner Verhandlungen entstandenen Meinungsverschiedenheiten das Bestreben der Oberbefehlshaber der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs ist, die in Moskau vereinbarte Direktive einseitig auszulegen und ihr eine Deutung zu geben, die bei der Ausarbeitung der Direktive nicht vorgesehen war und eine Verletzung dieser Direktive darstellt, womit sich die Sowjetregierung nicht einverstanden erklären kann.

2. Zur ersten in der Denkschrift vom 14. September erwähnten Frage heißt es in der Direktive an die vier Oberbefehlshaber wie folgt:

„Die in der letzten Zeit eingeführten Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen und im Güterverkehr nach und aus der Sowjetzone Deutschlands sind aufzuheben.“

Die vom sowjetischen Oberbefehlshaber in diesen Fragen eingebrachten konkreten Vorschläge stimmen vollkommen mit dieser Direktive überein und bezwecken die Aufhebung aller nach dem 30. März 1948 eingeführten Einschränkungen des Verbindungs- und des Transportwesens sowie des Handelsverkehrs, wie dies bei der Ausarbeitung der Direktive ausgemacht wurde. Bei der Behandlung dieser Frage wies der sowjetische Oberbefehlshaber auf die Notwendigkeit hin, daß die anderen drei Oberbefehlshaber die durch den Beschluß des Kontrollrats vom 30. November 1945 festgelegten Regeln des Luftverkehrs für die Erfordernisse der Besatzungstruppen strikt einhalten, was seit der Festlegung dieser Regeln vor

SECRET

drei Jahren von keinem der Befehlshaber je bestritten wurde. Es gibt keinen Grund dafür, diese rechtmäßige Forderung des sowjetischen Oberbefehlshabers als Einführung irgendeiner neuen Einschränkung im Luftverkehr aufzufassen, da diese Regeln bereits im Jahre 1945, und nicht erst nach dem 30. März 1948 eingeführt wurden. Nichtsdestoweniger versuchte der Oberbefehlshaber der USA, die Notwendigkeit der Einhaltung dieser vom Kontrollrat für den Luftverkehr der Besatzungstruppen festgelegten und bis heute gültigen Regeln in Abrede zu stellen.

In Anbetracht des oben Gesagten ist die Sowjetregierung der Meinung, daß die Einstellung des sowjetischen Oberbefehlshabers in dieser Frage vollkommen richtig ist, während sich die Einstellung des Oberbefehlshabers der USA nicht nur in keiner Weise auf die vereinbarte Direktive stützt, sondern ihr zuwiderläuft. Eine gegenteilige Auslegung kann zu einer willkürlichen Abkehr von jedem früher gefaßten Beschluß des Kontrollrats führen, womit sich die Sowjetregierung nicht einverstanden erklären kann.

3. In der Direktive an die Oberbefehlshaber werden auch die Vollmachten und Funktionen der Finanzkommission und der Deutschen Notenbank genau umrissen:

„Die Maßnahmen zum Umtausch der Währung sowie zur weiteren Bereitstellung und Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin sollen:

a) Benachteiligungen oder Maßregelungen der Besitzer von Westmarkbeträgen im Zusammenhang mit dem Umtausch dieser in Berlin ausgegebenen westlichen „B“-Mark verhindern. Diese „B“-Mark wird gegen die Deutsche Mark der Sowjetzone im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden;

b) gleiche Bedingungen des Währungsverhältnisses und Einräumung durchaus zugänglicher Bank- und Kreditmöglichkeiten in allen Sektoren Berlins gewährleisten. Die vier Oberbefehlshaber werden beauftragt, für ausreichende Garantien zu sorgen, damit verhindert wird, daß die Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zu einer Störung des Geldumlaufs oder zu einer Verletzung der Währungsstabilität in der sowjetischen Besatzungszone führt;

c) eine befriedigende Grundlage für den Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands schaffen.

Anderungen an dieser vereinbarten Grundlage werden nur auf Vereinbarung der vier Oberbefehlshaber erfolgen;

d) ausreichende Geldmittel für Budgetzwecke und für die maximal gesenkten Besatzungskosten bereitstellen und dafür sorgen, daß der Haushalt Berlins defizitlos abschließt.

Die Regelung des Geldumlaufs in Berlin hat durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone über die gegenwärtig tätigen Kreditanstalten Berlins zu erfolgen.

Zur Kontrolle über die praktische Verwirklichung der obenerwähnten Finanzmaßnahmen, die mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin zusammenhängen, wird eine Finanzkommission aus Vertretern der vier Oberbefehlshaber gebildet.“

Diese Direktive wurde in voller Übereinstimmung mit den vorhergegangenen Erklärungen des Ministerpräsidenten J. W. Stalin vom 23. August ausgearbeitet, auf die die erwähnte Denkschrift Bezug nimmt.

Aus dem angeführten Wortlaut ist ersichtlich, daß die Vollmachten und Funktionen der Finanzkommission und der Deutschen Notenbank durch diese Direktive genau festgelegt sind, woran sich der sowjetische Oberbefehlshaber auch gehalten hat. Im Einklang mit dieser Direktive und mit dem in Moskau erzielten Einvernehmen der vier Mächte hat die Finanzkommission ihre Kontrolle nicht über alle Operationen der Notenbank auszuüben, die Berlin betreffen, sondern lediglich über jene Operationen der Deutschen Notenbank in Berlin, die in Punkt a), b), c) und d) der erwähnten Direktive vorgesehen sind. Bei der Erörterung dieser Frage in Moskau wurde der Vorschlag, die Kontrolle der Finanzkommission über die gesamte Tätigkeit der Deutschen Notenbank in Berlin einzuführen, nicht angenommen, da dies zu einer Einmischung der Finanzkommission in die Regelung des Geldumlaufs führen würde, die sich mit der Verantwortung der Sowjetverwaltung für die Regelung des Geldumlaufs in der sowjetischen Besatzungszone nicht vereinbaren ließe.

In Übereinstimmung mit dem oben Gesagten kann sich die Sowjetregierung mit der falschen Auslegung der vereinbarten Direktive in der Denkschrift der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der USA nicht ein-

verstanden erklären und hält es für notwendig, sich strikt an diese Direktive zu halten.

4. Bezüglich des Handels beschränkt sich die früher vereinbarte Direktive auf die Weisung an die Oberbefehlshaber, eine ausreichende Grundlage für den Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands zu schaffen. Bekanntlich hat die Sowjetregierung bei den Moskauer Verhandlungen am 23. August in dieser Frage einen bestimmten Vorschlag eingebracht, doch wurde diese Frage nicht einer ausführlichen Erörterung unterzogen, sondern an die Oberbefehlshaber zur Behandlung überwiesen.

Die in dieser Frage von dem sowjetischen Oberbefehlshaber eingebrachten Vorschläge geben keinen Anlaß zur Behauptung, daß sie dem Geist oder dem Sinn der vereinbarten Direktive widersprechen. Im Gegenteil, diese Vorschläge sind darauf gerichtet, daß die erwähnte Direktive in Übereinstimmung mit den in Moskau erzielten Vereinbarungen ausgeführt werde.

Gleichzeitig beantragt die Sowjetregierung zur Beschleunigung der Ausarbeitung praktischer Maßnahmen in Berlin, den Oberbefehlshabern in dieser Frage ausführlichere Weisungen zu erteilen, als dies in der vereinbarten Direktive getan wurde. Die Sowjetregierung erklärt sich damit einverstanden, daß der Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands unter die Kontrolle der Finanzkommission der vier Mächte gestellt werde; diese Kontrolle soll vorsehen, daß der Modus, der sowohl für die Einfuhr nach Berlin als auch für die Ausfuhr aus Berlin auf Grund von Lizenzen der Sowjetischen Militärverwaltung besteht, erhalten bleibt. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß eine solche Weisung zur Ausarbeitung eines konkreten Abkommens für den Handel mit Berlin beitragen wird.

5. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die Verhandlungen der Oberbefehlshaber in Berlin nur in dem Falle positive Ergebnisse zeitigen können, wenn die Oberbefehlshaber die zwischen den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der USA und der UdSSR vereinbarten Direktiven und Weisungen strikt einhalten werden.

**NOTE DER SOWJETREGIERUNG
AN DIE REGIERUNG DER USA
vom 25. September 1948***

1. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nahm Kenntnis vom Inhalt der Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 22. September 1948 betreffs der Viermächtebesprechungen in Moskau und Berlin über die Frage der Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone als alleiniger Währung in Berlin und über die Aufhebung der Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands.

In diesem Zusammenhang erachtet es die Sowjetregierung für notwendig zu erklären, daß der von der Regierung der Vereinigten Staaten eingenommene Standpunkt es keineswegs erleichtert, sondern im Gegenteil erschwert, ein Übereinkommen hinsichtlich der Regelung der Lage in Berlin zu erzielen, die entstanden ist infolge der separaten Währungsreform und der Einführung besonderer Geldscheine in den Westzonen Deutschlands und in den westlichen Sektoren Berlins, was eine extreme und weitestgehende Maßnahme zur Durchführung der auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Politik der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs war.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten weist in ihrer Note auf die drei strittigen Fragen hin, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in der Denkschrift vom 14. September und von der Regierung der UdSSR in der Denkschrift vom 18. September 1948 erwähnt wurden.

* Gleichlautende Noten wurden den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zugeleitet.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen über die oben-erwähnten Fragen auf der gegenwärtigen Basis nutzlos sei, und ist der Auffassung, daß zwecks Schaffung von Vorbedingungen für eine Fortsetzung der Verhandlungen die zeitweiligen Transporteinschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen, die von dem sowjetischen Kommando eingeführt wurden, um die Interessen der deutschen Bevölkerung sowie der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone und Berlins zu schützen, aufgehoben werden müssen. Eine solche Erklärung steht in direktem Widerspruch zu dem am 30. August zwischen den vier Regierungen in Moskau erzielten Übereinkommen (der Direktive an die Oberbefehlshaber), in dem erklärt wurde:

„Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben beschlossen, daß folgende Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß zwischen den vier Oberbefehlshabern in Berlin ein Übereinkommen über ihre praktische Verwirklichung erzielt wird:

a) die in der letzten Zeit eingeführten Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen und im Güterverkehr nach und aus der Sowjetzone Deutschlands sind aufzuheben;

b) die Deutsche Mark der Sowjetzone ist als die einzige Berliner Währung einzuführen, und die westliche „B“-Mark ist in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen.“

Aus dem Wortlaut des oben zitierten Übereinkommens geht hervor, daß die vier Regierungen während der Verhandlungen in Moskau als gleichzeitige Maßnahme die Aufhebung der Einschränkungen des Handels und Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen sowie die Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone als alleiniger Währung für Berlin vereinbarten. Die Sowjetregierung besteht auf dieser Vereinbarung, da die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht mit ihrer Machtvollkommenheit in der Verwaltung der Westzonen Deutschlands begnügen, sondern gleichzeitig wünschen, in Währungs- und Finanzangelegenheiten auch die sowjeti-

sche Besatzungszone zu verwalten, indem sie in Berlin, das im Zentrum der Sowjetzone liegt, ihre separate Währung einführen, um so die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands zu zerrütten und letzten Endes die UdSSR daraus zu verdrängen.

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, daß die in Moskau erzielte Vereinbarung durchgeführt wird, und ist der Ansicht, daß weitere Verhandlungen nur dann von Erfolg sein können, wenn die drei anderen Regierungen die Vereinbarungen in gleicher Weise einhalten. Wenn die Regierung der USA von der am 30. August erzielten Vereinbarung zurücktritt, kann daraus nur der Schluß gezogen werden, daß die Regierung der USA keinerlei Vereinbarung zwischen der UdSSR, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in der Bereinigung der Berliner Frage wünscht.

3. Da die Stellungnahme der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu den drei strittigen Fragen in der Note vom 22. September dargelegt ist, hält es die Sowjetregierung für nötig, dasselbe zu tun:

a) Was den Luftverkehr zwischen Berlin und den Westzonen anlangt, ist die Ausübung einer Kontrolle des sowjetischen Kommandos über die Beförderung von Handelsgütern und Passagieren ebenso notwendig wie im Eisenbahn-, Wasserstraßen- und Landstraßenverkehr. Die Luftverkehrswege können nicht unkontrolliert bleiben, da zwischen den vier Regierungen darüber Einvernehmen erzielt worden war, daß in dem Abkommen die Einrichtung einer entsprechenden Kontrolle des Geldumlaufs in Berlin und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen vorgesehen sein soll.

b) In der Direktive an die Oberbefehlshaber, die von den vier Regierungen am 30. August angenommen wurde, werden die Kontrollfunktionen der Viermächte-Finanzkommission hinsichtlich der Durchführung von Finanzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin genau umschrieben. Die Sowjetregierung hält es für notwendig, daß diese Vereinbarung durchgeführt wird, einschließlich der darin vorgesehenen maximalen Senkung der Besatzungskosten in Berlin und eines defizitlosen Haushalts für Berlin, was bisher in den Berliner Besprechungen unerörtet geblieben ist.

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

c) Die Sowjetregierung hat bereits ihre Einwilligung dazu gegeben, daß der Handel zwischen Berlin, dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands unter die Kontrolle der Viermächte-Finanzkommission gestellt wird. Die Sowjetregierung erklärt nun ihre Bereitwilligkeit zur Einführung der Viermächtekontrolle über die Erteilung von Ein- und Ausfuhrlicenzen, vorausgesetzt, daß in allen anderen Fragen eine Einigung erzielt wird.

Somit ist die Erzielung einer Einigung über die Lage in Berlin vor allen Dingen davon abhängig, ob die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs eine solche Einigung anstreben.

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

ERKLÄRUNG MARSCHALL SOKOLOWSKIS

BERLIN, 2. Oktober (TASS). Der Korrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) sowie die Korrespondenten der Zeitungen „Berliner Zeitung“, „Tribüne“ und „Neues Deutschland“ wandten sich anlässlich der Viermächtebesprechungen in Moskau und Berlin an den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Sokolowski, mit Fragen über die Lage in Berlin.

Marschall Sokolowski beantwortete diese Fragen wie folgt:

1. *Frage:* Warum erschweren die amerikanischen und britischen Behörden gegenwärtig die Lösung der Berliner Frage?

Antwort: Bei uns entsteht der Eindruck, daß die Westmächte keine Lösung der Berliner Frage suchen. Sie setzen in dieser Frage ihre aggressive Politik fort, die Ziele verfolgt, die mit einer Regelung der Lage in Berlin nichts gemein haben. Indem sie die Lösung der Berliner Frage erschweren, versuchen die Westmächte vor allem, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der durch sie betriebenen Spaltung Deutschlands und der Schaffung eines westdeutschen Staates abzulenken. Der spalterische „Parlamentarische Rat“ für Westdeutschland ist bereits geschaffen, und die westdeutsche Verfassung sowie das sogenannte Besatzungsstatut für die Westzonen, das als Friedensvertragsersatz für Deutschland dienen soll, werden eiligst vorbereitet.

Die Erschwerung der Berliner Frage wird auch dazu benutzt, um reaktionäre Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands aufzuzäumen und sie als Stütze bei der Durchführung des „Marshallplans“ zu verwenden.

Indem die Westmächte zu Unsicherheit und Unruhe bei-

tragen, benutzen sie die Berliner Frage, um das Zurechtzimmern eines aggressiven militärischen Westblocks, der sich gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie richtet, zu tarnen und die Aufmerksamkeit der Völker von den Fragen des Friedens und der Abrüstung abzulenken.

Würden die drei Westmächte eine Lösung der Berliner Frage suchen, die die Interessen aller vier Mächte in loyaler Weise berücksichtigt, so hätten die Besprechungen schon längst zu einem positiven Ergebnis geführt. Sie streben jedoch keine loyale Lösung an, sie wollen Berlin als eine „vorgeschobene Stellung“ zur Bekämpfung der Demokratie und des Sozialismus ausnutzen, und Bevin hat das in seiner letzten Rede im Unterhaus unumwunden gesagt. Faktisch wird Berlin von den Westmächten durch die Desorganisierung der Währung und andere aggressive Handlungen, die das Potsdamer Abkommen verletzen, bereits als Stützpunkt zur Zersetzung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in der Sowjetzone benutzt.

2. Frage: Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen der sogenannten „Berliner Krise“?

Antwort: Die tiefsten Ursachen dieser Krise liegen in der Politik der Spaltung Deutschlands, die von den Westmächten betrieben wird. Hätten die Westmächte nicht die Politik der Spaltung Deutschlands verfolgt, so hätte weder die Berliner noch irgendeine andere „Krise“ in deutschen Angelegenheiten entstehen können. Die Londoner Beratung der drei Mächte hat im März dieses Jahres den Beschluß gefaßt, die Spaltung Deutschlands zu vollenden und einen westdeutschen Staat zu schaffen. Als das sowjetische Kommando am 20. März im Kontrollrat forderte, über die geheimen Beschlüsse der Londoner Beratung der drei Mächte zur deutschen Frage informiert zu werden, weigerten sich die drei westlichen Oberbefehlshaber, dem Kontrollrat eine solche Information zu geben. Sie gaben auch keinerlei Zusicherungen, daß die separaten Beschlüsse der Londoner Konferenz den Potsdamer Beschlüssen und den Grundsätzen der Viermächteverwaltung Deutschlands nicht widersprechen.

Diese Separatbeschlüsse der drei Mächte über grundlegende Schicksalsfragen Deutschlands haben den Kontrollrat und die Viermächteverwaltung Deutschlands gesprengt und

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

folglich der Viermächteverwaltung von Berlin einen vernichtenden Schlag versetzt, um so mehr, als die westlichen Besatzungsmächte versuchten, die Westsektoren der Stadt in den westdeutschen Staat einzubeziehen, der von ihnen geschaffen wird.

Die unmittelbare Ursache für die Entstehung der sogenannten „Berliner Krise“ war die am 18. Juni 1948 von den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden durchgeführte separate Währungsreform in Westdeutschland, die einige Tage später auch auf die Westsektoren Berlins ausgedehnt wurde.

Die Forderungen von sowjetischer Seite, eine gesamtdeutsche Währungsreform durchzuführen, und die im Kontrollrat über die Hauptgrundsätze einer solchen gesamtdeutschen Währungsreform bereits erzielten Vereinbarungen wurden von den westlichen Besatzungsmächten, die Kurs auf eine separate Währungsreform in Westdeutschland genommen hatten, ignoriert. Das war der bedeutsamste Schritt der westlichen Besatzungsbehörden auf dem Wege zur Vollendung der Spaltung Deutschlands. An Stelle einer einheitlichen deutschen Währung kamen in Deutschland zwei Währungen in Umlauf. An die Stelle einheitlicher Preise traten zweierlei Preise. Die Voraussetzungen für einen freien Personen- und Güterverkehr zwischen den Besatzungszonen Deutschlands wurden zunichte gemacht. Der interzonale Handel verwandelte sich im Grunde genommen in einen Handel zwischen verschiedenen Staaten. Faktisch kam er zum Erliegen. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands wurde nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt. Die sowjetischen Besatzungsbehörden waren gezwungen, an den Verbindungswegen mit den Westzonen einschränkende Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaft der Sowjetzone und Berlins vor der Überschwemmung durch die in Westdeutschland entwerteten alten Geldscheine zu schützen.

Nicht zufrieden mit dem erwähnten separaten Vorgehen in Westdeutschland, führten die westlichen Besatzungsbehörden jedoch auch in ihren Sektoren in Berlin eine Westmark mit „B“-Stempel ein, obwohl es klar ist, daß die Anwesenheit amerikanischer, britischer und französischer Behörden in Berlin diesen nicht das Recht gibt, den Geldumlauf in Ber-

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

lin und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch Einführung einer zweiten Währung aus dem Westen nach Berlin zu desorganisieren. Die Versuche, das wirtschaftliche Leben der Sowjetzone mit Hilfe der „B“-Mark zu desorganisieren, zwangen die Sowjetbehörden, die Gültigkeit der einschränkenden Schutzmaßnahmen an den Verbindungslinien zwischen Berlin und den Westzonen zu verlängern.

In der Beratung vom 22. Juni haben sogar die westlichen Finanzsachverständigen erklärt, daß sie „volles Verständnis besitzen für die Argumentation der sowjetischen Besatzungsbehörden, wonach es unmöglich ist, in Berlin anderes Geld als in der Sowjetzone in Umlauf zu bringen, da Berlin im Zentrum dieser Zone liegt und mit ihr durch wirtschaftliche Beziehungen aller Art verbunden ist“.

Auch die demokratische Öffentlichkeit Berlins und der Sowjetzone protestierte kategorisch gegen die Einführung einer zweiten Währung in Berlin; in diesem Zusammenhang haben seit Juni bis in die letzten Tage hinein Massenversammlungen und -demonstrationen der Werktätigen stattgefunden.

Auf die verhängnisvollen Folgen der Einführung einer zweiten Währung in Berlin wies auch die englische und französische Presse hin. So warnte die liberale englische Zeitung „Manchester Guardian“ am 24. Juni: „Wir müssen genau abwägen, ob wir unsere Anwesenheit in Berlin nicht selbst komplizieren, wenn wir eine zweite Währung einführen und den Deutschen das Leben erschweren, statt den Russen die Kontrolle über die Währung zu überlassen. Wir müssen zugeben, daß für die Deutschen das, was die Russen zu tun versuchten, nämlich eine einheitliche Währung für ganz Berlin einzuführen, das beste wäre.“

Vom aggressiven Charakter der Politik der westlichen Besatzungsbehörden in Berlin zeugen auch die praktischen Schritte der westlichen Behörden, die sie unternommen haben, um nach Einführung der „B“-Mark in Berlin die Währung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu untergraben und zu diskreditieren. In den Westsektoren Berlins wurde sofort auf dem schwarzen Markt in großem Maßstab die Spekulation mit der Währung der sowjetischen Besatzungszone organisiert, wobei zwischen den beiden Währungen künstlich

ein Kursverhältnis aufrechterhalten wurde, das für die Währung der Sowjetzone ungünstig war.

Mit dem gleichen Ziel, die Währung der Sowjetzone zu untergraben, wurden von den Amerikanern in den westlichen Sektoren Berlins Zigaretten, Kaffee, Schokolade und andere amerikanische Waren zum Verkauf „nur gegen ‚B‘-Mark“ auf den spekulativen schwarzen Markt geworfen. In Verfolgung dieses Weges eröffneten die westlichen Besatzungsbehörden in Berlin am 5. August in den Westsektoren sogenannte „Wechselstuben“ für die legale Spekulation mit der Währung der Sowjetzone.

Der Spekulationskurs wird in diesen „Wechselstuben“ von deren Besitzern zusammen mit Vertretern der westlichen Besatzungsbehörden „abhängig von politischen Erwägungen“ willkürlich festgesetzt.

Der Leiter der Finanzabteilung des Berliner Magistrats, Stadtrat Dr. Haas, konnte nicht umhin, diese Tatsache zu bestätigen. Die Gewinne aus der Spekulation mit der Währung der Sowjetzone in Berlin benutzen die westlichen Besatzungsbehörden, um auf Kosten der Sowjetzone die Besatzungs- und sonstigen Ausgaben der westlichen Behörden in Berlin zu decken.

Die westlichen Behörden in Berlin haben auch andere Maßnahmen ergriffen, um den Geldumlauf zu stören und ein Währungschaos in Berlin zu schaffen, was nicht ohne Rückwirkung auf die Lage in der Sowjetzone bleiben kann.

Am 10. August 1948 erließen die amerikanischen, britischen und französischen Behörden in Berlin eine Verordnung, die allen Dienststellen und Personen in den Westsektoren verbot, Geld von ihren Konten auf Konten im sowjetischen Sektor zu überweisen oder entsprechende Überweisungen aus dem sowjetischen Sektor anzunehmen.

Durch diese Verordnung beseitigten die westlichen Besatzungsbehörden faktisch den freien Geldumlauf innerhalb Berlins und verursachten eine Störung in der Tätigkeit der Berliner Kreditanstalten.

Außerdem erteilten die westlichen Besatzungsbehörden dem Berliner Magistrat den Befehl, die Steuern in den Westsektoren gesondert einzutreiben, wodurch die Einheit des Stadtbudgets aufgehoben wurde.

Im Juli und August dieses Jahres wurden in den Westsektoren der Stadt von den Besatzungsbehörden Verordnungen erlassen, die den Handels- und Industriefirmen der Westsektoren verboten, irgendwelche industrielle oder kommerzielle Verbindungen mit den Firmen des sowjetischen Sektors und der sowjetischen Besatzungszone aufrechtzuerhalten, was der Berliner Wirtschaft im ganzen und vor allem der Industrie der Westsektoren einen schweren Schlag versetzte. Die Besatzungsbehörden zwangen die deutschen Firmen der Westsektoren, Handelsabmachungen mit Firmen des sowjetischen Sektors selbst in den Fällen zu lösen, wenn diese den Betrieben der Westsektoren die fehlenden Kohlen und Rohstoffe lieferten.

Alle diese Tatsachen zeugen davon, daß die westlichen Besatzungsbehörden bei der Einführung der zweiten Währung in Berlin das Ziel verfolgten, die Währung der sowjetischen Besatzungszone zu untergraben und deren Wirtschaft zu desorganisieren, worauf die sowjetischen Besatzungsbehörden keinesfalls eingehen konnten.

3. Frage: Wie ist Ihre Einstellung zu der Frage der sogenannten „Blockade“ Berlins? Kann man die Forderung der westlichen Behörden nach Aufhebung der sogenannten „Blockade“ Berlins als Voraussetzung für Besprechungen über die Berliner Frage für berechtigt halten?

Antwort: Es gab und gibt keine „Blockade“ Berlins. Gäbe es eine „Blockade“, so wäre die Berliner Bevölkerung der Möglichkeit beraubt, mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gebrauchsgütern versorgt zu werden. Aber faktisch besitzt die gesamte Berliner Bevölkerung die volle Möglichkeit, alle ihr zustehende Versorgung, darunter auch Kohle für den Winter, aus dem sowjetischen Sektor Berlins zu beziehen. Nur der Widerstand des den westlichen Besatzungsbehörden untertänigen Berliner Magistrats beraubt die Berliner Bevölkerung der Möglichkeit, diese Versorgung unmittelbar in den Läden der Westsektoren Berlins zu erhalten.

Die kostspielige Beförderung von Lebensmitteln und Kohle mit Flugzeugen aus den Westzonen nach Berlin über die sogenannte „Luftbrücke“ stellt deshalb eine unnötige und rein propagandistische Maßnahme dar, die Deutschland nur überflüssige Kosten aufbürdet.

Allerdings wird die „Luftbrücke“ auch für den Abtransport von Werten aus Berlin nach den Westzonen benutzt, doch das kann das Bestehen der „Luftbrücke“ nicht rechtfertigen. Aber sogar bei der gegenwärtigen Lage, bei dem Bestehen der sogenannten „Luftbrücke“ zwischen Berlin und den Westzonen, wird Berlin faktisch im wesentlichen auf Kosten der Sowjetzone versorgt. Nach keineswegs vollständigen Angaben gelangen aus der Sowjetzone auf verschiedenen Wegen täglich bis zu 900 Tonnen Lebensmittel, von Kohle, Textilien und anderen Waren ganz abgesehen, in die Westsektoren. Ich möchte entschieden die kürzlich in London im Unterhaus abgegebene verlogene Erklärung zurückweisen, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden angeblich auf eine Hungersnot unter der Berliner Bevölkerung gerechnet hätten, als sie am 18. Juni d. J. einschränkende Maßnahmen an den Verbindungslinien zwischen Berlin und den Westzonen anordneten. Mitte Juni besaßen die westlichen Sektoren von Berlin noch große Lebensmittelvorräte. Auch jetzt lagert in den Westsektoren Berlins eine große Menge Getreide der Sowjetischen Militärverwaltung.

Nichtsdestoweniger faßte die Sowjetregierung auf Vorstellung der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland bereits Anfang Juli den Beschluß, für die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung vollständig aufzukommen.

Aus der Sowjetunion sind 100 000 Tonnen Getreide und später auch 10 800 Tonnen Fette geliefert worden, was sowohl den ersten Bedarf der deutschen Bevölkerung von Berlin als auch den in der sowjetischen Besatzungszone entstandenen Fettmangel deckte.

Ist es etwa angesichts des Gesagten nicht klar, daß das Gerede über die „Hungerblockade“ Berlins eine bewußte Verleumdung und provokatorische Erfindung ist? Was die Versorgung der Berliner Westsektoren mit Kohle, Elektrizität und Gas betrifft, so hängt die Lösung dieser Frage ausschließlich von der Beseitigung der Hindernisse ab, die den Handelsabmachungen zwischen der Industrie der Berliner Westsektoren und der Industrie der Sowjetzone, die den Westsektoren der Stadt die notwendigen Brenn- und Rohstoffe zur Verfügung stellen kann, von den westlichen Besatzungsbehörden in den Weg gelegt werden.

So steht es um die verlogene Legende von der sogenannten „Blockade“ Berlins.

Was nun die Forderungen der Westmächte betrifft, vor der Wiederaufnahme von Besprechungen über die Berliner Frage die einschränkenden Maßnahmen an den Verbindungswegen zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen aufzuheben, so ist diese Forderung ein schlagender Beweis dafür, daß die Westmächte von dem in Moskau erreichten Viermächteabkommen, wonach gleichzeitig mit der Aufhebung der einschränkenden Maßnahmen an den Verbindungswegen auch die zweite Währung in Berlin, das heißt die „B“-Mark, aus dem Umlauf gezogen wird, abgewichen sind.

4. Frage: Können Sie uns etwas über den Verlauf der Berliner Besprechungen der vier Oberbefehlshaber mitteilen?

Antwort: Die Besprechungen der vier Oberbefehlshaber in Berlin begannen am 31. August und wurden am 7. September auf Betreiben des amerikanischen Oberbefehlshabers, General Clay, abgebrochen. Zu Beginn wurden Sachverständigenkommissionen für Verkehrswege, Finanzen und Handel gebildet. In den ersten Sitzungen machten die westlichen Sachverständigen keinerlei konkrete Vorschläge. Das rief eine gewisse Verzögerung in der Arbeit der Oberbefehlshaber hervor. Aus diesem Grunde und auch wegen der großen Anzahl technischer Fragen konnten die Sachverständigenkommissionen bis zum 7. September lediglich einen Teil der ihnen übertragenen Fragen erörtern. Die Oberbefehlshaber hätten mindestens noch drei oder vier Tage benötigt, um die Prüfung aller unvereinbart gebliebenen Handels- und Finanzfragen abzuschließen und den Regierungen einen gemeinsamen Bericht der Oberbefehlshaber mit einer Aufstellung sowohl der vereinbarten als auch der unvereinbarten Fragen vorzulegen, worauf das sowjetische Kommando auch bestand. Die drei westlichen Oberbefehlshaber wünschten jedoch nicht, einen solchen vereinbarten Bericht vorzulegen.

Der amerikanische Oberbefehlshaber bestand darauf, die Verhandlungen zu unterbrechen; das führte später zu ihrer Sprengung.

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

5. Frage: Wie war der Standpunkt des sowjetischen Oberbefehlshabers bei den Besprechungen der Oberbefehlshaber in Berlin in der Frage der Aufhebung der Einschränkungen an den Verbindungslinien zwischen Berlin und den Westzonen?

Antwort: Der sowjetische Oberbefehlshaber strebte während der Verhandlungen in Berlin danach, entsprechend der Direktive der vier Regierungen eine befriedigende Grundlage für die Wiederaufnahme eines normalen Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen zu finden.

Am 7. September 1948 brachte das sowjetische Kommando folgende Vorschläge ein:

„1. Alle Einschränkungen sowohl des Eisenbahn- als auch des Kraftwagenverkehrs, die seit dem 30. März 1948 verfügt worden sind, werden aufgehoben.

2. Der Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands erfolgt auf der Eisenbahnlinie Helmstedt—Berlin und der Autobahn Helmstedt—Berlin.

3. Auf der Linie Helmstedt—Berlin wird ein Tageslimit von 16 Zugpaaren, davon 3 Militärzüge, festgesetzt.

4. Der Reiseverkehr von Militärpersonen, deren Familienmitgliedern und von Zivilangestellten der Besatzungstruppen, die Staatsangehörige des Landes sind, dem diese Besatzungstruppen angehören, erfolgt in Militärzügen und in Kraftwagen auf der Autobahn auf Grund von Personalausweisen, die diese Militärpersonen, deren Familienangehörigen und die Zivilangestellten dieser Besatzungstruppen vorweisen können. Das deutsche Personal, das im Dienst der Besatzungsbehörden steht, reist zwischen den Zonen in gewöhnlichen Personenzügen. Es darf die Militärzüge der alliierten Besatzungsbehörden nicht benutzen. Die Beförderung militärischer Frachten der Besatzungstruppen erfolgt in Militärzügen, wobei ein Frachtbrief, der an der Kontrollpassierstelle von dem Kommandanten des entsprechenden Militärzuges vorzulegen ist, zum Transport dieser Frachten berechtigt.

5. Lebensmittel und Kohle, die auf der Eisenbahnlinie Helmstedt—Berlin zur Versorgung der Berliner Bevölkerung eintreffen, werden an der Kontrollpassierstelle nach Vorlegung

der Frachtbriefe, Handelsgüter nach vorzulegenden Lizenzen kontrolliert.

6. Zur Kontrolle der Militärzüge wird an den Ausgangs- und Eingangsstationen, für den Kraftwagenverkehr an der Autobahn im Raum der Zonengrenzen und im Raum von Berlin ein beiderseitiger Patrouillendienst eingerichtet.

7. Die vier Besatzungsmächte erlassen Anordnungen, die die Mitnahme von Valuta, Westmark und Ostmark in den Zügen, Kraftwagen und Flugzeugen verbieten.

8. Der Luftverkehr mit Berlin für den Bedarf der Besatzungszonen der Westmächte erfolgt auf der Grundlage des Kontrollratsbeschlusses vom 30. November 1945.

9. Für den interzonalen Handel und für den internationalen Verkehr werden alle Eisenbahnstrecken und Schiffahrtsstraßen sowohl vom Westen nach dem Osten als auch vom Osten nach dem Westen benutzt.“

Die Vorschläge des sowjetischen Kommandos zu den Fragen der Verbindungswege stellen die normalen Voraussetzungen für die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln, Brennstoffen und anderen Gütern restlos wieder her. Was die Anzahl der Züge und den Verkehr auf den Autostraßen anbetrifft, so verschlechtern sie in keiner Weise jene Versorgung der Berliner Westsektoren, die früher in den Kontrollratsorganen festgesetzt wurde. Vielmehr wurden früher für den Güterverkehr nach und aus Berlin praktisch niemals 16 Zugpaare täglich benötigt, wie sie vom sowjetischen Kommando vorgeschlagen wurden.

Die Vorschläge des sowjetischen Kommandos über die Aufhebung der Einschränkungen an den Verbindungswegen wurden von den westlichen Oberbefehlshabern als wichtig und für die Besprechungen wesentlich fördernd anerkannt.

Nichtsdestoweniger konzentrierten die Oberbefehlshaber der Westzonen, die offenbar überhaupt nicht geneigt waren, die sowjetischen Vorschläge anzunehmen, obwohl in diesen alle Hauptwünsche der westlichen Besatzungsbehörden berücksichtigt wurden, ihre Aufmerksamkeit allein auf den Punkt 8 über die Luftverbindung, den sie als einen künstlichen Vorwand für die Weigerung benutzten, die sowjetischen Vorschläge über die Verbindungslinien zwischen Berlin und den Westzonen zu erörtern und anzunehmen.

Sie versuchten, die Frage der Luftverbindungen aus der Diskussion auszuschließen, als ob diese Frage vollständig in ihren eigenen Kompetenzbereich fiele.

Ich muß bemerken, daß in bezug auf die Luftkorridore zwischen Berlin und den Westzonen bereits am 30. November 1945 ein Kontrollratsbeschluß gefaßt worden war, wonach der Luftverkehr zwischen Berlin und den Westzonen nur für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen der Westmächte, die sich in Berlin befinden, erfolgen sollte. Das sowjetische Kommando in Berlin schlug lediglich vor, sich von diesem Beschluß leiten zu lassen, und nahm keinerlei Änderungen daran vor. Es ist in jedem Falle klar, daß beim Vorhandensein zweier verschiedener Währungen im westlichen und im östlichen Teil Deutschlands eine Kontrolle sowjetischer Organe über den gesamten Güterverkehr, darunter auch über die Luftfrachten, errichtet werden muß, eine zum Schutze der Währung der Sowjetzone vor ungesetzlichen Frachten und Schmuggelwaren unerläßliche Maßnahme.

Man muß darauf hinweisen, daß die westlichen Oberbefehlshaber, nachdem sie die sowjetischen Vorschläge in der Frage der Verbindungslinien erhalten hatten, ihrerseits keine ebenso eindeutigen Erklärungen darüber abgaben, daß auch sie unverzüglich Maßnahmen zur Wiederaufnahme des von ihnen unterbrochenen Verkehrs zwischen der Sowjetzone und den Westzonen Deutschlands sowie des Transitverkehrs der Sowjetzone mit anderen Ländern durch die Westzonen ergreifen würden.

6. Frage: Wie war der Standpunkt des sowjetischen Kommandos bei den Berliner Besprechungen in der Frage der Einführung der Währung der sowjetischen Besatzungszone in Berlin und der Herausnahme der „B“-Mark aus dem Umlauf?

Antwort: Die an die Oberbefehlshaber erteilten Anweisungen sehen vor, daß die Deutsche Mark der Sowjetzone die einzige Währung für Berlin wird, während die westliche „B“-Mark gleichzeitig mit der Aufhebung der Einschränkungen an den Verbindungslinien mit den Westzonen in Berlin aus dem Umlauf gezogen wird.

Die vier Oberbefehlshaber waren beauftragt, konkrete

Maßnahmen zur Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin auszuarbeiten. Diese Maßnahmen sollten:

„a) Benachteiligungen oder Maßregelungen der Besitzer von Westmarkbeträgen im Zusammenhang mit dem Umtausch dieser in Berlin ausgegebenen westlichen ‚B‘-Mark verhindern. Diese ‚B‘-Mark wird gegen die Deutsche Mark der Sowjetzone im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden;

b) gleiche Bedingungen des Währungsverhältnisses und Einräumung durchaus zugänglicher Bank- und Kreditmöglichkeiten in allen Sektoren Berlins gewährleisten. Die vier Oberbefehlshaber werden beauftragt, für ausreichende Garantien zu sorgen, damit verhindert wird, daß die Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zu einer Störung des Geldumlaufs oder zu einer Verletzung der Währungsstabilität in der sowjetischen Besatzungszone führt;

c) eine befriedigende Grundlage für den Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands schaffen. Änderungen an dieser vereinbarten Grundlage werden nur auf Vereinbarung der vier Oberbefehlshaber erfolgen;

d) ausreichende Geldmittel für Budgetzwecke und für die maximal gesenkten Besatzungskosten bereitstellen und dafür sorgen, daß der Haushalt Berlins defizitlos abschließt.“

Durch die Direktive der vier Regierungen war vorgesehen, daß „die Regelung des Geldumlaufs in Berlin durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone über die gegenwärtig tätigen Kreditanstalten Berlins zu erfolgen hat. Zur Kontrolle über die praktische Verwirklichung der obenerwähnten Finanzmaßnahmen, die mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin zusammenhängen, wird eine Finanzkommission aus Vertretern der vier Oberbefehlshaber gebildet.“

Während der Besprechungen in Berlin wurde von den Oberbefehlshabern das Verfahren zum Umtausch der in Berlin in Umlauf gesetzten westlichen „B“-Mark gegen die Deutsche Mark der sowjetischen Besatzungszone sowie das Verfahren für die Umwertung der Giro- und Sparkonten in den Kreditanstalten der Westsektoren von Berlin im wesentlichen vereinbart.

Die Vorschläge des sowjetischen Kommandos über die Finanzfragen stellten auch auf anderen Gebieten ein konkretes Aktionsprogramm dar, das die Einhaltung der in der Direk-

tive der vier Regierungen vorgesehenen Bedingungen gewährleistet. Aus den von den westlichen Oberbefehlshabern bezogenen Positionen war jedoch ersichtlich, daß sie für sich eine Lage in Berlin zu schaffen wünschten, die praktisch die Finanzpolitik und den Geldumlauf sowohl in Berlin als auch in der Sowjetzone völlig ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß unterstellt hätte.

Vom britischen Kommando wurde in der Frage der Funktionen der Finanzkommission ein Dokument eingebracht, in dem vorgesehen war, daß die Finanzkommission in Berlin die „höchste Finanzbehörde“ darstelle.

Entgegen der Direktive der vier Regierungen, wonach die Regelung des Geldumlaufs in Berlin durch die Deutsche Notenbank erfolgen sollte, schlug das britische Kommando vor, daß die Westmächte ihre eigene Kreditpolitik für die Kreditanstalten Berlins durch die Berliner Stadtbank festsetzen, während die Deutsche Notenbank der sowjetischen Besatzungszone ihre Funktionen in Berlin unter der Leitung der Finanzkommission ausüben soll. Dadurch sollte der Geldumlauf auch der Sowjetzone praktisch unter die Kontrolle dieser Viermächte-Finanzkommission gestellt werden, wofür es keinerlei Begründung gibt, um so mehr, als der Geldumlauf in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands voll und ganz von den Militärbehörden dieser Zonen geregelt wird. Eine derartige Forderung der westlichen Behörden bedeutet im Grunde die Übergabe der Kontrolle über das Wirtschaftsleben der Sowjetzone in die Hände der Viermächte-Finanzkommission.

Eine derartige Einmischung der westlichen Besatzungsbehörden in die Frage der Regelung des Geldumlaufs ist mit der Verantwortlichkeit der Sowjetischen Militärverwaltung für die Regelung des Geldumlaufs in der sowjetischen Besatzungszone unvereinbar.

Die Natur des Geldumlaufs verlangt, daß die Leitung der Finanzpolitik in einer Hand liegt. Die Forderung nach einer selbständigen Finanzpolitik für Berlin birgt beim Umlauf der Währung der sowjetischen Besatzungszone in Berlin große Gefahren für das Wirtschaftsleben der Sowjetzone in sich. Träte in Berlin als Folge selbständiger Anweisungen der Finanzkommission eine Inflation ein, so würde sich

diese unvermeidlich auch auf die sowjetische Besatzungszone ausbreiten, was die sowjetischen Besatzungsbehörden nicht zulassen können. Dabei wurde in den britischen Vorschlägen, die von dem amerikanischen und dem französischen Oberbefehlshaber unterstützt wurden, direkt die Forderung erhoben, die Deutsche Notenbank der Sowjetzone solle den Kreditanstalten von Berlin Geldscheine auf Grundlage ihres Bedarfs, das heißt im Grunde in unbeschränkter Menge zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag der westlichen Besatzungsbehörden steht in krassem Widerspruch zu den Anweisungen der Direktive der vier Regierungen, nach der die vier Oberbefehlshaber beauftragt werden, für ausreichende Garantien zu sorgen, damit verhindert wird, daß die Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zu einer Störung des Geldumlaufs oder zu einer Verletzung der Währungsstabilität in der sowjetischen Besatzungszone führt. Somit zeigten die Vorschläge der Oberbefehlshaber der Westzonen nicht den guten Willen und das Bestreben, auf Grund der Direktive der vier Regierungen einen für alle vier Seiten annehmbaren Standpunkt zu finden. Im Gegenteil, sie demonstrierten eine gewisse Aggressivität ihrer Absichten und den Wunsch, die Finanzkommission zur Desorganisierung des Geldumlaufs und der Wirtschaft der Sowjetzone auszunutzen. Daraus geht klar hervor, wie unbegründet die Behauptungen sind, das sowjetische Kommando wäre in der Frage der Einführung der Mark der Sowjetzone in Berlin sowie der Funktionen der Viermächte-Finanzkommission von den an die Oberbefehlshaber erteilten Anweisungen abgewichen. Es waren umgekehrt gerade die Oberbefehlshaber der Westzonen, die eine Forderung stellten, die im krassen Widerspruch zu ihren Verpflichtungen stand. Offensichtlich wurde das bewußt getan, mit dem Ziel, die Verhandlungen zu sprengen und damit die Verwirklichung des zwischen den vier Regierungen in Moskau erreichten Abkommens zu verhindern.

7. Frage: Welche Vorschläge sind von sowjetischer Seite in der Frage des Handels zwischen Berlin und den Westzonen sowie dritten Ländern gemacht worden?

Antwort: Das sowjetische Kommando war im Verlauf der Berliner Besprechungen bestrebt, auch in dieser Frage

eine für alle Seiten möglichst annehmbare Lösung zu finden. Mir ist bekannt, daß die Sowjetregierung am 25. September d. J. in ihrer Note in dieser Frage einen noch weitergehenden Vorschlag gemacht hat, der eine vereinbarte Lösung zu finden gestattet. Die Sowjetregierung schlug in dieser Note vor, den Handel zwischen Berlin und den Westzonen sowie dritten Ländern unter Ausgabe von Lizenzen für Warenausfuhr und -einfuhr im Viermächteverfahren durchzuführen. Eben dieses Verfahren war von dem amerikanischen Oberbefehlshaber, General Clay, im Laufe der Besprechungen der Oberbefehlshaber in Berlin vorgeschlagen worden. Die Vertreter der Westmächte betrachten jedoch die in diesem Vorschlag der Sowjetregierung enthaltene wesentliche Konzession jetzt aus irgendeinem Grunde als illusorisch und wünschen offenbar ein Verfahren, bei dem die sowjetische Verwaltung — obwohl in Berlin die Währung der Sowjetzone zirkulieren würde — überhaupt der Möglichkeit beraubt wäre, an der Regelung des Handels zwischen Berlin und den Westzonen sowie dritten Ländern teilzunehmen. Es ist durchaus begreiflich, daß die sowjetische Verwaltung unter den gegenwärtigen Bedingungen, da in Deutschland zwei verschiedene Währungen im Umlauf sind, und bei Einführung einer einheitlichen Währung der Sowjetzone in Berlin wie in der Sowjetzone eine noch größere Verantwortung für den Zustand des Geldsystems in Berlin und in der Sowjetzone trägt, wofür die Sicherung eines normalen Handels in Berlin eine wichtige Voraussetzung darstellt. Unter diesen Umständen würde die Verdrängung der Sowjetischen Militärverwaltung aus der Regelung des Berliner Handels faktisch die Öffnung breiter Kanäle für spekulative Handelsabmachungen jeder Art in den Berliner Westsektoren bedeuten, die sowohl der Wirtschaft der Sowjetzone und Berlins als auch dem Geldumlauf in der Sowjetzone und in Berlin einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen könnten. Und daß derartige spekulative Abmachungen und Geschäfte möglich sind, zeigt die Tatsache, daß die Wirtschaftsabteilung des Berliner Magistrats sich jetzt mit der Untersuchung derartiger Spekulationsgeschäfte im Zusammenhang mit dem illegalen Handel mit den Westzonen sogar über die „Luftbrücke“ befaßt, deren Umfang vorläufig auf 10 Millionen Mark beziffert wird. Aus dem Gesagten geht klar

hervor, daß die sowjetische Seite im Verlauf der Besprechungen in Berlin von der Notwendigkeit ausging, eine positive Grundlage für die Lösung der den Oberbefehlshabern gestellten Fragen im Geiste des Einverständnisses und der Vereinbarung zu finden. Sie stieß jedoch vom Anfang der Besprechungen an auf eine voreingenommene und ablehnende Einstellung der anderen Oberbefehlshaber zu ihren Vorschlägen. Obwohl in den von den Oberbefehlshabern gebildeten Sachverständigenkommissionen für Finanzfragen, Verkehrsfragen und Handelsfragen in vielen Fragen ein gemeinsamer Standpunkt erreicht wurde, hielten es die westlichen Oberbefehlshaber trotzdem nicht für möglich, die begonnene Arbeit abzuschließen. Und überhaupt hat der Verlauf der Besprechungen gezeigt, daß die Oberbefehlshaber der westlichen Besatzungszonen die Besprechungen offenbar mit der im voraus gefaßten Absicht aufgenommen haben, jeden Vorschlag der sowjetischen Seite abzulehnen. Eine derartige übelwollende Taktik konnte während des gesamten Verlaufs der Besprechungen beobachtet werden.

8. Frage: Wie sind die Aussichten für die Lösung der „Berliner Krise“?

Antwort: Die Sowjetregierung hat bereits am 25. September den Westmächten erklärt, daß sie bereit ist, weitere Verhandlungen über die Berliner Frage auf der Grundlage des in Moskau am 30. August erreichten Abkommens zu führen. Somit hängt es voll und ganz von dem Wunsch der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ab, ob in der Berliner Frage ein Übereinkommen auf praktischer Grundlage unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen erreicht wird. Die Versuche, eine Lösung dieser Frage auf anderen Wegen zu erreichen, sind offenbar lediglich darauf berechnet, die durch Verschulden der westlichen Besatzungsbehörden entstandene anomale Lage in Berlin andauern zu lassen, was aber nicht zu den Ergebnissen führen kann, die sich die westlichen Besatzungsbehörden erhoffen.

**NOTE DER SOWJETREGIERUNG
AN DIE REGIERUNG DER USA
vom 3. Oktober 1948***

I. Die Regierung der UdSSR hat von der Note der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 26. September d. J. Kenntnis genommen und erachtet es für notwendig zu erläutern, daß die Verantwortung für die in Berlin entstandene Lage voll und ganz auf die Regierungen der drei Mächte fällt. Eine Berliner Frage hat es bis zu der Zeit, wo die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs an die Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen Deutschlands und in drei Sektoren von Berlin schritten, überhaupt nicht gegeben. Außerdem ist bekannt, daß die erwähnte separate Währungsreform lediglich eine der letzten und besonders weitgehenden Maßnahmen in der Durchführung der Politik der Zerstückelung Deutschlands war, die die Westzonen Deutschlands außerhalb der Viermächtekontrolle gestellt hat.

Die Regierung der USA begann die Politik der Zerstückelung Deutschlands gemeinsam mit der Regierung Großbritanniens, indem sie im Jahre 1946, entgegen dem von den Mächten der Antihitlerkoalition auf der Potsdamer Konferenz geschlossenen Abkommen in der deutschen Frage, den separaten wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands durchführte. Dadurch wurde auch das früher zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich geschlossene Abkom-

* Gleichlautende Noten wurden auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zugeleitet.

men über eine gemeinsame Viermächtekontrolle des besetzten Deutschlands grob verletzt. Damals suchte man dies mit wirtschaftlichen Erwägungen zu rechtfertigen und zu beweisen, daß die Vereinigung der zwei Zonen weder zur Zerstückelung Deutschlands noch zur Sprengung der von den vier Mächten vereinbarten Politik der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands führe. In Wirklichkeit jedoch führt diese Politik der drei Mächte in dem vom übrigen Deutschland losgetrennten Westdeutschland immer mehr zur Verstärkung des Einflusses der antidemokratischen und nazistischen Elemente, die für die frühere aggressive Politik des deutschen Imperialismus die Verantwortung tragen und ihren Revanchebestrebungen, die nicht nur die Nachbarländer, sondern auch die Sicherheit der Völker von ganz Europa bedrohen, nicht entsagt haben. In letzter Zeit hat sich besonders im Zusammenhang mit der Verwirklichung des „Marshallplans“ die reale Gefahr einer Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials im westlichen Teil Deutschlands herausgebildet, was das Potsdamer Abkommen der Mächte verletzt und den Interessen aller friedliebenden Länder widerspricht.

Seitdem ist die Durchführung dieser Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs so weit gegangen, daß im Frühjahr d. J. auf den Londoner Beratungen der drei Westmächte mit Beteiligung der Beneluxländer ein Plan beschlossen wurde, einen vom übrigen Deutschland losgetrennten, außerhalb der Viermächtekontrolle gestellten westdeutschen Staat zu schaffen. Auf der Tagesordnung steht die Bildung einer Regierung für Westdeutschland. Dieser Beschluß der drei Westmächte führt zur Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Zerstückelung Deutschlands mit allen ihren gefährlichen Folgen.

Um die Durchführung des Planes der endgültigen Zerstückelung Deutschlands vorzubereiten, wurde im Juni d. J. in der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone Deutschlands und in den drei Sektoren Berlins eine separate Währungsreform vorgenommen und eine besondere Währung, die westliche „B“-Mark, eingeführt. Wäre keine separate Währungsreform vorgenommen worden, die in geldwirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht nicht nur

Deutschland, sondern auch das im Zentrum der Sowjetzone liegende Berlin zerstückelt, so würde es überhaupt keine Berliner Frage geben, wie es sie auch vor Juni d. J., das heißt vor der von den drei Westmächten separat durchgeführten Währungsreform, nicht gegeben hat.

Diese Situation nötigte das Sowjetkommando, die Ausgabe der Deutschen Mark der Sowjetzone zu genehmigen und gleichzeitig die Verkehrseinschränkungen durchzuführen, ohne die es unmöglich gewesen wäre, angesichts der in den einzelnen Teilen Deutschlands und Berlins vorhandenen verschiedenen Währungen die Interessen der deutschen Bevölkerung zu schützen und das normale Wirtschaftsleben der Sowjetzone, besonders Berlins, gegen Desorganisierung zu sichern. Hätte es also keine separate Währungsreform gegeben, die das Viermächteabkommen verletzte und die Gefahr schuf, daß das ganze Wirtschaftsleben in der Sowjetzone und in Berlin desorganisiert wird, so hätte es auch der erwähnten Verkehrseinschränkungen nicht bedurft, die eine Verteidigungs-, eine Schutzmaßnahme der Sowjetregierung gegen die Offensivhandlungen der drei Regierungen darstellen.

Die Regierungen der drei Mächte betonen unausgesetzt ihre Rechte auf die Verwaltung von Berlin, die auf den bekannten Abkommen der vier Mächte über die gemeinsame Verwaltung Deutschlands und Berlins beruhen. Aber das Recht, Berlin, das sich im Zentrum der Sowjetzone befindet, durch die vier Regierungen zu verwalten, hat nur dann Sinn, wenn Deutschland als einheitlicher Staat und Berlin als seine Hauptstadt anerkannt wird. Da aber die drei Regierungen Westdeutschland von Ostdeutschland abgetrennt haben und dort einen besonderen Staat bilden, verliert das Recht dieser Regierungen auf die Verwaltung Berlins seinen Sinn. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben durch ihr separates Vorgehen in den Westzonen Deutschlands und in den drei Sektoren Berlins das System der Viermächteverwaltung sowohl Deutschlands als auch Berlins zerstört und damit die rechtliche Grundlage untergraben, die ihnen das Recht auf Teilnahme an der Verwaltung Berlins sicherte. Die Sowjetregierung brachte jedoch keine Einwände gegen die Anwesenheit der Besatzungstruppen der drei Mächte in Berlin vor, was auch Ministerpräsident J. W. Stalin bei seiner Zusammen-

kunft mit den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 2. August bestätigte.

Nichtsdestoweniger erklärte sich die Regierung der UdSSR, als die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vor zwei Monaten den Vorschlag machten, gemeinsam praktische Maßnahmen zur Regelung der Lage in Berlin auszuarbeiten, mit diesem Vorschlag einverstanden. Die hier-nach gepflogenen Verhandlungen in Moskau und in Berlin wurden in der Note der Regierung der USA vom 26. September unrichtig wiedergegeben, so daß es notwendig wurde, ausführlicher auf die faktische Seite der Sache einzugehen.

II. Während der in Moskau eingeleiteten Verhandlungen am 2. August machte Ministerpräsident J. W. Stalin den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs folgende Vorschläge:

a) das Sowjetkommando wird die in der letzten Zeit eingeführten Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen aufheben;

b) gleichzeitig hiermit wird die Deutsche Mark der Sowjetzone in Berlin als einzige Währung eingeführt, und die westliche „B“-Mark wird in Berlin aus dem Umlauf gezogen.

Außerdem verlieh Ministerpräsident J. W. Stalin dem nachdrücklichen Wunsch Ausdruck, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die Ausführung der Londoner Beschlüsse über die Bildung einer Regierung Westdeutschlands so lange aufschieben, bis Vertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zusammentreffen können, um die Frage Deutschlands im ganzen zu erörtern. Diese Frage wurde bei späteren Begegnungen des Ministerpräsidenten J. W. Stalin und des Außenministers W. M. Molotow mit den Vertretern der drei Mächte wiederholt erörtert.

In den Verhandlungen mit den Vertretern der erwähnten drei Mächte in Moskau wurde am 30. August ein Abkommen über folgende Direktive an die vier Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Berlin erzielt:

„Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben beschlossen, daß folgende Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß zwischen den vier Oberbefehlshabern in Berlin

ein Übereinkommen über ihre praktische Verwirklichung erzielt wird:

a) die in der letzten Zeit eingeführten Einschränkungen im Verbindungs- und Transportwesen sowie im Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen und im Güterverkehr nach und aus der Sowjetzone Deutschlands sind aufzuheben;

b) die Deutsche Mark der Sowjetzone ist als die einzige Berliner Währung einzuführen, und die westliche „B“-Mark ist in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen.

Im Zusammenhang mit dem oben Gesagten werden Sie beauftragt, sich mit Ihren Kollegen zu beraten, um so rasch wie möglich die für die Ausführung dieser Beschlüsse erforderlichen detaillierten Maßnahmen zu treffen, und Ihrer Regierung spätestens bis zum 7. September die Ergebnisse Ihres Meinungsaustausches sowie das genaue Datum zur Kenntnis zu bringen, an dem die in Punkt a) und Punkt b) vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden können.

Die vier Oberbefehlshaber haben die Maßnahmen auszuarbeiten, die mit der Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zusammenhängen.

Die Maßnahmen zum Umtausch der Währung sowie zur weiteren Bereitstellung und Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin sollen:

a) Benachteiligungen oder Maßregelungen der Besitzer von Westmarkbeträgen im Zusammenhang mit dem Umtausch dieser in Berlin ausgegebenen westlichen „B“-Mark verhindern. Diese „B“-Mark wird gegen die Deutsche Mark der Sowjetzone im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden;

b) gleiche Bedingungen des Währungsverhältnisses und Einräumung durchaus zugänglicher Bank- und Kreditmöglichkeiten in allen Sektoren Berlins gewährleisten. Die vier Oberbefehlshaber werden beauftragt, für ausreichende Garantien zu sorgen, damit verhindert wird, daß die Verwendung der Deutschen Mark der Sowjetzone in Berlin zu einer Störung des Geldumlaufs oder zu einer Verletzung der Währungsstabilität in der sowjetischen Besatzungszone führt;

c) eine befriedigende Grundlage für den Handel Berlins mit dritten Ländern und den Westzonen Deutschlands schaffen.

SECRET

Änderungen an dieser vereinbarten Grundlage werden nur auf Vereinbarung der vier Oberbefehlshaber erfolgen;

d) ausreichende Geldmittel für Budgetzwecke und für die maximal gesenkten Besatzungskosten bereitstellen und dafür sorgen, daß der Haushalt Berlins defizitlos abschließt.

Die Regelung des Geldumlaufs in Berlin hat durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone über die gegenwärtig tätigen Kreditanstalten Berlins zu erfolgen.

Zur Kontrolle über die praktische Verwirklichung der oben erwähnten Finanzmaßnahmen, die mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin zusammenhängen, wird eine Finanzkommission aus Vertretern der vier Oberbefehlshaber gebildet.“

In der Note der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 26. September ist der Wortlaut der oben angeführten vereinbarten Direktive der vier Regierungen an die Oberbefehlshaber in Berlin nicht enthalten. Was nun den Inhalt dieser Direktive und die Ausführungen des Ministerpräsidenten J. W. Stalin anbelangt, so werden sie in der Note der drei Regierungen sehr entstellt wiedergegeben.

Es genügt darauf hinzuweisen, daß in der an die Oberbefehlshaber in Berlin gerichteten, von den vier Regierungen vereinbarten Direktive, wie aus ihrem Text ersichtlich, die Kontrollfunktionen der von der Viermächte-Finanzkommission hinsichtlich der mit der Einführung und dem Umlauf einer einheitlichen Währung in Berlin, d. h. mit der Einführung der Deutschen Mark der Sowjetzone, verbundenen Finanzmaßnahmen genau angegeben sind. In der Direktive wird eindeutig gesagt, daß die Einführung und der Umlauf der einheitlichen Währung in Berlin unter die Finanzkontrolle der vier Mächte gestellt werden muß, es wird jedoch nirgends gesagt, daß sich dies auf die Emission (Ausgabe) der erwähnten Valuta bezieht, da dies zu einer Einmischung der drei Mächte in die Regulierung des Geldumlaufs in der ganzen Sowjetzone führen könnte. Es versteht sich von selbst, daß für die Emission der Deutschen Mark der Sowjetzone niemand anders die Verantwortung tragen kann als das Sowjetkommando, das für die Ausgabe dieses Geldes durch die Deutsche Notenbank der Sowjetzone verantwortlich ist, da von der Menge des in Umlauf befindlichen Geldes das

ganze Wirtschaftsleben der Zone abhängt. Ebenso wie in den Westzonen die Ausgabe des Geldes für den Umlauf ganz und gar der Kontrolle der Besatzungsmächte dieser Zonen unterstellt ist, muß auch in der Sowjetzone die Ausgabe des Geldes unter der alleinigen Kontrolle des Sowjetkommandos stehen. Demgegenüber forderten die Oberbefehlshaber der Westzonen bei den Verhandlungen in Berlin die Herstellung einer Dreimächtekontrolle über die Emission (Ausgabe) des Geldes in der ganzen Sowjetzone, wollten also dem ganzen Wirtschaftsleben der Sowjetzone ihre Kontrolle aufzwingen, womit sich die Vertreter der Sowjetunion nicht einverstanden erklären konnten.

Entgegen der in der Note der drei Regierungen vom 26. September enthaltenen Behauptung sieht der Wortlaut der vereinbarten Direktive an die vier Oberbefehlshaber keine Viermächtekontrolle über die Ausgabe der Deutschen Mark der Sowjetzone speziell für Berlin vor, wie dies auch in den Ausführungen des Ministerpräsidenten J. W. Stalin während der vorläufigen Erörterung dieser Direktive nicht der Fall war. Die Sowjetregierung weist solche unrichtigen Behauptungen, die darauf abzielen, die Abkehr der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs von der zwischen den vier Mächten vereinbarten Direktive an die Oberbefehlshaber zu verhüllen, voll und ganz zurück. Versuche aber, den Standpunkt des sowjetischen Oberbefehlshabers in Berlin dem Standpunkt der Sowjetregierung entgegenzustellen, wie er in der von den vier Regierungen vereinbarten Direktive seinen Ausdruck fand, sind von der Sowjetregierung schon in ihrer Note vom 18. September zurückgewiesen worden.

Die Sowjetregierung hielt sich streng an die vereinbarte Direktive vom 30. August, in der als gleichzeitig durchzuführende Maßnahmen vorgesehen war, die Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen aufzuheben, die Deutsche Mark der Sowjetzone als einzige Währung in Berlin einzuführen und alle in der Direktive angegebenen finanziellen Maßnahmen in Berlin unter die Viermächtekontrolle zu stellen. Da diese Direktive in geldwirtschaftlich-finanzieller Beziehung für alle vier Sektoren Berlins gleichartige Bestimmungen und gleichartige Möglichkeiten vorsieht, betrachtet die Sowjetregierung diese Direktive als eine befriedigende

Grundlage für ein Abkommen zwischen den vier Mächten.

Was den Handel Berlins mit den Westzonen und dritten Ländern anbelangt, so hat die Sowjetregierung bekanntlich ihr Einverständnis mit den diesbezüglichen Vorschlägen der drei Regierungen erklärt, so daß in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Ungeregelt blieb die Frage der Einführung einer Kontrolle über den Transport von Handelsgütern und Passagieren auf dem Luftwege zwischen Berlin und den Westzonen. Beim Vorhandensein von zwei verschiedenen Währungen im westlichen und östlichen Teil Deutschlands muß das Sowjetkommando, wie klar auf der Hand liegt, Garantien dafür haben, daß der Luftverkehr nicht für ungesetzliche Währungs- und Handelsoperationen ausgenutzt wird. Dies wurde von den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei ihrer Zusammenkunft mit W. M. Molotow am 18. September einmütig anerkannt. Der Vertreter der USA erklärte bei dieser Gelegenheit: „Es ist durchaus begreiflich, daß die Sowjetregierung sich gewisse Garantien gegen die Ausnutzung des Luftverkehrs für ungesetzliche Valutageschäfte oder Operationen des schwarzen Marktes verschaffen will. Befriedigende Garantien dieser Art könnten leicht geboten werden.“ Wenn die Regierungen der drei Mächte diese Erklärung als richtig anerkennen, so hält die Sowjetregierung es für durchaus möglich, die vorliegende Frage auf einer beiderseits annehmbaren Grundlage zu regeln.

Somit ließen sich die Meinungsverschiedenheiten auch in dieser Frage überwinden, wenn das Bestreben vorhanden ist, ein Abkommen zu erreichen, das alle vier Mächte zufriedenstellt.

Die Verhandlungen über die Berliner Frage hätten ein auf beiderseits befriedigender Grundlage beruhendes Abkommen ermöglicht, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht Präentionen erhoben hätten, die mit den Rechten der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unvereinbar sind. Die Verhandlungen wurden, obgleich die verbliebenen Meinungsverschiedenheiten unbedeutend waren, gesprengt, weil die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs es ablehnten, die von

25X1A

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

den vier Mächten vereinbarte Direktive für die Oberbefehlshaber einzuhalten.

III. In den Moskauer Augustverhandlungen J. W. Stalins und W. M. Molotows mit den Vertretern der drei Mächte wurde nicht nur die Berliner Frage erörtert, sondern auch die Deutschlandfrage im ganzen. Am 27. August wurde eine Verständigung über den folgenden Wortlaut eines Kommuniqués erzielt, das nach Abschluß der Verhandlungen veröffentlicht werden sollte:

„Die vier Regierungen sind auch darin übereingekommen, daß, abgesehen von der Beratung der vier Oberbefehlshaber, in nächster Zukunft Beratungen von Vertretern der vier Regierungen stattfinden werden, sei es im Außenministerrat oder in anderen Konferenzen von Vertretern der vier Mächte, um:

1. alle Berlin betreffenden ungelösten Fragen und
2. alle anderen ungelösten Probleme, die Deutschland im ganzen betreffen, zu erörtern.“

Es wurde jedoch keine Verständigung erreicht über den Schlußteil dieses Kommuniqués, worin die Antwort der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf den von der Sowjetregierung geäußerten Wunsch enthalten sein sollte, die Durchführung der Londoner Beschlüsse über die Schaffung einer Regierung Westdeutschlands so lange aufzuschieben, bis Vertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht bloß zur Erörterung der Berliner Frage, sondern auch zur Erörterung der gesamten Deutschlandfrage zusammenfinden können. Hierbei wurde der Sowjetregierung von den Vertretern der drei Mächte versichert, daß die Londoner Beschlüsse die Möglichkeit einer Verständigung der vier Regierungen über die Schaffung einer einheitlichen Regierung für ganz Deutschland nicht ausschließen.

Alles dies zeigt, daß die Regierungen der drei Mächte nicht umhin konnten, den engen Zusammenhang der Frage Berlins mit der gesamten Deutschlandfrage anzuerkennen. Dies bedeutet zugleich auch, daß die Lösung der Deutschlandfrage, einschließlich der Berliner Frage, auf der Durchführung der von den vier Mächten vereinbarten Beschlüsse beruhen muß, vor allem auf der Durchführung des Potsdamer Beschlusses und des Viermächteabkommens über die gemeinsame Kontrolle Deutschlands.

Approved For Release 2001/03/06 : CIA-RDP83-00415R003200010001-3

Da die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs die ernstesten Verletzungen des Potsdamer Abkommens und der anderen Viermächteabkommen in der deutschen Frage begingen, tragen sie auch die Verantwortung für die in Deutschland und in Berlin geschaffene Lage. Die genannten drei Regierungen haben den Mechanismus der Viermächtekontrolle in Deutschland und in Berlin zerstört. Sie haben die drei Westzonen Deutschlands der Viermächtekontrolle restlos entzogen und damit ihre Verpflichtungen verletzt. In Berlin aber, das im Zentrum der Sowjetzone gelegen ist, sind die drei Regierungen bemüht, sich eine privilegierte Stellung zu schaffen, indem sie die Wahrung der Rechte verlangen, die auf den von ihnen selbst mit Füßen getretenen und zunichte gemachten Viermächteabkommen beruhen. Das von ihnen erhobene verlogene Geschrei über die nicht existierende „Blockade Berlins“ und das Bestehen auf der sofortigen Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen kann nichts anderes bedeuten als das Bestreben, die von ihnen willkürlich eingeführte besondere Währung in Berlin beizubehalten und sich Handlungsfreiheit zu verschaffen für die unkontrollierte Ein- und Ausfuhr von Waren, durch die Berlin zu einem Zentrum der Valuta- und Warenspekulation werden würde, was unweigerlich zu einer Desorganisierung des ganzen Wirtschaftslebens in der Sowjetzone führen muß. Ein Abkommen über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen und über die gleichzeitige Einführung einer einheitlichen Währung in Berlin ist nicht zustande gekommen, da die drei Regierungen es ablehnten, diejenigen Garantien zu vereinbaren, die notwendig sind, um eine Zerrüttung des Wirtschaftslebens in der Sowjetzone zu verhindern. Jetzt aber wollen diese Regierungen die Verantwortung für die Sprengung der Verhandlungen von sich abwälzen. Noch mehr, unter dem Vorwand, ihre Rechte in Berlin schützen zu müssen, sind die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs faktisch bestrebt, in geldwirtschaftlich-finanzieller Beziehung auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu verwalten, um auf diese Weise die UdSSR ihrer gesetzlichen Rechte auch in diesem Teil Deutschlands zu berauben und die UdSSR letzten Endes von dort zu verdrängen.

IV. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und

Frankreichs, die die Verhandlungen gesprengt haben, greifen zu allen möglichen unbeweisbaren und geradezu widersinnigen Beschuldigungen gegen die UdSSR.

Die Regierungen der drei Mächte tragen in ihrer Note vom 26. September dazu bei, den Lärm um die Frage der sogenannten „Blockade Berlins“ in jeder Weise aufzubauschen, obgleich eine „Blockade Berlins“ in Wirklichkeit nicht existiert. Erklärungen des Inhalts, in Berlin drohten Hungersnot und Epidemien, sind absolut nicht stichhaltig und stellen einen wahrheitswidrigen Propagandatrick dar. In Berlin sind genügende Lebensmittelvorräte vorhanden. Die Sowjetregierung hat bereits Maßnahmen ergriffen, um die Berliner Bevölkerung mit allem Notwendigen zu versorgen. Auch die Versorgung der Besatzungstruppen ist in keiner Weise bedroht.

Als „Blockade Berlins“ werden die Verkehrsbeschränkungen bezeichnet, die vom Sowjetkommando eingeführt wurden, um die Interessen der Bevölkerung zu schirmen und das Wirtschaftsleben der Sowjetzone vor Desorganisation und Zerfall zu schützen. Ohne diese Schutzmaßnahmen ist nicht auszukommen, solange die Frage der Einführung einer einheitlichen Währung in Berlin nicht geregelt ist, deren Notwendigkeit auch die Regierungen der drei Mächte anerkannt haben. Den Lärm um diese Frage brauchen diejenigen, die bestrebt sind, die Gefühle der Unruhe, der Besorgnis und der Kriegshysterie so stark wie möglich zu schüren, nicht aber diejenigen, die nach einer wirklichen Regelung der Situation in Berlin streben.

In der Note der Regierungen der drei Mächte wird die leere Behauptung aufgestellt, die Sowjetbehörden in Berlin ließen es zu, daß eine Minderheit der Berliner Bevölkerung die Stadtverwaltung Berlins gewaltsam zu stürzen versucht. Indessen sind an die Sowjetbehörden in Berlin von der Sowjetregierung die strikten Weisungen ergangen, trotz der in der Berliner Bevölkerung vorhandenen Unzufriedenheit mit der geschaffenen Lage den örtlichen Berliner Organen ruhige Bedingungen für ihre Arbeit zu sichern, was auch von W. M. Molotow am 30. August bei seinem Zusammentreffen mit den Vertretern der drei Regierungen bestätigt wurde. Das Sowjetkommando hielt sich unabänderlich an diese Weisungen der Sowjet-

regierung, während die Ordnungsstörungen, die Unruhe in das Berliner Leben hineinbrachten, in demjenigen Teil Berlins stattfanden, der nicht unter der Kontrolle des Sowjetkommandos steht und für den die Militärbehörden der drei anderen Mächte die Verantwortung tragen.

Aus alledem ist zu ersehen, daß die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in Berlin sei eine Situation entstanden, die den Weltfrieden und die Sicherheit bedrohe, in keiner Weise begründet ist. Solche Erklärungen sind nicht imstande, die Aufmerksamkeit von der separaten und antidemokratischen Politik abzulenken, die im westlichen Teil Deutschlands durchgeführt wird und die Westdeutschland in ein gefügiges Werkzeug der aggressiven Pläne einer bestimmten Gruppe von Großmächten verwandelt. Es kann ferner nicht geleugnet werden, daß, wenn irgend jemand schon die Verantwortung für die jetzige Lage in Berlin trägt, dies eben gerade die Regierungen der drei Mächte sind, die die Verhandlungen über die Regelung der Situation in Berlin gesprengt haben. Hierbei haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ihre Verpflichtung ignoriert, strittige Fragen hinsichtlich Deutschlands und Berlins vor den Außenministerrat zu bringen, in dessen Kompetenzbereich bekanntlich die Regelung derartiger Angelegenheiten gehört.

V. Da die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in ihrer Note vom 26. September über die Lage in Berlin mitteilen, daß sie die Frage der Situation in Berlin dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Erörterung unterbreiten, erachtet die Regierung der UdSSR es für notwendig, folgendes zu erklären:

1. Die Frage der Situation in Berlin hängt eng zusammen mit der gesamten Deutschlandfrage, mit der Zerstückelung Deutschlands, mit der Schaffung einer besonderen Regierung in Westdeutschland, und sie muß laut Artikel 107 der UNO-Satzung von denjenigen Regierungen entschieden werden, die die Verantwortung für die Besetzung Deutschlands tragen, und kann nicht vor den Sicherheitsrat gebracht werden.

2. Die Erklärung der Regierung der USA, es sei eine Situation entstanden, die den Weltfrieden und die Sicherheit bedrohe, entspricht nicht der wirklichen Sachlage und ist nichts anderes als ein Druckmittel und ein Versuch, die Organisa-

tion der Vereinten Nationen zur Erreichung der eigenen aggressiven Zwecke auszunutzen.

3. Die Sowjetregierung schlägt vor, die am 30. August vereinbarte Direktive an die Oberbefehlshaber als ein Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs anzuerkennen, auf dessen Grundlage die Situation in Berlin geregelt werden muß.

4. Die Sowjetregierung schlägt vor, den Außenminister rat einzuberufen, damit er die Frage der Situation in Berlin sowie die Frage Deutschlands im ganzen im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen der vier Mächte erörtert.